Beiträge zur
sozialwissenschaftlichen Forschung 66

Carola Schulz

Der gezähmte Konflikt
Zur Interessenverarbeitung durch Verbände und Parteien

Westdeutscher Verlag

Carola Schulz · Der gezähmte Konflikt

Beiträge zur sozialwissenschaftlichen Forschung

Band 66

Westdeutscher Verlag

Carola Schulz

Der gezähmte Konflikt

Zur Interessenverarbeitung durch Verbände und Parteien am Beispiel der Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik (1966 bis 1976)

Westdeutscher Verlag

CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Schulz, Carola:

Der gezähmte Konflikt: zur Interessenverarbeitung durch Verbände u. Parteien am Beispiel d. Wirtschaftsentwicklung u. Wirtschaftspolitik in d. Bundesrepublik (1966 - 1976) / Carola Schulz. - Opladen: Westdeutscher Verlag, 1984.
(Beiträge zur sozialwissenschaftlichen Forschung: Bd. 66)

NE: GT

© 1984 Westdeutscher Verlag GmbH, Opladen

Umschlaggestaltung: Hanswerner Klein, Opladen

Alle Rechte vorbehalten. Auch die fotomechanische Vervielfältigung des Werkes (Fotokopie, Mikrokopie) oder von Teilen daraus bedarf der vorherigen Zustimmung des Verlages.

ISBN-13: 978-3-531-11711-9 e-ISBN-13: 978-3-322-88525-8

DOI: 10.1007/978-3-322-88525-8

W I D M U N G

Diese Arbeit ist all denen gewidmet, die in der Anonymität des Alltags sich um Klarheit um jeden Preis bemühen, weil sie wissen, daß jede echte Veränderung eines Zustandes Kenntnis über diesen Zustand und über die Möglichkeiten und Widerstände seiner Veränderung voraussetzt.

Stellvertretend für alle diese meiner Gruppe.

GLIEDERUNG
==========

Seite

0.) Einleitung 1

1.) Zur Theorie der Interessengruppen 9

1.1) Entwicklung und Stand bisheriger interessengruppentheoretischer Überlegungen 9

1.1.1) Theorien zur Reform der internen Verbandsstruktur 9
1.1.2) Die Korporatismusdiskussion 11
1.1.3) Zur Kritik des gegenwärtigen interessengruppentheoretischen Entwicklungsstandes 13

1.2) Verbandsförmige Interessenverarbeitung - Zur Schlüsselkategorie der Selektivität 14

1.2.1) Zur gesellschaftlichen Interessenstruktur 15
1.2.2) Funktionsbestimmungen verbandsförmiger Interessenverarbeitung 17
1.2.3) Selektive Interessentransmission und Legitimationsleistungen der Verbände 20

1.3) Konkretion interessengruppenspezifischer Überlegungen (I): Die Gewerkschaften 24

1.3.1) Stand der gewerkschaftstheoretischen Diskussion 24
1.3.2) Zur Kategorie des lohnabhängigen Interesses 26
1.3.3) Dimensionen, Strukturen und Probleme selektiver Interessentransmission durch die Gewerkschaften 29

1.4) Konkretion interessengruppentheoretischer Überlegungen (II): Die Arbeitgeberverbände 38

1.4.1) Stand der Forschung über Unternehmerverbände 38
1.4.2) Strategien unternehmerischer Interessenverfolgung 41

1.5) Legitimationsleistungen und -probleme der Verbände von Lohnarbeit und Kapital - Das Herzstück der Tarifautonomie 47

2.) Zur Theorie der Parteien 50

2.1) Entwicklung und Stand bisheriger parteitheoretischer Überlegungen 50

2.1.1) Von den frühen Ansätzen der Parteitheorie bis zum 'Parteiensystem in der Legitimationskrise' 50
2.1.2) Zur Funktionsbestimmung der Parteien im politischen Reproduktionsprozeß der bürgerlichen Gesellschaft 54

2.2) Gesellschaftlicher Grundkonflikt und Parteitypen - Überlegungen zur Selektivität parteiförmiger Interessenaufnahme 56

2.2.1) Die Rolle der Parteien im Kontinuum interessenverarbeitender Organisationen 56

Seite

2.2.2) Parteiförmige Reaktionstypen auf den gesellschaftlichen Grundkonflikt 61
2.2.3) Legitimationsfunktionen und -probleme der Volkspartei 70

2.3) Verbände und Parteien: Zwei Typen interessenverarbeitender Organisationen 76
2.3.1) Exkurs: Zur Frage nach dem Verhältnis von Staat und Gesellschaft 76

2.3.2) Verbände und Parteien - Eine erste Zusammenfassung 78

3.) Verbände, Parteien und Staat in Deutschland 1871 bis 1980 - Eine historische Skizze 87

3.1) Jeder gegen jeden - Antagonismen im Kaiserreich (1871 bis 1918) 87
3.2) Intransingenz und Schwäche - Konflikte und Ausbrüche in der Weimarer Republik (1918 bis 1933) 95
3.3) Herrschaft auf Zeit - Der vorläufige Sieg des qualitativ-funktionalen Interessenvertretungsprinzips im Nationalsozialismus (1933 bis 1945) 100
3.4) Der große Kompromiß - Kooperation und Desensibilisierung in der Bundesrepublik der Untersuchungszeitraumes) 103

3.4.1) Der Deutsche Gewerkschaftsbund 103
3.4.2) Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände 111
3.4.3) Betriebsratswesen und Tarifsystem 116
3.4.4) Das Parteiensystem 122

4.) Stellungnahmen der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) zur Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftspolitik 1966 bis 1976 129

4.1) Der Ausgangspunkt: Leichte Rezession und überschäumende Konjunktur 1966 - 1969 130

4.1.1) BDA 130
4.1.2) DGB 135
4.1.3) Zusammenfassung 142

4.2) Die Folgen: Verteilungskampf an allen Fronten 1970 - 1973 143

4.2.1) BDA 143
4.2.2) DGB 149
4.2.3) Zusammenfassung 155

4.3) Das Ende: Der Absturz in die Krise 1974 - 1976 157

4.3.1) BDA 157
4.3.2) DGB 162

4.4) Zusammenfassung: Die Haltung von BDA und DGB zur Wirtschaftsentwicklung, gegenüber ihrem jeweiligen Kontrahenten, zur Wirtschaftspolitik und zu den Parteien zwischen 1966 und 1976 166

5.) Stellungnahmen der Bundestagsparteien CDU/CSU, SPD und FDP zur Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftspolitik 1966 bis 1976 171

Seite

5.1) Vom Scheitern des Ordo-Liberalismus zum folgenreich geglückten keynesianischen Krisenmanagement - Große Koalition, Rezession und Aufschwung (1966 - 1969) 172

5.1.1) CDU/CSU 173
5.1.2) SPD 180
5.1.3) FDP 187
5.1.4) Zusammenfassung 192

5.2) Die Vorbereitung des Scheiterns - Boom, Stagflation und das Erste Kabinett Brandt/Scheel (1969 - 1971) 194

5.2.1) SPD 195
5.2.2) FDP 203
5.2.3) CDU/CSU 207
5.2.4) Zusammenfassung 214

5.3) Krise und Verzicht - Vom Zweiten Kabinett Brandt/Scheel zur Regierung Schmidt/Genscher (1973 - 1976) 216

5.3.1) SPD 217
5.3.2) FDP 226
5.3.3) CDU/CSU 233

5.4) Zusammenfassung: Die Haltung der Parteien zur Wirtschaftsentwicklung, zum Verbändesystem und zur Wirtschaftspolitik 1966 bis 1976 242

6.) Ausblick, Synthese und Schluß 252

Anmerkungen 263

Literaturliste 392

0.) Einleitung

I.

Seine kürzlich erschienene Studie über "Parteien in westlichen Demokratien" beginnt von Beyme mit dem Versuch einer Abgrenzung seines Parteienbegriffs, und dieses Unternehmen führt ihn bereits nach wenigen Sätzen zur Frage nach den Unterschieden zwischen Parteien und Verbänden. (B 33, 22/23)+ Dies scheint symptomatisch für den Zustand einer wissenschaftlichen Disziplin - der Parteienforschung - zu sein, die ihren Gegenstand isoliert betrachten möchte und dennoch stets wieder gezwungen ist, ihn mit einem anderen - den Verbänden - zu vergleichen und ihn von diesen abzugrenzen. Offenbar ist es schwierig, die eine Organisationsform abzuhandeln, ohne die andere zumindest zu erwähnen; und gerade angesichts dieser evidenten und indirekt auch durch die parallele Abhandlung von der Forschung reflektierten Nähe der beiden Organisationstypen zueinander ist es erstaunlich, wie wenig der Frage bislang systematisch nachgegangen wurde, in welchem Verhältnis im Einzelnen Verbände und Parteien zueinander stehen.

Die Verbände sind seit nahezu achtzig Jahren Gegenstand wissenschaftlicher Betrachtung - Bentleys "The Process of Government" erschien im Jahre 1908 (vgl. hierzu Abschnitt 1.1) -, die Parteien sind es noch länger, entsprechend ihrer schon im Europa des 19. Jahrhunderts in unterschiedlich starkem Maße erlangten verfassungsrechtlichen und politischen Kompetenzen. Und dennoch blieb das Problem weitgehend ausgeklammert, ob sie in einem systematischen Zusammenhang stehen. Verbände galten überwiegend als private Organisationen, deren angenommener Daseinszweck sich weitgehend in der politischen Einflußnahme auf den Staat ('pressure politics') erschöpfte; die Parteien wurden zumeist unter dem Aspekt ihrer Vermittlerrolle beim Prozeß demokratischer Gesellschaftssteuerung und -verwaltung betrachtet. Verkürzt formuliert: Die eine Organisationsform suchte, Druck auf den Staat auszuüben, die andere, direkten Zugang zum Staat zu erlangen. Ultima ratio beider war der Staat.

Gegenüber einer solchen Betrachtungsweise, die Berührungspunkte von Verbänden und Parteien zumeist nur durch ihre gemeinsame Orientierung auf das politische Entscheidungszentrum findet, soll hier der Versuch unternommen werden, statt am Ende des Interessenverarbeitungsprozesses gesellschaftlicher und politischer Reproduktion - bei der staatlichen Entscheidung - an seinem Anfang zu beginnen: bei der gesellschaftlichen Interessenstruktur und der je unterschiedlichen Art und Weise, in der Verbände und Parteien sich auf diese beziehen, in ihr verankert sind und mit ihr umgehen.

Wenn 'Politik' in der schrittweisen Auswahl, Zusammenfassung, Verallgemeinerung und schließlichen Verwirklichung der so bearbeiteten Interessen besteht, so bietet sich die Frage an, welchen Beitrag dazu die verschiedenen Typen interessenverarbeitender Organisationen liefern. Eine solche übergreifende Fragestellung würde es erlauben, Verbände und Parteien zusammen in Augenschein zu nehmen, ihre Parallelen und Unterschiede genauer zu erkunden und festzustellen, ob zwischen ihrer beider je unterschiedlichem Wirken ein interner Zusammenhang besteht, und welcher.

Dabei ist ein solcher Versuch nicht von rein akademischem Interesse. Ein Blick auf die Realität westdeutscher Verhältnisse in den frühen achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts zeigt, daß Verbände und Parteien ganz offenkundig die dominierenden

---

+ Alle in der Einleitung erwähnten Titel finden sich unter der erstgenannten Zahl im Literaturverzeichnis der vorliegenden Arbeit; die zweite Zahl nennt gegebenenfalls die Seitenzahl. Genaue Zitierung erfolgt im Verlauf der Untersuchung bei der ausführlichen Verarbeitung des Materials; die Arbeit von Beymes wurde der Verfasserin leider erst kurz vor der Fertigstellung zugänglich und findet daher nur in dieser Einleitung Erwähnung.

Instanzen des offiziellen politischen Geschehens sind. Ohne Zweifel gibt es noch andere Organisationen, die wichtige Bastionen besetzt halten - Medien, Kirchen etc. -, aber gerade in der ökonomischen Krise seit 1973/74 wird es augenfällig, daß die Parteien für sich in Anspruch nehmen, diejenigen zu sein, die einen störungsfreien Wirtschaftsprozeß wieder einleiten können und wollen, und daß sie mit dieser Selbstdarstellung an den großen sozio-ökonomischen Verbänden nicht vorbeikommen, deren Mitglieder - allein oder im Zusammenschluß - über die entscheidende Macht zur Datensetzung verfügen.

Auch angesichts dieser zentralen Rolle beider Organisationstypen in der politischen Wirklichkeit ist es sehr bemerkenswert, daß die Forschung sich bislang nicht sehr intensiv um die Klärung der Beziehung zwischen Verbänden und Parteien bemüht hat. Es wird im Verlauf der Untersuchung zu zeigen sein, auf welchem hochdifferenzierten Stand die Verbände- und Parteienforschung jeweils steht (vgl. Abschnitte 1.1) und 2.1)), aber auch, wie unterentwickelt die Versuche geblieben sind, Zusammenhänge und Unterschiede zwischen ihren beiden Gegenständen zu ermitteln und systematisch zu klären. Diese Versuche voranzutreiben sieht sich die vorliegende Arbeit in erster Linie verpflichtet, weshalb auf eine Darstellung der gesamten Breite der Parteien- und Verbändeforschung zugunsten der Zuspitzung auf die Frage nach ihren jeweiligen Beiträgen zur Klärung des Verhältnisses beider Organisationstypen zueinander verzichtet wird.

II.

Verbände (Interessengruppen, Interessenverbände - alle drei Begriffe werden hier synonym verwendet) sind Organisationen von mehr oder weniger homogenen sozialen Interessenträgern, die im autonomen Leistungsangebot nach innen, an ihre Mitglieder, in der direkten Auseinandersetzung mit um das gleiche Mitgliederpotential bzw. um die gleichen Ressourcen der Interessenrealisation konkurrierenden Organisationen und in Beziehung auf den Staat die Befriedigung der Bedürfnisse und die Erfüllung der Forderungen ihrer Mitglieder zu bewirken suchen (vgl. hierzu ausführlich Abschnitt 1.2)). Dabei können diese Interessen in den verschiedensten Bereichen der gesellschaftlichen Reproduktion angesiedelt sein und von der materiellen Überlebenssicherung bis zur Befriedigung religiöser, geistig-kultureller, humanitärer u.a. Bedürfnisse reichen. Daher soll hier eine erste Eingrenzung vorgenommen werden: Die vorliegende Arbeit konzentriert sich allein auf die im materiellen Reproduktionsbereich verankerten sozio-ökonomischen Interessengruppen und dabei in erster Linie auf die Organisationen von Lohnarbeit und Kapital.

Diese Beschränkung auf Unternehmerverbände und Gewerkschaften ist leicht zu begründen, verkörpern doch die von ihnen erfaßten Interessenpotentiale die beiden entscheidenden Gravitationszentren der gesellschaftlichen Interessenstruktur. Der Antagonismus zwischen ihnen, die existentielle Abhängigkeit der einen Seite von der anderen, an die sie ihre Arbeitskraft verkaufen muß, um zu überleben, und die von den Gesetzen der Konkurrenz, der Konzentration und des tendenziellen Falles der Profitrate beherrschten gewinngeleiteten Produktionsentscheidungen der einzelnen, autonomen Kapitale strukturieren den Prozeß der gesellschaftlichen Reproduktion vor jeder anderen Einflußnahme auf die Ökonomie und zugleich dominanter, als es jeder andere denkbare Einfluß vermöchte. Daher ist eine Untersuchung, die das Verhältnis der Verbände dieser gesellschaftlichen Lager zueinander betrachtet, dicht am Kern sozio-ökonomischer Entwicklungen angesiedelt und braucht um die Relevanz ihrer Ergebnisse nicht zu fürchten.

Dabei mag es auf Widerspruch stoßen, die Gewerkschaften als 'Interessengruppe' zu definieren, die sich doch selbst als eine in langer historischer Tradition stehende Kampforganisation der Arbeiterbewegung verstehen und sich - zu Recht - gegen eine Abqualifizierung ihrer Forderungen als 'partikulare Ansprüche einer bloßen Interes-

sengruppe' zur Wehr setzen. Hier wird die gesellschaftliche Tradition, deren Bestandteil die Gewerkschaften waren und sind und die auf eine Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen der Lohnabhängigen im weitesten Sinne zielt, keinesfalls bestritten. Darin ist jedoch nichts anderes zu sehen als der organisatorische Zusammenschluß von Menschen, die ihre gleichgerichteten Bedürfnisse und Interessen durch deren Zusammenfassung und den Konfliktaustrag mit anderen Sozialgruppen und dem Staat zu realisieren suchen; damit aber erfüllen sie die oben definierten Kriterien des Verbandes (vgl. hierzu ausführlich Abschnitt 1.3)).

Probleme bei der Subsumierung der Gewerkschaften unter die Rubrik 'Interessengruppe' entstehen im Grunde auch erst dann, wenn der Begriff des Interesses selbst eine (in der Regel negative) Bewertung erfährt. Dann zielt eine solche Charakterisierung nämlich wie erwähnt darauf, die Forderungen einer Organisation abzuwerten und abzuwehren. Läßt man jedoch die Kategorie des Interesses als eine fundamentale menschliche Lebensäußerung stehen, ohne sie mit positiven oder negativen Vorzeichen zu besetzen, dann erscheint es legitim und sinnvoll, auch die Gewerkschaften als einen Typus interessenverarbeitender Organisationen, und zwar in der Form des Verbands (im Gegensatz zu der der Partei) zu verstehen. Dies läßt dabei durchaus die Fragestellung zu, inwieweit das von ihnen erfaßte lohnabhängige Interessenpotential seine Bedürfnisse innerhalb kapitalistischer Systeme überhaupt befriedigen kann.

Drei weitere Eingrenzungen müssen hier noch vorgenommen werden. Erstens engt die vorliegende Untersuchung das Feld der Unternehmerverbände nochmals ein auf die Arbeitgeberverbände (vgl. Abschnitt 1.4)), und zwar deshalb, weil gerade der autonome Konfliktaustrag der Gruppen untereinander, ohne den dauernden, in der Verbändeforschung üblichen Rekurs auf den Staat, im Vordergrund der Untersuchung stehen wird. Neben der bereits angedeuteten spezifischen Akzentuierung des Interessenbegriffs wird hier nämlich auch eine Lösung der Verbändetheorie von ihren staatsfixierten Begrenztheiten angestrebt. 'Interesse' und 'Verband' sollen ein wenig mehr zu ihrem 'eigenen Recht' kommen, ohne ihre Koppelung an implizierte Wertungen und ohne Reduktion der Organisation auf ihre Funktion der Einflußnahme auf das politische Entscheidungszentrum. Auch hierin schlägt sich die oben beschriebene Vorgehensweise nieder, die Analyse 'unten', bei der gesellschaftlichen Interessenstruktur beginnen zu lassen. Damit geraten nämlich autonome Verbändeleistungen sehr viel mehr ins Blickfeld als bei einer Konzentration auf den 'oben' angesiedelten Staat, d.h. auf den mit voller Absicht hoch oberhalb der widersprüchlichen, in sich differenzierten gesellschaftlichen Interessenpotentiale verankerten Staat, der mit ganz bestimmten dieser Potentiale überhaupt nicht in Berührung kommt. Dafür zu sorgen ist eine der wesentlichen Leistungen der unabhängig vom Staat verankerten und direkt miteinander konfrontierten Verbände, wie ausführlich zu zeigen sein wird; tarifpolitisch agierende Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften aber stellen nun einmal den Prototyp autonomer konfligierender Verbände dar (vgl. dazu ausführlich Abschnitt 1.5)).

Zweitens geht die vorliegende Untersuchung von gewerkschaftlichen Monopolorganisationen aus, wodurch zwar bestimmte realhistorische Entwicklungen ausgeklammert werden, gleichzeitig jedoch eine theoretische Zuspitzung auf Fragen der Interessenaggregation, -integration und -generalisierung ermöglicht wird, die die grundsätzlichen Funktionen der Gewerkschaften eher verdeutlichen kann als die - der Empirie zugegebenermaßen stärker verpflichtete - Betrachtung konkurrierender Gewerkschaftsorganisationen. Es sollte sehr wohl möglich sein, den hier zu entwickelnden Ansatz später auf historische Situationen hin auszudifferenzieren, in denen mehrere Gewerkschaften vorhanden sind oder waren; aber dieser Fall soll theoretisch zunächst um der größeren Deutlichkeit willen unberücksichtigt bleiben.

Drittens ist schließlich noch eine selbstkritische Einschränkung der theoretischen Reichweite der vorliegenden Arbeit vorzunehmen. Das empirische Material, auf das

sich die Darstellung stützt, ist allein der deutschen Entwicklung entnommen; eine zusätzliche Absicherung der Ergebnisse durch die Analyse anderer Staaten und ihrer Verbände- und Parteien-Systeme war aus arbeitsökonomischen Gründen nicht möglich. Der hier entwickelte Ansatz hat keinen Endgültigkeitsanspruch; gewiß lassen sich Modifikationen, Erweiterungen (möglicherweise durchaus auch: Korrekturen) denken, die aus der Betrachtung beispielsweise Frankreichs, Großbritanniens, Italiens oder der USA resultieren könnten. An dem Anspruch wird durchaus festgehalten, daß das in der vorliegenden Arbeit vorgestellte theoretische Verfahren leistungsfähig ist; es kann jedoch nur reizvoll und fruchtbar sein, wenn andere Untersuchungen anderer Gesellschaften neue, zusätzliche oder verändernde, Ergebnisse zutage fördern würden. Diese Arbeit kann wie jede wissenschaftliche Studie nicht mehr sein als ein Beitrag zu einer Diskussion.

III.

Parteien werden hier verstanden als interessenverarbeitende Organisationen, die die von ihnen erfaßten Interessen in erster Linie durch den Zugang zum Staatsapparat zu verwirklichen suchen, mithin um diesen konkurrieren (vgl. hierzu Abschnitt 2.2)). In der vorliegenden Arbeit wird ganz bewußt auf die Referierung und Diskussion der verschiedenen staatstheoretischen Ansätze verzichtet. Diese bergen nämlich stets die Gefahr in sich, allzu abstrakt und 'stromlinienförmig' auszufallen, auf Kosten ihres Bezuges zur empirischen Wirklichkeit. Vielmehr bemüht sich diese Untersuchung, die Frage nach dem Verhältnis von 'Staat und Kapital' oder 'Staat und Gesellschaft' herunterzubrechen auf die nach den Zusammenhängen und Unterschieden zwischen Verbänden und Parteien. Dabei versteht es sich von selbst, daß eine maximale theoretische Reichweite mit diesem Vorgehen nicht erreicht werden kann; aber allzu selten ist bislang in der Forschung berücksichtigt worden, was es bedeutet, daß 'der Staat' in aller Regel von ganz bestimmten Organisationen besetzt und geführt wird - eben von den Parteien. Diese haben ihre eigenen Gesetze der organisatorischen Überlebenssicherung und Legitimation, gerade auch in Konkurrenz mit den Verbänden, und sind daher stets aufs neue zu einem Balanceakt zwischen staatlichen Aufgaben und parteipolitischen Notwendigkeiten gezwungen (vgl. hierzu Abschnitte 2.3) und 6.)).

Wohl gerade wegen ihres deutlichen Staatsbezuges haben die Parteien schon lange die Aufmerksamkeit der Forschung gefunden, weshalb der Stand der Disziplin so ausdifferenziert ist, daß hier - im Gegensatz zu den Bemerkungen hinsichtlich der Verbände - kaum Vorabklärungen von Begriffen und ihrer Verwendung erforderlich sind. Gleichzeitig erübrigt sich auch eine interesseninhaltliche Abgrenzung analog zur Unterscheidung sozio-ökonomischer Verbände von allen anderen Interessengruppen, weil die Parteien als solche stets nur in denjenigen Tätigkeitsbereichen aktiv werden können, die als politische anerkannt sind (im Gegensatz zur privatwirtschaftlichen gesellschaftlichen Reproduktion), in diesen, sich historisch immer weiter ausdehnenden politischen Sektoren allerdings auch global tätig werden müssen, wenn sie regieren wollen. Anders ausgedrückt: Die (deutsche!) historische Entwicklung führte dahin, daß Parteien sich kaum noch auf ein einziges, sozial homogenes Interessenpotential stützen konnten, sondern immer mehr das Geschäft der Interessen- (damit auch der gesellschaftlichen) Integration in ihren eigenen Reihen betreiben mußten. (Vgl. hierzu Abschnitt 2.2)). Es wird sich zeigen, welche Ergänzung und Fortsetzung der Interessenverarbeitung seitens der Verbände sie damit leisteten, aber auch, in welche Schwierigkeiten sie gegenüber den Verbänden (und diese gegenüber ihnen) gerieten (vgl. Abschnitte 2.3) und 3.)).

IV.

Was die Begründung der hier vorgenommenen Auswahl des empirischen Materials - wirtschaftliche Stellungnahmen von BDA, DGB, SPD, CDU/CSU und FDP zwischen 1966 und 1975/76 - betrifft, so ist leicht einzusehen, weshalb gerade ökonomische Themen der

Kontroversen zwischen Verbänden und Parteien gewählt wurden. Wenn es richtig ist, daß die unmittelbaren ökonomischen Reproduktionsinteressen den Gesellschaftsmitgliedern am dringlichsten sind (vgl. Abschnitt 1.2.1)). so erzwingt gerade ihre Aufnahme durch die Organisationen deren besonders konsequentes Auftreten. Es sollte gerade anhand der Auseinandersetzungen um wirtschaftliche und wirtschaftspolitische Probleme möglich werden, Unterschiede, Gemeinsamkeiten und Zusammenhänge zwischen Verbände- und Parteiensystem deutlich herausarbeiten, weil beide Organisationstypen in diesen zentralen Fragen stets 'Farbe bekennen' müssen, d.h., klar zu erkennen geben müssen, was sie tun (oder unterlassen) wollen, und warum, da ihre Mitglieder jede Handlung (oder Unterlassung) in diesem Bereich am eigenen Leibe deutlich zu spüren bekommen.

Die Wahl des Untersuchungszeitraumes - 1966 bis 1976 - erklärt sich aus der realökonomischen Entwicklung dieser Dekade: Nach nahezu eineinhalb Jahrzehnten ökonomischer Prosperität und eines relativ störungsfreien Kapitalverwertungsprozesses brachen 1966/67 erstmals wieder zyklische Störungen und strukturelle Verwerfungen des ökonomischen Geschehens offen auf, deren (Nicht-) Bewältigung in den Boom der Jahre 1969/70 samt erstmals seit langem wieder härter werdenden Verteilungskämpfen führte. Ihre Folge waren - ohne hier schon näher auf die sehr komplexen Zusammenhänge einzugehen, die jedenfalls vielschichtiger waren, als es die Rede von der 'gesellschaftlichen Anspruchsinflation' insinuieren will - Inflation und Stagflation sowie schließlich im Verein mit weltwirtschaftlichen und währungspolitischen Turbulenzen der jähe und tiefe Einbruch der Depression 1973/74 bis 1976. Damit aber umfaßt dieser Zeitraum die ganze Bandbreite der in diesem Wirtschaftssystem auftretenden Störfälle und Krisenentwicklungen, so daß er eine konsistente Analyse soziopolitischer Handlungsstrategien und ihres Wandels bei sich veränderndem Problem- und Interessendruck ermöglicht, eher als beispielsweise die immer wieder zu findende Beschränkung auf die staatliche Wirtschaftspolitik in der Depression.

Etwas ausführlicher begründet werden muß dagegen, weshalb die vorliegende Arbeit die obersten Organisations- und Handlungsebenen wählt: Spitzenverbände, Bundestagsparteien und die gesamtwirtschaftliche Entwicklung. Es wird sich im Verlauf der Arbeit nämlich herauskristallisieren, daß die Branchenebene die zentrale Arena der Auseinandersetzungen zwischen den Organisationen von Lohnarbeit und Kapital darstellt (vgl. hierzu die Abschnitte 1.3), 1.4) und 1.5)); nicht umsonst sind BDA und DGB als Dachverbände nicht tariffähig. Ebenso ließe sich zeigen, daß gerade die Bewältigung der immer häufiger auftretenden und immer gravierenderen regionalen und sektoralen Strukturkrisen Verbände und Parteien vor äußerst schwer lösbare Probleme der Interessenauswahl und ihrer öffentlichen Rechtfertigung stellt. Wenn Großkonzerne mit vielen tausend Arbeitsplätzen ins Wanken geraten, weil die gesamte Branche sich in einer strukturellen Dauerkrise befindet, dann werden die Interessen der davon Betroffenen unmittelbar und höchst schmerzlich spürbar berührt, und es müßte außerordentlich interessant sein, Interessenverarbeitungsprozesse bezogen auf strukurelle ökonomische (Fehl-)Entwicklungen systematisch zu analysieren.

Wenn hier dennoch die gesamtwirtschaftliche Ebene und die Spitzenverbände sowie die Bundestagsparteien betrachtet werden, so deshalb, um das Bild zu beschreiben, das diese Organisationen vom wirtschaftlichen Geschehen in der Bundesrepublik insgesamt entwerfen, veröffentlichen, ihren Mitgliedern und Wählern vermitteln. Denn hier wird ein guter Teil gesellschaftlicher Identitätsstiftung geleistet, indem ein grundsätzliches Verständnis wirtschaftlicher Zusammenhänge, Abläufe und Probleme bei den Gesellschaftsmitgliedern erzeugt wird, das zwar anschließend beispielsweise durch strukturelle Krisenerscheinungen erschüttert werden kann, aber doch im Bewußtsein der Menschen zunächst einmal fundamental verankert ist und ihre Wahrnehmung anfallender Probleme bestimmt. Es wird sich zeigen, daß alle genannten Organisationen in einem quasi arbeitsteiligen Verhältnis darin zusammenwirken, dem ökonomischen System sowohl die Brisanz seines Grundkonflikts als auch die Erkenntnis seiner prinzipiellen Veränderbarkeit zu nehmen. Zu deutsch: Es wird kein Wort

fallen über unaufhebbare Widersprüche, kein Wort über alternative Möglichkeiten der gesellschaftlichen Selbstorganisation, und das hierdurch bei den Menschen erzeugte Bewußtsein der Funktionsfähigkeit, Gerechtigkeit und Naturgegebenheit der 'Marktwirtschaft' muß vor jeder Erörterung von Möglichkeiten gesellschaftlicher oder ideologischer Erschütterungen kollektiver Identitäten klar beschrieben werden. Es ist müßig (und außerdem zu politisch-strategischer Erfolglosigkeit verurteilt), über Veränderungsmöglichkeiten gesellschaftlicher und ökonomischer Zustände zu spekulieren, so lange keine Klarheit darüber herrscht, wie diese von den Betroffenen selbst erlebt werden. Selbstverständlich wäre es methodisch unzulässig, zu behaupten, daß das von Verbänden und Parteien entworfene Bild des ökonomischen Geschehens identisch mit den Vorstellungen ihrer Mitglieder sei. Aber wenn es zutrifft, daß organisierte Lernprozesse beeinflußt, gesteuert und auch verhindert werden können von der Organisation selbst, dann leistet die Aufklärung über die ökonomische Realitätsinterpretation der Verbände und Parteien einen Beitrag zur Analyse gesellschaftlicher Lern- und Bewußtseinsbildungsprozesse hinsichtlich einer Verständigung der Menschen darüber, wie sie ihre ökonomische Reproduktion organisieren.

Aus dem gleichen Grunde wird hier auch sehr viel mehr Gewicht auf die parlamentarische Situationsdarstellung und Begründung der jeweils vorgeschlagenen Verfahren gelegt als auf die Diskussion der faktisch durchgeführten Staatsmaßnahmen. Diese waren selbstverständlich selektiv und legen damit Zeugnis über die real vorhandenen Systemstrukturen, -prioritäten und -gesetzmäßigkeiten ab, an denen kein Staat oberhalb eines kapitalistischen Wirtschaftssystems vorbeikann. Aber gerade weil es in der vorliegenden Arbeit mehr um die Parteien als um den Staat geht, und mehr um das veröffentlichte Bild der Wirtschaft, das damit bewußtseinsbildende Kraft besitzt, als um die objektiven Abläufe der Ökonomie, gerade deshalb liegt mehr Gewicht auf der Darstellung des Redens der Parteien als auf ihrem Handeln im Staatsapparat, obgleich dessen Ergebnisse selbstverständlich weder ausgeklammert werden können noch außer acht gelassen werden sollen.

Schließlich muß hier neben der strukturpolitischen Dimension noch ein zweiter Bereich erwähnt werden, der empirisch ganz zentral mit wirtschaftspolitischen Kontroversen verknüpft war, aber dennoch hier nicht berücksichtigt werden konnte. An zahlreichen Stellen vor allem im 5.) Kapitel wird nämlich Bezug auf die reformpolitischen Pläne speziell der SPD genommen (denen selbstverständlich für ganz bestimmte Bereiche Veränderungswünsche und -vorstellungen des DGB entsprachen), ohne daß zuvor systematisch hätte geklärt werden können, welche Dimension Reformpolitik in bürgerlichen Gesellschaften hat, in welchem Verhältnis zur ökonomischen Entwicklung sie grundsätzlich steht und welche Funktionen konkret der reformpolitischen Offensive der SPD Ende der sechziger Jahre zukamen. Das hier vorgestellte Projekt sollte ursprünglich gerade diesen Fragen anhand der Vermögensbildungsreform nachgehen; jedoch erwies es sich sehr rasch als notwendig, eine vorgängige detaillierte Analyse wirtschaftlicher und wirtschaftspolitischer Vorstellungen der Verbände und Parteien vorzunehmen. Diese wird hiermit vorgelegt in der Hoffnung, daß damit ein Anstoß für andere erfolgt, nun die Brücke zur Reformpolitik zu schlagen.

V.

Bei der Bearbeitung des empirischen Materials, der Quellen, tauchen verschiedene methodische Probleme auf. Für die Analyse konjunkturpolitischer Stellungnahmen der Verbände boten sich als Quellen deren periodisch erscheinende Publikationen wie Zeitschriften, Jahresberichte etc. an (A 1;3;24;38). Dabei muß für den DGB eine wichtige Differenzierung im Auge behalten werden: Während die 'Gewerkschaftlichen Monatshefte' häufig Beiträge tarifpolitischer Praktiker enthalten, werden die 'Mitteilungen' des wissenschaftlichen Instituts des DGB ihrer Natur gemäß eher von den Gewerkschaften verbundenen Wissenschaftlern gestaltet. Es zeigte sich im Laufe der Auswertung des Materials, daß letztere oft zu pointierteren, konfliktorientierteren

Stellungnahmen neigen, was durchaus als ein Beleg für die noch im Einzelnen zu beschreibenden kompromißfördernden Wirkungen der institutionalisierten Praxis des Verteilungskampfes gewertet werden kann. Wenn die 'WSI/WWI-Mitteilungen' dennoch, trotz dieser Unterschiede, auch als Quelle verwendet wurden, so deshalb, weil sie ein Bild jener innergewerkschaftlichen Strömungen vermitteln können, die auf der Thematisierung scharfer gesellschaftlicher Interessengegensätze und der Fortdauer existentieller Macht- und Abhängigkeitsverhältnisse beharren. Ohne die Berücksichtigung dieser Strömungen müßte der Eindruck innerer Widersprüchlichkeit und problematischer Mobilisierungs- und Integrationsstrategien des DGB insgesamt zu sehr verblassen gegenüber der Vorstellung eines homogenen organisatorischen Blocks. Es wird eine der Hauptaufgaben dieser Arbeit sein, zu zeigen, welche internen Auseinandersetzungen und Lernprozesse im DGB stattfanden, wie wenig er auch als Dachverband äußerst heterogener Einzelgewerkschaften dem Bild eines Monoliths entsprechen kann.

Ähnliche Unterscheidungen konnten für die Arbeitgeberverbände nicht nachgewiesen werden, da sich die hier am leichtesten zugänglichen Materialien nicht derart klar in praktisch orientierte und wissenschaftlich angelegte Beiträge trennen ließen. Es ist aber auch nicht zu erwarten, daß derartig voneinander abweichende Stellungnahmen etwa des BDA-Präsidenten und eines Mitarbeiters des Instituts der Deutschen Wirtschaft vorkommen könnten, wie dies bei den Gewerkschaften der Fall ist, da letztere ihrer Natur entsprechend Flügelbildungen immer zulassen müssen, von denen sich einige als prinzipiell dem kapitalistischen System verbunden definieren, andere ihm dagegen äußerst kritisch gegenüberstehen.

Selbstverständlich hätten die internen Differenzierungen der Gewerkschaften detaillierter erfaßt werden können, wäre noch eine zusätzliche Analyse etwa der Protokolle der DGB-Bundeskongresse vorgenommen worden. Darauf mußte in erster Linie aus arbeitsökonomischen Gründen verzichtet werden; diese Unterlassung kann jedoch auch dadurch sachlich gerechtfertigt werden, daß der Aspekt der innerorganisatorischen Legitimation durch Verfahren (vgl. Abschnitte 1.5) und 2.2.3)), der bei Kongressen und Parteitagen eine Rolle spielt, bei den Gewerkschaften gegenüber ihrer Selbstrechtfertigung durch materielle Leistung im Tarifkonflikt zurücktritt und daher hier auch nur begrenzt berücksichtigt werden muß.

Dagegen ist er für die Parteien äußerst wichtig, weshalb die Parteitagsprotokolle der beiden großen Volksparteien SPD und CDU (A 4 - 12; A 26 - 32) und die Parteizeitschrift der SPD (A 17) zur Kontrolle mit in die Untersuchung einbezogen wurden. Zwar stehen hier die parlamentarischen Debatten aus den geschilderten Gründen im Zentrum der Betrachtung (A 36), aber speziell für die SPD, die über ein reges und höchst kompliziertes parteiinternes Innenleben verfügt, erwies es sich als sinnvoll, die Parteitagsdiskussionen mit zu berücksichtigen. Demgegenüber wird an geeigneter Stelle zu kommentieren sein (vgl. das 5.) Kapitel), wie sich erklären läßt, daß die CDU-Parteitage praktisch keine wirtschaftspolitischen Kontroversen kannten und die Protokolle daher tatsächlich nur der Kontrolle der Ergebnisse dienten und nicht im Einzelnen verarbeitet werden konnten.

Es könnte der Einwand erhoben werden, an die Öffentlichkeit gerichtete parlamentarische Debatten und zumindest auch der internen Selbstverständigung dienende, in Zeitschriften erscheinende Beiträge von Verbandsfunktionären seien nicht miteinander vergleichbar, da sich die je eigenen Funktionen und Bedingungen des Mediums, in dem jeweils argumentiert werde, auf den Inhalt der Stellungnahmen niederschlage. Nun sind sicherlich die Aussagen von Rednern im Parlament und vor Parteitagen auch von der Umgebung und den Ritualen geprägt, die bei solchen Diskussionen vorherrschen. Es läßt sich jedoch durchaus inhaltsanalytisch differenzieren zwischen den Gehalten wirtschaftspolitischer Aussagen, die dann mit Stellungnahmen der Verbände vergleichbar werden, und den Gesetzmäßigkeiten politischer Großveranstaltungen und des Wahlzyklus, die die Form der Reden spezifisch beeinflussen. Zudem bieten gerade

diese Unterschiede möglicherweise Material an für die Frage nach den unterschiedlichen Legitimationszwängen, denen Verbände und Parteien jeweils unterliegen. Von daher erscheint es sehr wohl gerechtfertigt, dieses Material trotz dieser Schwierigkeiten zum Vergleich mit Veröffentlichungen in Verbandszeitschriften heranzuziehen; sofern man nur im Verlauf der Analyse das Problem nicht aus den Augen verliert, dürfte es sich nicht als allzu gravierend erweisen. An einer Stelle allerdings erwies sich die Analyse der nach innen gerichteten Medien der Parteien als absolut unverzichtbar, als es nämlich um interne Diskussionsprozesse Mitte der siebziger Jahre innerhalb der SPD ging, die aus den parlamentarischen Reden ihrer Führer einfach nicht erkennbar wurden. Die Gründe dieser Selektivität werden zu erörtern sein. (Vgl. Abschnitt 5.3.1)).

VI.

Es ist mir mehr als nur eine Pflichtübung, an dieser Stelle Dank zu sagen. Er gilt zunächst und vor allem dem Betreuer dieser Arbeit, Prof. Dr. Theo Schiller, Marburg, ohne den im wahrsten Sinne des Wortes diese Arbeit in der nun vorliegenden Fassung nicht hätte abgeschlossen werden können.

Darüber hinaus möchte ich Christa Zydra, Gerhard Dietel, Herta Reisig und Peter Elborg danken, die mir nahe waren, als dieses Projekt entstand, und die mich begleitet haben, bis es abgeschlossen werden konnte.

1.) Zur Theorie der Interessengruppen

1.1) Entwicklung und Stand bisheriger interessengruppentheoretischer Überlegungen

Immer wieder, seit die Interessengruppen[1] Gegenstand wissenschaftlicher Betrachtung geworden sind, haben Überlegungen hinsichtlich ihres Verhältnisses zum Staat im Vordergrund der Analyse gestanden. Seit Thomas Hobbes zieht sich eine lange Tradition durch die Geschichte interessengruppentheoretischen Denkens[2], die stets den Staat als äußersten Bezugspunkt des Gruppenhandelns angenommen hat. Ganz gleich, ob Verbände - von frühneuzeitlichen Staatsdenkern bis zu Theodor Eschenburg und den Neokonservativen - als gefährliche Einschränkung staatlicher Souveränität negativ bewertet[3] oder ob ihr pluralistischer Wettbewerb um politischen Einfluß als die eigentliche Bedingung der Möglichkeit einer Verwirklichung gesellschaftlicher Gerechtigkeit gelobt wurde[4] - nie bestanden sie sozusagen 'aus eigenem Recht', immer war der Staat, im guten wie im bösen, die ulitma ratio verbandsförmigen Handelns. Wenngleich im Lauf der Zeit allmählich immer differenziertere Funktionszuschreibungen der Interessengruppen entwickelt wurden[5], so änderte dies nichts an der Auffassung, daß sie diese Funktionen quasi nur als Vorgabe für 'das Eigentliche', nämlich politisch-staatliches Handeln, erfüllten.

Von diesem Verdikt[6] sind auch neueste Arbeiten über Interessenverbände nicht auszunehmen, wie im folgenden anhand der beiden derzeit in der wissenschaftlichen Beschäftigung mit den Interessengruppen dominierenden Ansätze gezeigt werden soll.

1.1.1) Theorien zur Reform der internen Verbandsstruktur

Sowohl Popp (1975)[7] als auch Teubner (1978)[8] befassen sich mit dem Zuwachs öffentlicher Funktionen der Verbände und dem Problem, wie sich die Übernahme neuer Aufgaben auf die innere Verfassung der Interessengruppen niederschlägt.

Popp untersucht die Rolle der Verbände angesichts wachsender "staatliche(r) Leistungen..., denen ... vorwiegend die Funktion zukommt, die aus der Produktionssphäre herrührenden gesellschaftlichen Ungleichheiten soweit auszugleichen, daß eine eruptive systembedrohende Konfliktentladung unwahrscheinlich wird."[9] Da die "traditionellen Institutionen repräsentativ-demokratischer Systeme nicht ausgereicht haben, die gesellschaftliche Interessenvielfalt zum Ausdruck zu bringen und im politischen Entscheidungsprozeß zu berücksichtigen",[10] müßten die Verbände als "Medium angesehen werden", um "schon innerverbandlich aggregierte und zu politischen Forderungen verarbeitete gesellschaftliche Interessen in den Willens- und Entscheidungsprozeß einzubringen"[11]. Sie erwiesen sich daher "als Korrektiv zu den herkömmlichen Institutionen der repräsentativen Demokratie"[12]. Korrigierend wirkten sie dabei nicht nur hinsichtlich der "Funktions- und Leistungsfähigkeit des politischen Systems", sondern auch, soweit sie "seine demokratische Legitimationskraft erhöhen, indem 'die Willensbildung der staatlichen Amtsträger ... durch die näher bei der legitimierenden Basis stehenden Verbände gleichsam an diese zurückgekoppelt' wird."[13]

Angesichts dieses Aufgabenkatalogs, den Popp den Verbänden zuschreibt, wird es verständlich, daß er ihrer inneren Verfassung große Aufmerksamkeit widmet.[14] Bemerkenswert ist nun aber, zu welcher Begründung der Notwendigkeit innergewerkschaftlicher Demokratie er gelangt: "Für die von den Gewerkschaften wahrgenommenen öffentlichen Aufgaben folgt hieraus, daß die Organisationsfreiheit bzw. Satzungsautonomie durch das Erfordernis zweckgerechter Aufgabenerfüllung begrenzt wird. Unter Zugrundelegung des Sinns der verfassungsrechtlichen Garantie der Interessenverbands- wie Koalitionsfunktion, nämlich die politische Einflußlosigkeit bzw. die wirtschaftliche Unterlegenheit auf individueller Basis durch kollektiven Zusammenschluß der einzelnen mit ähnlichen Interessen zu überwinden, wurde nachzuweisen

versucht, daß die Erreichung dieses für die politische und soziale Ordnung bedeutsamen Zwecks eine von den Mitgliedern ausgehende Willensbildung von unten nach oben verlangt. Zwecks Erfüllung der ihnen zugewiesenen Aufgaben sind die Gewerkschaften daher zu einer entsprechenden Organisation der Willensbildung verpflichtet, die hier mehr zur Abkürzung als 'demokratisch' bezeichnet wird."[15]

An dieser Stelle soll nicht näher darauf eingegangen werden, inwieweit dieser Ansatz, gegen seinen Willen, vielleicht Hilfestellung leistet bei dem Versuch einer Beschneidung gewerkschaftlicher Aktionsspielräume durch ein Verbändegesetz, das unter dem rhetorischen Etikett der 'Demokratisierung' auf die Paralysierung gewerkschaftlicher Geschlossenheit von innen zielt.[16] Vielmehr gilt es hier, den interessengruppentheoretischen Grundgedanken festzuhalten: Weil die Institutionen der repräsentativen Demokratie der gesellschaftlichen Interessenvielfalt nicht gerecht werden und der Staat demzufolge seine Konfliktvermeidungs- bzw. -pazifierungsfunktion nicht genügend ausfüllen kann, müssen die Verbände intern offen genug strukturiert sein, damit Informationen über den Interessendruck an der gesellschaftlichen Basis aufgenommen und nach oben, an den Staat, weitergegeben werden können.

Zu ähnlichen Ergebnissen gelangt auch Teubner, wenngleich er im Gegensatz zu Popp offenbar zunächst weniger eindeutig den Staat und seine Aufgaben als Bezugspunkt innerverbandlicher Umstrukturierungskonzepte zu bestimmen scheint. Als "Bezugsprobleme der Verbandsfunktionen" definiert er nämlich "einmal für das politische System dessen gesellschaftliche Funktion der Bildung von Macht zur Herstellung kollektiv verbindlicher Entscheidungen und zum anderen für die Mitgliederumwelt die Integration von Mitgliederhandlungen in das Rollengefüge des Verbandes."[17] Darüber hinaus konzentriert er seine Untersuchung besonders auf die 'Tarifautonomie als Paradigma'[18], d.h., auf denjenigen Bereich des Verbändehandelns, der eigentlich gerade nicht auf den Staat bezogen zu sein scheint.

Teubner siedelt die Interessengruppen in einem Spannungsfeld zwischen politischem System/Staat und Basis an, wobei - und das ist entscheidend - er die Anforderungen, die beide 'Umwelten' an die Organisation stellen, nicht unbedingt als inkompatibel ansieht.[19] Dadurch gelangt er dann letztlich doch wieder zu einem Primat der Erfüllung der von seiten des politischen Systems gesetzten Aufgaben und einer in erster Linie diesen Funktionen entsprechenden internen Struktur.[20] Teubners Überlegungen enden bei Vorschlägen, die denen Popps vergleichbar sind, indem er für das Tarifsystem die verstärkte Anwendung des Prinzips 'Legitimation durch Entscheidungsbeteiligung' befürwortet: "Auf der einen Seite ist es gesichertes empirisches Ergebnis, daß Entscheidungsbeteiligung die 'Verpflichtungsfähigkeit' einer Organisation steigert. 'Legitimation durch Verstrickung' ist das einschlägige Problemstichwort. Auf der anderen Seite ist angesichts des Scheiterns wohlfahrtsökonomischer Aggregationsmodelle politische Partizipation ein wichtiges, wenn nicht das einzige effektive und legitime Mittel, 'Konsensfähigkeit' zu erzeugen."[21]

Auch hier dient wieder die Demokratisierung der Verbände, konkretisiert als Ausweitung von internen Partizipationsrechten, letzten Endes der Effizienzsteigerung verbandlicher Aufgabenerfüllung im Interesse der Übernahme staatlich gesetzter, hier: durch bewußte Ausgrenzung gesetzter Funktionen; denn Teubner definiert auch das Tarifsystem und die Rolle, die die Verbände in ihm spielen, ganz eindeutig als "verbandlich(e) Umweltleistun(g) an das politische System".[22]

Dabei weist ohne Zweifel die Komplexität seines Modells der Tarifautonomie, in dem die beteiligten Verbände sowohl den vom Staat gesetzten Anforderungen der Verpflichtungs- und Kompromißfähigkeit als auch dem von den Mitgliedern ausgehenden Verlangen nach Interssendurchsetzungs- und Konsensfähigkeit gerecht werden müssen[23], in die richtige Richtung. Sobald man nämlich von der Auffassung prinzipieller Vereinbarkeit zwischen Mitgliederinteressen und Erwartungen des politischen Systems an die Verbände (besonders die Gewerkschaften) abrückt, bietet diese diffe-

renzierte Funktionsbeschreibung in der Tat ein realistisches Bild der Probleme, in die die Interessengruppen geraten, sobald sie dem politischen System Aufgaben abnehmen. Was jedoch auch dieser Betrachtungsweise systematisch entgeht, ist, daß die Verbände eben nicht ihren ganzen Daseinszweck in der Entlastung des Staates von bestimmten Schwierigkeiten finden. Bevor diese Überlegung jedoch ausführlich entwickelt wird, soll noch ein zweiter Strang der wissenschaftlichen Diskussion vorgestellt werden, der zur Zeit die Beschäftigung mit den Interessengruppen weitgehend beherrscht, aber wiederum völlig auf ihre Rolle gegenüber dem Staat fixiert ist: die Korporatismusdiskussion.

1.1.2) Die Korporatismusdiskussion

Zweifellos besteht der sozialgeschichtliche und politische Hintergrund für die Entwicklung der im vorigen Abschnitt skizzierten theoretischen Ansätze in dem Prozeß der tatsächlich immer stärkeren Kooperation von Staat und insbesondere den sozio-ökonomischen Großverbänden. Ein Blick auf die Realität der Politikformulierung und -implementierung in der Bundesrepublik zeigt, wie eng verflochten staatliches Handeln im wirtschafts- und sozialpolitischen Bereich mit den Aktivitäten der dort angesiedelten Interessengruppen ist. Von daher wird das staatliche Interesse an funktionierenden, d.h. aber vor allem: für die Aufnahme und Weitergabe gesellschaftlicher Interessen offener Verbände durchaus verständlich, denn wie sonst könnten etwa "Konzertierte Aktionen" mit Unternehmerverbänden und Gewerkschaften oder mit Ärzteverbänden[23a)] die Findung und Durchsetzung staatlicher Entscheidungen erleichtern, würden diese Organisationen unempfindlich für die Bedürfnisse, Forderungen und Widerstände derjenigen Gesellschaftsmitglieder, die von diesen Entscheidungen jeweils betroffen sind.

Mit diesem Komplex befaßt sich seit Jahren die Korporatismusdiskussion. Der 1979 erschienene Sammelband von v.Alemann/Heinze[24)] lieferte als eine der ersten Publikationen einen Überblick über Bandbreite und Fragestellungen dieses Ansatzes, nicht zuletzt aber auch über die aktuelle politische Stoßrichtung dieser Debatte in der Bundesrepublik, die eng mit dem Bestreben von CDU und FDP verbunden war, über den Hebel eines Verbändegesetzes[25)] die großen Interessengruppen, vor allem die Gewerkschaften, in den disziplinierenden Griff des Staates zu bekommen.

Zum Zeitpunkt dieser ersten Veröffentlichung war noch ungeklärt, ob Korporatismus als ökonomisches Phänomen zu betrachten sei, nämlich als die Verbindung privaten Eigentums mit öffentlicher Kontrolle, oder eher als politische Erscheinung der räteförmigen Repräsentation von Interessen, oder ob hier ein sozio-politisch-ökonomisches Syndrom vorliege, "nämlich allgemeine Formierungstendenzen staatlicher Institutionen mit gesellschaftlichen Großgruppen und Eliten, um durch harmonisierende Gemeinwohlvorstellungen Legitimationsdefizite zu überwinden."[26)] Aber schon damals deuteten die Beiträge führender Vertreter dieser Theorie - Schmitter[27)] und Lehmbruch[28)] - darauf hin, daß die dritte Variante wohl am ehesten den Konsens der Forschung finden würde.

Auf dem Hintergrund einer historischen Analyse gelangte Schmitter zu folgendem Ergebnis: "Wenn der Hauptschlüssel zum Verständnis unterschiedlicher Regierbarkeit weniger in den 'objektiven' Größen gesamtwirtschaftlicher Leistung, sozialer Konflikte und Klassenbeziehungen liegt und mehr in der Art und Weise, wie verschiedenartige Interessen zwischen bürgerlicher Gesellschaft und Staat vermittelt werden, dann hat unsere Diskussion einige spezifische empirische Dimensionen nahegelegt, die zur Erklärung dieser Unterschiede herangezogen werden können: die Breite der Repräsentanz, die Dichte der Mitgliedschaft und die korporatistische Struktur. Politische Systeme, in denen Interessen durch formale Vereinigungen hindurchgeschleust werden, die die größte Vielfalt potentieller Interessen mit einem national verzweigten Geflecht von Organisationen vertreten, die einen maximalen Prozentsatz der potentiell Betroffenen als Mitglieder erfassen, deren Beziehungen zum Staat

monopolistisch, spezialisiert und hierarchisch sind und auf unauffällig-verschwiegener Zusammenarbeit basieren, sollten eher regierbar, stabil und effektiv sein - zumindest kurzfristig unter den Bedingungen heutiger Regierungstätigkeit."[29]

Lehmbruch konkretisierte diese Überlegungen in Hinblick auf die sozio-ökonomische Grundstruktur kapitalistischer Gesellschaften und definierte liberalen Korporatismus[30] als ein System der Instrumentalisierung der sozio-ökonomischen Großverbände durch den Staat[31] zum Zweck der "Regulierung von Verteilungskonflikten, die für die staatliche Verantwortung für wirtschaftliche und gesellschaftliche Stabilität und wirtschaftliches Wachstum relevant sind."[32] Er stelle daher "primär eine neue Form der staatlich gelenkten Regulierung des Klassenkonflikts dar."[33]

Auch die Grenzen derartiger Arrangements wurden 1979 schon thematisiert, wenn beispielsweise Offe schrieb: "Die offene Flanke jedes liberal-korporativistischen Programms zur Gestaltung des Verhältnisses zwischen Staat und organisierten Interessen, welches das Prinzip der staatsbürgerlichen (territorialen) Repräsentation mit dem der funktionalen Repräsentation kombiniert, liegt darin, daß weder die Dauerhaftigkeit noch ein vertretbarer 'Preis' der korporativen Beziehung gewährleistet werden kann."[34] "Ihre Dauer verdanken (alle Arrangements funktionaler Repräsentation, C.S.) entweder, wie in allen nicht-liberalen korporativistischen Systemen, der offenen Repression, mit der die Frage nach der Legitimität des Verfahrens selbst zum Schweigen gebracht wird, oder einem bloß empirischen und deshalb jederzeit aufkündbaren Einverständnis der Beteiligten, das durch Taktiken der 'moral persuasion', durch 'filzokratische' Symbiosen und informelle Mechanismen kultiviert werden kann. Solche Stabilisatoren verlieren allerdings ihre Wirkung in dem Augenblick, in dem sie für Dritte sichtbar werden, womit dann zumindest die Verpflichtungsfähigkeit der Gewerkschaften gegenüber ihren Mitgliedern in Mitleidenschaft gezogen wird."[35]

Diese Grundpositionen der Korporatisten sind in den Folgejahren ausdifferenziert[36] und teilweise offener formuliert worden, und vor allem ihre Reichweite wurde von den Hauptvertretern begrenzt.[37] So wollen v.Alemann/Heinze 1981 "neokorporatistisch(e) Tendenzen ... als eine Strategie" verstanden wissen, "die ein Bündel gemeinsamer Mittel in unterschiedlichen Gesellschaften und Teilbereichen mit divergierenden Interessen und Ideologien verbindet."[38] Korporatismus gilt nurmehr als 'sozioökonomische Strukturvariante'[39], bei der kein eindeutiger 'Gewinner' identifiziert werden könne: "Staat und Verbände sind direkt voneinander abhängig und profitieren gegenseitig, so daß keiner ohne den anderen sein kann. Auf die oft gestellte Frage, wer wen beherrscht, ist deshalb keine Antwort möglich. Es hat sich eine funktionale Politikverflechtung herausgebildet."[40] Und auch Schmitter[41] befaßt sich wesentlich mehr mit Problemen, Widersprüchen und Grenzen korporativistischer Politikstrukturen, die am ehesten in ökonomischen Schönwetterperioden funktionieren könnten, aber laufend von ökonomischen Knappheits- und sozialen Symmetrieproblemen bedroht seien und letzten Endes am ehesten von den Unternehmern aufgekündigt würden, wenn diesen nämlich die Kosten dieser Arrangements im weitesten Sinne zu hoch würden und die - ihnen prinzipiell stets mögliche - Rückkehr zur Interessenvertretung als autonome Wirtschaftssubjekte geraten erscheinen ließen.[42]

Der Glaube an die Fähigkeit des bürgerlichen Staates zur Instrumentalisierung, vielleicht sogar zur Domestizierung der sozio-ökonomischen Großverbände ist - so darf hier geschlossen werden - auch in den Reihen der Korporatisten brüchig geworden. Aber unverändert ist der Blickwinkel dieses Ansatzes geblieben, der allein das Verhältnis von Verbänden und Staat betrachtet.[43] Es scheint daher an der Zeit, die Lücken näher zu thematisieren, die unvermeidlich entstehen, fixiert man wie hypnotisiert nur denjenigen Teil des Verbändehandelns, der mit dem Staat in Berührung kommt, bzw. nur den Bereich staatlichen Handelns gegenüber der Gesellschaft und ihren Organisationen[44]. Allzu leicht ergeht es Betrachtern dieses Typs wie unerfahrenen Seeleuten in der Arktis: Gebannt auf das obere Siebtel des Eisberges

starrend, laufen sie auf die unter Wasser liegende Masse auf - und erleiden Schiffbruch.

1.1.3) Zur Kritik des gegenwärtigen interessengruppentheoretischen Entwicklungsstandes

Gewiß ist deutlich geworden, um wievieles differenzierter Analysen von Verbänden mittlerweile ausfallen, gemessen an früheren kruden pressure-politics-Konzeptionen. Die interne Verbandsstruktur gilt inzwischen weder als neutral gegenüber den durch sie zu transportierenden Mitgliederinteressen noch als oligarchisch blockierter Filter, der nur eine elitäre Clique von Verbandsbürokraten vor den authentischen Bedürfnissen ihrer Basis abschotten soll. Vielmehr liegen mittlerweile ausgewogene Darstellungen der Widersprüche und Spannungen vor, denen jede gesellschaftliche Organisation ab einer bestimmten Größe und Machtposition unvermeidlich unterliegt. Und auch die Beziehung zwischen Verbänden und Staat werden nicht länger als Einbahnstraßen von 'pressure' von unten nach oben bzw. Indienstnahme von oben nach unten überzeichnet, sondern auf wechselseitige Verflechtungen und Abhängigkeiten wird ausführlich eingegangen.

Aber:
- Welchen Stellenwert haben verbandsinterne (Dienst)Leistungen für die Beziehung zwischen Interessengruppen und Mitgliedern, wie wirken sie sich auf die gesellschaftliche Machtstellung der Organsisationen aus?
- Welche Bedeutung kommt dem autonomen interverbandlichen Konfliktaustrag zu, fernab vom Staat, gestützt auf eigene, genuine Machtressourcen? Welche Auswirkungen auf die Beziehungen zwischen Organisation und Basis hat er ?
- Was bedeutet es für die konkrete Ausprägung der Politik in der bürgerlichen Gesellschaft des zwanzigsten Jahrhunderts, daß 'der Staat' heute nahezu monopolartig von den Parteien besetzt und getragen wird?
- Welche Beziehungen bestehen zwischen Verbänden und Parteien?
- Welche sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen wirken auf das Handeln der Verbände, auf ihr Zusammenspiel mit Parteien und Staat ein? Welche Verbände werden durch sie begünstigt, welche benachteiligt, und in welcher Form?
- Wann und unter welchen Bedingungen entscheiden sich die Verbände für eine der vier ihnen zur Verfügung stehenden Handlungsebenen: innerverbandlich, interverbandlich, gegenüber Parteien, gegenüber dem Staat?
- Welche Interessen werden mit welchen Mitteln auf welchen Ebenen angemeldet - und welche fallen unter den Tisch?

Mit anderen Worten: Es kann nicht genügen, nur einen, ganz begrenzten Teil verbandsförmigen Handelns - wie differnziert auch immer - zu analysieren und ihn anschließend als Wesensmerkmal der Interessengruppen schlechthin zu definieren. Verbände werden zuallererst an der gesellschaftlichen Basis aktiv, deren Interessen sie erfassen, organisieren, ausgrenzen, bearbeiten, verändern und schließlich zu realisieren suchen. Der Bezug auf den Staat ist nur eine, und nicht die unproblematischste, strategische Variante der Verbände, diesen Prozeß zu betreiben. Oder, wie Zeuner schon vor Jahren formuliert hat, ohne jedoch damit auf große Resonanz zu stoßen: "Hier liegt die Wurzel für die Tautologieträchtigkeit etatozentrischer Verbandseinflußforschung: Weil in der abstrakt-allgemeinen Sphäre der Politik Interessen nur dann Berücksichtigung finden können, wenn sie sich selbst auf abstrakt-allgemeine Ziele und 'Güter', z.B. 'Recht' (als allgemeine Gesetze) und 'Geld' (als Umverteilung) beziehen, erscheinen die so verformten Interessen als einander wesensgleich, prinzipiell vereinbar, durch Kompromiß ausgleichbar etc."[45] "Die Mechanismen der Transformation gesellschaftlicher Widersprüche auf die Ebene der Politik, in der Ungleiches als gleich und frei miteinander Konkurrierendes erscheint, werden ausgeblendet, allenfalls in einen nicht näher bestimmten 'vorpolitischen Raum' verlagert."[46]

Damit stehen zusammengefaßt zwei Fragen auf der Tagesordnung der Interessengruppentheorie:
- Wie vermitteln sich die verschiedenen Ebenen verbandsförmigen Handelns - intern, interverbandlich, gegenüber Parteien, gegenüber dem Staat - untereinander und mit den Handlungsalternativen anderer interessenverarbeitender Organisationen, insbesondere der Parteien?
- Welche Inhalte von Interessen werden auf diesen Ebenen interessengruppenspezifischen Handelns verarbeitet?

Diesen Fragen gelten die folgenden theoretischen Überlegungen, wobei es sich von selbst versteht, daß das Problem der Interesseninhalte nicht losgelöst von konkreten Verbänden behandelt werden kann. Es wird daher vor allem im Zusammenhang mit der Übertragung des entwickelten Ansatzes auf Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften zur Sprache kommen.

1.2) Verbandsförmige Interessenverarbeitung - Zur Schlüsselkategorie der Selektivität

Mit der kürzlich erschienen Arbeit von Streeck über "Gewerkschaftliche Organisationsprobleme in der sozialstaatlichen Demokratie"[1] liegt eine Untersuchung über einen zentralen Ausschnitt des Interessenverbands-Spektrums vor, die trotz ihres korporatistischen Ausgangspunktes eine gänzlich andere als die traditionell etatozentristische Sichtweise erlaubt. Streeck konzipiert zwar zunächst das Verhältnis zwischen Staat und sozio-ökonomischen Großverbänden als liberalen Korporativismus, dem die "Kooptation der Arbeiterbewegung in ein vom Staat organisiertes System der kooperativen Konfliktverarbeitung"[2] gelungen sei, mit dem Ergebnis einer "engen gegenseitigen Verklammerung zwischen staatlichen Bürokratien und gesellschaftlichen Interessenorganisationen, durch die die traditionellen Unterscheidungen und Funktionsabgrenzungen zwischen Staat und Gesellschaft, öffentlicher und privater Sphäre, Gesetz und Vertrag in weiten Bereichen an Bedeutung verloren haben."[3]

Streecks eigentliche Untersuchungsgegenstände sind jedoch die Probleme, die den Gewerkschaften organisationsintern als Folge ihrer Teilnahme an korporatistischen Arrangements entstehen, sowie deren verschiedene Versuche zu ihrer Lösung. Hierfür bedient er sich eines auf Parsons aufbauenden organisationssoziologischen Ansatzes, der Organisationsstrukturen in Zusammenhang mit der sanktionierenden Organisationsumwelt und den eigentlichen Organisationsaufgaben bringt: "Organisationsstrukturen sind sedimentierte 'Programme' zur Auswahl und Aggregation von Situationsdeutungen und Interesseninterpretationen, denen gegenüber die Umwelt der Organisation als eine Art 'Auszahlungsmatrix' erscheint, in der jede der Organisation mögliche Politik mit einer bestimmten Sanktion verknüpft ist."[4] Parsons zufolge muß jeder Organisationstyp dabei folgende Funktionen übernehmen und ausfüllen:
- Adaption im Sinne von Subsistenzsicherung durch Ressourcenmobilisierung;
- Zielerreichung;
- Integration;
- Identitätserhaltung;

wobei zwischen allen vier Systemfunktionen ein unauflöslicher Zusammenhang besteht. Ganz gleich, welche den Primat jeweils erhält - immer müssen auch die anderen drei berücksichtigt werden.[5] Mit diesem Ansatz bietet sich die Möglichkeit einer Betrachtung der Verbände ohne sofortige Fixierung auf ihr Verhältnis zum Staat.

Die 'Organisationsumwelt' von Interessenverbänden besteht in der gesellschaftlichen Interessenstruktur einerseits, d.h., in den (potentiellen) Mitgliedern, in den übrigen interessenverarbeitenden Organisationen andererseits, deren wichtigste die Parteien und der Staat, d.h., das institutionelle Zentrum administrativer Entscheidungsvorbereitung und -implementierung und politischer Entscheidung, sind. Im folgenden soll zunächst näher auf den Umweltbereich 'gesellschaftliche Interessenstruktur' eingegangen werden, um im Anschluß daran die Funktionen der Verbände als

einem speziellen Typus interessenverarbeitender Organisationen darzustellen. Erst danach wird ihre Beziehung zu den anderen Organisationstypen, insbesondere zu den Parteien, sinnvoll thematisiert werden können.

1.2.1) Zur gesellschaftlichen Interessenstruktur

Die gesellschaftliche Interessenstruktur, die den Verbänden zunächst vorgegeben ist, in der sie sich aber zu verankern suchen, wodurch sie ihrerseits verändernd auf jene zurückwirken, wird im wesentlichen bestimmt von der Organisation des Zusammenlebens und der materiellen Reproduktion der Gesellschaftsmitglieder.

Es soll an dieser Stelle kein Überblick über den Stand der Interessentheorie und -forschung gegeben werden[6]; vielmehr ist der Interessenbegriff, der dieser Untersuchung zugrundeliegt, kurz zu definieren. Danach sind Interessen handlungsrelevant gewordene Verfestigungen von Bedürfnissen, die ihrerseits aus dem subjektiven Empfinden von Mangellagen erwachsen. Interessen zielen auf die Überwindung dieser Mangellagen bzw. auf die Erhaltung und Sicherung von Situationen, in denen sie überwunden oder zumindest eingeschränkt sind. Was jedoch von den Individuen jeweils als Mangel empfunden wird, kann nicht ein für alle Mal definiert und katalogisiert werden. Es ist vielmehr Resultat ihrer Auseinandersetzung mit ihrer gesellschaftlichen Umwelt, die ihnen sowohl Mangellagen auferlegt als auch Interpretationen dessen liefert, was als Mangel anzusehen ist - und was nicht.
Somit enthält der Begriff des Interesses eine subjektive und eine objektive Dimension[7], deren letztere nie losgelöst von den konkreten Formen des gesellschaftlichen Zusammenlebens, der jeweiligen Gesellschaftsordnung, näher bestimmt werden kann. In der kapitalistischen Gesellschaft dominiert die antagonistische Konfliktstruktur von Lohnabhängigen und Besitzern der Produktionsmittel über alle anderen möglichen Formen sozialer Beziehungen, ebenso wie die Produktion und Konsumtion von Waren alle anderen Möglichkeiten materieller Reproduktion tendenziell völlig verdrängt.

Daraus entstehen für die gewählte Interessendefinition folgende Konsequenzen: Resultierend aus den grundsätzlichen Funktionsprinzipien der kapitalistischen Ökonomie nötigt die gesellschaftliche Umwelt im Kapitalismus der Mehrzahl aller Individuen, je nach deren besonderer Stellung im sozio-ökonomischen Reproduktionsprozeß unterschiedlich stark ausgeprägt, verschiedene fundamentale Mangelsituationen auf:
- existentielle ökonomische Abhängigkeit von den Kapitaleignern (ungleiche soziale Stellung der Gesellschaftsmitglieder);
- nur begrenzt erwerbbare Ressourcen zur Bedürfnisbefriedigung durch die Vernutzung von Waren und Dienstleistungen, insbesondere in Relation verschiedener sozialer Schichten zueinander (ungleiche Verteilung des erwirtschafteten gesellschaftlichen Reichtums);
- Verkümmerung der Möglichkeit, Bedürfnisse anders als durch den individuellen Erwerb und Konsum von Waren und Dienstleistungen zu befriedigen (Dominanz der Warenproduktion und der Erwerbsinteressen);
- Mangel an Möglichkeiten der Einflußnahme auf Entscheidungen über die Grundlinien gesellschaftlicher Reproduktion (Begrenzung des Staatsbürger-Status auf die politische Sphäre, bei bewußter Ausgrenzung des privatwirtschaftlichen Bereichs).[8]

Was jedoch von diesen Einschränkungen von den Betroffenen jeweils bewußt erlebt und daher - vereinzelt oder im kollektiven Zusammenschluß - zu überwinden versucht wird, ist nie von vornherein entschieden. Vielmehr werden hier Einflußfaktoren wirksam, die weiter unten, im Zusammenhang mit den Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden im einzelnen beschrieben werden sollen.

Dies ist die gesellschaftliche Interessenstruktur, mit der es die Verbände im wesentlichen zu tun haben: Je nach dem Grad der Bewußtwerdung sind sie vor allem mit vier Interessenpotentialen konfrontiert:

- das Interesse an der Erhaltung bzw. der Überwindung des antagonistischen Verhältnisses von Lohnarbeit und Kapital, d.h., das Interesse des Lohnarbeiters an der Aufhebung seiner existentiellen Abhängigkeit bzw. das des Kapitals an seiner eigenen Fortexistenz (d.h. aber auch: an der Fortexistenz des Lohnarbeiters);
- das Interesse am maximalen materiellen Ressourcenerwerb, entweder, um individuelle Bedürfnisse durch den Konsum von Waren zu befriedigen, oder um erneut zu investieren, damit eine gegebene Profitrate und -menge gehalten bzw. erweitert werden kann.[9] (Erwerbsinteresse; durch die kapitalistische Formbestimmtheit von Produktion und Austausch vorrangig durch Marktbeziehungen vermittelt);
- das Interesse an der kollektiven, nicht individuellen Befriedigung anderer als konsumorientierter Bedürfnisse auf anderen Wegen als dem marktförmigen Erwerb von Waren, Dienstleistungen oder Geld im Austausch gegen Waren, Dienstleistungen oder Geld;[10]
- das Interesse an der Überwindung begrenzter Einflußchancen auf die prinzipiellen Formen des Zusammenlebens, der sozio-ökonomischen und politischen Reproduktion.

Je nachdem, inwieweit aus der Dialektik gesellschaftlicher Einflüsse auf die subjektive Bewußtseinsbildung und der Reflexion dieser Einflüsse[11] diese Mangellagen bewußt empfunden und diese Interessen subjektiv entwickelt, d.h. aber: allererst konstituiert werden, müssen sich die Verbände mit ihnen auseinandersetzen. Dabei ist es ein seit langem bekannter Topos der Interessengruppentheorie, daß ganz bestimmte Interessen besonders organisations- und durchsetzungsfähig sind, andere dagegen kaum oder gar nicht durch kollektiven organisatorischen Zusammenschluß realisiert werden können.

Offe[12] hat paradigmatisch zwei Bedingungen formuliert, "unter denen sich ein gesellschaftliches Interesse überhaupt verbandsförmig repräsentieren läßt";:[13]
- Organisationsfähigkeit:"'Organisationsfähig' sind gesellschaftliche Bedürfnisse dann, wenn sie in ausreichendem Umfang diejenigen motivationalen und materiellen Ressourcen mobilisieren können, die zur Etablierung eines Verbandes oder eines ähnlichen Instruments der Interessenvertretung erforderlich sind."[14] Dazu sind besonders die deutlich abgrenzbaren "primären Lebensbedürfnisse" möglichst homogener sozialer Gruppen geeignet.[15]
- Konfliktfähigkeit: "Konfliktfähigkeit beruht auf der Fähigkeit einer Organisation bzw. der ihr entsprechenden Funktionsgruppe, kollektiv die Leistung zu verweigern bzw. eine systemrelevante Leistungsverweigerung glaubhaft anzudrohen."[16]

Diese Überlegungen auf die Verbände gewendet, läßt sich nun formulieren: Interessenverbände sind Organisationen, die vorrangig die Interessen sozial relativ homogener Gruppen zusammenfassen, und zwar besonders diejenigen, die gegen andere, konkurrierende Interessen deutlich abgrenzbar und zugleich den Interessenten selbst wichtig genug sind, um sich für ihre Durchsetzung zu engagieren - sei es durch persönliche Aktivitäten im Verband, sei es durch finanzielle Unterstützung, oder beides. Angesichts der Offe'schen These von der besonderen Organisierbarkeit 'primärer Lebensbedürfnisse' und den oben entwickelten Überlegungen hinsichtlich der Dominanz der Warenproduktion und -konsumtion als spezifisch kapitalistisches Prinzip der 'Beseitigung von Mangellagen' läßt sich vermuten, daß vor allem diejenigen Verbände erfolgreich bei der Organisierung und schlagkräftig sein werden, die die Erwerbsinteressen bestimmter Gruppen, Schichten, besonders aber Klassen von Warenbesitzern (Lohnabhängige und Kapitalisten) umfassen und gegeneinander abgrenzen. Dies nicht zuletzt deshalb, weil sie auch diejenigen sind, die ganz besonders systemrelevante Leistungen verweigern bzw. ihre Verweigerung am glaubhaftesten androhen können.[17] Es sei dabei nur am Rande bemerkt, daß zwischen diesen beiden zuletzt genannten Organisationstypen - Gewerkschaften und Unternehmerverband - keine Parität herrscht, wie es auch keine Parität zwischen den sie tragenden sozialen Klassen im Kapitalismus geben kann.[18]
Damit können die folgenden Dimensionen verbandsförmiger Selektivität[19], die sich aus der den Organisationen selbst vorausgesetzten, kapitalistisch bestimmten Inter-

essenstruktur ergeben, benannt werden:
- soziale Homogenität der zusammengefaßten Interessen;
- inhaltliche Konzentration auf die Erfassung von existentiellen Lebens-, d.h. aber in der kapitalistischen Gesellschaft vorrangig: Erwerbsinteressen von Warenbesitzern, die besonders deutlich voneinander abgegrenzt werden können;
- hohe Intensität des Interessenbewußtseins (Dringlichkeit der Interessenbefriedigung);
- entsprechend enge Beziehung zwischen der Basis der Interessenträger und ihrer Organisation, die ihnen die Realisierung dieser als dringlich empfundenen Interessen in Aussicht stellt.

Verbände, die diesen Selektivitätskriterien genügen bzw. sie in ihrer Struktur selbst aufweisen, werden erfolgreicher die von ihnen vertretenen Interessen realisieren können als Organisationen, die auf sozial inhomogenen Gruppierungen mit weit gefächerten, diffusen Interessen aufbauen, deren Erfüllung für den Fortbestand der Gesellschaft nicht zentral ist und die auch für ihre eigenen Träger nicht unbedingt im Mittelpunkt ihres Lebens stehen.[20] Daher lassen sich zwei grundsätzliche Selektivitätsstrukturen der Verbände festhalten, die das Resultat der ihnen vorgegebenen Interessenstruktur sind:
- sozialstrukturelle Selektivität im Sinne von Vereinheitlichung und Abgrenzung, einschließlich besonders enger Basisbindung;
- inhaltliche Selektivität im Sinne der vorrangigen Aufnahme und Vertretung kapitalistisch präformierter Erwerbsinteressen.

Was es mit dem Begriff der Selektivität auf sich hat, welche Bedeutung ihm für eine Theorie der Interessengruppen grundsätzlich zukommt und welche weiteren Dimensionen er aufweist, ist nun im Zusammenhang mit der Bestimmung spezieller Verbandsfunktionen im einzelnen zu untersuchen.

1.2.2) Funktionsbestimmungen verbandsförmiger Interessenverarbeitung

Selbstverständlich waren und sind Verbandsfunktionen und die Probleme, die bei ihrer Ausfüllung entstehen, seit langem Gegenstand der Verbandstheorie und -forschung.[21] Getreu dem vorrangig auf ihr Verhältnis zum Staat fixierten Blickwinkel wurden dabei besonders die Leistungen der Interessengruppen für den politischen Willensbildungsprozeß betont. Seit Almond und Eckstein besteht ein allgemeiner Konsens darüber, daß Verbände der Artikulation, Integration und Abgrenzung von Interessen(paketen) dienen.[22] In Ergänzung dazu ist formuliert worden: Die Artikulation von Interessen nehme die Form ihrer Aggregation zur Erleichterung staatlicher Entscheidungsprozesse und gleichzeitiger Selektion an;[23] darüber hinaus leiste die Arbeit der Verbände einen Beitrag zur gesamtgesellschaftlichen und politischen Integration sozialer Gruppen durch Partizipation[24] sowie durch die Bereitstellung von Kommunikationskanälen zwischen pluralistischen Subsystemen mit begrenzter Autonomie, die auf diese Weise zusammengehalten werden könnten.[25]

Während sich also ein Teil der Verbändeforschung mit Aggregations-, Informations- und Integrationsleistungen, besonders in Hinblick auf die Funktionsfähigkeit des politisch-staatlichen Systems, befaßt[26], untersucht ein anderer das Ergebnis verbandsförmiger Politik für den gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozeß. Bezeichnenderweise wird dabei von kapitalismustheoretischen Prämissen ausgegangen, während die oben skizzierten Funktionsbestimmungen eher pluralistischen Positionen zuzuordnen sind. So stellt Offe fest: "...das pluralistische System von organisierten Interessen sperrt alle Bedürfnisartikulationen aus dem politischen Willensbildungsprozeß aus, die allgemein und nicht an Statusgruppen gebunden sind; die konfliktunfähig, weil ohne funktionelle Bedeutung für den Verwertungsprozeß von Kapital und Arbeitskraft sind; und die als utopische die historischen Systemgrenzen transzendieren."[27]
Mit ähnlich selektiven Auswirkungen des Verbändehandelns, hier bezogen auf die

Großorganisationen von Lohnarbeit und Kapital, befaßt sich Massing[28], der zu dem Ergebnis kommt: "Im übrigen wäre es falsch zu glauben, Verbände hätten nur den beschränkten Zweck, partikulare Interessen zu artikulieren..."; vielmehr "leisten sie ihren Teil zur Politisierung der Öffentlichkeit durch gezielte, gleichwohl interessenspezifische Gegenaufklärung. Insofern die Verbände tendentiell den gesamten Katalog der politisch zu behandelnden, auf dem Wege der Gesetzgebung und/oder des Verwaltungshandelns zu erledigenden Fragen in ihren Interessenbereich einbezogen haben, bringen sie die Gesamtgesellschaft in den Staat qua Verteilerapparatur ein, wie sie umgekehrt der 'Politik' keinen gesellschaftlichen Schonraum mehr vorenthalten."[29]

Auch Heinze geht aus kapitalismuskritisch-korporativistischer Sicht der Frage nach, welche Auswahl aus der Struktur gegebener Interessen von den Verbänden getroffen wird. In Anlehnung an Lowi unterscheidet er zwischen der Unterdrückung innerverbandlicher Minderheitsinteressen und der Priorisierung jeweils bestimmter Interessen innerhalb der Organisationen, beides aus Gründen der Erhaltung der Handlungsfähigkeit des Verbandes und beides gleichzeitig fungierend als Entlastung des politisch-staatlichen Entscheidungsprozesses. Olson folgend, benennt er dann das unterschiedliche Ausmaß an Organisierbarkeit verschiedener Interessen und die daraus resultierende Oligarchiebildung innerhalb der Verbände als drittes systematisches Verzerrungsmuster. In Anlehnung an Offe geht er schließlich auf das Problem unterschiedlicher Konfliktfähigkeit von Interessen ein.[30]

Quer zu diesen Verzerrungen in der Interessenrepräsentation siedelt er die "sozialökonomischen Bedingungen" an, die die Organisations- und Konfliktfähigkeit der Unternehmerverbände begünstige und kommt zu dem Schluß: "Die Organisierung von Interessen und die dabei aufgetretenen strukturellen Asymmetrien (Organisations-, Konfliktfähigkeit, Machtgefälle) erweisen sich als wesentliche Filterfunktionen für das real existierende Verbandssystem, in dem nur eine begrenzte Zahl von organisierten Interessen mit unterschiedlichen Machtressourcen vertreten ist."[31]

Wieder andere Postionen der Verbandsforschung befassen sich mit der Frage, was die Interessengruppen für ihre je eigene Basis leisten, ohne sich zunächst mit dem Problem politischer Integration oder gesamtgesellschaftlicher Reproduktion auseinanderzusetzen. Diese eher im Bereich der Wirtschaftswissenschaften anzusiedelnden Ansätze betonen besonders die autonome interne Interessenrealisierungsfunktion der Verbände. So definiert Buchholz: "Wirtschaftsverbände sind freiwillige Zusammenschlüsse von Einzelwirtschaftern oder Einzelwirtschaften (Elementarverbände) bzw. von deren Verbänden (Verbände höherer Ordnung) aus dem Wirtschaftsbereich; es sind Verbände privaten Rechts mit wirtschaftlichen Hauptaufgaben - aber ohne eigenen Geschäftsbetrieb -, um den Mitgliedern durch größtmögliche Selbsthilfe und umfassende Interessenvertretung gegenüber Dritten die Verbesserung oder Sicherung bestimmter ökonomischer, sozialer oder gesellschaftlicher Bedingungen zu gewährleisten."[32]

Offenbar erfaßt jeder dieser Entwicklungsstränge der Interessengruppenforschung durchaus korrekt einen Teilbereich seines Gegenstandes: Verbände fassen in der Tat gesellschaftliche Interessen zusammen und bringen sie in den politischen Entscheidungsprozeß ein; sie bemühen sich tatsächlich auch um die autonome Realisierung der von ihnen erfaßten Interessen, und ihr Handeln hat zweifellos ganz bestimmte selektive Auswirkungen auf die gesellschaftliche Gesamtstruktur realisierter und unbefriedigt bleibender Interessen. Nur: wie hängen diese Teilbereiche miteinander zusammen, die eben nicht isoliert voneinander betrachtet werden können? Wie vermitteln sich Interessenzusammenfassung, -auswahl und -weitergabe, autonome und delegierte Interessenrealisation und Interessenintegration in eine bestehende politisch-staatliche Ordnung der Interessenpriorisierung und -verarbeitung untereinander?

Mit der Theorie Grevens[33] über die Funktion von Parteien in der kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaft liegt ein Ansatz vor, der - wie gleich zu zeigen sein wird - auch auf die Verbände übertragbar ist, allerdings mit bestimmten Akzentverschiebungen. Greven zufolge fungieren Parteien als Transmissionsriemen für Informationen und Personal zwischen den - ideologisch als getrennt geltenden - Sphären des Privaten und der Öffentlichkeit, und zwar in beiden Richtungen[34]: "Diese Transmissionsleistung wird in der ausgebildeten kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaft von Organisationen wahrgenommen, die gesellschaftliche Interessen und Bedürfnisse aufnehmen, politisieren, d.h., sie dem von dem Bereich der unmittelbaren gesellschaftlichen Produktion getrennten Bereich der Entscheidung über die Hauptlinien der gesellschaftlichen Reproduktion als Informationshorizont bereitstellen und die selbst zu deren entscheidungsmäßiger Aufbereitung beitragen."[35] Daneben werde aber auch die "Realisierung verschiedener Entscheidungstypen, d.h., die Umsetzung von Konzeptionen und Programmen in gesellschaftliche Entscheidungspraxis (...) ebenfalls wesentlich durch die politischen Parteien getragen."[36]

Dabei funktioniere diese Transmission stets selektiv, ihr Maßstab setze "entgegen den unmittelbaren Herrschafts-, d.h. Aneignungsinteressen der Einzelkapitale, wie sie in der 'bürgerlichen Gesellschaft' repräsentiert sind und sich direkt im Kampf um die Bezahlung der Arbeitskraft niederschlagen, an der kapitalistischen Rationalität der 'bürgerlichen Gesellschaft' als Klasse" an.[37]

Voraussetzung und immer neues Ergebnis dieses selektiven Transmissionsprozesses schließlich sei die Legitimation seiner selbst wie auch der politisch-staatlichen Entscheidungsstruktur samt der - nach Greven ausschließlich ideologischen[38] - Trennung zwischen privater und öffentlicher Sphäre.[39] Empirische Legitimation entstehe "einerseits als Folge von spezifischen Verfahren, die institutionalisiert oder ritualisiert ausgebildet und für eine bestimmte gesellschaftliche Situation bedeutungsvoll und sinnhaft interpretiert werden", andererseits "als Ergebnis von Leistung oder zumindest der Perzeption einer Handlung oder eines Verhaltens als Leistung."[40] Für die Parteien stehe die 'Legitimation durch Verfahren' (Luhmann) im Vordergrund, insbesondere durch das "Angebot der Beteiligung an politischen Verfahren auf den verschiedensten Ebenen und in den verschiedensten Bereichen"[41], wobei es sich hier um eine "in falschem gesellschaftlichem Bewußtsein vollzogene Quasi-Beteiligung" handele, die zwar potentiell eine Gefahr für die Selektivität dieses Transmissionsprozesses darstellen könne[42], deren reale Folgenlosigkeit jedoch in der Regel als gesichert gelten könne: "Legitimiert wird die Realität der Klassengesellschaft vor allem dadurch, daß durch ein institutionalisiertes Verfahren, in dem die politischen Parteien und die Wahlen eine entscheidende Rolle spielen, das gesellschaftliche Bewußtsein produziert und aufrechterhalten wird, als könne vermittels dieses Verfahrens über alle gesellschaftlich relevanten Fragen demokratisch entschieden werden", obgleich dies infolge der massenhaft akzeptierten scheinbaren Trennung von 'öffentlicher' Politik und 'privater' Ökonomie gerade nicht der Fall ist, da die gesellschaftlich sehr wohl relevanten Fragen der Entscheidung über die Grundlinien sozio-ökonomischer Reproduktion im als privat deklarierten ökonomischen Sektor von diesen Beteiligungsverfahren nicht erreicht werden.[43]

Greven hat selbst die Reichweite seines transmissionstheoretischen Ansatzes nie auf die Parteien begrenzt.[44] Vielmehr bietet sich die Untersuchung der Frage geradezu an, welche Rolle denn die Verbände neben oder gegenüber den von ihm ausführlich analysierten Parteien innerhalb dieses "Instrumentarium(s) von Interessenvertretungsorganisationen" spielen[45], das unter anderem stets neu dafür Sorge trage, daß der "Prozeß der Politisierung des gesellschaftlichen Konflikts um die Verteilungsmodi des gesellschaftlichen Gesamtprodukts hin zum genuin politischen Prozeß der kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaft über die Verteilungsraten selbst" immer wieder gelingt, den Greven den "wesentliche(n) Integrationsprozeß dieser Gesellschaftsformation" nennt.[46]

Man kann ihn als Integrations-, zugleich aber auch als Selektionsprozeß betrachten, indem er die gegebene gesellschaftliche Interessenstruktur so verarbeitet, daß bestimmte Interessenpakete (und die Konflikte zwischen diesen) nicht gesellschaftlich und politisch relevant werden, keinen (maßgeblichen) Einfluß auf die Politik der interessenverarbeitenden Organisation erlangen können. Erst wenn diese Selektion gelingt, in dem Sinne, daß sie und ihre Resultate auch von denjenigen Interessenträgern de facto akzeptiert werden, die gerade keine Berücksichtigung finden, so daß diese keinen Versuch eines Ausbruchs aus der bestehenden sozio-ökonomischen und politischen Ordnung unternehmen, kann von Integration gesprochen werden. Es wird sich zeigen, daß die Selektivität des Interessenverarbeitungsprozesses der Dreh- und Angelpunkt für Gelingen oder Scheitern der Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaftsordnung ist.

1.2.3) Selektive Interessentransmission und Legitimationsleistungen der Verbände

Übernimmt man nun die oben skizzierte Theorie Grevens auch für die Verbände, so bestünden deren Funktionen, zusammenfassend formuliert, in der selektiven Transmission von Informationen und Personal zwischen den Bereichen der Ökonomie und Politik sowie in der Legitimation ihrer selbst, der beiden Sektoren und ihres spezifischen Verhältnisses zueinander. Dabei bleibt die Bestimmung dessen, was diese Selektivität denn nun ausmacht, bei Greven relativ global: Sie bestehe in der staatlichen Verarbeitung gesellschaftlicher Interessen entlang des Maßstabes "der kapitalistischen Rationalität der 'bürgerlichen Gesellschaft' als Klasse"[47], in der Reduktion des antagonistischen sozio-ökonomischen Grundkonfliktes zwischen Lohnarbeit und Kapital auf bloß politische Verteilungskonflikte, die nurmehr um die verschiedenen Anteile am gesellschaftlich produzierten Reichtum zentriert seien und die die Art und Weise, wie dieser Reichtum produziert wird, nicht (mehr) thematisieren.[48] Letztlich finde sie ihren entscheidenden Ausdruck in der Übernahme derjenigen politischen Organisationsformen durch die soziale Emanzipationsbewegung der Arbeiterklasse, die für die permanente Wiederholung dieses Reproduktionsprozesses selbst sorgten.[49]

Eine dieser Organisationsformen ist nun die der Verbände.

- Transmission heißt für sie in erster Linie[50], primäre gesellschaftliche Interessen der sozio-ökonomischen Reproduktion[51] zusammenzufassen, dadurch Kenntnis über und Einfluß auf die existentiellen gesellschaftlichen Problem- und Interessendrucklagen zu erlangen und diese teils intern, teils interverbandlich, mehr oder weniger konflikthaft, bereits partiell durch Interessenrealisation zu mildern, teils Gegenverbände, Parteien und Staat durch die Anmeldung von Forderungen über sie zu informieren[52] und somit realistische Strategien ihrer Verarbeitung, aber auch ihrer Kanalisierung, allererst zu ermöglichen.

  Stellt man sich 'Politik' in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft als den Prozeß der fortschreitenden gleichzeitigen Auswahl, Verallgemeinerung und partiellen Befriedigung sozialer Interessen vor, mit dem beschriebenen Ergebnis ihrer Umwandlung in ausgleichsfähige politische 'issues' - die von Greven entwickelte Reduktion des grundsätzlichen gesellschaftlichen Herrschafts- auf einen bloß politischen Verteilungskonflikt -, so steht und fällt die Qualität dieses Prozesses, sein Gelingen, mit der Qualität der Verankerung der ihn tragenden Instanzen in der primären gesellschaftlichen Interessenstruktur. Nur wenn ein Teil dieses organisatorischen 'Kontinuums'[53] in wirklicher Nähe zu den maßgeblichen sozio-ökonomischen Interessen angesiedelt ist, kann gewährleistet werden, daß die Generalisierung und nur partielle Realisierung von Interessen im Verlauf dieses Prozesses von seiten der anderen organisatorischen Bestandteile des Kontinuums von den Interessenträgern selbst hingenommen und akzeptiert wird. Wenn es richtig ist, daß die zunehmend breite Zusammenfassung und Verallgemeinerung von Interessen die Bindekraft zwischen verallgemeinernder Organisation und Basis lockert[54], dann muß diesem Prozeß vorgelagert (bzw. dem Kontinuum als seine

'Speerspitze' integriert) sein ein organisatorisches Bindeglied, das der gesellschaftlichen Basis durch seine Nähe und die relativ enggefaßte Organisation von Interessen den Eindruck vermittelt, ihre Bedürfnisse würden sehr wohl berücksichtigt. Dieses lebenswichtige Bindeglied sind die Verbände.

- Ihre Selektivität ganz grundsätzlicher Art, zunächst vollkommen losgelöst von Fragen ihres Ausdrucks in Mitgliederzusammensetzung, Programmauswahl, Politik der Organisation usw., besteht nämlich strukturell darin, daß sie erstens mehr oder weniger deutlich voneinander abgrenzbare, homogene soziale Interessen erfassen, vorzugsweise materielle Reproduktionsinteressen, und dadurch zweitens enger als alle anderen relevanten Typen interessenverarbeitender Organisationen an die gesellschaftliche Basis rückgekoppelt sind.[54a] Sie sind an diese Basis in ihrer ganzen, kapitalistisch bestimmten Zersplitterung gebunden, diese in ihrer Organisationsform quasi verdoppelnd, sie verfestigend in dauerhaften, einander gegenüberstehenden und mit- bzw. häufig gegeneinander agierenden, spezifisch strukturierten Komplexen.

Als solche sind die Verbände Ergebnis, oder besser: Ausdruck einer ihnen vorgegebenen gesellschaftlichen Interessenstruktur.[55] Aber sie wirken, einmal in sich organisatorisch geformt und von ihrer Umwelt definitiv abgegrenzt[56], ihrerseits auf diese Struktur auch wieder zurück, verändern sie, was häufig die Form ihrer Stabilisierung gegenüber einer ihr selbst möglicherweise immanenten Entwicklungsdynamik annimmt. Denn mit jedem einmal halbwegs abgeschlossenen Organisierungsprozeß tritt das Interesse des Verbandes an seiner Selbsterhaltung neben die Interessen, die er als 'Advokat' seiner Basis vertritt[57]:"... jene speziell organisationsbezogenen Sekundärinteressen", die sich als "organisatorisch(e) Imperative auffassen (lassen, C.S.), in denen die Notwendigkeit der Reproduktion und Erhaltung eines einmal aufgebauten kollektiven Handlungssystems zur Geltung kommt und die zum Ausgangspunkt einer revisionistischen Zielverschiebung werden können."[58]

Bedeutung haben diese Überlegungen vor allem für jene Verbände, die Interessen erfassen, welche ihrerseits auf fundamentale Veränderungen des gesellschaftlichen Status quo zielen könnten. Solange, um an die oben eingeführte Priorisierung der Vertretung sozio-ökonomischer Reproduktionsinteressen zu erinnern, es beispielsweise einem Berufsverband nur darum geht, der von ihm erfaßten Gruppe einen möglichst großen Anteil am gesellschaftlich produzierten Reichtum zu verschaffen, kann er dies relativ problemlos mit den gleichgerichteten und in sich grundsätzlich widerspruchsfreien Interessen seiner Basis vereinbaren. Allerdings muß auch er sich damit auseinandersetzen, daß die materielle Reproduktion der Individuen im Kapitalismus zum großen Teil marktförmig vermittelt ist und daher seine Mitglieder außerhalb des vereinheitlichenden Verbandes als Konkurrenten auftreten.[59]

Mit dieser internen Konflikthaftigkeit wiederum sind diejenigen Interessengruppen nicht konfrontiert, die nicht auf die Realisierung von Bedürfnissen von Marktparteien oder aber auf die Verwirklichung anderer als materieller Erwerbsinteressen zielen.[60] Sie jedoch geraten unter den oben beschriebenen Druck der Verhältnisse im Kapitalismus, d.h., die von ihnen angesprochenen und angemeldeten Interessen sind weit weniger organisations- und konfliktfähig und erzwingen bei konsequenter Interessenpolitik des Verbandes unter Umständen eine derartig fundamentale Opposition der Organisation gegenüber allen etablierten Politikinstitutionen, -inhalten und -formen, daß der Bestand des Verbandes selbst in Gefahr geraten kann.[61]

Von daher steht zu vermuten, daß jedenfalls bereits etablierte Verbände in der Regel inneren Widerstand leisten werden, wenn innerhalb des von ihnen erfaßten Interessenpotentials solche Interessen auf mehr Einfluß drängen, die eher der zweiten genannten Gruppe angehören. Vielmehr wird die Politik der Organisation

vermutlich von vornherein darauf angelegt sein, diejenigen Interessen innerverbandlich zu priorisieren und verstärkt auch nach außen zu vertreten, die sich weniger widersprüchlich gegenüber den dominierenden Reproduktionsmechanismen der kapitalistischen Gesellschaft im weitesten Sinne verhalten.

- Dies hat seinen Grund nicht zum wenigsten in den Legitimationsmöglichkeiten, die den Verbänden gegenüber ihrer je eigenen Basis zur Verfügung stehen. Die Luhmann'sche Kategorie der 'Legitimation durch Verfahren' ist oben bereits eingeführt worden, ebenso wie der Begriff der 'Legitimation durch (materielle) Leistung'. Beide Legitimationsformen stellen gleichzeitig verschiedene Varianten der gelungenen Interessenbefriedigung dar: 'Legitimation durch Leistung' heißt nichts anderes, als daß es einer Organisation gelingt, in ihrer Politik Ergebnisse zu produzieren, die entweder materieller Art sind, 'verzehrt' werden können und damit materielle Interessen befriedigt haben, was die Loyalität der Interessenträger gegenüber der in diesem Sinne erfolgreichen Organisation erhalten oder verstärken wird.[62] Oder diese Ergebnisse werden als Leistung perzipiert[63], obwohl sie dies materiell gar nicht unbedingt sind - dennoch aber betrachten sich die Individuen, die die Interessen tragen, als befriedigt, mit derselben Konsequenz empirischer Legitimation. 'Legitimation durch Verfahren' schließlich befriedigt das Interesse an Partizipation, wobei auch hier wieder 'materielle', also echte Teilhabe an Entscheidungsprozessen von 'ideologischer' Interessenbefriedigung durch Quasipartizipation[64] zu trennen ist. Eine letzte Möglichkeit des Umgangs mit Interessen ist die ihrer Repression bzw. Vernichtung, die jedoch höchstens bei denjenigen Beifall finden wird, denen an der Liquidierung bestimmter Interesseninhalte gelegen ist; unter den Bedingungen parlamentarisch-repräsentativer, sozialstaatlicher Demokratie kann jedoch hierbei kaum von 'Legitimation durch Repression' gesprochen werden. Repressiver Umgang mit sozialen Interessen in diesem Sinne ist mehr als die äußerste Form der Selektion und Ausgrenzung bestimmter Interessenpotentiale zu verstehen.

Diese Interessenverarbeitungs- und Legitimationsformen stehen nun den verschiedenen Typen interessenverarbeitender Organisationen in unterschiedlichem Ausmaß zur Verfügung. Während die Parteien aus Gründen, die weiter unten noch ausführlich zu diskutieren sein werden, sich stärker durch Verfahren[65] und ideologische Leistung legitimieren können und der Staat infolge seines Gewaltmonopols am ehesten repressiv verfahren kann, müssen sich die Verbände vorrangig durch materielle Leistung vor ihren Mitgliedern rechtfertigen. Denn diese sind der Organisation beigetreten in der Erwartung, daß ganz bestimmte konkrete Interesseninhalte in ihrer Politik durchgesetzt werden, wie beschrieben, vor allem solche reproduktiver Natur. Zwar werden durch demokratisch strukturierte innerorganisatorische Willensbildungsprozesse auch Partizipationsinteressen befriedigt, und als Mitglied eines traditionsgebundenen Verbands mit langer Geschichte können sich auch Identitätsvorstellungen bilden, die über die Perzeption bestimmter Verbändestrategien als Leistung zur ideologischen Befriedigung dienen können.[66]

Aber kaum jemand wird Mitglied einer Gewerkschaft, um auf den jährlichen Kongressen deren Politik mit zu beeinflussen; und wohl selten wird jemand einem Bauernverband beitreten, weil dieser besonders emotional aufgeladene Selbstbilder des Bauerntums als Wahrer christlich-abendländischer Sitte und Kultur zu entwerfen versteht. Die eigentliche Bedeutung dieser Organisationen besteht eben in der Erfüllung vorwiegend materieller Bedürfnisse, und nur, wenn sie dieses eigentliche Organisationsziel erreichen, können sie sich in den Augen ihrer Basis legitimieren.

Damit wird aber deutlich, daß das Interesse der Verbände selbst an ihrem eigenen Fortbestand, der ohne empirische Legitimation höchstens bei korporativen Zwangsorganisationen denkbar ist, die oben erwähnte Priorisierung ganz bestimmter, mit der Struktur der gesellschaftlichen Reproduktion am ehesten vereinbarer Inter-

essen in ihrer Politik erzwingt, mindestens nahelegt. So schließt sich der Kreis: Aus der gesellschaftlichen Interessenstruktur resultieren bereits vorgegebene Zwänge der Organisierung, die von den Verbänden ihrerseits strukturell, unabhängig von ihrem je konkreten Wollen[67], wiederholt und befestigt werden. Als Organisationsform des Verbandes begünstigen sie bestimmte Interessen und vernachlässigen andere, nicht immer als Folge eines politisch bewußten Entschlusses, aber deswegen nicht minder effektiv.

Aber nicht nur sich selbst legitimieren die Interessengruppen, sondern durch ihre Existenz, die Erfüllung ihrer selektiven Transmissionsfunktion und ihr autonomes Bemühen um inner- bzw. interverbandliche Interessenrealisierung helfen sie gleichzeitig mit, zu demonstrieren, daß das ökonomische System zur Erbringung materieller Leistungen ebenso imstande ist wie das politische zur Steuerung des ökonomischen Reproduktionsprozesses und zur Vermeidung bzw. zur Bewältigung von Problemfällen. Denn so lange im Tarifsystem jährliche Lohnsteigerungen vereinbart werden und die Regierung handfest über den Unmut bestimmter Bevölkerungsgruppen in Kenntnis gesetzt wird, (womit sie versuchen kann, ihn abzubauen), solange gelten ökonomisches wie politisches System als leistungsfähig und deshalb als akzeptabel.[68] Gerade das Beispiel der Tarifautonomie aber, und dies wird ausführlich zu beschreiben sein, zeigt, wie wichtig die legitimierte Funktion von eigenständigen Verbandsaktivitäten ist, die den Staat von der Übernahme bestimmter Aufgaben befreit. Der Irrtum der Korporatisten besteht eben darin, selbst diese Tatsache noch dem Staat zuzuschreiben, der die Verbände subsidär mit bestimmten Rechten beleihe. Demgegenüber wird hier die Auffassung vertreten, daß wenn, dann der Staat subsidiär und in Konkurrenz mit anderen interessenverarbeitenden Organisationen in immer mehr gesellschaftliche Bereiche eingreift. Auf dieses Problem wird im historischen Teil dieser Arbeit näher eingegangen werden.

In diesem Sinne sind die Verbände unverzichtbarer Bestandteil des Kontinuums interessenverarbeitender Organisationen, wenn man so will: dessen Anker in der gesellschaftlichen Basis. Diese ihre große Nähe zur primären sozialen Interessenentstehung ist ihre Stärke, verglichen mit den viel 'abgehobeneren' politischen Parteien, aber auch das Kreuz, das sie zu tragen haben, da ihnen das Mittel ideologischer Interessenbefriedigung viel weniger als jenen zur Verfügung steht. Die Dimensionen ihrer spezifischen Selektivität reichen allerdings weiter, als hier global entwickelt werden konnte. Aber da sie eben gerade relativ homogene, d.h. aber: inhaltlich kompatible Interessenpakete umfassen, kann die weitere Aufschlüsselung dieser Kategorie immer nur anhand ganz bestimmter Verbände erfolgen. Denn ob Interessen quantitativ oder qualitativ interpretiert und befriedigt werden können, ob sie innerhalb der Organisation selbst etwa durch das Angebot von Serviceleistungen realisiert oder im interverbandlichen Konfliktaustrag Erfüllung finden sollen, oder ob sie an die Parteien bzw. den Staat in der Form von Forderungen herangetragen werden, wie weit verwandte Interessen integrierbar sind und das Basispotential der Verbände damit verbreitert werden kann, oder ob nur ganz eng definierte und von ihrer Umwelt scharf abgegrenzte Interessenpakete vertreten werden können, ob maximalistische Strategien verfolgt oder nur Durchschnittslösungen angestrebt werden können - all dies hängt vom jeweiligen Inhalt der qualitativ voneinander verschiedenen sozialen Interessen ab. Daher sollen nun die bisher entwickelten interessengruppentheoretischen Überlegungen auf zwei bestimmte Typen von Verbänden konkretisiert werden: auf die Gewerkschaften und die Arbeitgeberverbände.[69]

1.3) Konkretion interessengruppentheoretischer Überlegungen (I): Die Gewerkschaften

1.3.1) Stand der gewerkschaftstheoretischen Diskussion[1)]

Fast seitdem sie bestehen, sind die Gewerkschaften Gegenstand wissenschaftlicher Betrachtung gewesen.[2)] Die zu diesem Thema vorliegende Literatur ist längst nicht mehr überschaubar, die Vielfalt der Ansätze verwirrt inzwischen eher, als daß sie den Zugang zu ihrem Gegenstandsbereich erleichtern würde. Dabei sind die Gewerkschaften immer wieder von ihrem historischen Ausgangspunkt her betrachtet und analysiert worden, als sich herausbildender und organisatorisch verfestigender Bestandteil des Kampfes der Arbeiterklasse um ihre ökonomische, soziale und politische Emanzipation. Als solche sind sie mißtrauisch oder zustimmend beurteilt worden, als solche ist das Ausmaß ihrer Einbindung in die bestehende sozio-ökonomische und politische Ordnung begrüßt oder kritisiert worden.[3)]

Je nach dem theoretischen und/oder politisch-strategischen Standort des Autors dominierten und dominieren die folgenden Fragen die Diskussion:

- Welche Rolle spielen die Gewerkschaften bei der Reproduktion des sozio-ökonomischen und politischen Status quo, welchen Voraussetzungen dafür müssen sie genügen? (Theorien des gewerkschaftlichen Funktionswandels)

  Wie bereits geschildert,[4)] versuchen besonders die Vertreter der Korporatismusdiskussion, dieser Frage nachzugehen.[5)] Streeck benennt als "entscheidende Leistung des modernen Sozialstaates als eines Mechanismus zur Regulierung des Klassenkonflikts ... (die) Kooptation der Arbeiterbewegung in ein vom Staat organisiertes System der kooperativen Konfliktverarbeitung"[6)], die nur habe gelingen können, weil die Gewerkschaften dadurch echte Verbesserungen für die von ihnen erfaßte soziale Gruppierung hätten erreichen können[7)]: Eine "Integration der Gewerkschaften (ist) ... prinzipiell nur in dem Maße möglich, wie das soziale System in der Lage ist, die von den Gewerkschaften repräsentierten Interessen mindestens teilweise tatsächlich zu berücksichtigen. Dem Staat als dem Organisator des Integrationsprozesses fällt dabei die Aufgabe zu, die ökonomischen und politischen Randbedingungen gewerkschaftlicher Interessenvertretung jeweils so zu arrangieren, daß die Gewerkschaften mit Recht wichtige Teile ihrer Interessen als 'innerhalb des Systems' durchsetzbar und als nicht in unüberwindlichem Widerspruch zu den Interessen der Arbeitgeber stehend auffassen können."[8)] Vor diesem Hintergrund beschreibt er dann die Funktion der Gewerkschaften und ihrer gesellschaftlichen Gegenspieler wie folgt: "Anders als im traditionellen Pluralismus ... sind heute die organisierten Repräsentanten von Arbeit und Kapital als Komponenten des wohlfahrtsstaatlichen Institutionensystems de facto Inhaber öffentlicher Gewalt: Sie vertreten nicht nur die Interessen ihrer Klienten, sondern treffen zugleich, entweder durch Absprache mit anderen Interessengruppen oder gemeinsam mit dem Staat, gesellschaftlich bindende Entscheidungen und beteiligen sich an deren Durchsetzung."[9)] "So übernehmen die kooptierten Interessenverbände innerhalb des wohlfahrtsstaatlichen Organisationskomplexes ... öffentliche Aufgaben und verwandeln sich, wenn man so will, insofern in 'gemeinnützige Einrichtungen', als sie bei der Regulierung und Verwaltung sozialer Konflikte gemeinsam mit dem Staat im 'Interesse des Ganzen' quasi-hoheitliche Macht ausüben", mit dem Ziel, "das stabilitätsgefährdende Potential des industriellen Konflikts in Schranken zu halten."[10)]

  Mit den Auswirkungen der Übernahme dieser Funktion durch die Gewerkschaften auf ihre interne organisatorische Struktur und den Bedingungen, denen diese dafür entsprechen müssen, sowie den Problemen, die den Gewerkschaften aus diesem Funktionswandel entstehen, befaßt sich neben Streeck auch die bereits vorgestellte Arbeit von Popp. Während ersterer besonders die zunehmende Bedeutung externer Organisationssicherungen durch Staat und Arbeitgeber[11)] sowie der internen Sicherung der Basisbindung, unter anderem durch Formalisierung der Mitgliedsrolle

einerseits[12], Ausbau (vor allem konfliktferner) Unterstützungsleistungen andererseits[13], untersucht, legt letzterer besonderes Gewicht auf die Steigerung interner Demokratie bzw. Basis-Parizipation[14] zur Gewährleistung sowohl authentischer Information über den vorhandenen gesellschaftlichen Interessendruck als auch hinreichender Durchsetzungsfähigkeit getroffener Vereinbarungen 'nach unten'.[25]

- In krassem Gegensatz zu diesem gewerkschaftstheoretischen Entwicklungsstrang, der der oben beschriebenen dominierenden interessengruppentheoretischen Stoßrichtung entspricht, steht die klassen- und kapitalismustheoretische Gewerkschaftsanalyse. Sie hält am ursprünglichen Ziel des Kampfes der Arbeiterklasse: Überwindung des kapitalistischen Systems in Richtung auf den Sozialismus fest und untersucht, welche Beiträge dazu die Gewerkschaften leisten können. Insbesondere das Bewußtsein der Gewerkschaftsbasis einerseits[16], das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Arbeiterpartei andererseits[17], stehen dabei im Vordergrund der Betrachtung, je nachdem, welchen strategischen Grundpositionen die Autoren jeweils zuzuordnen sind.

  Zur Veranschaulichung der ersteren Position sei hier die Untersuchung von Herkommer u.a.[18] kurz vorgestellt, die von der Kategorie des kapitalistischen Alltagsbewußtseins der Lohnabhängigen ausgeht. Je nach der ökonomischen Gesamtsituation dominiert in den Individuen die Selbsteinschätzung als freier und gleicher Warenbesitzer (der Ware Arbeitskraft) bzw. die als den Bewegungsgesetzen des Kapitals ausgeliefertem Lohnabhängigen. Dementsprechend variiert ihre Haltung gegenüber den Gewerkschaften zwischen der bloß allgemeinen Anerkennung der Notwendigkeit ihrer Existenz und der persönlichen, d.h. aktiven Bejahung der gewerkschaftlichen Assoziation. Objektive Grundlage dieses widersprüchlichen Bewußtseins ist die Tatsache, daß die gewerkschaftliche Organisation gleichzeitig sowohl die unbedingte Voraussetzung der kollektiven Reproduktion der Klasse der Lohnabhängigen darstellt als auch - durch ihre materiellen Erfolge im Kampf gegen das Kapital - die Chance individueller Selbstentfaltung bietet.[19]

  Aus dieser Bedingungskonstellation folgt für die Autoren, daß bei einer Bedrohung des gegebenen Reproduktionsstandards der Lohnabhängigen diese ihr Verhältnis zur Gewerkschaft revidieren werden, und zwar in Richtung auf vereinheitlichte, klassenbewußte Aktionen gegenüber dem zunehmend in seinem repressiven Gehalt durchschaubar gewordenen kapitalistischen System.[20]

  Weiter unten wird zu zeigen sein, daß ein solcher Automatismus der Basisradikalisierung in der ökonomischen Krise historisch gerade nicht erfolgt.[21] An dieser Stelle soll lediglich darauf hingewiesen werden, daß die These der Autoren von den Gewerkschaften als "für das Alltagsbewußtsein der Lohnabhängigen ... bestimmendes soziales Verhältnis"[22] nur dann nicht im Widerspruch zu dieser Aktualisierung klassenspezifischer Bewußtseinselemente und ihrer Übertragung in die Gewerkschaften hinein stehen würde, wenn sich das emanzipatorische Interesse der Basis lückenlos mit den handlungsleitenden Interessen der Organisation decken würde. Nach allem, was oben über das Selbsterhaltungsinteresse von Organisationen ausgeführt wurde[23], ist damit jedoch kaum zu rechnen. Anders ausgedrückt: Während manche der korporatistischen Ansätze in den Fehler verfallen, die Gewerkschaften fast nur noch als organisatorischen Reflex auf die staatlichen Erfordernisse der Konfliktpazifierung zu betrachten, unterliegen basisbewußtseinstheoretische marxistische Positionen leicht dem umgekehrten Irrtum, die Gewerkschaften und ihre Mitglieder umstandslos in eins zu setzen, eine Identität zwischen beiden zu konstruieren.

- Auf diejenigen Gewerkschaftsanalysen, die sich besonders mit dem Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Arbeiterparteien befassen, soll hier nicht näher eingegangen werden, da diese Fragen weiter unten im Zusammenhang mit der Betrach-

tung des Verhältnisses von Verbänden und Parteien besprochen werden sollen.[24] Vielmehr ist zusammenfassend festzustellen, daß die gewerkschaftstheoretische Diskussion[25] in weiten Bereichen dazu neigt, nur jeweils eine Seite ihres Gegenstandes deutlich wahrzunehmen. Zweifellos ist es zutreffend, daß sich das Verhältnis der Gewerkschaften zum Staat im Lauf des zurückliegenden Jahrhunderts enorm verändert und daß dieser Wandel selbstverständlich Rückwirkungen auf ihr Verhältnis zu ihrer sozialen Basis gezeitigt hat. Und ebenso richtig ist es, an den Elementen lohnabhängigen Interessenbewußtseins festzuhalten, die trotz aller ideologischer Überformung und Verdrängung als potentiell systemsprengende nach wie vor die Beziehungen der Gewerkschaften zu ihrer Umwelt verkomplizieren. Nur: hier wird die Auffassung vertreten, daß weder der Themenkomplex 'Gewerkschaften - Staat' noch die theoretische Orientierung an den Gewerkschaften als Instrumenten der Systemtranszendierung geeignet ist, Kontinuität und Wandel gewerkschaftlichen Handelns voll zu erfassen. Denn weder haben sich nur die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Staat geändert - dem ging voraus bzw. entwickelte sich parallel die autonome Entstehung eines dichten und ungeheuer wichtigen Beziehungsnetzes zwischen ihnen und den Organisationen der Unternehmer -, noch sind die systemüberwindenden Momente des lohnabhängigen Bewußtseins jemals für längere Zeit wirklich der Motor gewerkschaftlichen Handelns gewesen.[26]

Vielmehr wird hier vorgeschlagen, die Gewerkschaftstheorie analog zu den oben entwickelten verbandstheoretischen Überlegungen ihren Ausgang von dem ihnen vorgegebenen, gesellschaftlich geprägten Interessen'material' nehmen zu lassen und zu untersuchen, welche Verarbeitung dieser vorgefundenen Interessen die Gewerkschaften als Bestandteil des Kontinuums interessenverarbeitender Organisationen leisten. Erst wenn die verschiedenen Ebenen gewerkschaftlicher Aktivitäten und die unterschiedlichen Dimensionen gewerkschaftlicher Interessenselektion deutlich geworden sind, läßt sich nämlich klären, welcher Stellenwert der Handlungsebene 'Staat' und dem Interessenfaktor 'Systemüberwindung' innerhalb des Gesamtkomplexes 'gewerkschaftliches Handeln im Kapitalismus' zukommt.

1.3.2) Zur Kategorie des lohnabhängigen Interesses

Die objektive Stellung der Lohnabhängigen im Kapitalismus ist gekennzeichnet durch den Widerspruch, auf dem Arbeitsmarkt als freie und gleiche Warenbesitzer aufzutreten und gleichzeitig in der Produktionssphäre existentiell vom Kapital abhängig zu sein.[27] Daraus können als potentielle Interessen[28] einerseits das Bestreben nach individueller materieller Reproduktion möglichst auf steigendem Niveau resultieren, das immer nur die Form der materiellen Reproduktion als Warenbesitzer (und damit auch als Lohnabhängiger) annehmen kann[29], andererseits das Verlangen nach Überwindung vorhandener Verkürzungen des Status des freien und gleichen Warenbesitzers[30] und Staatsbürgers[31] und schließlich das Ziel des Abbaus sozio-ökonomischer Abhängigkeit im Kapitalverhältnis schlechthin.[32]

Nun bilden diese vier möglichen Interessenlagen eine deutliche Hierarchie, sowohl, was den Grad ihrer Bewußtwerdung - und damit, entsprechend den oben entwickelten Überlegungen, überhaupt erst ihrer Konstituierung als Interesse -, als auch, was das Ausmaß der Generalisierung dieser Interessen anbetrifft. Bierbaum u.a. haben darauf hingewiesen, daß auf der Grundlage kontinuierlicher ökonomischer Reproduktion ein Gesellschaftsbild der Lohnabhängigen entsteht, in dem "die Vorstellungen von Leistung, (Eigentum) Freiheit und Gleichheit dominieren gegenüber den Vorstellungen und Wahrnehmungen prinzipieller ökonomischer und sozialer Ungleichheit und Ungerechtigkeit."[33]

Das heißt aber, daß sich die Lohnabhängigen selbst primär in ihrer Eigenschaft als Warenbesitzer, Verkäufer einer Leistung, erfahren und das konkrete Interesse an der Selbsterhaltung in dieser Gestalt am ehesten faßbar wird. Demgegenüber erscheinen, immer unter der Bedingung kontinuierlicher, störungsfreier Wirtschaftsabläufe, die

gesellschaftlichen (Verteilungs-)Disparitäten im weitesten Sinne als bloße Verkürzungen dieser Existenzform, die zwar ungerecht, aber prinzipiell behebbar sind, ohne daß dazu die zugrundeliegenden sozialen Beziehungsmuster strukturell umgestaltet werden müßten. Das gleiche gilt im Grundsatz auch für den politisch-staatlichen Bereich, der noch die Vorstellung der Freiheit und Gleichheit aller Individuen durch die Gleichstellung aller Staatsbürger verstärkt[34], wobei dieser Bereich gesamtgesellschaftlicher Reproduktion relativ am weitesten von der individuellen Existenz des einzelnen Lohnabhängigen entfernt ist und daher die auf ihn gerichteten Interessen weitaus weniger konkret greifbar werden als jene, die auf die je eigene materielle Reproduktion zielen.[35]

Demgegenüber könnte das vierte, emanzipatorische Interesse wieder sehr viel deutlicher ausgebildet werden, da die ihm zugrundeliegende 'Mangelsituation' existentieller Abhängigkeit vom Kapital individuell und konkret erfahren wird: im Betrieb, im Einsatz der Ware Arbeitskraft in der Produktion[36]. Was die Nähe zum Individuum und die Konkretheit dieses Interesses betrifft, so kann es durchaus mit dem an der eigenen materiellen Reproduktion als Besitzer der Ware Arbeitskraft verglichen werden. Der entscheidende Unterschied besteht jedoch in der Bewußtwerdung, d.h., in der Konstituierung dieses Interesses überhaupt: Infolge der anhaltenden Dominanz des Selbstbildes als freier und gleicher Warenbesitzer und der Unmöglichkeit, mit dem bewußt ausgehaltenen dauernden Widerspruch im Kopf zu leben, gleichzeitig existentiell abhängig zu sein, sistieren die Lohnabhängigen die objektive Gegensätzlichkeit ihrer Existenz in ihrem Bewußtsein in Form der Reduktion existentieller Abhängigkeit auf ungerechte, aber grundsätzlich behebbare Disparitäten.[37]

Dies ist aber bereits der erste Schritt auf der Stufenleiter der Umwandlung eines Herrschafts- in einen Verteilungskonflikt, die oben als zentraler Inhalt des politischen Reproduktionsprozesses beschrieben wurde.[38] Nicht als bewußter Entschluß, sondern als Resultat und Ausdruck der auf die Individuen einwirkenden Arbeits- und Lebensbedingungen, verkürzen sie selbst immer schon ihre eigenen Erfahrungen, woran es ihnen 'mangelt', auf solche, auf die relativ leicht seitens des sozio-ökonomischen und politischen Systems reagiert werden kann: auf die des Anbieters einer Leistung, der adäquat bezahlt werden will und davon leben können muß, und auf die des noch immer Benachteiligten, der endlich zu seinem Recht komen muß, kann und wird. Beides läßt sich lösen durch den Kampf um einen größeren Anteil am erwirtschafteten gesellschaftlichen Reichtum, denn auch die wahrgenommenen und kritisierten gesellschaftlichen Benachteiligungen beziehen sich auf den Status des Warenbesitzers, und der ist im kapitalistischen Gesellschaftssystem prinzipiell dem aller anderen Warenbesitzer gleichstellbar. Warenbesitzer unterscheiden sich als solche nurmehr quantitativ voneinander, indem der eine möglicherweise bessere Ausgangsbedingungen hat als der andere, was durch Umverteilung von Ressourcen und durch Reformen behoben werden kann; die qualitative Differenz zwischen Kapital und Lohnarbeit geht auf diese Weise dem subjektiven Bewußtsein verloren.

Weitgehend - aber nicht gänzlich. Denn 'lohnabhängige Interessen' schweben nicht in der hier entwickelten Abstraktheit frei im Raum. Sie sind stets an ihre Träger gebunden, die ihre jeweils ganz verschieden qualifizierte Arbeitskraft verkaufen und in unterschiedlichen konkreten Produktionsprozessen vernutzen müssen, die ihrerseits wieder unter identifizierbaren ökonomischen Rahmenbedingungen ablaufen. All dies jedoch, Alter, Geschlecht, Nationalität, die konkrete Tätigkeit, das erworbene Qualifikationsniveau, die jeweilige Branche, die wirtschaftlichen Verhältnisse der Zweige, Sektoren und der Gesamtwirtschaft - all dies wirkt permanent auf das konkrete Interessenbewußtsein der Lohnabhängigen ein, prägt, modifiziert und gefährdet unter bestimmten Umständen auch das labile Gleichgewicht zwischen der Selbstwahrnehmung als freier und gleicher Warenbesitzer und der verdrängten bzw. verkürzten "allgemeine(n), gesellschaftlich gültige(n) Erfahrung ..., daß die Gesellschaft systematisch und durchhaltend soziale und ökonomische Ungleichheit und Ungerechtigkeit einschließt."[39]

So haben Bierbaum u.a. ausführlich gezeigt, wie unterschiedlich sich die einzelnen Fraktionen der Lohnabhängigen zu ihrer Arbeit verhalten, je nach der Entfernung ihrer beruflichen Position vom Kern des zyklischen Kapitalverwertungsprozesses, wobei die Einstellung von der Erkenntnis der unmittelbaren Lohnarbeiter des Kapitals von der "Gleichgültigkeit ihrer subjektiven Existenz für die gesellschaftliche Form des Produktionsprozesses"[40] bis hin zu mehr oder weniger starker Identifikation mit der Arbeit beispielsweise bei Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst[41] reicht.

Je nachdem, wie günstig die Verkaufschancen der verschiedenen Qualifikationsstufen der Arbeitskraft jeweils ausfallen, wird die Kompensation von im Betrieb erlebten Deprivationen durch Konsum in der Freizeit die Widersprüchlichkeit des subjektiven Erlebens dämpfen oder stillstellen können.[42] Abhängig davon, ob die Branche und das Unternehmen, innerhalb derer die Arbeitskraft konkret vernutzt wird, floriert oder am Rande des Ausscheidens aus dem Markt steht, wird die Intensität des Kampfes um einen hohen Lohn zu- oder abnehmen, als Ausfluß der abnehmenden oder anwachsenden Dominanz des Interesses an der Selbst-(Arbeitsplatz-)Erhaltung. Diese Aufzählung ließe sich beliebig fortsetzen.

Von allen diesen Einflüssen auf das lohnabhängige Interessenbewußtsein ist einer in der wissenschaftlichen Diskussion immer wieder in den Vordergrund gestellt worden: der der ökonomischen Krise. Kaum ein Irrtum taucht in diesem Zusammenhang so häufig auf, wie die Annahme, es gäbe so etwas wie einen revolutionären Krisenautomatismus. Dabei ist nach allem, was über die Stragien der Sistierung bzw. Verdrängung der Widersprüchlichkeit lohnabhängiger Existenz entwickelt wurde, gerade nicht anzunehmen, daß bei sich verschlechternden ökonomischen Reproduktionschancen umstandslos der Glaube fallengelassen würde, man könne als freier und gleicher Anbieter einer Ware überleben. Es ist doch viel wahrscheinlicher, daß zunächst auf die unbedingte Wiederherstellung der Chancen für den Verkauf der je eigenen Ware gedrängt werden wird, und dies umso kategorischer, je günstiger sie ehemals waren und je stärker die Identifikation mit der Arbeit war.[44] Erst wenn wieder und wieder die Erfahrung gemacht werden sollte, daß alle zum Handeln aufgeforderten Instanzen sich als inkompetent erweisen, wenn die Last der Krise drückender und drückender würde, und wenn es in der Tradition der Organisationen der Lohnabhängigen wie in der politischen Kultur des Landes klassenkämpferische Elemente geben sollte - erst dann kann die Vorstellung massenhafte Wirksamkeit erlangen, die Krise sei Ausdruck der Unfähigkeit des gesamten sozio-ökonomischen und politischen Systems, die Reproduktion der Lohnabhängigen gleichberechtigt zu garantieren. Und noch dann wäre der Ausgang des Kampfes ungewiß.

Dennoch sollen hier vor allem zwei Momente festgehalten werden, die eine potentiell brisante Labilität in das lohnabhängige Interessenbewußtsein tragen: der Betrieb als Ort unmittelbarer Erfahrung existentieller sozialer Abhängigkeit[45] und die prinzipielle Instabilität des ökonomischen (Re)Produktionsprozesses. Diese beiden Faktoren machen es unmöglich, daß sich die Lohnabhängigen ein für alle Mal in sich widerspruchsfrei als Warenbesitzer und damit potentiell gleichberechtigte Angehörige der warenproduzierenden Gesellschaft begreifen können; somit sind sie der konkret erlebbare Ausdruck der Unauflösbarkeit des kapitalistischen Grundkonflikts im Rahmen des kapitalistischen Systems.

Jede Organisation, die auf diesem in sich widersprüchlichen, differenzierten, fraktionierten lohnabhängigen Interessenbewußtsein aufbaut und mit ihm umgeht, es be- und verarbeitet und dabei gleichzeitig verändert, wird demzufolge ihre größte Aufmerksamkeit auf diese Rahmenbedingungen ihrer Tätigkeit zu richten haben:
- Zugang zum Betrieb, Politik gegenüber dem einzelnen Unternehmen;
- soziale und qualifikationsspezifische Zusammensetzung der Lohnabhängigen;
- konjunkturelle, strukturelle, branchenspezifische und gesamtwirtschaftliche, regionale und globale Wirtschaftsbedingungen, -verhältnisse und -entwicklungen.

Denn alle diese objektiven Faktoren finden Eingang in das subjektive Interessenbewußtsein der potentiellen Gewerkschaftsbasis, und an allen diesen objektiven Gegebenheiten kann auch die machtvollste Organisation nicht vorbei.

1.3.3) Dimension, Strukturen und Probleme selektiver Interessentransmission durch die Gewerkschaften

Bereits vom Ausgangspunkt des ihnen vorgegebenen Interessen'materials' her betrachtet, können die Gewerkschaften in erster Linie kaum etwas anderes als Agenturen zur Sicherung des Verkaufs der Ware Arbeitskraft zu einem angemessenen Preis und zur Erhaltung sowie zum Ausbau der Chancen, daß sich die Individuen auch künftig - zu stets verbesserten bzw. gerechter verteilten Bedingungen, wenn möglich - reproduzieren können, sein. Wie beschrieben, können die Lohnabhängigen dies in ihrer Existenzform als Lohnarbeiter.[46]

Dies ist die vordringliche Aufgabe der Gewerkschaften, dafür sind sie aber auch unverzichtbar, da die vereinzelten und noch dazu untereinander um die Arbeitsplätze konkurrierenden lohnabhängigen Individuen nicht imstande wären, das Kapitel als autonomes Wirtschaftssubjekt zur Zahlung des vollen Preises der Ware Arbeitskraft zu zwingen[47]: "Unverkennbar ist also die Marktfunktion der Koalition der Lohnarbeiter die primäre Funktion der Gewerkschaften: eine durch und durch innerkapitalistische Funktion. Sie vertreten die Interessen des Lohnarbeiters in seiner verdinglichten Form, nämlich als Ware Arbeitskraft."[48]

Damit aber tragen die Gewerkschaften selbst zu dem erwähnten Prozeß der Umarbeitung von Herrschafts- in Verteilungskonflikte bei, indem sie den Interessen eines bestimmten Teils der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen von Warenbesitzern Geltung verschaffen. Die Interessen von Warenbesitzern können einander - wie beschrieben - niemals grundsätzlich widersprechen, sondern sich stets nur graduell voneinander unterscheiden, sind aber daher das geeignete Interessen'material' zur Aufstellung grundsätzlich ausgleichsfähiger 'issues'.

Gleichzeitig stellen sie innerhalb einer warenproduzierenden Gesellschaft die entscheidenden Interessen dar, die am wenigsten leicht übergangen werden können[49] und bilden damit auch das geeignete Arbeitsmaterial für diejenigen Organisationstypen, die sich gegenüber ihrer Basis durch materielle Erfolge legitimieren müssen und aus Selbsterhaltungsgründen gleichzeitig bemüht sind, nicht gegen zentrale Mechanismen der Systemreproduktion zu verstoßen.[50]

Damit wäre die fundamentale inhaltliche Dimension der gewerkschaftlichen Interessenselektion benannt: die Priorisierung derjenigen lohnabhängigen Interessen, die aus dem Status ihrer Träger als Besitzer der Ware Arbeitskraft erwachsen, gegenüber denjenigen, die aus ihrer Existenzform als Lohnabhängige entstehen (können). In diesem - globalen - Sinn selektieren die gewerkschaftlichen Organisationen längs des Maßstabes der 'Rationalität der 'bürgerlichen Gesellschaft' als Klasse' (Greven), denn das Prinzip der Lohnarbeit als Ware ist der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft immanent.

Doch genügt dieses globale Selektivitätskriterium keineswegs, um die konkrete Differenziertheit gewerkschaftlicher Interessenpolitik zu erfassen. Vielmehr ist von entscheidender Bedeutung, wie sich die Gewerkschaften gegenüber der konkret-nützlichen Seite der Ware Arbeitskraft verhalten, die ihre (potentiellen) Mitglieder in zahlreiche Fraktionen des Arbeitsmarktes aufsplittert. Hierbei stehen ihnen grundsätzlich drei Möglichkeiten zur Verfügung:
- (1) die Organisierung als Berufsverband;
- (2) die Übernahme der Form der Industriegewerkschaft;
- (3) die Zusammenfassung im (einheitsgewerkschaftlichen) Dachverband.

Dabei stellen (1) und (2) gleichzeitig historische Entwicklungsstufen der gewerk-

schaftlichen Organisationsgeschichte dar, während (2) und (3) auch als Alternativen gewerkschaftlicher Organisationspolitik aufgefaßt werden können.

(1) Gewerkschaften können die Form des Berufsverbandes annehmen, dessen "entscheidender Wesenszug" sein "exklusiver Charakter (ist) ... Ihm geht es nicht um die Verbesserung der Lebensbedingungen der gesamten Arbeiterschaft oder auch nur der Beschäftigten eines ganzen Wirtschaftszweiges, sondern ausschließlich um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Berufsgenossen."[51] Zwar entsteht bei dieser Organisationsform aufgrund der besonders großen Homogenität der Basis und der starken Nähe der Organisation zur primären Interessenentstehung (die dem geringen Grad an Interessenverallgemeinerung entspricht) ein intensives und solidarische Aktionen begünstigendes "Gefühl der Zusammengehörigkeit".[52] Aber abgesehen von der realhistorischen sozio-ökonomischen Entwicklung, die die 'occupational communities' als Grundlage des Berufsverbands zunehmend aufgelöst hat[53], ist die Reichweite der auf solchen engen Gemeinschaften aufbauenden Organisationen so begrenzt wie ihre soziale Basis. Darüber hinaus verstellt diese Form der Zusammenfassung lohnabhängiger Interessen durch die ihr immanente, besonders ausgeprägte Betonung der Verschiedenartigkeit der Qualifikationsstufen der Arbeitskraft den Zugang zu der Erkenntnis der Lohnabhängigen und ihrer Organisation, von einer gemeinsamen Stellung im Produktionsprozeß - und im Herrschaftsgefüge - in der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft betroffen zu sein. Diese Erkenntnis stellt aber die objektive Voraussetzung für das Erreichen einer organisatorischen Größe dar, die ihrerseits erst die Machtressourcen bereitstellt, mit der dem Kapital wirkungsvoll begegnet werden kann. D.h., die Gewerkschaften bewegen sich stets in einem Spannungsfeld zwischen der Aufnahme bestimmter, konkreter Warenverkäuferinteressen und der notwendigen partiellen Abstrahierung von ihrer Verschiedenartigkeit.

(2) Auf einem mittleren Abstraktionsniveau liegt dabei das Prinzip der Industriegewerkschaft, die alle an einem bestimmten Produktionsprozeß arbeitsteilig beteiligten Lohnabhängigen zusammenfaßt und damit nicht nur einen größeren Handlungsspielraum mit entsprechender Macht erreicht, sondern zugleich dem objektiven Trend des Kapitals zur Konzentration und zur Produktion in immer größeren und arbeitsteilig durchrationalisierten Betriebseinheiten folgt.[54]

Aber dieses Sich-Einlassen der Gewerkschaften auf die Struktur des Kapitalverwertungsprozesses, so unvermeidlich es als Anpassung an die vorgefundenen Interessen auch ist, zeitigt ganz massive Konsequenzen für ihre Politik. Denn aus ihm folgt zwingend die Ausrichtung der Organisation an dem Endziel der einzelnen Produktions- und Kapitalverwertungsprozesse: der Realisation des in den produzierten Gebrauchswerten enthaltenen Mehrwerts, d.h. aber nichts anderes als die Orientierung auch der Gewerkschaften an den Absatz- und Profitchancen 'ihrer' Branche.

Anders nämlich kann das konkrete Kapital nicht überleben, damit keine Lohnabhängigen mehr in der Produktion einsetzen, damit keinen Besitzern der Ware Arbeitskraft mehr angemessene Preise als Basis ihrer Subsistenzsicherung zahlen.

Mit anderen Worten: Der Industriegewerkschaft wird wenig anderes übrigbleiben, als auf die hauptsächlichen Produktionsbedingungen des Sektors oder Wirtschaftszweiges Rücksicht zu nehmen, in dem sie jeweils verankert ist - Standorte, Betriebsgrößenstruktur, Technologie- und Produktivitätsstandards, Binnenmarkt- oder Exportorientierung und damit letzten Endes: Rentabilität des eingesetzten Kapitals und Stellung innerhalb der intersektoralen Profitratenhierarchie. Und sie wird auf gezielte, dauerhafte und systematische Störungen des Produktionsprozesses verzichten (müssen), da sie damit zugleich die Reproduktion ihrer Mitglieder gefährden würde.

Damit aber stellt die Übernahme des Industriegewerkschaftsprinzips den entscheidenden Mechanismus dar, der zum Verzicht der Gewerkschaften auf die Aktivierung und Intensivierung klassenbewußter Elemente des lohnabhängigen Interessenbewußtseins führt (strukturelle Selektivität). Denn im vorausgegangenen Abschnitt waren Betrieb und Instabilität des Kapitalverwertungsprozesses als die beiden Einfallstore für das potentielle Vordringen massenhafter Bewußtwerdungsprozesse über den Herrschaftscharakter des Gesellschaftssystems benannt worden. Es soll im folgenden gezeigt werden, daß industriegewerkschaftliche Organisationen selbst ganz entscheidend zur Milderung derjenigen Abhängigkeits- und Konflikterfahrung beitragen, die die unbedingte Voraussetzung solcher Bewußtseinsentwicklungen sein müßten.[55]

Sektoral bzw. branchenspezifisch verankerte Industriegewerkschaften klammern nämlich tendenziell den Betrieb aus ihrer Politik aus. Denn diese häufig als Überwindung partikularistischer oder betriebsegoistischer Orientierungen begrüßte Konzentration der Gewerkschaften auf eine mittlere Generalisierungsebene[56] führt nach aller Wahrscheinlichkeit zur Entwicklung einer Durchschnitts-Forderungs-Politik. Wenn Rücksicht auf die hauptsächlichen Produktionsbedingungen genommen wird und das massenhafte Ausscheiden von Grenzbetrieben (mitsamt ihrer Arbeitsplätze) aus dem Markt verhindert werden soll, dann bleibt nur der Abschluß von Branchen-Tarifverträgen, die das gewogene Mittel aller Konzessionsspielräume der in dem betreffenden Wirtschaftszweig vertretenen Kapitale ausschöpfen - nicht mehr, aber auch nicht weniger.[57] Das maximalistische Ausschöpfen einzelbetrieblicher Verteilungsspielräume dürfte einer vorangig auf Branchenebene agierenden Gewerkschaft kaum mehr möglich sein, auch in Anbetracht des dann zu erwartenden Widerstandes, da für die Kapitalseite das Tarifsystem unter anderem gerade wegen seiner Durchschnittsorientierung wertvoll ist.

Selbstverständlich muß bei der Analyse jeder konkreten gewerkschaftlichen Organisationsstruktur berücksichtigt werden, in welcher Form sie den einzelnen Betrieb einbezieht[58]; denn nach allem, was über die Problematik zunehmender Verallgemeinerung von Interessen sowie wachsender Distanz zwischen Organisation und Mitglied entwickelt wurde, versteht es sich von selbst, daß 'Ausklammerung des Betriebes' nicht den völligen Verzicht auf die Aufnahme von im Betrieb entstehenden Interessen bedeuten kann. Dies schon deshalb nicht, weil jede Gewerkschaft im Offe'schen Sinne konfliktfähig bleiben muß, um ihre Forderungen gegenüber dem Kapital durchsetzen zu können. Gerade der - begrenzte - Rückgriff auf Abhängigkeitserfahrungen der Mitglieder bietet ein Mobilisierungsinstrument ersten Ranges, das etwa bei Streikaufrufen unverzichtbar ist. Allerdings steuert die Gewerkschaft hier unter Umständen einen gefährlichen Kurs, da die zu massive Belebung klassenkämpferischer Bewußtseinselemente die Selektivitätsstrukturen der Organisation selbst bedrohen kann.

Aber die Durchschnittsorientierung von Industriegewerkschaften bedeutet unvermeidlich, daß vorrangig derjenige Teil der betrieblichen Interessen der Lohnabhängigen aufgenommen wird, der mit denen aus anderen Betrieben derselben Branche vereinbar (generalisierbar) ist, was jedem Unternehmen bzw. Unternehmer einen eigenen, zusätzlichen Handlungsspielraum läßt, in den die Gewerkschaft kaum oder gar nicht einzugreifen vermag.[59] Für Betriebe, die überdurchschnittlich florieren, bedeutet dies die Chance einer autonomen, im Zweifelsfall pazifierenden und gewerkschaftsentfremdenden Lohn- und Personalpolitik[60], oder aber Legitimationskonflikte zwischen der Organisation und dem in diesen Betrieben arbeitenden Teil ihrer Basis, der seine relativ geringen Lohnsteigerungen ins Verhältnis zu den größeren Gewinnen setzen wird. Für unterdurchschnittlich profitierende Betriebe dagegen bietet sich die Politik gegenüber den in ihnen Beschäftigten an, unter Hinweis auf die fast nicht mehr zu verkraftenden Tariflohnsteigerungen Prozesse der Arbeitsintensifikation, Rationalisierung und ganz

allgemein Disziplinierung durchzusetzen, stets mit der Drohung im Hintergrund, jeder Widerstand müsse - 'nach diesen überzogenen Tarifabschlüssen' - zum Ruin des Betriebes und damit zum Verlust der Arbeitsmöglichkeiten führen. Daher trägt die inhaltliche Selektivität der Gewerkschaften im Sinne der Aufstellung von Durchschnittsforderungen aber nicht nur zur relativen strukturellen Abschottung der Organisation von den einzelnen Betrieben und den in ihnen beschäftigten Lohnabhängigen bei, sondern ebensosehr zur Vermittlung von Lohnbewegung und Kapitalrentabilität, indem flexible innerbetriebliche Modifikationen, Ergänzungen, aber auch die partielle Rücknahme der auf Branchenebene durchgesetzten Tarifabschlüsse zugelassen werden. In diesem Sinne helfen die Gewerkschaften beim Überleben einzelner Unternehmen mit - hier heißt das Prinzip 'Selektivität durch Ausgrenzung'.

Und es ist wiederum nicht allein die durchschnittsorientierte Politik der Industriegewerkschaften, die einerseits das Konfliktfeld Betrieb in den Hintergrund ihrer Aktivitäten drängt und dadurch partiell entschärft, andererseits ökonomische Störungen durch Kalkulierbarkeit der branchenspezifisch entstehenden Lohn- und Personalkosten infolge ihrer tarifvertraglichen Fixierung sowie durch Flexibilisierung ihrer Anpassung an die jeweilige einzelbetriebliche Ebene vermeiden oder zumindest glätten hilft. Denn mindestens ebensosehr wirkt die vorrangig quantifizierende Politik der gewerkschaftlichen Organisationen in dieselbe Richtung, die ihrerseits aus der branchenspezifischen Anbindung der Gewerkschaften resultiert.

Wenn es richtig ist, daß im Vordergrund lohnabhängiger Selbstwahrnehmung und gewerkschaftlicher Forderungspolitik die Aufgabe steht, die Reproduktion der Lohnabhängigen als Verkäufer der Ware Arbeitskraft durch die Erzielung des vollen (oder sogar eines überhöhten)[61] Preises zu sichern, so ist zu vermuten, daß die Gewerkschaften ihre Politik in erster Linie auf die Durchsetzung hoher Lohnforderungen konzentrieren werden. Dies nicht zuletzt deshalb, weil quantifizierte Forderungen am leichtesten generalisierbar und Lohnsteigerungen stets legitimatorisch positiv auf die Gewerkschaften selbst zurückwirken.

Grundsätzlich lassen sich quantitative Interessen von qualitativen dadurch unterscheiden, daß erstere sich auf den zu realisierden Preis der angebotenen Waren, anders ausgedrückt: auf das zu erzielende Markteinkommen von Lohnarbeit und Kapital beziehen, damit aber um den quantitativen Verteilungskonflikt zentriert sind, wer welchen Anteil am gesellschaftlich erwirtschafteten Mehrprodukt auf sich ziehen kann. Demgegenüber zielen qualitative Interessen auf die Erhaltung und Verbesserung der Bedingungen künftiger Warenproduktion, einschließlich der Reproduktion der Ware Arbeitskraft und der Beseitigung von Benachteiligungen, denen diese Gruppe von Warenbesitzern unterworfen ist.

Die Annahme erscheint berechtigt, daß die Gewerkschaften in Zeiten günstiger Wirtschaftsentwicklung ihr ganzes Augenmerk auf die Lohnsteigerungen richten werden, die in diesem Phasen auch am ehesten durchsetzbar sind, infolge der überaus günstigen gewerkschaftlichen Arbeitsmarktposition. Qualitative Interessen werden dagegen eher ausgeklammert werden, auch deshalb, weil die relativ hohen Lohnzuwächse vermehrt Konsum als Kompensation von Deprivationen innerhalb des Arbeitslebens erlauben und den Gewerkschaften gleichzeitig den komplizierten innerorganisatorischen Klärungsprozeß ersparen, welche der verschiedenen möglichen Forderungen hinsichtlich qualitativer Interessen zuerst in Angriff genommen werden soll: Arbeitszeitverkürzung - täglich, wöchentlich, jährlich, auf Lebenszeit -, Rationalisierungsschutz, Mitbestimmung, usw.,usf.

Nun heißt aber 'Prosperität' in Zeiten des Spätkapitalismus nurmehr, daß die florierenden Branchen zusammengenommen, den Schrumpfungs- bzw. Strukturkrisen-effekt der unterdurchschnittlich rentablen Bereiche überdecken. Längst ist das

Ausmaß der Branchendifferenzierung durch Konzentrationsprozesse, unterschiedlichen technologischen und Produktivitäts-Entwicklungsstand, verschiedene Absatzchancen im In- und Ausland etc. so groß geworden, daß die makro-ökonomische Betrachtungsweise den wirklichen Zustand des ökonomischen Prozesses fast eher verschleiert als erhellt.[62] Daher muß die oben getroffene Aussage dahingehend differenziert werden, daß Gewerkschaften in prosperierenden Branchen bzw. Sektoren vorrangig eine quantitativ orientierte Politik betreiben werden, (und diese infolge der größeren materiellen Konzessionsspielräume des Kapitals in diesen Bereichen auch durchsetzen können). Dadurch aber üben sie eine legitimatorische Sogwirkung auf die Gewerkschaften in wirtschaftlich schwachen Bereichen aus, die nicht allzu weit hinter den bereits von anderen Organisationen durchgesetzten Forderungen zurückbleiben dürfen, da ihre eigene Basis dies übel vermerken würde. Obgleich also diese Gewerkschaften viel eher unter dem Druck von Strukturproblemen stehen, die allemal eher durch qualitative Methoden bewältigt werden können und müssen[63], werden sie vermutlich einen großen Teil ihrer Energie darauf verwenden müssen, die Lohnführer einzuholen. Dies wird ebenso durch die grundsätzliche Funktion aller Gewerkschaften erzwungen - Verkaufsagentur der Ware Arbeitskraft zu sein -, wie durch das organisatorische Selbsterhaltungsinteresse, das die massenhafte Abwanderung von Arbeitskräften und damit (potentiellen) Mitgliedern in die besser zahlenden Branchen befürchten muß.

Damit aber bieten die beiden Lager von Kapital und Lohnarbeit längst nicht mehr das Bild zweier monolithischer Blöcke, die einander feindselig gegenüberstünden, stets darauf bedacht, dem anderen eine möglichst schwere Niederlage beizubringen. Vielmehr scheint es berechtigt, in Zeiten prosperierender Wirtschaftsentwicklung von zwei 'querliegenden' Bündnissen zu sprechen: ökonomisch starke Branchen und die in ihnen verankerten Gewerkschaften, die jeweils innerhalb ihres eigenen Lagers dominieren, erzwingen eine quantitative, auf relativ hohem Niveau angesiedelte Politik, die nur mühsam von der Notgemeinschaft stagnierender bzw. schrumpfender Branchen und den dort angesiedelten Organisationen der Lohnabhängigen nachvollzogen werden kann, wobei diese Nachzügler des Wirtschaftsprozesses nurmehr über geringe Spielräume für jene qualitativen Forderungen und Konzessionen verfügen, die eigentlich für sie viel aktueller sein müßten.

Erst wenn sich die Krise verallgemeinert hat, schließen sich auf beiden Seiten wieder die Reihen: das gesamte Kapital konzediert nurmehr jenes Minimum, das zur Aufrechterhaltung des institutionalisierten Konfliktaustragungssystems unbedingt erforderlich ist, und das gesamte gewerkschaftliche Lager gerät jetzt unter den Druck der Krisenfolgen hoher Arbeitslosigkeit, intensivierter Arbeitsprozesse, vermehrter Rationalisierungsanstrengungen der Unternehmer usw., die ihm eigentlich eine qualitativ orientierte Politik aufnötigen. Nun aber sind die Gewerkschaften auf dem Tiefpunkt ihrer Machtstellung am Arbeitsmarkt, und sie können meist kaum mehr durchsetzen als die bloße Reallohnsicherung, schlimmstenfalls noch nicht einmal diese.

Mit anderen Worten: Im Industrieverbandssystem von Lohnarbeit und Kapital verfügen offenbar immer diejenigen über die Antworten auf drängende Fragen, - weil sie unter fühlbarem Problemdruck stehen -, denen die Macht fehlt, sie auch durchzusetzen. Damit aber setzen sich die ökonomischen Entwicklungstendenzen selbst in solchen verbandsförmigen Konstellationen und Strategien um, die für die vorrangig durchschnittsorientierte, quantitative Strategie im autonomen interverbandlichen Konfliktaustrag sorgen, die am leichtesten und widerspruchsfreiesten verallgemeinert werden kann. Dies wiederum heißt jedoch nichts anderes als daß einerseits betriebliche Erfahrungen belastender Arbeitsbedingungen kaum oder gar nicht zum Thema gewerkschaftlicher Politik werden und der Betrieb mithin erneut in den Hintergrund der organisierten lohnabhängigen

Wahrnehmung und Bewußtseinsbildung tritt; und daß andererseits durch die weitgehende Vermeidung von Konflikten um qualitative 'issues' und die Zulassung von Monetarisierungsstrategien des Kapitals durch die Gewerkschaften diese das kapitalistische Bestreben nach Planbarkeit und Kalkulierbarkeit aller auf die Profitrate einwirkender Faktoren unterstützen.

Damit ist ein zweites Moment inhaltlicher Selektivität gewerkschaftlicher Interessenverarbeitung, die Quantifizierung, genannt, das zusammen mit der oben erwähnten Dimension der Durchschnittsorientierung aus der strukturellen Selektivität des Industrieverbandssystems folgt und zur Dämpfung potentiell brisanter lohnabhängiger Konflikterfahrungen ebenso beiträgt wie zur Dehnung und Glättung konjunktureller Schwankungen und struktureller Verwerfungen des Kapitalverwertungsprozesses.[64] In diesem Sinne trägt dies auch seinen Teil zur Legitimation des sozio-ökonomischen Systems gegenüber den ihm Unterworfenen bei, das einerseits als leistungsfähig gilt, weil es die von den Gewerkschaften geforderten Lohnsteigerungen erwirtschaftet bzw. konzediert, das jedoch andererseits in Betrieb und Konjunktur nun weniger konflikthaft erfahren wird, als es ohne die spezifisch geprägte Gewerkschaftspolitik der Fall wäre. Insoweit bilden die Gewerkschaften einen ganz entscheidenden Bestandteil des 'Ankers', der das Kontinuum interessenverarbeitender Organisationen insgesamt an der gesellschaftlichen Basis hält. Die zusätzliche Legitimationsfunktion, Entscheidungen des Staates durch aggregierte Handlungsvorgaben zu ermöglichen, soll unten im Zusammenhang mit dem gewerkschaftlichen Dachverband näher betrachtet werden.

Es könnte nun - bis hierher sogar mit einigem Recht - argumentiert werden, eine derartige Betrachtungsweise sei mechanistisch und deterministisch, kläre nicht, inwieweit die Gewerkschaften sich diesen strukturellen Zwängen kooperativ[65] anpaßten bzw. konfliktorisch widersetzten[65], inwieweit sie aktive Bewußtseinsarbeit an der Basis leisten könnten, um qualitative gegenüber quantitativen und Klassen- gegenüber Warenverkäuferinteressenelementen im Bewußtsein der Lohnabhängigen zu beleben, usw. Derartige Fragen können auf dieser theoretischen Abstraktionsebene jedoch ebensowenig fruchtbar behandelt werden wie die nach dem personellen, programmatischen, organisationsinternen und schließlich politischen Ausdruck der beschriebenen strukturell-organisatorischen und inhaltlichen Selektivität gewerkschaftlicher Interessenverarbeitung.
Ebensowenig sinnvoll wäre es, hier näher auf die Legitimationsprobleme der Gewerkschaften einzugehen, die erst konkrete Gestalt annehmen, wenn die genannten Fragen nach der empirischen Organisation und Politik dieser Organisationen beantwortet sind. Grundsätzlich können sie sowohl als Folge mangelnder Leistung der Gewerkschaften bzw. einer entsprechenden Perzeption seitens ihrer Basis entstehen als auch als Konsequenz einer zu rigiden Begrenzung der Partizipationsmöglichkeiten der Mitglieder innerhalb der Organisation (Legitimation durch Verfahren). Die Behandlung beider Problemkreise setzt jedoch Kenntnisse darüber voraus, welche Leistungen die Gewerkschaften konkret erbringen (und welche nicht), und wie es um ihre organisationsinterne Willensbildungsstruktur empirisch bestellt ist.

An dieser Stelle ging es vielmehr um die fundamentalen Strukturprinzipien des ökonomischen Prozesses und des den Gewerkschaften vorgegebenen, kapitalistisch geprägten Interessen'materials', die sich als Begrenzung gewerkschaftlicher Aktionsmöglichkeiten und Handlungsspielräume auswirken und auf die die Gewerkschaften selbst strukturell durch ihre Konstitution als Industrieverbände reagieren. Daß diese Form gewerkschaftlicher Organisation weder zufällig ist noch ohne Wirkung auf ihre Politik bleibt, sollte hier gezeigt werden. Sie trägt vielmehr ganz entscheidend dazu bei, daß die Gewerkschaften ihren Funktionsanteil innerhalb des Kontinuums von Organisationen übernehmen, das die Umarbeitung qualitativ verschiedener (Herrschafts-)Interessen in quantitativ aus-

gleichbare (Verteilungs-)'issues' leistet. In welcher Art und Weise sie diese Aufgabe konkret übernehmen, welche strategischen Varianten sie mehr oder weniger stark betonen, und wie sie sich mit den ihnen daraus jeweils entstehenden Problemen auseinandersetzen, kann nur historisch-konkret geklärt werden.[66]

(3) Der einheitsgewerkschaftliche Dachverband wurde oben idealtypisch als echte strategische Alternative zur Industriegewerkschaft und ihrer Politik bezeichnet. Nach dem inzwischen über strukturelle Begrenzungen gewerkschaftlicher Aktionsspielräume Gesagten muß zunächst folgende Einschränkung vorgenommen werden: Nur unter der - historisch jeweils abzuklärenden - Voraussetzung daß die Gewerkschaften sich mehr als Aufklärungs- und Kampforganisation denn als Interessenverbände begreifen und demzufolge mehr Gewicht auf die Aktivierung verschütteter, verdrängter, ideologisch überformter Elemente des lohnabhängigen Bewußtseins als auf die Realisierung konkret erfahrener lohnabhängiger Interessen legen, unter dieser Voraussetzung also können sie versuchen, flexibel mit den genannten strukturellen Einschränkungen ihres Handlungsspielraumes umzugehen. Denn wenn ihnen tatsächlich die Einleitung von Lernprozessen gelänge, die zur Entstehung von manifestem Klassenbewußtsein der Lohnabhängigen führen[67], so bestünde die Möglichkeit der Interessenverallgemeinerung entgegen den Maßstäben des Warenverkäuferinteresses ebenso wie die, qualitativen Interessen den Vorrang vor Lohnsteigerungen einzuräumen. Zweifellos würden Organisationen dieser Art auch die Branchenebene berücksichtigen müssen, aber das Schwergewicht ihrer Verankerung dürfte in den Betrieben liegen, und die Generalisierung der Interessen würde nicht auf dem Nenner branchenspezifischer Gebrauchswerteproduktion erfolgen, sondern entlang des - dann massenhaft vorhandenen - Klassenbewußtseins, sich gemeinsam in einer existentiell abhängigen gesellschaftlichen Position zu befinden. Denkbar wäre etwa eine intergewerkschaftliche Umverteilungspolitik zwischen den 'reichen' und den 'armen' Zweigen der Organisation, die dieses gemeinschaftliche Bewußtsein über den materiellen Ausgleich von Lohnhöhenunterschieden noch verstärkte.[68] Sicherlich verfügte die Spitze der Organisation über starke Kompetenzen der Interessenzusammenfassung und -vereinheitlichung und ihrer aktiven Anmeldung gegenüber Kapital, Parteien und Staat; ihre unverzichtbare Rückkoppelung an die Basis bestünde in der Anknüpfung an und im konflikthaften Austrag von deren Erfahrung von Ausbeutung und Deprivation im kapitalistischen Produktionsprozeß.

Einer so verstandenen gewerkschaftlichen Klassenorganisation müßte gerade im organisatorischen Eigeninteresse daran gelegen sein, kämpferische, vom Systemstandpunkt aus dysfunktionale Elemente im Bewußtsein ihrer Basis wachzuhalten und zu intensivieren, denn es wäre unvermeidlich damit zu rechnen, daß die Politik dieser Art von Organisation auf härteste Umweltwiderstände seitens des Kapitals, aber auch des Staates, treffen würde. Legitimation durch materielle Erfolge dürfte ihr kaum beschieden sein, ihr Erfolg und ihre Rechtfertigung gegenüber der Mitgliedschaft bestünde vielmehr in der konsequenten und kompromißlosen Anmeldung des lohnabhängigen Klassenstandpunktes, der als solcher über das bestehende gesellschaftliche und politische System hinausweist.

Aus der Beschreibung dieses Idealtypus des einheitsgewerkschaftlichen Dachverbandes sollte deutlich geworden sein, daß er in dieser Rigorosität wohl nur als der eine extreme Pol eines Spektrums möglicher realer Gewerkschaftsorganisationsformen fungieren kann, dessen entgegengesetztes Extrem in dem völlig auf die Vertretung von Warenverkäuferinteressen reduzierten gewerkschaftlichen Interessenverband bestünde.[69] Vielmehr dient seine Einführung dazu, sichtbar zu machen, daß vermutlich in jeder historischen Dachorganisation der Gewerkschaften mehr oder weniger stark ausgeprägte Elemente dieses Typs zu finden sein werden. Denn auch für das industriegewerkschaftliche System gilt, daß es einer koordinierenden Spitzenorganisation bedarf, die gleichzeitig auf sehr hoher, damit aber abgehobener und weitgehend entschärfter organisatorischer

Ebene auf die Konflikt- und Abhängigkeitserfahrungen der Lohnabhängigen zurückkommt, die die Industriegewerkschaften so wirkungsvoll ausblenden.

Ein solcher 'realistischer' Dachverbandstyp hat in erster Linie dafür Sorge zu tragen, daß die verschiedenen lohn- und tarifpolitischen Strategien der Einzelgewerkschaften nicht zu weit auseinanderklaffen, die intergewerkschaftliche Konkurrenz mithin nicht so stark wird, daß sie die Geschlossenheit und Handlungsfähigkeit der Organisation als ganzer gegenüber dem Kapital lähmt. Dabei ist anzunehmen, daß die Einzelgewerkschaften ihrem Spitzenverband kaum genügend Kompetenzen zugestehen werden, um diesen Ausgleich autonom 'von oben' herbeizuführen, müßte dies doch ihre Branchenorientierung unterlaufen und gefährden. Vielmehr stellt der Dachverband nur das organisatorische Instrumentarium, sozusagen die Arena, bereit, innerhalb derer die ökonomisch und an Mitgliedern stärksten Einzelgewerkschaften die Grundlinien der Politik der Spitzenorganisation bestimmen, modifiziert um so viele Zugeständnisse an die schwächeren Zweige, daß diese gegenüber ihrem eigentlichen Kontrahenten, dem Kapital, noch bestehen können. Denkbar wäre etwa diejenige Form des intergewerkschaftlichen Ausgleichs, daß über die Branchen hinweg in etwa gleiche Lohnforderungen gestellt würden, in die der durchschnittliche Verteilungsspielraum aller Branchen und Sektoren ebenso Eingang fände wie die zusätzliche Berücksichtigung der wichtigsten jeweiligen Besonderheiten der branchenspezifischen Produktionsbedingungen. Nur am Rande sei dabei erwähnt, daß diese Form der internen gewerkschaftlichen Abstimmung in Richtung auf eine globale, d.h., makroökonomisch orientierte Lohnpolitik ebenso einen autonomen Handlungsspielraum der Branchenkapitale einräumt, wie dies für den Branchentarifvertrag gegenüber dem Einzelunternehmen oben beschrieben wurde.

Die Funktion der gewerkschaftlichen Spitze, sofern sie auf einem Industrieverbandssystem aufbaut, besteht aber nicht nur in der Koordination lohnpolitischer Strategien. Darüber hinaus werden ihr diejenigen Bereiche überlassen werden, welche die Einzelgewerkschaften aufgrund ihrer spezifischen Orientierung wenig oder gar nicht thematisieren. Dies sind vor allem stark verallgemeinerte Interessen und Forderungen, die sich auf gesellschaftliche und politische Disparitäten und Verkürzungen des Status der Lohnabhängigen als freie und gleiche Warenbesitzer beziehen, sowie die allgemeinste aller möglichen Handlungsebenen: die gegenüber Parteien und Staat; daneben jedoch auch die Anmeldung eher klassenbewußter Positionen, d.h., des allgemeinen Interesses der Klasse der Lohnabhängigen an der Überwindung ihrer existentiellen gesellschaftlichen Abhängigkeit.

Ein derartiges, arbeitsteiliges Verhältnis kommt schon allein deshalb zustande, weil das Risiko zu groß wäre, nur die industriegewerkschaftliche Lohninteressenpolitik als Verbindung zwischen Organisation und Basis zu benutzen. Die Gefahr, daß andere, aus Disparitäts-, Konflikt- oder gar klassenkämpferischen Erfahrungen resultierende Interessen sich eigenständige Artikulationskanäle suchen (und finden) könnten, würde ihnen kein permanenter Ansprechpartner geboten, läßt es im organisatorischen Eigeninteresse geraten erscheinen, eine eigene Instanz dafür einzurichten. Als Dachverband nahezu ohne jede eigene Verbindung und Rückkoppelung zur Basis, Interessen auf einer besonders hohen organisatorischen Ebene stark verallgemeinernd, bietet diese Konstruktion gleichzeitig den Vorteil, die Branchenorientierung der Einzelgewerkschaften nicht wirklich zu gefährden.

Allerdings hat der Dachverband nicht nur solche kompensatorischen Lückenbüßerfunktionen. Vielmehr stellt er - positiv gewendet - als Organisation dasjenige Gemeinsamkeits- und Machtpotential dar, auf das sich die ihn tragenden Einzelgewerkschaften einigen können und auch geeinigt haben. Daher ist er weitaus geeigneter als jede einzelne Branchengewerkschaft[70], Forderungen hinsichtlich der gesellschaftlichen und politischen Gleichstellung der Lohnabhängigen an

Parteien und Staat zu richten, die ihrerseits mit dem Anspruch auftreten, im allgemeinen Interesse zu handeln und sich auch vor diesem Anspruch rechtfertigen müssen. Sie werden die Stellungnahmen der gewerkschaftlichen Spitzenorganisation, die für sich reklamieren kann, die Lohnabhängigen der Nation zu vertreten[71], kaum überhören können.[72] Dies schon deshalb nicht, weil ihnen hier unverzichtbare Bündel bereits aggregierter und selektierter Interessen vorgegeben werden, über die sie zu entscheiden haben, ohne den legitimatorisch brisanten Prozeß der Interessenauswahl selbst immerzu bewältigen zu müssen.[73] Und für diese Forderungen werden auch die Einzelgewerkschaften ihre Unterstützung leihen, kommt ihre Erfüllung doch allen Lohnabhängigen zugute, also auch ihrer je spezifischen eigenen Basis.

Eines sollte am Ende dieses Abschnitts über die Selektivität gewerkschaftlicher Interessenverarbeitung deutlich geworden sein: Die Frage, ob die Gewerkschaften sich an dem beschriebenen Kontinuum interessenverarbeitender Organisationen im Kapitalismus beteiligen oder nicht, führt in die Irre der fruchtlosen Gegenüberstellung 'reformistischer' und 'revolutionärer' Gewerkschaften. Vielmehr bleibt es die dauernde Aufgabe der Gewerkschaftsforschung, zu beobachten und zu klären, welche Elemente

- konjunktureller und struktureller, meso- und makroökonomischer Entwicklungen;
- der Betriebs-, Branchen- und gesamtwirtschaftlichen Orientierung;
- autonomer interverbandlicher Strategien oder staatsbezogener Forderungspolitik;
- quantitativer oder qualitativer, durchschnittsorientierter oder maximalistischer Interesseninterpretation;
- kooperativer oder konfliktorischer Vorgehensweisen,

jeweils innerhalb des gewerkschaftlichen Handelns ausgemacht werden können und in welchem Verhältnis zueinander sie jeweils stehen.

Anhand eines solchen 'rasterhaften' Überblicks wird nämlich erkennbar, daß die Gewerkschaften eines bestimmten historisch-konkreten Zeitabschnitts der organisatorisch verfestigte Ausdruck der Position sind, die die Arbeiterbewegung im historischen Kontinuum zwischen Klassenkampf und Integration jeweils einnimmt. Insofern kehrt die Darstellung an ihren Anfang zurück, zur Kritik derjenigen Gewerkschaftstheorien, die ihren Ausgang von der Entscheidung nehmen, ob sie ihren Gegenstand für einen 'Ordnungsfaktor in kapitalistischen oder staatlichen Diensten' oder eine 'Gegenmacht der revolutionären Basis' halten sollen. Die Gewerkschaften verkörpern immer Elemente von beidem, bei spezifischer Dominanz der Vertretung systemfunktionaler Interessen; nicht die theoretische Alternative gilt es immer neu zu konstruieren, sondern das je konkrete Mischungsverhältnis ist empirisch zu klären.

1.4) Konkretion interessengruppentheoretischer Überlegungen (II): Die Arbeitgeberverbände

1.4.1) Stand der Forschung über Unternehmerverbände

Bestand eines der größten Probleme der Gewerkschaftsanalyse in der unüberschaubaren Vielzahl von Untersuchungen über diesen Themenbereich, so gilt das exakte Gegenteil für die Unternehmerverbände. Selbst wenn man - wie es in diesem Abschnitt geschehen soll - den Gegenstandsbereich von den Arbeitgeberverbänden auf Unternehmerorganisation schlechthin ausweitet und außer explizit theoretisch angelegten Arbeiten auch empirische Studien einbezieht, so bleibt noch immer ein enormes Defizit der Forschung. Dies muß umso mehr erstaunen, als auch nicht-marxistische Ansätze die zentrale Rolle von Unternehmerverbänden im politischen Prozeß kennen und anerkennen.[1] Was marxistische Postitionen betrifft, so gewinnt man mitunter den Eindruck, ihnen genüge die a-priorische Feststellung, 'das Kapital' dominiere den Reproduktionsprozeß der bürgerlichen Gesellschaft. Auf welche Weise, in welchen (organisatorischen) Formen es dies tut - diese konkreten Fragen gehen zumeist restlos unter.[2]

Was derzeit an Studien über Unternehmerverbände vorliegt, soll im folgenden zu drei unterschiedlichen theoretischen bzw. methodischen Entwicklungssträngen zusammengefaßt werden: pluralistische und korporatistische Ansätze, marxistische Analysen sowie Vergleiche zwischen Unternehmerverbänden und Gewerkschaften unter verschiedenen Aspekten ihrer internen Organisationsstruktur, ihrer ideologischen Selbstdarstellung sowie ihres Zusammenwirkens im Tarifsystem. Es wird sich zeigen, daß jeder dieser Ansätze ein spezifisch verkürztes Bild seines komplizierten Gegenstandes entwirft.
Typisch für späte pluralismustheoretische Positionen ist die Zusammenfassung von Unternehmerverbänden und Gewerkschaften zu einem Block, der insgesamt den sozio-politischen Reproduktionsprozeß dominiere: "Allen diesen Verbänden ist gemeinsam, daß sie die zentralen ökonomischen bzw. beruflichen Interessen ihrer Mitglieder vertreten und als wichtigste Kontrahenten im Kampf um die Verteilung des erwirtschafteten Sozialprodukts auftreten. Die Stellung ihrer Mitglieder im Produktionsprozeß zu stärken, ihr Einkommen und Sozialprestige zu erhöhen und nicht zuletzt ihre Machtposition im Staat auszubauen, sind die Hauptziele dieser Interessengruppen."[3] Getreu der inzwischen hinlänglich bekannten etatozentristischen Ausrichtung auch dieser Position geht es dabei vor allem um den überragenden Einfluß dieser Gruppen auf die Prozesse staatlich-politischer Willensbildung und Entscheidungsfindung.[4]

Demgegenüber konzentriert sich die noch immer klassische Studie von Gerard Braunthal über den Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI)[5] zwar auch auf das Problem der "political power" des BDI, d.h., auf seine Verbindungen zum Staat und seine Chancen, die eigenen Interessen in staatliches Handeln einfließen zu lassen, aber ergänzt um die Frage, ob die gesellschaftliche 'balance of countervailing powers', das Generalthema jedes Pluralisten, dem BDI gegenüber intakt sei.[6] Braunthal entwirft das Bild eines Unternehmerverbandes, der auf einer zwar zahlenmäßig nicht allzu bedeutenden, aber infolge ihres hohen Sozialprestiges und Einflußpotentials dennoch mächtigen Mitgliedschaft aufbaut[7] und beträchtliche Mühen zur Herstellung eines innerorganisatorischen Konsenses aufwenden muß, sobald es um konkretere Fragen als so globale 'issues' wie etwa das der Haltung der westdeutschen Industrie zur Westintegration der Bundesrepublik geht.[8] Finanzielle Stärke und beträchtlicher Einfluß auf die öffentliche Meinung[9] seien ebensosehr Machtressourcen dieser Organisation wie der sehr gute Zugang zur Exekutive, Legislative und den politischen Parteien.[10]

Dennoch werde - so Braunthal - auch der Einfluß eines derart mächtigen Unternehmerverbandes begrenzt durch das Einflußstreben anderer Gruppen sowie durch das Bemühen

um Autonomie seitens der politischen Eliten.[11] "This observer, however, must finally opt for the pluralistic view. Granted that the BDI is a powerful and prestige-laden association with many victories on its record, and granted that it operates in a political climate favourable to its interests, nevertheless it is not the only group of which this is true, but one that faces rivals with an equal appetite for power."[12]

Somit kann eine Verlagerung der pluralismustheoretischen Fragestellung insgesamt von der Untersuchung des restriktiven oder dominierenden Einflusses der Unternehmerorganisationen auf die staatliche Willensbildung auf die Analyse des Machtpotentials sozio-ökonomischer Großverbände schlechthin festgestellt werden. Dies ist der Erforschung der Kapitalorganisationen im einzelnen ebensowenig förderlich gewesen wie die Überführung pluralistischer in korporatistische Positionen bzw. die Ergänzung ersterer durch letztere.[13] Denn auch hier erscheinen die Unternehmerverbände nur insoweit als Untersuchungsgegenstand, als ihr Anteil am Zustandekommen tripartistischer Arrangements betrachtet wird.[14] Was diese Organisationen 'aus eigenem Recht' sind, gerät nicht ins Blickfeld - ein mittlerweile vertrauter Topos in Zusammenhang mit der Erforschung von Interessengruppen.

Welche Vorzüge die pluralismustheoretischen Ansätze dennoch, trotz ihres eher naiven Gesellschaftsbildes, bieten, nämlich die sehr realistische Betonung interner Interessenaggregations- und -integrationsprobleme innerhalb der Unternehmerverbände[15], erkennt man erst so recht in der Gegenüberstellung mit marxistischen Ansätzen, insbesondere in ihrer Ausprägung als Theorie des staatsmonopolistischen Kapitalismus.[16]

Denn zwar hat dieser Ansatz einen Begriff von sozio-ökonomischen Herrschafts- und Abhängigkeitsverhältnissen, der wiederum den Pluralisten fehlt; aber er verleitet die Autoren zu einer derartig monokausalen Betrachtungsweise, die die eigentliche Spezifik der Unternehmerverbände, die zwangfreie Aggregation und Integration konkurrierender Interessen autonomer Unternehmer, vollständig verfehlt. Fjodorow etwa kommt zu folgender Definition: "Die gegenwärtigen Unternehmerverbände sind außerparteiliche kapitalistische Klassenorganisationen, die unter Kontrolle der Monopolbourgeoisie stehen und in ihrem Interesse handeln, zu deren Hauptanliegen es gehört, den Klassenkampf für die Aufrechterhaltung und die Festigung der eigentlichen Möglichkeit, der Profitgewinnung, zu führen, und deren Methoden es sind, aufgrund ihrer Finanzmacht alle Bereiche der Wirtschaft, der Politik, der Ideologie, der Gesellschaft und des Staates vorrangig zu beeinflussen, was unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus diese Organisationen zu einem der wichtigsten Machtapparate werden läßt, wo sich die konkrete Verfilzung der Macht des Staates mit der der Monopole zu einem einheitlichen Herrschafts- und Unterdrückungsmechanismus vollzieht."[17]

Einmal abgesehen davon, daß sich Fjororow und Braunthal - sicherlich gegen beider Willen - in der Annahme treffen, es sei ihre Finanzmacht vor allem, die die Unternehmerverbände zu einem starken Einflußfaktor mache[18] -, hier wird der ohnehin begrenzte Blickwinkel auf das Verhältnis von Verbänden und Staat ins Extrem verengt, nämlich auf ihre Identität. Dieser Auffassung ist längst von marxistischer Seite aus entgegengehalten worden: "Die integrierende Rolle der Spitze der politischen Struktur wäre unmöglich ohne Initiative und eine gewisse Autonomie sogar gegenüber den mächtigsten Gruppen."[19] Damit soll weder das besondere Gewicht der hochkonzentrierten Unternehmen und Branchen innerhalb der Kapitalorganisationen bestritten, noch die grundsätzliche systemstabilisierende Selektivität des politisch-staatlichen Reproduktionsprozesses geleugnet werden. Aber 'Einschätzungen' der Unternehmerverbände wie die oben zitierte gehen an der internen Komplexität ihres Gegenstandes ebenso weit entfernt vorbei wie an der Kompliziertheit des wirklichen Verhältnisses der Unternehmerorganisationen zu ihren gesellschaftlichen Kontrahenten wie zum Staat.

Der letzte hier zu referierende Komplex von Analysen der Kapitalorganisationen untersucht diese gerade in Beziehung bzw. im Vergleich zu den Gewerkschaften. Dabei führt der gewählte forschungsstrategische Blickwinkel häufig dazu, parallele bzw. gegenläufige Entwicklungen der 'Tarifpartner' zu konstatieren, ohne die Rolle der Unternehmerorganisationen als solche zunächst abzuklären und erst danach zu fragen, welcher Stellenwert ihrem tarifpolitischen Zusammenwirken mit den Gewerkschaften innerhalb ihrer gesamten Aktivitäten zukommt. Wenn etwa Buchholz die These von der gegenseitigen organisationsstrukturellen Angleichung von Unternehmerverbänden und Gewerkschaften aufstellt[20], oder Weitbrecht ausführlich nachweist, daß Gewerkschaften wie Arbeitgeberverbände das tarifpolitische Dilemma zwischen Effektivität und Legitimität gleichermaßen durch Quasi-Partizipation zu lösen suchen[21], so zeigt dies zwar, daß die Kapitalorganisationen offenbar in manchen Bereichen ähnlichen Problemen ausgesetzt sind wie die Gewerkschaften, und daß sie auch ähnlich darauf reagieren. Die Gefahr liegt jedoch nahe, daß aus dieser Betrachtungsweise die Auffassung einer prinzipiellen Gleichrangigkeit beider Organisationstypen im gesellschaftlichen Machtgefüge entsteht.[22]

Dagegen sind diejenigen Untersuchungen eher gefeit, die sich statt mit internen Organisationsstrukturen mit den Ideologien der Verbände von Kapital und Arbeit befassen, da hier im Untersuchungsgegenstand selbst die Gegensätze zwischen beiden Organisationen zur Sprache kommen. Aber wiederum erfolgt keine systematische Zuordnung des Ergebnisses der Analyse zu gesellschaftstheoretisch zu ermittelnden Strukturen von Macht, Herrschaft und Abhängigkeit - die Untersuchung bleibt bei der Konstatierung inhaltlich gegensätzlicher Ideologien, die eventuell sogar die gleichen Funktionen für die Organisationen haben, stehen.[23]

Selbstverständlich existieren Untersuchungen, die gesellschaftstheoretisch fundiert sind; so liegt etwa für den Bereich der Organisationsstrukturanalyse der Tarifparteien ein weit ausgreifender Beitrag Streecks vor.[24] Und ebenso selbstverständlich soll den vorgestellten Untersuchungen weder Berechtigung noch Relevanz abgesprochen werden. Hier geht es vielmehr um die These, daß die Betrachung von Unternehmerverbänden im Rahmen des Tarifsystems jedenfalls für die Frage nach dem Wesen dieser Organisationen als solcher nicht besonders ergiebig ist, vielleicht sogar in die Irre führen kann.

Denn innerhalb des Tarifsystems geraten Unternehmerverbände eben überwiegend nur unter denjenigen ihrer verschiedenen Aspekte in den Blick, die sie den Gewerkschaften vergleichbar erscheinen lassen. Daß darin eine der Funktionen des Tarifsystems selbst besteht, den Eindruck zu erwecken, als ob die Arbeitsmarkt'parteien' gleichberechtigt um die gerechte Verteilung des erwirtschafteten Mehrproduktes miteinander rängen, sei hier nur am Rande erwähnt.[25] Aber die forschungsstrategische Entscheidung für einen Vergleich zwischen Unternehmerorganisationen und Gewerkschaften führt nur dann nicht dazu, diesem ideologischen Gleichheitsanspruch aufzusitzen, wenn vorab bereits ein Begriff von Kapitalorganisationen sui generis vorhanden ist. Dieser bzw. seine theoretische Entwicklung und Entfaltung sollte ebenso klären können, was es mit den offen formulierten und ausgetragenen Gegensätzlichkeiten zwischen den Verbänden von Lohnarbeit und Kapital auf sich hat und welche Reichweite solchen Konflikten zukommt. Vor allem jedoch muß er dem Anspruch genügen, die Einseitigkeiten sowohl der Pluralismustheorie mit ihrer Vernachlässigung gesellschaftlicher Ungleichheit[26] als auch der zitierten Spielart marxistischer Theorie samt ihrer Verkürzung des Verhältnisses von Unternehmerverband und Staat zu überwinden. Schließlich ist der Etatozentrismus auch neuester empirischer Untersuchungen[27] ebenso zu vermeiden wie das - wohl schon apologetisch zu nennende - Aufsitzen auf dem ideologischen Selbstbild, das diese Organisationen von sich zu entwerfen bemüht sind.[28] Ein Versuch dazu soll nun unternommen werden.

1.4.2) Strategien unternehmerischer Interessenverfolgung

Das Interesse des einzelnen Kapitals kann sehr einfach als das seiner eigenen Reproduktion auf immer höherem Niveau, d.h. aber: möglichst mit wachsenden Profiten, definiert werden.[29] Jedoch täuscht diese innere Widerspruchslosigkeit kapitalistischer Interessen allzu leicht über die Probleme hinweg, die den Verbänden beim Versuch ihrer Zusammenfassung entstehen. Diese Schwierigkeiten sind vor allem in dem Zusammenhang zu sehen, daß Einzelkapitale stets autonome Wirtschaftssubjekte sind und dies auch in ihrem verbandsförmigen Zusammenschluß bleiben,[30] damit aber immer über Alternativen zur Verbandsorgnisation verfügen und diese flexibel kombinieren bzw. auch gegeneinander ausspielen können.[31] Um die Dimension und Grenzen verbandsförmiger Interessenrealisierung der Kapitale zu verdeutlichen, soll daher die Darstellung der Organisation kapitalistischer Interessen als Unternehmer-, speziell als Arbeitgeberverband, eingebettet werden in die verschiedenen Formen unternehmerischen Interessenverfolgs.

Aus dem Streben aller Einzelkapitale nach möglichst profitabler Selbstverwertung resultieren nach Karl Marx die Gesetze der Konkurrenz, des Akkumulationszwanges und des tendenziellen Falls der Profitrate.[32] Aus dem Zwang, gegenüber den konkurrierenden Kapitalen zu bestehen, resultiert die wachsende organische Zusammensetzung des Kapitals, d.h., der zunehmende Einsatz von technischem Fortschritt in produktivitätssteigernden Maschinen, Anlagen, Produktionsverfahren etc., letztlich eine enorme Steigerung des Einsatzes an fixem Kapital. Dieser kann jedoch nur von immer größeren Kapitaleinheiten bereitgestellt werden; die Konzentration seiner selbst ist daher dem Kapital als Folge der genannten Gesetzmäßigkeiten und Zwänge immanent.

Dabei zielt die Zusammenfassung mehrerer Kapitale zu einer einzigen großen Unternehmenseinheit oder das endogene Wachstum eines Unternehmens in erster Linie darauf ab, die Verschlechterung der eigenen Verwertungsbedingungen aufzuhalten, die unvermeidlich aus den oben erwähnten Entwicklungsgesetzen folgt: "Die Funktion des Monopols besteht darin, durch eine Erschwerung des Ab- und Zuflusses von Kapital in bestimmte Produktionszweige den Ausgleich der Profitrate zu verhindern (bzw. auf unbestimmte Zeit zu verschieben)."[33] Dieses Ziel aber, die Dehnung und Glättung konjunktureller Schwankungen und zyklischer Verwerfungen des kapitalistischen Reproduktionsprozesses, beides nichts anderes als der empirische Ausdruck des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate, wird hier als das Ziel aller unternehmerischer Strategien des Interessenverfolgs behauptet.

Im einzelnen bestehen vier strategische Alternativen, die miteinander kombiniert und flexibel auf den verschiedenen Ebenen des sozio-ökonomischen und politischen Reproduktionsprozesses der kapitalistischen Gesellschaft eingesetzt werden können[34]:

(1) Auf Unternehmensebene kann durch Konzentration im engeren Sinne eine große Kapitaleinheit entstehen, die als alleiniger Handlungsträger nur relativ geringe interne Widerstände aufweist und daher einen längerfristig angelegten Interessenverfolg ohne große Reibungsverluste planend anstreben und betreiben kann. Großbetriebe dieser Art vermögen weitreichenden Einfluß auf viele die Profitentwicklung beeinflussende Faktoren zu nehmen; die Spannweite ihres auf langfristige Gewinnoptimierung ausgerichteten Handelns umfasst die Investitions- und Personalplanung ebenso wie die Einrichtung eigener Forschungszentren, den Zugang zu internationalen Kreditmärkten usw.

Das Schwergewicht dieser Art kapitalistischer Interessenrealisation durch ökonomische Konzentration liegt auf der Mikroebene (Betriebsebene); auf Mesoebene (Branchenebene) kann eine etwas lockerere Form der Kooperation mehrerer Großkonzerne dazu führen, daß die Marktgesetze weitgehend außer Kraft gesetzt und

profitmindernde Entwicklungen damit durch Marktaufteilung und Gewinnoptimierung bzw. - in stagnierenden oder gar schrumpfenden Bereichen der Volkswirtschaft - durch Verlustminimierung aufgehalten oder wenigstens verlangsamt werden können. Auf Makroebene (Gesamtwirtschaft) dagegen spielt sie so gut wie keine Rolle, da die Durchmonopolisierung einer gesamten Volkswirtschaft, die dann als quasi monolithischer Block auf dem Weltmarkt aufträte, praktisch kaum realisierbar sein dürfte.
Es wäre wenig sinnvoll, an dieser Stelle theoretische Überlegungen hinsichtlich der vielfältigen Bedingungen anzustellen, die Oligopolisierungsprozesse erleichtern oder hemmen; sie reichen von kaum beeinflußbaren Faktoren wie dem regionalen Vorkommen bestimmter Rohstoffe bis hin zu Maßnahmen der staatlichen Wettbewerbspolitik. Wichtiger scheint demgegenüber der Hinweis, daß - da eine völlige Monopolisierung der Wirtschaft als rein theoretischer Modellfall ausgeschlossen werden kann - empirische kapitalistische Ökonomien stets in eine mehr und eine weniger hoch konzentrierte Fraktion zerfallen, denen in je unterschiedlicher Intensität die Chance zur Verfügung steht, ohne Kompromisse erzwingende Kooperation mit anderen Sektoren, Organisationen etc. ihre jeweiligen Interessen durchzusetzen. So kann wohl mit Recht vermutet werden, daß die beschriebenen Großbetriebe sowohl am Markt als auch gegenüber den Lohnabhängigen und gegenüber Parteien und Staat erheblich durchsetzungsfähiger sind als kleine und mittlere Betriebe, und zwar desto mehr, je günstiger ihre ökonomische Position ist.[35] Dieser Gegensatz zwischen langfristig planenden, auf die Sicherung des Fortbestandes des Unternehmens auf lange Sicht orientierten und daher eine Politik der Gewinnoptimierung betreibenden Großkonzernen und den stärker dem Druck konjunktureller und struktureller Wirtschaftsentwicklungen ausgesetzten, über geringere finanzielle Ressourcen verfügenden Klein- und Mittelbetriebe, die demzufolge mehr auf eine Politik der Gewinnmaximierung angewiesen sind, spielt eine besonders große Rolle für das Ausmaß des materiellen Entgegenkommens gegenüber den Lohnabhängigen und ihrer Organisation. Während erstere über große Konzessionsspielräume verfügen und diese auch im Interesse der Pazifierung der Lohnabhängigen(-Organisation) und damit der längerfristigen Kalkulierbarkeit der Lohnkostenentwicklung einzusetzen bereit sind, müssen letztere aus Überlebensgründen auf möglichst niedrige Lohnkosten drängen. Auf diesen Interessengegensatz ist gleich noch einmal zurückzukommen.

(2) Durch Institutionalisierung streben die Kapitalinteressen nämlich nach der langfristigen Befriedung und Kalkulierbarkeit des besonders problematischen 'Kostenfaktors' Lohnarbeit. Diese Strategie verfolgt auf der Mikro-, besonders aber auf der Mesoebene den begrenzten Interessenaustrag mit den Lohnabhängigen und ihren Organisationen, indem materielle Konzessionen zugestanden werden und damit die Bereitschaft der Lohnarbeiter aufrechterhalten wird, sich weiterhin als solche zur Verfügung zu stellen. Im Gegensatz zur Strategie der Konzentration ist hier der Handlungsträger auf Mesoebene nicht mehr ein einzelnes Unternehmen, sondern der branchenspezifische Arbeitgeberverband, der mehrere oder alle Betriebe einer Branche in deren Eigenschaft als Ankäufer der Ware Arbeitskraft zusammenfasst und - zusammen mit den Gewerkschaften - über den Rahmen der materiellen Zugeständnisse entscheidet, die - mit gewissen Modifikationen - auf Betriebsebene zu machen sind.

Diesen Unterschied festzuhalten, ist für die Analyse der Arbeitgeberverbände von zentraler Bedeutung. Denn solange sie als freiwillige Organisationen bestehen, werden sie nicht umhin können, Rücksicht auf die verschiedenen, in ihrer jeweiligen Branche vertretenen Interessen zu nehmen. Deren Spektrum reicht von Groß- bis zu Kleinbetrieben, von personal- zu kapitalintensiven Unternehmen, von produktiven und rentablen zu Grenzbetrieben, von juristischen Personen zu eigentümer-geführten Unternehmen, usw., usf. Jeder dieser Faktoren wirkt auf die Gewinnentwicklung der einzelnen Unternehmen ein und beeinflußt damit auch den Umfang von Lohnkonzessionen, den die verschiedenen Unternehmensleitungen

jeweils für ihren Betrieb noch für akzeptabel und verkraftbar ansehen.
Auf der anderen Seite sind die Arbeitgeberverbände aber auch gezwungen, jenes materielle Minimum zu gewähren, das die unbedingte Voraussetzung dafür darstellt, daß die Gewerkschaften im System des institutionalisierten Konfliktaustrags verbleiben. Zweifellos wäre die innerverbandliche Willensbildung in diesen Organisationen höchst unkompliziert, wäre dem Verteilungsspielraum nach unten keine Grenze gesetzt; auf wenig oder gar keine Lohnsteigerungen einigen sich Betriebe schnell.[36] Aber damit wäre es den Gewerkschaften unmöglich gemacht, gegenüber ihrer eigenen Basis zu legitimieren, weshalb sie in einem Verhandlungssystem verharren, das keine akzeptablen Leistungen (mehr) erbringt.

Aus diesem Grunde wird der Handlungsspielraum der Arbeitgeberverbände nach oben von jenem Maximum an Entgegenkommen begrenzt, das noch von den Betrieben akzeptiert wird, ohne daß sie den Verband verlassen, und nach unten von dem Minimum an Entgegenkommen, das die Gewerkschaften davon abhält, das Tarifsystem zu verlassen. Damit aber bedeutet Selektivität der Interessenaufnahme und -verarbeitung durch branchenspezifische Arbeitgeberverbände die Verallgemeinerung kapitalistischer Lohnkosteninteressen und Verteilungsinteressen längs eines Branchendurchschnitts möglicher Verteilungsspielräume, nach oben und nach unten je spezifisch begrenzt.

Dabei wird dieser jeweilige mittlere Konzessionsspielraum modifiziert sein um die Interessen der stärksten Unternehmen der Branche, an deren Machtposition kein Verband grundsätzlich vorbeikann, da er auf ihre Mitgliedschaft angewiesen ist, will er gegenüber seinen gesellschaftlichen Kontrahenten und der Politik repräsentativ und glaubhaft auftreten können. Es versteht sich von selbst, daß hier 'Durchschnitt' eine minimierende Tendenz beinhaltet, im Gegensatz zur gewerkschaftlichen 'Durchschnittsorientierung', die möglichst an die obere Grenze des Erreichbaren gehen will. Ebenso dürfte deutlich sein, daß quantitative Konzessionen (Monetarisierungspolitik) am ehesten an die einzelnen Mitgliedsbetriebe zu vermitteln sind, die nur unter sehr viel größeren Schwierigkeiten bei qualitativen, d.h., in ihre interne Dispositionsfreiheit eingreifenden Fragen vom Verband geeint werden könnten.[37]

Eine letzte Analogie zu den Gewerkschaften dürfte darin bestehen, daß auch die Branchenarbeitgeberverbände sich relativ selten direkt an den Staat wenden werden, jedenfalls verglichen mit ihrem überfachlichen Dachverband, der gleich im Anschluß zu skizzieren ist. Denn auch hier ist interne Einigkeit wohl nur bei der gemeinsamen Ablehnung sozialpolitischer Mehrbelastungen zu erwarten[38], positiv gewendete einheitliche Forderungen an den Staat sind auf diesem Gebiet wenig wahrscheinlich.

Diese Analogien sollen aber nicht zu der oben skizzierten Auffassung zurückführen, letzten Endes seien die Tarif'partner' Arbeitgeberverband und Gewerkschaften einander wesensgleich. Denn zum einen besteht die Basis des Arbeitgeberverbandes aus autonomen Wirtschaftssubjekten, die der Gewerkschaften aus Lohnabhängigen; zum anderen bleiben den einzelnen Kapitalen neben dem Arbeitgeberverband noch zahlreiche weitere Möglichkeiten, ihre Interessen zu realisieren, was dieser Organisation weit weniger Kontrolle und Disziplinierungsfähigkeiten gegenüber ihrer Basis verleiht als im Falle der Gewerkschaften, zu denen aus lohnabhängiger Perspektive - jedenfalls auf ökonomischer Ebene - nur noch die Alternative der ohnmächtigen Vereinzelung verbleibt.[39] Darin liegt - am Rande bemerkt - auch der Ursprung für die Annahme der Korporatisten, wenn, dann scheiterten korporatistische Arrangements am ehesten am unternehmerischen Widerstand.[40]

Diese Ähnlichkeiten, die sich auf einem höheren Niveau der Konkretion etwa als organisationsstrukturelle Angleichung zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerk-

schaften niederschlagen, sind Resultat der gemeinsamen Branchenorientierung beider Organisationstypen sowie der daraus systematisch entstehenden organisationsinternen Integrations- und Selektivitätsproblematik, andererseits der gemeinsamen Ausfüllung der Funktion, selektiver Transmissionsriemen innerhalb des Kontinuums interessenverarbeitender Organisationen zu sein. Nur: die Gewerkschaften bezahlen für diese Angleichung mit dem Verzicht auf die Vertretung bestimmter Interesseninhalte ihrer Basis, und das Ergebnis des Transmissionsprozesses dient nicht zuletzt deswegen weit eher dem Kapital als seiner Gegenseite.
Auf Makroebene schließlich agiert der Spitzenverband der Arbeitgeberorganisationen[41] einerseits gegenüber dem gewerkschaftlichen Dachverband, andererseits gegenüber dem zur gesamtgesellschaftlichen Legitimation verpflichteten Staat und den ihn (potentiell) tragenden Parteien. Es ist daher wahrscheinlich, daß hier die am deutlichsten wahrnehmbaren Kontakte zwischen allgemeinster Arbeitgeberorganisation und Staat bestehen werden und daß es auf dieser Ebene auch am ehesten zu kämpferischen Auseinandersetzungen mit der gewerkschaftlichen Spitzenorganisation kommt, die - wie oben gezeigt - noch am stärksten klassenkämpferische Positionen vertritt. Gegenüber beiden wird der Arbeitgeberspitzenverband eher auf Unterlassung denn auf Aktionen drängen, organisiert er doch diejenigen gesellschaftlichen Interessen, die strukturell privilegiert sind und daher am Fortbestand des Status quo interessiert sind. Allerdings gilt auch hier wieder die Einschränkung, daß allzu weitgehende Intransingenz den Ausbruch der Gewerkschaften aus institutionalisierten Verhandlungs- und Integrationsstrukturen nach sich ziehen müßte.

Diese Politik der tendenziellen Verweigerung ist umso wahrscheinlicher, als die Spitzenorganisation der Arbeitgeber nunmehr alle höchst unterschiedlichen Branchen und Sektoren sowie die in ihnen angesiedelten Interessen umfaßt. In ihr treffen sich nun Groß- und Kleinbetriebe, export- und binnenmarktorientierte Bereiche, florierende und notleidende Branchen, usw., so daß der Dachverband noch mehr als die einzelnen branchenspezifischen Arbeitgeberverbände sich an einem Mittelwert des für alle Branchen und Sektoren akzeptablen Verteilungs- und Veränderungsspielraums orientieren muß. Nicht umsonst ist er gerade nicht für Tarifverhandlungen zuständig - auf dieser Ebene der Aggregation und Generalisierung dürfte eine interne materielle Einigung kaum noch zustandezubringen sein. Er dient vielmehr der Koordination der verschiedenen verteilungspolitischen Strategien der einzelnen branchenspezifischen Arbeitgeberverbände sowie - wie erwähnt - der Vertretung allgemeinster Arbeitgeberpositionen gegenüber der gewerkschaftlichen Dachorganisation, Parteien und Staat. Dabei ist anzunehmen, daß auch hier, wie schon beim branchenspezifischen Arbeitgeberverband, diese 'mittlere Linie' gesamtwirtschaftlicher Orientierung modifiziert sein wird durch jene 'essentials', die die stärksten Unternehmen und Branchen als für sie unverzichtbar ansehen. Beispielsweise wird bei einer starken Exportorientierung wichtiger Sektoren der Volkswirtschaft ein nationaler Spitzenverband der Arbeitgeber nicht umhin können, exportfördernde Argumentationen aufzunehmen[42], selbst wenn die zahlenmäßige Mehrheit seiner Mitglieder binnenmarktorientiert ist und durch eine exzessive Freihandelspolitik direkt geschädigt würde.[43] Und ebenso wird die Kompromißbereitschaft der Spitzenorganisation gegenüber gewerkschaftlichen und staatlichen Reformbemühungen ganz wesentlich von der Haltung abhängen, die ihre stärksten Mitglieder in diesen Fragen einnehmen. Sind diese nämlich besonders an pazifierenden Verhältnissen interessiert (und können sie sich auch materiell leisten), so werden sie auch ihre Dachorganisation zu Konzessionen veranlassen. Dominieren dagegen reformfeindliche Kapitalfraktionen, ist auch tendenziell mit einer harten Haltung der Spitze zu rechnen. Balanceakte zwischen der unvermeidlichen Übernahme bestimmter Positionen machtvoller Unternehmen, Branchen und Sektoren und der Rücksichtnahme auf die schwächeren Mitglieder, damit diese den Verband nicht verlassen - Balanceakte dieser Art sind das tägliche Brot unternehmerischer Spitzenorganisationen.

(3) Politisierung im engeren Sinne, d.h., der unmittelbare Zugang der Interessen zum Staat, stellt die dritte Variante kapitalistischen Interessenverfolgs dar. Auf Mikroebene findet dabei eine 'Direktschaltung' zwischen dem einzelnen (Groß-)Unternehmen und den verschiedenen Ebenen staatlicher Instanzen statt.[44] Dabei kann es inhaltlich sowohl um staatliche Förderungsmaßnahmen als auch um die Sanierung bankrotter Betriebe gehen. Auf der Mesoebene stellen die branchenspezifischen Wirtschaftsverbände das organisatorische Bindeglied zur staatlichen Politik bereit, die wiederum sowohl zum Krisenmanagement als auch zur Schaffung verbesserter Rahmenbedingungen der Kapitalverwertung aufgefordert werden kann. Auf Makroebene schließlich wird die Spitzenorganisation der fachlichen Wirtschaftsverbände mit den Spitzen des politischen Entscheidungszentrums verhandeln, und zwar um die Durchsetzung der allgemeinen wirtschaftlichen Interessen bzw. um ihren Schutz vor Veränderungen in negativer Hinsicht.

Einige Bemerkungen zu den Unterschieden zwischen Wirtschafts- und Arbeitgeberverband erscheinen hier angebracht. Es ist kein Zufall, daß die Organisation der Unternehmer zweistrangig verläuft, im Gegensatz zur Zusammenfassung der lohnabhängigen Interessen durch eine einzige gewerkschaftliche Organisation. Arbeitgeberverbände haben es mit einem gesellschaftlichen Kontrahenten zu tun, der sich auf ganz bestimmte, deutlich abgrenzbare Interessenpotentiale stützt, die er mehr oder weniger kämpferisch vertritt. Hier wird die unternehmerische Organisation eher verweigernd-defensiv[45] auftreten, auch was die (potentielle) Einschaltung des Staates in diesen Problembereich betrifft; ebenso wird sie um Quantifizierung der unvermeidlichen Zugeständnisse bemüht sein, daß dies den einzelbetrieblichen Dispositionsspielraum gegenüber den Lohnabhängigen am wenigsten einschränkt.

Demgegenüber aggregiert der Wirtschaftsverband die Interessen autonomer Kapitale vorrangig in Bezug auf erwartete, gewünschte oder befürchtete, interventionsstaatliche Handlungen.[46] D.h., er hat es mit dem zur gesamtgesellschaftlichen Legitimation verpflichteten Staat zu tun, von dem er selbst nun vor allem qualitative Maßnahmen verlangt, sei es als strukturpolitische Förderung bestimmter Sektoren, sei es als Protektion oder Sanierung notleidender Branchen. Aber ob es nun um Forschungsförderung oder Krisenmanagment geht - stets müssen hier Entscheidungen getroffen werden, bei denen die jeweils Begünstigten sehr deutlich wahrnehmbar sind, d.h., bei denen ganz eindeutig seitens des Staates selektiv verfahren wird, und die damit sehr viel schwieriger zu vermitteln und zu legitimieren sind als etwa sozialpolitische Gesetze, die alle Lohnabhängigen und alle Betriebe betreffen.

Aus diesem Grund werden die Wirtschaftsverbände einerseits bemüht sein, stark im Hintergrund des öffentlichen Bewußtseins zu bleiben, um desto mehr die direkte Verschränkung mit der staatlichen Bürokratie zu suchen[47]. Andererseits werden sie nicht umhin können, sowohl aus Gründen interner Interessendifferenzierung als auch wegen verallgemeinerter staatlicher Legitimationszwänge, je nach der strukturellen Beschaffenheit der von ihnen erfaßten Branchen Forderungen aufzustellen, die einen branchenspezifischen Durchschnittsgrad an Betroffenheit von bestimmten Problemlagen und ebenso einen durchschnittsorientierten Anspruch auf staatliche Problemlösungsmaßnahmen beinhalten. In diesem Sinne fügen sich auch die Wirtschaftsverbände in die allgemeine Tendenz verbandsförmiger Interessenauswahl längs Durchschnitts-Maßstäben ein und tragen damit ebenfalls zu der Entzerrung bzw. Verstetigung gesellschaftlicher und politischer Prozesse der Interessenrealisierung bei.

(4) Die vierte Variante, schließlich, der korporativistische Verfolg kapitalistischer Interessen, stellt im Grunde nur einen Sonderfall der Varianten (2) und (3) dar, insofern nämlich seitens der Kapitalorganisationen Verhandlungen mit dem Staat für erfolgversprechender gehalten werden, wenn sie gemeinsam mit dem

Gewerkschaften geführt werden.[48] Umgekehrt kann die Teilnahme von Unternehmerverbänden an tripartistischen Arrangements des 'Interessen-Clearings' auch so verstanden werden, daß man sich seitens dieser Organisationen darüber im klaren ist, anders bestimmte, von den Gewerkschaften geforderte und vom Staat in Angriff genommene Maßnahmen nicht verhindern oder wenigstens abmildern zu können. Da die Beteiligung der Gewerkschaften an solchen Verhandlungsstrukturen aus Unternehmersicht stets deren Kosten erhöhen muß, da sie anders als durch reale Zugeständnisse dazu nicht gewonnen werden können, ist - wie erwähnt - das Lager der Unternehmerverbände die eigentliche Schwachstelle korporativistischer Arrangements, da sie sich am ehesten daraus zurückziehen können.

Es kann hier nicht abstrakt ein für alle Mal geklärt werden, wann welche Strategievariante kapitalistischen Interessenverfolgs dominiert; vielmehr steht zu erwarten, daß unter den Rahmenbedingungen eines einigermaßen kontinuierlichen ökonomischen Reproduktionsprozesses, befestigter[49] Gewerkschaften, parlamentarisch-demokratischer Verfassung und des interventionistischen Wohlfahrtsstaates alle vier Formen gleichermaßen nebeneinander bestehen und somit ein dichtes Netz von Verfahren und Instrumenten kapitalistischer Interessenanmeldung und -durchsetzung bilden werden. Dabei heißt Selektivität der Aufnahme kapitalistischer Interessen durch Unternehmerverbände offensichtlich Verallgemeinerung längs eines vorrangig branchenspezifischen Durchschnitts an Verteilungs- und Veränderungsspielräumen sowie durchschnittsorientierter Forderungen nach staatlicher Problemlösung, modifiziert um die 'essentials' der stärksten Unternehmen, bzw. auf der Ebene der unternehmerischen Dachverbände die Orientierung am gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt, modifiziert um die Interessen der stärksten Branchen. In diesem Sinne betreiben die Unternehmerverbände die generalisierende Aggregation und das Abschleifen extremer Forderungen einzelner Kapitale oder Kapitalfraktionen, mit dem Ziel, Störungen des Kapitalverwertungsprozesses bzw. Verschlechterungen seiner Rahmenbedingungen vor allem seitens der Gewerkschaften und des Staates zu verhindern, im Falle des Staates zusätzlich noch als das Bemühen, gezielte Verbesserungen der Produktionsbedingungen zu erreichen. Dabei stehen Verhaltensformen begrenzter Kooperations- und Konzessionsbereitschaft, Durchschnittsorientierung und - besonders gegenüber den Gewerkschaften - Quantifizierung im Vordergrund des unternehmerverbandlichen Handelns. Insofern leisten diese Verbände ihrerseits einen gewichtigen Beitrag zur Sicherung der Kontinuität und Stabilität des sozio-ökonomischen und politischen Prozesses und reihen sich damit in das generelle Bemühen des Kapitals ein, den tendenziellen Fall der Profitrate zu verhindern oder wenigstens zu bremsen.

Für die Arbeitgeberverbände heißt das konkret, daß sie einerseits die Pazifierung der Gewerkschaften durch ihre Konzessionspolitik zu gewährleisten haben, allerdings nicht ohne Rücksicht auf die materielle Konzessionsfähigkeit ihrer schwächeren Mitglieder, andererseits allzu krasse Schwankungen im - konjunkturell bedeutsamen - Masseneinkommen durch ihr Eingehen auf gewerkschaftliche Lohnforderungen vermeiden helfen, wenn auch nicht ganz freiwillig; schließlich, daß sie begrenzt auch staatliche sozialpolitische Reformen zulassen und an ihre eigene Basis vermitteln, die nicht selten von den Gewerkschaften gefordert werden und im Interesse der langfristigen Systemstabilisierung hingenommen werden müssen. In diesem Sinne stellen die Arbeitgeberverbände eine wichtige Schaltstelle auf Unternehmerseite dar, die für das staatliche Bemühen um die Selektion kapitalistischer Interessen längs des Maßstabes der "kapitalistischen Rationalität der 'bürgerlichen Gesellschaft' als Klasse"[50] unverzichtbar ist. Sie dienen der ersten Verallgemeinerung der kapitalistischen Interessenvielfalt ebenso wie der Vermittlung gewerkschaftlicher Forderungen und der Implementierung staatlicher Interventionen an ihre Basis; aber es sollte deutlich geworden sein, daß die Grenzen ihres Entgegenkommens im grundsätzlichen kapitalistischen Interesse an der Erhaltung des sie privilegierenden Status quo einerseits, im organisatorischen Eigeninteresse an der Erhaltung der Mitgliederbasis andererseits liegen. Es kann nur anhand historisch-empirischer Analysen geklärt werden, wann nach Auffassung der Arbeitgeberverbände ein solcher Zeitpunkt

gekommen und ihr Rückzug auf kompromißlose Positionen erforderlich ist. Hier ging es vielmehr um den Aufweis, welche Bedeutung die selektive Generalisierung auch von Kapitalinteressen durch die Verbände im Rahmen des Gesamtprozesses gesellschaftlicher und politischer Reproduktion hat.

1.5) Legitimationsleistungen und -probleme der Verbände von Lohnarbeit und Kapital - Das Herzstück des Tarifsystems

An verschiedenen Stellen sind in den vorangegangenen Abschnitten bereits Hinweise auf die legitimierenden Fuktionen von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden erfolgt. Um jedoch die ganze Bedeutung des interverbandlichen Konfliktaustrags für den gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß vor Augen zu führen, soll der legitimatorische Aspekt verbandsförmigen Handelns hier noch einmal systematisch entwickelt werden.

Rammstedt/Rönsch haben das Konzept eines "Legitimitätskontinuums"[1] entwickelt, das als Zugang zur Rolle der Interessengruppen generell, der Tarifparteien im besonderen, innerhalb des Gesamtprozesses immer erneuter legitimatorischer Verankerung des kapitalistischen Gesellschaftssystems[2] geeignet erscheint: "Legitimität ist zwar zuvörderst eine Eigenschaft staatlicher Herrschaftsordnung, verändert der Staat aber durch den vielgenannten Übergang von der Eingriffs- zur Leistungsverwaltung Aufgabengebiete, Funktionen, Zuständigkeiten und Einheitlichkeit sowie Abgrenzbarkeit von der Gesellschaft, so ist auch der dadurch entstehende Zwischenbereich zwischen einer sich verstaatlichenden Gesellschaft und einem sich vergesellschaftenden Staat zu erfassen. Legitimitätsbestimmend wird daher auch die Gesellschaftsordnung, werden auch die Parteien, die Gewerkschaften und die 'Institution' Unternehmerschaft."[3]

Ohne die unvermeidliche etatozentristische Wendung heißt dies doch: Von den Interessengruppen über die Parteien bis hin zu den staatlichen Institutionen leistet jeder interessenverarbeitende Organisationstyp einen Beitrag zur Legitimation der kapitalistischen Gesellschaftsordnung mitsamt dem ihr entsprechenden politischen System. Nach allem, was oben über die Verbände als eigentlichem Anker dieses organisatorischen Kontinuums in der gesellschaftlichen Basis, über die Bedeutung materieller Interessenrealisierung als Bindeglied zwischen Verband und Mitgliedschaft sowie über die für die Interessengruppen dominierende Form der Legitimation durch Leistung entwickelt worden ist[4], dürfte es nicht schwerfallen, das Tarifsystem als das Herzstück interverbandlichen Wirkens auch in legitimatorischer Hinsicht zu erkennen.

Das Zusammenspiel von Gewerkschaften und Arbeitgebern im Rahmen der Tarifautonomie bewirkt - wie ausführlich geschildert -

- die vorrangige Aufnahme und Befriedigung der Interessen von Warenverkäufern, die als solche prinzipiell miteinander vereinbar sind;
- die Ausklammerung systemstabilisierender Interessen; darüber hinaus aber auch die Zurückstellung derjenigen systemfunktionalen Interessen, die den Produktionsbedingungen konkreter Branchen und Sektoren widersprechen;
- die vorrangig durchschnittsorientierte und quantitative Befriedigung der aufgegriffenen Interessen, bei Verallgemeinerung der zum Zeitpunkt des Abschlusses des Tarifvertrages bestehenden ökonomischen Situation und meist auch ohne inhaltliche Flexibilität gegenüber eventuellen Veränderungen der Wirtschaftslage während seiner Laufzeit;
- die Stabilisierung der interkapitalistischen Profitratenhierarchie, insbesondere der Gegensätze zwischen hochkonzentrierten und wettbewerbsintensiven Branchen und Sektoren durch die Rücksichtnahme auf die jeweils unterschiedlichen ökonomischen Rahmenbedingungen;
- damit auch die Aufrechterhaltung der Lohnhöhenhierarchie und der Konkurrenzsituation innerhalb der Lohnabhängigen wie zwischen den Einzelgewerkschaften;

- die tendenzielle Ausklammerung des Betriebes aus der Wahrnehmung der Verbandsmitglieder, besonders der Lohnabhängigen, bzw. aus dem Dispositionsspielraum der Tarifparteien, durch deren weitgehende Selbstbeschränkung auf die Branchenebene des Arbeitsmarktes;
- schließlich die Entlastung der Parteien und des politischen Entscheidungszentrums von der Notwendigkeit des Eingriffs in den brisantesten Konflikt, den es im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordung gibt: den solchermaßen erst hergestellten Verteilungskonflikt.

Die Tarifparteien leisten Pionierarbeit innerhalb des Gesamtprozesses der Umwandlung antagonistischer Herrschaftsinteressen in ausgleichsfähige Verteilungs'issues'. Damit legitimieren sie sich selbst, die sozio-ökonomische Grundstruktur der Gesellschaft und - in Teilen - auch deren politisches System.

Sich selbst legitimieren sie zuvorderst durch materielle Leistung - die Gewerkschaften, indem sie für ihre Mitglieder Lohnsteigerungen durchsetzen; die Arbeitgeberverbände, indem sie maximale Lohnkostenzuwächse verhindern und für die Aufrechterhaltung eines in seinen Auswirkungen kalkulierbaren institutionalisierten Verhandlungssystems sorgen. Die Konsequenz dessen besteht in der stets neu bestätigten Auffassung der Lohnabhängigen, das ökonomische System des Kapitalismus habe auch ihnen 'etwas zu bieten', sei leistungsfähig und mithin akzeptabel - legitimiert also. Darüber hinaus geraten infolge des Verbändewirkens auch die Erfahrungen des Herrschaftscharakters dieses Systems quasi 'in Vergessenheit', jedenfalls in Grenzen.

Als Massenorganisation mit (binnen)demokratischem Anspruch müssen sich die Gewerkschaften in Grenzen auch durch - partizipatorische - Verfahren legitimieren; für die Arbeitgeberverbände als 'Führungsverbände' entfällt dies weithin.[5] Dabei besteht mittlerweile überwiegend Konsens in der Forschung darüber, daß die gewerkschaftlichen Organisationen - neutral gesprochen - zwei voneinander getrennte binnenorganisatorische Stränge der Willensbildung und Entscheidungsfindung ausbilden, um das Dilemma zwischen 'Effektivität und Legitimität der Tarifautonomie' (Weitbrecht), zwischen 'Mitgliederinteressen und ökonomischen Systemzwängen' (Bergmann u.a.), zwischen 'Motivationsleistung und Verpflichtungsfähigkeit' (Streeck) zu bewältigen.[6] Dieser Tatbestand ist von Sylvia und Wolfgang Streeck im Zusammenhang mit Parteienanalysen als 'Quasi-Partizipation' beschrieben worden: Danach kommt es darauf an, "durch organisatorische Vorkehrungen für die gesicherte Folgenlosigkeit von Beteiligungsprozessen (zu) sorgen. Auch auf diese Weise wird die Politik der Organisation von den Motiven ihrer Mitglieder getrennt; im Gegensatz zur Generalisierung der Mitgliedschaftsmotivation jedoch bleibt hierbei die Fähigkeit, Konflikte politisch zu integrieren, in gewissem Maß erhalten."[7] Mit anderen Worten: Besonders die Gewerkschaften müssen Verfahren entwickeln, mit denen sie die Resultate ihrer selektiven Interessendurchsetzung legitimieren lassen können; es versteht sich von selbst, daß damit der allzu krassen Selektivität (allzu 'maßvollem Verhalten') enge Grenzen gesetzt sind. Sie dürfen schon deshalb nicht jede Erfahrung sozialer Abhängigkeit im Bewußtsein ihrer Basis völlig eliminieren, weil sie den mobilisierenden Rückgriff darauf im Streikfall noch immer benötigen; zudem schlösse eine derartige massive Verdrängung stets die Gefahr unkontrollierter und unkontrollierbarer Basisausbrüche ein.

Auch die Arbeitgeberverbände müssen selbstverständlich ihre Basis einigermaßen unter Kontrolle haben und auf die getroffenen Vereinbarungen verpflichten können, weshalb Analysen beider Tarifparteien - wie oben zitiert - häufig organisationsstrukturelle Angleichungstendenzen feststellen, die in dem beschriebenen Dilemma der Tarif'partner' ihre Ursache finden, Interessen gleichzeitig selektieren und generalisieren zu müssen, ohne einen Basisausbruch riskieren zu dürfen. Doch spielen demokratische Verfahren bei den Unternehmerverbänden wie gesagt eine geringere Rolle als bei den Gewerkschaften.[8]

Schließlich legitimieren die Tarifparteien auch die im engeren Sinne politischen Institutionen (Parteien, Staat) als leistungsfähig, indem sie diese schlicht von der Notwendigkeit der Regelung des Verteilungskonfliktes befreien. Es wird im Kapitel über die Parteien viel von 'Legitimation durch Nicht-Handeln' die Rede sein, was gerade für die Parteien so wichtig ist, weil sie viel weniger fest mit der gesellschaftlichen Basis verbunden und demzufolge eben weit weniger als die Verbände in der Lage sind, diesen Konflikt zu bändigen. An dieser Stelle soll daher nur der Hinweis auf diese Entlastungsfunktion der Tarifparteien erfolgen; welche enormen Dimensionen und Auswirkungen diese hat, kann erst an anderer Stelle in vollem Umfang deutlich gemacht werden.

Auch die letzte Legitimationsfunktion der Gewerkschaften und Unternehmerverbände kann hier nur abstrakt formuliert werden: In ihrem Konfliktaustrag untereinander sowie in ihren expliziten Forderungen an Parteien und Staat signalisieren sie diesen, wo gesellschaftlicher Problem- und Interessendruck in einem Ausmaß besteht, das allgemeiner politischer Regulierung bedarf. Wann das konkret der Fall ist, und unter welchen Umständen jeweils der Weg des interverbandlichen Konfliktaustrags oder der des direkten Staatsbezuges gewählt wird [9], dies zu klären ist die Aufgabe der empirischen Analyse wirtschaftspolitischer Stellungnahmen der Tarifparteien. Hier soll dagegen die Beschäftigung mit den Verbänden zunächst abgeschlossen werden und stattdessen der Frage nachgegangen werden, was im Vergleich und im Gegensatz zu ihnen selektive Interessentransmission und Legitimation durch die Parteien heißt.

2.) Zur Theorie der Parteien

2.1) Entwicklung und Stand bisheriger parteitheoretischer Überlegungen

Während oben im Zusammenhang mit der Theorie der Interessengruppen ihre Geschichte einigermaßen verkürzt unter dem Blickwinkel der durchgängigen Reduktion ihres Gegenstandes auf den einen Handlungs'partner' Staat zusammengefaßt wurde, soll hier etwas ausführlicher auf die historische Entwicklung parteitheoretischen Denkens eingegangen werden. Denn im Gegensatz zu der fast vollständigen theoretischen Vernachlässigung der Frage, was die Verbände 'aus eigenem Recht' sind - die in der vorliegenden Arbeit als zentral betrachtet wird -, tauchen im Verlauf der Entfaltung verschiedener parteitheoretischer Ansätze[1] viele Fragen schon auf, mit denen sich dieses Kapitel im einzelnen befassen wird. Woran es allerdings häufig fehlte, war die Herstellung eines systematischen Zusammenhanges zwischen den unterschiedlichen parteitheoretischen Fragestellungen bzw. Aspekten, d.h., die gesellschaftstheoretisch fundierte Analyse der Rolle der Parteien innerhalb des Reproduktionszusammenhanges der kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaft schlechthin.

Die bisherige Geschichte der Parteitheorie läßt sich in drei Phasen einteilen, deren erste den Versuch umschließt, das neue, eben erst entstehende Gebilde der Partei in seinen grundsätzlichen, internen und externen Dimensionen zu erfassen. Sie wurde abgelöst von einem zweiten Stadium, in dem - angesichts funktionierender[2] Parteiensysteme - sich die Forschung auf die Untersuchung der Bedingungen für den Erhalt (partei-)politischer Stabilität beschränkte. Seit dem erneuten Aufbrechen sozio-ökonomischer und in der Folge auch parteipolitischer Konflikte zu Beginn der sechziger Jahre wandte sich die theoretische Fragestellung dann dem "Parteiensystem in der Legitimationskrise"[3] zu. In dieser Phase befindet sich die parteitheoretische Diskussion noch immer; vom Überleben einzelner Positionen aus dem zweiten Stadium abgesehen, ist sie derzeit damit befasst, die strukturellen Ursachen der Leistungs- und Legitimationsdefizite des Parteiensystems zu klären. Es wird sich zeigen, daß aus diesem Problem die Frage nach der Rolle der Parteien im gesamtgesellschaftlichen Reproduktionsprozeß überhaupt konsequent resultierte. Zuvor soll jedoch die historische Entwicklung der Parteitheorie kurz nachgezeichnet werden, um im Anschluß daran die zentralen Fragen formulieren zu können, mit denen sich dieser Teil der Arbeit auseinandersetzen wird.

2.1.1) Von den frühen Ansätzen der Parteitheorie bis zum 'Parteiensystem in der Legitimationskrise'

Wie schon im Falle der Interessengruppen-Theorie, so entwickelte sich auch die parteitheoretische Diskussion aus einem angelsächsischen und einem deutschen Strang, wobei erneut auf der einen Seite pluralistische und später systemtheoretisch-funktionalistische Ansätze dominierten, während auf der anderen staatstheoretische Positionen lange fortlebten und die Diskussion weitgehend beherrschten.[4]

Die amerikanische Auseinandersetzung um die Rolle von Parteien im politischen Willensbildungsprozeß nahm ihren Ausgang von der demokratietheoretischen Fragestellung, ob derartige Organisationen die "Umsetzung des Volkswillens in Regierungshandeln" überhaupt leisten konnten oder nicht.[5] In diesem Zusammenhang entstanden die sehr kritischen Schriften Ostrogorskis, der sich - zugespitzt formuliert - mit dem Problem der Demokratieverhinderung durch die Parteien befaßte und dabei insbesondere dem Problem innerparteilicher Oligarchisierungsprozesse nachging.[6]

Aber nicht alle amerikanischen Autoren hatten ein derart skeptisches Verhältnis zu ihrem Untersuchungsgegenstand. Auf die Dauer überwogen letztlich doch jene, "die die Parteien trotz ihrer verschiedenen Defekte für notwendige Organisationen des

demokratischen Systems" hielten und ihnen im wesentlichen Artikulations-, Integrations- und Kontrollfunktionen in bzw. gegenüber der Exekutive zuwiesen.[7] Ähnlich wie bei der Verbandstheorie gewannen die pluralismusorientierten Ansätze Bentleys und Trumans immer mehr an Gewicht[8]; gegen ihre Defizite setzte sich auch hier später die funktionale Systemtheorie zu Wehr.[9]

Bemerkenswert bleibt schon für den Beginn der parteitheoretischen Diskussion, daß sie - zumindest im historisch weniger von autoritär-obrigkeitsstaatlichen Traditionen vorbelasteten amerikanischen Raum - von Anfang an im Grunde auf die Transmissionsfunktion der Parteien abzielte und deren demokratietheoretische (und -praktische!) Probleme erkannte und ansprach. Das "Krisenbewußtsein" Ostrogorskis[10] bezüglich innerparteilicher Demokratiechancen sollte allerdings im Verlauf der parteitheoretischen Entwicklung ebenso verloren gehen wie die grundsätzliche Frage, ob Parteien überhaupt die geeigneten Medien zur Realisierung der Demokratie in ihrem eigentlichen Sinne als Volkes Herrschaft sein konnten.

Wie nicht anders zu erwarten, bildete in der deutschen wissenschaftlichen Beschäftigung mit den entstehenden Parteien wieder der Staat den entscheidenden Bezugspunkt für die Beurteilung des Untersuchungsgegenstandes.[11] "So erscheint den liberalen Parteitheoretikern (des frühen und hohen 19. Jahrhunderts, C.S.) die Selbstaufhebung der Parteien und ihr Einmünden in den Staat, der als mit den gesellschaftlichen Gesamtinteressen homogen gedacht wird, als der optimale politische Zustand."[12]
Die bürgerliche Klasse, noch vor ihrer entscheidenden Auseinandersetzung mit den konservativen Kräften und noch nicht von einer umfassend organisierten Arbeiterbewegung bedroht, konnte die für sie zunächst typische Kampforganisation der Partei[13] noch fraglos im Allgemeininteresse und dessen staatlicher Zusammenfassung aufgehen lassen. Dies wandelte sich nach 1848: Jetzt wurde der Gegensatz von parteiförmig vertretenen 'Sonderinteressen' der anderen um die politische Macht konkurrierenden sozialen Gruppen (vor allem konservativer und klerikaler Kreise) und der (angestrebten) Realisierung des Gemeinwohls der 'bürgerlichen Gesellschaft' als praktisch-politisches Problem erkannt und auch theoretisch erfaßt.[14] Diese Trennung von Sonderinteressen, die in Parteiaktivitäten ihren Ausdruck finden, und staatlich herzustellendem und zu bewahrendem Allgemeininteresse, das von der Bourgeoisie fraglos mit ihrem Klasseninteresse in eins gesetzt wurde, bereitete dann aber den Weg für eine konservative Interpretation wie etwa die Stahls, der diese Unterscheidung zwar übernahm, jedoch die Ideologiehaftigkeit des bürgerlichen Gemeinwohl-Anspruchs entlarvte, um dann an seine Stelle die gottgewollte Obrigkeit zu setzen, welche in der Staatsgewalt verkörpert werde. Folglich könnten nur jene Parteien legitim sein, die die Monarchie gegen den Ansturm der bürgerlichen Revolution verteidigten.[15]

Damit war theoretisch die Unterordnung der Parteien unter das Prinzip des autoritär-obrigkeitlichen Staates geleistet, die sich realhistorisch als Folge der gescheiterten Revolution von 1848 bis zum Ende des 19. Jahrhunderts vollzog. Von nun an wurden die Parteien - ähnlich wie auch die Verbände - dem als privat gedachten Sektor der Gesellschaft zugewiesen, der übermächtig und dem 'großen Ganzen' verpflichtet der Staat gegenüberstand. Zwar folgte die theoretische Weiterentwicklung dem historischen Prozeß der Übernahme von Transmissionsfunktionen durch die Parteien insofern, als die Auffassung von der Privatheit parteiförmiger Interessenvertretung allmählich aufgegeben wurde. Aber ganz gleich, ob sie einem "'noch-nicht-staatlich(en)'" oder einem "'als-ob-staatlich(en)'" Bereich zugeordnet wurden oder ob ihnen eine "Doppelrolle" "sowohl im staatlichen wie im gesellschaftlichen Bereich" zugeschrieben wurde oder schließlich, ob sie "vornehmlich im staatlichen (Herrschafts-)Bereich angesiedelt" wurden: Immer bildete die Trennung von Staat und Gesellschaft, gedacht als die Unterscheidung von Allgemeinem und Besonderem (und mit hinreichender Emphase auf ersterem!) den Bezugsrahmen für die Betrachung der Parteien.[16]

Also auch hier wieder stand (und steht teilweise noch immer) die Frage im Vordergrund, welche Gefahren die Existenz parteiförmiger Organisationen für Autonomie und Souveränität staatlichen Handelns heraufbeschwören konnte.[17] Demgegenüber besaß der auf angelsächsischen Traditionen aufbauende parteitheoretische Strang sehr wohl bereits Zugang zu transmissions- und demokratietheoretischen Fragestellungen, allerdings seinerseits belastet mit der Hypothek gesellschaftstheoretischer Defizite sowohl der Pluralismus-, als auch der funktionalistischen Systemtheorie.[18] Beide Linien parteitheoretischen Denkens verließen jedoch nur zu bald die grundsätzliche Ebene der Frage nach Charakter und Aufgaben der Partei als solcher, als sich nämlich realhistorisch zeigte, daß - was immer die Parteien nun genau sein mochten -, sie jedenfalls ganz ausgezeichnet funktionieren, sofern man diesen Begriff überhaupt verwenden durfte, so lange noch gar nicht geklärt war, welche Funktionen ihnen überhaupt zuzuordnen waren.

Denn solange Parteien sich eben erst entwickelnde Organisationen waren, die im bis dato gewohnten politischen Alltag eher Fremdkörper als in ihm verwurzelte Selbstverständlichkeiten darstellten, konnte sich auch die Problematik ihrer Entstehung und Existenzweise Kritikern wie Ostrogorski und Michels relativ leicht erschließen. Diese Zugänglichkeit des Gegenstandes verlor sich aber, je mehr die Parteien ihren Platz in dem institutionalisierten Geflecht politischer Praxis in der bürgerlichen Gesellschaft einnahmen. Sie bewältigten - zunächst scheinbar problemlos - immer vielfältigere Aufgaben der Interessenartikulation und -integration sowie der Steuerung gesellschaftlicher Prozesse als Träger der jeweiligen Regierung; ihre Anerkennung durch den Wähler stand so außer Frage, daß sich die Parteienforschung immer stärker auf einzelne Bedingungen und Aspekte dieser vermeintlich stabilen Systemreproduktionsweise konzentrierte.[19]

Verschiedene Formen der Übersetzung sozialer Strukturen in Parteiensysteme, Wählerverhalten, innerparteilicher Aufbau, Typisierung, internationale Vergleiche zwischen Parteiensystemen - dies waren die wesentlichen Themen und Verfahren, mit denen sich die Parteienforschung in den knapp zwei Jahrzehnten relativer ökonomischer und politischer Stabilität in den USA und Westeuropa nach 1945 befasste. Es wurde realisiert, daß die Parteien zu unverzichtbaren Mittlern zwischen ihrer massenhaft ausgedehnten Basis und der jeweiligen Exekutive geworden waren; sofern hieraus erwachsene Gefahren undemokratischer Entwicklungen konstatiert wurden, akzeptierte sie ein Großteil der Forschung, halb resignativ, halb affirmativ, als unvermeidliche Resultate der wachsenden Aufgabenfülle, die von den Parteien inzwischen zu bewältigen sei.[20]

Nicht nur ging der z.T. radikaldemokratische Impetus der frühen kritischen Parteitheoretiker verloren; an seine Stelle trat nur allzu häufig die sogenannte 'elitist theory of democracy', die in parteiförmiger Stellvertreterpolitik, in einander wechselseitig kontrollierenden und mitunter auch ablösenden Oligarchien und in einer massenhaften 'funktionalen' politischen Apathie die beste Garantie stabiler politischer Verhältnisse erblickte.[21] Auch kritische oder spöttische Stimmen wie die S. Neumanns oder Kirchheimers vermochten der Forschung keine grundsätzliche Wendung aufzuzwingen.[22]
Stabilität und Effizienz des politischen Prozesses, getragen von den Parteien, waren die zentralen analytischen Kategorien[23], die zugleich die Erwartungen reflektierten, die an die reale Politik der Parteien gerichtet wurden. Organisation, Ideologie, Elitenbildung und innerparteiliche Partizipationsmuster, Wettbewerb innerhalb des Parteiensystems[24] - derartige Topoi wurden (und werden oft genug noch immer) vorrangig abgehandelt, und in der Regel geschah dies vor dem Hintergrund eines wissenschaftlichen Basiskonsenses, der sich mit den Schlagworten Einigkeit über Grundwerte, Pluralismus, Abbau von Links- und Rechtskategorien, Entideologisierung und Volkspartei als non plus ultra umreißen läßt.[25]

Insofern sich die Wissenschaft von der Gesellschaft und der Politik nie gänzlich

von den objektiven Bedingungen lösen kann, die das historisch erreichte Entwicklungsniveau ihres Gegenstandes bestimmen, ist es nicht weiter verwunderlich, daß das Bild der Partei als "Schlichtungs- und Ausgleichsinstanz zwischen den einzelnen gesellschaftlichen Formationen als funktionalen Machtgruppen"[26] zu einer Zeit vorherrschte, als stetes Wirtschaftswachstum frühere Verteilungs- und Legitimationskonflikte wesentlich entschärft, scheinbar sogar endgültig beseitigt hatte. Ebensowenig aber erstaunt der rapide Themenwechsel der Parteienforschung nach dem Ende der westlichen Nachkriegsprosperität. Waren die zentralen offenen Fragen aus der Frühphase zugunsten der (wesentlich affirmativen) Analyse einzelner Transmissions-, Selektions- und Legitimationsstrukturen bzw. -mechanismen vernachlässigt worden, so erwuchs jetzt, aus der Betrachtung des 'Parteiensystems in der Legitimationskrise', erneut und drängender der Versuch, die strukturelle Verankerung und Begrenzung der Parteien, ihre Genese, Funktion und Problematik schlechthin theoretisch zu erfassen.

Gesamtgesellschaftlich betrachtet, waren es vor allem zwei Prozesse, die dazu führten, daß der "seit Ende des Zweiten Weltkrieg prinzipiell kaum herausgeforderte Stabilitätsdemokratismus" und die ihm entsprechende Variante der Parteitheorie in eine "Existenzkrise" gerieten.[27]
Zum einen wuchs das Spektrum von sozio-ökonomischen Steuerungsaufgaben, die der von den Parteien nun monopolartig besetzte Staat zu bewältigen hatte; parallel dazu vermehrten sich angesichts wachsender Krisenanfälligkeit des ökonomischen Prozesses die Legitimationsprobleme für Staat und Parteien. Zum anderen erzwangen die im Zusammenhang mit dem Vietnamkrieg weltweit aufgeflammten Protestbewegungen Mitte bis Ende der sechziger Jahre den Abschied von der Illusion einer ein für alle Mal befriedeten Gesellschaft. Beides zusammen führte zum Verlust des Glaubens an die Parteien als omnipotente Konsensbildner; die Schwierigkeiten und Grenzen ihres Handelns traten deutlicher als seit Jahrzehnten wieder in das Blickfeld von Öffentlichkeit und Wissenschaft.[28]

Nun wurde die bislang erfolgreich ausgeklammerte Frage nach den Umwelteinflüssen auf ein gegebenes Parteiensystem gestellt, das Problem der Inhalte parteipolitischer Interessendurchsetzung aufgeworfen und "zunehmend deutlicher auch die Frage (behandelt, C.S.), welche Relevanz hier den gesellschaftlich-ökonomischen und politischen Rahmenbedingungen zuzumessen sei."[29] Infolge der Neuanknüpfung an die kapitalismustheoretischen Überlegungen von Marx weitete sich die parteitheoretische Diskussion streckenweise zur Analyse der Staatstätigkeit im Kapitalismus schlechthin sowie ihrer strukturellen Begrenztheit aus; hierin steckte allerdings auch die Gefahr ihres Versandens in immer neuen und immer noch subtileren und differenzierteren 'Staatsableitungen aus dem 'Kapitalverhältnis', die die Realfunktionen von Parteien als einer spezifischen Organisationsform bürgerlicher Politik immer wieder in den Hintergrund drängen konnte. So muß trotz des theoretischen Neubeginns in einigen Forschungsbereichen festgestellt werden, daß eine systematische Theorie d e r Partei, ihrer Aufgaben im politischen Prozeß der Reproduktion der bürgerlichen Gesellschaft noch lange nach der fälligen Destruktion liebgewordener Illusionen auf sich warten ließ.[30] Dieser Sachverhalt ist allerdings nicht allein den theoretischen Verästelungen bestimmter marxistisch orientierter Ansätze anzulasten, sondern vielmehr mindestens in gleichem Umfang verursacht von der selbstgenügsamen Beschränkung eines nicht unerheblichen Teils der Forschung auf tradierte Themen wie die oben geschilderten.[31] Wenngleich zwar einige Versuche unternommen wurden, Parteifunktionen zu benennen oder systematisch zu entwickeln[32], so bestand doch lange Zeit gerade in diesem Themenbereich die gravierendste Lücke der parteitheoretischen Diskussion.

Sicherlich ist die Einschätzung Petersens allzu einseitig, nach der die theoretische Umorientierung in den späten sechziger Jahren vor allem der Versuch "bürgerlich-flexible(r) und rechtssozialdemokratische(r) Ideologen" gewesen sei, "den sog. staatstragenden Parteien eine wirksame Hilfe bei ihrer Einstellung auf die einge-

tretenen Veränderungen zu geben."[33] Immerhin war die scheinbare Unabwendbarkeit von politischen Verkrustungen, Hirarchiesierungen, Oligarchiebildungen und massenhafter politischer Apathie grundsätzlich und durchaus wirkungsvoll in Frage gestellt worden. Einschätzungen wie die folgende (die allerdings für das US-Parteiensystem geäußert wurde): "Die Vielfalt der Interessen in der Partei wirkt also mäßigend auf die Ambitionen der Parteiführung"[34], würden gewiß heute nicht mehr ohne Widerspruch hingenommen werden, da gerade das Thema innerparteiliche Demokratie in den letzten Jahren häufig Gegenstand kritischer Untersuchungen war.[35] Diese gehen in ihrer Mehrzahl nach wie vor davon aus, daß die Partei als solche - vor allem unter dem Druck ihrer Basis - dazu gebracht werden könne, innerorganisatorische Mißstände und Demokratiedefizite abzubauen. Diese Vorstellung war nicht nur die Grundlage neuer politisch-strategischer Konzeptionen wie etwa der Doppelstrategie der Jungsozialisten in der SPD, auf die Petersen wohl implizit zielt, sie spiegelte sich ebenso in wissenschaftlichen Arbeiten zur Rolle und Funktion innerparteilicher Opposition wider: "Denn die Partei kann, bei gründlicher Basisarbeit und bei Fraktionsabsprachen vor Parteitagen, durchaus ein Instrument politischer Willensbildungsprozesse 'von unten nach oben' werden, so daß es den Vorständen nicht mehr möglich ist, ihren Willen 'von oben nach unten' und gegen die objektiven Interessen der Mehrheit ihrer Mitglieder und Wähler durchzusetzen."[36]
Damit standen nun sowohl die nähere Klärung der Transmissionsfunktion der Parteien, als auch deren selektiver Ausfüllung auf der Tagesordnung der Parteienforschung. Die Frage nach den externen sozio-ökonomischen wie sozio-politischen Rahmenbedingungen war gestellt, unter denen die Parteien zu agieren hatten; die Problematik ihrer binnenorganisatorischen Struktur wie auch der offenkundigen Defizite ihres internen, dem Anspruch nach demokratischen Willensbildungsprozess war aufgeworfen worden. Es bedurfte daher eines theoretischen Entwurfs, der all diese Funktionen und Rahmenbedingungen in einen stringenten Zusammenhang brachte, - aus dem vorangegangenen Kapitel ist bekannt, daß dieser Entwurf hier in der Arbeit Grevens gesehen wird.[37]

2.1.2) Zur Funktionsbestimmung der Parteien im politischen Reproduktionsprozeß der bürgerlichen Gesellschaft

Die kürzlich erschienene Arbeit von Wiesendahl unternimmt den - wohl als gelungen zu betrachtenden - Versuch, die ganze Breite des Spektrums vorliegender parteitheoretischer Ansätze unter drei Paradigmen zusammenzufassen und die für jedes Paradigma typischen Funktionszuschreibungen zu skizzieren.
Er unterscheidet zwischen

- dem Integrationsparadigma, das die Partei als Instrument zur Sicherung der Konsens-, Funktions- und Überlebensfähigkeit des politischen Systems betrachtet. Je nachdem, ob auf der Theorie der stabilen Demokratie oder der Systemtheorie aufgebaut wird, schreiben die Autoren den Parteien die Aufgabe zu, stabilitätsgefährdende Konfliktpotentiale aus der politischen Diskussion auszuschließen bzw. durch die Bereitstellung geregelter, formeller Verfahren der Entscheidungsfindung und das Angebot eines 'rationalen Nutzen-Opportunismus' anstelle von 'Gesinnungsethik' für die Legitimation des politischen Systems zu sorgen.[38]
  Innerhalb dieses Paradigmas werden als Funktionen der Parteien genannt: die Mobilisierungs- und Pufferfunktion gegenüber der gesellschaftlichen Basis; die Funktion der Rekrutierung politischen Personals; die 'Pförtnerfunktion' zur Verhinderung der quantitativen oder konfliktorischen Überlastung des politischen Systems; die Aggregationsfunktion im Sinne der Reduktion von Komplexität durch Interessenbündelung, was die Entscheidungsfindung des politischen Systems erhalten bzw. erleichtern soll; sowie schließlich die Funktion der Integration und des Interessenausgleichs und der partiellen Innovation, alle drei zur Sicherung des gesellschaftlichen Gesamtsystems.[39]
- dem Konkurrenzparadigma, das das Modell des 'politischen Gütermarktes' entwirft, auf dem die allein auf den Erwerb der politischen Macht ausgerichteten Parteien um Stimmenanteile konkurrieren. Dieses Paradigma umfaßt die Theorie der demokra-

tischen Elitenherrschaft sowie die ökonomische Theorie der Demokratie.[40] Folgende Parteifunktionen werden innerhalb dieser Ansätze definiert: Stimmenerwerbsfunktion; Maklerfunktion gegenüber den gesellschaftlichen Interessen(-gruppen); sowie als Ausfluß des freien Wettbewerbs um die Wählerstimmen die Interessenregulierungsfunktion.[41]

- sowie dem Transmissionsparadigma. Dieses orientiere sich - so Wiesendahl - primär am gesellschaftlichen, nicht so sehr am politischen Umfeld der Parteien, deren Aufgabe in der unverfälschten Übermittlung des Willens der gesellschaftlichen Basis in die politische Willensbildung hinein bestehe.[42] Dabei stünden diese Funktionszuschreibungen im Vordergrund: die Organisationsfunktion gegenüber dem für sich genommen artikulationsunfähigen Massenwillen; die in die gleiche Richtung zielende Sozialisationsfunktion; die parteiinterne Willensbildungsfunktion; sowie schließlich die politische Interessenrealisierungsfunktion.[43]

Wiesendahl kritisiert dieses letzte Paradigma besonders ausführlich, dem er wegen seiner identitätsdemokratischen und kapitalismuskritischen Voraussetzungen mangelnde Realitätsverpflichtetheit vorwirft: "Denn gerade weil die eben dargestellten Parteifunktionen so fugenlos in die normativen Modellforderungen des transmissionsparadigmatischen Parteikonzepts passen, zeichnen sie sich zwar einerseits durch ihren hohen normativen Standard hinsichtlich vorangestellter identitätsdemokratischer Leitvorstellungen aus, doch andererseits ist hierin auch die Ursache dafür enthalten, daß sie mit ihrem Forderungscharakter weit über die tatsächliche und konkrete Funktionspraxis von demokratischen Parteien hinausschießen."[44]

Die neueren theoretischen Entwicklungen innerhalb dieses Paradigmas, das unschwer auch als das dieser Untersuchung zugrundeliegende zu erkennen ist, beschreibt er quasi als Verlegenheitsreaktion auf die Irrtümer oder Einseitigkeiten seiner 'Klassiker' von Marx bis Abendroth[45]: Einerseits seien Theorien vom historischen Funktionswandel der Parteien aufgestellt worden, "der mit dem Aufstieg eines neuen Parteientyps, der sogenannten Volkspartei, und der gleichzeitigen Abkehr der relevanten Parteien vom demokratischen Massenmitglieder-Parteienmodell einher" gegangen sei.[46] In diesen Entwicklungsstrang reiht er u.a. die Arbeiten von Basso, Narr und Schiller ein[47], während ihm die in der vorliegenden Arbeit hinlänglich eingeführte Studie Grevens als typischer Fall der zweiten Entwicklungslinie transmissionsparadigmatischen Denkens gilt. Diese betrachte die Parteien nun grundsätzlich als "kapitalistische Systemerhaltungswerkzeuge", wodurch sie in die Nähe des Integrationsparadigmas gerate, aber ohne dessen affirmative Wendung: "Vor allen Dingen wandelt sich die abstrakte und ahistorische Kategorie des politischen Systems zur historisch und politisch-ökonomisch faßbaren Kategorie des spätkapitalistischen Staates, dessen Aufgabe es ist, nach den Imperativen des ökonomischen Systems optimale gesellschaftliche und politische Kapitalverwertungsbedingungen sicherzustellen und den kapitalistischen Profitmechanismus vor seinen ihm immanenten destruktiven Folgen zu beschützen."[48]

Abgesehen von dem Vorwurf Wiesendahls, diese parteitheoretischen Ansätze vergewaltigten die empirische Wirklichkeit, ist dieser Beschreibung nicht zu widersprechen.[49] Sie wurde in solcher Breite hier eingeführt, ebenso übrigens, wie die historische Entwicklung parteitheoretischen Denkens überhaupt, um deutlich zu machen, wie umfassend, komplex und vielseitig die Parteienforschung längst geworden ist und in welchen Traditionen und Zusammenhängen der hier gewählte Ansatz steht. Es sollte deutlich geworden sein, daß dieser Teil der vorliegenden Arbeit eingebettet ist in einen bereits vorhandenen, sehr hohen Entwicklungsstand der Parteitheorie, und daß hier demzufolge in geringerem Ausmaß mit neuen Thesen zu rechnen ist, verglichen mit dem vorangegangenen Abschnitt über die Interessengruppen, für die der Transmissionsansatz (der für die Parteien bereits stark ausdifferenziert entwickelt worden ist) fruchtbar gemacht werden sollte.

Im vorangegangenen Kapitel ist die Parteitheorie Grevens bereits ausführlich vorgestellt worden; daher kann hier auf die erneute Einführung und Erklärung seiner zentralen Kategorien der Transmission, Selektion und Legitimation verzichtet werden.[50] Vielmehr soll nun im einzelnen entwickelt werden, worin die spezifische Selektivität parteiförmiger Interessenverarbeitung besteht, vor allem im Unterschied zu den ausführlich erörterten Verbänden. Und in diesem letzten Punkt, den Unterschieden und Gemeinsamkeiten zwischen Interessengruppen und Parteien, wird dann doch wieder ein Forschungsdefizit festzustellen sein, das erst in jüngster Zeit von der Parteienforschung überhaupt bemerkt und in ersten Ansätzen in Angriff genommen worden ist.[51]

2.2) Gesellschaftlicher Grundkonflikt und Parteitypen - Überlegungen zur Selektivität parteiförmiger Interessenaufnahme

2.2.1) Die Rolle der Parteien im Kontinuum interessenverarbeitender Organisationen

'Politik', so war oben formuliert worden, besteht in der bürgerlichen Gesellschaft vorrangig in der 'Politisierung' gesellschaftlicher Herrschafts- und Abhängigkeitsinteressen und der Konflikte zwischen ihnen im Sinne ihrer Umwandlung in ausgleichsfähige 'issues', d.h. im wesentlichen: Verteilungsinteressen.[1] Damit steht im Mittelpunkt des politischen Prozesses ein Problem, das als solches weder erkannt noch ausgesprochen werden darf: Wie läßt sich wirkungsvoll und empirisch legitimiert vom kapitalistischen Antagonismus zwischen Lohnarbeit und Kapital abstrahieren und der gesellschaftlichen Basis dennoch der Eindruck vermitteln, ihre zentralen Bedürfnisse würden ernstgenommen und aufgegriffen?

Nach Greven ist die ideologische Trennung der real arbeitsteilig miteinander verbundenen Sektoren des Öffentlichen (Politischen) und des Privaten (Ökonomischen), besonders aber die Übernahme des Glaubens an diese Trennung bzw. an ihre reale Existenz durch die maßgeblichen Organisationen der Arbeiterbewegung "die eigentliche Selektionsleistung des politischen Systems der kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaft" gewesen.[2] Sobald die Partei der Arbeiterklasse sich darauf eingelassen habe, diese Trennung nachzuvollziehen und ihren Tätigkeitsbereich nurmehr 'politisch', d.h., außerhalb des eigentlichen ökonomischen Produktionsprozesses stehend, zu definieren, verliere sie ihren wirklichen Gegner, das Kapital, zwangsläufig 'aus den Augen', da die politischen Sachverhalte, mit denen sie sich nun legitimerweise nur noch befassen darf, erklärtermaßen privatwirtschaftliche Prozesse, Mechanismen, Entscheidungen und Verträge eben nicht einschließen.

Parteien stellen damit das 'Mittelstück' des Kontinuums interessenverarbeitender Organisationen dar, das soziale Interessen unter der erklärten Stoßrichtung aufgreift, auswählt und zusammenfasst, sie in den politisch-staatlichen Willensbildungsprozeß einbringen und innerhalb dessen - wenn möglich - realisieren zu wollen. Entsprechend der gesamtgesellschaftlichen Verankerung und Legitimation des bürgerlich-kapitalistischen Staates, der in der Regel als parlamentarischer konstituiert sein wird, aggregieren, selektieren und übermitteln die Parteien eher breite als enge, eher generalisierte als partikularisierte und eher abstrakte als konkret erfahrbare soziale Interessen an die Organe der staatlichen Willensbildung und Entscheidungsfindung. Parteien sind damit eindeutig 'etatozentristische' Organisationen; das Schwergewicht ihres Handelns liegt in der Tat auf der selektiven Transmission gesellschaftlicher Interessen in die staatliche Willensbildung hinein sowie in der Implementierung staatlicher Entscheidungen in ihrer jeweiligen gesellschaftlichen Basis.

Dabei besteht ihre Verbindung zur Basis einerseits in dem Angebot an einen engeren Kreis sozialer Interessenträger, als Mitglieder am innerparteilichen Prozeß der Interessenverarbeitung teilzunehmen, der die Voraussetzung für das Einbringen des umgearbeiteten und spezifisch priorisierten Interessenmaterials in die staatliche

Entscheidungsfindung bildet. Andererseits schlägt das mehr oder minder glaubwürdige Versprechen der Partei als ganzer an ihre potentiellen Wähler, deren soziale Interessen im 'politischen Raum' zu vertreten und auf ihre Realisierung zu drängen, eine Brücke zu den Gesellschaftsmitgliedern. In umgekehrter Richtung vermitteln die Parteien einmal getroffene staatliche Entscheidungen entweder als in ihrem Interesse erfolgt an ihre so bestimmte Basis oder als unvermeidbaren Kompromiß, als 'kleineres Übel', aber auch als kategorisch abzulehnende Maßnahme, gegen die zu opponieren, zu protestieren oder Widerstand zu leisten sei. Es wird noch ausführlich gezeigt werden, daß ihr Machtpotential allerdings relativ begrenzt ist, verglichen mit den Verbänden, aufgrund ihrer weniger engen Rückkoppelung an die gesellschaftliche Basis.

Aufgrund ihrer mittleren Position auf der Stufenleiter Interessen verarbeitender und sie dabei selektiv generalisierender Organisationen reagieren die Parteien auf gesellschaftlichen Problem- und Interessendruck autonom erst dann, wenn er eine gewisse Breite, Allgemeinheit und Intensität erreicht hat. (Es sei denn, er würde an sie von Seiten der Verbände herangetragen, die sich dann allerdings auf parteiförmige Generalisierungs- und Legitimationsstrukturen einlassen müssen, was zur beschriebenen Abschleifung extrem partikularer Verbändeforderungen führt.) Sie bewältigen diesen Problem- und Interessendruck primär nicht durch die direkte autonome gesellschaftliche Aktion - Parteien verdienen, wie gesagt, mit vollem Recht die Anwendung etatozentristischer Ansätze -, sondern ihr Ziel besteht in der Erringung von genügend Einfluß auf den Staatsapparat (der Modellfall dafür ist selbstverständlich die Übernahme der Regierungsgewalt), um über seine Instrumente der Gesetzgebung, Verwaltung (und Repression!) die von ihnen erfaßten Interessen zu realisieren.
Der Breite der erfaßten Interessen entspricht dabei die Tatsache, daß die Parteien - jedenfalls tendenziell - ganze Weltbilder aufbauen und vermitteln, da sie zumeist Interessen aus vielen Problembereichen gesellschaftlichen Zusammenlebens in sich zusammenführen und integrieren. Sie können sich schon deshalb schwerlich zum Sprachrohr ganz bestimmter, eng umgrenzter Interessenpakete machen, weil sie 'eingeklemmt' sind zwischen den auf diesem Feld viel erfolgreicheren, weil direkter mit ihrer Basis verbundenen und zur autonomen gesellschaftlichen Aktion befähigten Interessengruppen und dem gesamtgesellschaftliche Legitimationsmuster verlangenden und benötigenden Staat. Umgekehrt können die Parteien allerdings auch versuchen, daraus ihre spezifische Stärke zu machen: Sie können sich nämlich darum bemühen, ganzheitliche und sinnstiftende Deutungen der äußeren Welt anzubieten und zu vermitteln, und ihre Basis darüber an sich zu binden, daß sie umfassende Interpretationen und Deutungen für das gesellschaftliche und politische Leben bereitstellen, also Orientierungshilfen in der (wachsenden) Komplexität sozialer Existenz liefern. Kurz: Parteien vermögen weit mehr als die Verbände, ideologische Interessenbefriedigung zu betreiben; sie müssen es aber auch können, weil ihnen vielfach der Zugang zur Interessenrealisierung durch materielle Leistungen fehlt.

Selektivität parteiförmiger Interessentransmission, soviel sollte bis jetzt deutlich geworden sein, heißt global Generalisierung und Integration sozialer Interesseninhalte sowie vor allem Ausgrenzung des zentralen gesellschaftlichen Grundwiderspruchs[3)] aus dem unmittelbaren parteiförmigen Handeln. Die Parteien abstrahieren von der primären gesellschaftlichen Verschiedenheit der Interessen dadurch, daß sie das Schwergewicht ihrer Tätigkeit auf die Zusammenfassung gemeinsamer Interessengehalte und ihre Integration legen, statt auf die Abgrenzung voneinander verschiedener Interessenpakete; gleichzeitig liefern sie damit dem politischen Entscheidungszentrum Handlungsalternativen, deren 'Komplexität' hinreichend 'reduziert' ist. Gerade wegen dieser Generalisierungsfunktion ist es nicht - wie bei den Verbänden - möglich, an dieser Stelle konkrete Interesseninhalte aufzulisten, die von den Parteien bevorzugt vertreten werden. Es wird noch zu zeigen sein, daß diese Zusammenfassung in unterschiedlichen Formen erfolgt, die in der Tat je spezifische Bezüge zur gesellschaftlichen Interessenstruktur aufwiesen, denn auch die Parteien

können und dürfen sich nicht so weit von ihrer Basis lösen, daß sie deren innere Zersplitterung vollständig ignorieren. Ebenso wird - wie bei den Verbänden - der personelle, programmatische, organisationsinterne und praktisch-politische Ausdruck dieser grundsätzlichen strukturellen Selektivität nur konkret-historisch und empirisch analysiert werden können. Aber dennoch liegt der spezifische Akzent der parteiförmigen Interessenverarbeitung mehr auf der Generalisierung als auf der Partikularisierung, und dies nicht zuletzt aufgrund der besonderen, von den Parteien zu erbringenden Legitimationsleistung.

Denn die Legitimationsfunktion der Parteien besteht darin, das im engeren Sinne politische System so an die gesellschaftliche Basis rückzukoppeln, daß es einschließlich des politischen Entscheidungszentrums und dessen konkreten Maßnahmen von dieser akzeptiert wird. Daß dies nie über Repression bzw. das staatliche Gewaltmonopol allein geschehen kann, versteht sich in Anbetracht der dann unvermeidlichen, durch gesellschaftlichen Widerstand bedingten 'Reibungsverluste' von selbst. Vielmehr liefern die Parteien durch ihr Angebot, als wählbare Instrumente der Interesssenbefriedigung Partizipationsmöglichkeiten zu schaffen, das entscheidende legitimatorische Bindeglied zwischen Staat und Gesellschaftsmitgliedern.

Der moderne, bürgerlich-parlamentarische Staat basiert auf der quantitativen und territorial verankerten bzw. begrenzten Repräsentation der Gesellschaftsmitglieder, die, abstrakt als 'Staatsbürger' gefaßt, mehrheitlich darüber entscheiden, wer das politische Entscheidungszentrum besetzen und nach programmatisch formulierten Grundlinien der Politik führen soll. Nicht das funktionale, d.h., an inhaltlich bestimmte soziale Interessen gebundene, sondern das quantitativ-territoriale Vertretungsprinzip bildet die Grundlage des neuzeitlichen Staates, weshalb die Parteien und nicht die Verbände den Anker des politischen Entscheidungszentrums in der gesellschaftlichen Basis bereitstellen. (Allerdings wurde oben ausführlich beschrieben, daß die Interessengruppen ihrerseits wiederum in gewisser Hinsicht als das Bindeglied des Parteien-Staat-Komplexes an die gesellschaftliche Basis betrachtet werden müssen. Der Gedanke rivalisierender Rückkoppelungsstrategien, der sich hier sofort aufdrängt, wird im historischen Kapitel der vorliegenden Arbeit an zentraler Stelle wiederaufgegriffen werden.)
Nur wenn die Gesellschaftsmitglieder selbst das - durch welche partizipatorischen Verfahren auch immer real abgestützte - Gefühl haben, mitbestimmen zu können, wer sie regiert und welche Politik betrieben wird, kann erwartet werden, daß die einzelnen Maßnahmen des Staates bzw. der Regierung akzeptiert, zumindest aber widerstandslos hingenommen werden. Dieses Instrument der Partizipation sind die Parteien, die damit aber den letzten Bezugspunkt ihres Handelns in der Gesamtmenge der Staatsbürger und eben nicht in erster Linie in inhaltlich identifizierbaren sozialen Gruppen von Interessenträgern finden. Von daher erklärt sich das eher generalisierende als abgrenzende Moment ihrer spezifischen Form der Interessenverarbeitung; sie sollen nicht den ohnehin interessenmäßig zersplitterten 'Gesellschaftskörper' als solchen verdoppeln, sondern die Vereinigung der Staatsbürger über die Interessengegensätze hinweg leisten.

Nun wurde oben jedoch bereits ausführlich darauf hingewiesen, daß der Handlungsspielraum des Staates, der 'Politik' in der bürgerlichen Gesellschaft, ganz bestimmte Tätigkeitsfelder bewußt ausschließt, allen voran den privatwirtschaftlichen Sektor, den konkreten Produktions- und Kapitalverwertungsprozeß, das unmittelbare Kapitalverhältnis also. Dem entspricht die Inhaltsleere der Kategorie des 'Staatsbürgers' hinsichtlich seiner sozialen Stellung in bzw. gegenüber dem Produktionsprozeß; d.h., die Parteien tragen im Akt der Wahl ganz maßgeblich zum nächsten Schritt der Umarbeitung antagonistischer gesellschaftlicher Interessen in ausgleichsfähige politische 'issues' bei, indem sie dem Staat ein insoweit abstraktes und generalisiertes Legitimationspotential zur Verfügung stellen, als es von Staatsbürgern und nicht von Lohnabhängigen, Kapitaleignern etc. gebildet und geschaffen wird.

An dieser Stelle muß die globale Skizzierung 'der Partei' als eines weiteren Typus interessenverarbeitender Organisationen notwendig enden, da - wie bereits erwähnt - auch sie sich trotz aller generalisierender Selektions- und Legitimationsverfahren nicht beliebig von den sozialen Interessen der gesellschaftlichen Basis lösen darf. Da ein 'Staatsbürger' nicht denkbar ist, der 'vergißt', wie und wovon er lebt, muß sie stets auch die Übersetzung gesellschaftlicher Strukturen in politisches Handeln leisten, wie sehr verallgemeinert, begrenzt, möglicherweise auch verzerrt auch immer. Dies läßt sich aber nicht mehr auf der analytischen Ebene der Partei schlechthin beschreiben, wie auch die Darstellung der Verbände irgendwann auf ganz bestimmte Organisationen konkreter Interessen übergehen mußte, um die Spezifik ihres Handelns zu vedeutlichen. Mit anderen Worten: Auch die Parteien müssen sich jedenfalls teilweise gegenüber ganz bestimmten sozialen Interessen durch (materielle) Leistung legitimieren, d.h., sie müssen bestrebt sein, die Regierungsmacht zu erringen, um die von ihnen jeweils erfaßten sozialen Interessen mindestens partiell realisieren zu können. Im folgenden sollen daher verschiedene Parteitypen vorgestellt werden, die sich danach unterscheiden, wie sie sich gegenüber dem zentralen Problem des Prozesses der Interessenverarbeitung verhalten, nämlich dem Gegensatz von Lohnarbeit und Kapital, der im Verlauf des sozio-ökonomischen Prozesses zum Verteilungskonflikt abgemildert werden soll. Hierbei stehen ihnen vier strategische Alternativen zur Verfügung:

- Sie erkennen den Klassengegensatz als Antagonismus an und repräsentieren ganz bewußt eine seiner beiden Seiten in der politischen Sphäre (Klasseninteressenpartei):
- sie akzeptieren das Vorhandensein gesellschaftlicher Konflikte, ohne sie klassenspezifisch als antagonistische zu fassen, ergreifen explizit Partei für jeweils eine Interessenfraktion und vertreten sie offensiv in der politischen Auseinandersetzung (Interessenpartei);
- Sie nehmen die Existenz von sozialen Interessengegensätzen als gegeben hin, halten sie jedoch für je konkret ausgleichsfähig und suchen einen möglichst großen Teil aller von ihnen betroffenen Schichten und Klassen in sich zu vereinigen (Volkspartei);
- sie leugnen das Bestehen von sozialen Konflikten oder gar Antagonismen und betreiben die Zusammenfassung von Interessen durch Ideologien, die jenseits konkreter gesellschaftlicher Widersprüche angesiedelt sind (Ideenpartei).

Ein Blick auf die Realität des Parteiensystems in der Weimarer Republik und in der Bundesrepublik Deutschland genügt, um zu erkennen, daß es sich bei diesen Parteitypen offenbar um bestimmte, einander tendenziell ablösende Entwicklungsstadien handelt. Dennoch sollen sie hier zunächst ohne systematischen historischen Rückbezug nebeneinander entfaltet werden, um Grundprinzipien und -probleme parteiförmiger Interessenselektion aufzuzeigen. Der historische Abriß ihrer jeweiligen Genese, Blütezeit und ihres Niederganges wird dann erweisen, daß Parteiensysteme nicht losgelöst von ökonomischen, verbandsförmigen und wirtschaftspolitischen Strukturen und Prozessen betrachtet werden können.[4]

In ihrer Untersuchung der "Politik der Volkspartei" haben Kaste/Raschke vor einer Typologisierung von Parteien gewarnt, die "zu einer formalen Vereinheitlichung von Parteien unterschiedlicher gesellschaftlicher Voraussetzungen, Ziele und Funktionen unter einem gemeinsamen Merkmal" führe[5], und sie unternehmen den Versuch einer Begriffsbildung, die vor allem "die jeweils besondere Herkunft, den jeweiligen Klassenbezug und damit die jeweils spezifische Widerspruchsproblematik der Parteien im Blick behält."[6] Vor allem der Gedanke überzeugt, die soziale Verankerung der einzelnen Parteitypen zu beachten, um Fehldeutungen wie etwa die der totalitarismustheoretischen Gleichsetzung faschistischer und kommunistischer Parteien zu entgehen. Die folgende Beschreibung verschiedener Parteitypen unter dem Aspekt ihrer je besonderen Weise der Interessenselektion unterscheidet die vier genannten Ausprägungen anhand der Kriterien: Stellung zum gesellschaftlichen Grundwiderspruch und soziale Basis voneinander.

Dieser Hinweis auf die je spezifische soziale Verankerung bestimmter Parteitypen ist dabei nichts anderes als die methodische Umsetzung der oben entwickelten Überlegung, daß auch die Parteien stets in gewissem Umfang die Übersetzung sozialer Interessenstrukturen in politisches Handeln gewährleisten müssen und immer eine Verbindung zu den inhaltlich bestimmten Problemen und Bedürfnissen eindeutig identifizierbarer Gruppen, Schichten und Klassen zu halten haben. Anders wäre es ihnen unmöglich, gesellschaftlichen Problem- und Interessendruck wirkungsvoll aufzugreifen, zu bearbeiten bzw. an den Staat weiterzuleiten. Diese Aufgabe können sie nicht allein den Verbänden überlassen, denn dann entstünde ein offener Bruch innerhalb des Kontinuums interessenverarbeitender Organisationen, das seine Elastizität und Glaubwürdigkeit gerade der Tatsache verdankt, daß zwischen Verbänden und Parteien ein deutlich wahrnehmbarer Unterschied besteht, beide jedoch erkennbar auf ihre Weise zur Realisierung gesellschaftlicher Interessen beitragen, wie begrenzt oder selektiv auch immer.

Eine Bemerkung scheint jedoch noch angebracht, bevor die einzelnen Parteitypen beschrieben werden können, die Frage betreffend, weshalb hier nicht analog zu den interessengruppentheoretischen Überlegungen zunächst geklärt wird, welches Interessen'material' die Parteien vorfinden und jeweils zu verarbeiten haben. Das Fehlen eines solchen Abschnitts an dieser Stelle hat zwei Gründe: Zum einen liegt es schlicht an der unzureichenden Forschungslage über Zusammenhänge, Strukturen, Gesetzmäßigkeiten und Rahmenbedingungen der Entwicklung von 'politischem (Interessen-)Bewußtsein'[7], die hier nicht mehr als Spekulationen zulassen würde.
Die andere, sehr viel grundsätzlichere Ursache liegt darin, daß es keinen so stringenten Zusammenhang zwischen parteiförmiger Organisation und gesellschaftlicher Basis gibt, wie er für die Interessengruppen gezeigt werden konnte. Eben weil die Parteien in dem Lebensbereich, der am dringlichsten empfunden und erlebt wird: dem der unmittelbaren materiellen Reproduktion, nicht selbst aktiv werden und nur hochgradig aggregierte (und im Laufe der historischen Entwicklung auch inhaltlich zunehmend breit gefächerte) Interessenpakete aufgreifen und unter Verwendung überwiegend delegierender Verfahren verarbeiten, ist ihre Bindung an ihre Mitglieder und Wähler - wie ausführlich beschrieben - sehr viel lockerer als im Falle der Verbände. Damit ist es aber möglich, daß erstens ideologische Bewußtseinstrübungen entstehen bzw. erzeugt werden, die bestimmte soziale Gruppen an Parteien heranführen, die ganz und gar nicht ihre jeweiligen gesellschaftlichen Interessen zu realisieren suchen - in Fragen der unmittelbaren, handfesten, materiellen Reproduktion ist dies weitaus weniger denkbar, da hier sehr viel konkretere, fühlbare Erfahrungen gemacht werden. Und zweitens resultiert aus diesem Verhältnis zwischen Organisation und Basis ein Reservoir an fundamentaler politischer Apathie, die nichts anderes als der Ausfluß des - höchst realistischen - Eindrucks der Gesellschaftsmitglieder ist, 'Politik' sei etwas von ihrem wirklichen Leben Abgehobenes, das Feld der 'Haupt- und Staatsaktionen', das mit ihren eigentlichen tagtäglichen Bedürfnissen nur wenig zu tun habe. Von daher haftet der Parteiorientierung der Individuen stets ein Moment der Beliebigkeit an, das wiederum die Möglichkeit der 'Verirrung' eröffnet.

Dennoch wird sich zeigen, daß bestimmte Parteitypen jeweils voneinander unterscheidbare soziale Interessenpakete verarbeiten; nur können diese Zusammenhänge nicht allein und nicht stringent aus der Kategorie des 'politischen Interesses' abgeleitet werden. Der Bezugspunkt: Haltung zum gesellschaftlichen Grundkonflikt zwischen Lohnarbeit und Kapital erweist sich demgegenüber als wesentlich fruchtbarer.

2.2.2) Parteiförmige Reaktionstypen auf den gesellschaftlichen Grundkonflikt

In diesem Abschnitt geht es darum, die oben aufgelisteten unterschiedlichen parteiförmigen Reaktionstypen gegenüber dem gesellschaftlichen Grundantagonismus von Lohnarbeit und Kapital näher zu beschreiben.

- Interessenparteien sind Parteien, die die Existenz gesellschaftlicher Konflikte anerkennen, sich auf die Seite eines qualitativ von anderen verschiedenen Interesses stellen und seine Durchsetzung im politischen Raum betreiben. Kennzeichnend für diesen Typus ist seine weitgehend homogene Interessenbasis, die jedenfalls keine bewußt antagonistischen Gegenspieler, in der Regel auch nur begrenzt im Wettbewerb untereinander stehende Interessenträger umfasst. Sozialstrukturell sind Interessenparteien vor allem in einzelnen Fraktionen der konkurrenzhaft zersplitterten Mittelschichten, z.T. auch des Kapitals selbst, verankert; sie formulieren die von ihnen vertretenen Forderungen explizit als Sonderinteresse und suchen sie auch als solche zu realisieren. Aus diesem Grunde kommt es (idealtypisch) bei ihnen kaum zu ideologischen Überformungen.

- Die These, die Interessenpartei basiere vor allem auf den Mittel- und Zwischenschichten, mag auf den ersten Blick Widerspruch auslösen, beziehen sich doch auch Arbeiterparteien deutlich auf bestimmte soziale Interessen. Es ist jedoch erforderlich, an der Unterscheidung zwischen Interessen- und Klasseninteressenparteien festzuhalten, und zwar aus zwei Gründen:
  Zum einen besteht zwischen den Angehörigen der Klasse der Lohnabhängigen, wie bereits ausführlich entwickelt, kein primäres Konkurrenzverhältnis wie zwischen Unternehmern, Kaufleuten, Handwerkern etc., sondern nur der aus ihrer Stellung im Produktionsprozeß abgeleitete Wettbewerb um Arbeitsplätze. Selbst wenn im vorangegangenen Kapitel hinlänglich auf die Konsequenzen dieses Wettbewerbs für das lohnabhängige Bewußtsein hingewiesen wurde, so impliziert dieser Sachverhalt dennoch die potentielle Ausbildung solidarisch-kollektiven Klassenbewußtseins und dessen Aufnahme durch eine politische Partei. Diese würde als Organisation einer ganzen Klasse (und zwar derjenigen, deren lohnabhängige Existenzform objektiv über das bestehende sozio-ökonomische System hinausweist) sowohl qualitativ als auch quantitativ einen gänzlich anderen Stellenwert im Parteiensystem einnehmen als jede noch so mitgliederstarke Mittelstandspartei, deren Basis immer dem primären Konkurrenzverhältnis ausgesetzt bleibt (und damit entweder für eine zu schmale Basis der einzelnen Interessenpartei sorgt oder den inneren Zusammenhalt der Partei gefährdet, wenn sie doch mehrere Fraktionen der Mittelschichten in sich zusammenfasst) und darüber hinaus historisch dazu verurteilt ist, immer weiter vom Zentrum gesellschaftlicher Konflikte sowie staatlicher Regulierungsversuche abgetrieben zu werden.[8]

  Zum anderen erfüllen beide Parteitypen innerhalb des Prozesses der Interessenverarbeitung sehr verschiedene Aufgaben; während die Interessenpartei lediglich die systemimmanente Realisation vornehmlich mittelständischer bzw. Mittelschicht-Interessen betreibt, die vom institutionalisierten politischen System aufgrund seiner wachsenden Konzentration auf Bedingungen und Folgen des Kapitalverhältnisses zudem immer weniger berücksichtigt werden[9], dient die Klasseninteressenpartei letzten Endes vor allem der Kanalisierung und politischen Integration fundamentaloppositioneller Strömungen innerhalb der Klasse der Lohnabhängigen.
  Zweifellos ist dies einer der Kernpunkte der Greven'schen Theorie, gewiß ist er der brisanteste: "Die Organisation der Arbeiterbewegung als politische Partei stellt sich insofern als ein epochaler Integrationsvorgang dar, durch den der gesellschaftliche Kampf um eine Veränderung der mit der Produktionsweise gesetzten Herrschaftslage, also um eine Veränderung der Produktions- und Eigentumsbedingungen abstrahiert wird auf den politischen Kampf um die Verteilung der auf dieser Basis erarbeiteten gesellschaftlichen Werte."[10] Indem sie sich als politische Partei konstituiert - so Greven -, verliert die revolutionäre Arbeiterbe-

wegung notwendig den Bezug zu ihrem eigentlichen Gegner, dem Kapital; ihr Schlachtfeld wird das Parlament, immer weniger der Betrieb, und es kommt zu einer Arbeitsteilung zwischen Partei und Gewerkschaft, die weiter unten noch zu diskutieren sein wird.[11)]

Worin kann aber objektiv die Funktion einer Partei bestehen, die das Ziel des Sozialismus propagiert, ohne es materiell, d.h., machtmäßig einlösen zu können, die gesellschaftliche Kräfte an sich bindet, ohne sie in den entscheidenden Kampf führen zu können, wenn nicht in der Einbindung eben dieser Kräfte in das (subjektiv durchaus abgelehnte) sozio-politische System? Die theoretische Analyse wie auch die historische Rolle von revolutionären Parteien[12)] können als Belege für Greven's provokative These über die "'etablierten Feinde' des Kapitalismus"[13)] dienen: "Die radikale Konkurrenz der kommunistischen Parteien innerhalb des parlamentarischen Systems und im Kampf um Mehrheiten und Regierungsbeteiligungen erweist sich in solchen Situationen der gefährdeten gesellschaftlichen Integration als 'konforme Konkurrenz' innerhalb einer bestehenden Gesellschaftsordnung, die selbst dazu beiträgt, jene grundsätzliche Opposition, wie sie in spontanen Bewegungen zum Ausdruck kommt, zu kriminalisieren."[14)]

Allerdings ist auch hier wieder, wie oben im Falle der Gewerkschaften, davor zu warnen, kommunistische oder radikalsozialistische Parteien als 'Verräter' zu brandmarken. Denn wenn schon für diejenigen Organisationen, die am dichtesten an den realen materiellen Interessen und Lebensbedürfnissen sowie Reproduktionsproblemen der Gesellschaftsmitglieder angesiedelt sind, gilt, daß sie nur über ganz begrenzte Möglichkeiten verfügen, sich vom gesellschaftlich vorherrschenden Bewußtseinsstand und von der Macht der ökonomischen Rahmenbedingungen zu lösen, um wievieles mehr muß dies für Parteien zutreffen. Denn Parteien aggregieren Interessen viel breiter und auf höherer Generalisierungsebene, und sie verwirklichen sie vornehmlich nicht in der eigenen kämpferischen Aktion gegenüber dem gesellschaftlichen Kontrahenten, sondern in der parlamentarischen Auseinandersetzung, an deren Ende ein vom Staat erlassenes und durchgeführtes allgemeines Gesetz steht.

Es ist evident, daß von daher den Parteien notwendig die tagtägliche enge gelebte Verbindung zu ihrer jeweiligen Basis fehlt, die allein Anstoß und ständiges Korrektiv des dialektischen Reflexionsprozesses über Zusammenhänge von Interessenbewußtsein und gesellschaftlichen Umweltbedingungen sein könnte, der oben als Möglichkeit organisatorischer Autonomiesteigerung eingeführt wurde.[15)] Sicher trifft es zu, daß Parteien 'den größeren Überblick haben', weil sie eher Interessengeneralisierung als -abgrenzung betreiben; aber sie können dies kaum in direkte Aktionen übersetzen, da ihnen - aus genau demselben Grund - die feste Verankerun in der gesellschaftlichen Basis fehlt, die die unabdingbare Voraussetzung autonomer konfliktorischer Aktionen bildet. Diese wird - wie hinlänglich beschrieben - von den Verbänden für das gesamte Kontinuum interessenverarbeitender Organisationen zunächst besorgt und bereitgestellt, im Falle der Arbeiterparteien also von den ihnen vorgelagerten Gewerkschaften. Solange diese aber selbst zur Reproduktion des sozio-ökonomischen Systems aktiv beitragen, ist nicht erkennbar, woher den revolutionären Arbeiterparteien die Macht zum Umsturz zuwachsen sollte - selbst wenn ihr Wille zum Umsturz brennend und ernsthaft ist.

Zusammenfassend läßt sich die Klasseninteressenpartei daher charakterisieren als jener Typus, der miteinander auf Klassenbasis verwandte Interessen unter ausdrücklichem Bezug auf den gesellschaftlichen Grundantagonismus zusammenfasst und im politischen Sektor auch offensiv in Form systemüberwindender Forderungen vertritt, gerade dadurch aber objektiv als Kanalisierungsinstrument klassenbewußter revolutionärer Strömungen innerhalb der Lohnabhängigen wirkt.

- Stellen die beiden bislang skizzierten Parteitypen auf einer Skala möglicher

Interessenselektionsformen die extremen Pole expliziter Konfliktbezogenheit dar, so wird das entgegengesetzte Ende des Spektrums von der Ideenpartei besetzt, für die soziale Konflikte überhaupt nicht existieren.
Der analytische Zugang zu diesem Typus gestaltet sich schwieriger, weil im Gegensatz zur Interessenvertretung durch Verbände, aber auch durch (Klassen-)Interessenparteien, hier gerade nicht von einem - mehr oder weniger - direkten und offenen Zusammenhang zwischen Lebens- und Bewußtseinslage der Basis und der Interessenartikulation durch die Partei ausgegangen werden kann.
Im Gegenteil aggregiert die Ideenpartei Interessen gerade durch Bewußtseinstrübung, ideologische Offensiven, sowie durch Verzerrung sozialer Perzeptionsmuster. Es bedarf nur des Hinweises auf den historischen 'Idealfall' dieses Typus, die NSDAP, um deutlich werden zu lassen, daß die Bindung der Basis an die Ideenpartei eben nicht auf die Aufnahme und Durchsetzung authentischer Interessen gegründet ist, sondern vielmehr auf die systematische, mitunter bis ins Wahnhafte reichende Verfälschung ihrer Wirklichkeitswahrnehmung. Damit soll nicht behauptet werden, nur Extremfälle wie die faschistischen Parteien gehörten zum Typ der Ideenpartei; es soll an dieser Stelle lediglich die historische (und politisch-praktische!) Spannweite und Bedeutung dieser Kategorie mit allem Nachdruck festgehalten werden.

Generell läßt sich die Ideenpartei beschreiben als eine, die sich äußerlich nicht vorrangig auf real existierende gesellschaftliche Konflikte bezieht und zu deren in sich widersprüchlicher Basis auch solche sozialen Interessen zählen, die sie in ihrer realen Politik nicht vertritt, deren Träger sie also in ihre Organisation zu integrieren bzw. als Wähler zur Stimmabgabe zu motivieren sucht durch die Propagierung transkonfliktorischer Ideologien der Nation, Rasse, etc.. Dadurch soll ein kollektives in-group-Bewußtsein erzeugt werden, das über wirklich vorhandene, handfeste Interessengegensätze hinwegtäuschen und insbesondere im Zusammenschluß gegen einen vermeintlichen äußeren Feind das Aufkommen interner Widersprüchlichkeiten verhindern soll. Bevorzugte Integrationsideologien sind daher Nationalismus, imperialistisch eingefärbte Deutungen der äußeren Wirklichkeit, Rassismus, forciertes Elitebewußtsein sowie sämtliche Formen des 'Klassenkampfes von oben', also Antimarxismus, Antisozialismus, Antikommunismus, etc..

Schon aus dieser Aufzählung wird deutlich, daß derartige Parteien ihr hauptsächliches soziales Hinterland schwerlich in der Klasse der Lohnabhängigen finden werden. Dabei soll nicht darüber hinweggetäuscht werden, daß alle diese ideologischen Formen der Interessenaggregation a u c h die abhängig Arbeitenden erfassen können und historisch erfasst haben. Der Erklärung dieses Phänomens wird das Kapitel über historische Etappen des Zusammenwirkens von Verbänden und Parteien unter anderen dienen. Dennoch ist an dieser Stelle ein Vorgriff vonnöten, um die schwergewichtige Verankerung von Ideenparteien in den Mittel- und Zwischenschichten verständlich werden zu lassen.

Psychologisierende Ansätze in den Sozialwissenschaften bergen oftmals die Gefahr in sich, ihren Gegenstand eher mystifizierend zu verschleiern, als ihn zu erklären.[16] Dennoch erweist es sich als sinnvoll, im hier vorliegenden Zusammenhang auf sozialpsychologische Deutungen kollektiver Bewußtseinstrübungen zurückzugreifen, um die besondere Anfälligkeit bestimmter Schichten für psychische Regressionen in krisenhaften oder als krisenhaft empfundenen Situationen zu erfassen. Einen solchen Versuch hat Leppert-Fögen mit ihrer Studie über die "deklassierte Klasse", das Kleinbürgertum, vorgelegt.[17] Ausgehend von der bereits zitierten These, im Verlauf der kapitalistischen Konzentrationsprozesse gerate der Mittelstand an den Rand der gesellschaftlichen Entwicklung, leitet sie aus diesem objektiven Sachverhalt massive Konsequenzen für die subjektive Bewußtseinslage dieser Schicht ab: Die "Deklassierung des Kleinbürgertums als Klasse" erzeuge "psychische Verelendung von so globalem Ausmaß, daß die unmittelbar ökonomische als sekundär" erscheine.[18] Diese Verelendung nehme die Form kollektiver Ich-Schwäche an: "Die Ausbildung des Ichs ist ... an Aktivität geknüpft, an die

Möglichkeiten eines Individuums, auf seine innere wie äußere, es umgebende Realität einzuwirken, sie zu beherrschen ... Das Kleinbürgertum aber, das am gesamtgesellschaftlichen Produktionsprozeß immer weniger teilhat, nimmt an der Entwicklung der Produktivkräfte kaum noch Anteil und bleibt dem Wandel des gesellschaftlichen Gesamtsystems nur noch passiv, in Form des 'ungleichzeitigen Widerspruchs' unterworfen. Sofern die Ich-Bildung an jene Prozesse gebunden ist, sind ihre Chancen klassenmäßig bestimmt und verteilt - die Mechanismen der Ich-Bildung wären demnach im Kleinbürgertum kollektiv gestört."[19]

Die Erkenntnis und das Durchschauen des immer komplizierter werdenden spätkapitalistischen Entwicklungsprozesses bleibt denjenigen Schichten verwehrt, die an ihrem Rande entweder um das ökonomische Überleben und um ihren Sozialstatus ringen müssen oder infolge ihrer Ferne vom kapitalistischen Produktions- und Verwertungszyklus zur Ausbildung allzu harmonistischer, nahezu unbegrenzt aufstiegsorientierter Vorstellungen neigen.[20] Aus Undurchschaubarkeit resultieren das Gefühl des Ausgeliefertseins an blinde, schicksalhafte Mächte und daher Angst und Wut[21]; aus der in der Krise massenhaft auftretenden Zerstörung von Aufstiegschancen folgt die Erschütterung zentraler bürgerlicher Wertvorstellungen, die bei traditionell antiproletarisch eingestellten Schichten gerade nicht zu Abwendung von der bürgerlichen Gesellschaft führt, sondern eher in die Forderung nach energischer Wiedereinsetzung ihrer Ideale in ihre Rechte einmünden kann. Von hier aus bis zu einer offenen Befürwortung autoritärer Staatsmaßnahmen ist der Weg nicht mehr weit, wenngleich alle diese Thesen nicht in mechanistisch-deterministischem Sinne mißverstanden werden sollten.[22]

Derartige sozialpsychologische Dispositionen stellen ein aufnahmefähiges Potential für verkürzende, Angst durch die Propagierung von Sündenböcken abbauende Interpretationen dar. Es waren historisch stets die Mittel- und Zwischenschichten, die zuerst, wenn auch nicht gänzlich und nicht als einzige von aggressiv-simplifizierenden Ideologien erfaßt wurden; sie stellen daher die primäre Basis der Ideenpartei dar. Als solche dienten sie in der Geschichte objektiv der Vertretung bestimmter, entweder spätfeudaler oder einzelkapitalistischer Interessen als Massenanhang[23], so daß die Ideenpartei abschließend folgendermaßen charakterisiert werden kann:
Sie vertritt in ihrer realen Politik bestimmte Fraktionen herrschender Interessen, verschleiert diesen Sachverhalt aber durch aggressive Ideologien, für die insbesondere die Mittel- und Zwischenschichten anfällig sind, von denen aber je nach historisch erreichtem Stand der Vorherrschaft bürgerlichen Denkens und entsprechender Verhinderung der Ausbildung lohnabhängigen Klassenbewußtseins auch die abhängig Arbeitenden erfasst werden können. Interessenaggregation nimmt hier die Form der Abstraktion von sozio-ökonomischen Interessengegensätzen und ihrer Umdeutung in 'allgemein-menschliche' nationale, rassistische etc. Anliegen an.

Es deutete sich bereits bei der Erklärung schichtenspezifischer Zugänglichkeit für die Propaganda der Ideenpartei an, daß besonders ökonomische Krisen günstige Rahmenbedingungen für das Erstarken dieses Parteientyps bereitstellen, da gerade in solchen Zeiten Angst, Wut, Nicht-Begreifen und das Gefühl des Ausgeliefertseins zunehmen. Aber auch die Interessen- und Klasseninteressenpartei finden in Krisensituationen leichter einen größeren Anhang, da vorhandene Interessen- und Klassengegensätze jetzt deutlicher als in der Prosperität erfahrbar werden und daher leichter zu thematisieren sind. Wenngleich das Verhältnis von Konjunkturlage und Parteitypus nicht automatisch gedacht werden darf[24], so soll doch an dieser Stelle die ökonomische Krise als eine wesentliche Rahmenbedingung für das Erstarken der (Klassen-)Interessenpartei und der Ideenpartei festgehalten werden.

Eine zweite bildet die den Parteien vorgelagerte Interessengruppenstruktur. Es ist evident, daß Interessenparteien nicht auf einem harmonisierenden, hochgradig aggregierenden Großverbands-System aufbauen können, das die Erscheinungsform und Folge-

wirkungen derjenigen Konflikte gerade dämpft, aus denen die Interessenpartei ihre Daseinsberechtigung ableitet. Ähnliches gilt für die Klasseninteressenpartei: Wenn schon die Organisationen von Lohnarbeit und Kapital selbst einander wesentlich kooperativ gegenüberstehen, dann werden die Möglichkeiten zunehmend geringer, im politischen Raum Klassengegensätze anzusprechen und auszutragen. Aber auch die Ideenpartei bedarf einer Verbändestruktur, in der starre weltanschauliche Fronten und ideologische Argumentationsweisen vorherrschen, da anderenfalls ihre Versuche, auf massenhafter Bewußtseinstrübung aufzubauen bzw. sie herzustellen, von der pragmatischen Austragung konkret erfahrbarer Konflikte an der ökonomischen Basis unterlaufen würden. Es versteht sich von selbst, daß derartige Verbändestrukturen und -konstellationen wiederum nicht losgelöst von ökonomischen Entwicklungen betrachtet werden dürfen: Je krisenhafter der Wirtschaftsprozeß verläuft, desto schärfer werden sich auch sozio-ökonomische Konflikte in dem Zusammenspiel der Interessengruppen niederschlagen.

Neben ökonomischen und interessengruppenspezifischen Voraussetzungen der Entfaltung der geschilderten Parteitypen spielt als dritter Bedingungskomplex Art, Ausmaß und Erfolg staatlicher Interventionspraxis in den Wirtschaftsprozeß eine wesentliche Rolle für die Entwicklung verschiedener Parteiensysteme. Je stärker und eindeutiger das politische Entscheidungszentrum zugunsten bestimmter Gruppen, Schichten oder Klassen im ökonomischen Bereich eingreift, desto massiver werden Interessenkonflikte auftreten. Je mehr der Staat seine selektiven Eingriffe zu verschleiern sucht, desto fruchtbarer wird der gesamtgesellschaftliche Nährboden für die Aufnahme von Ideologien sein. Und je häufiger das eben gerade nicht interessenneutrale Krisenmanagment versagt, desto schärfer werden Krisenfolgen erfahrbar - mit allen bereits beschriebenen Konsequenzen für das Parteiensystem.
Diese dritte Bedingung muß deshalb zunächst als parteiunabhängige formuliert werden, weil Staat und Parteien nicht zu allen Zeiten kongruent waren: Es ist das Bestreben jeder Partei und des Parteiensystems insgesamt, den Staatsapparat monopolartig zu besetzen, da anders die Ausschaltung der Parteien durch den direkten Zugang organisierter Interessen(gruppen) zur Exekutive und Administration nicht verhindert werden kann. Dieser Zustand der gegenseitigen Durchdringung von Staat und Parteien ist in der Gegenwart zwar in großem Umfang erreicht[25], aber zur Erklärung der historischen Entwicklung einzelner Parteintypen muß berücksichtigt werden, daß früher der Staatsapparat personell auch von anderen als von den Parteien rekrutierten Eliten getragen wurde. Mangelhafte Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts und das Überdauern politischen Einflusses vorkapitalistischer Kräfte bildeten die Grundlage für die Entstehung einer Staatsadministration, die für den unmittelbaren Zugriff bestimmter Verbände offen war. In der esprit-de-corps-Mentalität des modernen Berufsbeamtentums, die sich trefflich mit der verbandlicher Bürokratien vereinbaren läßt, leben derartige Tendenzen sehr zum Ärger der Parteien noch immer fort. Heute sind jedoch wirtschaftspolitische Steuerungskonzepte der Parteien und auf die Ökonomie zielende Aktivitäten des Staates zumeist deckungsgleich, was - wie gleich zu zeigen sein wird - Konsequenzen für die Durchsetzungs- und Überlebenschancen bestimmter Parteitypen hatte.

Denn betrachtet man nun die für die Entwicklung von (Klassen-)Interessen- und Ideenparteien als förderlich genannten Bedingungen:
- krisenhafter ökonomischer Prozeß;
- stark konfliktorisches und ideologisch fixiertes Verbandssystem;
- deutlich erkennbar interessengebundenes, versagendes staatliches Krisenmanagement mit stark ideologischer Bemäntelung;

so zeigt sich, daß der historische Prozeß tendenziell zum Gegenteil führt:
- Zwar treten Krisen noch immer auf, aber sie werden - jedenfalls in den hochindustrialisierten Staaten - weniger dramatisch als früher erlebt;
- dies resultiert zu einem wesentlichen Teil aus der säkular zunehmenden gegenseitigen Anerkennung und Kooperation der Organisationen von Lohnarbeit und Kapital[26];

- diese wiederum gehen mit der staatlichen, jetzt von den Parteien infolge des voll durchgesetzten parlamentarischen Prinzips selbst umfassend zu gestaltenden Wirtschaftssteuerung eine Art Bündnis ein, insofern die Milderung der Folgewirkungen des zyklischen Produktions- und Verwertungsprozesses auf beide Seiten des Grundantagonismus in jedem Fall Vorrang vor allen anderen Staatsaufgaben erlangt, wofür beide Organisationen auf massive Behinderungen der staatlichen Aktivitäten verzichten.[27]

Die logische und geschichtliche Konsequenz dieser Entwicklung besteht im Bedeutungsrückgang der geschilderten Parteitypen; an ihre Stelle trat das Thema unzähliger Parteianalysen: die Volkspartei.

- Die Frage, wie aus Weimar Bonn werden konnte, d.h., wieso aus einer Parteienvielfalt, die bei den letzten Reichtstagwahlen im März 1933 mehr als zehn Organisationen umfasste, das 'Zweieinhalb-Parteien-System' der Bundesrepublik Deutschland wurde[28], wird heute eher umgekehrt als drohendes Menetekel dargestellt, Bonn dürfe nicht Weimar werden.[29] Eine derartige Argumentation ignoriert völlig das komplexe Bedingungsgefüge, das zur Entstehung und Durchsetzung des Typus der Volkspartei geführt hat. Säkulare Prozesse ökonomischer, verbandspezifischer und wirtschaftspolitischer Entwicklungen lassen sich nicht beliebig umkehren[30], ebensowenig wie die Rückkehr zu parteipolitischen Konstellationen früherer Entwicklungsstadien ohne weiteres möglich ist.[31]
  Schon einige frühe Analysen der Volkspartei haben sich um eine multidimensionale Erklärung ihres Zustandeskommens wie auch um die Berücksichtigung der Konsequenzen eines von diesem Typus dominierten Parteiensystems für den politischen Prozeß bemüht.[32] Kaste/Raschke haben dann vor einiger Zeit aus der Kritik bisheriger Erklärungsansätze, die oft genug entweder den parteiexternen oder den parteiinternen Strukturwandel als Erklärungsursache verabsolutierten[33], einen Vorschlag zu Vielfaktorenanalyse des Phänomens der Volkspartei entwickelt.[34]
  Danach sei die Volkspartei-Entwicklung "durch parteispezifische Strategieentscheidungen" erklärbar, die dann fielen, "wenn Stimmenmaximierung Hauptmotiv der Partei" werde. Die Entscheidung hierfür müsse vor allem auf dem Hintergrund des steten Anwachsens der lohnabhängigen Mittelschichten gesehen werden, ohne deren Unterstützung heute keine Partei mehr mehrheitsfähig sei.[35] Wesentliche externe Faktoren, die zur Verabsolutierung des Zieles der Stimmenmaximierung geführt hätten, sind nach Kaste/Raschke die "Stabilisierung der parlamentarischen Demokratie bzw. des Systems der Parteien- und Wahlkonkurrenz nach dem Ende der faschistischen Ära"; das neue "Bewußtsein von den Grenzen einer staatlichen Reformpolitik mit weitreichenden Zielen bei Anwendung systemkonformer Mittel" sowie schließlich "die positive Erfahrung mit der Verteilungspolitik aus dem Staatsapparat heraus".[36] Innerparteilich sei das Vordringen von Funktionären aus der Mittelschicht, "die Sozialisation der Parteiführer durch Professionalisierung und Parlamentarisierung und insgesamt der Komplex der Verselbständigung der Parteiführung gegenüber der Mitglieder- und Wählerbasis" für das Entstehen von Volksparteien verantwortlich gewesen.[37]
  Durch eine Kombination von sozialstrukturellen, historischen, programmatischen, strategischen und realpolitischen Kriterien gelangen Kaste/Raschke schließlich zu folgendem Begriff der Volkspartei. Sie
  "- sieht die Massen ausschließlich oder primär als Objekt der Wahlmobilisierung,
  - verschafft ihren Funktionsträgern im Staatsapparat eine hohe Autonomie gegenüber möglichen 'Einmischungen' der Massen und Parteimitglieder im politischen Entscheidungsprozeß,
  - versucht gesellschaftlichen Wandel primär in Gestalt von Anpassungsreformen zu bewältigen,
  - steht permanent und prinzipiell in Widersprüchen zwischen ihrem Legitimationsprogramm und ihrer realen Intesssenvertretungs- und Steuerungsfunktion,
  - ist durch eine ganz überwiegend individuelle Organisationsweise bestimmt.
  Dazu treten zwei interdependente, grundlegende Merkmale ... Die VP (Volkspartei,

C.S.) hat
- eine breite, sozialstrukturell heterogene Wählerbasis,
- ein für jeweilige Situationen und Gruppen anpassungsfähiges Programm, das primär der Integration vieler Tendenzen gilt."[38]

Zweifellos erfaßt diese Darstellung zentrale historische und sozialstrukturelle Wandlungen bestimmter Parteitypen auf dem Weg zur Volkspartei korrekt. Problematisch bleibt aber die - wohl aus der impliziten Auffassung der Autoren, durch geeignete Schritte diesen Prozeß revidieren zu können[39], stammende - Beurteilung der Funktionen und Strategien dieses Typs.

Die hier vertretene These lautet demgegenüber: Aus der (zwangsläufigen)[40] Selbstparlamentarisierung jeder Partei folgt die Wahlorientierung quasi naturwüchsig, da politischer Einfluß ohne relevante Wählerunterstützung in einem parlamentarischen System nicht zu gewinnen ist.[41] Es ist die Funktion jeder Partei im Staatsapparat, Steuerungsmaßnahmen durchzusetzen und von ihrer jeweiligen Basis mittragen und in der Gesellschaft verankern zu lassen (und sei es Steuerung im Sinne der Kanalisierung systemoppositioneller Bewegungen wider Willen) - nur nimmt die jeweilige Basis und die je konkrete Weise der Implementation unterschiedliche historische Formen an. Keine Partei kann gesellschaftlichen Wandel anders als systemimmanent verarbeiten, da sie Bestandteil des Kontinuums interessenverarbeitender Organisationen der bürgerlichen Gesellschaft zum Zweck der Reproduktion dieser Gesellschaftsformation ist. Nicht Widersprüche bestehen zwischen der Legitimations-, Steuerungs- und Interessenvertretungsfunktion jeder Partei, sondern ein arbeitsteiliges Verhältnis, das allerdings Probleme aufwerfen kann, wenn zu scharf selektiert oder Selektivität zu stark ideologisch verschleiert wird.

Damit wird den Kriterien von Kaste/Raschke nicht ihre grundsätzlich vorhandene Aussagekraft für die Analyse von Parteien abgesprochen; bestritten wird nur, daß sie besonders typisch für die Volkspartei seien. Auf dem Hintergrund dessen, was oben über Parteifunktionen generell ausgesagt wurde, müssen sie eher als Kennzeichen jeder Partei angesehen werden, die lediglich erst bei der Volkspartei deutlich zutagetreten, weil andere, ihren Eindruck konterkarierende Aspekte der Parteipolitik inzwischen aufgrund struktureller Veränderungen im ökonomischen und politischen Bereich verlorengingen.

In der Tat kennzeichnend für die Volkspartei sind dagegen der relative Bedeutungsverlust der Programmatik, (verglichen mit der frühen Ideenpartei) und die breite sozialstrukturelle Verankerung (verglichen mit der ehemaligen Klasseninteressen- und Interessenpartei). Insofern stellt die Volkspartei einen historisch gewonnenen 'Mittelwert' zwischen ehedem weiter auseinanderliegenden Parteitypen dar, der sich allgemein durchsetzen konnte, weil er am ehesten mit den veränderten ökonomischen, verbandsstrukturellen und wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen harmonisierte und die je spezifischen Selektionsprobleme seiner Vorläufer zumindest partiell zu lösen vermochte.
Denn sowohl der Typ der Ideen-, als auch der der Interessenpartei kann sich nämlich nicht dauerhaft in seiner 'reinen' Form halten. Wenn oben die ökonomische Krise als eine der wesentlichen Rahmenbedingungen für die Entfaltung beider Typen angeführt wurde, so stellt die lange internationale Prosperitätsphase nach 1945 in den westlichen Industriestaaten eine maßgebliche Voraussetzung der Volkspartei dar. Dieser Typus integriert nämlich konkurrierende und z.T. auch antagonistische Interessen innerhalb seiner Basis, und dazu ist er auf abgemilderte Auswirkungen des zyklischen Kapitalverwertungsprozesses auf die Bevölkerung ebenso angewiesen wie auf das Vorhandensein materieller Ressourcen, die den Abbau der Erfahrbarkeit sozialer Interessengegensätze durch wohlfahrtsstaatliche Umverteilungspolitik ermöglichen. Weiterhin ist es bekannt, daß empirisch die Verbände von Lohnarbeit und Kapital in der Tat miteinander kooperieren, bei welcher aggressiven Begleitrhetorik auch immer.[42] Dadurch und durch ihr Zusammenspiel mit der expandieren-

den wirtschaftlichen Staatsadministration dämpften sie die Wahrnehmbarkeit gesellschaftlicher Interessenkonflikte ebenso, wie die zunehmend nüchterne gegenseitige Anerkennung der Organisationen von Lohnarbeit und Kapital und deren eher technokratische Politik allzu mystifizierend-aggressiven Ideologien den Boden entzog.[43] Zugleich erzwang das wachsende Ausmaß immer schwieriger zu bewältigender staatlicher Interventionsaufgaben alle Parteien gleichermaßen dazu, sich als potentielle Träger der Regierung auf die Erbringung konkreter Steuerungsleistungen für den gesamten kapitalistischen Wirtschaftsprozeß vorzubereiten (und eben nicht nur für die Bauern oder den Einzelhandel oder die Inflationsgeschädigten usw.).

Diese Prozesse, zusammen mit der mehrheitsverschaffenden Rolle der kontinuierlich anwachsenden lohnabhängigen Mittelschichten, stellten die Interessen-, wie die Ideenpartei vor unlösbare Probleme:

- Erstere stützt sich auf so eng begrenzte Interessenpakete, daß sie entweder nie mehrheitsfähig werden kann, da ihre Interessenbasis zu schmal ist (dies gilt letzten Endes, wenngleich auf viel höherem quantitativen Niveau auch für die Klasseninteressenpartei); oder daß sie gezwungen ist, sich Bündnis- und Koalitionspartner zu verschaffen. Dies muß aber ebenso zur Kompromißbildung und deren legitimatorisch-ideologischer Absicherung gegenüber der Parteibasis beitragen, wie die komplexe Gesamtverantwortung, die sie als Regierungspartei notgedrungen übernehmen muß. Beides führt aber zur Aufweichung dessen, was ihren Gehalt gerade ausmacht: die scharfe Abgrenzung und konfliktorische Vertretung von Sonder- bzw. Klasseninteressen.
- Letztere dagegen kann zwar durch ihren ideologisch-propagandistischen Apparat die reale Selektivität ihrer Interessenaufnahme recht gut verschleiern. Aber sobald sie in der Regierung konkrete Maßnahmen trifft, deren Folgen für ihre jeweilige Basis fühlbar werden, muß sich die Bindekraft der Ideologie, jedenfalls auf die Dauer, lösen. Anspruch und Wirklichkeit der Ideenpartei klaffen so weit auseinander, daß das Charakteristikum dieses Typs, ihre Ideologie, tendenziell an Gewicht verlieren muß, wozu sie im übrigen auch durch die technokratische Rationalität staatlicher Interventionspraxis gezwungen wird.[44]

Demgegenüber kann sich die Volkspartei als dominierender Typus etablieren, weil sie

- von der langen internationalen Prosperitätsphase in den westlichen Industriestaaten nach 1945 begünstigt wurde, aus der nicht unerhebliche materielle Konzessionsspielräume des Kapitals erwuchsen, die wiederum über die Konflikte pazifierende Umverteilungspolitik des von den Volksparteien wesentlich getragenen Staates den Zusammenhalt ihrer heterogenen Basis ermöglichte;
- den kooperativen Tendenzen des Verbandssystems entspricht, diese sogar unter Verzicht auf partikularistische oder aggressiv-ideologische Propaganda als allgemeinwohlbezogene Integration weitertreibt und zu vollenden sucht;
- durch ihre Verankerung in den verschiedensten sozialen Schichten die Allzuständigkeit der Regierung verkörpert und am ehesten die Gewähr dafür bietet, daß die Implementierung staatlicher Maßnahmen zur Sicherung des sozio-ökonomischen Gesamtprozesses gelingt. Gerade weil sie breit in der Gesellschaft verwurzelt ist, kann ihr Anspruch auf Konfliktausgleich unter Berufung auf das Gemeinwohl vordergründig berechtigt erscheinen.

Damit stellt sie das (derzeit) geeignetste Bindeglied zwischen ökonomischer Interessenstruktur und Staat dar; daß auch sie nicht ohne Probleme funktioniert, ist an anderer Stelle noch ausführlicher zu zeigen.[45] Zunächst ist aber noch darauf hinzuweisen, daß bestimmte Relikte ihrer historischen Vorläufer durchaus in der Volkspartei fortleben, die sich je nach sozio-ökonomischer Situation und sozialer Verankerung der Volksparteien einzeln oder miteinander kombiniert auch heute noch geltend machen können.

Der überzeugendste Aspekt der Parteientypologie von Kaste/Raschke ist die Einführung einer historisch-sozialstrukturellen Variablen, an der die Herkunft des jeweiligen Parteityps erkennbar wird. Die Autoren unterscheiden die "Bürgerliche Anpassungspartei", die "Sozialdemokratische Widerspruchspartei" sowie die "Sozialistische/Kommunistische Mobilisierungspartei"[46], wobei hier nicht diese Einteilung übernommen werden soll, wohl aber die grundsätzliche Differenzierung zwischen Volksparteien, deren historisch gewachsener Wähler- und Mitgliederkern in der Arbeiterklasse liegt, und solchen, die ihren Massenanhang traditionell vor allem aus den Mittelschichten beziehen.

Wichtig ist dabei, daß es sich hier um Gravitationszentren eines umfassenderen Feldes handelt; Zentren, die früher die eigentliche Basis der (Klassen-)Interessen- oder Ideenpartei ausmachten, allmählich aber von mehr oder weniger verwandten Interessen umlagert wurden und so ihren dominierenden Einfluß auf die Politik des jeweiligen Parteitypus verloren, der sich parallel zur Angliederung zusätzlicher Wähler- und Mitgliederpotentiale zur Volkspartei wandelte.

Volksparteien, die aus Klasseninteressenparteien hervorgingen und ihren damaligen Wähler- und Mitgliederstamm gehalten haben, sind gezwungen, immer wieder interessenparteiliche Elemente in ihre Politik aufzunehmen, um ihre soziale Verankerung nicht zu gefährden. Da ihr organisatorischer Schwerpunkt noch immer bei den abhängig Arbeitenden liegt, können sie bei der Interessenaggregation und -harmonisierung nicht völlig von deren konkreten Konflikterfahrungen abstrahieren. Sie müssen deshalb generell in ihren Äußerungsformen noch auf die Durchsetzung sozial abgrenzbarer unterprivilegierter Interessen abheben, besonders aber derartige Argumentationsstränge reaktivieren, wenn ökonomische Krisen die prinzipiell unverändert vorhandenen Interessenkonflikte wieder deutlicher fühlbar werden lassen. Denn in solchen Situationen fehlen die materiellen Konzessionsspielräume, die den vordergründigen Interessenausgleich qua Umverteilungspolitik in Prosperitätsphasen ermöglichen. Es ist evident, daß hieraus ernste Steuerungs- und Legitimationsprobleme für die Partei erwachsen können, sofern sie regiert, da sie entweder schärfer selektiert, um soziale Interessen weiterhin ernsthaft an sich binden zu können - dann gerät ihre Steuerungsfunktion als Trägerin interventionsstaatlicher Maßnahmen zwecks Wiederherstellung einer reibungslosen Kapitalakkumulation in Gefahr. Oder sie betreibt die Reaktivierung interessenparteilicher Elemente rein verbalradikal - dann riskiert sie den Abfall ihrer Stammbasis, wenn die Selektivität ihres Regierungshandelns offenkundig wird. Tendenziell gelten ähnliche Probleme für diese Volkspartei auch dann, wenn sie nicht regiert: Selektiert sie zu deutlich im Arbeiterinteresse, so läuft sie Gefahr, die mehrheitsverschaffenden Mittelschichten abzuschrecken; wirbt sie zu intensiv um diese, kann sie die Unterstützung ihres traditionellen Basiskerns einbüßen.[47]

Volksparteien, die gewohnheitsmäßig in den Mittel- und Zwischenschichten verankert sind, können historisch sowohl aus Ideen-, als auch aus Interessenparteien hervorgegangen sein. Daher ist bei ihnen das Wiederaufleben von Elementen beider Typen möglich, wobei die bisherigen Ausführungen über Krise und psychische Regression bestimmter Schichten darauf hindeuten, daß in wirtschaftlichen Abschwungs- und Depressionszeiten wohl vor allem die Aufwertung ideenparteilicher Argumentationsmuster naheliegt. Aber ebenso ist die pointiertere Aufnahme beispielsweise mittelständischer Interessen denkbar, wenn die Partei ihren Rückhalt in dieser, in Krisenphasen besonders gefährdeten Schicht zu verlieren fürchtet. Ihr spezifisches Konfliktpotential enthüllt sich allerdings in der Opposition: Als Vereinigung konkurrierender Interessen unterliegt sie ständigen internen Richtungskämpfen und Personalauseinandersetzungen, die sie tendenziell besser ausgleichen oder verschleiern kann, wenn sie als Regierungspartei Zugang zur staatlichen materiellen Umverteilungspolitik hat.

So wird am Ende deutlich, daß das Aufkommen der Volkspartei zwar eine Wandlung

gegenüber der (Klassen-)Interessen- und Ideenpartei früherer Zeiten bedeutet, aber keineswegs eine qualitative Neuheit.[48] Ob als einzelne Partei betrachtet oder als Volksparteiensystem: Dieser Typus wird ältere Elemente (samt ihrer Problematik) nicht los, vermag sie nur relativ effektvoll mit neuen zu kombinieren, ohne jedoch die prinzipielle Begrenzung des Handlungsspielraumes aller politischen Parteien überwinden zu können. Es mag sein, daß die Volkspartei ihr eigenes Aktionsfeld mitunter durch zu starke Integrations- und Harmonisierungstendenzen sogar noch zusätzlich selbst weiter einengt; dauerhaft kann aber auch diese Selbstbescheidung angesichts der zunehmenden Aufgaben des (Parteien-)Staates nicht mehr sein. Es ist analytisch falsch und strategisch sinnlos, die Volkspartei lediglich als bedauerliche und revidierbare Fehlentwicklung eines ehemals intakteren Parteiensystems zu betrachten, da sie das (vorläufige) Ergebnis von Wandlungen auch in solchen Bereichen darstellt, in denen die Parteien wenig oder gar keinen Einfluß ausüben konnten und können.

2.2.3) Legitimationsfunktion und -probleme der Volkspartei

Es scheint an dieser Stelle sinnvoll, das Legitimationsproblem gesondert im systematischen Zusammenhang zu entwickeln, da gerade die Parteien ganz offenkundig zentrale legitimatorische Funktionen übernehmen, die oben bereits angerissen wurden.[49] So legt Greven sehr starkes Gewicht auf die Diskussion der parteiförmigen Legitimation durch Verfahren (innerorganisatorische Willensbildung, Wahlen)[50], wogegen er sich weniger mit dem Problem befaßt, daß auch die Parteien sich - spätestens an der Regierung - gegenüber den von ihnen erfaßten sozialen Interessen durch materielle Leistungen legitimieren müssen. Wenn in diesem Abschnitt eine Eingrenzung auf den Typus der Volkspartei vorgenommen wird, so deshalb, weil er historisch - wenigstens unter verschiedenen, in Westeuropa seit Jahrzehnten gegebenen Rahmenbedingungen - die die anderen überlebende Parteiformation zu sein scheint.

- Allgemeine, freie, gleiche und geheime Wahlen sind, wie erwähnt, die Grundlage des demokratischen Legitimitäts-Anspruches des parlamentarischen Systems. Indem allen Gesellschaftsmitgliedern die Chance eingeräumt wird, über politische Parteien als Regierungsträger und über deren allgemeine Programme als Inhalte ihrer künftigen Politik zu entscheiden, wird dreierlei bewirkt:
  - Die Regierung als solche wird als von der Mehrheit gewählte Instanz akzeptiert, auch wenn sich einzelne Gruppen, Schichten oder größere Aggregate von Interessenträgern nicht mit ihrer konkreten Zusammensetzung identifizieren. Ähnliches gilt im Prinzip für die Inhalte der Regierungstätigkeit, nachdem einmal verallgemeinerte Programme der Parteien zur (Aus-)Wahl gestanden haben. Die Implementierung staatlicher Maßnahmen wird hierdurch dauerhaft überhaupt erst möglich, da das Gewaltmonopol des Staates allein dazu nicht ausreichend wäre.
  - In ihrem Glauben an den legitimierenden und Partizipation ermöglichenden Wahlakt verzichten die Wähler auf andere Formen der sozio-politischen Auseinandersetzung und erkennen zugleich die vermeintliche Trennung von Politik und Ökonomie/Gesellschaft immer wieder neu an. Die Folgen sind "der Rückfall in die Apathie, jedenfalls der Verlust an Bewußtheit, die sich nach dem Wahlakt pünktlich einstellen" sowie der "totale Verlust einer extrainstitutionellen Alternative".[51]
  - In der formal-demokratischen Betonung der Gleichheit aller 'Staatsbürger' (one man - one vote) verbirgt sich die Abstraktion von ihrer sozialen Ungleichheit, wodurch die Illusion stets neu bestärkt wird, in einer Gesellschaft der Freien und Gleichen zu leben.[52]

Aus dieser legitimatorischen Verankerung in der Gesamtheit aller Staatsbürger durch den Wahlmechanismus, die den zentralen Unterschied zur Legitimationsweise der Verbände darstellt, leiten die Parteien heute ein globales politisches Mandat ab,

d.h., die politische Zuständigkeit für alle vom politischen System legitimerweise aufzugreifenden Probleme und die Pflicht zur Rechenschaftslegung vor der ganzen Gesellschaft, nicht etwa nur gegenüber bestimmten Schichten oder Klassen. Der Allgemeinheit und dem formalen Charakter des Wahlaktes entspricht daher der generalisierte Regierungsauftrag an die Parteien, dessen Offenheit durch die Vermeidung allzu präziser programmatischer Wahlaussagen von ihnen abgesichert wird.[53] Die "Illusion ..., als stünde mit dem einmaligen aber ideologisch-bedeutungsgeladenen Wahlakt alles grundsätzlich zur Entscheidungsdisposition des Souveräns, was an Entscheidungen überhaupt möglich ist", und das "Minimum an Festlegung, an Kontingenzverringerung" der künftigen Parteipolitik - beides wird durch die "hohe Generalität des Entscheidungs- und Beteiligungsverfahrens" gesichert.[54] Angesichts der Funktionen, die die Parteien bei der Gewährleistung des gesamten Akkumulationsprozesses tendenziell erfüllen müssen, könnte jedes imperative Mandat seitens ihrer Basis auch nur dysfunktional wirken.

- Gerade weil der Wahlakt derartig allgemeine Auswirkungen zeitigt, kann er allein nicht ausreichen, um das vielfältige Wirken der Parteien in den Augen der davon Betroffenen zu rechtfertigen. Er bildet zwar die unabdingbare Grundlage der Legitimation parlamentarisch-parteienstaatlicher Verhältnisse, aber die Mitarbeit in den Parteien selbst, zumindest das Angebot der innerparteilichen Partizipation am Zustandekommen der Parteiprogrammatik und -politik tritt als zweites notwendiges Moment hinzu. Erst wenn über die Erteilung eines generellen Auftrages, die Regierung zu übernehmen, hinaus auch die Gelegenheit perzipiert wird, auf die Inhalte der Parteipolitik Einfluß zu nehmen, kann die Bereitschaft der gesellschaftlichen und der Parteibasis erwartet werden, diese Inhalte auch dann zu akzeptieren, wenn sie sie nicht als in ihrem je eigenen Interesse liegend ansehen.

Nach allem, was oben über die Mechanismen der 'Quasi-Partizipation' ausgesagt wurde[55], versteht es sich dabei von selbst, daß diese Mitarbeit ebensowenig über die wirklichen Grundlinien der sozio-ökonomischen Reproduktion der bürgerlichen Gesellschaft entscheidet wie die allgemeinen Wahlen, die ein politisches System legitimieren, das per definitionem nicht in diesen Reproduktionsprozeß eingreifen darf.
Es kann angesichts dieser Bedeutung innerparteilicher Prozesse für die Legitimation parteiförmiger Politik kaum erstaunen, daß das Thema innerparteilicher Demokratie einen wesentlichen Schwerpunkt der gegenwärtigen Parteienforschung bildet. Dabei zentrieren sich die Beiträge häufig um Michels' 'ehernes Gesetz der Oligarchie', um jene These also, nach der " 'die Organisation die Mutter der Herrschaft der Gewählten über die Wähler' " sei.[56] Diese Behauptung, die für die Beurteilung der Legitimität des Wirkens jeder Partei enorme Konsequenzen in sich birgt, wird von einem Teil der Forschung abgelehnt, entweder, da sie den realen innerparteilichen Verhältnissen nicht entspreche[57], oder weil sie die Chancen der internen Demokratisierung bestimmter Parteien zu pessimistisch beurteile.[58] Derartige Argumentationen treffen aber immer wieder auf das Problem, "daß aber trotz alledem der empirische Gehalt seiner (Michels', C.S.) Theorie eine nach wie vor bedeutsame Tendenz beschreibt, die viel mehr als das vielfach widerlegte Konzept der innerparteilichen Demokratie mit der Wirklchkeit in den Parteien übereinstimmt."[59]
Dabei wird hier nicht bestritten, daß es in den großen Volksparteien mehr oder weniger offen auftretende, gegen den Kurs der Parteiführung opponierende Gruppen gibt, die auch echte Artikulationsmöglichkeiten finden; nur scheint es zweifelhaft, darin den Beweis für das Vorhandensein oder wenigstens für die sich anbahnende Möglichkeit inhaltlich grundsätzlich offener interner Willenbildungs- und Entscheidungsfindungsprozesse zu sehen. Denn die Integrationsfähigkeit der Partei zu sichern, ohne ihre Funktionserfüllung im sozio-politischen Reproduktionsprozeß zu gefährden, ist die Aufgabe geduldeter innerparteilicher Oppositionsgruppen, die aufgrund oligarchischer Parteistrukturen und weitgehender politischer Apathie der Parteibasis real kaum eine Durchsetzungschance haben, durch ihr Auftreten aber die

Verbindung zur außerparteilichen Interessenartikulation wahren und den Nimbus funktionierender innerparteilicher Demokratie sowie der Berücksichtigung von Minderheiteninteressen in der Partei erzeugen können.[60] Alles, was ihnen maximal gestattet bleibt, ist die "systemfunktionale begrenzte Regelverletzung"[61], die das geeignete Mittel zur Integration divergierender Interessen und oppositioneller Randgruppen darstellt, die von der Überzeugung ferngehalten werden sollen, das etablierte politische System habe ihnen nichts (mehr) zu bieten.

Allerdings sind auch hier wieder Bedenken gegenüber der Auffassung anzumelden, die innerparteilichen Oppositionsgruppen als eine reine Farce zu betrachten. Denn außer als organisatorisches Bindemittel in mehr oder weniger extremen Krisensituationen dient die innerparteiliche Gruppendiskussion nämlich auch ganz generell zur Information der Parteiführung über die von der Parteibasis und parteiextern artikulierten Interessen und der Vorbereitung der Kompromißbildung, die stets die partielle Realisierung dieser Interessen mit einschließt. Zwar sorgen Satzungsregelungen, die enorm angewachsene Parteiapparatur sowie die Machtmittel der Organisationsspitzen und die Uninformiertheit und Inaktivität der Mehrheit der einfachen Parteimitglieder in der Regel dafür, daß derartige Auseinandersetzungen nicht aus den Fugen geraten und die Erfüllung zentraler Parteifunktionen nicht allzu sehr beeinträchtigt wird. Aber 'begrenzte Regelverletzung' impliziert als Begriff die begrenzte Durchsetzung der Ziele der innerparteilichen Opposition, und diene sie langfristig der Systemstabilisierung. Ähnlich wie bei der Inkorporierung der Gewerkschaften in tripartistische Arrangents darf auch hier nicht übersehen werden, daß reale gesellschaftliche Interessen nicht beliebig lange in einer Organisation gehalten werden können, wenn ihnen nicht Befriedigung in wie begrenzter Form auch immer zuteil wird.

Im übrigen ist es für die Parteien, die sich selbst und das politische System insgesamt neben der Erbringung materieller Leistungen vor allem durch Verfahren, nämlich Wahlen und andere Partizipationsformen legitimieren, erheblich schwieriger als für die Verbände, für die Begrenztheit innerorganisatorischer Beteiligungsprozesse zu sorgen, da letztere sich von vornherein mehr durch Leistungen als durch demokratische Rituale von ihrer Basis rechtfertigen. Aus all diesen Gründen soll das Thema 'innerparteiliche Demokratie' hier nicht auf eine legitimatorische Fassade reduziert werden; denn Indikatoren echten inner- und außerparteilichen Interessen- und Problemdrucks sind parteiinterne Oppositionsgruppen und Auseinandersetzungen immer, und es kann nur im organisatorischen Eigeninteresse der Partei als ganzer liegen, diesen Filter für die Interessenaufnahme unverstopft zu halten. Denn anders kann die Aufgabe auch der Parteien: die selektive Interessentransmission und Legitimation nicht erfüllt werden. Und es wird weiter unten noch zu überlegen sein, welche Bedeutung die Verbindung zwischen parteiinternen Gruppierungen und außerparteilichen, aber auf die Parteien einwirkenden Verbänden haben kann.[62] Auch die Betrachtung innerparteilicher Strukturen darf nämlich nie außer Acht lassen, daß die Parteien stets auf einer Verbandsebene aufbauen, die nicht ohne Einfluß auf sie selber bleibt.

- In dem Ausmaß, in dem die vorbeugenden oder korrigierenden Eingriffe des politischen Entscheidungszentrums in den sozio-ökonomischen Prozeß zahlreicher werden und in dem der Umfang der zu bewältigenden Folgelasten dieses Prozesses wächst, sowie parallel zur historischen Durchsetzung des Sozialstaatsprinzips erhöht sich die Verpflichtung, aber auch die Chance der Parteien, sich vor ihrer je eigenen Basis wie vor der Gesamtgesellschaft durch materielle Leistungen zu legitimieren. Damit ist weniger der Komplex der 'Filzokratie' gemeint als vielmehr die Politik der Volksparteien, vermittels der Konjunkturstabilisierung und einer begrenzten wohlfahrtsstaatlichen Umverteilungspolitik die Interessen breiter sozialer Schichten an Vollbeschäftigung und Daseinsvorsorge wenigstens teilweise real zu befriedigen. Während sich Interessenparteien zwar vor ihrer Basis durch die konsequente Propagierung ihrer Sonderinteressen legitimieren konnten, aber als

potentielle Träger der Regierung vor der Gesamtgesellschaft in Legitimationsprobleme geraten mußten, und auch die Ideenpartei sich die Folgebereitschaft ihrer Mitglieder und Wähler bei einer deren reale Interessen verletzenden Politik nur begrenzt durch ideologische Offensiven erhalten konnte, vermag die Volkspartei durch den Anspruch der Herstellung des Gemeinwohls und durch die (angestrebte) Sicherung des Produktionsprozesses mehr als nur eine Gruppe oder soziale Schicht von Wählern an sich zu binden. Denn die Leistung, die Chancen zum Verkauf der je eigenen Ware zu sichern, wird, wie hinlänglich beschrieben, in einer warenproduzierenden Gesellschaft naturwüchsig von der Mehrzahl der Gesellschaftsmitglieder anerkannt werden. So gelingt den Volksparteien tendenziell eine legitimatorische Absicherung in der Gesamtgesellschaft, deren Integration ja ihr explizites Ziel darstellt. Das Prinzip der Volkspartei, also des Ausgleichs eingestandenermaßen gegensätzlicher bzw. konfligierender Interessen durch die Politik einer sie umfassenden Partei, ist ohne die Erbringung materieller Leistungen nicht denkbar, damit aber auch existenziell verwiesen auf die Voraussetzung entsprechender Konzessionsspielräume.

Im Gemeinwohlbezug, in der Berufung auf ihre Verantwortung 'vor dem großen Ganzen', die ihren realen Kern in der Zuständigkeit für den ganzen Kapitalverwertungsprozeß und für die gesamtgesellschaftliche Reproduktion findet, besteht für die Volksparteien als Träger wohlfahrtsstaatlicher Regierungen eine zentrale Leitlinie zur Rechtfertigung der von ihnen vollzogenen Interessenauswahl. Sie ermöglicht es, systeminkonforme Bedürfnisse auszuklammern, da ihre Befriedigung die als Sachzwänge deklarierten[63] Imperative der Kapitalakkumulation verletzen müßte, ergo die reibungslose sozio-ökonomische Reproduktion der ganzen bürgerlichen Gesellschaft gefährden würde. Ebenso können aber auch systemimmanente Forderungen auf einen gesellschaftlichen Durchschnitt hin zusammengestrichen werden, da keine Schicht oder Gruppe mehr als ihren gerechten Anteil am gesamten gesellschaftlich erwirtschafteten Reichtum verlangen dürfe. Es muß an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, daß dieses Argument zwar besonders zur Begrenzung oder Zurückweisung lohnabhängiger bzw. gewerkschaftlicher Ansprüche geeignet ist, daß es aber auch dazu dienen kann, solche Maßnahmen notfalls gegen den Widerstand einzelner Kapitalfraktionen oder privilegierter Berufsgruppen durchzusetzen, die im Interesse der langfristigen Sicherung gesamtkapitalistischer Existenzbedingungen erforderlich sind. Das 'Allgemeinwohl' meint in dieser Form wiederum nichts anderes als das Interesse "der 'bürgerlichen Gesellschaft' als Klasse".[64] Es ist daher, im Gegensatz zu bestimmten früheren Ideen- und Interessenparteien falsch, in Bezug auf die heutigen Volksparteien von ihnen als 'Parteien des Kapitals' zu sprechen.[65]

Insofern als zur Sicherung der Existenzbedingungen der bürgerlichen Gesellschaft immer auch das Fortbestehen einer zum Verkauf ihrer Arbeitskraft befähigten und gezwungenen Klasse gehört, findet sich in der Bereitstellung der notwenigen Voraussetzungen für die Reproduktion aller Arten von Warenbesitzern jener gemeinsame parteipolitische Nenner, der bestimmte Interessen beider Klassen abdecken kann, ohne zugleich die Dominanz des kapitalistischen Interesses zu gefährden. Es wird sich zeigen, daß eine der wichtigsten Aufgaben des interventionistischen Wohlfahrtsstaates und der ihn tragenden Volksparteien in der Sicherung des Warentausches samt seiner Voraussetzungen besteht.[66]
Notwendige Konsequenz der durchgängigen Allgemeinwohl-Orientierung aller regierungsfähigen Parteien, die letztlich nur die Ausrichtung am Wohlergehen der Allgemeinheit von Warenbesitzern bedeutet, ist der Verzicht auf fundamentale politische Konfrontationen, der Abbau ideologischer Polarisierung und die allseitige Kompromißbereitschaft. Zwar wird keine Partei umhin können, die Interessen ihres Wählerkerns besonders nachdrücklich in der Öffentlichkeit zu vertreten - aber dies ist keinesfalls zu verwechseln mit früheren Entwicklungsstufen, als sich bestimmte (Klassen-)Interessen- und Ideenparteien in der Tat unversöhnlich gegenüberstanden.[67]

Allerdings bildet dieses Angewiesensein der auf Allgemeinwohl und Wohlfahrtssicherung angelegten Politik der Volkspartei auf materielle Umverteilungsspielräume und damit auf ökonomische Prosperität auch die Wurzel ihres größten Legitimationsproblems: Handlungsunfähigkeit und der von innen her drohende Verfall der Partei in der ökonomischen Krise. Grundsätzlich können den Parteien Legitimationsschwierigkeiten aus drei Problembereichen entstehen:
- aus ihrer Verbindung mit dem Interessengruppen-System;
- aus dem Verlauf des ökonomischen Prozesses;
- aus den den Legitimationsverfahren notwendig immanenten Begrenzungen.

Zum ersten:
Es wurde bereits ausgeführt, daß die Struktur des Verbändesystems für die Parteien insofern von Bedeutung ist, als der Grad der Konfliktorientiertheit bzw. Kooperationsbereitschaft zwischen den Interessengruppen wesentlich darüber entscheidet, ob die Parteien zur Interessenaggregation fähig sind oder nicht.[68] So verlieren Interessenparteien in den Augen ihrer Anhänger, wie bereits beschrieben, die Daseinsberechtigung, wenn die Vertretung von Sonderinteressen schlagkräftig und konsequent durch Verbände geleistet wird. Ebenso büßen Ideenparteien ihre ideologische Glaubwürdigkeit ein, wenn die Interessengruppen der pragmatischen Bedürfnisbefriedigung den Vorrang vor weltanschaulichen Auseinandersetzungen geben. Die Volksparteien aber geraten in Schwierigkeiten, die Notwendigkeit ihrer Existenz zu begründen, wenn kooperative Großverbände die Interessenaggregation unter Gemeinwohlbezug selbst schon betreiben. Umgekehrt kann aber auch die Polarisierung der organisierten sozio-ökonomischen Interessenstruktur jeden Versuch des sozialen Ausgleichs durch die Volksparteien zunichte machen und sie deshalb zur Reaktivierung ideen- bzw. interessenparteilicher Elemente zwingen.

Zum zweiten:
Während sich Ideen- und Interessenparteien wie gezeigt vornehmlich auf bestimmte, deutlich voneinander abgrenzbare soziale Gruppen oder Schichten beziehen und deshalb im Verlauf einer ökonomischen Krise durch die Verschärfung von Interessengegensätzen weniger gefährdet sind, kann die gleiche Situation für die Volksparteien enorme Sprengkraft entwickeln. Denn in diesem Fall bestehen keine materiellen Umverteilungsspielräume mehr, die den propagierten Interessenausgleich wenigstens teilweise real ermöglichen würden: Programm und Praxis der Volkspartei klaffen dann weit auseinander.
Dies wird vor allem für jene Parteien äußerst problematisch, deren historischer Wähler- und Mitgliederkern in der Klasse der Lohnabhängigen angesiedelt ist. Denn als (potentielle) Träger der Regierung müssen sie bestrebt sein, den reibungslosen Akkumulationsprozeß wiederherzustellen, und bei allen wohlfahrtsstaatlichen Hemmschwellen heißt dies doch immer: Priorisierung kapitalistischer Interessen in der Krise. Es ist evident, daß dies massive innerparteiliche und auf ihre Wählerbasis zurückschlagende Legitimationskrisen mit sich bringen muß.

Zum dritten:
Gerade in Krisenzeiten wird auch deutlich, wie begrenzt in Wirklichkeit die Partizipationsspielräume sind, die die Parteien ihren Wählern und Mitgliedern einräumen (können), da jetzt viel konsequenter auf die Verwirklichung der je eigenen Interessen gedrängt wird - und seien es die an der Wiederherstellung der Bedingungen für den Verkauf der Ware Arbeitskraft. Derartige Situationen implizieren immer auch die Gefahr, daß die gesellschaftliche Basis der wirklichen Rolle des sozio-politischen Organisationskontinuums gewahr wird und sich vor allem gegen die Herrschaft der Parteien auflehnt, an die sie ohnehin eine weniger enge Bindung hat als an die Verbände. Wahl und Parteiarbeit werden dann kaum mehr zur Kanalisierung eines Basisausbruchs ausreichen.

Das gleiche Problem besteht für die Großparteien auch unabhängig von der ökonomischen Entwicklung angesichts ihrer immanenten Oligarchisierungstendenzen. Sie

können nämlich zu einer derartigen Unsensibilität des unter der Kuppel der Gemeinwohl-Ideologie fast nahtlos verschweißten Volksparteien-Systems gegenüber sich veränderndem gesellschaftlichem Problem- und Interessendruck führen, daß die gesellschaftlichen Gruppen zur Durchsetzung ihrer Forderungen einen Weg nur noch jenseits der Parteien erblicken.

So läßt sich denn festhalten, daß es keinem Parteitypus gelingt, die Funktionen der Transmission, Selektion und Legitimation reibungslos miteinander vermittelt durchzuführen. Eine derartige Leistung kann auch auf dem Hintergrund einer Klassengesellschaft nur als Utopie betrachtet werden: Weit mehr noch als die Interessengruppen sind die Parteien den widersprüchlichen Folgen eines Konfliktes ausgeliefert, den sie nicht lösen können und dürfen.

Diese Tatsache der Nicht-Intervention, der Abstrahierung vom unmittelbaren Kapitalverhältnis, hat diesem Kapitel viel von der Eindeutigkeit genommen, mit der hinsichtlich der Verbände ganz bestimmte soziale Interessen und klar identifizierbare Organisationsleistungen und -probleme einander zugeordnet werden konnten. Das gleiche gilt angesichts der vorrangigen Form parteiförmiger Interessenselektion, die in ihrer Generalisierung und Integration besteht, besonders im Falle der Volksparteien. Vieles mußte hier vage bleiben, ausgeklammert oder durch Heranziehung historischen Materials verdeutlicht werden, weil es abstrakt-theoretisch nicht entwickelt werden kann. Darin eben besteht ein ganz wesentlicher Charakterzug der Parteien, der sie so sehr von den Verbänden unterscheidet: Infolge ihrer Ansiedlung im 'politischen Raum' und ihrer Offenheit gegenüber verschiedenen widersprüchlichen, ja sogar antagonistischen Interessen kann hier eindeutig nur geklärt werden, was sie nicht tun: Sie greifen nicht direkt in das unmittelbare grundlegende gesellschaftliche Verhältnis von Lohnarbeit und Kapital ein, sie konstituieren es nicht selbst und können es auch nicht selbst aufheben. Wohl vermögen sie als Träger der Regierung dessen Rahmenbedingungen zu verändern, auch das Machtgefälle zwischen den gesellschaftlichen Klassen zu modifizieren. Beseitigen können sie es nicht; nicht sie schließen die Verträge, aufgrund derer die Ware Arbeitskraft sich der Vernutzung im Produktionsprozeß überläßt; nicht sie treffen die Entscheidungen über Investitionen, Preise,Personalplanung, Exportstrategien und über alle anderen Faktoren profitabler Kapitalverwertung, soweit sie innerhalb der Reichweite der einzelnen Kapitale als autonomer Wirtschaftssubjekte liegen.

Was sie tun, welche Interessen sie aufgreifen und partiell auch realisieren, hängt von den Bedingungen ab, unter denen sie agieren. Diese sind vor allem der Verlauf des sozio-ökonomischen (Re-)Produktionsprozesses, die Verbändestruktur, die politische Verfassung des Landes (Parlamentarisierungsgrad), sowie schließlich die politische Kultur der Nation und die Reichweite staatlicher Aktionsspielräume. Es ist evident, daß darüber sinnvoll nur verhandelt werden kann vor dem Hintergrund konkreten, historisch-empirischen Materials. Bevor jedoch ein historisches Kapitel die reale Entwicklung des Verhältnisses von Verbänden, Parteien und Staat skizziert, soll zunächst als eine erste Zusammenfassung der bisher entfalteten theoretischen Überlegungen noch ein Abschnitt über Zusammenhänge und Unterschiede zwischen Verbänden und Parteien als zwei verschiedener Typen interessenverarbeitender Organisationen folgen.

2.3) Verbände und Parteien: Zwei Typen interessenverarbeitender Organisationen

2.3.1) Exkurs: Zur Frage nach dem Verhältnis von Staat und Gesellschaft

So selten die Frage nach dem Verhältnis von Verbänden und Parteien in der Forschung auftaucht[1], so häufig wird darüber diskutiert, wie die Beziehungen zwischen Staat und Gesellschaft sich gestalten. Vielleicht ist es kein Zufall, daß das Defizit auf der einen Seite einer mittlerweile fast schon ausgeuferten Debatte auf der anderen entspricht.

Betrachtet man die historische Entwicklung des realen Verhältnisses von Staat und Gesellschaft sowie des Denkens über dieses Verhältnis, so wird erkennbar, daß mit zunehmender Reichweite und Intensität staatlicher Eingriffe in ehemals als privat definierte Bereiche die Schwierigkeiten wachsen, diesen Sachverhalt analytisch zu durchdringen. Abromeit hat jüngst gezeigt, daß schon die Frühliberalen, denen so oft die Politik des radikalen Laissez-faire zugeschrieben wird, sehr wohl staatliche Interventionen in den privatwirtschaftlichen Bereich befürworteten, allerdings ganz eindeutig funktionalisiert auf die Interessen der Wirtschaft hin.[2] Diese bruchlose Identität von Staatshandeln und Wirtschaftsinteresse war den Liberalen schon deswegen kein Problem, da sie in ihren politischen Stellungnahmen "stets von der Beschränkung des Wahlrechts auf die Eigentümer" ausgingen.[3]

Mit anderen Worten: Staat und Gesellschaft im Kapitalismus haben einander nie so getrennt gegenübergestanden, wie es eine bestimmte politische Theorie häufig behauptet (oder gewünscht) hat, denn zu keiner Zeit hat der Staat sich aus der Bearbeitung sozio-ökonomischen Problem- und Interessendrucks vollständig heraushalten können. Die Schwierigkeit besteht vielmehr darin, daß jeder Autor, der sich mit der Frage des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft befaßt, sich sofort auf die Alternative einläßt, ob nun eine Trennung beider bestehe oder nicht. Grundsätzlich keine Trennung oder historischer Prozeß der allmählichen Überwindung der ehemals vorhandenen Trennung - diese beiden Positionen markieren die Bandbreite der hierzu derzeit vorhandenen Ansätze. Aber im Hintergrund scheint häufig noch immer die Auseinandersetzung mit der alten Staatslehre zu stehen, die - apologetisch genug - die gottgewollte Obrigkeit als aus den Niederungen gesellschaftlicher (Interessen-) Konflikte herausgelöst betrachtete und propagierte. Denn anders lassen sich Breite und Emphase der Debatte kaum verstehen, wenn nicht als das Bemühen, im stillen fortwirkenden Auffassungen vom 'richtigen' Verhalten des Staates gegenüber der Gesellschaft, nämlich seiner vollständigen Autonomie und Souveränität[4], endlich den Boden zu entziehen.

Als Vertreter der Position der historischen Auflösung der ehemals existierenden Trennung von Staat und Gesellschaft können hier Jaeggi, von Alemann/Heinze und - in Grenzen - Abromeit zitiert werden. Jaeggi kommt im Zusammenhang mit der Untersuchung zunehmender Staatseingriffe in den wirtschaftlichen Bereich zu der Auffassung: "Die Trennung von Ökonomie und Politik ist nicht mehr haltbar."[5] Von Alemann/Heinze konkretisieren dies für die Beziehungen zwischen den Verbänden, die von traditionellen Theorien "weiterhin zur gesellschaftlichen Sphäre gerechnet" würden[6], und Staat wie folgt: "Es gibt keine Einbahnstraße mehr von der Gesellschaft über die Verbände zu den Parteien in die Exekutive. Es existiert vielmehr ein Netzwerk von Beziehungen; eine funktionale Verflechtung legt sich über die klassische Gewaltenteilung ..."[7] Abromeit schließlich entwickelt ein "Konzept ungleichgewichtiger Interdependenz"[8], bei dem der Staat zunehmend abhängiger von der Wirtschaft werde als diese umgekehrt von ihm bzw. seinen Aktivitäten. Er verliere dabei seine Autonomie in dem Ausmaß, "in dem a) inner-ökonomische Entwicklungen den Staat nötigen, zunehmend in den Wirtschaftsablauf einzugreifen, b) Ziel- und Normensysteme aus dem ökonomischen Bereich sich in der Gesamtgesellschaft durchsetzen und c) die politische Legitimität des Staates in der Garantie störungsfreien Wohlstandswachstums liegt."[9]

Gerade bei Abromeit läßt sich aber zeigen, daß das klassische Modell der Trennung von Staat und Wirtschaft/Gesellschaft implizit auch heute noch verteidigt wird, und zwar außer von den Konservativen von denjenigen Autoren, die damit mehr oder weniger bewußt die politisch-strategische Absicht verbinden, den Staat zum Zweck der Überwindung gesellschaftlicher Herrschafts- und Disparitätsstrukturen in seine alten autonomen Rechte einzusetzen. Denn Abromeit schließt ihre Überlegungen zum staatlichen Autonomieverlust[10] mit der These, wenn er seine 'Steuerungsressource Legitimitätserzeugung' voll ausnutze, könne dies unter den Bedingungen "Loslösung der Bedürfnisstruktur vom ökonomischen Wachstumsinteresse und zunehmende(r) Konfliktbereitschaft der Bevölkerung" zu einer "nennenswerte(n) Ausweitung der staatlichen Autonomie" gegenüber den Imperativen der Kapitalverwertung führen.[11]

Diese Position hat besondere Bedeutung innerhalb der Parteitheorie erlangt, nämlich bei den Ansätzen, die eine Überwindung kapitalistischer Herrschaft durch die Übernahme der Staatsgewalt durch eine revolutionäre Partei für möglich halten[12] bzw. im Vorfeld dieses Prozesses die Umwandlung revisionistischer Parteien in revolutionäre als realistisch ansehen, sofern nur die Parteibasis genügend Druck in dieser Richtung ausübt.[13]
Gegen diese Auffassung hat sich besonders scharf Greven ausgesprochen, der sie für illusionär hält und politische Bewegungen, die sich auf diese Vorstellung beziehen, als die 'etablierten Feinde des Kapitalismus' charakterisiert.[14] Ihm zufolge ist die Trennung von Staat und Gesellschaft nicht historisch allmählich überwunden worden, sondern sie hat nie existiert, stellt vielmehr eine ganz zentrale ideologische Stütze des kapitalistischen Gesamtsystems dar. Er stellt nämlich die These auf, "daß diese Trennung zuerst und zunächst nur eine ideologische darstellt, dann eine im Hinblick auf das grundlegende gesellschaftliche System der Bereitstellung und Beschaffung von Legitimation für gesellschaftlich relevantes Handeln, daß aber auf der Ebene der Realfunktionen und -prozesse der kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaft diese beiden Bereiche keineswegs getrennt sind, daß vielmehr ein realer und funktionaler Zusammenhang besteht, den die Ideologie verschleiert, um die Partialität des Legitimationssystems zu verbergen."[15] Hierbei geht es ihm letzten Endes darum, daß mehrheitsdemokratische Partizipationsverfahren nur zur Delegation von Repräsentanten in das politische System dienen, das per definitionem nicht in der Kernbereich des als privat definierten ökonomischen Produktions- und Kapitalverwertungsprozesses eingreifen darf.[16]

Insgesamt scheint es so, als ob die ganze Diskussion um 'Staat und Gesellschaft' viel mit normativen Prämissen und politisch-strategischen Optionen zu tun hat. Entweder wird an dieser Dichotomie festgehalten, dann ist zu unterscheiden, welcher Inhalt - konservativ oder revolutionär - der autonomen staatlichen Politik zugeschrieben werden soll. Oder diese Betrachtungsweise wird mit viel Kraftaufwand kritisiert, was nicht unbedingt den Verzicht auf normative Voraussetzungen bedeutet, aber auf die Auffassung hinausläuft, mit dem Staat des bürgerlichen Systems, mit einer wie immer gearteten politischen Partei, könne das zugrundeliegende Ziel: die Überwindung kapitalistischer Herrschafts- und Abhängigkeitsstrukturen jedenfalls nicht erreicht werden. Hier soll nun dieser emanzipatorischen Option keineswegs die Berechtigung abgesprochen werden; es dürfte nicht schwer zu erkennen sein, daß sie auch dieser Arbeit zugrundeliegt. Aber die Frage ist doch, inwieweit es sinnvoll ist, sich vorab auf die Kontroverse überhaupt einzulassen, ob eine Trennung zwischen Staat und Gesellschaft besteht oder nicht, ob sie historisch überwunden wurde oder nie existiert hat. Vielleicht ermöglicht eine etwas anders gewendete Fragestellung einen Blickwinkel, der sich um die realistische Zusammenstellung derjenigen Bedingungen bemüht, die dazu geführt haben und immer wieder neu dazu führen, daß kapitalistische Herrschaftsverhältnisse eben kein (relevantes) Thema des Reproduktionsprozesses der bürgerlichen Gesellschaft insgesamt werden. Hier wird die Auffassung vertreten, daß die Analyse des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft auf einer zu abstrakten Ebene angesiedelt ist, um diese Frage wirklich beantworten zu können. Das Modell eines hierarchischen Kontinuums von interessen-

verarbeitenden Organisationen erscheint hierzu geeigneter, weil es seine Strukturen nicht daraus ableitet, wo die 'Gesellschaft' aufhört und der 'Staat' anfängt. Vielmehr werden seine verschiedenen organisatorischen Stufen von der Nähe bzw. Ferne zur primären gesellschaftlichen Interessenstruktur und vom Ausmaß der Generalisierung der erfaßten Interessen bestimmt. D.h., im Mittelpunkt der vorliegenden Arbeit steht nicht die Frage nach dem Verhältnis Staat und Gesellschaft, sondern - etwas 'kleinergearbeitet' - die nach Zusammenhängen und Unterschieden zwischen Verbänden und Parteien.

2.3.2) Verbände und Parteien - Eine erste Zusammenfassung

"Die Parteien- und Verbandsforschung als Teildisziplinen der Vergleichenden Regierungslehre haben sich weitgehend isoliert voneinander entwickelt"[17] - dieses Verdikt von Köser muß auch für den gegenwärtigen Forschungsstand noch immer als zutreffend angesehen werden. Zwar liegen verschiedene Versuche vor, Parteien und Verbände in ihrem Zusammenwirken zu betrachten[18] bzw. einzelne Aspekte ihrer Strukturen miteinander zu vergleichen.[19] Insbesondere die Verbindungen zwischen sozialdemokratischen Parteien und Gewerkschaften haben immer wieder die wissenschaftliche Aufmerksamkeit auf sich gezogen.[20]

Mit alldem aber ist die Forschung kaum über einen gegebenen konsensuellen Grundbestand hinausgekommen. Dieser umfasst einerseits die Erkenntnis der immer schwierigeren Abgrenzung zwischen Verbänden und Parteien, da beide im Zuge der Ausbildung des interventionistischen Verteilerstaates zunehmend enger miteinander kooperieren und auch partiell ähnliche Binnenstrukturen ausbilden. So schreibt Varain in seiner (noch immer einzigen!) empirischen Studie über Verbände und Parteien (aus dem Jahre 1964!): "In den Staat, der schrittweise immer mehr Ordnungs- und Verteilungsaufgaben im wirtschaftlichen und sozialen Leben übernommen hat, versuchen die gesellschaftlichen Mächte nun ihrerseits selbst einzudringen. Im Zustand einer fast durchgängigen Regelung des gesellschaftlichen Lebens durch politische Instanzen muß das bedeuten, daß sie zu den politisch legitimierten Kräften, den Parteien, streben. Diese wiederum werden zu den gesellschaftlichen Mächten gezogen, da sie - auf Kampf und Werbung um Mehrheit angewiesen - dort auf die in Interessen gebundene Bevölkerung treffen..."[21] Die traditionelle Unterscheidung zwischen verbandsförmig vertretenen Sonderinteressen und von den Parteien herzustellendem Allgemeininteresse[22] ist im großen und ganzen aufgegeben worden; so schreibt Massing, es wäre "falsch zu glauben, Verbände hätten nur den beschränkten Zweck, partikulare Interessen zu artikulieren."[23] Sie brächten stattdessen "die Gesamtgesellschaft in den Staat qua Verteilerapparatur ein, wie sie umgekehrt der 'Politik' keinen gesellschaftlichen Schonraum mehr vorenthalten."[24]

Dennoch soll hier zunächst auf einer allgemeinen Ebene festgehalten werden, daß die Generalisierung und Integration von Interessen durch die Parteien als deren eigentlicher Aufgabenschwerpunkt anzusehen ist, gegenüber der konfliktorischen Interessenabgrenzung und -vertretung durch die Verbände. Gewiß überlappen sich auch hier Funktionen beider Organisationstypen, insbesondere dann, wenn die Interessengruppen in Gestalt hochkonzentrierter und Interessen umfassend vertretender Großverbände auftreten und die Parteien zu Volksparteien geworden sind. Aber insofern die Verbände von Kapital und Arbeit nur je eine Seite des gesellschaftlichen Grundantagonismus repräsentieren, die Parteien dagegen als potentielle Träger der Regierung für den gesamten Produktions- und Verwertngsprozeß zuständig sind, erscheint diese Differenzierung angebracht und tragfähig. Darauf ist im folgenden im Zusammenhang mit der Wahl als zentralem Unterscheidungskriterium beider Organisationstypen näher einzugehen.

Bei Massing findet sich nämlich auch die zweite These über Verbände und Parteien, die derzeit in der Forschung auf allgemeine Zustimmung trifft: die Unterscheidung beider hinsichtlich ihrer vorrangigen Legitimationsformen. Da die Parteien ihr

Machtstreben mit dem Gemeinwohl-Anspruch zu legitimieren suchen, werden sie "zu Gefangenen des eigenen Selbstverständnisses. Weil sie von nun an öffentliche Verantwortung tragen, vermag eine funktionierende Öffentlichkeit sie mit Sanktionen zu belegen... Einem vergleichbaren, mit Sanktionen in ähnlicher Weise (z.B. Abwahl, C.S.) ausgestatteten Urteil sind die Verbände nicht unterworfen, zumal dann nicht, wenn in ihnen innerorganisatorische Demokratie, wie es die Regel ist, allenfalls rudimentär ausgebildet ist."[25]

Massing gelangt zu dem Schluß, die Parteien seien heute "in die Rolle politischer Verteilungsorgane gerückt"[26] und bildeten als solche zusammen mit der staatlichen Bürokratie, deren Handlungspielraum enorm angewachsen sei, und den Großverbänden, die sich im Tarifsystem gegenseitig bändigen, dadurch aber zugleich den Anspruch auf die Übernahme öffentlicher Funktionen erheben könnten, ein Verteilungsoligopol, das keine anderen als den kapitalistischen Interessen prinzipiell konforme Forderungen sich artikulieren lasse.

Mit diesem Entwurf liegt in der Tat ein Versuch vor, auf gesellschaftstheoretischer Grundlage zu einer integrierten Theorie des verbandlichen und parteiförmigen Handelns zu gelangen, die weit über konventionelle Einschätzungen hinausreicht. Problematisch bleibt aber auch dieser Ansatz in einer Hinsicht: Er weist den Parteien die strategisch entscheidende Stelle in der 'Verteilerapparatur' zu, wogegen hier die These vertreten wird, daß die Parteien im wesentlichen nur das verteilen können, was die Verbände ihnen übriglassen. Insofern als Interessengruppen weit dichter als jede noch so volkstümliche politische Partei an der primären gesellschaftlichen Interessenstruktur angesiedelt sind, kommen die Parteien ohne die verbandsförmige Interessentransmission und -selektion nicht aus. Versuche der Parteien, die Macht der Verbände gesetzlich in den Griff zu bekommen[27], ebenso wie die Anläufe bestimmter Parteien, an den Interessengruppen vorbei direkt in die gesellschaftliche Basis vorzustoßen und deren - bemerkenswerterweise gerade nicht aus dem Warenverkäufer-Status erwachsende - Bedürfnisse aufzugreifen[28], belegen diese These eben durch den sich darin abzeichnenden Widerstand der Parteien gegen ihre zwischen Abhängigkeit von und Konkurrenz mit den Verbänden schwankende Situation. Es dürften dieser Gegenwehr allerdings recht enge Grenzen gesetzt sein, da die Konfliktfähigkeit, mithin das Drohpotential der Organisationen von Lohnarbeit und Kapital das jeder anderen gesellschaftlichen Gruppe bei weitem in den Schatten stellt.[29]

Auch das immer engere Zusammenspiel von Interessengruppen und staatlicher Bürokratie, das sich mitunter durchaus auch an den politischen (also stark legitimationsbedürftigen) Parteien vorbei vollziehen kann, engt den Handlungsspielraum der Parteien empfindlich ein. Im Grunde verfügen sie allein über eine Ressource, aus der politischer Einfluß erwachsen kann und die den Verbänden nicht zugänglich ist: die Legitimation durch Wahl.[30] Dieser Unterschied zwischen Parteien und Verbänden ist inzwischen die einzige klare Trennungslinie zwischen beiden Organisationstypen; er ist zugleich Ausdruck der verschiedenen Aufgaben, die Verbände und Parteien innerhalb des sozio-politischen Kontinuums interessenverarbeitender Organisationen übernehmen und die die unterschiedliche Intensität, Reichweite und Problematik ihrer jeweiligen Interessenselektion bedingen. Daher sollen im folgenden verschiedene Dimensionen der Selektion von Interessen durch Verbände und Parteien einander gegenübergestellt werden. Dieser Versuch wird erneut zeigen, daß die Kategorie der strukturellen Selektivität der Dreh- und Angelpunkt einer systematischen Verbände- und Parteientheorie darstellt.
Damit ist der Sachverhalt gemeint, daß schon allein die Organisationsebene - unabhängig von dem personellen, programmatischen, organisationsinternen und politisch-praktischen Ausdruck von Selektivität - grundsätzlich über das Spektrum der aufzunehmenden Interessen und über die Art ihrer jeweiligen Verarbeitung entscheidet. Wenn die Struktur des Interessengruppen-Systems von Dach- und Industrieverbänden - wie gezeigt - die Orientierung an den Endprodukten jedes Wirtschaftszweiges mit

sich bringt, so wird quasi naturwüchsig jener Bereich sozio-ökonomischer Interessen ausgeklammert, der über die Interessen von Warenbesitzern am Verkauf ihrer Ware hinaus die antagonistischer gesellschaftlicher Klassen umfasst.[31] Ähnliches gilt für die Ausbildung von Branchen- und Großverbänden, die zwar über eine erhebliche Schlagkraft verfügen, aber die Interessen einzelner Betriebe und der in ihnen Arbeitenden, das ganze Konfliktpotential der individuell erfahrenen Berufs- und Arbeitssituation aussparen. Das gleiche könnte schließlich auch für die regionale bzw. nationale Organisationsebene nachgewiesen werden. In jedem Falle zielt die strukturelle Selektivität des Verbändesystems tendenziell darauf ab, den gesellschaftlichen Grundantagonismus nicht mehr als soziales Machtverhältnis, sondern nurmehr als mit quantifizierbaren Methoden regulierbaren Verteilungskonflikt in Erscheinung treten zu lassen.

Über die strukturelle Selektivität des Parteiensystems als Teil des ausdifferenzierten politischen Systems, das sich a priori nicht auf ökonomische Grundtatbestände bezieht, ist hinlänglich viel ausgesagt worden. Die Nicht-Thematisierung fundamentaler sozio-ökonomischer Konflikte im Sinne ihrer Nicht-Regulierung bzw. der Beschränkung auf die Gestaltung ihrer Rahmenbedingungen und Folgen durch das politische System muß als entscheidende Selektionsleistung dieses Teils des Kontinuums zur Reproduktion der bürgerlichen Gesellschaft betrachtet werden.
Darüber hinaus hat die konkrete Struktur des Verbände- und Parteiensystems Bedeutung für die Art und Weise, in der die einzelnen Parteien die Aggregation und Integration von Interessen betreiben. Dies wird reflektiert von der anhaltenden wissenschaftlichen Debatte über die jeweiligen Vorzüge und Nachteile des Zweiparteien- bzw. des Mehrparteinsystems.[32] Letzten Endes geht es hierbei um die Frage, welches Parteiensystem welcher sozialen Konfliktstruktur am ehesten gewachsen ist, d.h., das Auftreten systemoppositioneller Bewegungen verhindern oder zumindest kanalisieren kann.[33]

Selektivität der Verbände- und Parteiensystemstruktur kann in diesem Zusammenhang zweierlei bedeuten:

- Entweder es besteht ein Vielparteiensystem mit relativ eindeutig abgegrenzten Interessenbasen und entsprechend schroffen Argumentations- und Konfrontationsmustern. Dies setzt ein stark fragmentiertes Verbandssystem voraus[34], dessen zahlreiche, wenig integrierte Interessen'pakete' von einzelnen Parteien mehr oder weniger authentisch aufgenommen und im politischen Raum konfliktorisch vertretenen oder ideologisch überhöht werden. Daraus resultiert zwar eine engere Bindung zwischen der Partei und ihrer Basis, der ihre politische Organisation ganz besonders glaubwürdig erscheint; diese Gesamtsituation aber führt auf die Dauer zu schweren Steuerungsproblemen des politischen Entscheidungszentrums infolge mangelnder Integrations- und Generalisierungsfähigkeiten des Parteiensystems. Die Folge sind Legitimationskrisen und die Gefährdung des sozio-politischen Reproduktionsprozesses, dessen Garanten ihre Daseinsberechtigung nicht mehr länger durch materielle Leistungen unter Beweis stellen können.
- Oder ein Zweiparteiensystem, das infolge der sozialstrukturellen Heterogenität der Basis nur aus Volksparteien bestehen kann, baut auf einer stark aggregierenden Großverbandstruktur auf. In diesem Fall werden soziale Interessen, sofern sie in den politischen Raum weitergegeben werden, unter Gemeinwohlbezug aufeinander zugetrieben, d.h., es erfolgt ihre Umformulierung auf einen gesellschaftlich durchschnittlichen Grad an Betroffenheit und Anspruch auf Problemlösung hin. Dabei kommt es sehr wohl zu einer strukturellen Privilegierung von Kapitalinteressen, da anders die zentrale parteienstaatliche Aufgabe der Sicherung des Akkumulationsprozesses nicht bewältigt werden kann. Aber dies muß immerhin den Anschein tragen, im allgemeinen Interesse zu liegen, d.h., Zweiparteiensysteme sind auf die Erhaltung eines hohen gesellschaftlichen Konsensniveaus angewiesen.[35] Bei massivem Aufbrechen sozialer Konflikte müßten sie nämlich von innen heraus gesprengt werden, da sie allzu viele gegensätzliche Interessen in sich umfassen. Folglich müssen sie Kapitalinteressen als Sachzwänge an ihre Basis vermitteln,

die im Interesse der Allgemeinheit zu beachten seien. Darüber hinaus kann vermutet werden, daß eine bruchlose Vertretung ausschließlich kapitalistischer Interessen keiner Volkspartei möglich sein dürfte, da sie dadurch einen (wenn auch unterschiedlich großen) Teil ihrer Mitglieder und Wähler abschrecken würde und als Regierung enorme Widerstände von Teilen der gesellschaftlichen Basis induzieren müßte. Zweifellos müssen gerade Volksparteien materielle Leistungen für ihre jeweilige Basis erbringen, da die in ihnen zusammengefaßten heterogenen sozialen Interessen schwerlich ohne konkrete wohlfahrtsstaatliche Umverteilungs- und Reformpolitik zusammengehalten werden können. Die bruchlose Umsetzung einzel- bzw. großkapitalistischer Interessen können sie legitimatorisch kaum verkraften; sie müssen sie auf eine 'mittlere Linie' abschleifen. So kann für das Zweiparteiensystem ähnliches wie für die Kooperation der Industrieverbände formuliert werden: Es tendiert zur Dehnung und Glättung konflikterzeugender Verwerfungen, allerdings nun nicht mehr am Grundantagonismus selbst, sondern an seinen gesamtgesellschaftlichen Bedingungen und Folgen, soweit sie als Gegenstand der Politik anerkannt werden.

Es dürfte deutlich geworden sein, daß die Struktur eines gegebenen Parteiensystems immer im Zusammenhang mit dem ihm vorgeschalteten Interessengruppensystem betrachtet werden muß, da die Selektionswirkungen beider Ebenen unauflöslich miteinander verknüpft sind. Dabei können die Parteien kaum anders, als auf das Interessenmaterial zurückzugreifen, so wie es ihnen von den Verbänden geliefert wird. Je nachdem, ob die sozio-ökonomische Organisationsform von Interessen stark konfliktorisch oder hochgradig aggregierend angelegt ist, (was selbstverständlich seinerseits wiederum wesentlich vom Grad der Stabilität des ökonomischen Reproduktionsprozesses abhängig ist), wird auch das Parteiensystem zersplittert oder konzentriert sein. In jedem Falle geht es dabei um die Verkürzung von Interessen, die aus dem sozialen Grundwiderspruch erwachsen, um eben diesen antagonistischen Charakter: Im Zusammenwirken von Verbänden und Parteien werden aus ihnen mehr oder weniger scharf voneinander abgrenzbare und abgegrenzte, durch systemkonforme Methoden zu bewältigende verteilungs- und reformpolitische 'issues'.
Es wäre nun allerdings ein Irrtum, betrachtete man die Parteien nur als hilflos dem Handeln der Verbände ausgelieferte 'Fortsetzung der Interessengruppen-Politik mit anderen Mitteln'. Stattdessen muß das Verhältnis beider als eines von Kooperation und Konkurrenz, Arbeitsteilung und Rivalität gesehen werden, in dem beide über ganz spezifische Machtressourcen verfügen. Wenn die Macht der Verbände in ihrer Nähe zur gesellschaftlichen Basis besteht, in der relativen inneren Widerspruchsfreiheit der jeweils zusammengefassten Interessenpotentiale und in der Dringlichkeit der vertretenen Interessen für die Interessenträger selbst, so liegt die Stärke der Parteien in ihrem Monopol des Staatszuganges über den Wahlakt, an dem sie, nicht aber die Verbände, teilnehmen und in ihrem Angebot ganzheitlicher sinnstiftender Weltbilder, Orientierungen und Interpretationen der äußeren Realität, das der Ausdruck ihrer vorrangig generalisierenden Interessenverarbeitung ist. Hierauf geht im übrigen auch die traditionelle Unterscheidung zwischen konservativen, liberalen und sozialdemokratischen sowie sozialistischen und kommunistischen Parteien zurück, die an anderer Stelle noch genauer zu betrachten sein wird. Diese unterschiedlichen parteipolitischen Strömungen resultieren aus der historisch eingebundenen, je spezifisch bestimmten Integrationsleistung der Parteien gegenüber den heterogenen gesellschaftlichen Interessenpotentialen.

Geraten die Verbände unter Druck, weil die sehr konkret erfahrbaren Interessen, die sie zu realisieren haben, auf materielle Leistung drängen, mit allen Konsequenzen für die legitimatorische Verankerung der Organisationen, so riskieren die Parteien stets den Verlust von Teilen ihrer Basis, die sich in den hochgradig generalisierten, aggregierten und integrierten Interessenpaketen nicht mehr wiederfinden, mit denen die Parteien umgehen. Wenn die sozio-ökonomischen Hauptverbände über die Aushandlung des Preises der Ware Arbeitskraft die Dominanz von Warenverkäuferinteressen stets neu sicherstellen und den materiellen Rahmen stecken, innerhalb dessen

die Parteien als Träger der Regierung im wesentlichen nur noch agieren können[36], so treffen dennoch die Parteien im Staat qua Gesetz allgemeinverbindliche Regelungen, deren Reichweite über die tarifvertraglicher Vereinbarungen deutlich hinausgehen kann und entsprechend breite Legitimation nach sich ziehen wird. Selektivität im Sinne von Abgrenzung einerseits, Generalisierung andererseits, stellt somit das Charakteristikum der Verbände und Parteien dar, das sie vor allem unterscheidet, aus dem ihre je spezifischen Stärken, aber auch Schwächen resultieren. Diese Selektivitätsstrukturen wirken komplementär, betrachtet man den Gesamtprozeß der Umarbeitung von Herrschaftsinteressen in Verteilungs'issues': Die sozio-ökonomischen Großverbände leisten den ersten Schritt der Reduktion von antagonistischen Konfliktgegnern auf verschiedene Fraktionen von Warenbesitzern; die Parteien tun ein übriges und ordnen die so umgeformten Interessen in noch größere, umfassendere Aggregate von (Umverteilungs-)Interessen ein, bis am Ende der Staat, von ihnen besetzt und geführt, die Gewährleistung ökonomischer Kontinuität und sozialer Befriedung durch Wohlfahrtsmaximierung möglichst aller gesellschaftlicher Gruppen unter Gemeinwohlbezug betreiben kann. Zweifellos werden dabei die konfliktfähigsten Gruppen auch die größten Wohlstandssteigerungen durchsetzen können; aber sie treten eben nurmehr als Gruppen neben anderen Gruppen auf, als besonders mächtige vielleicht, aber jedenfalls nicht mehr als Repräsentanten eines fundamentalen Konflikts, der eines Tages Staat und Gesellschaft von innen heraus auseinanderreißen könnte.[37]

Aber Verbände und Parteien sind nicht nur gemeinsame Bestandteile eines organisatorischen Kontinuums der Interessenverarbeitung; sie sind als Organisationen Rivalen um organisationserhaltende Ressourcen[38], d.h. für Massenorganisationen ohne Zwangscharakter aber immer: um die 'Ressource Legitimation'. Was Wunder, daß sie einander stets auch die je spezifische Stärke des anderen streitig zu machen suchen.
Konkret bedeutet das, daß die Verbände auch Interessen generalisieren, die Parteien auch voneinander abgegrenzte besondere Interessen aufgreifen und gezielt realisieren. Denn gerade die Dachverbände von Lohnarbeit und Kapital bieten umfassende Deutungsmuster der gesellschaftlichen Realität an, in denen das Verhältnis beider Gegenspieler in ein Gesamtbild sozio-ökonomischer und sozio-politischer Zustände eingeordnet und der je eigenen sozialen Basis ein gesellschaftliches Selbstbild, soziale Identität als Gruppe, Schicht oder Klasse, vermittelt wird. Sinnstiftung, Tradition und Zukunftsvorstellungen der Großverbände werden als integrierte soziale Perzeptionsmuster an ihre jeweiligen Mitglieder weitergegeben, nicht zuletzt in der Hoffnung, benachbarte, 'angrenzende' soziale Interessenträger möchten sich darin wiederfinden und sich dem Verband anschließen, mindestens aber als Bündnispartner zur Verfügung stehen. D.h., auch den Interessengruppen wohnt eine gewisse Tendenz inne, ihre je eigene Basis auszuweiten, nicht zuletzt in Rivalität zum immer weiter ausgreifenden interventionistischen Sozialstaat, der sich gegenüber großen Teilen der Gesellschaft infolge seiner Umverteilungspolitik eben auch durch Leistung legitimieren kann und damit das Existenzprinzip der Verbände möglicherweise bedroht.[39]
Es ist evident, daß ein zu breites 'Ausufern' der Verbände ihr spezifisches Charakteristikum gefährdet, nämlich die Erfassung und (partielle) Realisierung klar abgrenzbarer sozialer Interessenpakete. Ebenso eindeutig ist aber auch, daß ihr Wandel zu aggregierenden und selbst schon teilweise integrierenden und generalisierenden Großorganisationen den Daseinszweck der Parteien erschüttert, der gerade in der Generalisierung und harmonisierenden Befriedigung von Durchschnittsinteressen besteht. Dem entspricht das umgekehrte Bestreben der Parteien, an den Verbänden vorbei direkt in die gesellschaftliche Basis vorzustoßen und sich dort autonom zu verankern, sei es in Gruppen, die von den Verbänden vernachlässigt werden (vorzugsweise Nicht-Warenverkäufer, deren Interessen allerdings auch weniger organisations- und konfliktfähig sind), sei es durch das Angebot globaler gesellschaftlicher Reformen, deren Allgemeinheitsgrad und Reichweite Innovationen seitens der Verbände bei weitem übertreffen.[40] Schließlich können sie sich auch darum bemühen,

ihren Zugang zum Staat so auszubauen, daß die Verbände an ihnen als den 'Pförtnern zur Staatsgewalt' wirklich nicht vorbeikommen.
Besonders ein Teilbereich des Verhältnisses von Verbänden und Parteien steht - wie bereits erwähnt - im Mittelpunkt des Forschungsinteresses, soweit es sich mit diesen Fragen überhaupt befaßt: die Beziehungen zwischen Gewerkschaften und (sozialdemokratischen) Arbeiterparteien. Bemerkenswerterweise herrschen dabei Tendenzen vor, die Gewerkschaften als den unterlegenen Teil dieses Bündnisses zu betrachten. So untersucht von Beyme die Faktoren gewerkschaftlicher Konfliktfähigkeit gegenüber der regierenden Sozialdemokratie und postuliert, selbst bei gelockerten Beziehung zwischen beiden Organisationen sei eine gewerkschaftliche Autonomiesteigerung nicht gewährleistet, da die Regierung neuartige Integrationsinstrumente wie etwa die Konzertierte Aktion bereitstelle.[41] Ebenso wie Hartwich hält er eine 'dritte Säule der Arbeiterbewegung' für erforderlich, die räteförmig strukturiert sein müsse.[42]
Ähnliche Überlegungen klingen auch bei Raschke an, wenn er schreibt, im Gegensatz zu den Unternehmerverbänden, die höchst erfolgreich den direkten Zugang zur Exekutive und Administration suchten, seien die Gewerkschaften auf den 'Umweg' über die Mobilisierung befreundeter Parteien und der öffentlichen Meinung für ihre Forderungen angewiesen.[43] Grundsätzlich vertritt er die Überzeugung, die Verbände zögen es vor, außerhalb der Parteien zu bleiben, um nicht deren Spielregeln unterworfen zu werden; eine Ausnahme bestehe eventuell in der Kooperation von innergewerkschaftlichen und innerparteilichen Oppositionsgruppen. Davon abgesehen habe der institutionalisierte innerparteiliche Gewerkschaftseinfluß in der Regel der Stabilisierung der Parteiführung gedient.[44]
Demgegenüber entwickelt Deppe eine Konzeption des Verhältnisses von ökonomischem und politischem Kampf, die auf ganz grundsätzlicher Ebene die Beziehungen zwischen Gewerkschaft und Arbeiterpartei(en) klären will:
"Die gewerkschaftliche Autonomie ist prinzipiellen Schranken unterworfen, weil die Vertretung der unmittelbaren ökonomischen Interessen der Lohnarbeiter die Gesetze der kapitalistischen Ökonomie nicht außer Kraft setzt, sondern selbst noch zu einer Bedingung ihrer Durchsetzung wird. Das Überschreiten dieser Schranken - die Konstitution von Autonomie - vollzieht sich in dem Maße, wie der antagonistische Charakter der Interessenvertretung praktisch und bewußt wird und wie - in der Konsequenz - der Kampf der Gewerkschaften sich einfügt in die Gesamtbewegung der Arbeiterklasse, allgemein wird, und darin die Trennung des ökonomischen und des politischen Kampfes der Arbeiterbewegung überwindet, ohne daß damit z.B. die organisatorische Besonderung von Parteien und Gewerkschaften aufgehoben werden müßte. Die selbständige Existenzberechtigung und-notwendigkeit der Gewerkschaften ergibt sich aus ihrer Aufgabe, die Reproduktionsinteressen der Arbeitskraft gegenüber dem Kapital und dem Staat zu vertreten und dabei ihre Macht zu stärken, indem sie einen möglichst hohen Anteil der Lohnabhängigen organisieren. Diese Aufgabe kann den Gewerkschaften nicht von einer anderen Organisation abgenommen werden. Ebensowenig sind die Gewerkschaften aufgrund dieser Aufgabenstellung in der Lage, anstelle der politischen Parteien der Arbeiterbewegung die Repräsentanz der Gesamtheit der Interessen der Lohnabhängigen - im gesamtpolitischen Bereich, auf der Ebene der staatlichen Entscheidungen und Institutionen, in der Auseinandersetzung um die Herstellung sozialer und politischer Bündniskonstellationen, in der Vermittlung der nationalen und internationalen Politik - zu übernehmen."[45]
Zwar formuliert Deppe an anderer Stelle ganz klar: "Dieses Verständnis von Klassenautonomie schließt aber zugleich den Anspruch der Autonomie der Gewerkschaften gegenüber den politischen Parteien der Arbeiterbewegung ein. Der 'Führungsanspruch' der Partei gegenüber der Gewerkschaftsbewegung wird... ebenso abgelehnt wie die Konzeption des 'Transmissionsriemens', derzufolge den Gewerkschaften die Aufgabe zufalle, die politische Linie der Partei (der 'Avantgarde') an die Massen zu vermitteln."[46] Aber es wird im Verlauf seiner Studie nie so recht deutlich, wie die Gewichte zwischen beiden Organisationstypen denn nun wirklich verteilt sind und weshalb es unnötig, vielleicht sogar falsch sei, "die organisatorische Besonderung von Parteien und Gewerkschaften" aufzuheben.[47] Denn prinzipiell ist zunächst einmal nicht einzusehen, weshalb nicht auch die Gewerkschaften die ganze Bandbreite

lohnabhängiger Klasseninteressen einschließlich ihrer systemtranszendierenden Dimension gegenüber Staat und Kapital vertreten können sollen.

Auch hier, wie im Falle der Diskussion um das Verhältnis von Staat und Gesellschaft, scheint im Hintergrund der Auseinandersetzung eine Auffassung zu stehen, die entweder abgelehnt oder angenommen, selten aber offen thematisiert wird: die lange Tradition speziell der deutschen Organisationsgeschichte der Arbeiterbewegung, in der die Gewerkschaften als relativ begrenzte Instrumente des ökonomischen Tageskampfes betrachtet wurden, die sich der überlegenen, weil umfassend formulierten und zukunftsweisenden Programmatik der Partei zu unterwerfen hätten. Die Revolution sei die Sache der Partei - die extreme Fassung dieses Konzepts besteht in der Lenin'schen Partei- und Revolutionstheorie (und -praxis!).[48] Ob diese Einschätzung richtig oder falsch ist, soll hier nicht erörtert werden; denn sie bezieht sich auf die Prämisse, daß die gesamte Arbeiterbewegung eine revolutionäre Stoßrichtung verfolgt. Diese Voraussetzung, so wird an dieser Stelle behauptet, existiert für die bestehenden Gewerkschaften und sozialdemokratischen Arbeiterparteien jedenfalls der westeuropäischen Industriestaaten derzeit nicht.[49] D.h., es führt mindestens für die Geschichte dieses Jahrhunderts in die Irre strategischer Option statt zu analytischer Klarheit, das Verhältnis dieser beiden Organisationstypen unter dem Blickwinkel ihres je spezifischen möglichen Beitrags zu einem wie immer gearteten revolutionären Prozeß zu betrachten; vielmehr scheint es sinnvoller, ihren jeweiligen Beitrag zu dem spezifischen Prozeß der Reproduktion der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft in Form der Umarbeitung von Interessen zu untersuchen.[50] Und in dieser Hinsicht zeigt sich das Verhältnis beider Organisationen in einem ganz anderen Licht. Denn in Anbetracht dessen, was über die je unterschiedliche Nähe zu und Bindung an die gesellschaftliche Basis von Verbänden und Parteien entwickelt wurde, liegt die Vermutung nahe, daß die Gewerkschaften zunächst einmal der dominierende Teil dieser Beziehung sind. Zum einen, weil sie die materiellen Reproduktionsinteressen der Lohnabhängigen sehr viel konkreter durchsetzen können (im Tarifsystem) als eine sozialdemokratisch geführte Regierung; zum anderen, weil sie durch ihr Zusammenwirken mit den Organisationen des Kapitals den Umverteilungsspielraum abstecken, der den sozialdemokratischen Parteien noch verbleibt. Gewiß verfügt auch die sozialdemokratische Partei über den Zugang zum Staatsapparat, der den Gewerkschaften fehlt; aber in Anlehnung Wiesenthals exit-voice-Theorie[51] wird hier gefragt: Wer verfügt in dieser Bündniskonstellation über die weitreichenderen Alternativen? Die Gewerkschaften haben sicherlich größere Schwierigkeiten, ihre Forderungen gegenüber einer konservativen Regierung anzumelden und durchzusetzen als im Falle sozialdemokratischer Regierungsführung. Aber worin bestünde der gesellschaftliche Unterbau der sozialdemokratischen Partei und wie wäre es um ihre Chancen, überhaupt an die Regierung gewählt zu werden, bestellt, würden sich die Gewerkschaften ernsthaft von ihr abwenden?
So erweist es sich denn als sinnvoll, abschließend die Fragestellung dieses Teils der vorliegenden Arbeit noch einmal zu differenzieren, und zwar danach, wie sich das Verhältnis bestimmter Verbände zu bestimmten Parteien unter je spezifischen ökonomischen Rahmenbedingungen gestaltet. Dazu kann der Begriff der 'Geschlossenheit', als Appell von Parteiführungen an ihre Mitglieder, gute Dienste leisten.

Er taucht in neueren Analysen der SPD[52] und der CDU[53] auf, sobald es um Offenheit und Transparenz des parteiinternen Willensbildungsprozesses sowie um das Zulassen innerorganisatorischer (Interessen-)Gruppenkonflikte geht. Dies führt zu der Überlegung, ob nicht für das spezielle Verhältnis zwischen Verbänden und Parteien 'Geschlossenheit' den Versuch bedeutet, über den engen Zusammenhalt der Parteimitglieder als Parteimitglieder Einbrüche der Interessengruppen zu verhindern. In diesem Zusammenhang ist der Hinweis Knorrs[54] von Interesse, wonach die christlich orientierten CDU-Abgeordneten, die zugleich Gewerkschaftsmitglieder waren, sich während der Großen Koalition eher parteiloyal verhielten, während SPD-Abgeordnete mit gewerkschaftlicher Mitgliedschaft eher gewerkschaftsloyal auftraten. Dies verweist auf die unterschiedliche Auswirkung einerseits konfessionell geprägter,

andererseits religiös nicht gebundener Gewerkschaftszugehörigkeit: Die erstere kann sich über den speziellen, nämlich religiösen Filter der Interessenwahrnehmung und -auswahl leichter von unmittelbar-materiellen Reproduktionsbedürfnissen und -forderungen lösen und besitzt damit größere Affinität zu den im 'politischen Bereich' angesiedelten Parteien als letztere. 'Geschlossenheit' im beschriebenen Sinne wäre demnach in ihrer Funktion als Abwehr von Interessengruppen am ehesten in solchen Parteien zu finden, die - als Nachfolger früherer Ideenparteien - noch ideologische Deutungsmuster, welcher Art auch immer, anbieten und vermitteln können, über deren Aktivierung wohl in der Tat zumindest befristet ein Abschotten der Partei gegenüber externen Interesseneinflüssen erreicht werden könnte. Damit aber ist gerade die Chance zum rationalen Umgang mit den Verbänden verspielt, mit denen es entweder zu offenen und dauerhaft nicht lösbaren Konflikten kommt oder die ihren Weg auf die Dauer trotzdem in die Partei finden, aufgrund ihrer faktischen Macht, aber auch wegen der im Zeitalter des hochtechnisierten und durchrationalisierten Spätkapitalismus tendenziell geringer werdenen Bindekraft irrationaler Ideologien. Demgegenüber bedeutet 'Geschlossenheit' für sozialdemokratische Parteien einerseits eine lange historische Tradition und das Wissen, anders keinerlei Veränderungen gegebener Strukturen erzwingen zu können, aber andererseits ganz sicher auch einen Filter, der das Überhandnehmen allzu systemkritischer Orientierungen, heutzutage oft schon deren allzu vernehmliches Auftreten in der Öffentlichkeit, verhindern soll. Dabei wird die Partei von denjenigen Gewerkschaftsströmungen unterstützt werden, die ihrerseits klar für kooperatives, systemintegriertes Handeln votieren - und selbst sehr viel Wert auf 'Geschlossenheit' in den eigenen Reihen legen. Somit stellt sich das 'Prinzip Geschlossenheit' für sozialdemokratische Parteien und Gewerkschaften sowohl als Filter innerhalb der je eigenen Organisation als auch als nicht zu unterschätzendes Bindeglied zwischen beiden Organisationstypen dar.[55)]

Was den Einfluß der sozio-ökonomischen Rahmenbedingungen auf das Verhältnis verschiedener Interessengruppen zu den unterschiedlich ausgerichteten Parteitypen betrifft, so hat Knorr aus einer Analyse des wachsenden Verbändeeinflusses in den Fraktionen von SPD und CDU in den Jahren der Großen Koalition die These abgeleitet, die Macht der Interessengruppen sei grundsätzlich nicht von parlamentarischen Konstellationen abhängig, sondern von der jeweiligen ökonomischen Lage: Praktisch nur während einer Rezession bestehe Einigkeit zwischen allen Interessengruppen, die Regierung zu unterstützen, bzw. zu dieser Einsicht könnten sie nur in diesen Zeiten genötigt werden. Bei Hochkonjunktur dagegen, gar in Zeiten des latenten Dauerwahlkampfes, sei der Einfluß der Interessengruppen in der Reihen der Parteien kaum noch zu beschneiden.[56)]

Die These von der Einigkeit der Interessenten in der Rezession dürfte sich auf die Erfahrung von 1966/67 stützen, aber wohl auch darüber hinaus kaum haltbar sein. Je länger die Krise der siebziger und frühen achtziger Jahre anhielt, desto schärfer wurden die Gegensätze zwischen den Organisationen von Lohnarbeit und Kapital, und es dürfte sich wohl auch für andere Interessengruppen das Bemühen zeigen lassen, wenigstens die eigene Haut zu retten, die eigenen Schafe ins Trockene zu bringen. Eine derartige Konkordanz im Sinne der Unterstützung der Regierung liegt auch dauerhaft gar nicht in der Macht der Interessengruppen, die von der Wucht der Krise, von den wachsenden Schwierigkeiten des Geschäfts, Interessen zu vertreten und auch durchzusetzen, gegenüber einer Vielfalt konkurrierender Interessengruppen, quasi automatisch auseinandergetrieben werden.

Und auch die Annahme Knorrs, die Hochkonjunktur stelle die günstigste Voraussetzung für die Durchsetzung von Verbandsforderungen dar, dürfte nur für bestimmte Organisationen gelten: Ganz sicher für die Gewerkschaften, die für strukturverändernde Reformen jedenfalls zum Teil ebenso auf die finanziellen Polster der Hochkonjunktur angewiesen sind wie für verteilungspolitische Ziele, und die in dieser Zeit selbst auch über das größte Drohpotential verfügen. Sicher gilt diese These auch für jene Interessengruppen, die finanzielle Zuwendungen vom Staat verlangen und auch erhal-

ten (Bauern, mittelständische und großindustrielle Subventionsempfänger usw.). Ungünstiger dagegen wird die Lage für jene Gruppen, denen an der Erhaltung des Status quo gelegen ist, allen voran den Unternehmern, insbesondere in ihrer Eigenschaft als Arbeitgeber, aber gewiß auch anderen privilegierten Gruppen. Sie alle geraten möglicherweise gerade in der Hochkonjunktur, wenn der Staat endlich über finanzielle Ressourcen und größere Handlungsspielräume verfügt, unter den Druck seiner Reformversuche, die möglicherweise von anderen, durch den ökonomischen Aufschwung direkt begünstigten Gruppen gefordert und erzwungen werden. Und die Unternehmer können jedenfalls gegenüber einer (struktur-)reformorientierten Regierung eigentlich nur an einer wirtschaftlichen Krise interessiert sein, da nichts den Handlungsspielraum und -willen von Regierungen so nachhaltig beschneidet wie diese. (Damit soll allerdings nicht der These von der gewollten und gemachten Rezession das Wort geredet werden, die faktischen Zusammenhänge dürften komplizierter sein.) Daher soll hier die Auffassung vertreten werden, daß - für die zu untersuchenden Organisationen von Lohnarbeit und Kapital - ökonomische Situationsveränderungen unterschiedliche Konsequenzen hinsichtlich der Durchsetzungschancen gegenüber Staat und Regierung zeitigen:
Auf der Grundlage einer unbestritten disparitären Verteilung struktureller Chancen der Ausübung von Dispositions- und Einflußmacht zugunsten der Unternehmer favorisiert dennoch der Aufschwung latent die Gewerkschaften, zumal dann, wenn die Regierung sozialdemokratisch geführt ist, bei dem Versuch, inhaltliche, den Status quo verändernde Reformen zu fordern und zu initiieren. Demgegenüber stellt die ökonomische Krise eine maßgebliche Rahmenbedingung für das unternehmerische Bemühen dar, Erfolge der Gewerkschaften auf diesem Gebiet wieder rückgängig zu machen oder gänzlich vorab zu verhindern.
Im übrigen läßt sich die Fragestellung auch für den umgekehrten Blickwinkel der Abgrenzungschancen der Parteien gegenüber den Verbänden ausdifferenzieren: Sozialdemokratische Regierungen haben in der Hochkonjunktur die meisten Chancen, aktivreformierend tätig zu werden (aber auch: tätig werden zu müssen!) und damit sowohl ihre eigene Basis als auch die Gewerkschaften an sich zu binden und zu pazifieren. Sie induzieren damit allerdings den Widerstand derjenigen, die an der Erhaltung des Status quo interessiert sind, möglicherweise sogar bis hin zur Krise, die dann nicht nur ihre sämtlichen Veränderungsabsichten konterkariert, sondern auch in der Regel zu massiven Spannungen zwischen Parteispitze und -basis sowie den Gewerkschaften führt. Von bürgerlich-konservativen bzw. -liberalen oder beiden geführte Regierungen hingegen, zumal dann, wenn sie parteiintern, historisch, organisatorisch und programmatisch (noch) keine entschiedene Trennungslinie zu den verschiedenen Interessengruppen gezogen haben, geraten in der Hochkonjunktur in Gefahr, Politik als das Ausleeren von Fortuna's Füllhörnern mißzuverstehen und damit auch die eigenen Handlungschancen drastisch zu beschneiden. Für sie stellen im Grunde die ökonomischen Krisenzeiten günstigere Rahmenbedingungen, was die Abwehr strukturverändernder Forderungen und die Erhaltung des Status quo betrifft; allerdings dürften sie dann relativ rasch an Unterstützung sowohl seitens der Interessengruppen als auch ihrer eigenen Basis verlieren; dies umso schneller, je weniger programmatische (selegierende, aggregierende) Zwischenstufen zwischen Interessengruppenforderung und Parteipolitik in der Regierung liegen.

Damit nun ist ein Niveau der Konkretion der Darstellung erreicht, das es sinnvoll erscheinen läßt, auf die historisch-empirische Analyse überzugehen, um das bisher entwickelte theoretische Gerüst mit Leben zu erfüllen. Selbstverständlich kann es dabei nicht um die vollständige Beschreibung der Entwicklung des Verhältnisses von Verbänden und Parteien in den letzten hundert Jahren gehen. Vielmehr sollen Grundstrukturen dieser Beziehung und deren allmählicher Wandel nachgezeichnet werden; am Schluß dieses nächsten Kapitels soll eine knappe Skizze des organisationsinternen, personellen, thematischen und politisch-praktischen Ausdrucks der ausführlich beschriebenen strukturellen Selektivität des Verbände- und Parteiensystems, nun konkret bezogen auf die Bundesrepublik Deutschland, stehen, so wie es sich dem Betrachter westdeutscher Verhältnisse heute darbietet.

3.) Verbände, Parteien und Staat in Deutschland 1871 bis 1980 - Eine historische Skizze

Wie bereits erwähnt und wie auch aus der Kapitelüberschrift ersichtlich, kann an dieser Stelle nur in groben Umrissen nachgezeichnet werden, welchen Weg die historische Entwicklung des Verhältnisses der in der vorliegenden Arbeit im Mittelpunkt stehenden Organisationstypen zueinander im Rahmen des sich allmählich entfaltenden parlamentarisch-demokratischen interventionistischen Sozialstaats nahm. Es wird rasch deutlich werden, daß dieser Weg von der Zersplitterung der wesentlichen, den Organisationen jeweils zugrundeliegenden Interessenpotentiale und der Rivalität aller gegen alle über die zunehmende Strukturierung der gesellschaftlichen Interessenträger und ihre Konstituierung als klar abgrenzbare Bündnispartner bzw. Gegner zu einem arbeitsteiligen Zusammenwirken von Verbänden und Parteien führte, dem jedoch noch immer Elemente des Konkurrenzkampfes um die Ressource 'Massenlegitimation' und damit um die Macht anhaften, die aber beide infolge der wachsenden Fülle staatlicher Aufgaben ebenso zur internen Veränderung gezwungen wurden, wie sie diesen Aufgabenzuwachs selbst im jeweils eigenen organisationsinternen Interesse betrieben und gefördert haben. Am Ende steht die Beschreibung des Kartells von Großorganisationen, das gegenwärtig den Prozeß der Interessenverarbeitung in der Bundesrepublik leistet - mit charakteristischen Schwächen, Lücken und interen Umbrüchen.[1)]

3.1) Jeder gegen jeden - Antagonismen im Kaiserreich (1871 bis 1918)

Die These von der historischen Verspätung Deutschlands ist inzwischen wissenschaftliches Allgemeingut geworden[2)]; das Zurückbleiben der Industrialisierung und Demokratisierung des Landes gegenüber seinen westlichen Nachbarn zeitigte besonders für die Entwicklung der Verbände- und Parteien-struktur fatale Konsequenzen.

Infolge der unvollständigen Durchsetzung industriekapitalistischer Produktionsverhältnisse und des entsprechend stark erhaltenen Gewichts agrarisch-feudalistischer Interessen entstand im Kaiserreich ein Verbandssystem, das durch tiefgreifende ökonomische und ideologische Gegensätze gekennzeichnet war. Alte und neue Industrien organisierten sich getrennt voneinander im Centralverband Deutscher Industrieller (CDI) und im Bund der Industriellen (BdI), groß- und kleinagrarische Verbände entstanden im Bund der Landwirte (BdL) und im Zentralverband der Bauernvereine (ZdB); die Arbeiterklasse schließlich wurde nach ersten Ansätzen der Gewerkschaftsgründung zunächst durch das Wechselbad von staatlicher Repression und Sozialpolitik an der Selbstorganisation gehindert, um nach dieser Erfahrung stets drohender Illegalisierung verbal radikale, dabei aber an ihrer Verankerung im System existentiell interessierte Gewerkschaften zu bilden.[3)]

Wesentliche Ursache für die Ausbildung dieser Verbändestruktur waren der relativ späte, dafür aber um so rapidere Industrialisierungsschub, der ein ökonomisch starkes Bürgertum erst entstehen ließ, als der Entwicklungsstand der Produktivkräfte sowie der internationale Konkurrenzdruck dieses bereits zur Spaltung in alte und neue Industrien sowie in export- und binnenmarktorientierte Branchen zwang; die fortbestehende scharfe Ausdifferenzierung einzelner "Sozialmilieus"[4)], innerhalb derer Faktoren wie Religion, regionale Traditionen etc. eben aufgrund der verspäteten Durchkapitalisierung der Wirtschaft das allgemeine Interesse am Verkauf der je eigenen Ware überlagern und so die rational-kooperative Haltung aller Verbände zueinander verhindern konnten, sowie schließlich die enorm tiefgehende und langanhaltende Wirtschaftskrise ab 1873, die zum Einsatz staatlicher Schutzmittel der nationalen Wirtschaft führte.[5)]

Betrachtet man die unterschiedliche Entwicklung der Verbändeentstehung in den

Lagern von Lohnarbeit und Kapital sowie bei den damals noch ökonomisch wie politisch höchst relevanten Agrariern, so gewinnt man fast den Eindruck, als ob eine Zeitlang auf seiten der im Kaiserreich Herrschenden die Hoffnung bestanden habe, den modernen Prozeß der gesellschaftlichen und politischen Organisierung überhaupt auf (Groß-)Landwirte und Unternehmer beschränken zu können, einschließlich der aus ihm erwachsenden Machtgewinne gegenüber gesellschaftlichen und politischen Kontrahenten und dem Staat.[6] So schreibt Kaelble über den schwerindustriell dominierten CDI: "Der Patriarchalismus blieb selbst dann noch Ideologie auch des liberalen Flügels der CVDI-Leitung, als er von einem Teil der Mitglieder schon aufgegeben worden war ... Deshalb sollte auch die Grundlage des Patriarchalismus, die privatrechtliche Regelung der Arbeitsverhältnisse, gewahrt bleiben".[7]

So zeigt auch die Geschichte des Entstehens von Arbeiterorganisationen, wie lange die Lohnabhängigen selbst zum Bündnis mit ihrem Klassengegner bereit waren, angesichts der Fortdauer vorkapitalistischer Strukturen in Wirtschaft, Gesellschaft und Staat. Die frühesten Vereinigungen[8] von Arbeitern in den dreißiger und vierziger Jahren des 19. Jahrhunderts fanden ihren Ausgangspunkt in der beginnenden Industrialisierung, die mit der Pauperisierung breiter Bevölkerungsschichten einherging, und sie kristallisierten sich von Anfang an um das Kampfmittel des Streiks. Aufgrund des Fortbestehens halbabsolutistischer Zustände in Deutschland waren diese Organisationen zunächst begehrte Bündnispartner des Bürgertums, das noch um seine volle politische Emanzipation zu kämpfen hatte. In diesem Bündnis verfolgten die Arbeiterorganisationen Ziele, die die ökonomische Besserstellung der Arbeiterschaft eng mit politischen Forderungen wie Koalitions- und Wahlrecht verknüpften. In der 1848er Revolution konnten sowohl das Koalitions- als auch das Streikrecht als auch Arbeitszeitverkürzungen erkämpft werden; letztere hatte Marx immer für einen der wichtigsten Hebel zur Verbindung des ökonomischen mit dem politischen Kampf gehalten.[9] In der Berliner 'Arbeiterverbrüderung' war eine Organisation entstanden, die in der Revolution um ökonomische u n d weitreichende politische Umwälzungen zugleich kämpfte.[10]

Aber das Scheitern der Revolution und das folgende Zusammengehen von Bürgertum und spätfeudalen Kräften machte diese Ansätze des umfassenden Kampfes um soziale und politische Emanzipation der Arbeiterklasse zunichte. Die stufenweise Lösung vom ehemaligen Bündnispartner geschah in der folgenschweren Gründung zweier Organisationen, die beide auf den im engeren Sinne politischen Kampf zielten und in sich zerstritten waren, was die Einschätzung der Bedeutung der gewerkschaftlichen Bemühungen um die Besserstellung der Lohnabhängigen für die Gesamtbewegung der Arbeiterklasse betraf. Der von Lasalle 1863 gegründete Allgemeine Deutsche Arbeiterverein (ADAV) wurde von dem Gedanken der Bedeutungslosigkeit des politischen und tendenziell auch des ökonomischen Kampfes der Gewerkschaften beherrscht und fand in der 1869 von Bebel und Liebknecht geschaffenen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SAP) einen orgnisatorischen Widerpart, der in dem Ausmaß zur Massenbewegung anschwoll, in dem der ADAV durch den lassalleanisch begründeten Zentralisierungsdruck den Kontakt zur unmittelbaren gesellschaftlichen Interessenentstehung und -artikulation verlor. Lassalleaner und Eisenacher fanden sich zwar angesichts des Bündnisses von Bürgertum und Junkern 1875 in der Sozialistischen Arbeiterpartei zusammen. Aber der inhaltliche, strategisch entscheidende Konflikt, welche Rolle die Gewerkschaften im Kampf der Arbeiterbewegung insgesamt spielen sollten, war ungelöst geblieben, und so existierten keine klaren Konzepte zum Einsatz der bislang entstandenen Fachvereine und Berufsverbände, als 1878 das Sozialistengesetz zum zweiten Mal die organisatorischen Fundamente der Arbeiterbewegung zerschlug.

Im Rückblick scheint es so, als ob die Zeit der Illegalität entscheidende Weichen für die Entstehung von überwiegend ökonomisch orientierten Gewerkschaften gestellt hätte.[11] Nach 1878 erlangte die Sozialistische Arbeiterpartei nämlich aufgrund ihrer relativ weiterentwickelten organisatorischen und ideologischen Konzeptionen eine Führungsrolle innerhalb der Arbeiterbewegung, und dieser Partei verblieb das

Parlament als einzige legale Aktionsmöglichkeit. Solcherart zur Selbstparlamentarisierung[12] gezwungen, half sie mit bei der Ausdifferenzierung berufsspezifischer Gewerkschaften, die erst allmählich durch das rasanter werdende Tempo der Industrialisierung vereinheitlichenden Tendenzen unterlagen. Die Partei wurde unter der Erfahrung staatlicher Repression zur Massenbewegung[13], als die Notwendigkeit des forcierten politischen Kampfes deutlich wurde. Die Gewerkschaften aber, zumeist auf berufsständischer Grundlage rekonstruiert und damit tendenziell ohnehin schon ökonomistisch orientiert, nahmen aus dieser Zeit die Erkenntnis mit, daß die Verknüpfung ökonomischer und politischer Ziele die Kriminalisierung und Zerschlagung ihrer eigenen Organisation erheblich erleichtert hatte.

So erreichte Bismarcks Repressionspolitik zwar nicht ihr eigentliches Ziel der Eliminierung der organisierten Arbeiterbewegung insgesamt - so weit zurück konnte das Rad der Geschichte nicht mehr gedreht werden. Aber sie bewirkte die folgenschwere Arbeitsteilung zwischen der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (SPD; seit 1890/91) und den Gewerkschaften, von denen sich erstere in zunehmendem Maße auf die Gesetzmäßigkeiten der Politik in der bürgerlichen Gesellschaft einließ, während letztere - in den neunziger Jahren nun selbst zur Massenbewegung werdend - sich immer stärker auf den ökonomischen Tageskampf fixierten.[14] Die Bedingungen für diesen Durchbruch zur Organisierung großer Teile der Arbeiterklasse waren mit der weitgehenden Industrialisierung in Deutschland nun endlich gegeben, die zu einer umfassenden, wenn auch noch keineswegs vollständigen Nivellierung der bislang noch stark ausdifferenzierten Lebens- und Arbeitssituationen der Lohnabhängigen führte.

Von hervorragender Bedeutung war die organisatorische Struktur, die diese Massenbewegung auf Betreiben der 1892 eingerichteten Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands annahm: Auf dem Halberstedter Gewerkschaftskongreß desselben Jahres nämlich wurde dem Versuch der sogenannten Lokalisten, ökonomische und politische Interessenvertretung miteinander zu verknüpfen, eine endgültige Absage erteilt. Zugleich überließ der Kongreß die Entscheidung, wie bald das grundsätzlich akzeptierte Industrieverbandssystem von den Berufsverbänden übernommen werden sollte, diesen selbst.[15] Diese Zentralisierung bei noch nicht gebrochener berufsständischer Gliederung erhöhte zwar die ökonomische Schlagkraft der Gewerkschaften und verhalf ihnen so zum Ausbau ihrer Basis. Aber es waren eben rein ökonomisch orientierte Organisationen, die allmählich der SPD an quantitativem Gewicht gleichkamen und sie bis 1914 darin sogar übertrafen.[16] Die Partei, hin- und hergerissen zwischen dem revolutionären Attentismus Kautskys und dem Revisionismus Bernsteins[17], vermochte keine Einordnung ökonomischer Kämpfe in eine Gesamtstrategie mehr zu leisten, und spätestens mit dem Ausgang der Massenstreikdebatte[18] war die Aufspaltung der Arbeiterbewegung in einen politisch und einen ökonomisch ausgerichteten Strang vollzogen worden.

Es wäre sinnlos, diese Aufsplitterung dem Fehlverhalten einzelner Gewerkschafts- oder Parteiführer zuzuschreiben und so die 'Schuld' an einer säkularen Entwicklung bestimmten Individuen anlasten zu wollen. Die späte, aber umso forciertere Industrialisierung Deutschlands, die Selbstaufgabe des Bürgertums in seinem politischen Kampf um die endgültige Verdrängung feudaler Relikte, das lange Fortwirken vorindustrieller Orientierungen in weiten Teilen der Arbeiterschaft, die Existenz konkurrierender Gewerkschaften besonders innerhalb der christlichen Arbeiterbewegung, die staatliche Repressionspolitik - alle diese und weitere Faktoren bildeten Rahmenbedingungen, die einer anderen Entwicklung zwar nicht grundsätzlich im Wege gestanden hätten, sie aber doch extrem erschwerten. Nun aber, da der Zustand der Arbeitsteilung zwischen Partei und Gewerkschaften einmal hergestellt worden war, konnte das Bestreben letzterer - wie oben ausführlich theoretisch entwickelt - nur noch im Ausbau ihrer Stellung als ökonomische Interessenvertretung der Arbeiterklasse im Kapitalismus bestehen; alles andere wäre der Selbstaufgabe als Organisation gleichkommen.

Aber nicht nur die Entscheidung für einen ökonomisch und einen politisch agierenden Teil der organisierten Arbeiterbewegung war bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges gefallen. Auch das zweite, oben theoretisch entfaltete Strukturprinzip des Verhältnisses von Verbänden und Parteien, nämlich das ihrer Rivalität untereinander, wird für die Klasse der Lohnabhängigen bereits faßbar. Schmidt/Seichter betonen für die Zeit der Sozialistengesetzgebung besonders die "vereinheitlichende Wirkung, die durch den Verzicht (der Gewerkschaften, C.S.) auf ausschließliche Bindung an eine der beiden Arbeiterparteien erzielt wurde."[19] Hier wird hingegen die Auffassung vertreten, daß mindestens ebenso bedeutsam für das Verhältnis von Gewerkschaften und Sozialdemokratie die Tatsache wurde, daß erst die Verbindung zur Partei kriminalisiert war, d.h., daß partei - unabhängige gewerkschaftliche Organisationen eher Überlebenschancen besaßen als eng und solidarisch mit der Partei verknüpfte.[20] Es ist nicht unwahrscheinlich, daß aus dieser Erfahrung die Geburtsstunde des bewußten organisatorischen Selbsterhaltungsinteresse der Gewerkschaften entstand, das 1933 dann so groteske und tragische Ausdrucksformen finden sollte.[21]

Deutlicher erkennbar wurde die Rivalität beider Organisationen dann in der bereits erwähnten Massenstreikdebatte, in der sich die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands erfolgreich jeden politisch-strategischen Führungsanspruch der Partei verbat.[22] Die Gewerkschaften hatten ihr oberstes Ziel in der Verankerung und Sicherung ihrer selbst als autonome Organisationen gefunden, und sie kämpften ebenso erbittert wie erfolgreich darum. Die Hauptetappen dieser Befestigung der gewerkschaftlichen Position bildeten das Vaterländische Hilfsdienstgesetz vom 2.12.1916[23], das Zentralarbeitsgemeinschaftsabkommen mit den Arbeitgebern vom 15.11.1918[24], die Verankerung der Tarifparteien und ihrer Autonomie in Artikel 165 der Weimarer Reichsverfassung[25] und das Betriebsrätegesetz von 1920[26]. Die notwendige Ergänzung dieses Prozesses bestand jedoch in der Verhinderung des Sieges der Rätebewegung in der Revolution von 1918, die auf ein erneutes Zusammenführen des ökonomischen mit dem politischen Kampf abzielte[27], und im Abbruch des Generalstreiks gegen Kapp, bevor die Neun-Punkte-Forderungen eine Chance zur Verwirklichung gehabt hätten.[28]

Aber zurück zum Kaiserreich. Es bedurfte erheblicher Veränderungen innerhalb des unternehmerischen Lagers, bis an gemeinsame autonome Tarifverträge auch nur gedacht werden konnte. Entscheidend für die Verbandsbildung innerhalb dieser gesellschaftlichen Klasse war nämlich, daß sie sich durch die ganze Zeit des Kaiserreichs hindurch keineswegs darüber einig war, welche gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse sie anstreben sollte. Dabei erfolgt hier eine Eingrenzung des 'Unternehmerlagers' auf die verschiedenen industriekapitalistischen Fraktionen, die ökonomisch den Kern des Produktions- und Verwertungsprozesses verkörperten und politisch dominierten gegenüber anderen Kapitalsektoren und deren Organisationen.

In den letzten Jahren sind drei sozialgeschichtliche Studien veröffentlicht worden, die hervorragende Informationen über die drei wichtigsten Unternehmerorganisationen dieser Zeit liefern: Kaelbles Arbeit über den CDI[24a], Ullmanns Untersuchung über dessen Konkurrenzorganisation, den BdI[25a], sowie die Studie von Mielke über den Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Indurstrie (HB)[26a]. Faßt man die Befunde aller drei Arbeiten zusammen und zieht noch die detaillierte Globaluntersuchung Blaichs[27a] hinzu, so bietet sich das Bild eines zutiefst zerstrittenen und fraktionierten Unternehmerlagers. Die alten Grundstoff-, Schwer- und Textilindustrien kämpften im und durch den CDI um Schutz vor der Weltmarktkonkurrenz und um die Sicherung ihres Herr-im-Hause-Status in Betrieb und Gesellschaft, zu keinerlei Konzessionen an die Arbeiterbewegung bereit und zur Stabilisierung ihrer Position auch zum Zusammengehen mit den Junkern entschlossen. Damit stand ihnen im BdL ein höchst schlagkräftiger und gerade im Umgang mit den politischen Parteien außerordentlich geschickter Bündnispartner zur Seite, der sich blendend der modernen Hebel der Massenorganisation und -propaganda zu bedienen wußte. Betrachtet man diese beiden Organisationen jedenfalls bis zum Ende des 19. Jahrhunderts, so möchte man glauben,

daß die alten gesellschaftlichen Mächte zunächst am erfolgreichsten neue politisch-strategische Mittel zur Sicherung ihrer Herrschaft anzuwenden verstanden.

Angesichts dieses Kartells, das sich gegenüber und im Rahmen der sich ausweitenden staatlichen Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik sehr erfolgreich durchsetzen konnte[28a], fanden sich 1895 die fertigindustriellen Branchen im BdI zusammen, um sich gegen ihren relativen wirtschaftlichen und politischen Bedeutungsverlust zur Wehr zu setzen, der aus dem Zusammenspiel zwischen hochkonzentrierter Grundstoff- und Produktionsmittelindustrie und staatlicher Bürokratie entstanden war.[29] Der BdI umfasste vor allem kleinere und mittlere Unternehmen der exportorientierten Leichtindustrie, die weder an staatlichem Protektionismus noch an kompromißlosen Positionen gegenüber den Lohnabhängigen interessiert sein konnten, da ihre Betriebe sehr viel stärker auf kooperativen Beziehungen zwischen (Familien-)Unternehmer und relativ kleiner, oft recht hoch qualifizierter Belegschaft basierten.[30]

Stellte der BdI somit den "Versuch" dar, "durch eine Schaukelpolitik zwischen Schwerindustrie auf der einen, Wachstumsbranchen, dem Bank- und Handelskapitel auf der anderen Seite die eigenen Interessen zur Geltung zu bringen"[31], und verstand er sich als solcher "als schutzbedürftiger industrieller Mittelstand, als ausgleichendes Element zwischen den Extremen von links und rechts"[32], so stellte der 1909 ins Leben gerufene Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie ein Bündnis von Großindustrie, aber auch kleineren leichtindustriellen Betrieben, Banken, Handel, Handwerk und - als angestrebter Massenbasis - Angestellten dar.[33] Hier waren nun diejenigen Kräfte vereinigt, die auf die Dauer Junkern und Schwerindustrie Paroli bieten konnten, aufgrund der objektiven Begünstigung dieser Branchen und Sektoren durch die kapitalistische Entwicklung. Daß dies im Kaiserreich nicht mehr gelang, wegen der noch immer zu starken ökonomischen, sozialen und politischen Differenzierung des Bürgertums, in dessen heterogener Struktur auch der HB noch ungenügend verankert war, hat Mielke zu Recht hervorgehoben.[34] Aber mit seiner Gründung war das unternehmerische Lager voll durchorganisiert, die interfraktionellen Gegensätze wurden durch - mehr oder weniger stark konzentrierte - Organisationen bestritten, und es zeichnete sich ab, daß auch die interne Einigung der Kapitalseite auf organisatorischer Ebene nicht mehr fern war.[35]

Wie in der Einleitung begründet, konzentriert sich die vorliegende Arbeit im Bereich der Verbände auf Gewerkschaften und Arbeitgeberorganisationen. Wenn hier dennoch der historische Überblick über die unternehmerische Verbandsbildung mit der Erwähnung von Wirtschaftsverbänden eröffnet wurde, die gerade nicht vorrangig Institutionen des innergesellschaftlichen Konfliktaustrags waren, sondern ihre Aktivitäten weit mehr auf den Staat und dessen spezifisch bestimmte Eingriffe in den Wirtschaftsprozeß richteten, so deshalb, weil ihre Entstehung eine frühe Phase der Herausbildung unternehmerischer Organisationen überhaupt darstellt, auf die über mehrere Stufen erst als letzte die Gründung von Arbeitgeberverbänden folgte.[36]

Gerade durch die breitere Darstellung der Wirtschaftsverbände wird nämlich deutlich, wie lange die Arbeitgeberorganisationen nur Appendices von CDI und BdI waren, deren Aufgabe im wesentlichen in der Verhinderung des Aufkommens autonomer tariffähiger Gewerkschaften bestand. Dies wird etwa deutlich, wenn der BdI zwar 1903 angesichts des Crimmitschauer Streiks eine gemeinsame Abwehrfront mit dem Rivalen CDI bildete, unmittelbar danach aber den Versuch einer eigenen, vom CDI unabhängigen Arbeitgeberverbandsbewegung unternahm, der erst 1913 sein Ende fand.[37] Die Arbeitgeberverbände waren zunächst häufig genug "Schutzverbände", deren "Grundtendenz der Kampf gegen die Gewerkschaften und für den individuellen Arbeitsvertrag" war.[38] Es bedurfte der förmlichen Legalisierung der Gewerkschaften und ihrer indirekten Stärkung durch sozialpolitische Maßnahmen des Staates[39], zunehmender staatlicher Aktivitäten im wirtschaftlichen Bereich sowie der Erfahrung, daß die nationale Solidarität der Arbeiterklasse das Konzept des 'individuellen Arbeitsver-

trages' ad absurdum führen konnte[40], um den Widerstand der auf eine rein regionale Abwehrhaltung orientierten Teile der Arbeitgeberverbandsbewegung gegen eine Zentralisierung der bestehenden Organisationen und gegen die allmähliche Ausweitung ihrer Aufgaben zu überwinden. In den Jahren nach 1903 erfolgte sowohl die Konzentration der bereits entstandenen Organisationen, wenn auch zunächst - wie erwähnt - noch in zwei Dachverbänden (die sich dann aber im Jahre 1913 zur "Vereinigung Deutscher Arbeitgeberverbände" - VDA - zusammenschlossen), als auch die Erweiterung der verbandlichen Zielsetzungen.[41] Leckebusch schreibt zu diesem Wandel: "Die Definition des Arbeitgeberverbandes muß deshalb neu formuliert werden, insofern als sich die Arbeitgeberverbände nun darstellen als 'Vereinigungen der Unternehmer in ihrer Eigenschaft als Arbeitgeber zum Zwecke ihrer Vertretung in allen Fragen der Sozialpolitik und der Gestaltung der sozialen Verhältnisse', wobei allerdings die Zielsetzung der Interessenvertretung gegenüber den Arbeitnehmerverbänden bei der Regelung der Arbeitsbedingungen bestehen bleibt. Die Interessenvertretung wird aber durch die Übernahme neuer Aufgaben angestrebt, so z.B. durch die Mitarbeit in Ausschüssen der Regierung und Behörden, die Maßnahmen der sozialpolitischen Gesetzgebung entweder anordnen oder ausführen ..."[42]

Mit anderen Worten: Eigenständige Bedeutung und Gewicht gegenüber den Wirtschaftsverbänden erlangten die Arbeitgeberverbände erst im Zuge der Entstehung und Befestigung autonomer machtvoller Gewerkschaften und im Laufe der Entfaltung sozialstaatlicher Aktivitäten, die es zu beeinflussen, verändern oder verhindern galt. Von daher wird verständlich, weshalb die Arbeitgeberverbände im Kaiserreich eine nur untergeordnete Rolle spielten, war dies doch erst die Zeit der Entstehung der verschiedenen Organisationen und des Beginns interventions- und sozialstaatlicher Politik.

Und noch aus einem weiteren Grund bietet sich die detaillierte Betrachtung von CDI, BdI und HB an: Sie liefert nämlich Material für die hier vorgetragene These von der Rivalität zwischen Verbänden und Parteien als zweier verschiedener Typen interessenverarbeitender Organisationen.
Gegenseitige Nicht-Anerkennung der (noch dazu z.T. in sich gespaltenen) Organisationen von Lohnarbeit und Kapital, heftige ideologische Kontroversen besonders unter dem Einfluß agrarischer Verbände[43] und die zumindest teilweise erreichte Direktschaltung zwischen Interessengruppen und obrigkeitsstaatlicher Wirtschaftspolitik[44] - dies waren die Bedingungen, denen die gerade erst sich formierenden Parteien ausgesetzt waren, als ihnen die Reichsgründung von 1871 erstmals einen nationalen Handlungsspielraum verschaffte.

Es gehört zum Konsens der historischen Parteienforschung, die Herauskristallisierung politischer Organisationen um die drei wichtigsten ideellen Strömungen des 18. und frühen 19. Jahrhunderts herum anzunehmen: Liberalismus, Konservativismus und Sozialismus.[45] Diese "grundlegende(n) Ideenkreise" entsprachen "anfänglich weniger, dann zunehmend mehr einem genau zu umreißenden Interessenhintergrund."[46] Sie konnten als Ausdrucksformen konkreter Interessen bestimmter Klassen und Schichten aber erst dann gelten, als den Parteien verfassungsrechtliche oder mindestens gesetzliche Kompetenzen zur Übernahme von Transmissionsfunktionen zwischen dem als privat geltenden und dem öffentlichen Sektor der Wilhelminischen Gesellschaft zugestanden wurde.[47] Dieser historische Zeitpunkt stellt eine Wendemarke der Entwicklung dar, jenseits derer Ideen-, Interessen- und in ersten Ansätzen auch schon Volksparteien als unterschiedliche parteiförmige Versuche der Ausfüllung dieser Funktionen auszumachen sind.Verbändevielfalt, Ideologiehaftigkeit ihrer Auseinandersetzungen und ökonomische Krisen - die oben theoretisch entwickelten Rahmenbedingungen für die Dominanz von Ideen- und Interessenparteien innerhalb des Parteiensystems waren gegeben. Und so zeichnet sich denn die kaiserzeitliche Parteienlandschaft auch durch immer neue Zersplitterungen verschiedener Lager, wachsende Interessenintegration durch Ideologie und zunächst massive Ablehnung der politischen Arbeiterbewegung durch die bürgerlichen und agrarischen Parteien aus.

Die rechts- und linkskonservativen sowie die rechts- und linksliberalen Parteien vertraten teils offen interessengebundene Positionen [48], teils betrieben sie die Zusammenfassung von Interessen durch nationalistische, imperialistische und rassistische Ideologien.[49] Gerade diese Form der umfassenden Interessenintegration mit dem Ziel der Sicherung einer Massenbasis von Bauern und Kleinbürgern war die Anwort zunächst vor allem feudalistischer Kreise auf den Durchbruch der SPD zur Massenbewegung in den Jahren des Sozialistengesetzes,[50] das wiederum - wie erwähnt - die Selbstparlamentarisierung der politischen Organisation der Arbeiterbewegung erzwungen hatte.[51] Aber nicht nur die Wahlerfolge der Sozialdemokratie, sondern auch die Tatsache, daß durch die Kontroversen der Verbände immer umfangreichere und komplexere Interessenpotentiale aufgegriffen und in die ökonomische und politische Auseinandersetzung eingebracht wurden, zwangen den bürgerlichen Parteien den "Übergang von der Honoratiorenpolitik zur Politik mit Massenorganisationen" auf.[52]

In der SPD und dem Zentrum bestanden zwei Massenparteien, deren organisatorische Verankerung bereits über die Erfassung eng begrenzter Sonderinteressen hinausging. Die SPD des Kaiserreichs kann - mit einigen Einschränkungen - als Klasseninteressenpartei im oben definierten Sinne betrachtet werden, sie begann allerdings schon damit, an die eigentliche Arbeiterklasse angrenzende Interessen mit zu aggregieren.[53] Das Zentrum verfügte in der Religion über ein wirksames Medium der Vereinbarung höchst gegensätzlicher sozio-ökonomischer Positionen, das aufgrund des Fortlebens vorkapitalistischer Traditionen auch in der Zeit des sich voll entfaltenden Kapitalismus starke Integrationswirkungen ausstrahlte.[54] Beide Parteien stellen somit auch schon Frühformen der Volkspartei dar, die aber angesichts der geschilderten ökonomischen und verbändespezifischen Rahmenbedingungen sowie wegen der zeitweiligen Diskriminierung beider Organisationen durch den Staat ihr volles politisches Gewicht noch nicht erreichen konnten.

Wie gestaltete sich nun das Verhältnis zwischen dieser Parteien- und der zuvor beschriebenen Verbändestruktur? Beide Organisationstypen sahen sich mit folgenden Tatsachen konfrontiert:

- Die Massen der Bevölkerung begannen, sozial und politisch in Bewegung zu geraten, ein - wie immer begrenztes - Interessenbewußtsein zu entwickeln und auf die Realisierung ihrer materiellen Reproduktionsbedürfnisse wie ihrer politischen Partizipationsforderungen zu drängen (Massenorientierung).
- Fast zwanzig Jahre ökonomischer Depression mit nur kurzen Unterbrechungen durch schwach ausgeprägte Aufschwungphasen[55] forcierten - allgemein gesprochen - den Kampf um die Befriedigung der jeweils eigenen, vorrangig ökonomischen Interessen ohne Kompromißfindung mit gesellschaftlichen und/oder politischen Kontrahenten. Konkret bedeutete dies die tiefgehende Fraktionierung des Kapitals selbst einschließlich fehlender Einigkeit über ein gemeinsames Vorgehen gegenüber der Arbeiterbewegung und dem Staat sowie die erbitterte Ablehnung jeglicher förmlichen Anerkennung der Gewerkschaften durch die ökonomisch und innenpolitisch mächtigste Kapitalfraktion. Daraus und aus der erwähnten Massenorientierung wird verständlich, daß ökonomische Fragen generell die innenpolitischen Auseinandersetzungen der Kaiserzeit beherrschten (Ökonomisierung).

Beide Bedingungen lassen zunächst vermuten, daß die Verbände des Kaiserreichs die Parteien überwiegend oder sogar vollständig dominierten, aufgrund ihrer - hinlänglich oft erwähnten - größeren Nähe zur primären gesellschaftlichen Entstehung materieller Reproduktionsinteressen. Für die Beziehungen zwischen einzelnen Interessengruppen und bestimmten Parteien läßt sich dies auch nachweisen[56]; aber Blaich irrt dennoch nach der hier vertretenen Auffassung, wenn er global formuliert, die Geschichte des Verhältnisses von Verbänden und Parteien enthülle "das Bild einer mit der Gründung des Deutschen Reiches beginnenden und sich bis 1933 allmählich verfestigenden Herrschaft der Verbände über den Staat"[57], was angesichts der bis 1918 nur unvollständigen Parlamentarisierung des deutschen Staates vollends die Machtlosigkeit der Parteien implizieren müßte.

Demgegenüber wird hier darauf verwiesen, daß es sehr wohl Tendenzen der Begrenzung verbandlicher Macht gab:

- So zeigen die Auseinandersetzungen um die Bismarck'sche Sozialgesetzgebung zwischen 1878 und 1889, daß die Kompetenzen der Parteien im Reichstag groß genug waren, um Maximalforderungen des CDI abzuschmettern und einen verbandsförmigen Lernprozeß zu erzwingen, der auf die Aufstellung von Forderungen mit deutlich geringerer Reichweite hinauslief.[58]
- Die stufenweise, immer wieder unterbrochene und durchaus widerwillig betriebene Annäherung des CDI an die Nationalliberale Partei, die sowohl durch die völlige Inbesitznahme eines möglichen anderen parlamentarischen Ansprechpartners, der Deutsch-Konservativen Partei, durch den BdL und dem daraus resultierenden Bedeutungsverlust der Freikonservativen Partei ebenso erzwungen wurde durch die Aufwertung der Nationalliberalen Partei selbst infolge ihrer guten Verbindungen zum BdI und dem HB, belegt, daß die Verbände auf die Dauer nicht umhinkamen, sich mit den 'Pförtnern zur Staatsgewalt' auseinanderzusetzen und sich ihnen teilweise auch anzupassen, auch wenn ihnen nach wie vor der direkte Zugang zur staatlichen Exekutive und Bürokratie noch möglich war.[59]
- Das Verhältnis zwischen der von Stresemann stark beeinflußten Nationalliberalen Partei und dem BdI wiederum verdeutlicht ebenfalls, daß weniger von einer pressure-Beziehung vom Verband zur Partei hin die Rede sein konnte, als vielmehr von einer instabilen Kooperation, bei der die Partei immer wieder Vorstöße zur Sicherung eines autonomen Handlungsspielraumes durch die Ausweitung ihres Wählerpotentials in den Reihen der Arbeiter unternahm. Der BdI konnte sie daran nicht hindern, weil er weder über genügend Finanzmittel verfügte, mit deren Angebot (bzw. der umgekehrten Entzugsdrohung) er die Partei hätte disziplinieren können, noch eine hinreichend starke Verankerung in der gesellschaftlichen Basis besaß, die er in zuführbare oder vorenthaltbare Wählerstimmen hätte ummünzen können.[60]
- Schließlich sei noch der Hinweis Mielkes erwähnt, daß auch der Hansa-Bund sich gegenüber den Nationalliberalen keineswegs immer durchsetzen konnte, beispielsweise bei der Kandidatenaufstellung, da der Verband über keinen alternativen parteiförmigen Ansprechpartner verfügte, den er gegen die Nationalliberale Partei hätte ausspielen können.[61] Zwar strebte der HB auch Kontakte zum revisionistischen bzw. reformistischen Flügel der SPD an, besonders um sein Ziel einer Massenbasis von Angestellten verwirklichen zu können[62]; aber hier rächte sich die Stigmatisierung der Sozialdemokratie, die die Partei noch immer aus den Reihen der 'etablierten Parteien' verbannte und eine Kooperation, die zugleich die Monopolstellung der bürgerlichen Parteien als potentielle Bündnispartner der Verbände gewaltig geschwächt hätte, verhinderte.

Selbstverständlich soll hier weder bestritten werden, daß die großen Unternehmer- und Agrarierverbände die Innenpolitik der Kaiserzeit ganz wesentlich in ihrem Sinne beeinflussen konnten, noch, daß einer der wirksamsten Kontrollmechanismen gegenüber ausuferndem Verbändeeinfluß, die volle Parlamentarisierung des Staatswesens, damals keineswegs vorhanden, die Parteien mithin beileibe noch nicht auf dem Höhepunkt ihrer verfassungsmäßigen und realpolitischen Macht angelangt waren. Hier ging es vielmehr darum, nachzuzeichnen, daß der Beginn industriekapitalistischer und parlamentarischer Entwicklungen in Deutschland charakterisiert war von einer unablässigen Rivalität zwischen Interessengruppen und Parteien, anders ausgedrückt, zwischen dem qualitativ-funktionalen und dem quantitativ-territorialen Vertretungsprinzip gesellschaftlicher Interessen. Noch schien historisch nicht entschieden, welches der beiden sich endgültig durchzusetzen vermochte; die enorme Machtstellung einiger Verbände während des Ersten Weltkrieges belegte noch einmal eindrucksvoll, wie fruchtbar die Direktschaltung zwischen Verband und Staat ohne den lästigen Mittler der Parteien für die Realisierung des Verbandsinteresses sein konnte.[63] Noch waren die Unternehmer nicht bereit, sich auf den parteiförmigen Filter ihres Staatszuganges einzulassen, seine politischen Gesetzmäßigkeiten der Massenlegitimation und damit unvermeidlich der Abschleifung von Maximalforderungen für sich selbst zu akzeptieren und folglich das Schwergewicht ihrer eigenen Aktivitäten

endgültig auf den autonomen gesellschaftlichen Konfliktaustrag mit den Gewerkschaften zu verlegen. Denn auch gegenüber der organisierten Arbeiterbewegung hatte sich noch keinesfalls die Überzeugung der Unternehmer(verbände) durchgesetzt, man müsse mit ihnen leben. So läßt sich die kurze Geschichte der Weimarer Republik als den Versuch der Unternehmer und Großagrarier begreifen, den Gang der Geschichte aufzuhalten, vielleicht sogar zurückdrehen, und den Siegeszug des Parlamentarismus und der organisierten Arbeiterbewegung zu begrenzen, vielleicht sogar wieder zunichte zu machen. Hinzu trat verschärfend die Tatsache, daß auch das Unternehmerlager im Kaiserreich noch keineswegs 'zu sich selbst gefunden' hatte: Die Fraktionierung lebte fort und begünstigte das Bestreben bestimmter Kapitalgruppen und ihrer Organisationen, zur Politik der Maximalforderungen zurückzukehren bzw. sie gar nicht erst aufzugeben - koste es, was es wolle. (Ähnliches gilt, ohne daß es hier ausführlicher hätte gezeigt werden können, für das Handwerk.)

Es scheint fast so, als ob 'Etatozentrismus' die Herrschenden ihrerseits beherrscht habe; die Orientierung auf den bewahrenden, schützenden und Privilegien sichernden starken Staat wurde nicht losgelassen. Man überließ sich nicht der eigenen Macht in der Gesellschaft und am Markt, sondern klammerte sich geradezu regressiv an die Hilfe des Staates (der sich längst auch für andere gesellschaftliche Gruppen, Schichten und Klassen öffnen mußte, wollte er selbst seine notwendigen Legitimationsgrundlagen erhalten und erweitern). Von autonomem gesellschaftlichem Selbstbewußtsein gerade der mächtigsten Verbände konnte - bei all ihrer real vorhandenen Macht - keine Rede sein.

3.2) Intransingenz und Schwäche - Konflikte und Ausbrüche in der Weimarer Republik (1918 bis 1933)

Zunächst sah es jedoch so aus, als ob sowohl das Prinzip des Parlamentarismus als auch die organisierte Arbeiterbewegung den Durchbruch erzielt hätten, wenngleich, was die Arbeiterorganisationen betrifft, auf eine spezifisch gebrochene Weise.

Wie die Entwicklung der innenpolitischen Verhältnisse während des Ersten Weltkrieges für die Verbändestruktur der Weimarer Republik, insbesondere für die (zumindest zeitweilige) Anerkennung der Gewerkschaften durch die Unternehmerverbände, von zentraler Bedeutung war[1], so entschied sich unter dem Druck des Krieges auch das Schicksal des Parteiensystems. Die SPD fand endlich die lang geforderte Anerkennung und erreichte die Kooperation mit dem Zentrum und den Linksliberalen.[2] Allerdings zahlte sie einen nicht geringen Preis für ihre Zusammenarbeit mit dem Bürgertum und der politischen Spitze des Reiches: Im Januar 1916 bildete sich die Spartakusgruppe unter der Führung von Luxemburg und Liebknecht, die sich zunächst als Teil der 1917 aus Protest gegen die anhaltende Unterstützung der Kriegspolitik durch die SPD gegründeten Unanhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (USPD) verstand, Ende 1918 aber dann eine Fusion mit den Internationalen Kommunisten Deutschlands einging und die Kommunistische Partei Deutschlands (KPD) gründete.[3]
So bestand folgende Lage, als 1918 die ganz wesentlich von der Rätebewegung getragene Revolution ausbrach: Die Arbeiterbewegung war politisch gespalten in eine reformistische, eine zentralistische und eine revolutionäre Partei, die sich gegenseitig die Vertretung der 'wahren' Interessen der Arbeiterklasse streitig machten, sich jedoch in der Abwehr der das parlamentarisch-parteienstaatliche Prinzip im Kern bedrohenden Rätebewegung einig waren[4]; diejenigen Teile des bürgerlichen Lagers, denen an der vollen politischen Emanzipation des Bürgertums ebenso wie an der endgültigen Brechung der agrarisch-schwerindustriellen Vormachtstellung gelegen war, sahen sich zur Kooperation mit den nicht-revolutionären Organisationen der Lohnabhängigen genötigt, um sich gegen die alten Herrschaftsstrukturen durchzusetzen[5]; die schwerindustriellen und agrarischen Interessenträger schließlich waren angesichts der drohenden Revolutionsgefahr zur vorläufigen taktischen Anerkennung der Republik, ihrer Verbände, Gewerkschaften und Parteien gezwungen.[6]

Damit waren sich alle maßgeblichen sozio-politischen Organisationen im Prinzip (im Falle der KPD sozusagen hinter ihrem eigenen Rücken) darüber einig, die Revolution zu verhindern oder ihr zumindest durch die Zerschlagung der Rätebewegung die sozialistische Spitze zu nehmen. Angesichts der langen Fortdauer vordemokratischer Traditionen auch in der Klasse der Lohnabhängigen kann es daher kaum erstaunen, daß es - wie bekannt - 1918 nur zur "Vollendung der bürgerlichen Revolution durch die Sozialdemokratie" kam.[7] Das Zusammenwirken der Verbände und Parteien hatte seine erste systemsichernde Feuerprobe erfolgreich bestanden - soviel läßt sich in Anbetracht des Ergebnisses der Revolution auch ohne den Nachvollzug der historischen Hauptetappen festhalten. Mit der Verabschiebung der Weimarer Reichsverfassung (WRV), die, wenn auch nicht die Parteien selbst, so doch deren unbedingte Voraussetzung: den Parlamentarismus, sowie die Organisation sozio-ökonomischer Interessen von Lohnarbeit und Kapital in Verbänden verbindlich festschrieb,[8] waren endlich die Voraussetzungen für das Wirksamwerden des verbände- und parteienpolitischen Kontinuums gegeben.

Die Gewerkschaften waren nicht nur vom Staat, der erstmals durch allgemeine, freie und gleiche Wahlen legitimiert war und deshalb an keiner gesellschaftlichen Massenorganisation mehr vorbeikonnte, darüber hinaus aber ganz wesentlich geprägt und getragen wurde von ihrem Bündnispartner SPD[9], sondern auch von den Unternehmerorganisationen als legitime Interessenvertretung der Lohnabhängigen anerkannt worden. Über die Etappen der staatlich beeinflußten Kriegswirtschaft mitsamt der erzwungenen Zusammenarbeit von Unternehmern und Gewerkschaften in paritätischen Ausschüssen[10], der drohenden Revolution im Gefolge der deutschen Niederlage und des von dieser Gefahr bewirkten Abschlusses des Zentralarbeitsgemeinschaftsabkommens geriet der - vornehmlich schwerindustrielle - Widerstand gegen die Anerkennung und Institutionalisierung der Gewerkschaften als Verhandlungskontrahenten allmählich in den Hintergrund. Allerdings betrachtete die Schwerindustrie diesen Zustand durchaus nur als von der Situation erzwungen[11], die Zielsetzungen der Arbeitgeberverbände - wiewohl "äußerlich den Gegebenheiten und Anforderungen des Krieges angepaßt" - waren im Grundsatz 1918 keine anderen als 1914[12], und die Zentralarbeitsgemeinschaft zerbrach denn auch, als die "zusammenzwingende Kraft des Umsturzes, der Revolution, verschwand..."[13] Dennoch blieb es bis zum Ruhreisenstreit des Jahres 1928[14] in etwa bei der Existenz eines autonomen und einigermaßen funktionierenden Tarifsystems, wenngleich die Formen des Konfliktaustrags noch weit entfernt von den überwiegend pragmatischen Verfahrensweisen der 50er und 60er Jahre in der Bundesrepublik waren.[15] Eine Besonderheit dabei stellte allerdings des staatliche Schlichtungswesen dar, das Hartwich als Schutz der Arbeitnehmer begreift, als "die Anwendung staatlichen Zwanges im Dienste einer sozialen Idee".[16] Er betont den verhängnisvollen Irrtum der Gewerkschaften, zu glauben, mit dem Hebel des kollektiven Arbeitsrechts ihre Unterprivilegierung ohne Rückgriff auf ihre eigene autonome Kraft abbauen können[17], wie sie überhaupt in den Jahren der Weimarer Republik auf zuletzt tragische Weise etatozentristisch dachten, wenn es eigentlich um gesellschaftliche Machtfragen ging.
Schneider hat den Prozeß wachsender Verselbständigung der Gewerkschaften gegenüber der SPD in jüngster Zeit ausführlich beschrieben[18], der immer mehr auf eine pragmatisch-ökonomische Orientierung ersterer und ihrer wachsenden Ablehnung der verbalradikalen programmatischen SPD-Positionen hinauslief. Die interorganisatorischen Auseinandersetzungen um die Arbeitslosenversicherungsfrage und das Reparationsproblem machen deutlich, daß der ADGB auf die Verbesserung der materiellen Lebenslage seiner Mitglieder zielte, die SPD dagegen auf den Erhalt sowohl ihrer Regierungsbeteiligung als auch der Handlungsfähigkeit der Regierung schlechthin.[19]

Es ist eine der bittersten Lehren aus dem Untergang der Weimarer Republik, daß diese interorganisatorische Rivalität, die am Ende das Selbsterhaltungsinteresse der Gewerkschaften über das Überlebensinteresse der Arbeiterklasse und ihrer Funktionäre stellte, keinem der beiden Beteiligten genutzt, aber allen - außer den Nutznießern des Faschismus - auf tödliche Weise geschadet hat. Wie selten ist im

Zusammenhang mit gewerkschaftlichem, sozialdemokratischem und kommunistischem Widerstand gegen die 'Machtergreifung' der Nationalsozialisten die Rede davon, daß der ADGB-Vorstand am 14.2.1933 dazu riet, "'die Verbindung mit der KPD oder ihren Unterverbänden nicht so weit zu treiben, daß dadurch den Gewerkschaften schließlich unüberwindliche Schwierigkeiten erwachsen.'"[20] Wie selten wird der Satz Leiparts von der "'Bereitschaft des ADGB zur Lösung aller Verbindungen zur SPD und zur Zusammenarbeit mit den Unternehmern'" erwähnt.[21] Noch am 13. April 1933 bekundeten Vertreter des ADGB in einer Besprechung mit der Nationalsozialistischen Betriebszellenorganisation (NSBO) ihre Bereitschaft, sich in eine von den neuen Machthabern zu schaffende Einheitsgewerkschaft einzufügen. Am 2. Mai hatten die freien Gewerkschaften aufgehört zu existieren, noch vor dem Parteiverbot vom 22. Juni, dem SPD und KPD zum Opfer fielen.

Wenn dies hier so ausführlich zitiert wurde, so nicht deshalb, um daraus moralische Vorwürfe gegen die Gewerkschaften ableiten zu können, zumal auch in der SPD ganz ähnliche Tendenzen zu finden waren[23]. (Mit einer Ausnahme: Moralisch verwerflich war und bleibt das Angebot der Entlassung von Gewerkschaftsfunktionären, die den Nationalsozialisten "'aus rassischen oder politischen Gründen'"[24] nicht genehm waren. Was immer man auch hierfür an Erklärungen vorbringen können mag: dies war die bewußte Freigabe zum Abschuß.) Vielmehr soll diese historische Lektion dem Nachweis dienen, wie tiefgreifend Konkurrenz und jeweiliges organisatorisches Selbsterhaltungsinteresse das Verhältnis auch zwischen solchen Verbänden und Parteien bestimmen, die eigentlich an derselben Klassenfront für die Verwirklichung derselben organisatorischen Ziele angetreten waren. Dies im Auge zu behalten ist auch außerordentlich wichtig, will man eine realistische Analyse gegenwärtiger politisch-strategischer Orientierungen von DGB und SPD leisten.

Wie verhielten sich nun die Verbände des Kapitals? Im Gegensatz zur Kaiserzeit waren die industriellen Unternehmer nun in einem einzigen Dachverband, dem Reichsverband der Deutschen Industrie (RDI), vereinigt, der 1919 aus der Zusammenführung von CDI und BdI entstanden war. Ein zweiter wichtiger Unterschied zu der innenpolitischen Situation vor dem Krieg bestand in der Aufsplitterung der ehemals so schlagkräftig organisierten Agrarier, deren Spitzenorganisation, der Reichslandbund (RLB), nurmehr ein schwerfällig agierendes "Sammelbecken vielschichtiger und vor allem selbständiger Landes- und Provinzialverbände" darstellte.[25] Von daher hatte einer der schärfsten Konkurrenten des Industriekapitals im Kampf um den direkten Zugang zur Staatsmacht deutlich an Einfluß verloren; dafür war ihm in der jetzt voll anerkannten und zeitweilig sogar innenpolitisch dominierenden organisierten Arbeiterbewegung ein neuer, langfristig gefährlicherer Gegner entstanden. Wie erwähnt, sahen die Unternehmer sich zunächst genötigt, mit den Gewerkschaften zu kooperieren und auch das neu geschaffene Tarifsystem mitzutragen. Aber die internen Gegensätze zwischen der Schwerindustrie, die weiterhin für eine protektionistische Zollpolitik[26] und einen harten 'Herr-im-Hause'-Standpunkt[27] eintrat, und den exportorientierten und sowohl materiell kompromißfähigen als auch kompromißbereiteren neuen Wachstumsindustrien[28] waren keineswegs beigelegt worden. Zwar gab es erste Ansätze autonomer inter-industrieller Einigung[29] und staatsfreier interverbandlicher Konfliktbewältigung im Tarifsystem[30]; aber die gesellschaftliche und politische Macht derjenigen Kapitalfraktionen, denen 'die ganze Linie' nicht paßte, die glaubten, zum Status quo ante ohne starke und von der Verfassung geschützte Gewerkschaften zurückkehren zu können, war noch immer groß genug, um in der ökonomischen Krise ab 1928/29 den Ausbruch aus dem neuen sozio-politischen System insgesamt zu unternehmen.[31]

Denn nicht nur die neuen Verbandsstrukturen der Kooperation mit den Gewerkschaften waren der krisengeschüttelten Schwerindustrie zu teuer; auch die Erfahrung (die sie mit den Agrariern teilte), keinen ungehinderten Zugang zum Staat mehr zu besitzen, schuf eine tiefgreifende Feindseligkeit gegenüber der parlamentarischen Demokratie mit all ihren Legitimationszwängen. Denn nun verfügten die Parteien, auch und

gerade die der lohnabhängigen Massen, über mehr Kompetenzen als je zuvor in Deutschland.
Die wenigen Jahre, die dem sozio-politischen System der Weimarer Republik beschieden waren, bevor es am Widerstand historisch rückwärts gewandter Kräfte zerbrach, zeigen also insgesamt das Bild einer Verbändestruktur, in der Konflikte zunehmend schärfer akzentuiert ausgetragen wurden. Solange die Reproduktion des Kapitals gesichert war und der internationale Konkurrenzdruck nicht übermächtig wurde, waren die verschiedenen Kapitalfraktionen zur Kooperation mit den Gewerkschaften bereit, und sie nahmen mehrheitlich auch die gestiegene sozialpolitische Kostenlast hin, die ihnen der allmählich expandierende Interventionsstaat zur Dämpfung gesellschaftlicher Konflikte auferlegte. Die Gewerkschaften beharrten zwar verbal auf dem Ziel des Sozialismus, aber ihre konkrete Politik beschränkte sich auf die Absicherung bzw. in der kurzen Prosperitätsphase zwischen 1924 und 1926/27 auf den Ausbau der materiellen Position der Lohnabhängigen im gegebenen System. Die Unternehmerverbände artikulierten einen deutlichen Herrschafts-Standpunkt, und von den Agrarverbänden ging ein zusätzlicher aggressiver Ideologisierungsschub aus. Über dieser Interessengruppenstruktur erhob sich nun ein Parteiensystem, das in drei Lager zerfiel: Die Fraktion der konservativen und extrem nationalistischen Kräfte, zunächst zu keinerlei politischer Mitarbeit bereit, konnte in der Zeit des Aufschwungs diese Abstinenz nicht länger von den in ihr organisierten Interessen rechtfertigen und beteiligte sich aktiv an der politischen Auseinandersetzung. Es waren vor allem Parteien wie die Deutsch-Nationale Volkspartei (DNVP) und später auch die NSDAP, die die Interessenintegration durch Ideologie betrieben.
Das bürgerliche Lager der Mitte, zu Anfang der Republik zusammen mit der SPD teilweise Träger der 'Weimarer Koalition' (Deutsche Demokratische Partei -DDP -, nicht dagegen die rechts von ihr stehende Deutsche Volkspartei -DVP-), zerfiel rapide angesichts der Interessenperzeption seiner vornehmlich mittelständischen Basis, die sich vom Zusammenspiel zwischen lohnabhängigen und Kapitalverbänden unter Druck gesetzt fühlte und schnell wechselnden Interessenparteien zulief. Wie oben ausführlich entwickelt, mußte dieser Versuch der direkten politischen Einflußnahme gerade des alten Mittelstandes scheitern; aus der massenhaften Verzweiflung und Empörung, an den Rand der Ereignisse in Staat und Gesellschaft gedrängt zu werden, erwuchs in ihm ein wesentlicher Teil der Basis der Faschisten, deren Versprechen einer Zerschlagung der etablierten sozio-politischen Strukturen vornehmlich die Mittelschichten erlagen.[32]
Einzig das Zentrum als bürgerliche Volkspartei konnte aufgrund der noch immer starken Bindekraft seiner konfessionellen Orientierung in etwa seine Basis halten.

Mit der Arbeit von Döhn[33] liegt eine detaillierte und materialreiche Studie über die Beziehungen zwischen dem RDI und der rechtsliberalen DVP vor, die deutlich werden läßt, daß auch für die Weimarer Republik die These von der Konkurrenz zwischen Verbänden und Parteien zutrifft. Der DVP-Vorsitzende Stresemann selbst hatte eine politische Konzeption entwickelt, die ganz klar auf die Sicherung eines autonomen Handlungsspielraumes der Partei gegenüber den mit ihr verbündeten Interessengruppen hinauslief.[34] Die DVP als ganze war zwar eng mit dem RDI verknüpft, von dessen Mitgliederfraktionen wiederum am engsten mit der Schwerindustrie[35], bemühte sich jedoch parallel dazu um den Ausbau ihrer Massenbasis durch feste Verbindungen zum Deutsch-Nationalen Handlungsgehilfenverband (DHV), der größten nicht-sozialistischen Arbeitnehmerorganisation der Weimarer Zeit.[36] Gerade das Verhältnis von DHV und DVP zeigt aber auch ganz deutlich, wie wenig Widerstand die Interessenparteien zu leisten vermochten, als die selbständigen und unselbständigen Mittelschichten sich in der ökonomischen Krise durch die vorhandenen politischen Organisationen nicht mehr vertreten sahen und für die Propaganda einer mit allen strategischen und taktischen Wassern gewaschenen Ideenpartei anfällig wurden.[37]

Das Schicksal der DVP, die im 1. Reichstag von 6.6.1920 als viertstärkste Fraktion 65 von 459 Abgeordneten stellte und in den 8. Reichstag von 5.3.1933 noch ganze 2 von 647 Abgeordneten entsandte[38], zeigt ganz klar, daß der Zugriff der Verbände um

eine Partei für diese tödlich werden kann, sofern sie sich nicht genügend Freiraum gegenüber den organisierten Interessen verschafft. Die DVP war zuletzt kaum mehr etwas anderes als das parlamentarische Sprachrohr der schwerindustriellen RDI-Fraktion[39], und diese zögerte keinen Augenblick, ihren politischen Bündnispartner ins Bodenlose fallenzulassen, als sich in der NSDAP ein neuer Stoßtrupp anbot, der versprach, sowohl die Gewerkschaften als auch das parlamentarische System als ganzes zu liquidieren. Gerade aus der Geschichte der bürgerlichen Parteien in der Weimarer Republik wird faßbar, daß die Organisationsform der Partei nur lebensfähig ist, wenn sie ihre Funktion der übergreifenden Interessenintegration auch wirklich übernimmt. Macht sie sich selbst zur 'Interessengruppe im Parlament'[40], so ist sie rasch und hoffnungslos den wirklichen Interessengruppen unterlegen, die konsequenter und kompromißloser, weil den Gesetzen der Mehrheitsdemokratie nicht unterworfen, vorgehen können. Schon die innenpolitisch vergleichsweise ruhigen Jahre der ökonomischen Krise von 1925/26 ließen die Hilfslosigkeit des zersplitterten, zur Interessenaggregation und globalen Steuerung des ökonomischen Reproduktionsprozesses in keiner Weise fähigen Parteiensystems erkennbar werden.[41] Blaich hat für diese Zeit zu Recht die These aufgestellt, "die schwelende Regierungskrise" im Oktober 1925 habe "eine erhebliche Schwächung der Staatsgewalt" bedeutet.[42] "Das Erlahmen staatlicher Aktivitäten in diesem (wirtschaftspolitischen, C.S.) Sektor ermunterte die Wirtschaftsverbände, den entstehenden Freiraum mit eigener Tätigkeit auszufüllen"[43], wobei zur Verdeutlichung hier für 'Staatsgewalt' zu lesen ist: die Macht des Parteien-Staates. Diese ihre genuine Macht ließen die Parteien verfallen; in der zweiten ökonomischen Krise wenige Jahre später standen andere Kräfte bereit, sie ihnen gänzlich aus den Händen zu nehmen.

Die parteipolitische Vertretung der Arbeiterklasse schließlich war nach der Auflösung der USPD in SPD und KPD gespalten. Durch die ständige Konkurrenz an ihrem linken Rand wurde die Sozialdemokratie daran gehindert, ihre längst vorhandenen volksparteilichen Ansätze voll zu entfalten; ihrer in Worten systemkritischen Politik gelang die Bindung der Mehrheit der Arbeiterklasse an die wesentlich defensive Partei auch dann noch, als innerhalb der Verbändestruktur ein Teil der Unternehmer den Gewerkschaften die Zusammenarbeit aufgekündigt und damit begonnen hatte, durch die Unterstützung der NSDAP das gesamte sozio-politische System zu bedrohen. Denjenigen Angehörigen der Lohnabhängigen, die ihre (Klassen-)Interessen von der Kooperation der Gewerkschaften mit den Kapitalorganisationen und der SPD mit den bürgerlichen Parteien nicht als adäquat vertreten ansahen, stand in der KPD ein Auffangbecken zur Verfügung, das in Krisenzeiten rapide anschwoll, ohne doch zu einer wirklichen Klassenpolitik imstande zu sein.[44]
Die völlige Unfähigkeit von SPD und KPD, angesichts der immer drohender werdenden faschistischen Gefahr zu einer echten Aktionseinheit zu finden und zusammen mit den Gewerkschaften die Lohnabhängigen offensiv zur Verteidigung des parlamentarischen Systems zu führen, das doch ihre eigene existentielle Voraussetzung darstellte, ist einer der tragischsten Belege für die Richtigkeit der These Grevens von der die kapitalistische Herrschaft letztlich stabilisierenden Konkurrenz linker Parteien.[45] Die allzu lang durchgehaltene Tolerierungspolitik der SPD gegenüber den Präsidialkabinetten, stets noch in der Hoffnung, das 'kleinere Übel' zu unterstützen, sowie ihr Verzicht auf den Aufruf zum offenen Kampf gegen die Nationalsozialisten führte ebenso wie die verhängnisvolle 'Sozialfaschismus'-These der KPD dazu, daß beide Parteien einander noch immer als Rivalen bekriegten, als sdie aus Überlebensinteressen heraus längst hätten fest zusammenstehen und die Kriegserklärung der Faschisten offensiv hätten annehmen müssen.[46]

Bevor schwerindustrielle, großagrarische und einer massenhaften, gleichsam wahnhaften Fehlorientierung verfallene mittelständische Interessen sich in der ökonomischen Krise zur Beseitigung des sozio-politischen Systems vereinigten, dessen Folgelasten nunmehr endgültig als zu hoch angesehen wurden bzw. dem man generell feindselig und ablehnend gegenüberstand, waren folgende Ansätze des Zusammenspiels von Verbänden und Parteien bei erstmaliger voller Übernahme ihrer selektiven Trans-

missions- und Legitimationsfunktionen sichtbar geworden:

- Die Verteilungskonflikte wurden von Gewerkschaften und Unternehmern zwar real gemildert, aber beide Seiten bedienten sich eines wachsend konfliktorischen Stils der Auseinandersetzung. Hinzu trat die noch immer erhebliche Macht agrarischer Interessen, die von jeher die aggressiv-ideologische Form der Interessenaggregation betrieben und befürwortet hatten.
- Zentrum und SPD entwickelten ihre aus der Kaiserzeit übernommenen volksparteilichen Tendenzen weiter, was vor allem der SPD durch die kooperative Haltung der Gewerkschaften zum Weimarer System erleichtert wurde, die die wesentlichste Voraussetzung zur Harmonisierung proletarischer, kleinbürgerlicher und neumittelständischer Interessen bildete. Beider Integrationsbestrebungen wurden allerdings begrenzt: Im Falle der SPD durch die Existenz einer Klasseninteressenpartei, der KPD, für das Zentrum durch die allmähliche Unterhöhlung konfessioneller Bindungen infolge der unaufhaltsam fortschreitenden Industrialisierung Deutschlands.[47]
- Bestimmte bürgerliche Parteien gingen sehr enge Bindungen mit einzelnen Kapitalfraktionen ein[48] bzw. betrieben die explizite Aufnahme von Partikularinteressen der Mittelschichten. In diesem Lager versammelten sich demzufolge Ideen- und Interessenparteien, die einen immer schneller zerfallend, je mehr sie zwischen die Mühlsteine der Auseinandersetzungen zwischen alt- bzw. vorkapitalistischen und lohnabhängigen Interessen gerieten, die anderen immer schärfer ideologisch orientiert, je fundamentaler die Ablehnung des sozio-politischen Systems durch die von ihnen organisierten (und anders kaum mehr an die jeweilige Partei zu bindenden) Interessen geriet.

Unter diesen Bedingungen konnte dem Parteiensystem die Integration antagonistischer und konkurrierender Interessen spätestens dann nicht mehr gelingen, als eine tiefgreifende ökonomische Krise die gesellschaftlichen Widersprüche auf die Spitze trieb. In der von bestimmten Kapitalfraktionen und Verbänden unterstützten NSDAP stand die Partei bereit, die sich selbst als Aufhebung des Parteienstreits ausgab und Interessenintegration durch Herstellung nationaler und rassischer Interessenidentität propagierte.

Der erste Anlauf des Kontinuums war gescheitert.

3.3) Herrschaft auf Zeit - Der vorläufige Sieg des qualitativ-funktionalen Interessenvertretungsprinzips im Nationalsozialismus (1933 bis 1945)

Wenn, wie oben formuliert, die deutsche innenpolitische Geschichte seit 1871 auch als die der Rivalität zwischen der verbandsförmigen und parteiförmigen, d.h. der einerseits qualitativ-funktionalen, andererseits quantitativ-territorialen Interessenvertretung betrachtet werden kann, so stellen die zwölf Jahre nationalsozialistischer Herrschaft in Deutschland in gewisser Weise die Durchsetzung des ersteren Prinzips dar. Dies scheint auf den ersten Blick widersprüchlich, war doch die NSDAP oben als der klassische Fall der Ideenpartei bezeichnet worden. Jedoch stellt sie keine Partei wie die anderen dar, spätestens nicht mehr seit der Vernichtung der parlamentarischen Demokratie. Denn Parteien sind in der vorliegenden Arbeit bislang als Organisationsform von Politik unter der Bedingung wenigstens teilweiser, in der Regel aber vollständiger Parlamentarisierung des politischen Systems verstanden worden. Nicht zufällig begann die historische Darstellung in diesem Kapitel mit dem Jahr 1871, in dem die Verfassung des Deutschen Reiches einschließlich des allgemeinen, gleichen, freien und geheimen Wahlrechts zum Reichstag in Kraft trat. Nun aber gab es keine Parteien mehr neben der NSDAP, es gab keine allgemeinen und freien Wahlen mehr, damit entfiel aber auch der Zwang zur quantitativen Legitimation des Staates und seines Handelns. Die NSDAP war nunmehr der einzige 'Pförtner zur Staatsgewalt', die sie fest, wenn auch keineswegs monolithisch geschlossen, in Händen hielt. Und dennoch waren diese Jahre nicht die der absoluten Herrschaft einer keine Alternativen zu sich selbst duldenden Partei; infolge der Angewiesen-

heit jedes neuzeitlichen Staates auf Informationen über gesellschaftlichen Problemdruck waren gerade jetzt jedenfalls ganz bestimmte Verbände außerordentlich erfolgreich im Bemühen um Interessenrealisierung, von der Notwenigkeit dabei endlich befreit, um konkurrierende Parteien werben und sich den Gesetzmäßigkeiten parlamentarisch-demokratischer Politik anpassen zu müssen. Damit soll nicht der Auffassung das Wort geredet werden, die Zeit der faschistischen Herrschaft in Deutschland sei nichts anderes als die tyrannische Herrschaft des Kapitals gewesen - faschistische Partei und Kapitalfraktionen waren weder identisch, noch hatten sie stets dieselben Ziele oder bedienten sie sich immer derselben Mittel. Nur: Unter der Bedingung faschistischer Herrschaft ließen sich bestimmte Interessen bestimmter Kapitalfraktionen bruchloser denn je realisieren, und das Interesse des Kapitals schlechthin an der Schwächung oder gar Zerschlagung der organisierten Arbeiterbewegung (d.h. aber: an der beliebigen Reduzierbarkeit des Preises der Ware Arbeitskraft) wurde so vollständig und so rasch befriedigt, wie es in keinem anderen politischen System denkbar gewesen wäre.[1)]

So kann in diesem Abschnitt keine Rede sein von den Gewerkschaften, auch nicht von der SPD und anderen Parteien, denn Kenntnisse über verschiedene Entwicklungen einzelner Organisationen im Exil dienen nicht zur Erhellung des Gegenstandes der vorliegenden Arbeit: eben der Beziehungen zwischen Verbänden und Parteien im politischen System. Aber die Rede muß sein vom Verhältnis der organisierten Industrie und der faschistischen Partei, die hier - der Einfachheit halber, wenn auch historisch nicht ganz korrekt - mit dem Staatsapparat in eins gesetzt wird.[2)]

Die Schwerindustrie begrüßte alsbald die dem RDI anempfohlene Übernahme des Führerprinzips, die nun weit stärker als die Betrauung der Verbände mit hoheitlichen Funktionen während des ersten Weltkrieges die These bestätigte, daß staatlicher Organisationszwang mitunter sehr wohl im Interesse gesellschaftlicher Gruppen liegen und diese unmittelbar stärken kann, nicht zuletzt durch die Vernichtung konkurrierender Organisationen.[3)] Blaich hat betont, daß trotz der Gründung der Reichsgruppe Industrie im November 1934, die formell das Ende jeglicher autonomer Verbandsbildung bedeutete, der Einfluß der Industrie als Informationslieferantin auf die Wirtschaftsgesetzgebung, speziell der rüstungswichtigen eisenschaffenden Industrie auch noch in der Zeit der Vierjahresplanpolitik, bedeutend blieb.[4)] Dieser Einfluß wuchs weiter nach Kriegsbeginn; zwar umfaßte er nicht die grundlegenden politischen und militärischen Entscheidungen, aber auf dem Gebiet der Rüstungswirtschaft dominierten die sogenannten Lenkungsverbände. Auf diesem Gebiet herrschte im Grunde - so Blaich - eine Art der "'Industriellen Selbstverwaltung'" in Form der eigenverantwortlichen Erfüllung staatlicher Vorgaben durch die Unternehmer bei zurückgedrängter Staatsaufsicht.[5)] Blaich schließt seine Ausführungen über die Wirtschaftsverbände im Nationalsozialismus wie folgt: "Obgleich diese Lenkungsverbände zweifelsohne wirtschaftspolitische Instrumente des nationalsozialistischen Staates verkörperten, schuf das System der Selbstverwaltung und der Eigenverantwortung doch andererseits auch innerhalb einer totalitären Diktatur einen beachtlichen Freiraum für die rüstungswichtige Industrie. Daß diese Verbände nicht ausschließlich die Ziele der politischen Führung verfolgten, sondern auch umgekehrt - in bestimmten Grenzen - Interessen der Rüstungsindustrie gegenüber dem Staat geltend machen konnten, verbürgte bereits die personelle Verflechtung in ihren Führungspositionen."[6)]

Gewiß waren diese keine freien Verbände mehr, sondern staatliche Zwangskörperschaften; aber es kann kein Zweifel daran bestehen, daß sie dennoch - in Grenzen, wie gesagt - nach wie vor als selektive Transmissionsriemen für Informationen über gesellschaftlichen Problem- und Interessendruck zwischen Ökonomie und Staat fungierten. Mit anderen Worten: Die Kapitalorganisationen sind für die Ausfüllung von Aufgaben des Interventionsstaates derart unentbehrlich, daß sie unbeschadet eines Wandels der politischen Verfaßtheit der bürgerlichen Gesellschaft bestehen bleiben; in ihrer "Funktionsweise" bestehen offensichtlich "nur graduelle, also keine

wesentlichen Unterschiede, wenn sie in einer freien oder in einer staatlich gelenkten Ordnung des Wirtschaftsgeschehens zu agieren haben."[7]) Als Instanzen der Interessenartikulation, -aggregation und -transmission verschiedener Fraktionen des Kapitals, dessen prinzipielle ökonomische Herrschaft auch vom Faschismus nicht in Frage gestellt wird, können sie unter allen politischen Verhältnissen überleben und handeln, während gewerkschaftliche Massenorganisationen auf unbehinderte politische Verkehrsformen angewiesen sind. Nur dann nämlich können sie ihre Waffen um die Realisation des vollen Wertes der Ware Arbeitskraft einsetzen; eine der hauptsächlichen Aufgaben des Faschismus bestand aber gerade darin, die Ausbeutung der Arbeiterklasse mit allen Mitteln zu forcieren.

Die Kosten dieses Versuchs, der notwendig in den Krieg führte[8]), waren hoch - auch für das Kapital, das nicht nur in Teilen gewaltsam vernichtet wurde, sondern vor allem durch die Niederlage des Jahres 1945 noch einmal in existentielle Gefahr geriet. Aber wenngleich ihre Verbindung mit dem faschistischen Terror die kapitalistischen Produktionsverhältnisse im Bewußtsein nicht unerheblicher Teile der Bevölkerung kompromittiert hatte, so waren doch - wie gleich zu zeigen sein wird - die Bedingungen ihrer Rettung und Restauration in den Westzonen günstiger als 1918 im Reich. Es ist aber e i n wichtiges Ergebnis der faschistischen Erfahrung des Kapitals für seine Neuorganisation in Verbänden festzuhalten: Die Anerkennung der Notwendigkeit freier politischer Verkehrsformen und der Gewerkschaften als festem Bestandteil eines Systems gesellschaftlicher Konfliktregulierung war in den Reihen des Kapitals nach 1945 eine wesentlich grundsätzlichere als nach dem Ersten Weltkrieg. Nicht nur die Organisationen der Lohnabhängigen hatten es am eigenen Leibe erfahren müssen, daß die 'Folgekosten' des kanalisierten Austrags von Klassenkonflikten in der bürgerlichen Demokratie niedriger sind als unter diktatorischen Herrschaftsformen, sondern auch die Unternehmer waren durch die historische Entwicklung zu der Einsicht gezwungen worden, daß institutionalisierte und massenhaft legitimierte Formen der Bestandssicherung kapitalistischer Systeme der langfristigen Erhaltung ihrer Existenzgrundlagen am ehesten dienen konnten. Die Entstehung bzw. Fortdauer von Wirtschaftsverbänden in nicht-demokratisch verfaßten Systemen dokumentiert gegenüber der Herausbildung von Arbeitgeberverbänden jeweils parallel zur (Re-)Parlamentarisierung Deutschlands, daß gerade auch das Eigeninteresse letzterer an ihrer Existenz weit mehr auf die Sicherung repräsentativdemokratischer Verhältnisse gerichtet sein muß als das von branchenspezifischen Organisationen zur Beeinflussung der staatlichen Wirtschaftspolitik, die grundsätzlich unentbehrlich sind.
Mit diesen Erkenntnissen stand daher der Übernahme umfassender Funktionen im soziopolitischen System und Prozeß der bürgerlichen Demokratie auch seitens der Arbeitgeberverbände nichts mehr im Wege. Fast möchte man formulieren: Ihre Systemintegration war endlich gelungen.

Oder anders ausgedrückt: Erst jetzt hatte die Stunde der Arbeitgeberverbände wirklich geschlagen, nun erst konnten sie mehr werden als bloße Anhängsel von Wirtschaftsverbänden, die am liebsten ihren Existenzgrund: das Tarifsystem und die Gewerkschaften beseitigt hätten und dann diese Beseitigung selbst mit befördert hatten. Es ist nicht zufällig, daß bislang wenig die Rede von Arbeitgeberorganisationen war, denn historisch-gesellschaftliche Bedeutung konnten sie erst erlangen, als alle Kapitalfraktionen sich untereinander über dreierlei einiggeworden waren:
- über die Notwendigkeit, die Existenz autonomer und starker Gewerkschaften zu akzeptieren;
- über die Vorteile des autonomen, staatsfreien gesellschaftlichen Konfliktaustrags mit diesen Gewerkschaften;
- und damit zumindest implizit über die 'Freigabe' des Staates für die unter industriekapitalistischen Bedingungen insgesamt geeignetste Konstitutions- und Legitimationsform der parlamentarisch-parteienstaatlichen Demokratie samt ihrer Gesetze begrenzter Autonomie.

Der Preis für diesen Lernprozeß war hoch, der zeitweilige und partielle Sieg funk-

tionaler Interessenrealisation blutig. Aber das Jahr 1945 und die ihm folgenden markieren den Zeitpunkt der Einsicht[9], daß ein Zusammenspiel von Verbänden und Parteien, bei dem keiner dem anderen die Existenzgrundlage zu entziehen bestrebt war, letzten Endes den Interessen auch des Kapitals an seinem langfristigen Fortbestand dienlicher war als der Versuch maximalistischer Interessenbefriedigung. Die Zeiten der Intrasingenz waren vorbei.

3.4) Der große Kompromiß - Kooperation und Desensibilisierung in der Bundesrepublik (1945/49 bis zum Beginn des Untersuchungszeitraumes)

Es empfiehlt sich, in diesem Abschnitt Gewerkschaften, Arbeitgeberverband, das westdeutsche Tarifsystem sowie das Parteiensystem getrennt voneinander ausführlicher zu beschreiben, um jene im ersten Kapitel kurz erwähnten konkreten Dimensionen des Selektivitätsbegriffes in thematischer, personeller und organisationsinterner Hinsicht deutlich zu machen. Daher erfolgt jeweils zunächst ein knapper Aufriß der (Wieder-)Entstehung der verschiedenen Organisationen, um anschließend einige ihrer wichtigsten Strukturen etwas näher zu beschreiben.

3.4.1) Der Deutsche Gewerkschaftsbund

Wie schon erwähnt, hatte nicht nur im Lager der Unternehmer ein letztlich systemintegrativer Lernprozeß stattgefunden, sondern auch die gewerkschaftlich organisierte Arbeiterbewegung entwickelte sich in den Jahren nach 1945 zu einem eindeutig pragmatisch-kooperativen Faktor der deutschen Innenpolitik, der auf höchstmögliche Löhne und die Reduzierung von lohnabhängiger Unterprivilegierung im System selbst - also auf den oben theoretisch beschriebenen Abbau von Verkürzungen des Status des freien und gleichen Warenbesitzers - hinarbeitete.
Wenn schon 1918, angesichts einer revolutionären innenpolitischen Situation und weitgehender Freiheit des Reiches von militärischer Besatzung das Bestreben der Gewerkschaftsführung nur auf die Etablierung einer bürgerlich-parlamentarischen Demokratie und auf die Verankerung der lohnabhängigen Organisationen selbst als einem von zwei Tarif'partnern' gerichtet gewesen war, um wievieles weniger konnte 1945 von einer konsequent systemtranszendierenden und darin auch noch erfolgreichen Gewerkschaftspolitik ausgegangen werden.[1] Folgende Rahmenbedingungen waren von Anfang an der Entstehung einer integrierten und auf die Errichtung sozialistischer Produktions- und Herrschaftsverhältnisse zielenden Organisationsform der Arbeiterbewegung hinderlich und führten letzten Endes zum Wiederanknüpfen an die Arbeitsteilung zwischen SPD und Gewerkschaften mitsamt der erneuten Aufnahme des Weimarer Konzepts der Wirtschaftsdemokratie:[2]

- Die Tatsache, daß der Faschismus nicht von innen zerschlagen wurde, sondern große Teile der Bevölkerung - von seiner Ideologie nicht unberührt geblieben - den Mai 1945 als bittere Niederlage empfanden, führte zu einer Bewußtseinslage breiter Schichten, die eher auf Rückzug aus der Politik und auf schnellstmöglichen Wiederaufbau gerichtet war als auf einen langen Kampf um die grundsätzliche Neuordnung der gesellschaftlichen Verhältnisse.[3] Diese Haltung sollte dann durch den nach 1950 einsetzenden rasanten Wirtschaftsaufschwung quasi belohnt und dadurch weiter befestigt werden.
- Die Politik der Westalliierten konnte grundsätzlich nicht darauf ausgerichtet sein, die Entstehung eines sozialistischen Deutschlands zuzulassen; spätestens mit dem Beginn des Kalten Krieges im Frühjahr 1947 war offenkundig geworden, daß sie aktiv auf die Restauration kapitalistischer Verhältnisse hinarbeiteten.
- Angesichts dieser Lage, unter dem Einfluß ideologischer Traditionen der Weimarer Zeit zwischen Wirtschaftsdemokratie und Antikommunismus stehend[4], noch der kollektiven traumatischen Erinnerung verhaftet, der physischen Liquidierung nur knapp entgangen zu sein, und massiven Behinderungen durch die Westalliierten ausgesetzt[5], reagierten die Gewerkschaftsleitungen defensiv. Sie konzentrierten sich in zunehmendem Maße auf den Kampf um die Wiederherstellung ihrer Position von 1918, und sie überließen wiederum der SPD vertrauensvoll die Aufgabe, im

Parlament grundsätzliche Neuordnungen der gesellschaftlichen Beziehungen durchzusetzen, die sie im Prinzip durchaus wünschten. Diese Hoffnung wurde noch weit mehr enttäuscht als nach 1918[6]; nach allem, was über die Aktionsmöglichkeiten der Arbeiterparteien gesagt wurde, mußte sie auch enttäuscht werden, aber der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) blieb dabei, die ökonomische Interessenvertretung der Arbeitnehmer zu sein, und im Grunde, trotz aller programmatischen Beschwörungen, sonst nichts.[7] Allerdings stellte er auch die erste wirkliche gewerkschaftliche Monopolorganisation in der deutschen Geschichte dar; in (partei-)politischer Hinsicht war der Zustand der Einheitsgewerkschaft endlich erreicht.

Etappen des Zurückweichens und der Selbstbeschränkung lassen sich wieder - wie zu Anfang der Weimarer Republik - klar identifizieren.[8] Der Weg führte von der absoluten Priorisierung des Zieles: schneller Wiederaufbau im Jahre 1945 über die Einrichtung von Industriegewerkschaften, deren Macht die Schwäche des Dachverbandes entsprach, die Hinnahme der Spaltung Deutschlands - manifest geworden seit der Währungsreform von 1948 -, die Unterstützung des Marshall-Planes, den Verzicht auf eine Konfrontation mit den Westmächten, als diese die Verankerung von Sozialisierungsforderungen in einzelnen Länderverfassungen zu verhindern suchten, die Selbsteinbindung in die Adenauersche Politik der Westintegration und Remilitarisierung, die Entkoppelung der Forderungen des Münchner Programms von 1949 nach gleichzeitiger Sozialisierung von Schlüsselindustrien und Mitbestimmung in der Auseinandersetzung um das Montan-Mitbestimmungsgesetz von 1951 bis hin zur Einstellung außerparlamentarischer Aktionen im Kampf gegen das geplante Betriebsverfassungsgesetz von 1952, die allein auf die Zusicherung von Verhandlungen mit der Regierung hin erfolgte.

Ergebnis dieses siebenjährigen Prozesses war, daß die DGB-Gewerkschaften, die nach der unmittelbar voraufgegangenen Erfahrung des Faschismus noch ein deutliches Bewußtsein von der destruktiven Kraft kapitalistischer Verhältnisse besessen hatten, sich auf die resignativ-pragmatische Orientierung zurückzogen, aus diesen Verhältnissen an materiellen Vorteilen für die Lohnabhängigen (und an gesellschaftlicher Macht und politischem Einfluß für sich selbst) herauszuholen, was sie zu bieten hatten. In den fünfziger und frühen sechziger Jahren war dies in der Tat nicht wenig, und der Übergang von der "expansiven" zur "aktiven" Lohnpolitik[9] schien sich zu rechtfertigen. Erst seit der Rezession 1966/67 enthüllte sich in zunehmendem Maße, daß sich an der strukturellen Unterprivilegierung der Lohnabhängigen und ihrem Unterworfen-Sein unter die zyklischen Schwankungen des Kapitalverwertungsprozesses nichts grundsätzliches geändert hatte.

Es wird Aufgabe des empirischen Teils der vorliegenden Arbeit sein, zu untersuchen, welche Veränderungen dies für die Politik der Gewerkschaften mit sich brachte. Hier soll zunächst entwickelt werden, was thematische Selektivität der Gewerkschaften heißt, welche Elemente lohnabhängigen Interessenbewußtseins und lohnabhängiger Interessenpotentiale sie aufgriffen und welche nicht. Dabei ist das Ziel der Darstellung, ein Bild des DGB zu zeichnen, wie er sich etwa bis zum Beginn des Untersuchungszeitraums im wesentlichen entwickelt hatte, allerdings ergänzt um einige notwendige Vorgriffe auf die Jahre nach 1966.

Das Aktionsprogramm des DGB von 1955 gilt als Wendepunkt zur "programmatische(n) Anpassung" und zum Rückzug der Gewerkschaften "auf das Gebiet der Tarifpolitik".[10] Anders ausgedrückt läßt sich das Feld ihrer Aktionen definieren als jener Bereich, in dem um den Preis der Ware Arbeitskraft, die unmittelbaren Bedingungen ihrer Vernutzung im Produktionsprozeß, die Bereitstellung der langfristigen Voraussetzungen ihrer (Re-)Produktion sowie um die paritätische Mitbestimmung verhandelt werden sollte.[11] Von diesem Forderungskatalog zielte nur der letzte Punkt tendenziell über die gewerkschaftliche Rolle als Verkaufsagentur der Ware Arbeitskraft hinaus auf die Herstellung voller Gleichheit und Freiheit aller Warenbesitzer, nahm also

die unmittelbare Erfahrung sozialen Ausgeliefertseins der Lohnabhängigen in Betrieb und Produktion auf - allerdings in spezifisch gewendeter Form.[12)]

Dieser gewandelten Programmatik entsprach eine veränderte lohnpolitische Konzeption, die als 'aktive Lohnpolitik' bezeichnet, aber tunlichst nicht näher von den Gewerkschaftsführungen konkretisiert wurde. Sie beinhaltete, "die Tarifpolitik den Systemerfordernissen anzupassen", und zwar in Gestalt einer de-facto-Hintansetzung von Umverteilungszielen, die bei konsequentem Verfolg Stabilität und Wachstum des ökonomischen Prozesses hätten gefährden müssen[13)]. Dabei sicherte die "inhaltliche Unbestimmtheit" dieses Konzepts den einzelnen Gewerkschaftsleitungen "jenen hohen Grad an Elastizität, der erforderlich war, um zwischen den Ansprüchen der Mitglieder und den Stabilitätserfordernissen der Wirtschaft zu balancieren."[14)] Die Formel von der aktiven Lohnpolitik, die bei allen programmatisch-verbalen Differenzen zwischen den Einzelgewerkschaften auch heute als die dominierende Leitlinie der Tarifpolitik gelten muß[15)], kann folglich als einer der frühesten und kontinuierlichsten Filter der innergewerkschaftlichen Interessenaufnahme und -umformulierung betrachtet werden. Er lieferte das Raster, das die Gewerkschaftsspitzen benötigten, um aus den an der Basis entstehenden Forderungen nur jene aufzugreifen, die längerfristig den Akkumulationsprozeß nicht gefährdeten und damit zugleich die Verkaufschancen der Ware Arbeitskraft erhalten halfen. Zugleich räumte er den Einzelgewerkschaften den erforderlichen Handlungsspielraum bei der Anpassung ihrer jeweiligen Tarifpolitik an die ökonomischen Bedingungen innerhalb 'ihrer' Branchen und Sektoren ein.[16)]

Mit dem Düsseldorfer Programm des DGB von 1963 wurde aus der pragmatischen die ideologische Anpassung an das sozio-ökonomische und politische System der Bundesrepublik.[17)] In diesem Dokument bezeichneten sich die DGB-Gewerkschaften als "gemeinsame Organisation der Arbeiter, Angestellen und Beamten", welche "die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Interessen aller Arbeitnehmer und ihrer Familien" wahrnehme, "den Erfordernissen des Gesamtwohls" diene, deren Aufgabe es bleibe, "am Ausbau des sozialen Rechtsstaates und an der demokratischen Gestaltung der Gesellschaft mitzuwirken" und die daher "zum entscheidenden Integrationsfaktor der Demokratie und zur unentbehrlichen Kraft für eine demokratische Fortentwicklung auf politischem, wirtschaftlichem und kulurellem Gebiet" werde.[18)] Bei aller Anerkennung der "allgemeine(n) Anhebung des Lebensstandards" beharrten die Gewerkschaften auf der Erkenntnis: "Aber die Ungerechtigkeit der Einkommens- und Vermögensverteilung, die Abhängigkeit vom Marktgeschehen, von privater Wirtschaftsmacht und die Ungleichheit der Bildungschancen sind nicht überwunden." Ihre Gegenstrategie schließlich lautete: "Die Gewerkschaften kämpfen um die Ausweitung der Mitbestimmung der Arbeitnehmer. Damit wollen sie eine Umgestaltung von Wirtschaft und Gesellschaft einleiten, die darauf abzielt, alle Bürger an der wirtschaftlichen, kulturellen und politischen Willensbildung gleichberechtigt teilnehmen zu lassen."[19)]

Damit waren die Maßstäbe thematischer Interessenselektion verbindlich formuliert: Sozio-ökonomische Interessenvertretung von Warenbesitzern, Herstellung ihrer vollen Gleichberechtigung innerhalb des Systems und Selbsteinbindung der Gewerkschaften in dessen ökonomische und politische Formen.[20)] Auch in den beiden folgenden Aktionsprogrammen von 1965 und 1972 sollte sich daran nichts Grundsätzliches ändern; lediglich der Umfang der Forderungen betreffs der allgemeinen (Re-)Produktionsbedingungen der Arbeitskraft wurde erweitert, und mit der Neuaufnahme des Zieles einer besseren Vermögensverteilung im Jahre 1965 wurde etwas intensiver noch auf die Erfahrungen sozialer Disparitäten zu Lasten der Lohnabhängigen zurückgegriffen.[21)] Der wachsende Einbezug von Problemen der allgemeinen Lebenslage der Lohnabhängigen reflektierte dabei, daß im Zuge der immer weitergehenden Vergesellschaftung des Produktionsprozesses Lohn-, Arbeits- und Reproduktionsbedingungen immer enger zusammenwachsen[22)]. In ihrer Aufnahme in die Programmatik der Gewerkschaften hat man daher keine Wandlung in der Stoßrichtung ihrer Politik zu erblicken; es

geht nach wie vor um die Sicherung der Bedingungen eines kontinuierlichen Verkaufs der Ware Arbeitskraft, nur haben sich diese eben verändert.[23]

Das neue DGB-Grundsatzprogramm aus dem Jahre 1981 setzte diesen Trend insoweit fort, als es besonderes Gewicht auf die Aufstellung und Durchsetzung qualitativer Forderungen gegenüber quantitativen issues legte. So stand das Recht auf sichere Arbeitsplätze nun auf dem ersten Platz der Zielliste, die Folgen der von den Unternehmern seit Ausbruch der Krise 1973/74 enorm intensivierten Rationalisierungsprozesses für die Lohnabhängigen wurden verstärkt thematisiert, und die Forderungen nach einer Verbesserung der gesellschaftlichen Infrastruktur zugunsten der abhängig Arbeitenden erhielten noch mehr Gewicht.[24] Der empirische Teil der vorliegenden Arbeit und ihr Schlußabschnitt werden deutlich machen, wie kompliziert, in sich widersprüchlich und fortlaufend von Rückschlägen bedroht dieser graduelle Wandel war, ebenso wie die teilweise Rückbesinnung auf die eigene, gesellschaftliche, autonom einsetzbare Macht gegenüber dem Appell an den Staat, die ebenfalls in diesem neuen Programm zu finden ist.[25] Denn bei dem Versuch der Durchsetzung der genannten Forderungen stehen den Gewerkschaften grundsätzlich zwei Wege offen: Ihre Erfüllung kann entweder in direkter gesellschaftlicher Auseinandersetzung mit den Unternehmern im Wege des Tarifvertrages angestrebt werden[26]; oder die Gewerkschaften suchen durch Einflußnahme auf das politische Entscheidungszentrum eine öffentliche Maßnahme zu bewirken. Abgesehen davon, daß auch und gerade die deutschen Gewerkschaften nicht frei von der bereits diskutierten Tradition dieses Landes geblieben sind, die Lösung fast aller Probleme vom Staat zu erwarten[27], bietet sich prinzipiell der zweite Weg mit wachsendem Allgemeinheitsgrad der Forderung und zunehmendem Umfang des Kreises der Betroffenen in immer stärkerem Maße an.[28] Welche Strategie die Gewerkschaften je konkret wählen, dürfte auch in ihren eigenen Reihen nicht unumstritten sein. Während Seitenzahl als einer der wissenschaftlichen Funktionäre des DGB für eine inhaltliche Ausweitung des Aktionsfeldes der Tarifautonomie plädiert, die - bei Erfolg - die Chance gewerkschaftlicher Selbstlegitimation durch Leistung unmittelbar vergrößern würde[29], tendieren die Einzelgewerkschaften - wohl vor allem aufgrund ihrer Branchenorientierung - zum Teil weit mehr dazu, die Tarifverträge von allem freizuhalten, was sich nicht direkt auf den Verkauf der Ware Arbeitskraft bezieht.[30]

Welche Personengruppen wurden nun von dieser thematischen Auswahl stärker angesprochen und welche schwächer; welche Fraktionen der lohnabhängig Arbeitenden rekrutierte der DGB vorrangig, und welche traten eher in den Hintergrund? Mit anderen Worten: Welche personelle Selektivität entsprach diesem thematischen Angebot? Diese Fragen besitzen nicht unerhebliche Bedeutung auch für die Klärung des Problems, weshalb sich der DGB so nahtlos in die sozio-politische Landschaft der Bundesrepublik eingefügt hat. Denn eine Möglichkeit, zu verhindern, daß potentiell dysfunktionale Interessen[31] zum Störfaktor verbandlicher Politik werden, besteht darin, die Träger solcher Interessen tendenziell weniger stark zu organisieren als diejenigen, deren subjektive Ziele mit den objektiven Funktionen und dem Selbsterhaltungsinteresse des Verbandes eher übereinstimmen. Im Falle der Gewerkschaften bestünde eine derartige personelle Selektivität darin, vor allem aus jenem Teil der Lohnabhängigen die eigene Basis zu rekrutieren, der sich selbst am widerspruchsfreiesten als freier und mehr oder weniger gleichberechtigter Warenbesitzer empfindet und auch die geringsten Schwierigkeiten hat, seine Ware am Arbeitsmarkt zu verkaufen. Wenn im folgenden einige sozialstrukturelle Daten der DGB-Mitglieder unter diesem Aspekt betrachtet werden, soll aber nicht der Eindruck erweckt werden, als ob bewußt bestimmte Statusgruppen stark oder schwach organisiert würden. Vielmehr setzen sich Schwerpunkte der gewerkschaftlichen Verankerung mehr oder weniger unabhängig vom Wollen ihrer Führung durch als Folge der Übernahme der Funktion als Transmissionsmedium und als Verkaufsagentur der Ware Arbeitskraft. Als solche sind die Gewerkschaften eben für manche Berufsgruppen besonders attraktiv und für andere weniger, so daß sich in der Mitgliederstruktur objektive Gesetzmäßigkeiten verbandlicher Politik widerspiegeln.

Grundsätzlich ist die Mitgliederstruktur des DGB (d.h., der in ihm zusammengeführten Einzelgewerkschaften insgesamt) von einer Überrepräsentation der Arbeiter und entsprechend geringerer Vertretung von Angestellten gekennzeichnet. 1969/70 waren 58% aller abhängig Beschäftigten Arbeiter, die aber 76% aller DGB-Mitglieder ausmachten. Die Vergleichszahlen für die Angestellten belaufen sich auf 35,3% bzw. 14,3%, für die Beamten auf 6,7% bzw. 9,7%.[32] Insbesondere die Angestellten, die in dem sozialstrukturellen Schema von Bierbaum u.a. unter die Kategorie des aggregierten Personals und der kommerziellen Lohnarbeiter fallen[33], sind den Vorstellungen von Gleichheit, Freiheit und Leistung so stark verhaftet[34], daß ihre daraus resultierende individuelle Aufstiegsorientierung die notwendige innergewerkschaftliche Solidarität im Konfliktfall beeinträchtigen könnte. Bei der Organisation der Angestellten wirkt sich die personelle Selektivität damit zugunsten der Aufrechterhaltung gewerkschaftlicher Konfliktfähigkeit als einer wesentlichen Voraussetzung der Selbstlegitimation durch (erkämpfte) Leistung aus. Ähnliches gilt für die starke Unterrepräsentation von Frauen[35], die aufgrund geschlechtsspezifischer Sozialisation und Rollenteilung zumeist weit weniger konfliktbereit sind als Männer.
Gleichzeitig ist der DGB damit auch in der Kerngruppe der lohnabhängigen Klasse am festesten verankert; jener Kerngruppe, über deren Bewußtsein(sentwicklung), Forderung und Widerstandspotentiale Klarheit bei Unternehmern, Parteien und Staat bestehen muß, soll nicht durch allzu einseitig selektive Maßnahmen der Aufstand dieser außerordentlich droh- und konfliktfähigen Gruppe provoziert werden.

Für die oben hinsichtlich der inneren Widersprüchlichkeit gewerkschaftlicher Politik aufgestellten Thesen ist aber bedeutsamer die anteilig schwache Vertretung derjenigen Gruppen von Lohnabhängigen, die potentiell deutlicher als andere zur Thematisierung sozialer Abhängigkeit neigen, da sie sie entweder täglich massiv erfahren oder aber sich lebensgeschichtlich noch nicht passiv-resignativ mit ihr abgefunden haben. Diese letzte Gruppe der Jugendlichen und jungen Lohnabhängigen ist im DGB deutlich unterrepräsentiert: Im April 1963 waren 27% aller abhängig Beschäftigten 24 Jahre alt oder jünger; ihr Anteil an den DGB-Mitgliedern betrug im Herbst 1964 aber lediglich 9%.[36] Während der Organisationsgrad der verschiedenen Altersgruppen ab 35 Jahren von 43% auf 62% (65 Jahre und älter) steigt, bewegt er sich für die unter 20jährigen bis zu den 34jährigen zwischen 11% und 24%.[37] Diejenigen Lohnabhängigen also, die erstmals oder erst seit kurzem mit der Tatsache allseitigen Ausgeliefertseins in der Arbeitswelt konfrontiert werden, sind nur zu einem Viertel höchstens organisatorisch erfaßt; es dürfte kein Zufall sein, daß das tendenziell stärkere Engagement dieser Gruppe in konfliktorischen Situationen, das aus der noch fehlenden eindeutigen Identifikation mit einer gegebenen Lebenslage erwachsen kann, dem gewerkschaftlichen Handeln entgeht, dieses Potential folglich in weiten Teilen dem Desinteresse an der gewerkschaftlichen Politik überhaupt verfällt.

Die zweite Gruppierung, die über starke Erfahrungen der Abhängigkeit im und vom Produktionsprozeß verfügt, sind die an- und ungelernten Arbeiter, die im Schema von Bierbaum u.a. wohl den größten Teil der Kategorie des Maschinenpersonals ausmachen dürften.[38] Über dessen Bewußtsein schreiben die Autoren, daß es zwar einerseits tendenziell illiberaler geprägt ist und eher zur Zustimmung zu autoritären Parolen neigt als das anderer Teile der Lohnabhängigen[39]. Aber andererseits läßt die besonders weitgehende Unterwerfung dieser Gruppe unter den krisenhaften Kapitalverwertungsprozeß sie "die sozialen Gegensätze deutlicher wahrnehmen, so daß der Widerspruch im Bewußtsein von der Gesellschaft (bei ihr, C.S.) ganz unmittelbar und krass hervortritt", wodurch nach Meinung von Bierbaum u.a. in der ökonomischen Krise seit 1974 ein "Prozeß der Auflösung illusionärer, nicht mehr zeitgemäßer Vorurteile" über die bürgerliche Gesellschaft bis zu einem gewissen Grad tatsächlich eingeleitet worden sei.[40]

Wie steht es nun mit der organisatorischen Erfassung dieses Personenkreises durch die Gewerkschaften? 1964 waren 20% der ungelernten, 35% der angelernten und 48% der

Facharbeiter Mitglieder im DGB. Die Zahlen für 1961 lauten 32%, 39% und 50%.[41] Die an- und ungelernten Arbeiter stellen mit 43% nach den Arbeiterinnen (56%) den weitaus höchsten Anteil von an den Gewerkschaften uninteressierten Lohnabhängigen[42], so daß folgende These plausibel erscheint: Die an- und ungelernten Arbeiter stellen im wesentlichen das Potential von abhängig Beschäftigten, dessen Bewußtsein am widersprüchlichsten, daher im Falle eines kollektiv-solidarischen Lernprozesses tendenziell am ehesten radikalisierbar ist. Gerade diese Gruppe aber wird von den Gewerkschaften relativ wenig organisiert und bleibt so dem Ausweichen in die Resignation bzw. in eine kompensatorische Konsumorientierung überlassen, dem das Desinteresse am Gewerkschaftsbeitritt entspricht. Die Gewerkschaften vermeiden damit ihrerseits die Aufnahme von allzu vielen Interessenträgern, deren Ware am Arbeitsmarkt vor allem in ökonomisch schlechten Zeiten nur schwer abgesetzt werden kann und die damit die immanenten Grenzen des sozio-ökonomischen Systems am ehesten aufzeigen könnten.
Im Umkehrschluß und anhand der sozialstrukturellen Daten, die Nickel als die häufigsten bei Gewerkschaftsmitgliedern angibt[43], läßt sich der 'typische Gewerkschafter' wie folgt beschreiben: Er ist ein männlicher, nicht mehr ganz junger Facharbeiter, der mithin über ein beachtliches Qualifikationsniveau und Berufserfahrungen verfügt, die ihm den Verkauf seiner Ware Arbeitskraft nicht unerheblich erleichtern. Er arbeitet vornehmlich in Großbetrieben, in denen der geringere Spielraum in der individuellen Arbeitsgestaltung[44] das Entstehen arbeitsinstrumenteller und konsumorientierter Haltungen begünstigt[45], was wiederum die thematische Interessenselektion und gewerkschaftliche Konzentration auf quantitative Lohnfragen enorm erleichtert. Auch traditionell und parteipolitisch ist er der Denkwelt der DGB-Gewerkschaften eng verbunden, denn er entstammt häufig Familien, die seit Generationen gewerkschaftlich organisiert sind, und die SPD ist oft die von ihm favorisierte Partei.

Die Skizze der gewerkschaftlichen Tarifpolitik nach dem Ende des hier betrachteten Untersuchungszeitraums im Schlußteil der vorliegenden Arbeit wird deutlich zeigen, wie dominierend die Interessen dieses Mitgliederpotentials für die Politik des DGB in der ökonomischen Krise der späten siebziger und frühen achtziger Jahre waren. Man kann dies in der Tat auf die Formel reduzieren: Rationalisierungsfolgen und Arbeitslosigkeit, die beiden bedeutendsten qualitativen issues dieser Jahre, wurden Thema der Gewerkschaftspolitik erst dann, als sie ihr Stammpotential, die Facharbeiter, ernsthaft zu bedrohen begannen.[46]

Mit diesem Mitgliedstypus also läßt sich am ehesten die Übernahme der beschriebenen Funktionen durch die Gewerkschaften vereinbaren, aber weder ist er der einzige, der in der gewerkschaftlichen Organisation vertreten ist, noch ist auch er bereit, beliebig weit im konsequenten Verfolg seiner materiellen Interessen zurückzustecken. In einer Umfrage unter Gewerkschaftsmitgliedern votierten 51% der Befragten für eine ausschließlich partikulare Interessenvertretung seitens ihrer Organisation, wobei aber 84% davon überzeugt waren, daß die Gewerkschaften dies eben nicht real täten, sondern das Allgemeinwohl bei ihren Aktionen immer auch im Auge behielten.[47] Wie aus dieser Einschätzung das spontane Aus-dem-Ruder-Laufen der Basis werden kann, wenn der Eindruck zu stark wird, das Allgemeinwohl stehe im Vordergrund der gewerkschaftlichen Politik, haben die Septemberstreiks des Jahres 1969 schlagend gezeigt. Zwar ist zu betonen, daß diese Streiks eine rein ökonomische Ausrichtung hatten und in der Phase des Aufschwungs allein auf die Beseitigung des starken Lohn-lags zielten, der von den allzu kooperativen Gewerkschaften mit verursacht worden war[48], mithin nur um den vollen Preis der Ware Arbeitskraft gekämpft wurde. Dies ändert aber nichts an der Tatsache, daß spontane Streiks zu den "Indikatoren für Legitimationsschwächen und Regulierungsdefizite des traditionellen Verhandlungssystems und der Gewerkschaften" gehören[49]. Als solche erzwangen sie denn auch prompt ein härteres Auftreten der Organisation der Lohnabhängigen in den folgenden Tarifrunden und längerfristig auch den Austritt der Gewerkschaften aus der Konzertierten Aktion.

Wenn also das Mitgliederpotential des DGB widersprüchlich ist und bleibt (wie es unter den Bedingungen des segmentierten kapitalistischen Arbeitsmarktes auch nicht anders sein kann), wenn folglich zwar die Facharbeiter im Mittelpunkt der gewerkschaftlichen Organisations- und Forderungspolitik standen, aber minder qualifizierte, jüngere, weibliche und ausländische lohnabhängige Arbeitende auch erfaßt werden mußten, sowohl aus Kanalisierungs- wie aus Legitimationsgründen und zur Sicherung der gewerkschaftlichen Konfliktfähigkeit, so bleibt zu fragen, über welche innerorganisatorische Willensbildungs- und Entscheidungsstruktur der DGB (und die in ihm vereinigten Einzelgewerkschaften) verfügen, um dieses widersprüchliche Mitgliederpotential in der Organisation zu halten und gleichzeitig auf die geschilderte thematische Selektivität einstimmen und einschwören zu können.

Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß der DGB jenen oben theoretisch entwickelten Typus des gewerkschaftlichen Dachverbandes verkörpert, der auf mehreren, seine Politik inhaltlich dominierenden Industriegewerkschaften basiert, deren unterschiedliche Strategien miteinander zu vermitteln sucht und das wesentliche Organ für die öffentliche Auseinandersetzung mit Unternehmerspitzenverbänden, Parteien und Staat darstellt.[50]
Der Grundstein für die organisationsinterne Selektivität gewerkschaftlicher Interessenvertretung wurde unter starker Einwirkung der Westalliierten schon 1946 gelegt, als die "zunächst nur als Übergangsmaßnahme vorläufig gegründeten Industriegewerkschaften" einen derartigen Grad an Konsolidierung erreicht hatten, daß der Zweiten Zonenkonferenz im britischen Sektor im August 1946 nichts anderes übrigblieb, als den Aufbau von zwölf zonalen Industrieverbänden zu empfehlen.[51] Dies war der Ausgangspunkt für die Entstehung starker Einzelgewerkschaften, denen gegenüber die Spitze des Gewerkschaftsbundes "mehr ein Repräsentationsorgan, also verhältnismäßig schwach" geblieben ist.[52] Die 1972 verabschiedete neue Satzung des DGB veranschaulicht dies ebenso in hohem Maße wie sie den inzwischen erreichten Grad an innerer Zentralisierung und Abschottung gegenüber der Basis deutlich macht.[53]

Nach dieser Satzung wird die Ebene der Kreiseinteilung von der Bundes- und Landesebene beherrscht, letztere wiederum von der Bundesebene allein.[54] Diese wird ihrerseits dominiert von der überragenden Stellung des Bundesausschusses[55], in dem die großen Einzelgewerkschaften über starke Machtpositionen verfügen, welche zudem gegenüber der Stellung des Bundesvorstandes in der neuen Satzung noch ausgebaut wurden.[56] Die Exekutivorgane sind auf keiner Ebene mehrheitlich mit direkt gewählten Personen besetzt[57], wodurch der Einfluß der gewerkschaftlichen Basis ebenso eingeschränkt wird wie durch die Tatsache, daß diese weder zum Bundeskongreß, noch zur Landesbezirkskonferenz, noch auch nur zur Kreisdelegiertenversammlung unmittelbar Anträge stellen kann.[58] Diese Organe sind in ihren Kompetenzen überdies auf die Beschlußfassung über allgemeine Regularien und auf Wahlen von Teilen der Exekutivgremien beschränkt.[59]

Die organisatorische Struktur des DGB ist mithin charakterisiert durch die Dominanz des Willensbildungsstranges von oben nach unten gegenüber dem in umgekehrter Richtung, womit die Durchsetzung eventuell dysfunktionaler Basisinteressen zur allgemeinen Politik des Verbandes verhindert werden kann, sowie durch die Abhängigkeit der Gewerkschaftsvereinigung selbst von den starken Einzelorganisationen. Letztere besetzen den machtpolitisch zentralen Bundesausschuß gemäß ihrer Mitgliederzahl[60]; diese bildet zugleich die Bemessungsgrundlage für die Entrichtung der Beiträge an den Bund und für den Solidaritätsfonds.[61]

Diese Regelungen könnten nun noch immer als demokratisch betrachtet werden, wenn die Willensbildung innerhalb der Einzelgewerkschaften deren Basis so starke Partizipationsrechte einräumte, daß die Gewerkschaftsmitglieder über das Instrument der von ihnen formal und inhaltlich bestimmten Politik der Einzelorganisationen letzten Endes die Politik des Bundes doch bestimmten. Daß davon jedoch keine Rede sein

kann, hat Buchholz schon vor einiger Zeit anhand einer Analyse von Gewerkschaftssatzungen umfassend empirisch nachgewiesen[62]. Er kommt zu folgendem Ergebnis: "Ständig zunehmendem Dezentralismus und Gewerkschaftspartikularismus im DGB stand und steht ein meist um so konsequenter praktizierter und vielfach auch schon weitgehend konstitutionalisierter Zentralismus in den DGB-Gewerkschaften gegenüber... Der Ersatz der Mitgliederversammlung durch die Vertreterversammlung - zusammen mit den längeren Wahlperioden und der permanenten Aushöhlung der Mitgliederrechte - macht eine kontinuierliche Ermittlung des tatsächlichen Mitgliederwillens für den 'Verbandsbetrieb' immer überflüssiger: Die Funktionäre 'interpretieren' den Willen der Mitglieder nicht einmal, wie sie sagen, sondern sie bestimmen ihn, denn alle wesentlichen Entscheidungskompetenzen über die internen und externen Verbandsmaßnahmen sind so vollkommen von den Funktionärstäben annektiert, daß die Mitglieder die als Verbandswillen ausgegebenen Entscheidungen meist nur noch nachträglich billigen können."[63]

Wenn Buchholz gleich anschließend feststellt, daß Mitgliederapathie und zahlreiche gewerkschaftsexterne Faktoren zur Entstehung dieser Situation maßgeblich beigetragen haben [64], so verweist diese Aussage auf den oben postulierten prinzipiellen Zusammenhang zwischen der Übernahme bestimmter Verbandsfunktionen und der Entstehung massiver innergewerkschaftlicher Probleme, vor allem bei dem Versuch der parallelen Mobilisierung, Kanalisierung und Pazifizierung widersprüchlicher Basisinteressen. Die eine Seite des Problems besteht dabei darin, daß die nahezu perfekte Abschottung der Gewerkschaftsspitzen gegenüber ihrer Basis zu wachsender Desensibilisierung gegenüber sich veränderndem oder wachsendem Problem- und Interessendruck führen kann. Insofern organisationsinterne Willensbildungsstrukturen stets auch Kanäle des Transports von Informationen über diesen Problem- und Interessendruck sein müssen, soll die Organisation ihrer Aufgaben noch gerecht werden können, stellt ein Übermaß von Abgrenzungen zwischen Gewerkschaftsspitze und -basis stets eine Gefahr für die Ausfüllung gewerkschaftlicher Transmissions-, Selektions- und Legitimationsfunktionen dar. Die andere Seite desselben Problems manifestiert sich im potentiellen Basisausbruch; gerade die spontane Streikwelle des Jahres 1969 machte seinerzeit deutlich, daß auch nach fünfzehn Jahren kooperativer Gewerkschaftspolitik und deren Akzeptierung, oder besser: Hinnahme durch die Basis der Organisation Ausbrüche und jäh ansteigende Mitgliedermilitanz nach wie vor möglich waren, die ihrerseits nichts anderes als die Rückseite der Medaille weitverbreiteter Mitgliederapathie darstellten.

Streeck hat die Reaktion der Gewerkschaftsführungen auf diesen - wohl für alle Beteiligten überraschenden - Ausbruch der Basis aus den institutionalisierten und kooperativen Formen des Verteilungskampfes mit der bereits erwähnten Formel des Ausbaus der "Quasi-Partizipation" umschrieben.[65] Dieses Konzept besagt: Die Organisation muß "zwei verschiedene Willensbildungsprozesse aufbauen, von denen der eine öffentlich stattfindet, auf breiter Beteiligung aufbaut und sich in Diskussionen, Wahlen, Richtungskämpfen äußert, während der andere hinter geschlossenen Türen, in Expertendiskussionen, Spitzengesprächen, internen Absprachen, persönlichen Loyalitäten usw. abläuft."[66] Einen klassischen Fall derartiger Schein-Beteiligung, die zugleich die Nähe der Gewerkschaften zur ursprünglichen gesellschaftlichen Interessenartikulation gewährleistet, stellt der betriebliche Vertrauensleute-Körper dar. Dieser greift "Konfliktstoffe auf und führt mit einzelnen Kollegen oder mit mehreren Diskussionen und macht sie dabei auf die Notwendigkeit gewerkschaftlicher Interessenvertretung aufmerksam."[67] Eine solche Instanz, die dem sozialen Antagonismus am nächsten ist und an seinen unmittelbaren Erscheinungsformen in den Betrieben ansetzt, wäre allerdings ein explosiver Faktor der innergewerkschaftlichen Willensbildung, besäße sie formale Einwirkungsmöglichkeiten auf die Politik der Organisation. Es spricht daher für sich, daß allein die IG Chemie, Papier, Keramik ihr einen Platz in der Satzung zugewiesen hat[68], der inzwischen innergewerkschaftlich bereits wieder heftigst umstritten ist.

Das alternative Dilemma gewerkschaftlicher Politik zum Basisausbruch stellt die "Krise der Mitgliedermotivation" dar[69], das Problem der Apathie der Mitglieder, die zum Abbröckeln gewerkschaftlicher Schlagkraft gegenüber den Unternehmerverbänden führen kann. Angesichts eines enormen bürokratischen Apparats, dem Transparenz seiner Verfahrensweisen ebensowenig eignet wie Kontrollmöglichkeiten durch die Basis, angesichts der schier undurchbrechbaren Einbindung der Gewerkschaften in Institutionen, Gremien, Ausschüssen, Beiräten usw., usf., deren Zweck allemal die Pazifierung des Verteilungskampfes ist, und angesichts der suggestiven Kraft, die vom konsumtiven Bereich der Gesellschaft auch auf die Lohnabhängigen ausstrahlt - angesichts alles dessen ist es nicht weiter erstaunlich, daß die Gewerkschaften seit Jahren mit der Passivität ihrer Basis zu kämpfen haben. Je kooperativer die Organisation - das zeigt das Beispiel der IG Bau, Steine, Erden - desto schwieriger wird es, den Mitgliederstand zu halten und Mobilisierung für konkrete Auseinandersetzungen zu bewerkstelligen.[70] Der Versuch der Gewerkschaften, durch Erweiterung der internen Dienstleistungsangebote ihre Anziehunskraft zu erhöhen, ist bislang nicht von durchschlagendem Erfolg belohnt worden[71]. Zudem kann eine allzu ausschließliche Orientierung der Mitglieder auf Serviceleistungen ihrer Organisation erst recht die erforderliche Solidarität und Konfliktbereitschaft gefährden, die es doch gerade zu intensivieren gilt: Für einen traditionell und emotional verankerten Kampfverband setzt man sich leichter auch persönlich ein als für ein gigantisches und anonymes Versicherungsunternehmen.

So geraten die Gewerkschaften letzten Endes immer wieder beim Versuch der Bewältigung eines Problems in das nächste, und ihre Verstrickung in die Dilemmata verbandlicher Politik in der bürgerlichen Gesellschaft wird desto tiefer, je krisenhafter sich der Prozeß der Reproduktion dieses Systems gestaltet. Es ist zu hoffen, daß aus der theoretischen und historischen Analyse der Gewerkschaften im Kapitalismus hinlänglich deutlich wurde, daß diese Entwicklung weder auf das Versagen einzelner Individuen zurückgeführt werden kann, noch sich durch etwas patentere Rezepte zur gewerkschaftlichen Neubesinnung als das des 'Solidarbeitrages für Nichtorganisierte' aus der Welt schaffen läßt. Vielmehr findet in ihr jener Prozeß der Ausbildung selektiver Transmissions- und Legitimationsfunktionen seinen Ausdruck, der aus einer um die volle ökonomische und politische Emanzipation der Arbeiterklasse kämpfenden Bewegung einen Interessenverband innerhalb des sozio-politischen Systems der bürgerlich-kapitalistischen Gesellschaft werden ließ; einen Interessenverband im übrigen, der im dauernden Konflikt mit einem anderen liegt: der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, die nun als nächste zu untersuchen ist.

3.4.2) Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände

Wieder, wie schon oben bei der theoretischen Behandlung der Unternehmerverbände, steht der Überfülle gewerkschaftsorientierter empirischer Untersuchungen ein bemerkenswertes Defizit hinsichtlich der konkreten Kapitalorganisationen gegenüber. Wenig genug ist bekannt über interne Struktur und Mitgliederverhalten, Finanzgebaren und Verfahrensusancen der BDA; daher findet sich an dieser Stelle nur ein äußerst knapper, fragmentarischer Abriß einiger wichtiger Merkmale des Aufbaus, der Ideologie und der Politik dieser Organisation. Allerdings wird dieses forschungsstrategische Manko ein wenig dadurch relativiert, daß die BDA im Gegensatz zum DGB keine Massenorganisation ist, weshalb bestimmte Mechanismen der Willensbildung und Legitimation der Verbandspolitik hier nicht so stark ausgebildet sind wie im Falle der Gewerkschaften und sich die Analyse in diesem Bereich daher beschränken kann.

Nach 1945 entstanden die unternehmerischen Organisationen in exakt der gleichen Reihenfolge wieder neu, in der sie sich im Verlauf des 19. Jahrhunderts erstmals herausgebildet hatten: Auf die relativ rasche Einrichtung von Industrie- und Handelskammern folgte die Bildung erster wirtschaftlicher Fachverbände, während die Rekonstituierung der Arbeitgeberorganisationen am längsten auf sich warten ließ[72]. Darin liegt ein historischer Beleg für die These, daß die unternehmerische Ver-

bandsbildung in der Tat zunächst stark 'etatozentristische' Züge aufweist und sich erst nach Abschluß der Entstehung nationalstaatlicher Identität und parlamentarisch-demokratischer Verhältnisse verstärkt auf den autonomen gesellschaftlichen Konfliktaustrag verlegt.

Die BDA als Dachorganisation der bundesdeutschen Arbeitgeberverbände wurde 1949 gegründet; ihr gehören ca. 750 Verbände aus allen Wirtschaftsbereichen an (außer den öffentlichen Arbeitgebern und dem Arbeitgeberverband Eisen- und Stahlindustrie wegen der Geltung des Montan-Mitbestimmungsgesetzes in diesem Sektor), darunter 12 überfachliche Landes- und 44 fachliche Spitzenverbände.[73] Laut § 1 ihrer Satzung hat die BDA "'solche gemeinschaftlichen sozialpolitischen Belange zu wahren ..., die über den Bereich eines Landes oder den Bereich eines Wirtschaftszweiges hinausgehen'"[74]; sie ist nicht tariffähig, und Eingriffe in die Tarifautonomie ihrer Mitgliedsverbände sind ihr untersagt.[75] Mit anderen Worten: Die BDA ist jene unternehmerische Organisation, deren Hauptaufgabe in der Herstellung eines allgemeinen Kapitalinteresses jenseits spezifischer Konkurrenzverhältnisse sowohl gegenüber den Gewerkschaften betreffs des Preises der Ware Arbeitskraft (dazu gleich noch näheres) und der Bedingungen ihres Einsatzes in der Produktion besteht, als auch gegenüber dem politischen Entscheidungszentrum bezüglich verallgemeinerter sozial- und gesellschaftspolitischer Maßnahmen. Diese Funktion erklärt, weshalb sie über den 'Ausschuß zur Koordinierung der Lohn- und Tarifpolitik' hinaus nicht selbst in die Tarifverhandlungen eingreift[76]: Mehr als einen allgemeinen Rahmen des lohn- und sozialpolitischen Aktionsfeldes würden die unter höchst verschiedenen ökonomischen Bedingungen wirtschaftenden Branchen und Regionen weder hinnehmen können noch wollen. Dabei dürfte der tarifpolitische Koordinierungsausschuß zugleich jenes Gremium sein, in dem der durchschnittliche, gesamtwirtschaftliche, für alle Branchen mehr oder weniger akzeptable materielle Konzessionsspielraum abgesteckt wird, der die Tarifverhandlungen mit den Gewerkschaften gleichzeitig ermöglicht und begrenzt.[77]

Aus dieser Aufgabenstellung ergibt sich bereits, daß neben der Konfrontation mit den Gewerkschaften und dem Staat als externen Problemen der Verbandspolitik die Hauptschwierigkeit der BDA in ihrer innerorganisatorischen Struktur und in der stets neu zu leistenden Vermittlung außerordentlich widersprüchlicher Mitgliederinteressen zu suchen sein wird. Buchholz hat aus der Analyse von Satzungen zahlreicher Wirtschaftsverbände[78] geschlossen, daß sie sich "viel eindeutiger als Führungs- denn als Massenverbände darstellen"[79]. Dabei lassen sich zusätzlich noch wachsende Zentralisierungsbestrebungen in den letzten fünfzehn Jahren nachweisen, die tarifpolitische Kompetenzen von den Einzelorganisationen hin zur Verbandsspitze verlagerten[80] und die - allerdings nur begrenzt erfolgreich - auch die BDA selbst mit mehr Entscheidungsbefugnissen auszustatten suchten.[81]

Aber derartige Bemühungen, die Schlagkraft der Organisationen nach außen zu erhöhen durch eine autoritäre Willensbildung im Inneren, finden notwendig eine frühe Grenze in der Tatsache der fortbestehenden Konkurrenz zwischen den Einzelkapitalen aller Produktionssektoren, aller Größenordnungen, export- oder binnenmarktorientiert, hochtechnisiert oder lohnintensiv, außerhalb des Verbandes. Simon hat die These aufgestellt, daß die BDA insgesamt von Großunternehmen kontrolliert werde, deren Vertreter in dem einflußreichsten Organ, dem Präsidium, weit stärker repräsentiert seien als im - größtenteils weisungsgebundenen - Vorstand,[82] und diese Auffassung wird auch von anderen BDA-Analysen geteilt.[83] Auf dem Hintergrund der kapitalimmanenten Konzentrationstendenz, die auch ihren empirischen Niederschlag im kontinuierlichen Rückgang des Anteils der Selbständigen an der Zahl der Erwerbstätigen findet[84], kann dieser Befund nicht überraschen, aber es wird zugleich deutlich, wie problematisch sich die Entscheidungsfindung einer Organisation gestalten muß, die die Interessen der kleinen und mittleren Betriebe immerhin stets noch so weit zu berücksichtigen hat, daß diese nicht den Verband verlassen.

Eines der Kernstücke des Willensbildungsprozesses innerhalb der BDA stellen die dreiundzwanzig internen Ausschüsse dar, die mit Unternehmern und Verbandsvertretern der Mitgliederorganisationen beschickt werden und entscheidungsreife Stellungnahmen zu den einzelnen Sachfragen erarbeiten, über die dann das Präsidium, mitunter auch der Vorstand, Beschlüsse fassen.[85] Es kann vermutet werden, daß Angehörige dieser Ausschüsse in aller Regel wiederum mehrheitlich von Großkonzernen gestellt werden, da "Eigentümer-Unternehmer häufig unabkömmlich sind, während Großbetriebe oft ein Vorstandsmitglied für die Verbandsarbeit abstellen können."[86] Eine Untersuchung der Bewußtseinslage von Managern hat ergeben, daß diese mehrheitlich Selbständigkeit als ökonomische Existenzform prinzipiell geringer einschätzen als ihre eigene Tätigkeit in zwar formal lohnabhängigen Stellungen, aber mit real weit größeren Dispositions- und Machtbefugnissen.[87] Es sind diese leitenden Angestellten, die eine bedeutende Rolle in der Verbandspolitik spielen, und ihre subjektive Einstellung garantiert ebenso wie die objektive ökonomische Entwicklung die vorrangige Einlösung der Interessen von großen und größten Kapitaleinheiten und eine in diesem Sinne technokratisch-rationale Politik des Verbandes.

In einer neuen Zusammenfassung des Standes der wissenschaftlichen Literatur zur Organisations- und Entscheidungsstruktur in westdeutschen Unternehmerverbänden[88] wird der innerverbandliche Konflikt zwischen Betrieben unterschiedlicher Größenordnung an zentraler Stelle abgehandelt.[89] Daneben treten in den Arbeitgeberverbänden zusätzliche Schwierigkeiten auf, wenn in ihrer Forderung "nach gesamtwirtschaftlicher Verantwortung ihrer Mitglieder, mit der gegenüber der Öffentlichkeit und den Mitgliedsunternehmen die Notwendigkeit der Unternehmersolidarität begründet wird, ein Wandel des Verbandswesens insgesamt vom reinen Interessenverband zu einem Verband, der dem Staat als Helfer zur Seite tritt, gesehen werden muß."[90] Abgesehen von der erneuten Staatsfixiertheit der Betrachtungsweise heißt dies doch nichts anderes, als daß die BDA bei dem Versuch der Abschleifung von Maximalforderungen ihrer Basis im Interesse der Sicherung des Tarifsystems und einigermaßen entspannter Beziehungen zum (Parteien-)Staat mit nicht unerheblichen organisationsinternen Widerständen rechnen muß.

Weiterhin führt Rampelt als innerverbandliche Konfliktursachen Beitragsprobleme während einer wirtschaftlichen Krise sowie den steigenden Einfluß hauptamtlicher Funktionäre auf die Verbandspolitik an, deren "'überbetriebliche' Sicht Anlaß solcher Differenzen sein" könne - auch dies erneut ein Hinweis auf die Schwierigkeiten von Unternehmerverbänden bei der Interessenaggregation und -generalisierung.[91] Dies wird auch besonders deutlich, wenn Rampelt gleich mehrere Autoren als Belege dafür zitiert, daß Unternehmerverbände ohnedies nur das mittelbare Interesse ihrer Mitglieder organisieren könnten, "die Gesamtheit der von außen gesetzten Bedingungen und Voraussetzungen (ihres, C.S.) Wirtschaftens für sich günstig zu beeinflussen" - direkt am Markt konkurrierende Interessen dagegen seien unbedingt "außerhalb der Organisation zu halten."[92]

Als letzte hier zu erwähnende Konfliktursache innerhalb von Arbeitgeberverbänden führt Rampelt "die zwischen Eigentums- und Manager-Unternehmern" an: "da der Eigentums-Unternehmer vorrangig Vermögensinteressen vertritt, wird er in Lohnverhandlungen weniger leicht zu Zugeständnissen bereit sein als der Manager, der in erster Linie Einkommensinteressen vertritt und zur Abwendung eines Streiks bereitwilliger auf Gewinne verzichten kann."[93]
Also wieder steht das Problem des Interessengegensatzes zwischen kleineren Selbständigen und Großkonzernen samt deren eher pragmatisch-technokratisch orientiertem und längerfristig denkendem Personal im Mittelpunkt. Es ist in der Tat zu vermuten, daß hierin das zentrale Konfliktfeld bei der Interessenaggregation und -integration seitens der Arbeitgeberverbände besteht.
Koehnes Hinweis, daß diejenigen Unternehmer, die zugleich Mitglieder in weltanschaulich orientierten Verbänden seien, über eine relativ stabile berufliche Identität[94], stark traditionalistische Anschauungen[95] und am ehesten über ein Feind-

bild der Gewerkschaften verfügen[96], beleuchtet schlaglichtartig die zentrale bewußtseinsbildende Rolle von Unternehmer-, besonders aber von Arbeitgeberverbänden, die selbst eine autonome Konfliktpartei sind. Wenn Koehne feststellt, daß gerade verbandsförmig organisierte Unternehmer ihre vermeintlich schwindende gesellschaftliche und politische Macht beklagen und ihre Gegner als dominierende Kräfte betrachten[97], so greift sein Schluß nach der hier vertretenen Auffassung zu kurz, daß hier "einzelne Verbände der Versuchung erliegen, ihren Existenz- und Effizienznachweis dadurch zu erbringen, daß sie sich als Sammelbecken für Unternehmer anbieten, deren Unzufriedenheit mit den gesellschaftspolitischen Verhältnissen sie wenn nicht wecken, so doch verstärken."[98] Gewiß wird jeder Arbeitgeberverband auch darum bemüht sein, nachzuweisen, daß er ein unverzichtbares Instrument unternehmerischer Problemlösung ist. Aber Koehne selbst verleiht seiner Argumentation dann die entscheidende Wende, wenn er nämlich schreibt: "In ihren 'ordnungstheoretischen Grundlagen' zeigt die Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände den breit angelegten Versuch sowohl einer konkreten Leitbildausgestaltung als auch eines Beitrages zur Überwindung des oft beklagten 'Theoriedefizits' der Unternehmer. Indem sie sich über die Tagesproblematik stellen, scheinen die Verbände als 'materieller Apparat' für das institutionelle Unternehmertum an Gewicht zu gewinnen."[99]

Genau darum geht es: Die BDA hat einen enormen ideologischen Apparat entwickelt, der ein Unternehmer-Selbstbild schafft und propagiert, das einerseits den internen Konflikt zwischen Groß- und Kleinunternehmen mildern, andererseits nach außen legitimatorische Positionsgewinne gegenüber Gewerkschaften, Parteien und Staat erzeugen soll.
Wenn die kleineren Selbständigen nämlich weder bei den großen Abstimmungen, in denen die Mitgliedsverbände über Stimmen gemäß der von ihnen erfaßten Beschäftigten verfügen, wodurch die hochkonzentrierten und beschäftigungsintensiven Branchen begünstigt werden[100], noch auch durch die Vertretung in den anderen zentralen Willensbildungsinstanzen entscheidende Einwirkungen auf die Politik ihrer Organisationen durchzusetzen vermögen und schon gar nicht über den Hebel der Verbandsfinanzierung Einfluß nehmen können[101], so müssen ihnen dafür Kompensationen angeboten werden. Deren vielleicht wichtigste besteht in der kontinuierlichen Propagierung eines Unternehmerbildes durch die BDA, das zwar realhistorisch längst zum Untergang verurteilt ist, das aber - sofern es von den Adressaten der Ideologie rezipiert wird - sowohl gesamtgesellschaftlich die Stellung der Kapitaleigner und -verwalter legitimieren kann als auch das Selbstbewußtsein der mittelständischen Teile der Verbandsbasis bestärkt, ohne ihnen dabei echte Handlungsmöglichkeiten innerhalb der Organisation einzuräumen.

Raehlmann hat in einer Analyse der "Gesellschaftsbilder von DGB und BDA"[102] gezeigt, wie stark die Ideologie des Arbeitgeberverbandes noch immer von Elementen des Konkurrenzkapitalismus geprägt ist, obgleich dieses Entwicklungsstadium der kapitalistischen Gesellschaftsformation längst überwunden ist. Der "freie, schöpferische Unternehmer"[103], der zugleich der "'erste Diener seines Betriebes'", "'Diener der Gesellschaft'"[104] und der "'Garant der Freiheit'"[105] ist, unterliegt dem "'freie(n) Wettbewerb'"[106], ringt um die "'Gunst des Verbrauchers'"[107]; er sichert so die umfassende Befriedigung der Bedürfnisse aller Gesellschaftsmitglieder und erhält damit gleichzeitig wesentliche Grundlagen des christlichen Abendlandes.[108]
Dieses Portrait ist zwar geeignet, das Gefühl der eigenen gesellschaftlichen Bedeutung aufzuwerten, es erzeugt aber durchaus auch potentiell die Gefahr, daß die Ideologie ernstgenommen werden könnte. Die BDA geriete in größte innere Schwierigkeiten, würden die in ihr organisierten Verbände der kleinen und mittleren Eigentümer-Unternehmer darauf beharren, diesen Stellenwert in der Wirtschaft wie in der Politik der Spitzenorganisation real auch einnehmen zu wollen. Der rationale, auf Durchschnittslösungen und längerfristige Sicherung der Kooperation mit den Gewerkschaften und dem (Parteien-)Staat angelegte Konfliktaustrag wäre aufs höchste gefährdet, würden die auf kurzfristige Gewinnmaximierung angewiesenen und von der

Ideologie der BDA selbst in ihrem Selbstbewußtsein aufgewerteten kleineren und mittleren Eigentümer-Unternehmer die Politik der Organisation wirklich kontrollieren.[109]

Um sie davon abzulenken, aber auch, um ganz allgemein die eigene legitimatorische Verankerung in der Basis zu verfestigen, haben die BDA und ihre Mitgliedsverbände - wie alle wichtigen Unternehmerorganisationen - ein Netz von Serviceleistungen zugunsten ihrer Mitglieder geschaffen[110]. Bemerkenswerterweise haben sich dabei der Aufbau eines breiten Dienstleistungsangebots und die gleichzeitige Zentralisierung tarifpolitischer Kompetenzen in einer Art und Weise ergänzt, die es berechtigt erscheinen läßt, auch für die Arbeitgeberverbände von einer internen Quasi-Partizipationsstruktur auszugehen: Infolge der "Verlagerung der (tarifpolitischen, C.S.) Entscheidungs- und Aktionsebene von unten nach oben", so Rampelt, entstehe nämlich bei den unteren Organisationsmitgliederungen "mehr Raum für eine intensivere Beratung der Mitgliedsfirmen sowie die Aufgabe, die nur noch mittelbar am tarifpolitischen Entscheidungsprozeß beteiligten Mitgliedsbetriebe durch die Bereitstellung unentbehrlicher praktischer Hilfen sowie durch die umfassende Information und funktionierende Kommunikation zu solidarischem Verhalten und Identifikation mit dem Verhandlungsergebnis zu veranlassen."[111]

Neben diesen internen Aufgaben von Verbandsideologie und Dienstleistungen ist noch die externe Funktion der Propagierung eines ganz spezifischen Unternehmer- und Gesellschaftsbildes zu berücksichtigen. Der empirische Teil der vorliegenden Arbeit wird sich damit vor allem zu befassen haben, so daß an dieser Stelle nur einige kurze Hinweise erfolgen sollen. Raehlmann hat die Bemühungen der BDA ausführlich dokumentiert, das Bild einer ausgewogenen ökonomischen und gesellschaftlichen Machtverteilung zu zeichnen, demgegenüber gewerkschaftliche Umverteilungs- und Strukturreformforderungen dann als illegitimer Versuch erscheinen müssen, sich ein Übergewicht in Gesellschaft und Staat zu verschaffen.[112] Zwar sind die Gewerkschaften in diesem Verständnis notwendige (Tarif-)Partner, aber das Bestreben überwiegt, sie "auf den Status einer bloßen Tariforganisation" zu reduzieren.[113] Dies bestätigt die oben entwickelte These, wonach die Arbeitgeber an einer Begrenzung der Tarifkonflikte auf quantitative Fragen außerordentlich interessiert sind.[114]
Bezüglich der Staatsauffassung der Unternehmer- und Arbeitgeberverbände hat die jüngst erschienene Arbeit von Abromeit[115] umfangreiches Material zusammengetragen, das hier etwas ausführlicher dargestellt werden soll, weil es die oben vorgetragenen Überlegungen zur internen Widersprüchlichkeit der Kapitalinteressen ebenso stützt wie die These, daß es eben gerade keine Identität von Kapitalinteresse und Staatshandeln gibt.

- Jenseits ganz grundsätzlicher Topoi wie der Abwehr eines den Status quo verändernden staatlichen Handelns, des eigenen Führungsanspruchs innerhalb der Gesellschaft und gegenüber dem Staat sowie des sogenannten Primats der Sachlichkeit vor 'politischen' Entscheidungen (die als wertend im Gegensatz zur Befolgung ökonomischer Imperative betrachtet werden), sind sich die Unternehmer nämlich keineswegs einig in ihren Forderungen an den Staat. Beispielsweise hinsichtlich der Stellungnahmen zur Konjunkturregelung unterscheiden sich die Positionen stark je nach Branchenzugehörigkeit; das wichtigste Unterscheidungsmerkmal ist dabei bemerkenswerterweise erneut die Betriebsgröße. Je notleidender und je kleiner ein Unternehmen bzw. ein Wirtschaftszweig ist, desto schneller ruft er nach dem helfendem Staatseingriff, und umgekehrt.[116]
- Offenbar weit gravierender als die jeweilige ökonomische Situation scheint sich die Perzeption der politischen Großwetterlage auf die Einstellungen der Wirtschaftsverbände gegenüber dem Staat niederzuschlagen. Abromeit diagnostiziert einen jähen Wandel der Tonart nach der Bildung der ersten sozial-liberalen Koalition (und nicht etwa nach dem Ausbruch der tiefen Wirtschaftskrise 1973/74), auf die mit Mißtrauen, verstärkter Staatsabwehr und vermehrter Anmeldung eines eige-

nen Führungsanspruches sowie mit zunehmenden Leistungsanforderungen reagiert wurde.[117]
Nach der hier vertretenen Auffassung drückt sich darin das Wissen der Unternehmer aus, daß sie in der 'politischen Sphäre', d.h., dort, wo Mehrheitsentscheidungen mit Allgemeinverbindlichkkeitsanspruch fallen, eben nicht von einer bruchlosen Realisierung ihrer Interessen ausgehen können. Sie sind eben keine Mehrheit, sondern müssen sich diese immer wieder erst verschaffen, und damit sind sie zur Entwicklung generalisierter Legitimationsmuster gezwungen, die immer auch Abstriche von der ursprünglichen Forderung enthalten müssen.

- Die unternehmerischen Erwartungen an den Staat sind dabei nicht nur je nach Branche und Betrieb verschieden, sondern sie sind auch in sich widersprüchlich, so etwa in dem gleichzeitigen Verlangen nach staatlicher Zurückhaltung und nach staatlicher Leistung. Hierin spiegelt sich - so Abromeit - die Widersprüchlichkeit des Kapitals selbst, das als jeweiliger Teil des Gesamtkapitals an der Bereitstellung von Rahmenbedingungen der Produktion interessiert sein muß, zugleich aber als konkurrierendes Einzelkapital jedes interventionsstaatliche Hemmnis und eine ständig steigende Steuerbelastung ablehnen muß.[118]
- Schließlich stellt Abromeit fest, daß kein einheitliches und konsistentes Staatsbild der Wirtschaftsöffentlichkeit besteht, sondern vielmehr je nach Interessenlage entweder der 'Nachtwächter'- oder der Verteilerstaat, der patriarchalische oder der in einzelne Adressaten unternehmerischer Forderungen aufgesplitterte Staat, dem gegenüber man die Führung beansprucht, angesprochen wird.[119] Offensichtlich kommt es im Bereich der Großunternehmen dabei immer mehr zu einer Direktschaltung mit dem zuständigen Staatssegment, so daß die Verbände in diesem Gebiet nurmehr einen öffentlichen Flankenschutz zu leisten scheinen.[120]

So bleibt am Ende der Eindruck empirisch vorhandener interner Widersprüchlichkeit gerade auch der Arbeitgeberseite bestehen, der oben im bewußten Gegensatz zu staatsmonopolistischen Ansätzen theoretisch formuliert worden war.[121] Das Problem aber, Solidarität zwischen prinzipiell Konkurrierenden stets neu stiften zu müssen, kann auch die BDA nie ein für alle Mal lösen: "Der hohe Organisationsgrad der Arbeitgeberverbände würde demnach mit einem relativ geringen Verpflichtungsgehalt der Mitgliedsrolle erkauft sein, was den Verband zu erheblichen Anstrengungen zwingt, wenn er seine interne Steuerungsfähigkeit erhalten will. Die Grenze, an die dabei jeder Arbeitgeberverband stößt, ist zugleich die Grenze jeder Wirtschaftspolitik im Kapitalismus: die autonome Entscheidung des privaten Unternehmers, orientiert an einem utilitaristischen Nutzenkalkül."[122]

3.4.3) Betriebsratswesen und Tarifsystem

Unter welchen rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen gestaltet sich nun das Zusammenwirken der Tarifparteien? Es liegt in der Natur der Sache, daß hier die Bedeutung juristischer Einschränkungen des tarifpolitischen Gegenstandsbereichs wie auch der Bandbreite von anwendbaren Verfahrensweisen in erster Linie bezogen auf die Gewerkschaften erörtert wird. Sie sind der fordernde Teil des Tarifsystems, sie ergreifen die Initiative, um bestimmte Interessen zu realisieren und andere nicht. Welche Interessen dies sind, wird Gegenstand des empirischen Teils der vorliegenden Arbeit sein; an dieser Stelle geht es um die Klärung der Frage, wie die Beziehungen zwischen der Agentur zum Verkauf der Ware Arbeitskraft und der Vereinigung derjenigen, die die Arbeitskraft vernutzen, formell gestaltet sind. Es wird sich zeigen, daß auch diese Regeln ihren Teil zur Selektivität der Interessenverarbeitung im Tarifsystem beitragen; zentrale Bedeutung kommt dabei der Gelenkstelle des Betriebsrates zu.

Lange Zeit war es gängiger Topos einer sich den Gewerkschaften verbunden fühlenden sozialwissenschaftlichen Diskussionsrichtung,die 'Verrechtlichung' der interverbandlichen Auseinandersetzung, die in der Bundesrepublik in der Tat ein besonders großes Ausmaß erreicht hat [123], als illegitime, weil den gewerkschaftlichen Hand-

lungsspielraum absichtlich und einseitig beschneidende Verschiebung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse zugunsten der Unternehmer zu betrachten.[124] Gegenüber einer solchen Auffassung hat in jüngster Zeit Erd die These aufgestellt: "Nicht die Schwäche der Gewerkschaften im Ensemble gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse und Interessenartikulationen war die entscheidende Bedingung der Verrechtlichung gewerkschaftlicher Interessenvertretung, sondern ihre Stärke trotz oder gerade wegen des Rechts."[125]

Folgende rechtlichen Regelungen sorgen für eine Begrenzung des tarifpolitischen Themenkreises sowie für die Ausschaltung oder jedenfalls die Minimierung des Einsatzes bestimmter Strategien und Waffen:

- Das Betriebsverfassungsgesetz vom 15. Januar 1972 überläßt die Bewältigung innerbetrieblicher Probleme dem Betriebsrat, dessen Handlungsfreiheit weit mehr als die der Gewerkschaften eingeschränkt ist.[126] Vor allem unterliegt er der Friedenspflicht: "Maßnahmen des Arbeitskampfes zwischen Arbeitgeber und Betriebsrat sind unzulässig..."[127]
- Das Arbeitsschutz- und Sozialrecht entzieht den Tarifverhandlungen die Möglichkeit, um Vereinbarungen bezüglich des Minimalschutzes der Arbeitskraft zu kämpfen. Bei aller Sicherheit, die derartige Gesetze unbestrittenermaßen den Lohnabhängigen bieten, haben sie doch auch problematische Wirkungen auf die gewerkschaftliche Tarifpolitik. Schacht/Unterseher schließen beispielsweise aus der Verankerung allgemeiner Kündigungsschutzbestimmungen auf die Konsequenzen für die Gewerkschaftsstrategie: "Wenn Nichtmitglieder und Mitglieder prinzipiell das gleiche Risiko haben, wird eine Gewerkschaft eher Strategien wählen, die Arbeitsplatzsicherung für alle zum Ziel haben"; mithin werde sie gezwungen sein, "die Lohnforderungen flexibel zu halten..."[129] Die Gewerkschaften können sich daher in diesem Bereich nicht mehr selbst konfliktorientiert durch Leistung legitimieren.
- Eine ähnliche Beschränkung der gewerkschaftlichen Schlagkraft ergibt sich aus § 5 des Tarifvertragsgesetzes, der die Allgemeinverbindlichkeitserklärung von Tarifverträgen auf den Antrag nur einer Partei hin vorsieht, worauf unter anderem auch das Problem der "Trittbrettfahrer" für die Gewerkschaften zurückzuführen ist.[130]
- Über die Ausgrenzung betrieblicher, bestimmter sozialpolitischer und prozeduraler Themen hinaus sorgt das den Tarifparteien auferlegte "Verbot, 'Politik' zu machen" dafür, daß der reale Zusammenhang von Ökonomie und Politik nicht umgesetzt wird in Kämpfe zwischen Lohnarbeit und Kapital, die beide Ebenen miteinander zu verbinden suchen.[131]
- Das arbeitsrechtliche Richterrecht schließlich umfasst jenen Bereich, "in dem Spielraum und Gegenstandsregelungen für kollektive Auseinandersetzungen formuliert und richterlich verwaltet werden."[132] Gerade hier wird deutlich, wie sehr die tarifpolitischen Kontrahenten selbst "einer Institution ... bedürfen, die auch im Kollektivbereich Streitigkeiten letzlich verbindlich entscheidet und sie damit den Kontroversen der Organisationen entzieht."[133] Durch diese rechtlichen Regelungen wird der Katalog von Strategien des Austrags sozio-ökonomischer Konflikte weiterhin begrenzt; die Stichworte: Verbot 'wilder' Streiks, Sozialadäquanz- und ultima-ratio-Prinzip legaler Streiks, Friedenspflicht während der Laufzeit des Tarifvertrages und freiwilliges Schlichtungswesen[134] mögen genügen, um zu verdeutlichen, daß hier vor allem das gewerkschaftliche Kampfmittel Streik in seiner Wirksamkeit eingeschränkt werden soll.
- Hinzu tritt schließlich noch die Ausklammerung des Konfliktfeldes Betrieb aus der gewerkschaftlichen Politik, zumindest jedoch seine Verdrängung in dem Hintergrund der Tarifpolitik, durch das bereits ausführlich erörterte Industrieverbandsprinzip.[135]

Und doch läßt sich für fast jeden der hier aufgeführten Bereiche zeigen, daß die Begrenzung von Handlungsspielräumen keineswegs immer den Gewerkschaften nur zum Schaden gereichte. Dabei soll vor allem auf einige neuere Überlegungen zum Verhält-

nis von Gewerkschaften und Betriebsrat ausführlicher eingegangen werden.
Erd hat mit Recht darauf hingewiesen, daß die Gewerkschaften schon 1952, bei der Verabschiedung des Betriebsverfassungsgesetzes, nur halbherzig gegen den rechtlichen Ausschluß der betrieblichen Ebene aus dem Geltungsbereich gewerkschaftlicher Interessenvertretung protestiert hatten. Realiter habe dieses Gesetz den Organisationen der Lohnabhängigen die alleinige Zuständigkeit für die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen via Tarifvertrag sowie vor allem das Monopol auf Kampfmaßnahmen zugesprochen und sie außerdem durch sein sozialpartnerschaftliches Grundkonzept in der Auseinandersetzung mit demjenigen linken Gewerkschaftsflügel gestärkt, der eine räteförmige konfliktorientierte Betriebspolitik angestrebt habe.[136]
Diesen Gedanken einer faktischen Unterstützung der Gewerkschaften durch die Errichtung des dualen Systems betrieblicher und überbetrieblicher Interessenvertretung hat Streeck weiterverfolgt, der zunächst feststellt, daß trotz aller gesetzlich formulierter Trennung von Betriebsrat und Gewerkschaften jener zu achtzig Prozent von gewerkschaftlich organisierten Lohnabhängigen besetzt werde und damit sehr wohl als Verlängerung der Gewerkschaften in die Betriebe hinein aufzufassen sei - wenn auch unter spezifischen Bedingungen.[137]
Folgende Faktoren wertet Streeck als Stärkung der Gewerkschaften:

- Infolge der Unfähigkeit des Betriebsrates, Tarifverträge abzuschließen und zur Durchsetzung seiner Forderungen streiken zu lassen, sei die Kontrollmacht der überbetrieblichen Instanzen über die Politik auf der Betriebsebene gesichert;
- da er mit allgemeiner Mehrheit gewählt werde, sei der Betriebsrat zur Aggregation der verallgemeinerbaren Interessen auf betrieblicher Ebene gezwungen und nehme mithin den Gewerkschaften einen Teil ihrer Arbeit ab;
- das Betriebsrätesystem und die Mechanismen seiner Wahl und Entscheidungen schließe andere als gewerkschaftliche Konkurrenzorganisationen faktisch aus, was den Zugang zum Betriebsrat betreffe, und verhindere unter anderem dadurch die vorgängige Einigung der Arbeitgeber mit einzelnen Fraktionen der Lohnabhängigen;
- schließlich garantiere die Wählbarkeit des Betriebsrates die Möglichkeit der Sanktionierung der ihn maßgeblich tragenden Gewerkschaften, was wiederum dem Aufkommen von Konkurrenzorganisationen der Lohnabhängigen entgegenwirke.[138]

Zwar konzediert auch Streeck, daß aus diesem Dualismus Probleme erwachsen, insbesondere die Chancen einer betriebsnahen, qualitativ orientierten Politik der Gewerkschaften begrenzt seien.[139] Im Grunde scheint er diese Konsequenz jedoch nicht als allzu gravierend zu betrachten, da er die Notwendigkeit der Industriegewerkschaften an den Anfang seiner Überlegungen stellt, den Einfluß der von ihnen erfaßten heterogenen Betriebe zu neutralisieren, um einheitlich handlungsfähig zu bleiben.[140]

Demgegenüber hat Müller-Jentsch nach der hier vertretenen Auffassung richtig gezeigt, daß die Folge dieses Dualismus unter anderem darin besteht, daß vornehmlich die quantitativen (und daher leichter generalisierbaren) Interessen der betrieblichen Basis vom Betriebsrat zusammengefasst und an die Gewerkschaften weitergeleitet werden, während die qualitativen Forderungen auf der Betriebsebene verbleiben und dort dann allerdings zumeist durch Monetarisierung entschärft werden.[141]

In umgekehrter Richtung hilft das betriebliche Interessenvertretungssystem durch die Konkretisierung vereinbarter tarifvertraglicher Regelungen unter Berücksichtigung betriebsspezifischer Bedingungen mit, einen autonomen und flexibel ausnutzbaren lohn- und personalpolitischen Handlungsspielraum der Arbeitgeber zu erhalten.[142] Müller-Jentsch schließt mit der Feststellung, auch in Krisenzeiten bleibe dieses duale System der Interessenvertretung stabil, wenngleich beide Organisationsstrukturen mit zunehmenden Aufgaben konfrontiert würden. Zwar kämen angesichts des gestiegenen Problemdrucks auch die Gewerkschaften nun nicht mehr umhin, vermehrt qualitative Forderungen in ihre Politik aufzunehmen, aber sie 'bewältigten' die hinter ihnen stehenden Probleme unverändert mittels ihrer herkömmlichen sektionalen, auf Sozialpläne oder Monetarisierung ausgerichteten Strategien.[143]

In einem zweiten Beitrag zu dieser Debatte hat Streeck den Versuch unternommen, seine These der gewerkschaftlichen Begünstigung durch das duale System der Interessenrepräsentation dahingehend zu konkretisieren, daß neben anderen gewerkschaftsinternen und -externen Faktoren auch und gerade die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes im Jahre 1972 zu einem steigenden Organisationsgrad der DGB-Gewerkschaften beigetragen habe. Das neue Gesetz erweitere einerseits die Mitbestimmungsmöglichkeiten des Betriebsrates erheblich, schreibe auf der anderen Seite die Beziehungen zwischen diesem und den Gewerkschaften fest und institutionalisiere damit das Recht der gewerkschaftlichen Organisationen auf Zutritt zum Betrieb förmlich.[144]
Ohne Zweifel ist die institutionelle Verbindung zwischen Gewerkschaften und Betrieb(srat) eine zentrale und zugleich hochsensible Nahtstelle innerhalb des selektiven Interessentransmissionsprozesses, denkt man nochmals an die oben vorgestellten Überlegungen zur notwendigen Ausklammerung des Erfahrungsfeldes 'Betrieb' aus den (potentiell militanten) tarifpolitischen Auseinandersetzungen zurück.[145] Es soll an dieser Stelle festgehalten werden, daß das duale System der Interessenaggregation, -selektion und -generalisierung ganz entscheidend zur Quantifizierung der Tarifpolitik beiträgt; allerdings zahlen die Gewerkschaften für diese relative Entkomplizierung ihrer Politik mit der Existenz eines äußerst gewichtigen Machtfaktors in ihren eigenen Reihen: der Phalanx der Betriebsräte, deren Interessenbewußtsein in erster Linie durch ihre betrieblichen Erfahrungen geprägt ist.

Mit der empirischen Untersuchung Kotthoffs[146] liegen neuere Daten vor, die sehr deutlich zeigen, daß zu den objektiven, durch Betrieb(sgröße), Branche und jeweilige ökonomische Lage vorgegebenen Selektivitätskriterien gewerkschaftlicher Interessenverarbeitung das subjektive Moment eines Spannungsverhältnisses zwischen Betriebsrat und Gewerkschaften hinzutritt. Denn nach Kotthoff ist das Handeln einer großen Mehrheit der von ihm befragten Betriebsräte auch und vor allem geleitet durch

- Angst vor Repressalien seitens der Geschäftsleitung;[147]
- Angst vor dem Verlust eigener Privilegien beim Konflikt mit der Geschäftsleitung;[148]
- Glaube an die Richtigkeit sozialpartnerschaftlicher Vorstellungen;[149]
- Überzeugung von der Inkompetenz 'betriebsfremder' Gewerkschaften bei der Lösung betriebsspezifischer Probleme;[150]
- Zorn über das Ansinnen der Gewerkschaften, verstärkt an den betrieblichen Belangen beteiligt zu werden bzw. ihre Bestrebungen, mehr Mitbestimmungsmöglichkeiten für sich selbst durchzusetzen.[151]

Damit kommt es aber bei der Betrachtung gewerkschaftlicher Interessenvertretung im Tarifsystem nicht nur auf die Konfliktlinien zwischen ihnen und der Kapitalseite sowie zwischen den Einzelgewerkschaften untereinander, sondern zusätzlich ganz massiv auf die Konfliktlinien zwischen Gewerkschaften und Betriebsräten an, wenn es um die Frage geht, ob die gewerkschaftliche Assoziation der Lohnabhängigen alles im Kapitalismus ihr Mögliche dem ökonomischen Antagonisten abringt (oder diesen etwa sogar in seiner bloßen Existenz bekämpft). Zwei Hinweise von Kotthoff sollen dies verdeutlichen:

- Die Betriebsräte dominieren unter anderem häufig die Tarifkommissionen, die über die Annahme oder Ablehnung tarifpolitischer Einigungen mit den Arbeitgebern befinden.[152] Damit kommt hier aber nicht nur die auf Branchenebene verallgemeinerte Rücksichtnahme auf die Kapitalverwertungsbedingungen zum Tragen, sondern - so darf wohl vermutet werden - auch bereits betriebsspezifische Einschränkungen, die auf die Begrenzung tarifvertraglicher Lohnerhöhungen hinauslaufen - sei es, um den 'eigenen' Betrieb zu schützen, sei es, um sich einen autonomen Handlungsspielraum in der betrieblichen Lohnpolitik zu erhalten.
- Kotthoff ermittelte mehrfach, daß für das Ausmaß wirtschaftsfriedlicher und betriebsegoistischer Einstellungsmuster der Betriebsräte vor allem das jeweilige Selbstverständnis der Gewerkschaft ausschlaggebend war, in der die Betriebsräte

organisiert waren.[153] D.h., je nachdem, wie kooperativ oder konfliktorisch sich die Organisation gegenüber dem gesellschaftlichen Kontrahenten selbst einschätzt und verhält und je nachdem, wie sehr sie bereit ist, die Auseinandersetzung mit den Betriebsräten aufzunehmen und die gewerkschaftlichen Elemente ihres Bewußtseins zu stärken - je nach dem konkreten Zusammenspiel dieser Bedingungen kann eine Gewerkschaft ihren Handlungsspielraum gegenüber dem Kapital erweitern oder begrenzen.

Was das Arbeitsschutz- und Sozialrecht als thematische Begrenzung des tarifpolitischen Themenkataloges betrifft, so ist dies einer jener Bereiche, in dem Verbände und Parteien teilweise miteinander rivalisieren, da jeder sich hier durch materielle Leistungen legitimieren kann. Aber selbst wenn die Gewerkschaften auf diesem Gebiet bestimmte Maßnahmen nicht (mehr) selbst durchsetzen bzw. durchführen, so können sie doch auch wiederum stets vor ihrer Basis darauf verweisen, anderen, nämlich Parteien und Staat, diese Aktivitäten abgerungen zu haben.

Zum Verbot des politischen Steiks schreibt Erd, es sei von den Gewerkschaften hingenommen worden, weil es ihren wirtschafts- und sozialdemokratisch geprägten Vorstellungen durchaus entsprach und außerdem die Auseinandersetzung mit der Gewerkschaftslinken erleichterte.[154] Zudem wurde bereits hinlänglich erörtert, wie wenig die Gewerkschaften selbst an einer (Wieder-)Zusammenführung ökonomischer und politischer Kämpfe der Arbeiterklasse interessiert sein können, müßte dies doch ihre Selbstauflösung als Verband implizieren.

Gegen die Rechtsprechung zu spontanen Steiks, Sozialadäquanzprinzip, Streikbeginn und -risiko sowie zur Betriebsrisikolehre und zur Aussperrung, die teilweise ganz eindeutig repressiven Charakter aufweist[155], protestierten die westdeutschen Gewerkschaften ebenfalls nur halbherzig, da ihre Streikpraxis ohnehin gegenüber anderen Industriestaaten höchst zurückhaltend war und ist.[156] Erd weist zu Recht darauf hin, daß das formelle Verbot spontaner Streiks von Gewerkschaften und Arbeitgebern gemeinsam insofern unterlaufen wird, als die gewerkschaftlich initiierten Warnstreiks das Interesse beider Parteien an zügigen Tarifverhandlungen befördert.[157] Zudem dient das Verbot 'wilder' Streiks insoweit den Gewerkschaften ganz direkt, als es diese Form des Legitimationsentzugs seitens ihrer Basis jedenfalls erheblich erschwert.[158] Daß der DGB im übrigen wenig Grundsätzliches gegen den Versuch des Gesetzgebers und der Jurisdiktion einzuwenden hat, den Einsatz der Streikwaffe vorab zu begrenzen, zeigt sein Richtlinienbeschluß, nach dem die Einzelgewerkschaften vor jeder Arbeitsniederlegung eine Urabstimmung durchführen müssen, bei der mindestens 75% aller stimmberechtigten Gewerkschaftsmitglieder positiv votieren müssen.[159]

Damit ist die Frage angesprochen, welche Verfahrensweisen die Verbände selbst zur Ausfüllung jenes Raumes entwickeln, der ihnen nach allen Ausgrenzungen als materiale Tarifautonomie noch verbleibt. Nach allem, was über das Selbstverständnis vor allem der Gewerkschaften als Interessenverband und über das Ausmaß ihrer Selbstintegration als Transmissions- und Selektionsinstrument zur Verarbeitung sozioökonomischer Interessen in der bürgerlichen Gesellschaft ausgeführt worden ist, steht zu erwarten, daß auch in diesem Bereich Konfliktvermeidungs- und -pazifierungsverfahren im Vordergrund stehen werden.

Weitbrecht hat in einer umfassenden Analyse am Beispiel der beiden Tarifkontrahenten Gesamtmetall und IG Metall die Strategien aufgeschlüsselt, die beide Seiten ausgebildet haben, um dem "Dilemma von Legitimität und Effektivität" zu entgehen.[160] Dieses beschreibt er wie folgt: "Zwischen der Forderung nach Verhandlungsfreiheit und der Forderung nach Legitimität, daraus folgend Verpflichtung, besteht also ein Widerspruch, weil beide erwünschten Ziele sich nur bei unterschiedlichem Grad der Beteiligung der Mitglieder verwirklichen lassen." Die Lösung des Problems bestehe in der "Trennung der Entscheidungsprozesse von den Prozessen, die primär der Mitglieder-Verpflichtung dienen"[161] - dies ist wieder jenes Konzept der Quasi-

Partizipation, das in der vorliegenden Arbeit bereits mehrfach aufgetaucht ist.[162] Bei der IG Metall übernimmt nach Weitbrecht die Tarifkommission die Aufgabe, als "Diskussionsorgan mit breiter Repräsentation"[163] für die Verpflichtung der Mitglieder auf das Verhandlungsergebnis zu sorgen, während die Kompetenzen real beim Vorstand und dem von ihm abhängigen Bezirksleiter konzentriert sind.[164]
Bei Gesamtmetall verlor der Ausschuß, der ursprünglich "Organ ausgedehnter Diskussion" gewesen war, mit den auf Zentralisation zielenden organisatorischen Veränderungen Anfang der sechziger Jahre fast alle Entscheidungsbefugnisse, weshalb nun durch "verstärkte Aktivität der lokalen Organe" für die Folgebereitschaft der Basis gesorgt werden muß.[165] Zentren der Willensbildung sind aber faktisch der Tarifpolitische Ausschuß und die Kernkommission, über denen sich der massive Einfluß des Vorstandes von Gesamtmetall erhebt.[166]

Folgenlose Beteiligung der Mitglieder und Konzentration der Entscheidungskompetenzen bei der Spitze der Organisationen waren und sind also als wichtigste Bedingungen für die effiziente und zugleich legitimierte Handhabung der Tarifautonomie durch die Verbände anzusehen. Weitbrecht kommt zu dem Schluß, daß die Tarifautonomie nur unter diesen Voraussetzungen ihrer eigentlichen Aufgabe nachkommen könne, da nur dann ein "offene(s) Aufeinanderprallen von Interessengegensätzen" möglich werde, (dies ist der Bestandteil 'Autonomie'), und da nur "so ein Kompromiß zustande kommen (könne, C.S.), der bei einem ständig wachsenden Sozialprodukt die Vorstellung eines Abbaus der sich ständig erneuernden relativen Deprivation einzelner Gruppen hervorbringen kann."[167] Die Erzeugung dieser Vorstellung, der eben k e i n e Realität entspricht (erst recht nicht mehr, seitdem nicht mehr über ein 'ständig wachsendes Sozialprodukt' verhandelt werden kann), dienen die geschilderten Ein- und Ausgrenzungen ebenso wie der verbleibende Handlungsspielraum der Organisationen. Sie tragen in der Tat einen Kampf untereinander aus, aber ihr Waffenarsenal ist eng begrenzt, und der Hauptkriegsschauplatz wird sorgfältig ausgespart.

Die Tatsache, daß das Konzept der Quasi-Partizipation von beiden Verbänden übernommen wurde, verweist dabei auf einen bemerkenswerten Sachverhalt: Obgleich die gesellschaftliche Stellung der Gewerkschaftsmitglieder von existentieller Abhängigkeit von den Besitzern der Produktionsmittel gekennzeichnet ist, hat sich ihre Assoziation in ihren eigenen organisatorischen und prozeduralen Strukturen den Vereinigungen des Kapitals immer stärker angenähert. Dieser Befund wird bestätigt vom Ergebnis der Analyse von Buchholz, der sich mit den Willensbildungsformen in Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden befasst: "...es bringt den DGB und einige seiner Mitglieder ... in die unmittelbare Nachbarschaft der Unternehmensverbände ... Nicht nur, daß 'die Großen' auf beiden Seiten die Herrschaft in den Verbänden für sich reserviert bzw. annektiert haben..., sie scheinen sich auch unter anderen Aspekten aufeinanderzu zu entwickeln: so nimmt etwa die traditionelle Autorität der DGB-Kongresse ab, die einiger Unternehmerverbände dagegen zu; auch öffnen sich die Unternehmerverbände immer mehr zur Öffentlichkeit hin, während die Gewerkschaften in zunehmendem Maße Entscheidungen, die stets den öffentlichen Kongressen vorbehalten waren, in die Beiräte und Vorstände verlegen; und schließlich öffnen sich Unternehmensverbände und Gewerkschaften sogar füreinander."[168]

Nimmt man zu diesen wechselseitigen Angleichungstendenzen noch Streecks Aussage hinzu: "Während sich das Zielsystem der Arbeitgeberverbände offenbar kontinuierlich ausgeweitet hat, hat das Wachstum des politischen Systems die Ziele der Gewerkschaften offenbar an manchen Stellen erheblich beschnitten"[169], so läßt sich folgende These über die Auswirkung des Systems der Tarifautonomie auf die an ihm Beteiligten aufstellen: Der Komplex institutionalisierter, nur begrenzt aktiv werdender und tendenziell gesellschaftliche Konflikte pazifierender Instanzen und Verfahren zur Bewältigung verteilungspolitischer Auseinandersetzungen zwingt den sozialen Kontrahenten unabhängig von ihren je subjektiv angestrebten Zielen ganz bestimmte interne Strukturen und nach außen gerichtete Handlungsformen auf. Um

durch den partiellen und selektiven, zugleich aber immer noch auch kämpferischen Konfliktaustrag Legitimation ihrer selbst, des sozio-ökonomischen und indirekt auch des politischen Systems erzeugen zu können, übernehmen die Verbände prinzipiell die gleichen Funktionen der Selektion und Transmission, weshalb sie als Organisationen grundsätzlich ungleich gestellter Gesellschaftsmitglieder tendenziell gleiche Strukturen ausbilden.

Dies kann letzten Endes auch nicht verwundern, leisten sie doch inhaltlich im Verlauf dieses selektiven Transmissionsprozesses die Umformung antagonistischer Interessen in ausgleichsfähige 'issues', wie oben theoretisch entwickelt.[170] Der empirische Teil der vorliegenden Arbeit wird ausführlich zeigen, mit welchen konkreten Ergebnissen sie dies tun.
Insgesamt gesehen, so kann hier zusammengefaßt werden, leistet das westdeutsche Betriebsratswesen einen maßgeblich Beitrag zur Entschärfung und gleichzeitig zur Quantifizierung des Tarifkonflikts, der seinerseits durch zahlreiche Verfahrensregeln auf das mehr oder minder friedfertige jährliche Aushandeln der Preise für die jeweilige Ware Arbeitskraft auf Branchenebene reduziert wird. Im empirischen Teil wird detailliert vorgeführt werden, welche Schwierigkeiten gerade den Gewerkschaften aus diesem ritualisierten und zumeist lediglich verbalradikal geführten Schlagabtausch erwuchsen, als eine Zeit zunehmender ökonomischer Turbulenzen begann und die Arbeitgeber ihre Chance erkannten und wahrnahmen, Langfristigkeit und Kalkulierbarkeit des Tarifsystems gegen die gewerkschaftlichen Organisationen selbst zu wenden und unter dem Druck steigender Arbeitslosenzahlen immer weniger konzessionsbereit aufzutreten. Aber auch bei der Betrachtung dieser Schwierigkeiten wird man nicht in den Fehler verfallen dürfen, die Gewerkschaften nur als Opfer dieser Entwicklungen zu sehen; sie haben sich diesen vielmehr auf spezifische Weise angepaßt und sie sogar zum Teil für die Auseinandersetzung mit ihren internen Kritikern genutzt.

Bevor diese Prozesse jedoch im einzelnen nachgezeichnet werden können, bleibt zunächst noch zu beschreiben, wie das Parteiensystem aussieht, das sich über diesen sozio-ökonomischen Großverbänden erhebt. Dies soll nun im letzten Abschnitt des vorliegenden Kapitels geschehen.

3.4.4) Das Parteiensystem

Zur Entstehung, Entwicklung, Erscheinungsform und Problematik des Volksparteiensystems in der Bundesrepublik liegt eine schier unüberschaubare Fülle von Literatur vor, deren auch nur ansatzweise Darstellung einen allzu umfangreichen Raum einnehmen müßte, ohne doch für die zentrale Fragestellung der vorliegenden Arbeit nach dem Verhältnis von Verbänden und Parteien besonders ertragreich zu sein. Daher beschränkt sich die Untersuchung in diesem Abschnitt auf die stichpunktartige Skizzierung der hauptsächlichen Forschungsschwerpunkte bezüglich der Analyse der westdeutschen Parteien und schließt mit einigen Thesen über ihr Zusammenwirken mit den wirtschaftlichen Interessengruppen ab, deren Verhältnis untereinander gerade geschildert wurde.

Die zeitgeschichtliche Forschung hat schon seit langem den zentralen Einfluß der Alliierten auf die Neubildung der politischen Parteien im besiegten Deutschland erkannt und belegt.[171] Es bestand Einigkeit zwischen allen vier Siegermächten, die Parteienkonzentration bewußt zu fördern, um eine "Parteienauffächerung ähnlich der Weimarer Konstellation zu verhindern"[172]. So entstanden in relativ kurzer Zeit die SPD und die KPD, die beide an ihre früheren Organisationsformen und teilweise auch an ihr jeweiliges Weimarer Basispotential anknüpften[173]. Ihnen folgte die Gründung der CSU und - erheblich später - der CDU, die vor allem die Wähler des Zentrums und der Bayrischen Volkspartei, aber auch Stimmen der ehemaligen DNVP an sich zogen, sofern die vor allem aus der Landwirtschaft stammenden Anhänger dieser letztgenannten Partei nicht durch die Teilung Deutschlands in der SBZ/DDR verblieben wa-

ren.[174] Daneben konstituierte sich schließlich noch die FDP als Nachfolgerin sowohl der DDP als auch der DVP[175], die sich selbst als einzige der Neugründungen von Anfang an "prinzipiell als 'Ideenpartei'" einordnete.[176] CDU und CSU traten sehr bald als Volksparteien auf[177], während die SPD in Grenzen und die KPD grundsätzlich zunächst die Politik der Klasseninteressenpartei betrieben, deren Erfolglosigkeit angesichts wachsender Kooperation zwischen den ökonomischen Großverbänden auf der Basis eines enorm expansiven ökonomischen Akkumulationsprozesses und im Rahmen des Kalten Krieges die KPD rasch zur Bedeutungslosigkeit verurteilte (wobei allerdings nicht vergessen werden darf, daß diesem Prozeß amtlicherseits durch massive Repressionen nachgeholfen wurde), und die SPD auf den - von ihren Weimarer, ja sogar zum Teil bereits kaiserzeitlichen Traditionen her längst vorgezeichneten - Weg zur Volkspartei trieb.[178]

Bemerkenswert an diesen Entwicklungen nach 1945 war aber nicht nur die Tendenz zur Konzentration des Parteiensystems auf wenige Großparteien, die seit Beginn der sechziger Jahre als zunächst vollendet betrachtet werden kann,[179] sondern ebenso die Tatsache, daß in den Nachkriegsjahren die kleineren Parteien auf der Rechten ihren Stimmenanteil bis zur Bundestagswahl von 1949 gegenüber 1946/47 "von einem guten Viertel auf vier Zehntel, 39,8%, zu steigern" vermochten.[180] Berücksichtigt man die Behinderungen, denen die kleineren Parteien vor allem durch die Alliierten ausgesetzt waren, so kann dieser beachtliche Stimmenanteil als Beleg für die These gewertet werden, daß es erst das Zusammenwirken von störungsfreiem ökonomischem Prozeß, kooperativen Großverbänden und hochkonzentrierten Volksparteien war, das zur Verdrängung expliziter Interessen- und Ideenparteien führte. Solange nämlich weder über den territorialen Rahmen noch über die Produktionsweise grundsätzlich entschieden worden war und die materielle Reproduktion der Gesellschaft noch auf höchst differenzierten sozialen Lebenslagen aufbaute, verschafften sich Sonderinteressen durchaus erfolgreich Zugang zum politischen System.[181]

Mit der Godesberger Wende der SPD zum Volksparteikonzept im Jahre 1959 war der Konzentrationsprozeß des 'Zweieinhalb-Parteien Systems' in der Bundesrepublik (zunächst) abgeschlossen[182]; die Koalitionsfähigkeit aller Parteien untereinander wurde durch die Regierungsbildungen von 1961 (CDU/CSU/ FDP), 1966 (CDU/CSU/SPD) und 1969 (SPD/FDP) unter Beweis gestellt, und trotz der Wiedergründung einer kommunistischen Partei, der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP), im Jahre 1968 wie auch des Erfolgs der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) in der Rezession von 1966/67 kann für die sechziger und siebziger Jahre vom Fehlen relevanter parteiförmig organisierter Fundamentalopposition gegen das ökonomische und/oder politische System der Bundesrepublik gesprochen werden. (Klassen-)Interessen- wie radikale Ideenparteien hatten gegenüber dem etablierten sozio-politischen Kräftespektrum offensichtlich in diesen Jahren längerfristig keine Chancen.[183] Dabei ist zu berücksichtigen, daß die Darstellung sich im wesentlichen auf die Entwicklung des Parteiensystems bis zum Ende des Untersuchungszeitraumes beschränkt und daher neue parteipolitische Phänomene wie ökologische ("Grüne"), alternative oder ähnlich ausgerichtete neue Bewegungen außer acht läßt.

Dieses Parteiensystem einer rechts und einer links von der Mitte[184] angesiedelten Volkspartei sowie eines koalitionspolitischen Bindegliedes, das eine völlige Übereinstimmung zwischen den Großparteien verhindert, indem sein Zusammengehen mit jeweils einer Seite des Parteienspektrums der anderen die Selbst-Konturierung als Opposition ermöglicht, hat zahlreiche Untersuchungen und häufige Kritik provoziert. Oligarchisierung der Parteien und Apathie der Basis, Funktionsverlust der Ortsvereine und Ritualcharakter der innerparteilichen Prozesse, Unsensibilität gegenüber gesellschaftlichem Problemdruck und Utopieverzicht - diese Stichworte charakterisieren die Stoßrichtung des analytisch fundierten Protestes.[185] Die Hauptmerkmale der spezifischen Selektivität dieses Parteiensystems - denn die genannten Kennzeichen sind nichts anderes als ins Kritische gewendete Erscheinungsformen parteiförmiger Selektivitätsstrukturen - sind programmatische Einigkeit zwischen allen

relevanten Parteien, soziostrukturelle Heterogenität der Basis beider Großparteien bei dominanter Mittelschichtorientierung aller vier Parteien, sowie schließlich innerparteiliche Gruppenbildung in den Volksparteien als Bindeglied zu bestimmten gesellschaftlichen Aggregaten von Interessenträgern und zugleich als Mittel zur Institutionalisierung des parteiinternen Konfliktausgleichs.

SPD, CDU und CSU stimmen in ihrer Selbstdarstellung völlig überein, was das Konzept der Volkspartei betrifft.[186] Sie bekennen sich alle zum Pluralismus und zum Ausgleich gesellschaftlicher Interessen sowie zum Primat der Verantwortung der Politik vor dem Allgemeinwohl[187], und sie bejahen die Autonomie der Interessengruppen, allerdings nur unter Berücksichtigung des Gemeinwohls, dessen Beschwörung - wie erwähnt - eine ganz wesentliche Bastion der gewählten Parteien gegenüber den Verbänden darstellt.[188]
Das heißt, diese Parteien bekennen sich auch programmatisch zur Übernahme der Interessenintegrations- und -harmonisierungsfunktion längs des Gemeinwohlmaßstabes oberhalb einer interessenförmig organisierten und fraktionierten Verbändestruktur. Demgegenüber betont die FDP besonders die Bedeutung des Individuums in der Gesellschaft, freilich nicht ohne gleichzeitige Anerkennung des Pluralismus.[189] Im Gegensatz zu den Volksparteien, die auf den Ausgleich sozialer Gruppeninteressen zielen und daher katalogartige Programme vorlegen, d.h., thematische Selektivität in Form von Themenzusammenfassung und -integration betreiben, "beansprucht (die FDP, C.S.), sich jenseits sozialer Interessen zu definieren".[190] Die Freiburger Thesen von 1971 stellen deshalb keine Ansammlung von Angeboten an bestimmte Wählergruppen dar, sondern sie bieten eine umfassende Realitätsinterpretation an: "Alle gesellschaftlichen Differenzen sind ... von vornherein ihrer möglichen Gegensätzlichkeit und Widersprüchlichkeit entkleidet und auf die Unterschiedlichkeit funktionaler Rollen einer 'arbeitsteiligen' Gesellschaft reduziert. Gemäß dieser vorgängigen funktionalistischen Interpretation können die Inhaber der heterogenen Funktionen dann leicht in einen allseitigen funktionalen Partizipationszusammenhang gebracht und in funktioneller Demokratie harmonisiert werden."[191] Dies sind aber eindeutige Merkmale der Ideenpartei; es wird später noch zu fragen sein, inwieweit die FDP nicht gleichzeitig interessenparteiliche Charakteristika aufweist.

Eine Reihe von neueren Untersuchungen über CDU/CSU und SPD verdeutlichen die Entwicklungstendenzen des westdeutschen Parteiensystems zwischen Volksparteibildung, ideenparteilicher Akzentuierung bestimmter Parteien und 'Verstaatlichung' anderer. Mit der Entwicklung der CDU zu einer 'modernen' Volkspartei mit breiter Mitgliederbasis, ausgebauter Parteiapparatur und mehr oder weniger umfassender Programmatik haben sich Buchhaas[192] und Pridham[193] ausführlich befaßt. Pridham gelangt zu dem Ergebnis, daß die CDU bis Mitte der siebziger Jahre zu einer echten Mitgliederpartei geworden sei, nachdem die zweite Wahlniederlage des Jahres 1972 deutlich gemacht hatte, daß das Ergebnis der Bundestagswahl von 1969 kein 'Betriebsunfall' gewesen war[194]. Nunmehr sei sie nicht mehr allein auf charismatische Führerfiguren und die unbedingte Übernahme der Regierungsfunktion angewiesen und habe ein eigenes programmatisches Profil entwickelt, was besonders zu den Erfolgen bei der Anwerbung von Mitgliedern jüngerer Generationen beigetragen habe.[195] Abgesehen von Wirtschaftsrat und Mittelstandsvereinigung, die viel Einfluß auf die Politikformulierung besäßen, sei nur noch die Junge Union (JU) als Führungsnachwuchsreservoir innerparteilich von Bedeutung; alle anderen Vereinigungen hätten wenig Gewicht, außer in ihrer Funktion als zusätzliche Hausmacht einzelner Spitzenpolitiker sowie als Kommunikationskanäle zu außerparteilichen Interessengruppen.[196] Demgegenüber schildert Buchhaas besonders breit die Jahre, in denen die CDU sich selbst auf dem Weg zur modernen Volkspartei blockierte, sowie die langanhaltende Tendenz der Partei, auf eine symbolhafte Kanzlerfigur zu vertrauen, weder die sich anbahnenden sozialstrukturellen Veränderungen der Wählerschaft zu analysieren noch sich dem Erfordernis einer Parteireform zu stellen.[197] Gerade letztere und gerade die Schwerpunktverlagerung von Personen zu Programmen, die besonders das gesellschaftliche Faktum eines existierenden Pluralismus und dessen Integration in die eigene

Partei zu berücksichtigen gehabt hätten, waren nach Buchhaas unabweisbare Notwendigkeiten, damit aus der Sammlungsbewegung, als welche die CDU Anfang der fünfziger Jahre angetreten sei, eine echte Volkspartei werden konnte[198], für welches Konzept sich die CDU - wie schon zitiert - bereits 1950 bewußt entschieden habe.[199]

Ganz offenkundig sind das Verhältnis zu den Verbänden und das Ausmaß, in dem der - auch in die Partei selbst bewußt hineinverlängerte - Austrag der Konflikte zwischen diesen in den eigenen Reihen zugelassen wird, von maßgeblicher Bedeutung für die volle Ausbildung volksparteilicher Identität. Gerade wenn sich die Partei - wie im Falle der CDU - der Notwendigkeit interner Fraktionierung und des permanenten Konfliktaustrags verschließt, nimmt sie sich selbst die Chance zum rationalen Umgang mit den organisierten Interessen. Darauf deutet auch das Untersuchungsergebnis von Preuße hin, der 1981 (!) feststellt, daß in der Hamburger CDU nach wie vor in weiten Teilen der offene Austrag von Konflikten abgelehnt und Einheit und Geschlossenheit der Partei als höchste Werte propagiert werden.[200] Preuße gelangt zu folgendem, für die hier interessierenden Beziehungen zwischen Verbänden und Parteien bemerkenswertem Schluß: "Die Überbetonung des innerparteilichen Konsenses, die demonstrativ bekundete 'Einheit und Geschlossenheit' der Partei, macht deutlich, daß die Partei sich ihrer Aufgabe als Volkspartei, verstanden als 'moderner Interessenintegrationspartei', nicht bewußt ist. In der Hamburger CDU fehlt noch weitgehend das Bewußtsein, daß die externe Integration unterschiedlicher Interessen und Interessenkonflikte die innerparteiliche Tolerierung von offen ausgetragenen und demokratisch geregelten sachpolitisch orientierten Gruppenkonflikten voraussetzt."[201]

Was die Bundespartei betrifft, so mag zu den Hemmungen im offenen Umgang mit den Interessengruppen und deren Auseinandersetzungen nicht wenig das 'schwierige Bündnis' mit der CSU[202] beigetragen haben (und beitragen). Pridham stellt die These auf, die CSU habe sich bis zur Mitte der siebziger Jahre von der Honoratioren- zur Apparatpartei entwickelt, ohne jedoch die parallele (wenn auch eher ansatzweise) Programm- und parteiinterne Demokratisierungsdebatte der CDU mitzuvollziehen, so daß sie als eine zwar technisch höchst moderne, aber politisch-strategisch deutlich autoritär-charismatisch orientierte Führerpartei zu betrachten sei, die überwiegend traditionalistische und massiv antikommunistische Einstellungen aufweise.[203] Nimmt man hierzu noch Müchlers Aussage hinzu, wonach die CSU infolge der Verlagerung des thematischen Schwerpunktes politischer Auseinandersetzungen in der Bundesrepublik seit dem Ende der sechziger Jahre von der Außen- zur Innenpolitik sich bewußt zu einem Ansprechpartner "rechtsstehender Wählerschichten" gewandelt habe [204], so bietet sich folgende Interpretation an: Innerhalb der Union stellt die CDU den volksparteilichen Anteil der Parteiengemeinschaft, dessen volle Entfaltung jedoch gehemmt, sogar konterkariert wird von der zunehmenden Wiederbelebung ideenparteilicher Politikstrukturen und -strategien seitens der CSU. Zwar bekennen sich beide programmatisch zur Politik der Volkspartei, weisen deren Kennzeichen sozialstruktureller Heterogenität - wie gleich zu zeigen sein wird - durchaus auch auf, halten diese Konzeption jedoch gegenüber den Interessengruppen, was das Zulassen offener Konflikte zwischen diesen auch in der Partei selbst betrifft, in der politischen Praxis kaum durch.[205]

Bestanden (und bestehen) die größten Probleme des konservativen Parteienlagers in der Bundesrepublik mithin in dessen Verhältnis zu den organisierten gesellschaftlichen Interessen, so geriet die SPD - zumal nachdem ihr endlich der Zugang zur Bundesregierung eröffnet war - in ernste Schwierigkeiten, ihr Verhältnis zum Staat zu konturieren, ohne ihre Basisbindung zu beeinträchtigen. Günther hat detailliert gezeigt, wie maßgeblich die "permanente Unterentwicklung konsultativer Aktivitäten" in der SPD und ihre rigorose "parlamentsbezogen-legalistische Orientierung" dazu beitrug, "daß bundesrepublikanische Repräsentierte sich mit einer Arbeitsteilung zwischen 'unten' und 'oben' abfinden lernten..."[206] Auch Knorr weist bereits für die Jahre der Großen Koalition auf die beginnenden Spannungen zwischen der SPD-

Führung und der Parteibasis einerseits, zwischen Parteispitze und den Gewerkschaften andererseits hin.[207] Es wird eines der wichtigsten Themen des empirischen Teils der vorliegenden Arbeit sein, detailliert zu klären, wie sich die Beziehungen der die Bundesregierung seit 1969 führenden SPD zum DGB gestalteten und welche Probleme der SPD daraus erwuchsen, daß sie jetzt zwischen die Mühlräder ihrer Basisinteressen und staatlicher sowie ökonomischer Handlungszwänge geraten war.[208] Wenn es richtig ist, daß Parteiprogrammatik der Integration nach innen bzw. der Ratifizierung eines gegebenen Standes innerparteilicher Kräfteverhältnisse sowie der Bildung eines Wir-Bewußtseins der Parteibasis (die sich damit enger an ihre Organisation gebunden fühlt) dient[209], dann ist zu klären, welche sozialen Gruppen die politischen Organisationen u.a. durch derartige Programme zusammenzuhalten suchen, worin also konkret die personelle Selektivität der westdeutschen Parteien besteht.

Die beiden Volksparteien gruppieren sich jeweils um einen traditionellen Wähler- und Mitgliederkern, der bei der SPD von den Arbeitern[210], bei der CDU/CSU vom alten Mittelstand gebildet wird.[211] Um dieses Zentrum herum lagern sich Wähler und Mitglieder aus allen sozialen Schichten, wobei die Bedeutung der lohnabhängigen Mittelschichten für beide Großparteien nicht zu übersehen ist.[212] Berücksichtigt man dazu noch die Tatsache, daß die FDP insgesamt als eine Partei der Mittelschichten betrachtet werden kann[213], so erscheint die These berechtigt, daß das Parteiensystem als ganzes die gesellschaftlichen Schichten nicht anteilig, sondern zur 'Mitte' hin verschoben, verzerrt, repräsentiert. Dies gilt für die Mitglieder- noch mehr als für die Wählerstruktur[214], vollends aber für die Auslese politischer Führungskader, die im Durchschnitt aller Bundestagsparteien zu 16% aus Arbeiterfamilien stammen, gegenüber 51% aus Angestellten- und Beamtenfamilien sowie 26% Unternehmerkindern.[215] Die empirisch nachweisbare personelle Selektivität des westdeutschen Parteiensystems bestätigt damit in vollem Umfang die Ansicht Grevens, daß auch subjektiv-politisch "im gesellschaftlich relevanten Durchschnitt nur solche Formen der Interessenvertretung den durch die spezifische Organisiertheit des politischen Systems vorgegebenen Anforderungen genügen (und daher im sozio-politischen Prozeß personell zu Einfluß gelangen, C.S.), die den Interessen der 'bürgerlichen Gesellschaft' in ihrer allgemein-repräsentierten Form nicht widersprechen."[216]

Dafür, daß dies auch dann so bleibt, wenn - wie im Falle der SPD - auch solche Sozialgruppen aus Legitimationsgründen verstärkt in die Partei aufgenommen werden müssen, deren Bedürfnisse im Grunde mit den Interessen der 'bürgerlichen Gesellschaft als Klasse' unvereinbar sind, sorgen Organisationsstatuten und -wirklichkeit der Parteien (organisationsinterne Selektivität). Auch hier bestehen keine relevanten Unterschiede zwischen den vier Bundestagsparteien, schon gar nicht mehr seit der Verabschiedung des Parteiengesetzes von 1967, das "ein Gesetz für genau die Parteien ist, deren Fraktionen es verabschiedeten"[217], mit anderen Worten: das lediglich bereits bestehende Zustände und Tendenzen festschrieb und nur die gravierendsten Ausuferungen oligarchischen Wildwuchses beseitigte.[218]

Die parteipolitischen 'Parlamente', die Parteitage, haben kaum mehr Kompetenzen als die Entscheidung über die Programmatik, deren inhaltliche Offenheit und thematische Generalisierung dieses Recht zu einer Formsache degradiert, und als die Wahl der Vorstände sowie die Entgegennahme ihrer Rechenschaftsberichte[219], was durch die zumeist perfekte Regie der Parteitage selten über reine Akklamation hinausgeht. Und selbst wenn es zu vom Vorstand ungeplanten Abwahlen oder Auseinandersetzungen kommt, so ist darin letztlich oft nur eine "begrenzte Regelverletzung" zu erblicken, die in e i n e m Falle funktionierende innerparteiliche Demokratie demonstriert bzw. auf manifesten gesellschaftlichen und parteiinternen Problemdruck aufmerksam macht, und damit die Kontinuität oligarchischer und selektiver Strukturen verdeckt.[220]

Kaum zur Ausübung ihrer Kontrollfunktionen fähige Parteitage treffen in der innerparteilichen Wirklichkeit mit Willensbildungsprozessen zusammen, die durch die Anbindung unter- an übergeordnete Ebenen[221] und weit ausgreifender Kompetenzen der Bundesvorstände[222] viel eher von oben nach unten als in umgekehrter Richtung verlaufen, wie es dem Ideal innerparteilicher Demokratie eigentlich entsprechen müßte.
Die formalen Organisationsstrukturen, Informationsvorsprünge der höheren Gliederungen, der stete Appell an die Solidarität der Parteimitglieder, nicht zerstritten vor die Öffentlichkeit zu treten, und der ohnehin vorhandene erhebliche Bodensatz politischer Apathie auch bei den in einer Partei Organisierten[223] - diese Faktoren wirken in einer Weise zusammen, die zwar den Vorständen zumeist hinreichenden Handlungsspielraum bei der Ausfüllung der objektiven Parteifunktionen sichert, die aber zugleich die Gefahr für alle Parteien in sich birgt, unempfindlich für Veränderungen in gesellschaftlichen und innerorganisatorischen Problem- und Interessendrucklagen zu werden. Dies zu verhindern, ist, wie bereits mehrfach angesprochen, die Aufgabe innerparteilicher Gruppenbildung und Opposition.

Angesichts dieser Parteienwirklichkeit bleibt nur noch zu fragen, wie es um das politische Bewußtsein der Gesellschaft bestellt ist, die derartige Organisationen repräsentieren sollen. Vordergründig scheint das Parteiensystem während des Untersuchungszeitraums durchaus die Zustimmung der überwältigenden Mehrheit der Bevölkerung gefunden zu haben, will man die Wahlbeteiligung als einen Indikator dafür gelten lassen.[224] Bei einer Umfrage im Oktober 1972 gaben 72% der Befragten an, eine besondere Neigung zu einer bestimmten Partei zu haben[225], so daß sich die Parteien auf den ersten Blick ihrer sozialen Verankerung sehr wohl sicher fühlen können.
Aber hinter dieser hohen Zustimmungsquote zu den etablierten Institutionen des sozio-politischen Prozesses steckt ein noch größeres Maß an politischer Apathie: Allgemein nach ihren politischen Interessen befragt, antworteten zwischen 1960 und 1973 immerhin noch maximal 49%, sie seien politisch interessiert.[226] Aber schon die Bereitschaft, in eine Partei einzutreten, ist gesamtgesellschaftlich äußerst gering ausgeprägt.[227] Und von den parteipolitisch Organisierten wird wiederum höchstens die Hälfte im Ortsverein aktiv, und schließlich ist nur ein Fünftel aller Parteimitglieder zur Übernahme eines Parteiamtes grundsätzlich bereit.[228]

Politisches Desinteresse ist dabei ebenso gruppenspezifisch unterschiedlich vorhanden wie die Bereitschaft zu unkonventionellem politischen Verhalten, das über die Institutionalisierung des sozio-politischen Prozesses in Verbänden und Parteien hinausgeht. Generell läßt sich sagen, daß Frauen und alte Menschen am uninteressiertesten sind bzw. am wenigsten zu unkonventionellem politischen Verhalten neigen.[229] Dies sind aber genau jene Gruppen, die zusammen mit den Jugendlichen am ehesten ein quantitatives Gegengewicht zur Dominanz der aus dem Prinzip der Warenproduktion erwachsenden Interessen bilden könnten. Aber auch die Jugendlichen, sofern sie nicht einen relativ hohen Bildungsgrad erreichen können[230], leben vorrangig ihren privaten Interessen und kümmern sich kaum um Politik, ohne zu erkennen, daß schon diese Trennung politische und soziale Konsequenzen hat.[231]

Wunsch nach gesellschaftlicher und politischer Harmonie und politisches Desinteresse - beides kann als der Grundtenor des politischen Bewußtseins großer Teile der Bevölkerung, sowie bestimmter Gruppen wie Jugendliche, Frauen usw. während des Untersuchungszeitraumes gelten; ersteres findet sich aber auch bei den politischen Eliten in der Bundesrepublik.[232] Und es ist genau diese Bewußtseinslage, die den Anspruch der Volksparteien stützt, aus zugegebenermaßen gegensätzlichen Interessen einen Ausgleich in Form des Allgemeinwohls herausdestillieren zu können. Jene Schichten, die ohnehin für die Politik der bürgerlichen Gesellschaft prädestiniert sind, entwickeln auch subjektiv politisches Engagement[233], diejenigen, die weniger oder nichts von ihr zu erwarten haben, verharren zumeist in resignativ oder aggressiv getönter Apathie.

Es dürfte deutlich geworden sein, daß in der westdeutschen politischen Wirklichkeit genügend Belege dafür aufzufinden sind, die geeignet erscheinen, die oben theoretisch entwickelten Überlegungen zur Selektivität parteiförmiger Politik zu stützen. Nimmt man die oben vorgestellten Aussagen über DGB, BDA und ihr Zusammenwirken im Tarifsystem hinzu[234], so bietet sich in der Tat das Bild eines Geflechts von Instanzen, deren Aktivitäten insgesamt auf die Aufnahme und Umformung der Lebensäußerungen an der gesellschaftlichen Basis in Richtung auf ihre qualitative und vor allem quantitative Vereinbarkeit innerhalb des bestehenden Systems zielen. BDA und DGB fassen die Interessen der beiden machtpolitisch entscheidenden sozialen Kräfte zusammen, und zwar auf einer bereits um ihre Herrschaftsdimension verkürzten Ebene, auf der es nurmehr um die materiellen Anteile am erwirtschafteten Mehrprodukt geht, längst aber nicht mehr um die Art und Weise, in der gewirtschaftet wird; und die Parteien produzieren den gesamtgesellschaftlichen Ausgleich in Form der Verteilung dessen, was die Organisationen von Kapital und Arbeit übrig- bzw. ihren Mitgliedern in Form von Steuern wieder abziehen lassen, zwischen den einzelnen Schichten der Gesellschaft, je nachdem, wie stark diese im Produktionsprozeß verankert und damit zur Drohung mit relevanten Konflikten fähig sind. Solange genügend verteilt werden kann, so scheint es, beschränken sich die Individuen auf die mehr oder minder passive Zustimmung zu diesem Prozeß; im Krisenfall werden zwar Probleme akut und mitunter auch Proteste laut, aber die westdeutsche politische Wirklichkeit wirkt dennoch insgesamt nachgerade unerschütterlich, was ihre organisatorischen Fundamente betrifft.
Es ist die Aufgabe des nun folgenden empirischen Teils der vorliegenden Arbeit, zu überprüfen, ob dieses Bild von Harmonie und weitgehend reibungslosem Konfliktausgleich für den Untersuchungszeitraum tatsächlich zutrifft, welche Anstrengungen Verbände und Parteien unternehmen mußten, um es aufrechtzuerhalten und welche Veränderungen ihrer selbst und ihres Verhältnisses untereinander daraus erwuchsen. Die Jahre zwischen 1966 und 1976 haben zwei ökonomische Krisen, Zeiten relativ rapider Geldentwertung, gesellschaftliche Protestbewegungen von rechts und links sowie außergewöhnlich harte Verteilungskämpfe mit sich gebracht. Es ist zu klären, wie die Verbände und Parteien die ökonomischen Veränderungen perzipiert und welche Maßnahmen zu ihrer Bewältigung sie gefordert und getroffen haben. Es ist gleichzeitig zu prüfen, ob die These Schillers zutrifft, wonach die Volksparteien auf dem verbandsförmigen Unterbau heute "zunehmend die Fähigkeit verloren (haben, C.S.), soziale Interessen überhaupt authentisch zu formulieren".[235] Schiller fährt fort: "...ihr Organisationscharakter, ihre Rekrutierungsmechanismen und ihr Funktionsverständnis verändern sich vielmehr so, daß sie im wesentlichen nur noch auf die an sie 'herangetragenen' Interessen reagieren können."[236] Die Frage wird beantwortet werden müssen, ob die Volkspartei wirklich nurmehr ein "reaktiver Parteitypus"[237] ist, und welche Versuche sie im Zuge des Problemverarbeitungsprozesses möglicherweise unternimmt, das Gesetz des Handelns (wieder) auf ihre Seite zu bringen.

Dabei ist besondere Aufmerksamkeit auf dem Maßstab der Problemauswahl zu richten, denn am Ende dieses Teils der Untersuchung steht als vorläufiges hypothetisches Ergebnis der theoretischen Arbeit der Satz: Verbände aggregieren die Interessen bestimmter Gruppen von Warenverkäufern und tragen die zwischen diesen vorhandenen Konflikte selbst untereinander und gegenüber den Parteien bzw. dem politischen Entscheidungszentrum aus; Parteien integrieren gesellschaftliche Interessen durch Ausklammerung der fundamentalen Gegensätze zwischen ihnen und durch die Bereitstellung von Bedingungen, die alle Verkäufer von Waren benötigen, um ihr Eigentum am Markt abzusetzen und sich vom Erlös reproduzieren zu können.

Am Prinzip der Warenproduktion aber rüttelt niemand.

4.) Stellungnahmen der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) zur Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftspolitik 1966 bis 1976

Mehr als eineinhalb Jahrzehnte lang hatte die westdeutsche Wirtschaft einen Wiederaufbau und einen steilen Aufschwung ohnegleichen erlebt, als Anfang der sechziger Jahre erstmals nach dem Krieg konjunkturelle Schwankungen und strukturelle Krisen wieder fühlbarer wurden. Flankiert von einer äußerst zurückhaltenden, lediglich die Investitionsbedingungen der Unternehmer massiv begünstigenden Wirtschaftspolitik erreichte sie bis 1960 eine Produktionskraft, eine internationale Konkurrenzposition und ein nationales Wohlstandsniveau, die den katastrophal verlorenen Krieg rasch in Vergessenheit geraten ließen[1] und den Glauben an die störungsfrei funktionierende und verteilungspolitischen Frieden quasi automatisch sichernde 'Soziale Marktwirtschaft' nicht nur auf der Ebene (parteien-)staatlich-politischen Handelns, sondern auch in der überwiegenden Mehrheit der Bevölkerung fest verankerten.

Es würde den Rahmen der vorliegenden Arbeit sprengen, sollte an dieser Stelle ein detaillierter Nachvollzug der ökonomischen Entwicklung während des Untersuchungszeitraumes sowie eine fundierte Analyse der sich allmählich entfaltenden strukturellen Probleme der westdeutschen Wirtschaft geleistet werden. Es waren gerade die Wirkungen letzterer in Form sinkender Kapitalrentabilität spätestens seit Erreichen der Vollbeschäftigung um 1960, sich immer mehr beschleunigender Kapitalkonzentration, zunehmender organischer Zusammensetzung des Kapitals, immer schneller steigender Preise und einer außerordentlich kopflastigen Exportabhängigkeit, die dieses scheinbar so stabile ökonomische Gefüge seit 1966 immer wieder schwer erschütterten.[2]

Jedoch kann aus Gründen des Umfangs der Arbeit lediglich am Beginn der einzelnen Abschnitte dieses Kapitels der Verlauf des ökonomischen Prozesses anhand einiger zentraler Indikatoren kurz skizziert werden, um einige notwendige Hintergrundkenntnisse für die Analyse der Verbandsstellungnahmen zu liefern.[3] Dabei spiegelt bereits die chronologische Gliederung dieses Teils der Arbeit deutlich wider, daß von einer gleichmäßigen, krisenfreien Wirtschaftsentwicklung seit Mitte der sechziger Jahre keine Rede mehr sein konnte: Die Jahre 1966 bis 1969 umfassten das Abgleiten in die erste echte Nachkriegsrezession ebenso wie einen jähen, steilen Boom, der in das Wahljahr 1969 fiel; zwischen 1970 und 1973 beherrschten Inflation, harte Verteilungskämpfe und internationale ökonomische Turbulenzen das wirtschaftliche Geschehen; und zwischen 1974 und 1976 stürzte die deutsche Wirtschaft in eine tiefe, anhaltende (auch heute noch längst nicht überwundene) konjunkturelle und strukturelle Krise. Es ist evident, daß das Verhältnis der beiden mächtigsten Interessengruppen zueinander und zu dem - in jenen Jahren massiv wirtschaftspolitisch aktiv werdenden - politischen Entscheidungszentrum am Ende dieses ereignisreichen Jahrzehnts nicht mehr das gleiche sein konnte wie an seinem Beginn. Welchen Ausgangspunkt es hatte, und wozu es sich entwickelte, wird im folgenden detailliert zu betrachten sein. Dabei wird so verfahren werden, daß vor dem jeweils knapp vorangestellten Hintergrundwissen über die faktische ökonomische Entwicklung aus der Struktur des empirischen Materials selbst herausdestilliert werden soll, welche Schwerpunkte BDA und DGB bei der Problemauswahl und -bewältigung setzten. Dies wird als Selektivitätskriterium gelten: Welche 'issues' standen im Zentrum der Verbandsstellungnahmen und welche nicht, obgleich sie aus dem objektiven Verlauf des ökonomischen Prozesses hätten aufgegriffen werden können? Und: Welche Maßnahmen zur Problembewältigung wurden mit welcher Begründung von wem verlangt - diese Frage sollte zugleich Aufschluß geben können über Legitimationsmuster und eventuelle Staatsfixiertheit der beiden Verbände.

4.1) Der Ausgangspunkt: Leichte Rezession und überschäumende Konjunktur 1966 - 1969

Kurz nach der Bundestagswahl 1965 wurde erkennbar, daß sich die westdeutsche Wirtschaft in einem deutlicher als je zuvor akzentuierten konjunkturellen Abschwung befand. Er führte in die erste wirkliche Rezession nach 1950, mit einem absoluten Rückgang des Bruttosozialprodukts (BSP)[1], steigenden Arbeitslosenzahlen[2], merkbar abnehmenden Preissteigerungsraten[3] und einer massiven Stärkung der Exportposition der Bundesrepublik.[4] Der Einbruch war nicht tief, aber er hinterließ im Bewußtsein der Gesellschaft folgenreiche prägende Spuren, da erstmals die Zuversicht, das Ende des Zeitalters ökonomischer Krisen sei erreicht worden, erschüttert worden war. Bereits 1968 mehrten sich die Anzeichen rascher Erholung, und das Jahr der Bundestagswahl 1969 stand im Zeichen einer jäh überschäumenden, ungebremsten Hochkonjunktur.[5] Die Interessengruppen reagierten auf dieses Wechselbad jeweils charakteristisch und zwar ganz eindeutig mit unterschiedlichen Schwerpunktsetzungen sowohl bei der Situationsanalyse als auch in ihren Forderungen an die Gegenseite bzw. an den Staat.

4.1.1) BDA

Von allen 1966 zur Debatte stehenden ökonomischen Themen griffen die Arbeitgeber besonders die "heutige inflatorische Preisentwicklung"[6] auf, für die sie in erster Linie die Lohnentwicklung verantwortlich zu machen suchten[7], an der aber auch der Staat sowohl wegen seiner eigenen Preispolitik als auch aufgrund der harten kreditpolitischen Restriktionen der Bundesbank nicht unschuldig sei[8]. Dabei seien diese Preissteigerungen nicht nur ein gefährlicher Ausdruck der "'Kosten-Erlös-Klemme'", in der sich die Unternehmen derzeit befänden und die über das zu erwartende "schwache Gewinnwachstum" zu einem Rückgang der Investitionsneigung führen könne.[9] Implizit gaben die Arbeitgeber zugleich zu verstehen, daß inflationäre Tendenzen aus ganz anderen, nämlich offensiven exportpolitischen Gründen nicht unbegrenzt tolerierbar seien.[10]

Es ist daher wenig erstaunlich, daß die BDA im Zusammenhang mit der aktuellen Diskussion über den ersten Entwurf des Stabilitätsgesetzes sowohl die Einrichtung verschiedener Instrumente zur Begrenzung des lohnpolitischen Spielraumes nachdrücklich billigte[11] als auch allen geplanten Maßnahmen zur Einschränkung finanzieller Aktionsmöglichkeiten der öffentlichen Hände ihre Zustimmung erteilte.[12] Dahinter stand ein klares, quantifizierbares Programm: das Konzept der 'kostenniveauneutralen Lohnpolitik', nach dem nur solche Lohnerhöhungen akzeptabel, weil ökonomisch vernünftig waren, die sich im Rahmen des BSP-Wachstums bewegten, und zwar o h n e Antizipation künftiger Inflationsraten.[13] Daß dies auf die Zementierung der bestehenden Verteilungsrelationen hinauslief, wenn nicht sogar bei schnellerem Tempo der Preissteigerungen auf eine Umverteilung zugunsten der Unternehmer, wurde zwar nicht unverblümt ausgesprochen; daß man aber der Auffassung war, der bestehende verteilungspolitische Status quo dürfe legitimerweise festgeschrieben werden, geht deutlich aus der Feststellung hervor, der DGB müsse seine im Düsseldorfer Programm von 1963 aufgestellte Behauptung einer ungerechten Einkommensverteilung aufgeben, seien doch Arbeitnehmer- und Selbständigeneinkommen seit 1950 gleichstark gestiegen.[14]

Mehrere Grundmuster unternehmerischer Argumentationen fallen in diesen Stellungnahmen auf (und werden auch im folgenden immer wieder auftauchen):
- das Konzept der kostenniveauneutralen Lohnpolitik und der ihm entsprechenden finanziellen Anbindung des Staates an die Entwicklung des Bruttosozialprodukts;
- der ganz klar formulierte, den verteilungspolitischen Status quo sichernde Hintergrund derartiger Vorstellungen;
- die von Anfang des Untersuchungszeitraumes an doppelte Stoßrichtung der Unternehmer, Gewerkschaften und Staat im Verteilungskampf zurückzudrängen; 1966 geschah dies über den Hebel des Inflationsarguments;
- der dahinter (wie letztlich hinter allen Forderungen seitens der Arbeitgeber)

latent verborgene drohende Hinweis auf ein mögliches Nachlassen der unternehmerischen Investitionsneigung, d.h. letztlich: Disziplinierung der Kontrahenten über die Androhung steigender Arbeitslosigkeit, nachlassender Wirtschaftsaktivitäten, steuerlicher Einbußen etc.;[15]

- das Bemühen, durch Begriffe wie 'verantwortungsbewußtes Handeln', 'gesamtwirtschaftlich vertretbarer Lohnerhöhungsspielraum', 'Versachlichung der Lohnpolitik' etc. die bereits auf die Verteilung der Anteile am erwirtschafteten Reichtum reduzierten Tarifauseinandersetzungen auch noch ihres restlichen konfliktorischen Interessengehaltes zu entkleiden, sie auf die Einhaltung ökonomischer Gesetzmäßigkeiten und Sachzwänge zu verpflichten und den (Parteien-)Staat als disziplinierenden 'Schiedsrichter' zu vereinnahmen und so gleichzeitig als möglicherweise wirtschafts- und gesellschaftspolitisch selbständig handelndes Subjekt auszuschalten.

Auf eine kurze Formel gebracht: Interessen hatten nur die anderen, Gewerkschaften und partiell auch der (Parteien-)Staat - die Unternehmer befolgten die ökonomischen Gesetze zum Wohl der Allgemeinheit, und wenn sie dabei Gewinne erzielten, so diente dies wiederum in erster Linie der Reinvestition und damit erneut dem wirtschaftlichen Wohlergehen des Landes.

Genau diese Argumentation stand im Rezessionsjahr 1967 im Vordergrund der unternehmerischen Stellungnahmen: "Die jüngsten Erfahrungen sollten die Erkenntnis erleichtern, daß der Vorrang der Investitionen vor dem Konsum keine Erfindung der Unternehmer ist, sondern ein Gebot der Vernunft."[16] 'Konsum' umfasste dabei wohl die Löhne, die ohnehin in den letzten Jahren unangemessen, weil überproportional gestiegen seien[17], als auch denjenigen Teil der öffentlichen Haushalte, der nicht der direkten Belebung der privatwirtschaftlichen Investitionstätigkeit diente.[18] Zwar lehnten die Arbeitgeber selbst auch ganz eindeutig eine "'negative Lohnpolitik'", d.h. einen Rückgang der Lohnquote auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene (und in der Konzertierten Aktion) ab[19] und lieferten damit einen Beleg für die oben vorgetragene Überlegung hinsichtlich der notwendigen Bereitschaft beider Seiten im Tarifsystem zur 'Besitzstandswahrung' lohnabhängiger Einkommenspositionen.[20] Zugleich deutet sich hier aber bereits eine (für die Gewerkschaften) folgenschwere Aufsplitterung des Argumentationsganges an: Global, d.h., auf der gesamtwirtschaftlichen Ebene, war man zu Lohnzugeständnissen bereit und akzeptierte hier auch die Einflußnahme des Staates über quantifizierte Orientierungsdaten (besonders dann, wenn diese "den volkswirtschaftlich vertretbaren Spielraum für alle Lohnkostenerhöhungen" benannten und nicht zu optimistisch ausfielen[21]). Aber unterhalb dieser Ebene, branchenspezifisch und innerhalb der einzelnen Betriebe, beharrte man darauf, daß die Unternehmer das Recht haben müßten, Leistungen zu kürzen bzw. Tarifverträge entsprechend der jeweiligen Branchenlage abzuschließen[22]. Die Selektivität der Arbeitgeberstellungnahmen, so kann vorläufig festgehalten werden, bestand in Verteilungsfragen unter anderem darin, die Diskussion mit dem tarifpolitischen Kontrahenten und dem politischen Entscheidungszentrum auf die gesamtwirtschaftliche Ebene abzudrängen, die für die reale ökonomische und verteilungspolitische Entwicklung am wenigsten handlungsrelevant war. Hier zeigte man sich öffentlich konzessionsbereit und legitimierte das eigene Vorgehen entsprechend, dort wurde verhandelt, verweigert, gekürzt.

Die wichtigste Begründung der Unternehmer, weshalb die Durchsetzung ihrer Forderungen an Gewerkschaften und Staat im allgemeinen Interesse liege, bestand in dem Hinweis auf die Chance zur Erhaltung von Arbeitsplätzen und zur Wiederankurbelung des konjunkturellen Motors, dessen Kern die Investitionstätigkeit sei und der nur kraftvoll anspringen und laufen könne, wenn der "übermäßige Kostendruck" auf die Betriebe gemildert werde.[23] Dabei sah man allerdings absolut keine Veranlassung, das Arbeitslosenproblem zu 'dramatisieren': Mit einer Arbeitslosenquote von 2,7% im März 1967 habe die Bundesrepublik "wieder den international anerkannten Vollbeschäftigungsstatus erreicht."[24] Das Ziel war klar: Anbindung der unter dem Druck

einer erstmals seit langem wieder fühlbaren Arbeitslosigkeit stehenden Lohnentwicklung an die mittelfristige Produktivitätsentwicklung, z.T. sogar ohne Antizipation der Preissteigerungen[25], sowie eindeutige quantitative Indienstnahme des Staates, was die Belebung der Investitionstätigkeit durch öffentliche Aufträge etc. betraf. Dabei fällt auf, daß im ganzen Jahr 1967 die Gewerkschaften nicht der hauptsächliche Ansprechpartner der Unternehmer waren, sondern daß vielmehr an den Staat (und seine wissenschaftlichen Beratergremien, vor allem an den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Lage - SVR -) immer wieder Appelle ergingen, über die quantitative Haushalts- und Fiskalpolitik sowie über die Konzertierte Aktion und ihre lohnpolitischen Orientierungsdaten positiven Einfluß auf die unternehmerische Verteilungsposition zu nehmen. Man kann durchaus feststellen, daß in diesem Jahr des Beginns der 'Neuen Wirtschaftspolitik', d.h. des bewußten Einsatzes neo-keynesianischer Mittel der Globalsteuerung und der Einkommenspolitik unter dem sozialdemokratischen Wirtschaftsminister Schiller auch die Unternehmer gewisse Hoffnungen in das politische Entscheidungszentrum setzten - selbstverständlich aber gänzlich andere als die Gewerkschaften; die unternehmerischen Erwartungen an den Staat lassen sich vielmehr als global und quantitativ orientiert sowie auf die Sicherung des eigenen Anteils am gesellschaftlichen Reichtum 'von oben' zielend charakterisieren.

Kaum jedoch, daß sich die Anzeichen wirtschaftlicher Erholung mehrten, änderte sich diese argumentative Stoßrichtung nicht unerheblich: Jetzt häuften sich die Appelle an die Gewerkschaften, den Aufschwung nicht durch 'überzogene Lohnforderungen' im Keim zu ersticken, nicht "durch unbedachtes Verhalten die Lohn-Preis-Schraube wieder in Bewegung (zu) setzen",[26] vor allem aber nicht auf ein kurzfristiges Aufholen der gegenüber der Gewinnentwicklung zurückgebliebenen Löhne hinzuarbeiten, sondern vielmehr eine kontinuierliche, an der mittelfristigen realen Produktivitätsentwicklung orientierte Lohnpolitik zu betreiben.[27]

An dieser Stelle sollte dann auch der Staat wieder ins Geschehen eintreten, was die Wünsche der Unternehmer betraf: Seine Aufgabe, besonders mit Hilfe der Konzertierte Aktion, sollte es sein, die angestrebte Mittelfristigkeit der Lohnentwicklung herzustellen, ergänzt um seine eigene, gleichermaßen mittelfristig ausgerichtete Wirtschafts- und Finanzpolitik, wobei man erleichtert feststellte, daß die Konzertierte Aktion entgegen dem Willen des DGB keine allgemein-gesellschaftspolitischen Themen diskutierte.[28] Ihre Funktion lag nach Meinung der Arbeitgeber darin, Möglichkeiten des "freiwilligen, rationalen Kompromisses" zwischen den Tarifparteien aufzuzeigen[29], wobei als rational zu gelten hatte, was die 'volkswirtschaftlichen Zusammenhänge und Gesetzmäßigkeiten' respektierte.

In diesen Auffassungen und Stellungnahmen spiegelt sich deutlich das oben theoretisch entwickelte Bemühen der Kapitalseite wider, über die wachsende Planbarkeit aller die Kapitalverwertung beeinflussender Faktoren (besonders natürlich der Lohnentwicklung) zu einer Dehnung und Entzerrung des Zyklus der Kapitalreproduktion zu gelangen. Daß dabei 'Mittelfristigkeit' notwendig auf einen uneinholbaren Vorsprung der Gewinnentwicklung hinauslaufen sollte, wird faßbar in dem Lob der BDA für die gewerkschaftliche Lohnpolitik des Jahres 1968, die "konjunkturgerecht" gewesen sei, da sie "stetig und mit einer gewissen Verzögerung dem Expansionspfad" der Wirtschaft gefolgt sei.[30] Und wenn dem Staat in diesem Bereich eine wichtige orientierende, d.h. faktisch mehr oder weniger sanft disziplinierende Rolle zugewiesen wurde, so durfte dies keineswegs als Unterstützung gewerkschaftlicher Forderungen im Aufschwung mißverstanden werden. So steigerte sich denn auch die unternehmerische Kritik an der öffentlichen Vorgabe von Richtzahlen für die Tariflohnentwicklung, die jetzt - nach Überwindung der Rezession - plötzlich als "unausgewogen" galten, "einen Fremdkörper in dem Schema der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung" darstellten und "wohl zu starke Verbindlichkeitswirkungen" hätten.[31] Man wurde sich dessen allmählich bewußt, daß das zunehmende Intervenieren des politischen Entscheidungszentrums in ökonomische und vor allem verteilungspolitische Abläufe in

Aufschwungszeiten, d.h. bei sich verbessernder gewerkschaftlicher Kampfposition, eine zweischneidige Angelegenheit sein konnte: Der Staat als von gesellschaftlicher Massenloyalität abhängige Instanz mochte eben mitunter nicht den 'wirtschaftlichen Sachzusammenhängen' folgen, sondern 'politisch entscheiden'[32], und sein Eingreifen in die Auseinandersetzungen zwischen Lohnarbeit und Kapital konnte auch den Widerstand einer Seite gegen ihn selbst nach sich ziehen, was letzten Endes zu einer Gefährdung der "freiheitliche(n) Ordnung" insgesamt führen konnte.[33] Bislang hatten sich die Unternehmer bis zu einem gewissen Grad selbst 'etatozentristisch' verhalten, wohl besonders in der Hoffnung, die erstmals maßgeblich von der Sozialdemokratie mitgeführte Exekutive werde ihren Einfluß auf die Gewerkschaften im Sinne einer Disziplinierung einsetzen. Nun aber besann man sich ein wenig mehr auf die eigene (Markt-)Macht.

Wie sehr es um die Planbarkeit gewinnbeeinträchtigender Faktoren ging, sofern sie in der Reichweite des unternehmersichen Einflusses lagen, zeigt auch die Forderung, die Lohnpolitik müsse Rücksicht auf die Ungewißheiten in den internationalen Wirtschafts- und Währungsbeziehungen nehmen. Sowohl Abwertungen der Währungen wichtiger Handelspartner der Bundesrepublik als auch die Quasi-Aufwertung der DM im November 1968 galten als unwägbare Risiken der weiteren Entwicklung des Exportgeschäfts, auf die sich die (betroffenen) Gewerkschaften in Form zurückhaltender Lohnforderungen einzustellen hätten.[34]

In bemerkenswert deutlicher Form traten die Arbeitgeber für eine wachsende internationale, besonders europäische ökonomische Verflechtung ein[35], ebenso wie für die Entthronung des US-Dollars als weltweiter Reservewährung und seine Ersetzung durch ein elastischeres System von Sonderziehungsrechten.[36] Wenngleich in den Reihen der BDA viele kleine und mittelständische Unternehmer organisiert waren, die ausschließlich binnenmarktorientiert waren und bei zunehmender Dichte und Intensität internationaler Wirtschafts- und Konkurrenzbeziehungen massiv unter Druck geraten mußten - gegen die grundsätzliche innerverbandliche Machtposition der Exportbranchen konnten sie sich in der Verbandspolitik offenkundig nicht durchsetzen. Was immer ihnen auch an ideologischer Kompensation dafür angeboten werden mochte - hier liegt einer jener oben theoretisch diskutierten Fälle vor, in denen die Grundlinien der Verbandspolitik von den ökonomisch stärksten Fraktionen der Mitglieder eindeutig in ihrem Interesse bestimmt wurden.[37]

Aber erst in dem verteilungs-, außenwirtschafts- und nicht zuletzt wahlpolitisch turbulenten Jahr 1969 wurde faßbarer, wozu Argumente zum Schutz des Exports von Seiten der Arbeitgeberverbände (im Gegensatz zu den nicht tariffähigen Wirtschaftsverbänden) vor allem dienen sollten: nämlich der Zurückdrängung binnenwirtschaftlich greifender gewerkschaftlicher Lohnforderungen durch den Hinweis auf die möglichen konjunkturdämpfenden Auswirkungen der DM-Aufwertung Ende Oktober 1969. Denn es fällt doch auf, daß die Arbeitgeber sich an der z.T. sehr hitzigen Debatte über die Höherbewertung der westdeutschen Währung[38] überhaupt nicht beteiligten, außer eben in Form ihrer immer wieder vorgetragenen Forderungen noch entsprechend zurückhaltenden Lohnabschlüssen.[39] Hier wird eine interessenbedingte Arbeitsteilung innerhalb des unternehmerischen Verbändelagers erkennbar: Ganz gleich, ob binnenmarkt- oder exportorientierte Branchen und Unternehmen im Verband verankert waren - als Arbeitgeber waren sie allemal an niedrigen Lohnabschlüssen interessiert. Dagegen mußte die inhaltliche, qualitativ orientierte Diskussion über das Für und Wider der Exportförderung solchen Organisationen überlassen bleiben, die in sich widerspruchsfreier schwergewichtig entweder export- oder binnenmarktorientierte Betriebe und Branchen erfaßten. Es zeigt sich daher an dieser Stelle, daß - wie oben theoretisch formuliert - hochgradig generalisierende und quantitativ ausgerichtete Strategien für die sehr breit verankerten Arbeitgeberverbände in der Tat weitaus unproblematischer waren als qualitative Forderungen, die immer nur die Interessen eines Teils der untereinander nach wie vor am Markt konkurrierenden Organisationsbasis begünstigen konnten. Die Auseinandersetzung um quantitative Fragen, nämlich um die

1969 erstmals seit langer Zeit aus dem Ruder laufenden Verteilungskämpfe, stand ohnehin ganzjährig im Vordergrund der Arbeitgeberstellungnahmen. Wieder und wieder verwies man mahnend auf die gerade erst überstandene Rezession[40], beschwichtigend auf die angeblich gar nicht so disparaten Verteilungsverhältnisse in der Bundesrepublik[41], warnend auf die Gefahren für die Preisstabilität, falls die "Engpässe auf dem Arbeitsmarkt" nicht überwunden[42] und weiterhin so exorbitante Lohnsteigerungen nicht vermieden werden könnten[43] sowie schließlich drohend auf die mögliche Beeinträchtigung der Investitionsneigung und -fähigkeit für den Fall, daß sich 1970 nicht eine ruhigere Gangart in der Tarifpolitik durchsetzen werde.[44]

Der Staat als Adressat wirtschaftspolitischer Forderungen blieb nunmehr gegenüber diesem Trommelfeuer von Argumenten fast das ganze Jahr hindurch weitgehend außerhalb des Themenkreises unternehmerischer Stellungnahmen. Aus guten Gründen: Denn je heftiger die tarifpolitischen Konflikte wurden, desto weniger konnte man noch an öffentlichen Interventionen oder gar an der Vorgabe von Richtzahlen interessiert sein, die doch - wie man nun resignativ feststellte - eher den Erwartungen anderer am Wirtschaftsprozeß beteiligter Gruppen als denen der Unternehmer entsprachen.[45] Zudem wurde man sich der großen Gefahr massiven gesellschaftlichen Widerstandes gegen den Staat selbst sowie eines äußerst bedrohlichen Funktions- und Kontrollverlustes der Gewerkschaften bei allzu verbindlichen Eingriffen des politischen Entscheidungszentrums in den Verteilungskampf spätestens zum Zeitpunkt der spontanen Streikwelle im September 1969 bewußt.[46] Jetzt, da erstmals seit langem der institutionalisierte Austrag eines seiner kämpferischen Interessengehalte weitgehend beraubten Verteilungskonflikts gefährdet erschien, war den Unternehmern nichts so wichtig wie eine rasche Rückkehr zu geordneten Verhältnissen, die eben auch funktionsfähige Gewerkschaften beeinhalteten. Daher brachten sie sogar ein gewisses Verständnis für die Streikenden auf[47], warnten jedoch nachdrücklich vor "radikale(n) Elementen", die mittels der 'wilden Streiks' die Tarifautonomie unterlaufen wollten[48] und wiesen schließlich auf die enorme Bedeutung der "Friedenspflicht" für die Kalkulierbarkeit der Tarifverträge[49] (und der Lohnkostenbelastung) hin.

Erst zum Jahresende und nach dem Ausgang der Bundestagswahl, die nach zwanzig Jahren christdemokratischer Regierungsführung das erste sozialliberale Kabinett Brandt/Scheel brachte, geriet der Staat nicht nur wieder in die Diskussion, sondern jetzt auch gleich ins Schußfeld unternehmerischer Kritik: Plötzlich implizierten die einstmals zumindest im tarifpolitischen Bereich so gelobten quantifizierten Zielprojektionen in Gefahr, "die Tür für planwirtschaftliche Abenteuer aufzustoßen"[50]. Nun hatte auf einmal der Staat versagt, indem er weder die Konjunktur rechtzeitig gebremst noch das gesellschafts- und verteilungspolitisch gewünschte Klima aufrechterhalten hatte.[51] Daß es dabei allerdings nur sehr begrenzt um den Wunsch nach einer wirklichen Dämpfung der wirtschaftlichen Aktivitäten ging, zeigt der pessimistische Ausblick auf das Jahr 1970, der die Gefahr eines Rückganges der Investitionsneigung angesichts zahlreicher Kostensteigerungen heraufbeschwor.[52]
In Wahrheit kam es den Unternehmern jetzt auf etwas ganz anderes, wesentlich fundamentaleres an: auf die Zuweisung der Verantwortung für ökonomische Störfälle. Es waren in der gegebenen explosiven Lage eben nicht die Gewerkschaften, die vor der ökonomischen Vernunft versagt hatten und in ihren Ansprüchen maßlos geworden waren. Auch die westdeutschen Unternehmer, bei aller traditionellen Bereitschaft zur Offensive, konnten und wollten in dieser tarifpolitisch außerordentlich brisanten Situation eine nachhaltige Gefährdung des Tarifsystems nicht riskieren. Und die Stoßrichtung des Vorwurfs, der Staat sei seinen Aufgaben nicht gerecht geworden, beinhaltete noch einen zweiten Vorteil: Sie wandte sich gegen eine neugewählte Regierung, deren gesellschaftspolitische Orientierung den Unternehmern von Anfang an mehr als suspekt erschien.[53]

Zusammenfassend lassen sich für den Zeitraum von 1966 bis 1969 folgende Grundmuster des Arbeitgeberverhaltens ausmachen:
- Bis die Rezession eindeutig spürbar wurde und sobald sie erkennbar überwunden

war, stellten die Gewerkschaften den direkten verteilungspolitischen Ansprech 'partner' der BDA: Es lag in ihren Händen, so die Unternehmer, den Absturz in die Krise bzw. die erneute Rotation der Lohn-Preis-Spirale zu verhindern - beidesmal durch niedrige Lohnforderungen. Die Arbeitgeber machten überhaupt keinen Hehl aus ihrer Auffassung, daß der verteilungspolitische Status quo gerecht und damit erhaltenswert sei; deutlichster Ausdruck dieser Überzeugung war das Konzept der kostenniveauneutralen Lohnpolitik. Allerdings war man an kooperationswilligen und -fähigen Gewerkschaften genügend interessiert, um in der explosiven Lage im Herbst 1969 zurückhaltender zu argumentieren, als es von der verteilungspolitischen Situation her zu erwarten gewesen wäre.

- In der 'Talsohle' der Rezession bis zu dem Zeitpunkt ihres eindeutigen Endes war dagegen der Staat, die Regierung der Großen Koalition, die aus der Sicht der Unternehmer zum Handeln verpflichtete Instanz - sei es, daß er seinen mäßigenden Einfluß auf die Gewerkschaften einsetzen sollte, sei es, daß er die Mittel für öffentliche Investitionsaufträge aufzustocken hatte. Jedenfalls richteten sich doch deutliche Hoffnungen auf seine Kompetenzen des Krisenmanagements. Dabei bewegten sich hier, wie auch im Felde der Tarifpolitik, die Stellungnahmen der Unternehmer eindeutig auf einer globalen, gesamtwirtschaftlichen und gleichzeitig quantitativen Ebene.
- Verbandsinterne Probleme werden nur im Falle der Exportbeurteilung indirekt faßbar, die für alle vom internationalen Konkurrenzdruck bedrohten Mitglieder letzten Endes zu positiv ausfallen mußte. Dem wurde jedoch durch die erneute quantitative Wendung dieser eigentlich qualitativen, nämlich ganz bestimmte Branchen (und nur diese) begünstigenden Frage die Spitze genommen: Auch Nicht-Exporteure konnten nichts gegen niedrige Lohnforderungen und -abschlüsse haben, selbst wenn sie aus vermeintlich erforderlicher Rücksichtnahme auf die Exportentwicklung zustandekamen. Im großen und ganzen dürfte das innenpolitische Konzept der BDA, Gewerkschaften und Staat über die immer wieder beschworenen Gefahren steigender Arbeitslosigkeit bzw. steigender Preise in Schach halten, beide über die propagierte 'sachliche Richtigkeit' der eigenen Forderungen und deren Gemeinwohldienlichkeit zu neutralisieren und im übrigen beiden so wenig wie möglich Spielräume für eigene qualitative Aktivitäten einzuräumen, in ihren Reihen mehr oder weniger konsensfähig und unwidersprochen gewesen sein.

Gegenüber dieser, nach den oben ausgeführten theoretischen Überlegungen nicht weiter verwunderlichen passiven Grundhaltung der Arbeitgeber, gerade was innovatives Staatshandeln betraf, (jedenfalls außerhalb akuter Krisenzeiten), vertrat der DGB die entgegengesetzte Auffassung einer nahzu omnipotenten Allzuständigkeit der Regierung. Wenn die Arbeitgeber ihren Kontrahenten in erster Linie in den Gewerkschaften ausfindig machten und diese meistens sehr wohl direkt und offensiv mit ihren verteilungspolitischen Zielen konfrontierten, so drängte die Organisation der Lohnabhängigen immer wieder auf öffentliches Handeln und hüllte sich hinsichtlich des Vorgehens ihrer gesellschaftlichen Gegenseite überraschend vollständig und dauerhaft in tiefes Schweigen.

4.1.2) DGB

Die beiden Hauptthemen gewerkschaftlicher Stellungnahmen im ersten Jahr des Untersuchungszeitraums waren die immer bedrohlicher werdende konjunkturelle Entwicklung und die staatlichen Aufgaben angesichts dieser Situation sowie die verteilungspolitische Lage der Lohnabhängigen. Von Anfang an warnte der DGB vor der Gefahr eines konjunkturellen Einbruchs, wobei er die Verantwortung dafür, daß dieser Fall eintreten könnte, klar und eindeutig dem Staat, genauer gesagt: der Regierung Erhard und der Bundesbank zuwies. Diese bremse zu hart, stelle mit ihrer ausschließlichen Orientierung am Ziel der Preisstabilität eine Gefahr für Wachstum und Vollbeschäftigung dar[54]; jene betreibe eine "Politik des In-den-Tag-hineinlebens"[55], weigere sich, planvoll und koordiniert den wirtschaftlichen Prozeß zu steuern[56] und bürde

allein den Lohnabhängigen die Last der ökonomischen Stabilisierung auf.[57]

Gerade auch im Zusammenhang mit der Diskussion um den ersten Entwurf des Stabilitätsgesetzes wurden die programmatischen Vorstellungen der Gewerkschaften und ihre Forderungen bezüglich wirtschaftspolitischer Maßnahmen des Staates deutlich: Er sollte den jeweils möglichen Wachstumsspielraum voll ausschöpfen und sich nicht vorrangig am Ziel der Preisstabilität ausrichten, was negative Wirkungen vor allem für die Vollbeschäftigung gezeitigt hätte.[58] Seine Aufgabe war es nach gewerkschaftlicher Meinung, "Marktdaten" vorzugeben, die einen Rahmen für die wirtschaftliche Entwicklung liefern sollten: "Diese Marktdaten werden vor allem gesetzt durch die staatliche Haushaltspolitik, die Geldpolitik, die Wettbewerbspolitik, die Arbeitsmarktpolitik, und zuletzt auch durch die immer mehr in den Vordergrund rückende Strukturpolitik."[59] Mit den Mitteln der Ffinanzpolitik und einer längerfristigen Haushaltsplanung schließlich, die sich weder starr an der Entwicklung des Bruttosozialprodukts allein orientieren noch investive gegen sogenannte konsumtive Staatsausgaben ausspielen dürfe, sollte der Strukturwandel der Wirtschaft besser bewältigt und zugleich ein Ausbau der gesellschaftlichen Infrastruktur geleistet werden.[60]

Man sieht deutlich, welche völlig konträren inhaltlichen Schwerpunkte die Gewerkschaften setzten (im Vergleich zur eindeutigen Priorisierung des Zieles der Preisstabilität durch die Unternehmer in derselben kounjunkturellen Lage) und wie umfassend die Verantwortung war, die sie dem politischen Entscheidungszentrum für den Verlauf des ökonomischen Prozesses zuzuschreiben gedachten. Wie groß der Einfluß der Unternehmer auf wirtschaftliche Entwicklungen war, welche Interessen also vom gesellschaftlichen Gegenspieler in diesen Fragen geltend gemacht wurden, kam in den gewerkschaftlichen Stellungnahmen so gut wie nicht zur Sprache[61] - es war, als ob man den eigenen Kontrahenten förmlich totschweigen wollte. Und wenn dies im Bereich der Wirtschaftspolitik zur Not noch nachvollziehbar war, insoweit hier - allerdings enorm weitreichende - Forderungen an eine dritte Adresse, eben an das politische Entscheidungszentrum, gerichtet wurden, so verblüfft die Erkenntnis doch einigermaßen, daß das gleiche Verfahren auch auf dem ureigensten Kampffeld der gesellschaftlichen Gruppen, im Tarifkonflikt, angewendet wurde.
In diesem Bereich fällt zunächst vor allem auf, wie defensiv die Gewerkschaften argumentierten: Ihre Schuld war es nicht, daß die Preise stiegen, ihre Lohnpolitik war maßvoll und verantwortungsbewußt[62]; sie hatten nichts gegen Rationalisierungen enzuwenden[63], wenn sie Arbeitszeitverkürzungen forderten, so zeitigte dies im Gegenteil positive volkswirtschaftliche Folgewirkungen[64]; man könne ihnen keineswegs eine Politik der übertriebenen oder überzogenen Ansprüche vorwerfen[65]; und wenn überhaupt jemand mit lohnabhängiger Kritik oder gar mit gewerkschaftlichem Widerstand zu rechnen hatte, dann war es die Regierung Erhard.[66] Gegenüber den Unternehmern äußerte man kaum mehr als die beruhigende "Meinung, daß eine starke Gewerkschaft keine größere Gefahr für den Arbeitgeber bilden kann. Die Erfahrung lehrt, daß eine Ordnung, die durch starke Gruppen gestaltet und gehalten wird, auf die Dauer für alle die bessere Ordnung ist."[67] Das Konzept der kostenniveauneutralen Lohnpolitik, wie es von den Arbeitgeberverbänden vertreten wurde, lehnten die Gewerkschaften zwar ab;[68] aber man gab ganz offen zu, daß man eine grundsätzliche Umverteilung via Tarifpolitik für unmöglich hielt.[69]

Und hierin mag denn auch ein Schlüssel zum Verständnis des Bildes liegen, das die Gewerkschaften am Beginn des Untersuchungszeitraumes boten: Nach fünfzehn Jahren ungebrochener gesellschaftlicher Vorherrschaft der Unternehmer, die auch noch durch eine stark konservativ orientierte Regierung gefördert worden war, bahnte sich in der politischen Sphäre ein Wandel der Konzeptionen ebenso an wie die 'Abnutzungserscheinungen'[70] der die Regierung tragenden CDU/CSU immer greifbarer wurden und die Wahrscheinlichkeit eines Koalitionswechsels ständig wuchs. In dieser Situation und nachdem in der Tat alle Versuche gescheitert waren, mit tarifpolitischen Mitteln den Status quo der Einkommens-, Vermögens- und Machtverteilung zu verändern,

setzten die Gewerkschaften wieder einmal alle ihre Hoffnungen in den Staat und auf die dicht vor den Toren der Regierung stehende Sozialdemokratie, die ermöglichen sollte, was in der interverbandlichen Auseinandersetzung nicht zu erreichen gewesen war: eine Verschiebung der gesellschaftlichen Machtverhältnisse im ganzen zugunsten der Gewerkschaften und ihrer Basis.

So dominierte denn 1967 auch das Bestreben, der neuen Regierung Kiesinger/ Brandt von gewerkschaftlicher Seite aus einen Vertrauensvorschuß einzuräumen. Die Rezession war die Schuld der Bundesbank und des Regierungsvorgängers gewesen[71], der Einsatz der neuen Instrumente der Wirtschaftspolitik - vor allem die Investitionsförderung mittels kreditär finanzierter öffentlicher Aufträge - wurde voller Hoffnung begrüßt, und ihre verstärkte Anwendung war eine ständige gewerkschaftliche Forderung.[72] Man vertraute nicht nur selbst der neuen keynesianischen Politik, sondern vertrat darüber hinaus die Auffassung, auch die Unternehmer hätten infolge der Durchsetzung neuer wirtschaftspolitischer Konzeptionen wieder an Zuversicht gewonnen.[73]

Nicht nur das Vertrauen in den Staat war groß - auch die Verantwortung war es, die man ihm zuwies.[74] Und ganz allmählich begannen die Gewerkschaften im Verlauf des Jahres zu spüren, daß das Krisenmanagement des populären SPD-Ministers Schiller selektive Auswirkungen nach sich zog, die nicht unbedingt zu ihren Gunsten ausfielen.[75] Gewiß wurde die steuerliche Begünstigung der unternehmerischen Investitionen ebenso akzeptiert wie ihre direkte Belebung durch öffentliche Aufträge - aber man hatte eigentlich doch mit einer gewissen Gleichberechtigung gerechnet, d.h., mit steuerlicher Entlastung auch der Masseneinkommen.[76]

Dies umso mehr, als man sich völlig darüber im klaren war, daß unter rezessiven Bedingungen der eigene tarifpolitische Handlungsspielraum nicht sehr groß sein konnte.[77] Sofern man Lohnerhöhungen forderte, begründete man sie höchst defensiv kaufkrafttheoretisch, d.h., als dem marktwirtschaftlichen System angemessen und nützlich: "Eine Reduzierung der Arbeitnehmereinkommen führt zu weiter sinkenden Umsätzen und Gewinnen und verschärft dadurch die Rezession. Letztlich schaden sich auch die Unternehmer, wenn sie mögliche Lohnerhöhungen verweigern und außertarifliche Leistungen unnötigerweise abbauen..."[78] Und so fehlte es denn auch nicht an direkten und indirekten Hinweisen auf die Notwendigkeit einer staatlichen verteilungspolitischen Strategie[79] - was die eingangs formulierte These stützt, wonach die Gewerkschaften auch die oberste Zuständigkeit für ihr hauptsächliches Aktionsfeld auf die politische Ebene zu verlagern suchten.

Schließlich wurde zum Zeitpunkt erstmals seit langem wieder gestiegener Arbeitslosenzahlen auch die Kompetenz für eine neue und weit ausgreifende Arbeitsmarktpolitik dem Staat zugewiesen.[80] Jetzt, da die gewerkschaftliche Kampfposition geschwächt war, thematisierte man Fragen der längerfristigen Arbeitsplatzsicherung, nachdem in den Jahren der Vollbeschäftigung und Hochkonjunktur den unternehmerischen Rationalisierungsanstrengungen keinerlei Widerstand entgegengesetzt worden war. An dieser Stelle wird eine sehr bedeutsame doppelte Strategierevision der Gewerkschaften in der Krise klar faßbar: der Übergang von rein quantitativen und vorrangig im Tarifsystem via Lohnerhöhungen erreichbaren Zielen auf qualitative und an den Staat gerichtete Forderungen, die eigene Stellung im interverbandlichen Ringen um Einkommen und Macht von Grund auf zu stärken. Dieser Befund stützt die oben vorgetragene Überlegung, daß in Zeiten der Hochkonjunktur diejenigen gewerkschaftlichen Flügel innerhalb des DGB absolut dominieren, die in prosperierenden Branchen verankert sind und damit auch sehr hohe Lohnforderungen durchsetzen können. Dies zwingt auch die Gewerkschaften in weniger florierenden Sektoren zu einer vorrangig quantitativen Orientierung, da die von ihnen erfaßten Lohnabhängigen kein allzu starkes Zurückbleiben hinter den 'Lohnführern' hinnehmen werden. Und so gelingt es kaum oder gar nicht, die qualitativen Schwierigkeiten dieser Bereiche - zunehmender internationaler Konkurrenzdruck, Strukturwandel, Schrumpfung und

massenhaft bedrohte Arbeitsplätze - zur Sprache zu bringen. Erst in der allgemeinen Krise, wenn alle Gewerkschaften vor dem Problem der Arbeitslosigkeit stehen, kommt es verstärkt zur Thematisierung qualitativer Forderungen, für die dann jedoch aufgrund der geschwächten gewerkschaftlichen Kampfposition höchst ungünstige Durchsetzungschancen bestehen.[81)]

Allerdings war man im Jahr 1967 auf Gewerkschaftsseite durchaus optimistisch, was die eigenen Einflußmöglichkeiten betraf: Man hoffte nämlich auf die Konzertierte Aktion, über die man "eine Art Mitbestimmung" durchsetzen zu können glaubte. Denn eine konjunkturpolitische Indienstnahme der Einkommenspolitik "setzt voraus, daß ein mittelfristiges Konzept erkennbar wird, das langfristig eine gerechte Abstimmung auch unter sozialen Aspekten gewährleistet. Damit werden zwangsläufig auch die staatlichen Steuerungsmittel der Steuer- und Finanzplanung, der Subventions- und Wettbewerbspolitik in den Bereich der Mitbestimmung geraten, ohne daß dies ausdrücklich fixiert werden muß."[82)] Allerdings begann man gleichzeitig zu begreifen, daß dieses neue Gremium wohl nicht ohne Auswirkungen auf die Tarifautonomie bleiben werde: "In einer geplanten Wirtschaftspolitik jedoch vermindert sich die Bedeutung dieses Instruments"[83)], der Tarifautonomie. Man war jedoch durchaus bereit, diesen Bedeutungsverlust - d.h. aber letztlich: Autonomieverlust - hinzunehmen, so lange sich nur die Hoffnungen auf den Staat erfüllten. Daß dies nicht geschah, stellte die bittere Lektion des Jahres 1968 dar, wofür die Gewerkschaften dann 1969 die Quittung durch ihre eigene Basis erhielten.

Denn zu Beginn des Jahres 1968 dämmerte den Gewerkschaften allmählich die Erkenntnis, daß auch die Einrichtung der Konzertierten Aktion nichts an dem gewohnten Ablauf der verteilungspolitischen Entwicklung geändert hatte, wonach im Aufschwung die Gewinne stets weitaus kräftiger anstiegen als die Löhne. Man zog daraus die Schlußfolgerung, daß dann "jedenfalls schon heute garantiert werden (müsse, C.S.), daß die Arbeitgeber, sobald die Produktionsmöglichkeiten wieder voll ausgeschöpft sind, Lohnzugeständnisse machen, die dann über die Zuwachsrate ihrer Gewinne hinausgehen, und es muß sichergestellt werden, daß diese überproportionalen Lohnerhöhungen von ihnen und von der Öffentlichkeit als gerecht und volkswirtschaftlich richtig erkannt werden."[84)] Der defensive Unterton ist unüberhörbar - man ist versucht zu fragen, was denn passieren werde, wenn die andere Seite nicht mitspielen sollte.

Wie die Arbeitgeber, so glaubten auch die Gewerkschaften, in den staatlichen Institutionen der Konjunktursteuerung ein Mittel gefunden zu haben, die eigenen quantitativen Ansprüche an das erwirtschaftete Mehrprodukt durchsetzen und die der Gegenseite zurückdrängen zu können[85)] - im Falle der Gewerkschaften unter Berufung auf das zweifache Argument eines sozial unzumutbaren Lohnlags und der volkswirtschaftlichen Bedeutung des privaten Verbrauchs als konjunkturelle Stütze.[86)] So, wie die Arbeitgeber sich Steuersenkungen zu ihren Gunsten erhofften, plädierten auch die Gewerkschaften für die Einführung eines befristeten linearen Abzugs von der Lohn- und Einkommenssteuer sowie für einen Aufschub der Mehrwertsteuererhöhung[87)], beides aber nicht etwa unter explizitem Rückbezug auf etwaige lohnabhängige Interessen, sondern legitimiert durch den Hinweis, derartige Maßnahmen dienten der konjunkturellen Belebung. Auch hierin bestand eine völlige argumentative Übereinstimmung mit den Unternehmern: Von Interessen war wenig bis gar nicht die Rede, umso mehr jedoch von der 'sozialen Marktwirtschaft' und vom Prinzip der sozialen Gerechtigkeit.

Aber Skepsis hinsichtlich der Chancen einer quantitativen Indienstnahme des Staates begann zugleich, in den Reihen der Gewerkschaften um sich zu greifen: Gewiß, man hielt es für richtig, sich an der Konzertierten Aktion zu beteiligen[88)], jedoch setzte allmählich der Prozeß des Begreifens ein, wie einschneidend der eigene Handlungsspielraum durch die staatlichen einkommenspolitischen Interventionen beschnitten zu werden drohte.[87a)] So formulierte man schon zu Beginn des Jahres 1968

eine Position, die wieder das politische Entscheidungszentrum in den Mittelpunkt künftiger Auseinandersetzungen rückte: Nötig sei anstelle der einseitigen Begünstigung der Unternehmergewinne "vielmehr die planvolle wirtschafts- und finanzpolitische Steuerung aller für die Einkommensbildung wichtiger Faktoren. Diese Steuerung ist nur in freier Übereinstimmung zwischen den betroffenen Gruppen vorzunehmen. Dies ist eine Aufgabe der Konzertierten Aktion."[88a] Fast könnte man den Eindruck gewinnen, der verteilungspolitische Hauptgegner der Gewerkschaften werde immer mehr der Staat und nicht etwa diejenigen, die real am tarifpolitischen Verhandlungstisch saßen: die Arbeitgeber.

Wurde man in quantitativer Hinsicht also langsam etwas vorsichtiger mit dem Ruf nach dem Staat, so änderte sich im qualitativen, d.h. auf die Bewältigung des Strukturwandels, den Ausbau der gesellschaftlichen Infrastruktur sowie die Erweiterung des planerischen Instrumentariums der politischen Instanzen zielenden Bereich nichts an der gewerkschaftlichen Erwartung, diese Regierung werde endlich die eigene Position verbessern. Man begrüßte beispielsweise den sich offenbar ankündigenden "Stilwandel in der Subventionspolitik von wachstumshemmenden Erhaltungs- zu wachstumsfördernden Anpassungssubventionen"[89]; man betonte wieder und wieder, es gebe keine ein für allemal festlegbare Grenze der Staatsverschuldung, die vielmehr im Interesse einer expansiven Infrastrukturpolitik unverzichtbar sei[90]; und man trat entschieden für eine Einbindung wirtschaftspolitischer Planungen in eine Hierarchie "gesellschaftspolitisch anerkannte(r) Zielsetzungen" ein.[90] Marktwirtschaft und Globalsteuerung funktionierten wohl ganz akzeptabel, aber die "wohlfahrtspolitische Absicherung unserer globalgesteuerten Marktwirtschaft (müsse, C.S.) in der bevorstehenden Phase des Wirtschaftsaufschwunges stärkere Beachtung finden... Durch zu schwache wohlfahrtspolitische Maßnahmen wird das marktwirtschaftliche System in seinem labilen Kern gefährdet. Diese Maßnahmen können nämlich als Hilfsmittel der sozialen Integration die Konjunktur-, Wachstums- und Strukturpolitik entlasten."[92]

Zweierlei wird hier erneut faßbar: Einerseits die sehr hohen Erwartungen, die die Gewerkschaften offenbar mit der erstmaligen Regierungsbeteiligung der SPD verknüpften und die auf die Durchsetzung neuer Machtpositionen 'von oben' zu ihren Gunsten zielten, allmählich aber infolge der zunehmenden Enttäuschung mit der latenten Drohung des Legitimationsentzuges untermauert wurden; andererseits der zentrale Unterschied zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden, von denen erstere 'politische', d.h., massendemokratisch zu legitimierende Entscheidungen wünschten, die letztere fürchteten und prinzipiell als 'sachfremd' bekämpften.

Einer der wichtigsten Gründe für das wachsende (infra-)strukturpolitische Engagement der Gewerkschaften dürfte die schmerzliche Erfahrung der Rezession 1966/67 gewesen sein, daß das Aufbrechen struktureller Fehlentwicklungen - etwa bei der Eisen- und Stahlindustrie sowie im Bergbau - vor allem zu Lasten der Lohnabhängigen ging, die ihre Arbeitsplätze hierdurch ebenso bedroht fanden wie durch die zunehmenden Bemühungen der Unternehmer, dem gestiegenen internationalen Konkurrenzdruck durch forcierte Rationalisierungsanstrengungen zu begegnen. So wenig man auch - im vermeintlich wohlverstandenen Eigeninteresse - der weiteren Technisierung der Wirtschaft Hindernisse in den Weg zu legen beabsichtigte[93] - das Thema 'längerfristige Arbeitsplatzsicherung' hatte durch die Entwicklung der letzten zwei Jahre gerade auch in tarifpolitischer Hinsicht an Brisanz und Dringlichkeit gewonnen.[94] Zugleich hatte man aber auch die Erfahrung machen müssen, daß man gerade in der Krise nicht über genügend Macht verfügte, um sich in diesen Fragen durchsetzen zu können.[95] Was lag daher aus der Sicht der ohnehin eher staatsfixierten westdeutschen Gewerkschaften näher, als auch hier wieder nach politischer Intervention zu rufen?[96]

Nur in dem einen Bereich, in dem - zumindest aus der Rückschau - der Ruf nach dem Staat erforderlich gewesen wäre, schwiegen die Gewerkschaften ganz genauso wie die

Unternehmer: nämlich in der Frage, ob und in welchem Ausmaß eine Dämpfung der Konjunktur vonnöten sei. Im Gegenteil warnten sie im November/Dezember 1968 noch davor, den Wirtschaftsprozeß bremsen zu wollen[97] und lieferten damit einen eindeutigen Beleg für die hier vertretene Auffassung, daß die beiden theoretisch antagonistisch gesellschaftlich Kräfte organisierenden Verbände praktisch in der Zielsetzung übereinstimmten, sich nicht ein einziges Prozent Zuwachs des wirtschaftlichen Mehrprodukts entgehen zu lassen, was auch immer dies an mittelfristigen Konsequenzen zeitigen mochte. Was immer später an Kritik des 'ungezügelten Booms', der infolgedessen wahlweise entweder 'explodierenden Gewinne' oder 'ausufernden Lohnforderungen' laut werden sollte: Als noch Zeit gewesen wäre, eine derartige Entwicklung zu verhindern, bestanden Unternehmer und Gewerkschaften in schöner Übereinstimmung darauf, den gegenwärtigen Verteilungsmöglichkeiten keine quantitative Grenze zu setzen. Mit anderen Worten: So lange sich der ökonomische Prozeß in der Phase des Aufschwungs befand, dominierte auf beiden Seiten des gesellschaftlichen Grundkonflikts die rein quantitative Orientierung, alles mitzunehmen, was sich nur mitnehmen ließ.[98]

Dies galt - zeitlich nach vorn verschoben - auch für die gewerkschaftliche Haltung zum Export, wobei das lang anhaltende Schweigen der Organisation der Lohnabhängigen zu diesem gerade für die westdeutsche Wirtschaft zentralen Thema bemerkenswert ist. Außer der Feststellung im Januar 1966: "Nichts deutet darauf hin, daß die führende Stellung der Bundesrepublik im Export in Gefahr ist"[99], beschränkten sich die Gewerkschaften in den bisher betrachteten Jahren darauf, zuweilen den konjunkturstützenden Effekt der steigenden Exporte mehr oder weniger befriedigt zu vermerken.[100] So lange die betroffenen Branchen florierten und die Lohnabhängigen an ihren Gewinnen partizipieren konnten, hatte man an ihrer strukturellen Entwicklung nichts auszusetzen. Erst als die Gewerkschaften massiv ins Hintertreffen geraten waren, als das lohnabhängige Interesse an einer wenigstens parallelen Entwicklung der Verteilungspositionen durch die Exportoffensive der Unternehmer bereits eindeutig verletzt worden war, erst dann wurde Kritik laut an der Exportindustrie, "deren wachsende Übergewinne im letzten Jahr zur ständien Ausweitung des Industrieabsatzes auf den Auslandsmärkten verwendet wurden, statt zur Weitergabe der Kosteneinsparungen aus der Mengenkonjunktur in Form sinkender Inlandspreise."[101] Das gleiche Verhalten sollte 1969 auf gesamtwirtschaftlicher Ebene noch einmal wiederholt werden und die Gewerkschaften gegenüber ihrer eigenen Basis in enorme Schwierigkeiten stürzen.

Die Schwerpunkte der gewerkschaftlichen Argumentation des Jahres 1969 und besonders ihre jeweiligen Verschiebungen reflektierten deutlich, in welche Bedrängnis die Gewerkschaften von der turbulenten ökonomischen Entwicklung dieses (vorläufig) letzten Jahres christdemokratischer Regierungsführung gebracht wurden. Argumentierten sie zunächst noch eindeutig gegen den Versuch, die Konjunktur zu bremsen, so gingen sie rasch dazu über, mit wachsender Schärfe zu kritisieren, daß es den Lohnabhängigen unmöglich gemacht werde - vorrangig durch die staatliche Politik -, an diesem rasanten Aufschwung ausreichend zu partizipieren. Diese Diskussion schwenkte dann um auf das Thema der Aufwertung, wobei der Vorwurf der Verletzung gewerkschaftlicher Interessenpositionen immer härter formuliert wurde. Dann - seltsam kurzgefaßt und defensiv gegenüber der eigenen Basis - folgten Stellungnahmen zu den spontanen Septemberstreiks und schließlich ein kleiner, in seiner Thematik aber sehr wohl zukunftsweisender Ausblick auf die Tätigkeit der neuen, der sozialliberalen Regierung.

Noch im Januar 1969 wären die Gewerkschaften mit einem dritten öffentlichen Programm zur Konjunkturbelebung einverstanden gewesen[102], und immer aufs Neue betonten sie, daß keine Anzeichen einer Überhitzung vorlägen,[103] daß die Bundesrepublik in Zeiten internationaler Preissteigerunen keine "Insel der Stabilität" sein könne[104] und schließlich auch, daß die Konjunkturdämpfung im Inland notwendig auf eine weitere Exportsteigerung und damit auf ein wachsendes Zahlungsbilanzungleich-

gewicht hinauslaufen müsse.[105] Hinter dieser Position stand sicher noch die Erinnerung an die erst kürzlich überwundene Rezession[106], mindestens ebensosehr aber auch das Wissen um die Probleme der Gewerkschaften selbst, bei einer Dominanz des Stabilitätszieles in der öffentlichen wirtschaftspolitischen Diskussion den lohnabhängigen Nachholanspruch in Sachen Einkommenssteigerung anzumelden.[107]

Daß sie, je länger sich der Staat in die verteilungspolitische Auseinandersetzung einmischte, immer mehr Raum zum Handeln verloren - das war den Gewerkschaften ohnehin bereits klargeworden, und in ihren Publikationen wurde eine hitzige Debatte ausgetragen, die sich zwischen vier Positionen bewegte: beginnender grundsätzlicher Zweifel am Sinn einer weiteren Teilnahme an der Konzertierten Aktion[108] und: Plädoyer für eine innergewerkschaftliche Straffung und bessere Abstimmung der Tarifpolitik[109] sowie: Partizipation an der Konzertierten Aktion, um an der Zielfeststellung der Wirtschaftspolitik überhaupt noch beteiligt zu sein[110] und schließlich: Offenlegung gewerkschaftlicher verteilungspolitischer Gegendaten, die die immer heftiger angegriffenen Orientierungsdaten der Bundesregierung entkräften sollten.[111] Jetzt wurde offen ausgesprochen, worauf die staatliche Einkommenspolitik hinauslief: auf die Zementierung der bestehenden Verteilungsrelationen und auf die Unterordnung der Lohnbewegung unter das Ziel der Konjunktursteuerung und -verstetigung.[112]

Und es wuchs die Angst vor dem Funktionsverlust der eigenen Organisation, der kaum noch Chancen zum autonomen Handeln (und damit zur Legitimation durch Leistung) im öffentlichen System der Orientierungsdaten blieben[113], es wuchs die Furcht, nurmehr "Hilfskommando der Stabilitätspolitik" zu sein.[114]

Dabei sah man ganz genau, daß die Verteilungsinteressen der Lohnabhängigen nicht nur durch die offizielle staatliche Einkommenspolitik verletzt wurden, sondern ebenso durch die Außenwirtschaftspolitik, die durch die unterlassene Aufwertung der DM und durch die gezielte Subventionierung der Auslandsinvestitionen des westdeutschen Kapitals der Exportindustrie weiterhin einen nicht unerheblichen Vorsprung vor ihren ausländischen Konkurrenten sicherte. Gewiß - man wollte den Export nicht gefährden[115] und unterstützte alle währungspolitischen Maßnahmen, die zu einer verstärkten internationalen, besonders westeuropäischen ökonomischen Integration führen konnten.[116] Aber voller Erbitterung konstatierten die Gewerkschaften, daß die Verteilung der so erwirtschafteten Exportgewinne ebenso nachteilig für die Lohnabhängigen ausfiel[117] wie diese infolge des verstärkten Kapitalexports Einbußen beim binnenwirtschaftlichen Ausbau der Investitions- und Infrastruktur hinnehmen mußten.[118] Aber weder hier noch auf dem eigentlichen tarifpolitischen Schlachtfeld konnten sie sich durchsetzen - und von Schlachtfeldern konnte man in der Tat erstmals seit vielen Jahren wieder sprechen, als sich im Herbst 1969 die Basis der Gewerkschaften gegen ihre extreme verteilungspolitische Benachteiligung autonom und erfolgreich zur Wehr setzte. Seitens ihrer Organisation blieb es angesichts dieser Entwicklung zunächst bei lapidaren Kommentaren, die erneut vor allem die Regierung als den Hauptschuldigen identifizierten,[119] sowie bei der beruhigend gemeinten Feststellung, die eigene Basis habe ihnen nicht das Vertrauen entziehen, sondern nur den Rücken stärken wollen.[120] Will man im Bild bleiben, so läßt sich festhalten, daß der Tritt ins Kreuz, den die Gewerkschaften in Wirklichkeit erhalten hatten, einen tiefen Schock auslöste, der noch lange nachwirken sollte. Die spärlichen Interpretationen dessen, was da scheinbar so plötzlich und unerwartet über die Organisation hereingebrochen war, vermitteln den Eindruck der Hilflosigkeit und Lähmung, der erst in den folgenden Jahren einer verstärkt konfliktorientierten Haltung gegenüber den Unternehmern weichen sollte. Im Spätherbst 1969 jedenfalls war man wie benommen, und selbst zum Amtsantritt der neuen, im Grunde mit so viel euphorischer Hoffnung begrüßten Regierung Brandt/Scheel beschränkte man sich in wirtschaftspolitischer Hinsicht auf die Feststellung, das in der Regierungserklärung herausgestellte Hauptziel Preisstabilität könne mit den gewerkschaftlichen Nachholansprüchen auf dem Feld der Einkommenspolitik kollidieren.[121]

Es sollte sich erst noch zeigen, wie genau damit der Finger auf eine Wunde gelegt worden war, die in den nächsten Jahren sowohl die Gewerkschaften als auch die neue Koalition bitterlich schmerzen sollte.

4.1.3) Zusammenfassung

Schon ein flüchtiger Blick auf die jeweils von Arbeitgebern und Gewerkschaften herausgegriffenen Hauptthemen in den vier behandelten Jahren zeigt, wie unterschiedlich die thematischen Selektivitätskriterien beider Seiten waren: 1966 warnten die einen vor der Preisentwicklung, die anderen vor den Gefahren einer drohenden Abflachung der Konjunktur; 1967 forderten die Arbeitgeber von Gewerkschaften und Staat zu erleichternde Gewinnsteigerungen als notwendige Voraussetzung eines neuen Aufschwungs, während die Gewerkschaften nach einem umfassenden staatlichen Aktionsprogramm auf allen Gebieten der Wirtschafts-, Finanz-, Arbeitsmarkt- und (Infra-)Strukturpolitik riefen. 1968 stand zwar für beide Seiten die Sicherung des Aufschwungs im Vordergrund, aber dies bedeutete für die Unternehmer Lohnzurückhaltung und darauf abzielende staatliche Einflußnahme, für die Gewerkschaften hingegen weiterhin umfangreiche qualitative Ansprüche an das politische Entscheidungszentrum sowie die Hoffnung, mit dessen legitimatorischer Unterstützung den eigenen verteilungspolitischen Nachholbedarf durchsetzen zu können. 1969 schließlich thematisierten Arbeitgeber wie Gewerkschaften vorrangig die Lohnpolitik und ihre wachsenden Zweifel an der Legitimität und Effizienz staatlicher Eingriffe auf diesem Gebiet. Aber während erstere - insbesondere nach der Bundestageswahl - vor allem befürchteten, die politischen Instanzen könnten die Gegenseite inhaltlich unterstützen, wurden sich die Gewerkschaften stückweise klarer über die Einschränkung ihrer eigenen Handlunsmöglichkeiten durch öffentliche Interventionen in den Tarifkonflikt. Einig waren sich beide Seiten erst in dem Augenblick, als die spontanen Streiks das Tarifsystem insgesamt gefährdeten: Jetzt traf allein den Staat die Schuld an den konjunktur- und verteilungspolitischen Fehlentwicklungen; jetzt mußte vor allem er sich aus dem einkommenspolitischen Geschehen sofort und nachhaltig zurückziehen.

Überhaupt darf über den zahlreichen gravierenden Differenzen zwischen gewerkschaftlicher und unternehmerischer Argumentation, deren wichtigste die naturgemäß unterschiedliche Beurteilung der verteilungspolitischen Lage, die jeweilige Schwerpunktsetzung, was Konjunkturbelebung im Sinne von unmittelbarer Arbeitsplatzsicherung im gewerkschaftlichen Interesse betraf, die wiederum von der vorrangig stabilitätspolitischen Orientierung der Arbeitgeber unterlaufen wurde, sowie die jeweils inhaltlich verschiedene Haltung gegenüber dem Staat waren, nicht übersehen werden, was an Gemeinsamkeiten zwischen beiden Seiten bestand. An erster Stelle ist dabei die kompromißlose Wachstumsorientierung zu nennen, die wirtschaftspolitische Bremsmanöver eben nicht forderte, als sie notwendig (und noch möglich) gewesen wären. Ebenso stimmte man darin überein, daß in keinem Falle das bestehende institutionelle System der Tarifpolitik zerbrechen durfte, wofür umverteilbare Zuwächse die unverzichtbare Voraussetzung darstellten - insofern stehen diese beiden Übereinstimmungen in engem Zusammenhang miteinander.

In der Frage allerdings, wie dieses erforderliche und gewünschte Wachstum zu erreichen sei, begann dann erneut die Differenzierung: Während die Gewerkschaften hier vor allem auf den Staat und dessen qualitativ ausgerichtete Politik der Beeinflussung ökonomischer Strukturen und der gesellschaftlichen Machtverteilung hofften, forderten die Arbeitgeber gerade seine Passivität, ausgenommen in den quantitativen Fragen öffentlicher Aufträge, ebenso wie eine permanente quantitative Zurückhaltung der gewerkschaftlichen Gegenseite auf dem Gebiet der Lohnpolitik. D.h., in finanzieller Hinsicht waren beide Seiten bemüht, das politische Entscheidungszentrum auf die je eigenen Interessen (beispielsweise an steuerlicher Förderung bzw. Entlastung) zu verpflichten; wenn es um den gesellschaftlichen Status quo

beeinflussende staatliche Aktivitäten ging, waren die Gewerkschaften stets dafür, die Unternehmer stets dagegen.

Dabei war eine Orientierung auf eine rein quantitative und global ausgerichtete Politik des Staates für die Arbeitgeberverbände erheblich einfacher durchzuhalten, weil in sich widerspruchsfreier, da sie ohnehin beispielsweise zu Fragen staatlicher Strukturpolitik das Wort an die differenzierter organisierten Wirtschaftsverbände weitergeben konnten (und mußten). Dagegen bestand eine derartige institutionalisierte Arbeitsteilung im gewerkschaftlichen Lager nicht, was die Abgabe von Stellungnahmen zu inhaltlichen, etwa sektoralen, regionalen oder branchenspezifischen Problemen erheblich verkomplizierte. Dies zeigte sich sowohl an der Argumentation zu Arbeitsmarktfragen als auch bei der Exportentwicklung; in beiden Fällen kam es zu eindeutigen gewerkschaftlichen Aussagen und Forderungen erst, als die lohnabhängigen Interessen bereits massiv verletzt worden waren. Hierin spiegelte sich das bereits thematisierte, wiederum vorrangig quantitativ ausgerichtete Quasi-Bündnis zwischen Unternehmer- und Gewerkschaftsorganisationen in florierenden Branchen und Sektoren, das so lange zu Lasten der lohnabhängigen Organisationen in notleidenden Bereichen ging, bis die verallgemeinerte ökonomische Krise wieder die gewerkschaftlichen Reihen schloß.

Schließlich zeigten gerade die arbeitsmarktpolitischen Forderungen der Gewerkschaften an die Regierung, in welchem Ausmaß sich die Organisationen der Lohnabhängigen staatsfixiert und defensiv verhielten. Denn der Arbeitsmarkt ist dasjenige Gebiet, auf dem sich die gesellschaftlichen Kontrahenten direkt begegnen; hier soll nicht kritisiert werden, daß die Gewerkschaften den Versuch unternahmen, mit staatlicher Hilfe die eigene (Markt-)Machtposition zu verbessern, sondern vielmehr darauf hingewiesen werden, wie wenig sie sich in diesem Bereich damals auf ihre eigene kämpferische Kraft verließen. Dies wie auch ihre ganz evidente Verteidigungshaltung in Sachen Lohnpolitik dürfte entscheidend zu dem Basisausbruch im Herbst 1969 beigetragen haben - es wird nun unter anderem zu zeigen sein, welche Konsequenzen er für das Verhältnis der Organisationen von Lohnarbeit und Kapital zeitigte.

4.2) Die Folgen: Verteilungskampf an allen Fronten 1970 - 1973

Die Jahre zwischen 1970 und 1973 brachten eine ganze Reihe ökonomischer Probleme mit sich, vor denen Wirtschaft und Staat in der Bundesrepublik erstmals standen: Das Tempo der Preissteigerungen beschleunigte sich von Jahr zu Jahr[1], während die Investitionstätigkeit immer mehr erlahmte[2]. Zwar wurden beachtliche Wachstumsraten des Bruttosozialproduktes erzielt, allerdings teilweise mit fallender Tendenz[3], und die Arbeitslosenzahlen lagen niedrig, wenn auch mit deutlichen jährlichen Steigerungen.[4] Aber die wachsende Instabilität des ökonomischen Prozesses wurde national wie international[5] immer spürbarer, und nicht zufällig endet dieser zeitliche Abschnitt mit dem Donnerschlag der ersten Ölkrise. Zwar gab es noch ganz beträchtliche Umverteilungsspielräume, um die zwischen Kapital, Gewerkschaften und Staat gerungen werden konnte; aber die Auseinandersetzungen wurden immer härter, je mehr sich die Anzeichen dafür häuften, daß es dabei wohl nicht mehr allzu lange bleiben würde.

4.2.1) BDA

Der erste Eindruck, der sich bei der Betrachtung der BDA-Stellungnahmen des Jahres 1970 aufdrängt, ist der eines bemerkenswerten Bemühens um öffentliche Selbstlegitimation. Es wird ganz deutlich faßbar, daß das Zusammentreffen von spontanen Streiks und sozialdemokratischem Wahlsieg die Arbeitgeber in unerwartet starker Weise unter einen plötzlichen Rechtfertigungszwang stellte, auf den sie - nach zwanzig Jahren öffentlicher Rückendeckung - in der Tat zunächst eher defensiv reagierten. So wurden die Unternehmen als Träger sozialer Verantwortung präsentiert[6]; den Gewerk-

schaften bot man sich als kooperativer Verhandlungspartner an[7]; und wieder und wieder betonte man, der Vorwurf maßlosen Gewinnstrebens könne den Unternehmern nicht gemacht werden.[8] Wenn etwa formuliert wurde, die Unternehmer betrieben gar keine "Verteidigung oder gar Ausweitung der Gewinnmargen"[9], im Gegenteil bestünde derzeit eine "Tendenz zur Gewinnminderung"[10], so erinnert dies tatsächlich ein wenig an die defensiven Erklärungen der Gewerkschaften zwischen 1966 und 1969, man könne am wenigsten ihre Lohnpolitik als Sündenbock für ökonomische Störfälle benutzen.
Die Arbeitgeber richteten das Hauptgewicht ihrer Stellungnahmen ganz eindeutig auf die Gewerkschaften, wobei der Tenor überwog, man werde an der vergangenen Korrektur der Verteilunsrelationen wohl nichts mehr ändern können[11], aber in jedem Falle müsse die "alle bisherigen Erfahrungen übertreffende Lohnkostenexplosion"[12] gebremst werden, da sonst mittelfristig Gefahren für Stabilität, Investitionsneigung, Wachstum und Vollbeschäftigung drohten.[13] Bemerkenswerterweise stand dabei hinter dieser widerwilligen Bereitschaft, das Ergebnis der Verteilungskämpfe 1969/70 hinzunehmen, die klare Erkenntnis, daß, wenn jetzt eine Dämpfung der Tarifauseinandersetzungen erreicht werden konnte, wenig mehr als die Wiederherstellung der Verteilungsrelationen von 1965/66 geschehen war.[14]

Aber sie war auf eine im Tarifsystem nicht vorgesehene Weise geschehen, und die sogenannten 'wilden Streiks' beschäftigten die Arbeitgeber nicht wenig. Dabei wurde in mehrere Richtungen argumentiert: Einerseits sah man sehr wohl die Vorteile, die man selbst zumindest kurzfristig aus dem Wegfall tarifrechtlicher und -politischer Bindungen ziehen konnte, wie etwa in Form von "Massenänderungskündigungen", als die die spontanen Streiks angesehen werden könnten und die auch umgedreht den Arbeitgebern zum Zweck des Abbaus außer- bzw. übertariflicher Leistungen zustünden.[15] Andererseits leitete man aus dieser Erfahrung den Vorschlag ab, Lohnerhöhungen in einen Mindesteinkommensanteil und eine Erfolgsbeteiligung am Betriebsergebnis aufzusplitten, von denen letztere automatisch an Ertragssteigerungen partizipiere, wodurch Ausbrüche wie im Vorjahr vermieden werden könnten, und gleichzeitig beispielsweise eine Verbesserung der betrieblichen Eigenkapitalbasis erreicht werden könnte.[16] Hinsichtlich der Gewerkschaften steuerte man ebenfalls einen doppelten Kurs: Die Drohung, mit Schadensersatzansprüchen gegen Gewerkschaften vorzugehen, die die Kontrolle über ihre Mitglieder verlören und die für die Unternehmenskalkulation unverzichtbare Friedenspflicht nicht mehr gewährleitsten könnten, wurde begleitet von dem verständnisvollen Angebot, durch regelmäßigen "Kontakt zum anderen Sozialpartner" mithelfen zu wollen, eventuelle betriebsbedingte Ursachen der Unzufriedenheit von Teilen der Gewerkschaftsbasis ausfindig zu machen und abzubauen.[17]

Gegenüber den eigenen Mitgliedern schließlich forderte man in Fällen 'wilder Streiks' zu unbedingter Solidarität auf, was soviel bedeutete wie "vorschnelle Zugeständnisse" zu vermeiden, damit es als Folge davon nicht zu einem "Anschwellen der Forderungslawine" komme.[18] Offenbar hatte es in diesen Fragen interne Unstimmigkeiten zwischen den verbandsextern konkurrierenden Unternehmen gegeben; umgedreht wird wohl interne Kritik an den eher konzessionsbereiten Tarifverhandlungen der Tarifrunde 1970 faßbar, wenn die BDA sich zu dem Hinweis genötigt sah, diese Zugeständnisse "erfolgten u.a. aus der Sorge um die folgenschweren Auswirkungen bevorstehender Arbeitskämpfe."[19]

Das Problem der schneller werdenden Preissteigerungen stand gegenüber dieser Betonung verteilungspolitischer Fragen eher im Hintergrund der Arbeitgeberstellungnahmen. Man wies lediglich mehrfach darauf hin, daß es hier nicht um illegitime Gewinnmargensicherung gehe, sondern um die Folge übermäßig wachsenden Kostendrucks.[20] Im übrigen war auch dies nahezu der einzige Bezugspunkt - neben der üblichen Aufforderung, keine neuen quantitativen Belastungen zu erheben[21] - der Beurteilung des staatlichen Handelns: Die Restriktionspolitik wurde kritisch betrachtet, aber hingenommen[22], es überwog jedoch die Furcht, sie werde eher einen

konjunkturellen Abschwung als die gewünschte gewerkschaftliche Lohnzurückhaltung herbeiführen.[23] Daher kritisierte die BDA das Fehlen bzw. die zu späte Vorgabe öffentlicher Orientierungsdaten, die plötzlich wieder gefragt waren[24], und führte schließlich eine Argumentationsfigur ein, die in den Folgejahren immer mehr an Bedeutung gewinnen sollte: die These von der besonders engen Bindung zwischen Regierung und Gewerkschaften, die letztere bewegen müsse, von ihren Zielen abzurücken, um das Regierungsprogramm nicht zu gefährden, dessen Verwirklichung doch zuvörderst in ihrem ureigensten Interesse liege.[25]

Dieses Argumentationsmuster wurde 1971 schon etwas pointierter vorgetragen, im Zusammenhang mit der Feststellung nämlich, die Inflation verhindere die Realisierung der innovativen Regierungspläne: "Opfer auf dem Altar gewerkschaftlicher aktiver Lohnpolitik ist das Reformprogramm der Regierung."[26] Nach wie vor standen die Gewerkschaften, nicht die sozialliberale Regierung, im Schußfeld der unternehmerischen Kritik, die sich mit derartigen Argumenten einerseits der Auseinandersetzung mit den neuen politischen Konzeptionen noch weitgehend entziehen konnte (und sich konsequent auch wiederum auf die Warnung von Steuererhöhungen beschränkte).[27] Andererseits verstärkten die Arbeitgeber ihre Mahnungen an die Gewerkschaften, die Inflation sei in erster Linie 'hausgemacht', nämlich Folge des trotz konjunktureller Abflachung anhaltenden Lohnkostendrucks, aus dem ein "Sachzwang zur Erhöhung der Preise"[28] resultiere und der die Gefahr einer erneuten Rezession heraufbeschwöre.[29] Gleichzeitig begannen die Unternehmer jedoch, auf einer grundsätzlicheren Ebene die gesellschaftliche Verteilung von Macht und Einkommen zu diskutieren, was wohl als Reaktion auf die seit dem Wort des Bundeskanzlers Brandt von 'Mehr-Demokratie-wagen' aufgeflammte öffentliche Diskussion über Wirtschaftsordnung und Reformpolitik verstanden werden muß. Dabei versuchten sie einerseits, ganz explizit gewerkschaftsnahe sozialpolitische Positionen für sich zu besetzen, etwa mit folgender Feststellung: "Das vor einigen Jahren aufgestellte Postulat der Einkommenssymmetrie wurde damit im letzten Jahrzehnt nicht realisiert. Vielmehr zeigt die Entwicklung einen asymmetrischen Verlauf zugunsten der Arbeitnehmereinkommen."[30] Andererseits wiesen sie Versuche, einkommenspolitische Restriktionen auf die unternehmerische Preispolitik zu übertragen, unter Berufung auf ordnungspolitische Grundsätze der Marktwirtschaft zurück;[31] d.h., sie nutzten die legitimationsstiftende Wirkung der marktwirtschaftlichen Ideologie zur Verhinderung der 'Gleichbehandlung' von Gewerkschaften und Unternehmern durch den Staat aus.

Sofern es direkt um die Lohnpolitik ging, waren die Arbeitgeber allerdings immer wieder sehr um die 'Versachlichung' der Diskussion bemüht[32], d.h., um die Entkleidung des Verteilungskampfes von seinen Interessengehalten, wie überhaupt kaum die Rede von Interessen war. Dafür geriet ein anderer Begriff in das Arsenal der BDA, der in den nächsten Jahren immer stärker betont werden sollte: der des (implizit für illegitim erachteten) 'Anspruchsdenkens', der übersteigerten 'Erwartungshaltungen'. Die Gewerkschaften seien, "ähnlich wie die Regierung, im Zugzwang dem Reizklima der Erwartungen ihrer Mitglieder ausgesetzt ..., das sie selbst mit angefacht hatten. Das lähmt ihre integrierende Kraft und ihre tätige Mitverantwortung für die wirtschaftliche Stabilität gegenüber dem Druck einer zwar kleinen, aber radikaler werdenden Basis."[33] Wieder deutet sich das Argument von der 'besonderen Bindung' zwischen Gewerkschaften und Regierung an, jetzt schon etwas ins Negative, fast Bedrohliche, jedenfalls Illegitime getönt; was Wunder, daß die Arbeitgeber feststellen mußten, daß auch die Konzertierte Aktion ihrer einkommenspolitischen Orientierungsfunktion immer weniger nachkomme[34] bzw. sich gegenüber den zunehmend machtpolitisch statt verantwortungsbewußt denkenden Gewerkschaften kaum mehr durchsetzen könne.[35]

Gegenüber dieser vermeintlich wachsenden verteilungspolitischen Hilflosigkeit griffen die Arbeitgeber - noch in relativ verschleierter Form - auf ihr wichtigstes Drohpotential zurück: die Arbeitslosigkeit. Schon der wachsende Lohnkostendruck zwinge verstärkt zu Rationalisierungsanstrengungen[36], und überhaupt scheine etwas

an der Arbeitseinstellung der Deutschen nicht mehr zu stimmen, die doch auch für die internationale Wettbewerbsposition der Bundesrepublik langfristig ausschlaggebend sei[37]: "... denn wenn man angeblich sicher weiß, daß man bei immer steigenden Löhnen sozusagen eine Garantie für jede Beschäftigung hat[38], dann ist es sogar menschlich verständlich, daß immer mehr immer weniger von der Arbeit halten, zumal Distraktionen (!) durch Massenmedien, Ferntourismus und eine Kulturscheinwelt das ihrige zu dieser Entwicklung beitragen."[39] Es sei zu hoffen, daß nicht ähnlich wie in den zwanziger Jahren gerade den jüngeren Generationen "forcement" beigebracht werden müsse, "daß das Recht auf Arbeit auch gleichzeitig Glück bedeutet, überhaupt arbeiten zu dürfen."[40] Die Drohung war unüberhörbar.

1972, das klassische Stagflationsjahr, stand - was die Arbeitgeberargumentation betraf - ganz im Zeichen der Inflationsbekämpfung. Die arbeitsmarktpolitische Seite der Stagnation war nicht von Interesse[41] - dies ist nicht weiter erstaunlich. Sehr viel bemerkenswerter dagegen war die spezifische Stoßrichtung der Argumente, die in zwei, zeitlich voneinander deutlich getrennte Varianten zerfiel: Bis fast zur Jahresmitte 1972 findet man nahezu ausschließlich Beiträge, die auf ein - gleich näher zu beschreibendes - gesellschaftliches Wettbewerbskonzept hinauslaufen; danach konzentrierten sich die Arbeitgeber zunehmend auf den Versuch, den Staat als den Inflationsschuldigen dingfest zu machen.

Während noch im Februar 1972 nicht einmal ausgeschlossen wurde, daß die Wirtschaftspolitik konjunkturbelebend werde eingreifen müssen [42], dominierten bald die rein stabilitätspolitisch orientierten Kommentare. Allem voran ging die Feststellung, die Lohnsteigerungen der letzten Jahre hätten zu einer "Kosteninflation" ohnegleichen geführt, die die Unternehmenserträge zunehmend gefährde.[43] Diese Inflationsursache geriet dann zum Ausgangspunkt für die Wendung, die man der gewerkschaftlichen Forderung nach wettbewerbsfördernden Maßnahmen des Staates gab: Wettbewerbsbelebung ja, so kann man das Arbeitgeberkonzept pointiert zusammenfassen, aber nicht, wie von DGB verlangt, als Zuspitzung der Konkurrenz zwischen den Unternehmen[44], sondern zwischen den Arbeitnehmern (und unter den Nationen der Welt)[45]: "Auch die Frage müßte gestellt und offen diskutiert werden, ob die Tarifautonomie tatsächlich genügend Gegenkräfte gegen das gewerkschaftliche Monopol auf dem Arbeitsmarkt bereitstellt, wenn die Spitze der Regierung immer wieder Vollbeschäftigungsgarantien ausspricht, auch wenn jedermann sieht, daß das wirtschaftliche Leistungspotential durch 'aktive Lohnpolitik' überstrapaziert wird."[46] Eine solche Argumentation konnte nur darauf hinauslaufen, 'das gewerkschaftliche Monopol am Arbeitsmarkt' - in welcher Form auch immer - schwächen zu wollen, und dies hieß nichts anderes, als die Konkurrenz der Lohnabhängigen auf dem Arbeitsmarkt zu verstärken, die durch die gewerkschaftliche Einheitsassoziation partiell wenigstens aufgehoben worden war. In eine ähnliche Richtung wies auch die Auffassung: "Die gesellschaftlich wünschenswerten Strukturveränderungen der Wirtschaft verändern auch die Arbeitsplätze", was bedeute, daß man nicht durch tarifvertragliche Rationalisierungsvereinbarungen 'wettbewerbsverhindernd' wirken dürfe, sondern besser auf eine optimale persönliche und berufliche Anpassungsfähigkeit der Arbeitnehmer hinarbeiten solle.[47] Was das heißen mußte, angesichts der bereits zitierten, gleichzeitig erhobenen Forderungen nach dem Verzicht auf extensive arbeitsmarkt- und bildungspolitische Förderungsmaßnahmen, ist leicht vorstellbar: die Wiedereinsetzung des kruden Drucks der Arbeitsplatzkonkurrenz in seine (disziplinierenden) Rechte, nicht zuletzt auch durch die Drohung, entweder auf ausländische Arbeitskräfte oder gar auf ausländische Produktionsstandorte auszuweichen, falls die Produktion im Inland zu teuer werde.[48]

Hatte man im Frühjahr 1972 noch gehofft, die Gewerkschaften mit dem seit der Bundestagswahl von 1969 propagierten Hinweis auf die Folgen ihres Tuns für die Regierungspolitik zur Zurückhaltung bewegen zu können[49], so schlug der Tenor der Argumentation im politisch explosiven Sommer dieses Jahres um. Jetzt war die Inflation nicht mehr den Tarifparteien allein anzulasten, sondern auch und gerade der

Staat "muß mit einer soliden Reform- und Haushaltspolitik die Grundlage für eine stabilere Wirtschaftsentwicklung legen..."[50] Er selbst heize die Inflation an und benötige zudem immer mehr Kredite zur Deckung seiner Finanzierungslücken; jetzt seien Ausgabenkürzungen angebracht, ebenso wie die Orientierung der Reformpolitik am "stabilitäts- und wachstumspolitisch bestimmten Ausgabenrahmen."[51] Sicherlich wird in diesen Aussagen die Gegenwehr der Unternehmer gegen reformpolitische Initiativen der sozialliberalen Regierung faßbar, und zweifellos hätte man es gerne gesehen, wenn der Ausgang der vorgezogenen Bundestagswahl die SPD wieder aus der Regierung entfernt hätte, zumal die wohl ursprünglich vorhandene Hoffnung, sie werde mäßigend auf die Gewerkschaften einwirken, sich seit dem Debakel vom September 1969 nicht recht erfüllt hatte. Aber dennoch muß an dieser Stelle auf zweierlei hingewiesen werden: Auch wenn, wie oben postuliert[52], nach 1969 ein Wandel des Verhältnisses zwischen Unternehmern und Staat zu konstatieren ist, der von der prinzipiellen Akzeptanz der politischen Grundlinien in wachsendes Mißtrauen und präventive Abwehr staatlicher Aktivitäten führte,so bleiben zum einen auch nach 1969 die Gewerkschaften der Hauptadressat der Arbeitgeber, und unterscheiden sich zum anderen die Stellungnahmen der BDA in der Tonart wie in der Reichweite der Vorwürfe doch ganz massiv von denen der CDU/CSU während des hier untersuchten Zeitraumes.[53] Das will heißen: Die Arbeitgeberorganisationen verhielten sich selbstverständlich nicht neutral gegenüber dem politischen Entscheidungszentrum und dies betreffenden Neukonstellationen[54], aber ihr primäres Aktionsfeld war und blieb die innergesellschaftliche Auseinandersetzung[55] - eine bemerkenswerte Neuerung gegenüber der Zeit des Kaiserreiches und der Weimarer Republik.

Das Aufschwungjahr 1973 brachte, wie stets nach einer Konjunkturabflachung, steigende Unternehmensgewinne, zugleich aber den immer wieder vorgebrachten Hinweis der Arbeitgeber, diese Entwicklung habe nichts mit sozialer Ungerechtigkeit zu tun, sondern falle sogar diesmal bedenklich flach aus, was negative Konsequenzen für die Investitionstätigkeit und damit für die künftige Beschäftigung zeitigen könne[56]. Kurz gefaßt besagte diese Argumentation, daß 1973 zweifellos "ein gutes Gewinnjahr" werde[57], was aber in Anbetracht der "beträchtiche(n) Umverteilung"[58] zu Lasten der Unternehmer in den vergangenen Jahren nur gerecht sei. Gegenüber den Gewerkschaften wurde der Vorwurf erhoben, seit 1969 hätten sie die Lohnpolitik als "Lohnkampf" mißverstanden[59], sofern sie nicht von 'radikalen Elementen' übertölpelt und ausmanövriert worden wären;[60] die Schlußfolgerung bestand, wie zu erwarten, in der Aufforderung, zu Sachlichkeit[61] und Kooperation[62] zurückzukehren.
Das Bemühen um Ausklammerung der sich seit 1969 verschärfenden Interessengegensätze zwischen den Organisationen von Lohnarbeit und Kapital wird hier ebenso greifbar wie das gleichzeitige Bestreben, die Verantwortung für diese nun einmal nicht wegzuleugnende Verschärfung so oder so den Gewerkschaften zuzuschieben: Entweder sie waren selbst maßlos geworden, oder sie hatten die Kontrolle über maßlose Elemente in ihren Reihen verloren. Je länger der Prozeß der sich beschleunigenden Inflation anhielt, desto deutlicher wird der bemerkenswerte Erfolg der Unternehmer, sich selbst völlig aus dem Geschehen auszuklammern und weit im Vorfeld ihres eigenen Terrains andere, nämlich Gewerkschaften und Staat, verantwortlich zu machen. Aus den hier verarbeiteten Stellungnahmen entsteht im Lauf der Zeit das Bild einer Sozialgruppe, die ein derartig geschlossenes Portrait ihrer selbst zeichnet, daß man nicht einmal mehr auf den Gedanken kommt, sie könne etwas mit dem in Rede stehenden Problem zu tun haben. Ausgerechnet der Vereinigung derjenigen, die die Preise festsetzen, gelingt es, sich selbst aus der Frage herauszuhalten, weshalb die Preise steigen; sie verteidigt sich noch nicht einmal ernsthaft, und darin wird ihr Selbstbewußtsein wie auch ihr faktischer Erfolg - etwa verglichen mit dem Jahr 1970 - greifbar.

So war es der BDA sogar möglich, ausführlich auf den verteilungspolitischen Aspekt des inflationären Prozesses einzugehen und ihr Konzept zur Überwindung des Problems vorzulegen, ohne auch nur e i n Wort zu dem Vorwurf zu verlieren, Geldentwertung sei ein stillschweigendes Aushebeln des Tarifsystems, indem tarifvertragliche Lohn-

zugeständnisse des Verbandes an der Preisfront von den Unternehmern wieder zunichte gemacht würden.[62] Es war doch alles ganz einfach: "vereinfacht ausgedrückt" mußte die Lohnkostenexplosion zumindest teilweise in den Preisen aufgefangen werden[63], was ebenso zu einer Senkung der Gewinne und einem Rückgang der Investitionsfähigkeit führen mußte[64] wie zur Lähmung des mit so hochfliegenden Plänen angetretenen Staates[65]. Es könne nun einmal nicht mehr als der real erwirtschaftete Zuwachs verteilt werden, da sonst die Inflation "soziale(n) Sprengstoff"[66] liefere; und dann folgte eine Neuauflage der kostenniveauneutralen Lohnpolitik, aber nun mit mehreren brisanten Abänderungen gegenüber den sechziger Jahren: Erstens war es jetzt überhaupt keine Frage mehr, daß die Lohnsteigerungen die künftige Preisentwicklung nicht antizipieren durften[67]; zweitens hatte die Lohnentwicklung nicht mehr dem kurzfristigen Wirtschaftsverlauf zu folgen, sondern mußte sich an den mittelfristigen Aussichten des Produktivitätswachstums ausrichten[68]; und drittens sollten alle eventuellen Umverteilungsziele auf das Feld der Vermögenspolitik abgedrängt[69], die Tarifauseinandersetzungen mithin endlich von diesem explosiven Thema befreit werden.

Diese Stellungnahmen lesen sich wie eine ins tarifpolitisch Praktische gewendete Version der oben entwickelten These, die Kapitalseite sei vor allem um die Planbarkeit, Kalkulier- und Kontrollierbarkeit aller die Gewinnentwicklung beeinflussender Faktoren bemüht. Zugleich wird die Zangenbewegung erkennbar, die den autonomen, tarifpolitisch-kämpferischen Aktionsrahmen der Gewerkschaften Stück für Stück einzuengen drohte, ergänzt um die obligatorische Forderung, die nichtsdestoweniger höchst ernst zu nehmen war, die Lohnpolitik müsse sich nun endlich zurückhalten, wolle sie künftige Arbeitslosigkeit vermeiden[70]. Wie bereitwillig man mit dieser Drohung spielte, zeigt auch die Verharmlosung, Arbeitslosigkeit stelle heutzutage doch keine "existentielle Notlage" mehr dar.[71]

Und nicht nur die Gewerkschaften sollten zurückstecken; das gleiche galt auch für die Regierung, die im übrigen weder genügend Loyalität gegenüber der Wirtschaftsordnung zeige[72], noch ihrer Verpflichtung zur einkommenspolitischen Einflußnahme auf die Gewerkschaften in ausreichendem Maße nachkomme.[73] Zwar wußte man sehr wohl, daß es nicht in der Macht der Regierung lag, die Tarifparteien zu stabilitätsverpflichteten Handeln zu zwingen, da eine zu rigide Restriktionspolitik Gefahren für Wachstum und Beschäftigung (damit aber auch für die Legitimation der Regierung) mit sich bringen mußte.[74] Aber sie konnte immerhin ein günstiges "psychologisches Klima" schaffen,[75] was nichts anderes als Druck auf die Gewerkschaften hieß.

Heftige Kritik übten die Arbeitgeber an den steuerpolitischen Plänen der Bundesregierung, die die Investitionsfähigkeit der Unternehmen noch weiter zu schwächen drohten[76], bei Arbeitgebern wie Arbeitnehmern eine "Lähmung des Leistungswillens" herbeiführen konnten[77], und außerdem den für entscheidend erachteten Verzicht auf expansive Wirkungen der Haushaltsausgaben vermissen ließen.[78] Die Prognosen des künftigen Wachstums der Wirtschaft, die die Regierung vorgelegt habe, seien entschieden zu optimistisch[79]; stattdessen müsse auch der Staat das Haushaltswachstum an der Entwicklung des realen Bruttosozialprodukts orientieren, d.h., Kürzungen der geplanten Investitionsvorhaben vornehmen.[80]

Es hatte sich also wenig geändert an der verteilungspolitischen Grundüberzeugung der Arbeitgeber: Wie 1966/67 auch, nur noch etwas schärfer formuliert, verlangte man nach einer Festschreibung des Status quo sowohl gegenüber den Gewerkschaften als auch hinsichtlich des Staates. Hier wie im Falle des Topos 'zurückhaltende Lohnpolitik als Rücksichtnahme auf das Exportgeschäft'[81] hatten sich zwar die äußeren Bedingungen erheblich verändert: Auf der einen Seite schneller werdendes Inflationstempo, interessenbewußtere Gewerkschaft(-sbasis), neue Regierungsmehrheiten; auf der anderen Seite hatte sich der Außenhandelsüberschuß 1973 gegenüber 1966 gut vervierfacht.[82] Aber die Haltung der Arbeitgeber war im Prinzip die gleiche

geblieben, ihre Ansprüche standen unverrückbar fest, die Phase der Defensive war kurz gewesen, Phasen unerwarteter Offensiven standen noch bevor. Sie argumentierten - was sie selbst anging - zwischen 1970 und 1973 in abnehmendem Maße explizit legitimatorisch; wenn, dann taten sie es sogar eher nach innen als nach außen[83], wo sie sich mehr auf der Ebene ökonomischer Vernunft, wirtschaftlicher Sachzusammenhänge und naturgegebener Tatsachen bewegten. Die Gewerkschaften blieben ihr Hauptkontrahent; der Staat kam ins Spiel als potentieller Begünstiger der verbandsförmigen Gegenseite, bei seinen Versuchen der quantitativen Ausdehnung des 'öffentlichen Korridors' und bei dem qualitativen Bemühen um eine Ausweitung arbeitsmarkt- und bildungspolitischer Kompetenzen. Es verstand sich von selbst, daß dies alles von den Arbeitgebern abgelehnt wurde, und zwar deutlicher, kompromißloser und härter als eventuelle frühere sozialpolitische Initiativen der christdemokratischen Regierungen kommentiert worden waren, ebenso wie die behauptete wachsende Maßlosigkeit und verantwortungslos-machtpolitische Konfliktorientierung der Gewerkschaften. Aber es sollte an dieser Stelle sehr deutlich registriert werden, daß im Gegensatz zu den Gewerkschaften und den Parteien, die später zu betrachten sein werden, für die Arbeitgeber seit 1969 grundsätzlich alles beim alten geblieben war. Es ist nicht besonders erstaunlich, daß sich die großen Hoffnungen von DGB und SPD bei ihnen nicht finden lassen; aber bemerkenswerterweise auch nicht solches Mißtrauen, Aggressivität und Angstpropaganda wie auf Seiten der CDU/CSU.

Gewiß sind verschiedene Varianten der Interpretation dieses Ergebnisses denkbar; nach der hier vertretenen Auffassung spiegelt sich darin das gesellschaftlich fundierte Selbstbewußtsein der Unternehmer, daß weder verteilungspolitische Turbulenzen, so lange sie nur am quantitativen Resultat, nicht aber am Modus von Produktion und Verteilung rüttelten, noch ein Regierungswechsel die Grundfesten ihrer auf ökonomische Autonomie gestützten Macht erschüttern konnten. Gerade für die Zeitgenossen der sechziger und siebziger Jahre, die das Lebensgefühl des Umbruchs miterlebten und teilten, ist es lehrreich, weil ernüchternd, zu sehen, wie wenig sich dort geändert hatte, wo real produziert wurde. Es war noch nicht einmal gelungen, den Unternehmern wesentlich neue Legitimationsmuster oder auch nur grundsätzliche andere Themen der Diskussion aufzuzwingen. Ihr Selektivitätsverfahren: 'Selektivität durch Nicht-Thematisierung' war unverändert intakt.

4.2.2) DGB

Auch die Gewerkschaften befaßten sich 1970 vorrangig mit verteilungs- und stabilitätspolitischen Fragen, jedoch mit einer signifikant anderen Akzentuierung als die Arbeitgeber. Hatten diese das Hauptgewicht ihrer Stellungnahmen auf die eher sachzwangartig definierte Bedeutung der Lohnentwicklung für die künftige Konjunktur gelegt und die staatliche Stabilitätspolitik eher passiv-kritisch hingenommen, so argumentieren die Gewerkschaften nun erstens eindeutig konfliktorientiert, was ihre Interpretation des Zusammenhanges von Inflation und Verteilungspolitik betraf, und lokalisierten zweitens die Verantwortung für die Wiederherstellung stabiler Preise eindeutig bei der Regierung. Dabei forderten sie aber wesentlich durchgängiger und nachdrücklicher als die BDA, die Konjunktur nicht durch eine zu harte Restriktionspolitik zu gefährden.

Dieses letzte Argument stand besonders im Vordergrund, wenn es um die Kritik des DGB an der Bundesbank ging, die - nur dem Ziel der Preisstabilität verpflichtet - wenig Rücksicht auf wachstums- und beschäftigungspolitische Ziele nehme.[84] Es war keine Frage, daß die Gewerkschaften ihren obersten Imperativ der Arbeitsplatzsicherung niemals von stabilitätspolitischen Restriktionen gefährdet sehen wollten: "Nur in den Reden von Demagogen und in den Hirnen von Träumern gibt es Hochkonjunkturen ohne steigende Preise und überhaupt eine absolute Preisstabilität".[85] Innerhalb dieser Auffassung war es nur konsequent, daß die Gewerkschaften im Februar 1970 (!) wie auch zum Jahresende hin die Aufforderung an die Regierung richteten, konjunkturbelebende Programme so vorzubereiten, daß sie bei einer Abflachung des Wirt-

schaftsprozesses unverzüglich in Kraft gesetzt werden könnten.[86)]

Nachdem die gewerkschaftliche Prioritätenskala an ihrer obersten Stelle eindeutig definiert worden war, folgte als nächstes die Inflationskritik des DGB, und hier wurde man so deutlich wie schon lange nicht mehr: "Solange die Unternehmer rücksichtslos die Preise erhöhen und der Staat (!) nicht wirkunksvolle Maßnahmen ergreift, um sie daran zu hindern, kann niemand erwarten, daß sich die Gewerkschaften zurückhalten."[87)] Bei der "'Preis-Lohn-Preis-Bewegung'" handele es sich ganz klar um einen "Kampf um die Einkommensverteilung. Dieser Kampf hat indessen schon begonnen. Es sind die Unternehmer, die ihn offensiv führen. Sie wollen eine Normalisierung (!) ihrer Gewinnquote, die im Aufschwung übermäßig angestiegen ist, verhindern, indem sie die Preise auf breiter Front erhöhen."[88)] Zwar: Man argumentierte seltsam halbherzig, wenn nur die 'übermäßige' Gewinnentwicklung 'normalisiert' werden sollte; denn eine solche Auffassung schien darauf hinzudeuten, daß nur die anderen, die Unternehmer, illegitime, weil maßlose Interessenforderungen stellten, man selbst auf der anderen Seite der 'Normalität' und Vernunft stand. Dieses Argumentationsmuster stammte eigentlich aus dem Arsenal der Unternehmer, ebenso wie die gleichfalls angewandte Methode, konfligierende wirtschaftspolitische Ziele als durchaus miteinander vereinbar darzustellen: "Für die Unternehmer ist die Preispolitik die Waffe, mit der sie dem Lohndruck der Gewerkschaften auszuweichen versuchen. Preisstabilität kann daher nicht durch Lohnpolitik, also durch Lohnverzicht oder, noch deutlicher gesagt, durch Verzicht auf unsere verteilungspolitischen Ansprüche praktiziert werden. Die Preisstabilität darf ebensowenig zu Lasten der Vollbeschäftigung gehen ... Eine Politik der Preisstabilisierung darf aber auch nicht zu einer Verminderung des Produktionswachstums führen..."[89)] Kein Zweifel: Die Quadratur der Kreises war möglich, weil man trotz aller vordergründig interessenbetonten Interpretationen des Inflationsphänomens diese Betrachtungsweise nicht durchhielt, sobald es um die grundlegenden Ziele des Wirtschaftens und der Wirtschaftspolitik ging. Hoher Beschäftigungsstand und Preisstabilität waren (und sind) eben nicht nur zwei neutral nebeneinanderstehende Ziele, sondern der Konflikt zwischen ihnen ist Ausdruck des grundlegenden Interessenkonflikts zwischen Lohnabhängigen, die ihren Arbeitsplatz zur Selbstreproduktion benötigen, und Kapitaleignern, deren oberstes Ziel die Verwertung des eingesetzten Kapitals ist. Hier liegt einer jener Fälle vor, in dem die Gewerkschaften in den objektiv gesetzen Grenzen des Kapitalverwertungsprozesses agierten und die Interessen ihrer Mitglieder schützen mußten, ohne diese Grenzen doch thematisieren zu dürfen, da ihnen nicht an einer grundsätzlich anderen Produktionsweise gelegen war. Insoweit mag die erstmals deutlich zunehmende Schärfe der Formulierungen nichts anderes als Ausdruck der Hilflosigkeit und gleichzeitig des Versuchs ihrer Verschleierung sein.

Die Gewerkschaften kämpften vor allem um Einfluß auf die staatliche Wirtschaftspolitik, die dämpfen sollte, ohne den Wachstumsprozeß abzubiegen[90)] oder die Arbeitnehmereinkommen steuerlich verstärkt zu belasten[91)]; aber weder formulierten sie offen, daß es hierbei um die öffentliche Unterstützung eines ganz bestimmten, sehr großen und klar identifizierbaren Potentials von Interessenträgern ging, noch betrieben sie eine Politik des expliziten Interessenkonflikts gegenüber den Unternehmern. Vielmehr unterliegt ihren Stellungnahmen ein schon fast larmoyant zu nennender Grundton, 'die anderen' hätten die Spielregeln verletzt, und der Staat solle die Ordnung wiederherstellen.

Freilich darf man dabei nicht übersehen, daß die Gewerkschaften von mehreren Seiten her unter zunehmenden Druck gerieten: Die Preissteigerungen machten zunichte, was sie mühsam an der Tariffront durchgesetzt hatten[92)]; ihre Basis hatte gerade erst nachdrücklich eine härtere Lohnpolitik von ihnen gefordert[93)]; die Unternehmer versuchten, durch ihr Konzept der 'Versachlichung' den Tarifkonflikt noch weiter einzugrenzen[94)], und zu allem Überfluß begann bereits das Bemühen der SPD, über Steuererhöhungen, die auch die Arbeitnehmer treffen mußten, den finanziellen Bewegungsspielraum der öffentlichen Hände auszuweiten, auch wenn dies zunächst stabili-

tätspolitisch begründet schien.[95] Man konnte sich der Erkenntnis nicht mehr länger verschließen, daß die Anwendung der im Stabilitätsgesetz von 1967 verankerten wirtschafts-, besonders aber einkommenspolitischen Instrumente auch durch einen sozialdemokratischen Wirtschaftsminister "häufig zu Ergebnissen führt, die den Zielen einer gerechteren Einkommens- und Vermögensverteilung widersprechen; sie führen oft zu einkommens- und sozialpolitisch unerwünschten Umverteilungseffekten."[96]

Und trotzdem änderte sich vorläufig nichts an der gewerkschaftlichen Zuweisung von Kompetenzen an den Staat. Hatte es im Juni 1970 geheißen: "Es ist die wichtigste Aufgabe des Staates, die soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen"[97], so stellte man im Januar 1971 fest, das Versprechen des Wirtschaftsministers Schiller, die soziale Symmetrie herzustellen, bedeute, daß die Verteilungspolitik in die Kompetenz der Bundesregierung falle.[98] Noch ihr ureigenstes Tätigkeitsfeld, die eigentliche Quelle ihre Selbst-Legitimation durch Leistung, wollten die Gewerkschaften dem (sozialdemokratisch geführten) Staat unterstellen!

Dennoch markiert das Jahr 1971 den Beginn einer tiefgreifenden innergewerkschaftlichen Grundsatzdiskussion über das Verhältnis zwischen den Organisationen der Lohnabhängigen, dem Staat und den Unternehmern und über Reichweite und Ziele öffentlichen Handelns in Wirtschaft und Gesellschaft. Neben der aktuellen konjunkturpolitischen Kommentierung, die zunehmend davon abriet, sich an den 'Spätindikatoren' der Preis- und Lohnentwicklung zu orientieren und stattdessen für ein Umschalten auf die Konjunkturbelebung vorbereitet zu sein[99] entwickelten sich drei große Themenschwerpunkte der gewerkschaftlichen Beiträge: Verteilungspolitik im Gefüge gesellschaftlicher Machtstrukturen, innovatorisches sozio-ökonomisches Staatshandeln und Verteilungsprobleme des Steuersystems.

Deutlicher als bisher wurde der machtpolitische Charakter der verteilungspolitischen Fragen thematisiert: Zwar finden sich nach wie vor auch marktwirtschaftlich begründete Stellungnahmen zur Lohnpolitik[100], aber Aussagen wie die folgenden nehmen erkennbar zu : "Unser Wirtschaftssystem läßt verschiedene Verteilungsrelationen zwischen den sozialen Gruppen zu. Die Entscheidung darüber, ob die Verteilung aber mehr zugunsten der einen oder anderen Gruppe erfolgt, hängt von der lohn- und preispolitischen Aktivität der Gruppen im Rahmen der ordnungspolitischen Entscheidungen des Staates ab."[101] Und: "Im Zentrum der kurzfristigen Analyse inflationsbedingter Verteilungswirkungen steht die unternehmerische Verteilungsstrategie, deren Waffen unter den geltenden gesellschaftlichen Bedingungen die Preis- und Investitionspolitik sind."[102] Und: "Das Verteilungsproblem wird (bislang, C.S.) dadurch gelöst, daß wir auf seine Lösung verzichten. Oder anders ausgedrückt: Verteilung ist das, was übrigbleibt. ... Der Gewinn wird zu einer a-ethischen Kategorie, er wird gewissermaßen entpersonalisiert und zu einem reinen Funktionsträger gemacht."[103] Und schließlich: "Erst wenn das Junktim zwischen Wachstum und Investition durch den weiteren Aspekt - der Aufrechterhaltung der bestehenden Gewinnmargen zur Aufrechterhaltung der Investitionsneigung - erweitert wird, erst dann wird der Widerspruch zwischen Hoffnung auf eine Lösung des Verteilungsproblems im Wachstum und der tatsächlichen Entwicklung zwangsläufig."[104]

Dies waren deutliche Worte, in der Tat, die erstmals seit langem den der tarifpolitischen Auseinandersetzung zugrundeliegenden Interessenkonflikt wieder thematisierten. Ganz offenkundig zwang das Vorgehen der Unternehmer, unvermeidliche lohnpolitische Konzessionen an der Tariffront durch ihre autonome Preispolitik zu unterlaufen, den Gewerkschaften ein Umdenken von eher harmonistischen marktwirtschaftlich begründeten Vorstellungen hin zu mehr konfliktorientierten Interpretationen des verteilungspolitischen Geschehens auf. Aber dies geschah in einer eigenartig gebrochenen, eben 'etatozentristischen' Weise. Trotz der Erkenntnis, daß eine "Ersetzung der abgeleiteten durch eine autonome Verteilungskonzeption" erforderlich sei[105], dehnte man die Vorstellung von 'Autonomie' nicht vom Inhalt einer solchen Konzep-

tion auch auf die Art und Weise ihrer Durchsetzung aus. Es bestand einfach keine Klarheit darüber, was der Staat erreichen konnte und was nicht[106], wie man ihn dazu zu bewegen vermochte, zu den eigenen Gunsten aktiv zu werden[107], in welchem Ausmaß neue politische oder gesellschaftliche Planungs- und Steuerungselemente erforderlich waren.[108] Die Reichweite der vertretenen Positionen umfasste so unterschiedliche Stellungnahmen wie die beiden folgenden: "Auch die Tatsache, daß die Durchführung dieser Forderungen (zur Sicherung des Wettbewerbs, C.S.) vor allem an dem politischen Einspruch der Unternehmer scheiterte, beweist nicht ihre generelle Undurchführbarkeit. Sofern es den Gewerkschaften gelingt, die Richtigkeit und Zweckmäßigkeit ihrer Forderungen einer Mehrheit der Bevölkerung verständlich zu machen, werden sich auch diese Maßnahmen gegen den erklärten Willen der Unternehmer durchsetzen lassen."[109] Und: "Die politischen Steuerungsmaßnahmen unserer Wirtschaftsordnung taugen zwar dazu, privatwirtschaftliche Gewinnchancen nötigenfalls wiederherzustellen und private Investitionsentscheidungen zu motivieren; sie vermögen aber nicht, gesellschaftliche Erfordernisse gegenüber privatwirtschaftlichen Rentabilitätsgesichtspunkten durchzusetzen, und sie versagen gegenüber der unternehmerischen Einkommenspolitik."[110] War die Konzertierte Aktion nun lediglich ein Mittel zur Disziplinierung der gewerkschaftlichen Lohnpolitik, oder lieferte sie auch echte Unterstützung für die Ziele der lohnabhängigen Organisationen?[111] Und schließlich: Welche Aufgabe kam der staatlichen Steuerpolitik denn nun zu? Hatte sie die Arbeitnehmereinkommen zu entlasten, die ohnedies gegenüber den Unternehmens erträge entschieden steuerlich benachteiligt wurden[112], oder mußten die Steuern auch auf die Masseneinkommen nicht sogar noch erhöht werden, damit ganz neue öffentliche Infrastrukturleistungen erbracht werden konnten?[113] Und konnte der Staat auf diesem Gebiet überhaupt noch etwas leisten, oder war er nicht längst der "Verlierer in diesem Verteilungskampf" zwischen Lohnarbeit und Kapital, den die Inflation noch weiter angeheizt hatte?[114]

Hier soll nicht etwa kritisiert werden, daß die Gewerkschaften auf all diese Fragen bislang nur sehr widersprüchliche Antworten fanden; im Gegenteil zeigte sich hier eine (nach Meinung der Verfasserin) begrüßenswerte Bereitschaft zum Umdenken angesichts neuer Problemlagen. Es wird jedoch deutlich, wie eng diese Diskussion insgesamt mit der erstmaligen Regierungsführung durch die SPD seit 1949 verbunden war; fast möchte man als ihre implizite Grundfrage formulieren: Was konnte die Sozialdemokratie denn nun wirklich, mit gewerkschaftlicher Unterstützung, für die Verbesserung der lohnabhängigen und der gewerkschaftlichen Machtposition in der Gesellschaft tun? Daß man demgegenüber wenig über eigene, autonome Handlungsalternativen nachdachte, belegt die Tatsache, daß im Jahr 1971 kein einziger Beitrag zu Arbeitsmarktfragen erschien; weder die anschwellenden Zahlen ausländischer Arbeitnehmer und ihrer Angehörigen mitsamt der Problematik ihrer Integration noch die zunehmenden Rationalisierungsbemühungen der Unternehmer schienen wert, thematisiert zu werden. Und daß sich an der prinzipiellen Ausrichtung der Gewerkschaften, eine Branche florieren zu lassen und an ihren Erfolgen materiell zu partizipieren, nichts geändert hatte, zeigen die Stellungnahmen zur Exportentwicklung[115] zu einer Zeit, als die SPD schon seit längerem überlegte, welche Möglichkeiten zur partiellen Umlenkung der Exportströme auf den Binnenmarkt und zum Abbau der extrem kopflastigen außenwirtschaftlichen Abhängigkeit der westdeutschen Wirtschaft es geben könnte.[116] Niemand schien in den Reihen der Gewerkschaften auf den Gedanken zu kommen, daß diese Branchenfixierung eines Tages mit den Konsequenzen dessen kollidieren könnte, was man vom Staat erwartete. Man diskutierte über die Verschiebung gesamtgesellschaftlicher Machtverhältnisse; aber eine Ebene darunter kooperierte man unverändert auf einer gemeinsamen Geschäftsgrundlage mit dem gesellschaftlichen Gegenspieler. Auch hier wieder zeigt sich die Selektivität der interverbandlichen Auseinandersetzungen, die gegenüber der Öffentlichkeit (und der eigenen Basis) auf einer globalen Ebene gesamtwirtschaftlicher bzw. im Falle der Gewerkschaften gerade auch gesamtgesellschaftlicher Probleme geführt wurde, ohne daß eine erkennbare, offene Beziehung zur Ebene der Branchenentwicklung bzw. -kooperation hergestellt wurde.

Sicher nicht zufällig dominierten im Stagflationsjahr 1972 wieder die explizit konjunkturpolitischen Stellungnahmen gegenüber der (gleichwohl fortgeführten) Grundsatzdiskussion. Und die Gewerkschaften ließen keinen Zweifel daran, welchem wirtschaftspolitischen Ziel sie den Vorrang gaben: Die Bundesregierung wurde unbedingt zur Konjunkturbelebung aufgefordert[117], während der oppositionellen CDU/CSU, die scharfe Kritik an der nach ihrer Auffassung zu wenig rigiden Stabilitätspolitik der sozialliberalen Koalition übte, "Panikmache und Inflationshysterie" vorgeworfen wurde.[118] Obwohl mit Grundsatzaussagen konfliktorischen Charakters untermauert[119], fielen die Kommentare zur Lohnpolitik teils nüchtern-pragmatisch, teils gemeinwohlorientiert aus[120], wobei ein Argument an Bedeutung gewann, das von den Unternehmern voll akzeptiert werden konnte: Die Tarifparteien seien so lange von der Verantwortung für den Wirtschaftsablauf entbunden, wie es dem Staat nicht gelinge, die Konjunkturentwicklung zu verstetigen.[121] Während jedoch diese Aussage auf der Kapitalseite Ausdruck eines allgemeinen Bestrebens der Dehnung und Glättung konjunktureller Zyklen und struktureller Verwerfungen war, erhofften sich die Gewerkschaften davon die Befreiung der Lohnpolitik von der (legitimatorisch erzwungenen) Rücksichtnahme auf die jeweilige Konjunktursituation und damit die Chance zur Verwirklichung ihrer Umverteilungsvorstellungen.[122]

Gerade die partielle Abkehr vom Keynesianismus, dessen Verankerung im Stabilitätsgesetz von 1967 noch als konjunkturpolitisches Allheilmittel enthusiastisch begrüßt worden war, aber auch die explizit interessenorientierte Kritik des Friedman'schen Monetarismus, der allmählich Einzug in einige Ministerien hielt[123], machen deutlich, daß die gewerkschaftlichen Erfahrungen mit der staatlichen Konjunktursteuerung langsam die Erkenntnis erzwangen, daß eben doch nicht alle wirtschafts- und verteilungspolitischen Ziele bruchlos und widerspruchsfrei nebeneinander verwirklicht werden konnten. Es stelle sich die Frage, so ein Beitrag aus dem Jahre 1972, inwiefern der Zielkatalog des Stabilitätsgesetzes "den Unterschiedlichkeiten tatsächlich relevanter politischer Zielsetzungen und den tatsächlich bestehenden Interessengegensätzen in unserer Gesellschaft gerecht wird."[124] Fürwahr - diese Frage stellte sich, und nach einem Lernprozeß von mehreren Jahren wurde sie nun auch von den Gewerkschaften aufgeworfen.

Zwei unterschiedliche Richtungen möglicher Antworten lassen sich ausmachen: Auf der einen Seite begannen die Gewerkschaften, wirtschaftspolitische Konzepte zu entwickeln, die weit mehr als bisher Eingriffe in die unternehmerische Autonomie vorsahen; sei es in Form einer "gezielte(n) Preisorientierung für einzelne Produkte oder Produktgruppen"[125], sei es auf sehr viel grundsätzlicherer Ebene. "Soll eine Durchsetzung gesamtwirtschaftlicher Zielsetzungen gewährleistet sein, muß eine privatwirtschaftliche Ausweichmöglichkeit verhindert werden." Dies erforderte eine "Systemreform": "... der marktwirtschaftliche Steuerungsmechanismus (wird, C.S.) nach reinen Zweckmäßigkeitsgesichtspunkten nach- bzw. eingeordnet."[126]

Auf der anderen Seite deutet sich erstmals eine Rückbesinnung auf das ureigenste Aktionsfeld der lohnabhängigen Organisationen an, die eben wegen der Neuartigkeit dieser Überlegungen hier etwas ausführlicher zitiert werden soll. Ausgangspunkt ist die Kritik der einkommenspolitischen Orientierungsdaten der Konzertierten Aktion: "Der bisher heftigste Protest gegen die Orientierungsdaten und gegen die Konzertierte Aktion, wie sie unter den gegebenen Umständen praktiziert wurden, ist durch die Praxis, die Septemberstreiks von 1969, formuliert worden. Seitdem treten auch die Orientierungsdaten immer mehr in den Hintergrund."[127] Es folgt eine Definition des Tarifvertrages: Er "hat eine konfliktlösende, friedensstiftende und zugleich sozial-fortschrittliche Funktion. Er stellt jeweils eine Kampfabstimmung über den sozio-ökonomischen Entwicklungsstand dar."[128] Und daran schließt sich die Bestimmung der Rolle gewerkschaftlicher Tarifpolitik an: "Die Dialektik solcher Lohn- und Tarifpolitik liegt darin, daß mit jedem Tarifvertrag zwar eine Anerkennung der Arbeitgeber als Unternehmer vollzogen wird, auf der anderen Seite aber eine Kontrolle der Unternehmer als Arbeitgeber. Die Tarifpolitik der Gewerkschaften hat

damit eine integrative und systemerhaltende, zugleich jedoch auch eine desintegrative und systemreformierende Funktion."[129] Sie trage somit dazu bei, und das ist aus der Sicht der vorliegenden Arbeit die entscheidende Erkenntnis, "eine ständige, autonome sozialpolitische Reform des Kapitalismus zu erreichen."[130]

Dies waren in der Tat beides Ansätze eines Umdenkens, die - bis in die gewerkschaftliche Praxis hinein übersetzt - sowohl ihr Verhältnis zur regierenden SPD als auch zu den Arbeitgebern nachhaltig hätten verändern müssen, und zwar in beiden Fällen in Richtung auf zunehmende und intensivierte Konfliktbaftigkeit der Beziehungen.[131] Daher ist es aus Gründen der Realitätsnähe der Analyse erforderlich, solche Grundsatzaussagen mit konkreten Strategien zu konfrontieren, die die Gewerkschaften nach wie vor verfolgten. Wie bisher, so liefern auch jetzt die Kommentare zu außenwirtschaftlichen und arbeitsmarktpolitischen Fragen Belege für die ungebrochene faktische Dominanz branchenökonomistischer und quantitatv orientierter Verhaltensweisen.

Im Falle des Exports vertrat man wie immer die Auffassung, daß alles, was die westdeutsche Exportposition verbessern konnte, zu begrüßen war, was auf die Befürwortung einer forcierten westeuropäischen Integration ebenso hinauslief wie auf die Forderung nach der Schaffung eines elastischeren Weltwährungssystems.[132] Beides deckte sich völlig mit identischen Aussagen der Unternehmer. Was den Arbeitsmarkt betraf, so finden sich nur ganz am Rande einige Bemerkungen zu diesem Thema, das offenbar noch immer als wenig relevant betrachtet wurde, obwohl die Strukturkrisen etwa in der Bergbau- und Stahl- und Eisenindustrie wie in der Textil-, Bekleidungs- und Nahrungsmittelindustrie längst nicht mehr zu übersehen waren.[133] Und diese kurzen Statements sprechen für sich: "Eine fortgesetzte Erhöhung der Ausländerbeschäftigung ist allejne zur Erhaltung des Arbeitskräftepotentials in der Bundesrepublik erforderlich."[134] Und: "Bei Vollbeschäftigung und stagnierender Arbeitsbevölkerung sind Nettoinvestitionen aber nur bei Rationalisierung durchführbar, d.h. vom technischen Fortschritt abhängig. Verstärkter Kapitaleinsatz und technischer Fortschritt bedingen sich also gegenseitig."[135] In solchen Auffassungen war kein Platz für diejenigen Gewerkschaften, die längst ganz andere Probleme hatten; die ökonomisch starken Zweige der Organisation dominierten ganz eindeutig.

Der Aufschwung des Jahres 1973, vom dem zunächst niemand ahnen konnte, wie kurz er sein und wie jäh er umschlagen würde, führte dazu, daß außer anfänglichen Warnungen vor der noch bestehenden "Gefahr des Übersteuerns"[136] und der späteren grundsätzlichen Billigung der Restriktionspolitik der Bundesregierung besonders in ihren wettbewerbspolitischen Elementen[137] nur wenige Kommentare zur aktuellen Wirtschaftsentwicklung abgegeben wurden. In der Tarifpolitik überwog die Einsicht, daß man infolge der Konzentration der Abschlüsse im ersten Halbjahr 1973 wohl nicht in vollem Umfang am konjunkturellen Aufstieg partizipieren werde, was jedoch sofort als "Beitrag zur Stabilitätspolitik"[138] interpretiert wurde. In der Haltung der Gewerkschaften zur Exportpolitik hatte sich wenig geändert, aber dieses Thema hatte nicht mehr das starke Gewicht wie in den beiden voraufgegangenen Jahren.[139]

Stattdessen nutzten die Gewerkschaften ganz offenkundig die Atempause der relativen konjunkturellen Erholung, um den Prozeß der Selbstverständigung in Grundsatzfragen voranzutreiben. Jetzt, erstmals, wurden die von der objektiven ökonomischen Entwicklung aufgeworfenen Fragen in voller Breite diskutiert. Der Zielkatalog der Wirtschaftspolitik wurde nun eindeutig als interessenförmig geprägt und als nicht widerspruchslos realisierbar bestimmt[140]; die restriktiven Konsequenzen der Globalsteuerung für die gewerkschaftliche Tarifpolitik wurden klar ausgesprochen[141]; die gewerkschaftlichen Umverteilungsansprüche wurden unverschleiert mit dem relativ stärkeren Anwachsen der Einkommen anderer Gruppen begründet und nicht mehr vorrangig kreislauf- bzw. massenkaufkrafttheoretisch legitimiert[142]; und die Gefahr eines neuerlichen Basisausbruchs unter diesen Umständen wurde diesmal recht selbstbewußt ins Feld geführt.[143] Vor allem aber wurde die Bedeutung einer autonomen

tarifpolitischen Konzeption der Gewerkschaften in den Vordergrund gerückt, und zwar einer Tarifpolitik, die eben nicht allein auf quantitative Veränderungen begrenzt bleiben, sondern qualitative Fragen mehr als früher berücksichtigen sollte.[145] Die internen Mobilisierungsprobleme wurden dabei ebenso offen ausgesprochen[146] wie die Schwierigkeiten, die sich aus dieser gewandelten Vorstellung für die organisatorische Struktur der Gewerkschaften selbst ergeben mußten.[147] Plötzlich waren die ausländischen Arbeitnehmer ein Thema gewerkschaftlicher Arbeitsmarktkommentare, allerdings in spezifisch gewendeter Form[148]; plötzlich war die drohende, in einigen Sektoren des Arbeitsmarktes bereits zur Realität gewordene strukturelle Arbeitslosigkeit bestimmter Problemgruppen Gegenstand gewerkschaftlicher Besorgnis[149]; und nun wurde auch der Forderung nach einem Verbot der Aussperrung mehr Nachdruck verliehen.[150] Gewiß finden sich auch jetzt noch harmonistische Vorstellungen, wie sie lange Zeit die gewerkschaftlichen Stellungnahmen insgesamt dominiert hatten[151]; aber es ist unverkennbar, daß der Lernprozeß der Gewerkschaften nun in vollen Gange war. Jetzt, nach sechs Jahren Erfahrung mit verstärkter Zyklizität des Wirtschaftsprozesses, zunehmenden Strukturkrisen, rasanter werdendem Inflationstempo, sozialdemokratischer Regierungsbeteiligung bzw. -führung und der lang geforderten keynesianischen Politik - jetzt war die Diskussion voll aufgebrochen, wann man den Staat fordern und wann man selbst Aktivitäten entwickeln müsse, welche quantitativen und welche qualitativen Ziele man in Angriff zu nehmen hatte, und was aus alledem an internen Problemen auf die Gewerkschaften zukommen würde. Es dürfte vor allem das Erleben des Scheiterns staatlicher Veränderungspläne am Widerstand mächtiger gesellschaftlicher Gruppen, allen voran der Unternehmer, gewesen sein, das die verstärkte Thematisierung der Tarifpolitik erzwungen hatte. Und das Zusammenwirken von inflationärem Aushebeln der Tarifautonomie und den zunehmenden Strukturkrisen dürfte zu dem jetzt beginnenden Übergang von einer rein quantativ orientierten Lohn- zur qualitativ mitbestimmten Tarifpolitik geführt haben. Die Gewerkschaften begannen in der Tat, ihre Sicht der Realität zu verändern, nach innen wie nach außen, gezwungen von sich verändernden gesellschaftlichen Problemdruck- und Interessenlagen. Nur eines hatten sie unterlassen: Den eigentlichen Gegner hatten sie aus ihren Analysen weitgehend ausgeklammert. Gewiß, ganz allgemein waren sich die Gewerkschaften darüber im klaren, daß die Unternehmer einen Verteilungskampf mit der Waffe der Inflation führten[152], strukturell in der gegebenen Wirtschaftsordnung mehr Macht besaßen als die Lohnabhängigen[153], und, jedenfalls was bestimmte wirtschaftspolitische Konzepte betraf, von der öffentlichen Wirtschaftssteuerung begünstigt wurden.[154] Aber welche Strategien die Gegenseite gegenüber den neuen gewerkschaftlichen Ziel- und Mittelvorstellungen konkret verfolgen würde, welche Mittel des Widerstands oder gar der Offensive ihnen zur Verfügung standen, zu welcher Konfliktintensität sie neigte bzw. zu welchen Konzessionen sie gegebenenfalls genötigt werden könnte, kurz: wo die Gegenseite aktuell eigentlich stand - das war nicht geklärt, das war noch nicht einmal Thema der Gewerkschaften. Kämpfen wollte man mehr und für breiter angelegte Ziele denn je - aber den eigentlichen Gegner erwähnte man nicht einmal.

4.2.3) Zusammenfassung

So bietet sich am Ende dieses Abschnitts das Bild zweier Verbände, von denen der eine, die BDA, den Kontrahenten in den Mittelpunkt ihrer Attacken stellte, während der andere, der DGB, seinen Widersacher förmlich totschwieg und seine Aussagen auf den Staat, später auch verstärkt auf die Politik der eigenen Organisation konzentrierte. Die Arbeitgeber kritisierten zwar immer deutlicher die einkommens- und verteilungspolitischen Veränderungen der letzten Jahre und ihre - vermeintliche - Konsequenz der schneller werdenden Inflation; aber die Gewerkschaften diskutierten über grundsätzlich neue wirtschaftspolitische Interventionsmöglichkeiten des Staates und die Rolle der autonomen Tarifpolitik zur Bewältigung vor allem qualitativer Probleme. Die Unternehmer drohten mit der Einkreisung der Gewerkschaften durch Inflation, mittelfristige Produktivitätsorientierung der rein quantitativ zu verstehenden Tarifpolitik; aber die Gewerkschaften stellten diesen Themenkreis von

Jahr zu Jahr immer mehr zurück gegenüber neuen strategischen und Zieldebatten. Hier häuften sich entschieden differenzierte Beiträge vor allem wissenschaftlicher DGB-Mitarbeiter in den WSI-Mitteilungen, während man das Feld der aktuellen konjunktur- und tarifpolitischen Entwicklung traditionell harmonistisch bzw. marktwirtschaftlich orientierten gewerkschaftlichen 'Praktikern' überließ. In dem Dreieck Unternehmerverband - Gewerkschaften - Staat flossen zwar starke Einflußströme, aber - jedenfalls was die Verbände betraf - kreuzten sie sich nicht in der direkten Auseinandersetzung.

Es sollte deutlich geworden sein, daß die Unternehmer ihre Beiträge erstens auf konjunkturelle Fragen beschränkten und strukturelle Probleme auszuklammern suchten, die die Gewerkschaften ganz allmählich zu thematisieren begannen; daß sie zweitens die Tarifpolitik auf reine Lohnfragen, höchstens ergänzt um eine (überwiegend betrieblich zu verstehende) Vermögensbildungspolitik, zu begrenzen suchten, während die Gewerkschaften gegen Ende des hier betrachteten Zeitraumes erstmals auch qualitative Fragen des Arbeitsmarktes, der Arbeitszeit und -bedingungen ansprachen; und schließlich drittens, daß die BDA den Staat möglichst aus allen Fragen heraushalten wollte, die Gewerkschaften ihn dagegen möglichst in alles hineinziehen wollten. Was das politische Entscheidungszentrum betraf, so waren beide Seiten sich eigentlich nur in einem Punkte einig: in der Ablehnung der Steuerpolitik.

Verglichen mit den Jahren zwischen 1966 und 1969 war die BDA bis 1973 ihrem Themen- und Argumentationskatalog weitgehend treu geblieben: Vorrangig konjunkturbezogene Stellungnahmen, Verteilungspolitik als den Gesetzen der Konjunktur unterworfenes, sachlich zu betrachtendes, d.h. abgeleitetes und von Interesseninhalten gereinigtes Ergebnis der jeweiligen Wirtschaftsentwicklung und Passivität des Staates in allem, was nicht öffentliche Aufträge zwecks Konjunkturbelebung und besonders die Stabilitätspolitik betraf, die als erstes an den Masseneinkommen anzusetzen hatte. Nach einer vorübergehenden Phase, in der man sich verstärkt unter öffentlichem Legitimationszwang fühlte und eher rechtfertigend-defensiv argumentierte, kehrten die Unternehmer bald in die Offensive zurück, die nirgends deutlicher wurde als in dem Argumentationsmuster vom gewerkschaftlichen Arbeitsmarktmonopol als Bedrohung des freien Wettbewerbs.

Demgegenüber hatten die Gewerkschaften ihren Themenkatalog erheblich ausgeweitet, vor allem im Grundsätzlichen, dann aber auch im verstärkten Aufgreifen qualitativer issues; sie waren zwar überwiegend bei ihrer Staatsfixierung geblieben, aber dies begann, zum Ende des untersuchten Zeitabschnitts hin, ein wenig aufzuweichen; und es stand eigentlich zu erwarten, daß ihre Rückbesinnung auf die autonome Tarifpolitik früher oder später auch zu einem direkten Bezug zum gesellschaftlichen Kontrahenten führen mußte. Mit anderen Worten: Der Konflikt in nahezu allen Themenbereichen war durch die wachsende Distanz zwischen den Positionen von Unternehmern und Gewerkschaften bereits vorprogrammiert, als die Konjunktur in die tiefste Nachkriegskrise abzustürzen begann, mithin der materielle Rahmen für den Ausgleich der Gegensätze enger denn je wurde. Nur darf eines nicht vergessen werden: Die nach wie vor fast identischen Stellungnahmen beider Seiten zur Exportentwicklung dienen als Beleg dafür, daß unterhalb der Ebene aufbrechender und sich intensivierender globaler Grundsatzkonflikte Kooperation und mehr oder weniger stillschweigender Interessenausgleich in einem enorm florierenden Sektor nach wie vor funktionierten. Und ebenso hatten die ökonomisch starken Zweige jeder der beiden Organisationen offenbar unverändert die letztendliche Durchsetzungsmacht in solchen Grundfragen wie Binnenmarkt- bzw. Exportorientierung, ganz gleich, was anderen Teilen der Verbandsbasis daraus an Schwierigkeiten entstehen mochte.

4.3) Das Ende: Der Absturz in die Krise 1974 - 1976

Was mit dem Ölpreisschock vom Dezember 1973 begann, nämlich der weltweite offene Verteilungskampf zwischen rohstoffbesitzenden und -verbrauchenden Staaten einerseits, die tiefe und lang anhaltende Wirtschaftskrise aller westlichen kapitalistischen Industrienationen andererseits, wurde in der Bundesrepublik nicht vor 1975 in vollem Umfang fühlbar. Das reale Bruttosozialprodukt stagnierte, ging dann sogar um fast 2% zurück, um dann allerdings wieder kräftig anzuziehen;[1] dabei blieben die Preise nicht nur hoch, sondern sie stiegen mit teilweise noch nicht erlebten Zuwachsraten weiter.[2] Die Arbeitslosigkeit nahm Ausmaße an, wie man sie seit der Zeit vor dem Beginn des 'Wirtschaftswunders' nicht mehr gekannt hatte[3]; und selbst das Exportgeschäft mußte nach einer wahren Explosion im Jahre 1974 schwere Einbußen hinnehmen, nachdem sich die Krise international verallgemeinert hatte, nicht ohne jedoch am Ende des Untersuchungszeitraumes noch immer über dem Stand des letzten Aufschwungsjahres 1973 zu liegen.[4]

Dies waren die ökonomischen Bedingungen der Auseinandersetzungen zwischen Lohnarbeit und Kapital; sie waren härter, als man seit mehr als fünfzehn Jahren gewohnt war, und die Verschärfung der Konflikte ließ nicht lange auf sich warten.

4.3.1) BDA

Das Jahr 1974 brachte auf Unternehmerseite eine Klarstellung von Grundpositionen, die an Deutlichkeit nichts mehr zu wünschen übrig ließ; die BDA ging unverkennbar zur Offensive über. Verteilungspolitisch war "auf kurze und mittlere Sicht real kein Zuwachs mehr in Sicht"[5]; vielmehr würde "ein gewisser Abschlag" vom kostenniveauneutralen Lohn wohl notwendig werden[6], was nichts anderes als eine Reallohnminderung bedeutete. Schon hier wird deutlich, daß die stärker konfliktorientierte Linie im Arbeitgeberlager an Bedeutung gewonnen hatte; denn eine derartige Aussage lief darauf hinaus, den tarifpolitischen Grundsatz der 'Besitzstandwahrung' lohnabhängiger Positionen in Frage zu stellen, der für die Gewerkschaften eine der unverzichtbaren Voraussetzungen für ihre Integration in das Tarifsystem darstellte.

Und es ging in diesem Stil weiter: Die Gewerkschaften wurden heftig attakkiert, sie hätten lohnpolitisch "offensichtlich die Flucht nach vorne angetreten. Sie spielen die von ihnen in diesem Staat bereits erreichte Machtposition aus."[7] Mit ihren rücksichtslosen Aktionen, die "das Ganze" bedrohten, ritten sie die "Tarifautonomie zu Tode! Worauf die Radikalen warten!"[8] Die Inflation war nicht etwa Resultat des so bezeichneten "defensive(n) Preisverhalten(s)" der Unternehmer[9], das zudem von der Schrumpfung der Gewinnquote erzwungen worden war, die das Auffangen von Kostensteigerungen unmöglich gemacht habe.[10] Sie war vielmehr die konsequente Folge der "Anspruchsinflation", die das Produktionspotential und die Kostenbelastbarkeit der Unternehmen seit Jahren überfordere.[11] Es wurde als Sache des Staates verstanden, diesen Prozeß anzuhalten, aber nicht etwa durch Eingriffe in die unternehmerische Preissetzungsautonomie[12], sondern durch disziplinierende Einflußnahme auf die Bevölkerung, speziell auf die Gewerkschaften: Der neue Kanzler, Helmut Schmidt, werde "die Rolle des Zuchtmeisters der Nation" übernehmen müssen.[13] "Schmidts kategorischer Imperativ müßte etwa lauten: Fordere als Arbeitnehmer nicht mehr Lohnsteigerungen, als Du als Verbraucher an Preiserhöhungen zu zahlen gewillt bist!"[14].

Weiter ging die Tour de force; die unternehmerischen Forderungen nahmen nicht nur an Breite zu, sondern gingen auch in die Tiefe: Das gewerkschaftliche Rütteln an der Lohnstruktur und dem übertariflichen Bereich wurde nun zurückgewiesen[15], und die von der Sozial- und Arbeitsgesetzgebung erzwungenen Lohnnebenkosten galten jetzt als unzumutbar gestiegene Belastung.[16] Aber man wußte genau, wie man sich dieses Druckes entledigten konnte: "Trotzdem ist es oft möglich, mit klaren Begründungen in Phasen einer rückläufigen Konjunktur sogenannten 'sozialen Klimbim', der

weder dem Arbeitgeber, noch dem Arbeitnehmer nützt, abzubauen."[17] In der Tat, die Zeit der 'klaren Begründungen' war gekommen.

Kaum ein Thema kommentierten die Arbeitgeber 1974 so ausführlich wie die Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt. Dabei ging man auf mehreren Ebenen vor: Der Abbau von Leistungen zugunsten der Lohnabhängigen wurde bereits zitiert[18]; die Kurzarbeit war die nächste Stufe. 1974 war das "Jahr der Kurzarbeit"[19]; "Leitmotiv der Kurzarbeit ist die Verhütung von Arbeitslosigkeit durch die Erhaltung der Arbeitsplätze".[20] Dann wurde die Konkurrenz zwischen deutschen und ausländischen Arbeitnehmern angeheizt, indem man einerseits die Arbeitsplätze der Ausländer als zunehmend gefährdet bezeichnete, andererseits aber Sorgen über die Besetzung derjenigen Stellen äußerte, "für die der deutsche Arbeitsmarkt auch jetzt noch keine Arbeitskräfte verfügbar hat."[21] Darüber hinaus hatte man noch die Möglichkeit, "Personalreduzierungen im Wege von Abfindungszahlungen" vorzunehmen, die keineswegs unsozial seien, sondern Massenentlassungen und soziale Härten vermeiden könnten, das Freiwilligkeitsprinzip erhielten, die Arbeitsmarktkräftemobilität förderten und die übermäßige Strapazierung des Arbeitsmarktes verhinderten.[22] Schließlich warnte man die Gewerkschaften vor Spannungen zwischen ihnen und ihren Mitgliedern, die die Sicherheit der Arbeitsplätze nachweislich höher schätzten als eine Steigerung ihrer Einkommen.[23] Und der krönende Abschluß dieses Argumentationsgebäudes bestand in der Kritik der gewerkschaftlichen Forderung nach einer rigorosen Beschäftigungspolitik angesichts einer Arbeitslosenquote von 2,2%, "wo alle Welt sich einig ist, daß auch bei drei Prozent noch Vollbeschäftigung herrscht."[24]

Der Kurs der Unternehmer war klar; er führte "nicht mehr in Richtung exotischer Lohnerhöhungen, sondern nunmehr auch in Richtung nüchterner Sicherung der Arbeitsplätze"[25]; nicht in die Schaffung neuer Arbeitsplätze im Inland, sondern in den Kapital- und Investitionsexport[26] und schließlich auch in die Offensive gegenüber der Regierung, bei der man jetzt auch Grundpositionen nicht mehr länger unbesetzt ließ. Jetzt wurde offen die "Wertentscheidung des Grundgesetzes zugunsten des Privateigentums" formuliert[27] und die ultimative These angeschlossen: "Nur wenn die Regierung klar zu erkennen gibt, daß sie künftig keine Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik gegen den selbständigen und unselbständigen Mittelstand treiben wird, kann es Vertrauen und damit wirtschaftliche Dynamik geben."[28] Denn: "Auf Befehl werden die Pferde nicht saufen."[29]

Dieses Trommelfeuer blieb nicht ohne Wirkung; im Oktober 1974 stellte man befriedigt fest, in der Konzertierten Aktion von 24.9.1974 hätten die Gewerkschaften der Notwendigkeit einer verbesserten Ertragslage der Unternehmen nicht widersprochen.[30] Zwar kritisierte man am Jahresende die Lohnentwicklung als fast völlig vom konjunkturellen Trend abgelöst[31], aber dafür stellte man im Sommer 1975 erfreut fest. es sei eine "tarifpolitische Normalisierung" eingetreten.[32] Die schlechte Ertragslage und die Arbeitslosigkeit "haben die konsequente Haltung der Arbeitgeber in den Tarifverhandlungen sicherlich erleichtert"[32] - dieser Satz spiegelte nicht nur die Begünstigung der unternehmerischen Verhandlungsposition durch die Krise wider, sondern deutet ebenso wie die Nachricht über das Bemühen, eine engere Koordinierung der verschiedenen Arbeitgeberverbände im tarifpolitischen Bereich herbeizuführen[34], darauf hin, daß man unter dem Druck der Krise auch intern straffer vorging, möglicherweise auch, um einige noch allzu konzessionswillige Organisationszweige auf eine gemeinsame Linie zu bringen.

Im Grunde kam es 1975 nur zur Formulierung einer, dafür aber einer sehr bemerkenswerten Position zur Lohnpolitik: "Selbst die Reallohnsicherung... geht schon viel zu weit und ist nicht zu realisieren, ganz abgesehen davon, daß es allein schon aus prinzipiellen Gründen falsch ist, die gegenwärtige Inflationsrate zum Maßstab von Lohnerhöhungen zu machen, die sich kosten- und nachfragemäßig erst im nächsten Jahr auswirken."[35] Mit anderen Worten: Das Konzept der kostenniveauneutralen Lohnpolitik wurde von Unternehmerseite aus auch noch unterschritten, die Umverteilung zu

den eigenen Gunsten wurde offen gefordert und damit begründet, sie sei erstens zumutbar wegen der voraufgegangenen Umverteilung zugunsten der Lohnabhängigen[36] und zweitens erforderlich, da der Gewinnrückgang der letzten Jahre zu einer 'Investitions-Lücke' geführt habe, die ihrerseits nur geschlossen werden und Arbeitslosigkeit damit abbauen helfen könne, wenn nun die Gewinne überproportional anstiegen.[37] Eine Gewinnerhöhung war schon deshalb nötig, damit die Unternehmen nicht "noch weitere Arbeitnehmer freisetzen müssen."[38]

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt, insbesondere für bestimmte Problemgruppen wie Jugendliche etc., war drohend genug, und die Arbeitgeber brauchten kaum mehr zu tun als sie zu zitieren, um Druck auf die Gegenseite auszuüben. Dabei ging es nun aber auch für sie nicht mehr nur um quantitativen Fragen, sondern ebenso um die Beseitigung qualitativer Auflagen und um die Rückgängigmachung gewerkschaftlicher Postitionsgewinne im Ausbildungs- und Arbeitslosenversicherungssystem.[39] Die extremen Pole dieses Spektrums von Forderungen lauteten: "Beseitigung der Rechtsansprüche auf berufliche Förderung"[40]; Überprüfung der "überzogene(n)" Anforderungen an die Ausbildungsordnungen der Betriebe[41] und Gestaltung von Unterstützungsleistungen an Arbeitslose dahingehend, "daß eine starke Motivation zur möglichst baldigen Wiederaufnahme einer Beschäftigung bleibt."[42]

Aber, und die Parallele zum Rezessionsjahr 1967 ist unübersehbar, der Hauptadressat unternehmerischer Stellungnahmen war diesmal der Staat, da die Gewerkschaften von den Arbeitslosenzahlen ohnehin höchst wirkungsvoll beeinflußt wurden. Von ihm wurde die Fortsetzung der Stabilitätspolitik auch in der Krise verlangt, da die Arbeitslosigkeit als Folgeproblem der Krise ohnedies erst nach der Umkehr der negativen Konjunkturtendenz insgesamt abgebaut werden könne.[43] Man wußte zwar genau, was man damit verlangte - nicht weniger nämlich als den Verzicht des noch immer von Sozialdemokraten geführten politischen Entscheidungszentrums auf Unterstützung der Gewerkschaften auf dem Arbeitsmarkt. Denn es war kein Zufall, daß die Unternehmer die Übernahme monetaristischer Positionen durch die Bundesbank begrüßten[44], und sie sprachen offen aus, daß die Anbindung der Geldmengenentwicklung an das mittelfristige Wachstum des Produktpotentials den Tarifparteien nun auch die 'Verantwortung' für die Preisentwicklung und den Beschäftigungsstand auferlege. Dies aber galt als "marktkonforme 'Privatisierung des Beschäftigungsrisikos'".[45]

Aber nicht nur den Verzicht auf eine aktive Beschäftigungspolitik verlangte man vom Staat, (nicht ohne jedoch gleichzeitig die Kompensation von Verlusten im Exportgeschäft von ihm zu fordern)[46], sondern ebenso nachdrücklich die Umstrukturierung der öffentlichen Haushalte hin zu den Investitionen und damit weg vom sogenannten öffentlichen Konsum, zu dem unter anderem die Personalausgaben und damit die Voraussetzungen beispielsweise der Bildungsreform zählten.[47] Man forderte die Reduktion des Wachstums der staatlichen Beschäftigtenzahlen ebenso wie eine restriktivere Befördigungspraxis sowie die Aufgabe bzw. Zurückstellung ausgabenwirksamer Gesetzespläne, beispielsweise im öffentlichen Personenverkehr oder im Strafvollzug[48] und die Einschränkung der öffentlichen Transferzahlungen.[49] Damit nicht genug - es ging um eine Tendenzwende. Die sozialliberale Politik habe gesellschaftlichen Wandel "einseitig als Ausbau des sozialen Schutzes" betrieben und mit der Versuch, die Staatsquote auszuweiten, den privaten Investoren buchstäblich die Luft abgeschnürt.[50] Es war an der Zeit, mit den Bemühungen aufzuhören, die unternehmerische Dispositionsfreiheit einzuschränken;[51] stattdessen waren "Augenmaß bei Umweltschutz und Humanisierungsauflagen"[52] sowie schließlich ein allgemeines Umdenken dringend erforderlich: "Der Hedonismus, die Südsee-Mentalität, daß die Bananen von selbst wachsen und man sie nur zu pflücken brauche, die jahrelang die Leistungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit in weiten Teilen der Bevölkerung korrumpiert hat, muß wieder abgelöst werden durch die Belohnung der Leistung..."[53]

Eine große Sozialgruppe drohte mit der Verweigerung einer relevanten Leistung, besser: klagte darüber, daß sie ihre (Investitions-)Leistung ohne Verbesserung der

Rahmenbedingungen wohl kaum zukünftig im erforderlichen Ausmaß werde erbringen können, und ihre Konfliktfähigkeit erwies sich bald als weittragend. Befriedigt stellte man bezüglich der Regierung fest: "Man trägt wieder Unternehmer"![54]

An diesem Kurs änderte sich auch im letzten Jahr des Untersuchungszeitraumes nichts; aber seine allgemeine Stoßrichtung wurde weiter präzisiert. Auffällig an den Kommentaren der Arbeitgeber im Jahre 1976 war der Stellenwert, den die Grundsatzfragen der mittelfristigen Wirtschaftsentwicklung und des Verhältnisses zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften einnahmen. Der damalige BDA- (und BDI-) Vorsitzende Schleyer formulierte selbst, welchen Wandlungsprozeß seine Organisation durchlaufen habe: Der DGB beanspruche die Vertretung seiner Basis auch in globalen Fragen von Daseinsbedingungen, politischen und weltanschaulichen Prinzipien etc.; dem seien die Unternehmer "im Zuge der allgemeinen Politisierung des Ökonomischen ... ein Stück gefolgt."[55]

Mit anderen Worten: In den wirtschaftlich eher günstigen Jahren zwischen 1970 und 1973 hatte der DGB begonnen, seinen Themenkatalog auszuweiten; jetzt, in der tiefen Krise, zogen die Unternehmer nach und lieferten selbst eine globale Realitätsinterpretation, allerdings eines gänzlich anderen Charakters als die beginnende gewerkschaftliche Einsicht in die konflikthafte Interessengeprägtheit jedes ökonomischen und wirtschaftspolitischen Geschehens. Grundzug dieses Bildes war vielmehr der Sachzwang, die Unvermeidlichkeit bestimmter Abläufe und Konsequenzen, wenn im ökonomischen Bereich 'irrational' oder 'unverantwortlich' gehandelt wurde. Seit Jahren seien die Investitionen zu kurz gekommen, was die Produktivität und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft nachhaltig geschädigt habe. Man sprach von einer Investitionslücke von rund 110 Mrd. DM[56] und definierte die zu geringe Gewinnentwicklung vor allem der siebziger Jahre als Ursache dieses Mangels.[57] Die volkswirtschaftliche Bedeutung des Gewinns, dessen Höhe im übrigen "kraß überschätzt"[58] werde, wurde ausführlich diskutiert[59], mit folgendem Ergebnis: Das unternehmerischer Gewinnstreben werde von der Allgemeinheit genutzt; zwischen "Unternehmern, Arbeitnehmern und dem Staat - oder anders ausgedrückt: zwischen gewinnorientiertem und gesellschaftsorientiertem Handeln - besteht mithin kein Gegensatz, sondern eine Identität der Interessen."[60]

Gewiß, sie ließ sich nicht verleugnen, die "im Verhältnis zum Arbeitseinkommen der Arbeitnehmer doppelt so starke Zunahme des Einkommens aus Unternehmertätigkeit und Vermögen"[61] des Jahres 1976; aber es bestand auch gar kein Grund, sie zu verleugnen. Denn erstens war sie "wirtschaftspolitisch allgemein gewünscht" gewesen[62], und zweitens bedeutete dies doch nur den allerersten Anfang der Wende zu einem längerfristigen Prozeß der Gewinnverbesserung, Eigenkapitalstärkung, Investitionsausweitung und dann schließlich der Beschäftigungssteigerung.[63] Die Zeiten wurden schlechter, die Verteilungsspielräume enger, es war das Ende der Phase des "expansive(n) Kapitalismus" erreicht, in der die Wirtschaft "der Ort des Verteilungskampfes, der Produktionsschlachten, der Domestikation des Unternehmers, der Unterordnung der Menschen unter die gesellschaftlich sanktionierten Produktionsziele" geworden war.[64] Jetzt galt eine ganz neue, andersgeartete Devise: "Wenn es stimmt, daß die Märkte labiler geworden sind, dem technischen Fortschritt mühsamer nachgespürt werden muß, von außen einwirkende Kosten- und Nachfragekomponenten (Rohstoffpreise, die Weltkonjunktur, regionale Krisen, die Entwicklung der Wechselkurse etc.) nicht oder nur unmaßgeblich beeinflußt werden können, sollten umso dringlicher die beeinflußbaren Kosten unter Kontrolle gebracht und andererseits Anreizfaktoren sinnvoll eingesetzt werden."[65] Der DGB sollte nicht über Strukturpolitik und Investitionslenkung nachdenken,[66] sondern vielmehr einsehen lernen, daß "die Lohnquotenhöhe nicht nur das Volumen der Investitionen, sondern mittelfristg auch die Art der Investitionen bezüglich ihrer Arbeitsintensität beeinflußt"[67] und daß seine Gegenwehr gegen eine "nochmalige Korrektur der Verteilungsrelationen" auf eine Verschärfung der Verteilungskonfklite hinauslaufen müßte, "die möglicherweise sogar die bisher erreichten ersten beschäftigungspolitischen Fortschritte in Frage

stellen könnte."[68]

Es war ein Konzept repressiver Interessenharmonisierung, das die Arbeitgeber propagierten: Gerade jetzt hatte Konsens zu herrschen zwischen den Sozialpartnern[69] und zwischen ihnen und dem Staat[70], und angesichts der Folgen, die sich für die Gewerkschaften aus dieser Umklammerung mit 'Sachzwängen' bis hin zur Forderung nach einer Rückkehr hinter die Verteilungsrelationen von 1973 ergeben mußten[71], ist es wohl berechtigt, von einem herrschenden Konsens zu sprechen. Die Vielzahl der Stellungnahmen zur Lage auf dem Arbeitsmarkt, die alle auf die Konsequenz von Lohn- und Steuerzurückhaltung[72], Revisionen im Ausbildungssystem[73], öffentlichen Zuschüssen an die Unternehmen bei Einstellung von Arbeitslosen[74] bzw. Auszubildenden[75] und ganz allgemein auf eine wachsende 'Flexibilität' der Arbeitskräfte[76], die im übrigen oft genug selbst die Schuld an ihrer 'Freisetzung' trügen[77], hinausliefen, verdeutlicht die volle Wucht, mit der der repressive Charakter dieses Konzepts forciert wurde. Daß auch arbeitsrechtliche Positionen der Unternehmer hinzutraten, die die eigene Macht gegenüber den Gewerkschaften sichern sollten, nach außen wie nach innen[78], kann nicht besonders erstaunen, ebensowenig wie das fortgesetzte Bemühen, deutsche und ausländische Lohnabhängige gegeneinander auszuspielen.[79]

Schließlich ist es auch keine Überraschung, daß auch der Staat seinen Platz in diesem zwangsweise harmonisierten Konzert einzunehmen hatte: Wenn die Gewerkschaften zur "Versachlichung der verteilungspolitischen Auseinandersetzungen" endlich die Notwendigkeit verbesserter Erträge einsehen mußten[80], dann hatte er mit seiner "einseitigen Arbeitnehmerbeglückungspolitik" aufzuhören, die eine der wesentlichsten Krisenursachen gewesen sei.[81] Das hieß konkret nicht weniger als: Verzicht auf den weiteren Ausbau der sozialen Sicherungssysteme einschließlich ihrer "Überprüfung"[82], die Aufgabe des Bemühens um eine Ausdehnung der Staatsquote[83]; Reprivatisierung öffentlicher Unternehmen[84]; sowie Abstandnahme von den das "Investitionsklima" nachhaltig beeinträchtigenden "gesellschaftspolitischen Forderungen der sozial-liberalen Koalition" auf den Gebieten der Mitbestimmung, Vermögenspolitik, Steuerreform, Sozialpolitik, Umweltschutz und Investitionslenkung.[85] Gerade dieser letzte Punkt, wie auch die dezidierte Ablehnung der DGB-Forderung nach einer branchenspezifischen Strukturpolitik[85], belegen, wie sehr es den Arbeitgebern darauf ankam, dem Staat sowohl finanzielle als auch rechtlich-politische Spielräume autonomen Handelns zu verweigern.

So stellte sich am Ende des Untersuchungszeitraumes die Arbeitgeberseite geschlossener denn je jedem Versuch seitens der Gewerkschaften und/oder des Staates entgegen, den eigenen Verteilungs- und Dispositionsspielraum zu vergrößern. Hatte man zwischen 1966 und 1969 noch auf dem Hintergrund relativer Konfliktfreiheit der Beziehungen zu beiden Kontrahenten hoffen können, die neuen wirtschaftspolitischen Instrumente könnten für die eigenen Ziele bruchlos eingespannt werden, ohne daß die Gewerkschaften ihre kooperative Haltung auch im Aufschwung aufgeben würden, so hatte man in den Jahren bis 1973 lernen müssen, daß beides nicht zutraf. Gewerkschaften und Regierung[87] unternahmen offenbar den Versuch, ihre Handlungsmöglichkeiten auszuweiten, und nach einer kurzen Phase der Defensive kehrte man rasch zu den kompromißlosen Positionen zurück, die man unter Berufung auf ökonomische Sachzwänge seit jeher vertreten hatte. In den Krisenjahren 1974 bis 1976 gingen die Arbeitgeber dann schließlich in die Offensive; nunmehr wollten sie nicht mehr nur ihre derzeitige wirtschaftliche und gesellschaftliche Machtposition stabilisieren, sondern sie forderten unverblümt die Rückgängigmachung aller Ansätze, anderen als ihren eigenen Prioritäten mehr Durchsetzungschancen zu verschaffen. Wenn im folgenden als Abschluß die Entwicklung der (unbereinigten Brutto-)Lohnquote[88] von 1966 bis 1980 wiedergegeben wird, so deshalb, um zum einen zu verdeutlichen, daß diese Prozesse keineswegs mit dem Ende des Untersuchungszeitraumes abbrachen, und um zum anderen zu zeigen, daß die Unternehmer ihre gewerkschaftliche Gegenseite nach den Erfolgen in der Hoch- und Spätkonjunktur jedenfalls verteilungspolitisch längerfri-

stig erfolgreich bremsen konnten:[89])

Jahr	Lohnquote in %
1966	65,7
1967	65,9
1968	63,9
1969	65,2
1970	66,7
1971	69,1
1972	69,5
1973	70,7
1974	72,6
1975	72,4
1976	71,3
1977	71,5
1978	71,0
1979	70,8
1980	71,8

Doch noch eines zeigen diese Zahlen unverkennbar, so wenig aussagefähig sie statistisch auch sein mögen: Jedenfalls bis 1980 gelang den Unternehmern kein wirkliches Unterlaufen des tarifpolitischen Grundsatzes von der 'Besitzstandswahrung' lohnabhängiger Einkommenspositionen. Ohne Zweifel war das Klima zwischen den Verbänden von Lohnarbeit und Kapital rauher denn je in der Bundesrepublik geworden; aber es sollte nicht vergessen werden, daß das Tarifsystem noch immer die Legitimation beider Organisationen und des sie tragenden Wirtschaftssystems durch (wachsende) materielle Leistungen ermöglichte. Seit 1980 hat sich der Wirtschaftsablauf noch weiter abgeflacht, so daß hierüber keine Grundsatzaussage für alle Zukunft abgeleitet werden soll; jedoch wird deutlich, daß man zwischen den öffentlichen, globalen Auseinandersetzungen der Verbände und dem realen tarifpolitischen Ringen nach wie vor unterscheiden muß. Die oben zitierten Zahlen sind ein Beleg für die Härte, mit der die Unternehmer die gewerkschaftlichen Verteilungsvorstellungen bekämpften; sie sind aber auch ein Beleg dafür, wie viel den Unternehmern an einem intakten und funktionsfähigen Tarifsystem lag.

4.3.2) DGB

Zunächst war im Jahr 1974 für die Gewerkschaften noch nicht erkennbar, welch ein ökonomischer Absturz sich anbahnte. Zwar forderten sie durchgängig eine Politik der Konjunkturbelebung[91]), aber zugleich verzeichneten sie selbst nach den "maßvollen Tarifabschlüssen" von 1973[92]) Vereinbarungen im ersten Halbjahr 1974, "die erheblich günstiger waren als die Abschlüsse des vergangenen Jahres".[93]) Die Begründungen hierfür schwankten zwischen kaufkrafttheoretischen Argumenten[94]) und der klaren, nicht zuletzt von der zweiten Welle spontaner Streiks im Vorjahr vermittelten Erkenntnis, daß man es seit einigen Jahren mit einem "erstarkende(n) Selbstbewußtsein der Arbeitnehmer" zu tun hatte[95]): "Die Sensibilität und auch die Reagibilität der Arbeitnehmer auf Veränderungen der Einkommensrelation zu ihren Ungunsten haben seit Erreichen der Vollbeschäftigung zugenommen."[96])

Es ist dabei bemerkenswert, daß dieses gewachsene Selbstbewußtsein völlig auf eine äußere ökonomische Bedingung - die Vollbeschäftigung - reduziert wurde. Dabei soll hier nicht die Richtigkeit dieses Arguments bezweifelt, sondern stattdessen darauf hingewiesen werden, wie wenig sich die Gewerkschaften offenbar nach innen darum bemühten, diesem Selbstbewußtsein eine dauerhaftere Basis zu verleihen. Vielleicht waren sie selbst nicht an dem daraus notwendig resultierenden Druck auf ihre Tarifpolitik interessiert; aber sie hätten es sein sollen, denn die Zeiten der Vollbeschäftigung waren vorüber.

Davon war jedoch zunächst noch keine Rede in den Reihen der Gewerkschaften[97]);

stattdessen thematisierte man erstmals breiter die Frage der wachsenden Zahl ausländischer Arbeitnehmer[98], diskutierte über Exportentwicklung[99] und multinationale Konzerne[100] und bemühte sich, das Problem der Arbeitsbedingungen präziser in der Griff zu bekommen.[101] Nicht, daß dies nicht ganz zentrale Fragen der gewerkschaftlichen Politik gewesen wären, gerade weil sich in fast allen Beiträgen eine Besinnung auf autonome Aktionsmöglichkeiten ausdrückte; aber die Gewerkschaften schienen die 'Zeichen der Zeit' nicht wahrzunehmen und noch von einer Fortdauer ihrer starken Position auf dem Arbeitsmarkt auszugehen, als diese bereits abzubröckeln begann. Wieder, wie in der Frage einer eventuellen präventiven Dämpfung des sich abzeichnenden Booms 1968/69, fällt die geringe Zukunftsorientierung hinsichtlich konjunktureller Entwicklungen auf. Gewiß, man forderte unverändert, der Staat möge den Wirtschaftsablauf mittelfristig verstetigen[102], aber auf einer realitätsnäheren Ebene sah man sich noch nicht von zyklischen Ausschlägen bedroht.

Erst um die Jahresmitte begann sich diese Perspektive zu verschieben, und zwar auf eine ganz charakteristische Weise, nämlich in Form einer Rückwendung zum Staat. War er bisher fast nur im Zusammenhang mit einer Kritik des Monetarismus Gegenstand gewerkschaftlicher Grundsatzaussagen des Jahres 1974 gewesen[103], so häuften sich ab etwa Juni 1974 wieder die Forderungen nach Eingriffen in die Preissetzungsautonomie der Unternehmer[104], Koordinierung und behutsamer Ausweitung des Instrumentariums der Investitionslenkung[105] und ganz allgemein nach einer Unterwerfung des Marktgeschehens unter "rational(e) und den öffentlichen Interessen genügend(e) Produktionskriterien", die "von einem dem Markt übergeordneten und politischen System entwickelt und durchgesetzt werden" müßten.[106] Widersprüche in dieser Orientierung waren unvermeidlich: Einerseits kritisierte man massiv die Politik der Bundesregierung, über Orientierungsdaten den lohnpolitischen Handlungsspielraum der Gewerkschaften einzuengen, war sich also durchaus der Tatsache bewußt, daß das staatliche Handeln keineswegs interessenneutral war.[107] Andererseits postulierte man: "Ein im Rahmen der jeweils verfügbaren Ressourcen gleichmäßiger Wirtschaftsablauf ist auf Dauer nur durch eine Verringerung des gesamtwirtschaftlich relevanten Konfliktpotentials zu erreichen. Das aber setzt gesellschaftspolitische Entscheidungen und Aktionen voraus, die geeignet sind, klassenbedingte Konflikte am Ort ihrer Entstehung zu erfassen, zu kanalisieren und ihre rationale Austragung zu ermöglichen. Gleichzeitig ist das rein technische Instrumentarium so auszubauen, daß eine differenzierte Feinsteuerung möglich wird."[108]

Daß dieser Widerspruch zwischen der Erkenntnis selektiver staatlicher Interessenrealisierung und fortbestehender Hoffnung, das politische Entscheidungszentrum für die eigenen Forderungen gewinnen zu können, letzten Endes Ausdruck der gewerkschaftlichen Defensive angesichts der sich ausweitenden Krise war, belegt folgendes Zitat vom Dezember 1974, das im Zusammenhang mit dem gleichzeitig immer drängender werdenden Bemühen um eine umfassende staatliche Beschäftigungspolitik[109] zu sehen ist: "Wirtschaftspolitik ist von den Gewerkschaften schon immer als Aufgabe einer durchgreifenden Demokratisierung der Gesellschaft verstanden worden"; sie habe "die Aufgabe, den Wohlstand der arbeitenden Menschen zu mehren, den Arbeitsplatz menschengerecht zu gestalten und die Einkommenssituation der Arbeitnehmer nicht durch Geldwertschwund zu gefährden."[110] Die wachsende Hilflosigkeit der Gewerkschaften und ihre Rückkehr zur anklammernden Hoffnung, der Staat müsse und werde helfen, wird hier deutlich faßbar.

Es fällt schwer, die gewerkschaftlichen Beiträge des Jahres 1975 strukturiert miteinander zu verbinden, und darin spiegelt sich gewiß die innerorganisatorische Unklarheit über das, was ökonomisch geschah, was wirtschaftspolitisch möglich war und was man selbst zu tun hatte. Die Widersprüchlichkeit der wirtschaftlichen Lage: schwerster Einbruch seit zwanzig Jahren, aber nach wie vor günstige internationale Position der Bundesrepublik; rasant zunehmende Arbeitslosenzahlen bei unverändert steigenden Preisen; immer mehr regional und strukturell bedingte Krisenursachen bei Fortdauer einer überwiegend globalen Wirtschaftssteuerung, fand ihren Ausdruck in

zahlreichen Einzelpositionen, deren Zusammenhang aber nicht ohne weiteres herstellbar ist, weil die Gewerkschaften selbst offensichtlich erst auf der Suche nach einer kohärenten Lösungsstrategie waren.

Am drängensten war das Problem der Arbeitslosigkeit, und hier reichten die Forderungen von beschäftigungspolitischen Sofortprogrammen aller öffentlichen Hände[111] über Maßnahmen zur Bekämpfung der strukturell und/oder regional konzentrierten Arbeitslosigkeit[112] und über eine verstärkte Ausrichtung der Bildungspolitik, speziell der Berufsausbildung Jugendlicher, auf die Bedürfnisse der Arbeitnehmer, statt auf die der Betriebe,[113] bis hin zu Verbesserungen in der Versorgung der Arbeitslosen einerseits[114], zur Verteilung der vorhandenen Arbeit auf mehr Personen andererseits, und zwar über eine tendenzielle Reduzierung der Ausländerbeschäftigung[115] sowie durch die Verkürzung der Arbeitszeit.[116]

Einerseits drängte man auf staatliche Konjunkturbelebung und auf die Lockerung der geld- und kreditpolitischen Restriktionen[117]; andererseits formulierte man selbst, daß die Vermachtung der Märkte die staatliche Stabilitätspolitik nahezu wirkungslos werden lasse[118] und verzichtete seit der Jahresmitte 1975 weitgehend auf die Forderung nach der Fortsetzung des monetären Entspannungskurses, angesichts des ungebrochenen Preissteigerungstrends.[119] Im Zusammenhang damit zeigte sich eine überraschende Verkennung der Lage: Im Juni hieß es, bei einer weiteren kreditpolitischen Lockerung drohe die Überhitzung im künftigen Aufschwung[120], nachdem man schon im April formuliert hatte, frühestens im Herbst 1975 werde ein "intensiver Aufschwung" einsetzen:[121] "Alles in allem: Zur Schwarzseherei besteht ebensowenig Anlaß wie zu übertriebenem Optimismus."[122]

Verteilungspolitisch steckte man immer weiter zurück,[123] und wenngleich im August 1975 zwei Beiträge erschienen[124], von denen der erste zum ersten Mal das Problem der Lohnunterschiede aufwarf und sich für eine zentralistische, solidarische Lohnnivellierungspolitik der Gewerkschaften aussprach, während der zweite für eine zahlungsbilanzorientierte, d.h., den Inflationsunterschied zum Ausland berücksichtigende Lohnpolitik plädierte, so dürften doch die beiden folgenden verteilungs- und arbeitsmarktpolitischen Positionen vom Jahresende weitaus charakteristischer für die reale Politik der Organisationen gewesen sein: "Es ist nicht schwer vorauszusagen, daß die Gewerkschaften bei der gegenwärtigen Beschäftigungslage für die von ihnen vertretenen Arbeitnehmer im ganzen nicht allzuviel mehr als eine Sicherung der Arbeitseinkommen vor den zu erwartenden Kaufkraftverlusten erreichen werden."[125] Und: Alle Maßnahmen der Arbeitsumverteilung "entbinde(n) den einzelnen Beschäftigten nicht von einem gewissen Maß an Disponibilität, daß nämlich seine Arbeitskraft heute hier und morgen dort unter veränderten Bedingungen nachgefragt wird."[126]

Es war diese Situation existentiellen Ausgeliefertseins der Lohnabhängigen auf dem Arbeitsmarkt und im Produktionsprozeß unter Krisenbedingungen, aber auch die wachsende Lähmung der Gewerkschaften, die - von Arbeitslosigkeit einerseits, anhaltender Geldentwertung andererseits eingekeilt - ihren Aufgaben der Sicherung des Verkaufs der Ware Arbeitskraft zu einem Preis, der ihre Reproduktion auch zukünftig ermöglichen konnte, immer weniger gerecht werden konnten, die die Organisation zur Verzweiflung treiben mußte. Diese wird spürbar im Grundsatzreferat des damaligen DGB-Vorsitzenden Vetter, wenn er formulierte: "Wir sehen die Realitäten der wirtschaftlichen Lage, aber wir halten es für unerträglich, wenn die abhängig Beschäftigten, die den größten Teil unseres Wohlstandes erarbeiten, der Puffer sind, auf den bei jeder Krisensituation die Risiken zuerst abgewälzt werden, wobei die Jugendlichen, die Frauen, die Ungelernten und die Ausländer, also unsere 'Problemgruppen', besonderen Belastungen ausgesetzt sind."[127]

Nicht zufällig wird an dieser Stelle der vorliegenden Arbeit wieder auf die politökonomische Terminologie zurückgegriffen; denn unter dem Druck der Krise verdichte-

ten sich nun die gewerkschaftlichen Forderungen zu einem Konzept, das letztlich auf die politische Aufhebung lohnabhängiger Unterprivilegierung im ökonomischen System selbst hinauslief. All jene Forderungen nach Regional- und Strukturpolitik, fundamentaler Reform der Arbeitsmarkt- und Ausbildungspolitik, Unterordnung marktwirtschaftlicher Abläufe unter eine bewußte politische Zielsetzung, Investitionslenkung und schließlich nach räteförmig institutionalisierter gewerkschaftlicher Beteiligung an der Politikformulierung[128] fügen sich nun zu einem ganz bestimmten Muster zusammen: Es ging um den Schutz der Besitzer der Ware Arbeitskraft vor den Depravierungen, die ihnen aus eben diesem Status in allen Reproduktionsbereichen erwuchsen. Die Verteilungspolitik stand derzeit nicht im Vordergrund, außer dem bemerkenswerten Vorwurf an die Arbeiterklassen anderer Länder, sich so maßlos zu verhalten, daß die deutschen Gewerkschaften unter Druck gerieten;[129] es war vielmehr wieder, ja, mehr denn je, der Staat, der in all diesen genannten Bereichen in die Bresche springen und Positionsgewinne für die Organisation durchsetzen sollte. Im Grunde ging es darum, die Grenzlinie zwischen staatlich-politischem und wirtschaftlichem Sektor der Gesellschaft weiter in den privatökonomischen Bereich hineinzuverlegen; und wie ein einsamer Rufer in der Wüste nahm sich demgegenüber der DGB-Vorsitzende aus, wenn er mahnte, man müsse mehr "zu autonomer Aktion" kommen, "denn dort, wo wir an die elementaren Lebensinteressen unserer Mitglieder anknüpfen, haben wir reale Durchsetzungschancen".[130] In der Tat - dies wäre eigentlich das Charakteristikum verbandsförmiger Politik gewesen.

Im letzten Jahr des Untersuchungszeitraumes, 1976, wurden die Konturen dessen, was man vor allem vom Staat erwartete, noch etwas deutlicher. Vor allem im Zusammenhang mit dem Problem der anhaltenden Arbeitslosigkeit häuften sich Vorschläge und Forderungen des DGB, angefangen mit der Abwehr restriktiver Änderungen des Arbeitsförderungsgesetzes, das als "Instrument der längerfristigen sozialen Sicherheit"[131] betrachtet wurde, über die "Reduzierung der Ausländerbeschäftigung; Senkung der Zahl der Erwerbspersonen durch Verlängerung der Ausbildungsdauer und/oder frühzeitige Beendigung der Erwerbstätigkeit; Verminderung der individuellen Jahresarbeitszeit"[132] bis hin zum Ausbau des differenzierten regional- und struktur- sowie arbeitsmarktpolitischen Instrumentariums[133]. Man hoffte, den Inhalt des Investitionsprozesses nachhaltig verändern zu können, indem vor allem öffentliche Investitionen in den reformorientierten Ausbau der sozialen Infrastruktur Wachstum schaffen sollten, und zugleich die staatliche Wirtschaftsförderung ganz gezielt die Schaffung von Arbeitsplätzen, differenziert nach verschiedenen Qualifikationen, initiieren und beleben sollte.[134] Die Forderung nach der Einrichtung einer Investitionsmeldestelle[135] war daher nur konsequent; insgesamt zielte die Stoßrichtung dieses Teils der gewerkschaftlichen Vorstellungen über eine Krisenbewältigungsstrategie auf die bewußte Förderung eines beschäftigungsorientierten qualitativen Wachstums.[136]

Zwei Möglichkeiten der Krisenüberwindung schienen den Gewerkschaften realistisch, die keine einander ausschließenden Alternativen darstellten, aber in charakteristisch unterschiedlicher Form behandelt wurden. Die eine der öffentlichen Einflußnahme auf die stoffliche Seite des Akkumulationsprozesses einschließlich relativ weitgehender Eingriffe in die unternehmerische Investitionsautonomie wurde ausführlich geschildert. Die zweite, die sich erst jetzt etwas deutlicher herauskristallisierte, war jene der Verknappung des Arbeitskräftepotentials, besonders durch verschiedene Formen der Arbeitszeitverkürzung, begleitet von einer Verbesserung der Arbeitsbedingungen, besonders durch den tarifvertraglichen Rationalisierungsschutz[137]. Diese, zwangsläufig mehr als die zuvor genannte in den Aktionsradius der Tarifpolitik gestellt, stand 1976 noch deutlich im Schatten der staatsorientierten Strategievariante; aber dennoch nahm sie allmählich differenziertere Konturen an. Gleichzeitig deutete sich in einigen wenigen Beiträgen der Ansatz einer Überprüfung der bisherigen gewerkschaftlichen Konfliktfähigkeit und -bereitschaft an: Plädierte ein Beitrag ganz offen im Zusammenhang mit der Inflationsbekämpfung für Eingriffe in die unternehmerische Gewinnverwendung[138] und thematisierte er

ohne marktwirtschaftliche Verbrämungen das Unternehmer-Ziel der Umverteilung zu Lasten der Arbeitnehmer[139], so formulierte der damalige Vorsitzende der IG Druck und Papier, Mahlein, offensiv: "Streiks sind nicht nur Maßnahmen für Schönwetterperioden."[140] In seinem Beitrag werden auch erstmals innergewerkschaftliche Differenzen deutlich faßbar, wenn er sich gegen den Vorwurf wehrt, die If Druck habe sich mit ihrem Arbeitskampf unsolidarisch verhalten, weil sie über die von der großen IG Metall bereits durchgesetzte Tariflohnsteigerung noch hinausgehen wollte: "Wenn es richtig sein sollte, daß sich die Gewerkschaften künftig an solche Marken zu halten haben, die andere Gewerkschaften - unter gänzlich anderen Voraussetzungen und Bedingungen - vorher vereinbart haben, so stellt sich die Frage der gewerkschaftlichen Solidarität schon früher, nämlich beim Leitabschluß."[141] Mahlein schloß mit der Meinung, die Gewerkschaften müßten sich insgesamt untereinander besser abstimmen, und er unterstrich dies durch den Hinweis, die gesellschaftliche Gegenseite, die Arbeitgeber, handele längst zentral und koordiniert.[142]

So stand am Ende der Aufruf einer kleinen Gewerkschaft, die ganz besonders mit neuen Technisierungs- und Rationalisierungsschüben zu kämpfen hatte[143], sich auf die eigene Kraft zu besinnen, die eigenen Reihen durch bewußte Abstimmung über die - durchaus unterschiedlichen - Interessen fester zu schließen, im Blick zu behalten, wie der Gegner verfuhr und neue, qualitative Inhalte der Tarifpolitik zu berücksichtigen, ihre Durchsetzung notfalls auch im Streik zu erzwingen. Dies war ein ganzes Konzept gewerkschaftlicher Politik; gemessen an dem Gewicht, das noch immer auf die Forderung nach neuen, differenzierten Politikstrategien des Staates gelegt wurde, stand seine Entfaltung und Realisierung noch ganz am Anfang, aber: Es war endlich in großer Klarheit formuliert worden.

4.4) Zusammenfassung: Die Haltung von BDA und DGB zur Wirtschaftsentwicklung, gegenüber ihrem jeweiligen Kontrahenten, zur Wirtschaftspolitik und zu den Parteien zwischen 1966 und 1976

Die Jahre zwischen 1966 und 1976 brachten massive Veränderungen des Verhältnisses zwischen den Organisationen von Lohnarbeit und Kapital in allen Bereichen der Politikinhalte und -formen - dies sollte deutlich geworden sein. In verteilungspolitischer Hinsicht, d.h., bei quantitativen Fragen, vertraten die Arbeitgeber stets die Position der Zementierung der Verteilungsrelationen; nach ihrer Verschiebung zugunsten der Lohnabhängigen zu Anfang der siebziger Jahre forderten sie kategorisch die Rückkehr zu früheren Verhältnissen und vertraten zur Durchsetzung dieses Zieles das scheinbar sachzwanghaft bestimmte und interessenneutrale Konzept der kostenniveauneutralen Lohnpolitik. Sie waren durchgehend darum bemüht, ihre Argumente mit einem legitimationsstiftenden Gemeinwohlbezug auszustatten, wobei als Allgemeinwohl die Ziele des 1967 verabschiedeten Stabilitätsgesetzes galten - Preisstabilität, Vollbeschäftigung, außenwirtschaftliches Gleichgewicht, bei angemessenem und ausgewogenem Wachstum -, die nur bei Beachtung ökonomischer Gesetzmäßigkeiten und wirtschaftlicher Vernunft realisiert werden könnten. Ihr Hauptadressat waren, außer in den beiden Jahren 1967 und 1975, als die Krise jeweils ihren Tiefpunkt erreicht hatte, die Gewerkschaften, nicht der Staat, wobei neben die durchgehende Aufforderung zur Kooperation in wachsendem Maße der Vorwurf des Machtstrebens, der Maßlosigkeit und des gemeinwohlschädigenden Verhaltens trat.

Der Argumentationsstil der Arbeitgeber war, mit Ausnahme des Jahres 1970, stets offensiv und zugleich ganz eindeutig selektiv, da sie qualitative issues grundsätzlich auszuklammern bemüht waren, und zwar sowohl aus den Tarifauseinandersetzungen als auch hinsichtlich der staatlichen Wirtschaftssteuerung. Jeder Eingriff in die unternehmerische Investitionsautonomie wurde selbstverständlich kompromißlos abgelehnt; Regional- und Strukturpolitik galten als dem marktwirtschaftlichen System widersprechend; generell bemühten sie sich, Diskussionen auf der globalen, gesamtwirtschaftlichen Ebene zu halten und qualitative Fragen wie die der Arbeitszeit und -bedingungen, wenn sie etwa aufgrund gewerkschaftlichen Insistierens einfach nicht

mehr ausgeklammert werden konnten, in die Betriebe abzudrängen, d.h., der Kooperation oder dem Konflikt zwischen Unternehmensleitung und Betriebsrat zu überlassen.

Das Bestreben der Unternehmer, die Bewegungsspielräume der Gewerkschaften, aber auch des Staates, einzuengen, läßt sich im gesamten Untersuchungszeitraum nachweisen, sowohl inhaltlich in Form einer 'Selektivität durch Nicht-Thematisierung' als auch strategisch durch die Reduktion der branchenbezogenen Tarifpolitik auf rein quantitative Lohnfragen, bzw. durch die permanenten Forderungen an den Staat, alles zu unterlassen, was nicht der direkten quantitativen Begünstigung der Arbeitgeber selbst (Steuerentlastung, Abbau sozialpolitischer Kosten etc.) bzw. der quantitativen Disziplinierung der Gegenseite (Einkommenspolitik) diente.

Was die Beurteilung des Wirtschaftsablaufes betrifft, so hatte aus der Sicht der Unternehmer die Preisstabilität stets den Vorrang vor der Vollbeschäftigung, allerdings auf dem Hintergrund der Forderung nach staatlicher Ermöglichung eines mittelfristig stetigen Wachstums; Inflation und Arbeitslosigkeit schufen beide Male in den Zeitabschnitten 1970 - 1973 und 1974 - 1976 Bedingungen, die ihnen zunächst die Torpedierung staatlicher Reformpläne und danach die verteilungspolitische Zurückdrängung der Gewerkschaften gestatteten. Nur eines gelang ihnen nicht: Die Gegenseite daran zu hindern, sich gegen die inhaltliche und strategische Einschränkung ihrer Handlungsmöglichkeiten zu wehren, in wachsendem Umfang zumindest über Chancen einer Gegenwehr nachzudenken. Die Arbeitgeber vermochten in großem Ausmaß reale ökonomische, gesellschaftliche und staatlich-politische Verschiebungen zu verhindern, zu verlangsamen oder abzuschwächen. Den Lernprozeß ihres gesellschaftlichen Kontrahenten gerade daraus dagegen konnten sie nicht aufhalten.

Denn wohl die einschneidenste Veränderung während des hier untersuchten Zeitraumes war die beginnende Umorientierung der Gewerkschaften von der rein quantitativen Lohn- zu einer in zunehmendem Maße qualitative issues wie Arbeitszeit und -bedingungen, Rationalisierungsschutz etc. aufgreifenden Tarifpolitik und von der überwältigenden Staatsfixierung zu einer Rückbesinnung auch auf die eigene, autonome, gesellschaftliche Kraft. Hatten sie zunächst fast ausschließlich verteilungspolitisch und eher kooperativ argumentiert, so setzte ein erster, von der Basis erzwungener Veränderungsschub um 1969/70 ein, als sie ein wachsend konfliktorientiertes Verhalten in der Tarifpolitik an den Tag legten. Dazu parallel begann eine weit ausgreifende Diskussion darüber, welche gesellschaftlichen Positionsgewinne von der staatlichen Politik zu den eigenen Gunsten durchgesetzt werden könnten, nachdem erstmals die Sozialdemokratie die Bundesregierung führte.

Im Zusammenhang mit der schneller werdenden Inflation begannen die gewerkschaftlichen Forderungen nach staatlichen Eingriffen in die unternehmerische Investitionsautonomie an Nachdruck zu gewinnen; gleichzeitig traten neben die von der Geldentwertung angeheizte quantitative Verteilungspolitik erste arbeitsmarktsbezogene qualitative Fragen. Unter dem Druck der Krise dann wuchsen Zahl und Reichweite der Beiträge zu beiden Themenkreisen; die Gewerkschaften begannen, eine 'Doppelstrategie' der autonomen Ausweitung des tarifpolitischen Themenkatalogs einerseits, der Forderung nach der Ausdehnung staatlicher Handlungsspielräume andererseits zu formulieren, allerdings mit dem Hauptgewicht auf letzterer Strategievariante. Nachdem die Hoffnung auf die Unterstützung durch den Staat spätestens in der Wirtschaftskrise ab 1974/75 nachhaltig enttäuscht wurde, gewann ganz langsam die autonome, qualitativ orientierte Verhaltensweise an Gewicht. Bis zum Ende des Untersuchungszeitraumes geschah dies nur in ersten Ansätzen, aber diese waren unverkennbar.

Konjunkturpolitisch favorisierten die Gewerkschaften stets Wachstum und Vollbeschäftigung; letzteres ist selbstverständlich und bedarf keiner weiteren Kommentierung. Die kompromißlose Wachstumsorientierung dagegen war teilweise in sich widersprüchlich, da man global eine Verstetigung des Wirtschaftsablaufes forderte, jedoch immer die Dämpfung des ökonomischen Prozesses ablehnte und genau wie die

Unternehmer auf jedem Prozentpunkt möglichen Wachstums und damit umverteilbaren gesellschaftlichen Reichtums bestand. Davon legen besonders die Stellungnahmen zur Exportentwicklung ein beredtes Zeugnis ab, die als solche nie kritisiert wurde, an der man vielmehr selbst maximal partizipieren wollte.

Auffällig ist, wie wenig die Gewerkschaften durchgehend das Verhalten ihres gesellschaftlichen Kontrahenten thematisierten; dies zeigt ebenso wie ihr Schwanken zwischen marktwirtschaftlicher und gemeinwohlbezogener Begründung ihrer Forderungen und der Einnahme eines expliziten und eher konfliktorientierten Interessenstandpunktes erst dann, wenn lohnabhängige Interessen bereits real verletzt worden waren, ihre nach wie vor vorhandene Defensive in der Auseinandersetzung mit der Gegenseite. Jedenfalls so lange sie sich an die Erwartung klammerten, der Staat werde ihnen zur Durchsetzung ihrer Forderungen verhelfen, gelang ihnen die Ausbildung von gesellschaftlichem Selbstbewußtsein nur wenig.

Was die innerverbandlichen Verhältnisse betrifft, so wird grundsätzlich in den Beiträgen beider Seiten kaum etwas von internen Problemen und Konflikten faßbar, und dies, obgleich es sich bei beiden Publikationsmedien in erster Linie um Organe handelte, die auf die Selbstverständigung nach innen zielten. Das Bemühen um ein geschlossenes und einheitliches Vorgehen nach außen ist ganz deutlich spürbar und bestätigt die oben theoretisch entwickelte These, daß das 'Prinzip Geschlossenheit' nicht nur für die Parteien, sondern in zunehmendem Maße auch für die Verbände gilt. Auf Seiten der Arbeitgeber wird lediglich in der Zeit der inflationären Hochkonjunktur, die besonders ihre mittelständigen Mitglieder in Existenzschwierigkeiten brachte, ein wenig greifbar, daß es interne Kritik an den relativ hohen lohnpolitischen Konzessionen gegeben haben mußte. Die Gewerkschaften dagegen gerieten offenbar erst unter dem Druck der Krise verstärkt in die Situation, sich offen über ihre internen Widersprüche verständigen zu müssen, da jetzt die Bündnisse der Branchen quer über die Verbandsfronten hinweg zerfallen waren und stärkere wie schwächere Zweige der Organisation mit dem kompromißlosen Verhalten der Gegenseite konfrontiert waren, die jetzt geschlossener denn je auftrat und ihren von der Krise verstärkten Machtvorsprung gezielter als früher ausspielte.

Schließlich ist noch die Frage des Verhältnisses von DGB und BDA zu den Parteien kurz anzureißen. Salopp formuliert: Im Prinzip kannten beide keine Parteien, sie kannten nur den Staat. Mit ihren eigenen Legitimationsmustern, die einerseits das Gemeinwohl, andererseits das Prinzip sozialer Gerechtigkeit thematisierten, erreichten beide Spitzenverbände ein Ausmaß an jeweiliger interner Interessengeneralisierung und -harmonisierung, das sie direkt an die ähnlichen Prinzipien verpflichtete Spitze des politischen Entscheidungszentrums verwies. Man kann den gleichen Sachverhalt auch umgedreht formulieren: Abgesehen von dem gelegentlich geäußerten Vorwurf, eine Partei arbeite (illegitimerweise) dem Gegenspieler in die Hände, wurden die Parteien völlig übergangen und der direkte Zugang zum Staat gesucht, im Falle der Gewerkschaften allerdings speziell der sozialdemokratisch geführte Staat, der eine größere Zugänglichkeit als früher versprach. Jedoch eine Erörterung der Tatsache, daß es (bestimmte) Parteien waren, die das Entscheidungszentrum besetzten, von dem man die eine oder andere Maßnahme oder Unterlassung forderte, fand auf beiden Seiten nicht statt.

Wie weitgehend der ursprüngliche Konsens zwischen Gewerkschaften und Unternehmerverbänden, der sich auf das gemeinsame Ziel der schnellen und umfassenden Bewältigung der Rezession von 1966/67 gegründet hatte, unter dem Druck zugespitzter Interessengegensätze in der Hochkonjunktur und der Stagflationsphase zerfiel, belegen schließlich auch die gemeinsamen Stellungnahmen der an der Konzertierten Aktion Beteiligten mit wachsender Deutlichkeit. Dieses Gremium, das eine Zeitlang als ein wesentlicher institutioneller Knotenpunkt der Transmissions- und Selektionsströme zwischen Verbänden und Regierung gelten konnte, äußerte sich von Anfang 1967 bis Anfang 1974 in mehr oder weniger regelmäßigen Abständen zu Konjunkturentwicklung

und den mit ihr verbundenen Fragen. Ein letzter, knapper, exkursartiger Überblick über die Ergebnisse seiner Beratungen zeigt noch einmal, wie schwierig sich die Verhältnisse zwischen den Verbänden zunehmend gestalteten und wie problematisch damit die Ausgangslage für das wirtschaftspolitische Handeln der Parteien im Zeitverlauf werden mußte.

1967/68 war man sich über die Notwendigkeit steigender Unternehmenserträge (als immer wieder so bezeichneter Voraussetzung für die Zunahme der Investitionen und entsprechend auch für den Abbau der Arbeitslosigkeit), aber auch in der Ablehnung einer "negative(n) Lohnpolitik"[1] einig; d.h.; beide Seiten bemühten sich auch in einer Phase verknappter Verteilungsspielräume darum, die Grundlage ihrer wechselseitigen Kooperation - steigende Einkommen für Kapital u n d Lohnarbeit - nicht durch die Verweigerung von Zugeständnissen zu zerschlagen.

Aber je schneller die Preise stiegen, desto rascher bezogen die beiden Lager unterschiedliche Postitionen dazu, was die Ursachen dieses Phänomen seien und wie es zu bekämpfen sei.[2] Zwar sprachen sich Unternehmer wie Gewerkschaften aus stabilitätspolitischen Gründen gegen eine "übermäßige Ausweitung der staatlichen Ausgaben" aus[3]; aber zum einen dürften die Auffassungen darüber, was im Einzelfall als 'übermäßig' zu gelten hatte, beträchtlich voneinander abgewichen sein, und zum anderen zählt eine derartige Einigungsformel wohl wenig gegenüber konkreten Forderungen an die Staatsaktivität. Denn wenn die Gewerkschaften mit dem Gedanken eines Ausbaus des konjunkturpolitischen Instruments 'Investitionssteuer' spielten[4] und später dann immer heftiger nach einer durchgreifenden Wettbewerbspolitik verlangten[5], während die Unternehmer auch dann noch auf harten stabilitätspolitischen Restriktionen bestanden, als ihre Gegenseite aus Furcht vor bedrohten Arbeitsplätzen schon wieder nach konjunkturpolitischer Lockerung rief[6], so standen die staatlichen Entscheidungsträger bei diesen Ansprüchen vor qualitativ höchst verschiedenen Anforderungen, von denen jeweils nur die einer Richtung erfüllt werden konnten, was notwendig nur zur Verärgerung der anderen führen konnte.

Dazu kam, daß 1972/73 keine Einigung mehr in den zentralen Verteilungsfragen erzielt werden konnte[7], nachdem schon vorher deutlich geworden war, daß alle Appelle an die Verbandsspitzen, 'mäßigend' auf ihre Basis und deren Preis- und Lohnpolitik einzuwirken, dann nichts fruchten konnten, wenn trotz der erklärten Bereitschaft der Organisationsführung zu solchen Beeinflussungsversuchen ihre jeweilige Basis autonom höhere Preise fest- oder höhere Löhne durchsetzte.[8] Es konnte daher nicht ausbleiben, daß beide Seiten für die staatlichen Lenkungsversuche immer weniger zugänglich wurden, da sie anderenfalls den partiellen oder sogar massenhaften Abfall ihrer Gefolgschaft hätten riskieren müssen.[9]

So war schon lange vor dem Beginn der Weltwirtschaftskrise, die den Leistungs- und Legitimationsdruck auf die (regierenden) Parteien enorm verschärfte, in einer der zentralen 'Interessen-Clearing-Stellen' von Verbänden und Parteien aus dem Konsens über Verteilungsfragen und Probleme der staatlichen Aktivität jener in den amtlichen Stellungnahmen und Bulletins nur diskret angedeutete Dissens geworden, der dem realen Übergang von der Kooperation zum Konflikt zwischen lohnabhängigen und Kapitalverbänden entsprach. Dieser kurze Exkurs über die immer spärlicher ausfallenden Sitzungsergebnisse der Konzertierten Aktion[10], der als Einstieg in die Betrachtung wirtschaftspolitischer Konzeptionen und Aktivitäten der Parteien dienen sollte, dürfte exemplarisch deutlich gemacht haben, wie kompliziert das 'Interessenmaterial' wurde, das den im engeren Sinne politisch Handelnden von den Verbänden vorgegeben wurde. Will man für dieses Verhältnis die Sichtweite des korporatistischen Ansatzes verwenden (was die Verfasserin aus den entwickelten Gründen für wenig weittragend hält), so sollte zumindest klargeworden sein, wie eng begrenzt und leicht zerstörbar der Raum ist, in dem institutionalisierte Versuche der staatlichen Instrumentalisierung der Großverbände unternommen werden können. Vielmehr steht zu vermuten, daß die wichtigsten Prozesse der Interessenverarbeitung und -

transmission zwischen Verbänden und Parteien gerade außerhalb eines institutionell definierten Rahmens ablaufen, weil sie nur dann den jeweiligen Eigenarten und Bedürfnissen der verschiedenen Organisationstypen gerecht werden können.

Jedoch bevor die wirtschaftspolitischen Stellungnahmen der Parteien im einzelnen analysiert werden, soll zuvor noch eines in aller Deutlichkeit festgehalten werden: Die Auseinandersetzungen gingen um die Verteilung des erwirtschafteten Reichtums, um den Preis der Ware Arbeitskraft, in zunehmendem Maße auch um die Bedingungen ihrer Vernutzung und Reproduktion, sowie um den vor allem staatlicherseits zu betreibenden Versuch eines Abbaus ökonomischer, gesellschaftlicher und politischer Benachteiligung der Lohnabhängigen. Es ging nicht um die Aufhebung des Status der Lohnarbeit, es ging nicht um die Art und Weise, in der der gesellschaftliche Reichtum produziert wurde, und die teilweise fast naiv zu nennenden Vorstellungen der Gewerkschaften darüber, wie Produktions- und Marktsphäre politischen Imperativen unterstellt werden sollten und könnten, machen erkennbar, wie sehr sie der Oberfläche des kapitalistischen Systems und des bürgerlichen Staates verhaftet waren und blieben. Die These scheint in vollem Umfang belegt, daß es ihnen stets um die Gleichstellung ihrer Mitglieder als Lohnabhängige (denn nur diese benötigen eine Gewerkschaft als Verkaufsagentur ihrer Ware Arbeitskraft) im gegebenen System ging. Diese forderten sie in der Tat immer nachdrücklicher, je faßbarer die realen Benachteiligungen im Verlauf des immer instabiler werdenden Wirtschaftsprozesses zu Tage traten. Es wird am Ende der Arbeit noch einmal darauf zurückzukommen sein, daß die Diskrepanz zwischen dem, was sie forderten, und dem, was faktisch an Arbeitslosigkeit, Millionenkonkursen, Massenentlassungen, Rationalisierungsschüben, Arbeitsintensivierung und Sozialleistungsabbau (vom Reformverzicht der Sozialdemokratie gar nicht erst zu reden!) über die Lohnabhängigen hereinbrach, so groß wurde, daß ihre Politik nach außen umschlug in Repression ihrer Kritiker nach innen.[11] Dies zu erwähnen läuft weniger auf einen moralischen Vorwurf hinaus als auf den Aufweis eines strukturellen Dilemmas, in den Grenzen des kapitalistischen Interessenverarbeitungsprozesses agieren zu müssen und zu wollen, diese zugleich aber leugnen zu müssen, weil anders die Basis nicht dauerhaft auf diejenige Politik eingeschworen werden kann, die einem Verband am ehesten möglich ist: die selektive Interessenverarbeitung und -transmission längs den Maßstäben der 'bürgerlichen Gesellschaft als Klasse'.

Darin dürfte auch der letzte Grund für das Fehlen einer echten direkten Auseinandersetzung mit der gesellschaftlichen Position der Unternehmer und den ihnen zu Verfügung stehenden Machtmittel zu sehen sein. Diese Fragen durften nicht wirklich gestellt werden, weil die Antworten darauf die unaufhebbaren Grenzen gewerkschaftlicher Handlungsspielräume und Veränderungschancen offenkundig gemacht hätten. Dieser Zwiespalt, ein System für durch das eigene (bzw. durch die eigenen Forderungen in Gang gesetztes staatliches) Handeln für veränderbar zu erklären, ohne daß dies einer erlebbaren Realität entsprach, mußte die Gewerkschaften langfristig in tiefe Spannungen zwischen ihnen und ihren Mitgliedern stürzen. Der immer wieder aufs Neue von ihnen unternommene Versuch, diesem Dilemma durch Forderungen an den Staat, zugunsten der eigenen Positition aktiv zu werden, zu entgehen, konnte auf der einen Seite mit wachsenden Erfahrungen mit der realen Selektivität staatlichen Handelns nur zu neuen Widersprüchen und Spannungen nach innen führen. Auf der anderen Seite aber verstärkte dieser hilflose Etatozentrismus der Gewerkschaften den Handlungs- und Legitimationsdruck auf die Parteien, besonders auf die SPD, ganz enorm. Die Gewerkschaften mochten dadurch dem Vorwurf ihrer Basis, sie versagten bei der Erfüllung ihrer Aufgaben, entgehen, daß sie ihn auf den Staat ablenkten und damit ihre eigene Legitimation erhielten. Aber dafür beschworen sie die Gefahr eines massenhaften Legitimationsabzugs von der Spitze des politischen Entscheidungszentrums herauf, die für die Parteien existenzbedrohend werden konnte. Deren Bemühungen, mit den sich wandelnden ökonomischen und inner- wie interverbandlichen Verhältnissen fertig zu werden, gilt nun das letzte Kapitel.

5.) Stellungnahmen der Bundestagsparteien CDU/CSU, SPD und FDP zur Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftspolitik 1966 bis 1976

Das Jahr 1966 wurde aus zwei Gründen als Beginn des Untersuchungszeitraumes der vorliegenden Arbeit gewählt. Der eine, dessen Bedeutung im vorangegangenen Kapitel bereits greifbar geworden sein sollte, liegt in der Tatsache, daß 1966 die erste wirkliche Nachkriegsrezession einsetzte. Der zweite besitzt einen zentralen Stellenwert für dieses Kapitel: 1966 trat die Sozialdemokratie zum ersten Mal seit dem Sturz der Regierung Müller im März 1930 in eine deutsche Zentralregierung ein. Die wirtschaftspolitischen Auseinandersetzungen, die im folgenden zu schildern sind[1], werden zeigen, wie maßgeblich die Regierungsbeteiligung, später sogar die Regierungsführung durch die SPD mit all ihren neuen Zielen und Konzeptionen die Diskussion prägte. Damit soll nicht der Eindruck erweckt werden, die SPD habe diese Debatten dominiert; vielmehr geht es darum, die Kontroversen innerhalb des Parteinsystems nachzuzeichnen, die von den innovativen Plänen und Aktivitäten einer Partei ausgelöst wurden.

Mithin wird man in diesem Kapitel zwei Ebenen der Betrachtung immer wieder zusammenhalten müssen: Diejenige, welche Impulse aus dem ökonomischen Prozeß bzw. von den sozio-ökonomischen Verbänden in Form von Problem- und Interessendruck an die Parteien herangetragen oder von diesen selbst aufgegriffen wurden - dies sollte Material für die im Mittelpunkt der Arbeit stehende Frage nach dem Verhältnis von Verbänden und Parteien im engeren Sinne liefern. Davon zu unterscheiden ist die Betrachtung von Entwicklungsprozessen innerhalb des Parteiensystems und hinsichtlich der parteien-staatlichen Politik, die von diesen Problemen und Forderungen aus dem sozio-ökonomischen und sozio-politischen Bereich angestoßen oder erzwungen wurden. Es steht zu hoffen, daß die Analyse dieses zweiten Aspekts, die selbstverständlich sehr eng mit dem ersten verknüpft ist, einige Antworten auf die Frage nach 'Tätigkeits-' bzw. 'Systemgrenzen' staatlicher Politik zu geben vermag. Denn ebenso, wie oben die Diskussion über das Verhältnis von 'Staat und Gesellschaft' als zu abstrakt kritisiert worden ist[2], soll hier auf die Frage nach dem Verhältnis von 'Staat und Kapital' verzichtet werden. Es mag fruchtbarer, wenngleich weniger ambitioniert sein, stattdessen en détail zu klären, unter welchen Bedingungen vor allem ökonomischer und verbandsförmiger Art welche parteiförmige Politik formuliert und zu welchen Teilen in staatliches Handeln übersetzt wurde. Dabei soll gleich dem Verdacht begegnet werden, hier schleiche sich quasi durch die Hintertür der alte 'input-output-Ansatz' der Betrachtung politischen Handelns wieder ein. Selbstverständlich handelt es sich bei dem Prozeß der Interessentransmission, -selektion und -verarbeitung durch verschiedene Organisationstypen auf unterschiedlich institutionalisierten Ebenen um einen einheitlichen Prozeß der Systemreproduktion, bei dem die Verbände zum Teil auf genuin parteiförmigen Handlungsfeldern tätig werden und umgedreht, innerhalb dessen die Interessengruppen teilweise direkt zum Staat vorstoßen bzw. die Parteien unmittelbare Verbindung zur primären gesellschaftlichen Interessenentstehung suchen etc. Aber im Sinne der in den beiden ersten Kapiteln der vorliegenden Arbeit entwickelten theoretischen Überlegungen soll hier unterschieden werden zwischen der Kooperation (d.h. dem Zusammenhang) zwischen Verbänden und Parteien innerhalb des Prozesses der Systemreproduktion und der Rivalität (d.h. dem Gegensatz) beider als unterschiedliche Typen interessenverarbeitender Organisationen.[3]

Wie im vorangegangenen Kapitel hinsichtlich der ökonomischen Entwicklung, so muß auch hier auf eine detaillierte Schilderung wirtschaftspolitischer Maßnahmen im Verlauf des Untersuchungszeitraumes verzichtet werden, um den Rahmen der Arbeit nicht vollends zu sprengen.[4] Vielmehr sollen zu Beginn jedes Abschnitts nur knapp die wichtigsten Eingriffe des Staates in das ökonomische Geschehen skizziert werden, um desto breiter die Auseinandersetzungen zwischen den drei Parteien[5] um

diese Maßnahmen zu schildern. Denn wie schon in der Einleitung begründet, ignoriert eine auf die Ebene faktischer Staatsmaßnahmen fixierte Analyse gerade die Selektivität des Interessenverarbeitungsprozesses, die in der systematischen Fernhaltung bestimmter Interessen, Forderungen und Probleme von den staatlichen Handlungsmöglichkeiten besteht.

Daß die Darstellung fast genau dem gleichen chronologischen Gliederungsschema wie im vorangegangenen Kapitel folgt, soll nicht als Ausdruck der Auffassung betrachtet werden, die Parteien könnten nur in dem vom ökonomischen Prozeß und den Verbänden gesetzten Rahmen tätig werden. Parteien sind eben nicht nur der konjunkturellen Zyklizität unterworfen, an der sie sich abzuarbeiten haben, sondern sie unterliegen zugleich dem Zeitablauf der Legislaturperiode mit all ihren massenlegitimatorischen Verpflichtungen. Wie gravierend politische Daten im Einzelfall auf ökonomische Probleme zurückwirken können, zeigt sich beispielsweise sehr deutlich an der währungspolitischen Diskussion der Jahre 1968/69, als es erst nach der Bundestagswahl 1969 gelang, die DM aufzuwerten. Die Folgen dieser viel zu spät getroffenen Entscheidung für den immer stärker überschäumenden Boom der Jahre 1969/70 zeigen, wie sehr man sich vor einer Unterschätzung politischer Einflüsse auf den ökonomischen Prozeß hüten muß.

Aus dieser Überlegung eines - wie immer begrenzten - eigenen parteiförmigen Handlungsspielraumes und Handlungszwanges heraus gliedert sich das vorliegende Kapitel nach den jeweils amtierenden Bundesregierungen des Untersuchungszeitraumes: Vom Kabinett Erhard/Mende zur Regierung Kiesinger/Brandt (1966 - 1969); 1. Kabinett Brandt/Scheel (1969 - 1972); und vom 2. Kabinett Brandt/Scheel zum 1. Kabinett Schmidt/Genscher (1973 - 1976). Innerhalb dieser einzelnen Abschnitte werden dann die wirtschaftspolitischen Argumentationsmuster für jede Partei gesondert entwickelt. Diese Einteilung reflektiert dabei durchaus den gleichzeitigen Verlauf des ökonomischen Prozesses: Rezession und Aufschwung, Boom und Inflation, Stagflation und schließlich die Wirtschaftskrise lassen sich ohne allzu große Verzerrungen auch in diesem chronologischen Schema wiederfinden.

5.1) Vom Scheitern des Ordo-Liberalismus zum folgenreich geglückten keynesianischen Krisenmanagement - Große Koalition, Rezession und Aufschwung (1966 - 1969)

Mehr als fünfzehn Jahre nahezu reibungsloser, expansiver Kapitalakkumulation unter westdeutschen Sonderbedingungen hatten die politischen Instanzen in der Bundesrepublik in trügerischer Sicherheit gewiegt, sich über die Bereitstellung (außerordentlich günstiger)[1] Rahmenbedingungen hinaus nicht stärker in den ökonomischen Prozeß verwickeln lassen zu müssen. So herrschte die regierungsamtliche Doktrin des Ordo-Liberalismus und der Interventionsfeindlichkeit ungebrochen im Lande, als sich 1965 die Anzeichen dafür mehrten, daß sich der künftige Wirtschaftsablauf nicht mehr so störungsfrei gestalten würde. Die seit 1949 ununterbrochen die Bundesregierung führende CDU/CSU hatte kaum Steuerungs- und Lenkungsinstrumente für den Fall ökonomischer Turbulenzen entwickelt, in ihrer Haushaltspolitik hielt sie mehr vom Ansparen als von antizyklischer Fiskalpolitik, und ihre fehlenden innerparteilichen Widerstände und Ausgleichsmechanismen gegenüber hochgradig organisierten gesellschaftlichen Interessen, beispielsweise im Agrarbereich, verführten sie zu einer gefährlichen Politik der Wahlgeschenke.[2]

Überaus problematisch wurde die Lage in dem Augenblick, als Wachstumsrückgang und steigende Preise auf eine wegen übermäßiger Austeilung von Gratifikationen im Zusammenhang mit der Bundestagswahl 1965 mehr als angespannte Haushaltslage trafen, die ihre neue Aufgabe der Ankurbelung der Wirtschaft durch zusätzliche Auftragsvergabe im Abschwung umso weniger gerecht werden konnte, als die Bundesbank das Zinsniveau unverändert hochhielt, da sie sich einzig und allein dem Erhalt der Geldwertstabilität verpflichtet betrachtete.

Die Fakten sind bekannt: Über die Regierungsbeteiligung der SPD, die Übernahme des Wirtschaftsministeriums durch den äußerst populären Neo-Keynesianer Schiller und dessen massive Anstrengungen zur Belebung der wirtschaftlichen Entwicklung[3] führte der Weg mit Hilfe des im Mai 1967 verabschiedeten Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes in einen Aufschwung bislang ungekannter Dimensionen, nachdem die westdeutsche Wirtschaft nur ein Jahr lang von Wachstumseinbußen und (relativ niedrigen) Arbeitslosenzahlen belastet worden war.

Wohl nicht zufällig lag das Problem der Haushaltssanierung dagegen nicht in den Händen der im Interesse der Konkunkturankurbelung expansionsfreudigen Sozialdemokratie, sondern bei dem CSU-Finanzminister Strauß, der sich erfolgreich für Ausgabenkürzungen[4] und gegen weitere Auftragsprogramme einsetzte.[5] Um seine Person gruppierte sich auch das Zentrum des Widerstandes gegen die Aufwertung der DM; die Auseinandersetzung um diesen Schritt beherrschte die wirtschaftspolitische Debatte zunehmend, je sicherer der Aufschwung wurde. Im November 1968 kam es zu einer Zwischenlösung, indem die Import- und Exportsteuersätze um 4% nach unten bzw. nach oben verändert wurden; aber erst nach dem sozialliberalen Wahlsieg im Oktober 1969 fand die eigentliche Neufestsetzung der Umtauschrelationen statt: Die DM wurde um (maximal) 9,3% teurer.

Bis dahin jedoch hatte die Exportentwicklung die Konjunktur schon derartig angeheizt und hatte die Politik der rein binnenwirtschaftlichen Preisstabilisierung[6] schon so viele z.T. spekulative Auslandsgelder angezogen, daß sowohl der Versuch der konjunkturellen Verstetigung als auch das Bemühen um einen stabilen Geldwert nur noch mißlingen konnten. Dazu traten noch die spontanen Streiks vom Herbst 1969, die die Einkommenspolitik der Zukunft enorm belasten sollten. Es ist nun zu betrachten, welchen Niederschlag diese Entwicklungen und Ereignisse in den Argumentationsmustern der einzelnen Parteien fanden.

5.1.1) CDU/CSU

Im Frühjahr 1966 stand das Problem der Geldentwertung für die CDU/CSU trotz der Erkenntnis im Vordergrund, daß die Investitionen seit einiger Zeit rückläufig waren.[7] Vor allem zwei Ursachen wurden für den Verfall der Preisstabilität genannt: "die Sozialpartner haben sich in den letzten Jahren recht unbekümmert benommen, aus dem Gefühl heraus: Das geht ja alles mit Geld zu regeln, und wir verdienen es ja"[8]; und die öffentlichen Hände hätten allzu unbedenklich mehr ausgegeben, als die Wirtschaft habe erarbeiten können.[9]
Demzufolge kreisten die Aussage der meisten Redner um die Frage, wie die Geldentwertung[10], die eine Bedrohung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der westdeutschen Wirtschaft darstelle[11], beseitigt werden könne. Man war sich einig, daß die Kostenbelastung der Wirtschaft gemildert, d.h., geringere Lohnsteigerungen als bisher vereinbart werden müßten[12] und daß die Staatsausgaben zu kürzen seien, wenngleich Teile der CDU/CSU eine Gefährdung des Wachstums durch übermäßige Ausgabenreduktionen vermeiden wollten.[13]

Schon hier wird deutlich, wie nahe verwandt Prioritätensetzung bei der Problemauswahl und Ursachendefinition der CDU/CSU zum damaligen Zeitpunkt denen der Arbeitgeberverbände waren. Diese starke Affinität fand auch einen bemerkenswerten Ausdruck darin, daß der bereits zitierte CDU-Abgeordnete Balke identisch mit dem seinerzeitigen BDA-Präsidenten war. Aber dennoch sollten diese Parallelen nicht darüber hinwegtäuschen, daß es zum einen auch deutliche Unterschiede zwischen Partei und Verband gab, und daß sich zum anderen die Union intern keineswegs einig über die anstehenden wirtschaftspolitischen Probleme und die Mittel und Wege ihrer Bewältigung war. Denn auffällig ist, wie sehr sich ihre Redner darum bemühten, keinesfalls einen Alleinschuldigen für die gegenwärtige komplizierte Situation zu benennen: Sofern die Lohnsteigerungen als zu hoch kritisiert wurden, wurde sofort "in gleicher Härte und im gleichen Ausmaß für die Preispolitik und die Investitionspolitik

der Unternehmer" auf deren gesamtwirtschaftliche Verantwortung hingewiesen.[14] Genauso wurde es abgelehnt, die öffentlichen Hände allein in die Pflicht zu nehmen; vielmehr überwog der Tenor: "Alle müssen dem jetzt vordringlichen Ziel der Sicherung der Stabilität ein Opfer bringen..."[15], die generelle Devise: "Mehr arbeiten, weniger ausgeben".[16] Den Staatshaushalt zum "Erst- oder gar Alleinschuldigen" zu machen[17], hätte schließlich bedeutet, Fehlleistungen zuzugeben, die das Legitimationspotential dieser ohnehin bereits umstrittenen Regierung nur noch weiter schmälern mußten. Aber es ging sicherlich nicht allein um diesen speziellen legitimatorischen Aspekt, wenn die CDU/CSU alle Gruppen und die öffentlichen Instanzen zu einheitlichem maßvollem Handeln beschwor. Vielmehr wird hier das dauernde Bemühen um Integration faßbar, um die Zusammenführung aller am ökonomischen Geschehen Beteiligten, ungeachtet ihrer eventuellen Gegnerschaft untereinander.

Zugleich tritt hier aber auch ein parteiinterner Gegensatz zutage: Während ein Teil der CDU, vor allem vertreten durch Wirtschaftsminister Schmücker und den Abgeordneten Burgbacher als Vertreter des sozialreformorientierten Flügels, in Grenzen durchaus für eine Übernahme staatlicher Verantwortung für den ökonomischen Prozeß plädierten[18], lehnten dies die Kräfte um Bundeskanzler Erhard, die seit langem den wirtschaftspolitischen Kurs von Partei und Regierung bestimmt hatten, ebenso eindeutig ab wie die daraus automatisch resultierende teilweise Entlastung der Kontrahenten im Tarifkonflikt (damit natürlich speziell der Gewerkschaften). Stattdessen waren sie sehr darum bemüht, den Staat nicht allzu tief in gesellschaftliche (Verteilungs-)Konflikte zu verstricken, wie ihre schroffe Ablehnung der sozialdemokratischen Forderung nach quantifizierten wirtschaftspolitischen Zielvorstellungen und vor allem nach lohnpolitischen Orientierungsdaten zeigte. Betonte Anerkennung der Tarifautonomie und der Sozialpartnerschaft[19] sowie der Vorwurf des Dirigismus, gar der Marktwirtschaftsfeindlichkeit der SPD[20] waren die Hauptargumente, mit denen man sich vor der Übernahme umfassender Verantwortlichkeiten für den ökonomischen Prozeß zu schützen suchte.

Dabei mochte wohl auch die Furcht der CDU/CSU eine Rolle gespielt haben, daß die unvermeidliche Selektivität derartiger Daten ihre heterogene Basis aufsplittern könnte, zumal ihre Nähe zu bestimmten Arbeitgeberverbandspositionen den Arbeitnehmeranteilen ihrer Mitglieder und Wähler wohl nur schwer zu vermitteln gewesen wäre. Aber hinter dieser pointierten ordnungspolitischen Zurückhaltung steckte noch etwas anderes, nämlich der Versuch, und der Zwang, als Regierung die Integration gegensätzlicher Interessen zu leisten. So formulierte Bundeswirtschaftsminister Schmücker (ganz zu Recht),: "wie unerhört schwierig es im Parlament ist, eine Art tarifpolitischer Auseinandersetzung zu führen. Es läßt sich dabei gar nicht vermeiden, daß dieses Haus dann nach Art der Tarifpartner in zwei Lager gedrängt wird. Wenn die Regierung vermitteln soll, wenn sie durch Hinweise auf wirtschaftliche Möglichkeiten die Tarifpartner zusammenführen soll, dann darf sie vorher auf keinen Fall Partei ergreifen."[21] Anders ausgedrückt: Die CDU/ CSU sah als regierende Partei keinen anderen Weg, Interessenintegrations-, -generalisierungs- und -harmonisierungsarbeit zu leisten als den völligen Verzicht auf Eingriffe in das Verhältnis der Verbände zueinander. Daß dieser Verzicht ebenfalls selektiv war, nämlich in der Regel zu Lasten der strukturell unterprivilegierten Gewerkschaften gehen mußte[22], wurde nicht diskutiert, ebensowenig wie die Frage, inwieweit ein offener Umgang mit den in ihrer faktischen Gegensätzlichkeit durchaus anerkannten Interessen dieses Problem etwas zu entschärfen vermöchte.
Wenige Monate später aber blieb der Union die Grundsatzdebatte über Reichweite und Grenzen, Ziele und Methoden staatlicher Wirtschaftsförderung nicht länger erspart. Im September 1966 fand die erste Beratung des Gesetzenwurfes zur Förderung der wirtschaftlichen Stabilität statt[23], jetzt unter dem Druck des drohenden konjunkturellen Abschwungs bei weiterhin hohen Preissteigerungsraten und einer eindeutig prozyklischen Restriktionspolitik der Bundesbank.[24] Zwar wurde betont, es gebe "keine Krise"[25], aber man erkannte doch recht deutlich, daß vor allem strukturelle Probleme des Akkumulationsprozesses zur Bewältigung anstanden: "Die Überbeschäfti-

gung, die Normalisierung der Wachstumsmöglichkeiten, die wirtschaftliche Integration Europas und die steigende weltwirtschaftliche Verflechtung"[26] begrenzten den Wachstumsspielraum der Zukunft, weshalb der Staat nun doch stärker als bislang steuernd, vor allem aber verstetigend, auf den Wirtschaftsablauf einwirken müsse.[27] Aber die Union war sich keineswegs darüber einig, wofür der Staat sein neu zu schaffendes erweitertes Instrumentarium der Wirtschaftsbeeinflussung denn nun einsetzen sollte. Während Wirtschaftsminister Schmücker das Ziel der Verstetigung der Investitionsbewegung in den Vordergrund stellte[28], betonten andere Abgeordnete, die Sicherung der Geldwertstabilität müsse die Hauptaufgabe der Konjunkturpolitik sein und bleiben.[29] Wieder andere Kräfte traten für eine Kombination fiskalpolitischer und geldpolitischer Instrumente ein, um das zukünftige Problem verknappter Wachstums- und Umverteilungsspielräume bewältigen zu können.[30]

Noch dominierten in der Regierung Erhard/Mende diejenigen Strömungen innerhalb der CDU/CSU, die es - in einer Art Vorgriff auf das zehn Jahre später entwickelte geldmengenpolitische Konzept Milton Friedmans - den Tarifparteien überlassen wollten, die anstehenden Verteilungs- und Arbeitsmarktprobleme weitgehend selbst zu bewältigen und die aufgrund dieser Vorstellungen ein enges Bündnis mit der gleichgesinnten FDP eingegangen waren.[31] Diese Interpretation wird sowohl durch die beabsichtigten Kürzungen der staatlichen Leistungen bestätigt[32], als auch durch die erneute demonstrative Bejahung der Tarifautonomie[33]: "Die Verantwortung von Unternehmern, Tarifpartnern und auch des Verbrauchers bleibt bestehen, so wie ihre Freiheiten unangetastet bleiben sollen."[34] Mit anderen Worten: Sie sollten keinesfalls aus ihrer gesamtwirtschaftlichen Verpflichtung entlassen, d.h., durch staatliche Kompensations- und Korrekturmaßnahmen von den Folgen ihres Tuns entlastet werden, geschweige denn wollte man etwa gezielt zugunsten einer bestimmten Gruppe eingreifen. 'Selektivität durch Nichthandeln' war die dominierende Maxime der regierenden Union.
Selbstverständlich galt allein die globale Beeinflussung des wirtschaftlichen Geschehens als legitim[35]; die Auseinandersetzungen um Differenzierung und Regionalisierung der Konjunkturpolitik lagen noch in ferner Zukunft.[36] Wie genau man sich darüber im klaren war, welche Auswirkungen selektive einkommenspolitische Interventionen unterhalb der gesamtwirtschaftlichen Ebene zwangsläufig zeitigen mußten, belegt Schmückers Frage an die SPD: "Möchten Sie der Regierung die Mitverantwortung für die Wettbewerbsposition einzelner Branchen aufladen?"[37] Es war daher nur konsequent, vor allem für den Sektor Export zu unbedingter wirtschaftspolitischer Abstinenz zu raten[38], zumal dieser Bereich doch auch ohne staatliche Hilfen florierte.

Aus diesem Bestreben, dem Export optimale Bedingungen seines Wirtschaftens zu verschaffen, resultierte auch die im Frühjahr 1967 formulierte Ablehnung der Überlegungen des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) hinsichtlich einer Neufestsetzung der Wechselkurse bzw. ihrer flexiblen Handhabung. Trotz wachsender internationaler Kritik an der überbewerteten DM war die CDU/CSU keinesfalls bereit, im Interesse reibungsloser internationaler Wirtschaftsbeziehungen auch nur einen Fußbreit Boden bei den nationalen ökonomischen Interessen preiszugeben. Bemerkenswerterweise trafen sich in dieser Frage die sonst zum Teil sehr unterschiedlich orientierten Flügel der Union, wie die Breite der Positionen von Luda und Pohle über Schmücker bis hin zu Burgbacher belegt.[39] Mochte man sich auch im Innern der Bundesrepublik uneins geworden sein, nach außen, gegenüber anderen Nationen, beharrten die Christdemokraten einheitlich auf einer maximalistischen Politik.

Zu diesem Zeitpunkt war die binnenwirtschaftliche konjunkturelle Abschwächung schon so weit gediehen, daß Dämpfungsmaßnahmen im Ausfuhrbereich wohl in der Tat problematische Auswirkungen auf die Gesamtwirtschaft gezeitigt hätten.[40] Man scheute jedoch witerhin davor zurück, den ökonomischen Prozeß mit allen Mitteln anzukurbeln: Die gegenwärtige "Konjunkturabflachung"[41] sei wohl eher eine "natürliche

Reaktion auf sehr hohe Investitionsraten der vergangenen Jahre mit dem Zwang der einzelnen Unternehmen, nunmehr zu konsolidieren".[42] Ein zweiter Eventualhaushalt zum jetzigen Zeitpunkt wurde abgelehnt[43], und die Kritik des Regierungspartners, der SPD, an der noch immer zurückhaltenden Politik der Bundesbank wies man zurück, denn es "diente somit nur den allgemeinen Belangen, wenn die Bundesbank rechtzeitig klarstellt, daß es an der Finanzierungsmöglichkeit fehle, bevor eventuell vollendete Tatsachen geschaffen wurden."[44]
Die Vermutung liegt nahe, daß die Dämpfung wirtschaftlicher Aktivitäten der CDU/CSU vor allem aus Arbeitsmarktgründen gar nicht ungelegen kam. So stellte sie dann auch zufrieden fest, die Entwicklung des Arbeitsvolumens habe sich seit dem Rückgang der Konjunktur merklich verändert: "... b) Der Krankenstand hat sich deutlich verringert. c) Die Arbeitskraft ist keine konstante Größe, sondern von psychologischen Faktoren abhängig. Dies zeigt sich deutlich in einer höheren Leistung und geringeren Ausfallzeiten während der letzten Monate. d) Der Zwang zu schärferer Kalkulation zwingt die Betriebe zu einem rationelleren Einsatz ihrer Arbeitskräfte."[45] Vermutlich hoffte man, bei einer 'entspannten' Arbeitsmarktlage die Gewerkschaften eher auf die eigene Überzeugung einschwören zu können, "daß eine stabilitätskonforme Lohnpolitik notwendig ist."[46]

Auch hier wieder, wie bei der konjunkturellen Prioritätensetzung zugunsten der Preisstabilität im Frühjahr 1966, zeigen sich deutliche Parallelen zu den Positionen der BDA, bis hin zu einem sehr ähnlichen, objektivistischen Sprachduktus. Erklärtes Ziel der Unionspolitik war es, den Investitionsentscheidungen der Unternehmer längerfristig günstigere Bedingungen zu verschaffen, sowohl durch eine Steigerung öffentlicher Investitionsausgaben[47], als auch durch verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten[48], denn: "Wenn man zur Zeit von einer Krise sprechen will, so ist es nicht zum wenigsten eine Ertrags- und Kostenkrise."[49] Voller Stolz verwiesen einige Sprecher des konservativsten Flügels auf die erreichten Erfolge bei der Stabilitätspolitik[50]; und die Gründe, die sie für das angeblich nach wie vor nicht zu unterschätzende Problem der Geldentwertung anführten, machen deutlich, weshalb sie gegen eine Konjunkturbelebung mit allen Mitteln eintraten. Denn wenn dafür wirklich die "aktuellen Hauptursachen ... die ungesunde Haushaltspolitik, die mißliche Lage der Finanzen, die übermäßige Verteuerung der Arbeitskosten und die Überhöhung des Konsums zu Lasten der Investitionen" verantwortlich waren[51], dann bot die sich anbahnende Rezession in der Tat am ehesten die Chance, Haushaltskürzungen, lohnpolitische 'Korrekturen' und eine Steigerung der Investitionsquote durchzusetzen.

Wiederum war man sich nicht völlig darüber einig, wie man am besten die Investitionstätigkeit beleben konnte: Burgbacher plädierte für ein Verfahren, das dem Staat zusätzliche finanzielle Ressourcen verschafft und damit die Chance zur Selbst-Legitimation durch Leistung eingeräumt hätte; Pohle und Luda votierten dagegen für einen Verzicht auf staaliche Einkommen und damit eben auch auf Handlungsspielräume der Regierung. Eines wird jedoch in jedem Falle ganz offenkundig: Gegenüber den Verbänden war die Argumentation der Union einerseits dadurch selektiv, daß sie inhaltliche Positionen der Arbeitgeberseite übernahm und sie - genau wie diese - als vermeintlich interessenneutrale Sachzwänge vertrat. Andererseits ergriff sie insoweit unausgesprochen Partei dadurch, daß sie kein einziges Wort über die Gewerkschaften verlor, keine einzige ihrer Forderungen auch nur diskutierte. Neben die 'Selektivität durch Nichthandeln' trat unverkennbar in der sich zuspitzenden ökonomischen Situation die 'Selektivität durch Nichtthematisierung'.

Vor allem die Elemente der Haushaltssanierung und der Investitionsbelebung standen im September 1967 im Vordergrund, als die neu eingeführte Mittelfristige Finanzplanung und das zweite Konjunkturprogramm diskutiert wurden. Von der Mittelfristigen Finanzplanung versprachen sich der Bundeskanzler und sein Finanzminister die Verhinderung einer Wiederholung der haushaltspolitischen Zustände des Vorjahres[52] und eine bessere Abstimmung gesellschafts-, finanz- und wirtschaftspolitischer Notwen-

digkeiten und Möglichkeiten miteinander[53], unter klarer Priorisierung der infrastrukturellen Investitionsausgaben zum Zweck der 'Zunkunftssicherung', d.h., der Bewältigung neuartiger Strukturprobleme der Kapitalakkumulation.[54]
Nun, mit der auch im Unionslager vorgenommenen Neugruppierung des Regierungspersonals, wurde sichtbar, daß sich derjenige CDU/CSU-Flügel nicht länger innerparteilich durchsetzen konnte, der die staatlichen Aufgaben im wirtschaftspolitischen Handlungsfeld auf die Erhaltung des Geldwertes und die Bereitstellung allgemeinster Rahmenbedingungen der ökonomischen Reproduktion hatte begrenzen wollen. Ihm, der die Gesetze des Marktes nicht durch staatliche Interventionen abmildern oder völlig außer Kraft setzen wollte, mußte es in der gegenwärtigen Situation vor allem auf die energische Haushaltssanierung besonders über Einsparungen ankommen.[55] Eine zweite Strömung innerhalb der Union beanspruchte dagegen durchaus, die staatlichen wirtschafts- und finanzpolitischen Handlungsspielräume und Instrumente auszubauen, um den veränderten Anforderungen der Kapitalakkumulation vor allem in infrastruktureller Hinsicht gerecht zu werden, damit zugleich aber auch ihr eigenes politisches Legitimationspotential vergrößern zu können. Sie mußte insbesondere auf die Sicherung ausreichender staatlicher Ressourcen bedacht sein; mehr, um künftige infrastrukturelle Investitionen tätigen zu können, als um konkret die Konjunktur zu beleben, da dann der durchaus nicht unwillkommene arbeitsmarktpolitische Druck auf die Gewerkschaften schnell abgebaut worden wäre. Diese Linie innerhalb der CDU/CSU war offenbar mit der Bildung der Großen Koalition zum wirtschaftspolitisch bestimmenden Faktor der Gesamtpartei geworden.[56]

Da die Union jedoch gezwungen war, dem sozialdemokratischen Regierungspartner Konzessionen zu machen, der wiederum bei länger anhaltender Massenarbeitslosigkeit gegenüber seinen lohnabhängigen Wählern in Legitimationsprobleme geraten mußte, gewann in dieser Situation eine dritte Richtung innerhalb der CDU/CSU an Gewicht. Sie bezog sich stärker als die beiden vorgenannten Strömungen auch auf massenhafte lohnabhängige Interessen an Konjunkturbelebung und Sicherung der Arbeitsplätze; vertreten wurde sie vor allem von Schmücker und Burgbacher, von denen letzterer zu Beginn der siebziger Jahre dann auch in reformpolitischer Hinsicht von sich reden machen sollte.[57]
So erhielt das im September 1967 diskutierte Maßnahmenbündel in Form eines inner- wie interparteilichen Kompromisses letztlich Bestandteile aller drei Strategien: Zuwachskürzungen bei den öffentlichen Ausgaben, Steuererhöhungen und ein zweites Konjunkturbelebungsprogramm.

Im Februar 1968 herrschte dagegen in der Union weitgehende Einigkeit in der Ablehnung weiterer Maßnahmen der konjunkturellen Ankurbelung[58], wiederum nicht zuletzt aufgrund arbeitsmarktpolitischer Überlegungen.[59] Im Vordergrund ihrer Debattenbeiträge stand vielmehr die - durch den FDP-Antrag zur Steuersenkung zwecks Investitionsbelebung ausgelöste - Frage, welche Ressourcen sich der Staat im Aufschwung verschaffen durfte, und auf welche Weise.
Finanzminister Strauß lehnte den Gedanken einer Steuersenkung kategorisch ab[60], Pohle als Vertreter der Linie weitgehender staatlicher Zurückhaltung stimmte seinem Minister eher resignierend zu[61], nicht ohne seinerseits die Grenzen der Politik des deficit spending zu betonen[62], die wiederum nach Meinung von Burgbacher noch keineswegs erreicht waren.[63] Letzten Endes darf wohl Strauß als der Sieger in den innerparteilichen Kontroversen um den Ausbau staatlicher Handlungsspielräume gelten: Er verteidigte erneut die vorgenommenen Steuererhöhungen, den Verzicht auf weitere Ausgabenkürzungen und die weitergehende Aufgabenstellung moderner Fiskalpolitik, die sich eben nicht in der reinen Konjunktursteuerung erschöpfe.[64] Eine Art problematischer Schützenhilfe lieferte ihm dabei das immer deutlichere Zutagetreten von Strukturkrisen, die anders als durch staatliches Eingreifen kaum mehr zu beheben waren.[65]

Gegenüber den Tarifparteien äußerte man sich nach wie vor höchst zurückhaltend[66] und beschränkte sich auf den mahnenden Hinweis, um die notwendige Finanzierung der

erwünschten öffentlichen und privaten Investitionen "nicht zu gefährden, muß die Kostenseite der Wirtschaft und der öffentlichen Investitionsträger abgeschirmt werden".[67] An dieser Distanz zu den gesellschaftlichen Kräften änderte sich auch im November 1968 wenig, als die währungspolitischen Turbulenzen die Debatte völlig beherrschten. Vielmehr vermied es die Union das ganze Jahr 1968 hindurch tunlichst, sich zu den aktuellen Verteilungsproblemen zu äußern. Angesichts eines Rückgangs der unbereinigten Lohnquote von 65,9% (1967) auf 63,9% (1968) erscheint diese 'Selektivität durch Nichtthematisierung' als ein nicht ganz unverständliches Verhalten.[68] Nicht nur wollte man Legitimationsprobleme gegenüber der eigenen Basis durch dieses Schweigen vermeiden; mindestens ebensosehr ging es auch darum, - wie die skeptische Beurteilung der Konzertierten Aktion belegt -, die Tätigkeit des sozialdemokratischen Koalitionspartners auf dem Feld der Einkommenspolitik nicht durch Stellungnahmen hierzu aufzuwerten.

Stattdessen brach nun die Auseinandersetzung um Rolle, Umfang und Bedeutung des Exports zwischen den Parteien voll auf, und auch hier stand die Union wieder nicht völlig geschlossen da. Während Bundeskanzler Kiesinger und sein Finanzminister Strauß die währungspolitische Haltung der Regierung als binnenwirtschaftlich richtig und weltwirtschaftlich verantwortungsbewußt bejahten[69], äußerten sich andere, konservativere Abgeordnete der CDU/CSU durchaus zurückhaltender.[70] Während die Mitglieder der Regierung, die zweifellos sehr viel deutlicher als die schon näher an der Partei angesiedelte Fraktion den internationalen Druck zu spüren bekamen, um die Notwendigkeit eines partiellen Entgegenkommens seitens der Bundesrepublik wußten und diese notgedrungen ihren eigenen Parteifreunden zu vermitteln suchten, hätten letztere wohl ein maximalistisches Beharren auf den alten Prioritäten und außenwirtschaftlichen Verhältnissen vorgezogen. Jedenfalls lehnten alle Unionsredner eine Aufwertung der DM ausnahmlos ab, wegen daraus entstehender finanzieller Haushaltsbelastungen[71], harter Einkommenseinbußen für Export und Landwirtschaft[72], eventueller Gefährdung der Gesamtkonjunktur[73] und besonders, weil sie im Gegensatz zur Variation der Umsatzsteuersätze im Falle "nicht voraussehbare(r), aber mögliche(r) Maßnahmen anderer Länder und mögliche(r) einschneidene(r) Änderungen der Weltwirtschaftslage" nicht rückgängig zu machen sei.[74]
Diese Haltung, zwar notgedrungen ein wenig zu handeln, dabei aber möglichst nur geringe Belastungen der eigenen Wirtschaft und des eigenen Staatshaushaltes in Kauf zu nehmen[75], und jedenfalls dann alles wieder zurückzunehmen, wenn die Partnerländer der Bundesrepublik, unter dem Druck ihrer eigenen binnenwirtschaftlichen und -politischen Probleme und der überragenden westdeutschen Welthandelsposition, zum Mittel der Abwertung greifen sollten, wird erst auf dem Hintergrund der konservativen Situationsanalyse der Weltwirtschaft voll verständlich. Danach trug die Bundesrepublik keinerlei Schuld an den globalen wirtschaftlichen Problemen, deren Ausfluß Störungen der Währungsbeziehungen seien.[76] Vielmehr waren jene Länder verantwortlich, die den Kampf gegen die Inflation nicht energisch genug betrieben[77], weshalb diese auch kein Recht hätten, der Bundesrepublik nationalen Egoismus vorzuwerfen.[78] Mit anderen Worten: Sollten doch jene Länder, die aus ökonomischen Gründen eine expansivere Wirtschaftspolitik treiben mußten, bzw. durch ihre internen gesellschaftlichen Verhältnisse dazu gezwungen wurden, stärker in den Wirtschaftsprozeß zu intervenieren als dies in der Bundesrepublik aufgrund langfristiger Sonderbedingungen und besonders friedlicher Gewerkschaften erforderlich gewesen war, zunächst einmal selbst zusehen, wie sie mit ihren Haushalts- und Zahlungsbilanzdefiziten fertigwurden. Resultierte doch die starke westdeutsche Exportposition nach Auffassung der Union nicht aus irgendwelchen kritikwürdigen Handlungen, sondern aus "große(r) Arbeitsleistung" des deutschen Volkes, "vernünftige(r) Wirtschaftspolitik" seiner Regierung und aus dem "große(n) Maß an sozialer Gerechtigkeit", das dieses Land "von schweren sozialen Erschütterungen" verschont habe[79].

Eigentlich zum ersten Mal seit Beginn des Untersuchungszeitraumes bezog die Gesamtunion hier offen eine klar identifizierbare Position, die weit weniger als alle Kommentierungen binnenwirtschaftlicher Prozesse von Sachzwängen verschleiert wurde.

Der Nationalismus der Christdemokraten und ihre fehlende Bereitschaft, den bei jeder weltwirtschaftlichen ökonomischen Integration notwendigen Preis in Form von Kompromissen zu zahlen, werden hier offenkundig. Während man nach innen, vor allem gegenüber den Tarifparteien, immerhin dadurch einen Beitrag zur Interessenintegration und -harmonisierung leistete, daß man auf eine eindeutige und unverhohlene Begünstigung der Kapitalseite 'von oben' verzichtete und sich die Mühe machte, die eigene Position wenigstens in das Gewand ökonomischer Gesetzmäßigkeiten zu kleiden, vertrat man nach außen einen national orientierten Interessenstandpunkt ohne Abstriche. Gerade die konservative deutsche Volkspartei machte oft Gebrauch von nationalistischen Ideologemen als Mittel zur Aussöhnung intern gegensätzlicher Interessen - die Auswirkungen dieses Vorgehens auf die Beurteilung außenwirtschaftlicher Entwicklungen werden an dieser Stelle deutlich erkennbar.
Aber selbstverständlich war man sich völlig darüber im klaren, daß die Bundesrepublik auf einen funktionierenden Weltmarkt existenziell angewiesen war.[80] Deshalb strebte die Union eine noch engere weltwirtschaftliche Integration einschließlich fester Wechselkurse an[81], was letzten Endes auf den Zwang für die ökonomisch schwächeren Länder hinauslaufen mußte (und sollte), selbst eine härtere binnenwirtschaftliche Stabilitätspolitik zu betreiben, damit aber zugleich durch das nicht mehr länger sozialpolitisch abgemilderte Wirken der Marktgesetze noch härtere sozio-ökonomische Konflikte und Legitimationseinbußen in Kauf zu nehmen. In der Sprache der CDU/CSU klang dies wie folgt: Die gegenwärtige Währungskrise "sollte allen Beteiligten klarmachen, daß letztlich nur vermehrte Solidarität und somit vermehrte Integration der Sicherheit und dem Wohlergehen aller Beteiligten dienen kann."[82] Die 4%ige Steuersatzvariation war "ein bedeutsamer Beitrag zur Wiederherstellung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts, zur Stabilisierung des internationalen Währungssystems und zur Wahrung der Stabilität unserer heimischen Preise" gewesen[83] - jetzt waren die anderen Nationen an Zuge.

An dieser Einstellung änderte sich auch in der letzten wirtschaftspolitischen Debatte vor der 69er Bundestagswahl nichts: Ein hoher Exportanteil sei für die Bundesrepublik unverzichtbar[84]; anstelle seiner Reduktion müßten vielmehr die deutschen Direktinvestitionen, diese "wirklichen Wirtschaftsbotschafter der deutschen Volkswirtschaft im Ausland" mehr als bisher gefördert werden,[85] und trotz aller Reformpläne des Weltwährungssystems müßten vorrangig die Defizitländer ihre Probleme selbst lösen.[86] Man war zufrieden mit der Tatsache, daß die Bundesrepublik stabilitätspolitisch im internationalen Vergleich "eine beachtenswerte Position" einnehme[87] und warnte vor allen Versuchen, daran oder an der deutschen Überschußposition etwas ändern zu wollen. Schließlich sei bekannt, daß auch und vor allem im Export "Abkühlungsmaßnahmen möglicherweise bis zum Arbeitsplatz durchschlagen."[88]

Die gleiche Warnung trug man auch für die Forderung nach einer härteren binnenwirtschaftlichen Wettbewerbspolitik vor, der sich die Union zwar grundsätzlich anschloß, aber nicht, ohne zugleich auf die "Lasten und Opfer, die damit verbunden sind", mahnend hinzuweisen.[89] Selbstverständlich sei der Wettbewerb "so rein wie möglich zu erhalten", aber auch das Konzentrationsproblem dürfe nicht allein in westdeutschen Dimensionen betrachtet werden: "Wir dürfen nicht die optimale Betriebsgröße nach dem bundesrepublikanischen Markt meinen, sonst verlieren wir das, was wir nicht verlieren dürfen: die Exportkraft der Nation."[90]

Es ist erstaunlich, wie offen sich die Union hier auf die Seite der Exportwirtschaft und hier besonders der hochkonzentrierten Großkonzerne schlug. In Anbetracht des extrem hohen Anteils kleiner und mittlerer Selbständiger am Wählerpotential dieser Partei, die kaum an einer derartig bruchlosen Bejahung von Konzentrationstendenzen interessiert gewesen sein konnten, muß diese offenkundige Begünstigung ganz bestimmter qualitativer Interessen als bemerkenswert festgehalten werden. Hier liegt wohl einer jener Fälle vor, in dem keine Partei an den Grundlinien der ökonomischen Reproduktion vorbei kann, infolge der Dominanz hochkonzentrierter

Exportbranchen innerhalb der Gesamtwirtschaft.

Es zeigte sich mithin 1968/69, daß die Union jeden Versuch der außenwirtschaftlichen Dämpfung kategorisch ablehnte, mit dem Hinweis auf die dann drohende Gefährdung des lebensnotwendigen Exports und der von ihm abhängigen Arbeitsplätze, die der Staat - abgesehen von den Erfordernissen des Strukturwandels - zu schützen habe.[91] Die Hoffnung, trotz der bevorstehenden konjunkturellen Überhitzung vermittels des Instruments der tarifpolitischen Vermögensbildungspolitik verschärfte Verteilungskonflikte vermeiden können[92], war im Juni 1969 die einzige konkrete Vorstellung der CDU/CSU zur Steuerung des Wirtschaftsablaufes, dessen prinzipielle 'Machbarkeit' sie im übrigen als Seitenhieb auf den populären und höchst erfolgreichen sozialdemokratischen Wirtschaftsminister energisch bestritt.[93]
Wichtig an dieser Position ist, daß die Union zu jenen Kräften gehörte, die rechtzeitige und durchgreifende Bremsmanöver verhinderten, die unvermeidlich auch den Export hätten einbeziehen müssen, stattdessen Konsumverzicht und Investitionsboom befürworteten und damit ihren Beitrag zur Entstehung jener überaus problematischen Lage im Herbst 1969 leisteten, die in der Folgezeit zu einer schweren wirtschaftspolitischen Belastung werden sollte.

Zwar hatte sich bis 1969 innerhalb der Gesamtpartei die interventionsfreundlichere wirtschaftspolitische Linie durchgesetzt, aber auch deren Bereitschaft zum direkten Eingriff in ökonomische Problembereiche schloß keineswegs den Willen zur Kooperation mit den gesellschaftlichen Verbänden, besonders mit den Gewerkschaften, ein. Das Schweigen der CDU/CSU zu Arbeitsmarkt- und Verteilungsfragen in der Rezession selbst wie im beginnenden und immer schneller werdenden Aufschwung zeigte, daß sie nur solche wirtschafts- und finanzpolitischen Handlungsspielräume ausnutzen wollte, in denen ökonomische Sachzwänge und gesamtwirtschaftliche Vernunft als Begründungsmuster staatlichen Handelns dienen konnten. 'Zunkunftsinvestitionen', die der 'Generation von morgen' das 'Überleben' ermöglichen sollten, hatte die Union gegen innere Widerstände in ihr wirtschaftspolitisches Gesamtkonzept einbauen können; die Integration der deutlicher interessenspezifischen und tendenziell auch konfliktorientierteren Verbände, d.h. aber letztlich der Gewerkschaften als deren fordernder Teil, in das Regierungshandeln überließ sie dagegen kommentarlos der SPD. Und die hatte in der Tat hier auch zunächst große Erfolge zu verzeichnen.

5.1.2) SPD

Auch die SPD befasste sich zu Beginn des hier zu betrachtenden Zeitabschnitts vorrangig mit der Frage, in welchen sozio-ökonomischen Bereichen der Staat tätig werden sollte. Allerdings ging es ihr im Februar 1966 weniger um eine Neukonzeption fiskalpolitischer (Spar-)Strategien, wenngleich sie jeden Schritt hin zu einer längerfristigen staatlichen Finanzplanung bejahte und ihre Mitarbeit bei der Finanzreform ausdrücklich anbot.[94] Im Vordergrund stand vielmehr ihr immer wieder energisch vorgetragenes Verlangen nach einer Förderung des Dialogs mit den wichtigsten gesellschaftlichen Gruppen durch die Bundesregierung, der man fehlende Führungskraft und mangelnde Entscheidungsfreude vorwarf.[95] Angesichts der problematischen Preisentwicklung müsse ein abgestimmtes Verhalten der Tarifparteien erreicht werden[96], das zusammen mit wettbewerbspolitischen[97], vermögenspolitischen[98] und außenwirtschaftlich dämpfenden[99] Maßnahmen stufenweise die Rückkehr zu annähernder Geldwertstabilität ohne "deflationäre Roßkur" ermöglichen solle.[100]

Auffällig ist, wieviel stärker als die CDU/CSU die SPD Stellung gegenüber den gesellschaftlichen Gruppen bezog: Sei es das Lob für die maßvolle Politik der Gewerkschaften[101], sei es die Mahnung an die Unternehmer, sich preispolitisch zurückzuhalten[102] - die SPD machte keinen Hehl aus ihrer Auffassung, daß jedenfalls die Lohnabhängigen keine Verantwortung für die gegenwärtige Preisentwicklung trügen.[103] Der Hauptvorwurf ging dann allerding nicht an diejenigen in der Wirtschaft, die die Preise autonom festsetzten, sondern an die Bundesregierung, die

entweder durch die gänzliche Verweigerung von orientierenden Zahlen oder durch die Proklamation völlig unrealistischer quantifizierter ökonomischer Zielgrößen das Instrument der Orientierungsdaten - vielleicht sogar mit Absicht - entwerte,[104] die Gewerkschaften gegenüber ihrer eigenen Basis in Schwierigkeiten bringe[105] und insgesamt ihrer Führungsaufgabe nicht gerecht werde.[106] Hier wird das Bemühen deutlich, den gesellschaftlichen Bündnispartner zwar in Schutz zu nehmen, zugleich aber die wesentlichen Kompetenzen für die Gewährleistung eines störungsfreien Wirtschaftsablaufs auf die politische Ebene zu verlagern.

Es kann eindeutig festgehalten werden, daß die SPD zu Anfang des Untersuchungszeitraumes staatliche Eingriffe oder zumindest Einwirkungen gerade dort anstrebte, wo die Union sie entschieden ablehnte: gegenüber den gesellschaftlichen Verbänden und bezogen auf den Export.[107] Sie war bestrebt, neue und funktionsfähigere Kanäle der Interessentransmission zwischen 'Wirtschaft' und 'Politik' zu schaffen - und zwar mit deutlicher Betonung der Legitimität gewerkschaftlicher Positionen[108] - und mittels der partiellen Umlenkung außenwirtschaftlicher Handelsströme auf den Binnenmarkt zusätzliche materielle Ressourcen auch für die öffentlichen Hände zu gewinnen; und diese Haltung - zusammen mit der festen sozialdemokratischen Überzeugung, über ein modernes und wirkunsvolles Instrumentarium der Wirtschaftssteuerung zu verfügen[109] - ließ sie geschlossener und handlungsfähiger erscheinen als die Union, die in sich noch uneinig über die generelle Zielrichtung und Reichweite staatlicher wirtschaftspolitischer Aktivitäten war.
Zugleich wird schon an dieser Stelle greifbar, daß die SPD - bei aller offenen und öffentlichen Unterstützung der gewerkschaftlichen Positionen - ganz klar die Ausweitung politischer Kompetenzen, damit aber ihrer eigenen potentiellen künftigen Aktionsmöglichkeiten anstrebte, komplementär zu dem seinerzeitigen fast völligen Verzicht der Gewerkschaften auf eine über die rein quantitative Lohnpolitik hinausgehende autonome Handlungsstrategie. Dies ist umso bedeutsamer, wenn man sich vor Augen führt, daß es die SPD hinsichtlich der Tariflohnpolitik ihres gesellschaftlichen Bündnispartners mit der Lohnregel von dessen unternehmerischem Kontrahenten hielt, nämlich mit der Produktivitätsorientierung der Einkommenspolitik.

Gleichzeitig suchte auch die Sozialdemokratie nicht den offenen Konflikt mit den Unternehmern, worin sich sowohl eine gewisse Defensivhaltung als auch vor allem das Bemühen jeder Partei spiegelt, Kompetenzen und Verantwortung auf die Ebene des eigenen Handelns, d.h., auf die politische Bühne zu verlagern, was die Selbstlegitimation als leistungsfähige Instanz des Interessenverarbeitungsprozesses zwar ermöglicht (aber auch kategorisch erfordert!), dadurch zugleich aber Delegitimierungsprozesse von derjenigen sozialen Gruppierung fernhält, die die eigentlich relevanten ökonomischen Entscheidungen privat trifft.

Anläßlich der Debatte des ersten Stabilitätsgesetz-Entwurfes im September 1966 kehrten diese Positionen: Förderung des sozio-politischen Dialogs[110] sowie Einbau außenpolitischer Instrumente in das konjunkturpolitische Instrumentarium des Gesetzes[111] verstärkt wieder, zusammen mit dem Verlangen nach einer Gleichberechtigung expansiver und stabilitätsorientierter wirtschaftspolitischer Ziele: "Unser Volk will voran; es will Wachstum. Unser Volk will das Erreichte sichern, und das heißt: es will Stabilität. Für uns Sozialdemokraten heißt dies, daß wir mit unseren Verbesserungsvorschlägen aus diesem Entwurf eine Waffe des Wachstums und der Sicherheit, der Stabilität und der Expansion schmieden helfen werden..."[112] Wie man sieht, bediente sich auch die sozialdemokratische (Volks-)Partei gelegentlich sehr gerne des nationalen Begründungsmusters der Interessenintegration.

Der Bundesregierung wurde vorgeworfen, sowohl in ihrer konkreten Konjunktur- und Haushaltspolitik, als auch in ihrer im Gesetzentwurf implizit formulierten grundsätzlichen wirtschaftspolitischen Konzeption allzu einseitig auf das Ziel der Geldwertstabilität fixiert zu sein. Mit einer derartig einseitigen Haltung gefährde sie aktuell die Konjunktur[113] und langfristig - durch das Aussparen der gesell-

schaftlichen Gruppen und des Exports aus der wirtschaftspolitischen Strategie - Stabilität und Wachstum generell.[114] Das wirtschaftliche Wachstum aber, so lautete das grundlegende sozialdemokratische Credo, durfte nicht bedroht werden, nicht zuletzt aus weltpolitischen Gründen der Systemkonkurrenz.[115]

Es darf wohl als sicher angenommen werden, daß sich darin nicht nur die Akzeptierung der dominierenden Priorität des Kapitalverwertungsprozesses gegenüber jedem (partei-)politischen Handeln verbarg. Gerade der Sozialdemokratie dürfte klargewesen sein, daß weder ihre eigenen Reformpläne noch die gewerkschaftlichen Verteilungsvorstellungen bei krisenhaften ökonomischen Zuständen eine Chance der Durchsetzung haben würden.

Die SPD machte aus ihrer Bereitschaft, aber auch ihrer Entschlossenheit zur Zusammenarbeit zwecks Behebung dieser und anderer[116] Mängel des Gesetzesentwurfes keinen Hehl: Sie bot an, bei hinreichender Berücksichtigung ihrer Vorstellungen in einem Stabilitätsentwurf ihren Plan fallenzulassen, die erforderliche Rechtsgrundlage des geplanten Gesetzes mittels einzelner Staatsverträge mit den Bundesländern zu schaffen - eine Konzeption, die die auf eine rasche Verabschiedung des Entwurfes angewiesene und zu diesem Zweck eine Änderung des Grundgesetzes anstrebende Bundesregierung zweifellos unter erheblichen Zeit- und Problemdruck gesetzt hätte.[117] Aber dieser Wille zur Kooperation, der schon bald in den Willen zur Koalition einmünden sollte, ging weit über gesetzestechnische Einzelheiten hinaus: Das Angebot der SPD bestand in nichts weniger als dem Einbringen der Gewerkschaften in einen neuartigen sozio-politischen Kommunikationsprozeß: "Sie (die Bundesregierung, C.S.) werden die Chance haben, mit uns erneut zu versuchen, eine Möglichkeit zu finden, mit den großen sozialen Gruppen die Ansprüche an das Sozialprodukt abzustimmen und sie auf das jeweils vernünftige Maß auszurichten. Aber das kann man natürlich nicht mit der einen Gruppe allein machen."[118] Dafür, daß auch die 'andere Gruppe', die Organisation der Lohnabhängigen, für einen derartigen Versuch zugänglich sein würde, verbürgte sich die SPD - aber nur um den Preis ihrer Beteiligung an der Regierung.

Ein gutes halbes Jahr später konnte Wirtschaftsminister Schiller denn auch auf den gelungenen Einstieg in eine neue Form der sozio-politischen Verständigung verweisen, wenngleich er konzedieren mußte, daß die echte Bewährungsprobe der Konzertierten Aktion erst noch bevorstand: die einkommenspolitische Bewältigung des heftigst herbeigewünschten nächsten Aufschwungs.[119]
Die größten gegenwärtigen Bedenken hatte die SPD bezüglich der Wachstumsentwicklung, nachdem der Zustand des Geldwertes und des Exports - letzterer nolens volens - als einigermaßen zufriedenstellend hingenommen worden waren.[120] Während der Wirtschaftsminister noch vorsichtig formulierte, durch den ersten Eventualhaushalt sei "noch keine konjunkturelle Wende erreicht" worden[121], thematisierte sein durch Ministerpflichten nicht gebundener Parteifreund Porzner offen das Problem drohender Arbeitslosigkeit, die nicht zu einem statistischen Phänomen heruntergespielt werden dürfe: "für uns ist Vollbeschäftigung nur dann gegeben, wenn jeder arbeiten kann, der arbeiten will..."[122]
Auch hier kam es also wieder, wie bei der Beurteilung der gewerkschaftlichen Lohnpolitik im Vorjahr, zu einer deutlichen Parteinahme für eine konjunkturpolitische Prioritätensetzung im lohnabhängigen Interesse; daneben aber auch zu einem der bislang noch seltenen Vorwürfe an eine andere Partei, gezielt bestimmte gesellschaftliche Interessen benachteiligen zu wollen, wenn nämlich Porzner die FDP beschuldigte, daß sie, indem sie aus vermeintlich stabilitätspolitischer Sorge zu weiterem konjunkturpolitischen Abwarten rate, sich nicht nur mit der derzeit bereits gegebenen Arbeitslosigkeit abfinde, sondern sogar bewußt eine noch höhere Arbeitslosenquote einkalkuliere.[123] Bisher hatte man im wesentlichen die Regierung bzw. den Koalitionspartner nur der Inkompetenz beschuldigt; und die folgenden Zitate zeigen, wie sehr besonders der sozialdemokratische Wirtschaftsminister es vermied, Investitionsförderungspolitik mit Interessenverfolgung in Verbindung zu

bringen. Wie schon die CDU/CSU, so bediente sich nun auch die regierende Sozialdemokratie eines an 'ökonomischer Notwendigkeit' und 'gemeinsamer Verantwortung' orientierten Vokabulars: Schiller und Porzner kritisierten beide den langanhaltenden zinspolitischen Attentismus der Bundesbank[124] und den schleppenden Vollzug des Eventualhaushalts,[125] der doch die "dringend notwendige zusätzliche Investitionsnachfrage" ankurbeln sollte, um "den eigentlichen Konjunkturmotor, die unternehmerische Investitionstätigkeit wieder rascher in Gang zu bringen..."[126] Für den Fall, daß dies mit Hilfe der bislang beschlossenen Maßnahmen nicht gelingen sollte, stellte man weitere "Schubladenprojekte" in Aussicht.[127] Es sei nun die "Gemeinschaftsaufgabe aller Verantwortlichen", "Expansion in Stabilität zu erreichen, und zwar ohne den Unterschwung einer echten Rezession und ohne eine Wiederholung der Preis-Lohn-Preis-Schaukel."[128]

Es wird immer deutlicher, worin das wirtschaftspolitische Hauptziel der SPD bestand: in der Kontrolle der ökonomischen Entwicklung insgesamt in einem Ausmaß, das es erlauben sollte, einen stetigen Wachstumsprozeß ohne zyklische Schwankungen herzustellen.[129] Die in der damaligen konkreten Situation mit diesem grundsätzlichen Ziel verbundenen aktuellen Hoffnungen, daß eine Gratwanderung zwischen Rezession und erneutem Preisauftrieb gelingen möge, waren bis zum September 1967 zwangsweise stark zurückgenommen worden. Jetzt galt es, mit dem zweifachen Problem rapide gestiegener Arbeitslosenzahlen[130] und der - besonders von der Bundesbank geforderten - Sanierung der Staatsfinanzen fertigzuwerden[131], und es kann nicht verwundern, daß die SPD, allen voran ihr Wirtschaftsminister, jedes nur denkbare Argument zugunsten der Wachstumsförderung vorbrachte, lag doch die Finanzpolitik in den Händen seines weit weniger expansionsfreudigen Ministerkollegen Strauß.[132]

Wachstum galt als nationale[133] und internationale[134] Pflicht zugleich, weshalb die staatliche Verschuldung zwecks Konjunkturbelebung hingenommen werden müsse[135]; ohne Wachstum speziell der infrastrukturellen öffentlichen Investitionen seien die "Aufgaben der Zukunft" nicht zu bewältigen, weshalb der strukturpolitische Schwerpunkt des zweiten Konjunkturprogramms ausdrücklich gelobt wurde[136]; allerdings nicht ohne daß der sozialdemokratische Wirtschaftsminister allen Bestrebungen hinsichtlich sektoraler bzw. branchenspezifischer Planung (mit Ausnahme des Steinkohlebergbaus) eine entschiedene Absage erteilte. Diese liege "jenseits des Rubikon, der die Marktwirtschaft von einer unfreien Wirtschaft trennt." "Globalsteuerung heißt klar und deutlich Absage an den partikularen Interventionismus..."[137] Hier wird besonders deutlich, wie wenig damals wesentliche Strömungen auch in der SPD sich auf die Ebene konkreter, miteinander konkurrierender Gebrauchswertproduzenten einlassen wollten.
Schließlich war Wachstum nach Meinung der Sozialdemokraten die unumstößliche Voraussetzung für die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, deren Anstieg "innere Erschütterung und Unsicherheit für die ganze Gesellschaft mit sich" bringen könne.[138]
Bemerkenswert an diesen, mit den gewerkschaftlichen Kommentaren der damaligen Zeit praktisch deckungsgleichen Argumentationsmustern ist, daß während des ganzen Jahres 1967 keinerlei Konflikte mehr von der SPD thematisiert wurden: Weder der Koalitionspartner noch - auf Verbandsebene - die Unternehmer wurden etwa ernsthaft als Krisenverursacher oder ähnliches angegriffen[139], obgleich doch im Vorjahr hart um die Zuteilung von Verantwortlichkeiten für Preisentwicklung, Haushaltslage etc. gerungen worden war. Hatte die Partei 1966 explizit gewerkschaftsnahe Positionen formuliert, so schwieg sie nun völlig zu allen Verteilungsfragen und beschränkte sich auf Aussagen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Dieses Auftreten legt den Schluß nahe, daß die Sozialdemokraten - einmal in der Regierung - ihre Aufgabe vorrangig in der gesellschaftlichen und politischen Integration von Interessen (statt in der weiteren Betonung von Gegensätzen zwischen ihnen) sowie in der schnellstmöglichen Krisenbewältigung sahen, die ihnen wiederum bei sozialem Konsens allemal eher möglich erschien als im Falle sozio-politischen Dissenses.[140] Der rasche Aufschwung des Jahres 1968 schien ihnen zunächst scheinbar recht zu geben, die Spätfolgen der Turbulenzen und Konfrontationen im Jahr darauf aber zeigten, zu

wessen Lasten eine derartige Friedfertigkeit letzten Endes gegangen war und zu welchen unkontrollierbaren Basisausbrüchen es als Konsequenz kommen konnte.[141] Mit diesen Bemerkungen ist allerdings nicht gemeint, daß die SPD gesellschaftliche und politische Kontroversen 1967/68 hätte etwa absichtlich verschärfen sollen, um die Interessen ihrer Wählerbasis wirkungsvoller zu vertreten, sondern an dieser Stelle tritt vielmehr das generelle objektive Dilemma kooperativer Politik seitens lohnabhängier Organisationen deutlich zutage. Selbst wenn die SPD keineswegs mehr ungebrochen als Partei der Lohnabhängigen betrachtet werden kann, sondern eine Volkspartei mit starker Mittelschichtbeteiligung ist, so gilt doch auch für sie die oben entwickelte Problembeschreibung: Selektiert eine politische Organisation zu scharf (entlang klassenspezifischer Maßstäbe), so gerät sie in Steuerungsschwierigkeiten, sofern sie an der Regierung beteiligt ist. Integriert sie aber gegensätzliche Interessen zu weitgehend, so läuft sie Gefahr, ihren sozialen Rückhalt zu verlieren.[142] Die Diskussion über das geglückte Krisenmanagement auf dem SPD-Parteitag von 1969 zeigen dies ganz klar, wenn etwa dem damals noch innerparteilich hoch angesehenen Wirtschaftsminister vorgeworfen wurde, er habe zwar die Wirtschaft aus der Rezession geführt, aber dies laufe doch letztlich auf die Rettung der Unternehmerwirtschaft mit systemkonformen Mitteln hinaus.[143] Und auch Schillers vielgelobtes Glanzstück, die Konzertierte Aktion, blieb nicht von Kritik verschont: Es sei kein Wunder, wenn dieses Gremium zum Teil bei den Arbeitnehmern nicht besonders beliebt sei, habe man es doch in einer Phase ins Leben gerufen, als die Unternehmer mit Hilfe der Arbeitslosen-Drohung Leistungen abgebaut und Lohnzurückhaltung erzwungen hätten.[144]
Und nicht nur innerhalb der SPD mehrte sich die Kritik an der Überintegration gesellschaftlicher Interessen durch die etablierten politischen (Groß-)Parteien; das Auftreten der Außerparlamentarischen Opposition in den Jahren der Großen Koalition kann insgesamt als massenhafter authentischer gesellschaftlicher Protest gegen diese Erscheinung angesehen werden.

Diese parteiinternen Konflikte sollten sich fortsetzen. Das Schweigen der SPD zum Verhalten der gesellschaftlichen Gruppen und zu den Verteilungskonflikten fand ein jähes Ende, als im Februar 1968 klar war, daß man die Rezession wohl endgültig überwunden hatte.[145] Diese bisherigen Erfolge schrieb die SPD vor allem ihrer "rationale(n) Wirtschaftspolitik" auch und besonders gegenüber Unternehmerverbänden und Gewerkschaften zu, von denen jetzt die neuen wirtschaftspolitischen Instrumente des Staates akzeptiert worden seien.[146] Die Rede des Wirtschaftsministers war nahezu ausschließlich der Beschwörung eines rationalen Konfliktaustrags zwischen den sozialen Verbänden untereinander und gegenüber dem Staat gewidmet[147], allerdings verbunden mit dem Eingeständnis, daß allzu harmonistische Vorstellungen wie die des SVR hinsichtlich eines zweijährigen Rahmenpaktes zwischen Kapital- und Lohnabhängigenorganisationen nicht realisierbar seien.[148]
'Rationales Verhalten' der Verbände bedeutete für Schiller konkret, anzuerkennen, daß die Unternehmereinkommen "jetzt zunächst wieder ansteigen (müssen, C.S.), um die Investitionsneigung zu stärken, damit die Vollbeschäftigung bald wieder gewonnen werden kann. Unternehmereinkommen und Gewinnentwicklung sind äußerst konjunkturreagible Größen. Demgegenüber haben die Löhne ein größeres Maß an Stabilität. Durch die Konzertierte Aktion wird diese Stetigkeit noch zunehmen."[149] Und genau an diesem Punkt begann sich die bislang im Gegensatz zur CDU/CSU so einheitlich erscheinende Haltung der SPD aufzufächern. Denn innerhalb der Fraktion wurde Kritik an den lohnpolitischen Orientierungsdaten der Bundesregierung laut, wenn auch z.T. übersetzt in die sachzwanghafte Sprache der Nationalökonomie: Der private Verbrauch, der "eine wichtige Aufschwungstütze" sei, komme in der offiziellen Projektion "im Grunde zu kurz."[150] Es erging die Mahnung an Schiller: "Die Frage nach der gerechten Einkommens- und Vermögenspolitik wird nach der Überwindung dieser Rezession und der Wiedererlangung eines angemessenen Wirtschaftswachstums mehr und mehr zur Gretchenfrage unserer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik werden."[151]
Und auch das investitionspolitische Credo des Wirtschaftsministers wurde auf seinen verteilungspolitischen Kern zurückgeführt: "Wir können uns nicht damit zufrieden

geben, daß der Vermögenszuwachs, der ja die Kehrseite der Investitionen ist, weit überwiegend eben dem Investor zufließt, obwohl - um es einfach und sehr deutlich zu sagen - aus meiner Sicht die Arbeitnehmer durch im Rahmen der Konzertierten Aktion erzwungene oder freiwillige Zurückhaltung bei ihren Einkommen diese Investitionen mitfinanzieren und mitfinanzieren werden."[152]

Diese Zitate wurden deshalb so ausführlich vorgeführt, weil sie überraschend deutlich innerparteiliche Differenzierungen in der SPD belegen, insoweit ihre Haltung zu dem zentralen und eben letztlich nur interessenspezifisch zu lösenden Problem betroffen war, wer denn zunächst und vorrangig verteilungspolitisch von dem neuen Aufschwung profitieren sollte. Und auch die beiden anderen Fragen, die von den SPD-Rednern nicht ganz einheitlich behandelt wurden - weitere konjunkturelle Ankurbelungsmaßnahmen[153] und die künftige Preisentwicklung[154] - hatten letztlich den gleichen Hintergrund: Verbesserung oder Schwächung der lohnabhängigen Marktpositionen im Verteilungskampf.
Im Grunde war die SPD im Begriff, ihre Unschuld zu verlieren. Nach siebzehn Jahren der Opposition auf Bundesebene war sie nun unmittelbar und direkt, ja, mit ihrem Wirtschaftsminister und im Gefolge der von ihr angestrebten und durchgesetzten Konzertierten Aktion an vorderster Front, in die Auseinandersetzungen zwischen und mit den Verbänden verstrickt. Es war eine Sache, aus der Opposition heraus Partei für die Gewerkschaften zu ergreifen; eine andere war es jedoch, selbst an der Regierung mitzuwirken und damit den Zwängen des interverbandlichen Verteilungskampfes ausgesetzt zu sein. Ihre Reaktion darauf bestand in dem Versuch, diese Verbändekonflikte durch das 'rationale Interessen-Clearing' in den Griff zu bekommen, um selbst stetiger und autonomer handeln zu können. Und dieses Steuerungsbemühen mußte sie notwendig in Legitimationskonflikte stürzen, bedeutete es doch notwendig, eine gewisse Distanz gegenüber gewerkschaftlichen Verteilungsvorstellungen und Interessenpositionen einzunehmen. Insofern können die kritischen Stimmen aus der Fraktion auch als Verbindungskanäle zu denjenigen gesellschaftlichen Interessenträgern verstanden werden, die faktisch weniger als bislang von der Partei(führung) berücksichtigt wurden, sich jedoch in diesen abweichenden Stellungnahmen noch wiederfinden konnten.

Im November 1968 war zunächst einmal von alledem keine Rede mehr, als das Parlament über die aktuellen währungspolitischen Probleme debattierte[155]. Und bemerkenswerterweise bestanden hier in einem wesentlichen Punkt keine fundamentalen Differenzen zwischen CDU/CSU und SPD: Auch die Sozialdemokraten lehnten damals die Aufwertung der DM ab, denn dadurch "wäre die Schwächung der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft auf Dauer zementiert. Das wollen wir vermeiden."[156] Der gewählte Weg der Steuersatzvariation sei flexibel und lasse die Verpflichtung zur Konsolidierung in den Defizitländern bestehen[157]; er erspare der Bundesrepublik sowohl Beeinträchtigungen im Kapitalexport[158] als auch enorme Haushaltseinbußen[159]; als Maßnahme zur Stabilisierung des Weltmarktes, auf den die westdeutsche Wirtschaft existentiell angewiesen sei, diene er den deutschen Interessen[160], und schließlich stelle er "einen wesentlichen Beitrag zur Lösung der internationalen Währungskrise" dar.[161] Unterschiede zur Haltung der CDU/CSU bzw. eines ihrer Flügel lassen sich lediglich in der klaren Ablehnung der Alternative des Überhaupt-Nicht-Handelns[162], der etwas deutlicheren Absage an Pläne zur Unterstützung besonders betroffener Sektoren[163] sowie im Rekurs auf das alte sozialdemokratische Ziel der partiellen Umlenkung von für den Export vorgesehenen Gütern auf den Binnenmarkt finden.[164] Dieses letzte Argument sollte aber erst in den frühen siebziger Jahren verstärkte Bedeutung erhalten, als das erste Kabinett Brandt/Scheel um Ressourcen für sein Reformprogramm rang. Zum damaligen Zeitpunkt stellte das Ziel der endgültigen Sicherung des Aufschwungs und damit der Vollbeschäftigung offenbar den höheren Wert für die SPD dar. Daraus resultierte schließlich auch die für die weitere konjunkturelle Entwicklung entscheidende Tatsache, daß die SPD im Spätherbst 1968 ebenfalls keine binnenwirtschaftlichen Bremsmaßnahmen befürwortete bzw. durchzusetzen suchte.[165]

Es ist nicht unwahrscheinlich, daß dieser Verzicht auf Intervention ein Ausdruck des oben geschilderten Dilemmas der Sozialdemokratie war. Denn unter der Last dieser Widersprüche konnte die Partei eigentlich nur an maximalen (statt, wie propagiert, an optimalen) Wachstumsraten interessiert sein, weil daraus entsprechend große materielle Verteilungsspielräume erwachsen konnten, die es vielleicht erlauben würden, alle zu befriedigen und keinen zu verärgern und dabei auch noch die eigenen Pläne in die Tat umsetzen zu können.

Die steil überschäumende Hochkonjunktur, die man sich dann allerdings mit dieser Haltung eingehandelt hatte, stand im Vordergrund der letzten Bundestagsdebatte zu wirtschaftlichen Problemen vor der Bundestagswahl 1969. Die SPD betonte immer wieder den erfolgreichen ökonomischen und konjunkturpolitischen Neuanfang der letzten Jahre[166], ganz sicher nicht zuletzt, um im Wahlkampf mit ihrem dynamischen Wirtschaftsminister zusätzliche Pluspunkte zu gewinnen. Vor allem der neue rationale Stil der sozio-politischen Kommunikation wurde enthusiastisch gelobt[167], allerdings nicht ohne auf die bevorstehende Bewährungsprobe zu verweisen: "Dies ist ein heißer Sommer, auch für die Wirtschaftspolitik, auch für die Konzertierte Aktion und auch für dieses Parlament. Ich kann nur hoffen, daß die Konzertierte Aktion wiederum den Beitrag zu leisten vermag, den sie zu leisten imstande ist: eben Grundlagen für Initiativen und Entscheidungen zu erarbeiten, vorzubereiten und Informationen auszutauschen."[168]

Aber Schillers Hoffnung, durch vermögenspolitische Maßnahmen eventuelle konjunkturgefährdende Konsequenzen der nächsten Tarifrunde, in die die Gewerkschaften mit einer problematischen Legitimationsposition hineingingen, auffangen zu können[169], sollte sich als illusorisch erweisen. Es war zwar nur zu verständlich, daß die regierende Sozialdemokratie an einer Entschärfung der Verteilungskonflikte und an einer Entzerrung der Lohnentwicklung zwecks Unterstützung ihrer Bemühungen um eine Verstetigung der Konjunktur interessiert war. Aber die Gewerkschaften hätten sich eine solche partielle vermögenspolitische Entfunktionalisierung ihrer selbst gar nicht leisten können, selbst wenn noch mehr ihrer Führungspersonen als nur Georg Leber dazu bereit gewesen wären. Die spontanen Streiks sollten nur allzu deutlich machen, was ihre Basis stattdessen von ihnen erwartete: endlich eine härtere Verteilungsauseinandersetzung.

Die SPD war sich einig, daß die gewerkschaftliche Lohnpolitik bislang noch nicht einmal den von der enormen Produktivitätssteigerung gesetzten Spielraum ausgeschöpft habe und demzufolge keinesfalls Verursacher des wieder akuter werdenden Preisproblems sein konnte.[170] Quasi durch die Hintertür, im Gewand eines ausdrücklichen Lobes, machte sie jedoch damit gleichzeitig klar, worin nach ihrer Auffassung die Grenze gewerkschaftlicher Verteilungsabsichten zu bestehen hatte: in dem Zuwachs der Produktivität, d.h. aber auch: im Verzicht auf eine echte Umverteilung. Während Schiller eher vorsichtig von überstarker Nachfrage - auch nach Arbeitskräften[171] - und über die fortbestehenden weltwirtschaftlichen Spannungen[172] als Gründe für die Preisbewegung sprach und viel eher die günstigen Stabilisierungsbedingungen und -chancen betonte[173], formulierte Alex Möller deutlicher und schroffer den Vorwurf, die für die Erhaltung des Geldwertes notwendige "maßvolle Aufwertung" sei verhindert worden.[174] Hierin kann man eine argumentative 'Doppelstrategie' erkennen, mit der einerseits der zuständige Minister durch das Herunterspielen bestehender Probleme Legitimationsschwierigkeiten vermied, die aus dem Vorwurf der Inkompetenz hätten erwachsen können, und durch die andererseits die Verantwortung dafür, daß es diese Probleme überhaupt gab, implizit dem Regierungspartner zugeschoben wurde, und das, obgleich man bis vor einiger Zeit durchaus einer Meinung mit ihm gewesen war.
Die SPD erkannte das Dilemma genau, in das ihre Wirtschaftspolitik durch die unterlassene Aufwertung immer stärker geriet: Man hätte frühzeitig konjunkturell bremsen müssen, um einen Boom zu vermeiden[175], konnte es aber aufgrund der dann drohenden explosionsartigen Zunahme des deutschen Exports samt aller mit einer außenwirt-

schaftlichen Überschußposition verbundenen Probleme für die Binnen- und Weltwirtschaft nicht.[176] In dieser widersprüchlichen Lage beschränkte sie sich darauf, die Preisprojektion nach oben zu korrigieren und - wie geschildert - auf die Tarifparteien zu hoffen.[177]

Zusammenfassend kann die wirtschaftspolitische Strategie der SPD zwischen 1966 und 1969 als teilweise geglückter Versuch der Ausweitung staatlicher Handlungsspielräume vor allem durch den Einbezug der befreundeten Gewerkschaften in eine neue Form des sozio-politischen Dialogs und insbesondere in das Krisenmanagement der Jahre 1967/68 beschrieben werden. Die Realisation der zweiten tragenden Vorstellung ihrer Konzeption allerdings, die verstärkte staatliche Einwirkung auf den Export, scheiterte an der Entschlossenheit der CDU/CSU, diesen Sektor möglichst vor ökonomischen Positionsverlusten zu bewahren. Beides zusammen, die erfolgreiche 'sanfte' Disziplinierung der Gewerkschaften und das erfolglose Bemühen um Exportdämpfung, schuf ab Herbst 1969 eine Problemkonstellation, die die künftige Regierungspolitik der SPD in Form verstärkt konfliktorischer Gewerkschaftspolitik und ausufernder weltwirtschaftlicher Turbulenzen aufs schwerste belasten sollte. Die SPD verfügte in den späten sechziger Jahren in der Tat über ein relativ geschlossenes wirtschaftspolitisches Konzept des zum Zwecke der Konjunkturverstetigung auszubauenden Interventionsstaates, das ihr zwar die rasche Überwindung der Rezession ermöglichte, das aber im Grundsatz im Aufschwung und in der Hochkonjunktur schon v o r der Wahl 1969 an verbands- und parteipolitischen Konterstrategien scheiterte;[187] aber nicht zuletzt auch an der sozialdemokratischen Hoffnung selbst, durch maximales quantitatives Wachstum drohende interverbandliche und politische Interessenkonflikte vermeiden zu können. Dies war der Beginn einer Politik des 'Allen-Wohl-und-keinem-Wehe', die in den siebziger Jahren die Sozialdemokratie in eine politische Sackgasse führen sollte.

5.1.3) FDP

Die FDP bezog zu Beginn des hier betrachteten Zeitraumes, im Februar 1966, die klarsten Positionen von allen Parteien im Bundestag - vor dem Hintergrund ihres, verglichen mit den beiden Volksparteien, deutlicher abgegrenzten und homogeneren Wählerpotentials ein durchaus verständliches Vorgehen.
Ihr galt - im Verein mit dem ersten der drei oben beschriebenen Flügel der CDU/CSU - die Geldwertstabilität als oberstes Ziel des gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Handelns.[179] Eindeutiger als die beiden großen Parteien formulierten die Liberalen, was sie als die Hauptgefahr für die Preisentwicklung ansahen: "... die Preisinflation ist ja eine Kosteninflation"[180], worauf vor allem die Lohnbewegung Rücksicht zu nehmen habe. Orientierung an der realen Produktivitätssteigerung war die Formel der Freien Demokraten für die ihr als zulässig erscheinenden Lohnerhöhungen;[181] wer sich daran nicht halte, nütze nicht nur sich selbst, sondern bürde "dem ganzen Volk das Risiko steigender Preise und geringerer Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft sowie eine Gefährdung der Arbeitsplätze auf längere Sicht auf."[182]

Vordergründig war die Haltung der FDP insofern widersprüchlich, als sie einerseits jeden öffentlichen Eingriff in die Tarifautonomie entschieden zurückwies[183], andererseits aber gezielt gegen die zwischen den Tarifparteien anstehenden Verhandlungen über Arbeitszeitverkürzungen polemisierte.[184] Aber dieser Widerspruch löst sich auf, wenn man das Gesellschaftsbild der Liberalen berücksichtigt, das die nationale Gemeinschaft als oberste Einheit sah, die nicht durch das Handeln der einzelnen gesellschaftlichen Gruppen geschädigt werden durfte: Die hochindustrialisierte Gesellschaft sei "nur als eine Schicksalsgemeinschaft lebensfähig..." "Jenseits aller politischen Auseinandersetzungen, die notwendig sind, müssen wir diese Schicksalsgemeinschaft als bewußte Solidarität menschlich und staatsbürgerlich bejahen."[185] Die Tarifautonomie - so darf wohl geschlossen werden[186] - war als unverzichtbarer Bestandteil der Marktwirtschaft zu respektieren, aber sie war

eingebunden in die höhere Verpflichtung zum Wohle des ganzen Volkes - mit diesem Argumentationsgang liegt einer der oben erwähnten Prototypen transkonfliktorischer Interessenintegration vor.[187]

Die FDP machte keinen Hehl daraus, daß ihre Basis nicht eines der beiden großen und hochkonzentrierten sozio-ökonomischen Lager umfasste. Sie plädierte vor allem zugunsten von Hilfen für den von Lohnkosten- und Zinssteigerungen hart getroffenen Mittelstand[188], sowie für Erleichterungen im Exportgeschäft[189], worin sie sich erneut mit dem entsprechenden CDU/CSU-Flügel traf.
Mit diesem verband sie schließlich auch die kompromißlose Ablehnung quantifizierter staatlicher Datensetzung überhaupt.[190] Es kann daher folgendes wirtschaftspolitisches Konzept der FDP am Ausgangspunkt der hier untersuchten Phase festgehalten werden: Weitgehende staatliche Zurückhaltung bzw. Konzentration auf die Erhaltung des Geldwertes, entsprechend restriktive Auffassung von Verteilungsansprüchen der Lohnabhängigen, aber z.T. auch des politischen Entscheidungszentrums, schließlich gezielte Förderung von Mittelstand und Export, denen am meisten an stabilem Geldwert und geringen Kosten- und Steuerlasten liegen mußte. Allerdings bestand in Sachen Staatsfinanzen ein nicht unwichtiger parteiinterner Dissens: Während Dahlgrün als Finanzminister, der den realen Steuerungsaufgaben und -zwängen im Staatsapparat ausgesetzt war, die Einplanung von Inflationsraten in die Steuervorausschätzung für sich in Anspruch nahm[191], lehnte sein Parteifreund Starke dieses Vorgehen sowohl für den Staat als auch für die Tarifparteien ab: "Inflationsmargen sollten weder bei der Planung der staatlichen Aufgaben und damit Ausgaben noch bei den Verhandlungen der Sozialpartner berücksichtigt werden." Die Notenbank dürfe "weder Erhöhungen der Staatsausgaben noch die Verhandlungen der Sozialpartner und die damit verbundenen Kostenerhöhungen in der Wirtschaft durch Notenbankgeld finanzieren..."[192] Diese Auffassung kann als besonders früher und zugleich radikaler Vorläufer des späteren Friedman'schen Konzepts wirtschaftspolitischen Handelns angesehen werden. Selbst unter Berücksichtigung dieser internen Divergenzen erscheint es jedoch evident, daß eine Koalition dieser Partei mit der CDU/CSU den Schwerpunkt der Regierungspolitik zugunsten des konservativsten und interventionsfeindlichsten Flügels der Union verschieben mußte.

Ganz offenkundig wurde das Bemühen der FDP, die wachsende Staatstätigkeit einzudämmen, bei der Diskussion um den ersten Entwurf des Stabilitätsgesetzes im September 1966. Einhellig vertraten ihre Sprecher die Auffassung, das oberste Ziel des rasch zu verabschiedenden Gesetzes müsse die Begrenzung der öffentlichen Kreditaufnahme und die Konsolidierung des Kapitalmarktes sein, dessen Funktionsunfähigkeit durch eine massive Überforderung seitens der öffentlichen Hände verursacht worden sei und private - aber auch staatliche - Investitionsmöglichkeiten in bedrohlichem Umfange gefährde.[193] Wie nicht anders zu erwarten, begrüßten es die Liberalen, daß weder die Einkommenspolitik - wieder verstanden als unzulässige Einschränkung der Tarifautonomie[194] - noch Maßnahmen zur außenwirtschaftlichen Absicherung[195] in den Entwurf aufgenommen worden waren.
Auch was die aktuelle Konjunkturlage betraf, die die FDP keineswegs für besorgniserregend hielt[196], trat die Partei für eine Fortsetzung des restriktiven Kurses so lange ein, bis die Verhältnisse am Kapitalmarkt wieder intakt seien.[197] Dazu müsse ein "Stabilisierungsbeitrag" der Tarifparteien kommen, der bewirken solle, "daß sich die inflationäre Schere zwischen dem Lohnanstieg und dem Produktivitätszuwachs wieder schließt."[198] Generell trat die FDP dafür ein, alles zu unterlassen, was die Bedingungen privatwirtschaftlicher Investitionen zu verschlechtern drohte,[199] und wenn ihr für die Gewährleistung einer störungsfreien Investitionsbewegung als wichtigste Voraussetzung die Erhaltung des Geldwertes erschien, so hielt sie auch hier eine Begründung jenseits aller Niederungen interessenspezifischer Standpunkte bereit. Hier ging es selbstverständlich um "letzte Fragen in unserem modernen Staatsleben", "weil die Erhaltung des Geldwertes die Voraussetzung für eine freiheitliche Ordnung in Staat, Wirtschaft und Gesellschaft ist."[200]
Zu dieser Priorität der Preisstabilisierung standen die Liberalen auch in der

Opposition im Frühjahr 1967 unverändert[201], was nicht verwundern kann, wenn man ihre Einschätzung der konjunkturellen Lage berücksichtigt: Es gebe "keine Rezession, sondern eine Konsolidierung, die durchaus zu begrüßen ist", dafür aber sehr wohl "Vollbeschäftigung", die "heute im ganzen vorhanden (ist, C.S.), was die geringe Zahl der Arbeitslosen beweist."[202] Allerdings konstatierte man eine bedrohliche Gewinnentwicklung, sowohl binnenwirtschaftlich als auch beim Export[203], die in der Tat zu einer Wachstumsgefährdung führen könne: "Schließlich investiert der private Unternehmer doch nur bei klaren Gewinnchancen."[204]

Die FDP gestand zwar zu, daß die Lohn- und Preisentwicklungen der letzten Monate nicht ungünstig für die Unternehmer verlaufen seien[205], sah dies aber keineswegs als Erfolg der Wirtschaftspolitik an: "Das hat aber die deutsche Wirtschaft im wesentlichen allein geschafft, Herr Wirtschaftsminister."[206] Im Gegenteil warnte sie vor den für die Geldwertstabilität katastrophalen Folgen einer weiteren Ausdehnung des Haushaltsvolumens durch verstärktes deficit spending, ein zweites Konjunkturprogramm oder ähnliches.[207] Überhaupt mißbilligten die Liberalen das staatliche Bemühen um Belebung der Wirtschaft: "Wer nicht auf die selbstheilenden Kräfte in der deutschen Wirtschaft vertraut, der ist im Grunde kein Marktwirtschaftler, sondern ein wirklichkeitsfremder Theoretiker."[208] Die FDP, die nicht auf maximale Wachstumsraten angewiesen war[209], da sie keine antagonistischen Interessengegensätze innerhalb ihres Wählerpotentials durch Umverteilung entschärfen mußte, und für die steigende Arbeitslosenzahlen weit weniger bedrohlich waren als vor allem für die SPD, beschränkte sich vielmehr auf den Hinweis, die Unternehmer brauchten wieder mehr "Vertrauen" in die Volkswirtschaft, dieses aber sei "eine zarte Pflanze", die "Zeit zum Wachsen" brauche.[210]

Es wird immer deutlicher, wo die FDP stand: In der Beurteilung konjunktureller Prioritäten deckte sich ihre Auffassung völlig mit der der BDA, aber auch mit der des Erhard/Pohle-Flügels in der CDU/CSU; allerdings wurde sie mit einer Rigität vorgetragen, die sich die Union als Volkspartei nicht leisten konnte und die auch härter ausfiel, als die eher versöhnlichen Stellungnahmen der Unternehmer in jenen Jahren. Auf der Verbandsebene herrschte 1966/67 - wie ausführlich beschrieben - noch überwiegend Konsens, während die FDP als Partei, so schien es, vor allem gegenüber den Gewerkschaften den offenen Kampf suchte. Sie verlor kein Wort über die Lohnentwicklung, außer unter dem Kostenaspekt, und vor allem ihre kompromißlose Ablehnung staatlicher Interventionen in den ökonomischen Prozeß im allgemeinen, in interverbandliche Auseinandersetzungen im besonderen, reflektierte das Wissen um die massendemokratisch bedingten politischen Legitimationszwänge, die auf jedes öffentliche Handeln wirken mußten. Während immerhin Teile der Union, besonders um Strauß, den staatlichen Handlungsspielraum nicht zuletzt im Interesse der Selbstlegitimation durch Leistung als Regierungs-Partei auszuweiten suchten, vertrat die FDP in diesem Bereich (Einzel-)Kapitalinteressen so bruchlos, als ob sie selbst ein Verband sei. Die Parallele zur DVP der Weimarer Zeit ist unübersehbar; sie wird noch greifbarer werden.[211]

Noch klarer konturiert, vor allem noch kompromißloser gewerkschaftsfeindlich, wurde die Position der Liberalen im September 1967, als CDU/CSU und SPD sich mit dem Problem von 360.000 Arbeitslosen konfrontiert sahen. Für die FDP lag darin keine Schwierigkeit: Eine Arbeitslosenquote von unter 1,7% liege "erheblich unter dem Satz, den alle Wirtschaftswissenschaftler noch als Kriterium einer Vollbeschäftigung deklarieren."[212] Demzufolge kritisierte sie die Ankurbelungsbemühungen des zweiten Investitionsprogramm als "doch ein bißchen reichlich"[213] und aufgrund ihrer Finanzierungsweise als eine gefährliche Einengung des privatwirtschaftlichen Kreditspielraumes.[214]
Vor allem aber löste der Versuch der Großen Koalition, gleichzeitig die Wirtschaft anzukurbeln und die Staatsfinanzen - auch durch Steuererhöhungen - sanieren zu wollen, Widerspruch bei den Liberalen aus.[215] Ein derartiges Vorgehen, das mit der linken Hand zunichte mache, was man mit der rechten zu bewirken suche, zusammen mit

"Ihrem (Schillers, C.S.) ominösen Schlagwort - soziale Symmetrie -"[216], könne das nun einmal primär erforderliche Vertrauen der Unternehmer in die künftige konjunkturelle und wirtschaftspolitische Entwicklung nur zerstören. Denn "das Vertrauen in die wirtschaftliche Zukunft und der Investitionswille der Unternehmer werden nach unserer Überzeugung davon abhängen, daß ein Übermaß an Verschuldung vermieden und daß die unumgängliche Schuldenlast kompensiert wird durch entsprechende Einschränkungen der laufenden Staatsausgaben. Dazu hat sich aber die Bundesregierung bisher nicht bereit gefunden."[217]

Diese Kritik gipfelte schließlich in dem Vorwurf an die beiden großen Volksparteien: "Notwendig wäre der Mut zu Kürzungen in ganz bestimmten Bereichen dieses Haushalts gewesen", der aber Teilen der Regierungsfraktionen gefehlt habe, "weil diese beiden Fraktionen die pluralistische Gesellschaft etwas falsch betrachten, weil sie nämlich meinen, sie bestehe aus organisierten Gruppeninteressen, die sich notwendigerweise im Parlament fortsetzen müßten, was notwendigerweise dazu führen müsse, daß Ansprüche gegeneinander ausgehandelt werden. Die Folge davon ist schließlich Stagnation."[218]
Mit anderen Worten: Die FDP hielt wenig von der bewußten innerparteilichen und gesamtpolitischen Interessenaggregation und -integration. Sie bewegte sich vielmehr zwischen der globalen transkonfliktorischen Interessenharmonisierung vor allem mittels national orientierter Ideologeme und der inhaltlichen Vertretung ganz eindeutig identifizierbarer Kapitalinteressen, besonders mittelständischer und exportorientierter Provenienz. Darin trat sie sogar z.T. selektiver und konfliktorischer auf als die BDA, die eine interne Interessenintegration betreiben mußte, um ihre heterogene Basis zusammenhalten zu können und die zugleich ein Minimum an Konzessionsbereitschaft gegenüber den Gewerkschaften zeigen mußte, um diese zum Verbleiben im Tarifsystem bewegen zu können. Von all diesen Rücksichtnahmen war die FDP frei, und sie zögerte nicht, eindeutige Positionen zu beziehen.

Kreditaufnahmebeschränkungen, Schuldentilgung und Ausgabenkürzungen bildeten ihr Rezept, um den Unternehmern wieder mehr Vertrauen einzuflößen und ihre Bereitschaft zu neuen Investitionen zu beleben: "Man erwartet mit Sehnsucht eine starke Einschränkung des Staats- und Sozialkonsums."[219] Ein vierter Bestandteil kam noch hinzu: die Forderung nach Steuererleichterungen, deren Verwirklichung einer Ausdehnung der staatlichen Handlungsspielräume durch die Erweiterung des 'öffentlichen Korridors' enge Grenzen gesetzt hätte. Dieses letztgenannte Verlangen stand im Frühjahr 1968 im Vordergrund der liberalen Argumentation, die davon ausging, ein dauerhafter Aufschwung könne allein durch die Steigerung der privaten Investitionen erreicht werden, wozu massive steuerliche Anreize geboten werden müßten.[220] Die FDP war bemüht, die Bedingungen des privaten Wirtschaftens an allen Fronten zu verbessern: "Zurückhaltung in der Lohnpolitik"[221] sei ebenso geboten wie die "weitere Arbeit an der notwendigen Umstrukturierung der Ausgaben und Einnahmen des Bundeshaushaltes" anstelle zusätzlicher umfangreicher Verschuldung und wie schließlich die Versicherung der Bundesregierung, zusammen mit der Bundesbank für stabile Zinssätze sorgen zu wollen, den Kapitalmarkt nicht übermäßig zu beanspruchen, keine Steuererhöhung mehr vorzunehmen und - die Mitbestimmung nicht auszuweiten.[222] Exakt diese Argumentation sollte die BDA auch einmal vortragen - allerdings erst volle acht Jahre später, als aus einer kleinen Rezession längst eine sehr große Krise geworden war.
Zur Exportentwicklung hatte die FDP wenig zu sagen, solange das Geschäft florierte und der Staat keine einengenden oder dämpfenden Maßnahmen in diesem Sektor ergriff, wofür die Haltung der CDU/CSU auch in der Großen Koalition die beste Gewähr bot.[223] Im November 1968 beschränkte sich die Partei darauf, der Regierung vorzuwerfen, sie habe sich "in eine Lage hineinmanövriert", in der nun Frankreich, England und die USA "gleichermaßen währungspolitisch Front gegen die Bundesrepublik bezogen haben." Es gebe nach wie vor keine Sicherheiten dafür, daß diejenigen Staaten, "deren Währungslage in erster Linie Maßnahmen erforderlich macht", nun auch wirklich an die Beseitigung ihrer Defizite herangehen würden. Im übrigen

spreche die Bundesregierung nur über eine eventuelle außenwirtschaftlich bedingte "Preiswelle, der sie zuvorkommen müsse", aber nicht über die "Kostenwelle, welche die Wirtschaft zu überschwemmen droht", als da wären: Steuererhöhungen, Erhöhungen der "Sozialkosten", "angeblich konjunkturgerechte Pläne" zur Lohnfortzahlung im Krankeitsfall und die "Steigerung der Massenkaufkraft durch angeblich konjunkturgerechte Lohnerhöhungen".[224]
Damit aber griff die FDP schon 1968 das Thema der angeblichen Überforderung der Leistungskraft der deutschen Wirtschaft durch überzogene private und staatliche Ansprüche an das Sozialprodukt auf, das implizit ihren Forderungen nach 'konjunkturgerechten Lohnerhöhungen' und der Reduktion staatlicher Einnahmen, Ausgaben und Kreditaufnahmen zugrundelag. Dieses Ideologem der 'Anspruchsinflation' sollte erst in den siebziger Jahren Dreh- und Angelpunkt sowohl der Argumentation der Kapitalverbände als auch der Stellungnahmen der CDU/CSU werden, als die FDP dann selbst Teil der Regierung war und die Entwicklung daher etwas zurückhaltender kommentieren mußte, ohne jedoch im Kern von ihren Grundsatzpositionen abzugehen.[225] Es zeigt sich wieder, daß die Liberalen früher und rigoroser Position bezogen als die Unternehmerverbände selbst, aber auch als die konservative Volkspartei.

Gänzlich unzweifelhaft äußerten sie sich zum Export in der Aufwertungsdebatte im Juni 1969, als sie sich gegen die "Hetzkampagne gegen den Begriff der Aufwertung" wandten und die rhetorische Frage stellten: "Wollen wir im Inland weiterhin zu günstigen Bedingungen qualitativ gute Produkte gegen schlechter und immer schlechter werdendes Geld exportieren?"[226] Diese Einordnung der Außenwirtschaftspolitik in stabilitätspolitische Strategien war charakteristisch für die Liberalen, für die zweifelsfrei jetzt wieder das Problem der Geldentwertung höchste Aufmerksamkeit beanspruchte: Die Anspannung auf dem Arbeitsmarkt schaffe ebenso wie die erreichte Vollauslastung der Kapazitäten bereits erhebliche Schwierigkeiten[227], und wenn die Regierung sich nicht schnellstens zur - allerdings durch die außenwirtschaftlichen Versäumnisse erheblich erschwerten - Dämpfung der Konjunktur entschließe, sei auch mit übermäßig steigenden Löhnen zu rechnen.[228] Auf den Beitrag der Konzertierten Aktion zur Begrenzung der Lohnbewegung setzte man dabei wenig Hoffnung[229]; vielmehr sei es "die Aufgabe einer verantwortungsvollen Finanz- und Wirtschaftspolitik, den Datenkranz so zu setzen, daß von der fiskalischen Seite her, von der ordnungspolitischen Seite her alle gezwungen werden, sich so zu verhalten, daß Wachstum auf Dauer stetig möglich ist und nicht durch eine überschäumende Politik, bei der offensichtlich jetzt der Mut zu einem Kappen der Entwicklung nicht vorliegt, gezwungen wird, selbst auszuufern."[230]
Das bedeutet, daß die FDP, als die einzige nicht mit beiden Lagern der sozioökonomischen Verbändestruktur systematisch verknüpfte Partei, auch die einzige politische Organisation war, die im Frühsommer 1969 offen und ernstgemeint für eine präventive Konjunkturdämpfung plädierte. Diese Tatsache wirft einiges Licht auf die Problematik der Konjunkturverstetigung als wirtschaftspolitisches Ziel, wenn sie von Volksparteien angestrebt wird bzw. hergestellt werden soll, die sich gar keinen Wachstumsverzicht leisten können, wollen sie ihre heterogene Basis weiterhin integrieren bzw. die vorgelagerten Verbände pazifieren oder deren friedensstiftenden materiellen Interessenausgleich untereinander zulassen können. Eine Partei muß schon so homogen und verbandsautonom sein wie die FDP, um diesen Versuch zu unternehmen; aber es ist höchst fraglich, welche gesellschaftlichen Konsequenzen er nach sich zöge, genauer: welche Widerstände er induzieren müßte.

Konkret bedeutete diese Haltung für die FDP im Juni 1969, daß die Bundesregierung ihre Ausgaben antizyklisch gestalten, d.h. sie kürzen müsse, anstatt sich nur zu bemühen, "den Hauhalt konjunkturneutral zu machen".[231] Der Beschluß, 3,6 Mrd. DM öffentliche Rücklagen zu bilden, wurde gebilligt, allerdings verknüpft mit einer Zusatzforderung, die nun ganz und gar nicht mehr antizyklisch zu motivieren war: "Der Steuerzahler sollte nämlich seine Steuern ermäßigt bekommen."[232] An dieser Stelle wird dann doch wieder greifbar, wie sehr es der FDP über aktuelle Bemühungen zur Verstetigung der Konjunktur hinaus um die grundsätzliche Begrenzung staatlicher

Aktionsfelder und um die Entlastung der Wirtschaft, speziell des hier am schnellsten an seine Grenzen stoßenden Mittelstandes, von öffentlichen, finanziellen Ansprüchen ging. Letzten Endes war die Haltung der Liberalen in Abschwung, Rezession und neuem Aufschwung mit einer Ausnahme außerordentlich konsequent: Implizite Forderungen nach der Zurücknahme lohnabhängiger, vor allem aber explizites Verlangen nach einer Reduktion staatlicher Ansprüche an den gesellschaftlich erwirtschafteten Reichtum und Beseitigung alles dessen, was die Kapitalakkumulation beeinträchtigen konnte - das war die wirtschaftspolitische Grundidee der FDP, für die sie auch nicht um eine Begründung verlegen war: "Wer nun ständig von neuen Forderungen und Ankündigungen, z.B. Nachholbedarf an sozialer Symmetrie, Steuererhöhungen, Soziallastensteigerungen, mehr Mitbestimmung usw. erschreckt wird, der ist wahrlich nicht um seine Aufgabe zu beneiden, langfristige Investitionsentscheidungen treffen zu müssen."[233] Steigende Investitionen aber - daran hatten die Liberalen nie einen Zweifel gelassen - waren der unverzichtbare Kern des Wachstumsprozesses, der im allgemeinen gesellschaftlichen und nationalen Interesse keinesfalls gefährdet werden durfte.

Die eine Ausnahme von dieser inneren und äußeren Einheitlichkeit jedoch war bemerkenswert: Solange die FDP selbst noch an der Regierung beteiligt war, hatte auch sie, jedenfalls was ihren Regierungsflügel betraf, notgedrungen für eine Erhaltung und Inflationssicherung staatlicher Ressourcen plädieren müssen. Dies zeigt deutlich, daß auch für den staatlichen Anteil am Sozialprodukt so etwas wie 'Besitzstandswahrung' zu gelten hatte, da ein einmal erreichtes quantitatives und qualitatives Niveau interventionsstaatlicher Aktivitäten nur äußerst schwer wieder zurückgenommen werden kann. Gleichzeitig wird hieraus ersichtlich, wieviel einfacher es für eine Oppositionspartei war (und ist), deutlich selektive Forderungen zu stellen. Sobald die Partei erst einmal (mit-)regiert, verlieren auch ihre Kernpositionen an extremen oder maximalistischen Gehalten, muß das Geschäft der Interessenintegration auch betrieben werden, ob man nun will oder nicht. Die Geschichte der sozialliberalen Koalition sollte davon beredtes Zeugnis ablegen - nicht nur, was die FDP betraf.

5.1.4) Zusammenfassung

Die Jahre 1966 bis 1969 waren für die Entwicklung neuer wirtschaftspolitischer Strategien der Parteien offensichtlich entscheidend, sowohl was die innerparteiliche Durchsetzung bestimmter Konzeptionen vor allem in der CDU/CSU betraf, als auch insoweit die Rezession die Anwendung anderer als der tradierten Instrumente der Konjunkturlenkung begünstigte, ja sogar erzwang. In der Frage, wie umfassend und weitgehend die wirtschaftssteuernde Tätigkeit des Staates sein solle, bildeten SPD und FDP die beiden äußersten Pole des Spektrums vorhandender Positionen: Während die Sozialdemokratie unter der Überschrift Globalsteuerung die Entwicklung der Binnenwirtschaft durch antizyklische Fiskalpolitik verstetigen, die Exportentwicklung partiell dämpfen bzw. nach innen umlenken und die Lohnbewegung durch den sozio-politischen Dialog in der Konzertierten Aktion kalkulierbarer machen wollte, um auf dieser Basis kontinuierlichen Wachstums unter anderem auch die Mittel für ihre eigenen infrastrukturellen und gesellschaftspolitischen Reformpläne zu gewinnen, lehnte die FDP alle staatlichen Aktivitäten kategorisch ab, die über die Sicherung des Geldwertes und die Bereitstellung der allgemeinsten Rahmenbedingungen der Produktion hinausgingen, sofern sie nicht gezielt ihrem mittelständischen Wählerpotential zugute kommen sollten.
Zwischen diesen beiden Endpunkten der Bandbreite wirtschaftspolitischer Vorstellungen waren die unterschiedlichen Auffassungen der drei CDU/CSU-Flügel angesiedelt. Die 'Erhard/Pohle-Linie' stand in ihrer Reserviertheit gegenüber allen neuen Planungs- und Steuerungskonzeptionen der FDP am nächsten, weshalb das Zustandekommen der Großen Koalition wohl auch als innerparteiliche Niederlage dieser Gruppierung begriffen werden kann. Die Teile der Partei um Strauß, die für einen Ausbau staatlicher, vor allem infrastruktureller Ressourcen und Aktivitäten zwecks Bewältigung

neuer Probleme der Kapitalakkumulation eintraten, verbanden sich mit der SPD, die ähnliche Vorstellungen hegte, allerdings im Unterschied zu den Konservativen mit klarer Priorisierung lohnabhängiger Nachholbedürfnisse an infrastrukturellen und sozialpolitischen Leistungen, sobald die Rezession einmal überwunden worden war. Wie umfassend die Pläne der SPD in diesem Bereich waren, sollte vollends erst die Regierungserklärung Brandts vom Oktober 1969 zeigen. Koalitionsfähig und -bereit hätte hier allenfalls der dritte Unionsflügel sein können, der wirtschaftspolitisch vor allem von Burgbacher geführt wurde und der seinerseits innerparteilich nicht unumstrittene Reformprojekte vorlegte.

Sowohl die Krisenbewältigung als auch die Verankerung neuer konjunktur- und finanzpolitischer Instrumente im Gesetz wie in der gesetzlichen Wirklichkeit gelang bis 1969 - aber, wie ausführlich gezeigt, nicht ohne die Basis für Überhitzungserscheinungen durch Schwierigkeiten und Versäumnisse bei der Einkommens- und Außenwirtschafts- sowie der Konjunktursteuerungspolitik zu legen. Dieses widersprüchliche Ergebnis kann ganz wesentlich als Erfolg, aber eben auch als partielles Scheitern oder als fatale Konsequenz der sozialdemokratischen Strategien, insbesondere ihrer engen Bindung an die Gewerkschaften, betrachtet werden. Mit ihren deutlichen Bekenntnissen zu gewerkschaftlichen Interessenpositionen in Verteilungs- und Arbeitsmarktfragen (die allerdings im Falle des Wirtschaftsministers mit nachlassender Intensität vorgetragen wurden), unterschied sich die SPD gleichermaßen von der FDP wie von ihrem Regierungspartner. Außer dem Flügel um Burgbacher, der arbeitsmarkt- und vermögenspolitisch immerhin bestimmte lohnabhängige Interessen ausdrücklich thematisierte, enthielt sich die CDU/CSU weitgehend aller Aussagen gegenüber den Verbänden. Nur wenn es ihr unvermeidlich erschien, griff sie verteilungspolitische Probleme überhaupt auf, und zwar in der Form der durchaus sachzwanghaften Befürwortung 'stabilitäts- bzw. aufschwungsgerechter Lohnforderungen' durch ihren konservativsten Teil. Sie überließ es vielmehr der SPD, die legitimatorisch dafür auch weitaus geeigneter war, sich mit den gesellschaftlichen Gruppen lobend oder tadelnd auseinanderzusetzenj, und sie glich darin wiederum weitgehend der FDP. Die Liberalen konzentrierten ihre Stellungnahmen ebenfalls auf das fiskal-, steuer- und stabilitätspolitische Handeln des Staates, lehnten die Einkommenspolitik als systemfremd kategorisch ab und bemühten sich darum, negative Arbeitsmarktentwicklungen zu verharmlosen und die Lohnbewegungen als makro-ökonomischen Kosten- und Stabilitätsfaktor zu objektivieren, sie damit aber zugleich ihres Interessengehalts zu entkleiden. Es war vor allem die FDP, die Begriffe wie Volk und Nation zu Bezugspunkten ihrer Argumentationsstruktur machte und die Politik beider Volksparteien energisch kritisierte, den großen gesellschaftlichen Gruppen einen Vorrang bei der Bewältigung wirtschaftlicher Probleme einzuräumen. Das volle Ausmaß der Verbändefeindlichkeit der Freien Demokraten, die sie letztlich auch von den Konservativen abgrenzte, sollte allerdings erst 1970 und danach deutlich werden, als die wachsende Konflikthaftigkeit der interverbandlichen Auseinandersetzungen das Handeln einer Regierung enorm erschwerte, der die FDP nun selbst angehörte.

Mit anderen Worten: Die SPD suchte den offenen und bewußten Umgang mit den Verbänden, die Union suchte diesen Auseinandersetzungen, nicht zuletzt wohl wegen ihrer eigenen internen Uneinigkeit, weitgehend aus dem Weg zu gehen, bzw. sie an den Koalitionspartner zu delegieren, während die FDP mehr oder weniger offen gegen die Berücksichtigung der organisierten Gruppen im Regierungshandeln protestierte.

Über diesen markanten Unterschieden zwischen den Parteien, die sich auch in der konjunkturpolitischen Prioritätensetzung zugunsten von Wachstum und Vollbeschäftigung seitens der SPD, zugunsten der Geldwertstabilität durch die FDP und besonders den konservativsten Flügel der CDU/CSU, zugunsten des Wachstums speziell der unternehmerischen Investitionen, aber weniger deutlich zur Verbesserung der Arbeitsmarktlage, seitens des Strauß-Flügels der Union, niederschlugen, dürfen die Gemeinsamkeiten zwischen ihnen nicht übersehen werden. Sie bestanden vor allem in der Beschränkung auf die globale, gesamtwirtschaftlich orientierte Beeinflussung des

Wirtschaftsprozesses, die nur von der SPD noch in allerersten Ansätzen infragegestellt wurde; in der Produktivitätsorientierung der Lohnpolitik, allenfalls variiert in der Frage der Antizipation künftiger Preissteigerungsraten, sowie in einem mehr oder weniger stark ausgeprägten thematischen Bezug auf den nationalen Topos, den auch die SPD in ihre Argumentationen einflocht, wenn auch weitaus weniger dominant als die CDU/CSU, vor allem aber als die FDP. Alle drei Gemeinsamkeiten deuten darauf hin, daß ihnen das Bemühen um Autonomie von den Verbänden und von deren Auseinandersetzungen zugrundelag.
Das Integrationsmuster 'Volk' bzw. 'Nation' abstrahierte bewußt und gezielt von der interessenmäßigen Fraktionierung und Organisation der Gesellschaftsmitglieder. Die Anbindung der Tarifkonflikte an objektiv gesetzte Daten zielte auf die gleichzeitige Kalkulierbarkeit, materielle Begrenzung und möglichst auch auf die Entschärfung der Verteilungsauseinandersetzungen. Der Verzicht auf Brancheneingriffe schließlich schützte die Parteien davor, sich mit dem materiellen Kern interverbandlicher Interessenkonflikte auseinandersetzen zu müssen; das Verbleiben auf der globalen Ebene erlaubte ihnen vielmehr, sich nur mit den allgemeinsten Auswirkungen zentraler sozio-ökonomischer Gegensätze zu befassen und damit ihr ureigenstes Geschäft der Interessengeneralisierung zu betreiben.

Eines dürfte aber jedenfalls für die Ausgangslage der ersten sozialliberalen Koalition in ökonomischer Hinsicht ganz deutlich geworden sein: Die SPD übernahm das Ruder in einer Phase wachsenden sozio-ökonomischen und verbandsförmigen Problemdrucks auf dem Hintergrund einer überschäumenden Konjunktur; und in der FDP band sie sich an einen Koalitionspartner, der zwar in mancher Hinsicht, beispielsweise bei der Bildungsreform, vereinbare Vorstellungen pflegen mochte, der aber ausgerechnet wirtschaftspolitisch und verbändebezogen gänzlich anderen Leitlinien folgte als die Sozialdemokraten. Von daher waren Spannungen zwischen den beiden Regierungspartnern vorprogrammiert, und ihr Aufbrechen sollte nicht lange auf sich warten lassen. Bisher war auch der Umgangston der Parteien untereinander einigermaßen friedfertig gewesen; aber auch daran sollte sich in Kürze vieles ändern. Die Zeiten nahezu universeller Kooperation näherten sich ihrem Ende, und das nicht nur auf der Verbandsebene.

5.2) Die Vorbereitung des Scheiterns - Boom, Stagflation und das Erste Kabinett Brandt/Scheel (1969 - 1972)

Die Wirtschaft lief auf höchsten Touren, als das erste Kabinett Brandt/Scheel im Oktober 1969 sein Amt antrat. Es dauerte nicht lange, bis sich die ersten Wirkungen dieser Situation auf die Regierungspolitik niederschlugen: Die versprochenen Steuersenkungen zugunsten breiter Bevölkerungsschichten blieben aus[1], und stattdessen wurden im Januar 1970 eine Konjunktursperre von 2,7 Mrd. DM für das erste Halbjahr und die Bildung einer Konjunkturausgleichsrücklage von insgesamt 2,5 Mrd. DM verfügt, so daß der Haushaltsentwurf für 1970 erheblich reduzierter ausfiel als ursprünglich geplant.[2]
Dem folgten im Sommer 1970 die von Wirtschaftsminister Schiller schon seit geraumer Zeit geforderten, aus wahlpolitischen Gründen aber bislang nicht realisierten steuerpolitischen Bremsmaßnahmen[3], wobei die abgeschöpften Mittel bei der Bundesbank stillgelegt werden mußten, also nicht etwa den staatlichen Aktionsradius vergrößern konnten.
Dieser wurde weiter begrenzt durch die harte Restriktionspolitik der Bundesbank, die allerdings zur Jahreswende 1970/71 angesichts leichter Stagnationstendenzen ein wenig gelockert wurde.[4] Bis deutlich geworden war, daß ein wirtschaftlicher Einbruch nicht zu befürchten stand, beherrschte inzwischen die äußerst problematisch gewordene währungspolitische Entwicklung die Wirtschaftspolitik, die über die Wechselkursfreigabe im Mai 1971 zur de-facto-Aufwertung der DM um 6,5% im Dezember des gleichen Jahres führte. Parallel dazu verschärften sich die Schwierigkeiten bei der Preisentwicklung, auf die die Bundesregierung mit der Stillegung von Steuermehreinnahmen und mit Ausgabenbeschränkungen reagierte.[5] Zwar kam es im April und

zum Jahresende 1971 zweimal zu halbprozentigen Diskontsatzsenkungen[6], aber dennoch war die Hoffnung der Regierung, ihr Reformprogramm über Kredite und Steuermehreinnahmen in einer kontinuierlich und störungsfrei wachsenden Wirtschaft realisieren zu können, durch steigende Inflationsraten und außenwirtschaftliche Hemmnisse einer effektiven Stabilitätspolitik bereits stark enttäuscht worden.

Sie antwortete zum Jahresanfang 1972 mit der Erhöhung der Tabak- und der Mineralölsteuer auf diese Situation, die sich bald darauf noch durch deutliche Merkmale ökonomischer Stagnation verschärfen sollte. Die Versuche zur Bewältigung der Währungs- und Preisprobleme behielten dennoch Vorrang vor eventuellen Ankurbelungsbemühungen: retriktive binnenwirtschaftliche Kreditpolitik, Beschränkung des Geld-, Kredit- und Kapitalverkehrs mit dem Ausland und schließlich der Beschluß der Bundesregierung, Haushaltszuwächse und Kreditaufnahmen drastischer als bislang zu begrenzen[7], bildeten die Marksteine auf diesem Weg immer verzweifelterer Dämpfungsversuche bei einer zunehmend erlahmenden Dynamik des Wirtschaftsprozesses. Der Spielraum für jene weit ausgreifenden infrastrukturellen und sozialpolitischen Reformpläne und für die Neugewichtung sozio-politischer Machtverhältnisse, die sich die sozialliberale Koalition, in Sonderheit die SPD, vorgenommen hatte, wurde unaufhaltsam enger, die Legitimationsprobleme, die aus den unbewältigten wirtschaftlichen Schwierigkeiten wie aus den nicht eingelösten reformpolitischen Versprechen erwuchsen, immer drängender. Es ist nun zu klären, wie sich dieser Wandel in den parteipolitischen Auseinandersetzungen niederschlug.

5.2.1) SPD

Im Vordergrund des wirtschaftspolitischen Teils der Regierungserklärung und -debatte im Oktober 1969 stand die Rechtfertigung der Aufwertung der DM durch die SPD, obwohl Kanzler Brandt zugleich sein Konzept des Zusammenhanges von Wachstum und Reformen entwickelte: "Die Durchführung der notwendigen Reformen und ein weiteres Steigen des Wohlstandes sind nur möglich bei wachsender Wirtschaft und gesunden Finanzen."[8] Diese Ziele seien jedoch gefährdet, denn die Bundesregierung habe ein "schwieriges wirtschaftspolitisches Erbe übernommen, das zu raschem Handeln zwang"; ohne die "Aufwertung wäre eine weitere Zuspitzung der Konjunktur mit der Gefahr einer nachfolgenden Rezession kaum vermeidbar gewesen."[9]
Die SPD war bemüht, festzuhalten, unter welchen ungünstigen arbeitsmarkt-, haushalts- und stabilitätspolitischen Bedingungen sie die Regierung übernommen hatte[10], versprach aber dennoch unverdrossen eine "solide öffentliche Finanzwirtschaft ..., die im Dienste der Erfüllung gesellschaftspolitischer Aufgaben steht, aber unter Berücksichtigung aller Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts."[11] Sie hoffte sogar, ihre weitreichenden Pläne realisieren zu können, "ohne daß die Steuerlastquote des Jahres 1969 erhöht wird" und kündigte vielmehr - wie erwähnt - Steuersenkungen als einen "notwendige(n) Akt der sozialen Symmetrie zugunsten der Arbeitnehmer" an.[12]

Ein Teil ihrer Hoffnungen zur Finanzierung ihrer Reformvorstellungen richtete die Sozialdemokratie auf eine "Finanzpolitik, die eine graduelle Umorientierung des Güterangebots auf den Binnenmarkt hin fördert"[13], wozu sie die Aufwertung als ersten Schritt verstand, der ein weiteres - in ihren Augen übermäßiges - Wachstum des Exports verhindern werde. Dies liege schon deshalb im Interesse der Bundesrepublik, weil sie als Überschußland unbedingt auf eine funktionsfähige Weltwirtschaft angewiesen sei.[14] Zugleich galt die Aufwertung auch als "der erste notwendige Schritt zur Preisstabilisierung" im Inland.[15] Im großen und ganzen war man mit der getroffenen Maßnahme zufrieden: Sie hätte immerhin auch wesentlich teurer für die deutsche Wirtschaft ausfallen können[16], sie bringe positive Wirkungen auf dem Arbeitsmarkt mit sich[17] und verringere den allzu hohen Kapitalexport ins Ausland.[18] In keinem Falle aber galt sie als interessenspezifische Angelegenheit; bei der Auseinandersetzung um die Aufwertung hatte es sich in den Augen der Sozialdemokraten um eine "Kampagne gegen die ökonomische Vernunft und (eine, C.S.) Kampagne

für eine ökonomisch richtige Entscheidung" gehandelt.[19]

Es fällt auf, daß die SPD kaum ein Wort über die brisanten verteilungspolitischen Entwicklungen im Herbst 1969 verlor. Wenn sie überhaupt erwähnt wurden, so gerieten auch die spontanen Streiks in einen Zusammenhang mit der zu spät vorgenommenen Aufwertung: Sie hätten "etwas mit der Tatsache zu tun, daß die Übernachfrage nicht eingedämmt wurde, daß die Menschen am Arbeitsplatz überfordert wurden ... Das geht auf die Dauer nicht gut. Das wollen die Menschen an Ort und Stelle auch gar nicht. Sie wollen Vollbeschäftigung, Sicherheit der Arbeitsplätze auf lange Zeit; sie wollen aber auch eine anständige Arbeitszeit in der Woche, die ihnen ein Wochenende für die Familie und die vielen Freuden des Alltags läßt. Wenn das über längere Zeit nicht möglich wird, kommt es zu Eruptionen."[20] Womit der verteilungspoltische Hintergrund dieser Streiks, der für Gewerkschaften und SPD ein Legitimationsproblem ersten Ranges darstellen mußte, aus der Debatte eliminiert worden war.
Allerdings dürfte die thematische Einseitigkeit der sozialdemokratischen Stellungnahmen auch darin begründet gewesen sein, daß man das volle Gewicht seiner Aussagen bewußt auf die Tatsache legen wollte, nun endlich die Regierungsführung zu besitzen und der innenpolitischen Entwicklung insgesamt eine neue Wendung verleihen zu wollen und zu können. Der Wahlsieg war ebenso wie die neue Koalition einigermaßen überraschend gekommen, und begreiflicherweise standen nun nicht die Gewerkschaften, sondern die Partei selbst im Zentrum der öffentlichen Darstellung.

Im Frühjahr 1970 wurde die Argumentation wiederholt, die Aufwertung sei zwar eine richtige Maßnahme gewesen, sie habe aber erst reichlich spät eingesetzt werden können aufgrund des Widerstandes der Unionsparteien; angesichts schneller steigender Preise wurde dieser letzte Punkt zunehmend erbitterter betont.[22] Die SPD vertrat die Auffassung, die Preisentwicklung sei "nicht befriedigend"[23], warnte aber vor jeder "Preishysterie", wie die CDU/CSU sie über die Verunsicherung der Arbeitnehmer und Unternehmer betreiben wolle[24], und sie sprach sich in Anbetracht der sich vermeintlich abflachenden Konjunktur entschlossen gegen "zu harte stabilitätspolitische Maßnahmen" aus.[25] Die Fraktion stimmte den antizyklischen Haushaltsbeschlüssen der Bundesregierung - vom Wirtschaftsminister behutsam als "Haushaltspolitik des Ausgabentransfers von der Gegenwart in die Zukunft" umschrieben[26] - und den geplanten Schritten zur Belebung des Wettbewerbs zu[27], und Minister Schiller warf der Opposition vor, ihr Alternativprogramm sei lediglich ein "verdünnter Aufguß" der ohnehin von der Regierung geplanten Maßnahmen.[28] Überhaupt verschärfte sich bereits der Ton der Auseinandersetzungen erheblich, was - wie noch zu zeigen sein wird - vor allem auf die Strategie der Konservativen zurückzuführen ist, die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik als eine Mischung aus Inkompetenz und heimlichen Kurswandel hin zu einem bürokratischen Sozialismus zu diskreditieren. Es versteht sich von selbst, daß die SPD diesen letzten Vorwurf weit von sich wies[29]; sie beschuldigte stattdessen die Union, "wegen der Interessengegensätze in Ihrer eigenen Fraktion" handlungsunfähig zu sein,[30] und sie beschwor den parteipolitischen Gegner, Abstand von seinem gefährlichen, weil partikularistischen Vorgehen zu nehmen: "Nehmen Sie hier einmal zur Kenntnis: Konjunkturpolitik wird nicht gegen oder für eine Partei, sondern zum Nutzen des ganzen deutschen Volkes gemacht."[31] Schon hier wird erkennbar, welche Anstrengungen die SPD als die nun führende Regierungspartei unternahm, um ihr Handeln als auf das Wohl des ganzen Volkes gerichtet darzustellen und jeden Anschein, sie vertrete vorrangig bestimmte gesellschaftliche Interessen, zu vermeiden, dies vielmehr als Vorwurf gegen die Opposition selbst zu richten. Von diesem Bestreben zeugte auch die Argumentation des Wirtschaftsministers zu den anstehenden Verteilungsfragen, und an dieser Stelle wird zum zweiten Male ein Dissens zwischen ihm und Teilen seiner Partei faßbar. Schiller trat der Auffassung entgegen, die Löhne hätten sich an der Entwicklung der Produktivität zu orientieren (darin mochte eine unausgesprochene Reaktion auf die spontanen Streiks liegen), beruhigte aber zugleich die Unternehmer, 1970 werde "kein Jahr der Gewinnschrumpfung" sein und mahnte schließlich beide Seiten, sie könnten "die Logik der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung nicht einfach übersehen

oder überspringen."[32] Unter Verweis auf § 26 des Stabilitätsgesetzes wurde er noch deutlicher: "Es wäre in der Tat denkbar, daß bei exzessiven Verhaltensweisen von Marktpartnern bei der Preispolitik oder von Tarifvertragsparteien diese Regierung - wie hoffentlich jede andere Regierung - zu einem solchen oder ähnlichen Mittel greifen müßte, wie das Gesetz es vorschreibt."[33]

Und es war exakt diese 'Gleichverteilung der stabilitätspolitischen Lasten', d.h., die Absicht eines sozialdemokratischen Ministers, auch und vor allem Gewerkschaften und Arbeitnehmer steuerpolitisch zu disziplinieren, die auf dem SPD-Parteitag im Mai 1970 angegriffen wurde. Schillers Versprechen der sozialen Symmetrie sei nicht eingelöst worden[34], so wurde kritisiert, und anstelle der Wirtschaftsregulierung über die Begünstigung der Unternehmereinkommen solle eine Verbesserung der lohnabhängigen Einkommenspositionen und die progressive Besteuerung der Unternehmereinkünfte eingeführt werden.[35] Ein Teil der 'außerstaatlichen' Partei forderte also eine klare interessenspezifische Position ihres Ministers gegenüber den gesellschaftlichen Verbänden, und dies zu einem Zeitpunkt, als die die Regierung tragende Sozialdemokratie sich konservativer Verdächtigungen und Angriffe durch betonte Interessenneutralität zu erwehren suchte. Hier bereits wird das grundsätzlich Dilemma der SPD in der Regierungsverantwortung greifbar, entweder Legitimationskonflikte innerhalb der Partei bwz. gegenüber wesentlichen Teilen ihrer Wählerbasis oder aber massive Beschuldigungen seitens der Opposition und darüber hinaus auch manifeste ökonomische Steuerungsprobleme durch eine verschärfte Selektivität ihrer Politik riskieren zu müssen.[36]

Diese Konstellation hatte sich bis zum Oktober 1970 weiter verschlechtert. Die SPD registrierte mit Sorge, daß die Preise bei verlangsamtem Wachstum weiter stiegen[37], der Erfolg ihrer Dämpfungsversuche aber - abgesehen von der problematischen offenen Frage der außenwirtschaftlichen Absicherung[38] - vor allem vom Verhalten der gesellschaftlichen Kräfte abhing.[39] Bei allem Verständnis für die hohen Lohnsteigerungen 1969/70 und für innergewerkschaftliche Probleme[40] warnten die Sozialdemokraten davor, die Lohnpolitik in dieser Weise fortsetzen zu wollen, und wieder drohte Schiller mit staatlichen Eingriffen für den Fall, daß diese Mahnung nicht beherzigt werden sollte.[41] Aber zugleich war sich die SPD dessen schmerzlich bewußt, daß sie keinen beliebig starken Druck auf die Organisation der Lohnabhängigen ausüben konnte, wollte sie nicht "die soziale Stabilität verlieren", deren wichtigster Bürge nun einmal die befreundeten Gewerkschaften waren.[42] Und so zog sie sich auf die Hoffnung zurück, in der Konzertierten Aktion die Verbände auf die Politik der Regierung einschwören zu können.[43]

Und an dieser Stelle kristallisiert sich bereits heraus, was mit der Formulierung im theoretischen Teil der vorliegenden Arbeit gemeint war, die Parteien könnten nur verteilen, was die Verbände ihnen übrig ließen. Allen korporatistischen Deutungen zum Trotz wird hier behauptet, daß die strukturellen Einschränkungen parteipolitischer Handlungsmöglichkeiten durch interverbandliche Auseinandersetzungen schon im Jahre 1970 sowohl bei der Tarifpolitik als auch in Sachen Geldwertstablität eindeutig fühlbar wurden. Denn der Opposition, die - wohl nicht ohne Zufriedenheit - die sozialdemokratisch geführte Regierung mit der wachsenden Unruhe in Betrieben und Gewerkschaften konfrontierte[44], warf die SPD vor, sie unterstelle zu Unrecht "dieser Regierung aus bestimmten, taktischen Überlegungen heraus einfach, sie sei auf Inflationskurs."[45] Demgegenüber betonte sie ihre konzentrierten Bemühungen um die Wiedergewinnung der Preisstabilität[46], allerdings mit der charakteristischen Einschränkung, daß in gar keinem Falle dadurch die Vollbeschäftigung gefährdet werden dürfe.[47] Diese Modifikation verweist auf das zweite Dilemme, in das die Partei immer tiefer geriet: Es mochte gerade noch angehen, den Gewerkschaften künftig etwas mehr lohnpolitische Zurückhaltung abzuverlangen, um den eigenen wirtschafts- (und reform-)politischen Aktionsradius zu erhalten, vielleicht sogar ein wenig zu vergrößern; aber die Inkaufnahme von Arbeitslosigkeit durch eine von der Sozialdemokratie wesentlich getragene Regierung hätte die Beziehung zu den

gewerkschaftlichen Organisationen aufs schwerste belasten müssen. Es war just dieser Konflikt zwischen Stabilitäts- und Vollbeschäftigungspolitik, der die SPD in der Folgezeit in letztlich unlösbare Probleme stürzen sollte.

Im großen und ganzen wiederholten sich diese Positionen im Februar 1971, wenn auch mit einigen bemerkenswerten Akzentverschiebungen: Die Vollbeschäftigungsgarantie wurde erneut bestätigt, die "ein selbstverständliches Ziel jeder sozialen Politik im Lande sein muß"[45] und die auch von dem unbedingt notwendigen Bemühen um mehr Preisstabilität[49] nicht in Frage gestellt werden dürfe. Allerdings bestand der Wirtschaftsminister nun darauf, durch quantifizierte Daten eine negative Entwicklungsalternative zur angestrebten und für möglich gehaltenen Stabilisierung der Konjunktur aufzuzeigen, für den Fall nämlich, daß sich Unternehmer und Gewerkschaften nicht an den projektierten Vorstellungen der Bundesregierung orientieren sollten[50], und er drohte erneut auch mit einer verschärften Anwendung des Stabilitätsgesetzes, sofern sich die Preisentwicklung nicht beruhige.[51]
Sätze wie der im folgenden zitierte belegen die nach wie vor von den Sozialdemokraten gehegte Hoffnung, durch maximale quantitative Wachstumsraten alle gesellschaftlichen Ansprüche und Interessen befriedigen zu können und jene Konflikte zu vermeiden, die unausweichlich entstehen mußten, sobald - selektive - Prioritätensetzungen infolge knapper werdender Ressourcen unvermeidlich wurden: "In der Tat, wenn wir (!) unsere (!) Kräfte im Verteilungskampf erschöpfen, bei dem in der jetzigen Situation per saldo nichts herauskommen kann, verpassen wir die Chance des Wohlstandszuwachses für alle."[52]

In Ergänzung der derartigen Mahnungen war die SPD außerordentlich darum bemüht, den Verbänden von Lohnarbeit und Kapital nachzuweisen, daß die Einkommen beider Seiten letzthin deutlich gestiegen seien, weshalb es zumutbar sei, jetzt die Erwartungen etwas niedriger anzusetzen. Dabei kann es nach den Ergebnissen der Tarifrunden von 1969 und 1970 nicht verwundern, daß besonders die Gewerkschaften darauf hingewiesen wurden, welche beachtlichen Verteilungserfolge sie doch mittlerweile errungen hätten, und wie vernüftig es demzufolge nur sei, das Erreichte zu sichern.[53] Insbesondere Wirtschaftsminister Schillers beschwörender Appell an Unternehmer und Arbeitnehmer gleichermaßen, sich jetzt unbedingt marktwirtschaftlich zu verhalten, zeigt die wachsende verzweifelte Sorge der Sozialdemokratie, bei einem aus dem Ruder laufenden Verteilungskampf weder die angestrebte konjunkturelle Verstetigung noch das eigene, darauf basierende Reformprogramm realisieren zu können: "Hinter den Orientierungsdaten steht eine Wirtschaftspolitik, die den Unternehmern folgendes sagt: Die gegenwärtige Lage rechtfertigt keinen Konjunkturpessimismus. Es lohnt sich gerade 1971, alte Investitionen finanziell zu konsolidieren und neu zu investieren. Von den Unternehmern verlangen wir weiß Gott nicht karitative Preisgeschenke, sondern realistische Preisentscheidungen. ... Eine offen oder stillschweigend nach oben koordinierte Preispolitik der Unternehmer könnte ihre Situation allenfalls für kurze Zeit verbessern. Schon bald würde eine solche Politik der Koordinierung der Preise nach oben niemandem nützen und allen schaden, weil sie die marktwirtschaftliche Anpassung an die neue Konjunkturlage verzögert oder erschwert. ... Den Arbeitnehmern und den Gewerkschaften raten wir in dieser Konjunkturphase folgendes. Eine Nomalisierung und Verstetigung des privaten Verbrauchs ist am Platze. Niemand sollte aus Furcht vor anhaltenden Preissteigerungen zukünftigen Konsum ohne Not in die Gegenwart vorverlegen. ... Auch die Tarifpolitik sollte sich 1971 realistischen Maßstäben annähern. Und alle Erfahrungen der Vergangenheit haben gezeigt, daß eine expansive Nominallohnpolitik, der eine Preissteigerung auf den Fersen ist, auf mittlere Frist nur wenig Erfolg für eine reale Veränderung der Einkommensverteilung verspricht."[54]

Auch auf diesem Gebiet waren nämlich inzwischen die ersten Hoffnungen bitter enttäuscht worden: Bundeskanzler Brandt stellte im Februar 1971 fest, wenn er seine Regierungserklärung vom Oktober 1969 noch einmal zu konzipieren hätte, "würde ich sie natürlich, gestützt auf die Erfahrung zu manchen Punkten, was den zeitlichen

Ablauf angeht, und auch, was die finanziellen Möglichkeiten angeht, konkreter und präziser" fassen.[55] Inzwischen hielt man es auch bereits für notwendig, zu betonen, das Programm der Bundesregierung bestehe "ja nicht aus Wirtschaftspolitik allein, so wichtig und so voraussetzend für alles andere sie ist."[56] Und Brandts frühere Ankündigungen, sein Reformprogramm sei auf Grundlage der Steuerlastquote von 1969 erreichen zu wollen, waren der Feststellung gewichen, daß die Regierung ihren zunehmenden Aufgaben künftig schließlich nicht "bei einer sinkenden Steuerlastquote gerecht werden könnte."[57]

Die ersten Spuren des künftigen Dissenses mit den Gewerkschaften traten zutage: Die lohnpolitische Zurückhaltung des Verbandes wurde gefordert, zugleich aber angedeutet, die Steuern (auch auf die Masseneinkommen) könnten jedenfalls nicht gesenkt, müßten eventuell sogar erhöht werden, um den parteienstaatlichen Handlungsspielraum zu sichern bzw. zu erweitern. Die beginnende Rivalität zwischen den beiden Organisationen wird noch deutlicher, vergegenwärtigt man sich die zunehmend verbitterte Kritik der gewerkschaftlichen Organisationen am Steuersystem, wie sie oben ausführlich vorgeführt wurde.[58]
Aber ihre Entfaltung stand noch am Anfang; denn wenngleich der Kanzler implizit andeutete, daß Steuererhöhungen als ultima ratio in Betracht gezogen werden könnten, sofern die staatlichen Aufgaben anders nicht mehr finanzierbar wären, so war die SPD insgesamt trotzdem zu diesem Zeitpunkt noch um die Finanzierung ihrer Pläne durch Kredite und die stillgelegten Steuermehreinnahmen bemüht.[59] Wohl nicht zuletzt deshalb, aber auch im Zusammenhang mit dem Wunsch, einen Konjunktureinbruch verhindern zu wollen, traf die restriktive Bundesbankpolitik auf wachsende Kritik.[60] Der Opposition schließlich warf die SPD vor, sie verlange einerseits wachsende Ausgaben des Staates, indem sie kostenträchtige Reformprogramme in den Bundestag einbringe, andererseits bestehe sie aber auf weiteren stabilitätspolitisch motivierten Kürzungen im Etat.[61] Dies solle ebensowenig ernstgenommen werden wie die Beschuldigungen, die der SPD "möglicherweise kollektivistische und zwangswirtschaftliche Tendenzen" unterstellten.[62] Der Union gehe es letztlich wieder nur um die Verunsicherung der am Wirtschaftsprozeß Beteiligten[63]; und diesem Versuch, die Verbände rebellisch zu machen, setzte die SPD immer noch ihre Hoffnung entgegen: "Die kollektive Vernunft, wie sie sich etwa in der Konzertierten Aktion ausdrückt, ist in unserem Lande nicht aufgegeben."[64]

Vor diesem Hintergrund wird auch der zunehmend kompromißlose Kampf der Unternehmer gegen die expansive staatliche Kreditaufnahme verständlich[65]; denn die BDA dürfte sich sehr wohl darüber im klaren gewesen sein, welche Hoffnungen die Sozialdemokraten mit der kreditären Strategie verbanden, allen voran die Vorstellung nämlich, Konflikte mit den Verbänden durch kreditäre Projektfinanzierung bei maximalem Wachstum des Sozialprodukts vermeiden zu können.

Die Haushaltspolitik der Regierung blieb auch nach der Wechselkursfreigabe im Mai 1971 im Vordergrund der Diskussion, als die SPD betonte, wie wenig die enormen Devisenzuflüsse trotz des gezielt kontraktiven Haushaltsgebarens hätten neutralisiert werden können. Sie zitierte zustimmend den SVR, nach dessen Auffassung Haushaltskürzungen über das Maß hinaus, das konjunkturneutral sei, die Erfüllung vordringlicher staatlicher Aufgaben gefährdeten.[66] Wirtschaftsminister Schiller plädierte für eine Umstrukturierung der öffentlichen Haushalte, in denen ein "Ungleichgewicht zwischen Personal- und Sachausgaben" entstanden sei; erst nach der Straffung der Pläne und der Erhöhung der Haushaltstransparenz habe man das Recht, "von der Bevölkerung weitere Deckungsmittel zu verlangen."[67]

Hierin deuteten sich bereits zwei künftige Tendenzen an: die Absicht der Sozialdemokraten, wenn es denn nicht anders möglich sein sollte, den öffentlichen Korridor auch über Steuererhöhungen auszuweiten und der Beginn des Verzichts auf personalintensive Reformpläne, die den Staat verstärkt in die zunehmend heftigeren Verteilungskämpfe zwischen Lohnarbeit und Kapital hineinziehen mußten - und zwar in

seiner legitimatorisch prekären Rolle als Arbeitgeber.

Insgesamt herrschte bezüglich der Wechselkursfreigabe Erleichterung in den Reihen der Sozialdemokraten, vor allem darüber, die außenwirtschaftlichen Hemmnisse einer effektiven Antiinflationspolitik fürs erste aus dem Weg geräumt zu haben[68]; und die Hoffnung, dadurch nun auch die gesellschaftlichen Gruppen wirkungsvoller auf einen Stabilitätskurs einschwören zu können, wuchs erneut, wobei nun die SPD bemerkenswerterweise an die Unternehmer appellierte, sich lohnpolitisch zurückzuhalten: Das Floaten, zusätzliche binnenwirtschaftliche Stabilisierungsmaßnahmen "und eine notwenige Beruhigung der Lohnentwicklung - ich sage absichtlich nicht Lohnpolitik, denn Löhne werden nicht nur gefordert, sie werden auch bewilligt,... - werden erreichen, daß wir von diesen Preissteigerungen herunterkommen."[69]
Und auch hinsichtlich der weiterbestehenden Währungsprobleme, zu deren Behebung man sich grundsätzlich für eine Harmonisierung der europäischen Währungspolitik einsetzte, ließ Wirtschaftsminister Schiller keinen Zweifel daran, daß dafür die gleichen Prioritäten und Methoden zu gelten hätten, die die Bundesregierung derzeit binnenwirtschaftlich anwandte. Er votierte nämlich für europäische "Orientierungsdaten für die Budgetpolitik, für die Preispolitik und für die Einkommenspolitik".[70]

Anläßlich des Realignments im Dezember 1971 wurde dieses Ziel verstärkter westeuropäischer Integration bei harmonisierter Wirtschafts- und Währungspolitik aufs neue vorgestellt, wenngleich wieder mit der bekannten stabilitätspolitischen Einschränkung.[71] Die SPD benannte nun eindeutig die USA als den Hauptschuldigen an den gegenwärtigen währungspolitischen Störungen, und sie vertrat die Auffassung, daß die Leitwährungsrolle, die der US-Dollar bislang gespielt hatte, "durch die weltwirtschaftliche Entwicklung inzwischen über die Kräfte eines einzigen Landes hinausgewachsen" sei.[72] "Wir müssen im Weltwährungssystem insgesamt größere Elastizität und größere Flexibilität haben."[73]

Letzten Endes verbarg sich hinter solchen Sätzen die Vorstellung, eine erweiterte und zugleich intern enger verflochtene Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, in der wiederum die Bundesrepublik aufgrund ihrer ökonomischen Potenz sicherlich eine Führungsrolle innehaben würde, könne innerhalb eines vom Dollar abgekoppelten elastischen Weltwirtschafts- und -währungssystems gegenüber dem angeschlagenen Wirtschaftsriesen USA Positionsgewinne verbuchen. Zwar wies Schiller diesbezügliche Ängste der Amerikaner als "in dem befürchteten Umfang und von der Sache her sicher nicht berechtigt" zurück[74]. Aber seine Überlegungen zur Reform des zusammengebrochenen Systems von Bretton Woods liefen eindeutig auf die währungspolitische Entmachtung der USA hinaus[75] und zielten gleichzeitig zweifellos auf die Sicherung der westdeutschen Wirtschaft vor weiteren Einbrüchen in der außenwirtschaftlichen Flanke.[76] Insoweit aber Währungsfragen immer Ausdruck weltwirtschaftlicher Stärkeverhältnisse und der Verschiebungen zwischen ihnen sind, erscheint die Annahme berechtigt, daß es bei den währungspolitischen Umbrüchen der frühen siebziger Jahre in Wirklichkeit auch um die wachsende ökonomische Kraft Westeuropas, besonders der Bundesrepublik, gegenüber den seit dem Vietnamkrieg in immer tiefere wirtschaftliche und innenpolitische Schwierigkeiten geratenen USA ging.[77] Charakteristisch für die Sozialdemokraten war allerdings ihr Realismus, den Prozeß der weltwirtschaftlichen Integration nicht schneller als von den unterschiedlichen nationalökonomischen Bedingungen her möglich voranzutreiben.[78]
Bemerkenswert an diesen Stellungnahmen war jedoch auch, daß in dieser Phase akuter weltwirtschaftlicher Umgruppierungen gegebener Machtverhältnisse und verschärften internationalen Konkurrenzdrucks keine Rede mehr war von der partiellen Umlenkung des Exports auf den Binnenmarkt zwecks Erhöhung öffentlicher Ressourcen für Infrastrukturinvestitionen und sozialpolitische Reformen. Hier ebenso wie in Fragen binnenwirtschaftlicher Konjunktursteuerung und gesellschaftsbezogener Reformen hatten zwei Jahre Regierungsführung viele Pläne, Ziele und Hoffnungen des Regierungsflügels der SPD abgeschliffen.

Genau dieses Problem aber, woher die staatlichen Mittel für die Realisierung der sozialdemokratischen Reformpläne denn nun kommen sollten, hatte kurz zuvor den SPD-Parteitag vom November 1971 beschäftigt. Ein wichtiger, weil im Staatsapparat fest verankerter Parteiteil vertrat weiterhin die konventionelle Auffassung, mehr und stetigeres Wachstum werde den staatlichen Handlungsspielraum am unkompliziertesten ausweiten helfen.[79] Demgegenüber wuchs jedoch die Anzahl der Stimmen, die ein derartiges Konzept als die Selbstauslieferung an die Gewinnmaximierungspolitik der Unternehmer heftig kritisierten und den Ausbau konjunkturbeeinflussender Instrumente bis hin zu einer gezielten Strukturpolitik für einzelne Wachstums- bzw. Schrumpfungsbranchen und zu neuen Methoden der Investitionslenkung forderten.[80] D.h., wachsende Anteile der SPD hatten ihre Hoffnung auf die Globalsteuerung bereits fallengelassen und verlangten nach erheblich weitergehenden staatlichen Interventionen auch in die Kernbereiche des Kapitalverwertungsprozesses und der unternehmerischen Investitionsautonomie.
Dabei war es kein Zufall, daß diese Beiträge verbunden waren mit Namen wie Karsten Voigt und Norbert Wieczorek. Dies weist vielmehr darauf hin, daß die Führungsgruppen der seit Ende 1969 auf einen deutlich antikapitalistischen Kurs umgeschwenkten Jungsozialisten in der SPD inzwischen ihr Gedankengut aktiv in die Mutterpartei einbrachten. Sie reagierten damit auf die wachsenden Schwierigkeiten der regierenden Sozialdemokratie, Reformen unter den Bedingungen verschärfter gesellschaftlicher Verteilungskämpfe und immer schneller werdender Inflationsprozesse zu verwirklichen, setzten die Partei damit aber zugleich unter wachsenden Legitimationsdruck gegenüber nicht-gewerkschaftlich, ganz und gar gegenüber nicht-sozialistisch orientierten Bevölkerungskreisen, für die die SPD gleichermaßen als Regierung zu fungieren hatte. Dadurch, daß sie immer lautstarker explizit interessengebunde Positionen der Partei forderten, wuchs die Gefahr ökonomischer Steuerungsschwierigkeiten infolge des erwartbaren (und auch eintretenden) zunehmenden Widerstands unternehmerischer, besonders mittelständischer Kreise, die die CDU/CSU wiederum als Verunsicherung der Unternehmer und Zerstörung der Investitionsneigung der Gesamt-Partei zur Last legen konnte, nicht ohne zugleich noch diesen Widerstand selbst kräftig anzuheizen. Kurz: Der oben theoretisch beschriebene Konflikt zwischen Legitimation und Leistung gewann erheblich an Brisanz, das Thema innerparteiliche Opposition sollte in diesen und den nächsten Jahren zum Alptraum der SPD-Führung werden.

Dort allerdings, wo der Parteitag konkrete Maßnahmen zur Beseitigung aktueller konjunktureller Störungen forderte, erwiesen sich die Anträge der Basis oft als überraschend naiv. So verlangten sie etwa lapidar, die Bundesregierung solle die Preisstabilität wiederherstellen, ohne indessen die Vollbeschäftigung zu gefährden - ganz so, als ob hierin nicht bereits das Kernproblem sozialdemokratischer Wirtschaftssteuerung offen zutagegetreten wäre.[81]

Vergleicht man diese Anträge mit den theoretisch weit ausgreifenden Beiträgen vor allem führender Jungsozialisten, so liegt der Schluß nahe, daß die 1970/71 beginnende Theoriediskussion in der SPD in ihrer relativen Abgehobenheit auch eine parteiinterne Integrationsfunktion hatte sowie dazu diente, bestimmte gesellschaftliche Gruppen wie zum Besipiel kritische linke Intellektuelle an die Partei zu binden, daß sie jedoch keineswegs immer voll bis zur Parteibasis durchschlug. Dennoch konnte diese thematisch und strategisch neue innerparteiliche Diskussion die regierende SPD gegenüber dem parteipolitischen Gegner, der ohnehin immer offensiver vorging, vor allem aber gegenüber den Unternehmern und ihren Verbänden, nur in Schwierigkeiten bringen, was einzig dann nicht zur völligen Lahmlegung ihrer Aktivitäten führen konnte, wenn ihre Beziehungen zu den Gewerkschaften unbelastet waren und blieben.

Dafür jedoch war die ökonomische Voraussetzung: Vollbeschäftigung und stetiges Wachstum, 1972 weniger denn je gegeben. Was zur Jahresmitte 1971 wie eine Chance zur wirklichen Stabilisierung des Konjunkturverlaufs nach außen und innen ausgesehen hatte, erwies sich nur als Atempause, auf die 1972 das Jahr der Stagflation

folgte.
Daß dem so sei, bestritt die SPD allerdings heftig in der letzten wirtschaftspolitischen Debatte vor den vorgezogenen Neuwahlen.[82] Im Gegenteil bemühte sie sich, stabilitätspolitische Hoffnung zu verbreiten: Durch die Aufwertung und den gelungenen Versuch, den Zustrom an Auslandsgeldern in die Bundesrepublik zu verlangsamen oder gar zu stoppen, durch eine konsequent antizyklische Haushaltspolitik[83] und dadurch, daß die Gewerkschaften "auf die veränderten wirtschaftspolitischen Daten mit einem so hohen Maß an Verantwortungsbewußtsein reagiert haben"[84], seien die Chancen für die Wiedergewinnung der Preisstabilität deutlich gestiegen. Darüber hinaus sei es gelungen, die Vollbeschäftigung zu sichern, auch in der Phase der nachlassenden wirtschaftlichen Aktivitäten[85], und trotz weiterhin zu hoher Preissteigerungen hätten auch die Realeinkommen kontinuierlich zugenommen.[86]

Allerdings wurde dieses so positive Bild durch zwei Befürchtungen verdüstert: Zum einen waren die außenwirtschaftlichen Probleme keineswegs grundsätzlich gelöst[87], zum anderen war den Sozialdemokraten völlig klar, daß die Gewerkschaften ihren zurückhaltenden Kurs sofort aufgeben müßten und würden, wenn die unternehmerische Preispolitik nicht ihrerseits maßvoller werden sollte. Sie beschworen daher vor allem die Kosumgüterindustrie eindringlich: "Der Weg zu einer kostenneutralen Lohn- und Gehaltspolitik sollte nun endlich durch eine entsprechende Unternehmerpolitik bei den Endverbraucherpreisen honoriert werden."[88]
Aus derartigen Appellen geht deutlich hervor, wie sehr die SPD auf ein kooperatives Verhalten der Verbände zur Durchsetzung ihrer Politik angewiesen war, was sie übrigens einschließlich der damit verbundenen Probleme für die Interessengruppen selbst sehr wohl erkannte.[89] Sie reagierte auf diese prekäre Lage mit dem Versuch, beiden Seiten gerecht zu werden, indem sie die gewerkschaftliche Politik lobte, den Unternehmern versicherte, "für uns Sozialdemokraten sind Gewinne nichts Böses"[90] und sich generell zur Marktwirtschaft bekannte, letzteres auch, um der antisozialistischen Offensivstrategie der CDU/CSU den Wind aus den Segeln zu nehmen.[91]

Mit dieser Haltung des 'Allen-Wohl-und-keinem-Wehe' stießen die regierenden Sozialdemokraten nun aber wiederum innerparteilich auf scharfe Kritik, die sich auf dem Parteitag im Oktober 1972 in der Forderung Gehör verschaffte, anstelle globale Bekenntnisse zur Marktwirtschaft abzugeben, solle man klar und deutlich sagen, daß die SPD auf der Seite der Arbeitnehmerinteressen stehe und eine sozialistische Gesellschaft anstrebe.[92]
Und noch in einem zweiten wichtigen Punkt zerfiel die SPD immer mehr in verschiedene Flügel, die sich sogar bis in die Fraktion hinein bemerkbar machten, nämlich in der Frage, ob in der gegenwärtigen widersprüchlichen Lage die Staatsfinanzen zur Ankurbelung oder zur Dämpfung der Konjunktur eingesetzt werden sollten[93] und darüber hinaus, welche Art öffentlicher Ausgaben - Personalaufwand oder Sachinvestitionen - derzeit überhaupt noch zulässig sei.[94]

So stand die SPD am Ende der ersten - wenn auch verkürzten - Legislaturperiode, in der sie die Bundesregierung führte, nicht mehr einheitlich und geschlossen hinter ihrem ehemals so gefeierten Wirtschaftsminister. Schillers Rücktritt im Frühsommer 1972 und sein rasches Überwechseln in das konservative Lager stellten letztlich nur den personellen Ausdruck einer strukturell bedingten, immer komplizierteren Situation dar. Bis auf die Vollbeschäftigung, deren Verlust die SPD unbedingt die notwendige gewerkschaftliche Unterstützung hätte kosten müssen, war keines der Ziele des Stabilitätsgesetzes auf Dauer erreicht worden, die einst in der festen Überzeugung verankert worden waren, der Neo-Keynesianismus werde alle auftretenden sozioökonomischen Steuerungsprobleme bewältigen können. Anstelle stetigen Wachstums hatte ein enormer Boom, dessen man nicht Herr werden konnte, die Grundlagen für die Instabilität des wirtschaftlichen Prozesses, besonders der Preisentwicklung, gelegt. Die neuen Formen des sozio-politischen Dialogs hatten sich in dieser Konfliktsituation trotz aller Beschwörungen, Mahnungen, Bitten und Drohungen nicht bewährt, der Verteilungskampf um Löhne und Preise geriet zunehmend außer Kontrolle.

Davon wiederum wurden die Haushalts- und als Folge auch die Reformpolitik der SPD hart getroffen, die allmählich im Dienste der Inflationsbekämpfung ihre autonome gesellschaftspolitische Funktion verloren.

Schließlich war es auch nicht gelungen, die Außenwirtschaftsentwicklung in den Griff zu bekommen, die angesichts wachsenden internationalen Wettbewerbsdrucks auch nicht mehr ohne weiteres binnenwirtschaftlichen Zwecken verfügbar gemacht werden konnte.
Auf dieses Scheitern nahezu aller ihrer großen wirtschaftspolitischen Ambitionen reagierte die SPD in doppelter Weise: Ihre im Staatsapparat angesiedelten Teile appellierten immer dringlicher an die Verbände, über eine autonome Politik des Interessenausgleichs die Grundlage für einen Neuanfang in Stabilität zu legen, ergo den Verteilungskampf zu entschärfen (wofür allerdings infolge der konjunkturellen Stagnation der materielle Umverteilungsspielraum fehlte).
Der linke Flügel der Partei wollte sie dagegen in innerorganisatorischen Auseinandersetzungen von wachsender Intensität dazu bringen, sich offensiv auf die Seite der Gewerkschaften zu stellen und den unternehmerischen Dispositionsspielraum drastisch zu beschneiden. Während der erstgenannte Teil der Partei eher dazu tendierte, Reformen so lange zurückzustellen, bis die ökonomischen Störungen beseitigt waren, das eine sogar zunehmend für die Voraussetzung des anderen ansah, verlangte letzterer gerade jetzt diese Reformen als Sprungbrett zur Überwindung der anstehenden sozio-ökonomischen Steuerungsprobleme durch eine Veränderung der Machtverhältnisse zugunsten der Gewerkschaften und des - selbstverständlich sozialdemokratisch geführten - Staates. Damit aber war der Konflikt mit dem kleineren, gesellschafts- wie wirtschaftspolitisch gänzlich anders orientierten Koalitionspartner unweigerlich vorprogrammiert.

5.2.2) FDP

Die Freien Demokraten konnten im Oktober 1969 - unbelastet von jeglicher voraufgegangenen Regierungsverantwortung - einen Kern der Problematik der gegenwärtigen konjunkturellen Lage aufgreifen: Die unterlassene Aufwertung habe zu einem extremen Ungleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage auf allen Märkten geführt, mit eventuell fatalen Konsequenzen für die Preisstabilität, wobei den Liberalen die angespannte Arbeitsmarktlage aus verständlichen Gründen besonders wichtig war.[95] Aus dieser Situationsanalyse resultierte die Forderung, die Wirtschaft, aber auch der Staat, sofern er direkt ökonomisch tätig sei, müsse sich verstärkt um Rationalisierung, Technisierung und Erhöhung der ökonomischen Leistungsfähigkeit bemühen. Die FDP erwartete "eine integrierte Aktivität der gesamten Regierung", gerichtet "auf das eine Ziel: die Produktivitätssteigerung".[96] D.h., die Freien Demokraten waren generell wenig an der Erhaltung grundsätzlicher Möglichkeiten der Lohnabhängigen zum Verkauf ihrer Ware Arbeitskraft interessiert - jeder durch Technisierung oder reibungsloseren Produktionsablauf eingesparte Arbeitsplatz war ihnen willkommen.[97]

Von dieser aktuellen konjunkturpolitischen Frage abgesehen fand nur noch ein Thema im ökonomischen Teil der Regierungserklärung das Interesse der Liberalen: Brandts Vorsatz, die Steuerlastquote nicht zu erhöhen, der ein freundliches Lob erhielt. Es sei begrüßenswert, daß die Bundesregierung bei der Steuerreform "weder den Leistungswillen noch die Investitionsbereitschaft der Wirtschaft durch konfiskatorische Steuern beschränken will. Im Interesse der Sicherheit der Arbeitsplätze (!) und einer gerechten sozialen Weiterentwicklung darf deshalb die Steuerbelastung, wie angekündigt, nicht höher werden."[98] Es hatte sich also auch durch die Regierungsbeteiligung der FDP nichts an der liberalen Grundsatzposition geändert, dem Staat möglichst wenig materielle Ressourcen und damit geringe Aktionsradien zu verschaffen.

Gleichzeitig wird hier deutlich, daß bei aller offenkundigen Bereitschaft, Arbeits-

plätze, wo es nur möglich war, vernichten zu lassen, auch die Freien Demokraten nicht völlig auf den legitimatorischen Topos 'Arbeitsplatzsicherheit' als Begründungsmuster ihrer Forderungen und Maßnahmen verzichten konnten. Neben der noch stärker generalisierten Formel von 'Dienst am Gemeinwohl' bestand (und besteht !) in dieser Strategie, nahezu jede Aktivität durch ihren angeblichen oder wirklichen Beitrag zur Sicherung von Arbeitsplätzen zu rechtfertigen, eines der wirkungsvollsten Mittel der Integration auch höchst gegensätzlicher Interessen.

Aber bei dieser freundschaftlichen Übereinstimmung mit der SPD sollte es nicht lange bleiben: Im Februar 1970 stellte die FDP lapidar fest: "Wir haben eine deftige Überhitzung und dazu einen inflatorischen Preisauftrieb ... zu meistern"[99], und sie warnte vor vermeintlichen Tendenzen der Sozialdemokraten, dieses Problem etwa durch die Priorisierung des Wachstumszieles vernachlässigen zu wollen.[100] D.h., schon wenige Monate nach dem Zustandekommen des sozialliberalen Rgierungsbündnisses trat der entscheidende Unterschied zwischen den beiden Parteien offen zutage: Wo die Sozialdemokratie Wachstum und Vollbeschäftigung anstrebte, votierten die Liberalen nach wie vor für stabilen Geldwert.
Das geeignetste Mittel zur Überwindung des gegenwärtigen Zustandes sah die FDP in der Belebung des Wettbewerbs, wiederum auch und vor allem auf dem Arbeitsmarkt[101], darüber hinaus aber besonders auch durch die gezielte Förderung des Mittelstandes, der über längst noch nicht voll ausgeschöpfte Produktivitäts- und Wachstumsreserven verfüge.[102] Besondere Sorge bereitete ihr die Tariflohnentwicklung und die Ergebnisse der spontanen Streiks vom Herbst 1969; es müsse "befürchtet werden, daß sich der übernachfragefördernde und damit preistreibende Trend von neuen Tarifvereinbarungen, die den Produktivitätszuwachs weit übersteigen, noch fortsetzen kann."[103] Hatte die SPD noch versucht, Gründe für das Ausbrechen der gewerkschaftlichen Basis aus dem Tarifsystem zu benennen (wenn auch mit einer deutlichen Akzentuierung weg von explizit verteilungspolitischen Ursachen) und sich jedenfalls in dieser aktuell schwierigen Lage von allen Lohnformeln distanziert, so reduzierte die FDP das Problem völlig auf eine einzuhaltende ökonomische Gesetzmäßigkeit, nämlich die Produktivitätsorientierung der Lohnpolitik. Wiederum wird ersichtlich, daß die Freien Demokraten wenig daran interessiert waren, die Gewerkschaften bei der Bewältigung interner Probleme in irgendeiner Form zu unterstützen.

Neben der Kaufkraftabschöpfung durch Vermögensbildung, die allerdings bei steigender Geldentwertung sinnlos werde[104], trat die FDP für die Fortsetzung der harten kreditpolitischen Linie der Bundesbank ein[105]. Sie stimmte den haushaltspolitischen Beschlüssen der Bundesregierung zu, befürwortete aber darüber hinaus die "Einstellung aller Haushaltsersparnisse - insbesondere bei der gedämpften Abwicklung des Haushalts bis zur Verabschiedung des neuen Haushalts 1970 - zusätzlich in die Konjunkturausgleichsrücklage."[106]

Lohn- und Haushaltspolitik sollten sich zurückhalten, so war die liberale Auffassung, keinesfalls aber dürften die "produktivitätsfördernde(n) Investitionen" beeinträchtigt oder gar gefährdet werden. Wie nicht anders zu erwarten, galt dies selbstverständlich nicht als interessenspezifische Haltung, "...sondern hier wird der Gedanke logisch weiterentwickelt, daß diese Investitionen notwendig sind, damit morgen und übermorgen die Arbeitsplätze für alle abhängig Beschäftigten auch den ausreichenden und gewünschten Ertrag abwerfen können."[107] Die FDP schien keinerlei Widersprüche darin zu erblicken, daß diese 'ausreichenden und gewünschten Erträge' vor allem für 'produktivitätsfördernde Investitionen' verwendet werden sollten, die nach ihrer eigenen Auffassung Arbeitsplätze gerade einsparen sollten. Erneut wird die an dieser Stelle rein ideologische Bedeutung des Arbeitsplatzsicherungs-Arguments klar erkennbar.

Im Oktober 1970 war es der kleinere Koalitionspartner, der eine eindeutige Haltung gegenüber den gesellschaftlichen Gruppen einnahm, während die SPD zwischen der mit steuerpolitischen Drohungen bekräftigten Mahnung zur gesamtwirtschaftlichen Ver-

nunft und der Hoffnung auf freiwillige Einigung in der Konzertierten Aktion schwankte. Für die Liberalen bestand kein Zweifel daran, daß das Parlament sich auch kritisch mit Tarifvereinbarungen auseinanderzusetzen habe, weil diese relevanter für den Wirtschaftsablauf seien als alles, was Bundesregierung und Bundesbank bewirken könnten.[108] Bei aller Anerkennung der Tarifautonomie müsse es angesichts dieser Bedeutung der Lohnabschlüsse für die Volkswirtschaft Sache des Staates sein, den sozio-ökonomischen Gruppen Orientierungsdaten vorzugeben, durch die "alle Tarifpartner vor der Öffentlichkeit zur Begründung ihrer Stellungnahmen, ihrer Bemühungen, ihrer Ziele und ihrer Forderungen in einer ordentlichen, ihre freie Entscheidung nicht beeinträchtigenden Weise aufgefordert werden. Uns erscheint das als Gebot der Stunde."[109] Maßstab der Datensetzung war und blieb die Produktivitätssteigerung, und die FDP vertrat die Auffassung, eine Fortsetzung der lohnpolitischen Entwicklung vom Herbst 1969 werde "auf Dauer niemand(em) - weder einzelne(n) noch Gruppen - einen Sondervorteil" verschaffen, aber eine Eskalation dieser Vorgänge könne bedrohlich werden, so daß letztlich "Übermut", "Mutwilligkeit" und "Maßlosigkeit" allen schadeten.[110]

Wieder ging es nicht um den Konflikt zwischen gegensätzlichen Interessen, sondern vielmehr um irrationales Verhalten und illegitimen Partikularismus, die sich zu einer Bedrohung des Allgemeinwohls auswachsen konnten.
Mit dieser Interpretation des Inhalts und der Funktion lohnpolitischer Orientierungsdaten befand sich die FDP wiederum in bemerkenswerter Nähe zu den entsprechenden Aussagen der Unternehmerverbände. Einkommenspoltik hieß folglich eindeutig: Öffentlicher Druck auf die Gewerkschaften, jedes Umverteilungsziel aufzugeben und zwecks Verstetigung des ökonomischen Prozesses[111] eine zurückhaltende und kalkulierbare Lohnpolitik zu treiben. Offenbar hatte sich bei den Liberalen eine neue Generation wirtschaftspolitischer Sprecher durchgesetzt, die der staatlichen Einkommenspolitik, sofern sie in diesem Sinne und nicht etwa als Herstellung 'sozialer Symmetrie' verstanden wurde, nicht mehr so viel Skepsis entgegenbrachten wie ihre Vorgänger zur Zeit der Verabschiedung des Stabilitätsgesetzes.

Dieser Sinnenswandel mochte zwei Ursachen haben: Zum einen die von der Regierungsbeteiligung der Liberalen erzwungene Erkenntnis, daß man nicht rigide und maximalistisch gegenüber den Verbänden bleiben konnte, im Sinne ihrer völligen Auslieferung an die Marktgesetze, wenn man nun selbst auf generalisierte gesellschaftliche Legitimation angewiesen war. Zum anderen darf aber wohl vermutet werden, daß die Liberalen sehr viel Wert darauf legten, die Einkommenspolitik, wenn sie denn nun einmal zumindest im Augenblick unvermeidlich war, in die von ihnen gewünschte Richtung zu beeinflussen. Dieses Feld restlos den Sozialdemokraten zu überlassen, konnte nicht im Interesse der FDP liegen, ebensowenig wie in dem ihrer mittelständischen Basisteile. Es sollte sich allerdings rasch zeigen, daß die Partei in dem Augenblick zu ihrer ursprünglichen Haltung zurückkehrte, also die Marktparteien sich selbst und den Auswirkungen ihres Vorgehens ungemildert überlassen wollte, als die Zuspitzung interverbandlicher Kontroversen, die auch von den Orientierungsdaten nicht mehr aufgehalten werden konnte, die Interessen dieses spezifischen Wählerkreises beiseite zu drängen drohte.

Die Ähnlichkeit lohn- und einkommenspolitischer Positionen von FDP und BDA wich nämlich schon im Februar 1971, als Preissteigerungen und nachlassende ökonomische Aktivitäten zusammentrafen, einer wachsenden stabilitätspolitischen Radikalität der Freien Demokraten, die von den Unternehmern damals so nicht geteilt wurde. Nun formulierten die Liberalen ihr verteilungspolitisches Credo aggressiver: "Die FDP ist jedenfalls - mit ihrer Regierung - entschlossen, Catch-as-catch-can-Methoden im Verteilungskampf zu verhindern. Sie ist entschlossen, realistischen Wirtschaftserwartungen zum Durchbruch zu verhelfen, Abenteuern dabei den Weg zu verlegen und jedem Erpressungsversuch zu Lasten der Gesamtheit unnachgiebig zu widerstehen und nachhaltig auch in die Zukunft hinein zu begegnen."[112] Wenn sich die Tarifparteien nicht an die Orientierungsdaten der Regierung hielten, drohten weitere Kosten- und

Preissteigerungen mit der unausweichlichen Konsequenz schrumpfender Gewinne, nachlassender Investitionsneigung und schließlich die Gefahr "einer neuen Rezession".[113] Für die FDP trugen derzeit die Verbände die Hauptverantwortung für die weitere Wirtschaftsentwicklung[114], und die Partei setzte in der gegebenen widersprüchlichen Situation langsameren Wachstums und schnellerer Preissteigerungen ihre Priorität ganz eindeutig zugunsten der Stabilität.[115] Sofern die Tarifparteien sich dieser Rangfolge nicht anschließen sollten, glaubten sich die Liberalen gut gerüstet, um sie durch eine harte Geldmengenpolitik zur Raison bringen zu können.[116]

Damit aber überholten sie sogar die Unternehmerseite noch, was die Rigorosität ihrer Stellungnahmen anging, da die Arbeitgeberverbände erst wesentlich später zu dieser Geldmengenkonzeption fanden, als die verteilungspolitischen Auseinandersetzungen sich schon erheblich so verschärft hatten, daß die aus internationalen und nationalen Gründen im gesamtkapitalistischen Interesse noch tolerierbare Inflationsmarke übertroffen zu werden drohte.[117] Es darf hierbei nicht vergessen werden, daß die FDP von ihrem Wählerpotential her nur einen ganz bestimmten Teil der Unternehmer vertrat, und daß gerade diese mittelständische Schicht sich ausufernde Verteilungskämpfe und wachsende Geldentwertung am wenigsten lange leisten kann. Daher ist der frühe Zeitpunkt, zu dem die FDP die großen gesellschaftlichen Lager vor die Alternative Mäßigung oder Rezession via Geldmengenverknappung stellen wollte, nicht weiter verwunderlich, so wenig wie ihr erneut vorgetragenes direktes Verlangen nach Mittelstandsförderung, das als Beitrag zur Wettbewerbsbelebung stabilitätspolitisch motiviert wurde.[118]

Die kleine liberale Partei hätte sich nicht vor einer Konfrontation mit den beiden wichtigsten gesellschaftlichen Gruppen gescheut, aber sie hielt zu diesem Zeitpunkt kein Ressort besetzt, das ihr die Möglichkeit dazu geboten hätte, und ihr großer Regierungspartner war verständlicherweise darum bemüht, eben diese Auseinandersetzung zu vermeiden, die ihn in eine prekäre Frontstellung zu den Gewerkschaften gebracht hätte. Daher wiederholte die FDP im Juni 1971 ihre Position lediglich in einem einzigen Bereich, der gleichzeitig für eine zurückhaltende Fiskalpolitik votierte und insoweit der wieder aufgenommenen Linie entsprach, durch Interventionsverzicht die Tarifparteien sich allein an den Marktgesetzen abarbeiten zu lassen.[119]

Auch im Januar 1972 beschränkten sich die Liberalen auf eine Rede, in der sie das währungspolitische Realignment vom Dezember 1971 als wichtigen Beitrag zur binnenwirtschaftlichen Stabilisierung, allerdings auch zur längst fälligen Reform des Weltwährungssystems, lobten.[120] Diese geringe Beteiligung am wirtschaftlichen Geschehen im Parlament mag - neben der erwähnten Tatsache, daß die FDP (noch) keinen Minister in diesem Bereich stellte - ihren Grund darin zu finden, daß die Partei in dieser Zeit heftigen internen Umwälzungen ausgesetzt war. Bis zur 'Freiburger Wende' gewannen die linksliberalen Strömungen immer mehr an Gewicht innerhalb der Organisation, die soziologisch dem selbständigen Mittelstand nicht verbunden waren und die sich auf andere als wirtschaftspolitische Themen konzentrierten. Es wird sich aber zeigen, daß die rechtsliberalen Tendenzen in der FDP durchaus weiter fortbestanden, sich gerade im wirtschaftspolitischen Bereich festsetzten und von dort aus über den Posten des Wirtschaftsministers, den seit der Wahl von 1972 die Liberalen benannten, sehr bald wieder Einfluß auf ihre Partei und darüber hinaus auf den gesamten wirtschaftspolitischen Steuerungsprozess gewannen.

In der letzten Debatte vor den vorgezogenen Neuwahlen fasste die FDP selbst noch einmal ihre hauptsächlichen wirtschaftspolitischen Vorstellungen zusammen: Die immer bedrohlichere Preisentwicklung nütze keinem und schade allen[121]; sie sei - neben unbestreitbaren außenwirtschaftlichen Ursachen[122] - vor allem binnenwirtschaftlich erzeugt worden, wobei den gesellschaftlichen Verbänden hier eine wesentliche Verantwortung zufalle[123]; wirksam bekämpft werden könne sie durch eine

straffe Geldmengenpolitik (und, natürlich, durch gezielte Mittelstandsförderung)[124]. Dies führe dazu, daß die "Globalsteuerung zumindest teilweise von der Notwendigkeit der direkten Regulierung der Nachfragekomponenten am Markt befreit" werde, was besonders für eine liberale Wirtschaftspolitik aufgrund der dann stetigeren Entwicklung der Staatsausgaben interessant sei. Eine derartige Verstetigung werde "aber gleichzeitig für die Unternehmen besser kalkulierbar sein und ihren Freiheitsspielraum ganz beträchtlich erweitern".[125] D.h., unter der Überschrift des "gemeinsame(n), alle Interessen berücksichtigende(n) Ziel(es) der Preisstabilität"[126] trat die FDP letztlich wie gehabt für eine Reduktion des staatlichen Einflusses auf die Wirtschaft ein. Durch eine konsequent gehandhabte Geldmengenpolitik sollte er den Rahmen setzen, innerhalb dessen die Tarifparteien handeln sollten und konnten, denen die FDP zwar objektiv zu Recht, aber in dieser spezifischen Betonung subjektiv wohl vor allem aus Legitimationsgründen den entscheidenden Einfluß auf die ökonomische Entwicklung zuschrieb. Diese Haltung aber mußte sie ihrem Koalitionspartner, der das genaue Gegenteil anstrebte, entfremden und - wie jetzt zu zeigen sein wird - jedenfalls in fiskalpolitischer Hinsicht der CDU/CSU annähern.

Fraglich ist dagegen, ob eine der beiden Volksparteien eine derart offenkundig verbändefeindliche Haltung einnehmen konnte. Es wird zu prüfen sein, ob nicht auch die CDU/CSU - wie ungern auch immer - mehr Rücksicht auf die Gewerkschaften nehmen mußte als die FDP, deren Beitrag zu den wirtschaftspolitischen Debatten zwischen 1969 und 1972 eigentlich nur in der zunehmend deutlicher formulierten und stets stabilitätspolitisch begründeten Forderung nach der Disziplinierung der Verbände überwiegend durch staatliche Selektivität im Sinne von Nicht-Handeln bestand.

5.2.3) CDU/CSU

Wenn die SPD bei ihrem Amtsantritt 1969 die ungünstigen Seiten der damaligen wirtschaftlichen Lage unterstrichen hatte, um sich von der Verantwortung für weitere Fehlentwicklungen wenigstens teilweise zu entlasten, so konstatierte die CDU/CSU umgekehrt, die neue Regierung beginne bei "Vollbeschäftigung, stabilem Geld und wohlgeordneten Finanzen"[127], setze aber bereits jetzt, durch ihre zahlreichen Reformpläne ohne konkrete Angabe von Finanzierungsmöglichkeiten, diesen paradiesischen Zustand leichfertig aufs Spiel.[128] Es komme haushaltspolitisch nun vor allem darauf an, "daß der investive Teil der öffentlichen Ausgaben anwächst. Es muß alles geschehen, um unsere Wirtschaftskraft zu stärken - zumal andere Nationen uns die Spitzenstellung in Welthandel und Industrieproduktion streitig machen."[129]
Die Union benutzte die Diskussion über die - von ihr als Exportschädigung und bedenkliche Haushaltsbelastung angegriffene[130] - Aufwertung, um ihr weit ausgreifendes, offensives Außenwirtschaftskonzept zu entwickeln. Selbstverständlich lehnte sie die sozialdemokratische Vorstellung einer Umlenkung von Teilen des Exports auf den Binnenmarkt entschieden ab; dies sei kaum ohne Beeinträchtigung des Wachstums möglich[131], und außerdem "sollte man bei uns nicht so tun, als ob eine hohe Exportquote ein nationales Unglück sei."[132] Vielmehr sollten über den Export hinaus auch die Ausfuhr von Kapital und die Direktinvestitionen im Ausland gefördert werden; wenn die Bundesregierung den umgekehrten Weg gehen wolle, so habe sie "sich offensichtlich hier der Linie des DGB angeschlossen..."[133]
Es ist evident, daß hier mit national getönten Legitimationsmustern einerseits, der Anschuldigung andererseits gearbeitet wurde, die neue Regierung lasse sich in Sachen Außenwirtschaft von einer Interessengruppe instrumentalisieren und vernachlässige darüber den Aufbau deutscher Stärke auf den Weltmärkten.[134] Darüber hinaus erhob Strauß den Vorwurf, allerdings ohne die SPD oder den DGB direkt beim Namen zu nennen, auch binnenwirtschaftlich sei im Zusammenhang mit internationalen Währungsfragen Unruhe gestiftet worden: Nach der berechtigten Ablehnung der Aufwertung durch Kiesinger im Mai 1969 "begann eine für Wirtschaft und Währung gefährliche, und zwar absichtlich betriebene, Inflationshysterie", welche schließlich in die Behauptung umgeschlagen sei, die Unternehmer machten überhöhte Gewinne, "die die

wilden Streiks rechtfertigten."[135]
Außerdem galt es für die Union als ausgemacht, daß Wirtschaftsminister Schiller schon deshalb schuld an den Streikbewegungen im Herbst dieses Jahres sei, weil er "das Gleichgewicht von innerer Stabilität und Wachstum in seiner Amtszeit nicht genügend beachtet" und "zu lange nur auf Wachstum gesetzt" habe, weshalb es zu unkontrollierbaren konjunkturellen und verteilungspolitischen Entwicklungen gekommen sei.[136]

Mit dieser Verknüpfung von Stellungnahmen versuchte die Union einerseits zu suggerieren, die SPD übernehme eine solide Wirtschafts- und Finanzlage, die sie bereits jetzt durch Aufwertung und Reformpläne gefährde; andererseits war sie aber bestrebt, die nun einmal vorhandenen und nicht gänzlich wegzudiskutierenden strukturellen Fehlentwicklungen allein der Sozialdemokratie anzulasten, die damit doppelt unfähig dastand. Und schon klang ein weiteres Ideologem an, das in der Folgezeit eine gewichtige Bedeutung gewinnen sollte: Die SPD sei nicht nur zu einer effektiven Wirtschaftspolitik nicht imstande, sondern in Wirklichkeit führe sie einen "Kampf gegen die Marktwirtschaft".[137] Gleichzeitig verstand es die Union sehr geschickt, die durchaus widersprüchlichen Kapitalinteressen in einer Art und Weise zusammenzufassen, die kein anderes staatliches Handeln als den Veränderungsverzicht bewirken konnte und sollte. So lehnte Strauß einerseits im Interesse der Großkonzerne die von der SPD angestrebte Verankerung der vorbeugenden Fusionskontrolle mit dem Hinweis auf den internationalen Wettbewerbsdruck entschieden ab, ließ jedoch andererseits auch die mittelstandsfreundliche Begründung der Antikonzentrationspolitik nicht gelten: "Wir sind der Meinung, daß die beste Mittelstandspolitik darin besteht, die Klein- und Mittelbetriebe vor nicht zu verkraftenden Belastungen im steuerlichen und sozialpolitischen Bereich zu bewahren."[138] Womit sämtlichen Reformbestrebungen der Sozialdemokratie ebenso wie ihrem Versuch, die staatlichen Ressourcen zu vergrößern, eine in sich konsistente Absage erteilt worden war.

Dieses Muster von Unterstellungen wirtschaftspolitischer Inkompetenz und gesellschaftspolitisch bedenklicher Absichten der Sozialdemokratie wurde im Frühjahr 1970 verdeutlicht, als sich die Unionsredner auf die Verletzung ihres absoluten Vorrangszieles, der Preisstabilität, bezogen: "Für die Opposition ist die Stabilität der zentrale Faktor in dem magischen Viereck des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes." "Wir sind der Auffassung, daß das wirtschaftliche Wachstum langfristig nur durch die Erhaltung der Währungsstabilität gesichert werden kann. Kurzfristige Wachstumsschwankungen, auch wenn es einmal jährlich nur 1 bis 2% sein sollten, sind langfristig eine solidere Politik."[139]

An dieser Stelle läßt sich zeigen, daß die Union, wie auch schon die SPD und die FDP jene konjunkturelle Verstetigung anstrebte, die oben als Tendenz des gesamten sozio-politischen Interessenverarbeitungsprozesses interpretiert wurde, zyklische Schwankungen und strukturelle Verwerfungen möglichst auszugleichen und das Wirtschaftsgeschehen kalkulierbarer zu machen. Ein wesentlicher Unterschied zwischen den Konservativen - mit Ausnahme ihres sozialreformerisch orientierten Flügels - und den Liberalen auf der einen, der Sozialdemokratie auf der anderen Seite bestand aber darin, daß die SPD diese Verstetigung aus Gründen der Erhaltung eines hohen Beschäftigungsstandes und der reibungsloseren Umverteilungsmöglichkeiten bei steigenden Zuwachsraten auf einem quantitativ höheren Wachstumsniveau anstrebte, während große Teile der CDU/CSU und der FDP über die Priorisierung des Stabilitätszieles eine kontinuierliche Wirtschaftsentwicklung bei relativ schwacher gewerkschaftlicher Arbeitsmarktposition erreichen wollten - mit allen verteilungspolitischen Konsequenzen für Gewerkschaften und Staat. Offenkundig hatte der Wechsel in die Opposition für die Union zu einer partiellen Meinungsänderung geführt, da man jetzt maximale Wachstumsraten ablehnte, die man an der Regierung selbst mit erzeugt bzw. zugelassen hatte. Dabei dürfte es sowohl um eine Schwächung der gewerkschaftlichen Position als auch vor allem um die Verhinderung größerer Aktionsspielräume des nun sozialdemokratisch geführten Staates gegangen sein. Allerdings dürften sich

FDP und bestimmte Flügel innerhalb der Union wiederum insofern voneinander unterschieden haben, als ein Teil der konservativen Volkspartei wachsende Staatseinnahmen grundsätzlich durchaus befürwortete, um die von ihm selbst für erforderlich gehaltenen Infrastrukturmaßnahmen finanzieren zu können, sobald man wieder an der Regierung war, worauf man - wie man glaubte - nicht lange würde warten müssen; dagegen lehnte die FDP genauso grundsätzlich eine Ausdehnung interventionsstaatlicher Handlungsfelder überhaupt ab.

Unter diesen Umständen war es für die Opposition am einfachsten, weil in sich am widerspruchsfreiesten, der SPD generell Inkompetenz vorzuwerfen: Insoweit ökonomische Instabilität als Folge der Lohnentwicklung drohe, liege dies an ihrem Versagen vor dem Boom 1969 und in der Konzertierten Aktion[140]; sofern Fehlentwicklungen jetzt noch durch eine straff antizyklische Haushaltspolitik aufgehalten werden könnten, ermangele es ihr an Mut, Entschlossenheit und Tatkraft[141]; und in Anbetracht des außerordentlichen Stellenwerts der Geldwertstabilität für die Erhaltung des Wirtschafts- und Gesellschaftssystems insgesamt[142] müsse überhaupt an der marktwirtschaftlichen und freiheitlichen Zuverlässigkeit der SPD gezweifelt werden: "Eine sozialistische Politik, die ohnehin die kollektive Absicherung als das Ideal ansieht, mag auch eine das Kollektiv fördernde Geldentwertung vielleicht leichter hinnehmen. Hier jedenfalls scheiden sich die Geister."[143]
Es fällt auf, wie sehr die Union sich von jedem Versuch fernhielt, etwa den Verbänden, oder speziell den Gewerkschaften, die Verantwortung für die wirtschaftlichen Fehlentwicklungen zuzuschieben: Es sei notwendig, auf den "sehr ernsten Mißerfolg der Konzertierten Aktion" hinzuweisen, deren Versuch der "Eingrenzung eines Spielraums für die Einkommenspolitik" gescheitert sei. "Die Tarifpartner sind nicht mehr bereit, Ihren (Schillers, C.S.) Prognosen und Daten zu vertrauen, und auch Ihre Politik der angekündigten Steuersenkungen gab der Regierung nicht die Glaubwürdigkeit, die sie brauchte, um mit sachlicher Autorität mit den Sozialpartnern zu verkehren."[144] Bei dem gegenwärtigen "Mangel an entschlossenem Handeln" der Regierung drohe eine gefährliche Wechselwirkung zwischen Preisen und Löhnen, die bis zur Arbeitslosigkeit führen könne, wobei es müßig sei zu untersuchen, was zuerst dagewesen sei: Preis- oder Lohnsteigerungen.[145]

Dies darf wohl als Beleg für die These gewertet werden, daß auch eine konservative Volkspartei als Volkspartei nicht ohne weiteres den offenen Konflikt mit sozioökonomischen Großverbänden suchen kann und darf.[146] Ihre eigenen Vorstellungen zur Bewältigung der aktuellen Situation richtete die Union auf "Anträge mit der klaren Tendenz..., das Haushalsvolumen selbst zu begrenzen und vor allem auch die Sperren, wo immer es möglich ist, auszuweiten"[147], sowie auf den Versuch, den Verteilungskampf durch vermögenspolitische Maßnahmen zu entschärfen und dadurch gleichzeitig mehr Kapital für Mittelstand und Industrie zur Verfügung zu stellen.[148] D.h., durch die Kombination des Verzichts auf zusätzliche staatliche Ausgaben mit der Bereitstellung eines Teils der Löhne für Investitionen des Kapitals wollte sie Bedingungen der Kapitalverwertung schaffen, die die - auf die Dauer besonders für die Exportposition der westdeutschen Wirtschaft bedenklichen - Preiserhöhungen überflüssig machen sollten. Dabei war der erste Teil ihrer Forderungen den entsprechenden Überlegungen der Unternehmerverbände sehr ähnlich, während die vermögenspolitischen Auseinandersetzungen zu diesem Zeitpunkt noch eine weitgehend intern parteipolitische Angelegenheit darstellten, bei der es besonders um eine partielle Entfunktionalisierung des Tarifsystems im Interesse größerer Kalkulierbarkeit der Wirtschaftsentwicklung und damit verbesserter Legitimationschancen der auf ökonomische Stetigkeit zielenden (parteien-)staatlichen Wirtschaftspolitik ging.

Im Oktober 1970 präzisierte die Union ihre Vorwürfe und Forderungen weiter, angesichts immer schnellerer Preissteigerungen, die vor allem die wirtschaftlich schwächeren Gruppen der Gesellschaft träfen[149] und innere Reformen torpedierten[150]. Die Bundesregierung habe offenbar das Vertrauen beider Tarifparteien verloren, weshalb es ihr nicht länger gelingen könne, die "weitverbreitete Inflationsmentali-

tät" zu brechen.[151] Obwohl bei aller Anerkennung der Tarifautonomie die Verantwortung für die Stabilisierung des Wirtschaftsprozesses ganz wesentlich auf Seiten des Staates liege, folge die Regierung weder ihrer gesetzlich verankerten Pflicht zur Vorgabe von Orientierungsdaten[152], noch sei sie fähig, die vom Stabilitätsgesetz geschaffenen Instrumente - auch gegenüber den Sozialverbänden - konsequent anzuwenden sowie die öffentlichen Ausgaben auf ein konjunkturadäquates Maß zurückzunehmen. "Das Eckdatum, das auch für die Tarifpartner gesetzt werden muß, ist die Beschränkung der öffentlichen Hand auf den Nettozuwachs des Bruttosozialprodukts (!). Anders kann man es doch nicht machen"[153] - so lautete die Auffassung des konservativsten Teils der CDU/CSU. Demgegenüber argumentierte z.B. Stoltenberg als Vertreter derjenigen Kräfte, die weniger die Konfrontation zwischen Regierung und Verbänden und mehr eine flexible staatliche Haushaltspolitik anstrebten, vorsichtiger[154]. Schließlich hätte der Versuch einer Anbindung der Ansprüche der Tarifparteien, damit aber letztlich der Gewerkschaften als deren fordernder Teil, und des Staates an den realen Sozialproduktzuwachs harte sozio-politische Konflikte und die langfristige Einschränkung öffentlicher Handlungsmöglichkeiten mit sich gebracht. Dies aber wollten jene Teile der Union nicht, die ihrerseits "einer erheblichen Steigerung der Sozialinvestitionen" das Wort redeten[155], wenn auch zu einem konjunktur- (und regierungs-)politisch günstigeren Zeitpunkt.

Damit aber wird offenkundig, daß es nach wie vor (mindestens) zwei wirtschaftspolitische Flügel innerhalb der CDU/CSU gab, die sicherlich beide letzten Endes auf die Verhinderung der Durchsetzung gewerkschaftlicher Verteilungs- und sozialdemokratischer Reformvorstellungen zielten; aber eben dabei doch unterschiedlich harte Methoden anwenden wollten, wobei im Auge zu behalten ist, daß eine eventuelle Entscheidung der Gesamtpartei für den restriktiven und auch gegenüber den Verbänden konkliktorientierten Kurs erhebliche Auswirkungen auf die Ausgangsbedingungen ihrer Politik nach einem möglichen Wahlsieg haben mußte. Von daher umfasst die Interpretation unterschiedlicher oppositioneller Stellungnahmen der Union immer auch die Analyse des Ringens zweier verschiedener Strömungen innerhalb dieser Partei um die künftige Regierungspolitik der CDU/CSU.

Je schwieriger sich die ökonomische Entwicklung gestaltete, desto stärker dominierten die Positionen des konservativsten Lagers innerhalb der Christdemokraten und Christlich-Sozialen. Als im Februar 1971 die nachlassende wirtschaftliche Dynamik mit weiter steigenden Preisen zusammentraf, wurde auch dies als Schuld der Regierung angeprangert, die die Bedeutung der Geldwertstabilität als Voraussetzung für einen hohen Beschäftigungsstand ignoriert[156] und sich sowohl durch ihre Vollbeschäftigungsgarantie gegenüber den Tarifparteien[157] als auch durch ihre wegen der Inflation kaum noch einlösbaren Reformversprechungen für die gesamte Gesellschaft[158] praktisch selbst entmachtet habe. Anstatt frühzeitig auch durch steuerpolitische Mittel zu bremsen und eine konsequent antizyklische Haushaltspolitik zu betreiben[159], habe sie selbst den Verteilungskampf zwischen den gesellschaftlichen Gruppen erst richtig vorangetrieben, indem sie den Maßstab der Produktivitätsentwicklung für ihre eigenen Ansprüche an das Bruttosozialprodukt außer acht gelassen habe.[160] Selbstverständlich trat auch die CDU/CSU für Reformen ein - "aber für durchdachte Reformen im Rahmen der zur Verfügung stehenden Mittel"[161]; zweifelsfrei strebte auch sie die Vollbeschäftigung an - "neben Stabilität und Wachstum"[162]; und natürlich hatte sie Verständnis für die Politik der Gewerkschaften, die letzten Endes bei so vielen Fehlern der Regierung gar nicht anders handeln könnten, als sie es täten.[163] Worauf es aber letztlich ankam, formulierten wohl nicht zufällig die konservativsten Vertreter der Union: auf die Behebung der 'Kosten- und Ertragskrise'[164] durch eine Ausrichtung der öffentlichen Ausgabenpolitik "am gesamtwirtschaftlichen Produktionswachstum" und mittels einer der wirtschaftlichen Entwicklung angepassten Geldmengenpolitik[165] sowie auf die Überwindung der Vertrauenskrise zwischen Gesellschaft und Regierung, die von den radikalen Elementen innerhalb der SPD erzeugt worden sei[166]. Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß damit die Übernahme der Regierungsgewalt durch die Union gemeint war.

Zweierlei wird aus dieser Argumentation deutlich: Zum einen beharrte die oppositionelle CDU/CSU strikt auf der politischen Verantwortung der Regierung für die ökonomischen Störfälle, zu einem Zeitpunkt, als jedenfalls der Regierungsflügel der SPD einen Teil der stabilitätspolitischen Kompetenzen öffentlich auf die Verbände und die Tarifautonomie zu verlagern suchte. Damit kam die SPD zwar näher an die faktische Machtverteilung zwischen 'Wirtschaft' und 'Politik' heran, aber die Union lieferte den unverzichtbaren legitimatorischen Beitrag, Verantwortlichkeiten (und damit drohenden Loyalitätsverfall) auf der politischen Bühne wechselnder Parteienregierung zu fixieren und das sozio-ökonomische System damit aus der Schußlinie zu halten.[167]
Zum anderen bestätigt sich die oben entwickelte These, wonach ungünstige wirtschaftliche Rahmenbedingungen gerade denjenigen konservativen Strömungen Auftrieb verleihen, deren Ziel in der Rücknahme (sozial-)staatlicher Tätigkeitsbereiche, der Disziplinierung gesellschaftlicher Interessengruppen bzw. ganz allgemein in der Durchsetzung eines restriktiven, auf Aktivität und Innovation verzichtenden Politikverständnisses besteht.[168] Status-quo-Sicherung, allemal das Geschäft der Konservativen, läßt sich unter Krisenbedingungen am leichtesten betreiben, da dann auch die Gesellschaftsmitglieder, speziell die Lohnabhängigen, am wenigsten auf Veränderungen drängen werden, weil auch sie ihren Status quo: Arbeitsplätze und Einkommensniveau - erhalten sehen wollen.

Allerdings: Trotz des Aufgreifens geldmengenpolitischer Überlegungen klangen die Stellungnahmen auch der konservativsten CDU/CSU-Abgeordneten konzilianter als die der FDP, sobald die Verbände angesprochen waren. Ein wesentlicher Unterschied zwischen diesen beiden Parteien bestand ganz offenkundig in dem Ausmaß an Verantwortung für die Inflation, das den gesellschaftlichen Gruppen jeweils zugeschrieben wurde und das bei der Volkspartei CDU/CSU deutlich geringer ausfiel als bei den Freien Demokraten, die weit weniger mit den Verbänden selbst liiert waren. Denn eine Disziplinierung der Verbände, speziell der Gewerkschaften, strebten zwar beide Parteien an, und zwar im Prinzip auch mit demselben Mittel: dem staatlichen Interventionsverzicht. Aber während die FDP immer offener davon sprach, die Verbände den Folgen ihres Tuns am Markt ungemildert auszusetzen, um sie zur Einhaltung staatlich vorgegebener Daten zu zwingen, formulierte selbst der konservativste Flügel der CDU/CSU noch sehr viel behutsamer, die Regierung habe eine Verantwortung gegenüber den Verbänden, der sie nicht mehr gerecht werde, was die Interessengruppen selbst hilflos mache. Darin verbarg sich zugleich die konservative Ideologie vom 'starken Staat', der seine Autorität gegenüber den Niederungen gesellschaftlicher (d.h. implizit: partikularer) Interessen zu wahren habe: "Auf eine kurze Formel gebracht: die Abgabe einer bedingungslosen Vollbeschäftigungsgarantie ist in einer Marktwirtschaft gleichbedeutend mit der Abgabe des wirtschaftspolitischen Instrumentariums an die großen Gruppen unserer Gesellschaft."[169] Mit anderen Worten: Der Staat durfte sich nicht selbst seiner Druckmittel berauben, aber dies nicht so sehr wie bei den Liberalen aus einer ökonomischen Motivation heraus (Verbändedisziplinierung durch Handlungsverzicht zwecks Eingrenzung des Verteilungskampfes), sondern eher aus politisch-ideologischen Gründen (Verbändedisziplinierung durch Handlungsverzicht zwecks Sicherung staatlicher Autorität).

Eine wichtige Gemeinsamkeit zwischen den beiden Parteien, die sie auch bald völlig einig mit den Unternehmerverbänden werden lassen sollte, bestand dagegen in dem Bemühen, den staatlichen wirtschaftspolitischen Aktionsradius möglichst wieder zu verkleinern. Es ist anzunehmen, daß in dieser Frage die Trennungslinien nicht zwischen den Parteien, sondern innerhalb der Union selbst verliefen, deren interventionsfreundlicherer Flügel sich zu diesem Zeitpunkt geringeren Wachstums schlicht nicht äußerte und damit erneut einen Beleg für die eben diskutierten Überlegungen des Zusammenhanges von wirtschaftlichen Störfällen und innovationsfeindlichem Konservativismus lieferte.

Dabei blieb es auch in den beiden folgenden Debatten, die zumeist von Rednern wie

Strauß und Höcherl mit Stellungnahmen zur haushaltspolitischen "Finanzkrise"[170] und zu den währungspolitischen Problemen des Jahres 1971 bestritten wurden.
Der Rücktritt des sozialdemokratischen Finanzministers Möller, den zu kommentieren die SPD selbst tunlichst vermieden hatte, wurde vom Vorsitzenden der CSU als Signal dafür gewertet, daß die Regierung zu einer soliden Finanzpolitik nicht mehr in der Lage sei. Dabei ist der Vorwurf bemerkenswert, die Koalition habe es nicht nur an der nötigen Sparsamkeit fehlen lassen, sondern darüber hinaus "rechtzeitige Steuererhöhungen" versäumt.[171] Wenngleich damit sicherlich vor allem die stabilitäts- und verteilungspolitisch motivierte Forderung nach einer Abschöpfung von Massenkaufkraft gemeint war, so kann in dieser Aussage, die von Unionsabgeordneten wie Pohle und Luda eben nicht ohne weiteres übernommen worden wäre, wohl auch ein Anknüpfen an Strauß' frühere Position des notwendigen Ausbaus staatlicher Ressourcen zwecks Durchführung 'zukunftsorientierter' Infrastrukturinvestitionen erblickt werden.

Die wirtschaftliche Lage schien Strauß auf "Vollbeschäftigung ohne Wohlstand" hinauszulaufen[172], wobei die nun unbestreitbar vorhandene Inflation "hausgemacht" sei[173], und zwar von der Regierung selbst, die eine rechtzeitige und konsequente einkommens- und steuerpolitische Orientierung der Tarifparteien versäumt habe.[174] Während der Grundvorwurf nicht neu war, kam als zusätzlicher Anklagepunkt nun hinzu, die Koalition benutze die Währungspolitik, um ihre stabilitäts- und einkommenspolitischen Fehler jetzt, reichlich spät und unvollkommen, zu korrigieren.
Sowohl Strauß als auch Höcherl warfen der Bundesregierung nämlich vor, sie benütze die "Währungskrise im Wasserglas"[175], an deren Zustandekommen sie überdies nicht ganz unschuldig sei, dazu, um den Export und die eng mit ihm verflochtene Gesamtwirtschaft unter ökonomischen Druck zu setzen. "Durch diesen Würgegriff auf die Wirtschaft sollen die Unternehmer zur Unnachgiebigkeit und die Gewerkschaften zum Maßhalten gezwungen werden."[176] Zweifellos mußte das Floaten der DM und die damit automatisch verknüpfte Verteuerung dieser nach wie vor relativ unterbewerteten Währung dämpfende Wirkungen auf den Export ausüben. Berücksichtigt man die starke Branchenorientierung der westdeutschen Gewerkschaften, so kann man in der Tat in dieser Phase der Außenwirtschaftspolitik auch eine Form branchenspezifischer 'Struktur- und Einkommenspolitik' erblicken, wobei es überhaupt nicht verwunderlich ist, daß hierzu von der SPD kein Wort geäußert wurde.
Es stellt nun aber einen klassischen Fall selektiver Argumentation dar, wenn die Redner der CDU/CSU diesmal ausschließlich diesen Aspekt betonen, ihn bewußt als zielgerichtetes, intentionales Handeln gegen die Tarifparteien interpretierten[177], und ihre sonst so offensiv vorgetragenen Vorstellungen zum weiteren Ausbau des Außenwirtschaftsgeschäfts und zur Stärkung der weltwirtschaftlichen Stellung der Bundesrepublik als nationaler Pflicht überhaupt nicht erwähnten. Während sie nämlich anläßlich der Aufwertungsdebatte des Jahres 1969 immer wieder vor Positionsverlusten des Exports in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen gewarnt hatten, argumentierten sie im Juni und auch nach dem Realignment im Dezember 1971[178] vorrangig mit den binnenwirtschaftlichen Aufwirkungen der Währungspolitik. Eine Erklärung dafür mag in dem Bestreben jeglicher Opposition gesehen werden, möglichst jeden Regierungserfolg - und sei er auch noch so befristet und partiell - in ein Versagen auf anderen Gebieten umzumünzen, eine zweite jedoch darin, daß Teile der Union ein zunehmend deutliches Interesse an der Zuspitzung von Gegensätzen zwischen Regierung und Verbänden hatten, mußten doch verschäfte Konflikte zwischen den gesellschaftlichen Gruppen und dem sozialdemokratisch geführten Staat den gewünschten Eindruck wirtschaftspolitischer Inkompetenz und gesellschaftspolitischer Unzuverlässigkeit der SPD verstärken.

Denn es sollte eines bislang ganz deutlich geworden sein: Auch die CDU/CSU kritisierte nicht die gewerkschaftliche Lohn- und Verteilungspolitik, bezog keine ähnlich offene Position zugunsten eines der Tarif'partner' wie die SPD, trotz aller Nähe zu BDA-Stellungnahmen hinsichtlich der staatlichen Fiskal- und Rformpolitik. Nicht die ohnehin schon intensivierte Auseinandersetzung zwischen den Organisatio-

nen von Lohnarbeit und Kapital wollten die konservativen Redner der Union weiter anheizen; das hätte unkontrollierbar und verhängnisvoll für jede Regierungspolitik werden können. Es ging vielmehr darum, die Konflikte zwischen dem Verbändelager einerseits, der sozialdemokratisch geführten Regierung andererseits zu verschärfen, letzten Endes die Steuerungsmöglichkeiten des Wirtschaftsprozesses, über die die SPD noch verfügte, dadurch wirkungslos zu machen, daß ein Keil zwischen sie und die Gewerkschaften getrieben werden sollte. D.h., das Handeln der Union, von der zu diesem Zeitpunkt (fast) nur noch ihre konfliktorientiertesten Strategen an die parlamentarische Öffentlichkeit traten, zielte unverändert auf die politische Ebene, auf die Sozialdemokratie, die als unfähig, unsozial und unberechenbar diskreditiert werden sollte.

Dem Bemühen, diesen Eindruck zu vertiefen, waren offenkundig auch sämtliche Beiträge der CDU/CSU in der letzten wirtschaftspolitischen Debatte vor den vorgezogenen Neuwahlen 1972 gewidmet, die noch einmal alle Positionen der letzten Jahre zusammenfasste. Das argumentative Grundmuster war ebenso einfach wie wirkungsvoll: Die Regierung hatte auf allen Ebenen versagt. Sie hatte nicht rechtzeitig, nämlich 1969/70, die Konjunktur gedämpft[179], weshalb jetzt der gefürchtete Zustand der Stagflation eingetreten sei. Vor allem hatte sie die Tarifparteien durch ihre Vollbeschäftigungsgarantie zu harten Verteilungskämpfen geradezu angestachtelt: Die allseits anerkannte Tarifautonomie führe nur dann nicht zu "Zügellosigkeit und Disziplinlosigkeit", wenn "die beiden Tarifpartner in dem Bewußtsein gestärkt werden, daß ihre Handlungen nachteilige Konsequenzen für die Allgemeinheit, aber auch für sie selbst haben, wenn das gesamtwirtschaftliche Maß überschritten wird." Anstelle "mit der Autorität seines Amtes" auf verteilungspolitische Zurückhaltung hinzuwirken, habe Kanzler Brandt jedes Bemühen um die Begrenzung tarifpolitischer Auseinandersetzungen mit der "Abgabe von Vollbeschäftigungs- und Absatz- garantien" zunichte gemacht[180].

Man beachte die Wortwahl: Maßvolles Verhalten im Interesse der Gemeinwohlsicherung durch die Wahrung der staatlichen Autorität herzustellen war die Aufgabe der Regierung; die Zuteilung von Verantwortlichkeiten war eindeutig. Ohne staatliche Orientierung 'alleingelassen', den 'überzogenen Ansprüchen' ihrer Basis ausgeliefert, konnten die Interessengruppen nachgerade gar nicht anders, als verteilungspolitisch zu übertreiben. Es war Sache eines starken Staates, sie daran zu hindern, in ihrem eigenen Interesse wie in dem der Allgemeinheit.
Weiterhin hatte die Regierung in den Augen der Union die Inflation dadurch geschürt, daß sie infolge überzogener Reformversprechen die Staatsausgaben übermäßig ausgeweitet hatte[181], wodurch die ehemals soliden öffentlichen Finanzen in Unordnung gebracht worden und Reformen zur Sicherung der künftigen wirtschaftlichen Entwicklung unmöglich geworden waren[182]; und schließlich hatte sie, letzten Endes die SPD, Gesellschaft und Wirtschaft durch bedrohliche, offen oder heimlich betriebene ordnungspolitische Veränderungen zutiefst verunsichert. Dieses Argumentationsmuster gewann nun, da man die sozialliberale Koalition in Kürze zu stürzen hoffte, enorm an Bedeutung: "Wir sehen,... daß die Frage des politischen Radikalismus und der nicht immer genügenden Abgrenzung der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in diesen Fragen natürlich von wirtschaftspolitischer Relevanz ist. Das produziert doch ebenso wie Ihre Steuerbeschlüsse Unsicherheit."[183]
Der Grundvorwurf wurde nun offen formuliert, die Regierung habe 1969 den "Keim für jene psychologische Grundstimmung in unserem Volke gelegt, die allenthalben im öffentlichen wie im privaten Bereich überhöhte Ansprüche aufkommen ließ."[184] Anders ausgedrückt: Die Regierung war ihrer Aufgabe der disziplinierenden Formierung der Gesellschaft 'von oben' nicht nachgekommen; das Wort Ludwig Erhards vom 'Maßhalten' schwebte hier unverkennbar im Raum, das dahinterstehende gesellschafts- und wirtschaftspolitische Konzept war von der Union keineswegs aufgegeben worden.

Da die Partei sich am wenigsten Sorgen um die derzeitige Arbeitsmarktlage machte[185], plädierte sie entschieden gegen eine konjunkturelle Ankurbelung[186] und

gegen eine weitere, kreditär finanzierte Ausgabenexpansion bei den öffentlichen Händen.[187] Ihr Alternativprogramm umfasste vielmehr die Haushaltskonsolidierung, den Abbau der Preissteigerungen, die Förderung des Strukturwandels und der Kapitalbildung, letzteres vor allem durch vermögenspolitische Maßnahmen[188], und dies alles auf dem Hintergrund, eine weitere finanzielle (letztlich also verteilungspolitische) Einschränkung der unternehmerischen Dispositionsspielräume zu verhindern: "Langfristig müssen wir die zusätzlichen Ansprüche aller Gruppen wieder am Produktivitätsfortschritt unserer Wirtschaft orientieren."[189] Es war für die Opposition gar keine Frage, daß dieses Programm letztendlich nur von einer neuen - selbstverständlich von ihr zu bildenden - Regierung einzulösen war.[190] So war die Union am Ende des hier betrachteten zweiten Zeitabschnitts dann doch bei jener Forderung angekommen, die zuvor nie offen ausgesprochen wurde, aber das Motiv ihrer zunehmend umfassenderen Kritik an allen Maßnahmen der Regierung bildete: bei dem Verlangen nach einem Stop aller sozio-politischen Umverteilungsversuche und bei dem Aufruf zum Verzicht auf kostenintensive und weit ausgreifende ordnungspolitische Reformpläne: Der Kanzlerkandidat der Partei, Rainer Barzel, verlangte von Bundeskanzler Brandt, "ein ungeschminktes Bild der öffentlichen Finanzen zu geben, sich gestützt darauf um einen Stabilitätspakt der Sozialpartner zu bemühen und dann auf alle Gesetzesvorhaben und Pläne zu verzichten, die entweder nicht finanzierbar sind oder die Volkswirtschaft in einer Weise belasten, daß sie sie nicht tragen kann, oder die offenkundig den Trend der Systemsprengung in sich tragen."[191]
Die Union verlieh diesen Forderungen Nachdruck, indem sie Inflation und Stagnation, die die Reaktion der verschiedenen Kapitalfraktionen auf gewerkschaftliche und sozialdemokratische Umverteilungs- und Veränderungsabsichten darstellten, als von der Regierung schuldhaft verursachte und von ihr ganz allein zu verantwortende Mißstände anprangerte, deren Behebung in Namen des ökonomischen Gemeinwohls unverzichtbar sei. Schuld war der, der politisch aktiv geworden war - die Regierung; mit den Gewerkschaften vermied man die offene Konfrontation bis auf weiteres, und von unternehmerischen Interessen war wie immer überhaupt keine Rede.

5.2.4) Zusammenfassung

Hatten sich die Parteien zwischen 1966 und 1969 vorrangig mit der Bewältigung der Rezession und mit der Frage der Ausdehnung der staatlichen Handlungsspielräume zwecks Verstetigung des Wirtschaftsprozesses beschäftigt, so kreisten ihre Stellungnahmen in den Folgejahren um die Konsequenzen des Versuchs, mit Hilfe des neuen wirtschaftlichen Instrumentariums infrastrukturelle Reformen zu verwirklichen, um die Reaktionen der gesellschaftlichen Kräfte darauf und auf die verteilungspolitische Lage, die im Gefolge des Krisenmanagements der Jahre 1967/68 entstanden war, sowie schließlich um deren Rückwirkungen auf das politische Handeln selbst.
Die SPD als die treibende Kraft bei den angestrebten Veränderungen mußte mitansehen, wie ihr Ziel der ökonomischen Verstetigung infolge zunehmend harter interverbandlicher Konflikte unerreichbar wurde und wie stattdessen das inflationäre Resultat dieser Auseinandersetzungen die staatlichen Finanzen unter gefährlichen Druck setzte, Reformen zunehmend unmöglich machte. Indem sie aber die in sie gesetzten Hoffnungen weder wirtschafts-, noch reformpolitisch erfüllen konnte, induzierte sie sowohl massive innerparteiliche Kritik als auch den wachsenden Widerstand der gewerkschaftlichen Basis gegen die Bereitschaft ihrer Führung, die Sozialdemokratie in ihrem Dilemma zwischen Vollbeschäftigungs- und Stabilitätspolitik nicht alleinzulassen. Letzteres entlud sich ein Jahr später in der spontanen Streikwelle und zwang die Gewerkschaftsspitzen erneut, wie 1970, zu konfliktorientierterem Handeln, auch gegenüber der 'befreundeten' Regierung, ersteres wiederum erhöhte die Legitimationsschwierigkeiten der Partei gegenüber den Teilen der Gesellschaft, die die vorrangige Berücksichtigung gewerkschaftlicher Interessen durch die Regierung ablehnten und für die konservativen Insinuierungen einer drohenden 'schleichenden Systemüberwindung' offen waren.
Diese außerordentlich komplizierte Lage, die die SPD vorrangig durch das Bemühen zu überwinden hoffte, die Verbände untereinander zu versöhnen, wurde weiter verschärft

durch die genau entgegengesetzte Haltung des Koalitionspartners FDP, der nur allzu gerne der Stabilität den Vorrang vor der Vollbeschäftigung eingeräumt hätte und die Tarifparteien, voran die Gewerkschaften, den Marktgesetzen ohne interventionsstaatliche Puffer überlassen hätte. Aufgrund ihrer begrenzteren soziologischen Verankerung in den Mittelschichten konnte sie diese Position wiederum härter vertreten als die CDU/CSU, in der zwei Flügel miteinander um die Bestimmung der Oppositionsstrategie rangen. Dem einen wäre eine Verschärfung der Konflikte zwischen Staat und Verbänden nicht ungelegen gekommen, um über das dann unvermeidliche endgültige wirtschaftspolitische Scheitern der SPD zurück zur Regierung zu gelangen. Der andere strebte zwar prinzipiell dasselbe Ziel an, befürchtete aber ungünstige Folgen für die eigene Politik, falls die Polarisierungsstrategie, bezogen auf die Verbände, zu extrem ausfiel, und wollte demzufolge auch massenhafte gesellschaftliche, auch gewerkschaftliche Interessen an Arbeit und Einkommen nicht übermäßig beeinträchtigen. In der Folgezeit sollte es besonders diese Linie sein, die der SPD explizit ihr reformpolitisches Versagen und die Schädigung lohnabhängiger Interessen durch die fehlende Bewältigung ökonomischer und infrastruktureller Probleme vorwerfen sollte.

Welche Strömung, die konservativ-ideenparteiliche oder die pragmatisch-volksparteiliche, sich letzten Endes durchsetzen würde, hing ebenso von der weiteren ökonomischen und interverbandlichen Entwicklung ab wie das Ergebnis des sozialdemokratischen Bemühens um eine Dämpfung der Auseinandersetzungen zwischen den Organisationen von Lohnarbeit und Kapital und um die - für diese Politik des Ausgleichs unerläßliche - Disziplinierung ihres linken, eher klasseninteressenparteilichen Flügels.

Wenn hier auf die parteitheoretische Terminologie zurückgegriffen wird, so deshalb, weil allmählich nicht nur Veränderungen des Verhältnisses zwischen Verbände- und Parteiensystem faßbar, sondern auch klarere Konturierungen innerhalb des Parteiensystems selbst möglich werden. Offenkundig verfolgten die drei Parteien drei verschiedene Strategien der Interessenverarbeitung: Die SPD strebte die Interessenharmonisierung und -realisation über maximale Wachstumsraten an, die es erlauben sollte, vor allem quantitative gesellschaftliche und parteipolitische Forderungen relativ konfliktfrei gleichzeitig zu verwirklichen. Dieser 'expansiven Volksparteien-Konzeption' der Sozialdemokraten stand eine 'restriktive Volkspartei-Konzeption' der CDU/CSU gegenüber, die eine Strategie der Interessenbegrenzung 'von oben' verfolgte. Danach sollten qualitatives Spektrum und quantitatives Ausmaß der zur politischen Verarbeitung überhaupt zugelassenen gesellschaftlichen Interessen eingeschränkt werden, unter Hinweis auf die knappen materiellen Ressourcen einerseits, die notwendige Erhaltung der staatlichen Autorität andererseits, sowie schließlich der erforderlichen nationalen Positionssicherung im weltweiten Konkurrenzkampf um Reichtum, Macht und Ansehen. Während die SPD noch kaum über qualitative Veränderungen, auch und gerade zum Zweck der Sicherung ihres eigenen Handlungsspielraums gegenüber den Verbänden öffentlich nachdachte, implizierte diese 'Knappheitskonzeption' der Union gleichzeitig bereits die Vorstellung, über die bewußte, durch gemeinwohlorientierte, staats-patriarchalische und nationalistische Ideologien betriebene und legitimierte Interessenselektion im Sinne von Interesseneingrenzung das Handlungsfeld gerade der Tarifparteien einschränken zu können. Je konservativer die dominierende Unionströmung wurde, desto klarer trat die Absicht zutage, durch eine vornehmlich ideologische Interessenintegration die Verbände disziplinieren zu wollen; das Schweigen der eher expansiv orientierten Flügel der Partei jedenfalls in der Öffentlichkeit ersparte ihr die Auseinandersetzung darüber, welche Durchsetzungschancen eine derartige, eindeutig in Richtung auf eine Rückwendung zu ideenparteilichen Strategien zielende Politik gegenüber den gesellschaftlichen Gruppen haben konnte.

Demgegenüber gebärdete sich die FDP wirtschaftspolitisch immer offenkundiger interessenparteilich. Sie vertrat am rigorosesten kapitalbegünstigende und verbände-, speziell gewerkschaftsfeindliche Positionen, z.T. weit kompromißloser als die damals noch eher konziliant eingestellten Arbeitgeber; und die Tatsache, daß sie als einzige überhaupt nicht darüber nachdachte, welche Sicherungen parteien-staatlicher

Handlungsspielräume gegenüber den Verbänden in einer Zeit zunehmender ökonomischer Turbulenzen eventuell angebracht sein könnten, verweist auf die Geschichte des parteiförmig organisierten (Wirtschafts-)Liberalismus in Deutschland. Der Betrachter sieht sich - jedenfalls was die Wirtschaftspolitik der Freien Demokraten betrifft - zwangsläufig an die DVP der Weimarer Republik erinnert, die so lange und so ausschließlich wirtschaftliche Interessen vertrat, bis sie als Partei überflüssig geworden war. Die Frage, ob die FDP den Koalitionswechsel im Herbst 1982 würde organisatorisch überleben können, macht dramatisch klar, welche Konsequenzen diese Orientierung auch lange nach Weimar haben mußte: Geführt von seinem rechtsliberalen Wirtschaftsminister Graf Lambsdorff ruhte der wirtschaftsorientierte FDP-Flügel nicht, bis durch die Auflösung der sozialliberalen Koalition auch politisch wieder günstigere Bedingungen zur Durchsetzung von Kapital-, besonders von Mittelstandsinteressen in der Bundesrepublik bestanden. Er fragte nicht, ob dies der Partei das Leben kosten würde; wieder einmal erwies sich das organisatorische Selbsterhaltungsinteresse des deutschen Liberalismus in seiner Gestalt als Partei als möglicherweise nicht ausreichend, um das Überleben der Organisation zu sichern.

5.3) Krise und Verzicht - Vom zweiten Kabinett Brandt/Scheel zur Regierung Schmidt/Genscher (1973 - 1976)

Das Jahr 1973 schien zunächst wenigstens die Furcht vor einem Anhalten der ökonomischen Stagnationstendenzen überflüssig zu machen; die Reaktion der Bundesregierung, vor allem aber der Bundesbank, bestand in einer Stabilitätspolitik von bislang noch nicht erlebter Härte. Als ob nun alle früheren Drohungen auf einmal wahrgemacht werden sollten, Lohnarbeit und Kapital mit den Mitteln der Antiinflationspolitik zur Mäßigung zwingen zu wollen, folgte Maßnahme auf Maßnahme: Begrenzung der Möglichkeiten zur Kreditaufnahme[1], Diskont- und Lombardsatzerhöhungen[2], Erhebung einer Stabilitätsabgabe, Steuererhöhungen, Aussetzung der degressiven Abschreibung[3], Stillegung von Steuermehreinnahmen und Haushaltskürzungen - bis zum Oktober 1973 bremsten die politischen Instanzen so hart sie konnten und so scharf, wie es die erneut auftretenden währungspolitischen Probleme zuließen.[4]

Es kann kein Zweifel daran bestehen, daß durch die Kreditrestriktionen auch die Ausgabenpläne der Regierung selbst unter Druck gerieten; als sie jedoch endlich gelockert wurden, um nach dem Beginn der Ölpreiskrise einen wirtschaftlichen Einbruch zu verhindern, war die Koalition dem Dilemma der drohenden Arbeitslosigkeit bei weiter anhaltenden massiven Preissteigerungen so hilflos ausgeliefert, daß an eine eventuelle reformpolitisch motivierte Ausgabenexpansion kaum noch gedacht wurde. 1974 lavierte die neue Regierung Schmidt/Genscher zwischen halbherzigen Ankurbelungsversuchen und der Fortführung der Stabilitätspolitik[5] hin und her, wobei - wie sich gleich zeigen wird - diese Unentschlossenheit wesentlich mit den jetzt offen aufbrechenden Unterschieden in der Lagebeurteilung durch SPD und FDP zusammenhing.

Ab Dezember 1974 setzten sich dann die Befürworter einer Ankurbelungspolitik zunächst durch, allerdings zu einem Zeitpunkt, als der jähe und tiefe Absturz der Konjunktur nicht nur aus der massenhaften Arbeitslosendrohung Wirklichkeit werden ließ, sondern auch die Staatsfinanzen bereits hart getroffen hatte.[6] Die 1975 folgenden Steuererhöhungen und Leistungskürzungen[7] waren die Folge, um wenigstens partiell die entstehenden - verglichen mit 1967/68 gigantischen - Defizite decken zu können[8], und sie markierten zugleich das Ende der Versuche, den Staatsanteil am Bruttosozialprodukt nachhaltig auszuweiten.[9]

Denn auch 1976, als sich die Anzeichen der konjunkturellen Besserung mehrten, blieb es bei der Zurückhaltung in Sachen staatlicher Ausgabenpolitik; die Anhänger einer Fortführung der Stabilitätspolitik und der Steuersenkungen im Aufschwung gewannen die Oberhand, und es wurden nurmehr begrenzte Versuche zur Erhöhung des Beschäftigungsstandes unternommen.[10] Es blieb bei relativ hoher struktureller Arbeitslosig-

keit und weiter, wenn auch deutlich langsamer steigenden Preisen[11] - die Regierung wartete auf die 'Selbstheilung durch die Kräfte des Marktes' und verzichtete darauf, ihren eigenen Handlungsspielraum voll zu nutzen, geschweige denn, ihn etwa durch die gesetzliche Verankerung neuer wirtschaftspolitischer Instrumente weiter auszubauen. Insofern stellte der Übergang von der Regierung Brandt/Scheel zur Regierung Schmidt/Genscher mehr als nur den Austausch von politischem Personal dar: Er markierte zugleich den Verzicht auf ein politisches Programm.

Die Stellungnahmen der Parteien zu diesem wirtschafts- (und reform-)politischen Scheitern sind nun als letzter Teil dieses Kapitels zu betrachten.

5.3.1) SPD

Brandts zweite Regierungserklärung vom Januar 1973 unterschied sich vor allem in zwei wesentlichen Punkten von seiner ersten des Jahres 1969: Zum einen bezog er viel klarer Stellung gegenüber den gesellschaftlichen Verbänden, auch und gerade hinsichtlich der gewerkschaftlichen Lohnpolitik; deutlicher als früher verwies er darauf, daß ausufernde Verteilungskämpfe und Reformpolitik einander ausschließen könnten: "Wer nur neue Forderungen stellt, ohne zu neuen Leistungen bereit zu sein, wird der Lage, auch der eigenen Interessenlage, nicht gerecht"; wer mehr öffentliche Gemeinschaftsaufgaben wolle, "der muß im Zuwachs des privaten Verbrauchs auch einmal langsamer treten. Reformgerede, hinter dem sich nur Gehaltsforderungen tarnen, taugt wenig. Niemand soll glauben - und ich sage dies keineswegs nur an eine Adresse -, wir könnten mit selbstverständlicher Automatik mehr verdienen, wenn wir weniger leisten."[12]

Zum anderen - und wohl als Folge der hinter dieser neuen Haltung stehenden Erfahrung, daß bei aller Freundschaft zwischen SPD und DGB beide Organisationen nicht immer dieselben Ziele mit denselben Mitteln verfolgten -, deutete der Kanzler die Möglichkeit von Steuererhöhungen an, die zur Erfüllung der ständig wachsenden öffentlichen Aufgaben notwendig und auch gesellschaftlich legitimierbar seien.[13] Konkrete Konsequenzen dieser Haltung sollten das Bemühen um eine straffere Geld- und Kreditpolitik, die stabilitätspolitisch an "erster Stelle" stehe, um eine Haushaltspolitik, die "in Zukunft auch mehr auf die Einnahmeseite sehen muß", um eine verschärfte Wettbewerbspolitik[14] und um mehr gemeinsame internationale, besonders europäische Anstrengungen zur Wiederherstellung stabiler Währungsbeziehungen sein.[15]

Die Sozialdemokratie wurde augenscheinlich offensiver; sie ging deutlich von ihrer Strategie des 'Allen-Wohl-und-keinem-Wehe' gegenüber den Organisationen der gesellschaftlichen Interessenträger ab[16], und sie ließ ihren Ankündigungen nur allzu bald stabilitätspolitische Taten folgen. Sicherlich waren drei Faktoren für diesen Wandel bestimmend: Die bessere Wirtschaftslage, die auf eine Stabilisierung ohne allzu große Beschäftigungseinbrüche hoffen ließ, das Dilemma der SPD, bei einer Fortsetzung des alten Kurses nie diejenigen Reformen verwirklichen zu können, um derentwillen sie vor allem gewählt worden war, und der aus diesem Dilemma resultierende, wachsende innerparteiliche Druck von links.

Denn innerhalb der Partei war man längst dabei, den Neokeynesianismus Stück für Stück aufzugeben, infolge seiner Unfähigkeit, gleichzeitig mit Geldentwertung und Arbeitslosigkeit fertigzuwerden, und weil diese Konzeption kaum Spielräume für eine autonome, gesellschaftspolitisch orientierte, innovative Fiskalpolitik ließ. Der SPD-Parteitag im April 1973 diskutierte die erste Fassung des Orientierungsrahmens '85, wobei bemerkenswerterweise das Thema Investitionslenkung als Mittel zur Bändigung wirtschaftlicher Großmacht und zur Ausweitung des öffentlichen Korridors im Vordergrund stand.[17]
Der zweite wichtige Themenkomplex des Parteitages befasste sich mit dem Problem, ob eine einnahmeorientierte Konjunktursteuerung möglich und wie die angestrebte Er-

höhung der Steuerlastquote durchsetzbar sei.[18] Mit anderen Worten: Bestimmte Flügel in der SPD waren nun angesichts der bisherigen Erfahrungen mit der globalen und quantitativen Nachfragesteuerung dazu entschlossen, qualitative Eingriffe in die unternehmerische Investitionsautonomie zu erzwingen und auch quantitativ den Konflikt mit den gesellschaftlichen Gruppen zu riskieren, bei dem Versuch einer Umverteilung zugunsten des Staates, dessen Lasten sie ganz gewiß nicht 'gleichmäßig verteilen' wollten, sondern der vor allem die Kapitalseite getroffen hätte, wäre er tatsächlich unternommen worden.

In beiden Bereichen zeigten sich erhebliche Differenzen in der Beurteilung der Wirksamkeit solcher Instrumente durch 'einfache Parteimitglieder' und durch Angehörige des Regierungs- bzw. Staatsapparates. Beispielsweise betonte der damalige Finanzminister, Helmut Schmidt, der Staat werde zum Inflationserzeuger, wenn er in der derzeit gegebenen Konjunkturlage eine allzu expansive Konjunkturpolitik betreibe[19], während der nordhessische Delegierte Hans Eichel Schmidt vorwarf, durch die Kürzung geplanter öffentlicher Investitionsvorhaben in Karl Schillers Fehler zu verfallen, (der letztlich der Irrtum von Keynes war), staatliche Ausgaben zu einseitig in den Dienst der Konjunktursteuerung zu stellen.[20]
Die Partei fächerte sich intern immer weiter auf, und die Schwierigkeiten wuchsen, Brücken zwischen den sich immer mehr voneinander entfernenden Positionen zu schlagen.

Nicht gerade erleichtert wurde der Sozialdemokratie diese Auseinandersetzung um den einzuschlagenden Kurs der Wirtschaftspolitik durch die Tatsache, daß nunmehr ein FDP-Mitglied das Wirtschaftsministerium leitete, was sich bald in den geldmengenpolitischen Überlegungen der Bundesregierung deutlich widerspiegelte, die wiederum von der neuen, gleichgerichteten Bundesbankpolitik ermutigt und vorangetrieben wurden.

Nach dem ersten Stabilitätsprogramm und den Brüsseler Währungsbeschlüssen formulierte die SPD noch deutlicher, von wem sie vor allem ein verändertes Verhalten erwartete: Die Arbeitnehmer hätten in den Tarifverhandlungen ein "erhebliches Verantwortungsgefühl für die Gesamtwirtschaft gezeigt", und nun sei es ganz entschieden an den Unternehmern, diesem guten Beispiel zu folgen.[21] Hatte der damalige Wirtschaftsminister Schiller noch 1971/72 beide Seiten zur Zurückhaltung gemahnt, so wurde jetzt ganz offen den Kapitaleignern mit einer "erhebliche(n) Kumulierung restriktiver Maßnahmen" für den Fall gedroht, daß sie weiterhin alle vorhandenen preislichen Überwälzungsspielräume ausnutzen sollten.[22]
In der Tat: Der Tonfall wurde härter, konfliktorischer; es dürfte wohl in erster Linie der triumphale Sieg der Koalition in den vorgezogenen Bundestagswahlen 1972 gewesen sein, der der Sozialdemokratie nun den Rücken stärkte.

Auch die zu erwartende Exportdämpfung im Gefolge der währungspolitischen Beschlüsse wurde aus verteilungs- und stabilitätspolitischen Gründen für erstrebenswert gehalten[23], und hier tauchte plötzlich - im wettbewerbspolitischen Gewand - das alte Argument der Exportumlenkung zur Sicherung eines ausreichenden binnenwirtschaftlichen Produktions- und Angebotspotentials wieder auf.[24]

Bereitstellung von Mitteln für die Reformpolitik - dieses Thema gewann auch steuer- und haushaltspolitisch wieder an Bedeutung[25], und die SPD machte keinen Hehl daraus, daß es ihr auch darum ging, jene "Freunde einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung" zurückgewinnen, die in den letzten Jahren von der "scheinbare(n) Unverträglichkeit zwischen Konjunktur- und Reformpolitik" "in die Resignation getrieben" worden seien.[26]

Die regierenden Sozialdemokraten hatten also deutlich erkannt, in welche Probleme die Gewerkschaften geraten mußten, falls die Unternehmer ihre aggressive Preispolitik fortsetzten, und es war ihnen auch völlig klargeworden, zu welchen Schwierig-

keiten mit ihrer eigenen Basis ein weiteres Aufschieben der großen Reformpläne und eine Fortführung des verbal interessenneutralen Kurses führen konnte. Sie verstärkten daher den argumentativen, aber durchaus auch den realen stabilitätspolitischen Druck auf die Kapitalseite, aber es gelang ihnen dennoch nicht mehr, die spontane Streikwelle im Spätsommer 1973 zu verhindern. Und als der Bundestag im November zu einer wirtschaftspolitischen Debatte unter dem unmittelbaren Eindruck der Ölpreiskrise zusammentrat, stand ganz überragend das Ziel des Konjunkturstabilisierung im Vordergrund.

Jetzt schlug die Stunde des Staatseingriffs: Beschränkungen im Öl- und Benzinverbrauch, besonders im privaten Bereich[27], Versuch einer Kontrolle der Preisbildungsmechanismen in der Mineralölindustrie[28], Förderung energiepolitischer Alternativen zum Öl[29], gezielte Hilfen für die von der Ölverteuerung besonders hart getroffenen sozialen Gruppen[30] und möglichst einheitliche europäische Verhandlungen mit den OPEC-Staaten[31] - dies waren die Maßnahmen, die die SPD zu ergreifen beabsichtigte oder bereits ergriffen hatte.
Man war sich des Dilemmas bewußt, daß die Preissteigerungen nun noch schwieriger zu bekämpfen sein würden, daß aber zugleich eine unvermindert harte Stabilitätspolitik jetzt zu einer ernsthaften Gefährdung des Beschäftigungsstandes führen konnte. Die Antwort der SPD sollte in einer "Gratwanderung" bestehen, zwischen der "Restriktionspolitik mit leichter Hand" und einer Strukturpolitik, die alternative Energien und neue Technologien ebenso fördern sollte wie strukturell von Wirtschaftseinbrüchen besonders bedrohte Branchen.[32] Die Parteisprecher votierten dagegen, "global den Fuß von der Bremse zu nehmen"[33], versprachen aber, den Beschäftigungsstand so hoch wie möglich zu erhalten.[34]

Im Grunde kann der Ölpreisschock wohl als eine Geburtsstunde sozialdemokratischer Überlegungen - und zwar jetzt in aller Öffentlichkeit - hinsichtlich qualitativ differenzierter wirtschaftspolitischer Eingriffe des Staates betrachtet werden, denn selten zuvor war so massiv (und so ohne jede marktwirtschaftlich verbrämte Selbstrechtfertigung) die Intervention in ganz bestimmte einzelne Branchen (und nur in diese) propagiert worden. Wie die Aussagen zur erforderlichen Differenzierung der Konjunktursteuerung belegen, war die SPD ganz entschieden dafür, die Tarifparteien nicht so schnell und nicht so gänzlich aus der ihr möglichen Einflußnahme zu entlassen, und auch ihre Stellungnahmen zur anstehenden Tarifrunde im öffentlichen Dienst und - allgemeiner - zum jetzt erforderlichen Klima des Verzichts[35] zeigen, wie wenig sie gewillt war, das konjunkturpolitische Ruder in der gegenwärtigen Situation aus der Hand zu geben und vorrangig den eigenen Aktionsradius durch ein bedingungsloses Entgegenkommen gegenüber unternehmerischen, aber auch gewerkschaftlichen Forderungen zu verkürzen. Nicht nur weigerte man sich, in der derzeitigen Situation stark gespaltener Branchenkonjunkturen global anzukurbeln; man lehnte es darüber hinaus auch ab, den eigenen quantitativ bestimmten Handlungsspielraum einzuschränken. Daß die Aufrechterhaltung eines einigermaßen akzeptablen Beschäftigungsstandes ihren Preis kosten würde, war klar, aber die Regierung war diesmal entschlossen, ihn nicht vorrangig selbst zu bezahlen und lehnte daher unter Hinweis auf die zu erwartende notwendige Konjunkturbelebung eine Senkung der Mehrwert- oder der Mineralölsteuer ab.[36]

Aber bis zum Frühjahr 1974 hatte sich die Lage an mehreren Fronten gleichzeitig so zugespitzt, daß die SPD unter Druck von allen Seiten geriet: Die spektakuläre Tarifrunde im öffentlichen Dienst hatte gezeigt, daß die Gewerkschaften aus Legitimationsgründen gegenüber ihrer eigenen Basis eine ofensive Lohnpolitik treiben mußten (und nun auch trieben), um die erwarteten Preissteigerungen nicht voll auf den Lebensstandard der Lohnabhängigen durchschlagen zu lassen. Damit war die Hoffnung auf eine interverbandliche Begrenzung des Tarifkonflikts angesichts äußerer Bedrohung zerschlagen; zugleich mußten sektorale und regionale Beschäftigungseinbrüche befürchtet werden, und die SPD stand vor dem komplexen Problem, bei steigenden Preisen und sinkenden Einnahmen Arbeitslosigkeit zu verhindern, ohne die Ver-

teilungskonflikte oder die Inflation zu verschärfen. Hinzu trat schließlich noch die immer aggressivere Strategie der Opposition[37], die der Koalition ein Versagen auf allen Linien vorwarf, so daß es kaum verwundern kann, daß die Stellungnahmen der SPD-Redner nun vor allem auf die Rechtfertigung des bisherigen Regierungshandelns zielten.
Zunächst stellte man fest, die Bundesrepublik nehme im Vergleich mit anderen Industriestaaten sowohl beim Beschäftigungsstand als auch in Sachen Preisstabilität einen sehr günstigen Platz ein, wobei den weltwirtschaftlichen Ursachen der Inflation jetzt eindeutig der Vorrang vor binnenwirtschaftlichen Faktoren gegeben wurde.[38] Es wurde bestritten, das wachsende Defizit der Bundesfinanzen sei eine Hauptinflationsquelle; vielmehr suchte die SPD nun die Bedeutung und die Reichweite investiver Transaktionen des Bundes überhaupt als relativ gering dazustellen, vor allem verglichen mit der Ausgabenpolitik der Länder.[39]
Dieses Vorgehen stellte den Beginn des Verzichts der SPD auf die Übernahme von Handlungsverantwortung in wirtschaftspolitischer Hinsicht dar, auch, wenn dies zunächst nur in Ansätzen, gleichsam atmosphärisch, greifbar wurde. Nachdem nämlich der Handlungsspielraum und die Zuständigkeit der Regierung solchermaßen nach zwei Seiten hin eingegrenzt worden waren - international und förderal -, bekannte sich die SPD zwar zu dem Ziel, die Vollbeschäftigung zu erhalten[40], ohne allerdings auf einen klar expansionsorientierten Kurs gehen zu wollen, mit der Begründung, daß noch immer konjunkturelle Gefahren von der Preisentwicklung ausgingen.[41] Diese Entscheidung war letzten Endes bedeutsamer als der verbale Versuch, die Gewerkschaften vor Angriffen wegen ihrer Lohnpolitik in Schutz zu nehmen.[42] Ohnehin fielen diesmal die Aussagen zur Gewerkschafts- und Tarifpolitik recht kühl aus[43], während an die Unternehmer, auf deren Investitions'neigung' man zunehmend dringlicher angewiesen war, ein deutliches Kooperationsangebot erging, das sich im Tonfall erheblich von den Attacken des Vorjahres abhob: "Ich appelliere von dieser Stelle aus an die verantwortungsbewußten Unternehmer, vor allem an die jüngeren Unternehmer, objektiv und fair zur sozialliberalen Koalition zu sein..."[44]

Die Investitionsneigung und ihre Voraussetzung: verbesserte Erträge, standen denn auch im Mittelpunkt der SPD-Stellungnahmen im Dezember 1974 anläßlich der Verabschiedung des ersten größeren Konjunkturprogramms. Tadel der vergangenen Lohnrunde[45] und Beschwörung der Notwendigkeit steigender Unternehmensgewinne, damit wieder investiert und Arbeitsplätze geschaffen werden könnten - deutlicher konnte die wirtschaftspolitische Haltung der neuen Bundesregierung kaum noch formuliert werden, wobei explizit auf die Stabilitätsabgabe des Jahres 1973 verwiesen wurde, die einseitig die höheren Einkommen belastet habe, weshalb die umgekehrte Selektivität derzeit nicht nur ökonomisch sinnvoll, sondern auch sozial gerecht sei.[46] Kein Wort fiel mehr darüber, daß diese Stabilitätsabgabe mitsamt ihrer sozialen Einseitigkeit seinerzeit mit den zurückhaltenden Lohnabschlüssen der Gewerkschaften in der Tarifrunde 1972/73 begründet worden war.

Der neue Bundeskanzler Schmidt scheute sich nicht, zu quantifizieren, welche Erwartungen er an die Gewerkschaften richtete. Zwar vertraute er "in dieser gegenwärtigen, wirklich schwierigen Lage erneut auf die Urteilskraft der deutschen Gewerkschaften"; aber zur Sicherheit formulierte er nachdrücklich, zu welchem Urteil diese für 1975 zu kommen hatten: Die Bundesregierung würde "es als einen ganz großen Erfolg ansehen, ... wenn wir anders als in vielen anderen Gegenden der Welt unseren realen Lebensstandard aufrechterhalten könnten."[47]
Dafür wurde das Thema Arbeitslosigkeit eher mit gebremstem Engagement angesprochen: Gewiß "legen wir jetzt ein stärkeres Gewicht auf die Sicherung der Arbeitsplätze", die "nunmehr den Vorrang" habe.[48] Aber es sei völlig richtig gewesen, daß die Bundesregierung "nicht den großen Geldhahn geöffnet" habe[49], und im übrigen bestehe bei allen Sorgen um den Beschäftigungsstand kein Anlaß zur Dramatisierung der Lage auf dem Arbeitsmarkt[50] und der Situation der einzelnen Arbeitslosen[51], von denen vor allem Mobilität erwartet werden müsse.[52]

Die regierende Sozialdemokratie spielte nicht nur dasjenige Problem herunter, das die mit ihr verbündeten Gewerkschaften aufs schwerste belasten mußte, sie betonte darüber hinaus, die Regierung sei weder für alle wirtschaftlichen Gegebenheiten verantwortlich, noch könne sie ökonomische Störungen immer aus eigener Kraft beheben. Dieser Hinweis auf die von der Tarifautonomie, der weltwirtschaftlichen Integration und der föderalen Struktur der Bundesrepublik gesetzten Grenzen des staatlichen Aktionsradius[53] konnte von den Gewerkschaften, die von ebendiesem Staat, der nun einmal von der Sozialdemokratie geführt wurde, schnelle und umfassende Krisenbewältigung forderten, nur als eine brüske Zurückweisung empfunden werden. Aber die ökonomische Lage und wohl auch die Tatsache, daß die Bundestagswahl noch fast zwei Jahre ausstand, versetzten sie nicht in die Lage, eine Umorientierung der sozialdemokratischen Politik zu erzwingen.

Es war ein jäher Kurswandel, den die SPD da vollzogen hatte. Keine Rede war mehr von qualitativen Eingriffen in die unternehmerische Dispositionsfreiheit oder vom quantitativen Ausbau öffentlichen Handlungsressourcen; dafür umso mehr von der Notwendigkeit der Gewinnsteigerung als Voraussetzung der Konjunkturbelebung und dem demgegenüber nur längerfristig lösbaren Problem der Arbeitslosigkeit. Es kann wohl nicht allein auf die Verschlechterung der ökonomischen Lage zurückgeführt werden, die erst 1975 in vollem Umfang erkennbar wurde, wenn sich schon im Vorjahr der Eindruck abzeichnet, daß die SPD ihren Versuch aufgab, ihre eigenen Handlungsspielräume - notfalls auch im Konflikt mit den Verbänden - auszuweiten. Es war kein Zufall, daß dieses neue, betont marktwirtschaftliche Programm nicht vom alten Kanzler vorgetragen und verfolgt wurde; ebensowenig, wie es zufällig erscheint, daß Brandt wohl mehr noch als über den DDR-Spion Guilleaume über die harte Politik des damaligen ÖTV-Vorsitzenden Klunker gestürzt war. Die regierende SPD schwenkte unter Schmidt um auf ein deutlich zugunsten der Unternehmer selektierendes Krisenmanagement, und dies konnte nur zu einer schweren Belastung ihrer Beziehungen zu den Gewerkschaften werden.

Auch im Februar des Folgejahres blieb es bei der Haltung der Sozialdemokraten, auf die im internationalen Vergleich günstige Lage der Bundesrepublik und auf die weltwirtschaftlichen Ursachen der Krise zu verweisen[54], die Unternehmer nachgerade zu beschwören, die außerordentlich günstige binnenwirtschaftliche Kostenlage doch endlich für neue Investitionen zu nutzen[55], auch die gezielte Förderung mittelständischer Unternehmen für sich zu reklamieren[56] und im übrigen darauf zu verweisen, daß nicht die Regierung die zentralen Wirtschaftsentscheidungen treffe[57], insbesondere dann nicht, wenn die Arbeitsmarktlage betroffen sei: "... nicht die Bundesregierung stellt ein und entläßt, nicht die Bundesregierung ist für Personalplanung und Personalpolitik verantwortlich! Hier kann man auch nur wieder an die Wirtschaft die Bitte richten: Wenn jedes Unternehmen in dieser Situation die vom Arbeits- und Sozialminister gebotenen sozialen Hilfen in Anspruch nähme, wenn die Unternehmen den Mut hätten, zu investieren und auch Arbeitslose einzustellen, dann würden wir sehr bald eine spürbare Entlastung auf dem Arbeitsmarkt bekommen."[58]
Mit derartigen Formulierungen zeigte die Sozialdemokratie im Grunde, wie vollständig sie sich und ihr wirtschaftspolitisches Instrumentarium in der Krise an die Unternehmen auslieferte. Von hier aus war es kein allzu großer Schritt mehr bis zum Eingehen auf die unternehmerische Grundforderung, der Staat solle Maßnahmen der Ankurbelung der Konjunktur (besonders zur Belebung des Arbeitsmarktes) und der Reformpolitik unterlassen. Es war nicht zufällig in diesem Jahr, daß die BDA erfreut und erleichtert feststellte, man 'trage wieder Unternehmer!'[59]
Gewiß, man war zum deficit spending bereit, um die Rezession und speziell die Arbeitslosigkeit zu bekämpfen, und man wies mit dieser Begründung alle Vorwürfe der Opposition zurück, man ruiniere die Staatsfinanzen.[60] Und auch bezogen auf die Politik der Bundesbank plädierte die SPD für einen eher expansiven Kurs, wobei sich hier ernsthafte Differenzen zum Koalitionspartner ergaben, der den Wirtschaftsminister stellte.[61] Aber besonders entschieden konnte dieser Vorsatz der Konjunkturbelebung nicht sein, wenn der Bundesfinanzminister im Februar 1975 der Opposition

implizit vorwarf, sie wolle ausgerechnet in der Krise "von Steuererhöhungen sprechen oder Leistungen kürzen"[62], um dann im September desselben Jahres genau dies zu tun: Steuern zu erhöhen und Leistungen zu kürzen.

Anläßlich der Debatte um das Haushaltssicherungsgesetz war die SPD vor allem bemüht, viererlei klarzustellen: Die Krise sei weltwirtschaftlich verursacht worden und könne deshalb auch nur durch einen internationalen Aufschwung überwunden werden[63]; die Unternehmer könnten absolut sicher sein, daß ihre dringend erforderlichen Neuinvestitionen weder durch übermäßige öffentliche Kreditaufnahmen noch durch Steuererhöhungen eingeschränkt werden sollten[64]; die Gesellschaft müsse und könne gewisse materielle Opfer in der gegenwärtigen Lage erbringen, zumal alle Gruppen gleichermaßen belastet würden und oft genug auch nur sozialstaatlicher 'Wildwuchs' beseitigt werde[65]; und schließlich bestehe in der Bundesrepublik weiterhin ein Höchstmaß an sozialem Frieden, der nicht zuletzt den Gewerkschaften zu danken sei und der die Krisenbewältigung enorm erleichtern werde, jedenfalls aber nicht beeinträchtigt oder gar gefährdet werden dürfe.[66]
Vor diesem Hintergrund wurde der Kanzler dann konkret: Mehr als die Sicherung des erreichten Lebensstandards könne derzeit von niemandem angestrebt werden, der "Stärkung der Ertragskraft unserer Wirtschaft zugunsten der Investitionsquote und zugunsten der Sicherung (gebührt, C.S.) eindeutig de(r) Vorrang vor etwaiger weiterer Steigerung der Reallöhne in diesem Augenblick"[67]. Die Gewerkschaften wurden damit konfrontiert, daß ein allzu heftiger Widerstand von ihrer Seite aus sowohl den Abbau der Arbeitslosigkeit als auch die sozialdemokratische Regierungsführung insgesamt gefährden könne.[68] Dabei waren die Begründungsmuster der SPD bemerkenswert, mit denen sie ihre Sparmaßnahmen zu legitimieren suchte:
Die Bürger "verstehen nicht nur, sondern sie sind bereit, für eine Zeitlang zurückzustecken, im Interesse des Ganzen, im Interesse des öffentlichen Wohles."[69] Auch die Rechtfertigung der Maßnahmen im einzelnen, die immer wieder um Allgemeinwohl, Solidarität und Beschneidung von Auswüchsen kreiste, war beachtlich: Von den Angehörigen des öffentlichen Dienstes dürfe man "eine besondere Hingabe an das Gesamtinteresse erwarten"; beim Arbeitsförderungsgesetz würden Einsparungen nur dort vorgenommen, wo sich "ungewollte Übertreibungen herausgestellt haben oder die Solidargemeinschaft der Versicherten mit Aufwendungen für solche Personen belastet wird, die gar keinen Beitrag geleistet haben." Bei den Änderungsvorschlägen für die Studenten- und Graduiertenförderung schließlich gehe es um eine "größere Nüchternheit im Hochschulbereich" und "um ein Stück sozialer Gerechtigkeit" gegenüber dem Steuerzahler, der die Graduiertenförderung finanziere, ohne selbst in der Regel von ihr Mittel zu erhalten.[70]
Diese Strategie, die in einigen Fällen auf nichts anderes hinauslief als darauf, bestimmte Bevölkerungsgruppen gegeneinander auszuspielen (z.B. 'Steuerzahler' gegen 'Doktoranden'), wurde ergänzt durch die ebenso feinsinnige wie personalisierende Unterscheidung zwischen Unternehmen, deren volkswirtschaftlich lebenswichtige Erträge unbedingt steigen müßten, und Unternehmern, die sich bescheidener gebärden und weniger Gewinne aus ihren Betrieben entnehmen sollten.[71] Offenbar war dies der Versuch der Sozialdemokratie, zu beweisen, daß ihr Krisenmanagement wirklich alle Gruppen von Gesellschaftsmitgliedern traf; zugleich drückt sich hierin eine funktionalistische Auffassung ökonomischer Strukturen aus, die eigentlich bei einer Partei mit hundertjähriger Tradition des Kampfes für lohnabhängige Interessen überraschen müßte. Wie man sieht, ist jedoch in all diesen Fragen nur von einem Interesse die Rede: vom allgemeinen Interesse, jenem für alle Parteien unverzichtbaren obersten Maßstab der Interessenintegration und -harmonisierung.

Und auch von Reformen, jedenfalls soweit sie Geld kosten sollten, wurde nicht mehr gesprochen[72]. Zwar wies man die Vorwürfe der Opposition empört zurück, die staatliche Reformpolitik sei eine der Krisenursachen gewesen, weil sie die Wirtschaft übermäßig belastet habe bzw. zur Verunsicherung der Investoren geführt habe, ebenso wie zum Ruin der Staatsfinanzen.[73] Aber selbst wenn Kanzler Schmidt behauptete, seine Regierung bleibe bei den "Grundzüge(n) der Politik der sozialliberalen Koali-

tion", deren bisherige Ergebnisse keineswegs mit "einem Federstrich" zunichte gemacht werden sollten[74], so war doch spätestens mit diesem Haushaltssicherungsgesetz und mit diesen Begründungen offenkundig geworden, daß die SPD - jedenfalls was ihre Abgesandten in Parlament und Regierung betraf - Abschied von den großen Veränderungsplänen der späten sechziger und frühen siebziger Jahre genommen hatte.
Die Parteibasis hatte ebenfalls realisiert, daß sich die Chancen weit ausgreifender Reformen und Umverteilungskonzepte seit dem letzten Parteitag erheblich verschlechtert hatten. Auf dem Parteitag im November 1975 stand das Thema Arbeitslosigkeit und die Möglichkeiten ihrer Bekämpfung durch verkürzte Arbeitszeit bzw. durch noch zu entwickelnde staatliche Instrumente zunächst im Vordergrund, wobei die der Exekutive verbundenen Mitglieder der Partei eher für Zurückhaltung in der Konzeption neuer Methoden der Vollbeschäftigungspolitik plädierten[75]. Aber über die Diskussion konkreter Maßnahmen zur Konjunkturbelebung hinaus[76] bestand die Partei darauf, über grundsätzliche Fragen des Verhältnisses von Marktgeschehen und Wirtschaftslenkung zu debattieren, und wieder wurden Forderungen nach weitgehender Investitionslenkung und Vergesellschaftung bzw. Verstaatlichung bestimmter Unternehmen oder sogar ganzer Sektoren laut.[77]
Von besonderem Interesse ist dabei, daß die Gegner der Investitionslenkung sich unter anderem gegen solche Instrumente aussprachen unter Rückbezug auf Diskussionen mit Gewerkschaften und Betriebsräten, die angesichts möglicher Diskrepanzen zwischen betrieblicher Mitbestimmung und staatlicher Investitionsbeeinflussung bis zum Investitionsverbot in diesen Fragen selbst noch unentschieden seien oder derartige Methoden sogar ablehnten.[78] Es müßte außerordentlich ertragreich sein, die Geschichte der Diskussion um die Investitionslenkung in den Gewerkschaften und in der SPD im einzelnen zu erforschen, da gerade an dieser Frage Etatozentrismus und autonome gewerkschaftliche Tarifpolitik aufeinandertreffen.

Aber die Zeiten waren ungünstig für die Durchsetzung innerparteilicher Ansprüche an die Regierungspolitik, sofern sie von den bisherigen Zielen und Methoden abwichen. Nicht nur, daß der Bundestag am 12.2.1976 eben jenen steuerlichen Verlustrücktrag bis zu 5 Millionen DM verabschiedete, der auf dem SPD-Parteitag zuvor auf entschiedene Ablehnung gestoßen war - die SPD-Reden im Parlament insgesamt anläßlich der Debatte des Jahreswirtschaftsberichts 1976 gaben einfach überhaupt nichts von diesen Bestrebungen zur Ausweitung staatlicher Aktionsmöglichkeiten in der Krise innerhalb der sozialdemokratischen Partei wieder. Auch dies war ein klassischer Fall von Selektivität durch Nicht-Thematisierung, der von der Parteiführung im Staatsapparat wohl vor allem aufgrund der Oppositionsstrategie betrieben wurde, den Sozialdemokraten laufend die Absicht der 'heimlichen Systemüberwindung' zu unterstellen (wie immer eine solche zu bewerkstelligen sein mochte). Zugleich wird hierin jedoch faßbar, wie ausschließlich der regierende SPD-Flügel nur noch Argumentationen zuließ, die keine Konflikte mit der Unternehmerseite heraufbeschwören konnten, was im Umkehrschluß bedeutete, daß die SPD nicht mehr öffentlich darüber nachdenken durfte, wie sie ihre eigenen, autonomen Handlungsspielräume nutzen bzw. ausweiten konnte.

Stattdessen wurde allgemein gedämpfter Optimismus zur Schau getragen: Es war die Rede vom "zunehmend heller werdenden Konjunkturhorizont"[79], der im internationalen Vergleich günstigen Investitionsentwicklung in der Bundesrepublik[80] angesichts einer Entwicklung hin zu verbesserten Erträgen[81], die allerdings zur Vermeidung neuer verteilungspolitischer Auseinandersetzungen ergänzt werden müsse durch eine gezielte betriebliche Vermögenspolitik.[82] Kein Wort an die Gewerkschaften, nur die Mahnung an die Unternehmer, sich preispolitisch vernünftig zu verhalten[83], lediglich die erleichterte und zugleich stolze Feststellung, die Bundesrepublik sei "nicht in das ganz tiefe Tal der Massenareitslosigkeit" geraten[84] - jede dieser Aussagen konnte die tiefe Kluft zwischen der regierenden Sozialdemokratie und der Organisation der Lohnabhängigen nur immer noch weiter aufreißen. Während die Gewerkschaften mit einer vor allem strukturellen Arbeitslosigkeit von in der Bundesrepublik bis dahin unbekannten Ausmaßen zu kämpfen hatten, konstatierte der sozial-

demokratische Bundesfinanzminister lapidar: "Wir haben ... keine neuen Konjunkturprogramme vor."[85]

Es war exakt diese Erfahrung, die die Gewerkschaften 1975/76 in den beginnenden Lernprozeß zwangen, sich auf ihre eigenen Kräfte zu besinnen. Angesichts des unverhohlen Abrückens der SPD-Führung von lohnabhängigen bzw. gewerkschaftlichen Positionen seit etwa Ende 1974 ist es umso erstaunlicher, wie lange - bis weit über das Ende des Untersuchungszeitraumes hinaus - der DGB noch immer auf die Sozialdemokratie hoffte. Erst im Herbst 1982 kam es zu einer Serie von gewerkschaftlichen Massendemonstrationen und Protestkundgebungen gegen die Politik des Sozialstaatsabbaus und der unzureichenden Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die sich zu dieser Zeit der Zwei-Millionen-Grenze näherte. Passenderweise wurde die Regierung zu diesem Zeitpunkt seit zwei Wochen von der CDU/CSU/FDP-Koalition gestellt, so daß noch dieser Widerstand des DGB nicht die Sozialdemokratie traf.

Erst als sich im Verlauf des Jahres 1976 die Anzeichen einer wirtschaftlichen Belebung, besonders steigender Erträge[86], zu mehren schienen, ohne daß allerdings dadurch der Beschäftigungsstand - wie so oft versprochen - hätte durchgreifend gesteigert werden können, und nachdem die Bundestagswahl 1976 nur gefährlich knapp hatte gewonnen werden können, wandte sich die SPD dem Problem der strukturellen Arbeitslosigkeit wieder verstärkt zu. Jetzt galt die "Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung" als "unsere Aufgabe Nr. 1"[87], wenngleich das Ziel der weiteren Preisstabilisierung nicht aus den Augen verloren werden dürfe.[88] Dabei vertraten die Sozialdemokraten zwar die Auffassung, der Staat müsse und werde hier mit gezielten Hilfen für arbeitslose Problemgruppen und durch ein mehrjähriges investitionsförderndes Infrastrukturprogramm aktiv werden.[89] Aber sie wiesen einhellig darauf hin, daß dies nur als Anregung für die Wirtschaft, keinesfalls als Ersatz für ihre autonome Dynamik begriffen werden dürfe. Entsprechend nachdrücklich fielen ihre Appelle an die Unternehmer (aber auch an die Gewerkschaften) aus, die "hohe moralische Aufgabe" der Eingliederung der Arbeitslosen in den Wirtschaftsprozeß durch "sozialverantwortliches Handeln" zu bewältigen[90], womit wieder klargestellt worden war, wo nach Auffassung der SPD die Letztverantwortung für eine Wiederherstellung störungsfreier Wirtschaftsabläufe lag. Im Grunde kann die Geschichte sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik seit 1973/74 begriffen werden als der Prozeß des schrittweisen Rückzugs der Partei von ihrem eigenen früheren Anspruch, den ökonomischen Prozeß wirkungsvoll steuern zu können. Dabei versteht es sich von selbst, daß dieser Verzicht das Ergebnis ihrer Erfahrungen mit der realen Reichweite staatlicher Beeinflussung der Wirtschaft und insbesondere der Verbände von Lohnarbeit und Kapital darstellt; nicht selbstverständlich dagegen ist die Tatsache, daß die SPD gerade diesen Schluß aus ihren - zugegebenermaßen leidvollen - Erfahrungen zog und nicht etwa den, verstärkt den Konflikt mit den Unternehmerverbänden zu suchen und sich dabei der gewerkschaftlichen Unterstützung, die ja unbestreitbar vorhanden war, zu versichern. Diese Entscheidung kann wohl nur so verstanden werden, daß der innerparteilich dominierende Regierungsflügel auf den Rückhalt in nicht-lohnabhängigen bzw. nicht-gewerkschaftlich organisierten Wählerschichten setzte und die Auseinandersetzung mit der Kapitalseite scheute, aus Furcht, dann nicht länger mehrheitsfähig zu sein. Wieder einmal schlug sich die - auch im Lager der Lohnabhängigen vorhandene - Rivalität zwischen Partei und Verband nieder, diesmal zu Lasten der Gewerkschaften.

Bundeskanzler Schmidt übernahm nun völlig die investitionszentrierte Argumentation der Unternehmer: "Wenn wir in den nächsten Jahren die Vollbeschäftigung wieder erreichen und sichern wollen, brauchen wir allerdings Jahr für Jahr ausreichende Wachstumsraten und ausreichende Arbeitsplatzinvestitionen."[91] Er verlor kein Wort darüber, welche Möglichkeiten der Staat überhaupt hatte, Einfluß darauf zu nehmen, daß künftige Investitionen wirklich neue, zusätzliche Arbeitsplätze schaffen würden; stattdessen galt seine Sorge der Vermeidung jeder weiteren Umdrehung der Inflationsspirale, was von jeher im Zielkonflikt zwischen Vollbeschäftigung und

Geldwertstabilität einer Parteinahme gegen die Gewerkschaften gleichgekommen war. So votierte er erneut für eine vermögenspolitische Ergänzung der Tarifbewegung[92]; vor allem aber war sich die regierende SPD darin einig, daß der Staat selbst alles vermeiden müsse, was zu einer lohn- und preistreibenden Belastung der Wirtschaft führen könne. Dies bedeutete konkret: Steuerliche Entlastung der Unternehmen, allerdings diesemal auch der Lohnabhängigen[93], sowie Verzicht auf eine übermäßige Inanspruchnahme des Kapitalmarktes durch die öffentlichen Hände. Daher blieb nach Auffassung der SPD die Konsolidierung der Bundesfinanzen eine Hauptaufgabe der nächsten Jahre, und dies lief letztlich darauf hinaus, daß die Ausgabenzuwächse "mittelfristig unter den Zuwachsraten des nominalen Sozialprodukts zu halten" seien.[94] Gewiß, die SPD gab ihren Anspruch auf Reformen nicht preis[95]; aber sie steckte den Rahmen dafür sehr eng, was insbesondere den sogenannten "konsumtiven Bereich"[96], d.h. vor allem personalintensive Projekte, betraf.

Damit aber bleibt am Ende festzuhalten, daß die Partei nicht nur ihre Beziehungen zum gewerkschaftlichen Bündnispartner selbst immer weiter lockerte und verschlechterte, sondern daß sie auch ihren eigenen Aktionsradius als die Regierung führender Teil der Koalition bewußt verkürzte. In den Jahren 1974 bis 1976 verzichtete die SPD nicht allein auf den gemeinsam mit einer Seite des Verbändelagers zu führenden Kampf gegen die andere Seite, um den lohnabhängigen Interessen stärker als früher zur Durchsetzung zu verhelfen, sondern sie gab auch ihren autonomen Versuch auf, dem Staat größere quantitative Ressourcen und weiter ausgreifende qualitative Handlungsbereiche und -instrumente zu verschaffen, und zwar aus dem organisatorischen (Regierungs-)Interesse heraus. Krise und Arbeitslosigkeit hatten einen Erkenntnisprozeß beschleunigt, der bereits von dem Phänomen der immer schneller werdenden Inflation ausgelöst worden war: Die 'Wirtschaft', damit aber letztlich diejenigen, die in ihr entschieden, besaß Mittel und Wege, auf erhöhte Ansprüche und gesteigerte Belastungen seitens des Staates zu reagieren und zwar dergestalt, daß jeder Versuch, den 'öffentlichen Korridor' auszubauen, scheitern mußte. Jetzt war alles Bemühen nur noch auf das eine Ziel gerichtet, den allmählich wieder in Gang kommenden Akkumulationsprozeß zu beschleunigen und auf ein höheres Niveau zu bringen[97], in der Hoffnung, darüber das auch für die SPD legitimatorisch lebensgefährliche Problem der massenhaften strukurellen Arbeitslosigkeit beseitigen zu können.

Die SPD wollte es der Kapitalseite überlassen, mittels steigender Investitionen die Arbeitslosigkeit allmählich abzubauen; dafür war sie nun engültig zu dem von den Unternehmern seit langem geforderten Handlungsverzicht bereit. Hier kann nur abschließend festgehalten werden, daß die Jahre von 1973 bis 1976 den Zeitraum der Aufgabe des sozialdemokratischen Versuchs umfassten, den Staatsanteil am gesellschaftlich erwirtschafteten Mehrprodukt auszubauen. Hatte man 1973 noch geglaubt, angesichts einer verstärkten konjunkturellen Aktivität durch massive Disziplinierung der sozio-ökonomischen Gruppen zu mehr Stabilität, Steuern und Handlungsspielraum zu gelangen, so machte die Krise ab 1974 diese Hoffnung restlos zunichte. Nicht zuletzt durch das Insistieren des Regierungspartners FPD auf steuerlicher Entlastung der Wirtschaft, das von dem Trommelfeuer der Opposition unterstützt wurde, die die Einschränkung sowohl der Steuereinnahmen als auch der Kreditaufnahmen verlangte und jede Weigerung als ungewollten - oder schlimmer noch: als beabsichtigten - Ruin der Marktwirtschaft und der Staatsfinanzen diskreditierte, sah sich die SPD gezwungen, schließlich selbst auf die Formel der Anbindung der staatlichen Ausgabenzuwächse an die Entwicklung des Bruttosozialsprodukts zurückzuweichen. Aus der kurzlebigen Offensive des Jahres 1973 wurde rasch die Defensive der Sozialdemokraten gegenüber den Unternehmern, schließlich der beschwörende Appell an diese, doch die ihnen unterbreiteten Angebote annehmen zu wollen und endlich wieder zu investieren. Gegenüber dem eigentlichen gesellschaftlichen Bündnispartner aber, den Gewerkschaften, herrschte Schweigen und weitgehende Inaktivität.

Aber eines sollte nicht übersehen werden: Die Zurücknahme sozialdemokratischer (parteien-)staatlicher Ansprüche an die Gesellschaft hatte zwar de facto in der

Krise stattgefunden; aber sie war entscheidend vorbereitet worden durch die Jahre der sich beschleunigenden Inflation, die die öffentlichen Finanzen schon schwer belastete, als von einem drohenden oder gar akuten konjunkturellen Absturz noch keine Rede sein konnte. Es gelang der SPD zwischen 1969 und 1972 nicht, ausreichende materielle und machtpolitische Positionsgewinne zu verbuchen, um den dann folgenden Abbau staatlicher Forderungen an und öffentlicher Leistungen für die Gesellschaft zwischen 1974 und 1976 zu mildern oder gar zu verhindern. An beidem aber: der Erfolglosigkeit vor der Krise und dem Rückzug in der Krise, war der kleinere Koalitionspartner keineswegs unbeteiligt.

5.3.2) FDP

Es war ganz sicher kein Zufall, daß im neuen Kabinett Brandt/Scheel der Wirtschaftsminister von der FDP gestellt wurde. In dieser Besetzung dürfte wohl das Bestreben der Liberalen, bremsend auf die sozialdemokratischen Interventionsambitionen einzuwirken, mit der Erkenntnis der SPD zusammengetroffen sein, daß die Inflation anders - und zwar härter - als bisher bekämpft werden müsse und daß es aus Legitimationsgründen nicht ungünstig sein mochte, dieses Geschäft von einem FDP-Minister betreiben zu lassen. Daß dieser stabilitätspolitisch nicht übertrieb, dafür sorgte man unter anderem präventiv durch die Auslagerung der für Friedman'sche Experimente am ehesten anfälligen Abteilung Geld und Kredit in das - weiterhin von einem Sozialdemokraten geführten - Finanzministerium, was von den Liberalen wiederum lebhaft bedauert wurde.[98]

Der neue Wirtschaftsminister stellte unverzüglich klar, was die Grundlinien seiner Politik sein würden: Er empfand sich als "ein Offizialverteidiger unserer Wirtschaftsordnung", dessen Vorgehen ganz gewiß nicht darin bestehen werde, "faule Kompromisse im Sinne von Querschnittsmeinungen oder unterschiedlichen Gruppenkartellen zu Lasten des Gemeinwohls zum Gegenstand (seiner, C.S.) Politik zu machen."[99]
Die Spitze gegen die Politik der Volksparteien, gegensätzliche gesellschaftliche Interessen durch materiellen Ausgleich miteinander vereinbaren zu wollen, war unüberhörbar, die diesbezügliche Kontinuität des liberalen Politikverständnisses eindeutig.
Es hatte sich offenkundig nichts an den freidemokratischen Ansichten zur Wirtschaftspolitik geändert: Keine Bevorzugung bestimmter Gruppen, auch nicht der Unternehmer, sondern Orientierung am "Verbraucher, das heißt, der Gesamtheit dieses Volkes"[100], demzufolge vorrangige Belebung des Wettbewerbs, besonders auch durch Mittelstandsförderung, allerdings nicht ohne Berücksichtigung internationaler Konkurrenz- und Größenverhältnisse[101], keine quantifizierte Einwirkung auf die Tarifparteien[102], keine unbegrenzte Vollbeschäftigungsgarantie[103] und schließlich Ablehnung von Steuererhöhungen[104] - die FDP votierte trotz ihrer neuen wirtschaftspolitischen Kompetenzen nach wie vor für staatliche Zurückhaltung insbesondere gegenüber den sozialen Verbänden, weil jede Einmischung der Regierung grundsätzlich in die Unterstützung einer der vorhandenen Positionen, ungünstigstenfalls in die der gewerkschaftlichen Seite, umgemünzt werden konnte. Hinzu trat wie immer das Bestreben, die finanzielle Absicherung öffentlicher Handlungsmöglichkeiten begrenzt zu halten sowie das Bemühen, das eigene mittelständische Wählerpotential gezielt zu begünstigen.

Derartige Vorstellungen waren am ehesten legitimierbar, wenn sie stabilitätspolitisch motiviert wurden; im März 1973 stellte die FDP denn auch das Problem der immer schnelleren Geldentwertung in den Mittelpunkt ihrer Beiträge und betrachtete von hier aus die seit der letzten Debatte getroffenen Maßnahmen. Die Brüsseler Beschlüsse kommentierte sie mit gedämpfter Zustimmung: Sie seien zwar keine Ideallösung, hätten aber auch wesentlich teurer für die Bundesrepublik ausfallen können[105]. Die vom Aufwertungseffekt ausgehende Bremswirkung auf den Export wurde aus stabilitäts-, aber auch aus verteilungspolitischen Gründen für wünschenswert

gehalten, da nun einmal alle "ein Interesse daran haben müßten, daß Gewinn- und Lohnentwicklung in einer gewissen Relation zueinander verlaufen."[106]
Überhaupt thematisierten die Liberalen diesmal auch die anstehenden Verteilungskonflikte recht deutlich. Gewiß hätte ihnen ein allgemeiner Konjunkturzuschlag eher zugesagt als die Stabilitätsabgabe auf die hohen Einkommen, aber sie sprachen offen aus, was alle im Parlament wußten: "...daß eine Verschärfung des Verteilungskampfes die unausweichliche Folge eines allgemeinen Konjunkturzuschlages gewesen wäre" und daß diejenigen, die die "äußerst verantwortungsbewußt(en)" Abschlüsse zu Jahresanfang "zu verantworten haben, in eine schwierige Lage gekommen sind."[107] Eine zusätzliche Abschöpfung von Massenkaufkraft "hätte zu einem heißen Tarifsommer führen müssen. Ich hoffe, daß wir den nicht ohnehin bekommen."[108]

Ganz offenkundig war es den Liberalen weit eher als der SPD möglich, tatsächlich bestehende Spannungen zwischen den Tarifparteien einerseits, zwischen Gewerkschaftsspitze und -basis andererseits offen zu thematisieren. Mußte die Sozialdemokratie jeden Kommentar hierzu vermeiden, da nicht zuletzt die gewerkschaftliche Unterstützung ihrer eigenen Politik die Organisationsspitzen erst in Konflikte mit ihren Mitgliedern gestürzt hatte, so war die FDP von derartiger Notwendigkeit zur Vorsicht frei.
Dies fand seinen Ausdruck unter anderem in der kontinuierlichen Priorisierung des Stabilitätszieles durch die Liberalen, die stets - völlig unabhängig von der jeweiligen konjunkturellen Lage - vorgenommen wurde. So waren sie im Frühjahr 1973 über die Mineralölsteuer-Erhöhung und die Pläne zur Verwendung der aus ihr den öffentlichen Händen zufließenden Mittel nicht glücklich[109]; sie hätten die Stillegung der Mehreinnahmen bevorzugt, da dies am ehesten mit dem von ihnen geforderten "kategorische(n) Imperativ der Stabilitätspolitik" vereinbar gewesen wäre, der auf eine harte Begrenzung des Geld- und Kreditvolumens hinauslief.[110] Aber man lebte nun einmal in einer Koalition und mußte sich daher auf das Versprechen an die eigene Basis beschränken, man werde ein wachsames Auge auf die weiteren steuerpolitischen Pläne des größeren Regierungspartners haben.[111]

Die künftige Preisentwicklung stand auch bei der Diskussion der 'Ölkrise' für die FDP im Mittelpunkt ihrer Überlegungen: Gerade weil jetzt ein "verschärfter Zielkonflikt zwischen Preisstabilisierung und hohem Beschäftigungsstand" bestehe, auf den insbesondere die Lohnspolitik Rücksicht zu nehmen habe[112], sei es zu begrüßen, daß die stabilitätspolitische Linie der Bundesregierung "aufrechterhalten bleibt". "Die Fortsetzung dieser Stabilitätspolitik ... liegt in allererster Linie im Interesse der Arbeitnehmer, nämlich im Sinne der Sicherung der Arbeitsplätze."[113]
Man sieht: Das Arbeitsplatzsicherungs-Argument, schon früher von den Liberalen zur Legitimation auch gegensätzlicher Forderungen und Maßnahmen verwendet, diente auch hier wieder zur Rechtfertigung eines wirtschaftspolitischen Kurses, der binnen eineinhalb Jahren zu einer Arbeitslosenzahl von über einer Million nicht unwesentlich beitragen sollte. Überflüssig zu erwähnen, daß die FDP mit diesem Begründungsmuster ganz nahe an gleichlautenden Stellungnahmen der BDA angesiedelt war, die jetzt - im Gegensatz zu 1971/72 - auch selbst für eine rigorosere Stabilitätspolitik plädierte.

Wenig Illusionen machten sich die Liberalen über die Möglichkeiten einer Dämpfung der Preisentwicklung im Mineralölbereich: Zwar sprachen sie sich für wettbewerbsfördernde Maßnahmen und für die Überprüfung der Preisgestaltung in diesem Sektor aus[114], aber direkte staatliche Eingriffe wurden entschieden abgelehnt, da dies nur zur Umlenkung des Öls auf diejenigen Märkte außerhalb der Bundesrepublik führen könne, auf denen günstigere Preise erzielt werden könnten.[115] Abgesehen von der Kritik an einigen Auswüchsen im Ölhandel und beim Import, die von so manchen "wilde(n) Hecht im Karpfenteich" zu verantworten seien[116], vertraute die FDP unverdrossen auf die "Verteilungsfunktion des Marktes"[117], deren preispolitische Wirkungen lediglich für besonders einkommensschwache Bevölkerungsgruppen durch gezielte soziale Hilfen gemildert werden sollten.[118] Schließlich und endlich

hätten nationale und internationale Ölkonzerne doch auch ein Interesse an der Erhaltung der Marktwirtschaft und ihrer eigenen längerfristigen Stellung auf dem westdeutschen Markt[119], weshalb ein solches Vertrauen durchaus zu rechtfertigen sei.
Die Freien Demokraten waren ganz offenkundig nicht bereit, eventuellen Beschäftigungseinbrüchen durch einen Kurswechsel in Richtung auf Konjunkturbelebung vorzubeugen.[120] Vielmehr stellten sie fest, die künftige energiepolitische Entwicklung werde "uns allen, auf lange Sicht gesehen, ein Stück persönlichen Wohlstandes und ein Stück persönlicher Konsummöglichkeit abfordern."[121]

Der Schluß ist wohl berechtigt, daß die FDP von allen drei Bundestagsparteien von einer derartigen materiellen Einschränkung des verteilungspolitischen Spielraumes am wenigsten zu befürchten hatte, basierte doch ihr parteiinterner Zusammenhalt nicht so sehr auf dem Interessenausgleich durch Umverteilung und stand doch ihr Wählerpotential aus den Mittelschichten ohnehin den ausufernden Tarifkonflikten und wachsenden Staatsansprüchen am ablehnensten gegenüber.

Gleichzeitig ist an dieser Stelle darauf aufmerksam zu machen, daß die FDP jedenfalls in wirtschaftspolitischer Hinsicht weniger als Ideen-, denn als Interessenpartei zu charakterisieren ist.[122] Zwar faßte sie - wie die anderen Parteien auch - Interessen unter Gemeinwohlbezug ('Allgemeinheit der Verbraucher') und expliziter Abwehr von Gruppenkompromissen zusammen, was eindeutig ideologische Züge aufweist. Jedoch waren - verglichen mit den beiden großen Volksparteien - ihre Forderungen an die Wirtschaftspolitik ganz unzweifelhaft auf die Befriedigung von Wünschen der Unternehmer, speziell des Mittelstandes, gerichtet. Der betonte Verzicht auf Konjunkturbelebung in Flautezeiten und das stets völlig unverschleiert vorgetragene Verlangen nach einer Disziplinierung der Tarifparteien durch die Marktgesetze weisen viel eindeutiger als im Falle der CDU/CSU aus, für welche gesellschaftlichen Interessen die FDP in die Schranken trat. Mitunter erwecken die eingestreuten ideologischen Legitimationsversuche fast den Eindruck der Nachlässigkeit, so etwa bei den fast beliebig angehängten Arbeitsplatzsicherungs-Argumenten; sie verlieren jedenfalls klar an Gewicht und Bedeutung gegenüber den von den Liberalen klar und kompromißlos vertretenen Interessengehalten, deren sozio-ökonomischer Standort zweifelsfrei als der der (mittelständischen) Unternehmer zu identifizieren ist. Allerdings belegt das historische Beispiel der Freien Demokraten, wie hoch das erreichte Niveau an Harmonisierungs- und Generalisierungsverfahren der Interessenverarbeitung im westdeutschen Parteiensystem insgesamt geworden war, das von keiner Organisation unterlaufen werden konnte, die sich noch im Parlament wiederzufinden wünschte. Denn wenn die Interessenpartei im klassischen Sinne oben als eine Organisationsform definiert wurde, die bei klarer Anerkennung gesellschaftlicher Gegensätze ein bestimmtes Interesse explizit hervorhebt und partikular vertritt, so weicht die Praxis der FDP hiervon selbstverständlich ab, wie die Verwendung von Gemeinwohlargumentationen hinreichend belegt. Innerhalb des Spektrums faktisch noch vorhandener verschiedener Ausprägungen von Parteitypen jedoch scheint es unter Berufung auf die eben vorgetragene Argumentation dennoch berechtigt, in wirtschaftspolitischer Hinsicht die FDP mehr dem interessen- als dem ideenparteilichen Typus zuzuordnen.

Wie man Tarifauseinandersetzungen erfolgreich eindämmen könne, formulierte Lambsdorff im April 1974: Er bezog sich auf das längst international gewordene Phänomen der Inflation und plädierte für ein System autonomer Notenbanken, die die Zentralbankgeldmenge nur "in Übereinstimmung mit den zu erwartenden Produktionssteigerungen" ausweiten dürften, "Das System sorgt dafür, daß von den nominalen Lohnerhöhungen so viel in Form von Preiserhöhungen auf die Verbraucher und damit auf die Lohnempfänger zurücküberwälzt wird, daß der Anstieg des Reallohns nicht größer ist als das, was an realer Wertschöpfung im Produktionsprozeß mehr erzielt wird."[123] Die Konsequenz, daß Nominallohnerhöhungen weit über die reale Mehrwertproduktion hinaus bei verknappter Geldmenge und Kreditvolumen in absehbarer Zeit zu

Konjunkturrückgang und Beschäftigungseinbrüchen führen mußten, wurde nicht ausgesprochen, war aber mit Sicherheit intendiert.
Der freidemokratische Wirtschaftsminister vertrat denn auch eine "Konjunkturpolitik der mittleren Linie" zwischen Preisstabilisierung und Beschäftigungssicherung, die konkret folgendes beinhalten sollte: einen weiterhin "grundsätzlich restriktiven Kurs" der Bundesbank in der Geld- und Kreditpolitik, Haushaltsausgaben, die "in den derzeit sich abzeichnenden Größenordnungen" blieben, wobei die Defizitfinanzierung "grundsätzlich ohne Liquiditätserweiterung" zu erfolgen habe, volle Verwirklichung der strukturpolitischen Förderungsmaßnahmen, wobei allerdings die "vorsorglich geplanten Konjunkturprogramme des Bundes ... in der Schublade" bleiben sollten, sowie Verzicht auf besondere steuerpolitische Maßnahmen zum gegenwärtigen Zeitpunkt.[124] Diese Kombination von Methoden entsprach zwar nicht rigoros dem Friedman'schen Geldmengenkonzept, das Lambsdorff theoretisch befürwortet hatte, legte aber doch den Schwerpunkt der Wirtschaftssteuerung wahrhaftig nicht gerade auf die Vermeidung steigender Arbeitslosenzahlen.
Dazu konnte nach Auffassung der FDP auch gar kein Anlaß bestehen, da sie die Lage auf dem Arbeitsmarkt zwar für kompliziert, aber keineswegs für dramatisch hielt[125], vor allem aber wohl deswegen nicht, weil die Ergebnisse der vergangenen Lohnrunde mit dem vom Jahreswirtschaftsbericht "gezogenen gesamtwirtschaftlichen Rahmen nicht vereinbar gewesen" seien.[126] Der Wirtschaftsminister lehnte daher auch jegliche Steuersenkung zwecks Konjunkturbelebung ab, die zu Jahresanfang vielleicht recht sinnvoll hätte gewesen sein können, aber zwei entscheidende Unsicherheiten gegen sich gehabt habe: "Weder konnte eine Honorierung bei den folgenden Tarifabschlüssen als sicher gelten, noch gab es eine verläßliche Aussicht auf eine entsprechende Beschränkung der öffentlichen Ausgaben. Heute, nachdem die Tarifabschlüsse gelaufen sind, sind Steuersenkungen konjunkturpolitisch eindeutig unerwünscht."[127]

Es wird erneut deutlich, daß die FDP wenig Hemmungen verspürte, das tarifpolitische Geschehen eindeutig zu kommentieren. Verglichen mit der SPD, die sich nach wie vor sehr schwer mit einer öffentlichen Kritik an den Gewerkschaften tat (obgleich der Regierungsflügel unter Schmidt zweifellos ähnlich dachte, was das Ergebnis der Tarifrunde 1973/74 betraf), machte die FDP absolut keinen Hehl aus ihrer Auffassung, die 'gesellschaftlichen Gruppen', mit anderen Worten: vor allem die Gewerkschaften als deren fordernder Teil, verhielten sich maßlos und daher illegitim: "Das eigentliche soziale Phänomen der Inflation ist nämlich der Kampf der gesellschaftlich relevanten Gruppen um die Anteile am Sozialprodukt und die geringe Bereitschaft einer Gruppe, mit gutem Beispiel voranzugehen."[128]
Die grundsätzliche Verbändefeindlichkeit der Freien Demokraten geht aus Zitaten wie diesem klar hervor, und gerade im Zusammenhang mit dem Inflationsproblem läßt sich zeigen, daß sie mit einer solchen Auffassung besonders mittelständischem Interessenbewußtsein eine politische Ausdrucksmöglichkeit verliehen. Denn wie schon erwähnt, gerät der selbständige Mittelstand gerade dann an den Rand der gesellschaftlichen Entwicklung und der politischen Berücksichtigung, wenn die großen Verbände von Lohnarbeit und Kapital ihre Auseinandersetzungen untereinander verschärfen und durch die daraus resultierenden inflationären Folgeprobleme verstärkt die staatliche Aufmerksamkeit erzwingen.[129]
Daß das Resultat dieser objektiven Entwicklung in der subjektiven Ablehnung der 'maßlosen', 'übermächtigen' Interessengruppen und dem Ruf nach ihrer Disziplinierung seitens des Mittelstandes bestand und besteht, kann nicht verwundern; die FDP bot sich als Sprachrohr dieser Feindseligkeit und dieses - längerfristig ohnmächtigen - Protestes an.

Die Hoffnung der Liberalen bestand im Frühjahr 1974 darin, durch marktwirtschaftliches Verhalten, d.h. durch das Gewährenlassen des Kräftespiels der nationalen und internationalen Marktparteien und den Verzicht auf weitgehende nationalstaatliche Eingriffe sowohl den als Konjunkturstütze lebenswichtig gewordene Export sichern zu können[130], als auch zu einer Preisberuhigung zu gelangen.[131] Man ging noch von

einer Weltkonjunktur aus, "die keineswegs die befürchteten depressiven Tendenzen zeigt"[132] und davon, daß jetzt echte Chancen bestünden, um die "Grundlagen für eine mittelfristige Stabilisierung zu legen."[133]

Daran änderte sich auch im Dezember 1974 wenig: Im Gegenteil formulierte Lambsdorff recht eindeutig, daß das vorliegende Ankurbelungsprogramm durchaus nur einen Kompromiß der beiden Koalitionspartner darstelle[134], woraus wohl mit Recht geschlossen werden darf, daß die FDP allein zu diesem Zeitpunkt kaum zu derartigen Maßnahmen gegriffen hätte. Gegen die Investitionszulage hatte sie nicht unbedingt etwas einzuwenden, denn sie wollte explizit "die Gewinne verbessern"[135]. Sie folgte damit der "Erkenntnis..., daß die Gewinnsituation der Unternehmen ... zu verbessern ist, und die Unternehmen bestehen ja wohl nicht zuletzt aus den Beschäftigten. Die Verbesserung der Gewinnsituation der Unternehmen führt zu Investitionen, und diese Investitionen sichern die Arbeitsplätze; dies ist heute wohl unbestritten. Dazu bedarf es eines besseren Investitionsklimas. Wir können uns im gegenwärtigen Zeitpunkt keine neue Belastung leisten, und wir können uns auch ... keine Verunsicherungen leisten."[136]

Der Topos 'Verunsicherung der Wirtschaft' entstammte dem CDU/CSU-, aber auch dem BDA-Arsenal und zielte darauf, die sozialdemokratischen Reformpläne als wirtschaftsbedrohend, weil auf Veränderung gerichtet, radikal zu diffamieren. Schon hier deutet sich an, daß der Dissens zwischen den Koalitionspartnern vorprogrammiert war, der spätestens ab 1980/81 offen zutage treten sollte.

Aber genau dieses günstigere Investitionsklima war nach freidemokratischer Auffassung noch nicht geschaffen worden; insbesondere die vergangene Tarifrunde galt als nicht zufriedenstellend.[137] Zwar seien die Preis- und die Exportentwicklung für die Konjunktur vorteilhaft[138]; aber die FDP wurde vorrangig von der Sorge bewegt, ein zu frühes und zu umfassendes Ankurbelungsmanöver könne alle stabilitätspolitischen Erfolge wieder zunichte machen.[139] Daher galt vor allem eine Maßnahme als ganz besonders akzeptabel: Die Begrenzung des für 1975 vorgesehenen Wachstums der Zentralbankgeldmenge auf 8%[140]. Von der Nennung dieser Zahl (und selbstverständlich der damit verknüpften wirtschaftspolitischen Strategie) erhofften sich die Liberalen ein verbessertes Wirtschaftsklima, denn sie "bedeutet, daß alle wissen - Staat, Unternehmer, Gewerkschaften, autonome Gruppen -, was im nächsten Jahr finanziert werden kann und was nicht, und daran muß man sich halten."[141]

Und die Rechnung der FDP schien aufzugehen: Im Februar 1975 stellte sie befriedigt fest, daß die von ihr unterstützte monetäre Politik dazu geführt habe, "daß die Einsicht in die Notwendigkeit in letzter Zeit schon merklich zugenommen hat, bei Einkommensforderungen die Grenze der Belastbarkeit des gesamtwirtschaftlichen Rahmens zu beachten."[142] Nahezu die gesamte Rede des Wirtschaftsministers war den Tarifparteien gewidmet, die nach zunächst noch zu hohen Forderungen und Abschlüssen nun doch auf den Pfad des volkswirtschaftlich Vernünftigen zurückgefunden hätten.[143] Das System der Tarifautonomie, des friedlichen Konfliktaustrags ohne massive staatliche Eingriffe habe sich eindeutig bewährt[144], die Einsicht der 'Sozialpartner' sei gewachsen, daß eine überproportionale Steigerung der Investitionen für die Belebung des Wachstums und den Abbau der Arbeitslosigkeit unerläßlich sei[145], und es komme nun ganz entscheidend darauf an, einen neuen Aufschwung ohne Beschleunigung der Inflation zu bewerkstelligen.[146] Um dies zu erreichen, müßten autonome Gruppen und Staat "auch mittelfristig von den in den letzten Jahren gewohnten nominalen Ansprüchen an das Bruttosozialprodukt Abschied nehmen, nach Adam Riese also: deutlich unter 10%."[147]

Die Prioritäten der Freien Demokraten waren klar und unverändert: Begrenzung des Verteilungskampfes der Tarifparteien, aber auch des Staates, um das erwirtschaftete Mehrprodukt durch eine straffe Geldmengenpolitik und Abbau der Arbeitslosigkeit nur insoweit, als dadurch nicht die Geldwertstabilität erneut gefährdet werden konn-

te[148] bzw. der höchst willkommene arbeitsmarktpolitische Druck auf die Gewerkschaften nicht allzu rasch beseitigt werden sollte. Letzten Endes liefen diese Vorstellungen auf die den Unternehmerstellungnahmen sehr ähnliche Konzeption hinaus, die Marktposition der Gewerkschaften nachhaltig zu verschlechtern und die Durchsetzungschancen staatlicher Ansprüche an das Sozialprodukt zu vermindern, um dadurch die Verwertungsbedingungen des Kapitals insgesamt zu verbessern.[149] Denn jedenfalls in einem Punkte deckten sich mittelständische und gesamtkapitalistische Interessen: In dem Bestreben, gerade bei verknappten Wachstumsspielräumen Gewerkschaften und Staat bei verteilungspolitischen Auseinandersetzungen möglichst schlecht abschneiden zu lassen. Der Mittelstand war dabei viel rigoroser als die hochkonzentrierten Kapitalfraktionen auf die Begrenzung von Tarifkonflikten und Steuerforderungen angewiesen, da er über viel geringere finanzielle Ressourcen verfügte als diese, so daß die Rigidität der freidemokratischen Vorstellungen zur Geldmengenpolitik der Lage ihres spezifischen Basiskerns jetzt, in der Krise, ebenso angemessen war wie wenige Jahre zuvor in der Phase der beschleunigten Inflation und Stagflation.

Aus der Tatsache, daß die Liberalen nun in etwa mit den Unternehmerverbänden gleichzogen, die vor der akuten Krise konzessionswilliger aufgetreten waren, läßt sich zugleich ein indirekter Beleg dafür ableiten, daß sich - wie oben postuliert - in der ökonomischen Krise die Reihen der beiden Seiten des Verbändesystems intern wieder fester schließen und die Bündnisse über die Organisations- (und Interessen-)Grenzen hinweg zwischen 'reichen' und 'armen' Wirtschaftszweigen und den dort jeweils angesiedelten Gewerkschaften nun einer generalisierten Minimalismus-Politik der Unternehmerverbände weichen müssen.[150] Der Mittelstand, wenig durchsetzungsfähig in den hochkonzentrierten Kapitalspitzenverbänden, fand offenbar in den Jahren der inflationären Hochkonjunktur eher in der FDP als in der BDA eine Ausdrucksmöglichkeit seiner Interessen, die nun, in der Krise, wieder mehr mit den jetzt verallgemeinerten Interessen aller Kapitalfraktionen in Einklang gebracht werden konnten und insgesamt auf niedrigere Löhne und Steuern zielten. Die nunmehr erreichte, fast völlige Identität von FDP- und BDA-Positionen legt dafür beredtes Zeugnis ab.

Bei allem Desinteresse an einer sofortigen Überwindung der Arbeitslosigkeit und an einer Konjunkturbelebung mit allen Mitteln war eines allerdings auch der FDP bewußt: Die Konjunktur mußte in bedrohliche Tiefen abstürzen, wenn der Export als Stützpfeiler ausfiel.[151] Genau dies geschah aber im Verlauf des Jahres 1975, und der Wirtschaftsminister verlor seine optimistische Wette, wonach der Ausfuhrüberschuß auch in diesem Jahr wieder über 50 Milliarden DM liegen werde.[152]
Denn wenngleich Exportfragen von den Liberalen nie mit dem nationalen Pathos behandelt worden waren wie es die CDU/CSU sorgsam pflegte, so hatten sie doch stets ein florierendes Außenwirtschaftsgeschäft ohne jede Einschränkung begrüßt und befürwortet (und - nebenbei bemerkt - damit ein Interesse aufgegriffen, das durchaus im Widerspruch zu ihrem in der Regel überwiegend binnenwirtschaftlich orientierten mittelständischen Basispotential stand).
Selbstverständlich registrierten die Liberalen den Exporteinbruch als eine Hauptursache der nun nicht mehr zu verkennenden schweren Krise im September 1975.[153] Aber die Gelegenheit erschien ihnen offenbar günstig, um dennoch wieder zwei andere Wurzeln des gegenwärtigen Übels stärker zu betonen, Zum einen kritisierten sie offen die in den letzten Jahren zugunsten der Lohnabhängigen verschobenen Verteilungsrelationen, in dieser Deutlichkeit ein ungewöhnlicher Vorgang im bundesdeutschen Parlament: "Es gab auch einen besonderen Einfluß von bereits länger anhaltenden Verschiebungen der makroökonomischen Schlüsselrelationen auf den Wirtschaftsablauf. Ich spreche das an. Warum eigentlich nicht? Natürlich ist die Lohnquote gegenüber der Investitionsquote angestiegen."[154]
Zum anderen identifizierten die Freien Demokraten - etwas zurückhaltender - erneut den Versuch, den Staatsanteil am Sozialprodukt zu steigern, als wesentliche Krisenursache[155], und zeigten damit einmal mehr, daß ihnen wenig bis gar nichts daran

lag, jenes Handlungsfeld ausgeweitet zu sehen, in dem die Parteien selbst ihre Kompetenz, Effizienz und Legitimität beweisen konnten.
Zur Umkehrung dieser Trends forderten sie eine Erhöhung der Investitionsquote, die diesem Ziel entsprechende maßvolle Lohnpolitik[156] und das "Austarieren" der Rolle staatlicher Leistungen in jedem einzelnen Fall[157]. Die Arbeitslosigkeit, die sich ohnehin von allen ökonomischen Indikatoren wohl am längsten ungünstig gestalten werde[158], könne nur durch steigende Investitionen bei anhaltender Preisstabilität beseitigt werden[159], wofür auch die öffentliche Haushaltspolitik ihren Beitrag leisten müsse.

In dem Dilemma, aus Stabilitäts- und Kapitalmarktgründen für eine Sanierung der Staatsfinanzen eintreten zu müssen, aber zugleich Gegner von Steuererhöhungen zu sein, entschied sich die FDP für die vorrangige Anhebung solcher Steuern, die nicht die Unternehmen belasteten, sondern die Allgemeinheit, den Verbraucher,[160] (ohne auch nur ein Wort darüber zu verlieren, daß damit exakt jenes 'allgemeine Interesse' 'der Verbraucher' geschädigt wurde, das zu wahren Bundeswirtschaftsminister Fridrichs 1973 ausdrücklich angetreten war.) Wenn aber sowohl Kreditaufnahmen zur Konjunkturstabilisierung als auch Steuererhöhungen zur Haushaltskonsolidierung nun einmal unumgänglich waren, so wollten die Liberalen doch jedenfalls eines festhalten: daß "derzeit für neue Ausgaben oder erhöhte alte Ausgaben kein Raum ist."[161]

Man sieht, daß die Übereinstimmung zwischen den Koalitionspartnern im Faktischen derzeit gegeben war, aber über dieser Einigkeit darf nicht übersehen werden, daß die SPD um dieser Position willen zentrale Orientierungen ihrer bisherigen Politik hatte aufgeben müssen (woraus ihr auf Dauer gesehen nur Schwierigkeiten erwachsen konnten, was das Verhältnis zu ihrer eigenen Basis, aber auch zu den Gewerkschaften betraf; besonders dann, wenn das erhoffte Ergebnis: sinkende Arbeitslosenzahlen ausbleiben sollte), während die FDP da stand, wo sie von jeher gestanden hatte. Konsequenz jedenfalls war dieser Partei nicht abzusprechen.

Wenn die Liberalen sogar 1975 keineswegs für einen unbegrenzt expansionsorientierten Kurs der Wirtschaftspolitik plädierten, so kann es nicht verwundern, daß sie im März 1976, "in einer Phase der konjunkturellen Erholung"[162], erst recht gegen weitere Ankurbelungsmaßnahmen eingestellt waren.[163] Im Vordergrund stand für sie vielmehr die Anerkennung der Notwendigkeit steigender Unternehmererträge für mehr Arbeitsplatzinvestitionen durch die Sozialverbände, damit aber die Verhinderung neuer Verteilungskämpfe[164], insbesondere durch ihre Einbindung in vermögenspolitische Maßnahmen[165], und sie appellierten an beide Tarifparteien, im Interesse des längerfristigen Abbaus der Arbeitslosigkeit sowohl lohn- als auch preispolitisch entsprechende Zurückhaltung zu üben.[166]
Den Liberalen war natürlich klar, daß besonders die strukturelle Arbeitslosigkeit "die drückendste Sorge ist und für eine vorausschaubare Zeit bleiben wird"[167] (besonders für ihren größeren Koalitionspartner). Aber sie warnten auch hier wie immer davor, den marktwirtschaftlichen Weg der Globalsteuerung verlassen zu wollen[168]; stattdessen setzten sie auf national wie international verbesserte Verwertungsbedingungen durch Rationalisierung und Technisierung, verstärkte Mobilität von Kapital und Arbeit und auf die Eroberung neuer Märkte durch technologisches Know how und den Einbezug der Entwicklungsländer in den Weltmarkt.[169] Nicht mehr Staatsinvestition, sondern härterer Wettbewerb auf allen Märkten - so lautete ihre Devise. Daß die von ihnen favorisierten Methoden nahezu allesamt auf die Vernichtung weiterer binnenwirtschaftlicher Arbeitsplätze hinauslaufen mußten, schien ihnen dabei offenbar nicht weiter erwähnenswert.
Mit anderen Worten: Wieder, wie stets, war ihre Beschäftigung mit dem Problem der Arbeitslosigkeit rein ideologisch und diente absolut nicht dazu, realistische Mittel und Wege der Problembewältigung zu finden. Es ging den Liberalen nicht um die Vertretung lohnabhängiger Interessen, die ihres Erachtens ohnehin dann am besten berücksichtigt werden konnten, wenn man die Marktwirtschaft sich selbst und ihren Gesetzen überließ, und zwar ohne störende staatliche Eingriffe.

Diese ihre Grundüberzeugung, von der sie zu keinem Zeitpunkt während des vergangenen, wirtschaftspolitisch so wechselvollen Jahrzehnts abgewichen war, formulierte die FDP anläßlich der Debatte zu Kanzler Schmidts zweiter Regierungserklärung vom Dezember 1976 noch einmal in programmatischer, komprimierter Form. Das "in diesem Augenblick vorrangig(e) Ziel" sei "die Sicherung der Vollbeschäftigung, d.h. stetige stabilitätspolitisch abgesicherte Fortsetzung des Wachstumsprozesses"[170]. Dies sei zwar nur mittelfristig, dafür aber mit Sicherheit erreichbar, denn: "Wenn die Rahmenbedingungen stimmen, und zwar nicht nur national, sondern auch international, dann schafft die Marktwirtschaft Vollbeschäftigung."[171]
Aber es war zuviel verändert worden an dieser Wirtschaftsordnung, meinten die Liberalen[172], und ihr Ziel, dem sie näher als je zuvor seit Antritt der Großen Koalition waren, bestand in der Wiederherstellung der ursprünglichen "ausgewogene(n) Rollenverteilung zwischen Staat und gesellschaftlichen Gruppen."[173] Danach hatten Regierung und Parlament die mittel- und längerfristigen Voraussetzungen für ein angemessenes qualitatives wirtschaftliches Wachstum mitsamt hohem Beschäftigungsstand zu schaffen, die Bundesbank für die Stabilität des Geldwertes zu sorgen, die Tarifparteien aber über die Grundlinien der Verteilung des Sozialproduktes zu entscheiden.[174]
Aktuell hieß diese Arbeitsteilung für die FDP: Steigerung der privaten Erträge und Investitionen einschließlich einer vermögenspolitischen "Korrektur" zugunsten der Arbeitnehmer[175], ein "entschiedenes Festhalten an einer stabilitätsorientierten Wachstumspolitik"[176] und schließlich vorsichtige strukturpolitische Hilfen zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit, die jedoch nicht die Aufgabe haben sollten, "die Schäden zu beseitigen, die andere dadurch angerichtet haben, daß sie dank ihrer Marktmacht nicht marktkonform Preise und Löhne durchgesetzt haben."[177] Hier sprach noch einmal der verbitterte Mittelstand, dessen Glaube an die eigene ökonomische und gesellschaftliche Bedeutung von den spätkapitalistischen Konzentrationstendenzen erbarmungslos unterhöhlt und in das unrealistische Verlangen nach der 'Wiederherstellung der Wettbewerbsordnung' verwandelt worden war.

Mit diesem letzten Satz hatte der künftige Wirtschaftsminister auf die kürzeste Formel gebracht, was nicht nur zwischen 1973 und 1976 das wirtschaftspolitische Credo der FDP zur 'Bewältigung', d.h. Duldung der Reinigungskrise gewesen war, sondern das den Tenor ihrer konjunkturpolitischen Stellungnahmen vom Beginn des Untersuchungszeitraumes an ausgemacht hatte: Aufgabe des Staates sei es, die ordnungs- und stabilitätspolitischen Bedingungen der Produktion bereitzustellen, nicht aber, die Folgen interverbandlicher Kontroversen abzumildern. Die Tarifparteien sollten erhalten, was ihnen zustand: die volle Härte der Marktgesetze. In dieser Rigorosität unterschieden sich die Freien Demokraten nicht nur von ihrem Koalitionspartner, den sie oft genug zur Zurückhaltung zwangen, wo dieser gerne gehandelt hätte, sondern auch von den Konservativen, in deren eigenen Reihen es zuviele gab, die die ganze Wucht des Kräftemessens am Markt nicht verkraften konnten oder wollten und die ihrer Partei die Legitimation entzogen hätten, sofern diese es befürwortet hätte, sie diesem 'Kräftespiel' schonungslos auszusetzen. Der Argumentation der Unionsparteien gilt daher nun der letzte Abschnitt.

5.3.3 CDU/CSU

Die CDU/CSU begann die neue Legislaturperiode mit einem Generalangriff auf die sozialdemokratische Partei, der die seit 1970 immer wieder geäußerten Vorwürfe ordnungspolitischer Unzuverlässigkeit und wirtschaftspolitischer Inkompetenz der Regierungsführung deutlicher konturieren sollte. Es "ist wohl kein Zufall", daß Bundeskanzler Brandt sich in seiner Regierungserklärung nicht mehr zum marktwirtschaftlichen System bekannt habe[178], da er anders die erstarkenden linken Strömungen in seiner Partei nicht länger integrieren könne[179]. Diese predigten den Klassenkampf und die Verteufelung jeglicher Leistung[180]; unter der Herrschaft der Sozialdemokratie sei es ganz generell zu einer Vergiftung der gesellschaftlichen Atmosphäre und zu einem "künstlichen Reizzustand" dadurch gekommen, "daß unerfüll-

bare Hoffnungen erweckt und unstillbare Forderungen in die Welt gesetzt worden sind."[181] Besonders die kleinen und mittleren Unternehmer würden zunehmend verunsichert und verhetzt; vor allem aber lasse die Regierung die Gewerkschaften im Stich, die ohne Unterstützung durch die staatliche Autorität "überfordert (werden, C.S.), wenn ihnen allein die Aufgabe überlassen wird, die Erwartungen der Arbeitnehmer in richtige Bahnen zu lenken und innerhalb der Grenzen der volkswirtschaftlichen Möglichkeiten zu halten."[182]
Vor allem dieser letzte Vorwurf wurde zum Angelpunkt der oppositionellen Stellungnahmen im Januar 1973: Das gewerkschaftliche Dilemma, aufgrund der Inflation Lohnzuwächse für ihre Basis durchsetzen zu müssen, die einerseits die Unternehmer zu noch höheren Preissteigerungen veranlaßten und die andererseits die Stabilitätspolitik der sozialdemokratisch geführten Regierung erschweren mußten, wurde als Versagen der SPD vor der Aufgabe gedeutet, durch Autorität, Führungskraft, Orientierungsdaten und eine konsequente Antiinflationspolitik die Tarifkonflikte zu begrenzen.[183]

Deutlicher als bisher formulierte die Union ihr Staatsverständnis gegenüber den gesellschaftlichen Gruppen: Die Marktwirtschaft könne nur funktionieren, "wenn sich ihr über den Markt gesteuerter Produktionsprozeß in einem Rahmen von Daten entwickelt, die von einem starken Staat gesetzt und auch wirksam durchgesetzt werden. Ein starker Staat ist ein Staat, der mächtiger ist als die großen Gruppen, auch wenn sie einmal gemeinsam auftreten oder einen Querschnitt von Gruppeninteressen anbieten..."[184]
Vor diesem Hintergrund war ihr einkommenspolitisches Konzept nur konsequent, ebenso konsequent wie der Vorwurf an die SPD, sie werde den ihr gestellten Anforderungen nicht gerecht: "In der Einkommenspolitik sollte durch ein abgestimmtes und in sich widerspruchsfreies Verhalten der Gruppen und des Staates unter Führung einer um das gegenseitige Vertrauen aller Parteien bemühten Bundesregierung eine gleichmäßige und nur deshalb zumutbare Lastenverteilung der Inflationsbekämpfung versucht werden." Aber die Bundesregierung habe keinerlei "Kraft zur Führung"[185]; mit nahezu denselben Worten hatte die SPD im Jahre 1966 den christdemokratischen Kanzler Erhard attackiert, der jegliche einkommenspolitische Datensetzung kategorisch abgelehnt hatte. Genüßlich kehrte die Union nun endlich den Vorwurf unsozialen Verhaltens gegen die Sozialdemokratie selbst: Nicht nur überlasse die Partei die mit ihr befreundeten und auf ihre Unterstützung angewiesenen Gewerkschaften ihrem Schicksal, sondern sie schädige darüber hinaus besonders die sozial und organisatorisch schwachen Gruppen der Gesellschaft, die am bittersten unter der beschleunigten Geldentwertung zu leiden hätten.[186] Im Grunde beschuldigte die Union die SPD, jene sozio-politische Einigkeit nicht wiederhergestellt zu haben[187], deren Auflösung seit 1969 das sozialdemokratische Konzept von Wirtschafts- und Reformpolitik gerade am härtesten geschädigt hatte. Sie verlangte von der Regierung, einkommens- und haushaltspolitisch alles zu tun, was den inflationären Trend brechen könne[188], leugnete zugleich aber implizit, daß soziale Spannungen unabhängig von der Politik der SPD diesen Trend erst erzeugt hätten, indem sie - wie ausführlich zitiert - unterstellte, der Staat könne den großen Verbänden durchaus seinen Willen aufzwingen, wenn nur die die Regierung tragende Partei dies ernsthaft wolle. Es wird erkennbar, daß die Union nach der erneut verlorenen Wahl jetzt verstärkt auf eine offensive ideenparteiliche Strategie setzte (bzw. daß der entsprechend orientierte Flügel innerparteilich dominierte); die angebliche 'Systemfeindlichkeit' der SPD wurde geschickt und aggressiv mit der harmonistischen Vorstellung verknüpft, es sei die SPD selbst, und nur sie, die den grundsätzlich möglichen friedlichen Interessenausgleich zwischen den Verbänden verhindere, indem sie das Gift der 'Anspruchsinflation' über das Land gestreut habe. Damit erübrigte sich der - legitimatorisch problematische - direkte Angriff auf die 'alleingelassenen' und 'überforderten' Gewerkschaften; Versagen, Verantwortung, böse Absichten und Schuld waren auf der politischen Bühne, bei einer Partei lokalisiert.

Als die Regierung dann zu rigorosen stabilitätspolitischen Maßnahmen griff, wieder-

holte die Union im März 1973 nicht nur alle diese Vorwürfe erneut[189], sondern sie unterstellte darüber hinaus der Koalition gänzlich andere als stabilitätspolitische Motive: "Das ist natürlich kein Stabilitätsprogramm, sondern ein ganz raffiniert in der Maske eines Stabilitätsprogramms herantrabendes Steuererhöhungsgesetz, und zwar ein ganz massives, das allein für den Bund Einnahmen besorgen soll."[190] Jetzt lag der Schwerpunkt der konservativen Argumentation deutlich auf der Forderung nach einer Reduktion (bundes-)staatlicher Ansprüche an das Sozialprodukt, wobei dieses Verlangen zum Teil stabilitätspolitisch motiviert wurde, mit der Wendung gegen den Bund aber auch als zur Sicherung der Investitionsfähigkeit von Ländern und Gemeinden unerläßlich dargestellt wurde.[191]

Der CDU/CSU kam es offenbar auf zweierlei an: den staatlichen Anteil am Kampf um das gesellschaftlich erwirtschaftete Mehrprodukt zu begrenzen - wobei dieses Bestreben seine tarifpolitische Ergänzung in der erneuten Propagierung unbedingt erforderlicher vermögenspolitischer Maßnahmen fand[192] -, und innerhalb der einzelnen staatlich-förderalen Ebenen das finanzielle Potential des Bundes zugunsten der Länder und Gemeinden zu schwächen, in denen die Union zum Teil die Exekutive stellte. Diese Strategie gewann außer durch die starke Stellung der Opposition im Bundesrat erhebliche Durchschlagskraft auch dadurch, daß die Konservativen ihre Stabilitätsforderung mit dem Verdacht verknüpften, jeder, der ihr - und ihren Konsequenzen, so wie sie die Union verstand - nicht zustimme, stehe heimlich im Bunde mit den Feinden der Gesellschaft. Die Partei war bemüht, der Öffentlichkeit klarzumachen, "daß eine Bundesregierung, die die Inflation nicht stoppt, ob sie es will oder nicht, mit den 'Systemüberwindern' kollaboriert."[193]
Die Außenwirtschaftspolitik kommentierte die Union in dieser Zeit nur wenig: Außer dem Vorwurf, die Regierung trage selbst nicht unwesentlich Schuld an der Zerrüttung der internationalen Währungsbeziehungen und müsse daher das ganze ökonomische Potential der Bundesrepublik in die Waagschale werfen, um endlich eine dauerhafte Lösung zu finden und weltweit die Prioritäten zugunsten der Stabilitätspolitik zu verschieben[194], war vor allem die weitsichtige Frage von Strauß an den Bundeskanzler bezüglich der Mineralölsteuererhöhung bemerkenswert: "Und glauben Sie denn, daß ... die sogenannten OPEC-Länder auf die Dauer auf Preisforderungen verzichten werden, wenn sie sehen, wie das ergiebige Mineralöl für höhere Einnahmen der jeweils belieferten Staaten verwendet wird?"[195]

Als die OPEC-Staaten dann diese Befürchtung wahr werden ließen[196], bot die Union ihre Mitarbeit bei der Bewältigung der Folgen dieser Entwicklung an, um gleich anschließend darauf zu verweisen, daß Kooperation das Recht und die Pflicht zur Kritik einschließe.[197] Und zu kritisieren fand sie genug: Vor allem sei es gefährlich, wenn jetzt von seiten der Jungsozialisten zur Bekämpfung der Ölpreissteigerungen Verstaatlichungsvorstellungen propagiert würden, da dies nur zum Abfließen der Fördermengen in andere Länder führen könne: "Es ist schrecklich, wenn man sagen muß: Lieber teures Öl als kein Öl. Aber kein Öl ist noch schlimmer."[198] Im übrigen dürfe die Regierung keinesfalls ihre erfolgreiche Inflationsbekämpfung mitsamt ihrer sich abzeichnenden negativen beschäftigungspolitischen Konsequenzen "unter den großen Teppich 'Energiekrise'" kehren.[199]
Wie die Liberalen, so lehnte auch die Union jeden gezielt branchenspezifischen Staatseingriff ab, sofern er nicht ganz generell der konjunkturellen Unterstützung galt, wie sie jetzt für den von Lohn- und Rohstoffkostensteigerungen hart getroffen Export gefordert wurde.[200]
In der Grundtendenz hatte man kaum etwas gegen die getroffenen oder geplanten konjunkturbelebenden und energiepolitischen Maßnahmen der Koalition einzuwenden[201], die auf tiefergehende Eingriffe in die Investitions- und Preissetzungsautonomie der Unternehmen speziell in der Mineralölindustrie verzichteten; diese grundsätzliche Übereinstimmung mit der Regierung in der 'Stunde der nationalen Bedrohung' sollte jedoch rasch wieder härteren Attacken weichen.

Im April 1974 wurde die CDU/CSU zunächst deutlicher, was die Zielrichtung ihrer

Forderung nach Zurücknahme staatlicher Ansprüche an das Sozialprodukt betraf. Angesichts des gewerkschaftlichen Dilemmas zwischen Befriedigung der Bedürfnisse ihrer Basis und Unterstützung der Stabilitätspolitik der Regierung seien massenwirksame Steuersenkungen "der einzige Ausbruch, der noch möglich ist, (um, C.S.) eine Entlastung an der Lohnfront (zu, C.S.) schaffen..."[202] Dabei erwies sich besonders Strauß, der in diesen Jahren innerhalb der Union immer mehr an Bedeutung gewann, als profunder Kenner innergewerkschaftlicher Lohnfindungs- und Legitimationsprobleme: "Ein Gewerkschaftsführer kann nicht weniger verlangen als den Ausgleich für die Inflationsrate und den Ausgleich für die steuerlichen Sonderbelastungen, die bei nominaler Erhöhung der Lohn- und Gehaltseinkommen entstehen. Und wenn man die eine Komponente mit mindestens 9 bis 10% und die andere mit 2,5 bis 3,5% ansetzt, dann sind wir mit den jetzigen Lohnabschlüssen genau bei, vielleicht sogar noch etwas unter dem, was von einem Gewerkschaftsführer, der nicht das Vertrauen der Basis verlieren und sich die Arbeiter von radikalen Agitatoren und Chaoten verhetzen lassen will, hingenommen werden kann."[203] Der CSU-Vorsitzende hatte sich mittlerweile eindeutig für die Strategie der Polarisierung von Regierung und Verbänden entschieden und verlor demzufolge kein Wort mehr über seine früheren Vorstellungen, auch der Staat müsse einen finanziellen Handlungsspielraum im infrastrukturellen Wirtschaftsinteresse besitzen und auch ausbauen dürfen. Die entscheidenden Fragen waren nach Auffassung der Opposition vielmehr: "Ist die Bundesregierung angesichts ihrer zentralen Verantwortung für Stabilität und Wirtschaft nunmehr bereit, den von ihr ständig erweiterten Erwartungshorizont vieler Menschen und großer Verbände auf rasche weitere Expansion der Staatsleistungen in fast allen Gebieten deutlich einzuschränken oder nicht?"[204] Würde sie ein Ende mit der Verunsicherung der Wirtschaft, besonders des unter enormem wirtschaftlichem Druck stehenden selbständigen Mittelstandes machen?[205] Und würde sie sich endlich so, wie es ihrer gesetzlichen Verpflichtung entsprach, kraftvoll und konsequent gegenüber den gesellschaftlichen Gruppen verhalten, deren Zusammenspiel vom Stabilitätsgesetz einst harmonisch und auf den sozialen Ausgleich angelegt konzipiert worden war, längst aber bedrohlich konflikthafte Formen angenommen hatte?[206]

Offenbar war man sich innerhalb der Union selbst nicht ganz einig, wie hinsichtlich der Verbände und ihrer Stellung gegenüber dem Staat zu verfahren sei. Während Strauß offensiv die Verschärfung der Konflikte zwischen Verbändelager und Regierung befürwortete und persönlich vorantrieb, schienen Parteiführer wie Stoltenberg mehr die Macht der Interessengruppen, besonders wohl der Gewerkschaften, zu fürchten. Stoltenberg, selbst lange Zeit als Aspirant auf den Parteivorsitz gehandelt, entwarf ein klassisches Volksparteienkonzept des Interessenausgleichs und seiner Bedrohung durch allzu starke gesellschaftliche Gruppen: Die einkommenspolitische Philosophie des Stabilitätsgesetzes sei "von den Grundsätzen der sozialen Partnerschaft, der Eingrenzung sozialer Konflikte, nicht etwa ihrer Unterdrükkung ... und deshalb (von, C.S.) der Entwicklung von Regeln für das Austragen von Konflikten und die Entscheidungsfindug bestimmt. Nicht ein rücksichtsloser Verteilungskampf, sondern die ständige Abwägung der legitimen konkurrierenden Einzelinteressen mit den übergreifenden gemeinsamen Zielen sind das Merkmal dieser aufgeklärten Marktwirtschaft." Aber diese Konflikteingrenzung gelinge heute nicht mehr ohne weiteres, und zusammen mit der "ständige(n) institutionelle(n) Stärkung gesellschaftlicher Gruppen auf Kosten des Staates, aber teilweise auch auf Kosten des einzelnen" stelle diese Entwicklung eine "außerordentliche Gefahr für das Funktionieren einer freiheitlichen Wirtschafts- und Staatsordnung" dar, gegen die nur "eine institutionelle Stärkung des Staates, seine Entschlossenheit, im Verteilungs- und Gruppenkampf entschiedener für das allgemeine Wohl einzutreten", helfen könne.[206]

Stoltenberg erwies sich als Anhänger staatskorporatistischer Modelle, von denen oben vor allem im Zusammenhang mit Plänen von CDU/CSU und FDP hinsichtlich eines Verbändegesetzes die Rede war[207], wenn er formulierte: "In den nächsten Jahren wird deshalb die Frage nach der Sozialpflichtigkeit der Verbände dieselbe Bedeutung haben, wie die nach der sozialen Bindung des Eigentums."[208] Und obgleich auch er keineswegs die Regierung, speziell die SPD, von jeder Schuld an diesen bedrohlichen Entwicklungen freisprechen wollte[209], so wies seine Argumentation doch erkennbar

in eine andere Richtung als die demonstrative Unterstützung gewerkschaftlicher Positionen durch Strauß, der ganz eindeutig die Sozialdemokratie zu bekämpfen suchte.[210]

Hinsichtlich des autonomen parteien-staatlichen Handlungsspielraums zielte die Opposition auf dessen radikale Beschneidung ab: Ausgabenkürzungen, besonders im Personalbereich, und Steuersenkungen - das war es, was sie in dieser Situation von der Regierung verlangte.[211] Infolge der Inflation hätten die Versprechen steigender staatlicher Leistungen ohnehin nicht erfüllt werden können[212], so daß die Feststellung nur konsequent sei, "daß bei der aus den Fugen geratenen Stabilität im Gesamtbereich der Reformen kürzer getreten werden muß."[213] Letzten Endes aber helfe angesichts des verlangsamten Wachstums, das ebenso als Folge hauptsächlich der verfehlten Regierungspolitik galt wie der Verlust der Geldwertstabilität[214], nichts anderes als "daß man die berechtigten Ertragsinteressen der deutschen Wirtschaft, die auch diejenigen der Arbeitnehmer sind, anerkennt. Anders wird man das Rad nicht wieder zum Laufen bringen."[215]
In dieser Schlußfolgerung stimmten CDU/CSU und FDP sicherlich überein, und beide dürften damit den Auffassungen der Unternehmerverbände in diesem Punkt recht nahegestanden haben. Aber dennoch sollen hier die Unterschiede zwischen der konservativen Volkspartei und den Liberalen nicht verwischt werden. Es findet sich in den Stellungnahmen der Opposition zu diesem Zeitpunkt eben keine Forderung nach einer rigiden Geldmengenpolitik, und wenngleich das Thema Arbeitslosigkeit zu dieser Zeit noch weit hinter den steuer-, haushalts- und (gegen)reformpolitischen Überlegungen der Union zurücktrat, so warnte sie dennoch bereits jetzt vor regionalen Beschäftigungseinbrüchen[216]. Dies beinhaltete zwar keineswegs die Forderung nach einem konjunkturpolitischen Kurswechsel, aber festzuhalten bleibt dennoch, daß die CDU/CSU im ganzen der Regierung weit mehr wirtschaftspolitische Verantwortung einräumte und dafür zurückhaltender gegenüber den gesellschaftlichen Verbänden argumentierte als die FDP. Sie wußte - und sprach es offen aus -, daß die Gewerkschaften kaum anders handeln konnten, als sie es taten, und im Gegensatz zu den Freien Demokraten setzten die Konservativen mehr auf den Abbau staatlicher Verteilungspositionen als auf die direkte geldmengenpolitische Disziplinierung der sozialen Kontrahenten im Verteilungskampf. Wenn überhaupt staatlicher Einfluß auf die Tarifpolitik genommen werden sollte, dann - abgesehen von den Orientierungsdaten - nur durch ihre steuerpolitische Entlastung.

Im Dezember 1974 legte die Union das Schwergewicht ihrer Aussagen auf die Feststellung, nur eine generelle Verbesserung des "negative(n) Investitionsklima(s)"[217] könne die Arbeitslosigkeit beseitigen, die "die Folge einer fehlerhaften Konjunkturpolitik, einer falschen Prognosenstellung und einer Einlullung der Bevölkerung, aber auch des eigenen Sachverstandes" sei.[218] Die Staatsfinanzen seien zerrüttet, die Steuer- und Gesellschaftspolitik sei fast zum Ruin der - ohnehin völlig zu Unrecht verteufelten - Wirtschaft geworden[219], und daher könnten nur "Dauermaßnahmen" anstelle kurzatmiger Belebungsversuche helfen, "die eine tatsächliche Verbesserung des Investitionsklimas herbeiführen." "Viel wichtiger als Investitionsspritzen ist die Verbesserung der Ertragslage der Unternehmen und ihrer Liquidität aus sich heraus."[220] Und das hieß wieder Steuersenkungen.[221]

Während der CSU-Vorsitzende Strauß diese Forderungen, die auf eine drastische Beschneidung materieller Handlungsmöglichkeiten des Staates ausgerechnet in der ökonomischen Krise hinausliefen, vortrug, befasste sich in einem quasi arbeitsteiligen Zusammenhang Blüm als Vertreter der CDU-Sozialausschüsse mit dem Problem der wachsenden Arbeitslosigkeit, die "nicht nur ein materieller Mangel" sei, sondern auch "von vielen als eine soziale Deklassierung empfunden" werde.[222] Blüm trat für "ein differenziertes Arbeitsbeschaffungsprogramm" ein sowie für die "Ankurbelung der Investitionen dort, wo sie ohne Hilfen nicht zustanden kämen"[223], kritisierte aber zugleich die einseitige Wirkung derartiger Maßnahmen auf die Verteilungsrelationen, die die Bundesregierung in Ermangelung eines ausgereiften vermögenspoliti-

schen Konzepts nicht abbauen könne.[224] Dadurch und durch ihren jetzt allzu weitgehenden Reformverzicht habe die Koalition bereits die nächsten sozio-ökonomischen Störungen gleichsam schon vorprogrammiert: "... dann steckt im nächsten Aufschwung schon der Keim zum nächsten Abschwung, und das Ankurbeln ist nur die Vorbereitung für die nächste Krise oder Krisenkette."[225]

Es wird an dieser Stelle offenkundig, wie jetzt, bei sich verschärfender Wirtschaftskrise, auch innerhalb der CDU/CSU sich die Gegensätze zwischen den verschiedenen Flügeln deutlicher konturierten: Der staatliche Leistungsverzicht wurde ebenso gefordert wie sein Gegenteil. Auf dieses Problem wird gleich noch genauer einzugehen sein, denn dahinter verbarg sich mehr als nur die zunächst zu vermutende Strategie, die SPD von jeder sich bietenden Position aus anzugreifen und dabei den jeweils glaubwürdigsten Vertreter der betreffenden innerparteilichen Strömung zu Wort kommen zu lassen.

Im Februar 1975 wiederholte die Opposition im wesentlichen ihre Forderung nach einer grundsätzlichen Verbesserung des Investitionsklimas, zu der die steuerliche Entlastung der Unternehmen, die Steigerung ihrer Erträge und gezielte Hilfen für Aufbau und Konsolidierung mittelständischer Betriebe[226] ebenso gehöre wie die Gewähr, "daß die langfristigen ordnungs- und gesellschaftspolitischen Ziele der Regierung wieder klarwerden."[227] Eben weil das strukturelle Kernproblem der gegenwärtigen Situation, die seit längerem stagnierende Investitionstätigkeit, von der "jahrelange(n) gewinnfeindliche(n) Politik" der Koalition und einer mindestens zur Hälfte binnenwirtschaftlich verursachten "Kostenexplosion"[228] erzeugt worden sei, müßten die Investitionen auf breiter Front gefördert werden. Dies schließe aber auch die Wiederherstellung des "Vertrauens" der Investoren ein: "Ökonomische, finanzielle und psychologische Daten spielen eine Rolle."[229] Mit anderen Worten: Steuersenkungen waren nach Auffassung der Union ebenso dringend vonnöten wie die Überprüfung des staatlichen Leistungskatalogs[230]; dazu sollte jedoch der Verzicht auf alle Überlegungen treten, die geeignet waren, Furcht und Verwirrung in den Reihen der Unternehmer zu säen.[231]

Mit diesen Vorstellungen, die weit stärker im Vordergrund der konservativen Stellungnahmen standen als die Aussagen der CDU/CSU zur Arbeitslosigkeit[232] und Tarifpolitik[233], kehrte die Opposition im Grunde zu ihrer Ausgangsposition von 1969/70 zurück. Damals schon hatte sie dem ersten Kabinett Brandt/Scheel vorgeworfen, es überfordere mit seinen Reformplänen den ordnungspolitischen Rahmen und die finanzielle Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft bei weitem. Und noch in einem zweiten Fall griff sie frühere Überlegungen wieder auf: nämlich in der Frage einer deutschen Exportoffensive, nun, da das Ausmaß der Krise in vollem Umfang spürbar wurde.

Es war der Union klar, daß das Außenwirtschaftsgeschäft im gegenwärtigen Ausmaß kaum längerfristig eine stabile Stütze der Konjunktur würde sein können.[234] Die Partei stellte mit Entsetzen fest, daß die internationalen Wirtschafts- und Währungsbeziehungen infolge weltweit sich zuspitzender Verteilungskämpfe zerrüttet worden seien; Tatsache sei "eine erschreckende allseitige Abnahme der Bereitschaft zum verantwortlichen Handeln für die Weltwirtschaftsordnung ... Staat für Staat hat sich in den 60er Jahren aus binnenwirtschaftlichen Gründen der außenwirtschaftlichen Disziplin entzogen und die Weltwirtschaftsordnung sich selbst überlassen", habe die Inflation geduldet, "um über (seine, C.S.) Verhältnisse leben zu können..."[235]
Angesichts der besonderen "weltwirtschaftlichen Verantwortung" der Europäischen Gemeinschaft sei es geradezu die "Pflicht der deutschen Außenwirtschaftspolitik, mit einem hohen Maße an Konzeptionskraft und zähem Durchsetzungsvermögen eine sichtbarere Rolle zu spielen als bisher". Es sei jetzt von entscheidender Bedeutung, daß - da "Leidenschaften, Haß und Mißgunst" immer stärker in den internationalen Wirtschaftsbeziehungen dominierten - auch eine "geschlossene deutsche Gegen-

position" zustandekomme, die erkenne, daß man erst am Anfang "weltweite(r) Verteilungskämpfe" stehe und daher nicht ein "sich nur auf Reaktionen beschränkende(r) Vertragspartner" sein dürfe.[236]

Diese Auffassung wurde so ausführlich zitiert, weil sich an ihr zeigen läßt, wie die Union weltwirtschaftliche Machtpolitik zu betreiben beabsichtigte, ohne doch in anderen Begriffen als 'Pflicht' und 'Verantwortung' zu sprechen. Gemeint war im Grunde die forcierte europäische Integration[237], die nach Lage der Kräfteverhältnisse zugleich die Stärkung der westdeutschen ökonomischen Position europaweit und global mit sich bringen mußte. Aber in ihren Stellungnahmen präsentierte sich die Union als Verteidigerin der weltwirtschaftlichen Ordnung, die durch Maßlosigkeit und Verlust an Verantwortungsbewußtsein seitens anderer Nationen bedroht werde. Von Interessen war kaum die Rede[238], von Vernunft und Disziplin, die man gegen die wachsende Flutwelle weltweiter Irrationalität in Wirtschaftsangelegenheiten[239] stärken müsse, dafür umso mehr.

Gleichzeitig wird an dieser Stelle überaus deutlich, wie bruchlos die Union Exportinteressen der deutschen Industrie aufgriff. Hatten diese auch in der Argumentation der Liberalen stets eine Rolle gespielt, aber wenig im Vordergrund gestanden gegenüber den Mittelstandsinteressen, die erkennbar die gesamte Grundstruktur der wirtschaftspolitischen Stellungnahmen der FDP prägten, so verhielt es sich bei der CDU/CSU gerade umgekehrt. Zwar forderte sie ebenfalls unverdrossen immer wieder die besondere Förderung des Mittelstandes, aber dies blieb eigentümlich isoliert und lapidar, ohne jede Einbettung in die anderen dominierenden Argumentationsgebäude der Partei.[240]

Im September 1975 stand das Haushaltsstrukturgesetz zur Debatte, das von der Opposition als Schritt in die falsche Richtung hart, aber nicht in sich widerspruchsfrei kritisiert wurde. Zwar seien Ansätze zur Kürzung staatlicher Ausgaben prinzipiell richtig, wenn auch unzureichend[241], aber letzten Endes gehe es der Regierung offenbar viel mehr um eine Verbesserung der Einnahmeseite der Haushalte[242] als um deren Konsolidierung und Umstrukturierung[243]. Grundsätzlicher - auch und vor allem ideologischer - Kurswechsel[244], eine weitere Ausgabenreduktion, besonders im sogenannten konsumtiven Bereich, keinesfalls aber bei den öffentlichen Investitionen[245], steuerliche Entlastung der Unternehmen[246] - die Positionen der Union zu diesem Themenbereichen waren die alten geblieben.
Aber es tauchten Anzeichen dafür auf, daß nicht mehr alle innerparteilichen Strömungen diesen Kurs vorbehaltlos mittrugen. Die Spannweite der Gegensätze wird deutlich, wenn der CSU-Abgeordnete Dollinger feststellte, "daß nach wie vor alles versucht werden muß, um die Inflationsrate zu senken"[247], während einer der prominentesten Führer des christdemokratischen Arbeitnehmerflügels, Hans Katzer, den Schwerpunkt seines Beitrages auf die dringend erforderliche Bekämpfung der Arbeitslosigkeit legte.[248]
Aber wichtiger vielleicht noch als solche Nuancen in den Formulierungen mag die Tatsache sein, daß die Union es überhaupt weitgehend vermied, zu Arbeitsmarkt- und Verteilungsfragen Stellung beziehen. Selektivität hieß seit Ausbruch der Krise für die CDU/CSU Schweigen zu diesem Problem, das man nicht mehr einheitlich beurteilte bzw. dessen allzu selektive Beurteilung Legitimationsschwierigkeiten gegenüber Teilen der eigenen Basis herbeiführen mußte. Die Formel von der Unfähigkeit der Regierung war bislang immer eine probate Methode zur Überbrückung innerparteilicher Gegensätze gewesen; verlor sie an Wirkung, so mußten die internen Integrationsschwierigkeiten der Union unweigerlich zunehmen, weil allzu deutlich die für die Lohnabhängigen immer problematischer werdenden tarifpolitischen Auseinandersetzungen nicht in die Kompetenzen der Bundesregierung fielen und auch der Abbau der Arbeitslosigkeit letztendlich in den Händen der (einstellenden) Unternehmen lag. Die Reaktion der Partei auf diesen Verlust eines Integrationsmechanismus bestand in der 'Selektivität durch Nicht-Thematisierung', was in der Krise - ebenso wie seinerzeit in der Rezession 1967/68 - nur zu Lasten lohnabhängiger Interessen gehen

konnte.

Die Parallele zu den sechziger Jahren läßt sich auch im Folgejahr fortführen: Im Frühjahr 1976 blieb es trotz einiger "Zeichen einer gewissen Belebung der Nachfrage"[249] bei den inzwischen hinlänglich geschilderten Globalattacken sowie haushalts- und steuerpolitischen Forderungen der CDU/CSU[250]; aber angesichts gesteigerter Aufschwungserwartungen war ein Schweigen zur Tarifpolitik nun nicht länger möglich. Während zur Arbeitslosigkeit nach wie vor kaum mehr geäußert wurde als der Vorwurf, sie sei letzten Endes von der Regierung verschuldet worden, indem die fatalen Konsequenzen der halbherzigen Stabilitäts- und der überzogenen Reformpolitik falsch eingeschätzt worden seien[251], wurden die Aussagen zum Verhältnis der Tarifparteien untereinander und gegenüber der Bundesregierung wieder häufiger.
Die Union verfolgte "mit Sorge..., daß jetzt zwischen den Sozialpartnern, nach ihren öffentlichen Bekundungen in Grundfragen der künftigen Wirtschaftspolitik die Auffassungsunterschiede zunehmen."[252] "Die stabilitätsgerechte Tarifpolitik" werde gerade in nächster Zeit an Bedeutung gewinnen, "wenn wir den Investitionsanteil erhöhen wollen"[253], und die "mehrjährige Kalkulierbarkeit aller Kosten" sei die "unabdingbare Voraussetzung für eine verläßliche Investitionsrechnung".[254] In Anbetracht dieser Ziele und Vorstellungen der Opposition zu den anstehenden Tarifrunden kann ihr Bemühen um eine Eingrenzung des tarifpolitischen Handlungsspielraumes nicht weiter verwundern.
Allerdings muß auch an dieser Stelle wieder aufgeschlüsselt werden, wer hier die Opposition nach außen vertrat, d.h., welche parteiinterne Strömung sich im beginnenden Aufschwung in den Vordergrund schob. Während sich der CDU-Vorsitzende Strauß nach seinen zahlreichen großen Auftritten und Grundsatzreden in den akuten Krisenjahren 1974/75 an der Debatte im Frühjahr 1976 überhaupt nicht beteiligte, standen nun die kritischen Stellungnahmen Stoltenbergs und Narjes' im Zentrum der oppositionellen Argumentation.

Man verfuhr zweigleisig: Auf der einen Seite kehrte der Vorwurf der Unterhöhlung der staatlichen Autorität wieder, wenn Narjes formulierte, eine "Epidemie der Verantwortungslosigkeit" habe seit fast zehn Jahren die meisten demokratischen Industriestaaten erfasst. "Überall haben die Verteilungskämpfe großer Gruppen miteinander und der Gruppen gegen den Staat ihren Bezug auf das Gemeinwohl und das gesamtwirtschaftliche Leistungsvermögen verloren. Hemmungsloser Gruppenegoismus hat zunächst Inflation geschaffen, dann die Staatsfinanzen zerrüttet und Arbeitslosigkeit und Wachstumsschwäche zwangsläufig nach sich gezogen. Zunehmend schwächere Regierungen haben zwar formale Verantwortung; aber selten noch die Macht, ihr entsprechen zu können. Die Inhaber der Macht weigern sich, Verantwortung und Pflichten zu übernehmen."[255] Erst mit diesem letzten Satz kehrte der Abgeordnete zur eigentlichen Strategie der Union wieder zurück, der Regierung die Hauptschuld für ein eventuelles 'Fehlverhalten' der Verbände zuzuschieben; seine im Kern korrekte Analyse des wirklichen Kräfteverhältnisses zwischen staatlichen und gesellschaftlichen Instanzen konterkarierte im Prinzip dieses Vorgehen.
Zugleich wird mit dieser 'Kehrtwendung in letzter Minute' deutlich, daß jedenfalls eine sehr wesentliche Strömung innerhalb der CDU/CSU bei aller vordergründigen Kritik an der SPD-geführten Regierung sich sehr ernsthaft mit den Möglichkeiten einer Eingrenzung des unmittelbar politischen Einflusses der Interessengruppen befasste[256] und damit implizit Überlegungen darüber anstellte, wie man den eigenen Handlungsspielraum - auch zu Lasten der Verbände - ausbauen konnte. Darin unterschied sich jedenfalls dieser Flügel der Union deutlich von der FDP, die sich hierüber keinerlei Gedanken machte, sieht man einmal von ihrer generellen Hoffnung ab, durch staatlichen Interventionsverzicht und rigide Rahmendatensetzung die (Arbeits-)Marktparteien disziplinieren zu können. Während diese von den Liberalen bevorzugte Methode jedoch per se zu einer Verringerung staatlicher Aktivitäten (und damit parteienstaatlicher Legitimationschancen) führen mußte, suchte die Union durchaus nach Mitteln und Wegen, die staatliche Handlungsautonomie zu sichern und gerade gegenüber den Verbänden auszubauen - allerdings mit deutlich konservativer

Akzentuierung des Staatsbildes.
Auf der anderen Seite propagierte man zur Eingrenzung der tarifpolitischen Auseinandersetzungen aufs neue den Versuch einer vermögenspolitischen Ergänzung der Tarifpolitik, der - zusammen mit einer steuerlichen Entlastung der Masseneinkommen - Verteilungskonflikte entschärfen und zugleich die Eigenkapitalbasis besonders mittelständischer Unternehmen verbessern könne.[257] Wieder wird das Bemühen erkennbar, die tarifpolitisch aktiven Verbände zumindest teilweise zu entfunktionalisieren, um ihnen damit Legitimationschancen, Basisbindung und damit letzten Endes wenigstens einen Teil ihrer Macht zu nehmen.

Fragen des Zusammenspiels oder Auseinanderstrebens von Gruppen und Staat standen schließlich auch im Mittelpunkt der konservativen Stellungnahmen zur Regierungserklärung Schmidts vom Dezember 1976. Neben der bewährten Arbeitsteilung zwischen einzelnen Reden zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit[258], der Notwendigkeit einer drastischen Reduktion der staatlichen Verschuldungsraten (und damit öffentlicher Leistungen)[259] und dem von der Regierung verursachten drohenden Ruin des Mittelstandes[260] dominierte die ordnungspolitisch konzipierte Rede Biedenkopfs, der sich mit dem von der Union geforderten Verhalten des Staates gegenüber den gesellschaftlichen Verbänden befasste.

Danach stehe die Bundesregierung offenbar dem Problem ratlos gegenüber, daß Verteilungskämpfe bei künftig engeren Wachstumsspielräumen auch und gerade zwischen organisierten und unorganisierten Teilen der Gesellschaft auftreten könnten.[261] Anstatt eine verantwortungsbewußte, und das mußte wohl heißen: kraftvolle, Haltung gegenüber den Verbänden einzunehmen, nehme sie die "gesellschaftlichen Gruppen in die Verantwortung". Dies sei nicht nur "ein entscheidender Schritt in Richtung auf Vergesellschaftung staatlichen Handelns"[262], die verfassungsrechtlich illegitim sei[263], sondern darüber hinaus der verurteilenswerte Versuch der Regierung, sich ein "Alibi für den Fall (zu schaffen, C.S.), daß sich die Regierung nicht gegen organisierte Besitzstände durchsetzen kann."[264]
Der Abgeordnete diagnostizierte völlig richtig die Steuerungs- und Legitimationskonflikte, die aus der Macht der gesellschaftlichen Gruppen unweigerlich für das politische Handeln erwuchsen, sobald die Umverteilungsspielräume infolge geringerer Wachstumsraten begrenzter wurden. Aber die Schlußfolgerung, die er dann zog, enthüllte noch einmal in aller Klarheit, welches Verständnis die Union selbst von den gesellschaftlichen Verteilungsproblemen und den Chancen ihrer Bewältigung hatte - nämlich ein staatliches, letztlich ein autoritäres: Wenn eine ordnungspolitische Orientierung der Regierung fehle, so Biedenkopf, so komme es dazu, "daß die Lösung von Verteilungsproblemen immer auf die gesellschaftlichen Gruppen übergeht und die Verteilungsfragen, die ja so dringlich sind, ... in erster Linie nicht mehr von den staatlichen Autoritäten, sondern von den gesellschaftlichen Gruppen entschieden werden. Daß die gesellschaftlichen Gruppen jetzt aber nach ihren eigenen Interessen handeln, liegt in der Natur der Sache."[265]

Es darf wohl als ausgesprochene Ironie der Geschichte angesehen werden, daß sich in den Jahren 1975/76 die Gewerkschaften mit der CDU/CSU in dem Bemühen trafen, dem Staat die Verantwortung für die Lösung der Verteilungsprobleme zuzuschieben. Eigentlich hätte schon diese Übereinstimmung den DBG stutzig werden lassen müssen und die Erkenntnis erleichtern helfen sollen, daß die Übergabe verteilungspolitischer Kompetenzen an das politische Entscheidungszentrum immer das Risiko implizierte, daß diese Kompetenzen gegen die Gewerkschaften genutzt werden konnten, da es nun einmal kein sozialdemokratisches Abonnement auf die Regierungsführung gab und geben konnte. Während sich denn auch die Gewerkschaften allmählich und keineswegs gradlinig in den Jahren nach dem Ende des hier gewählten Untersuchungszeitraumes von dieser Auffassung fortentwickelten, kann für die Strategie der Union von einer offenkundigen Absicht und einer darunter angesiedelten objektiven Funktion ihres Argumentationsgebäudes ausgegangen werden. Die Absicht der Opposition war es, der sozialliberalen Koalition ein Versagen gegenüber der gruppenspezifischen Herausfor-

derungen zu unterstellen; darunter aber lag die objektive Funktion, die allen parteipolitischen Stellungnahmen zur wirtschaftlichen Entwicklung gemeinsam war und ist, nämlich die Beschränkung dieser Fragen und ihrer Lösungsmöglichkeiten auf die Dimension öffentlichen, politischen Handelns.

5.4) Zusammenfassung: Die Haltung der Parteien zur Wirtschaftsentwicklung, zum Verbändesystem und zur Wirtschaftspolitik 1966 bis 1976

Begonnen hatte alles mit dem optimistischen Glauben der Sozialdemokratie, durch einen offenen, rationalen Dialog mit Gewerkschaften und Unternehmerverbänden die Interessen aller direkt und indirekt am Produktionsprozeß bzw. der Verteilung seiner Ergebnisse Beteiligten transparent zu machen, d.h. zugleich aber: den Prozeß der Befriedigung dieser Interessen kalkulierbar und vor allem steuerbar zu machen. Die Hoffnung der SPD bestand darin, mit dem 1967 verabschiedeten Stabilitätsgesetz[1] einen allseits akzeptierten wirtschaftspolitischen Zielkatalog geschaffen zu haben, dessen einzelne Bestandteile jedenfalls faktisch auch für die Tarifparteien genügend Verbindlichkeit beinhalten sollten, um ihr Handeln zu begrenzen. Diese Verbindlichkeit sollte aus dem allen - Unternehmern, Gewerkschaften und Parteien - gemeinsamen Interesse entstehen, mittel- und langfristig die eigenen Ziele am ehesten realisieren zu können, wenn ein sich stetig, störungsfrei und vor allem auf einem kontinuierlich steigenden quantitativen Niveau entwickelnder Wirtschaftsprozeß durch den Verzicht aller auf maximalistische und extrem konfliktorische Verhaltensweisen ermöglicht würde. Damit sollte das Bestreben der Unternehmer nach wachsenden Gewinnen ebenso erfüllt werden wie das gewerkschaftliche Verlangen eines steigenden Wohlstandsniveaus der Lohnabhängigen, aber eben auch das Bemühen der SPD selbst umgesetzt werden, über ständig zunehmende Staatseinkünfte die Chancen einer Selbstlegitimation durch materielle Umverteilungs- und strukturelle Reformleistungen als Regierungpartei zu erweitern.

Dies war in der Tat ein bestechendes Vorhaben, das auf drei Säulen errichtet werden sollte: einer vorrangig quantifizierenden Strategie der Interessenbefriedigung durch stetiges Wirtschaftswachstum, einem hohen Niveau der Interessengeneralisierung, indem Spitzenverbände und die die Bundesregierung tragenden Parteien auf eine globale Verstetigung des gesamtwirtschaftlichen Entwicklungsprozesses verpflichtet werden sollten und einer auf Interessenintegration und - quantitativ vermittelter - Interessenharmonisierung basierenden Politikkonzeption.
Die SPD als die treibende Kraft bei dem Versuch, Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftspolitik in den Dienst einer langfristigen generellen gesellschaftlichen Wohlstandssteigerung zu stellen, traf zunächst tatsächlich auf massenhafte Zustimmung, die ihr 1969 die Regierungsführung brachte und 1972 sogar den triumphalen Sieg über die Gegenoffensive der Konservativen ermöglichte. Der Eindruck, den sie bis 1973/74 vermitteln konnte, war der dynamischer, innovativer und dem Prinzip sozialer Gerechtigkeit verpflichteter Aktivitäten, und er sicherte ihr Rückhalt beim Wähler wie bei den Gewerkschaften.

Aber die drei Säulen ihres Konzepts wurden brüchig, mußten brüchig werden, weil sie auf Annahmen über das zugrundeliegende Gesellschaftssystem gegründet waren, die herzustellen und zu bekräftigen zwar Aufgabe des sozio-politischen Interessenverarbeitungsprozesses war und ist, die aber nichtsdestoweniger nicht zutreffen. Weder ist ein kontinuierlicher, störungsfreier, expansiver Akkumulationsprozeß des Kapitals möglich, aufgrund der ihm immanenten Gesetzmäßgkeiten der Profitorientierung, der Konkurrenz, der Konzentration und des tendenziellen Falls der Profitrate; noch vermag eine gesamtwirtschaftliche Orientierung das betriebs- und branchenbezogene Verhalten der Unternehmer und der Gewerkschaften wirklich nachhaltig zu beeinflussen, da im Betrieb und in der Branche die realen Entscheidungen über die Produktion und die Verteilung ihrer Ereignisse fielen und fallen; noch ist schließlich die dauerhafte Versöhnung von Interessen möglich, von denen die Realisierung des einen notwendig und unaufhebbar von der vorgängigen Befriedigung des anderen

existentiell abhängig blieb und bleibt. Dieser letzte Aspekt, die prinzipiell antagonistische Widersprüchlichkeit von lohnabhängigen und Kapitalinteressen machte sich zuerst bemerkbar: Es ging nämlich nicht nur darum, daß jeder jedes Jahr mehr hatte als im Vorjahr, sondern es ging auch darum, daß die einen mehr als die anderen und es dabei auch belassen, diesen Zustand sogar, wenn möglich, noch ausbauen wollten. Der 'Sündenfall' bestand darin, daß die Kapitalseite 1968/69 eben nicht auf maximalistische Strategien verzichtete, sondern es vielmehr zu einer derart massiven Verschiebung der Verteilungsrelationen zu ihren Gunsten kommen ließ, daß die Reaktion der Lohnabhängigen nur noch in einer härteren Konfliktorientierung bestehen konnte.

Die Folgen sind oben hinlänglich beschrieben worden: Zwischen die Mühlsteine eines ungebremsten Superbooms, immer hitziger werdender Verteilungskämpfe und rasanter Geldentwertungsprozesse geraten, zerbröckelten die Fundamente des sozialdemokratischen Politikgebäudes unaufhaltsam, bevor die außenwirtschaftlich eingeleitete und forcierte Krise ab 1973/74 noch seinen Grundstein: beachtliche jährliche quantitative Wachstumsraten, zerschlug. In den Jahren der Inflation und Stagflation zwischen 1970 und 1972/73 hatte die SPD noch gehofft, die Verbände auf den gemeinsamen Zielkatalog wieder einschwören zu können, der allen Beteiligten auf längere Sicht doch nur Vorteile bringen sollte. Aber es gab eben keine längerfristigen Gemeinsamkeiten mehr, denn die Unternehmer bekämpften bereits den Versuch der Gewerkschaften, die lohnabhängige Verteilungsposition zu verbessern ebenso wie das sozialdemokratische Bemühen um die Ausweitung der staatlichen Handlungsspielräume und -ressourcen; angesichts dessen verstärkten die Gewerkschaften ihren Druck auf die SPD eindeutig, zu ihren Gunsten in das wirtschafts- und gesellschaftspolitische Geschehen einzugreifen und intensivierten gleichzeitig, von ihrer eigenen Basis dazu getrieben, die Konflikthaftigkeit der Auseinandersetzungen mit dem Kapital. Beides jedoch machte die sozialdemokratischen Versuche zunichte, verteilungs- und reformpolitische Veränderungen herbeiführen zu können, gerade ohne die offene Auseinandersetzung mit einer Seite des Verbändelagers riskieren zu müssen. Die Strategie des 'Allen-Wohl-und-Keinem-Wehe' war gescheitert; in einem kurzen, harten Aufbäumen versuchte die Partei 1973 noch, dann wenigstens beide Verbände zu disziplinieren und fand sich in der Krise schließlich zurückgeworfen auf die schlechteste aller Welten: das Kapital in seinem Bestreben nach gesteigerten Gewinnen stützen und die gewerkschaftlichen Hilferufe (hinter denen auf die Dauer nur die Drohung des massenhaften Legitimationsentzuges auftauchen konnte) überhören zu müssen. Die Rigorosität, mit der die regierende Sozialdemokratie 1974/75 auf diesen Kurs umschwenkte, macht deutlich, daß das Ziel der eigenen Legitimationssicherung, als staatlicher Krisenmanager überhaupt wieder neues Wachstum ermöglicht haben, vor der Solidarität mit den Gewerkschaften rangierte, die aus der Tatsache hätte resultieren können, daß beide Organisationen sich prinzipiell auf das gleiche gesellschaftliche Interessenpotential stützten. Darin darf man wohl auch die Antwort der Partei darauf erkennen, daß die Gewerkschaften von 1969 bis 1973/74 ihrerseits keine Chance der Selbstlegitimation durch materielle Leistungen im Tarifkonflikt ausgelassen hatten, wenngleich die Organisationen durchaus Bemühungen in diese Richtung unternommen, dafür jedoch von ihrer Basis sehr bald die Quittung erhalten hatten.

Aber auch die SPD handelte sich innerorganisatorische Schwierigkeiten ein: mit denjenigen Strömungen innerhalb der Partei, besonders den Jungsozialisten, nämlich, die verstärktes Gewicht auf die Interesseninhalte legen wollte, die von der Partei in der Regierungspolitik aufgegriffen und verwirklicht werden sollten. Während die Selektivität der regierungsamtlichen Politik nämlich zunächst in der generalisierenden Integration ungleich durchsetzungsstarker Interessen bestand, ohne zu beachten, daß die gleiche Behandlung ungleicher Kontrahenten stets Ungleichheit reproduzieren mußte, und dann prompt in der Krise auf die vorrangige Berücksichtigung der durchsetzungsstärksten, weil mit dem effizientesten Droh- und Verweigerungspotential ausgestatteten Kapitalinteressen verwiesen war, begannen etwa ab 1970/71

starke innerparteiliche Kräfte, die programmatische Verpflichtung der SPD auf die vorrangige Berücksichtigung lohnabhängiger und gewerkschaftlicher Interessen einzuklagen. Die Schwierigkeiten, in die die Sozialdemokratie dadurch gegenüber dem selbst immer offensiver werdenden Unternehmerlager, vor allem aber gegenüber der zunehmend hitzigere Generalattacken reitenden CDU/CSU geraten mußte, wurden hinlänglich beschrieben. Die innerparteilichen Oppositionsgruppen konnten sich nicht durchsetzen, wie der Kurs der Wirtschaftspolitik in der Krise nur zu deutlich bewies; es kann aber als sicher angenommen werden, daß die bloße Tatsache ihres Vorhandenseins gesellschaftlichen Kräften außerhalb der Partei, auch bestimmten Strömungen innerhalb der Gewerkschaften, immer wieder Hoffnungen einflößte, doch noch besser als bisher die eigenen Interessen in die Willensbildung der Partei einbringen zu können. Insofern erfüllten sie ihre Funktion als Bindeglied und Kommunikationskanal für außerparteiliche Minderheitsinteressen voll und ganz.
Gleichzeitig waren es auch diese Kräfte, die sich als besonders sensibel für sich wandelnden gesellschaftlichen Problemdruck erwiesen. Denn es waren die innerparteilichen Oppositionsgruppen, die der SPD eine Diskussion darüber aufzwangen, inwieweit eine globale gesamtwirtschaftliche Wirtschaftssteuerung mit vornehmlich quantitativen Mitteln noch funktionsfähig war. Es ist evident, daß während des Untersuchungszeitraumes wenig bis gar nichts von diesen internen Entwicklungen Eingang in die öffentlich-parlamentarische Selbstdarstellung der SPD fand und sie unter dem Aspekt der Regierungspartei insofern hinter den Gewerkschaften zurücklag, die bereits konkreter über neue, differenziertere Eingriffsmöglichkeiten in regionale und sektorale Prozesse sowie betriebliche Entscheidungsspielräume des Kapitals diskutierten. Allerdings ist bei diesem Befund nun in der Tat eine Besonderheit des Quellenmaterials zu beachten: Während die analysierten Gewerkschaftspublikationen erklärtermaßen in erster Linie der Selbstverständigung nach innen dienten und von daher relativ offen gegenüber neuen oder abweichenden Positionen waren (sein mußten), zielten die parlamentarischen Reden der SPD-Abgeordneten und -Regierungsmitglieder vorrangig auf die Legitimation der Partei und ihres Handelns nach außen und waren demzufolge weit mehr auf interne Geschlossenheit und die Vermeidung von Legitimationsverlusten gegenüber anders orientierten Wählern angelegt. Eine Kontrollanalyse der SPD-Zeitschrift "Die Neue Gesellschaft" in den Jahrgängen von 1966 bis 1973[2], die aus Platzgründen nicht ausführlicher in die vorliegende Arbeit eingebracht werden konnte, ergab erstens eine von Jahr zu Jahr deutlich zunehmende Zahl von wirtschaftspolitischen Beiträgen überhaupt, und zweitens ein außerordentlich steigendes Gewicht wirtschaftsreformpolitischer Themen, das 1973 sein vorläufiges quantitatives und qualitatives Maximum erreichte und besonders auf Fragen der Investitionslenkung, des qualitativen Wachstums ('Lebensqualität'), aber auch auf die Kontroverse zwischen den wirtschaftspolitischen Methoden 'Planung' und 'Wettbewerb' zentriert war.[3]

Die SPD als parteiförmig strukturierte Organisation der Interessenverarbeitung diskutierte also ähnlich wie die Gewerkschaften, inwiefern sie in ihrem je eigenen Tätigkeitsfeld mehr als bisher auf qualitative, differenzierte und - interesseninhaltlich betrachtet - eher selektive als integrierende Verfahren zurückgreifen mußte. Aber die SPD als Führung des politischen Entscheidungszentrums, der Spitze und des letztendlichen Abschlusses des Interessenverarbeitungsprozesses, übernahm kaum etwas von diesen Überlegungen in ihre Praxis; sie blieb vielmehr noch dann bei der überwiegend globalen und quantitativen, d.h. mehr oder weniger ausschließlich mit der Variation der staatlichen Ausgaben und Einnahmen arbeitenden Wirtschaftssteuerung, als längst erkennbar geworden war, wie stark die strukturellen, sektoralen und regionalen Krisenursachen waren. Zwar wurden 1974 1,55 Milliarden DM auch zur Förderung bestimmter strukturschwacher Regionen freigegeben und 1975 ein Bauinvestitionsprogramm in Höhe von 5,75 Milliarden DM verabschiedet[4]. Aber vergleicht man dies mit den DGB-Forderungen an die Wirtschaftspolitik in diesen Jahren, die ein sehr viel stärkeres Gewicht auf die regionale und sektorale Beschäftigungspolitik sowie auf gezielte Eingriffe in die unternehmerische Investitionsautonomie gelegt hatten[5], so wird offenkundig, wie weit das faktische Regierungshandeln der

SPD hinter den Überlegungen in ihren eigenen Reihen, besonders aber innerhalb der 'befreundeten' Gewerkschaften zurückblieb.

Wie in der Einleitung zur vorliegenden Arbeit begründet, wurde in der Untersuchung wirtschaftspolitischer Stellungnahmen mehr Betonung auf die Darstellung der Situationsanalyse und der Methoden ihrer Bewältigung durch die parlamentarischen Teile der jeweiligen Parteien gelegt als auf die faktischen Ergebnisse des Politikfindungsprozesses, die sich als staatliches Handeln niederschlugen. Dennoch sollte deutlich geworden sein, daß die letztendlich betriebene Wirtschaftspolitik zwischen 1966 und 1976 im großen und ganzen innerhalb des Zielkatalogs des Stabilitätsgesetzes verblieben war. Dieser hatte die Aufgabe öffentlicher Interventionen in den Wirtschaftsprozeß dahingehend definiert, daß diese Eingriffe "im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsstand und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenem Wirtschaftswachstum beitragen" sollten.[6] Damit war die Wirtschaftspolitik insgesamt auf die Einhaltung der kapitalistischen Gesetzmäßigkeiten festgelegt, bei erster Priorität des Zieles der Geldwertstabilität, dessen Verfolgung - wie mehrfach diskutiert - stets zu Lasten der lohnabhängigen lohn- und (um)verteilungspolitischen Ziele gehen mußte. Es war aber dicht gefolgt vom Beschäftigungsziel, dessen aus massenlegitimatorischen Gründen unverzichtbare Beachtung anzeigt, daß Wirtschaftspolitik eben niemals die Berücksichtigung nur einer Seite des widersprüchlichen sozio-ökonomischen Interessenpotentials heißen durfte. Schließlich bringt der Verweis auf das 'stetige und angemessene Wachstum' die gemeinsame Überzeugung aller am wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Geschehen Beteiligten zum Ausdruck, daß nur ein expansiver Akkumulationsprozeß den verschiedenen gesellschaftlichen Interessen zur Durchsetzung verhelfen konnte; gleichzeitig spiegelt er aber auch die oben diskutierte Absicht aller wirtschaftspolitischen Akteure, auch der Verbände, wider, zu einer Dehnung und Glättung konjunktureller Ausschläge und zyklischer Verwerfungen beizutragen.

Betrachtet man nun noch einmal den realen wirtschaftspolitischen Ablauf, so ist es an der Zeit, den Blickwinkel über die SPD hinaus zu erweitern, die bislang als Initiatorin und treibende Kraft der neuen Wirtschaftspolitik und als lange Zeit die Regierung führende Partei im Zentrum der Analyse stand. Denn die Tatsache, daß erstens 1968/69 stetiges Wachstum verhindert wurde, da nicht konjunkturell gebremst werden konnte, und daß zweitens ab 1970 das Ziel der Preisstabilität bis zum Ende des Untersuchungszeitraumes im Vordergrund stand, nur 1975/76 ergänzt um den Wunsch nach allmählicher Wiederherstellung der Vollbeschäftigung, hatte beide Male sehr viel mit dem jeweiligen Regierungspartner der Sozialdemokraten zu tun.

Der Einfachheit halber sei hier zunächst die Rolle des zeitlich späteren Koalitionspartners, der FDP, analysiert, da sie am geschlossensten und eindeutigsten auftrat und am leichtesten bestimmbaren gesellschaftlichen Interessen zugeordnet werden kann, die sie auch ohne besondere innerparteiliche Umarbeitungsprozesses stets bruchlos und offensiv vertrat.
Vermutlich ist es sogar diesen, jedenfalls zumindest in wirtschaftspolitischer Hinsicht offenbar weitgehend fehlenden, innerparteilichen Widerständen selbst zuzuschreiben, daß die FDP sich so rückhaltlos in den Dienst bestimmter, vor allem mittelständischer, daneben aber auch großindustriell-exportorientierter Interessen stellen konnte und auch stellte. Denn so lästig parteiinterne Oppositionsgruppen aus der Sicht der Parteiführung auch sein mögen: Sie verhindern insbesondere in den Volksparteien die Selbstidentifikation mit zu eng begrenzten gesellschaftlichen Interessenpotentialen, die für eine Partei auf die Dauer existenzgefährdend werden kann, da sie auf diesem Felde der sehr viel effizienteren verbandsförmigen Konkurrenz kaum gewachsen sein dürfte.

Die Freien Demokraten machten vom Anfang bis zum Ende des Untersuchungszeitraumes nie einen Hehl daraus, wofür sie standen, und wogegen. Der stabile Geldwert war ihr

oberstes Ziel, ganz gleich, welche aktuelle konjunkturelle Situation jeweils gegeben war. Auch sie traten für Wachstum ein - keine Partei hätte sich eine entgegengesetzte Position gegenüber ihren Wählern leisten können -, aber an maximalen Wachstumsraten war ihnen weit weniger gelegen als vor allem den Sozialdemokraten. Den Hintergrund dieser Zurückhaltung bildete dabei die kompromißlose Verbändefeindlichkeit dieser Partei, die es durchgehend vorgezogen hätte, die Tarifparteien ohne jeden staatlichen Schutz den Unbilden der Konjunktur auszusetzen, um auf diesem Wege verteilungspolitische Mäßigung zu erzwingen. Diese Auffassung wird zusätzlich gestützt durch den eindeutig rein ideologischen Charakter des von der FDP verwendeten Arbeitsplatzsicherungs-Arguments, das gelegentlich sogar zur Begründung von Forderungen und Maßnahmen herangezogen wurde, die ganz offenkundig der Vernichtung von Arbeitsplätzen diente.

Es ist nicht schwer, die gesellschaftliche Gruppierung zu identifizieren, der mit solchen Positionen zugearbeitet wurde. Gerade die kleinen und mittleren Selbständigen, die Gewerbetreibenden, die Händler und die Angehörigen der freien Berufe mußten an niedrigen Löhnen und stabilem Geld interessiert sein, besaßen sie doch - verglichen mit den hochkonzentrierten Großunternehmen, aber auch mit den gewerkschaftlichen Massenorganisationen - wenig Einfluß auf die Tarifpolitik der Großverbände und auf die staatliche Entscheidungsfindung, hatten sie doch kaum Zugang zu den internationalen Geld- und Kreditmärkten, auf die die Konzerne sehr wohl zumindest eine Zeitlang ausweichen konnten, falls eine anhaltende restriktive Stabilitätspolitik die inländische Geldmenge als Inflationsbekämpfungsmaßnahme verknappte. Diese Gruppen waren auch am wenigsten an weit ausgreifenden infrastrukturellen Innovationen des Staates interessiert, da sie zumeist für einen mehr oder weniger begrenzten Markt produzierten bzw. Handel trieben, noch dazu eher selten auf einem besonders hohen technologischen Niveau, und da sie steigende Steuerlasten aufgrund des für sie unvermeidlichen Zwanges der kurzfristigen Profitmaximierung (anstelle der längerfristigen Profitoptimierung) schmerzhafter zu spüren bekamen als die Großunternehmen, die ohnehin weit höhere 'Überbaukosten' hatten und diese auch verkraften konnten.

Im Grunde darf man wohl auch in der FDP einen wichtigen Kanalisator erkennen, denn diese mittelständischen Gruppen verfügten über keine zweite Organisation, die ihre Interessen so bruchlos vertrat, mußte doch auch etwa die BDA aufgrund ihrer organisatorischen Breite und Heterogenität und wegen ihrer Einbindung in das Tarifsystem interne Kompromisse eingehen, die aus der Sicht des Mittelstandes schädlich, weil teuer waren. Ähnliches galt auf der Ebene der Parteien für die konservative CDU/CSU, die als Volkspartei unterschiedliche Interessenpotentiale intern integrieren mußte, um fortbestehen zu können.
Das Problem der FDP lag auf einer anderen Ebene und wird daher bei einer rein wirtschaftspolitischen Analyse nicht recht faßbar. Als Ergebnis eines Lernprozesses aus der Entwicklung der Weimarer Republik versuchte diese Partei nämlich, Links- und Rechtsliberalismus in sich zu vereinigen. Die Wirtschaftspolitik war und blieb dabei die Domäne der Rechtsliberalen von Fridrichs bis Lambsdorff, während Bildungs-, Innen- und Rechts-, sowie späterhin auch die Umweltpolitik zum Betätigungsfeld linksliberaler Kräfte wurde. Dies sollte jedoch spätestens in dem Augenblick verhängnisvoll für die Partei werden, als Teile des Mittelstandes, vom linken Flügel verschreckt, zu der inzwischen im Prozeß der 'Modernisierung' befindlichen CDU/CSU stießen, die auch aufgrund ihrer allmählichen Säkularisierung attraktiver für sie wurde, während die unverändert hart rechtsliberale Wirtschaftspolitik in der Krise die eher sozial- oder linksliberal eingestellten Wähler und Mitglieder abstieß. Die Abspaltung des linken FDP-Flügels nach der koalitionspolitischen Wende der Partei zur CDU/CSU im Spätherbst 1982, von dem ein Teil direkt zur SPD überging, ein anderer dagegen den Versuch des Aufbaus einer dezidiert sozialliberalen Partei unternahm, war insofern nur konsequent; fraglich dagegen dürfte sein, auf welches Wählerpotential die FDP-Führung für ihre Politik noch hoffte, bei einem Anteil der Selbständigen an der inländischen Wohnbevölkerung im Jahre 1978 von

knapp 4%.[7)]

Die Selektivität der wirtschaftspolitischen Stellungnahmen der FDP war somit eindeutig; ähnlich stand es mit ihrer Haltung zu den beiden anderen, hier näher untersuchten Leitfragen: Die Kontroverse um globale oder differenzierte Staatseingriffe bestand für die Liberalen nicht, da sie - wenn überhaupt - nur mit äußerst generalisierten Wirkungen der Staatstätigkeit einverstanden waren (ausgenommen natürlich die gezielte Förderung des Mittelstandes), am liebsten aber möglichst überhaupt keine öffentlichen Interventionen in den Produktions- und (Arbeits-) Marktbereich zugelassen hätten. Mit dieser Einstellung eng verknüpft war ihr Votum für ausschließlich quantitative Maßnahmen, die - wenn es nach ihnen ging - ohnehin stets negativ zu definieren waren, nämlich als Steuersenkungen bzw. als Verzicht auf mögliche Steuererhöhungen.

Der Betrachter stellt kaum interne Differenzen in der wirtschaftspolitischen Kommentierung seitens der Liberalen fest; sofern sich überhaupt unterschiedliche Nuancierungen der einzelnen Beiträge finden lassen, so bestehen sie darin, daß die nicht durch Ministerpflichten gebundenen Abgeordneten für eine noch rigorosere Politik eintraten als die jeweiligen Wirtschaftsminister. Um diese interne Einigkeit mochte sie die Führung der CDU/CSU gelegentlich beneidet haben, die sich immer aufs neue vor die Aufgabe gestellt sah, die unterschiedlichen Strömungen innerhalb ihrer Partei zusammenzufassen, was ihr nicht immer vollauf gelang.
Die interne Aufsplitterung der Union zu Regierungszeiten in einen extrem konservativ-interventionsfeindlichen, einen großindustriell-, export- und technologiefreundlichen und einen sozialreformerischen Flügel Mitte der sechziger Jahre ist oben ausführlich geschildert worden. Die innerparteiliche Durchsetzung der zweiten, insbesondere vom CSU-Vorsitzenden Strauß geführten Richtung deutete sich zwar bis 1969 an, aber mit dem Wahlausgang dieses Jahres sah sich die CDU/CSU zunächst der Notwendigkeit enthoben, sich soweit intern zu einigen, daß sie handlungs-, d.h. regierungsfähig war.

In den Jahren der verkürzten Legislaturperiode bis 1972 begann die Union damit, das Argumentationsmuster der ordnungspolitischen Unberechenbarkeit und wirtschaftspolitischen Inkompetenz der SPD zu entwickeln, wobei noch nicht ganz klar wurde, welcher Kurs gegenüber der Sozialdemokratie, vor allem aber gegenüber den Verbänden gesteuert werden sollte. Erst nach dem ökonomischen Absturz 1973/74 fächerten sich die unterschiedlichen Strömungen deutlicher auf, die in der Tat ein bemerkenswertes Bild boten.

Als Opposition verzichtete sie auf die Vorlage detaillierter Programme, wie die Krise im einzelnen zu überwinden sei; dies macht es recht schwierig, jene gesellschaftlichen Interessen auf den ersten Blick zu identifizieren, die sie aufgriff und vertrat. Zweifellos stimmte sie in dem kontinuierlich vorgetragenen Verlangen nach einem Verzicht der Regierung auf Einnahmen und Veränderungspläne sowie nach der Zurücknahme staatlicher Leistungen mit gleichgerichteten Stellungnahmen der BDA überein. Und ebenso eindeutig übernahm sie die deutschen Exportinteressen in ihre Politik, allerdings spezifisch interpretiert als Bestandteil ihrer national orientierten Begründungsmuster, d.h., mit einer gezielten Wendung weg von rein ökonomischen Fragen in Richtung auf Topoi wie 'Volk', 'Nation', 'Staat', etc. Kann ihr somit eine überwiegend globale (außer in Exportförderungsfragen) und (negativ-)quantitative Orientierung zugesprochen werden, so liegt der Fall dennoch komplizierter, als daß es erlaubt wäre, sie deswegen in sich widerspruchsfrei als Interessenvertretung der deutschen Wirtschaft oder gar der (Groß-)Industrie zu charakterisieren.
Vielmehr lassen sich mit wachsender Dauer der Krise drei innerparteiliche Strömungen ausmachen, die unterschiedlich weit von Wirtschaftsinteressen wegführten. Am einfachsten fällt die Identifizierung des Blüm-Katzer-Flügels: Er betonte vor allem lohnabhängige und nicht-marktförmige Interessen der Gesellschaftsmitglieder und

stellte insoweit die Fortsetzung des Burgbacher-Flügels der sechziger Jahre dar, ohne jedoch innerparteilich über einen wirklich ausschlaggebenden Einfluß zu verfügen. In ihm verkörperten sich rudimentäre klasseninteressenparteiliche Elemente innerhalb der Volkspartei CDU/CSU, tradiert aus der christlichen Arbeiterbewegung, denen die knappen interessenparteilichen Statements zugunsten des Mittelstandes entsprachen.

Die von Stoltenberg und Narjes geführte Richtung vertrat demgegenüber eine konservativ-volksparteiliche Konzeption des für möglich gehaltenen sozialen Interessenausgleichs von oben, durch einen starken Staat, in dessen Beschreibung ideenparteiliche Elemente autoritärer Durchsetzungsfähigkeit, nationalen Prestiges und harmonistischer Formierungsvorstellungen einflossen. Insoweit mag man hierin eine Fortsetzung der Erhard/Pohle-Fraktion erkennen, aber entscheidend modifiziert um die seit dem Ende der sechziger Jahre unvermeidlich gewordene Erkenntnis, daß auch ein konservativ geführter Staat sich wirtschaftspolitisch wohl nicht mehr allein auf die Sicherung des Geldwerts werde beschränken können. Rigorose Anhänger dieser ganz restriktiven Staatseinschätzung durften sich mittlerweile von der FDP in diesen Fragen besser vertreten sehen.
Die größten Schwierigkeiten ergeben sich jedoch bei der Aufschlüsselung der von Strauß verfolgten politischen Linie. Der CSU-Vorsitzende verzichtete auf Aussagen zur Disziplinierung der Verbände; er befürwortete zwar die Verbesserung der Unternehmenserträge, aber hütete sich vor offener Kritik der Gewerkschaften und ihrer Lohnpolitik. Sein Ziel auf ökonomischer Ebene war ganz gewiß die Wiederherstellung besserer Verwertungsbedingungen des Kapitals, besonders in steuer- und sozialpolitischer Hinsicht (über die Lohnkosten schwieg er sich aus); aber der Eindruck drängt sich auf, daß es ihm weniger um die Realisierung konkreter Wirtschaftsinteressen ging, als ganz allein um die Rückkehr der konservativen Parteien an die Macht. Die 'Sonthofener Strategie', die Krise zu beschwören und, wenn möglich, durch die innenpolitische Polarisierung weiter zu verschärfen, wurde spätestens seit 1973/74 von ihm verfolgt. Er denunzierte und attakierte die Regierung, wo er nur konnte, ohne eine alternative Problemlösungsstrategie auch nur zu skizzieren. Es ging ihm, so lange die CDU/CSU in der Opposition war, nicht um inhaltliche Fragen, welche Interessen wie zu realisieren sein könnten; auch nicht, sich in den Augen der Wähler durch detaillierte Programme als kompetenter als die derzeitige Regierung zu erweisen. Es ging ihm allein um den Nachweis, daß diese Regierung als solche schädlich war, für Volk und Nation. Insofern trat er als Partei-, nicht als Wirtschaftspolitiker auf; seine Stellungnahmen aus den sechziger Jahren weisen ihn dabei durchaus als einen profunden Kenner der Materie aus, der besonders die technologisch fortgeschrittenen, durch forcierte Rationalisierung und staatliche Infrastrukturpolitik im internationalen Wettbewerb zu stärkenden großindustriellen Interessen aufgriff. Aber in den siebziger Jahren verfolgte er eine Strategie der globalen Obstruktionspolitik, die sich weder auf konkrete Interessenpotentiale noch auf bestimmte 'issues' oder Methoden der Problemlösung festlegen ließ. So lange er seine Partei (und sich selbst) nicht wieder in den Staatsapparat zurückgeführt hatte, betrieb er eine krass ideenparteiliche, speziell antikommunistisch bzw. antisozialistisch orientierte Politik; dies sagt aber überhaupt nichts darüber aus, welche gesellschaftlichen Interessen er an der Regierung zu realisieren suchen würde. Gerade dieser Wechsel der Argumentation zwischen der Regierungszeit von 1966 bis 1969 und in den Jahren der Opposition danach zeigt, daß Strauß höchst realistisch und ohne ideologische Bewußtseinstrübungen Bedingungen und Probleme parteiförmiger Politik durchschaute.

Er hegte weder ähnlich autoritär-harmonistische Vorstellungen gegenüber den Verbänden wie der Stoltenberg/Narjes-Flügel, noch lieferte er sich und sein organisatorisches Instrument der Politik bestimmten Interessenfraktionen widerstandslos aus wie im Falle der FDP. Mit der Stoltenberg/Narjes-Fraktion teilte er das globale Eintreten für 'die Wirtschaft', das ihn vom Arbeitnehmerflügel der CDU/CSU abgrenzte; mit derselben Fraktion teilte er auch das Bestreben, gesellschaftliche Interessen nicht

wie durch eine Rohrleitung ohne innere Filter unverändert in den politischen Prozeß einzubringen, sondern sie umzuformulieren in die Unterstützung einer autonomen politischen Konzeption. Von dieser Fraktion trennte ihn hingegen offenkundig das klare Bewußtsein, eine solche politische Autonomie nicht durch die Selbstverpflichtung an eine wie immer geartete Ideologie erlangen zu können, und sei es die hoffnungsvolle vom 'starken Staat', sondern im Gegenteil nur durch den bewußten, rationalen, nüchternen Umgang mit dem Instrument der Organisation der 'Partei' und ihren Handlungspartnern bzw. -gegnern im Parteien- und Verbändesystem. Fast möchte man ihn als den 'Stresemann des bundesdeutschen Konservativismus' bezeichnen, der souverän mit ideenparteilichen Strategien umzugehen verstand, ohne sich ihnen je auszuliefern, indem er sich von ihren Inhalten selbst überzeugen ließ, und der ohne jeden Zweifel für industrielle Interessen eintrat, ohne sich jedoch zu ihrem willfährigen Sprachrohr zu machen.
Eines sollte deutlich geworden sein: Die Union als ganze war - jedenfalls in der Opposition - nicht derartig fest an eine bestimmte gesellschaftliche Interessengruppierung rückgekoppelt, wie dies wohl generell für die SPD in ihrer Beziehung zum DGB vermutet werden darf. Während die Verbindung zu den Gewerkschaften derjenige Punkt war, an dem sich die Sozialdemokratie spätestens an der Regierung wundrieb, weil er Maßnahmen erzwang, die die vom Staat erwarteten Steuerleistungen erschwerten bzw. Maßnahmen erschwerte, die umgekehrt von den staatlichen Funktionen erzwungen wurden, war der wunde Punkt der Union ihre ideologische Anfälligkeit. Diese machte sich zwar in der Opposition kaum hinderlich bemerkbar, war das oberste Ziel doch ohnehin stets nur die möglichst obstruktive Kritik an der Regierung. Aber Konzeptionen des Verhältnisses von Staat und Verbänden, wie sie etwa von Stoltenberg und Narjes formuliert wurden, bargen - einmal in Regierungshandeln umgesetzt - gravierende Risiken. Die Realitätsferne der autoritär-harmonistischen Staatsvorstellung führender Konservativer[8] mochte sowohl zur Hilflosigkeit vor der wirklichen Macht der Verbände führen, als auch in den repressiven Versuch umschlagen, jene Staatsautorität zu erzwingen, die man für möglich und legitim hielt. Ob einer dieser beiden Extremfälle eintreten sollte oder ob es zu einem Lernprozeß kommen wird, der die Bindekraft der Idologie unvermeidlich lockern muß, wird die weitere Geschichte christdemokratischer Regierungsführung zeigen müssen; der empirische Beweis ist jedenfalls erbracht worden, daß die oben aufgestellte These zutrifft, wonach konservative, ideenparteilich geprägte Volksparteien nur allzu leicht die Chance des rationalen Umgangs mit den gesellschaftlichen Verbänden verspielen.

So hatte sich einiges verändert, zwischen 1966 und 1976, sowohl was die Landschaft des Parteiensystems selbst betraf, deren Konturen schärfer geworden waren, die aber auch deutliche Grenzen hatte, was vor allem die SPD in wachsendem Maße zu spüren bekommen hatte, als auch, was die Beziehungen zwischen Parteien und Verbänden anging, die aus der Sicht der Parteien immer komplizierter und immer weniger kontrollier- und steuerbar wurden. Es ist durchaus kein Zufall, daß diese Zusammenfassung weitaus länger und komplexer ausfällt als der entsprechende Abschnitt über BDA und DGB, denn die Parteien argumentierten alle in einem weit größeren - nationalstaatlichen, gesamtgesellschaftlich bezogenen, demokratieverpflichteten - Rahmen als die Verbände, die sich mit klaren, eindeutig abgrenzbaren ökonomischen Problemen und Konflikten auseinandersetzten. Welchen Eindruck hinterlassen nun elf Jahre parlamentarischer Debatten über die Wirtschaft in der Bundesrepublik, deren Entwicklung und die Möglichkeiten ihrer Beeinflussung? Die Beantwortung dieser Frage erzwingt zugleich eine relative Distanzierung von den einzelnen Parteien, die - wie ausführlich geschildert - höchst unterschiedliche Positionen vertraten, aber dennoch gemeinsam an einer ganz bestimmten Sichtweise und Interpretation arbeiteten.

Vier Schlagworte charakterisieren das Bild, das vor dem Zuhörer der Parlamentsdebatten entstehen mußte, sofern er nichts anderes als diese hörte und zur Kenntnis nahm:
- Integration

- Generalisierung
- Harmonisierung
- Politisierung.

Im Gegensatz zu den Verbänden gab es keine Beiträge nur zum Thema Inflation oder Arbeitslosigkeit oder Wirtschaftswachstum und so weiter. Stets wurden so viele Fragen und Probleme miteinander verknüpft wie nur möglich, was selbstverständlich beinhaltete, die mit ihnen verbundenen gesellschaftlichen Interessen in einen Zusammenhang zu bringen. Dabei war fast nie die Rede von Interessen, außer gelegentlich auf nationale Fragen bezogen; es ging um 'Probleme', 'Sachzusammenhänge', 'Verantwortlichkeiten', 'Sicherung der Zukunft', 'nationale Pflichten', 'Dienst' oder 'Verrat am Gemeinwohl' und 'soziale Gerechtigkeit' - aber nie ging es um konkret benennbare Gruppen von Interessenträgern, die zur Erfüllung ihrer Bedürfnisse und Forderungen keiner höheren Weihe bedurft hätten als eben der, daß sie Forderungen und Bedürfnisse hatten. Bis ein Interesse die Ebene der bundesstaatlichen Politik erreichen konnte, so darf geschlossen werden, hatte es nicht mehr wie ein Interesse auszusehen, sondern das Gewand einer 'nationalen Aufgabe', 'unabweisbaren Notwendigkeit' oder der 'gesamtgesellschaftlichen Gerechtigkeit' zu tragen. Mit anderen Worten: Es hatte generalisierbar zu sein und sich in einen Zusammenhang mit anderen, ähnlich bekleideten Interessen bringen zu lassen.

Auch die SPD, die noch am deutlichsten für eine ganz konkret bestimmbare gesellschaftliche Gruppe von Interessenträgern einstand, vertrat lohnabhängige Interessen nicht als solche, sondern weil es sozial gerecht war, sie zu berücksichtigen oder weil sie zurückhaltend vertreten worden waren und daher nun einen berechtigten Nachholanspruch anmelden durften oder weil ihre Befriedigung mit der konjunkturellen Steuerung in Einklang stand, diese vielleicht sogar beförderte. Gerade die absolut kommentarlose Übernahme der lohnpolitischen Produktivitätsregel durch die Sozialdemokraten belegt schlagend, daß lohnabhängige Interessen immer nur im Zusammenhang mit anderen Zielen (sprich: anderen Interessen) verfolgt wurden, denen sie sich anzupassen hatten. Und als sie nicht mehr harmonisierbar waren mit den Imperativen der globalen Konjunktursteuerung, da schwieg man sie tot, betrieb 'Selektivität durch Nicht-Thematisierung'.

Generell überwog ohnedies bei allen Parteien die demonstrativ vorgetragene Auffassung, alle gesellschaftlichen Interessen seien miteinander vereinbar. Das sozialdemokratische Konzept des 'Allen-Wohl-und-Keinem-Wehe' war eine geradezu klassisch zu nennende Harmonisierungsstrategie; die CDU/CSU hielt es überwiegend mehr mit der patriarchalisch-autoritären Harmonisierung von oben; allein die FDP ließ einige konfliktorische Töne hören. Aber da sie stets die Überzeugung vertrat, gesellschaftliche Harmonie sei durchaus möglich, wenn die Teilnehmer am Wirtschaftsleben nur Abstand von Maßlosigkeit und Irrationalität nehmen wollten, so unterstützte auch sie die parteipolitischen Harmonisierungskonzeptionen zumindest indirekt.

Die Liberalen wichen auch in der letzten Frage ein wenig von den beiden Volksparteien ab, bei der es um die Politisierung von Interessen geht. Sie beharrten nun einmal darauf, die gesellschaftlichen Gruppen, allen voran die Tarifparteien, nicht 'aus der Verantwortung zu entlassen', d.h., zu leugnen, welchen überragenden Einfluß auf das Wirtschaftsgeschehen sie real besaßen. Ansonsten beschuldigte die CDU/CSU die SPD, vor der Aufgabe der Orientierung der Verbände zu versagen, und die SPD übernahm stets aufs neue die politische Verantwortung für den Wirtschaftsprozeß, sei es als Initiatorin der Konzertierten Aktion, sei es als Krisenmanagerin. Allerdings war dies in der Tat ein Feld, auf dem die Turbulenzen der sechziger und siebziger Jahre verändernde Wirkungen zeitigten: Denn sowohl die SPD mit ihrem immer konsequenteren Schweigen zur Tarifpolitik als auch die CDU/CSU mit ihrer Disziplinierungskonzeption (und der darin implizierten Kritik an der Verbändemacht) als schließlich auch die FDP als Anhängerin der Geldmengenpolitik begannen offenkundig damit, sich zu überlegen, wie sie sich entweder von einer Verantwortung zurückziehen konnten, der sie real nicht gewachsen waren (auch niemals gewachsen

sein konnten, angesichts der Reichweite politischer Maßnahmen zur Lösung ökonomischer Probleme), oder wie sie sich eventuell doch noch bessere Mittel der Verbändekontrolle verschaffen konnten. Wenn man so will, stand die CDU/CSU noch am Beginn ihres Lernprozesses, wie man mit den Interessengruppen fertig werden konnte - und wie nicht -, den die SPD schmerzlich genug zwischen 1969 und 1976 zwangsweise hatte absolvieren müssen.

Diese beginnende Tendenz der politischen Instanzen, sich aus der Verantwortung für die sozio-ökonomische Interessenverarbeitung stückweise zu lösen, darf zwar nicht überinterpretiert werden, aber unverkennbar ist sie dennoch. Bringt man sie in einen Zusammenhang mit dem gewerkschaftlichen Lernprozeß, künftig mehr auf die eigene, autonom einsetzbare Kraft zu vertrauen als auf den Staat, so deutet sich eine mögliche künftige Entwicklung an, die zu einer verschärften Rivalität der beiden Organisationstypen 'Verband' und 'Partei' untereinander führen könnte, mit nicht unbedenklichen Konsequenzen für den Gesamtprozeß der selektiven Interessentransmission und -verarbeitung und seiner Legitimation, der als eigentliche Aufgabe beider organisatorischer Strukturen im Rahmen der Reproduktion des kapitalistisch-bürgerlichen Gesamtsystems beschrieben wurde. Es ist daher an der Zeit, in einem letzten Abschnitt die Ergebnisse der vorliegenden Arbeit auf einer mittleren Abstraktionsstufe zusammenzufassen, die weder den Bezug zur konkret-empirischen Entwicklung verliert, so, wie sie hier ausführlich analysiert wurde, noch den Blick auf die Klärung aktueller wirtschaftspolitischer Probleme der Bundesrepublik der frühen achtziger Jahre konzentriert.

Aber eines sollte zuvor noch festgehalten werden: Von einem Antagonismus gesellschaftlicher Gruppen, von unaufhebbaren sozio-ökonomischen Abhängigkeiten und Widersprüchen, von struktureller Dominanz bestimmter Interessen über andere, von der prinzipiellen Unvermeidbarkeit ökonomischer Störfälle, also letztlich von der existentiellen ökonomischen Auslieferung von Menschen, die arbeiten mußten, um leben zu können, an Menschen, die Arbeitsplätze und -mittel besaßen, um an ihnen zu verdienen - von alledem war die Rede nicht.

6.) Ausblick, Synthese und Schluß

Der Zustand der Ökonomie war nicht besonders ermutigend, am Ende des Untersuchungszeitraumes, und es sollte noch schlimmer kommen. Nachdem es in den Jahren bis 1979/80 so ausgesehen hatte, als ob der Entwicklungstrend sich wieder mehr in Richtung auf eine stabilere expansive Kapitalakkumulation bewegte[1], brach der nächste Krisenschub nach der Bundestagswahl 1980/81 über das Land herein[2], mit Arbeitslosenzahlen, die nun wirklich nicht mehr heruntergespielt werden konnten[3] und mit Zusammenbrüchen zahlreicher Unternehmen, darunter auch Wirtschaftsriesen wie etwa die AEG, die nach allen Regeln der politischen Ökonomie als unzerstörbar gegolten hatten, weil sie so groß geworden waren. Strukturkrisen wie die der Stahlindustrie gerieten immer mehr außer Kontrolle, bedrohten weitere zehntausende von Arbeitsplätzen und erzwangen immer massivere Stützungsaktionen eines immer stärker verschuldeten Staates.[4] Zwar konnte die Geldentwertung immerhin einigermaßen eingegrenzt werden[5]; aber der Preis für diesen partiellen Erfolg bestand in der dauerhaften Duldung einer echten Massenarbeitslosigkeit.

Die Reaktionen der einzelnen Instanzen des Interessenverarbeitungsprozesses auf diese sich immer weiter verschlechternde Sitution sahen naturgemäß äußerst verschieden aus. Die Unternehmer wurden immer kompomißloser, je länger die Krise anhielt, bis hin zur Vorab-Ausklammerung brisanter Konfliktgegenstände wie etwa der 35-Stunden-Woche in dem 'Tabu-Katalog' nicht-verhandlungsfähiger Themen durch die BDA. Die Gewerkschaften versuchten zunächst in der Tat in der Tarifrunde 1977/78 auszureizen, wie weit sie sich mit qualitativen Forderungen hinsichtlich der Arbeitszeitverkürzung und des Rationalisierungsschutzes gegenüber der Kapitalseite durchsetzen konnten.[6] Aber nachdem sie auf härtesten Widerstand gestoßen waren, wandten sie sich 1979/80 nach innen, gegen ihre eigenen Kritiker sowohl in den Betrieben als auch in den Reihen der Gewerkschaftsjugend, und suchten sie zum Schweigen zu bringen, notfalls auch durch ihren Ausschluß aus der Organisation.[7] Gegenüber der Regierung blieb es noch lange bei der Aufstellung von Programmen überwiegend appellativen Charakters[8]; es wurde bereits erwähnt, daß die ersten echten Protestdemonstrationen der DGB-Gewerkschaften gegen das Krisenmanagement und die Politik des Sozialstaatsabbaus im Herbst 1982 zu einem Zeitpunkt stattfanden, als sich die Sozialdemokratie seit zwei Wochen in der Opposition befand.

Was die Parteien betrifft, so beherrschte seit der Bundestagswahl 1980 immer mehr die Auseinandersetzung der geldmengenpolitisch-restriktiv argumentierenden FDP mit der wenigstens noch an einzelnen Elementen der keynesianischen Wirtschaftssteuerung festhaltenden SPD die politische Bühne. Über zwei Jahre schleppte sich der Streit hin, ob neues Wachstum durch mehr oder durch weniger Staatseingriffe zu erreichen sei, wobei es im Kern häufig genug nur um das Ausmaß der vorzunehmenden Kürzungen staatlicher Leistungen ging, kaum jedoch um einen grundsätzlichen Kurswechsel. Altvater/Hoffmann/Semmler charakterisieren die Wirtschaftspolitik in der Krise seit 1973/74 generell als eine Gratwanderung zwischen Monetarismus und jedenfalls noch partieller Nachfragebelebung[9], wobei die beiden strategischen Pole von den beiden Regierungsparteien verkörpert wurden und der Balanceakt zwischen ihnen das persönliche Erfolgsrezept des Kanzlers, Helmut Schmidt, zu sein schien.

Es soll hier nicht darüber spekuliert werden, welche artistische Geschicklichkeit die, christlich-liberale Regierung Kohl/Genscher nach ihrem Verbleiben im Amt nach den Bundestagswahlen im März 1983 wird aufbringen müssen, um den schwierigen Pfad zwischen dem Absturz in eine noch größere Arbeitslosigkeit und dem Riskieren eines Konflikts mit den Erwartungen der Kapitalseite zu finden. Dieser knappe Überblick diente vielmehr dem Zweck, deutlich zu machen, daß auch die über nunmehr fast zehn Jahre hin anhaltende Krise mit all ihren nicht mehr zu verleugnenden Begleiterscheinungen noch immer von den Verbänden und Parteien bewältigt wurde und wird, wenn der Maßstab der Bewältigung im Ausbleiben massenhaften Legitimationsentzuges

auf parteipolitischer oder verbandsförmiger Ebene besteht.

Die beiden Studien von Dombois[10)] und Esser/Fach/Väth[11)] befassen sich mit dem Phänomen, daß trotz unübersehbar steigender Arbeitslosenzahlen und anhaltender Dauer der Massenarbeitslosigkeit gerade keine bruchlose Umsetzung sozio-ökonomischen Problemdrucks in sozio-politisches Konfliktverhalten stattfindet. Dies verweist auf aktuell-empirischer Ebene noch einmal auf die Ausgangsfrage der vorliegenden Arbeit, weshalb es zu Auseinandersetzungen zwischen den gesellschaftlichen Klassen stets nur begrenzt kommt, worin der Beitrag der Verbände und Parteien zu dieser Domestizierung des kapitalistischen Grundkonflikts besteht. Denn es würde zur Erklärung der noch immer stabil zu nennenden innenpolitischen Verhältnisse in der Bundesrepublik nicht genügen, auf spezifisch deutsche historische Traditionen wirtschaftsfriedlicher Gewerkschaften oder staatsfixierter Erwartungshaltungen von Bevölkerung oder Organisationen zu verweisen. Es muß tieferliegende Gründe für die Elastizität eines gesellschaftlichen Systems geben, das nun wieder, wie schon mehrfach im letzten Jahrhundert, tiefe Krisen erzeugt, ohne doch bei den Menschen, die in die von ihm vorgegebenen Formen organisierten Zusammenlebens eingebunden sind, das Bewußtsein seiner Untauglichkeit hervorzurufen.

Am Ende des theoretischen Teils der vorliegenden Arbeit stand die Skizze einer sozio-politischen Organisationsstruktur der Interessenverarbeitung, die sich zwischen den Koordinaten 'Kooperation' und 'Rivalität' zwischen einerseits Interessen konfliktorisch abgrenzender, andererseits Interessen integrativ generalisierender Organisationen bewegte. Dabei galt der Terminus der Selektivität der Interessenverarbeitung als Schlüsselkategorie, mit der Zusammenhänge und Unterschiede beider Organisationstypen näher charakterisiert werden sollten. Die These lautete, daß die Verbände von Lohnarbeit und Kapital die Besitzer jeweils verschiedener Waren mehr oder weniger homogen erfassen und ihre Interessen im Konflikt untereinander und mit dem politischen Entscheidungszentrum zu realisieren suchen und daß die Parteien, ohne den Kernbereich der Reproduktion von Kapital und Lohnarbeit selbst zu steuern, die Einordnung dieser Interessenpotentiale in einen ganzheitlichen Prozeß gesellschaftlich-politischer Systemsicherung und -fortexistenz leisten.

Wie geschieht dies nun konkret? Es hat sich gezeigt, daß die Strategie der Kapitalverbände im Tarifsystem der sozio-ökonomischen Interessenverarbeitung in der Quantifizierung und Globalisierung der auftretenden Konflikte bestand, ergänzt durch die Hypostasierung bestehender Verteilungs- und Machtverhältnisse, von denen überwiegend nur erstere überhaupt thematisiert wurden, letztere dagegen nur in dem offensiven Vorwurf aufschienen, Gewerkschaften und SPD versuchten illegitimerweise, ein allseits als leistungsfähig anerkanntes ökonomisches System aus niedrigen Beweggründen des Neides und der Irrationalität zu zerstören. Quantifizierung bedeutete dabei das Ausklammern von Fragen betrieblicher, unternehmerischer Dispositionsfreiheit ebenso wie die Verhinderung von Versuchen der Gewerkschaften und des SPD-geführten Staates, strukturelle gesellschaftliche Kräfteverhältnisse zugunsten der Lohnabhängigen zu verschieben. Globalisierung hieß nichts anderes, als alle Lösungsversuche ökonomischer und verteilungspolitischer Probleme möglichst auf einem maximalen Abstraktionsniveaus zu halten, am besten auf gesamtwirtschaftlicher Ebene, damit die Kapitalseite selbst die Möglichkeit hatte, über die partielle Befriedigung bzw. die teilweise Beeinträchtigung aller in ihr vorhandenen konkurrierenden Interessen den Konflikt zwischen diesen zu vermeiden und gleichzeitig den Bewegungsspielraum der einzelnen Unternehmen in vollem Umfang zu erhalten.

Denn es sollte deutlich geworden sein, wie belastend für die Politik des hier untersuchten unternehmerischen Spitzenverbandes die Tatsache der fortbestehenden Konkurrenz zwischen seinen Mitgliedern in der Tat war. Die Beschleunigung der Inflation ab 1970, die aus der Sicht der einzelnen Unternehmen eine vernünftige Reaktion auf unerwartete Kostensteigerungen darstellte, bedeutete für die BDA eine immer härtere Zuspitzung der Auseinandersetzungen mit ihrem gewerkschaftlichen

Gegenspieler, der ihr und ihren tariffähigen Zweigen zumindest in den Jahren der Vollbeschäftigung so hart entgegentreten konnte, daß er Lohnsteigerungen durchzusetzen vermochte, die wiederum intern im Arbeitgeberlager nicht unerhebliche Legitimationskonflikte zwischen Organisation und (besonders mittelständischen) Basisteilen geschaffen haben müssen. Daß diese nur ganz fragmentarisch in den Verbandspublikationen faßbar werden, belegt die Geschicklichkeit, mit der hier offenbar innerverbandliche Integrations- und Aggregationsarbeit geleistet wurde; es darf aber doch wohl als zweifelsfrei festgehalten werden, daß es sie gab und daß sie nicht unwesentlich zur wachsenden Härte und Kompromißlosigkeit der Arbeitgeberverbände in der Krise ab 1973/74 beigetragen haben müssen.

So zeigt sich eine bemerkenswerte und unerwartete Parallele zwischen BDA und SPD; beide Organisationen hätten gerne durch globale statt differenziert-selektive Maßnahmen den Konflikt zwischen den von diesen Maßnahmen berührten Interessen vermieden, nur, daß die BDA darin sehr viel erfolgreicher war als die SPD. Für einen Arbeitgeberverband ist dies auch weit eher zu bewerkstelligen als etwa für einen unternehmerischen Wirtschaftsverband, der sich mit dem Problem inhaltlich, qualitativ verschiedener Mitgliederinteressen und ihrer Integration herumschlagen muß. Alle Arbeitgeber haben das grundsätzliche Interesse an niedrigen Löhnen und Sozialabgaben sowie an der Erhaltung ihrer autonomen Personalplanung und -politik einschließlich der Gestaltung von Arbeitszeit und -bedingungen gemeinsam. Ersteres ist ein quantitatives Interesse, und kann daher 'nur' zu Konflikten über die Höhe der Konzessionen an Gewerkschaften und Staat führen (obgleich diese, wie gezeigt, nicht unterschätzt werden dürfen). Letzteres ist in der Tat ein qualitatives, die Reichweite der unternehmerischen Dispositionsfreiheit tangierendes Interesse, auf dessen Thematisierung vor allem seitens der Gewerkschaften man stets mit dem Versuch reagierte, die Lösungsstrategien auf die betriebliche Ebene zu verlagern, auf der die strukturelle Dominanz der Unternehmensleitung gesichert war und ist, und wodurch gleichzeitig die integrativen Kapazitäten des Verbandes selbst gegenüber seinen untereinander konkurrierenden Mitgliedern vor Überlastung geschützt wurden.

Was das Bild des Wirtschaftsablaufs betraf, das die Arbeitgeber zu zeichnen bemüht waren, so war es das eines von Sachzwängen, logischen Abfolgen und vor allem völlig interessenneutralen Verhaltensweisen beherrschten Geschehens. Sämtliche Störfälle, die während des Untersuchungszeitraumes auftraten, waren nach Auffassung der BDA auf Irrtümer oder maßlose Ansprüche von Gewerkschaften und Staat zurückzuführen; mit anderen Worten: Der ökonomische Prozeß als solcher galt als stabil und zur Herstellung eines ruhigen Gleichgewichts fähig, wenn ihn nur 'die anderen', die stets weniger vernünftig und kompetent als die Unternehmer waren, nicht störten.

Insgesamt erweckt die BDA den Eindruck eines ungeheuer stabilen, kaum zu bewegenden, geschweige denn fundamental zu erschütternden Blocks, zwar gewiß in sich nicht so monolithisch, wie sie gerne gewesen wäre, aber doch nach außen zu einem außerordentlich einheitlichen Auftreten fähig. Sie verstand es, aus der Erfüllung der Profitoptimierungs- bzw. -maximierungsinteressen ihrer Mitglieder sachliche Voraussetzungen des Allgemeinwohls werden zu lassen; Interessen hatten stets nur Gewerkschaften und Staat, und alsdann diese in der Regel auf Veränderungen des Status quo zielten, in dem die Kapitalseite strukturell dominant verankert war, galten sie immer als illegitimer Angriff auf einen akzeptablen und akzeptierten Zustand.

An diesem Phänomen, daß die BDA während des gesamten Untersuchungszeitraumes an ihren Verfahren der Interessenaggregation, -generalisierung (in der Regel durch Quantifizierung) und -realisation sowie an ihren legitimatorischen Begründungsmustern so gut wie überhaupt nichts änderte, läßt sich im Umkehrschluß erkennen, daß sie von ihren Kontrahenten auch nicht dazu gezwungen wurde. Es ist eines der überraschendsten Ergebnisse der vorliegenden Arbeit, daß der theoretisch postulierte antagonistische Interessenkonflikt zwischen Lohnarbeit und Kapital, dessen verteilungspolitisch eingeschränkter Austrag als eine selektive Hauptleistung des

Tarifsystems beschrieben wurde, von den Gewerkschaften zwar verbal durchaus konfliktorisch betrieben wurde (sogar in zunehmender Härte), daß es aber innerhalb der lohnabhängigen Organisationen praktisch keine Überlegungen darüber gab, wo der Gegner machtpolitisch stand, welches seine wichtigsten Durchsetzungsmittel waren und über welche Konterstrategien die Gewerkschaften demgegenüber verfügten.

Es sollte deutlich geworden sein, daß die Auseinandersetzungen zwischen DGB und BDA in der Tat beschränkt waren und blieben auf quantitative, verteilungspolitische 'issues' sowie - dies in wachsendem Maße von den Gewerkschaften forciert - auf qualitative Fragen der Arbeitsplatzgestaltung, der Arbeitsbedingungen und der Arbeitszeit. Insofern wurde die oben aufgestellte These in vollem Umfang bestätigt, daß das Zusammenwirken der beiden gegnerischen Verbände zu einer Erscheinungsform des sozio-ökonomischen Grundwiderspruchs führte, in der offenbar beide Seiten mit ihrem grundsätzlichen Status - Kapitalist oder Lohnarbeiter - einverstanden waren. Ohne Zweifel kämpften die Gewerkschaften für verbesserte Lebens- und Arbeitsverhältnisse des von ihnen erfaßten Interessenpotentials; und ebenso zweifelsfrei ist, daß auch eine Zeitlang, in den frühen siebziger Jahren, die Verteilung des Wohlstandes und der Chancen zur Selbst- und Fremdbestimmung ins Kreuzfeuer gewerkschaftlicher Kritik gerieten. Aber dies geschah stets vor der - zumeist unausgesprochenen - Prämisse, daß es möglich sein werde, die Gleichberechtigung der Lohnabhängigen im gegebenen System herbeizuführen, ohne an dessen fundamentalen Strukturen zu rütteln. Die Gewerkschaften verlangten am Ende des Untersuchungszeitraumes wohl nach erweiterten Möglichkeiten der Einflußnahme auf unternehmerische Investitions- und Personalentscheidungen; aber es war überhaupt keine Rede davon, daß etwas grundsätzlich falsch daran sein könnte, daß einzelne private gewinngeleitete Produktionsentscheidungen trafen, mit deren (gebrauchswert-)inhaltlichen und konjunkturellen Folgen die Gemeinschaft aller Gesellschaftsmitglieder leben mußte. Man wünschte verstärkte Einwirkungsmöglichkeiten der eigenen Organisation und des Staates in diesen Bereichen; aber wieder drängt sich der Eindruck auf, der privatwirschaftliche Motor des ökonomischen Prozesses sollte gesteuert, in Dienst genommen, aber keinesfalls abgeschaltet werden. Die Vermutung wurde mithin bestätigt, daß die Gewerkschaften sich als Verbände innerhalb des bestehenden Systems verstanden, denen viel an der Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen ihrer Mitglieder lag, nichts dagegen daran, das System und damit auch die eigene verbandsförmige Existenz in Frage zu stellen.

Diesen Kurs zu halten, war nicht einfach für die Gewerkschaften, denn die ökonomischen Störfälle begannen sich bedrohlich zu häufen und der Widerstand der von ihnen organisierten Interessenträger brach sich mehrfach unkontrolliert Bahn. Während dies 1969 und 1973 ganz eindeutig verteilungspolitischen Mißständen in der Hochkonjunktur galt und insofern zwar für die Gewerkschaften legitimatorisch bedenklich war, aber von der Automatik des Tarifsystems ohne weiteres verkraftet werden konnte, zeigt die sehr harte Kritik der Basis an ihrer Organisation im Verlauf des gescheiterten Kampfes um den Einstieg in die 35-Stunden-Woche in der Tarifrunde 1978/79[12]), daß die Gewerkschaftsmitglieder nun auch in der Krise nicht länger bereit waren, sich allen von der Gegenseite diktierten vermeintlichen Bedingungen eines neuen Aufschwungs widerspruchslos zu beugen. Rationalisierungsintensifikation, Massenarbeitslosigkeit, Reallohnsenkung und die stets vorhandene Angst, der Tiefpunkt könne noch lange nicht erreicht sein, übten einen derartigen Druck aus, daß die Gewerkschaftsbasis zumindest eine gewisse Zeit lang, wie sonst nur in Prosperitätsphasen, auf eine konsequente Realisation ihrer Interessen drängten.

Denn die Gewerkschaften hatten immer wieder ihren eigenen Aktionsradius selbst verkürzt, sei es, indem sie erst dann von marktwirtschaftlich orientierten zu explizit interessenpolitisch begründeten Positionen übergingen (d.h., anfingen, ihr Droh- und Verweigerungspotential ins Spiel zu bringen), nachdem lohnabhängige Interessen bereits verletzt worden waren (1968/69, besonders im Verlauf der Inflationsentwicklung bis 1973/74); sei es, indem sie die Verarbeitung von 'issues', die

in ihren eigenen Kompetenzbereich fielen, an die Parteien delegierten bzw. vom Staat erwarteten. Die DGB-Gewerkschaften, in der Regel sogar branchenübergreifend-sektoral verankert, betrieben das Geschäft der Interessengeneralisierung nämlich so vehement, daß gelegentlich die Interessenrealisierung auf der Strecke blieb.

Damit ist gemeint, daß die deutschen Gewerkschaften, hier vertreten in ihrer organisatorischen Spitze, dem DGB, stets so sehr um die breitestmögliche Legitimation ihrer Forderungen als 'konjunkturell erforderlich' bzw. 'sozial gerechtfertigt' bemüht waren, daß sie immer wieder in Gefahr gerieten, nicht alles, was verteilungspolitisch möglich gewesen wäre, aus der tarifpolitischen Gegenseite herauszuholen. Zwar fand unbestreitbar ein Lernprozeß in ihren Reihen statt, der verstärkt auf qualitative Forderungen, differenzierte (statt ausschließlich globaler) Maßnahmen und autonome neben staatlichen Vorgehensweisen zielte. Aber diese Entwicklung stand erst ganz am Anfang, und die Tatsache, daß 1979/80 Gewerkschaftsausschlüsse und Disziplinierungsversuche seitens der Organisationsspitzen schlagartig zunahmen, macht zunächst wenig Hoffnung, wie es hier weitergehen könnte.

Beide Verbände generalisierten die von ihnen vertretenen Interessen sehr weitgehend und unter Verwendung von Legitimationsmustern, die auf die ganze Breite der gesellschaftlichen Gruppen, Schichten und Klassen zielten; aber während dies für die Arbeitgeber in ihrem ureigensten Interesse lag, beraubten sich die Gewerkschaften dadurch eines Kräftepotentials, das ihnen in der - allerdings dann auch unvermeidlich werdenden - direkten Auseinandersetzung mit dem Kapital hätte zur Verfügung stehen können, wenn sie sich unmittelbar auf die handfesten Interessen ihrer Basis bezogen und ihre eigenen gesamtwirtschaftlich oder demokratietheoretisch begründeten Legitimationsbemühungen etwas mehr in den Hintergrund gedrängt hätten. Stattdessen wichen sie vor dem Versuch zurück, auszureizen, wie weit man die andere Seite von der Stelle bewegen, den Verlauf der gesellschaftlichen Frontlinien weiter nach vorne verschieben konnte. Sie ersparten sich (selbstverständlich auch ihren Mitgliedern) härtere Konflikte und sicherten sich die gesamtgesellschaftliche Legitimation eines 'gesamtwirtschaftlich verantwortungsbewußten Ordnungsfaktors' - nur ihre Verankerung in ihrem ureigensten Basispotential, ihre Selbstrechtfertigung durch materielle Leistungen, gefährdeten sie, wie dies kooperative Gewerkschaften stets tun, und es bleibt abzuwarten, welche Folgen ihnen daraus bei einem weiteren Anhalten der Krise erwachsen werden.

Aber die Gewerkschaften waren nicht die einzigen, die es nicht auf die offene Auseinandersetzung mit der Kapitalseite ankommen ließen und dadurch ihren Aktionsradius schon im Vorfeld massiv verkürzten. Ein zweites zentrales Ergebnis der Arbeit besteht nämlich in dem Nachweis, daß die ab 1969 bis weit über den Untersuchungszeitraum hinaus die Regierung führende SPD zunächst versuchte, über maximale Wachstumsraten jeden Konflikt mit dem Verbändelager zu vermeiden, dann einen kurzfristigen Versuch unternahm, beide Großorganisationen stabilitätspolitisch disziplinieren zu wollen, um sich dann in der Krise den unternehmerischen Forderungen nach einem Handlungsverzicht weitgehend zu beugen.

Wie erwartet, war auch auf der Parteiebene das Bild des wirtschaftlichen Geschehens, an dem die Verbände beständig zeichneten, akzeptiert; es wurde hier noch weiter ausgestaltet. Weitgehende Interessenneutralität der Argumentation auf Unternehmerseite und generalisierendes Beharren auf gesamtgesellschaftlicher Gerechtigkeit bei den Gewerkschaften wurde nun ergänzt durch die Integration, Harmonisierung und Politisierung der sozio-ökonomischen Interessenpotentiale besonders durch den fast völligen Verzicht auf die Erwähnung zentraler Konflikte innerhalb der ökonomischen Struktur und durch das Umlenken konfliktorischer Auseinandersetzungen auf die politische Bühne. Hörte man den parlamentarischen Debatten über die Ökonomie und ihre Steuerung zu, so gewann man den Eindruck, daß es zwar Auseinandersetzungen zwischen den gesellschaftlichen Lagern und ihrer Vorhut, den Verbänden, gab. Aber diese waren als verteilungspolitische sowohl quasi naturgegeben als auch begrenzt

als auch deswegen akzeptabel. Es mochte in der SPD innerparteiliche Positionen geben, die darüber anders dachten, aber diese fanden höchstens als unwillkommene Störfaktoren Eingang in die parlamentarischen Auseinandersetzungen. In diesen ging es vielmehr höchst lebhaft um die Zuteilung politischer Verantwortlichkeiten, und da waren den Verdächtigungen, Irrtumszuweisungen, Unterstellungen partikularistischen Verhaltens und systemfeindlicher Absichten wahrlich keine Grenzen gesetzt.

Der Eindruck ist voll und ganz bestätigt, daß auf der Verbändeebene die auftretenden Konflikte klar abgegrenzt und sozusagen handfest waren, und daß auf der Parteienebene die Auseinandersetzungen gleichzeitig in die Breite gingen und an Basisbindung, fast möchte man formulieren: an Realitätsgehalt verloren. Natürlich ging es hier um ganz zentrale Fragen der Stabilitäts- und später der Konjunkturbelebungspolitik, worauf gleich noch einmal zurückzukommen sein wird. Aber die Verve, mit der sich die Parteien gegenseitig vorwarfen, verhängnisvolle Fehler in wirtschaftspolitischer Hinsicht zu begehen, stand doch wohl in umgekehrtem Verhältnis zur realen Reichweite ihrer ökonomischen Kompetenzen. Diejenigen, die sich hätten ernsthaft beschuldigen können, den Wirtschaftsprozeß zu beeinträchtigen - Kapital und Lohnarbeit und ihre Organisationen -, taten dies überwiegend nur einlinig als Vorwurf der BDA an den DGB, maßlos zu werden, höchstens noch konterkariert durch die gewerkschaftliche Kritik, die Unternehmer verhielten sich nicht marktwirtschaftlich oder nicht gerecht. Stattdessen kämpften diejenigen, die nur höchst sekundär am wirtschaftlichen Geschehen beteiligt waren, verbissen um Schuldzuweisungen - die Parteien.

Selbstverständlich soll hier nicht der Eindruck erweckt werden, es habe im Parlament nichts als Schattenboxen stattgefunden. In der Tat rang die SPD, wie ausführlich beschrieben, um die Durchsetzung eines Konzepts der Wirtschaftssteuerung, das sowohl ihren eigenen Handlungsspielraum hätte vergrößern als auch die verstärkte Realisierung lohnabhängiger bzw. gewerkschaftlicher Forderungen hätte ermöglichen können. Und ohne Frage bedeutete es viel für den Mittelstand, wenn die FDP eine restriktive Stabilitätspolitik und den Verzicht des sozialdemokratischen Regierungspartners auf seine geplante steuerpolitische Offensive erzwang. In diesen Fragen wird greifbar, welchen Einsatz jede einzelne Partei wagte, um ihr genuines Basispotential zu vertreten, seine Interessen durchzusetzen; hier sollte jedoch zunächst das grundsätzliche Verhältnis von verbandsförmigen und parteipolitischen Kontroversen über ökonomische Fragen zueinander klargestellt werden.

Und wie sah es nun mit der parteipolitischen Interessenrealisation konkret aus? In dieser Frage ist die Opposition, die CDU/CSU, am schnellsten abgehandelt. Da sie ab 1969 keinen Zugang zur Regierung mehr besaß, konnte sie keine Interessenbefriedigung aus dem Staatsapparat heraus mehr betreiben und gehorchte ihrer Aufgabe der politischen Schuldzuweisung, der Lokalisierung von Verantwortlichkeiten bei der Regierung. Aus ihrer Politik in den Jahren vor 1969 ging hervor, daß sie sowohl mittelständische als auch großindustriell-exportorientierte als auch lohnabhängige Interessen vertrat, letztere, sofern sie religiös überformt waren. Das eigentliche Problem der Union konnte erst deutlich zutage treten, wenn sie einmal die Regierung stellte; es lag, neben der objektiven Widersprüchlichkeit dieser von ihr erfaßten Palette von Interessen, wie beschrieben, in ihrem unrealistischen, von staatsautoritativen Vorstellungen durchsetzten Konzept, wie sie mit den Verbänden, besonders den Gewerkschaften, würde verfahren können. Damit lieferte sie zugleich einen Beleg für die oben aufgestellte These, daß konservative Volksparteien infolge ihres (partiellen) Rückgriffs auf ideenparteiliche Interessenintegrationsstrategien in Gefahr geraten können, reale erwartete und erforderliche Steuerungsleistungen als Regierung nicht erbringen zu können. Ein zweites Feld, auf dem diese Überlegung ebenfalls gelten dürfte, war das der Außenwirtschaft, das durchaus von den nationalistischen Ideologemen, denen die Union teilweise anhing, bedroht werden konnte.

Ähnlich einfach ist die Beurteilung der FDP, die in wirtschaftspolitischer Hinsicht

deutlich interessenparteiliche Züge zeigte, sich zum fast widerstandslosen ('filterlosen') Sprachrohr des Mittelstandes machte und voraussichtlich damit ihre eigene organisatorische Existenz als Partei zerstörte. Der FDP ermangelte es - im Gegensatz zur Union - nicht an Klarheit über die faktische Rolle der Verbände im Wirtschaftsprozeß; dafür fehlte es ihr an Generalisierungs- und Integrationsmechanismen, die ihr eine gewisse Autonomie gegenüber ihrem Basispotential gesichert hätte. Wo die Union, ideologisch gebunden, zu sehr abstrahierte und damit den Kontakt zur realen Interessen(gruppen)struktur teilweise zu verlieren drohte, abstrahierte die FDP zu wenig von dem Interesse, das sie vertrat, und lieferte sich ihm damit auf Gedeih und Verderb aus.

Am kompliziertesten war die Lage der SPD: Sie suchte den realistischen Umgang mit den Verbänden, war aber zugleich so eng an eine der beiden Seiten des Interessengruppenlagers gebunden, daß der Versuch der Distanzierung zwecks Autonomiesicherung als Partei zu massiven Legitimationskonflikten führen mußte. Sie bemühte sich um die integrierende Generalisierung verschiedener Interessenpotentiale unter dem Dach hoher Wachstumsraten (eher als durch ideologische Identitätsstiftung), und mußte erleben, wie die Verbände selbst dazu beitrugen, diese Voraussetzung ihrer Politik zu vernichten. Sie strebte die inhaltliche Verbesserung der lohnabhängigen Positionen in der Gesellschaft an und überantwortete ihren Handlungsspielraum in der Krise weitgehend den Unternehmern. Der Topos 'Rivalität zwischen Verband und Partei' läßt sich nirgendwo so plastisch illustieren wie im Verhältnis von SPD und DGB.

Die Sozialdemokraten teilten die gewerkschaftliche Konzentration auf lohnabhängige Interessenpositionen und suchten sie über den ökonomischen Bereich hinaus gesamtgesellschaftlich zu verbreitern und zu vertreten. Dies führte sie in ein wirtschaftssteuerndes und reformpolitisches Engagement, dessen Erfolg ihr in der Tat eine außerordentlich starke Basisbildung hätte sichern können. Und es soll hier auch nicht jene Auflösung innen-, sozial-, bildungs- und gesellschaftspolitischer Verkrustungen unterschlagen werden, die ihr real gelang. Aber dennoch scheiterte sie mit ihrem Versuch des 'großen Wurfes', und sie scheiterte nicht zuletzt in wirtschaftspolitischer Hinsicht an ihren eigenen Generalisierungsstrategien. Denn hier schließt sich der Kreis: Auch die SPD trat an, mehr Demokratie zu wagen, ohne auszusprechen, daß dies notwendig den Konflikt mit denjenigen nach sich ziehen mußte, denen an mehr Demokratie, an einer Umverteilung von Reichtum, Macht, Bildung und Prestige nicht gelegen war. Wie der DGB in engeren Sinne in wirtschaftlichen Fragen, so hoffte auch die SPD in ihrem breiteren Tätigkeitsfeld, sich Legitimation zu verschaffen, indem sie offene Konflikte vermied und stattdessen behauptete, es könne allen immer besser gehen, wenn nur alle gleichermaßen viel dazu beitragen wollten.

Daß dem nicht so war, wurde gezeigt, und die SPD reagierte darauf mit dem rasanten Kurswechsel, sich als Krisenmanagerin erneut Massenlegitimation zu verschaffen, nun aber ganz eindeutig zu Lasten der Gewerkschaften. Indem beide Organisationen darauf verzichteten, schrittweise (und gleichgerichtet!) auszuloten, wie weit sie bei einer offen betriebenen, unter explizitem Rückbezug auf die Interessen ihrer Basis vorgenommenen Auseinandersetzungen mit dem Kapital die Grenzen ihrer Handlungsspielräume nach vorne verschieben konnten, schlug ihr Vorgehen seit 1969 in die Konkurrenz um legitimationssicherende Ressourcen in Form materieller Leistungen im Tarifsystem bzw. aus dem Staatsapparat heraus um. Und wie immer, wenn zwei sich streiten, so freute sich auch hier der dritte, indem die Unternehmer so lange gegen Gewerkschaften und Partei kämpften, bis beide, zerstritten und gegeneinander ausgespielt, ihre Ziele nicht mehr verwirklichen konnten.

Welche Wirtschaftspolitik wurde nun letztlich betrieben, in den Jahren des Untersuchungszeitraumes? In der Tat: Verfahren und Ergebnis der Wirtschaftssteuerung waren selektiv. Der Zielkatalog des Stabilitätsgesetzes wurde oben kommentiert; es kann überhaupt kein Zweifel daran bestehen, daß alle Bundestagsparteien den Kurs der

Verbände fortsetzten, den ökonomischen Prozeß in seiner kapitalistischen Formbestimmtheit zu hypostasieren, sei es als leistungsfähige Marktwirtschaft als ein Wert sui generis, sei es als hinzunehmende und hinnehmbare Voraussetzung ehrgeiziger gesellschaftlicher Umgestaltungsvorstellungen. Es ging auch im Parlament nie um fundamentale Alternativen zu diesem Wirtschaftssystem; gestritten wurde nur darüber, ob es so, wie es war, perfekt war oder ob es noch verbessert werden mußte. In der Krise dann reduzierten auch die beiden regierenden Parteien den politischen Handlungsspielraum darauf, sachzwanghaft die Ertragssteigerung der Unternehmen als Voraussetzung von Neuinvestitionen, Wachstum und Abbau der Arbeitslosigkeit zu beschwören.

Die Betrachtung der realen Selektivität wirtschaftspolitischer Praxis steht dabei in engem Zusammenhang mit dem Versuch, präzisere Aussagen zur Frage nach Funktionen und Grenzen des Handelns des bürgerlichen Staates zu treffen. Allzu oft hat sich die politische Ökonomie nämlich darauf beschränkt, theoretisch abzuleiten, welche Steuerungsfunktionen dem Staat hinsichtlich des Kapitalverwertungsprozesses zukommen und in welche er nicht eingreifen darf, weil er ein bürgerlicher Staat oberhalb eines kapitalistischen Wirtschaftssystems ist. Dieses Verfahren gerät leicht in die Nähe der Tautologie, was sich vermeiden läßt, wenn man einerseits etwas mehr konkret-empirisch vorgeht und andererseits die Tatsache verstärkt berücksichtigt, daß dieser bürgerliche Staat in aller Regel von ganz bestimmten Organisationen - den Parteien - besetzt und geführt wird.

Betrachtet man noch einmal den hier untersuchten Ablauf des Wirtschaftsprozesses und seiner Beeinflussung durch die Wirtschaftspolitik, und läßt man den oben beschriebenen Zielkatalog des Stabilitätsgesetzes als Festschreibung der generalisierten und spezifisch selektiven Funktionserwartungen der beiden hauptsächlich am ökonomischen Geschehen beteiligten gesellschaftlichen Lager in einer bestimmten historischen Phase an den Staat gelten, so lassen sich drei Knotenpunkte angeben, an denen der Staat hätte anders handeln müssen, als es die ihn tragenden Parteien faktisch taten. 1968/69 hätte, um der Erwartung stetigen Wachstums zu entsprechen, die Konjunktur gebremst werden müssen. Dies unterblieb, weil keiner der Verbände auch nur auf ein Prozent Zuwachs verzichten wollte, und weil keine Partei den Konflikt mit den organisierten Gruppen bzw. den Gesellschaftsmitgliedern generell riskieren wollte, für weniger Reichtum als objektiv möglich verantwortlich zu sein, zumindest im Falle der SPD aber darüber hinaus wohl auch aus der Hoffnung heraus, das eigene Handeln und damit die eigene Legitimation durch maximales Wachstum erleichtern zu können. 1972/73 hätte eine konsequente Inflationsbekämpfung bedeutet, sowohl massiv in die autonome Preispolitik der Unternehmer einzugreifen als auch Umfang und Zuwachs der Masseneinkommen steuerpolitisch zu begrenzen (bzw. entsprechenden Druck auf die Gewerkschaften auszuüben). Dies unterblieb, weil die SPD weder den offenen Konflikt mit der Kapitalseite noch den dann unvermeidlichen Legitimationsentzug seitens der Lohnabhängigen und ihrer Organisationen riskieren wollte und außerdem jede wirklich rigide Stabilitätspolitik ihre eigenen Ausgaben- und Veränderungspläne restlos torpediert hätte.

Hatten bei diesen beiden Störfällen wenigstens noch die jeweils vorrangig gefährdeten Ziele des Stabilitätsgesetzes nicht in einem internen Widerspruch zueinander gestanden, so war dies zwischen 1974 und 1976 nicht mehr der Fall. Nun wurde das Bemühen um staatliche Wirtschaftssteuerung nämlich hin- und hergezerrt zwischen den Zielen der Wachstumsbelebung, der Anhebung des Beschäftigungsstandes und der Sicherung des Geldwertes, deren interne Unvereinbarkeit nur ein unverhohlener Ausdruck gesellschaftlicher Gegensätze war, wie oben für den Zielkonflikt zwischen Vollbeschäftigung und Geldwertstabilität ausführlich gezeigt wurde. Den Imperativen der Kapitalverwertung mußte entsprechen, durch Kostenentlastung und Nachfrageankurbelung für verbesserte Verwertungsbedingungen zu sorgen; dies hätte jedoch den Verzicht auf lohnabhängige und staatliche Einkünfte bedeutet sowie den selektiven Einsatz der noch verbleibenden staatlichen Ressourcen zugunsten der Investoren. Der

erstgenannte Verzicht lag gar nicht in der Reichweite staatlichen Handelns, der letztgenannte hätte gleichzeitig das Unterbleiben gezielter arbeitsmarktpolitischer Hilfen zugunsten der Lohnabhängigen und ihrer Gewerkschaften bedeutet. Insofern bei dem erreichten technologischen Niveau des Kapitalverwertungsprozesses heute Wachstum und steigender Beschäftigungsgrad eben nicht mehr unauflöslich miteinander gekoppelt sind[13], mußte das Dilemma des Staates noch undurchdringlicher werden, weil auf die Dauer auch das Argument an Glaubwürdigkeit verlieren mußte, wenn man nur intensiv genug die Investoren fördere, werde die Vollbeschäftigung schon nachkommen.

Wenn hier nun bereits auf der staatlichen Ebene absolut widersprüchliche Funktionserwartungen bestanden, die angesichts der faktischen Überlegenheit des Kapitals, d.h., seines Droh- und Verweigerungspotentials, langfristig nur selektive Maßnahmen zu seinen Gunsten erzwingen konnten, so wurde die Lage noch weiter dadurch kompliziert, daß die erforderlichen Staatsmaßnahmen von einer Partei getroffen und durchgeführt werden mußten, noch dazu von einer sozialdemokratischen Partei, die sich noch weniger als andere Legitimationsentzug seitens der Gewerkschaften leisten konnte. So zeichnet sich allmählich folgendes Bild ab: Bereits die Funktionserwartungen der ökonomischen Hauptinteressen an den Staat können in sich widersprüchlich sein, und wenn es zum Konflikt zwischen ihnen kommt - spätestens in der ökonomischen Krise, d.h. in der verallgemeinerten Verweigerung des Kapitals, sich expansiv zu reproduzieren -, dann setzten sich letzten Endes strukturell die Prioritäten der Unternehmer durch. So geschah es auch 1975/76: Der Staat kürzte seine von den Unternehmern kritisierten Leistungen an die Gesellschaftsmitglieder und verzichtete auf die gezielte Hilfestellung zugunsten der arbeitsmarktpolitisch massiv unter Druck geratenen Gewerkschaften. Darüber hinaus können die Funktionserwartungen von Kapital und Lohnarbeit an den Staat aber auch in Konflikt mit den Gesetzmäßigkeiten parteiförmiger Legitimation und Existenzsicherung geraten. Dies war zweifellos der Fall, als 1968/69 nicht gebremst und 1972/73 nicht rigoros stabilisiert wurde; dahinter verbarg sich nämlich der Wunsch, hier der SPD, den Konflikt mit beiden Verbänden zu vermeiden und die eigenen Handlungsmöglichkeiten an der Regierung zu erhalten, wenn möglich, sogar noch auszuweiten.

Jede Partei an der Regierung sieht sich in dem Dilemma, Funktionserwartungen an sie, die nunmehr Teil des Staatsapparates ist, zu vereinbaren mit Interessenerwartungen ihrer je eigenen Basis. Selbstverständlich stehen auch hinter den hier so bezeichneten 'Funktions'erwartungen an den Staat die Interessen von Lohnarbeit und Kapital an den Staat; aber dies ist von der direkten Bindung bestimmter Potentiale von Interessenträgern an bestimmte Parteien zu unterscheiden. Die Partei kann sich nur selbst legitimieren und an der Regierung halten, wenn sie den Erwartungen ihres spezifischen Wählerpotentials entspricht; sie muß aber in jedem Falle scheitern, wenn sie die strukturell dominanten Funktionserwartungen der beiden wichtigsten gesellschaftlichen Lager dauerhaft enttäuscht. Als Partei zu regieren bedeutet aber stets eine Gratwanderung zwischen Verletzung der Interessen des je eigenen Wählerkerns, der der beiden gesellschaftlichen Grundklassen und ihrer Verbände oder die einer Seite von ihnen. Jede regierende Partei muß in jedem Moment neu abwägen, welche Verletzung sie sich am ehesten leisten kann, oder anders formuliert: wessen Droh- und Konfliktpotential sie derzeit am meisten fürchten muß.

Nun steht es durchaus in der Macht der Partei, ihr eigenes Basispotential, das zumeist in irgendeiner Form vorrangig mit einer Seite der gesellschaftlichen Interessenstruktur verknüpft sein wird[14], bewußt zu moblisieren, um sich über diesen verstärkten Rückhalt konfliktfähiger gegenüber den anderen, am politischen und ökonomischen Geschehen Beteiligten zu machen. Wenn nun in der vorliegenden Arbeit ausführlich gezeigt wurde, daß die SPD hierauf sowohl in der inflationären Hochkonjunktur als auch in der Krise verzichtete, so bedeutet dies nichts anderes, als daß die Partei im Staatsapparat ihre Tätigkeitsgrenze nicht so weit wie möglich nach vorne verlegte, und zwar aus der Hoffnung heraus, auf diese Weise legitimationszer-

störende Konflikte mit dem Kapital zu vermeiden bzw. legitimationssichernde Erfolge als Krisenmanagerin zugunsten der Gesamtgesellschaft zu verzeichnen. Mit anderen Worten: Wie weit eine Partei jeweils zur Sicherung ihres autonomen Handlungsfeldes geht, hängt stark davon ab, ob sie Legitimation als konsequenter Anwalt ihrer Wähler oder als kompetenter Regulator der Ökonomie im allgemeinen Interesse sucht. Im einen Falle handelt es sich um eine sozial abgegrenztere, aber auch entsprechend intensivere Legitimationsform, die die Partei automatisch in Konkurrenz zu den in diesen Interessenfeldern jeweils angesiedelten Interessengruppen bringen muß, im anderen um eine stärker generalisierte Rechtfertigung, die entsprechend geringere Basisbindung und -konfliktbereitschaft mit sich bringen wird. Im einen Fall wird die Partei konfliktorisch auszureizen suchen, wie weit sie auch gegenüber den Verbänden von Lohnarbeit und/oder Kapital gehen kann (und sie wird zu diesem Versuch durch ihren verstärkten Basisrückhalt auch fähig sein), im anderen wird sie den Konflikt mit ihnen eher meiden. Man sieht, wie auch auf dieser Ebene der Konkretion die Tatsache noch einmal auftaucht, daß Verbände und Parteien sich gegenseitig die Stärken des jeweils anderen streitig zu machen suchen: Die Verbände generalisieren, die Parteien stehen vor der Wahl, sich enger oder weiter abzugrenzen, was das Interessenpotential betrifft, das sie aufgreifen und zu vertreten suchen.

Das heißt, die Partei im Staatsapparat muß sich entscheiden, ob sie sich mehr durch den Bezug auf die Interessenerwartungen ihres Basispotentials oder durch die Erfüllung der Funktionserwartungen der sozio-ökonomischen Hauptinteressen legitimieren will, wobei selbstverständlich Überlappungen möglich, sogar wahrscheinlich sind. Von dieser Entscheidung, die sich empirisch in der Regel als Bereitschaft zum oder Verzicht auf den Konflikt mit der einen oder beiden Seiten des Verbändelagers niederschlagen wird, hängt es ab, wo ihre Tätigkeitsgrenze verläuft. Je nachdem, wie geschickt sie alle beteiligten Interessenpotentiale gegeneinander auszuspielen versteht, kann sie sich mehr oder weniger Autonomie verschaffen, nie jedoch die strukturelle Dominanz der Interessen von Kapital und Arbeit und die ihr entsprechende Macht der Verbände aufheben.

Diese Betrachtungsweise, die bewußt auf die Beantwortung der Frage nach den Systemgrenzen des Handelns bürgerlicher Staaten verzichtet und stattdessen genauer zu klären versucht, wo die Tätigkeitsgrenze der regierenden Parteien jeweils verläuft, entspricht der bereits an anderer Stelle getroffenen Entscheidung der Verfasserin, kein maximales Abstraktionsniveau zu wählen. Ebensowenig wie oben die Diskussion über das Verhältnis von Staat und Gesellschaft aufgenommen wurde[15] und die Untersuchung vielmehr auf Zusammenhänge und Unterschiede von Parteien und Verbänden zugespitzt (durchaus auch: eingeengt) wurde, soll hier der Versuch unternommen werden, quasi ein für alle Mal zu bestimmen, wo das Ende staatlicher Handlungsspielräume gegenüber dem Kapital liegt. In der empirischen Wirklichkeit kapitalistisch-bürgerlicher Systeme vermitteln sich diese Zusammenhänge eben häufig über die konkreten Organisationsstrukturen von Verbänden und Parteien, so daß von daher die Vorgehensweise fruchtbarer erscheint, ihren Umgang miteinander unter wechselnden Bedingungen ökonomischer Properität und Depression zu untersuchen.

Und noch einen Effekt hat dieses Verfahren: Das, was in der politischen Ökonomie oft lapidar als die 'Irrationalität des Kapitalismus', als seine prinzipielle Unfähigkeit zur Vermeidung ökonomischer Störfälle bezeichnet wird, kann nun etwas genauer beschrieben werden. Denn es hat sich in der vorliegenden Arbeit an verschiedenen Stellen gezeigt, daß bestimmte wirtschaftliche bzw. wirtschaftspolitische Ziele, allen voran das der Stetigkeit der ökonomischen Entwicklung, das von allen Beteiligten erklärtermaßen angestrebt wurde, nicht erreicht wurden, weil alle Beteiligten in solchen Organisationsformen aufeinandertrafen, die aufgrund ihrer je eigenen Legitimationszwänge und Existenzsicherungsbedingungen ein abgestimmtes, 'rationales' Verhalten unmöglich machten. Weil die BDA ein Verband oberhalb autonomer Wirtschaftssubjekte ist, konnte sie 1968/69 die disparitäre Entwicklung von

Gewinnen und Löhnen ebensowenig verhindern wie ab 1970 die exzessive Preisentwicklung. Weil die Gewerkschaften als Verband sich überwiegend durch materielle Leistungen im Tarifkonflikt vor ihren Mitgliedern legitimieren, mußten sie ab 1970 eine härtere Lohnpolitik betreiben, die die regierende Sozialdemokratie in Schwierigkeiten brachte. Weil die SPD eine Partei ist, dominierte in der Krise ihr Wunsch, wiedergewählt zu werden, über dem Ziel inhaltlicher, auf die Lohnabhängigen im engeren Sinne zugespitzter Interessenrealisation und bewog sie letzten Endes zu der Entscheidung, die Gewerkschaften im Stich zu lassen, so wie diese sie umgekehrt in der Hochkonjunktur unter Druck gesetzt hatten.
Jede der beteiligten Organisationen suchte im Konfliktfalle zunächst sich selbst zu retten; die Konfliktfälle waren unvermeidlich, da die zugrundeliegende Interessenstruktur der Gesellschaft von unaufhebbaren Gegensätzen gekennzeichnet war; und so wurde aus dem 'Rette sich wer kann' ein 'Jeder gegen jeden', bei dem mit Sicherheit eines, nämlich die rationale Abstimmung über gemeinsame Ziele und die Mittel ihrer Verwirklichung auf der Strecke bleiben mußte. Die 'Interessenclearing'-Konzeption der SPD Mitte der sechziger Jahre war entschieden richtig angelegt; nur realisierbar war sie - in dieser Gesellschaftsformation - nicht.

Welchen Ausgang aus der Verstrickung kann es geben? Nach der gesamten bisherigen Anlage der vorliegenden Arbeit steht hier keine Anleitung zum revolutionären Klassenkampf zu erwarten. Stattdessen hat sich eine Schlußfolgerung der Verfasserin im Verlauf der Arbeit unabweisbar aufgedrängt: Der Beginn der Klärung über die je eigene Position innerhalb der gesellschaftlichen Interessen-, Macht- und Verteilungsstruktur und der Beginn jeder Auseinandersetzung über diese Positionsverteilung muß, kann nur, seinen Ausgang von der Offenlegung des je eigenen Interesses nehmen. Wozu immer diese Auseinandersetzungen dann führen mögen (und es ist historisch durchaus offen, ob dies in Richtung auf die Überwindung kapitalistischer Funktionsprinzipien und ihre Ersetzung durch sozialistische gehen muß), sie können stets nur damit anfangen, daß jeder am Kampf Beteiligte genau weiß, wo er steht - und wo der Gegner -, was er will, - und was der Gegner -, und welche Waffen er besitzt - und welche der Gegner -. Diese Arbeit zu schreiben beinhaltete einen Lernprozeß darüber, daß etwas Falsches an einer Form des Zusammenlebens sein muß, die es nicht gestattet, Interessen um ihrer selbst willen bestehen zu lassen und zu verwirklichen, so weit dies eben möglich ist. Wenn es immer höherer Weihen bedarf, um die eigenen Bedürfnisse, die doch nun einmal existentiell gegeben und in der Notwendigkeit ihrer (wie immer partiellen) Befriedigung unabweisbar sind, anzumelden, dann liegt ein Schleier über den gesellschaftlichen und politischen Verhältnissen, der eine - im besten philosophischen Sinne - vernünftige Verständigung aller Gesellschaftsmitglieder untereinander unmöglich macht. Wenn das einzige Resultat dieser Untersuchung darin bestehen sollte, den Begriff des Interesses ein wenig mehr zu seinem eigenen Recht gelangen zu lassen, und zwar ohne seine euphorische Überhöhung als historisch und moralisch überlegenes Klasseninteresse ebenso wie ohne seine Abwertung als partikular-egoistisches Fehlverhalten, so hätte sie ihr Ziel mehr als erreicht.

ANMERKUNGEN

1.) Zur Theorie der Interessengruppen

1.1) Entwicklung und Stand bisheriger interessengruppentheoretischer Überlegungen und Ansätze

1) Die Begriffe "Interessengruppe", "Verband" und "Interessenverband" werden hier synonym gebraucht; vgl. hierzu von Beyme, Klaus: Interessengruppen in der Demokratie. München 1969, S.11-13 sowie die Einleitung der vorliegenden Arbeit.
2) Zur Geschichte des interessengruppentheoretischen Denkens vgl. die zusammenfassenden Darstellungen bei: v.Beyme, a.a.O., S. 203ff; Ehrlich, Stanislaw: Die Macht der Minderheit. Die Einflußgruppen in der politischen Struktur des Kapitalismus. Europäische Perspektiven. Wien/Frankfurt/Zürich 1962, S.13 ff; Narr, Wolf-Dieter/Naschold, Frieder: Theorie der Demokratie. Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1971 (Narr-Naschold, Einführung in die moderne politische Theorie, Bd. III), S.204 ff; Abromeit, Heidrun: Staat und Wirtschaft. Zum Staatsverständnis der Wirtschaftsöffentlichkeit in der Bundesrepublik. Frankfurt/New York, S.11 - 21; Weber, Jürgen: Die Interessengruppen im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1977, S. 23 - 29 sowie S. 43-69; Steinberg, Rudolf: Pluralismus und öffentliches Interesse als Problem der amerikanischen und deutschen Verbandslehre; in: Archiv des öffentlichen Rechts, Bd. 96, 1971, H.4, S.465 - 505.
3) Gerade in der deutschen Geschichte der Staatstheorie ist der Staat immer wieder als der omnipotente, nur dem höheren Wohl des Ganzen verpflichtete Souverän gedacht (oder gewünscht) worden, dessen Handlungsfreiheit keinesfalls durch Organisationen aus den Niederungen des gesellschaftlichen Interessengetümmels beeinträchtigt werden durfte. Vgl. zu dieser ideengeschichtlichen Tradition außer den in Anm. 2) genannten Titeln besonders: Ehmke, Horst: "Staat" und "Gesellschaft" als verfassungstheoretisches Problem; in: Vergleichende Analyse politischer Systeme. Comparative Politics. Hg.v. G. Doeker, Freiburg 1971, S. 241- 269
4) Besonders in den angelsächsischen Ländern lebt die liberale Betrachtungsweise des gesellschaftlichen Interessenausgleichs durch Konkurrenz und des Staates als dem neutralen Schiedsrichter im Gruppenwettbewerb noch immer fort, in denen sie seit Adam Smith zuhause ist. Nicht zufällig stammen die frühen Gruppentheorien Bentleys aus den USA; ebensowenig ist es Zufall, daß führende Pluralismus-Theoretiker wie Laski und Fraenkel in England lebten und arbeiteten. Vgl. zu diesen Unterschieden zwischen der angelsächsischen und der deutschen Entwicklung Steinberg, Pluralismus, a.a.O., S.465 ff. In der Tat ist die pluralistische Staatsbeurteilung in jüngster Zeit nicht unerheblich zurückgenommen worden; vgl.Kremendahl, Hans: Pluralismustheorie in Deutschland. Entstehung, Kritik, Perspektiven. Leverkusen, 1977, S.244: "Pluralistische Willensbildung läßt sich als ein Integrationsprozeß beschreiben, der aus einer Gesellschaft atomisierter Individuen mittels intermediärer Organisationen und makropolitischer Institutionen eine geordnete und handlungsfähige Ganzheit konstruiert, die jedoch stets Einheit in der Vielfalt bleibt." Und ebenda, S. 263: "Der Staatswille kann nichts anderes sein, als eine von den gesellschaftlichen Kräften gebildete und durchgesetzte, allgemein verbindliche Entscheidung. Es gibt nicht die übergesellschaftliche neutrale Instanz, die zur Schiedsrichterfunktion im vollen Wortsinn befähigt wäre." Dies ändert aber nichts an der fixierten Betrachtung der Interessengruppen als Instrumente im engeren Sinne politischer Einflußnahme, wie Kremendahls These belegt, die Verbände benötigten zur optimalen Zielverwirklichung die Parteien (die aber letzten Endes politisch handlungsfähig nur an der Regierung, d.h.,im Staat,sind) und müßten deshalb auf deren Generalisierungsfunktion Rücksicht nehmen; ebenda, S. 264/65.
5) Vertreter der funktionalistischen Theorie wie Almond und Eckstein haben den Verbänden die Aufgabe zugeschrieben, Interessen zu artikulieren, die divergierenden Ziele von Einzelindividuen zu politisch verwendbaren (!) Handlungsalternativen zu integrieren und disjunktiv gegenüber den tendenziell überintegrierend wirkenden Parteien aufzutreten, um durch die stete Betonung partikularer Interessen eine eventuelle Entfremdung sozialer Gruppen von dem politischen (!) System zu verhindern; vgl. hierzu Narr/Naschold, a.a.O., S. 210 - 212. Weber, a.a.O., S. 49 - 54 sowie Almond, Gabriel A.: Interessengruppen und politischer

Prozeß; in: Vergleichende Analyse politischer Systeme. Comparative Politics. Hg. v. G. Doeker, Freiburg 1971, S. 77 - 88.

6) Dieses Verdikt wurde paradigmatisch formuliert von Zeuner, Bodo: Verbandsforschung und Pluralismustheorie. Etatozentrische Fehlorientierungen politologischer Empirie und Theorie; in: Leviathan, Jg. 4, H. 2/1976, S. 137 - 177. Auf seine Kritik der 'etatozentristischen Verbandseinflußforschung' wird unten noch genauer einzugehen sein; vgl. Abschnitt 1.1.3).

7) Popp, Klaus: Öffentliche Aufgaben der Gewerkschaften und innerverbandliche Willensbildung. Berlin 1975 (Schriften zum Sozial- und Arbeitsrecht, Bd.20).

8) Teubner, Gunther: Organisationsdemokratie und Verbandsverfassung. Rechtsmodelle für politisch relevante Verbände. Tübingen 1978 (Tübinger rechtswissenschaftliche Abhandlungen, 47)

9) Popp, a.a.O., S. 30

10) ebenda

11) ebenda, S. 31/32

12) ebenda, S. 32. Bemerkenswerterweise bezieht Popp auch das System der autonomen ökonomischen und interverbandlichen Interessenrealisierung in diese Beurteilung mit ein: "Die verbliebenen Residuen gesellschaftsautonomen Handelns (!) (vor allem die Produktionssphäre mit ihren Annexen des Waren- und Arbeitsmarktes), deren Konflikts- und Bedürfnisregelung sich nach dem Marktmechanismus vollziehen soll, sind allerdings nur begrenzt politischer Regelung entzogen: der staatsfreie Konkurrenzprozeß wird durch staatlich gesetzte und kontrollierte Verfahrensmodalitäten strukturiert, die offensichtliche Ungleichgewichtigkeiten auf dem Waren- und Arbeitsmarkt vermeiden sollen; tatsächlich aber wird schon durch die justizförmige Kontrollierbarkeit des Auseinandersetzungsprozesses mittels Auslegung und Aufstellung von Verfahrensregeln die gesellschaftliche Konfliktsbewältigung weitgehender staatlicher Beeinflußbarkeit als der Herstellung von Gleichgewichtslagen zugänglich gemacht. Darüber hinaus wird der Aktionsrahmen rechtlich autonomer Subsysteme durch ihre wirtschaftliche Verflechtung mit staatlichen Verantwortungsbereichen eingeengt"; ebenda, S. 29.
Hier soll nicht bestritten werden, daß der Staat bestimmte Spielregeln des ökonomischen und interverbandlichen Konfliktaustrags ratifiziert hat, allerdings in der Regel erst, nachdem sie - jedenfalls im Falle der Tarifautonomie - zwischen den beteiligten Parteien selbst im Prinzip anerkannt worden waren. Bestritten wird vielmehr, daß die Produktions- und Marktsphäre samt der in ihnen angesiedelten Verbände ein 'Residuum gesellschaftsautonomen Handelns' darstellen; sie umfassen und verkörpern stattdessen den Kernbereich des kapitalistischen Reproduktionsprozesses, in dessen grundsätzliche Funktionsmechanismen der Staat als bürgerlicher Staat weder eingreifen kann noch eingreifen darf. Popp realisiert zwar selbst die Begrenzung staatlicher Handlungsspielräume durch die Struktur des ökonomischen Prozesses, definiert diese jedoch als "objektiv(e), aus dem Wirtschaftssystem resultierend(e) 'Sachzwänge'", ohne zu klären, inwieweit sie sich im Handeln der Verbände konkretisieren. Siehe dazu unten die Abschnitte 1.2.3) sowie 1.5). Zitat Popp, a.a.O., S. 41.

13) ebenda, S. 39. Auf diesen sehr wichtigen Gedanken der besonders engen Bindung der Verbände an die gesellschaftliche Basis wird weiter unten zurückzukommen sein: vgl. Abschnitt 1.2.3)

14) Vgl. Popp, a.a.O., S. 185 -233

15) ebenda, S. 132; Hervorhebung d.Verf.

16) Vgl. hierzu von Alemann, Ulrich/ Heinze, Rolf G.: Parteien, Staat und Verbände - die aktuelle Diskussion um eine Kontrolle der Verbände in der Bundesrepublik; in: dieselben (Hg): Verbände und Staat. Vom Pluralismus zum Korporatismus. Analysen, Positionen, Dokumente. Opladen, 1979, S. 115 - 117, sowie die anschließenden Aufsätze zu Verbändegesetzplänen von FDP und CDU sowie zur Kritik hieran von seiten des DGB und der SPD.

17) Teubner, a.a.O., S. 164

18) ebenda, S. 239

19) ebenda, S. 245: Er stellt nämlich die Frage, "ob Mitgliederbedürfnisse und politische Anforderungen denn tatsächlich derart miteinander unvereinbar sind, daß ihre Berührung peinlichst zu vermeiden ist."

20) Seine implizite Priorisierung wird nämlich deutlich faßbar, wenn er über die seines Erachtens erforderlichen verbandsrechtlichen Strukturvorgaben schreibt: "Danach eröffnen die primären Anforderungen des politischen Systems an die Verbände einen Spielraum, für dessen

nähere Eingrenzung sich adäquate Kriterien aus der Mitgliederumwelt bestimmen lassen." Ebenda, S. 259, Hervorhebung d.Verf.; vgl. ebenso S. 242/43.

21) ebenda, S. 252
22) ebenda, S. 239/40
23) ebenda, S. 250
23a) Zu dieser Art der Konzertierten Aktion vgl. Wiesenthal, Helmut: Die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen: Ein korporatistisches Verhandlungssystem der Sozialpolitik; in: von Alemann, Ulrich: Neokorporatismus. Frankfurt/New York 1981, S. 180 - 205; zur Konzertierten Aktion mit Unternehmerverbänden und Gewerkschaften im einzelnen siehe das Kapitel über wirtschaftspolitische Stellungsnahmen von BDA und DGB.
24) v.Alemann/Heinze, Verbände und Staat, 1979, a.a.O.
25) siehe Anm. 16) sowie Abschnitt 2.3.2) zur Rivalität zwischen Parteien und Verbänden
26) von Alemann, Ulrich/Heinze, Rolf G.: Auf dem Weg zum liberalen Ständestaat? Einführung in die Korporatismusdiskussion; in: dies., Verbände und Staat, 1979, a.a.O., S. 38 - 49, hier S. 39
28) Lehmbruch, Gerhard: Wandlungen der Interessenpolitik im liberalen Korporatismus; in: v.Alemann/Heinze, Verbände und Staat, 1979, S. 50 - 71
27) Schmitter, Philippe C.: Interessenvermittlung und Regierbarkeit; in: v.Alemann/Heinze, Verbände und Staat, 1979, a.a.O., S. 92 - 114
29) Schmitter, a.a.O., S. 113
30) Generell unterscheiden die Vertreter der Korporatismustheorie zwischen einer liberalen, gesellschaftlichen Variante, basierend auf der freiwilligen Einfügung der Verbände in staatliche Steuerungskonzeptionen, und einer autoritären, staatlichen Variante der erzwungenen Unterwerfung der Interessengruppen unter den (faschistischen) Staat. Vgl. hierzu Schmitter, a.a.O., S. 97/98, sowie besonders dann Kastendiek, Hans: Die Selbstblockierung der Korporatismus-Diskussion: Teilproblematisierungen der gesellschaftlichen Politikorganisation und gesellschaftspolitische Entproblematisierung korporativer Strukturen und Strategien, in: von Alemann, Neokorporatismus, 1981, a.a.O., S. 92 - 116 und Nocken, Ulrich: Korporatistische Theorien und Strukturen in der deutschen Geschichte des 19. und frühen 20. Jahrhunderts; in: v.Alemann, Neokorporatismus, 1981, a.a.O., S. 17 - 39
31) Lehmbruch, a.a.O., S. 51
32) ebenda, S. 55
33) ebenda, S. 55
34) Offe, Claus: Die Institutionalisierung des Verbandseinflusses - eine ordnungspolitische Zwickmühle; in: v.Alemann/Heinze, Verbände und Staat, 1979, a.a.O., S. 72 - 91, hier S. 86, Hervorhebung i.T.
35) ebenda, S. 87
36) Vgl. den Band von v.Alemann, Neokorporatismus, 1981, a.a.O., darin besonders Nocken, a.a.O.; von Alemann, Ulrich/Heinze, Rolf G.: Korporativer Staat und Korporatismus: Dimensionen der Neo-Korporatismusdiskussion; S. 43 - 61; sowie Groser, Manfred: Pluralismus, Korporatismus und Neue Politische Ökonomie; S. 117 -134
37) Vgl. hierzu außer den im folgenden ausführlicher zitierten Beiträgen den Aufsatz von Kastendiek, Selbstblockierung, in: v.Alemann, Neokorporatismus, 1981, a.a.O., sowie ders., Neokorporatismus? Thesen und Analyse-Konzepte in der westdeutschen Diskussion und in der internationalen "corporatismus"-Debatte; in: ProKla 38, 10.Jg., 1980, Nr. 1, S. 81 - 106.
38) v.Alemann/Heinze, Korporativer Staat, in: v.Alemann, Neokorporatismus, 1981, a.a.O., S. 55
39) ebenda, S. 54
40) ebenda, S. 60
41) Schmitter, Philippe C.: Neokorporatismus: Überlegungen zur bisherigen Theorie und zur weiteren Praxis, in: von Alemann, Neokorporatismus, 1981, a.a.O., S. 62 - 79
42) ebenda, S. 75 - 78
43) Diese Feststellung gilt trotz der für die Korporatisten neuen These von v.Alemann/Heinze, Korporativer Staat, in: v.Alemann, Neokorporatismus, 1981, a.a.O., S. 60: "Unterstützt wird das Vordringen neokorporatistischer Politikformen durch den Funktionsverlust der Volksparteien, die sich immer mehr von gesellschaftlichen Interessengruppen zu Staatsparteien gewandelt haben." Und: "... die großen Parteien sind mit beiden, Staat und Verbänden, in einem vielfältigen Netz der Beziehungen verknüpft. Allein die Verankerung der Parteien in ihrer Basis löst sich weiter, denn die Verbände verweisen auf ihre engere und

direktere Bindung an Mitgliederschaft." Es finden sich nämlich keine Ansatzpunkte innerhalb der Korporatismus-Diskussion, diesem Hinweis auf die Parteien systematisch nachzugehen, der auch von Jäger präzisiert wird: Jäger, Michael: Sozialliberaler Korporatimus: die Zukunft des "Modell Deutschland"; in: ProKla 41, 10.Jg., 1980, Nr. 4, S. 131 - 143, hier S. 135 - 138
Und noch viel weniger machen die Korporatisten Anstalten, sich mit demjenigen Teil der Verbändeaktivitäten zu befassen, der sich fernab vom Staat, als interne Interessenbefriedigung mittels Dienstleistungen und als autonomer interverbandlicher Konfliktausgleich abspielt.

44) Aus dieser Formulierung sollte nicht vorschnell auf eine bestimmte Auffassung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft seitens der Verfasserin geschlossen werden. Vielmehr wird auf dieses Problem weiter unten noch ausführlich zu sprechen zu kommen sein; vgl. Exkurs 2.3.1).

45) Zeuner, a.a.O., S. 146

46) ebenda, S. 151

1.2) Verbandsförmige Interessenverarbeitung - Zur Schlüsselkategorie der Selektivität

1) Streeck, Wolfgang: Gewerkschaftliche Organisationsprobleme in der sozialstaatlichen Demokratie. Kronberg/Ts. 1981 (Sozialwissenschaft und Praxis, Buchreihe des Wissenschaftszentrums Berlin, Bd. 7)

2) ebenda, S. 1, Hervorhebung i.T.

3) ebenda, S. 1

4) ebenda, S. 10

5) ebenda, S. 16/17

6) vgl. hierzu Heinze, Rolf G.: Verbändepolitik und "Neokorporatismus". Zur politischen Soziologie organisierter Interessen. Opladen 1981 (Studien zur Sozialwissenschaft, Bd.46), S. 15 - 39, sowie den Band: Interesse und Gesellschaft. Definitionen, Kontroversen, Perspektiven. Hg. von Massing, Peter, und Reichel,Peter. München, 1977; darin besonders folgende Beiträge: Šik,Ota: Ökonomische Interessen, S. 224 - 234; Massing, Peter: Anthropologische Überlegungen zur Struktur des Interesses; S. 211 - 223; von Ferber, Christian: Interesse und Gesellschaft, S. 234 - 248; Reichel, Peter: Anmerkungen zur Sozialgeschichte des Interesses; S. 52 - 67; sowie den Aufsatz von Balbus, Isaac D.: Das Interessenkonzept in pluralistischer und marxistischer Analyse. Ein kritischer Vergleich; S. 193 - 206.
Zu der dem Interessenbegriff vorgeschalteten Kategorie des Bedürfnisses vgl. Lederer, Katrin/ Mackensen, Rainer: Gesellschaftliche Bedürfnislagen. Möglichkeiten und Grenzen ihrer wissenschaftlichen Bestimmung. Göttingen 1975 (Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, 92)

7) Diese Differenzierung wird sehr häufig im Zusammenhang mit dem Interessenbegriff vorgenommen, zielt aber dabei zumeist auf die Unterscheidung zwischen dem subjektiven, d.h., dem Einzelnen bewußten, Interesse und dem objektiven Interesse als Ausdruck seiner Stellung im sozio-ökonomischen Reproduktionsprozeß der jeweiligen Gesellschaftsordnung; vgl. Heinze, Verbändepolitik, 1981, a.a.O., S. 33.
Allzu oft hat jedoch dieser begriffliche Dualismus dazu geführt, daß der subjektive Faktor des Interessenbewußtseins vernachlässigt und mehr oder weniger ausschließlich das objektive Interesse einer Gruppe, Schicht oder Klasse betrachtet wurde, nicht selten sogar den Individuen mahnend als dasjenige vorgehalten wurde, das sie zu verfolgen hätten. Diese Position, gipfelnd in der moralisch getönten Vorhaltung 'falschen Bewußtseins' oder gar des 'Verrats an der objektiven Interessenlage', hat besondere Bedeutung im Zusammenhang mit der Bewertung der gewerkschaftlichen Politik gewonnen, führt jedoch auf gefährliche Pfade. Keine Organisation kann sich dauerhaft vom Bewußtseinsstand ihrer Basis lösen, und dies nicht nur unter strategisch-taktischen Aspekten, sondern in erster Linie, weil auch sie, ihre Funktionäre und ihre Führung, denselben bewußtseinsbeeinflussenden gesellschaftlichen Rahmenbedingungen unterliegen wie diese. Damit wird nicht die Reflexionsmöglichkeit bestritten, die jedes Individuum und jede Organisation hinsichtlich dieses Zusammenhanges besitzt; es wird nur bezweifelt, daß die Qualität der Organisation notwendig in verstärkter Reflexion und damit größerer Autonomie der Wahrnehmung dieser Dialektik von Bewußtsein und

Beeinflussung bestehen muß.
Um derartigen Fehldeutungen möglichst aus dem Wege zu gehen, wird hier ein subjektiver Interessenbegriff zugrundegelegt, in den objektive Faktoren jedoch in der Beeinflussung dessen eingehen, was die Individuen jeweils als Mangelsituation empfinden, und was nicht.

8) Vgl. hierzu als Grundlage dieser Überlegungen: Bierbaum, Christiane/ Bischoff, Joachim/ Eppenstein, David/ Herkommer, Sebastian/ Maldaner, Karlheinz/ Martin, Arnhild: Ende der Illusionen? Bewußtseinsänderungen in der Wirtschaftskrise. Frankfurt/Köln 1977 (Studien zur Gesellschaftstheorie), S. 9 - 12: sowie Greven, Michael Th.: Parteien und politische Herrschaft. Zur Interdependenz von innerparteilicher Ordnung und Demokratie in der BRD. Meisenheim a.Gl. 1977 (Studien zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland, hg. v. Heino Kaack, Bd. 8), S. 110 - 118.

9) Konkurrenzprinzip und Akkumulationszwang gehören zum Charakter des kapitalistischen Reproduktionsprozesses; sie werden vom individuellen Kapitalisten dergestalt erlebt, daß die Stagnation oder gar Schrumpfung seiner Gewinne sein Unternehmen - oder gar ihn selbst - existentiell bedrohen. Der Bezug zur Mangelsituation, hier: ihrer Drohung, wird deutlich.

10) In dieser Allgemeinheit handelt es sich um eine Negativdefinition, deren enorme Bedeutung erst klarer wird, wenn man sich vor Augen führt, daß hierzu beispielsweise der gesamte Bereich sozialer Beziehungen und emotionaler Bedürfnisses gehört.

11) Vgl. zum grundsätzlichen Problem der Autonomiesteigerung des individuellen Bewußtseins durch Reflexion: Adorno, Theodor W.: Erziehung nach Auschwitz; in: ders., Erziehung zur Mündigkeit, 4. Aufl. Frankfurt 1975, S. 88-104; sowie Habermas, Jürgen: Theorie und Praxis. 3. Aufl., Frankfurt 1974.

12) Offe, Claus: Politische Herrschaft und Klassenstrukturen. Zur Analyse spätkapitalistischer Gesellschaftssysteme; in: Kress, Gisela/Senghass, Dieter (Hg): Politikwissenschaft. Eine Einführung in ihre Probleme; Frankfurt 1972, S. 135-164

13) ebenda, S. 145

14) ebenda, S. 145

15) ebenda, S. 145/46

16) ebenda, S. 146

17) Mit dieser Priorisierung der Erwerbsinteressen von Warenbesitzern durch die verbandsförmige Organisation ist noch nichts ausgesagt über das Verhältnis zwischen Erwerbsinteressen und den Interessen an der Überwindung kapitalistischer Herrschaft innerhalb der Klasse der Lohnabhängigen und ihrer Organisation, der Gewerkschaft. Siehe dazu auch unten Abschnitt 1.3.2) und Abschnitt 1.3.3).

18) Vgl. hierzu auch Offe, Politische Herrschaft, a.a.O., S. 146: "Organisierten und politisch folgenreichen Ausdruck können auf der Basis eines pluralistischen Verbändesystems nur solche Interessen finden, die im Bezug auf leistende und Gegenleistungen entgegennehmende Gruppen von Wirtschaftssubjekten definiert sind: der institutionelle Rahmen des politischen Willensbildungsprozesses (!) definiert den Bürger nur in den Grenzen als Bedürfnissubjekt, in denen er Leistungssubjekt ist; statt den Markt zu transzendieren, rückt das System der pluralistischen Interessenvertretung gerade markt-analoge Interessendefinitionen in den Vordergrund - und zwar in der Gewichtung, die ihrer Marktmacht entspricht." Hervorhebung i.T.

19) Zu diesem Begriff und seinen vielfältigen Implikationen siehe den nächsten Abschnitt.

20) Diese These wird von der Arbeit Peter Raschkes über 'Vereine und Verbände' gestützt, wenn er gerade für die kleinen, vorrangig Freizeit - oder andere, nicht dem Erwerbssektor zugehörige Interessen organisierenden Vereine feststellt, daß sie weder über ein aktives bzw. aktivierbares Mitgliederpotential noch über größeren externen (politischen) Einfluß verfügen; vgl. Raschke, Peter: Vereine und Verbände. Zur Organisation von Interessen in der Bundesrepublik Deutschland. München 1978 (Politisches Verhalten, Bd.5), S. 218/19.
Auf das Mittel, mit dem die kleinen Vereine diesem Dilemma zu entrinnen suchen, - das Angebot verbandsinterner Serviceleistungen -, wird noch ausführlich zurückzukommen sein; vgl. Raschke, a.a.O., S. 218-221.

21) Hier soll nicht der Eindruck erweckt werden, die Verbandsforschung im ganzen stecke sozusagen noch in den Kinderschuhen - dafür ist sie eine zu alte Disziplin (Bentley's "The Process of Government" erschien immerhin bereits 1908), und dafür hat sie zu viele Erkenntnisse produziert. Vielmehr richtet sich die in der vorliegenden Arbeit geübte Kritik gegen die Aussparung bestimmter Themenbereiche, die hier für zentral gehalten werden,

sowie gegen fehlende Systematisierung bzw. gesellschaftstheoretische Rückbindung. Vgl. zu diesem Problem oben, Einleitung.

22) Vgl. Abschnitt 1.1), Anm. 5)

23) Steinberg, Rudolf: Interessenverbände als Kommunikationskanäle; in: Zur Theorie der politischen Kommunikation. Hg. von Wolfgang R. Langenbucher. München 1974, S. 132-146, hier S. 134: Als Selektivitätskriterien nennt Steinberg "Intensität der Forderung, Rang in einer innerverbandlichen Prioritätenskala, Rücksicht auf Verbandsminderheiten, Abschätzen der Erfolgsaussichten, Berücksichtigung existentieller Legitimitäts- und Wertvorstellungen, Einstellung befreundeter und gegnerischer Verbände, Parteien und öffentlicher Meinung, natürlich auch Gewicht der hinter einer Forderung stehenden Verbandsmitglieder"; ebenda, S. 134

24) ebenda, S.136: "Schon die bloße Tatsache der Partizipation besitzt integrierende Wirkung ... Trotz aller Meinungsverschiedenheiten und Interessengegensätze bildet allein die Tatsache der Teilnahme an dem gemeinsamen politischen Prozeß das alle Interessengruppen und staatliche Organe (!) einende Band."

25) ebenda, S. 138; vgl. ähnlich Weber, a.a.O., S. 346-358; er benennt folgende Verbandsfunktionen: Interessenartikulation, -aggregation, -selektion, Integration durch Kommunikation zwischen Bürgern und Staat, durch Partizipation an der staatlichen Willensbildung und durch die Übernahme von Ordnungsfunktionen sowie Legitimation des Wohlfahrtsstaates, an den gesellschaftliche Interesse durch die Verbände mit einer gewissen Aussicht auf Berücksichtigung herangetragen werden.

26) Vgl. hierzu auch von Beyme, a.a.O., der zwar keine explizite Funktionsbestimmung der Interessengruppen vornimmt, aber sich überwiegend mit ihrer Einflußnahme auf im engeren Sinne politische Instanzen und Institutionen befaßt (siehe ebenda, S. 87-159) und zu folgender Einschätzung gelangt: "Bei aller Kritik, die organisierte Interessen ihrem Staat und der Gesellschaft entgegenbringen, ist ihr Verhältnis (auch bei gelegentlicher Anwendung destruktiver oder gar systemfeindlich erscheinender Methoden) vorwiegend affirmativ. Sie erkennen die bestehende Ordnung an, indem sie ihre Organe für ihre Sonderziele auszunutzen versuchen." Ebenda, S. 31/32, Hervorhebung i.T.

27) Offe in Kress/Senghaas, a.a.O., S. 148, Hervorh. i.T.

28) Massing, Otwin: Parteien und Verbände als Faktoren des politischen Prozesses. Aspekte politischer Soziologie; in: Kress/Senghaas, a.a.O., S. 277-313; hier S. 291: "Der Klassenkonflikt reduziert sich nicht nur dem Selbstverständnis der Kontrahenten zufolge, sondern auch de facto auf partielle, prinzipiell lösbare Interessenkonflikte, deren graduelle Lösung auf einen neuen Gleichgewichtszustand bei höherem Nutzenniveau zustrebt, ohne daß am Ende am Gesamtzustand des Nutzenquantums sich prinzipiell etwas geändert hätte."

29) ebenda, S. 293

30) Heinze, Verbändepolitik, 1981, a.a.O., S. 41-44

31) ebenda, S. 53

32) Buchholz, Edwin: Die Wirtschaftsverbände in der Wirtschaftsgesellschaft. Eine Analyse ihres Ordnungs- und Selbsthilfesystems als Beitrag zu einer Theorie der Wirtschaftsverbände. Tübingen 1969, S. 38, Hervorh.d.Verf.

33) Greven, a.a.O.

34) ebenda, S. 127

35) ebenda, S. 131/32; zu diesen Organisationen zählt Greven neben den Parteien auch die Verbände und Gewerkschaften.

36) ebenda, S. 132

37) ebenda, S. 138

38) Vgl. dazu unten den Exkurs über Fragen des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft, Abschnitt 2.3.1).

39) Greven, a.a.O., S. 149

40) ebenda, S. 153

41) ebenda, S. 164

42) ebenda, S. 164

43) ebenda, S. 164

44) vgl. Anm. 35) in diesem Abschnitt.

45) Greven, a.a.O., S. 188

46) ebenda, S. 187, Hervorhebung i.T.; ein typischer Forschungsansatz, der diese Reduktion von

Herrschafts- auf Verteilungskonflikte schon in seine prinzipielle Auffassung von Bedürfnissen und Interessen übernimmt, findet sich bei: Himmelmann, Gerhard: Bedürfnisse - Interessen - Politik. Ansätze einer verteilungs- und interessentheoretischen Analyse der Gesellschaft; in: Gegenwartskunde, Jg. 25, 1976, H. 1, S. 105-134.

48) Greven, a.a.O., S. 142/43

49) ebenda, S. 145-148

50) 'In erster Linie' heißt, daß zwar auch die Verbände neben 'Informationen' auch Personal zwischen Wirtschaft und Politik vermitteln, wie Greven dies für die Parteien festgestellt hat; vgl. oben sowie Greven, a.a.O., S. 141/42 und S. 148. Allerdings liegt bei ihnen insofern mehr Gewicht auf der Informationstransmission, als sie weit weniger als die Parteien Reservoir für politisches Personal sind, und zwar infolge der direkten Beteiligung der Parteien an den Rekrutierungsprozessen der Wahlen, zu denen die Verbände nur indirekten Zugang erlangen. Zu diesem Problem der Wahl als zentralem Unterscheidungskriterium zwischen Verbänden und Parteien, siehe unten, Abschnitt 2.3.2).

51) Diese Beschränkung auf primäre sozio-ökonomische Reproduktionsinteressen geht zurück auf die im Abschnitt 1.2.1) entwickelten Dimensionen der von der gesellschaftlichen Interessenstruktur selbst vorgegebenen Selektivität der Interessenaufnahme und -verarbeitung. Diese Interessen 'bieten' sich quasi am ehesten der verbandsförmigen Organisation 'an' und werden deshalb auch am leichtesten von den Verbänden erfaßt. Vgl. hierzu die Unterscheidung Heinzes zwischen dem sozialstrukturellen Interessenbezug der Verbände auf die vertikale Klassen- und Schichtenstruktur der Gesellschaft gegenüber der Verankerung der Vereine in der horizontalen Interessenstruktur von Lebensbereichen; Heinze, Verbändepolitik, 1981, a.a.O., S. 55. Gerade mit letzteren hat sich die bereits zitierte Arbeit von Peter Raschke beschäftigt, die zu dem Schluß kommt, daß für diese Organisationen intermediäre und marktförmige Modelle bzw. Theorien kaum anwendbar seien: "Oligarchie, Apathie und Desinteresse an der innerorganisatorischen Willensbildung und den Vereinsaktivitäten lassen die im intermediären Modell implizierten Partizipationsvorstellungen zu nicht realisierbaren Forderungen schrumpfen, da die Organisations- und Funktionsweise des Vereinigungssystems die gesellschaftlichen Interessenrestriktionen und die mitgebrachte Apathie der Mitglieder noch verstärken. Es scheinen keine Impulse von den Vereinen und Verbänden auszugehen, Interessen in ihrem ganzen Umfeld selbst wahrzunehmen und in die Organisationen einzubringen. Die Transmission der Interessen findet nicht statt, da die Beteiligung der Verbandsspitzen am politischen Prozeß keine innerorganisatorischen Entsprechung findet." Raschke, a.a.O., S. 218

52) Diese Dimension der verbandsförmigen Informationsfunktion ist die am häufigsten in der wissenschaftlichen Diskussion erwähnte; siehe oben, Abschnitt 1.2.2). In etwas grundsätzlicheren Bezügen taucht sie bei Scharpf auf, der innerhalb seines Modells der Umsetzung ökonomischen Problemdrucks in politischen Handlungsdruck die unverzichtbare Kategorie der Perzeption eines Problems als Problem durch die Öffentlichkeit oder relevante konfliktfähige Gruppen zwischenschaltet; Scharpf, Fritz W.: Einführung: Politischer Immobilismus und ökonomische Krise; in: ders.: Politischer Immobilismus und ökonomische Krise. Aufsätze zu den politischen Restriktionen der Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik. Kronberg/Ts. 1977 (Monographien Praktische Sozialwissenschaft), S. 1-18, hier S. 4. Damit wird nämlich im Gegensatz zu etatozentrischen Modellen die Erkenntnis möglich, daß die Aufgabe 'relevanter konfliktfähiger Gruppen' darin bestehen könnte, systematisch bestimmte Formen von Interessendruck als 'Problem' zu perzipieren, andere dagegen ebenso systematisch - nicht!

53) Dieser Begriff des Kontinuums interessenverarbeitender Organisationen geht zurück auf Gabriel Almond, der ihn meines Wissens als erster verwandt hat, um das Verhältnis von Verbänden und Parteien zu beschreiben; Almond, a.a.O., S. 84: "Die Beziehung zwischen politischen Parteien und Interessengruppen könnte als ein Kontinuum betrachtet werden, das einerseits durch substantielle Autonomie und andererseits durch Über- und Unterordnung begrenzt ist." Das Bestechende an diesem Begriff liegt in der Betonung der Verbindung zwischen unterschiedlichen Organisationstypen, die, wie immer verborgen sie auch sein mag, letzten Endes das Funktionieren des Gesamtprozesses (in diesem Fall: der Interessenverarbeitung) gewährleistet. Gerade weil scheinbar so ganz verschiedene Organisationen wie - überspitzt formuliert - die Sonderinteressen anmeldenden Interessengruppen und die gemeinwohlverpflichteten Parteien in Wirklichkeit eben nicht voneinander völlig getrennt agieren, sondern auf eine noch näher zu bestimmende Art und Weise verschiedene Beiträge zu

demselben Prozeß liefern, wird dieser einheitliche Systemprozess noch immer so selten als solcher überhaupt erkannt.

55) Vgl. dazu oben am Schluß des Abschnitts 1.2.1).

56) Vgl. hierzu Streecks Darstellung des Prozesses der 'Veralltäglichung des Charismas' (Max Weber); Streeck, Organisationsprobleme, 1981, a.a.O., S. 24-32. Danach geraten soziale Bewegungen ohne formale Organisationsstruktur früher oder später in den Widerspruch, der sich zwischen ihren überwiegend spontanen Kommunikationsformen und dem Problem ökonomischer Subsistenzsicherung unvermeidlich auftut. Entweder sie beharren dann auf ihrem Charakter als nicht-formalistischer Bewegung - und gehen zugrunde. Oder sie bilden interne, längerfristig angelegte Strukturen der Selbsterhaltung aus und werden so zu freiwilligen Organisationen, die irgendwo auf dem Kontinuum zwischen den extremen Polen der sozialen Bewegung einerseits, der Bürokratie andererseits angesiedelt sind; vgl. ebenda, S. 32-41.

57) Der Begriff des 'Advokaten' zielt auf das delegierende Moment, das jedem Verband innewohnt und in seinem Anspruch Ausdruck findet, die Interessen einer bestimmten Gruppe zu vertreten. Im Gegensatz zur sozialen Bewegung, die zwar durchaus sowohl Führer als auch Gefolgschaft kennen kann, deren Anhänger aber per definitionem selbst, mit ihrer ganzen Person für das Anliegen der Bewegung eintreten, nimmt die Organisation ihren Mitgliedern dieses Engagement in weiten Teilen ab, fordert Leistungen (Beitrag, bestimmte Formen von Mitgliedsaktivitäten, z.B. Teilnahme von Gewerkschaftsmitgliedern an Streiks) im Austausch gegen die Anmeldung der Basisinteressen gegenüber gesellschaftlichen und/oder politischen Kontrahenten qua Organisation. Dies geht allerdings nicht so weit wie die Haltung der Bürokratie gegenüber ihren Kunden; vgl. hierzu Streeck, Organisationsprobleme, 1981, a.a.O., S. 35 und S. 37. Der äußerste Fall 'advokatorischer Verbandspolitik' liegt im Falle der Wohlfahrtsorganisationen vor, die ein Basispotential zu vertreten beanspruchen, das z.T. zu dem Akt der Delegation gar nicht befähigt ist, z.B. Vereinigungen zum Schutz geistig Behinderter etc. Allerdings bewegen sich diese Organisationen auch sehr am Rande des hier als zentral erachteten 'Interessenpaketes' sozio-ökonomischer Reproduktionsinteressen, deren Realisierung üblicherweise handlungsfähige Interessenträger - Statusgruppen, Schichten, Klassen - voraussetzt.

58) Streeck, Organisationsprobleme, 1981, a.a.O., S. 11, Hervorhebung i.T.

59) Dies gilt für alle Organisationen, die auf der beruflichen Stellung ihrer Mitglieder aufbauen; allen voran die Unternehmerverbände, mit gewissen Akzentverschiebungen, die unten näher zu erläutern sein werden, auch die Gewerkschaften, darüber hinaus aber ebenfalls Ärzte-, Bauern-, Anwalts-. Handwerkerverbände usw.

60) Hierunter fallen etwa Rentnerorganisationen, vor allem aber Verbände, die sogenannte 'allgemeine Interessen' wie Umweltschutz-, Ausbildungs-, kulturelle oder ähnliche Interessen umfassen. Hierzu gehören prinzipiell auch diejenigen Interessen, die aus der Widersprüchlichkeit der lohnabhängigen Existenz erwachsen, sofern sie den Lohnabhängigen selbst in irgendeiner Form bewußt sind, und auf die Überwindung von Herrschafts- und Abhängigkeitsstrukturen zielen.

61) Diese Bedeutung kann sowohl die Form äußerer, insbesondere staatlicher Repression annehmen; sie kann aber auch auf die innere Auszehrung der Organisation hinauslaufen, weil sie ihren Mitgliedern oft nur 'Blut, Schweiß und Tränen', jedenfalls aber nur karge materielle Erfolge, zu bieten in der Lage ist.

62) 'Loyalität' heißt hier nicht nur aktive, werthaft-rationale und emotional engagierte Bindung des Mitglieds an die Organisation, sondern umfaßt ebenso alle Spielarten des individuell-rationalen Nutzenkalküls.

63) Vgl. Greven, a.a.O., S. 153; dieser ganze Bereich ideologischer Interessenbefriedigung wird verstärkt im Zusammenhang mit den Parteien zu thematisieren sein. Zum psychologischen Zusammenhang von ökonomischen Wurzeln und geglaubter Ideologie als Verankerung des politischen 'Überbaus' in den Individuen, vgl. Glaser, Hermann: Politische Psychologie und psychoanalytische Soziologie. Überlegungen zur Übertragung Freudscher Kategorien auf Gesellschaftsanalyse und Gesellschaftskritik; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 28/76, S. 31-47.

64) Dieser Begriff ist spätestens seit der Arbeit von Sylvia und Wolfgang Streeck in der Forschung innerparteilicher bzw. -verbandlicher Willensbildungsprozesse gängiger Topos; Streeck, Sylvia und Wolfgang: Parteiensystem und Status quo. Drei Studien zum innerpartei-

lichen Konflikt. Frankfurt 1972. Vgl. etwa für die Verbände die Arbeit von: Weitbrecht, Hansjörg: Effektivität und Legitimität der Tarifautonomie. Eine soziologische Untersuchung am Beispiel der deutschen Metallindustrie. Berlin 1969 (Volkswirtschaftliche Schriften, 133), sowie den Abschnitt 1.5) der vorliegenden Arbeit zu internen Legitimationskonflikten von Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden.

65) 'Verfahren' umschließt hier sowohl echte als auch Quasi-Partizipation.

66) Darunter fällt beispielsweise die Agitation in Vertriebenenverbänden, sofern sie nur darauf zielt, die kritische Distanz der Mitglieder zu den effektiven Leistungen ihrer Organisation durch die Beschwörung von Erinnerungen an die 'alte Heimat' zu verringern und damit die Organisation leistungsfähiger erscheinen läßt, als sie wirklich ist. Allerdings gilt das gleiche für die Klassenkampfrhetorik integrierter Gewerkschaften; siehe dazu weiter unten.

67) Vgl. hierzu unten den Exkurs über das Verhältnis von Staat und Gesellschaft.

68) Diese Legitimationsform allein wäre allerdings zu wenig, da ökonomische und soziale Störfälle im Kapitalismus als Folge kapitalistischer Bewegungsgesetze und Widersprüche nun einmal unvermeidlich sind. An dieser Stelle greifen ideologische und/oder repressive Interessenverarbeitungsmechanismen Platz, ausgeübt vor allem seitens der Parteien und des Staates, was weiter unten zu diskutieren sein wird. Zu den verschiedenen Dimensionen des Legitimationsbegriffs, vgl. auch Rammstedt, Otthein/Rönsch, Horst-Dieter: Darstellung und Kritik der gegenwärtigen Legitimationsforschung; in: Matthöfer, Hans (Hg): Bürgerbeteiligung und Bürgerinitiativen. Legitimation und Partizipation in der Demokratie angesichts gesellschaftlicher Konfliktsituationen. Wissenschaftliche Redaktion: Otthein Rammstedt. Villingen 1977 (Argumente in der Energiediskussion, Bd. 3), S. 91-157.

69) Zur Auswahl gerade dieser beiden Organisationen vgl. oben Einleitung.

1.3) Konkretion interessengruppentheoretischer Überlegungen (I): Die Gewerkschaften

1) Auch hier wieder, wie im Abschnitt 1.1.1) soll und kann nicht die gesamte, enorme Breite der gewerkschaftstheoretischen Diskussion entwickelt werden. Wiederum geht es nur um die Sichtung derjenigen Ansätze und Positionen, die zu der hier interessierenden Betrachtungsweise der Gewerkschaften als Bestandteil eines Kontinuums interessenverarbeitender Organisationen Beiträge zu liefern vermögen - und sei es auch durch den systematischen Aufweis ihrer Lücken.

2) Vgl. bereits die eher fragmentarischen Äußerungen von Marx und Engels zur Rolle der Gewerkschaften; interpretiert bei Zoll, Rainer: Der Doppelcharakter der Gewerkschaften. Zur Aktualität der Marxschen Gewerkschaftstheorie. Frankfurt 1976, S. 128-135.

3) Vgl. den Übersichtsband von Mayer, Evelies: Theorien zum Funktionswandel der Gewerkschaften. Frankfurt 1973, S. 19-103. Mayer unterscheidet vier hauptsächliche Theoriestränge:

- konservative und pluralistische Gewerkschaftstheorien, die die Übernahme öffentlicher Funktionen der Gewerkschaften im Zuge der Herausbildung des interventionistischen Sozialstaates als unvermeidlich betrachten und sie entweder als Bedrohung staatlicher Souveränität oder als begrüßenswertes Korrektiv noch bestehender sozialer und/oder politischer Disparitäten zu Lasten der Lohnabhängigen bewerten;
- reduktionistische Theorien, die von der Annahme eines prinzipiell stillgestellten Klassen- und Verteilungskampfes ausgehend den Gewerkschaften nunmehr die Aufgabe des Austrags von 'Restkonflikten' zuschreiben, sofern sie sich nicht zwangsweise oder freiwillig in die staatliche Steuerungs- und Regulierungsstrategien einfügen;
- Theorien der Umwandlung der Gewerkschaften in gigantische Dienstleistungsunternehmen, da sie anders ihre Basis nicht mehr länger an sich zu binden vermögen, in Anbetracht ihrer Integration in den etablierten politischen Prozeß;
- Gegenmachttheorien, die sich auf die verfassungsrechtliche Stellung der Gewerkschaften konzentrieren und aus dieser den Auftrag der gewerkschaftlichen Organisation zur Herstellung bzw. Bewahrung demokratischer Verhältnisse in Staat und Gesellschaft ableiten.

4) vgl. oben, Abschnitt 1.1.2)

5) Unter den zahlreichen Beiträgen zum Thema 'Gewerkschaften und Korporatismus' vgl. u.a. Esser, Josef/ Fach, Wolfgang: Korporatistische Krisenregulierung im "Modell Deutschland", in: von Alemann, Neokorporatismus, 1981, a.a.O., S. 158-179; Hübner, Kurt/ Moraal, Dick: Zwischen Verbändegesetz und "Konzertierter Aktion". Korporativistische Restrukturierungs-

versuche des Verhältnisses von Staat - Kapital - Gewerkschaften in der Bundesrepublik; Teil I, ProKla 38, 10. Jg., H.1, S. 41-61; Hoffmann, Jürgen: Einheitsgewerkschaft oder "korporatistische Blockbildung"? Probleme einer solidarischen Interessenvertretungspolitik in der ökonomischen Krise der Bundesrepublik; in: ProKla 43, 11. Jg., 1981, H. 2, S. 6-26; Jäger in ProKla, a.a.O.; Kastendieck in von Alemann, Neokorporatismus, 1981, a.a.O.; ders. in ProKla, a.a.O.; Offe in von Alemann/Heinze, Verbände und Staat, 1979, a.a.O.; sowie den bereits zitierten Band von Streeck, Organisationsprobleme, 1981, a.a.O.

6) ebenda, S. 1, Hervorhebung i.T.

7) ebenda, S. 7: "Mit dem gleichen Recht, mit dem die Entstehung des kapitalistischen Wohlfahrtsstaates aus der Perspektive 'des Systems' als eine erfolgreiche Methode der Anpassung an veränderte Verhältnisse erscheinen kann, erschien und erscheint sie aus der Perspektive der Arbeiterbewegung als Resultat eines erfolgreichen Kampfes um eine Veränderung des Systems." Hervorhebung i.T.

8) ebenda, S. 6, Hervorhebung i.T. Hierzu erscheinen zwei Bemerkungen angebracht. Zum ersten wird mit dieser Begründung partieller echter Interessenrealisierung zugunsten der Gewerkschaft durch den Staat die gewerkschaftliche Bereitschaft zur Teilnahme an korporatistischen Arrangements sehr viel plausibler als bei jenen Autoren, die stets die systemerhaltende Funktion korporatistischer Strukturen betonen. Vgl. hierzu etwa Hübner/Moraal, a.a.O., S. 43: "Gerade in einer Situation, in der mit einer Ablösung der keynesianischen 'Vollbeschäftigungspolitik' und deren Ersetzung durch eine Politik der Austerität der 'keynesianische Kompromiß' zwischen Gewerkschaften und staatlicher Wirtschaftspolitik aufgekündigt wird, erfordert die Verpflichtung der Gewerkschaften auf die Imperative der Kapitalverwertung verstärkte Anstrengungen der politischen Einbindung." Zwar erkennen auch diese Autoren den realen Nutzen, den die Gewerkschaften und ihre Basis aus der aktiven Beteiligung an dem sozio-politischen Reproduktionsprozeß der bürgerlichen Gesellschaft bezogen haben; ebenda, S. 44. Aber dieser Gedanke scheint offenbar nicht zentral für ihr Konzept zu sein, wenn sie nämlich im Fortgang ihrer Überlegungen das Modell einer "autoritär(en) staatskorporatistische(n) Einbindungsvariante mittels eines Verbändegesetzes" entwickeln (ebenda, S.43), ohne sich die Frage zu stellen, ob es überhaupt realisierbar ist, und wenn ja, zu welchen Kosten, die Gewerkschaften zur Einbindung zwingen zu wollen, statt sie ihnen durch materielle Vorteile zu erleichtern.
Zum zweiten: Streeck unterliegt allerdings wieder dem Irrtum aller (zwangsläufig etatozentrischen) Korporatisten, wenn er annimmt, es sei in erster Linie der Staat, der den Gewerkschaften zu dem Einblick verhelfen müsse, ihre Interessen seien mit denen der Arbeitgeber prinzipiell kompatibel. Diesen Eindruck vermitteln zunächst vielmehr die Unternehmer selbst, indem sie sich im Tarifsystem konzessionsfähig und -willig zeigen, in welch engen Grenzen auch immer. Nach wie vor ist es nicht der Staat, der Tarifverträge über steigende Löhne und Gehälter abschließt, sondern Unternehmerverbände und Gewerkschaften arbeiten sich so lange an ihren (zumeist quantitativ) unterschiedlichen Interessen ab, bis sie zu einem Kompromiß gefunden haben. Vgl. dazu unten die Bemerkungen zur Selektivität und Legitimationsfunktion des autonomen interverbandlichen Konfliktaustrags, Abschnitt 1.5).

9) Streeck, Organisationsprobleme, 1981, a.a.O., S. 2, Hervorhebung i.T.

10) ebenda, S. 3

11) vgl. ebenda, S. 193-269

12) vgl. ebenda, S. 273-312

13) vgl. ebenda, S. 313-368

14) vgl. Popp, a.a.O., S. 131-134 und S. 190-200

15) ebenda, S. 132

16) Vgl. hierzu: Autorenkollektiv: Marxistische Gewerkschaftstheorie. Eine Einführung. West-Berlin 1976; Herkommer, Sebastian/ Bischoff, Joachim/ Lohauß, Peter/ Maldaner, Karlheinz/ Steinfeld, Friedrich: Gesellschaftsbewußtsein und Gewerkschaften. Arbeitsbedingungen, Lebensverhältnisse, Bewußtseinsänderungen und gewerkschaftliche Strategie von 1945 bis 1979. Hamburg 1979; Hack, Lothar/ Krause, Wulf/ Schmidt, Ute/ Wachutka, Werner: Klassenlage und Interessenorientierung; in: Sozialstruktur und politische Systeme. Hg. von Urs Jaeggi. Köln 1976, S. 197-221.

17) Vgl. hierzu: Deppe, Frank: Autonomie und Integration. Materialien zur Gewerkschaftsanalyse. Marburg 1979 (Schriftenreihe für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung, Bd. 9); Deppe, Frank u.a. (Hg): Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Köln 1977.

18) vgl. zum folgenden Herkommer u.a., a.a.O., S. 210-258
19) "Der mit der Existenz und Rückwirkung der Gewerkschaften auf die gesellschaftliche Entwicklung immer vorhandene Widerspruch zwischen Abstreifen der Individualität des als privater Warenbesitzer agierenden einzelnen Lohnarbeiters durch gewerkschaftliche Organisierung einerseits und Reproduktion der Individualität auf dieser Basis andererseits reflektiert sich in Phasen prosperierender ökonomischer Entwicklung darin, daß das größte Gewicht, das das persönliche Individuum gegenüber dem Klassenindividuum erhält, sich in einer wachsenden Kluft zwischen den Gewerkschaften als Klassenorganisation der Lohnabhängigen und dem Dasein der Lohnabhängigen als persönlichen Individuen ausdrückt." Ebenda, S. 241/42.
Dies ist sozusagen das marxistisch gewendete 'Olson-Dilemma'; anders ausgedrückt: Olsons Überlegungen zur Bedeutung des individuell-rationalen Nutzenkalküls für die verbandsförmige Organisation gewinnen - bezogen auf die Situation der Lohnabhängigen - erst dann an Bedeutung, wenn deren verbesserte ökonomische Lage ihre existentielle Bindung an die Gewerkschaften als Voraussetzung ihrer Reproduktion lockert.
20) ebenda, S. 255: "Dadurch tritt erstens die Bedeutung der Gewerkschaften als Assoziation zur Verteidigung der Lebenslage und als Assoziation der Arbeiterklasse gegen das Lohnsystem deutlicher hervor; die Fragen der gewerkschaftlichen Strategie und ihrer Veränderungen angesichts gewandelter Umstände gewinnen auch für den Lohnabhängigen persönlich zunehmend an Gewicht. Der Organisationsgrad der Gewerkschaften steigt, die Teilnahme an der Willensbildung der Assoziation und die Bereitschaft, selbst in ihren Aktionen tätig zu werden, wächst. Die Kongruenz zwischen den Diskussionen über gewerkschaftliche Strategie in den Organisationen und den die Mehrheit der Klasse bewegenden Fragen ist größer geworden, weil der Zusammenhang zwischen der Lebenssituation der einzelnen und der zentralen Funktion der Gewerkschaften bewußt geworden ist. Zweitens tritt jetzt deutlich hervor, daß trotz aller Unterschiede zwischen den einzelnen Abteilungen der Klasse, trotz der Abstufungen und Modifikationen der Stellung im Reproduktionsprozeß die Position der Lohnabhängigen im System der gesellschaftlichen Produktion gemeinsam ist, so daß alle tatsächlichen Unterschiede in den Arbeits- und Lebensverhältnissen dominiert werden von der allgemeinen sozialen Bestimmtheit ihrer Existenz, Lohnarbeiter zu sein. Drittens rückt das Bewußtsein in den Vordergrund, daß das gesellschaftliche System der Produktion alle anderen Lebensverhältnisse übergreift und daß sich trotz der Anstrengung um die Verbesserung der Lebenslage an dem repressiven, für den Lohnabhängigen und seine Familie feindlichen Produktionsverhältnissen nichts geändert hat."
21) vgl. unten, Abschnitt 4.3.2), zur Politik des DGB in der tiefen Wirtschaftskrise ab 1973/74.
22) Herkommer u.a., a.a.O., S. 251
23) vgl. oben, Abschnitt 1.2.3)
24) Vgl. unten, Abschnitt 2.3.2) sowie den Exkurs über Fragen des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft. Abschnitt 2.3.1).
25) Die hier eingestandenermaßen nur äußerst knapp angerissen wurde, vgl. oben, Anm. 1) zu diesem Abschnitt. So substantielle Arbeiten wie die von Bergmann u.a. oder Altvater/ Hoffmann/Semmler sind bislang nicht erwähnt worden, nicht etwa, weil die Verfasserin sie für irrelevant für das vorliegende Thema hielte. Sie werden vielmehr aufgrund ihrer vorrangig empirischen Orientierung an anderer Stelle ausführlich zu besprechen sein, bzw. in die in den folgenden Abschnitten zu entwickelnden eigenen gewerkschaftstheoretischen Überlegungen als Unterstützung und Ergänzung einfließen. Vgl. Bergmann, Joachim/ Jacobi, Otto/ Müller-Jentsch, Walther: Gewerkschaften in der Bundesrepublik. Gewerkschaftliche Lohnpolitik zwischen Mitgliederinteressen und ökonomischen Systemzwängen. Frankfurt/Köln 1974 (Studienreihe des Instituts für Sozialforschung Frankfurt a.M., Bd. 1); Altvater, Elmar/ Hoffmann, Jürgen/ Semmler, Willi: Vom Wirtschaftswunder zur Wirtschaftskrise. Ökonomie und Politik in der Bundesrepublik. Berlin 1979.
26) vgl. zu diesen Thesen das historische Kapitel der vorliegenden Arbeit.
27) vgl. hierzu ausführlich Bierbaum u.a., a.a.O., S. 35 ff
28) siehe hierzu oben, Abschnitt 1.2.1)
29) Bierbaum u.a., a.a.O., S. 12: "Insbesondere in Phasen der gesellschaftlichen Entwicklung, in denen auch die Mehrheit der Arbeitnehmer in wachsenden Proportionen am gesellschaftlichen Reichtum teilhaben kann und nicht die Angst um den Arbeitsplatz im Vordergrund steht,

scheint den Bedingungen von Erziehung und Bildung, den Möglichkeiten der Freizeitgestaltung und des Konsumverhaltens für das Bewußtsein der Arbeiter und erst recht der anderen Bevölkerungsgruppen eine dominierende Bedeutung zuzukommen. Die Stellung im gesellschaftlichen Reproduktionsprozeß kann zeitweilig durch diese Faktoren in den Hintergrund gedrängt werden."

30) ebenda, S. 50: "Solange der Reproduktionsprozeß in dieser Form verläuft, bilden daher die unzulänglichen sozialen Verhältnisse auf der einen Seite im Bewußtsein keinen Grund zum Zweifeln an der Sicherstellung der individuellen Reproduktion, und erscheinen auf der anderen Seite die gesellschaftlichen Verhältnisse als ausreichende Basis, um schrittweise bessere und gerechtere Lebensverhältnisse zu entwickeln. Die schlechte Realität wird in dem Bewußtsein wahrgenommen, daß es notwendig ist, die noch nicht durchgesetzte soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen."

31) ebenda, S. 49: "Der Staat ist vermittels der politischen Parteien diejenige gesellschaftliche Instanz, die dem Widerspruch zwischen den staatsbürgerlich sanktionierten Prinzipien von Freiheit, Gleichheit und Leistung und der kontinuierlichen Ungerechtigkeit der gesellschaftlichen Verhältnisse entscheidend abhelfen kann. Im Gesellschaftsbewußtsein der Lohnabhängigen ist darum der Staat bzw. sind seine parlamentarischen Glieder (Parteien etc.) die zentrale Instanz, die soziale Gerechtigkeit durchzusetzen hat und an die entsprechende Forderungen zu richten sind."

32) ebenda, S. 10/11: "Vielmehr sind es in jedem Moment, auch noch unter verschärften ökonomischen Bedingungen, beide Seiten des Lohnarbeitsverhältnisses, die das Bewußtsein von der Gesellschaft bestimmen. Zu unterscheiden ist lediglich, in welcher Richtung sich der dadurch konstituierte Widerspruch bewegt: Verstärkt sich die Einsicht in die gegensätzlichen Interessen von Lohnarbeitern und Kapital, oder befestigt die ökonomische Unsicherheit noch die Illusionen von Freiheit und Gleichheit des Individuums, das durch Leistung alles Unglück überwinden kann?"

33) ebenda, S. 49

34) ebenda, S. 42: "Die Willensverhältnisse, die die Individuen als Freie und Gleiche schließen, werden schließlich von ihrem Bewußtsein befestigt dadurch, daß sie als allgemeine Willensverhältnisse fixiert werden und dem Individuum in seiner Bestimmung als Staatsbürger zukommen."

35) Hierin spiegelt sich auch wieder das Problem, das oben als 'Olson-Dilemma' eingeführt wurde; je allgemeiner eine Forderung nach Problemlösung ausfällt, desto leichter kann sie an den Staat gerichtet werden, dessen Selbst-Legitimation als Wahrer des Allgemeininteresses partikulare Privilegierungen jedenfalls dann erheblich erschwert, wenn sie allzu offensichtlich ausfallen. Umgekehrt aber binden allgemein gehaltene, d.h.: hochgradig aggregierte und generalisierte Forderungen die Individuen nur wenig, sofern nicht der ganz außerordentliche Fall massenhafter Bewußtheit darüber vorliegt, daß die Realisierung allgemeiner Interessen letztlich auch dem Individuum selbst dient und deshalb ein persönlicher Einsatz sinnvoll ist.

36) Zoll, a.a.O., S. 107: "Der Ort, an dem der Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit am stärksten erlebt wird, ist der Betrieb. Hier wird der Gegensatz als Kampf erfahren, den die Arbeiter nur dann führen können, wenn sie Koalitionen bilden."

37) Bierbaum u.a., a.a.O., S. 49

38) vgl. oben, Abschnitte 1.2.2) und 1.2.3)

39) Bierbaum u.a., a.a.O., S. 42/43

40) ebenda, S. 57. Vgl. auch die Ausführungen von Hack u.a. zur Gleichgültigkeit gegenüber dem konkreten Arbeitsprozeß und der kollektiv-instrumentellen Interessenorientierung der Lohnabhängigen; Hack u.a., a.a.O..

41) vgl. Bierbaum u.a., a.a.O., S. 142 - 164

42) vgl. zur Dominanz der Freizeit- und Konsumorientierung der Lohnabhängigen in Zeiten der Prosperität Herkommer u.a., a.a.O., S. 240 - 242.

43) vgl. hierzu die im Abschnitt 1.3.1) vorgestellten Thesen von Herkommer u.a. sowie Autorenkollektiv, a.a.O., S. 81: Die Gewerkschaft wird nach Auffassung des Autorenkollektivs "infolge des stets anwachsenden Drucks auf die unmittelbaren Produzenten gezwungen sein, verstärkt radikale Forderungen ihrer Mitglieder zu berücksichtigen. In diesen Forderungen wird eine mehr oder minder klare Vorstellung über den Charakter der bürgerlichen Produktionsweise und die Notwendigkeit ihrer Veränderung zum Ausdruck kommen."

44) vgl. hierzu Bierbaum u.a., a.a.O., S. 51: "Gleichheit, Freiheit und Leistung des Individuums erscheinen auf dieser brüchigen Grundlage nicht mehr selbstverständlich als beständige Voraussetzung und Resultat des Wirtschaftskreislaufs, so daß in Zeiten zunehmender Verunsicherung diese Momente im Bewußtsein eine noch größere Bedeutung als zuvor erhalten und deshalb ihre Gewährleistung oder Wiederherstellung zur politischen Forderung erhoben werden kann. Auf der anderen Seite unterminiert dieser Prozeß die Vorstellung, daß die schrittweise Verwirklichung sozialer Gerechtigkeit durch die kontinuierlich funktionierende Ökonomie gewährleistet sei." Wohl nur so, nämlich prinzipiell zunächst einmal offen, kann der ideologische Erosionsprozeß als Auswirkung der ökonomischen Krise aufgefaßt werden. Ein Blick auf den Untergang der Weimarer Republik vermittelt mit voller Wucht die geschichtliche Lektion, daß es keinen wie immer gearteten automatischen Zusammenhang zwischen ökonomischer Krise und Auflösung ideologischer Trübungen des lohnabhängigen Interessenbewußtseins gibt; vgl. unten, Abschnitt 3.2).

45) vgl. etwa die Studie von Kudera u.a. zur bewußtseinsschärfenden Konflikterfahrung im Betrieb; Kudera, Werner u.a.: Gesellschaftliches und politisches Bewußtsein von Arbeitern. Abschlußbericht. Nürnberg 1976 (Sonderforschungsbereich Sozialisations- und Kommunikationsforschung - SFB 22 - der Universität Erlangen-Nürnberg). Siehe auch den Aufsatz von Herkommer zur Bedeutung arbeitsweltlicher Erfahrungen der Arbeiter für ihr Gesellschafts- und Politikbild; Herkommer, Sebastian: Gesellschaftsbild und politisches Bewußtsein. Gegen affirmative und defensive Sozialforschung; in: Argument 50, Sonderband zum 10. Jg., S. 208 - 222.

46) "Die Lohnarbeiter und ihr Zusammenschluß, die Gewerkschaft, bewegen sich zunächst auf der Ebene des kapitalistischen Marktes, auf der Ebene der Warenbesitzer, des Äquivalententausches, und bleiben so der Oberfläche der kapitalistischen Gesellschaft verhaftet, auf der die wirklichen Prozesse nur in bestimmten Formen erscheinen: der Lohnarbeiter als Besitzer der Ware Arbeitskraft, die er 'frei' verkauft, gegen ein Äquivalent eintauscht; der Kapitalist als Warenbesitzer, der dieses Äquivalent verkauft und die Arbeitskraft dafür eintauscht. Es ist die Ebene der formalen Freiheit und Gleichheit der Lohnarbeiter und Kapitalisten"; Zoll, a.a.O., S. 130/31.

47) vgl. ebenda, S. 128; Zoll setzt sich hier mit der Marx'schen Auffassung vom "doppelten Zweck der Gewerkschaften, die Konkurrenz der Arbeiter untereinander und die Konkurrenz überhaupt aufzuheben", auseinander. Allerdings weist Zoll zu Recht auf die Einsicht von Marx und Engels hin, daß ersteres ihre genuine Aufgabe ist, während letzteres von ihnen im Rahmen bewußter, programmatischer und organisatorischer Weiterentwicklung zum Ziel gemacht werden kann: "Vom Kampf der Gewerkschaften zur Abschaffung des Lohnsystems ist dagegen immer nur im Sinn einer Aufforderung die Rede..."; ebenda, S. 129.

48) ebenda, S. 131

49) vgl. oben, Abschnitt 1.2.1), zur Offe'schen Definition der Organisations- und Konfliktfähigkeit von Interessen.

50) vgl. dazu oben, Abschnitt 1.2.3)

51) Sohn, Karl-Heinz: Berufsverband und Industriegewerkschaft. Organisationsprinzipien der deutschen Gewerkschaften. Köln 1964, S. 29

52) ebenda, S. 29; vgl. hierzu ausführlich die Darstellung des occupational-community-Konzepts von Lipset bei Streeck, Organisationsprobleme, 1981, a.a.O., S. 54 ff.

53) vgl. ebenda, S. 59 ff; zur historischen Entwicklung vom Berufsverband zur Industriegewerkschaft siehe unten, Abschnitt 3.1)

54) vgl. hierzu Crusius, Reinhard/ Wilke, Manfred: Elemente einer Theorie der Gewerkschaften im Spätkapitalismus. Berlin 1971 (Schriftenreihe Kritische Gewerkschaftspolitik), S. 30; Beier, Gerhard: Elemente einer Theorie der gewerkschaftlichen Entwicklung. Autonomie, Funktion, Struktur und Aktion; in: Gewerkschaftliche Politik: Reform aus Solidarität. Zum 60. Geburtstag von Heinz O. Vetter. Hg. von Ulrich Borsdorf, Hans O. Hemmer, Gerhard Leminsky und Heinz Markmann. Köln 1977, S. 191 - 218, besonders S. 210; ders.: Einheitsgewerkschaft. Zur Geschichte eines organisatorischen Prinzips der deutschen Arbeiterbewegung; in: Archiv für Sozialgeschichte, XIII. Bd., 1973, S. 207 - 242.
Demgegenüber sind Zweifel anzumelden an der Zoll'schen Einschätzung des Industrieverbandsprinzips als Entsprechung der Forderung nach maximaler Organisation "alle(r) Arbeiter .... ohne Ansehen von Rasse, Geschlecht, Religion, Qualifikation oder anderen Unterscheidungsmerkmalen"; Zoll, a.a.O., S. 106, Hervorhebung d. Verf. Vielmehr wird hier jeweils nur ein

Ausschnitt aus der Klasse der Lohnabhängigen organisiert, der sich von den anderen durch den jeweils spezifisch bestimmten Prozeß der Produktion verschiedener Gebrauchswerte unterscheidet, an dem er konkret beteiligt ist.

55) Vgl. Zoll, a.a.O., S. 108: "Die Knechtungssituation im Betrieb macht den Klassengegensatz erfahrbar; das Bewußtsein der Ausbeutung erlangt der Arbeiter jedoch erst dann, wenn er sich gegen die Herrschaft des Kapitals auflehnt, wenn er sie im Streik abschüttelt und sich - wie vorübergehend auch immer - von ihr befreit." Wenn also der Betrieb nicht mehr hauptsächliches Aktionsfeld der Gewerkschaften ist und Streiks nur noch in Situationen und in einem Umfang stattfinden, die auf die branchenspezifische Wirtschaftslage Rücksicht nehmen - wo sollen dann die Erfahrungen gemacht, vor allem aber verarbeitet, interpretiert und verallgemeinert werden, die die Grundlage für die Entstehung des 'Bewußtseins der Ausbeutung' bilden? Eine Herrschaft, von der sich die Beherrschten in dem Rahmen 'befreien', in dem es der Herrschende selbst noch verkraften kann, dürfte sich als außerordentlich flexibel und daher höchst dauerhaft erweisen.

56) vgl. Gimbel, Hans-Dieter: Sozialistengesetz und "große Depression". Die deutsche Gewerkschaftsbewegung von der Wirtschaftskrise 1873 bis zum Kölner Parteitag der deutschen Sozialdemokratie 1893; in: Deppe u.a. (Hg), Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, a.a.O., S. 44 - 61, hier S. 59/60; Schmidt, Jutta/ Seichter, Wolfgang: Die deutsche Gewerkschaftsbewegung von der Mitte der neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg; ebenda, S. 62 - 93, hier S. 81; Beier, Theorie der gewerkschaftlichen Entwicklung, a.a.O., S. 209/210: "Die optimale Größe der organisatorischen Einheit ist keineswegs konstant, sondern resultiert aus der allgemeinen wirtschaftlichen Entwicklung, aus der branchenspezifischen Größe der Betriebe und des jeweils vorgegebenen Arbeitsmarktes. Wo es nur einen lokalen oder regional eng begrenzten Arbeitsmarkt gab, genügte die örtliche, zünftlerisch beschränkte (!) Organisation. ... Richtungweisend und maßgebend ist also die allgemeine Konzentrationsbewegung in Wirtschaft, Gesellschaft und Staat, und zwar aufsteigend von der regionalen Ebene über die nationale zur kontinentalen und globalen Integration. Die Gewerkschaften erzielen Vorteile, wo sie dieser Konzentrationsbewegung vorauseilen." Wer so ungebrochen dem hochgradig aggregierten Interessenverfolg das Wort redet, übersieht, daß sich mit wachsendem Grad der Interessenverallgemeinerung die Bindung zwischen dem einzelnen Interessenträger und 'seiner' Organisation immer mehr lockert.

57) vgl. Conert, Hansgeorg: Gewerkschaften heute: Ordnungsfaktor oder Gegenmacht? Funktion und Strategie der Gewerkschaften im Spätkapitalismus. Offenbach, 5. Aufl., 1973 (Reihe Betrieb und Gewerkschaften, hg. vom Sozialistischen Büro), S. 49: "Die Tarife orientieren sich dabei am 'Grenzbetrieb', das heißt, an dem ungünstigsten Kostenbild, der die vorgesehene Erhöhung gerade noch zu tragen imstande ist. Das bedeutet aber, daß die anderen Unternehmen eine 'Differentialrente' in Höhe des Betrags gewinnen, den sie nach ihrer günstigeren Kostenlage für Lohn- und Gehaltserhöhungen zu verausgaben imstande gewesen wären." Zur Durchschnittsorientierung der gewerkschaftlichen Lohnpolitik vgl. auch Bergmann, Joachim: Organisationsinterne Prozesse in kooperativen Gewerkschaften; in: Leviathan, Jg. 1973, S. 242 - 253, hier S. 250

59) vgl. Teschner, Eckart: Zentralisierte Lohnpolitik und betriebliche Lohnbildung; in: Gewerkschaften und Klassenkampf. Kritisches Jahrbuch 1972. Hg. von Otto Jacobi, Walther Müller-Jentsch, Eberhard Schmidt. Frankfurt 1972, S. 134 - 144, hier S. 137 ff; sowie zum empirischen Befund: Robak, Brigitte: Industriezweigstruktur und übertarifliche Entlohnung. Berlin/ München 1978 (Volkswirtschaftliche Schriften, 271).

58) vgl. dazu unten, Abschnitt 3.4.3), zum westdeutschen Betriebsratssystem.

60) vgl. Conert, a.a.O., S. 49/50

61) vgl. hierzu Zoll, a.a.O., S. 118: "Ein auf reine Lohnforderungen begrenzter Konflikt bekommt dann eine politische Dimension, wenn er den Preis der Ware Arbeitskraft weit über ihren Wert hochtreibt; denn eine gewichtige Reduktion der Profitrate - eine Erhöhung der Lohnrate geht unter sonst gleichen Bedingungen auf Kosten der Profitrate - ruft im Kapitalismus Krisen oder krisenähnliche Erscheinungen hervor". Vgl. dazu unten das Kapitel über Verbändestellungnahmen zur Wirtschaftsentwicklung, besonders die Aussagen zur Verteilungspolitik und Inflation nach 1969.

62) vgl. zu Strukturkrisen- und Strukturpolitikfragen ausführlich das Kapitel über Verbändestellungnahmen zur Wirtschaftsentwicklung sowie empirisch zur westdeutschen Wirtschaft: Saß, Peter: Die Untersuchung der Profitraten-Unterschiede zwischen den westdeutschen

Industriebranchen nach dem 2. Weltkrieg. Tübingen 1975 (Veröffentlichungen der Hochschule für Wirtschaft und Politik, Hamburg).

63) Sofern man nicht von der Monetarisierungs-Methode zur Vernichtung von bestimmten Arbeitsplätzen durch Zahlung einer Abfindungsprämie etc. ausgeht, liegt es nahe, verfehlte ökonomische Strukturen zum Wandel zu veranlassen, indem beispielsweise die Forschung intensiviert, die Entwicklung neuer Produktionsverfahren angeregt, bestimmte Standorte begünstigt werden usw. All dies sind jedoch Fragen, die nicht auf der Ebene von mehr oder weniger Geld für alle Beteiligten allein beantwortet werden können, sondern inhaltliche Entscheidungen verlangen, welche Produktionsverfahren gefördert, welche Standorte begünstigt werden sollen usw. Derartige Entscheidungen fallen aber stets zugunsten eines sehr viel deutlicher begrenzten Bündels von inhaltlich bestimmten, eben qualitativen, Interessen aus als jede Monetarisierungsstrategie, und angesichts dieser ihrer deutlicher wahrnehmbaren Selektivität bringen sie auch weitaus gravierendere Legitimationsprobleme mit sich als jene.

64) Siehe zu letzterem Punkt ausführlich den Abschnitt 1.4.2) über Kapitalverbände.

65) Dieses Begriffspaar geht auf die äußerst materialreich und umfassend angelegte, bereits erwähnte Studie von Bergmann u.a. zurück, die die Gewerkschaften danach analysieren, wie sie sich im Spannungsfeld 'zwischen Mitgliederinteressen und ökonomischen Systemzwängen' jeweils verhalten. Bergmann u.a. unterscheiden dabei zwei grundsätzliche strategische Varianten: "Kooperative Gewerkschaften versuchen, die Mitgliederinteressen durch Anpassung ihrer tarifpolitischen Forderungen und Strategien an die konjunktur- und wachstumspolitischen Erfordernisse zu realisieren. Sie passen ihre Lohn- und Tarifpolitik unter Abwägung der verschiedenen Teilinteressen den ökonomischen Konzessionsspielräumen an und lassen sich - bei institutionalisierter Einkommenspolitik - auf die Orientierungsdaten und Leitlinien staatlicher Wirtschaftspolitik ein. - Konfliktorische Gewerkschaften versuchen, die artikulierten Mitgliederinteressen durch unmittelbare Umsetzung in tarifpolitische Forderungen und Strategien zu realisieren und lehnen eine Einbettung ihrer Lohnpolitik in die konjunkturpolitische Wirtschaftssteuerung ab. Bei ihren Forderungen werden sie wohl die bestehenden Markt- und Machtverhältnisse in Rechnung stellen, eine Verantwortung für den Gesamtzustand der Ökonomie jedoch ablehnen"; Bergmann u.a., a.a.O., S. 34/35. Bergmann u.a. benennen die Wirtschaftsentwicklung als entscheidende Rahmenbedingung dafür, welche Variante der gewerkschaftlichen Politik sich jeweils durchsetzt; ebenda, S. 39.

Auch die vorliegende Arbeit betrachtet die Stellung der Gewerkschaft zwischen Interessenmaterial und ökonomischen Rahmenbedingungen, betont jedoch im Gegensatz zu Bergmann u.a. die Bedeutung organisatorischer Strukturen vor jeder Entscheidung darüber, welche Politik die Organisation verfolgt. In der strukturellen Selektivität des Industrieverbandssystems scheint nach der hier vertretenen Auffassung nämlich das fundamentale Vermittlungsglied zwischen 'Mitgliederinteressen und ökonomischen Systemzwängen' zu bestehen, das stets neu für die Priorisierung bestimmter, 'systemverträglicher' Interessen sorgt. Dabei wird hier größter Wert auf die Feststellung gelegt, daß diese industriegewerkschaftliche Struktur eine durchaus adäquate Antwort der Organisation auf die Umwelt ist, die sie vorfindet, und nicht etwa Ausdruck eines 'Verrats' der Gewerkschaftsführung an der 'historischen Mission der Arbeiterklasse'. Vielmehr ist schon in der kapitalistisch geprägten Umwelt der Gewerkschaften angelegt, daß bis auf weiteres nur diejenigen Interessen den Lohnabhängigen selbst bewußt werden und damit gesellschaftliche Macht erlangen, die nicht in prinzipiellem Widerspruch zum kapitalistischen System stehen. Und der eventuell zu erhebende Vorwurf, die Gewerkschaften vernachlässigten die ihnen potentiell mögliche Aufklärungsarbeit an der Basis, kann sinnvoll nur vor dem Hintergrund konkreten historischen Materials abgehandelt werden; vgl. dazu unten, Kapitel 3.).

66) siehe unten, ebenda

67) vgl. hierzu Zoll, a.a.O., S. 110 -113

68) vgl. hierzu idealtypisch Pfromm, Hans-Adam: Solidarische Lohnpolitik. Zur wirtschaftlichen und sozialen Problematik tariflicher Lohnstrukturnivellierung. Köln/Frankfurt 1978

69) Dieses Extrem ist realhistorisch dauerhaft ebenfalls nicht vorfindbar, da - wie beschrieben - auch das Selbstbewußtsein der Lohnabhängigen als freie und gleiche Warenbesitzer nie völlig widerspruchsfrei und stabil sein kann; vgl. oben, Abschnitt 1.3.2).

70) Forderungen von Einzelgewerkschaften an den zur gesamtgesellschaftlichen Legitimation verpflichteten Staat werden in der Regel strukturpolitischer Natur sein, in Anbetracht der

dominierenden Branchenorientierung dieser Organisationen. Es steht zu vermuten, daß sich hier jene oben erwähnte Konstellation 'querliegender' Bündnisse wiederholt, in der Kapital und Gewerkschaften in notleidenden Wirtschaftsbranchen gemeinsam auftreten und staatliche Problemlösungen fordern werden. Es kann nicht theoretisch vorab geklärt werden, ob diese Forderungen inhaltlich immer auf protektionistische Maßnahmen hinauslaufen müssen; fest steht jedoch, daß sie zwar über die Klassengrenzen hinaus verallgemeinert sind, aber innerhalb der Konkurrenz um politischen Einfluß auf die Interessenbündnisse der prosperierenden Branchen mit 'ihren' Gewerkschaften stoßen werden, die die Priorisierung dieser inhaltlich deutlich abgrenzbaren Interessen ebensowenig widerspruchslos hinnehmen werden wie der Rest der Bevölkerung. Die empirischen Kapitel der vorliegenden Arbeit über wirtschaftspolitische Verbände- und Parteienstellungnahmen werden zeigen, daß das größte Problem strukturpolitischer Maßnahmen in ihrer ganz offenkundigen und daher besonders schwer zu legitimierenden Selektivität besteht.

71) Auf das Problem konkurrierender Gewerkschaftsorganisationen soll hier nicht näher eingegangen werden; zur Begrenzung auf Monopolgewerkschaften, siehe oben, Einleitung.

72) Siehe dazu unten, Abschnitt 2.3.2), über die Zusammenhänge zwischen Verbände- und Parteiensystem sowie dem Staat.

73) Zu den einzelnen legitimatorischen Dimensionen des Gewerkschaftshandelns, besonders im Tarifsystem, siehe unten, Abschnitt 1.5) zur Tarifpolitik zwischen Lohnarbeit und Kapital.

1.4) Konkretion interessengruppentheoretischer Überlegungen (II): Die Arbeitgeberverbände

1) vgl. hierzu von Beyme, a.a.O., S. 203 ff; Weber, a.a.O., S. 359 ff.

2) Diese These läßt sich nicht nur mit dem Hinweis auf die äußerst geringe Zahl marxistischer Unternehmerverbandsstudien belegen, sondern auch durch die Tatsache, daß gerade von marxistischen Positionen aus eine Unmenge von Gewerkschaftsanalysen vorliegen, die nicht über die Konstatierung des strukturellen Übergewichts 'des Kapitals' hinausgehen. Im weiteren Verlauf dieses Abschnitts werden einige vergleichende Untersuchungen über Unternehmerverbände und Gewerkschaften vorgestellt werden; keine einzige davon basiert auf genuin marxistischen Positionen.

3) Weber, a.a.O., S. 86; Weber bezieht in diese Gruppen weiterhin die anderen Berufsverbände sowie die Verbraucherorganisationen ein.

4) ebenda, S. 363; vgl. auch: Krüger, Hartmut: Interessenpolitik und Gemeinwohlfindung in der Demokratie. München 1976, S. 110 - 135; Stolleis, Michael: Gemeinwohl und Minimalkonsens. Öffentliche und private Interessen in der Demokratie; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 3/78, S. 37 - 45. Eine extreme Position in dieser Frage vertritt Kremendahl, a.a.O., S. 265, wenn er auf die Kritik Offe's an der Tatsache struktureller Dominanz des etablierten Verbändesystems über weniger organisations- und konfliktfähige Interessen antwortet, diese Kritik "berücksichtigt die Frage zu wenig, ob denn die Interessen, deren Vernachlässigung sie beklagt, auf der empirischen Prioritätenskala der Bevölkerung tatsächlich einen hohen Rang einnehmen, oder ob eine jeweilige Disparität nicht auch (nicht nur) ein Indiz für andere, im pluralistischen Prozeß folglich besser berücksichtigte Schwerpunkte ist"; Hervorhebung i.T..

5) Braunthal, Gerard: The federation of German industry in politics. Ithaca/N.Y. 1965; vgl. hierzu auch zusammenfassend ders.: Wirtschaft und Politik: Der Bundesverband der Deutschen Industrie; in: Interessenverbände in Deutschland. Hg. von Heinz Josef Varain. Köln 1973, S. 277 - 294.

6) Braunthal, federation, 1965, a.a.O., S. 337; vgl. ebenda, S. 192-335. Braunthal definiert seine forschungsleitende Frage wie folgt, ebenda, S. 339: "Does industry in Germany exert enough leverage on the decision-makers to dominate its politics? Do the competing interest groups counterbalance each other sufficiently to reduce the power of German industry to a tolerable level? Do the activities of the BDI benefit or harm the democratic state?"

7) ebenda, S. 345

8) ebenda, S. 343 und S. 345

9) ebenda, S. 345

10) ebenda, S. 346

11) ebenda, S. 348

12) ebenda, S. 349

13) zur Korporatismusdiskussion insgesamt, vgl. oben, Abschnitt 1.1.2)
14) Bezeichnenderweise hat Abromeit ihre Kritik des korporatistischen Ansatzes unter anderem mit Blick auf die Rolle der Unternehmerorganisationen begründet. Diese nämlich entsprächen weder dem Postulat der Chancengleichheit aller drei beteiligten Akteure, noch könne ohne weiteres angenommen werden, sie richteten sich an der Forderung nach interner Verpflichtungsfähigkeit bzw. Selbstdisziplinierung aus; vgl. Abromeit, Staat und Wirtschaft, 1981, a.a.O., S. 37 sowie S. 182/83.
15) vgl. etwa Braunthal, federation, 1965, a.a.O., S. 343; des BDI "political thrust is weakened by internal conflicts: there are too many feuds between basic and consumer goods industries, between big and small firms, and between export-oriented and domestic-marked-oriented industries; also, there are occasional feuds between industry and other sectors of business."
16) vgl. zum folgenden Simon, Walter: Personelle, institutionelle und sachliche Aspekte der Verflechtung von Unternehmerverbänden und Staat; in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 2/75, S. 138-157; ders.: Macht und Herrschaft der Unternehmerverbände. BDI, BDA und DIHT im ökonomischen und politischen System der BRD. Köln 1976; Fjodorow, Rafael P.: Die anonyme Macht. Rolle der Unternehmerverbände in der BRD. Frankfurt 1976.
17) ebenda, S. 186/87
18) Wäre dem so, dann gäbe es kein prinzipielles Hindernis für die völlige Gleichstellung von DGB und BDA - der Gewerkschaftsbund müßte 'nur' noch genauso vermögend werden wie die Arbeitgeberorganisation - ein gänzlich quantitativ zu lösendes Problem!
19) Ehrlich, a.a.O., S. 45; vgl. auch ebenda, S. 31/32
20) Buchholz, a.a.O., S. 102-140
21) Weitbrecht, a.a.O., S. 89-106; vgl. dazu unten im einzelnen Abschnitt 1.5)
22) Vgl. etwa Teubner, a.a.O., S. 239-259; Teubner geht einerseits sehr präzise der Frage nach, wie der vierfache Zielkonflikt der Tarifverbände - zwischen Kompromiß-, Verpflichtungs-, Konsens- und Durchsetzungsfähigkeit - durch binnenorganisatorische Reformen gelöst oder jedenfalls in seinen Auswirkungen gemildert werden könne. Sein funktionalistisch-systemtheoretischer Ansatz versperrt ihm jedoch systematisch den Zugang zu den unterschiedlichen gesellschaftlichen Machtpositionen sowohl der erfaßten Interessen als auch der auf ihnen aufbauenden Organisationen; vgl. ebenda, S. 115-119 sowie S. 164-167.
23) vgl. hierzu: Hondrich, Karl-Otto: Die Ideologien von Interessenverbänden. Eine strukturell-funktionale Analyse öffentlicher Äußerungen des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Berlin 1963; Raehlmann, Irene: Der Interessenstreit zwischen dem Deutschen Gewerkschaftsbund und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände um die Ausweitung der qualifizierten Mitbestimmung. Eine ideologiekritische Untersuchung. Köln 1975 (Schriftenreihe: Stiftung Mitbestimmung - Hans-Böckler-Gesellschaft -, Bd. 6)
24) vgl. Streeck, Wolfgang: Das Dilemma der Organisation - Tarifverbände zwischen Interessenvertretung und Stabilitätspolitik; in: Meißner, Werner/ Unterseher, Lutz (Hg): Verteilungskampf und Stabilitätspolitik. Bedingungen der Tarifauseinandersetzungen. Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1972, S. 130-167
25) vgl. dazu unten, Abschnitt 1.5), zu den Legitimationsfunktionen des Tarifsystems
26) So schreibt Weber, a.a.O., S. 360, über "Vetopositionen und Reformpolitik": "Ohne Zweifel bildet sich mit der pluralistischen Organisation gesellschaftlicher Interessen ein Gefüge von Barrieren gegenüber dem politischen Veränderungswillen welcher parlamentarischen Mehrheit auch immer heraus. Manche Barrieren sind leichter, andere schwerer zu überwinden, und wenn es der Regierung gelingt, sich der Unterstützung einer organisierten Gruppe für ihre Politik zu versichern, ruft dies häufig einen um so heftigeren Widerstand anderer beteiligter Gruppen hervor."
Gegenüber einer derartigen Auffassung ist daran festzuhalten, daß nicht 'welche parlamentarische Mehrheit auch immer' in ihrem Bestreben nach gesellschaftlichen Veränderungen blockiert wird, sondern nur diejenige, die Systemgrundlagen tangieren will, da keine Regierung bei Strafe der Investitionszurückhaltung und der daraus folgenden Krise sowie der als Konsequenz abbröckelnden Massenloyalität zentrale Kapitalinteressen verletzen darf.
27) Diesem Verdikt unterliegt auch die ansonsten außerordentlich materialreiche Studie von Abromeit, Staat und Wirtschaft, 1981, a.a.O., deren empirische Ergebnisse weiter unten

diskutiert werden sollen; vgl. Abschnitt 3.4.2).
Hier wird vielmehr kritisiert, daß Abromeit auch die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände analysiert und in ihre Ergebnisse einbezieht, ohne zu berücksichtigen, daß die Funktion von Arbeitgeberorganisationen überwiegend nicht im Bezug auf den Staat besteht. Auch der unterehmerische (Arbeitgeber-)Dachverband richtet sich mehr als seine Mitgliederverbände direkt gegen den Staat; dennoch hätte Abromeit ihre Ergebnisse in Hinblick auf die nur partielle Staatsorientierung bestimmter Unternehmerverbände relativieren bzw. einordnen müssen; vgl. ebenda, S. 36-40. Vgl. zum Etatozentrismus neuerer Verbandsstudien auch Sonnenborn, Hans-Peter: Die Einstellung von Interessenverbänden zur Stabilisierungspolitik. Dargestellt am Beispiel des Bundesverbandes der Deutschen Industrie. Frankfurt/Bern/Cirencester (UK) 1980, bes. S. 231-242.

28) Vgl. hierzu die Arbeit von Huppert, Walter: Industrieverbände. Organisation und Aufgaben. Probleme und neue Entwicklungen. Berlin 1973 (Untersuchungen über Gruppen und Verbände, 12), der zu der durch nichts belegten Auffassung vom schwindenden politischen Einfluß der Industrieverbände gelangt, sowie: Baur, Georg Friedrich: Die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft. Versuch einer ordnungspolitischen Standortbestimmung. St. Gallen, Diss. 1979; und Müller-Vogg, Hugo: Public Relations für die Soziale Marktwirtschaft. Die Öffentlichkeitsarbeit der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, des Bundesverbandes der Deutschen Industrie und des Instituts der Deutschen Wirtschaft zwischen 1966 und 1974: München 1979.

29) Es erübrigt sich an dieser Stelle, analog zu den Überlegungen hinsichtlich der Gewerkschaften einen eigenständigen Abschnitt über das Kapitalinteresse als solches vorauszuschicken, da es im Gegensatz zu dem lohnabhängigen Interesse keine fundamentalen, sondern nur konkurrenzbedingte Widersprüche enthält, die allerdings sehr genau in ihren Auswirkungen zu berücksichtigen sein werden.

30) Dies gilt eben nicht in demselben Ausmaß für die Lohnabhängigen und ihre Organisation, da der einzelne Arbeitnehmer nicht in der Lage ist, seine Reproduktion autonom zu sichern. Dies soll nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich im Verlauf der historischen Entwicklung die Bindungen zwischen lohnabhängiger Basis und Gewerkschaften gelockert haben; siehe dazu unten, Abschnitt 3.4.1). Es gilt jedoch festzuhalten, daß für die Lohnabhängigen die Existenz möglichst starker Gewerkschaften prinzipiell unverzichtbar ist, als Resultat ihrer strukturellen gesellschaftlichen Abhängigkeit vom Kapital.

31) Damit liegt der Modellfall vor, der den Ausgangspunkt für die bereits eingeführten Überlegungen Olsons bildet. Diese Theorie geht davon aus, "daß große oder latente Gruppen sich nicht schon deswegen zum Zwecke koordinierten Handelns organisieren, weil sie als Gruppe einen Grund dafür haben ..."; Olson jr., Mancur: Die Logik des kollektiven Handelns. Kollektivgüter und die Theorie der Gruppen. Tübingen 1968 (Die Einheit der Gesellschaftswissenschaften, 10), S. 64, Hervorh. i.T. Gerade bei Großverbänden wisse der Einzelne sehr genau, daß diese Organisationen ihre Aufgaben auch dann erfüllen könnten, wenn er als einzelnes Individuum nicht beitritt. Olson entwickelt seine Theorie zwar ausgerechnet am Verhältnis des Arbeiters zur Gewerkschaft, das durch den rationalen Nutzenkalkül des einzelnen bestimmt werde, der wisse, daß er sein Eigeninteresse an hohen Einkommen nicht allein durch den Beitritt zur Gewerkschaft, sondern auch durch seine individuelle Arbeitszeit und -leistung realisieren könne; ebenda, S. 8. Jedoch gilt dies - wie gesagt - weitaus weniger für die Lohnabhängigen als für das wirtschaftlich autonome Kapital, für dessen verbandsförmigen Zusammenschluß Olsons These uneingeschränkt Gültigkeit hat: "Wenn die Mitglieder einer großen Gruppe rational danach streben, ihre persönliche Wohlfahrt zu maximieren, werden sie nicht so handeln, daß ihre gemeinsamen oder Gruppenziele erreicht werden, sofern sie nicht durch Zwang dazu genötigt werden, oder aber den einzelnen Mitgliedern der Gruppe zusätzlich zu der Verwirklichung des gemeinsamen oder Gruppen-Interesses ein besonderer Anreiz geboten wird..."; ebenda, S. 2, Hervorhebung i.T. Zur Geschichte der Zwangsorganisationen sowie zur historischen Entwicklung zunehmender interner Serviceleistungen in Unternehmerverbänden, vgl. das historische Kapital der vorliegenden Arbeit sowie Rampelt, Jörg: Zur Organisations- und Entscheidungsstruktur in westdeutschen Unternehmerverbänden. Ein Literaturbericht. Berlin 1979 (Discussion Papers, Internationales Institut für Management und Verwaltung, 79, 111), S. 16-36.

32) vgl. zu den verschiedenen theoretischen Positionen in dieser Frage: Mandel, Ernst: Der Spätkapitalismus. Versuch einer marxistischen Erklärung. Frankfurt, 3. Aufl., 1974, S. 464

ff; Altvater/Hoffmann/Semmler, a.a.O., S. 40-60; Hirsch, Joachim: Staatsapparat und Reproduktion des Kapitals. Projekt Wissenschaftsplanung 2. Frankfurt 1974, S. 29-49; Katzenstein, Robert: Zur Frage des tendenziellen Falls der Profitrate; in: Schleifstein, Josef u.a. (Hg): Beiträge zur "Stamokap"-Debatte. Köln 1973, S. 37-48; sowie empirisch Saß, a.a.O., S. 24 ff.

33) Mandel, a.a.O., S. 465

34) Diese Formulierung sollte nicht dahingehend mißverstanden werden, als ob irgendwo ein 'braintrust' mächtiger Oligopole solche Strategien bewußt 'ausheckte'. Vielmehr ergeben sie sich aus dem Zusammenwirken der vielen einzelkapitalistischen Arten und Weisen des Interessenverfolgs, die zugleich Ursachen der und Reaktionen auf die gesetzmäßigen Entwicklungen des ökonomischen Prozesses sind.

35) Die sich mittlerweile häufenden Fälle, in denen marode Großbetriebe enorme staatliche Sanierungsleistungen unter Hinweis auf die sonst massenhaft gefährdeten Arbeitsplätze erzwingen konnten und können, belegen schlagend, daß nicht nur florierende Wirtschaftsriesen besonders durchsetzungsfähig sind. In Anlehnung an die oben zitierte Definition Offe's könnte man formulieren: Je größer das Unternehmen, desto eher durchsetzbar die Forderung nach Rettungsaktionen Dritter, denn desto größer die androhbare Leistungsverweigerung, keine Arbeitsplätze, Aufträge für andere Unternehmer und Steuern mehr bereitzustellen.

36) Es liegt in der (kapitalistischen) Natur der Sache, daß die einzelnen Unternehmen sich wenig Gedanken über die Tatsache machen, daß das Äquivalent fehlender Lohnkosten (bzw. Lohnkostensteigerungen) in fehlender Massenkaufkraft besteht, die jedenfalls auf die Konsumgüterbranchen verheerend wirken müßte. Insofern tragen die Gewerkschaften durch ihre Forderungspolitik zur Reproduktion des Kapitalismus bei - dies entspricht ihrer Rolle, die Reproduktion der Lohnabhängigen als Verkäufer der aus kapitalistischer Sicht unverzichtbaren Ware Arbeitskraft zu gewährleisten. Siehe dazu auch unten, Abschnitt 1.5), zur Legitimationsfunktion des Tarifsystems.

37) Zur Unterscheidung durchschnittlicher von maximalistischen und quantitativer von qualitativen Interessen, siehe oben, Abschnitt 1.3.3).

38) Für sturkturpolitische Probleme sind nicht die branchenspezifischen Arbeitgeberverbände, sondern die fachlichen Wirtschaftsverbände zuständig; vgl. Huppert, a.a.O., S. 46, sowie den weiteren Fortgang dieses Abschnitts.

39) Auf politischer Ebene hätten die Lohnabhängigen selbstverständlich die Möglichkeit, sich in den Parteien Instrumente zur Interessendurchsetzung zu suchen bzw. zu schaffen. Jedoch ist deren Handlungsspielraum deutlich begrenzt gegenüber dem der Gewerkschaften, wie im nächsten, parteitheoretischen Kapitel ausführlich zu zeigen sein wird.

40) Vgl. Schmitter in von Alemann, Neokorporatismus, 1981, a.a.O., S. 77-79, sowie Abromeit, Staat und Wirtschaft, 1981, a.a.O., S. 182/83

41) Gemeint ist damit die nationale überfachliche Spitzenorganisation, nicht der Dachverband für verschiedene regionale, aber insgesamt innerhalb einer Branche angesiedelte Arbeitgeberverbände.

42) Derartige Argumentationen liefen bei Arbeitgeberverbänden auf eine Koppelung von Exportentwicklung und - entsprechend anzupassender - Lohnpolitik hinaus.

43) Ganz extrem würde dieser Interessengegensatz, wenn beispielsweise florierende Exportchancen eine Politik massiver Lohnzugeständnisse betrieben, um 'ihre' Gewerkschaften zu befrieden, und damit weniger prosperierende Sektoren unter gewerkschaftlichen Druck gerieten, in gleichem Umfang nachzuziehen.

44) Der direkte Einfluß einzelner Wirtschaftsgiganten auf die Politik ist in der Forschung stark vernachlässigt worden, sieht man einmal von der Theorie des Staatsmonopolistischen Kapitalismus ab, die daraus gleich den Dreh- und Angelpunkt staatlichen Handelns im Kapitalismus macht. Dieser Frage kann auch im Rahmen der vorliegenden Arbeit nicht nachgegangen werden, da es hier explizit um die verbandsförmige Variante kapitalistischen Interessenverfolgs geht. Vgl. zu diesem Thema v. Beyme, a.a.O., S. 37/38.

45) 'Defensiv' bezieht sich auf die prinzipielle Verteidigung des Status quo gegen jede Veränderung, die zu Ungunsten kapitalistischer Interessen wirken könnte, seitens der Arbeitgeberverbände; dies schließt keinesfalls aus, daß zum Zweck dieser Verteidigung sehr wohl äußerst offensive Argumentations- und Handlungsmuster entwickelt werden können.

46) Daher stellen sie einen der wenigen verbandsförmigen Bereiche dar, in dem der Etatozentrismus der Verbändeforschung eine gewisse Berechtigung hat; ein zweiter ist das Kapital

der historischen Entstehung von Verbänden überhaupt; vgl. dazu unten, Abschnitt 3.1).

47) vgl. dazu Abromeit, Staat und Wirtschaft, 1981, a.a.O., S. 184-187

49) vgl. hierzu Streeck, Organisationsprobleme, 1981, a.a.O., S. 223

49) Zu diesem Terminus, vgl. Eickhof, Norbert: Eine Theorie der Gewerkschaftsentwicklung. Tübingen 1973, bes. S. 201-203.

50) Greven, a.a.O., S. 138

1.5) Legitimationsleistungen und -probleme der Verbände von Lohnarbeit und Kapital - Das Herzstück des Tarifsystems

1) Rammstadt/Rönsch, a.a.O., S. 152; vgl. zu dieser Thematik auch: Habermas, Jürgen: Legitimationsprobleme im modernen Staat; in: PVS, Sonderheft 7/76: Legitimationsprobleme politischer Systeme, hg. von Peter Graf Kielmannsegg; S. 39-61.

2) vgl. zu diesem Prozeß allgemein, oben, Abschnitt 1.2.3) sowie Greven, a.a.O., S. 148-165

3) Rammstedt/Rönsch, a.a.O., S. 151; vgl. zu dieser Beschreibung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft unten, Exkurs 2.3.1).
Zu der subjektiv-psychischen Entsprechung dieser Zersplitterung legitimations- und damit sinnstiftender Instanzen, vgl. Horn, Klaus/Schülein, Johann August: Politpsychologische Bemerkungen zur Legitimationskrise; in: PVS, Sonderheft 7/76, a.a.O., S. 123-178 sowie Holzer, Horst: Frühkindliche Entwicklung und politisches Verhalten der Erwachsenen. Thesen zu einigen sozio-psychischen Schwierigkeiten, selbstbestimmt und selbstbestimmend zu handeln; in: Politische Studien (München), 21 (193), Sept./Okt. 1970, S. 576-591.

4) vgl. oben, Abschnitte 1.2.2) und 1.2.3)

5) Zum Konzept des 'Führungsverbands', vgl. Buchholz, a.a.O., S. 111-113; danach begünstigen folgende Faktoren diese Verbandsstruktur:
"1. Die autoritäre Grundhaltung der Unternehmer, die ihre tägliche Erfahrung, daß ein Unternehmen kaum nach demokratischen Prinzipien der Willensbildung zu leiten sei, auch auf den Unternehmensverband übertragen;
2. die von Unabhängigkeitsdrang und Selbstbewußtsein bestimmte Gewißheit jedes Unternehmers, kein Verband werde jemals eine dominierende Stellung gegenüber seinem Unternehmen erlangen;
3. die Einsicht, daß dank marktdeterminierter Frontstellungen ... zu häufige Versuche gemeinsamer Willensbildung die Solidaritätsgemeinschaft eher schwächen als fördern würden, denn Auswirkungen des Marktverhaltens einzelner, insbesondere großer Mitgliedsunternehmen auf die jeweiligen Verbände zählen ohnehin zu den schwersten Belastungen der verbandsinternen Solidarität ...;
4. die Erfahrung, daß auch Interessengegensätze, die - trotz gemeinsamer Branche, Sparte etc. - allein schon aus der Unternehmensgröße oder in den Produktionsschwerpunkten resultieren, viel leichter zu überwinden sind, wenn sie erst gar nicht gegeneinander ausgetragen werden ...;
5. das Fehlen von Richtungskämpfen, wie sie etwa in den Freihandels-Schutzzoll-Auseinandersetzungen die Unternehmensverbände belasteten;
6. das Vertrauen der Unternehmer zu ihren an der Verbandsspitze stehenden Kollegen, sich die Verbandsführung nicht entgleiten oder gar von Funktionären aus den Händen winden zu lassen"; ebenda, S. 111/112.

6) Vgl. Weitbrecht, a.a.O., S. 91-106; Bergmann u.a., a.a.O., S. 335-391; Popp, a.a.O., S. 184-233; Teubner, a.a.O., S. 239-259; Streeck in Meißner/Unterseher, a.a.O., S. 159-163.

7) Sylvia und Wolfgang Streeck, a.a.O., S. 48, Hervorhebung i.T.; vgl. hierzu auch Weitbrecht, a.a.O., S. 91: Wenn es eine Lösung der Aufgabe zu suchen gelte, Kompromiß- und Verpflichtungsfähigkeit der Organisation gleichzeitig zu sichern, so gehe es darum, "Beteiligungsprozesse zu finden, die glaubhaft vorgeben, Entscheidungen zu fällen oder direkten Kontakt zu den Entscheidungsgremien erlauben." Hervorhebung d. Verf. Zu den Gewerkschaften im einzelnen, siehe Bergmann, Joachim: Organisationsstruktur und innergewerkschaftliche Demokratie; in: ders. (Hg): Beiträge zur Soziologie der Gewerkschaften. Frankfurt 1979, S. 210-239

8) vgl. dazu oben, Abschnitt 1.4.1), sowie unten die Beschreibung der Willensbildung von DGB und BDA, Abschnitte 3.4.1) und 3.4.2).

9) Vgl. beispielsweise die These Gerfins, die staatliche Reformpolitik könne durch eine auto-

nome, reformorientierte gewerkschaftliche Tarifvertragspolitik entlastet werden; Gerfin, Harald: Funktionswandel der Tarifverträge; in: Hugo Sinzheimer Gedächtnisveranstaltung zum 100. Geburtstag. Köln/ Frankfurt 1977, S. 23-59, hier S. 35ff.
Allerdings übersieht diese Argumentation, daß eine konsequente Politik der Gewerkschaften in diesem Bereich den Staat gleichzeitig unter massiven Druck setzen würde, nicht zuletzt über den Umweg wachsender Verschärfung der Konflikte mit den Arbeitgebern, die nicht ohne Auswirkungen auf das ökonomische Handeln letzterer in ihrer Eigenschaft als Unternehmer und Investoren bleiben könnte.
Daß auch innerhalb der Gewerkschaften selbst Diskussionen über die (Neu-)Gewichtung des Verhältnisses von Tarifpolitik und Forderungen an den Staat höchst aktuell sind, belegt der Beitrag von Seitenzahl, Rolf: Gewerkschaften zwischen Kooperation und Konflikt. Von einer quantitativen Tariflohnpolitik zur umfassenden Verteilungspolitik. Köln/Frankfurt 1976.

2.) Zur Therorie der Parteien

2.1) Entwicklung und Stand bisheriger parteitheoretischer Überlegungen

1) Als neueste Zusammenfassung des Standes parteitheoretischen Denkens, vgl. Wiesendahl, Elmar: Parteien und Demokratie. Eine soziologische Analyse paradigmatischer Ansätze der Parteienforschung. Opladen 1980 (Sozialwissenschaftliche Studien, 18)
2) "Funktionierend" heißt hier, daß die selektive Interessentransmission durch Parteien ohne größere Legitimationsprobleme gelang. Vgl. dazu die Ausführungen über die Greven'sche Theorie im 1. Kapitel, Abschnitte 1.2.2) und 1.2.3) sowie weiter unten in diesem Kapitel.
3) So lautet der Titel des richtungweisenden Bandes von: Dittberner, Jürgen/ Ebbighausen, Rolf (Hg): Parteiensystem in der Legitimationskrise. Studien und Materialien zur Soziologie der Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen 1973 (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Bd. 24). Dieser Band fasste Anfang der siebziger Jahre die beschriebenen neuen Tendenzen erstmals zusammen.
4) Vgl. hierzu und zum folgenden: Lenk, Kurt: Soziologie der Parteien, in: Mück, J. (Hg): Politische Soziologie. Wiesbaden 1973 (Bad Wildunger Beiträge zur Gemeinschaftskunde, Bd. 6), S. 185-197; Mühleisen, Hans-Otto: Theoretische Ansätze der Parteienforschung. Eine exemplarische Literaturübersicht, in: Partei und System. Eine kritische Einführung in die Parteienforschung. Hg. v. Wolfgang Jäger. Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1973, S. 9-27; sowie Ebbighausen, Rolf: Legitimationskrise der Parteiendemokratie und Forschungssituation der Parteiensoziologie, in: Dittberner/ Ebbighausen, a.a.O., S. 13-32.
5) Mühleisen, Ansätze, in Partei und System, a.a.O., S. 10
6) ebenda; siehe auch Ebbighausen, Legitimationskrise, a.a.O., S. 15/16
7) Mühleisen, Ansätze, in Partei und System, a.a.O., S. 12
8) Köser, Helmut: Parteien und Verbände in westlichen Demokratien; in: Partei und System, a.a.O., S. 152-181, hier S. 154/155: Dieses "gruppentheoretische Pluralismuskonzept macht keinen grundsätzlichen Unterschied zwischen Parteien und Verbänden, beide werden unter den Oberbegriff 'Interessengruppe' subsumiert ... (Sie, C.S.) unterscheiden sich allenfalls in der Form (Mittel und Wege) und Intensität ihrer Gruppenaktionen beim Zugang zu den Regierungsinstitutionen."
9) ebenda, S. 155; vgl. hierzu auch Narr/Naschold, a.a.O., S. 204-213, die sich hier mit dem Übergang von der Gruppen- zur funktionalistischen Theorie auseinandersetzen.
10) Ebbighausen, Legitimationskrise, a.a.O., S. 15; Ebbighausen schreibt dieses Krisenbewußtsein auch Robert Michels zu, der für die kontinentaleuropäischen Arbeiterparteien zu Anfang des 20. Jahrhunderts die gleichen Oligarchisierungstendenzen festgestellt hatte wie Ostrogorski in den bürgerlichen Parteien Englands und der USA für das Ende des 19. Jahrhunderts. Vgl. Ebbighausen, Legitimationskrise, a.a.O., S. 15/16.
11) Vgl. zum folgenden: Mühleisen, Ansätze, in Partei und System, a.a.O., S. 13-16 sowie Lenk, a.a.O., S. 185 ff
12) Lenk bezieht diese Aussage besonders auf den frühen gemäßigt-liberalen Theoretiker Rosenkranz, a.a.O., S. 185.
13) Vgl. Greven, a.a.O., S. 206/207: Greven polemisiert hier gegen jene Ansätze, die "das Organisationsinstrument 'Partei' absolut (setzen, C.S.), es unhistorisch (begreifen, C.S.)

und damit nicht als ein durch den gesellschaftlich-politischen Prozeß der Entwicklung der kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaften selbst hervorgebrachtes Mittel der Organisation gesellschaftlicher Interessen in einer dieser Gesellschaftsformation angemessenen Weise" erfassen; Hervorh. i.T. Vgl. dazu auch ebenda, S. 254; auf diese Fragen wird unten näher einzugehen sein, siehe den Exkurs über das Verhältnis von Staat und Gesellschaft, Abschnitt 2.3.1).

14) Lenk, a.a.O., S. 186; Lenk konstatiert bei Bluntschli das Entstehen eines "Begriffsdualismus: hier bloßes Teilinteresse, dort politisch-staatliches Gesamtinteresse."
15) ebenda, S. 187
16) Mühleisen, Ansätze, in Partei und System, a.a.O., S. 13
17) Vgl. im 1. Kapitel den Abschnitt 1.1)
18) Vgl. dazu auf interessengruppentheoretischer Ebene die im 1. Kapitel vorgestellten Arbeiten von Braunthal und Teubner sowie die dort daran geübte Kritik verzerrter bzw. gänzlich fehlender Gesellschaftsbilder.
19) Vgl. hierzu Ebbighausen, Legitimationskrise, a.a.O., S. 16 ff, sowie Klotzbach, Kurt: Parteien und Gesellschaft. Zu Tendenzen und Problemen der Parteienforschung nach 1945; in: Archiv für Sozialgeschichte, XIII (1973), S. 1-21, hier S. 2 ff, sowie: Stöss, Richard: Vorbemerkung zu: Staritz, Dietrich (Hg): Das Parteiensystem der Bundesrepublik. Geschichte - Entstehung - Entwicklung. Eine Einführung. Opladen 1976, S. 13-17.
20) So schon lange vor dem Zweiten Weltkrieg bei Max Weber, der sich vor allem mit dem Übergang von der Honoratioren- zur Massenpartei befasste. Vgl. Lenk, a.a.O., S. 187 ff. Angesichts der Entwicklung zur Massenpartei, die Meinungs- und Willensbildungs-, Integrations- und Rekrutierungsaufgaben zu erfüllen habe, konstatierte Weber nach Ebbighausen, daß "mit der unter den Bedingungen der Massendemokratie 'notwenigen' Übernahme solcher Funktionen aber zugleich Bürokratisierungs- und Oligarchisierungserscheinungen eine weitgehend unabwendbare Konsequenz" geworden seien; Ebbighausen, Legitimationskrise, a.a.O., S. 17.
21) ebenda; Ebbighausen schreibt, mit dieser theoretischen Wendung sei "die Frage nach der Funktionsfähigkeit, Effizienz und Stabilität des bestehenden politischen Systems" in den Vordergrund getreten, zu Lasten des "Problem(s) demokratischer Legitimität". Hervorh.i.T.
22) Vgl. zusammenfassend Lenk, a.a.O., S. 190 ff, sowie im einzelnen: Neumann, Sigmund: Die Parteien der Weimarer Republik. Nachdruck, Stuttgart 1965, sowie: Kirchheimer, Otto: Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems, in: Beiträge zur allgemeinen Parteienlehre. Zur Theorie, Typologie und Vergleichung politischer Parteien. Hg. v. Gilbert Ziebura. Darmstadt 1969 (Wege der Forschung, Bd. 106), S. 341-374.
23) Vgl. von Alemann, Ulrich: Stabilität und Gleichgewicht als Theoreme der Parteien- und Parlamentarismustheorie, in: Politische Vierteljahresschrift (PVS), 16 (1), 1975, S. 3-28, hier S. 4/5.
24) Zu diesen Hauptthemen der Parteienforschung siehe Köser, Helmut: Empirische Parteienforschung - Versuch einer systematischen Bestandsaufnahme; in: Partei und System, a.a.O., S. 28-58, hier S. 30 ff.
25) Siehe dazu Klotzbach, a.a.O., S. 5
26) ebenda
27) ebenda, S. 6: Klotzbach spielt hier vor allem auf fundamentaloppositionelle Strömungen in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre an. Allerdings sollte m.E. die Rolle der Protestbewegungen für die Umorientierung der Parteienforschung nicht allzu einseitig bewertet werden. Es dürfte mindestens ebensosehr die Problematik parteienstaatlicher Interventionen in den zunehmend krisenhaften sozio-ökonomischen Reproduktionsprozeß gewesen sein, die zur Aufgabe allzu harmonistischer pluralismustheoretischer Vorstellungen zwang.
28) Vgl. hierzu Klotzbach, a.a.O., S. 6 ff, sowie Ebbighausen, Legitimationskrise, a.a.O., S. 21 ff.
29) ebenda, S. 26, Hervorh. i.T.
30) Zur Kritik leninistisch orientierter Parteienkonzeptionen, die für sich in Anspruch nehmen, ihren Gegenstand theoretisch und systematisch im Griff zu haben, siehe unten die Abschnitte 2.2.1) und 2.2.2).
31) So begnügen sich auch neueste Monographien über einzelne Parteien z.T. noch mit einem empirisch-deskriptiven Nachvollzug historischer Prozesse, ohne den Versuch einer theoretischen Erklärung ihres Gegenstandes zu unternehmen. Siehe etwa: Juling, Peter: Programmatische Entwicklung der FDP 1946 bis 1969. Einführung und Dokumente. Meisenheim 1977 (Studien

zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland, hg. v. Heino Kaack, Bd. 19). Juling stellt keinerlei Überlegungen zur grundsätzlichen Funktion von Parteiprogrammen an. Siehe ebenso die 1976 (!) erschienene Arbeit von Hübner, der sich offenbar die Rezeption kritischer Ansätze zum Thema innerparteilicher Demokratie gänzlich erspart hat. Anderenfalls wäre die ungebrochene Überzeugung nicht verständlich, mit der er kleingruppenpsychologische Überlegungen à la Hofstätter auf Volksparteien mit mehreren hunderttausend Mitgliedern überträgt; Hübner, Emil: Partizipation im Parteienstaat. Bürgerbeteiligung in Parteien und Wahlen. München 1976, S. 55 ff.

32) Vgl. dazu den nächsten Abschnitt.

33) Petersen, Siegfried: Bürgerliche 'Politische Wissenschaft' und Zeitgeschichtsschreibung. Zur bürgerlichen Parteienlehre und -darstellung in der BRD, in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft (ZfG), 24 (7), 1976, S. 749-760, hier S. 756.

34) Key, V.O.: Wesen und Funktion der Parteien, in: Beiträge zur allgemeinen Parteienlehre, hg. v. Gilbert Ziebura, a.a.O., S. 174-212, hier S. 201.

35) Die Diskussion hierüber war lange Zeit nur durch einzelne Arbeiten vor dem Versickern bewahrt worden; ganz besonderer Verdienst kommt hierbei den Arbeiten von Wolfgang Abendroth zu, vgl. etwa: Abendroth, Wolfgang: Innerparteiliche und innerverbandliche Demokratie als Voraussetzung der politischen Demokratie, in: PVS 1964, 5, S. 307-338.

36) See, Hans: Volkspartei im Klassenstaat oder Das Dilemma der innerparteilichen Demokratie. Reinbeck 1972, S. 135.

37) Vgl. oben im 1. Kapitel den Abschnitt 1.2.2)

38) Wiesendahl, a.a.O., S. 108-111

39) ebenda, S. 197-204

40) ebenda, S. 118

41) ebenda, S. 205/206

42) ebenda, S. 128-132

43) ebenda, S. 208-210

44) ebenda, S. 210/211

45) ebenda, S. 211: "Diese Diskrepanz zwischen den von ihnen präferierten Funktionserwartungen und der doch so andersartigen Funktionspraxis ist den Vertretern transmissionsparadigmatischen Denkens natürlich nicht verschlossen geblieben und sie haben auf zweierlei Weise darauf reagiert."

46) ebenda, S. 211

47) ebenda, S. 211

48) ebenda, S. 212

49) Die Verfasserin der vorliegenden Arbeit hofft im 3. Kapitel zeigen zu können, daß transmissionsparadigmatische Ansätze sehr wohl adäquate und gehaltvolle Analysen historisch-empirischer Entwicklungen zu leisten vermögen.

50) Vgl. oben, 1. Kapitel, Abschnitt 1.2.2)

51) Vgl. unten, Abschnitt 2.3.2) zum Verhältnis von Verbänden und Parteien.

2.2) Gesellschaftlicher Grundkonflikt und Parteitypen - Überlegungen zur Selektivität parteiförmiger Interessenaufnahme

1) Vgl. oben im 1. Kapitel Abschnitt 1.2.3); die folgenden Überlegungen basieren auf den dort entwickelten theoretischen Grundlagen sowie auf der bereits eingeführten Arbeit von Greven, a.a.O.

2) Greven, a.a.O., S. 142; vgl. hierzu auch unten, Abschnitt 2.3.1), Exkurs über das Verhältnis von Staat und Gesellschaft

3) Selbstverständlich setzen sich Parteien, insbesondere solche mit revolutionärem Selbstverständnis, mit diesem Grundantagonismus auseinander. Die politische Unterstützung von Streiks, das Bestreben, auch in den Betrieben präsent zu sein (soweit dies nicht durch die Verrechtlichung des Klassenkampfes wie etwa in der BRD weitgehend verhindert werden kann), legen dafür deutliches Zeugnis ab. Aber das Hauptkampffeld der Partei ist per definitionem nun einmal nicht der ökonomische Reproduktionsprozeß; die Parteien sind am primären Verteilungskampf zwischen Lohnarbeit und Kapital nicht beteiligt. Nicht die Tatsache des Vorhandenseins einer Ware Arbeitskraft, nicht die Aushandlung ihres Preises, sind ihre wesentlichen Themen, sondern die Folgen dieses Grundverhältnisses und des aus ihm erwach-

senden Tauschaktes in der Distributionssphäre und im politischen Bereich. Vgl. Greven, a.a.O., S. 180: "Politik ... bezieht sich in diesem Sinne immer nur auf den Distributionsbereich der Gesellschaft und hat die 'primäre Distribution', die Folge der gegebenen Organisiertheit der Produktion ist, immer schon zur Voraussetzung." Diese 'primäre Distribution' ist, das sollte nach dem vorangegangenen Kapitel deutlich geworden sein, vielmehr das Ergebnis des Wirkens der Verbände, soweit sie dem Zugriff gesellschaftlicher Organisationen überhaupt zugänglich ist. Vgl. hierzu auch: Blanke, Bernhard/ Jürgens, Ulrich/ Kastendiek, Hans: Kritik der politischen Wissenschaft - Analysen von Politik und Ökonomie in der bürgerlichen Gesellschaft. 2 Bände, Frankfurt/New York 1975, Band 2, S. 436.

4) Vgl. unten Kapitel 3.

5) Kaste, Hermann/ Raschke, Joachim: Zur Politik der Volkspartei, in: Narr, Wolf-Dieter (Hg): Auf dem Weg zum Einparteienstaat. Wolfgang Abendroth anläßlich seines 70. Geburtstages gewidmet. Opladen 1977, S. 26-74, hier S. 28

6) ebenda, S. 31

7) Vgl. zusammenfassend: Pawelka, Peter: Politische Sozialisation. Wiesbaden, 1977 (Systematische Politikwissenschaft, 4); Streiffeler, Friedhelm: Politische Psychologie: Geschichte und Themen der Theorie politischen Verhaltens. Hamburg 1975; siehe auch: Brand, Karl-Werner/ Honolka, Harro: Lebenswelt und Wahlentscheidung. Eine explorative Studie zur Bundestagswahl 1980 mit Hilfe von Bekannteninterviews; in: PVS, 3, 1981, 22. Jg., S. 305-326; sowie schließlich die bereits zitierten Aufsätze von Horn/Schülein, Holzer und Glaser, a.a.O.

8) Vgl. zu dieser letzten Überlegung Leppert-Fögen, Annette: Die deklassierte Klasse. Studien zur Geschichte und Ideologie des Kleinbürgertums. Frankfurt 1974, S. 240 ff.

9) Leppert-Fögen beschreibt diesen Sachverhalt als Voraussetzung der Faschisierung des Kleinbürgertums in der Weimarer Republik folgendermaßen: "In dem Maße, wie das parlamentarische System den ökonomischen Hauptagenten der kapitalistischen Gesellschaft, den Industrieverbänden und den Gewerkschaften, Rechnung trug und die Feudalschichten von der politischen Bühne abdrängte, verlor der Mittelstand selbst noch die Möglichkeit, als quasi-demokratischer Massenanhang, als der er dem Junkertum im Kaiserreich gedient hatte, ernst genommen zu werden." Leppert-Fögen, a.a.O., S. 275.

10) Greven, a.a.O., S. 214

11) Vgl. unten, Abschnitte 2.3.1) und 2.3.2) zum Verhältnis von Staat und Gesellschaft und zu Zusammenhängen und Unterschieden zwischen Verbänden und Parteien.

12) Vgl. das historische Kapitel dieser Arbeit.

13) Greven, a.a.O., S. 236

14) ebenda, S. 241, Hervorh.i.T.

15) Vgl. oben, 1. Kapitel, Abschnitt 1.2.1)

16) Diesem Verdikt verfallen z.B. alle personalisierenden Versuche, faschistische Massenbewegungen lediglich aus einem besonderen Charisma der 'Führer' heraus erklären zu wollen, denen die Anhänger hörig geworden seien. Vgl. etwa Fest, Joachim C.: Hitler. Eine Biographie. Frankfurt/Berlin/Wien 1973, S. 22: "Als der Vereinigungspunkt so vieler Sehnsüchte, Ängste und Ressentiments ist Hitler zu einer Figur der Geschichte geworden. Was geschehen ist, kann ohne ihn nicht gedacht werden. In seiner Person hat ein Einzelner noch einmal seine stupende Gewalt über den Geschichtsprozeß demonstriert. Die Darstellung wird zeigen, zu welcher Virulenz und Mächtigkeit die vielen sich durchkreuzenden Stimmungen einer Zeit gebracht werden können, wenn demagogisches Genie, eine überlegene taktisch-politische Gabe und das Vermögen zu jener 'magischen Koinzidenz' (zwischen dem Egoismus des Einzelnen und dem Gesamtwillen, Jacob Burckhardt; C.S.) ... in einem Einzelnen zusammentreffen..." Der Unterton der Bewunderung für diesen 'Einzelnen' ist unüberhörbar.

17) Vgl. zum folgenden Leppert-Fögen, a.a.O., S. 248 ff

18) ebenda, S. 248, Hervorh.i.T.

19) ebenda, S. 249, Hervorh.i.T.

20) Vgl. hierzu Bierbaum u.a., a.a.O., S. 52 - 59

21) Leppert-Fögen, a.a.O., S. 253: "Unverwertbar in der kleinbürgerlichen Ökonomie und untauglich für den Eskapismus, bleiben die weiterreichenden gesellschaftlichen Zusammenhänge dem Denken entzogen, und eben diese Undurchsichtigkeit ihrer Wirkung wird mit Angst beantwortet."

22) Es werden lediglich potentielle Entwicklungstendenzen, basierend auf bestimmten psychi-

schen Dispositionen, dargestellt; der Gang der Geschichte entscheidet darüber, ob sie zum Tragen kommen oder nicht.

23) Vgl. dazu das historische Kapitel dieser Arbeit.

24) Eine typische Interessenpartei, der Block der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE), bestand während des 'Wirtschaftswunders' der fünfziger Jahre in der Bundesrepublik zunächst durchaus weiter, verlor aber eben doch tendenziell seine Basis durch die Integration der Flüchtlinge in die stark expandierende Wirtschaft.

25) Vgl. Greven, a.a.O., S. 133 ff. Nicht der unwichtigste Ausdruck dieser Verschmelzung ist die weitgehende staatliche Parteienfinanzierung; vgl. Gesetz über die politischen Parteien (Parteiengesetz) vom 24. Juli 1967, abgedruckt in: Flechtheim, Ossip K. (Hg): Die Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. Hamburg 1973, S. 327 - 351.

26) Vgl. dazu die Überlegungen des vorangegangenen Kapitels über das Zusammenspiel von Gewerkschaften und Unternehmerverbänden bei der dominierenden Vertretung von Warenverkäufer-Interessen sowie unten das 3. Kapitel zum realhistorischen Prozeß der Entwicklung des Verhältnisses von Verbänden, Parteien und Staat.

27) Es soll hier nicht bestritten werden, daß insbesondere die Krisenbewältigung durch den Staat immer Kapitalinteressen favorisiert. Aber die Existenz eines 'sozialen Netzes', die stark ausgebaute wohlfahrtsstaatliche Absicherung all derjenigen, die ihre Ware Arbeitskraft verkaufen müssen, steht in starkem Kontrast sowohl zu früheren kapitalistischen Entwicklungsstadien als auch zur heutigen Lebenssituation von Nicht-Warenverkäufern. Hausfrauen, Rentner, Kranke, Behinderte (alle von der sogenannten 'Neuen Sozialen Frage' Betroffenen), verfügen über ungleich geringere materielle Sicherungen und Selbstentfaltungsmöglichkeiten als gut organisierte Lohnarbeiter. Auch dies ist wiederum nicht als die im Augenblick höchst modische Kritik am 'ausufernden Sozialstaat' oder am 'sozialen Netz', das zur 'sozialen Hängematte' verkomme, mißzuverstehen. Nicht um den Abbau derartiger Fortschritte geht es hier, sondern um die Analyse ihrer spezifischen Begrenzung auf ganz bestimmte Schichten der Bevölkerung und der daraus resultierenden Konsequenzen für die Erfahrbarkeit sozio-ökonomischer Grundkonflikte. Salopp formuliert: Pazifiert werden allemal jene zuerst, deren Widerstand am bedrohlichsten werden könnte.

28) Vgl. Junker, Detlef (Hg): Deutsche Parlamentsdebatten. Band II: 1919 - 1933. Frankfurt 1971, S. 298. Allerdings deutet sich um die Wende von den siebziger zu den achtziger Jahren an, daß auch dieses 'Zweieinhalb-Parteien-System' kein Endpunkt der Entwicklung ist. Mit dem Aufkommen der 'Grünen', die heute - 1982 - eindeutig als vierte Partei betrachtet werden müssen (wenn nicht als fünfte, sieht man die CDU/CSU als Bündnis zweier autonomer Parteien, was sie im Grunde ja auch ist), ist das vorläufige Ende des Kartells der beiden parteipolitischen Blöcke faßbar geworden.

29) Dieses Argument dient vor allem zur ideologischen Rechtfertigung der Politik der Berufsverbote; vgl. Duve, Freimut/ Kopitzsch, Wolfgang (Hg): Weimar ist kein Argument oder Brachten Radikale im öffentlichen Dienst Hitler an die Macht? Reinbek 1976

30) Auch nicht durch in der DKP organisierte Lokführer!

31) Dieser Hinweis zielt auf die Überlegungen innerhalb der westdeutschen Linken, durch eine Abspaltung bzw. Parteigründung links von der SPD könne der Polarisierungsgrad in dem extrem verkrusteten Parteiensystem der Bundesrepublik erhöht werden; vgl. Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ) vom 12.11.1977: "Kommt jetzt die vierte Partei von links?" sowie vom 7.10.1978: "Nach der Hessen-Wahl die neue Linke". Der Versuch einer Auflockerung des Parteiensystems von innen muß so lange scheitern, wie er nicht zugleich an den externen Bedingungen ansetzt, die zum Entstehen der gegenwärtigen Verhältnisse maßgeblich beigetragen haben. Gerade der Aufschwung der 'Grünen', die ihr Interessenpotential 'quer' zu den Basen der etablierten Verbände und Parteien gefunden und organisiert haben und sich gerade nicht auf die Interessen von Warenverkäufern beziehen, zeigt, daß eher neue Organisationen als Reaktionen auf neue gesellschaftliche Probleme entstehen, als daß eine Rückkehr zu früheren parteipolitischen Konstellationen möglich wäre, zumal dann, wenn die etablierten Verbände und Parteien unverändert zusammenhalten.

32) Vgl. etwa die inzwischen klassisch zu nennende Arbeit Kirchheimers. Er schreibt a.a.O., S. 360/361: "Unter den gegenwärtigen Bedingungen einer Gesellschaft, die sich in immer größerem Umfang an säkularen Vorstellungen und Massenkonsumgütern orientiert, in der sich die Beziehungen zu den Klassen ändern und weniger scharf in Erscheinung treten, sind die früheren Massenparteien auf Klassen- und Konfessionsbasis einem Druck ausgesetzt, der sie

auf den Weg zur Allerweltpartei führt. Das gleiche gilt für die Reste der ehemaligen bürgerlichen Parteien mit individueller Repräsentation, die eine sichere Zukunft als politische Organisationen anstreben..." An Folgen zählt er auf: "a) Radikales Beiseiteschieben der ideologischen Komponenten einer Partei ...; b) weitere Stärkung der Politiker an der Parteispitze ...; c) Entwertung der Rolle des einzelnen Parteimitglieds ...; d) Abkehr von der 'chasse gardée', einer Wählerschaft auf Klassen- oder Konfessionsbasis ...; e) das Streben nach Verbindungen zu den verschiedensten Interessenverbänden ..."

33) Vgl. Kaste/Raschke, a.a.O., S. 33 ff.

34) Vgl. zum folgenden ebenda, S. 37 ff.

35) ebenda, S. 37

36) ebenda, S. 38

37) ebenda, S. 40

38) ebenda, S. 30/31

39) Wenn sie ebenda, S. 40, schreiben, daß "das bloße Propagieren einer sozialistischen Strategie mit der unreflektierten Mehrheitserwartung in Gefahr ist, ebenfalls eines Tages in den VP-Kurs umzuschlagen", so schließt dieser Satz doch wohl die Umkehr ein, daß eine Partei ohne unreflektierte Mehrheitserwartung mittels einer anderen als rein propagandistischen Politik durchaus ihre sozialistischen Ziele erreichen könne. Zu dieser Auffassung vgl. die Überlegungen zur Klasseninteressenpartei in diesem Abschnitt.

40) Zwangsläufig deshalb, weil der Parlamentarismus die genuin bürgerliche Form politischer Praxis darstellt, auf die sich alle Kräfte einlassen müssen (und historisch eingelassen haben), die die Aufspaltung emanzipatorischer Bewegungen in einen ökonomisch und einen politisch orientierten Strang nachvollzogen haben.

41) Jedenfalls nicht für Parteien; es bleibt unbestritten, daß quantitativ relativ kleine Gruppen massiven politischen Einfluß gewinnen können. Weber etwa nennt die Kassenärztliche Bundesvereinigung, die ca. 52.000 Mitglieder hat und eine zentrale Position innerhalb der Willensbildung der Bundesärztekammer einnimmt. Über die Macht dieser ärztlichen Standesorganisation hinsichtlich der Verhinderung von Reformen hat die geballte und erfolgreiche Kampagne gegen die Änderung des § 218 deutliches Zeugnis abgelegt; vgl. Weber, a.a.O., S. 130.

42) Es ist unvermeidlich, daß in diesem Abschnitt immer wieder Vorgriffe auf das historische Kapitel der vorliegenden Arbeit gemacht werden müssen, da diese Parteitypen nun einmal nicht nur theoretische Alternativen darstellen, sondern zugleich historische Entwicklungsetappen sind. Vgl. zum kooperativen westdeutschen Tarifsystem, unten, Abschnitt 3.4.3).

43) Zur historischen Entwicklung des Verhältnisses von Ökonomie, Verbandsstrukturen und staatlicher Wirtschaftsentwicklung sowie dem Parteiensystem vgl. unten das 3. Kapitel.

44) Selbst eine noch so aggressiv-imperialistische oder -nationalistische Partei wäre heute gezwungen, der Exportabhängigkeit der westdeutschen Wirtschaft Rechnung zu tragen und als Regierung dafür zu sorgen, daß die ausländischen Haupthandelspartner nicht über Gebühr vor den Kopf gestoßen werden.

45) Legitimationsfunktionen und -probleme der Volkspartei(ensysteme) werden im Abschnitt 2.2.3) zusammenhängend abgehandelt.

46) Vgl. das Schema I. bei Kaste/Raschke, a.a.O., S. 30

47) Vgl. Anm. 45. Das weit größere Konfliktpotential dieser Art der Volkspartei, verglichen mit ihrem mittelschichtorientierten Kontrahenten, reflektiert die Tatsache, daß trotz aller Versuche, den gesellschaftlichen Grundantagonismus zu überpolstern, die endgültige Integration der Lohnabhängigen ins System nicht gelungen ist. Diese ist auch unmöglich, bedeutete sie doch die Aufhebung des Kapitalverhältnisses im Kapitalismus.

48) Schon gegen Ende der Weimarer Republik hatte S. Neumann erkannt, daß "alle echten Parteien ... eine Mischung von Idee und Interessen (sind, C.S.), wobei die ideologische Fundierung immer schwerer auf die übliche Systematik von konservativen, liberalen oder sozialistischen Ideenkreisen zu bringen ist und die interessenmäßigen Bindungen bei weitem nicht in wirtschaftlichen Interessen sich erschöpfen." Neumann, a.a.O., S. 104.

49) Vgl. oben Abschnitte 1.2.3) und 2.2.1)

50) Vgl. Greven, a.a.O., S. 163/64

51) Agnoli, Johannes: Wahlkampf und Sozialer Konflikt, in: Narr (Hg), Einparteienstaat, a.a.O., S. 213 - 241, hier S. 234/235: Agnoli begreift Wahlkämpfe als Bestandteil einer "institutionelle(n) Strategie", die darauf abziele, "all jene gesellschaftlichen Prozesse

wieder einzufangen, deren Ausbruch oder Ausbruchspotential die weitere Existenz einer kapitalistischen Gesellschaft gefährden oder negieren" könnten, ebenda, S. 215. Wenngleich in Krisensituationen die Funktion des Wahlkampfes durchaus in einem derartigen Kanalisierungsversuch gesehen werden kann, so ignoriert Agnoli aber die weit undramatischere Aufgabe der Gladiatorenkämpfe vor dem Gang zur Wahlurne. Sie besteht eben darin, dem Wahlbürger vor Augen zu führen, daß letztlich er es sei, der darüber entscheide, welche Mannschaft mit welchem Programm der Sieger werde.

52) Vgl. Bierbaum u.a., a.a.O., S. 42: "Die Willensverhältnisse, die die Individuen als Freie und Gleiche schließen (nämlich Tauschverträge, C.S.), werden schließlich in ihrem Bewußtsein verfestigt dadurch, daß sie als allgemeine Willensverhältnisse fixiert werden und dem Individuum in seiner Bestimmung als Staatsbürger zukommen."

53) Über die Steuerungs- und Legitimationsprobleme der (Klassen-)Interessenpartei, die allerdings eindeutige Forderungen in ihre Programmatik aufnimmt, ist oben einiges ausgeführt worden; die Ideenpartei vermeidet durch den ideologischen Bezug auf ihre Basis ohnehin weitgehend die Thematisierung konkreter sozialer Interessen. Daher beziehen sich diese Aussagen vornehmlich auf die Volkspartei, wenngleich die ganz allgemeinen Aspekte des Legitimationsprozesses einer Wahl für sämtliche Parteitypen gelten.

54) Greven, a.a.O., S. 160/161

55) Vgl. oben, Abschnitt 1.5)

56) Michels, Robert: Zur Soziologie des Parteiwesens in der modernen Demokratie, 1. Aufl. 1911, S. 370 f, zit. in: Klotzbach, a.a.O., S. 3, Hervorh.i.T.

57) Vgl. z.B. Hübner, der der "Stratarchie"-These anhängt, wonach jede Parteiführung aus Repräsentanten innerparteilicher Gruppierungen zusammengesetzt sei, die untereinander um die Macht konkurrierten. Dadurch und durch die Bindung auch der Parteispitze an die Grundnormen der Organisation könne nicht von der unbeschränkten Macht der Vorstände gesprochen werden. Dies ist allerdings auch nicht der Kern von Michels' Aussage, die vielmehr auf die strukturelle Begrenzung des Handlungsspielraumes des einzelnen Parteimitgliedes bzw. der Basis insgesamt abhebt. Nicht daß der Vorstand alles dürfe, wird von ihm behauptet, sondern daß die Mitglieder ihn nicht umfassend anweisen und kontrollieren könnten. Vgl. Hübner, a.a.O., S. 54 ff.

58) Diese Position ist zumindest implizit bei allen Vorstellungen vorhanden, durch erhöhten Basisdruck der systemkonformen Politik linker Parteien eine grundsätzliche Wendung verleihen zu können. Vgl. dazu etwa die bereits zitierten Arbeiten von Abendroth und See.

59) Greven, a.a.O., S. 261

60) ebenda, S. 287/288; vgl. auch Raschke, Joachim: Organisierter Konflikt in westeuropäischen Parteien. Vergleichende Analyse parteiinterner Oppositionsgruppen. Opladen 1977 (Studien zur Sozialwissenschaft, Bd. 37), S. 225 - 236. Raschke nennt folgende 'latente Funktionen' innerparteilicher Oppositionsgruppen: Beeinflussung des Wählerverhaltens; Regierungsfunktion; Stabilisierung der Parteiführung durch Existenz als Frühwarnsystem; Partizipationsausweitung; Servicefunktion, sowie Integration und Legitimation. Raschke kommt selbst zu dem Schluß prinzipieller Ambivalenz der Wirkungen innerparteilicher Opposition; a.a.O., S. 236.

61) Greven, a.a.O., S. 287/288

62) Vgl. unten, Abschnitt 2.3.2)

63) Die Sachzwang-Behauptung der Parteien kann deshalb massenhaft verfangen, weil in der Tat die Grundlage des kapitalistischen Produktionsprozesses ihrem Handlungsspielraum per definitionem entzogen ist und dadurch gerade Zwänge erzeugt, die das sozio-politische System nicht umgehen kann.

64) Greven, a.a.O., S. 138

65) Wenn also z.B. Huffschmid davon spricht, daß die Wirtschaftspolitik insgesamt orientiert bleibe "an der Gesamtrentabilität einzelner Unternehmen, ja aller Unternehmen zusammen und (daß, C.S.) alle anderen Zielgrößen, wie zum Beispiel gerechte Einkommensverteilung, Vollbeschäftigung, optimale Versorgung etc., ... dieser untergeordnet" seien, so verfehlt er gerade die grundsätzliche Problematik, vor der die Parteien wirtschaftspolitisch stehen. Die Rentabilität 'einzelner Unternehmen' bleibt in der Regel immer noch dem ökonomischen Sektor und seinen Gesetzen überlassen, und spektakuläre staatliche Rettungsmaßnahmen konkursreifer Großunternehmen haben immer auch das Ziel, die Erschütterung gesellschaftlicher Massenloyalität infolge des Verlustes vieler tausend Arbeitsplätze zu verhindern.

Gewiß kann keine regierende Partei die Gesetzmäßigkeiten der kapitalistischen Wirtschaftsordnung ignorieren - aber ihr Dilemma besteht gerade darin, diesen Gesetzen zu folgen, ohne die empirisch vorhandene und erforderliche Zustimmung der Bevölkerungsmehrheit zu dieser Wirtschaftsordnung zu gefährden. Es ist eben kein Zufall, daß das Vollbeschäftigungsziel (wenn auch nicht an erster Stelle) Bestandteil des im Stabilitätsgesetz von 1967 verankerten 'Magischen Vierecks' ist. Huffschmid, Jörg: Die Politik des Kapitals. Frankfurt 1972, S. 134.

66) Es wird eines der Hauptanliegen des empirischen Teils der vorliegenden Arbeit sein, diese These zu überprüfen, ob nämlich der Maßstab der Interessenaggregation durch Parteien die Sicherung der Existenz aller Warenbesitzer ist, während die Interessengruppen jeweils nur eine Fraktion von Warenbesitzern vertreten. Sollte dies zutreffen, so wäre - neben einer charakteristischen Unterscheidung zwischen beiden Organisationstypen - ein theoretischer und empirischer Nachweis dafür geführt worden, daß sich das gesamte sozio-politische Kontinuum interessenverarbeitender Organisationen der bürgerlichen Gesellschaft auf die Transmission von aus der Warenproduktion erwachsenden Interessen beschränkt oder jedenfalls diese vorrangig betreibt. Zwar beinhaltet eine derartige These seit den Arbeiten von Karl Marx nichts prinzipiell Neues, aber es mag doch von Nutzen sein, sich die Mechanismen dieser Transmission einmal im Einzelnen wie in ihrem Zusammenhang vorzuführen.

67) So ist es kaum vorstellbar, daß in der Weimarer Republik die KPD eine regelrechte Regierungskoalition mit der DNVP oder gar der NSDAP eingegangen wäre. Heute verkörpern SPD und CSU die - allerdings weit zur Mitte hin verschobenen - linken und rechten Außenposten des Systems etablierter Parteien, die sich in der Großen Koalition des Jahres 1966 zusammenfanden. Ebenso deutet sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Koalitionsfähigkeit auch der 'Grünen' an, die hier allerdings (noch) nicht zum Spektrum der etablierten Parteien gerechnet werden. Sie würden wohl im Augenblick nicht mit der CDU/CSU koalieren. Vgl. zu diesen Entwicklungen insgesamt das nächste Kapitel.

68) Vgl. oben, Abschnitt 2.2.2)

2.3) Verbände und Parteien: Zwei verschiedene Typen interessenverarbeitender Organisationen

1) Vgl. etwa die beiden gegenwärtig neuesten Zusammenfassungen des Standes der Parteitheorie von Wiesendahl, a.a.O., und Hartmann, Jürgen: Parteienforschung. Darmstadt 1979 (Erträge der Forschung, 126). In beiden ist überhaupt keine Rede von den Verbänden; diese Disziplin der Forschung verschließt sich nach wie vor der Frage, ob sie ihren Gegenstand wirklich derart losgelöst von seiner Umgebung betrachten kann. Vgl. dazu auch den nächsten Abschnitt.

2) Abromeit, Staat und Wirtschaft, 1981, a.a.O., S. 14

3) ebenda, S. 15

4) vgl. hierzu Ehmke, a.a.O., S. 6/7

5) Jaeggi, Urs: Kapital und Arbeit in der Bundesrepublik. Frankfurt 1973, S. 44, Hervorh. d. Verf.

6) von Alemann/Heinze, Kooperativer Staat, in von Alemann, Neokorporatismus, 1981, a.a.O., S. 44

7) ebenda, S. 45, Hervorh. d. Verf.

8) Abromeit, Staat und Wirtschaft, 1981, a.a.O., S. 21; vgl. zum folgenden ebenda, S. 21-36

9) ebenda, S. 28

10) ebenda, S. 25: "Dem Prinzip nach sind im Gesellschaftssystem des Kapitalismus Politik und Wirtschaft voneinander getrennt und weitgehend autonom; die Frage ist, wie weit in der heutigen kapitalistischen Industriegesellschaft von Trennung und Autonomie t a t s ä c h l i c h die Rede sein kann." Hervorh. d. Verf., Sperrung i.T.

11) ebenda, S. 35

12) Hierunter fällt übrigens die gesamte Bandbreite von Theorien des Staatsmonopolistischen Kapitalismus, die die Instrumentalisierung des Staates durch die Monopole kritisiert und gleichzeitig die Instrumentalisierung des Staates durch die Partei der Arbeiterklasse für möglich hält; vgl. hierzu auch Greven, a.a.O., S. 236-243.

13) Siehe die Arbeit von Abendroth, in PVS 1964, a.a.O., sowie See, a.a.O., S. 135: "Denn die Partei kann, bei gründlicher Basisarbeit und bei Fraktionsabsprachen vor Parteitagen, durchaus ein Instrument politischer Willensbildungsprozesse 'von unten nach oben' werden,

so daß es den Vorständen nicht mehr möglich ist, ihren Willen 'von oben nach unten' und gegen die objektiven Interessen der Mehrheit ihrer Mitglieder und Wähler durchzusetzen."

14) Greven, a.a.O., S. 236
15) ebenda, S. 107/108
16) siehe dazu oben, Abschnitt 1.2.2)
17) Köser, Parteien und Verbände, in Partei und System, a.a.O., S. 172
18) Vgl. etwa Massing, Otwin, Parteien und Verbände, a.a.O.
19) z.B. Abendroth, a.a.O.
20) Vgl. etwa: von Beyme, Klaus: Parteien und Gewerkschaften in vergleichender Perspektive, in: Gewerkschaftliche Monatshefte (GMH), 1974, H.4, S. 217-224; sowie Hartwich, Hans-Hermann: Gewerkschaften und Parteien. Die aktuellen Probleme im Licht politikwissenschaftlicher Untersuchungen und Konzeptionen; in: GMH, 1974, H.4, S. 225-238.
21) Varain, Heinz-Josef: Parteien und Verbände. Eine Studie über ihren Aufbau, ihre Verflechtung und ihr Wirken in Schleswig-Holstein 1945 - 1958. Köln/Opladen 1964 (Staat und Politik, 7), S. 330/331. Vgl. hierzu auch: Stammer, Otto/Weingart, Peter, unter Mitarbeit von Hans-Helmut Lenke: Politische Soziologie. München 1972 (Grundfragen der Soziologie, 14), S. 188: "Indem gerade die Großverbände dazu übergegangen sind, eine umfassende gesellschaftspolitische Programmatik zu entwickeln, die sich sowohl auf weite Bereiche der Innenpolitik, als auch auf außerstaatliche Aktionsfelder erstreckt und sie zu langfristiger gesellschaftspolitischer Druckausübung zwingt, verwischen sich manche der herkömmlichen Unterscheidungen zwischen den Parteien und Verbänden. Weitere Gründe dafür sind die personelle Verflechtung vieler Verbände mit den Parteien sowie eine Affinität der beiderseits gesetzten Ziele."
22) Sie klingt an bei Varain, a.a.O., S. 329
23) Massing, Otwin, Parteien und Verbände, a.a.O., S. 293
24) ebenda; mit letzterer Annahme irrt Massing jedoch: Die Regulierung des Tarif(verteilungs-) Konflikts bleibt dem politischen Entscheidungszentrum und den Parteien durchaus 'vorenthalten' - und das aus gutem Grund.
25) ebenda, S. 297; ähnlich auch Stammer/Weingart/Lenke, a.a.O., S. 164
26) Massing, Otwin, Parteien und Verbände, a.a.O., S. 287
27) vgl. z.B. Blanke, Burckhard: Verbände in der Parteiendiskussion. Zu Fragen des Verhältnisses von Parteien und Verbänden in der Bundesrepublik Deutschland, in: aus politik und zeitgeschichte, B 8/77, S. 45-54, sowie die im Abschnitt 1.1.2), Anm. 25), angegebene Literatur.
28) Damit ist die sogenannte 'Neue Soziale Frage' gemeint, deren Thematisierung die Bindung von Frauen, Rentnern, Kranken und (anderen) gesellschaftlichen Randgruppen, also im wesentlichen nicht-organisierten Statusgruppen, die nicht unter die Kategorie der Warenverkäufer zu subsumieren sind, an die Parteien erzeugen soll.
29) Vgl. Offe in Kress/Senghaas, a.a.O., S. 146
30) Selbst hierbei können sich die Parteien nicht gänzlich von der Macht der Verbände freimachen, verfügen diese doch über z.T. erhebliche quantitative organisierte Stimmenpotentiale, die sie (in gewissen Grenzen, allerdings) bestimmten Parteien zuführen und vor allem anderen Parteien vorenthalten können. In diesem Umstand liegt eine der stärksten Wurzeln der auch heute noch immer relativ intensiven Bindung sozialdemokratischer und anderer Arbeiterparteien an die Gewerkschaften. Zum Gesamtkomplex 'Legitimation' siehe oben, Abschnitt 2.2.3).
31) Vgl. oben, 1. Kapitel, Abschnitt 1.3.3)
32) Vgl. zu dieser Diskussion von Alemann, Stabilität, a.a.O., S. 25; er benennt hier auch die implizite Stoßrichtung dieser Kontroverse: "Stabilität oder 'Überleben' eines Sets von 'Spielregeln' wird dabei zum Erfolgskriterium des Systems verdinglicht."
33) So etwa Lipset, Seymor Martin: Parteiensystem und Repräsentation sozialer Gruppen, in: Beiträge zur allgemeinen Parteienlehre, hg. v. Gilbert Ziebura, a.a.O., S. 431-476, hier S. 464: "Wo der Konflikt zwischen religiösen und areligiösen oder zwischen ethnischen Gruppen durch den Klassenkampf überlagert wird, d.h., wo die Wahl als Entscheidung zwischen Gut und Böse verstanden wird, so daß es fast unmöglich wird, von einem politischen Glaubensbekenntnis zum anderen zu konvertieren, dort hat ein Zweiparteiensystem viel kritischere Folgen für die politische Stabilität eines Landes als ein System, in dem die Parteien der Mitte zwischen extremen Gruppen vermitteln können."

34) Vgl. oben, Abschnitt 2.2.2)
35) Vgl. Key, a.a.O., S. 183, Anm. 9: "Mehrparteiensysteme können Parteien verkraften, die die grundlegende Verfassungsordnung ablehnen. Wenn das Zweiparteiensystem mit dem 'totalen' Sieg der Mehrheit funktionieren soll, müssen die Konkurrenten die Staatsordnung im Prinzip respektieren."
36) Es bleibt ihnen noch der Hebel des Steuerstaates, der aber auch nicht übermäßig eingesetzt werden darf, da aus der folgenden Belastung der Unternehmen Gefahren für die Kontinuität des Wirtschaftsprozesses erwüchsen, die jede parteienstaatliche Regierung aus Gründen der Erhaltung der Massenloyalität vermeiden muß.
37) Vgl. hierzu ausführlich die Kapitel 4.) und 5.) sowie den Schlußteil der vorliegenden Arbeit.
38) Vgl. dazu oben, am Anfang des Abschnitts 1.2), zu Streecks organisationssoziologischen Überlegungen.
39) Vgl. hierzu unten Kapitel 3.), zum historischen 'Breitenwachstum' der sozio-ökonomischen Hauptverbände.
40) Allerdings sei hier an Olsons These erinnert, daß, je allgemeiner ein Nutzen ausfällt, desto geringer die Bindung der Nutzenträger an die nutzenbringende Organisation ist.
41) von Beyme, in GMH 4/74, a.a.O., S. 223/224
42) ebenda, S. 224; siehe auch Hartwich, in GMH 4/74, a.a.O., S. 235/236
43) Raschke, Organisierter Konflikt, a.a.O., S. 170/171
44) ebenda, S. 170-172
45) Deppe, Autonomie, 1981, a.a.O., S. 188; vgl. zu dieser Einschätzung des Verhältnisses von ökonomischem und politischem Kampf auch: Fülberth, Georg: Exkurs: Probleme der Gewerkschaften in der Theorie von Karl Marx und Friedrich Engels; in: Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, hg. v. Deppe u.a., a.a.O., S. 32-43
46) Deppe, Autonomie, 1981, a.a.O., S. 192
47) ebenda, S. 188
48) Vgl. dazu unten, 3. Kapitel.
49) Zur deutschen Entwicklung vgl. ebenda.
50) Es ist - zugegebenermaßen - methodisch einigermaßen fragwürdig, in der abstrakt-theoretischen Analyse plötzlich auf historisch-empirisches Material zurückzugreifen. Im Gegensatz zu Grevens Auffassung von der prinzipiellen und unaufhebbaren Anbindung der Partei als solcher an das kapitalistische System und zu seiner These von der Partei als Organisationsform bürgerlicher Politik schlechthin, (vgl. Greven, a.a.O., S. 147/48), wird hier keine Aussage darüber getroffen, ob eines Tages unter radikal veränderten sozio-ökonomischen, bewußtseinsmäßigen und politischen Rahmenbedingungen nicht auch das organisatorische Zusammenspiel von Gewerkschaften und Arbeiterparteien zu einer Überwindung kapitalistischer Herrschaftsstrukturen führen kann. Es wird weder behauptet, daß dieser Fall eintreten könne, noch, daß er nicht eintreten könne. Der historische Prozeß ist als ein von lernfähigen Menschen betriebener prinzipiell offen. Niemand kann wissen, zu welchen Innovationsleistungen auch im Kampf um die Befreiung von Abhängigkeit Menschen fähig sind und zu welchen neuen Zwecken sie alte Instrumente verwenden können. Die Vermutung liegt zwar nahe, daß die Funktionsprinzipien dieser 'alten Instrumente' das emanzipatorische Ziel konterkarieren würden; aber dies a priori festlegen zu wollen, hieße meines Erachtens, die schöpferische Produktionskraft menschlicher Lernprozesse unzulässig einzugrenzen. Insoweit die vorliegende Arbeit aber weder utopische Zukunftsentwürfe vorlegen noch Strategien ihrer Verwirklichung angeben will, scheint es legitim, die Analyse interessenverarbeitender Organisationen implizit auf real bestehende Ausprägungen einzuengen. Sicher geht der Untersuchung damit einiges an abstrakter Tiefenschärfe und globalem Analyseanspruch verloren; dieser Preis ist aber nach meiner Auffassung nicht zu hoch für eine entsprechend realistische Betrachtung dessen, was an organisatorisch-politischer Praxis derzeit existiert. 'Derzeit' umfasst dabei immerhin die Dimension eines Jahrhunderts; das Risiko wird hier bewußt eingegangen, manche Faktoren zu übersehen, die außerhalb dieses Rahmens liegen mögen. Diese Arbeit hat keinen Endgültigkeitsanspruch.
51) Vgl. Wiesenthal, Konzertierte Aktion, in von Alemann, Neokorporatismus, 1981, a.a.O., S. 189-194
52) Vgl. Günther, Klaus: Sozialdemokratie und Demokratie 1946-1966. Die SPD und das Problem der Verschränkung innerparteilicher und bundesrepublikanischer Demokratie. Bonn 1979 (For-

schungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Reihe: Politik- und Gesellschaftsgeschichte, Bd. 6, hg. v. Kurt Klotzbach), S. 260/261

53) Vgl. Preuße, Detlev: Gruppenbildungen und innerparteiliche Demokratie. Am Beispiel der Hamburger CDU. Königstein 1981, S. 442

54) Knorr, Heribert: Der parlamentarische Entscheidungsprozeß während der Großen Koalition 1966 bis 1969. Struktur und Einfluß der Koalitionsfraktionen und ihr Verhältnis zur Regierung der Großen Koalition. Meisenheim 1975, S. 123/124

55) Siehe dazu auch Raschke, Organisierter Konflikt, a.a.O., S. 170

56) Knorr, a.a.O., S. 128/129

3.) Verbände, Parteien und Staat in Deutschland 1871 bis 1980 - Eine historische Skizze

3.1) Jeder gegen jeden - Antagonismen im Kaiserreich (1871 bis 1918)

1) Auf den Sachverhalt eng miteinander verknüpfter und sich inhaltlich oft kaum noch voneinander unterscheidender Parteien, untermauert von hochgradig kooperativen Großverbänden, wird weiter unten noch ausführlicher einzugehen sein; vgl. Abschnitt 3.4). Als der Anfang dieses Kapitels formuliert wurde, stand die Verfasserin unter dem Eindruck des am selben Tag, dem 17. September 1982, erfolgten Rücktritts der vier FDP-Minister aus der sozialdemokratisch geführten Koalitionsregierung Schmidt/Genscher und der Aufforderung von Bundeskanzler Schmidt, gemeinsam den Weg für Neuwahlen freizumachen. Damit war unverkennbar das (vorläufige?) Ende der dreizehn Jahre währenden sozialliberalen Regierungszeit erreicht, die zwar kaum den Begriff der 'Epoche' (H.Schmidt) verdient, die aber doch deutliche Veränderungen in innen- wie außenpolitischer Hinsicht gebracht hatte. Wenn dies hier so ausführlich erwähnt wird, so deshalb, um der Gefahr zu begegnen, über den kartellhaften Elementen des westdeutschen sozio-politischen Systems zu vergessen, daß verschiedene Volksparteien im Bündnis mit verschiedenen Verbänden noch immer eine inhaltlich unterscheidbare Politik betreiben. Es wird die Aufgabe zukünftiger Untersuchungen sein, zu klären, welche Unterschiede konkret zwischen der Politik in der Bundesrepublik der siebziger und der der achtziger Jahre bestanden. Hier soll nur vor dem Mißverständnis gewarnt werden, das unvermeidlich entsteht, betrachtet man Geschichte und Empirie der Politik von einem zu abstrakten Blickwinkel aus. Es ist eben nicht dasselbe, ob eine konservative oder eine sozialdemokratische Volkspartei regiert, auch wenn beide als Volksparteien bestimmte Konfliktpotentiale grundsätzlich ausblenden. Das deutliche Empfinden eines bevorstehenden Wandels und die Trauer über die endgültige Aufgabe eines schon seit langem gescheiterten Versuchs bestimmen derzeit die Wahrnehmung der Verfasserin, trotz aller genauer Kenntnis dessen, was allen Parteien und allen Verbänden an Verdrängungs-, eben Selektivitätsmechanismen eignet.

2) Vgl. Nipperdey, Thomas: Grundprobleme der deutschen Parteiengeschichte im 19. Jahrhundert; in: Ritter, Gerhard A. (Hg.): Die deutschen Parteien vor 1918. Köln 1973, S. 32-55; Lepsius, M. Rainer: Parteiensystem und Sozialstruktur: zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft; in: Ritter, Parteien vor 1918, a.a.O., S.56-80; Stöss, Richard: Entstehung und Entwicklung des deutschen Parteiensystems bis 1933; in: Staritz, Parteiensystem, a.a.O., S. 21-46.

3) Vgl. hierzu den Überblick bei Weber, Jürgen, a.a.O., S. 63 ff.

4) Lepsius, a.a.O., S. 68: Sozialmilieus werden hier definiert als "soziale Einheiten, die durch eine Koinzidenz mehrerer Strukturdimensionen wie Religion, regionale Tradition, wirtschaftliche Lage, kulturelle Lage, kulturelle Orientierung, schichtspezifische Zusammensetzung der intermediären Gruppen gebildet werden."

5) Diese protektionistische Politik mußte wiederum die Interessen moderner Wachstumsindustrien massiv verletzen, die dem internationalen Wettbewerb gewachsen gewesen wären, weshalb es schon frühzeitig zur organisatorischen Differenzierung des kapitalistischen Lagers kam; vgl. Fenske, Hans: Strukturprobleme der deutschen Parteiengeschichte. Wahlrecht und Parteiensystem vom Vormärz bis heute. Frankfurt 1974, S. 84; sowie Stöss, Parteiensystem bis 1933, a.a.O., S. 28 ff.

6) Vgl. etwa Schönhoven, Klaus: Expansion und Konzentration. Studien zur Entwicklung der Freien Gewerkschaften im Wilhelminischen Deutschland 1890 bis 1914. Stuttgart 1980 (Industrielle Welt, Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte, 30), S. 377:

Schönhoven geht von der Theorie des organisierten Kapitalismus aus, dessen Entfaltung auch die allmähliche Durchsetzung des Prinzips bewußter kollektiver Organisation auf dem Arbeitsmarkt beinhaltet habe. Betrachtet man die historische Vehemenz, mit der Staat und Unternehmer-, speziell Arbeitgeberverbände lange Zeit versuchten, die Entstehung und Vertragsfähigkeit autonomer Gewerkschaften überhaupt zu verhindern, so drängt sich die Vermutung auf, daß die herrschenden Schichten im Kaiserreich eine Zeitlang wirklich davon überzeugt gewesen sein müssen, die materiellen Profite der Modernisierung und Industrialisierung einstreichen zu können, ohne den Preis der Demokratisierung zahlen zu müssen, der doch die zwingende Folge der zunehmenden sozialen Mobilisierung des Volkes sein mußte.

7) Kaeble, Helmut: Industrielle Interessenpolitik in der Wilhelminischen Gesellschaft. Centralverband Deutscher Industrieller 1895-1914. Berlin 1967 (Veröffentlichung der Historischen Kommission zu Berlin beim Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universität Berlin, 27), S. 191. An anderer Stelle heißt es: "Erst der Textilarbeiterstreik in Crimmitschau, der zur Entstehung von zentralen Arbeitgeberorganisationen führte, begann die Haltung der CDVI-Leitung zu wandeln. ... Erst jetzt stellte die CVDI-Leitung auf den Klassengegensatz ab, da 'Arbeitgeber und Arbeitnehmer zwei durchaus verschiedene Gruppen geworden'" seien; ebenda, S. 194 (CVDI = CDI).

8) Vgl. zum folgenden: Fülberth, Georg: Die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung von den Anfängen bis 1873; in: Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, hg. v. Deppe u.a., a.a.O., S. 15-31. Aufgrund der hervorragenden Bedeutung der sozialdemokratisch beeinflußten Gewerkschaften für die deutsche Arbeiterbewegung wird auf die Behandlung christlicher und anderer Konkurrenzorganisationen hier verzichtet. Ihre Existenz vor allem in der Frühzeit der Gewerkschaftsbewegung muß aber als ein Faktor neben anderen im Gedächtnis behalten werden, der eine eindeutige politische Orientierung der Gewerkschaften nicht unerheblich erschwerte.

9) Vgl. Zoll, a.a.O., S. 109/110

10) Vgl. Fülberth, Entwicklung, a.a.O., S. 19

11) Zur historischen Entwicklung siehe Gimbel, Sozialistengesetz, a.a.O.

12) Dies bedeutet nichts anderes als die Übernahme der Ausdifferenzierung eines 'politischen' Raumes aus dem gesamten Aktionsfeld des Kampfes der Arbeiterklasse um ihre eigene Emanzipation; vgl. oben Abschnitt 2.3).

13) Vgl. Ritter, Gerhard A.: Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung Deutschlands bis zum Ersten Weltkrieg; in: ders.: Arbeiterbewegung, Parteien und Parlamentarismus. Aufsätze zur deutschen Sozial- und Verfassungsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Göttingen 1976 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 23), S. 21-54, hier S. 29.

14) Vgl. hierzu und im folgenden: Ritter, Gerhard A./ Tenfelde, Klaus: Der Durchbruch der Freien Gewerkschaften Deutschlands zur Massenbewegung im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts; in: Ritter, Arbeiterbewegung, Parteien, a.a.O., S. 55-101. An dieser Stelle ist auf die oben notierte Bemerkung zur Bedeutung der Existenz konkurrierender Gewerkschaften für die parteipolitische Orientierung der Freien Gewerkschaften hinzuweisen.

15) ebenda, S. 78 ff.

16) Ritter, Sozialdemokratische Arbeiterbewegung, a.a.O., S. 35

17) ebenda, S. 32 ff.

18) Vgl. Schmidt/Seichter, a.a.O., S. 88 ff.

19) Gimbel, a.a.O., S. 49

20) vgl. ebenda, S. 48

21) vgl. unten, Abschnitt 3.2)

22) vgl. hierzu Schmidt/Seichter, a.a.O., S. 88-93

23) Vgl. Pohl, Kurt/ Werther, Frauke: Die freien Gewerkschaften im Ersten Weltkrieg; in: Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, hg. v. Deppe u.a., a.a.O., S. 94-145, hier S. 124 ff.

24) Vgl. Seifert, Christfried: Die deutsche Gewerkschaftsbewegung in der Weimarer Republik; in: Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, hg. v. Deppe u.a., a.a.O., S. 146-210, hier S. 149 ff.

25) ebenda, S. 150/151

26) ebenda, S. 155/156

27) ebenda, S. 153 ff, wobei es nicht allein an den Gewerkschaften lag, daß diese Bewegung scheiterte.

28) ebenda, S. 162 ff.
24a) Kaeble, a.a.O.
25a) Ullmann, Hans-Peter: Der Bund der Industriellen. Organisation, Einfluß und Politik klein- und mittelbetrieblicher Industrieller im Deutschen Kaiserreich 1895 - 1914. Göttingen 1976 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 21)
26a) Mielke, Siegfried: Der Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie 1909 - 1914. Der gescheiterte Versuch einer antifeudalen Sammlungspolitik. Göttingen 1976 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 17)
27a) Blaich, Fritz: Staat und Verbände in Deutschland zwischen 1871 und 1945. Wiesbaden 1979 (Wissenschaftliche Paperbacks, 14, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, hg. v. Hans Pohl)
28a) Vgl. hierzu ebenda, S. 11/12, zur Annahme der Regierungsvorlage zur Wiedereinführung der Schutzzölle im Jahre 1879, die auf einem CDI-Zolltarifentwurf basierte; ebenda, S. 30/31, zum Bündnis zwischen Schwerindustrie und BdL, das zur Verabschiedung sowohl agrarischer Schutzzölle als auch des Zweiten Flottengesetzes im Jahre 1900 durch den Reichstag führte; sowie schließlich ebenda, S. 41-47, zur erfolgreichen Durchsetzung von CDI-Positionen in der Kartellpolitik des Reiches im Jahre 1908.
29) Ullmann, a.a.O., S. 234
30) Vgl. ebenda, S. 237 sowie Blaich, a.a.O., S. 37
31) Ullmann, a.a.O., S. 238/239
32) ebenda, S. 237
33) Blaich, a.a.O., S. 49
34) Mielke, a.a.O., S. 181
35) Vgl. Blaich, a.a.O., S. 52, zur Vereinigung von CDI und BdI im Kriegsausschuß der deutschen Industrie im Jahre 1914.
36) Vgl. Schulz, Gerhard: Über Entstehung und Formen von Interessengruppen in Deutschland seit Beginn der Industriealisierung; in: Interessenverbände in Deutschland, hg. v. Varain, a.a.O., S. 25-54, hier S. 36. Schulz beschreibt für die Industrie drei Phasen: "1. die Periode des Überwiegens der von Staats wegen anerkannten und mit Aufgaben versehenen Handelskammern; 2. die Periode der Entfaltung freier Branchenvereine und 3. die Periode der Kartellierung und der Bildung industrieller Arbeitgebervereinigungen, die die abschließende Konzentration einleitete."
37) Ullmann, a.a.O., S. 239/240
38) Leckebusch, Roswitha: Entstehung und Wandlungen der Zielsetzungen, der Struktur und der Wirkungen von Arbeitgeberverbänden. Berlin 1966 (Untersuchungen über Gruppen und Verbände, 3), S. 43
39) Die auf Integration abzielten und - wie oben ausführlich dargestellt - auf prinzipiell bereits in das politische System eingebundene Gewerkschaften trafen.
40) Durch den bereits erwähnten Streik von Crimmitschau im Jahre 1903 war dies deutlich geworden; vgl. Leckebusch, a.a.O., S. 48 ff
41) ebenda, S. 58: Leckebusch beschreibt die VDA als "äußerst gewichtige und schlagkräftige Institution ..., die in den folgenden Jahren nicht nur gegenüber der Öffentlichkeit und selbstverständlich den Gewerkschaften die Ansichten und Interessen der deutschen Arbeitgeber energisch vertrat, sondern auch zu einem maßgeblichen Faktor der deutschen Innenpolitik wurde." Mit diesem Versuch, die innenpolitische Lage umfassend zu beeinflussen und mit der beginnenden direkten Auseinandersetzung mit den Gewerkschaften war zugleich der Prozeß ihrer Einbindung in den Funktionszusammenhang von Ökonomie und Politik eingeleitet.
42) ebenda, S. 60
43) Vgl. Puhle, Hans-Jürgen: Radikalisierung und Wandel des deutschen Konservatismus vor dem ersten Weltkrieg; in: Ritter (Hg.), Parteien vor 1918, a.a.O., S. 165-186, hier S. 171 ff, zur Ideologie des BdL und dessen Unterwanderung der Deutschkonservativen Partei.
44) Vgl. Weber, Jürgen, a.a.O., S. 64: So entstand z.B. die Regierungsvorlage des Zolltarifs von 1879 wie erwähnt aus einem CDI-Entwurf. Weber fasst diese Prozesse zu der These zusammen: "Der Kampf der Interessengruppen um die öffentliche Meinung und um die staatliche Anerkennung ihrer Forderungen wurde zum durchgängigen Merkmal der Politik im Wilhelminischen Reich." Ebenda, S. 63.
45) Vgl. Everke, Karl Friedrich: Zur Funktionsgeschichte der politischen Parteien. Baden-Baden 1974, S. 97ff; sowie Henning, Friedrich: Frühgeschichte des deutschen Liberalismus; in: Geschichte des deutschen Liberalismus. Hg. von Wolfram Dorn und Harald Hofmann. Bonn, 2.

erw.Aufl., 1976, S. 25-67, hier S. 25 ff. Nipperdey, Grundprobleme, a.a.O., S. 35ff, konstatiert als deutsche Besonderheit die langanhaltende doktrinäre Bindung der Parteien an Theorien und Ideen. Dies trifft zwar sicherlich zu, wird aber zu Recht von Fenske einem Komplex von ökonomischen, sozialen, politischen und ideologischen Bedingungen zugeordnet, innerhalb dessen die von Nipperdey so stark betonten geistesgeschichtlichen Faktoren etwas in den Hintergrund treten; vgl, Fenske, a.a.O., S. 33 ff. Die oben geschilderte Verbändestruktur stellte sicher eine der ausschlaggebenden Ursachen dar.

46) Fenske, a.a.O., S. 34

47) Auch dies erfolgte erst sehr spät, und so liegt in der realen 'Verantwortungslosigkeit' der deutschen Parteien ein weiterer Grund für ihre starke Fixierung auf politische Ideen und Ideologien. Nach 1871 aber verlor diese Ursache zumindest an Gewicht gegenüber dem Einfluß der Interessengruppen-Struktur auf die parteipolitischen Konstellationen.

48) Vgl. etwa Stöss, Parteinsystem bis 1933, a.a.O., S. 30; Stöss charakterisiert die Deutsche Freisinnige Partei als Fusion zwischen den exportfähigen Branchen der Industrie und dem "freihändlerischen linksliberalen Fortschritt" gegenüber der linkskonservativen Deutschen Reichspartei, die sich zum "Vorkämpfer der Schutzzollpolitik" machte.

49) Prototyp hierfür ist die Deutschkonservative Partei, die nach 1890 dem BdL völlig ausgeliefert war: "Der agrarische Radikalismus ... war zum bestimmenden Element und zum Motor der konservativen Politik geworden, die agrarische Interessenvertretung zum Hauptanliegen der konservativen Partei"; Puhle, a.a.O., S. 170.

50) Vgl. Ritter, Sozialdemokratische Arbeiterbewegung, a.a.O., S. 30f.

51) Vgl. dazu Fülberth, Georg: Die Entwicklung der deutschen Sozialdemokratie von ihrer Gründung bis zum Revisionismusstreit; in: von Freyberg, Jutta u.a. (Hg): Geschichte der deutschen Sozialdemokratie 1863 - 1975. Köln 1975, S. 11-36, hier S. 30: "Der Arbeiterbewegung war somit eine Reduktion ihrer Tätigkeit auf parlamentarische Politik vorgeschrieben." Trotz der Entwicklung auch außerparlamentarischer Strategien dürfte die Zeit der Illegalität mit ihrem Zwang zur Konzentration auf parlamentarische Politik eine ähnlich zentrale Bedeutung für die allmähliche Selbstintegration der SPD in das Wilhelminische politische System besessen haben wie sie oben für die Entstehung systemkonformer Gewerkschaften postuliert wurde.

52) Nipperdey, Thomas: Die Organisation der bürgerlichen Parteien in Deutschland; in: Ritter, Parteien vor 1918, a.a.O., S. 100-119, hier S. 102. Siehe auch ebenda, S. 101: "Die Agitation und die Wahlerfolge der Sozialdemokraten vor allem, besonders nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes, aber auch die Agitation wirtschaftlicher Massenorganisationen, wie der Agrarverbände und später der Gewerkschaften, und die anfänglich sehr intensive Propaganda der antisemitischen Gruppen brachten die Wählermassen in Bewegung. Der herkömmliche Partei- und Wahlbetrieb genügte nicht mehr, dem wachsenden politischen Bewußtsein der Wähler mußten moderne Methoden der Massenwerbung entsprechen."

53) Fülberth, Georg: Vom Reformismusstreit bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges; in: von Freyberg u.a., Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, a.a.O., S. 37-50, hier S. 43: "... die zahlreichen Proletarier und Kleinbürger, die angesichts der wachsenden Kriegsgefahr und unter der Last der Steuern und Zölle als Wähler, Anhänger und Mitglieder zur Sozialdemokratie fanden, trugen ihre vor- und nichtsozialistischen, teilweise sogar in zentralen Punkten noch bürgerlichen oder konservativen Bewußtseinselemente an die Arbeiterbewegung heran oder in diese hinein, ohne daß diese durch die ideologische und politische Arbeit der Partei zu proletarischem Klassenbewußtsein transformiert worden wären."

54) Lepsius, Parteiensystem und Sozialstruktur, a.a.O., S. 69: "Voll mobilisiert und organisiert tritt der katholische Volksteil in das Kaiserreich ein, verpflichtet auf ein wesentlich vorindustrielle und vordemokratische Sozialmoral und integriert in eine Subkultur, in der wirtschaftliche und politische Fragen mindere Dignität besitzen."

55) Vgl. Gimbel, a.a.O., S. 44

56) Vgl. zum Verhältnis von BdL und Deutschkonservativer Partei insgesamt die bereits zitierte hervorragende Studie von Puhle, a.a.O.

57) Blaich, a.a.O., S. 114

58) So scheiterte das Bestreben des CDI, jede getrennte Organisation von Arbeitgebern und Lohnabhängigen im Rahmen der Sozialversicherung zu verhindern und die zu erwartende Kostenbelastung der Industrie über den Umweg der gezielten Beeinflussung Bismarcks zu minimieren, an der entschiedenen Beharrlichkeit des Zentrums, das 1881 und 1884 jeweils die

stärkste Reichstagsfraktion stellte. Daraufhin schlug der CDI bei der Verhandlung der gesetzlichen Alters- und Invaliditätsversorgung eine gemäßigtere Gangart an: "In der klaren Erkenntnis, daß sich solche sozialen Vorstellungen (der Fixierung von Unterstützungsleistungen auf ein Minimum, das die Arbeiter zum längstmöglichen Verbleiben im Arbeitsprozeß zwingen und die Industrie von steigenden Kosten verschonen sollte, C.S.) politisch nicht verwirklichen ließen, begnügte sich der CDI in seinen Stellungnahmen mit bescheideneren Forderungen." Blaich, a.a.O., S. 17. Mit diesem Hinweis auf die Bedeutung der Durchsetzung des Wahlrechts, jedenfalls was den Reichstag betraf, für die Kompetenzausweitung und damit auch für den Machtgewinn der Parteien gegenüber den Verbänden soll keineswegs der Grundthese von Fenske widersprochen werden, nach der das Wahlrecht für die konkrete Struktur eines Parteiensystems relativ wenig Einfluß hat; vgl. Fenske, a.a.O., S. 35 und S. 68, sowie S. 79: "Nur innerhalb des einmal bestehenden Systems wirkte das Wahlrecht auf die Kräfteverhältnisse ein." Diese Überlegungen müssen aber unterschieden werden von denjenigen zur Rolle des allgemeinen Wahlrechts schlechthin, das überhaupt erst den Bezugsrahmen einer Nation der freien und gleichen Staatsbürger herstellt.

59) Vgl. Kaelble, a.a.O., S. 139-146 und S. 189-199.

60) Ullmann, a.a.O., S. 154: "Damit entstand trotz vielfacher Berührungspunkte eine gewisse Labilität der Zusammenarbeit, die zugleich auch eine weitgehende Instrumentalisierung der Fraktion im Sinne fertigindustieller Interessen verhinderte. Weit entfernt von einem gegenüber den wirtschaftlichen Interessen abgehobenen Freiraum der Parteipolitik, wahrte die Fraktion dennoch einen bestimmten Handlungsspielraum, der eine lineare Vermittlung ökonomischer Interessen erschwerte."

61) Mielke, a.a.O., S. 184/185

62) Vgl. ebenda, S. 129; übrigens liefert der Hansa-Bund auch einen historisch frühen Beleg für die These, daß die verbandsförmige Entsprechung zu dem parteipolitischen 'Prinzip Geschlossenheit' offenbar in dem Filter 'parteipolitische Neutralität' besteht, der dazu dient, dem Verband die Möglichkeit offenzuhalten, mehrere Parteien gegeneinander auszuspielen und ganz generell die höhere Dignität verbandsförmiger Basisbeziehungen gegenüber 'bloß parteipolitischer' Interessenvertretung zu suggerieren. Vgl. dazu auch ebenda, S. 123 und 130.

63) Nachdem 1914 bereits der Kriegsausschuß der deutschen Wirtschaft von CDI und BdI gegründet worden war, fanden sich 1916 diese beiden Organisationen sowie der bislang weitgehend abseits des Verbandsbildungsprozesses gebliebene Chemieverein im Industrierat zusammen. Der Kriegsausschuß, intern eindeutig von CDI dominiert, erlangte maßgeblichen Einfluß auf die staatliche Auftragsvergabe sowie auf die Entscheidung darüber, welche Betriebe als kriegsunwichtig stillgelegt werden sollten. Mit Beginn der Bewirtschaftung von Rohstoffen und Lebensmitteln infolge des Scheiterns an der Westfront im Herbst 1914 wurden die großen Roheisen-, Stahl- und Kohlesyndikate direkt im staatlichen Auftrag tätig. Selbst als 1917 der Aufbau des staatlichen Behördenapparates zur Verwaltung der Kriegswirtschaft weitgehend abgeschlossen war, verringerte sich der Verbandseinfluß kaum, da die Organisationen der Wirtschaft als unverzichtbare Lieferanten von Informationen und ökonomischem 'Sachverstand' galten. Gerade die bis dahin eher schwachen Verbände der Leichtindustrie wurden durch die Übertragung hoheitlicher Aufgaben direkt gestärkt, da nun die Unternehmer der betreffenden Branchen zum Verbandsbeitritt genötigt waren, um das Überleben ihrer Betriebe zu sichern. Vgl. hierzu Blaich, a.a.O., S. 52-54. Nocken hat zu Recht darauf hingewiesen, daß es in der Geschichte des 19. und 20. Jahrhunderts stets eher die gesellschaftlich schwachen Gruppen waren, die staatskorporatistische Varianten der Organisierung gesellschaftlicher Interessen befürworteten; vgl. Nocken, a.a.O., S. 29. Wie bereits erwähnt, gehörten dazu durchaus auch die Gewerkschaften, die im Gesetz über den vaterländischen Hilfsdienst vom 2.12.1916 erstmals staatlich anerkannt und mit hoheitlichen Funktionen betraut wurden; vgl. Pohl/Werther, a.a.O., S. 122-131.

3.2) Intransingenz und Schwäche - Konflikte und Ausbrüche in der Weimarer Republik (1918 bis 1933)

1) Vgl. den vorangegangenen Abschnitt sowie zum Verhältnis von Unternehmerverbänden und Gewerkschaften in diesem Abschnitt weiter unten.

2) Vgl. Stöss, Parteiensystem bis 1933, a.a.O., S. 38; sowie Fülberth, Georg: Die deutsche

Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg 1914 - 1918; in: von Freyberg u.a., Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, a.a.O., S. 51-64. Fülberth beschreibt die erstmalige Zulassung reformistisch orientierter Sozialdemokraten zu kommunalen Ämtern, die begleitet wurde von gleichzeitigen Unterdrückungsmaßnahmen des Staates gegen den von Luxemburg und Liebknecht geführten linken Flügel der SPD. Siehe auch ebenda, S. 60: "Die Anerkennung von Sozialdemokratie und Gewerkschaften durch die alten Gewalten war ein Zugeständnis zum Zweck der Revolutionsverhinderung."

3) Vgl. hierzu Weber, Hermann: Einleitung zu: Ossip K. Flechtheim: Die KPD in der Weimarer Republik. 3. unveränd. Aufl., Frankfurt 1973, S. 5-68, hier S. 26 f.

4) SPD und USPD agierten auf dem ersten Reichskongreß der Arbeiter- und Soldatenräte im Dezember 1918 erfolgreich für die Unterstützung der Wahlen zur Nationalversammlung, die in ihrem parlamentarischen Bezug der Selbstentmachtung der Räte gleichkam. Vgl. Harrer, Jürgen: Die Sozialdemokratie in Novemberrevolution und Weimarer Republik 1918/1933; in: von Freyberg u.a., Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, a.a.O., S. 65-179, hier S. 76 f. Aus dem Gründungsparteitag der KPD kurz danach kam es zu scharfen Kontroversen um die Frage der Wahlbeteiligung bei der Bildung der Nationalversammlung und über die Rolle der Gewerkschaften. Große Teile der von der Rätebewegung stark beeinflußten Parteibasis opponierten sowohl gegen die Einführung des parlamentarischen Systems als auch gegen eine Orientierung auf die Gewerkschaften, berührten also die Kernbereiche des Kontinuums von Verbänden und Parteien. Sie konnten sich jedoch letztlich nicht gegen die Parteiführung durchsetzen und wurden 1920 von ihr, die sie zu Recht als Gefahr für den weiteren Fortbestand der KPD als Partei erkannte, aus der Partei gedrängt. Vgl. Weber, Hermann, a.a.O., S. 28 f.

5) Vgl. Opitz, Reinhard: Der deutsche Sozialliberalismus 1917 - 1933. Köln 1973, S. 13 ff.

6) Vgl. Harrer, a.a.O., S. 75. Zwar verharrte die politische Organisation dieser Interessen, die Deutsch-Nationale Volkspartei (DNVP) zunächst in grundsätzlicher Ablehnung des Weimarer Systems. Aber Neumann konstatiert ganz richtig ihren "innere(n) Zwiespalt ... zwischen prinzipieller Opposition und aktiver Mitarbeit im Staate...", der bei Fortdauer parlamentarischer Verhältnisse nur zur Arbeit im Parlament führen konnte, um die eigenen Interessen gegenüber den Konkurrenten und Antagonisten durchsetzen zu können. Vgl. Neumann, a.a.O., S. 61. Mit dem Zentralarbeitsgemeinschaftsabkommen vom November 1918 hatten die Unternehmerverbände bereits die von der Situation befohlene Konsequenz gezogen und die Gewerkschaften als Verhandlungspartner bzw. -kontrahenten anerkannt.

7) Stöss, Parteiensystem bis 1933, a.a.O., S. 36

8) Art. 1 WRV: "Das Deutsche Reich ist eine Republik. Die Staatsgewalt geht vom Volke aus." Art. 22, Satz 1 WRV: "Die Abgeordneten (des Reichstags, C.S.) werden in allgemeiner, gleicher, unmittelbarer und geheimer Wahl von den über zwanzig Jahre alten Männern und Frauen nach den Grundsätzen der Verhältniswahl gewählt." Die Verfassung des Deutschen Reiches (1919), auszugsw. abgedr. in: Politik und Schule von der französischen Revolution bis zur Gegenwart. Hg. von Berthold Michael und Heinz-Hermann Schepp. Bd. 2. Frankfurt 1974, S. 43-54. Zum Art. 165 WRV, der die Tarifautonomie der Gewerkschaften und Unternehmerverbände verfassungsrechtlich absicherte, vgl. oben Abschnitt 3.1), Anm. 25).

9) Vgl. hierzu Blaich, a.a.O., S. 57/58, der mit Recht darauf aufmerksam macht, daß demgegenüber jetzt die Bedeutung quantitativ kleiner, aber finanzstarker Interessengruppen, verglichen mit der Kaiserzeit, zurückging.

10) Etwa in den vom Vaterländischen Hilfsdienstgesetz geschaffenen Arbeiterausschüssen, vgl. Pohl/Werther, a.a.O., S. 128.

11) Varain, Heinz Josef: Einleitung zu: Interessenverbände in Deutschland, hg. von ders., a.a.O., S. 11-24, hier S. 16

12) Leckebusch, a.a.O., S. 68

13) ebenda, S. 73

14) Seifert, a.a.O., S. 190

15) Vgl. etwa ebenda, S. 179, zu den heftigen Auseinandersetzungen um den Acht-Stunden-Tag im Jahre 1924.

16) Hartwich, Hans-Hermann: Arbeitsmarkt, Verbände und Staat 1918 - 1933. Die öffentliche Bindung unternehmerischer Funktionen in der Weimarer Republik. Berlin 1967 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, 23), S. 385

17) ebenda, S. 388

18) Vgl. Schneider, Michael: Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB. Zur gewerkschaftlichen

Politik in der Endphase der Weimarer Republik. Bonn - Bad Godesberg 1975 (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, 120), S. 104-140

19) ebenda, S. 111-117
20) ebenda, S. 159
21) ebenda, S. 160
22) ebenda, S. 160
23) Vgl. von Freyberg, Jutta/ Hebel-Kunze, Bärbel: Die deutsche Sozialdemokratie in der Zeit des Faschismus; in: von Freyberg u.a., Geschichte der deutschen Sozialdemokratie, a.a.O., S. 180-241, hier S. 195, zur 'Reichskonferenz' der nicht emigrierten Teile der SPD-Führung am 19. Juni 1933, die sich demonstrativ von den sozialdemokratischen Emigranten lossagten.
24) Schneider, a.a.O., S. 160
25) Blaich, a.a.O., S. 59
26) Vgl. die Auseinandersetzungen um den neuen Zolltarif 1924/25; Blaich, a.a.O., S. 72.77
27) Seifert, a.a.O., S. 190
28) Vgl. Blaich, a.a.O., S. 74
29) So etwa das Abkommen der Arbeitsgemeinschaft der Eisenverarbeitenden Industrie (AVI), die 1924 gegründet worden war und 1925 dem Wunsch der Eisen- und Stahlindustrie nach Eingangszöllen auf Rohstoffe und Halbfabrikate nachkam, um im Gegenzug zur Sicherung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der Eisenverarbeiter "die Zusage von Preisrückvergütungen in Höhe des Unterschieds zwischen Inland- und Weltmarktpreis" zu erhalten, "wenn sie nachweisen konnten, daß sie die eingekauften Rohstoffe und Halbzeuge zur Abwicklung von Exportaufträgen verbraucht hatten"; Blaich, a.a.O., S. 76. Siehe hierzu auch: Böhret, Carl: Aktionen gegen die 'kalte Sozialisierung' 1926 - 1930. Ein Beitrag zum Wirken ökonomischer Einflußverbände in der Weimarer Republik. Berlin 1966 (Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 3). Böhret berichtet von ersten Ansätzen lockerer interindustrieller Interessenabstimmung im Zusammenhang mit der unternehmerischen Kampagne gegen die 'kalte Sozialisierung' Mitte der zwanziger Jahre; ebenda, S. 205.
30) Allerdings ist hierbei zu berücksichtigen, daß der Staat über den Hebel der Zwangsschlichtung doch in die Tarifkonflikte involviert war, was den Widerstand der Unternehmer gegen jede Einschränkung ihres Dispositionsspielraumes auch gegen das Entscheidungszentrum des neuen politischen Systems lenken mußte; vgl. hierzu: Döhn, Lothar: Politik und Interesse. Die Interessenstruktur der Deutschen Volkspartei. Meisenheim am Glan 1970 (Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, hg. v. Wolfgang Abendroth, 16), S. 180/181.
31) Sohn-Rethel fasst diese Konstellation in dem Fazit zusammen, "daß die ökonomisch intakten Teile der deutschen Wirtschaft politisch paralysiert waren und nur die ökonomisch paralysierten Teile politische Bewegungsfreiheit besaßen"; Alfred Sohn-Rethel: Ökonomie und Klassenstruktur des deutschen Faschismus. Frankfurt 1973, S. 69, Hervorh. i. T.
32) Vgl. dazu oben, Abschnitt 2.2.2) zur Theorie Leppert-Fögens über die psychische Regression des Kleinbürgertums in der ökonomischen Krise und die im Anschluß daran entwickelten eigenen Überlegungen.
33) Siehe hierzu Döhn, a.a.O.
34) Vgl. ebenda, S. 100-108; Döhn kommt zu folgender abschließenden Charakterisierung Stresemanns: "Von allen zur Debatte stehenden Persönlichkeiten verkörperte allein Stresemann wie kaum ein anderer Politiker der Weimarer Zeit ein Maß an politischer Selbständigkeit, das für einen auf organisatorische Integration und Interessenvertretung bedachten Industrieverband ein großes Risiko bedeutet hätte. Völlig zu Recht nahm man in der Industrie an, daß er aufgrund seiner politischen Motivationen und seiner Belastungen als Parteiführer nicht hinreichend befähigt sei, die Interessen der Industrie im erforderlichen Maße zu vertreten." Ebenda, S. 108.
35) Vgl. ebenda, S. 111-119
36) Vgl. ebenda, S. 132-139
37) Vgl. ebenda, S. 138/139: Döhn beschreibt hier den Prozeß des Abdriftens der DVP nach rechts, halb gezogen vom DHV, der sowohl anti-parlamentarisch als auch ganz massiv antisemitisch orientiert war, halb ihm folgend, weil er das letzte halbwegs attraktive Verbindungsglied zu den Wählern der Mittel- und Unterschichten darstellte.
38) Kinder, Hermann/ Hilgemann, Werner: dtv-Atlas zur Weltgeschichte, Band 2: Von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart. München, 8. Aufl., 1973, S. 148 und S. 194.
39) Vgl. Döhn, a.a.O., S. 171-174, zum Konflikt um die sogenannte 'Tantiemensteuer', bei dem

die DVP jede staatliche Maßnahme ablehnte, die nicht identisch mit dem privatkapitalistischen Interesse war.

40) ebenda, S. 174: "Letzten Endes vertrat die DVP die Interessen der gewerblichen Wirtschaft nicht in einem übergreifenden Sinne, sondern ihre Politik wurde - nach dem Tode Stresemanns in zunehmendem Maße - von großgewerblichen Interessen inauguriert."

41) Vgl. Blaich, a.a.O., S. 78-84

42) ebenda, S. 79

43) ebenda, S. 79

44) Zur objektiv kanalisierenden Politik der KPD, vgl. Weber, Hermann, a.a.O., S. 30 ff, bes. S. 42: "Die KPD spielte in den Jahren der Stabilisierung 1924 - 1928 für die deutsche Politik eine geringere Rolle als in den Phasen der Krise 1919 - 1923 oder 1929 - 1933. Eine revolutionäre Politik war unmöglich, und eine aktive Politik nach parlamentarischen Spielregeln war nicht das eigentliche Metier der Partei."

45) Vgl. Greven, a.a.O., S. 241

46) Vgl. Harrer, a.a.O., S. 151-179

47) Lepsius nennt den Zusammenbruch der voneinander abgegrenzten 'Sozialmilieus' als allgemeine Ursache des Untergangs der Weimarer Republik: "Das Parteiensystem brach zusammen, als sich im Zuge der fortschreitenden Industrialisierung, der wachsenden Mobilität und sozialen Differenzierung diese Milieus langsam auflösten." Lepsius, Parteiensystem und Sozialstruktur, a.a.O., S. 67. Diese These steht nicht im Widerspruch zu der hier vorgetragenen Überlegung, daß es im wesentlichen an der fragmentierten und ideologisch fixierten Verbändestruktur lag, daß die Parteien der Weimarer Republik ihrer Aufgabe der Interessenintegration und -harmonisierung nicht nachkommen konnten. Denn solange bestimmte organisierte sozio-ökonomische Interessen ihre Kontrahenten nur taktisch anerkennen bzw. zu eliminieren suchen, können die Parteien keine Integration über derartige Konfliktfronten hinweg betreiben, sind mithin gezwungen, sich auf ihren noch subkulturell abgegrenzten historischen Wählerkern zu konzentrieren, selbst dann noch, wenn dieser realhistorisch allmählich aufzuweichen beginnt.

48) Vgl. Opitz, a.a.O., S. 12 ff. zu den Bündnissen zwischen schwerindustriellen und agrarischen Interessen und der DNVP sowie zwischen den neuen Industrien und der Deutschen Demokratischen Partei.

3.3) Herrschaft auf Zeit - Der vorläufige Sieg des qualitativ-funktionalen Interessenvertretungsprinzips im Nationalsozialismus (1933 bis 1945)

1) Vgl. Agnoli, Johannes/ Blanke, Bernhard/ Kadritzke, Niels: Einleitung zu: Sohn-Rethel, a.a.O., S. 7-24, hier S. 15: Sohn-Rethel entwickelt einen Begriff der absoluten Mehrwertproduktion im Faschismus, bei der durch "gewaltsame Ausdehnung der Arbeitszeit, Intensivierung der Arbeit bei gleichbleibendem Preis der Arbeitskraft, d.h. staatlich sanktionierte(s) Einfrieren der Löhne" die Verwertungsbedingungen des krisengeplagten Kapitals wieder verbessert werden sollten.

2) Es ist mittlerweile bekannt, daß sich die faschistische Herrschaft in weiten Teilen auf ein Gewirr halb-autonomer organisatorischer Untergliederungen stützte, deren partielle Kooperation und partielle Rivalität zu einem instabil ausbalancierten Machtapparat führten, innerhalb dessen Sonderentwicklungen jedenfalls begrenzt durchaus möglich waren; vgl. etwa Blaich, a.a.O., S. 102-106, zur Rolle des 'Reichsbauernführers' Darré, der gleichzeitig Reichsernährungsminister war. Siehe auch ebenda, S. 110/111, zum fortdauernden Einfluß der eisenschaffenden Industrie, der gleich noch ausführlicher zu thematisieren sein wird.

3) Vgl. ebenda, S. 108/109

4) ebenda, S. 110/111

5) ebenda, S. 111/112

6) ebenda, S. 113

7) Vgl. Esenwein-Rothe, Ingeborg: Die Wirtschaftsverbände von 1933-1945. Berlin/München 1965 (Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., 37), S. 136

8) Die Liquidierung der gesamten organisatorischen Arbeiterbewegung entzog selbstverständlich dem Komplex autonomer sozialer Konfliktregelung den Boden. Welche legitimatorischen Probleme für den faschistischen Staat prompt aus seinen direkten Eingriffen in sozio-ökonomische Konfliktlagen resultierten, die er als faschistischer mit den Mitteln der Propaganda und

des Terrors zu betreiben suchte, hat Mason in der Analyse der innen- und wirtschaftspolitischen Krise ab 1937 gezeigt, die - ganz unabhängig davon, daß die nationalsozialistische Führung den Eroberungskrieg wollte - in Richtung auf die außenpolitische Kompensation innenpolitischer Fehlentwicklungen drängte; Mason, Timothy W.: Zur Funktion des Angriffskrieges 1939; in: Grundfragen der deutschen Außenpolitik seit 1871. Hg. von Gilbert Ziebura. Darmstadt 1975 (Wege der Forschung, CCCXV), S. 376-413, hier bes. S. 392 ff.

9) Wenn hier historische Entwicklungen reduziert auf Lernprozesse nur einer gesellschaftlichen Kraft, und sei sie noch so mächtig, dargestellt werden, so ist dies selbstverständlich einseitig und insoweit unzutreffend. Wie sich zeigen wird, hatte auch die organisierte Arbeiterbewegung und hatten auch die Kräfte, die hinter den verschiedenen konservativen und liberalen Parteien standen, gelernt. Darüber hinaus traten ökonomische und sozialstrukturelle Wandlungen ein, die ebenfalls neue Problemlösungen und ihnen adäquate Organisationsstrukturen erforderten; man denke nur an das säkulare Anwachsen der lohnabhängigen Mittelschichten und die dadurch enorm begünstigte Entwicklung zur Volkspartei. Aber die historische Darstellung hat immer auch zur Klärung der Frage nach dem 'cui bono' beizutragen und damit das Problem der Verantwortung für bestimmte geschichtliche Entwicklungen aufzuwerfen. Und es kann nun einmal nicht bestritten werden, daß ohne die aktive Unterstützung verschiedener direkt und massiv profitierender Kapitalfraktionen Sieg und Dauer der faschistischen Herrschaft undenkbar gewesen wären. Von daher scheint es unzulässig, an dieser Stelle Reflexionen über das Verhältnis von Kapital und Faschismus und die daraus resultierenden neuen strategischen Optionen des Kapitals in den Mittelpunkt zu stellen.

3.4) Der große Kompromiß - Kooperation und Desensibilisierung in der Bundesrepublik (1945/49 bis zum Beginn des Untersuchungszeitraumes)

1) Siehe zum folgenden Weiß-Hartmann, Anne/Hecker, Wolfgang: Die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung 1945 - 1949; in: Deppe u.a., Hg., Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, a.a.O., S. 272 - 319 und Deppe, Frank: Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) 1949 - 1965, ebenda, S. 320-409.
2) Zu dieser vgl. Seifert, a.a.O., S. 185 ff.
3) Diejenigen Teile der Arbeiterklasse, die konsequent für die Sozialisierung von Industrien etc. eintraten, wurden entweder von den Besatzungsmächten oder später von den Gewerkschaftsführungen selbst behindert und gebremst. Vgl. Weiß-Hartmann/Hecker, a.a.O., S. 293 ff.
4) Sofern Gewerkschaftsführer den Faschismus überlebt hatten, war ihr Bewußtsein von den defensiven Traditionen dieser Zeit unweigerlich geprägt, und es war vor allem diese Generation von Führern der organisierten Arbeiterbewegung, die den Wiederaufbau der Gewerkschaften nach 1945 betrieb.
5) Vgl. Weiß-Hartmann/Hecker, a.a.O., S. 282 ff.
6) Man vergleiche nur das Betriebsverfassungsgesetz von 1952 mit dem - ohnehin schon nicht gerade revolutionär zu nennenden - Betriebsrätegesetz von 1920; siehe hierzu Deppe, DGB 1949 - 1965, a.a.O., S. 340 ff.
7) Vgl. ebenda, S. 366 f zum DGB-Aktionsprogramm von 1955
8) Siehe Anm. 1) in diesem Abschnitt
9) Vgl. Bergmann u.a., a.a.O., S. 195-218
10) ebenda, S. 165; ähnlich auch Deppe, DGB 1949 - 1965, a.a.O., S. 366 ff.
11) Die Hauptpunkte des Aktionsprogramms von 1955 waren: Kürzere Arbeitszeit, höhere Löhne und Gehälter, größere soziale Sicherheit, gesicherte Mitbestimmung und verbesserter Arbeitsschutz; vgl. Bergmann u.a., a.a.O., S. 165.
12) Daß auch die Forderung nach Mitbestimmung nicht über die Grenzen kapitalistischer Verhältnisse hinausweist, zeigt schon der Begriff selbst: Nicht um planvolle, rationale und selbstverantwortliche Gestaltung des Produktionsprozesses durch die Gesellschaftsmitglieder geht es hierbei, sondern um die Beteiligung der Produzierenden an der Verfügung über den Wirtschaftsprozeß durch das Kapital. In dieser Zielrichtung entsprechen die Gewerkschaften wiederum dem Bewußtsein ihrer Basis, dem sie als "Hebel" gelten, "die helfen, daß soziale Gerechtigkeit verwirklicht wird" - und zwar auf dem Boden der bestehenden Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung; vgl. Bierbaum u.a., a.a.O., S. 45.

Allerdings kann aus der objektiven Unmöglichkeit dieses Vorhabens nicht automatisch auf

die wachsende subjektive Einsicht der Lohnabhängigen in die Systemgrenzen der kapitalistischen Gesellschaft derart geschlossen werden, wie dies das bereits zitierte Autorenkollektiv tut: "Mit dem beständigen Versuch der Assoziation, soziale Gerechtigkeit zu verwirklichen und durch die regelmäßige Erfahrung, daß diese Forderungen auf der gegebenen Grundlage nicht realisierbar sind, wird auch von den Arbeitern der illusionäre Charakter derartiger Bestrebungen immer deutlicher erkannt werden." Autorenkollektiv, a.a.O., S. 79. Ein Blick auf die westdeutsche Realität müßte die Autoren eigentlich von der Unhaltbarkeit ihrer Auffassung überzeugen können.

13) Bergmann u.a., a.a.O., S. 203

14) ebenda, S. 204

15) Zu den Differenzen in den Auffassungen von Lohnpolitik zwischen der IG Metall und der IG Bau, Steine, Erden vgl. ebenda, S. 205-218. Keiner der alternativ zur aktiven Lohnpolitik formulierten Ansätze vermochte jedoch deren Bedeutung in der Praxis herabzusetzen.

16) Es müßte außerordentlich interessant sein, in einer historisch angelegten Querschnittstudie die Tarifpolitiken aller DGB-Gewerkschaften herauszuarbeiten und miteinander zu vergleichen. In der Einleitung der vorliegenden Arbeit wurde bereits begründet, weshalb dies hier nicht geleistet wurde. Die Untersuchung von Streeck belegt ganz deutlich, daß die vor allem ökonomisch bestimmten unterschiedlichen Aktionsbedingungen der von ihm betrachteten Einzelgewerkschaften deren Ansätze zur Lösung ihrer Probleme bei der Ressourcenmobilisierung maßgeblich beeinflussen; vgl. Streeck, Organisationsprobleme, 1981, a.a.O., S. 233-269, S. 286-312 und S. 313-368. Dies läßt vermuten, daß ähnliche, spezifisch ausgeprägte Unterschiede auch und gerade auf tarifpolitischem Gebiet ausgemacht werden können; vgl. auch die vorangegangene Anmerkung.

17) So Bergmann u.a., a.a.O., S. 168

18) Das Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Beschlossen auf dem Außerordentlichen Gewerkschaftskongreß in Düsseldorf am 21. und 22. November 1963; Die Quelle, Funktionärszeitschrift des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Nr. 12/1963, S. 575 ff, hier Präambel, S. 575.

19) ebenda, S. 576

20) Letzteres ergibt sich sowohl aus der selbstgewählten demokratischen Integrationsfunktion als auch aus der Verpflichtung, auf das 'Gesamtwohl' zu achten, die in wirtschaftlicher Hinsicht nur verstanden werden kann als Unterlassung aller Maßnahmen, die zu Reibungsverlusten und Störungen des kapitalistischen Reproduktionsprozesses führen könnten. In ihrer Praxis haben die Gewerkschaften auch zumeist die Sicherung des 'Wachstums' vor die Durchsetzung hoher Lohnforderungen gestellt; vgl. hierzu Bergmann u.a., a.a.O., S. 221 ff. Die inneren Schwierigkeiten, die daraus für sie entstanden, werden im empirischen Teil der vorliegenden Arbeit zu beschreiben sein.

21) Die Forderungen des Aktionsprogramms von 1965 lauten: Kürzere Arbeitszeit, höhere Löhne und Gehälter, bessere Vermögensverteilung, längerer Urlaub und Urlaubsgeld, gesicherte Arbeitsplätze, Arbeit ohne Gefahr, größere soziale Sicherheit, mehr Mitbestimmung, gleiche Bildungschancen und bessere Berufsausbildung; vgl. Nickel, Walter: Zum Verhältnis von Arbeiterschaft und Gewerkschaft. Eine soziologische Untersuchung über die qualitative Struktur der Mitglieder und des Mitgliederpotentials der Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland. Köln, 2. Aufl., 1974 (Schriftenreihe: Stiftung Mitbestimmung - Hans-Böckler-Gesellschaft, 5), S. 66. 1972 wurden angestrebt: Kürzere Arbeitszeit und längerer Urlaub, höhere Löhne und Gehälter, gerechtere Vermögensverteilung, Verbesserung der Steuer- und Finanzpolitik, gesicherte Arbeitsplätze, Arbeit ohne Gefahr, größere soziale Sicherheit, bessere Alterssicherung, Fortentwicklung des Arbeits- und Dienstrechtes, mehr Mitbestimmung, gleiche Bildungschancen und bessere Berufsausbildung, besseres Miet- und Bodenrecht sowie Umweltschutz. DGB-Aktionsprogramm '72, abgedr. in: Leminsky, Gerhard/ Otto, Bernd: Politik und Programmatik des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Köln 1974, S. 63-65.

22) Vgl. Zoll, a.a.O., S. 184 ff.

23) Dies wird auch in den Reihen der Gewerkschaften z.T. deutlich so gesehen. Beispielsweise fordert Seitenzahl, die "Tariflohnsatzpolitik im engeren Sinne" auszuweiten, "hin auf eine gewerkschaftliche Verteilungspolitik im weitesten Sinne (Verteilung von Lebenslagen, Verteilung von Durchsetzungs-, Entscheidungs-, Beratungs-, Informationsmacht)". Seitenzahl, a.a.O., S. 65.

Daß damit keineswegs die Änderung bestehender Systemgrundlagen intendiert ist, belegt das folgende Zitat desselben Autors schlagend: "Die 'Infragestellung kapitalistischer Logik' allein und die 'Erschütterung des kapitalistischen Herrschaftssystems' allein bringen noch nicht viel. Sie allein verbessern nicht die sozialen Lagen der Lohnabhängigen und die Verteilung von Entscheidungsmacht bzw. die bedrückenden existenzbestimmenden Auswirkungen von Entscheidungsmacht auf die Vielzahl der Lohnabhängigen." Ebenda, S. 129/130, Hervorh. i. T.

24) Leminsky, Gerhard: Zum Grundsatzprogramm '81 des Deutschen Gewerkschaftsbundes; in: Aus politik und zeitgeschichte, B 25/81, S. 15-29, hier S. 22.

25) ebenda, S. 21

26) Zum Tarifsystem der Bundesrepublik, vgl. unten, Abschnitt 3.4.3)

27) Dies wird auch durchaus selbstkritisch von ihnen erkannt: "Allerdings sind die wegen ihrer 'Gesetzesgläubigkeit' häufig geziehenen deutschen Gewerkschaften an einer solchen Entwicklung (der Aushöhlung der Tarifautonomie durch die staatliche Globalsteuerung, C.S.) nicht ganz unschuldig, haben sie doch nicht selten gesetzliche Regelungen für Fragen gefordert, die tarifvertraglichen Vereinbarungen vorbehalten sind." Müller, Alfred: Grundlagen und Entwicklungstendenzen von Koalitionsfreiheit und Tarifautonomie, in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 9/73, S. 542-552, hier S. 544.

28) Vgl. hierzu oben, Abschnitt 1.3.3)

29) Siehe oben, Anm. 23) in diesem Abschnitt

30) Vgl. Seitenzahl, a.a.O., S. 199ff. Dieser Sachverhalt taucht auch in der Aussage des früheren Hauptgeschäftsführeres der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Dr. Wolfgang Eichler, auf, wenn er feststellt: "Die Mehrheitsmeinung bei uns (der BDA, C.S.) war in dem damaligen Stadium noch dagegen (als es 1965 bei der Novellierung des Ersten Vermögensbildungsgesetzes um den Einbezug der Tarifparteien in die Vermögenspolitik ging, C.S.). Die Gewerkschaften waren nicht initiativ, sie haben es bestimmt nicht gefördert, weil sie auch zu dem damaligen Zeitpunkt dem Gedanken nicht besonders freundlich gegenüberstanden, mit Ausnahme der Baugewerkschaft." Gespräch mit Dr. Eichler am 6. Juni 1978 in Murnau/Staffelsee, autorisiertes Tonbandprotokoll, S. 7; im folgenden zitiert als: Protokoll vom 6.6.1978.

31) Damit sind vor allem jene Interessen gemeint, die aus den gleichsam verschütteten Erfahrungen von Mangellagen erwachsen, welche sich nicht auf den Status des freien und gleichen Warenbesitzers beziehen, sondern auf die Tatsache existentieller sozialer Abhängigkeit; vgl. dazu oben, Abschnitt 1.3.2).

32) Nickel, a.a.O., S. 119

33) Bierbaum u.a., a.a.O., S. 25; 43% des aggregierten Personals und 85% der kommerziellen Lohnarbeiter sind Angestellte.

34) Vgl. ebenda, S. 139/140

35) 1969 waren 27,6% aller Arbeiter Frauen, ihr Anteil an den DGB-Mitgliedern betrug aber nur 12,9%; Nickel, a.a.O., S. 125

36) ebenda, S. 120

37) ebenda, S. 121

38) Vgl. Bierbaum u.a., a.a.O., S. 23

39) ebenda, S. 140

40) ebenda, S. 139

41) Nickel, a.a.O., S. 130. Nickel begründet den außerordentlich starken Rückgang des Organisationsgrades der ungelernten Arbeiter mit dem raschen Anwachsen des Ausländeranteils an dieser Gruppe in jenen Jahren. Wie der Verlauf besonders der spontanen Streikwelle des Jahres 1973 gezeigt hat, die überwiegend ohne gewerkschaftliche Unterstützung durchgeführt wurde, sind es unter Umständen gerade ausländische Arbeiter, die - wohl aufgrund ihrer extrem schlechten Arbeitsbedingungen - die Militanz des Arbeitskampfes forcieren und damit das Risiko schaffen, daß er der Kontrolle durch die Gewerkschaften entgleitet. Es ist daher erneut auch als ein Moment personeller Selektivität zu sehen, daß Ausländer nicht entsprechend ihrem Anteil an der Zahl der abhängig Beschäftigten in der Bundesrepublik in den Gewerkschaften organisiert waren. 1966, zu Beginn des Untersuchungszeitraums, waren zwischen 20 und 25% der ausländischen Arbeitnehmer in den Gewerkschaften organisatorisch erfaßt, gegenüber 29% deutscher Lohnabhängiger insgesamt; Elsner, L.: Fremdarbeiterpolitik in Westdeutschland. 1970, S. 158. Diese Relation dürfte sich noch erheblich verschlech-

tern, berücksichtigt man die Tatsache, daß der Organisationsgrad deutscher Arbeiter überdurchschnittlich hoch war, ebenso wie der Anteil der Ausländer an der Zahl der Arbeiter, verglichen mit ihrem Anteil an anderen Gruppen von Lohnabhängigen.

42) Nickel, a.a.O., S. 155
43) ebenda, S. 186
44) ebenda, S. 24
45) Vgl. Kudera, a.a.O., S. 115: 45% der befragten Akkordlöhner zweier Großbetriebe hatten einen instrumentellen, 22% einen resignativen Arbeitsbezug. Für die Zeitlöhner lauten die entsprechenden Zahlen 34% bzw. 11%, so daß insgesamt zwischen 45 und 67% dieser Arbeiter in ihrer Tätigkeit nicht eine Chance zur Selbstentfaltung, sondern nur ein hinzunehmendes Mittel ihrer Reproduktion erblickten.
46) Vgl. hierzu den Schlußteil der vorliegenden Arbeit.
47) Vgl. Nickel, a.a.O., S. 274/275; dies ist ein Reflex der Basis auf die Übernahme von Interessenintegrationsfunktionen durch die Gewerkschaften.
48) Schumann, Michael: Am Beispiel der Septemberstreiks. Anfang der Rekonstruktion der Arbeiterklasse? Eine empirische Untersuchung. Frankfurt 1971, S. 143: "Zudem ist festzuhalten, daß das gewachsene Selbstbewußtsein zumindest bisher keinerlei politische Perspektive impliziert, sondern ausschließlich auf eine effektivere Wahrnehmung der ökonomisch-sozialen Belange abzielt."
49) Schacht, Konrad/ Unterseher, Lutz: Das Tarifverhandlungssystem der Bundesrepublik, in: Meißner/Unterseher, a.a.O., S. 79-118, hier S. 81
50) Vgl. hierzu oben Abschnitt 1.3.3); die Daten bei Osterland u.a. zeigen den Fortbestand der interbranchenspezifischen Lohnhöhenunterschiede deutlich an, der ein wesentliches empirisches Merkmal für diese Organisationsstruktur darstellt; Osterland, Martin u.a.: Materialien zur Lebens- und Arbeitssituation der Industriearbeiter in der BRD. Frankfurt, 5. Aufl., 1973, S. 119-121. Vgl. hierzu auch: Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen (Hg): Bericht der Bundesregierung und Materialien zur Lage der Nation. Bonn 1971, S. 133, Übersicht 36.
51) Weiß-Hartmann/Hecker, a.a.O., S. 285f
52) Seitenzahl, a.a.O., S. 99
53) Vgl. zum folgenden die Satzung des DGB, abgedr. in: Leminsky/Otto, a.a.O., S. 461-471
54) § 11,10,d bindet die Landesbezirksvorstände an die Weisungen des Bundesvorstandes; § 12,9,d regelt die Befolgung von Weisungen des Bundes- und Landesvorstandes durch die Kreisvorstände.
55) Seine Kompetenzen sind u.a.: Beschlußfassung über den Bundeshaushalt (§ 8,3,b), Richtlinienerteilung für die Geschäftsführung des Bundes (§ 8,3,g), Beschlußfassung über die Verwendung von Mitteln aus dem Solidaritätsfonds (§ 8,3,k) sowie Kontrolle über den Bundeskongreß (§ 8,3,l).
56) Die vier größten Gewerkschaften sind die IG Metall mit 34,3% aller DGB-Mitglieder, die Gewerkschaft Öffentliche Dienst Transport und Verkehr (ÖTV) mit 13,9%, die IG Chemie, Papier, Keramik mit 9,0% und die IG Bau, Steine, Erden mit 7,3%. Tabelle: Deutscher Gewerkschaftsbund - Mitgliederstand 31. Dezember 1973, abgedr. in: Leminsky/Otto, a.a.O., S. 456/457. Die ersten drei von diesen Einzelorganisationen stellen nach der neuen Satzung 33% der Bundesausschußmitglieder (nach der alten hatten sie über 23% der Sitze verfügt), der Bundesvorstand hingegen nur 7% (früher 11%). Tabelle: Bundesausschußmitglieder, abgedr. in: Leminsky/Otto, a.a.O., S. 459, eigene Berechnungen.
57) Vgl. §§ 9,1, 11,9, 12,8 der DGB-Satzung von 1972, a.a.O.
58) Vgl. §§ 7,8, 11,8, und 12,7
59) Vgl. §§ 7,3 11,6 und 12,5
60) § 8,2
61) §§ 4,1 und 5,2
62) Vgl. Buchholz, a.a.O., S. 113-141
63) ebenda, S. 141. zu einem sehr ähnlichen Ergebnis gelangt auch Witjes in einer neuen Studie über einzelgewerkschaftliche Führungsgruppen; Witjes, Claus Winfried: Gewerkschaftliche Führungsgruppen. Eine empirische Untersuchung zum Sozialprofil, zur Selektion und Zirkulation sowie zur Machtstellung westdeutscher Gewerkschaftsführungen. Berlin 1976 (Soziologische Schriften, 18). Seine "Untersuchung ergab, daß die Führungsgruppen in der Tat in der innergewerkschaftlichen Machtverteilung eine überragende Stellung einnahmen und von daher

über einen Handlungsspielraum verfügten, der ihnen eine weitgehend selbständige, von der Mitgliedschaft kaum kontrollierte Politik zu betreiben gestattete. "Ebenda, S. 363. Zugleich macht seine Analyse aber auch deutlich, wieviel stärker auch gewerkschaftliche Spitzenfunktionäre den Legitimationszwängen ihrer Organisation unterliegen als vergleichbare andere wirtschaftliche, verbandsförmige oder politische Eliten. Ihr Sozialprofil, d.h., soziale Herkunft, Bildungsgrad, Aufstiegsmuster etc., ist nämlich nach wie vor dem ihrer Mitglieder relativ ähnlich: Überwiegend stammten die Gewerkschaftsführer aus der Unterschicht, ihre Väter waren zumeist Facharbeiter, unselbständige Handwerker oder einfache Angestellte; das Niveau der Bildungsabschlüsse liegt zwar bei der nachwachsenden Führungsgeneration etwas höher als bei den älteren Gewerkschaftsführern, "von einer Professionalisierung gewerkschaftlicher Führungsarbeit im Sinne einer für solche Tätigkeitsfelder qualifizierenden systematischen Ausbildung, wie sie im Gefolge des gewerkschaftlichen Funktionswandels hätte erwartet werden können, kann jedoch keine Rede sein." Ebenda, S. 125.

64) Buchholz, a.a.O., S. 141
65) Vgl. zum folgenden Streeck in Meißner/Unterseher, a.a.O., S. 159 ff
66) ebenda, S. 160
67) Nickel, a.a.O., S. 216
68) ebenda, S. 219
69) Vgl. Streeck in Meißner/Unterseher, a.a.O., S. 145 ff
70) Vgl. Bergmann u.a., a.a.O., S. 189 f, sowie S. 219, Anm. 62: 1961 hatte der Hauptvorstand dieser Gewerkschaft für die Einführung eines "Solidaritätsbeitrages" für nichtorganisierte Lohnabhängige für die IG Bau, Steine, Erden votiert.
71) Streeck in Meißner/Unterseher, a.a.O., S. 147 ff; mit seiner bereits mehrfach zitierten Untersuchung von 1981 (Organisationsprobleme, 1981, a.a.O.) hat Streeck ausführlich, materialreich und überzeugend die Dimensionen und Probleme des gewerkschaftlichen Versuchs zur Aufrechterhaltung einer immer stärker formalisierten Mitgliederrolle beschrieben. Es ist bemerkenswert, daß die Mitgliederapathie dazu genutzt wird, den Verlust von Mitgliedern zu verringern, indem die Austrittsformalitäten verkompliziert werden; vgl. ebenda, S. 273-312. Selbstverständlich bleibt dabei die Frage bestehen, welche Politik eine Organisation mit einer solcherart 'motivierten' Basis noch betreiben kann.
72) Vgl. hierzu Tornow, Ingo: Die deutschen Unternehmerverbände 1945 - 1950; Kontinuität oder Diskontinuität? In: Becker, Josef/ Stammen, Theo/ Waldemann, Peter (Hg): Vorgeschichte der Bundesrepublik Deutschland. Zwischen Kapitulation und Grundgesetz, München 1979, S. 235-260, hier bes. S. 237-245.
73) Weber, Jürgen, a.a.O., S. 95
74) Simon, Macht und Herrschaft, a.a.O., S. 113
75) Nach § 3 der BDA-Satzung, ebenda, S. 113
76) ebenda, S. 113
77) Vgl. hierzu oben theoretisch Abschnitt 1.4.2)
78) Unter diesen Begriff fallen bei Buchholz auch die Arbeitgeberverbände; Buchholz, a.a.O., S. 30
79) ebenda, S. 111
80) Vgl. etwa Weitbrechts Angaben über den Umstrukturierungsprozeß bei Gesamtmetall um das Jahr 1960; Weitbrecht, a.a.O., S. 82 ff.
81) Streeck in Meißner/Unterseher, a.a.O., S. 154
82) Simon, Macht und Herrschaft, a.a.O., S. 116 ff. Der frühere Hauptgeschäftsführer der BDA, Dr. Eichler, bestritt diese Behauptung energisch: "... nur danach zu gehen, daß der Spitzenrepräsentant zufällig aus einer großen Firma kommt, daß dies das Übergewicht der Großen deutlich mache, das ist ein Fehlschluß." Allerdings schränkte er seine Aussage dadurch wieder ein, daß er fortfuhr: "Daß wir keine Politik ohne die Metallindustrie machen, das kann uns ja wohl keiner übelnehmen, wenn die Metallindustrie mit viereinhalb Millionen Beschäftigten ein gewaltiger Brocken ist, auf den man Rücksicht nehmen muß." Protokoll vom 6.6.1978, a.a.O., S. 13f.
83) Vgl. etwa Buchholz, a.a.O., S. 109 f, sowie Streeck in Meißner/Unterseher, a.a.O., S. 161
84) Er betrug 1950 15,9%, 1960 12,5%, 1965 10,9%, 1970 10,1% und 1975 9,8%; Bundesministerium für Wirtschaft, Referat Presse und Information (Hg): Leistung in Zahlen '75. Bonn 1976, S. 14, Tab. 1.23.

85) Weber, Jürgen, a.a.O., S. 97. Dr. Eichler betonte die Rolle der Ausschüsse ebenfalls, in denen entscheidende Weichen für die Politik der Organisation gestellt würden, und "natürlich nicht etwa in den Mitgliederversammlungen..." Protokoll vom 6.6.1978, a.a.O., S. 4. Die geringe Bedeutung demokratischer Entscheidungsstrukturen, auf die - wie bereits zitiert - Buchholz verweist, findet ihren Niederschlag auch in dieser Formulierung. Zugleich wird hierbei die Abhängigkeit des BDA-Spitze von ihren Mitgliedsverbänden deutlich, die laut Dr. Eichler die Ausschußangehörigen aus ihrer Kenntnis bzw. aus ihren eigenen Reihen heraus nennen: "Wir würden das ja nicht wissen, in der Spitze. Wir können uns dabei nur unserer Verbände bedienen..."; ebenda, S. 4.
86) Streeck in Meißner/Unterseher, a.a.O., S. 161
87) Pross, Helge/ Boetticher, Karl W.: Manager des Kapitalismus. Untersuchung über leitende Angestellte in Großunternehmen. Frankfurt 1971, S. 99-102: 60,7% der Befragten würden ihre eigene Tätigkeit nicht gegen die eines selbständigen Unternehmers (mit einem Betrieb mit 250 Arbeitern und Angestellten) eintauschen, nur 35,0% stimmten für einen Tausch. Von den Ablehnenden begründeten ihre Entscheidung 63% mit prinzipiellen Einstellungen, 37% damit, daß das angebotene Unternehmen zu klein sei. Lediglich 14% waren der Meinung, daß der Eigentümer ihres arbeitgebenden Betriebes eine bessere Unternehmensführung betreiben würde als der angestellte Vorstand es tue.
88) Rampelt, a.a.O.
89) Vgl. ebenda, S. 54-56
90) ebenda, S. 56
91) ebenda, S. 57
92) ebenda, S. 58
93) ebenda, S. 57
94) Koehne, Rainer: Das Selbstbild deutscher Unternehmer. Legitimation und Leitbild einer Institution. Berlin 1977 (Beiträge zur Verhaltensforschung, 20), S. 168
95) ebenda, S. 171/172
96) ebenda, S. 242/243
97) ebenda, S. 242
98) ebenda, S. 242
99) ebenda, S. 243
100) Folgende Zahlen können die Konzentrationsprozesses auf der Ebene der Beschäftigten verdeutlichen: Während im September 1959 1103 Unternehmen mit mehr als 1000 Beschäftigten insgesamt 2.947.061 Beschäftigte hatten, erfaßten im September 1972 1204 Betriebe dieser Größenklasse 3.280.555 Arbeitnehmer. Die Vergleichszahlen für Kleinstbetriebe mit bis zu 49 Beschäftigten lauten: 1959 hatten 68.880 dieser Betriebe 857.823 Arbeiter und Angestellte; 1972 waren es 72.437 Betriebe mit 915.494 Beschäftigten; Robert, Rüdiger: Unternehmenskonzentration und Wettbewerbspolitik in der Bundesrepublik, in: Aus politik und zeitgeschichte, B 34-35/75, S. 23-47, hier S. 26, Tab. 1, eigene Berechnungen.
101) Vgl. Weber, Jürgen, a.a.O., S. 97. Dr. Eichler gab den Beitragsschlüssel wie folgt an: "Dieser besteht zur Hälfte des Bemessungsmaßstabes in der Lohn- und Gehaltssumme, und zur anderen Hälfte in der Beschäftigtenzahl." Wie nicht anders zu erwarten, suchte er die Bedeutung des Beitragsaufkommens für die Politik der BDA niedrig anzusetzen: "Das hat es noch nicht gegeben, daß eine von diesen Organisationen (der Mitgliedsverbände, C.S.) sagte: Wenn Ihr beispielsweise diesen Weg in der Vermögensbildung beschreitet, dann sperren wir Euch den Beitrag. Das wird es auch nicht geben." Protokoll vom 6.6.1978, a.a.O., S. 14. Dieser Annahme ist begrenzt zuzustimmen: Der Verband wird es mit Sicherheit gar nicht erst auf das Entstehen einer derartigen Konfrontationssituation ankommen lassen; gerade dafür bestehen ja das Präsidium, der Vorstand und vor allem die Ausschüsse: "Divergierende Ziele der verschiedenen Wirtschaftszweige in sozialpolitischen Fragen sollen nicht auf dem offenen Markt ausgetragen, sondern im Rahmen der genannten Verbandsgremien einander angeglichen werden." Weber, Jürgen, a.a.O., S. 98. Die Ausschüsse der BDA zählen daher wohl zu den wichtigsten Instanzen der innerverbandlichen Interessenselektion und -integration.
102) Raehlmann, a.a.O., S. 137-169
103) ebenda, S. 141
104) ebenda, S. 142
105) ebenda, S. 144

106) ebenda, S. 151
107) ebenda, S. 151
108) ebenda, S. 150: "Privateigentum an den Produktionsmitteln sei 'ein entscheidendes Element der freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung' und 'allen abendländischen Industriestaaten gemeinsam'."
109) Koehnes Resultate zeigen auch für diesen Bereich eine gelungene Bewußtseinsarbeit der Verbände, wenn er mehrfach feststellt, daß außer für die Leiter von Großunternehmen gerade auch für verbandspolitisch erfaßte Unternehmer der (kurzfristige) Gewinn ein Erfolgskriterium von geringerer Bedeutung sei; vgl. Koehne, a.a.O., S. 169 und S. 232-234.
110) Vgl. Rampelt, a.a.O., S. 24-33, bes. S. 29 und S. 32/33
111) ebenda, S. 33
112) Raehlmann, a.a.O., S. 174-177, S. 187-190 und S. 200-203
113) ebenda, S. 169
114) Vgl. oben, Abschnitt 1.4.2)
115) Abromeit, Staat und Wirtschaft, 1981, a.a.O.
116) Vgl. ebenda, S. 157-161
117) Vgl. ebenda, S. 165-167
118) Vgl. ebenda, S. 171-173
119) Vgl. ebenda, S. 184-187
120) entfällt.
121) Vgl. oben, die Abschnitte 1.4.1) und 1.4.2)
122) Streeck in Meißner/Unterseher, a.a.O., S. 151
123) Vgl. etwa Schacht/Unterseher, a.a.O., bes. S. 79-91
124) Vgl. etwa Deppe, Frank/ Gerstung, Käthe/ Roßmann, Witich/ Weiß, Gerhard: Aktuelle Probleme der Gewerkschaftsbewegung heute (1966 - 1976), in: Deppe u.a. (Hg), Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung, a.a.O., S. 410-468, bes. S. 438-446.
125) Erd, Rainer; Verrechtliche Gewerkschaftspolitik. Bedingungen ihrer Entwicklung und Veränderung; in: Bergmann, Beiträge, a.a.O., S. 143-182, hier S. 147, Hervorh. i.T.
126) Betriebsverfassungsgesetz vom 15. Januar 1972. Gesetzestext. Abgedr. in: Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (Hg): Mitbestimmung. Mitbestimmungs-Gesetz-Montan-Mitbestimmung-Betriebsverfassung. Bonn 1976, S. 159-260. § 2,1 BetrVG bestimmt: "Arbeitgeber und Betriebsrat arbeiten unter Beachtung der geltenden Tarifverträge vertrauensvoll und im Zusammenwirken mit den im Betrieb vertretenen Gewerkschaften und Arbeitgebervereinigungen zum Wohl der Arbeitnehmer und des Betriebs zusammen."
127) § 74, 2 BetrVG
128) Schacht/Unterseher, a.a.O., S. 88f. Hierunter fallen u.a. Regelungen zur Höchstarbeitszeit, des Mindesturlaubs, des Krankheits- und Unfallschutzes sowie des Kündigungsschutzes.
129) ebenda, S. 89
130) ebenda, S. 88
131) ebenda, S. 90, Hervorh. d. Verf. § 74, 2 BetrVG schreibt Arbeitgebern und Betriebsrat vor: "Sie haben jede parteipolitische Betätigung im Betrieb zu unterlassen..." Schacht/Unterseher weisen zudem darauf hin, daß politisch motivierte Streiks als unzulässig gelten und auf Schadenersatzforderungen stoßen können; Schacht/Unterseher, a.a.O., S. 90.
132) ebenda, S. 89
133) ebenda, S. 90
134) ebenda, S. 90/91
135) Vgl. ebenda, S. 86/87 sowie oben, Abschnitt 1.3.3) und schließlich in diesem Abschnitt weiter unten.
136) Erd in Bergmann, a.a.O., S. 150/151
137) Streeck, Wolfgang: Gewerkschaftsorganisation und industrielle Beziehungen. Einige Stabilitätsprobleme industriegewerkschaftlicher Interessenvertretung und ihre Lösung im westdeutschen System der industriellen Beziehungen; in: Politische Vierteljahresschrift (PVS), 3/1979, 20 Jg., S. 241-257, hier S. 249/250.
138) ebenda, S. 251/252
139) Vgl. ebenda, S. 253
140) Siehe ebenda, S. 244

141) Müller-Jentsch, Walther: Neue Konfliktpotentiale und institutionelle Stabilität; in: PVS 3/1979, 20.Jg., S. 268-279, hier S. 269.
142) ebenda, S. 270; vgl. §§ 80 und 87 BetrVG von 1972, a.a.O.
143) Müller-Jentsch, in PVS, a.a.O., S. 277
144) Streeck, Wolfgang: Gewerkschaften als Mitgliederverbände. Probleme gewerkschaftlicher Mitgliederrekrutierung; in: Bergmann, Beiträge, a.a.O., S. 72-110, hier S. 95/96; zum gleichen Thema siehe ausführlich ders., Organisationsprobleme, 1981, a.a.O.
145) Vgl. hierzu oben, Abschnitte 1.3.3) und 1.5)
146) Kotthoff, Hermann: Zum Verhältnis von Betriebsrat und Gewerkschaft. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung; in: Bergmann, Beiträge, a.a.O., S. 298-325
147) ebenda, S. 316
148) ebneda, S. 317
149) ebenda, S. 309
150) ebenda, S. 309
151) ebenda, S. 308/309
152) ebenda, S. 303/304
153) vgl. ebenda, S. 318-324
154) Erd in Bergmann, a.a.O., S. 155/156
155) So etwa die Betriebsrisikolehre, nach der im Streikfall die Lohnfortzahlung allen auch nur mittelbar Betroffenen verweigert wird, was die Gewerkschaften zwingt, auch denjenigen Lohnabhängigen Streikuntersützung zu zahlen, die in den Streik überhaupt nicht einbezogen werden sollen; S. 159.
156) Vgl. ebenda, S. 156-160; zur Streikaktivität westdeutscher Gewerkschaften vgl. auch ausführlich Müller-Jentsch, Walther: Streiks und Streikbewegung in der Bundesrepublik 1950-1978; in: Bergmann, Beiträge, a.a.O., S. 21-71.
157) Erd in Bergmann, a.a.O., S. 158
158) ebenda, S. 158
159) Schacht/Unterseher a.a.O., S. 90. Dieser Beschluß dürfte allerdings die zweite Funktion haben, für den Fall eines Streiks auch wirklich über einen ausreichenden Rückhalt in der mobilisierten Basis verfügen zu können.
160) Weitbrecht, a.a.O., S. 89
161) ebenda, S. 92
162) Vgl. oben, Abschnitte 3.4.1) und 3.4.2)
163) Weitbrecht, a.a.O., S. 93
164) ebenda, S. 75-82
165) ebenda, S. 98
166) ebenda, S. 83
167) ebenda, S. 245, Hervorh.d.Verf.
168) Buchholz, a.a.O., S. 140
169) Streeck in Meißner/Unterseher, a.a.O., S. 141, Hervorh.i.T.
170) Vgl. oben, Abschnitt 1.5)
171) Vgl. Mintzel, Alf: Besatzungspolitik und Entwicklung der bürgerlichen Parteien in den Westzonen (1945 - 1949), in: Staritz, Parteiensystem, a.a.O., S. 73-89, hier S. 73 ff., sowie Fenske, a.a.O., S. 167 ff.
172) Mintzel, a.a.O., S. 77
173) Fenske, a.a.O., S. 172. Siehe auch Stöss, Richard: Von der Weimarer Republik zur Bundesrepublik: Bruch und Kontinuität im deutschen Parteiensystem, in: Staritz, Parteiensystem, a.a.O., S. 64-69, hier S. 69: Stöss weist zu Recht darauf hin, daß SPD und KPD etwa die Hälfte ihrer Basis durch die deutsche Teilung verloren, besonders die traditionell linken Bezirke Thüringen und Sachsen.
174) Vgl. ebenda, S. 64, sowie Fenske, a.a.O., S. 183
175) Stöss, Weimar-Bundesrepublik, a.a.O., S. 64
176) Schiller, Theo: Wird die F.D.P. eine Partei? in: Narr, Einparteienstaat, a.a.O., S. 122-148, hier S. 131. Da sich die FDP soziologisch vor allem auf den alten, in wachsendem Maße aber auch auf den neuen Mittelstand stützte und den Versuch unternahm, die auf diese Sozialgruppen zielenden Weimarer Traditionen des Rechts- und Linksliberalismus in sich zu vereinigen, blieb ihr auch keine andere Möglichkeit als die der Interessenintegration durch Ideologie. Denn die Mittelschichten sind - wie geschildert - für diese Aggrega-

tionsform am ehesten zu gewinnen; die Frage war nur, ob eine Vereinbarung von rechten und linken Strömungen sowie den ihnen entsprechenden sozialstrukturellen Gruppen auf Dauer möglich sein würde. Die Geschichte der internen Krisen der FDP und insbesondere das Ergebnis des Freiburger Parteitages von 1971 haben gezeigt, daß dies nicht gelang. Vgl. Schiller, Wird die FDP eine Partei, a.a.O., sowie die Arbeit von Zülch, Rüdiger: Von der FDP zur F.D.P. Die dritte Kraft im deutschen Parteiensystem. Eichholz 1972. Die in den bewegten Tagen des Frühherbstes 1982 aufbrechende Zerreißprobe dieser Partei, nach dem Auseinanderbrechen der sozialliberalen Koalition, im wesentlichen betrieben von der FDP-Führung, führte dem Betrachter erneut - und diesmal besonders dramatisch - vor Augen, wie wenig rechter und linker Liberalismus gerade in Deutschland miteinander versöhnt werden können.

177) Vgl. Buchhaas, Dorothee: Die Volkspartei. Programmatische Entwicklung der CDU 1950 - 1973. Düsseldorf 1981 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 68), S. 33: "Rückblickend erweist sich die Entscheidung der CDU für das Volksparteikonzept als eines der wegweisenden Momente für die Entwicklung des westdeutschen Parteiensystems der Nachkriegszeit." Hervorh.d.Verf. Allerdings irrt Buchhaas nach der hier vertretenen Auffassung, daß eine bewußte Entscheidung der Parteiführung diese Entwicklung quasi herbeigezwungen habe. Vielmehr stellen derartige Entscheidungen letzten Endes Ratifikationen historischer und sozialstruktureller Prozesse dar; allerdings liegt es sehr wohl in der Hand individueller Parteiführer, den Entwicklungstrend rechtzeitig oder sogar frühzeitig zu erkennen und ihn durch Anpassung immerhin teilweise beeinflussen zu können.

178) Vgl. zur CDU und CSU Mintzel, Bürgerliche Parteien, a.a.O., sowie Dittberner, Jürgen: Zur Entwicklung des Parteiensystems zwischen 1949 und 1961; in: Staritz, Parteiensystem, a.a.O., S. 129-156; zur SPD und KPD siehe Schmollinger, Horst/ Staritz, Dietrich: Zur Entwicklung der Arbeiterparteien in den Westzonen (1945 - 1949); in: Staritz, Parteiensystem, a.a.O., S. 109-126; sowie Brauns, Hans Jochen u.a.: SPD in der Krise. Die deutsche Sozialdemokratie seit 1945. Frankfurt 1976 und schließlich Narr, Wolf-Dieter u.a.: SPD - Staatspartei oder Reformpartei? München 1976.

179) vgl. Dittberner in Staritz, a.a.O., S. 154 f. sowie ebenda, Tab. 1, S. 131: Die sogenannten Bundestagsparteien CDU, CSU, SPD und FDP vereinigten bei den Bundestagswahlen von 1949, 1953, 1957 und 1961 insgesamt folgende Anteile der Zweitstimmen auf sich: 72,1%, 83,5%, 89,7% und 94,9%. Mit Ausnahme der NPD in der Wahl von 1969 gelang es nach 1961 keiner anderen Partei mehr, über 2,0% der Zweitstimmen zu erringen. (Erinnert sei wieder an die bereits formulierte Einschränkung, daß neue alternative und ökologische Bewegungen hier nicht berücksichtigt werden konnten!)

180) Fenske, a.a.O., S. 184. Fenske nennt einen Anteil der Großparteien CDU/CSU und SPD von 60,2%, die FDP hielt 11,9%.

181) Die politische Organisation der Flüchtlinge, der Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten (BHE) ist dafür das beste Beispiel, der bei der Bundestagswahl 1953 immerhin 5,9% der Zweitstimmen auf sich vereinigen konnte und dieses Ergebnis 1957 mit 4,6% nur knapp (aber angesichte der 5%-Klausel folgenreich) verfehlte; siehe Dittberner in Staritz, a.a.O., S. 131, Tab. 1.

182) Vgl. hierzu Brauns u.a., a.a.O., S. 150 ff sowie Narr u.a., a.a.O., S. 70 ff und zur Entwicklung des Parteiensystems ab 1961 insgesamt Mintzel, Alf: Zur Entwicklung des Parteiensystems zwischen 1961 und 1966; in: Staritz, Parteiensystem, a.a.O., S. 157-173; Zeuner, Bodo: Das Parteiensystem in der Großen Koalition (1966 - 1969); ebenda, S. 174-193; und schließlich Fenner, Christian: Das Parteiensystem seit 1969 - Normalisierung und Polarisierung; ebenda, S. 194-214.

183) Rowold, Manfred: Im Schatten der Macht. Zur Oppositionsrolle der nichtetablierten Parteien in der Bundesrepublik. Düsseldorf 1974 (Bonner Schriften zur Politik und Zeitgeschichte, 9). Rowold nennt die folgenden Erfolgsbedingungen für nicht-etablierte Parteien: (1) geringe Absorptionsfähigkeit der parlamentarischen Opposition bei (2) nachlassender Integrationsfähigkeit der Regierung, (3) die Fähigkeit der kleineren Parteien, derartige Verfallsprozesse zu beschleunigen, insbesondere durch die "Weckung eines allgemeinen Krisenbewußtseins", (4) rechtsextreme Orientierung als am ehesten zu Basismobilisierung in Deutschland geeignet (Mittepositionen werden von den etablierten Parteien besetzt, traditioneller Antikommunismus) sowie (5) nachlassende Institutionalisierung des

Interessenpluralismus im Verbändesystem; Rowold, a.a.O., S. 82-84. Es ist evident, daß die Fälle (1), (2), (3) und (5) am ehesten in ökonomischen Krisenzeiten auftreten werden, da nur dann Interessengegensätze schroff aufeinanderprallen und Legitimation durch Leistung im Verteilungskonflikt bzw. als Staatsintervention schwerlich zu erringen ist. Der Fall (4) wird zwar durch die kurzfristigen Erfolge der NPD bei ihrer von der Rezession 1966/67 verängstigten, wesentlich mittelständischen Basis belegt. Aber der Verlauf der viel tiefergehenden Krise seit 1973 zeigt, daß durch Reaktivierung ideenparteilicher Elemente in der rechten Volkspartei, der CDU/CSU (besonders der CSU), bzw. innerhalb des gesamten Parteiensystem (Terroristenfurcht, Berufsverbote usw.) die Wiederholung eines derartigen Aufstieges kleinerer Rechtsparteien wenig wahrscheinlich geworden ist. Wenngleich in der längsten Nachkriegskrise der Bundesrepublik seit 1973 diese fünf Bedingungen nicht alle zusammen erfüllt worden sind, so muß dennoch offen bleiben, inwieweit eine Verschärfung der ökonomischen Situation, die gegenwärtig vor allem durch die außenwirtschaftlichen Beziehungen und Erfolge der westdeutschen Wirtschaft stabilisiert wird, die Zuspitzung von Interessengegensätzen über den Punkt hinaus bewirken könnte, jenseits dessen sowohl die prinzipielle intervertbandliche Kooperation als auch der dominierende parteipolitische Gemeinwohlbezug unhaltbar würden. Immerhin dürfte das Aufkommen (und die Erfolge) der "Grünen" in den achtziger Jahren sowohl durch die Legitimationseinbußen der die Regierung führenden Sozialdemokratie angesichts der unbewältigt bleibenden Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit als auch von der Tatsache begünstigt worden sein, daß die CDU/CSU in der Opposition kein akzeptabler Ansprechpartner für die von den "Grünen" aufgegriffenen Interessen war. Insoweit belegt die historische Entwicklung durchaus die Relevanz der Rowold'schen Kriterien.

184) Der vielzitierte Begriff der 'politischen Mitte' umfasst hier sowohl eine sozialstrukturelle als auch eine thematische Dimension parteiförmiger Interessenselektion: Die Ausrichtung aller drei Parteien an den Grenz- und Wechselwählern der Mittelschichten und der Verzicht auf die forcierte Propagandierung politischer Inhalte, die auf die Beseitigung etablierter Systemstrukturen zielen. Vgl. zu der zentralen Stellung des alten und neuen Mittelstandes im Prozeß der Veränderung parteipolitischer Konstellationen: Schmollinger, Horst/ Stöss, Richard: Sozialstruktur und Parteiensystem; in: Staritz, Parteiensystem; in: Staritz, Parteiensystem, a.a.O., S. 217-234, hier S. 219 ff; sowie Pappi, Franz Urban: Parteiensystem und Sozialstruktur in der Bundesrepublik; in: PVS 14 (2), Mai 1973, S. 191-213. Auf die programmatische Übereinstimmung aller etablierter Parteien untereinander zumindest in den wesentlichen Themen wird weiter unten noch einzugehen sein.

185) Vgl. stellvertretend für viele Jaeggi, a.a.O., S. 175ff; Rowold, a.a.O., S. 59 ff; Kaste/Raschke, a.a.O., S. 60 ff; Kaack, Heino: Die Basis der Parteien: Struktur und Funktion der Ortsvereine; in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 2 (1), März 1971, S. 23-38; sowie schließlich See, a.a.O., S. 110 ff.

186) CDU-Bundesgeschäftsstelle (Hg): Grundsatzprogramm der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands. Beschlossen vom 26. Bundesparteitag Ludwigshafen 23. - 25. Oktober 1978, Bonn o.J. (im folgenden zitiert als CDU-Programm), Ziff. 1: "Die Christlich-Demokratische Union Deutschlands ist eine Volkspartei. Sie wendet sich an alle Menschen in allen Schichten und Gruppen unseres Volkes."
CSU-Landesleitung (Hg): Grundsatzprogramm der Christlich Sozialen Union. München 1976 (im folgenden zitiert als: CSU-Programm), S. 11: "Die Christlich Soziale Union ist eine Partei, in der Bürger aller sozialen Schichten und gesellschaftlichen Gruppen zusammenarbeiten. ... Die Christlich Soziale Union ist eine Volkspartei."
Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Abtlg. Öffentlichkeitsarbeit (Hg): Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen vom Außerordentlichen Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Bad Godesberg vom 13. bis 15. November 1959. Bonn o.J. (im folgenden zitiert als: SPD-Programm), S. 8: "Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands lebt und wirkt im ganzen deutschen Volke." Ebenda, S. 30: "Die Sozialdemokratische Partei ist aus einer Partei der Arbeiterklasse zu einer Partei des Volkes geworden."

187) CDU-Programm, a.a.O., Ziff. 118: "Wir leben in einer pluralen Gesellschaft, in der verschiedene Meinungen, Weltanschauungen und Interessen miteinander um den Einfluß auf die Staatsgewalt und um die Gestaltung der Gesellschaft ringen. Das erfordert eine demokratische Willensbildung, in welcher die widerstreitenden Meinungen und Interessen zu Mehrhei-

ten zusammengefaßt, aber auch die Anliegen und Überzeugungen von Minderheiten geachtet werden."
Ebenda, Ziff. 115: "Aufgabe des Staates ist es, das Wohl des einzelnen Bürgers und der Gemeinschaft zu fördern."
CSU-Programm, a.a.O., S. 20: "Sie (die CSU, C.S.) ist bestrebt, die Wünsche, Bedürfnisse, Interessen und Befürchtungen der Bürger aufzunehmen, am Gemeinwohl zu werten, auszugleichen und in den Prozeß der gesellschaftlichen und staatlichen Willensbildung einzubringen ... Die Christlich Soziale Union ist überzeugt, daß nur Volksparteien die Fähigkeit haben, aufgrund der Bewältigung verschiedener Interessen schon innerhalb der Partei, einer pluralistischen Gesellschaft Ziele zu setzen."
SPD-Programm, a.a.O., S. 9: "Die Sozialdemokratische Partei Deutschlands will in gleichberechtigtem Wettstreit mit den anderen demokratischen Parteien die Mehrheit des Volkes gewinnen, um Staat und Gesellschaft nach den Grundsatzforderungen des demokratischen Sozialismus zu formen. Gesetzgebung, Regierung und Rechtsprechung sind getrennt voneinander dem Wohle des Ganzen verpflichtet."

188) CDU-Programm, a.a.O., Ziff. 122: "Wir bejahen die Freiheit der gesellschaftlichen Vereinigungen und Verbände auch dann, wenn sie, wie die Tarifpartner, tief in die Belange des ganzen Volkes eingreifen. Aber in einem demokratischen Gemeinwesen gibt es kein Recht ohne Pflicht und keine Freiheit ohne Verantwortung, weder für den einzelnen Bürger noch für die Gruppen. Alle von der Verfassung garantierte Autonomie gesellschaftlicher Organisationen und Gruppen ist den Anforderungen der Gemeinverträglichkeit unterworfen."
CSU-Programm, a.a.O., S. 19: Weil ein Gegengewicht zum organisierten Interessenverfolg fehle, "ist es eine vordringliche Aufgabe freiheitlicher Gesellschaftspolitik, allzu optimistische Vorstellungen von einer problemfreien Übereinstimmung zwischen den Verbänden auf der einen und dem Allgemeinwohl auf der anderen Seite zu berichtigen und die zu wahrende Freiheit autonomer Gruppen und Verbände am Freiheitsanspruch anderer auszurichten."
SPD-Programm, a.a.O., S. 9: "Die Verbände, in denen sich Menschen der verschiedenen Gruppen und Schichten zu gemeinsamen Zwecken zusammenschließen, sind notwendige Einrichtungen der modernen Gesellschaft. Sie müssen eine demokratische Ordnung haben. Je machtvoller sie sind, desto größer ist ihre Verantwortung, aber auch die Gefahr des Machtmißbrauchs."
Die Forderung nach innerverbandlicher Demokratie stellt eine Möglichkeit der Parteien dar, dies wurde oben bereits erwähnt, die Schlagkraft der Interessengruppen dadurch zu mindern, daß sie ähnlich schwer lösbaren Problemen der Legitimation durch 'Quasi-Partizipation' unterworfen werden wie die Parteien selbst. Verständlicherweise wehren sich die Verbände unter Berufung auf Art. 9 Grundgesetz gegen diese Bestrebungen, das Konkurrenzverhältnis zu den Parteien zu ihren Lasten zu verändern; vgl. hierzu Blanke, Burkhard: Verbände in der Parteiendiskussion. Zu Fragen des Verhältnisses von Parteien und Verbänden in der Bundesrepublik Deutschland; in: Aus politik und zeitgeschichte, B. 8/77, S. 45-54.

189) Flach, Karl-Hermann/ Maihofer, Werner/ Scheel, Walter: Die Freiburger Thesen der Liberalen. Reinbek 1972, These 1, S. 59/60: "Oberste Ziele liberaler Gesellschaftspolitik sind daher die Erhaltung und Entfaltung der Individualität persönlichen Daseins und der Pluralität menschlichen Zusammenlebens."

190) Schiller, FDP, a.a.O., S. 140

191) ebenda, S. 141

192) Buchhaas, a.a.O.

193) Pridham, Geoffrey: Christian Democracy in Western Germany. The CDU/CSU in government and opposition, 1945 - 1976. London 1977.

194) Vgl. ebenda, S. 188-192; siehe dazu auch Veen, Hans-Joachim: Opposition im Bundestag. Ihre Funktionen, institutionellen Handlungsbedingungen und das Verhalten der CDU/CSU-Fraktion in der 6. Wahlperiode 1969 - 1972. Bonn 1976 (Sozialwissenschaftliche Studien zur Politik, hg. von der Bundeszentrale für politische Bildung, 8), bes. S. 195-201.

195) Pridham, a.a.O., S. 223/224

196) ebenda, S. 292-300

197) Vgl. Buchhaas, a.a.O., S. 257-317

198) ebenda, S. 320-326

199) ebenda, S. 33
200) Preuße, a.a.O., S. 442
201) ebenda, S. 442
202) So der Titel der Arbeit von Müchler, Günter: CDU/CSU. Das schwierige Bündnis. München 1976.
203) Vgl. Pridham, a.a.O., S. 323-331; siehe hierzu auch Mintzel, Alf: Gesellschaft, Staat und Parteiorganisation. Ein analytisches Stenogramm der Entwicklung Bayerns und der CSU; in: Narr, Einparteienstaat, a.a.O., S. 173-212, hier S. 202.
204) Müchler, a.a.O., S. 193; vgl. auch ebenda, S. 194-196.
205) Vgl. hierzu auch Knorr, a.a.O., S. 122-127, zum wachsenden Ausgeliefert-Sein der Unions-Fraktion gegenüber den ihre Einflußnahme massiv verstärkenden Interessengruppen während der Großen Koalition, sowie ebenda, S. 150-155, zum zunehmenden Gewicht der CSU in Fraktion und Regierung.
206) Günther, a.a.O., S. 254
207) Knorr, a.a.O., S. 127/128 und S. 159-165.
208) Die Forschungslage zum Thema 'SPD und Staat' ist weit dürftiger als die zu neuen Entwicklungen im bürgerlich-konservativen Parteienlager; vgl. etwa Sarcinelli, Ulrich: Das Staatsverständnis der SPD. Ein Beitrag zur Analyse des sozialdemokratischen Staatsverständnisses auf der Grundlage der SPD-Programm- und Grundsatzdiskussion in den Jahren 1969 bis 1975. Meisenheim 1979 (Studien zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland, hg.v. Heino Kaack, 24) und Butterwegge, Christoph: SPD und Staat heute. Ein Beitrag zur Staatstheorie und zur Geschichte der westdeutschen Sozialdemokratie. Berlin (West) 1979. Es steht zu hoffen, daß hier einige weiterführende Schlüsse aus dem empirischen Material der vorliegenden Arbeit gezogen werden können. Eine der wenigen materialreichen und differenzierten Arbeiten in diesem Bereich ist die Studie von Seibt, Peter: Parlamentsparteien und Politik 1975 - 1979; in: Roth, Reinhold/ Seibt, Peter (Hg): Etablierte Parteien im Wahlkampf. Studien zur Bremer Bürgerschaftswahl 1975. Meisenheim 1979 (Studien zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland, hg.v. Heino Kaack, 23), S. 359-376. Er zeigt sehr deutlich, wieviel moderner, d.h. rationaler und von ideenparteilichen Strukturen freier sich die Politik der SPD an der Regierung darstellt, verglichen mit den 'verspätet' wirkenden Bremischen Fraktionen von CDU und FDP; vgl. ebenda, S. 363, S. 371 und S. 372/373.
209) Darauf deuten die Ergebnisse empirischer Analysen hin, die etwa im Falle der FDP eine programmatische Um- bzw. Neuorientierung zeigen, sobald eine innere Krise ausgebrochen oder überwunden ist; vgl. hierzu Juling, a.a.O., S. 9 ff. Die integrierende Funktion von Programmen wird auch offenbar, wenn sie von den eher konfliktbezogenen Reden der Parteipolitiker in Wahlkämpfen abgegrenzt werden, denen Agnoli die Funktion der Kanalisierung vorhandener gesellschaftlicher Konfliktpotentiale zuschreibt; vgl. Agnoli, a.a.O., S. 228 ff, sowie Schönbach, Klaus: Wahlprogramme und Wählermeinung 1976; in: Wahlsoziologie heute. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1976. Im Auftrage der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft hg. von Max Kaase (PVS, Sonderheft 213), Opladen 1977, S. 360-407, hier S. 391/392. Schönbach beschreibt die Funktionsteilung zwischen bilanzierenden, auf Leistungen der Exekutive fixierten Wahlprogrammen und auf Konturierung der eigenen Partei gegenüber den politischen Kontrahenten bedachten Wahlreden. Kaste/Raschke bezeichnen generell "ein für jeweilige Situationen und Gruppen anpassungsfähiges Programm, das primär der Integration vieler Tendenzen dient", als ein wesentliches Merkmal der Volkspartei; a.a.O., S. 31. Das 'Individualität', 'Freiheit' und 'Leistung' betonende Programm der FDP vermittelt dagegen eher ein gewisses Elitebewußtsein an Wähler und Mitglieder und erfüllt so eines der oben entwickelten Kriterien der Ideenpartei; vgl. oben, Abschnitt 2.2.2).
210) Der Anteil von SPD-Wählern unter den Arbeitern entwickelte sich bei den Bundestagswahlen von 1961, 1965, 1969 und 1972 wie folgt: 56%, 54%, 58% und 66%; Pappi, a.a.O., S. 199, Tab. 4. Damit kann die SPD durchgehend für die sechziger und frühen siebziger Jahre als die Partei gelten, die von der Mehrheit der Arbeiter gewählt wurde; allerdings fiel deren Anteil an den SPD-Mitgliedern im gleichen Zeitraum erheblich: von 40% (1956/57) über 32% (Ende 1966) auf 26% (15. Juni 1973); Schmollinger/Stöß, a.a.O., S. 220, Tab. 1. Die Arbeiter stellen aber noch immer die größte soziale Einzelgruppe der SPD-Mitglieder; vgl. ebenda.

211) Bei den Bundestagswahlen von 1961, 1965, 1969 und 1972 wählten jeweils 62%, 58%, 75% und 62% der Selbständigen (ohne Landwirte) die CDU/CSU; von den Landwirten wählten sogar 77%, 92%, 72% und 82% die Unionsparteien; Pappi, a.a.O., S. 199, Tab. 4. 26,8% aller CDU-Mitglieder im Jahre 1975 waren Selbständige (mit Landwirten); Scheer, Hermann: Die nachgeholte Parteibildung und die politische Säkularisierung der CDU. Kommentierte Materialien zur 'alten' und zur 'neuen' CDU; in: Narr, Einparteienstaat, a.a.O., S. 149-172, hier S. 160. Für die CSU beläuft sich der Mitgliederanteil dieser Sozialgruppe im gleichen Jahr auf 33,8%; vgl. Mintzel, Gesellschaft, a.a.O., S. 210, Tab. 10.

212) Das Wahlverhalten der Beamten und Angestellten entwickelte sich wie folgt: 1961 30% SPD, 50% CDU/CSU; 1965 34% SPD, 54% CDU/CSU; 1969 46% SPD, 45% CDU/CSU; 1972 50% SPD, 33% CDU/CSU; Pappi, a.a.O., S. 199, Tab. 4. Der Wandel der Parteipräferenz dieser Schicht von der CDU/CSU zur SPD wird deutlich, den Pappi zu Recht als die "einschneidendste Veränderung in der Zuordnung von sozialstrukturellem und politischem Konfliktsystem" bezeichnet; ebenda, S. 209. Im Kampf um diese Stimmen drückt sich in der Tat ein zentrales Merkmal personeller Selektivität des Volksparteiensystems aus. Die wachsende Bedeutung des neuen Mittelstandes als Wählerbasis der Parteien findet eine noch stärkere Entsprechung bei den Mitgliederzahlen: 1973 belief sich der Anteil von Angestellten und Beamten in der SPD auf zusammen 30,89%; Schmollinger/Stöss, a.a.O., S. 220, Tab. 1. In der CDU betrug er 1975 39,3%; Scheer, a.a.O., S. 160; und in der CSU im gleichen Jahr 33,8%; Mintzel, Gesellschaft, a.a.O., S. 210, Tab. 10. In allen drei Parteien stellen die Angestellten und Beamten demnach ein knappes bis ein gutes Drittel der Mitgliederschaft, während die Arbeiter auf ein Viertel (SPD 1973: 26,43%; Schmollinger/Stöss, a.a.O., S. 220, Tab. 1), ein Zehntel (CDU 1975: 10,7%; Scheer, a.a.O., S. 160) bzw. ein Siebtel (CSU 1975: 14,9%; Mintzel, Gesellschaft, a.a.O., S. 210, Tab. 10) kommen. Angesichts eines Anteils von Arbeitern an der Wohnbevölkerung von 46,7% und von Angestellten und Beamten insgesamt von 36,8% im Jahre 1971 kann nur von einer systematischen Verzerrung der Repräsentation der Sozialstruktur durch die Parteien zur lohnabhängigen Mittelschicht hin gesprochen werden; vgl. zu den letzten Angaben Osterland u.a., a.a.O., S. 26.

213) Schiller, FDP, a.a.O., S. 142: Schiller referiert einen Anteil von Beamten und Angestellten an der gesamten Wählerbasis der FDP von rd. 60% für das Jahr 1972, gegenüber einem stark rückläufigen Wähleranteil von Selbständigen, die bis zur Freiburger Wende der FDP zum Sozialliberalismus zur CDU/CSU übergingen. Hatten 1965 noch 19% der Selbständigen (ohne Landwirte) die FDP und 58% die CDU/CSU gewählt, so entschieden sich 1969 nur noch 8% für die FDP, aber 75% für die Unionsparteien; vgl. Pappi, a.a.O., S. 199, Tab. 4. 1971 betrug der Anteil der Angestellten und Beamten an den FDP-Mitgliedern 52,3% gegenüber 27,4% Selbständigen (ohne Landwirte) und 4,9% Arbeitern; Schmollinger/Stöss, a.a.O., S. 223, Tab. 6.

214) Eines der Hauptthemen der Wahlanalyse, die bezeichnenderweise wohl die am weitesten entwickelte Disziplin innerhalb der Parteienforschung darstellt, ist das Verhältnis von Sozialstruktur und Wählerverhalten. Dabei schwanken die Interpretationen zwischen der Annahme, daß "fraglos der Beruf die stärkste Determinante für die Wahl einer politischen Partei" sei; so bei Segal, David R./ Knoke, David: Auswirkungen von sozialer Schichtung, sozialer Mobilität und Statuskonsistenz auf die Infrastruktur des Parteienwesens in der Bundesrepublik Deutschland; in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 26. Jg., H 2/74, S. 371-387, hier S. 384; und der These Pappis, daß politisches Verhalten "kein reines Epiphänomen der Sozialstruktur (sei, C.S.), auch nicht bei der Wählerschaft ..."; Pappi, a.a.O., S. 193.
Beide Aussagen treffen einen richtigen Kern: Es liegt gerade an der Wahrnehmung der Wähler, Politik sei etwas von ihrer gesellschaftlichen Existenz Getrenntes, daß sich soziale Interessenpositionen und -gegensätze nicht bruchlos in politisches Verhalten umsetzen. Allerdings: Je nachdem, ob Sozialisation und Handlungsspielräume im Arbeitsleben es zulassen oder nicht, entwickeln bestimmte soziale Gruppen politische Aktivität über den reinen Wahlakt hinaus, andere dagegen nicht. Vgl. hierzu Diederich, Nils: Zur Mitgliederstruktur von CDU und SPD; in: Dittberner/Ebbighausen, a.a.O., S. 35-55, bes. S. 54 f.

215) Herzog, Dietrich: Politische Karrieren. Selektion und Professionalisierung politischer Führungsgruppen. Opladen 1975 (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, 25), S. 165, Tab. VII/1: Von den befragten

Elitemitgliedern hatten 10% der CDU/CSU-Führungskader Arbeiterväter, 25% stammten aus Angestelltenfamilien, 7% aus freiberuflichen, 34% aus Unternehmer- und 24% aus Beamtenfamilien. Für die SPD-Elite lautet die Verteilung: 29%, 26%, 5%, 10% und 29%; für die FDP 10%, 33%, 10%, 33% und 14%. Der überdurchschnittlich hohe Anteil der Elitemitglieder aus Arbeiterfamilien in der SPD belegt, daß die soziale Kerngruppe dieser Partei noch bis in die Führung hinein aus Legitimationsgründen vertreten sein muß. Vgl. hierzu auch die Angaben über Gewerkschaftsführer im Abschnitt 3.4.1). Sie ist allerdings weit unterrepräsentiert gegenüber 55% Angestellten- und Beamtenkindern.

216) Greven, a.a.O., S. 141/142: Die "allgemein-repräsentierte Form" bürgerlicher Interessen bedeutet eben nicht nur den Abstand politischer Institutionen zu spezifisch einzelkapitalistischen Forderungen, sondern weit mehr noch die systematische Ausblendung bestimmter lohnabhängiger Interessen auch in personeller Hinsicht.

217) See, a.a.O., S. 31; zum folgenden vgl. dort, S. 30 ff.

218) So etwa die Tatsache, daß infolge des ex-officio-Stimmrechts auf Parteitagen und Vertreterversammlungen vor 1967 nur etwa die Hälfte der Bundesvorstandsmitglieder aller Parteien durch ein Mandat demokratisch legitimiert war, das von einer von unten nach oben ununterbrochenen Kette von Delegierten erteilt wurde; vgl. See, a.a.O., S. 31.

219) Siehe § 20 des Organisationsstatuts der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, beschlossen am 18. Dezember 1971, abgedr.in: Flechtheim, Ossip K. (Hg): Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland. Hamburg 1973, S. 353-367 (im folgenden zitiert als: SPD-Satzung); § 29 des Statuts der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, abgedr. in: Pütz, Helmuth: Die CDU. Entwicklung, Aufbau und Politik der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Düsseldorf, 2. Aufl., 1976 (Ämter und Organisationen der Bundesrepublik Deutschland, 30), S. 155-167 (im folgenden zitiert als: CDU-Satzung); § 15 der Bundessatzung der FDP, abgedr. in: Kaack, Heino: Zur Geschichte und Programmatik der Freien Demokratischen Partei. Grundriß und Materialien. Meisenheim 1976 (Studien zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland, hg. v. Heino Kaack, 18), S. 61-71 (im folgenden zitiert als: FDP-Satzung). Die Satzung der CSU lag der Verfasserin leider nicht vor.

220) Vgl. Greven, a.a.O., S. 287/288

221) § 11 der SPD-Satzung verpflichtet die unteren Organisationsgliederungen zur Kandidatenaufstellung bei Kreis-, Land- und Bundestagswahlen jeweils "im Benehmen" mit der nächsthöheren Ebene.
Die §§ 19, 21 und 24 binden in der CDU-Satzung den Ortsverein in allen Maßnahmen an das "Einvernehmen" mit dem Kreisverband und verpflichten die Kreis- und Landesverbände zur regelmäßigen Berichterstattung an die nächsthöhere Gliederung, die das Recht hat, sich jederzeit über ihre Tätigkeit zu unterrichten und sie bei Nicht-Erfüllung ihrer Aufgaben zu maßregeln.
§ 10, Sätze 1, 2 und 3 der FDP-Satzung schließlich lauten: "Die Landesverbände sind verpflichtet, alles zu tun, um die Einheitlichkeit der Partei zu sichern sowie alles zu unterlassen, was sich gegen die Grundsätze, die Ordnung oder das Ansehen der Partei richtet. Sie haben auch ihre Organe zu einer gleichen Verhaltensweise anzuhalten. Verletzen Landesverbände, ihnen nachgeordnete Gebietsverbände oder Organe diese Pflichten, ist der Bundesvorstand berechtigt und verpflichtet, die Landesverbände zur Einhaltung dieser Pflichten aufzurufen ..."

222) Alle drei Parteien bilden einen geschäftsführenden Vorstand bzw. ein Präsidium zur Führung der laufenden politischen Geschäfte; vgl. § 23,2 der SPD-Satzung, § 34 der CDU-Satzung und § 21,2 der FDP-Satzung. Der Bundesvorstand beruft den Parteitag ein (§ 17 des SPD-Satzung, § 28 der CDU-Satzung und § 13,1 der FDP-Satzung), und er hat zentralen Einfluß auf die Aufstellung der Kandidaten für die Bundestagswahlen (§ 11,8 der SPD-Satzung, § 34 der CDU-Satzung; im Falle der FDP sorgt § 10,3 für die koalitionspolitische Anbindung der Landesverbände an den Bundesvorstand. Diese Bestimmung entspricht der Rolle der FDP als hauptberuflichem Koalitionspartner ebenso wie die genannten Paragraphen in der SPD- und der CDU-Satzung der Funktion dieser Organisationen als Massenrepräsentationsparteien.).

223) Vgl. zu diesen Stichworten die ausführliche Situationsschilderung bei See, a.a.O., S. 48 ff.

224) Mirow, Jürgen: Entpolitisierung oder Integration? Zur Entwicklung des politischen Bewußt-

seins in der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zu anderen Staaten; in: Zeitschrift für Politik, 23 (1), April 1976, S. 41-63, hier S. 46/47: Mirow nennt folgende Wahlbeteiligungen für die Bundestagswahlen: 78,5% (1949), 85,8% (1953), 87,8% (1957), 87,7% (1961), 86,8% (1965), 86,7% (1969) und 91,1% (1972).

225) Berger, Manfred: Parteiidentifikation in der Bundesrepublik; in: PVS 14 (2), Mai 1973, S. 215-225; hier S. 218.

226) Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1968 - 1973. Hg. von Elisabeth Noelle-Neumann und Erich Peter Neumann. Allensbach/Bonn 1974, S. 213. An dieser Stelle ist nochmals an die Aussage zu erinnern, daß der Forschungsstand zum Thema 'politisches Bewußtsein' sehr lückenhaft und vorläufig ausfällt; vgl. hierzu oben, Abschnitt 2.2.1). Daher können auch hier nur einige ganz offenkundige Merkmale der politischen Einstellungsmuster in der Bundesrepublik vorgeführt werden.

227) Vgl. Jahrbuch der öffentlichen Meinung, a.a.O., S. 214: Bei einer Umfrage im Frühjahr 1970 gaben nur 3% der Befragten an, selbst politisch aktiv zu sein. Vgl. auch See, a.a.O., S. 57: 1969 waren 2,5% der CDU-Wähler Mitglieder dieser Partei, bei der CSU waren es 3,5%, bei der SPD 5,6% und bei der FDP 4,7%.

228) Meyer, Arnim: Parteiaktivitäten und Einstellungen von CDU- und SPD-Mitgliedern; in: Dittberner/Ebbighausen, a.a.O., S. 56-81, hier S. 64.

229) Vgl. Kaase, Max: Bedingungen unkonventionellen politischen Verhaltens in der Bundesrepublik; in: Wahlsoziologie heute, a.a.O., S. 179-216, S. 190 ff, sowie Heinz, Margarete: Über das politische Bewußtsein von Frauen in der Bundesrepublik. München 1971, S. 40 ff.

230) Vgl. Kaase, Max: Demokratische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland; in: Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik, 2, 1971, S. 119-326, hier S. 252: Bei Umfragen im Jahr 1968 meinten 8% der Bevölkerung, 9% der Jugendlichen, aber 30% der Studenten, über sehr starken politischen Einfluß zu verfügen. Sehr starke Zustimmung zu der These "Der Bürger verliert das Recht zu Streiks und Demonstrationen, wenn er damit die öffentliche Ordnung gefährdet", äußerten 33% der Bevölkerung, 32% der Jugendlichen, aber nur 6% der Studenten; ebenda, S. 258.

231) Vgl. hierzu Jaide, Walter: Jugend und Politik heute. Soziale und politische Einstellungen und Verhaltensweisen im Spiegel neuerer Untersuchungen in der Bundesrepublik Deutschland; in: Aus politik und zeitgeschichte, B 39-40/76, S. 3-24, hier S. 3 ff.

232) Vgl. Herzog, a.a.O., S. 198: "Am häufigsten findet man (bei Elitenmitgliedern, C.S.) jenen Verhaltensstil vor, den man als 'konsensorientiert' bezeichnen kann."

233) So antworteten bei einer Umfrage im Jahre 1973 nur 6% der Befragten mit höherer Schulbildung, sie interessierten sich gar nicht für Politik; dagegen interessierten sich 42% ehemaliger Volksschüler "nicht besonders" und 15% gar nicht dafür; Jahrbuch der öffentlichen Meinung, a.a.O., S. 214. Berücksichtigt man die nach wie vor existierenden schichtenspezifischen Selektionswirkungen des gestuften Schulwesens in der Bundesrepublik, so bieten - bei allen berechtigten Problematisierungen von Umfragen - auch diese Zahlen einen Beleg für die personelle Selektivität des sozio-politischen Systems.

234) Vgl. oben, die Abschnitte 3.4.1), 3.4.2) und 3.4.3).

235) Schiller, Theo: Bürgerinitiativen und die Funktionskrise der Volkspartei; in: Guggenberger, Bernd/ Kempf, Udo (Hg): Bürgerinitiativen und repräsentatives System, Opladen 1978, S. 188-208, hier S. 194

236) ebenda, S. 194, Hervorh. im Text

237) ebenda, S. 194, Hervorh. im Text

4.) Stellungnahmen der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) zur Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftspolitik 1966 bis 1976

1) Das Bruttosozialprodukt (in laufenden Preisen) wuchs von 98,1 Mrd. DM im Jahre 1950 über 181,4 Mrd. DM (1955) auf 284,7 Mrd. DM zu Beginn des neuen Jahrzehnts; die Bruttoinvestitionen entwickelten sich im gleichen Zeitraum wie folgt: 18,74 Mrd. DM (1950), 42,63 Mrd. DM (1955), 68,96 Mrd. DM (1960); Altvater/Hoffmann/Semmler, a.a.O., S. 95, Tab. 9. Seit

1959 stand die Bundesrepublik unter den Weltexporteuren an der zweiten Stelle hinter den USA; Bundesministerium für Wirtschaft, Referat Presse und Information (Hg): Leistung in Zahlen '78. Bonn 1979, S. 72. (Diese Schrift wird hier in den Ausgaben 1974, 1975, 1976, 1978, 1980 verwendet und zitiert als LiZ mit der Jahresangabe.)

2) Die Darstellung in diesem und dem folgenden Kapitel basiert auf der unveröffentlichten Examensarbeit der Verfasserin über "Positionen der Unternehmerverbände und Gewerkschaften zur Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftspolitik 1966 - 1976", Marburg 1977. In dieser Arbeit wurden die Jahresberichte des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (SVR) von 1966/67 bis 1975/76 sowie neuere politökonomische und wirtschaftswissenschaftliche Arbeiten ausgewertet. Davon sollen hier die wichtigsten summarisch genannt werden: Altvater, Elmar/ Brandes, Volkhard/ Reiche, Jochen (Hg): Handbuch 3. Inflation, Akkumulation, Krise. Band I: Inflation und Reproduktion des Kapitals. Band II: Internationale und nationale Bedingungen von Inflation und Krise. Beide Frankfurt 1976; Altvater/Hoffmann/Semmler, a.a.O.; Blechschmidt, Aike/ Hoffmann, Gerhard/ v.d.Marwitz, Reinhard: Die inflationäre Struktur des Kapitalismus. Das Zusammenwirken von Konzentration, Weltmarktentwicklung und Staatsintervention am Beispiel der BRD. Lampertheim 1974; Demele, Ottwald: Die Rolle großer Konzerne im Inflationsprozeß. Zur Diskussion um Preissteigerungen in der Krise; in: ProKla, H. 25, 6. Jg., 1976, Nr. 4 S. 127-153; Gahlen, Bernhard (Hg): Wachstumszyklen und Einkommensverteilung. Tübingen 1974. Goldberg, Jörg/ Jung, Heinz: Wirtschaftskrise und Wirtschaftspolitik. Zu den Beziehungen zwischen Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftspolitik in der BRD in der Periode 1966/67 bis 1975/76. Frankfurt 1976. Hardes, Heinz-Dieter: Einkommenspolitik in der BRD. Stabilität und Gruppeninteressen. Der Fall Konzertierte Aktion. Frankfurt 1974. Hoffmann, Jürgen/ Semmler, Willi: Ökonomische Krise, Massenarbeitslosigkeit und Globalsteuerung. Zu einem Dilemma staatlicher Regulierungstätigkeit, in: Bürgerlicher Staat und politische Legitimation. Hg. v. Rolf Ebbighausen. Frankfurt 1976, S. 339-379; Huffschmid, Jörg/ Schui, Herbert (Hg): Gesellschaft im Konkurs? Handbuch zur Wirtschaftskrise 1973 - 1976. Köln 1976; Kock, Heinz/ Leifert, Eduard/ Schmid, Alfons/ Stirnberg, Ludwig: Konzepte der Konjunktursteuerung. Köln 1977; Meißner/ Unterseher, a.a.O.; Neumann, Karl: Konjunktur und Konjunkturpolitik. Möglichkeiten und Grenzen der Konjunkturpolitik. 2. unveränd. Aufl., Frankfurt 1975 (Theorie und Praxis der Gewerkschaften; Themenkreis Wirtschaftspolitik, 1). Einige wenige zentrale Daten der ökonomischen Entwicklung werden in den einzelnen Unterabschnitten eingangs vorgestellt werden.

3) Der Analyse liegen für die BDA die Jahrgänge 1966 bis 1976 ihrer Verbandszeitschrift "der arbeitgeber" (im folgenden zitiert als "ag") sowie die Jahresberichte der Organisation im Untersuchungszeitraum (zitiert als BDA-JB) zugrunde. Als Quellen für die Betrachtung der gewerkschaftlichen Argumentation dienten (außer einigen einzelnen Pressemitteilungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes) die Zeitschriften "Gewerkschaftliche Monatshefte" (zitiert als "GMH") und die "WSI-Mitteilungen. Zeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des Deutschen Gewerkschaftsbundes GmbH, hg. vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Köln; vor 1972: Wirtschaftswissenschaftliches Institut der Gewerkschaften GmbH (Hg): WWI-Mitteilungen. Zeitschrift des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften. Köln (zitiert als WSI-M bzw. WWI-M). Zur Problematik der Quellen und ihrer Auswertung siehe auch die Einleitung zur vorliegenden Arbeit.

4.1) Der Ausgangspunkt: Leichte Rezession und überschäumender Boom (1966 - 1969)

1) LiZ 75, a.a.O., S. 42, Tab. 3.2: Das reale Bruttosozialprodukt in Preisen von 1962 wuchs 1966 noch um 2,9% und nahm 1967 um 0,2% ab.

2) Altvater/Hoffmann/Semmler, a.a.O., S. 100, Tab. 11: 1966 lag die Zahl der Arbeitslosen bei 161.000, im Folgejahr schnellte sie auf 459.000 hoch; dies entsprach einem Anstieg der Arbeitslosenquote von 0,7% auf 2,1%.

3) LiZ 75, a.a.O., S. 26, Tab. 2.33: Der Preisindex für die Lebenshaltung stieg 1966 um 3,5 %-Punkte gegenüber dem Vorjahr, im darauffolgenden Rezessionsjahr nurmehr um 1,5%. Von einem Preisrückgang oder gar -verfall in der Krise konnte allerdings keine Rede sein; hier schon zeigte sich in ersten Ansätzen der überzyklische Charakter der Preissteigerungsbewegung, der bald zu einer schweren Belastung sowohl des interverbandlichen Verhältnisses als auch

der wirtschaftspolitischen Handlungsspielräume des Staates werden sollte.

4) LiZ, a.a.O., S. 73, Tab. 5.22: 1966 betrug der Wert der Ausfuhr 80,6 Mrd. DM, 1967 lag er bei 87,0 Mrd. DM; dies entsprach einer Zunahme von 16,4% des Bruttosozialprodukts auf 17,6% und stellte den bis dato größten Exportanteil seit Bestehen der Bundesrepublik dar.

5) Das Bruttosozialprodukt in Preisen von 1962 stieg 1968 um 7,3%, 1969 um 8,2% - dies sind die höchsten Werte, die seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges bis heute erreicht worden sind; LiZ 75, a.a.O., S. 42, Tab. 3.2. Die Arbeitslosenzahlen gingen langsamer zurück; über 323.000 im Jahr 1968 (= Arbeitslosenquote von 1,5%) fielen sie auf 179.000 im Folgejahr (= Arbeitslosenquote von 0,8%); Altvater/Hoffmann/Semmler, a.a.O., S. 100, Tab. 11. Auch der Anstieg der Preise blieb zunächst noch gemäßigt; der Preisindex für die Lebenshaltung nahm 1968 nur um 1,3 %-Punkte zu, 1969 waren es wieder 2,0%, LiZ 75, a.a.O., S. 26, Tab. 2.33. Die Ausfuhr schließlich betrug 1968 99,6 Mrd. DM (= 18,4% des Bruttosozialprodukts) und 1969 113,6 Mrd. DM (= 18,8%); LiZ 75, a.a.O., S. 73, Tab. 5.22. Hier wie auch bei der Preisentwicklung und vor allem in der Tarifpolitik sollten die Folgen des ungezügelten Überschäumens der Konjunktur erst in den nächsten Jahren spürbar werden.

6) Eichler, Wolfgang: Der Durchschnitt ist entscheidend! In: ag 4/18, 1966, S. 81/82, hier S. 81

7) Sie sei "von entscheidender Bedeutung"; BDA-JB 1966, S. 10; vgl. auch Eichler, Durchschnitt, a.a.O., S. 81/82

8) Vgl. ebenda

9) BDA-JB 1966, a.a.O., S. 60

10) Vgl. Heinrichsbauer, Jürgen: Mit gutem Beispiel voran! In: ag 13-14/18, 1966, S. 379

11) Vgl. Eichler, Wolfgang: Tarifautonomie und Orientierungshilfen; in: ag 22/18, 1966, S. 659: "Aus der Überzeugung heraus, daß die Tarifhoheit ebenso wie die freie Unternehmerentscheidung ein unverzichtbarer Bestandteil unserer freiheitlichen Staats- und Wirtschaftsordnung ist, haben sich die Arbeitgeber von jeher zur Tariffreiheit bekannt." Ebendort geht es weiter: Aber: "Auch die Tarifautonomie erfordert ... ein verantwortungsbewußtes, sich am Allgemeinwohl orientierendes Handeln der Tarifpartner." Um diese Haltung herbeizuführen bzw. zu sichern, "muß ein objektiver Maßstab für die wirtschafts- und konjunkturgerechte Gestaltung der Lohnpolitik gesetzt werden, und die Tarifpartner müssen sich miteinander und öffentlich mit dieser gesamtwirtschaftlichen Lohnregel verantwortlich auseinandersetzen." Staatliche Orientierungsdaten zur Lohnentwicklung liefen zwar "im Faktischen" darauf hinaus, daß "der Handlungsspielraum der Sozialpartner - und zwar beider - in der Regel hierdurch eingeengt" würde, aber dies sei dann "keine Schande", wenn dadurch verantwortungsbewußtes Handeln beider Seiten erleichtert würde. Bereits hier wird deutlich faßbar, daß der Verallgemeinerungs- und Legitimationsmaßstab 'Verantwortung vor dem Gemeinwohl' auch ein Instrument der Verbände ist und keineswegs auf die (Volks-) Parteien beschränkt bleibt. Es sei an dieser Stelle an die oben entwickelte Überlegung erinnert, daß, besonders mit wachsender Breite der verbandsförmig erfaßten Interessenpotentiale, auch die Organisationen von Lohnarbeit und Kapital zur partiellen Interessenintegration und -harmonisierung übergehen und damit sich einerseits den Legitimationszwängen der Parteien und des massendemokratisch konstituierten Staates anpassen, diesen jedoch andererseits einen Teilbereich ihres ureigensten Terrains streitig machen; vgl. hierzu oben Abschnitt 2.3.2). Zu vermuten ist jedoch darüber hinaus, daß der Topos 'Gemeinwohlbindung' zugleich als Disziplinierungsversuch gegenüber den Gewerkschaften dient; hierauf wird weiter unten noch ausführlicher einzugehen sein.

12) Heinrichsbauer, Beispiel, a.a.O., S. 379: Es sei die wichtigste Aufgabe des künftigen Stabilitätsgesetzes, "unserem föderalistisch organisierten Industrieland ein die Währung sicherndes, konjunkturpolitisches Instrumentarium an die Hand zu geben" und - notfalls über eine Änderung des Artikels 109 des Grundgesetzes - durchzusetzen, daß Bund, Länder und Gemeinden "endlich als wirtschaftliche Einheit behandelt und zu dauernd konjunkturgerechtem Handeln gezwungen werden"; Hervorh. i. T. Vgl. auch BDA-JB 1966, a.a.O., S. 9, sowie Eichler, Durchschnitt, a.a.O., S. 82.

13) Vgl. zur Vorwegnahme künftiger Preissteigerungen in den Lohnverhandlungen Eichler, Durchschnitt, a.a.O., S. 82 sowie BDA-JB 1966, a.a.O., S. 11. Zum Konzept der kostenniveauneutralen Lohnpolitik und den entsprechenden Vorstellungen einer Begrenzung des Staatsanteils am Bruttosozialprodukt siehe im einzelnen weiter unten.

14) Guski, Hans-Günter: Die Einkommensverteilung ist gerecht ... ... aber die Statistik sollte

verbessert werden; in: ag 19-20/18, 1966, S. 601-603, hier S. 601. Zum Thema 'Selbständige', das aus Gründen der innerverbandlichen Integration immer wieder mit großer Vorsicht behandelt wurde, stellte man fest, daß die Chancen, sich überhaupt selbständig machen zu können, in beklagenswerter Weise abgenommen hätten; vgl. Fertsch-Röver, Dieter: Pessimismus unangebracht; in: ag 17/18, 1966, S. 498. Daß damit allerdings nicht die dem Kapital objektiv immanente Konzentrationstendenz gemeint war, die kein Verband aufzuhalten imstande wäre, sondern die nur von Verbändeideologien vom selbständigen Unternehmer verschleiert werden kann, belegt der Hinweis, daß der Verkauf eines Unternehmens (d.h., der Verlust der Selbständigkeit) in einer Wettbewerbsgesellschaft völlig normal sei; vgl. Guski, Einkommensverteilung, a.a.O., S. 601 sowie Braun, Wilhelm: Schrumpfende Selbstfinanzierung; in: ag 11/18, 1966, S. 331-332, hier S. 332.

15) Diese Drohung stand im Hintergrund, obwohl man selbst sehr genau erkannte, daß man davon faktisch im Augenblick weit entfernt war; vgl. zur angespannten Arbeitsmarktlage Weber, Rolf: Fluktuation und Abwerbung; in: ag 13-14/18, 1966, S. 410-412, hier S. 411, sowie zur Notwendigkeit der Schaffung eines arbeitsmarktpolitischen Puffers an ausländischen Arbeitskräften: von Gienanth, Ulrich Freiherr: So schnell geht es nicht! In: ag 6/18, 1966, S. 137-138, hier S. 138.

16) Bretschneider, Joachim: Bewährungsprobe steht noch bevor; in: ag 11-12/19, 1967, S. 289; vgl. ebenso Husmann, Jürgen: Versch(r)obene Symmetrie; in: ag 7/19, 1967, S. 163-164, hier S. 163/164: Maßnahmen der Bundesregierung, die über den Hebel der Investitionsförderung die Konjunktur wieder anzukurbeln suchten, seien keine "einseitige Bevorzugung der Unternehmer", sondern liefen auf eine "Stärkung der Unternehmen zur Sicherung der Arbeitsplätze" hinaus.

17) Ebenda, S. 163

18) Zur Billigung der Verschiebung haushaltspolitischer Schwerpunkte zugunsten investiver Ausgaben vgl. Bretschneider, Joachim: Zweck: Stabilität im Wachstum; in: ag 1-2/19, 1967, S. 14/15, hier S. 15, sowie Eichler, Wolfgang: Lohnfindungsprozeß bleibt unentbehrlich; in: ag 3/19, 1967, S. 51.

19) Bretschneider, Bewährungsprobe, a.a.O., S. 289; siehe auch Eichler, Wolfgang: Das Spannungsfeld wird kleiner; in: ag 6/19, 1967, S. 131: "Die Arbeitgeber bekannten sich damit auch zu erneuter, wenn auch wesentlich geringerer gesamtwirtschaftlicher Lohnanhebung als bisher, obwohl in vielen Branchen die Lohnvorzeichen auf 'null' stehen."

20) Vgl. oben, Abschnitte 1.4.2) und 1.5).

21) Eichler, Lohnfindungsprozeß, a.a.O., S. 51; ebenso ders., Spannungsfeld, a.a.O., S. 131 und BDA-JB 1967, S. 58.

22) Eichler, Lohnfindungsprozeß, a.a.O., S. 51; Bretschneider, Bewährungsprobe, a.a.O., S. 289 sowie BDA-JB 1967, a.a.O., S. 60.

23) Husmann, Symmetrie, a.a.O., S. 163; zum Arbeitsplatzargument siehe Bretschneider, Bewährungsprobe, a.a.O., S. 289 sowie BDA-JB 1967, a.a.O., S. 60.

24) Balke, Siegfried: Vertrauen durch Konsequenz! In: ag 8/19, 1967, S. 187. In solchen Zitaten, die offenen Hohn gegenüber den um die Sicherung der Arbeitsplätze notwendig besorgten Gewerkschaften beinhalteten, zeigt sich, daß es auch innerhalb der Arbeitgeberlagers verschiedene strategische Varianten der tarifpolitischen Auseinandersetzung gab. Beiträge wie dieser des damaligen BDA-Präsidenten (!) zeigen ebenso wie der von Bretschneider (Stabilität, a.a.O., S. 15), der die Anbindung der Lohnentwicklung an das voraussichtliche Produktivitätswachstum - und zwar ohne "'preisliche Anpassungsrate'" - befürwortet, im klaren Bewußtsein darüber, daß dies angesichts einer erwarteten Preissteigerung von 1,5 bis 2% auf den "Rückgang der Lohnquote" hinauslaufen mußte, daß Konzessionsbereitschaft und 'Besitzstandswahrung' im Interesse der Erhaltung des Tarifsystems nicht immer jedermanns Sache im Unternehmerlager waren. Der Herr-im-Haus-Standpunkt, über das Druckmittel der Arbeitslosigkeit eine absolute Verschlechterung der lohnabhängigen Verteilungsposition zu erzwingen, gehörte keineswegs der Vergangenheit an, wie man hier deutlich sehen kann. Es steht vielmehr zu vermuten, daß je nach konjunktureller Lage entweder der eher integrative oder der deutlich konfliktorientierte Stil der Auseinandersetzung auf Unternehmerseite in den Vordergrund geriet, nicht zuletzt wohl auch deshalb, damit die eigene Basis sich in der (härteren) Verbandsagitation in der Krise noch wiederfand. Offenbar gab und gibt es nicht nur kooperative und konfliktorische Gewerkschaftsstrategien, sondern auch im Arbeitgeberlager finden sich verschiedene Tonlagen und Verhal-

tensweisen im Umgang mit dem gesellschaftlichen und politischen Kontrahenten.

25) Vgl. die vorhergehende Anmerkung sowie Eichler, Spannungsfeld, a.a.O., S. 131 und Heinrichsbauer, Jürgen: Noch ist "Gelb"; in: ag 5/19, S. 103-104, hier S. 104.

26) Tiede, Günther: Tarifpolitik 1968; in: ag 1-2/20, 1968, S. 10-11, hier S. 11; es ist bemerkenswert, wie glatt sich hier der Übergang von dem Argument 'Lohnzurückhaltung im Interesse der Arbeitsplatzsicherung' zu der Position 'Lohnzurückhaltung im Interesse der Preisstabilität' vollzieht. Vgl. ebenso Husmann, Jürgen: "Preiserhöhungen" ziehen nicht ! In: ag 9/20, 1968, S. 229-230, hier S. 230.

27) Vgl. ebenda sowie Bretschneider, Joachim: Keine Kaufkraft-Experimente! In: ag 6/20, 1968, S. 127: Da die Rezession aus einem Rückgang der Gewinne und dem konsequenten Nachlassen der Investitionsaktivitäten entstanden sei, müßten zu ihrer vollständigen Überwindung die Gewinne auch weiterhin "Vorrang" vor den Löhnen haben. Siehe auch Eichler, Wolfgang: Eine gewisse Ungewissheit; in: ag 5/20, 1968, S. 99/100, hier S. 100; Husmann, Jürgen: Neu: Kostenniveau-neutrale Lohnpolitik; in: ag 20/20, 1968, S. 560-562, hier S. 562, der immerhin eine Modifikation der kostenniveauneutralen Lohnformel zu konzedieren bereit ist, für den Fall, daß die Wirtschaft sich nicht mehr im Gleichgewicht befinde, z.B. bei Inflation; sowie schließlich Bretschneider, Joachim: Sachverständigen-Gutachten: Keine Makulatur! In: ag 23-24/20, 1968, S. 668-670, hier S. 668, der ohnehin keine Berechtigung eines lohnabhängigen Nachholbedarfs gegeben sieht, da zwischen 1965 und 1968 die Reallöhne um ca. 1% stärker als die Produktivität gestiegen seien. Man sieht: Nur die gegebenen Verteilungsverhältnisse galten als zulässiger Maßstab für die Beurteilung der gewerkschaftlichen Lohnforderungen. An dieser Stelle scheint ein Blick auf die Entwicklung der Verteilungsrelationen dieser Jahre sinnvoll: 1965 belief sich der Anteil der abhängig Beschäftigten an der Gesamtzahl der Erwerbstätigen auf 80,9% LiZ '74, a.a.O., S. 14, Tab. 1.23. Die Lohnquote lag in diesem Jahr bei 64,7%, stieg 1966 auf 65,7%, nahm 1967 noch um 0,2 %-Punkte zu, um dann 1968 auf 63,9% zu fallen und schließlich 1969 - nach der spontanen Streikwelle im Herbst - wieder auf 65,2% anzusteigen; ebenda, S. 19, Tab. 2.12.

28) BDA-JB 1968, S. 13: "Die großen wirtschaftspolitischen Ziele des magischen Vierecks lassen sich besser erreichen, wenn sich die Ansprüche an das Sozialprodukt mehr als bisher am mittelfristigen Trend orientieren und die Anspruchsberechtigten (!) sich demgemäß verhalten. Man würde dieses Ziel verfehlen, wenn man dabei allein auf eine Verkürzung des Lohnlags abstellte. Eine mittelfristige Ausrichtung kann bestenfalls gleichzeitig und gleichmäßig mit einer mittelfristigen Orientierung der Wirtschafts- und Finanzpolitik erfolgen, wobei der staatlichen Politik stets eine maßgebende Rolle zufällt." Zum Themenkatalog der Konzertierten Aktion siehe ebenda, S. 57, sowie Eichler, Wolfgang: Schiller-Konzert: Neue Musik? In: ag 13-14/20, 1968, S. 387.

29) Ebenda

30) BDA-JB 1968, a.a.O., S. 14

31) Ebenda, S. 57; vgl. ähnlich Bretschneider, Kaufkraft, a.a.O., S. 127.

32) So argumentierte schon im Vorjahr implizit Himmelreich, als es darum ging, ob die Bundesregierung gemäß den Bestimmungen des zu verabschiedenden Stabilitätsgesetzes allein über das Vorhandensein eines wirtschaftlichen Ungleichgewichts entscheiden dürfe. Diese Feststellung löste dann nämlich ihre gesetzliche Verpflichtung zum Handeln aus, und betrachtet man etwa die unternehmerische Haltung zur Arbeitslosenfrage im Jahre 1967, die auf fast völliges Stillschweigen zu diesem Thema hinauslief, so wird evident, daß die Arbeitgeber es in manchen Fällen durchaus vorgezogen hätten, wenn der Staat überhaupt nicht aktiv geworden wäre. Dieses Problem sollte dann in der Krise der siebziger Jahre enorm an Brisanz gewinnen. Vgl. Himmelreich, Fritz-Heinz: ... aber mit Vorsicht! In: ag 4/19, 1967, S. 87.

33) Knapp, Horst: Die Tarifautonomie sichern; in: ag 30/20, 1968, S. 43. Die spontanen Streiks im Folgejahr machten die Berechtigung solcher Befürchtungen nur allzu deutlich. Hätte die Bundesregierung verbindliche Zahlen gesetzt und durchgesetzt, so hätte sich der Ausbruch der gewerkschaftlichen Basis im Herbst 1969 sicher nicht nur gegen die Unternehmer und - implizit - gegen die unzulängliche eigene Interessenvertretung durch die Gewerkschaften gewandt.

34) Vgl. Eichler, Ungewißheit, a.a.O., S. 99; Bretschneider, Kaufkraft, a.a.O., S. 127; sowie ders., Sachverständigen-Gutachten, a.a.O., S. 670.

35) Vgl. Commer, Heinz: Der Einzelne und die EWG; in: ag 10/20, 1968, S. 263-265, hier S. 265.

36) Pöhl, Karl-Otto: Folgen der Gold-Spaltung; in: ag 7/20, 1968, S. 179-180, hier S. 179; siehe auch Grotkopp, Wilhelm: Gefährdete Währungsordnung; in: ag 13-14/20, 1968, S. 412-415, der den USA nahelegt, energisch gegen ihre Probleme der Staatsverschuldung, der zu billigen Kredite und zu hohen Löhne sowie der zu schweren Last der Sozialausgaben vorzugehen (d.h. letztlich: rigide Einkommenspolitik und Sozialstaatsabbau zu betreiben), da sie andernfalls ihrer Leitwährungsrolle nicht länger gerecht werden könnten.

37) Vgl. oben, Abschnitt 1.4.2)

38) Vgl. dazu die parteipolitischen Kontroversen im nächsten Kapitel, Abschnitt 5.1).

39) Vgl. Bretschneider, Joachim: Sozialpartner: Standpunkte kraß unterschiedlich; in: ag 1/21, 1969, S. 29-31, hier S. 30; Tiede, Günther: Tarifpolitik: Nach den wilden Streiks; in: ag 16-17/21, 1969, S. 638-639, hier S. 639; Bretschneider, Joachim: 1970: Kosten-Ertrags-Klemme; in: ag 19/21, 1969, S. 767, sowie schließlich BDA-JB 1969, S. 11.

40) Bretschneider, Joachim: Konjunktur: Gleichgewicht halten; in: ag 5/21, 1969, S. 158/159, hier S. 158: In der derzeitigen heftigen Debatte über Gefahren einer konjunkturellen Überhitzung und das schneller werdende Tempo der Preissteigerungen "scheint es so, als ob der wirtschaftspolitische Lernprozeß, der in der Rezession der Jahre 1966/67 so erhebliche Fortschritte gemacht hatte, wieder sein Ende gefunden hat." Bretschneider warnt vor einer weiteren lohn- und sozialpolitischen Überforderung der Finanzkraft der Betriebe, denn bei der "sich anbahnenden Übernachfrage wären die Unternehmen gezwungen, diese Lohnkostenbelastung zum überwiegenden Teil im Preis abzuwälzen"; ebenda, S. 159. Selbstverständlich ging es auch hier nur um ökonomische Sachzwänge, nicht etwa um Interessen.

41) Eichler, Wolfgang: Konzertierte Aktion: Sucht DGB Vorwand? In: ag 8/21, 1969, S. 267-268, hier S. 267: Der damalige Hauptgeschäftsführer der BDA warnte ausdrücklich vor dem "Schlagwort" der Sozialen Symmetrie (mit dem Wirtschaftsminister Schiller den DGB zur Teilnahme an der Konzertierten Aktion hatte bewegen wollen und können), "da es zu kurzfristigen arithmetischen Vergleichen verleitet und damit zur unrealistischen Betrachtung der Wirtschaftsentwicklung führt." Schließlich sei die günstige Gewinnentwicklung im Vorjahr nur die "konjunkturell voraussehbare und notwendige Reaktion" auf die Ertragsverschlechterung 1966/67. Ähnlich auch Tiede, Günther: Tarifpolitik: Der Lohn ist es nicht allein; in: ag 1/21, 1969, S. 27-28, hier S. 27, sowie Bretschneider, Kosten-Ertrags-Klemme, a.a.O., S. 767. Zum Problem der Vermögensverteilung vgl. BDA-JB 1969, a.a.O., S. 62.

42) Weber, Rolf: Arbeitsmarkt: Schwierigkeiten werden größer; in: ag 1/21, 1969, S. 25-27, hier S. 27; sofern die Unternehmer in dieser Zeit überhaupt auf Arbeitsmarktprobleme zu sprechen kamen, dann vor allem, um die Notwendigkeit "arbeitskräftesparende(r) Rationalisierungsmaßnahmen" zu betonen; ebenda, S. 27. Dabei spielte die jeweilige Arbeitsmarktlage keine Rolle für sie, wie die im Frühjahr 1967 (!) abgegebene Stellungnahme des damaligen BDA-Präsidenten Balke belegt, der die Belebung neuer Investitionen befürwortet, "die vor allem der Rationalisierung dienen sollten"; Balke, Vertrauen, a.a.O., S. 187. In dem bereits zitierten Beitrag von Weber wird auch erstmals greifbar, daß mit wachsendem Tempo der ökonomischen Aufwärtsentwicklung (und der dieser entsprechenden Stärkung der gewerkschaftlichen Arbeitsmarktposition) auch die konkurrenzbedingten Spannungen innerhalb des Unternehmerlagers zunahmen. Weber kritisiert nämlich die derzeitige "ungesunde Fluktuation" auf dem Arbeitsmarkt, die zum Teil noch gefördert werde "durch unsolidarische Abwerbungskampagnen einzelner Betriebe..." Weber, a.a.O., S. 27.

43) Zur Inflationsspirale, die durch die Lohnentwicklung beschleunigt werde, vgl. Bretschneider, Konjunktur, a.a.O., S. 159, sowie BDA-JB 1969, a.a.O., S. 11.

44) Bretschneider, Kosten-Ertrags-Klemme, a.a.O., S. 767

45) Reintges, Hans: Wirtschaftspolitik: Unklare Zielprojektion; in: ag 19/21, 1969, S. 776-778, hier S. 777

46) Eichler, Wolfgang: In der Diskussion; in: ag 12/21, 1969, S. 432: "Der Schwerpunkt liegt in der sozialen Ausgleichsfunktion der Tarifautonomie, die für eine Demokratie von staatserhaltender Bedeutung ist." "Der Staat belastet sich hiermit bewußt nicht, da er eine ständige Opposition der Gewerkschaften oder der Unternehmer auf die Dauer nicht verkraften kann." Vgl. ebenso BDA-JB 1969, a.a.O., S. 9, zu den Grenzen staatlicher Einflußnahme auf die autonomen Gruppen: "Versuche, die auf Leitlinien ausdrücklich verzichten, aber dennoch faktisch darauf abzielen, mit den Mitteln der Kommuniquétechnik die Willensbildungs- und Solidarisierungsprozesse innerhalb der Tarifparteien zu überspringen, bringen die Gefahr

mit sich, daß die sozial notwendige Bindung zwischen den Mitgliedern der Gruppen und ihren Repräsentanten verfällt." Man vergleiche diese Auffassung mit den nur zwei Jahre zuvor geäußerten Erwartungen an die Herstellung mittelfristig orientierter Lohnentwicklungen durch die Konzertierte Aktion!

47) Die spontane Streikwelle in der eisenschaffenden Industrie und im Steinkohlebergbau "mag ihren Ursprung letztlich darin gehabt haben, daß der für diese Industrie(n) noch geltende Tarifvertrag ... noch aus einer Zeit herrührte, die im Schatten der vergangenen Rezession stand, in welcher der inzwischen eingetretene wirtschaftliche Aufschwung in seinem Ausmaß noch nicht vorausschaubar war." Tiede, Wilde Streiks, a.a.O., S. 638.

48) Ebenda

49) Ebenda

50) Reintges, Zielprojektion, a.a.O., S. 777

51) BDA-JB 1969, a.a.O., S. 9: "Die Tarifparteien sind dann überfordert und die Tarifautonomie leidet Schaden, wenn die staatliche Wirtschafts- und Konjunkturpolitik handlungsunfähig ist. Das haben die wilden Streiks gelehrt, die letztlich eine Folge der ungezügelten Konjunktur und des Wahlkampffiebers waren." Längst war keine Rede mehr davon, daß man selbst zu Anfang des Jahres "'Schubladenprogramme'" der öffentlichen Hände gefordert hatte, für den Fall, daß Nachfrageverluste im Export als Folge der 4%igen Quasi-Aufwertung der DM zu Wachstumseinbußen führen sollten; vgl. dazu Bretschneider, Sozialpartner, a.a.O., S. 30.

52) Bretschneider, Kosten-Ertrags-Klemme, a.a.O., S. 767

53) Der bereits zitierten These von Abromeit ist zuzustimmen, wonach die politische Situation des Landes für die Haltung der Unternehmer gegenüber dem Staat häufig maßgeblicher war als die ökonomische; vgl. Abromeit, Staat und Wirtschaft, 1981, a.a.O., S. 165-167 sowie oben, Abschnitt 3.4.2). Auch aus dem hier verarbeiteten Material läßt sich mit der Bundestagswahl 1969 ein anhaltender Umschlag in Tonart und Verhalten der Unternehmer gegenüber der neuen Regierung ausmachen. Auf die Frage der Verfasserin, ob die BDA ab 1969 nicht "noch viel stärker in der Opposition" gewesen sei als in Zeiten CDU-geführter Regierungen antwortete der frühere Hauptgeschäftsführer der BDA, Dr. Eichler, unter anderem: "Ja, sicher. Gegenüber diesem übertriebenen Reformismus sind wir dann auch sehr deutlich zu Felde gezogen. In der Vergangenheit waren das oft sehr sachliche Auseinandersetzungen in Detailfragen, während wir in Grundfragen übereinstimmten. Aber hier fing es ja nun an, ins Grundsätzliche zu gehen, wobei wir der damaligen Regierung besonders übelnahmen, daß sie deutlich anfing, eine einseitige Arbeitnehmerpolitik zu betreiben. Eine Politik, die Schlagseite hatte und die Unternehmer ins Unrecht zu setzen suchte, was sich auf die Tarifpolitik empfindlich auswirkte..." Protokoll vom 6.6.1978, a.a.O., S. 16.

54) Vgl. Pehl, Günter: Die Wirtschaft der Bundesrepublik im 1. Vierteljahr 1966; in: GMH 4/66, S. 235-239, hier S. 239: Die Restriktionspolitik der Bundesbank berge die Gefahr: "Geringeres Wachstum, als es möglich wäre - bis hin zu Stagnation - und trotzdem Fortdauer des Preisanstiegs..." Siehe auch Köhler, Claus: Bremsweg der monetären Restriktion. Geldstromanalyse für das 1. Vierteljahr 1966; in: WWI-M 6/66, S. 151-154, hier S. 151-153; Pehl, Günter: Die Wirtschaft der Bundesrepublik im 2. Vierteljahr 1966; in: GMH 7/66, S. 429-433, hier S. 433; Köhler, Claus: Spannungen am Geldmarkt lassen nach. Geldstromanalyse für das zweite Vierteljahr 1966; in: WWI-M 10/66, S. 242-245; Pehl, Günter: Die Wirtschaft der Bundesrepublik im Herbst 1966; in: GMH 11/66, S. 682-685, hier S. 684; sowie schließlich Köhler, Claus: "Selbstlockerung" am Geldmarkt nach einer "Politik des Nichtstuns"; in: WWI-M 12/66, S. 314-317, hier S. 315/316.

55) Pehl, Herbst 1966, a.a.O., S. 685; immer wieder warf man der Bundesregierung ihren fehlenden Willen zum Handeln und mangelnde "Führungskunst" vor: siehe Pehl, Günter: Geldwertstabilität ohne Stagnation. Zum zweiten Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung; in: GMH 1/66, S. 110; ders., 2. Vierteljahr, a.a.O., S. 434; ebenso Katterle, Siegfried: Haushaltsplanung und Wirtschaftspolitik. Zum Regierungsentwurf für den Bundeshaushalt 1966; in: WWI-M 4-5/66, S. 88-94, hier S. 92. Die Gewerkschaften waren sich erkennbar darüber im klaren, daß auch Nicht-Handeln eine Form von Selektivität darstellte, die in der Regel zu ihren Lasten ging.

56) Der gesamte Aufsatz von Haferkamp war eine einzige Aufforderung an den Staat, sein wirtschaftspolitisches Instrumentarium auszuweiten, die einzelnen Bereiche der Haushalts-, Fiskal- und Ordnungspolitik sinnvoll miteinander zu verbinden und auch vor der Beeinflus-

sung struktureller und investiver Entwicklungen nicht Halt zu machen; Haferkamp, Wilhelm: Der Detusche Gewerkschaftsbund und die wirtschaftspolitischen Grundsätze seines Programms; in: GMH 6/66, S. 321-331, bes. S. 329. Siehe hierzu auch Pehl, Günter: Die Wirtschaft der Bundesrepublik an der Jahreswende 1965/66; in: GMH 1/66, S. 50-53, hier S. 52, zum Versagen der Regierung vor preispolitischen Fehlentwicklungen; sowie ders., Erstes Vierteljahr, a.a.O., S. 237, zur "Planungsfeindlichkeit" der Bundesregierung; und Katterle, Haushaltsplanung, a.a.O., S. 89-91, sowie schließlich Pehl, Günter: Planung in der Wirtschaft von heute; in: GMH 11/66, S. 659-663, hier S. 659: "In unserer Wirtschaft, hochindustrialisiert und von einem immer rascheren technischen Fortschritt geprägt, kann optimales Wirtschaftswachstum und - im Rahmen des Möglichen - Geldwertstabilität, kann, mit anderen Worten, größtmöglicher Wohlstand, nur durch eine Kombination von Wettbewerb und Planung erreicht werden. Eine Wirtschaftsordnung, in der sich Wettbewerb und Planung ergänzen, bietet zugleich die besten Voraussetzungen dafür, daß der Freiheitsspielraum der Bürger am größten ist."

57) Es ist sicher kein Zufall, daß dieser Punkt, der ganz eindeutig Interessen bestimmter, konkret identifizierbarer, gesellschaftlicher Gruppen thematisiert, ausgerechnet von der IG Metall, einer der traditionell stark konfliktorischen Einzelgewerkschaften, vorgebracht wurde; Stellungnahme der IG Metall zum Regierungsentwurf eines Stabilitätsgesetzes; in: GMH 12/66, S. 754-755, hier S. 754. In der Auswahl der Veröffentlichungen in den Gewerkschaftlichen Monatsheften durch die Redaktion spiegelt sich gewiß auch ein Stück innergewerkschaftlicher Politik wider: Man konnte eine deutliche Sprache gegenüber dem politischen Entscheidungszentrum sprechen, ohne daß diese doch mit vielleicht allzu konflikthaften Folgen als die Stimme des ganzen DGB hätte betrachtet werden können.

58) Pehl, Günter: Stabilität und Wachstum als Ziele der Finanzpolitik. Zum Entwurf eines Konjunkturstabilitätsgesetzes; in: GMH 8/66, S. 449-459, hier S. 453/54: Falsch wäre es, der Geldwertstabilität den Vorrang vor den anderen Zielen des Stabilitätsgesetzes einzuräumen. "Ein leichter Preisanstieg scheint bei wachsender Wirtschaft strukturbedingt und systemimmanent zu sein. Er ist jedenfalls das kleinere Übel gegenüber Stagnation, Rezession und Arbeitslosigkeit." Nötig sei vielmehr, "daß wir unsere volkswirtschaftliche Leistungsfähigkeit voll ausnutzen und nicht über unsere Verhältnisse leben." Vgl. ebenso ders., Herbst 1966, a.a.O., S. 682; IG Metall, a.a.O., S. 754, sowie Pehl, Erstes Vierteljahr, a.a.O., S. 239. Pehl tritt in dem letztgenannten Beitrag für eine "gesteuerte Wachstumspolitik" ein, "die sowohl das mögliche Wirtschaftswachstum sichert als auch infolge der zunehmenden Kapazitätsbelastung und der dadurch wieder stärker steigenden Arbeitsproduktivität einen Druck auf die Preise ausübt." Allerdings war auch der DGB an der Begrenzung des Preisanstiegs durch staatliche Maßnahmen interessiert; vgl. Stellungnahme des DGB zum Stabilisierungsgesetz vom 23.8.1966; in: GMH 9/66, S. 566/567.

59) Haferkamp, Gewerkschaftsbund, a.a.O., S. 329; ähnlich auch Pehl, Stabilität, a.a.O., S. 452/453: Zu den bereits im Stabilitätsgesetzentwurf enthaltenden Ansätzen für "ein brauchbares und wirksames Instrumentarium zur Beeinflussung der Konjunktur" müßte ein Katalog preis-, wettbewerbs- und außenwirtschafts- sowie einkommenspolitischer (!) Maßnahmen hinzutreten.

60) Katterle, Haushaltsplanung, a.a.O., S. 93

61) Wieder war es die IG Metall, die hier die einzige deutlich konfliktorientierte Stellungnahme abgab. Die wachstumspolitischen Voraussetzungen der Bundesregierung "lassen erkennen, daß es hier nicht auf die Erhaltung der Vollbeschäftigung ankommt. Damit arbeitet sie Hand in Hand mit den Arbeitgeberverbänden, die bereit sind, eine Politik am Rande der Arbeitslosigkeit in Kauf zu nehmen, um die Position der Gewerkschaften zu schwächen." IG Metall, a.a.O., S. 754.

62) Pehl, Jahreswende, a.a.O., S. 52: Man werde "am wenigsten die Gewerkschaften für den Preisanstieg verantwortlich machen können..." Vgl. auch Tacke, Bernhard: Neue Wege in der Tarifpolitik? In: GMH 10/66, S. 577-587, hier S. 578: Tacke nennt die in der Bundesrepublik weitverbreitete "Vorstellung, daß höhere Löhne einfach zu höheren Preisen führen müssen", eine "Psychose". Es handelte sich um eine Krankheit - nicht etwa um eine von interessierter Seite bewußt und gezielt geförderte Ideologisierung der verteilungs- und wirtschaftspolitischen Diskussion.

63) Vgl. ebenda, S. 580: "Indem die Gewerkschaften nach höheren Löhnen und besseren Arbeitsbedingungen drängten, haben sie sich stets für eine Leistungssteigerung in der Wirtschaft

eingesetzt. Sie haben sich weder der Steigerung der manuellen Leistung noch der technischen Rationalisierung bis hin zum automatischen Produktions- und Arbeitsablauf verschlossen."

64) Vgl. ebenda sowie Christmann, Alfred: Die gegenwärtige lohnpolitische Situation; in: WWI-M 4-5/66, S. 105-115, hier S. 106: "Bekanntlich lösen (von den Gewerkschaften geforderte und durchgesetzte, C.S.) Arbeitszeitverkürzungen innerhalb bestimmter Grenzen in den Unternehmen zusätzliche Rationalisierungsanstrengungen aus und begünstigen damit das wirtschaftliche Wachstum." (Hervorh.i.T.)

65) Tacke, Tarifpolitik, a.a.O., S. 583: Seitens der Gewerkschaften wurde "alles versucht", "die Tarifpolitik zu objektivieren oder, wie es heißt, zu versachlichen. Die Kompromißbereitschaft der deutschen Gewerkschaften ist, besonders aus der Sicht der ausländischen Gewerkschafter, fast sprichwörtlich geworden."

66) Pehl, Jahreswende, a.a.O., S. 52: "Niemand hat das Recht, den Arbeitnehmern und ihren Gewerkschaften einen Vorwurf daraus zu machen, daß die Erhöhung der Nominallöhne im Ausmaß der Teuerungsrate über den Produktivitätszuwachs hinausgeht (!), so lange die Bundesregierung nicht nur keine aktive Preis- und Konjunkturpolitik betreibt, sondern sogar durch ihre Agrarschutz-, Mieten- und Haushaltspolitik entscheidend zum Preisaufstieg beiträgt." Siehe auch ebenda, S. 578: "Erst recht kann man aber den Arbeitnehmern nicht zumuten, nun ihrerseits durch Mehrarbeit oder Kurzarbeit, Stillhalten im Lohn und Konsumverzicht die Fehler einer Wirtschafts- und Finanzpolitik zu korrigieren."

67) Ebenda, S. 586

68) Christmann, Situation, a.a.O., S. 115: "Offensichtlich wird mit der produktivitätsorientierten Lohnpolitik der Zweck verfolgt, den Status quo der Einkommensverteilung unverändert zu erhalten." Wer diesen Zweck vor allem verfolgte, davon ist bei Christmann allerdings nicht die Rede. Vgl. auch Tacke, Tarifpolitik, a.a.O., S. 584.

69) Ebenda, S. 580: Jedem "realistischen Tarifpolitiker in der Gewerkschaftsbewegung" sei dies klar.

70) 'Abnutzungserscheinungen' drückten sich beispielsweise in der Unfähigkeit der Regierung Erhard aus, auf die gewandelte ökonomische Problemstellung mit neuartigen wirtschaftspolitischen Methoden zu reagieren; vgl. dazu im folgenden Kapitel Abschnitt 5.1), bes. 5.1.1).

71) Vgl. Henschel, Rudolf: Die Bundesbank braucht Orientierungshilfen; in: GMH 2/67, S. 105-108, hier S. 105 sowie S. 108: "Die letzte Verantwortung für diese (rezessive, C.S.) Entwicklung kann auch niemand der Bundesbank abnehmen." Siehe auch Pehl, Günter: Die Wirtschaft der Bundesrepublik an der Jahreswende 1966/67; in: GMH 2/67, S. 109-113, hier S. 109.

72) ders.: Die Wirtschaft der Bundesrepublik im Frühjahr 1967; in: GMH 5/67, S. 295-299, hier S. 297 und 299; Christmann, Alfred: Wirtschaftswachstum und Lohnpolitik im Jahre 1967; in: WWI-M 4/67, S. 92-103, hier S. 100; Pehl, Günter: Die Wirtschaft der Bundesrepublik im Sommer 1967; in: GMH 8/67, S. 494-498, hier S. 497; sowie schließlich ders.: Die Wirtschaft der Bundesrepublik im Herbst 1967; in: GMH 11/67, S. 685-689, hier S. 687.

73) Ebenda, S. 685

74) Ebenda, S. 687: "Überließe der Staat die Wirtschaft sich selbst, müßte eher mit einer Verschärfung der Rezession, einer Spirale nach unten, gerechnet werden."

75) Grambke, Wolfgang: Der II. Investitionshaushalt. Einige kritische Bemerkungen; in: GMH 11/67, S. 682-684, hier S. 684: "Bisher hat die Konjunkturpolitik den Hebel zur Aufwärtsentwicklung nur an einer Stelle des volkswirtschaftlichen Kreislaufs angesetzt. Es ist dringend geboten, auch die anderen Möglichkeiten einer kreislauforientierten Konjunkturpolitik (unmittelbar wirksame Erhöhung des privaten Verbrauchs) auszuschöpfen. Auf die Tatsache, daß damit zugleich auch seit langem gewünschte und erforderliche sozialpolitische Maßnahmen verbunden sind, sei noch ergänzend hingewiesen."

76) Vgl. die vorangegangene Anmerkung sowie Pehl, Sommer, a.a.O., S. 496.

77) Ders.: Die Weichen der Wirtschaftspolitik wieder auf Expansion stellen! Zum dritten Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung; in: GMH 1/67, S. 10-15, hier S. 15: Die Gewerkschaften würden 1967 in stagnierenden oder rückläufigen Branchen "in erster Linie an einer Sicherung der Arbeitsplätze interessiert und deshalb mit Lohnforderungen sehr zurückhaltend sein..." An dieser Stelle wird auch einmal das gewerkschaftliche Bestreben faßbar, in tarifpolitischer Hinsicht differenziert statt volkswirtschaftlich global zu argumentieren, wenn Pehl nämlich fort-

fährt, daß man dann aber in prosperierenden Wirtschaftszweigen keinen "Verzicht auf mögliche überdurchschnittliche Lohnerhöhungen" von den Gewerkschaften fordern dürfe; ebenda, S. 15. Vgl. zur zurückhaltenden Lohnpolitik der Gewerkschaften auch ders., Jahreswende 66/67, a.a.O., S. 111, sowie Müller, Alfred: Die Tarifbewegungen 1966; in: WWI-M 5/67, S. 133-138, hier S. 133.

78) Pehl, Sommer, a.a.O., S. 496

79) Vgl. Höhnen, Wilfried: Einkommenspolitische Aspekte administrierter Preiserhöhungen; in: WWI-M 3/67, S. 67-70, hier S. 68, sowie Christmann, Wirtschaftswachstum, a.a.O., S. 102.

80) Vgl. dazu ausführlich: Leminsky, Gerhard: Arbeitsmarktpolitik und technologischer Wandel; in: WWI-M 10/67, S. 260-269, hier S. 261-268, sowie zur staatlichen finanziellen Hilfe bei der Ersetzung ausländischer durch arbeitslose deutsche Lohnabhängige; Kratzsch, Konrad: Elastizität des Arbeitsmarktes bei stagnierendem Erwerbspotential; in: WWI-M 10/67, S. 269-274, hier S. 273.

81) Vgl. hierzu oben, Abschnitt 1.3.3)

82) Henschel, Rudolf: Konzertierte Aktion - Autonomie und Planung; in: GMH 4/67, S. 200-206, hier S. 204.

83) Helbing, Horst: Gewerkschaften auf dem Prüfstand. Zwischen Autonomie und Rahmenplan; in: GMH 11/67, S. 669-678, hier S. 672.

84) Pehl, Günter: Der Staat muß den Wirtschaftsaufschwung stärker fördern. Zum vierten Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung; in: GMH 1/68, S. 1-8, hier S. 5/6.

85) Vgl. oben, Abschnitt 4.1.1)

86) Pehl, Staat, a.a.O., S. 6: "Eine Bedingung für die Teilnahme der Gewerkschaften an einer konzertierten Aktion ist es sicherlich, daß die 'soziale Symmetrie' erhalten (!) bleibt." Vgl. auch ders.: Die Wirtschaft der Bundesrepublik am Jahresbeginn 1968; in: GMH 2/68, S. 104-109, hier S. 105; Ders.: Die Wirtschaft der Bundesrepublik im Frühjahr 1968; in: GMH 6/68, S. 362-365, hier S. 363 und S. 364: Es sei "ein Gebot der Fairneß", daß künftige überproportionale Lohnsteigerungen von Arbeitgebern, Bundesregierung und Bundesbank akzeptiert würden. Siehe schließlich auch ders.: Die Wirtschaft der Bundesrepublik im Frühsommer 1968; in: GMH 8/68, S. 496-500, hier S. 497/498, sowie ders.: Die Wirtschaft der Bundesrepublik im Herbst 1968; in: GMH 12/68, S. 746-751, hier S. 749.

87) Ders., Jahresbeginn 1968, a.a.O., S. 108.

88) Schmidt, Walter: Sachzwang und Tarifautonomie; in: GMH 6/68, S. 336-340, hier S. 336: "Einerseits bietet dies Gelegenheit, Einfluß auf die Wirtschafts- und Sozialpolitik einer Regierung zu nehmen, die für gewerkschaftliche Auffassungen nicht unempfänglich ist. Andererseits können ... wirkliche Interessengegensätze durch rationale Politik nicht aufgehoben werden; sie müßten im Gegenteil schärfer hervortreten."

87a) Ebenda, S. 336: "Wissenschaftlich begründeter Sachzwang droht nicht nur die Tarifautonomie funktionslos zu machen." Vgl. ebenso: Erklärung des DGB zum Sachverständigengutachten vom 5.12.1967; in: GMH 1/68, S. 52: "Der DGB ist jedoch der Auffassung, daß die verbindliche Festlegung von Lohnleitlinien in ihrer Konsequenz zu einer Aufhebung der Tarifautonomie führt. Derartige Lohnleitlinien legen nur die Einkommensentwicklung der Arbeitnehmer einseitig fest. Dies führt in der wirtschaftlichen Praxis zu einer ebenso einseitigen Begünstigung der Unternehmergewinne. Eine Verschärfung der sozialen Spannungen wäre unausbleiblich." Man sieht deutlich, daß die Gewerkschaften lohnabhängige Interessenpositionen erst dann thematisieren, wenn bereits ihre Verletzung droht bzw. eingetreten ist. Eigene Forderungen wurden zunächst einmal nicht offensiv, sondern mit dem Verweis auf marktwirtschaftliche 'Sachzusammenhänge' und 'Gesetzmäßigkeiten' begründet.

88a) DGB zum Sachverständigengutachten, a.a.O., S. 52. Auch die Drohung des Legitimationsentzugs bei nachhaltiger Verletzung lohnabhängiger bzw. gewerkschaftlicher Interessen richtete sich nicht gegen die Unternehmer, d.h. gegen den unmittelbaren gesellschaftlichen Kontrahenten und das von ihm dominierte sozio-ökonomische System, sondern erneut gegen den bei allen wirtschaftlichen Problemen zur Verantwortung zu ziehenden Staat. Die Projektion der Bundesregierung für die Steigerung der Arbeitnehmer-Einkommen im Jahr 1968 überlasse die zu erwartenden Wachstumsgewinne weitgehend den Unternehmern: "Es ist wahrscheinlich, daß bei einer solchen Entwicklung die Staatsverdrossenheit bei einem größer werdenden Teil der Arbeitnehmer und ihr Unbehagen 'an denen in Bonn' wachsen wird." Pehl, Günter: Verzicht auf optimales Wirtschaftswachstum. Zum Jahreswirtschaftsbericht 1968; in: GMH 4/68,

S. 207-211, hier S. 211.

89) Höhnen, Wilfried: Zum Entwurf des Bundeshaushalts für das Rechnungsjahr 1969; in: WWI-M 11/68, S. 304-309, hier S. 308.

90) ders.: Die wachsende Staatsverschuldung in der Bundesrepublik; in: WWI-M 3/68, S. 85-88, hier S. 88; ders.: Aktuelle Fragen der Staatsverschuldung; in: WWI-M 4-5/68, S. 110-114, hier S. 112.

91) Gemper, Bodo M.: Das Nationalbudget - ein Mittel planvoller Wirtschaftspolitik; in: GMH 6/68, S. 325-335, hier S. 335; ebenso Klink, Dieter: Wirtschaftspolitik der mündigen Gesellschaft; in: GMH 5/68, S. 283-288, hier S. 285: Die bisherige Finanzplanung habe noch nicht "in befriedigender Weise Prioritäten für die politische Aufgabenskala aufgezeigt... (Sie, C.S.) ist im wesentlichen diktiert von Überlegungen des Haushaltsausgleichs und weniger von den Dringlichkeiten einer gesellschaftspolitischen Rangordnung der zu bewältigenden Aufgaben."

92) Ebenda, S. 285

93) Heyder, Gunther: Computer und Angestellte. 3. Internationale Arbeitstagung der Industriegewerkschaft Metall über Rationalisierung, Automatisierung und technischen Fortschritt; in: GMH 4/68, S. 212-218, hier S. 218: Heyder betont, "daß die Gewerkschaften an einer technisch hochentwickelten, leistungsfähigen Industrie interessiert sind. Sie stelle die Voraussetzungen für steigende Einkommen, bessere Arbeitsbedingungen und Vollbeschäftigung dar." Vgl. auch Müller, Alfred: Technischer Fortschritt und gewerkschaftliche Tarifpolitik; in: WWI-M 4-5/68, S. 114-123, hier S. 119; Müller formuliert die grundlegende (aber wahrhaftig nicht in sich widerspruchsfreie) gewerkschaftliche Forderung: "optimales Wachstum und eine angemessene Beteiligung der Arbeitnehmer an dem Zuwachs des Sozialprodukts; Schutz der Arbeitnehmer vor negativen sozialen Auswirkungen des technischen Fortschritts".

94) Vgl. ebenda, S. 119-123, sowie ders.: Die Tarifbewegung 1967; in: WWI-M 7-8/68, S. 215-219, hier S. 219.

95) Müller schreibt in seinem Beitrag über den technischen Fortschritt, daß die Arbeitszeitverkürzung als Mittel zur Verknappung des Arbeitskräftepotentials ein geeignetes Verfahren zur Verhinderung struktureller Arbeitslosigkeit sei, um dann in seinem Aufsatz über die Tarifbewegungen 1967 festzustellen, daß infolge der ungünstigen Verhandlungsbedingungen im Rezessionsjahr 1967 Forderungen nach Arbeitszeitverkürzung und Urlaubsverlängerung hätten "weitgehend zurückgestellt werden" müssen; vgl. Müller, Fortschritt, a.a.O., S. 119 und ders., Tarifbewegung, a.a.O., S. 219.

96) Aufgabe des Staates sei es in der regionalen und sektoralen Strukturpolitik, dort bzw. soviele Arbeitsplätze neu zu schaffen, wo bzw. wieviele alte Arbeitsplätze vernichtet worden seien; zudem müsse er eine vorausschauende Arbeitsmarktpolitik betreiben, die für eine ausreichende Mobilität der vom Strukturwandel betroffenen Arbeitnehmer ebenso Sorge tragen müsse wie für die volle Sicherung ihrer Einkommen während des Umsetzungsprozesses; Müller, Fortschritt, a.a.O., S. 118.

97) Köhler, Claus: Übergang in eine kritische monetäre Phase. Geldstromanalyse für das 3. Vierteljahr 1968; in: WWI-M 11/68, S. 296-298, hier S. 296; Pehl, Herbst, a.a.O., S. 746.

98) Vgl. hierzu theoretisch oben, Abschnitte 1.3.3) und 1.5).

99) Pehl, Jahreswende 1965/66, a.a.O., S. 51.

100) Pehl, Jahreswende 1966/67, a.a.O., S. 109; ders. Herbst 1967, a.a.O., S. 687; wenn Pehl in seinem Beitrag Frühjahr 1967, a.a.O., S. 295, feststellte, durch den "Rekord im Ausfuhrgeschäft" werde "das außenwirtschaftliche Gleichgewicht ganz erheblich gestört", so ist daraus noch lange nicht zu schließen, daß er für eine Dämpfung der Exportentwicklung plädierte. Schließlich hatte er sich im Januar 1967 gegen eine stufenweise Aufwertung der DM ausgesprochen, denn wenn die internationale Preisentwicklung, deren Schätzung diesem Plan zugrundelag, falsch beurteilt worden sei, könne daraus eine gefährdung des westdeutschen Exports erwachsen; Pehl, Wirtschaftspolitik, GMH 1/67, a.a.O., S. 14. So ähnlich argumentierte noch im März 1968 Köhler: "Vorschläge, die auf eine größere Flexibilität der Wechselkurse abzielen, würden im Falle ihrer Realisierung den internationalen Kapitalverkehr hemmen und damit der notwendigen und gewünschten Integration schaden", - von der, so muß man hinzufügen, vor allem die wirtschaftsstarke Bundesrepublik profitieren mußte. Köhler, Claus: Monetäre Aspekte des Jahreswirtschaftsberichts 1968 der Bundesregierung und Geldstromanalyse für das 4. Vierteljahr 1967; in: WWI-M 3/68, S. 80-83, hier S. 82.

101) Gleitze, Bruno: Der Paukenschlag in der Währungspolitik; in: WWI-M 12/68, S. 321-322, hier S. 321. Während in den sechziger Jahren bis zur Rezession 1966/67 der Anteil der Ausfuhr am Bruttosozialprodukt nie stärker als um jährlich 0,5% gestiegen war, nahm er 1966 um 0,8% und 1967 um 1,2% gegenüber dem jeweiligen Vorjahr zu; LiZ 1974, a.a.O., S. 73, Tab. 5.22.

102) Pehl, Günter: Alternativen außenwirtschaftlicher Anpassung. Zum Jahresgutachten 1968/69 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung; in: GMH 1/69, S. 37-46, hier S. 40.

103) Ders.: Die Wirtschaft der Bundesrepublik am Jahresbeginn 1969; in: GMH 4/69, S. 238-242, hier S. 238: "... es ist falsch, von einer Überhitzung zu sprechen." Ebenso: Höhnen, Wilfried: Fiskalpolitik auf Restriktionskurs; in: WWI-M 7/69, S. 190-192, hier S. 190/191, zu den Bremsmaßnahmen der Bundesregierung vom Dezember 1968.

104) Pehl, Günter: Sechs Prozent Tariflohnerhöhung sind nicht genug. Zum Jahreswirtschaftsbericht 1969; in: GMH 3/69, S. 160-167, hier S. 165.

105) Stellungnahme zum Jahreswirtschaftsbericht der Bundesregierung; in: WWI-M 3/69, S. 49-56, hier S. 53; Höhnen, Fiskalpolitik, a.a.O., S. 192; Glastetter, Werner: Die versäumte Aufwertung der D-Mark und ihre Konsequenzen für die Einkommensverteilung; in: WWI-M 7/69, S. 182-190, hier S. 190.

106) Vgl. sowohl Pehl, Alternativen, a.a.O., S. 43/44, der noch dafür plädiert, der Staat müsse eventuelle Nachfrageeinbußen der Exportwirtschaft infolge der Ende 1968 vorgenommenen 4%igen Quasi-Aufwertung der DM auffangen, als auch Müller, Alfred: Die Tarifbewegungen 1968; in: WWI-M 5/69, S. 140-144, hier S. 142, zu den extrem vorsichtigen Lohnabschlüssen des Vorjahres.

107) Henschel, Rudolf: Gewerkschaften am Scheideweg; in: GMH 4/69, S. 215-220, hier S. 217: "Die Sicherung der Arbeitsplätze und die Stabilität des Preisniveaus stehen mit Vorsprung an oberster Stelle der Interessenskale der deutschen Arbeitnehmer. Wenn eine Regierung mit den Mitteln der Massenmedien die Öffentlichkeit davon überzeugt, daß Lohnsteigerungen, die über ihre Orientierungsdaten hinausgehen, Preissteigerungen verursachen und die Regierung, durch Gesetze zur Stabilisierung des Preisniveaus verpflichtet, konjunkturpolitische Dämpfungsmaßnahmen 'ergreifen muß', die 'nebenbei' auch eine Erhöhung der Arbeitslosigkeit bewirken, so werden bei der bestehenden Bewußtseinslage die westdeutschen Arbeitnehmer die ersten sein, die auf höhere Lohnforderungen verzichten." Gewiß war diese Analyse der Bewußtseinslage der westdeutschen Lohnabhängigen ganz korrekt, aber: Zum einen wird weder analysiert, inwieweit die Gewerkschaften selbst zu dieser speziellen Interessenskala beitrugen, noch inwiefern sie veränderbar sein könnte. Zum anderen war es noch immer die Regierung (und nicht etwa die Unternehmer), deren Verhalten attackiert wurde.

108) Pehl, Tariflohnerhöhung, a.a.O., S. 166: Die Konzertierte Aktion müsse im Zeichen der Gleichberechtigung stehen. "Sonst werden sich die Gewerkschaften allmählich die Frage stellen müssen, ob ihre Teilnahme an der Konzertierten Aktion überhaupt noch den Interessen der Arbeitnehmer dienlich ist."

109) Vgl. Christmann, Alfred: Lohn- und Tarifpolitik im Rahmen der mittelfristigen Wirtschaftspolitik; in: GMH 5/69, S. 271-279, hier S. 277/278; er stellt sehr realistisch fest, daß eine aggressive gewerkschaftliche Strategie etwa nach britischem Vorbild in der Bundesrepublik schon deshalb nicht durchsetzbar sei, weil es sich hier um branchenübergreifende Gewerkschaften handele, die 'ausgewogene' Forderungen stellen müßten und sich zudem mehr als ausländische lohnabhängige Organisationen "mit Fragen der Gesamtordnung beschäftigen". Es wurde offenbar innerhalb der Organisation selbst zumindest teilweise deutlich registriert, welche selektiven und konfliktfeindlichen Wirkungen das Industrieverbandssystem zeitigte. (Eine gewisse terminologische Unklarheit soll an dieser Stelle ausgeräumt werden: Es scheint widersprüchlich, wenn Christmann hier von branchenübergreifenden Gewerkschaften spricht, während im theoretischen Teil der vorliegenden Arbeit immer wieder die Rede von der Branchenebene gewerkschaftlichen Handelns die Rede war. Theoretisch gemeint war ein Organisationsprinzip, das sich an den Inhalten, der stofflichen Seite, der Kapitalverwertungsprozesse orientiert und nicht am Betrieb oder an der gesamtwirtschaftlichen Ebene. Dieses Prinzip kann ebenso die reine Branchengewerkschaft umfassen wie auch die - in der Bundesrepublik häufig vorzufindende - mehrere verwandte Branchen zusammenfassende, quasi sektorale Industriegewerkschaft, die naheliegenderweise

dann auf höherem Niveau Interessen aggregiert, generalisiert und integriert. Ein prototypisches Beispiel hierfür ist die IG Metall, die aufgrund der Anzahl der von ihr erfaßten Industrien die größte Einzelgewerkschaft der Welt ist und deren Forderungen sich irgendwo zwischen den mittleren Konzessionsspielräumen aller von ihr organisierten Wirtschaftszweige bewegen dürften. Vom Prinzip her handelt es sich um die gleiche Organisationsweise wie bei der Branchengewerkschaft im engeren Sinne, nur herrscht hier eine noch stärker verallgemeinernde und durchschnittsorientierte Verhaltensweise vor.) Siehe zu diesen Fragen auch Henschel, Scheideweg, a.a.O., S. 220, der für die "umfassende Dauerabstimmung" aller gewerkschaftlicher Organisationszweige untereinander eintritt.

110) Ebenda, S. 219.

111) Ebenda, S. 217 und S. 220, vgl. auch Tacke, Bernhard: Gewerkschaftliche Vorstellungen zur Tarifpolitik im Rahmen der konzertierten Aktion; in: GMH 5/69, S 259-265, hier S. 263, sowie Stellungnahme, WWI-M 3/69, a.a.O., S. 53, zur Kritik der Orientierungsdaten.

112) Siehe Tacke, Vorstellungen, a.a.O., S. 262; Christmann, Lohn- und Tarifpolitik, a.a.O., S. 273.

113) Henschel, Scheideweg, a.a.O., S. 215 und S. 217

114) Christmann, Lohn- und Tarifpolitik, a.a.O., S. 274

115) Pehl, Günter: Die Wirtschaft der Bundesrepublik im Sommer 1969; in: GMH 7/69, S. 431-436, hier S. 433: "Selbstverständlich will niemand unseren Export zerstören. Die Exporte sollen vielmehr weiter wachsen, aber langsamer als bisher, die Importe dagegen stärker."

116) Vgl. Köhler, Claus: Aufschwung ohne monetäres Konzept. Geldstromanalyse für das 4. Vierteljahr 1968 und Perspektiven für 1969; in: WWI-M 3/69, S. 68-71, hier S. 69; ders.: Nach der vierten Spekulationswelle. Geldstromanalyse für das 2. Vierteljahr 1969; in: WWI-M 8-9/69, S. 220-224, hier S. 224, und schließlich ders.: Die Aufwertung der Deutschen Mark. Geldstromanalyse für das 3. Vierteljahr 1969; in: WWI-M 12/69, S. 348-352, hier S. 349/350.

117) Pehl, Sommer, a.a.O., S. 434: "Die Verweigerung der Aufwertung wird der Großindustrie hohe Inflationsgewinne aus dem Ausland bringen..." Ebenso Glastetter, Aufwertung, a.a.O., S. 187.

118) Zur Kritik der steigenden Auslandsinvestitionen und zur Ablehnung ihrer steuerlichen Begünstigung und Förderung vgl. Hölzel, Manfred: Keine Förderung deutscher Direktinvestitionen im Ausland; in: GMH 6/69, S. 354-356, hier S. 354/355, sowie Seitenzahl, Rolf: Zahlenbilanz, Kapitalexport und Auslandsinvestitionen; in: GMH 6/69, S. 349-353, hier S. 349-353.

119) Pehl, Günter: Die Wirtschaft der Bundesrepublik im dritten Vierteljahr 1969; in: GMH 10/69, S. 629-634, hier S. 633: Die spontane Streikwelle war der "Protest gegen die fortdauernde Benachteiligung der Arbeitnehmer im bisherigen Konjunkturverlauf, gegen das Ausbleiben der sozialen Symmetrie." Vgl. auch Leminsky, Gerhard: Spontane Arbeitsniederlegung; in: GMH 11/69, S. 641-644, hier S. 641, der die Streiks im Zusammenhang mit dem "Versagen der Wirtschaftspolitik" sieht.

120) Ebenda, S. 624: "Der Unwille vieler Arbeitnehmer gegenüber ihren Repräsentanten ist aus der Hitze des Augenblicks zu erklären und zu verstehen. Er bedeutet nicht, daß Gewerkschaften und Betriebsräte nicht auch weiterhin als ihre Interessenvertreter angesehen werden." Und ebenda, S. 624: Diese "neue sozialpsychologische Situation" "bedeutet eine Rückenstärkung für die Gewerkschaften bei zukünftigen Tarifverhandlungen."

121) Pehl, Günter: Neue Schwerpunkte in der Wirtschaftspolitik. Wirtschafts- und Finanzpolitik in der Regierungserklärung; GMH 12/69, S. 709-715, hier S. 711.

4.2) Die Folgen: Verteilungskampf an allen Fronten 1970 - 1973

1) Der Preisindex für die Lebenshaltung stieg 1970 um 3,2 %-Punkte gegenüber dem Vorjahr, was nur noch knapp unter der bislang höchsten Steigerungsrate von 3,4 %-Punkten (1965/66) lag, um sich dann immer schneller zu erhöhen: + 5,1 %-Punkte (1972), + 6,8 %-Punkte (1973); LiZ '74, a.a.O., S. 26, Tab. 2.33. In den achtziger Jahren sind dies keine bemerkenswerten Zahlen mehr, aber es darf nicht vergessen werden, daß diese Entwicklung nach zwanzig Jahren relativer Preisstabilität als neu und bedrohlich erlebt wurde, zumal nun der überzyklische Charakter immer unübersehbarer wurde und auf strukturelle Hintergründe des Problems hinwies, ob man diese nun sehen wollte oder nicht. Das wachsende Tempo der Geldentwertung

weckte nicht nur (objektiv unberechtigte) Ängste und Erinnerungen an die galoppierende Inflation der Weimarer Zeit; es dürfte für das öffentliche Bewußtsein zugleich eine ähnlich prägende Wirkung gezeitigt haben, wie sie im vorangegangenen Abschnitt für die erste Nachkriegsrezession 1966/67 behauptet wurde. Kurz gesagt: Die Anzeichen mehrten sich, daß die Zeiten weitgehend störungsfreier Wirtschaftsabläufe ihrem Ende entgegengingen.

2) Die Bruttoanlageinvestitionen (in Preisen von 1970) entwickelten sich wie folgt: + 10,8% (1970), + 6,4% (1971), + 3,5% (1972), + 0,2% (1973); LiZ '78, a.a.O., S. 46, Tab. 3.51. Preisentwicklung und Investitionstätigkeit zusammen führten zu dem neuartigen Phänomen der 'Stagflation', das insbesondere die neo-keynesianische staatliche Wirtschaftspolitik vor fast unlösbare Probleme stellte.

3) Das Bruttosozialprodukt (in Preisen von 1970) stieg mit folgenden Raten: + 5,9% (1970), + 3,3% (1971), + 3,6% (1972), + 4,9% (1973); LiZ '78, a.a.O., S. 42, Tab. 3.2.

4) Die Arbeitslosenzahlen stiegen von Jahr zu Jahr, allerdings auf einem Niveau, das aus heutiger Sicht einer Traumvorstellung nahekommt: 1970 waren 97.300 Arbeitslose registriert, was einer Arbeitslosenquote von 0,5% entsprach; die Werte für die Folgejahre lauten 146.700 (0,7%, 1971), 194.700 (0,9%, 1972), 219.300 (1.0%, 1973); LiZ '74, a.a.O., S. 16, Tab. 1.26.

5) Der Außenhandelsüberschuß der Bundesrepublik explodierte förmlich zwischen 1970 und 1973: Er betrug 1970 15,7 Mrd. DM und stieg über 15,9 Mrd. DM (1971) und 20,3 Mrd. DM (1972) auf 33,0 Mrd. DM (1973), was einer Verdoppelung innerhalb von vier Jahren entspricht; LiZ '78, S. 73, Tab. 5.23. Dies bedeutete aber unter anderem eben auch, daß die Exportabhängigkeit der westdeutschen Wirtschaft ausgerechnet in der Zeit enorm zunahm, in der die internationalen Währungs- und Wirtschaftsbeziehungen in Bewegung gerieten. Der US-Dollar verlor im Gefolge des Vietnam-Krieges immer mehr an Stabilität, was seinen Wert als internationale Reservewährung zunehmend in Frage stellte. Dies führte unter anderem dazu, daß die seit Jahrzehnten chronisch unterbewertete DM infolge der Washingtoner Beschlüsse vom Dezember 1971 um durchschnittlich 13,6% (!) gegenüber dem US-Dollar aufgewertet wurde; vgl. zu diesen Vorgängen Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 1971/72: Währung, Geldwert, Wettbewerb - Entscheidungen für morgen. Stuttgart 1971, S. 20, sowie Altvater/Hofmann/Semmler, a.a.O., S. 170-178.

6) Zahn, Joachim: Unternehmen: In Wirtschaft und Staat; in: ag 7/22, 1970, S. 258-259, hier S. 258: "Die Unternehmen haben als Träger der stetigen Beschäftigung für große Teile der Bevölkerung eine wichtige soziale Funktion und haben damit bewußt eine erhebliche Verantwortung zu tragen."

7) Zigan, Herbert: Aufgaben der Arbeitgeberverbände unter Berücksichtigung der Reformdiskussion; in: ag 23/22, 1970, S. 975-976, hier S. 975: "Der sicher vorhandene Interessengegensatz zu den Gewerkschaften ist kein Hindernis für ein fruchtbares Funktionieren der Sozialpartnerschaft, die davon ausgeht, daß trotz der natürlichen (!) Unterschiede in der Aufgabenstellung das Gefühl vorherrschen kann, letztlich nur im Miteinander, nicht im Gegeneinander erfolgreich sein zu können." Und, ebenda: "Nicht nur aus Absatzgründen sind die Unternehmer daran interessiert, daß die aus den Arbeitnehmereinkommen gespeiste Nachfrage nicht hinter der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung zurückbleibt."

8) Vgl. Bretschneider, Joachim: Lohnpolitik: Lohnkosten-Inflation; in: ag 10/22, 1970, S. 419; Eichler, Wolfgang: Lohn- und Tarifpolitik: Das sind keine Argumente! In: ag 17/22, 1970, S. 719; sowie schließlich Bretschneider, Joachim: Sozialpartner: Das Preisverhalten der Unternehmen; in: ag 21/22, 1970, S. 892-894, hier S. 894.

9) Ebenda, S. 894

10) Eichler, Argumente, a.a.O., S. 719

11) Vgl. Bretschneider, Joachim: Vorbelastung: 6,5%! In: ag 1/22, 1970, S. 3; ders.: Nebenkriegsschauplatz? In: ag 19/22, 1970, S. 791; sowie schließlich Husmann, Jürgen: Die Sachverständigen hatten das Wort; in: ag 24/22, 1970, S. 1003.

12) BDA-JB 1970, S. 55.

13) Vgl. ebenda, sowie Bretschneider, Nebenkriegsschauplatz, a.a.O., S. 791; Husmann, Sachverständige, a.a.O., S. 1003; Bretschneider, Vorbelastung, a.a.O., S. 3; sowie ders., Sozialpartner, a.a.O., S. 894.

14) Vgl. Breitschneider, Joachim: Konjunktur: Unternehmerische Zielprojektion 1971 - 1975; in: ag 24/22, 1970, S. 1016-1018, hier bes. S. 1018: Das Bestreben der Unternehmer gehe dahin, die Lohnquote ab 1972 so zu "stabilisieren", daß sich die Pro-Kopf-Lohnquote auf den Stand

von 1965/66 "einspielen" werde. Dies sei eine Relation, "die seinerzeit von beiden Tarifpartnern als akzeptabel bezeichnet worden ist." In der Tat entwickelte sich die Lohnquote zwischen 1965 und 1970 wie folgt: 65,6% (1965), 66,6% (1966), 66,4 (1967), 64,8% (1968), 66,1% (1969), 67,8% (1970); LiZ '76, a.a.O., S. 19, Tab. 2.12. Selbst die spontane Streikwelle im Herbst 1969 hatte noch nicht die volle Wiederherstellung der lohnabhängigen Verteilungsposition des Jahres 1966 erzwingen können. Dies gelang erst in der aggressiven Tarifrunde 1970, bei der die Gewerkschaften in der Tat eine Verbesserung von 1,2 %-Punkten gegenüber 1966 durchsetzen konnten. Es zeigt sich daher, daß die Arbeitgeber zwar im Augenblick etwas defensiver als früher auftraten, daß sich aber im Kern nichts an ihrer Auffassung geändert hatte, die Verteilungsrelationen aus der Zeit vor der Rezession seien akzeptabel gewesen und sollten daher festgeschrieben werden.

15) Hanau, Peter: Lohn- und Tarifpolitik: Lohnpolitik ohne Verbände; in: ag 9/22, 1970, S. 404-407, hier S. 405.

16) Gaugler, Eduard: Tarifpolitik: Lohn plus Erfolgsbeteiligung? In: ag 18/22, 1970, S. 770-773, hier S. 771-773.

17) Knevels, Peter: "Wilder" Streik: Die Meinung der Arbeitgeberverbände; in: ag 17/22, 1970, S. 729-730, hier S. 729.

18) Ebenda, S. 729; siehe auch S. 730: Knevels legt den Arbeitgebern nahe, keinerlei Rechtspositionen aufzugeben, um das Arbeitskampfrecht nicht aufzuweichen und warnt vor der "Lohn-Flucht nach vorne". Vgl. auch Hanau, Lohnpolitik, a.a.O., S. 407, zur "Sympathieaussperrung": Die Friedenspflicht hindere die Arbeitgeber "nicht an Arbeitskämpfen, mit denen sie einem bedrängten Verbandskollegen zu Hilfe kommen."

19) Tiede, Günter: Wende in der Lohnpolitik? In: ag 22/22, 1970, S. 915.

20) Vgl. Eichler, Argumente, a.a.O., S. 719; Bretschneider, Nebenkriegsschauplatz, a.a.O., S. 791; ders., Sozialpartner, a.a.O., S. 894; ders., Lohnkosten-Inflation, a.a.O., S. 419.

21) Vgl. Eichler, Wolfgang: Sind die Gewerkschaften blind? In: ag 3/22, 1970, S. 75; sowie Bretschneider, Joachim: Schillers Show; in: ag 14/22, 1970, S. 587.

22) BDA-JB 1970, a.a.O., S. 58

23) Vgl. ebenda, S. 56, sowie Zahn, Unternehmen, a.a.O., S. 259, und Bretschneider, Schillers Show, a.a.O., S. 578.

24) BDA-JB 1970, a.a.O., S. 59: Die Orientierungsdaten der Bundesregierung könnten "zwar keine Verbindlichkeitswirkung für die Entscheidungen der Tarifpartner haben", sie seien "aber doch wichtige Richtpunkte..., die 1971 von den Tarifpartnern beachtet werden sollten." Vgl. auch Eichler, Gewerkschaften, a.a.O., S. 75, sowie Bretschneider, Schillers Show, a.a.O., S. 578.

25) Eichler, Gewerkschaften, a.a.O., S. 75: Sahen die Gewerkschaften denn nicht, daß sie mit ihren Forderungen "die Regierung in größte Schwierigkeiten bringen, obwohl sie doch gerade dieser Regierung so nahestehen, wie bisher noch keiner Regierung der Bundesrepublik?"

26) Wellmann, Burkhard: Tod von Freundes Hand; in: ag 24/23, 1971, S. 1067

27) Vgl. den Aufsatz von Fischer, Harry: Gesellschaftspolitik: Die besteuerte Gesellschaft; in: ag 4/23, 1971, S. 152-153. Fischers Argumentation vermittelt einen Eindruck des oben formulierten kapitalistischen Dilemmas, wenn er einerseits schreibt, daß die Steuerlastquote auch unter dem Aspekt des erforderlichen Infrastrukturausbaus betrachtet werden müsse, andererseits aber vor einer Erhöhung der Einkommenssteuer warnt, die den Unternehmen die Kraft zur und das Interesse an der Investition nehmen müsse. Seine Konsequenz besteht in der zögernden Befürwortung der Mehrwertsteuer-Anhebung, die bekanntlich als indirekte Steuer die breite Masse der Endverbraucher trifft.

28) BDA-JB 1971, S. 64

29) Zu diesem Argumentationsmuster insgesamt vgl. BDA-JB 1971, a.a.O., S. 61/62; Bretschneider, Joachim: Konzertierte Aktion: Enttäuschte Hoffnung; in: ag 19/23, 1971, S. 783; sowie ders.: Entscheidend: Lohnpolitik; in: ag 7/23, 1971, S. 291/292, hier S. 291.

30) Husmann, Jürgen: Einkommen: Arbeitnehmer begünstigt; in: ag 11/23, 1971, S. 494-495, hier S. 495; vgl. ähnlich: Bretschneider, Joachim: Sozialpartner: Argumente statt Behauptungen; in: ag 15/23, 1971, S. 630-632, hier S. 631.

31) Bretschneider, Joachim: Sachverständige: "Kosteninflation"; in: ag 11/23, 1971, S. 463: "Die grundsätzliche Anerkennung der Preispolitik als wichtige Stabilitätskomponente darf aber nicht zu der irrigen Auffassung führen, als könnte es - ähnlich wie bei den Arbeitnehmereinkommen - kollektive Verhaltensweisen oder gar Abmachungen in Form einer preisge-

steuerten Einkommenspolitik der Unternehmer geben. Eine derartige Einkommenspolitik ist im System der Marktwirtschaft undenkbar. ... Möglich ist jedoch die Schaffung eines psychologischen Klimas, das die individuellen Verhaltensweisen der Unternehmen in der Preispolitik beeinflußt."

32) Vgl. ders., Lohnpolitik, a.a.O., S. 291: Die "Lohnentwicklung hat inzwischen weitgehend den Kontakt zur Konjunktur verloren." Dies ist die zur ökonomischen Gesetzmäßigkeit hypostasierte Variante des Konzepts der 'kostenniveauneutralen Lohnpolitik'; vgl. ähnlich auch Husmann, Jürgen: Lohnpolitik: Phasen und Zyklen; in: ag 1/23, 1971, S. 14-16, hier S. 15/16, zur Notwendigkeit der 'Verstetigung der Lohnpolitik', sowie besonders Eichler, Wolfgang: Lohnpolitik: Auf dem Wege der Besserung; in: ag 15/23, 1971, S. 623: Es sei notwendig, "die Diskussion zu versachlichen und damit das Verhalten der Gruppen rationaler auf die Ziele der Preisstabilität, der Vollbeschäftigung und des Wirtschaftswachstums auszurichten."

33) BDA-JB 1971, a.a.O., S. 8

34) Vgl. Bretschneider, Konzertierte Aktion, a.a.O., S. 783

35) Vgl. BDA-JB 1971, a.a.O., S. 68 und S. 70, sowie Knevels, Peter: Tarifautonomie: Wieder im Feuer der Kritik; in: ag 12/23, 1971, S. 531/532, hier S. 532, der dieses Argumentationsmuster noch sehr indirekt anführt.

36) Vgl. BDA-JB 1971, a.a.O., S. 61, sowie Amerogen, Otto Wolff von: "Garantie für jede Beschäftigung?"; In: ag 21/23, 1971, S. 880.

37) Ebenda, S. 880. Trotz der besonders zum Jahresende hin immer turbulenter werdenden Entwicklung der internationalen Wirtschafts- und Währungsprobleme äußerte sich die BDA auch 1971 nur sehr knapp zu der für sie - wie geschildert - eher brisanten Exportfrage. Einmal abgesehen davon, daß der Export grundsätzlich als "die Wunderwaffe unserer Marktwirtschaft" bejaht (Herrmann, Walther: Weitere Verlangsamung; in: ag 7/23, 1971, S. 297/298, hier S. 298) und eine verstärkte internationale, vor allem westeuropäische Integration der nationalen Wirtschaften befürwortet wurde, um den Vorsprung der US-Konzerne einholen zu können (Küper, Christel: Wirtschaftspolitik: Unaufholbarer Vorsprung der US-Industrie? In: ag 6/23, 1971, S. 264), blieb es bei dem bekannten Argument, die Tarifparteien hätten Rücksicht auf die Exportsituation zu nehmen; BDA-JB 1971, a.a.O., S. 69; siehe auch Schindler, Dorothea: Lohnkosten: Der Wettbewerb wird härter; in: ag 20/23, 1971, S. 859/860, hier S. 860.

38) Diese Formulierung verweist auf die Vollbeschäftigungsgarantie des sozialdemokratischen Bundeskanzlers Brandt und ist daher als Versuch zu betrachten, der Regierung die Schuld dafür zuzuschieben, daß die vom direkten und massiven Druck des Arbeitsmarktes ein wenig entlasteten Lohnabhängigen nicht mehr völlig der Furcht vor dem Verlust des Arbeitsplatzes ausgeliefert und entsprechend leichter zu disziplinieren waren. Vgl. hierzu auch Herbst, Karl-Wilhelm: Bundesanstalt für Arbeit: Nürnberger Spendierhosen; in: ag 16/23, 1971, S. 667/668, der ein umfassendes Konzept zur Ausgabensenkung der Bundesanstalt für Arbeit vorlegt, das letzten Endes den weiter ausgreifenden Anspruch jeglicher Arbeitsmarktpolitik, die Chancen der Lohnabhängigen auf dem Stellenmarkt durch Qualifikationssteigerungen zu verbessern, zunichte machen mußte.

40) Amerongen, Beschäftigung, a.a.O., S. 880.

41) Vgl. BDA-JB 1972, a.a.O., S. 63: Die Arbeitslosenquote von 0,9% "signalisierte seit dem Frühjahr wieder einen hohen Beschäftigungsstand." Während dies noch als relativ interessenneutrale Tatsachenfeststellung gewertet werden kann, wird das prinzipielle Desinteresse an öffentlichen Eingriffen in die Arbeitsmarktverhältnisse bei Weber schon deutlicher, der erneut eine drastische Zurücknahme der Ausbildungsziele der Bundesanstalt für Arbeit fordert: Weber, Rolf: Arbeitsförderungsgesetz: Eine Bilanz; in: ag 14/24, 1972, S. 542. Hier treffen sich im übrigen qualitative (marktmachtstrukturelle) mit quantitativen issues: Jede Ausweitung der BfA-Leistungen läuft notwendig auf eine Steigerung der von den Betrieben anteilig zu tragenen Zahlungen an die BfA hinaus.

42) Vgl. Gemeinschaftsausschuß der Deutschen Gewerblichen Wirtschaft: Wirtschaftspolitik: Zielprojektion 1972; in: ag 3/24, 1972, S. 91/92, hier S. 91/92.

43) Husmann, Jürgen: Messen: Prüfstand der Konjunktur; in: ag 7/24, 1972, S. 276-278, hier S. 276; vgl. auch ders.: Wirtschaftspolitik: DBG-Zielprojektion 1972/76; in: ag 3/24, 1972, S. 93/94, hier S. 93.

44) Vgl. ebenda, S. 94: Die wettbewerbspolitischen Forderungen des DGB seien teilweise "nicht

marktkonform" und dienten nur als "Feigenblatt" für die Lohnkostenentwicklung.

45) Der Aufsatz von Neef, Fritz: Marktwirtschaft morgen: Ihre Steuerungsinstrumente; in: ag 8/24, 1972, S. 315/316, entwirft das Konzept einer binnenwirtschaftlichen sozio-ökonomischen und politischen Formierung, die die Position der Bundesrepublik im internationalen Konkurrenzkampf entscheidend verbessern soll. Beiträge wie dieser, die ganz eindeutig außenwirtschaftliche Ziele und Zukunftsvorstellungen formulieren, sind in den hier untersuchten BDA-Organen selten. Denn Neef stellt fest: "Zuallererst muß anerkannt werden, daß unsere Unternehmen ungestört in ganz neue Größenordnungen wachsen müssen, wenn die Zukunftsaufgaben gemeistert werden sollen. Die Maßstäbe setzt Amerika. Eine enge nationale Wettbewerbskonzeption ist nicht mehr möglich." a.a.O., S. 316. Derartige Beiträge können eigentlich nur denjenigen Teil der BDA-Basis vor den Kopf stoßen, der diese 'neuen Größenordnungen' niemals erreichen kann und wird und der unter der Last des weltweiten Konkurrenzdrucks ohnehin bereits fast zusammenbricht. Verständlich wird die Auffassung dieses Autors erst, wenn man sich vergegenwärtigt, daß Fritz Neef der Hauptgeschäftsführer des BDI war; in der Veröffentlichung seines Beitrages on der BDA-Zeitschrift mag sich die Tatsache niederschlagen, daß kein Verband am Willen und an der Orientierung seiner stärksten Mitgliedsfraktionen vorbeikommen. Sehr viel diplomatischer sind demgegenüber Stellungnahmen wie die von Düren, der im Zusammenhang mit wettbewerbspolitischen Fragen lobend feststellt, die Unternehmensgröße sei nicht immer entscheidend für den Unternehmenserfolg. Vielmehr seien die 'Kleinen' oft viel elastischer als die Großkonzerne in ihren Verhaltensweisen und Reaktionen; zu begrüßen sei, daß ihre Kooperation untereinander vom Gesetz erlaubt werde. Düren, Albrecht: Wettbewerb: Schärfere Spielregeln; in: ag 7/24, 1972, S. 312-314. Auch die Veröffentlichung dieses Beitrages dürfte BDA-interne 'Politik' gewesen sein, denn Düren war der ehemalige Hauptgeschäftsführer des Deutschen Industrie- und Handelstages, der weitaus weniger bruchlos als der BDI den exportorientierten Großkonzernen das Wort reden kann, da in seinen Reihen auch kleine und außerordentlich protektionistisch eingestellte Handelsbetriebe organisiert sind.

46) Ebenda, S. 134

47) Messedat, Hans: Wachstum: Im Widerstreit; in: ag 10/24, 1972, S. 385/386, hier S. 385.

48) Von Frankenberg, Hans-Heydan: Unternehmenspolitik: Das Wachstum exportieren; in: ag 12/24, 1972, S. 457/458, hier S. 458.

49) Messedat, Wachstum, a.a.O., S. 386: Um verbesserte öffentliche Leistungen finanzieren zu können, sei die Bereitschaft zum individuellen Verzicht notwendig; hier definiert als die Beschränkung auf Lohnsteigerungen unterhalb der Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts.

50) Eichler, Wolfgang: Tarifautonomie: Solide Grundlagen! In: ag 15/24, 1972, S. 554/555, hier S. 555

51) Gruhler, Wolfram: Öffentliche Armut: Inflationäres Reformdesaster; in: ag 17/24, 1972, S. 662/663, hier S. 662/663; vgl. auch ders.: Inflation: Dem Produktivkapital an die Substanz; in: ag 18/24, 1972, S. 690/691, hier S. 690, zum "Substanzverzehr" der Unternehmen infolge der staatlichen Besteuerung inflationärer "Scheingewinne".

52) Vgl. oben, Abschnitt 4.1.1), Anm. 53)

53) Vgl. unten, Abschnitt 5.2.3)

54) Mit welch harten Geschützen man im Wahlkampf 1972 versuchte, die Rückkehr der SPD und ganz besonders des damals auf dem Höhepunkt seiner fast charismatisch zu nennenden Beliebtheit angelangten Bundeskanzlers Brandt an die Regierung zu verhindern, belegt der dokumentarische Band von Richter, Jörg (Hg): Klassenkampf von oben? Oder: Angstmacher von rechts. Reinbek 1973.

55) Dies zeigen auch die letzten Stellungnahmen im Dezember 1972, in denen wieder nahezu ausschließlich die Rede vom verteilungspolitischen Fehlverhalten des DGB war; vgl. Bretschneider, Joachim: Stabilität: Kehrtwendung des DGB; in: ag 23/24, 1972, S. 972; und BDA-JB 1972, a.a.O., S. 65 und S. 68. Die hier angesprochenen Zusammenhänge finden ihren Niederschlag sehr indirekt auch in den Aussagen des früheren BDA-Hauptgeschäftsführers, Dr. Eichler. Auf die Frage der Verfasserin, ob er den wichtigsten Unterschied zwischen Verbänden und Parteien in der Tatsache sehe, daß letztere ein globales politisches Mandat für sich in Anspruch nähmen, antwortete er: "Sicher, ganz eindeutig. Die politische Partei ist anders strukturiert. Wir haben auch ein politisches Mandat, aber ein anderes." Protokoll vom 6.6.1978, a.a.O., S. 16.

56) Vgl. Husmann, Jürgen: Einkommenspolitik: Umdenken! In: ag 1/25, 1973, S. 23/24, hier S.

23/24; Eichler, Wolfgang: Keine Lohneskalation; in: ag 6/25, 1973, S. 214/215, hier S. 215; Warm, Rolf: Einkommenspolitik: Konstanz der Verteilung; in: ag 6/25, 1973, S. 240-242, hier S. 241; Husmann, Jürgen: Gefestigte Konjunkturentwicklung; in: ag 7/25, 1973, S. 286/287, hier S. 286; Bretschneider, Joachim: Droht eine Stabilisierungskrise? In: ag 10/25, 1973, S. 423; Beyfuss, Jörg/ Vanja, Thomas/ Brinkmann, Theodor: Preissteigerungen: Unternehmer-Willkür? In: ag 12/25, 1973, S. 554-556, hier S. 554/555; sowie schließlich: Einkommensprognose 1973: Von Gewinnexplosion keine Rede mehr; in: ag 15/25, 1973, S. 676.

57) Beyfuss u.a., Preissteigerungen, a.a.O., S. 554

58) Einkommensprognose, a.a.O., S. 676

59) Schleyer, Hanns-Martin: Tarifpolitik: Zum Erfolg verurteilt; in: ag 1/25, 1973, S. 10/11, hier S. 10

60) Der mißbrauchte Tarifstreik. Radikale Agitation, dargestellt am Beispiel des Arbeitskampfes in der Druckindustrie im April 1973. Köln 1973, S. 7. Über diesen Arbeitskampf heißt es hier: "Die Gewerkschaft war zeitweilig nicht mehr bestimmter Träger des Geschehens, sondern wurde zum Objekt gemacht durch Teile ihrer Organisation, die Amok zu laufen drohten." Die Radikalen "versuchten, das konstruktive Partnerverhältnis durch das destruktive Gegnerverhältnis des Klassenkampfes zu ersetzen, um so einen Beitrag zur Wiedergeburt des überwundenen Klassenkampfgedankens zu leisten." Vgl. auch Schleyer, Tarifpolitik, a.a.O., S. 11.

61) Einkommensprognose, a.a.O., S. 676

62) Vgl. zu einigen Aspekten dieses Problems die Arbeiten von Altvater/Brandes/Reiche, Handbuch 3, a.a.O.; sowie Demele, a.a.O., und schließlich den nächsten Abschnitt zur Inflationsinterpretation des DGB.

63) Warm, Einkommenspolitik, a.a.O., S. 241

64) Husmann, Einkommenspolitik, a.a.O., S. 24

65) Brinkmann, Theodor: Verteilungskampf: Die reale Staatsquote fällt ab; in: ag 20/25, 1973, S. 906-909, hier S. 908.

66) Ebenda, S. 906; sogar die Verschärfung der Verteilungskämpfe durch die Inflation sah man ein - nur man selbst hatte nichts damit zu tun.

67) Husmann, Einkommenspolitik, a.a.O., S. 24, spricht von "eine(r) Vorab-Berücksichtigung des erhofften Stabilisierungserfolges"; vgl. auch ähnlich Schleyer, Tarifpolitik, a.a.O., S. 10.

68) BDA-JB 1973, S. 16

69) Ebenda, S. 16/17; siehe auch Warm, Einkommenspolitik, a.a.O., S. 242: Nur vermögenspolitische Maßnahmen, "die die Investitionsbereitschaft nicht tangieren", könnten eine echte Umverteilung bewerkstelligen.

70) Vgl. BDA-JB 1973, a.a.O., S. 1/2; Husmann, Jürgen: Sachverständigengutachten: Lohnpolitik entscheidend! In: ag 23/25, 1973, S. 1123.

71) Ebert, Reinhard: DGB-Polemik: Von Überbeschäftigung keine Rede; in: ag 18/25, 1973, S. 813/814. Auch 1973 finden sich wieder die Forderungen nach einem arbeitsmarkt- und bilanzpolitischen Zurückstecken des Staates und die Drohung, notfalls die Beschäftigung von Ausländern zu ersetzen durch die "Industrialisierung in den Anwerbeländern"; Himmelreich, Fritz-Heinz: Noch einmal: Ausländerbeschäftigung; in: ag 13/25, 1973, S. 570-571, hier S. 570. Vgl. auch Weber, Rolf: Ausl. Arbeitnehmer: Patentlösungen gibt es nicht! In: ag 5/25, 1973, S. 167/168.

72) Husmann, Jürgen: Zur Wirtschaftspolitik; ag 3/25, 1973, S. 86: Brandts Regierungserklärung vom 18.1.1973 habe kein "eindeutiges Bekenntnis zur Marktwirtschaft" enthalten.

73) Ebenda, S. 86; vgl. auch Bretschneider, Joachim: Vertane Chancen; in: ag 5/25, 1973, S. 158, sowie implizit auch Ebert, Überbeschäftigung, a.a.O., S. 814: Durch die Vollbeschäftigungspolitik, "praktiziert als Überbeschäftigungsgarantie", habe die konjunkturelle Arbeitslosigkeit im Abschwung (bedauerlicherweise?) "ihren Schrecken verloren."

74) Vgl. Husmann, Einkommenspolitik, a.a.O., S. 23

75) Schleyer, Tarifpolitik, a.a.O., S. 11

76) Bretschneider, Chancen, a.a.O., S. 158

77) Husmann, Jürgen: Steuerpolitik: Zunehmend lähmend; in: ag: 9/25, 1973, S. 410-411, hier S. 411

78) Bretschneider, Stabilisierungskrise, a.a.O., S. 423

79) Gruhler, Wolfram: Wirtschaftswachstum: Streit um den Zuwachs; in: ag 6/25, 1973, S. 243-

245, hier S. 245

80) Bretschneider, Chancen, a.a.O., S. 158

81) Vgl. Eichler, Lohneskalation, a.a.O., S. 214; Husmann, Konjunkturentwicklung, a.a.O., S. 286/287; sowie Beyfuss u.a., Preissteigerungen, a.a.O., S. 555.

82) LiZ '74, a.a.O., S. 73, Tab. 5.23: Von 8 Mrd. DM auf 33 MRD. DM!

83) Vgl. etwa den Aufsatz von Irgel, Lutz: Großunternehmen: Notwendigkeit, Nutzen, Gefahr; in: ag 13/25, 1973, S. 604-606. Irgel wehrt sich gegen die "instinktlos(e)" Werbung der multinationalen Konzerne und singt das Hohe Lied der "unternehmerischen Dynamik", die nicht durch Konzentrationsprozesse eingeschränkt werden dürfe. Ebenda, S. 606. Es kann wohl nur als Reverenz vor dem Mittelstand in den eigenen Reihen, wohl kaum aber als Tatsachenfeststellung betrachtet werden, wenn Irgel schreibt, in der ökonomischen Krise gerieten die ihren Fixkosten ausgelieferten Großkonzerne "eher als kleinere Firmen in die Defensive". Ebenda, S. 605.

84) Vgl. Adam, Hermann: Institutionelle Ursachen konjunkturpolitischer Fehlentscheidungen in der Bundesrepublik; in: WWI-M 5/70, S. 159-166, hier S. 164-166; Pehl, Günther: Die Wirtschaft der Bundesrepublik im Frühjahr 1970; in: GMH 5/70, S. 303-308, hier S. 304/305; Köhler, Claus: Kreditpolitische Restriktionen in der Spätphase der Konjunktur. Geldstromanalyse für das 1. Vierteljahr 1970; in: WWI-M 6/70, S. 179-183, hier S. 179/180; Höhnen, Wilfried: Restriktive Fiskalpolitik in der konjunkturellen Spätphase; in: WWI-M 10/70, S. 304-307, hier S. 304. Zu einer frühen Kritik des Friedman'schen Monetarismus vgl. Köhler, Claus: Zwischen Expansion und Stagnation. Geldstromanalyse für das 4. Vierteljahr 1969; in: WWI-M 3/70, S. 65-70, hier S. 69.

85) Pehl, Günther: Die Wirtschaft der Bundesrepublik im Sommer 1970; in: GMH 8/70, S. 495-498, hier S. 498; vgl. auch Stellungnahme zum Jahreswirtschaftsbericht 1970 der Bundesregierung; in: WWI-M 3/70, S. 88-91, hier S. 88.

86) Pehl, Günther: Die Wirtschaft der Bundesrepublik zum Jahresbeginn 1970; in: GMH 2/70, S. 111-115, hier S. 113; ders.: Die Wirtschaft der Bundesrepublik im Herbst 1970; in: GMH 12/70, S. 750-754, hier S. 754.

87) Pehl, Günther: Die Preiswelle muß gebrochen werden. Zum Jahresgutachten 1969/70 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung; in: GMH 1/70, S. 4-11, hier S. 10.

88) Ebenda, S. 10; vgl. auch Henschel, Rudolf: Die wirtschaftspolitischen Aufgaben der siebziger Jahre; in: GMH 8/70, S. 449-454, hier S. 449; und: Seitenzahl, Rolf: Die Gewinn-Preis-Spirale; in: GMH 9/70, S. 522-527, hier S. 523/524.

89) Henschel, Aufgaben, a.a.O., S. 449

90) Konkret gefordert wurden die Erhöhung und Stillegung von Einnahmeüberschüssen durch die Bundesregierung, nicht jedoch die gänzliche Streichung öffentlicher infrastruktureller Ausgabenprogramme, sondern deren Verschiebung auf künftige konjunkturelle 'Tatsohlen'; die Ausweitung der Investitionsabgabe auf alle in der Unternehmensbilanz aktivierungspflichtigen Investitionen; die wettbewerbspolitisch akzentuierte Vergabe öffentlicher Aufträge in der Bauindustrie; Verzicht auf die Anhebung staatlich administrierter Preise; und schließlich weit ausgreifende wettbewerbsfördernde Maßnahmen wie die Aufhebung der Preisbindung, das 'Verbot der Marktbeherrschung' sowie eine vorbeugende Fusionskontrolle; vgl. Pehl, Jahresbeginn, a.a.O., S. 114/115; ders.: Preisanstieg dämpfen, aber Konjunkturrückschlag vermeiden. Zum Jahreswirtschaftsbericht 1970 der Bundesregierung; in: GMH 3/70, S. 148-154, hier S. 154; Stellungnahme, a.a.O., S. 90/91; Henschel, Aufgaben, a.a.O., S. 452; Pehl, Preiswelle, a.a.O., S. 10.

91) Die Steuerpolitik war 1970 ein heißes Eisen, was die Gewerkschaften betraf. Man warnte wieder und wieder vor einer stabilitätspolitisch motivierten Abschöpfung von Massenkaufkraft und verwies stattdessen auf die Notwendigkeit, den Investitionsboom zu bremsen (also die Steuern der Unternehmer bzw. Unternehmen zu erhöhen); vgl. Henschel, Aufgaben, a.a.O., S. 452; Pehl, Preisanstieg, a.a.O., S. 154; ders., Jahresbeginn, a.a.O., S. 113; Stellungnahme, a.a.O., S. 91; Seitenzahl, Rolf: Einkommensstatistik und Einkommensentwicklung im System der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung; in: GMH 8/70, S. 455-463, hier S. 462.

92) Was sie durchaus erkannten, wie das Zitat von Henschel belegt, vgl. Anm. 89).

93) Müller, Alfred: Die Tarifbewegungen 1969; in: WWI-M 3/70, S. 92-98, hier S. 93: "Diese 'spontanen Arbeitsniederlegungen' (vom September 1969, C.S.) sind ein deutliches und nicht übersehbares Zeichen dafür, daß auch die ob ihrer Disziplinertheit häufig gelobten, von

ihren ausländischen Kollegen aber kaum verstandenen deutschen Arbeitnehmer Benachteiligungen nur innerhalb bestimmter Grenzen widerstandslos hinzunehmen bereit sind."

94) Ebenda, S. 93: "Die Arbeitsniederlegungen zeigen aber auch, daß der Lohnfindungsprozeß autonom und hinreichend flexibel sein muß und nicht durch 'technokratische' Lösungen eingeengt werden kann, die ohnehin häufig nur den Versuch darstellen, dem Lohn die 'Rolle des Lückenbüßers' aufzubürden." Vgl. auch die Kritik an den automatistisch-technokratischen einkommenspolitischen Positionen des SVR in Stellungnahme, a.a.O., S. 88.

95) Vgl. die zahlreichen Literaturangaben in Anm. 91) sowie unten, Abschnitt 5.2.1)

96) Pehl, Frühjahr, a.a.O., S. 307; vgl. auch Henschel, Rudolf: Unterschiede in den wirtschaftspolitischen Zielprojektionen der Bundesregierung und des DGB; in:GMH 12/70, S. 727-730, hier S. 730: Henschel kritisiert die einseitig auf die Lohneinkommen abzielenden Orientierungsdaten der öffentlichen Einkommenspolitik. Man hatte nach wie vor wenig gegen staatliche Eingriffe in diesem Gebiet, nur sollten sie mindestens beide Tarifparteien treffen, am besten sogar die Unternehmer allein. Und das, obwohl man selbst erkannte, daß man in der Tarifpolitik selbst unmittelbar sozialpolitische Fakten setzen konnte: "In der Wirtschaftspolitik können wir nur mittelbar auf die politischen Entscheidungen Einfluß nehmen." Henschel, Aufgaben, a.a.O., S. 450.

97) Vetter, Heinz-Oskar: Die Bedeutung des DGB-Grundsatzprogramms für die Politik der deutschen Gewerkschaftsbewegung; in: GMH 6/70, S. 330-340, hier S. 333.

98) Adam, Herrmann: Soziale Symmetrie-Probleme einer Operationalisierung und politische Konsequenzen; in: WWI-M 1/71, S. 27-32, hier S. 30.

99) Vgl. hierzu Köhler, Claus: Konjunkturgerechte Markteinflüsse. Geldstromanalyse für den Herbst 1970; in: WWI-M 1/71, S. 13-17, hier S. 13; Pehl, Günther: Chancen und Risiken der Wirtschaftspolitik 1971. Zum Jahresgutachten 1970/71 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung; in: GMH 1/71, S. 1-8, hier S. 5; Köhler, Claus: De-facto-Politik der Bundesbank wirkt konjunkturellen Abschwächungstendenzen entgegen. Geldstromanalyse für das 4. Vierteljahr 1970; in: WWI-M 2-3/71, S 44-48, hier S. 44/45; Pehl, Günther: Den richtigen Zeitpunkt nicht verpassen. Zum Jahreswirtschaftsbericht 1971 der Bundesregierung; in: GMH 3/71, S. 164-171, hier S. 169/170; sowie schließlich ders.: Die Wirtschaft der Bundesrepublik im Frühherbst 1971; in: GMH 10/71, S. 632-636, hier S. 632.

100) Vgl. etwa ebenda, S. 636: Pehl weist die Kritik an der gewerkschaftlichen Lohnpolitik mit dem Argument zurück, die Gewerkschaften täten "nichts anderes, als daß sie für die Arbeitnehmer die Lohnerhöhungen durchsetzen, die die Marktlage zuläßt ... Dies entspricht völlig den Gesetzen der Marktwirtschaft." Vgl. ähnlich auch ders., Chancen, a.a.O., S. 7, sowie Müller, Alfred: Die Tarifbewegungen 1970; in: WWI-M 5/71, S. 134-142, hier S. 135, der einen der wesentlichen Gründe für das Überschäumen der Konjunktur in dem "geringe(n) Anstieg der Löhne in der Aufschwungphase" sieht.

101) Henschel, Rudolf: Einkommensverteilung - Hoffnung oder Utopie? In: GMH 12/71, S. 713-717, hier S. 714

102) Skiba, Rainer: Einkommensverteilung und schleichende Inflation; in: GMH 12/71, S. 718-724, hier S. 724

103) Glastetter, Werner: Wirtschaftswachstum und Einkommensverteilung; in: GMH 8/71, S. 449-460, hier S. 456, Hervorh.i.T.

104) Ders.: Wirtschaftswachstum und Einkommensverteilung. Das Problem und seine Abgrenzung; in: WWI-M 5/71, S. 142-151, hier S. 147

105) Ders., Wirtschaftswachstum, GMH 8/71, a.a.O., S. 459

106) Vgl. etwa die sehr weitreichenden wettbewerbspolitischen Forderungen ebenda, S. 459, sowie Henschel, Einkommensverteilung, a.a.O., S. 716, gegenüber den eher restriktiven Einschätzungen der staatlichen Handlungsspielräume bei Katterle, Siegfried: Probleme der Infrastrukturpolitik; in: WWI-M 2-3/71, S. 60-65, hier S. 64, und: Quantitative und qualitative Aspekte der ökonomischen Konzentration und gesellschaftlichen Machtverteilung in der Bundesrepublik Deutschland; Teil III: Personelle und institutionelle Verbindungen der Bereiche "Produktion" und "Kapital" in der Wirtschaftsgesellschaft der BRD. Norbert Koubek; in: WWI-M 8-9/71, S. 258-274, hier S. 274.

107) Henschel, Einkommensverteilung, a.a.O., S. 717: Henschel vertraut auf die Möglichkeit, die Mehrheit der Bevölkerung hinter die gewerkschaftlichen Forderungen zu bringen, was dem Staat dann genügend Konfliktfähigkeit gegenüber den Unternehmern verleihen werde.

Demgegenüber heißt es in Aspekte, III, a.a.O., S. 274, daß es eine Frage der gesellschaftlichen Machtverhältnisse sei, die "ihrerseits in hohem Maße durch das Selbstverständnis der beiden großen gesellschaftlichen Klassen und deren Verhältnis zueinander gestaltet" würden, ob und wo der Staat aktiv werden könne.

108) So befürwortet etwa Katterle einen "demokratisch strukturierten gesellschaftlichen Planungsprozeß"; so Katterle, Infrastrukturpolitik, a.a.O., S. 65; sowie die Einrichtung von Wirtschafts- und Sozialräten, eine langjährige Forderung des DGB: Siehe Katterle, Siegfried: Infrastrukturpolitik und Wirtschaftsordnung; in: GMH 10/71, S. 592-602, hier S. 601. Dagegen postulierte Pehl: "Gerade wer seit langem für eine vorausschauende und planvolle Wirtschaftspolitik eingetreten ist, sollte sich ihrer Grenzen in einer Marktwirtschaft bewußt sein. Vor einer starren Plan- und Zahlengläubigkeit, womöglich noch auf Stellen rechts vom Komma bezogen, kann jedenfalls nur gewarnt werden." Pehl, Zeitpunkt, a.a.O., S. 165.

109) Henschel, Einkommensverteilung, a.a.O., S. 717.

110) Katterle, Infrastrukturpolitik, WWI-M 2-3/71, a.a.O., S. 64.

111) Vgl. die beiden Beiträge von Adam, Symmetrie, a.a.O., bes. S. 31, sowie ders.: Konzertierte Aktion. Konzeptionen, gesellschaftstheoretischer Hintergrund und Grenzen eines neuen Steuerungsinstruments; in: WWI-M 7/71, S. 201-208, hier bes. S. 207. Der Autor scheint sich selbst noch nicht ganz schlüssig zu sein, wie sein endgültiges Urteil nun ausfallen soll.

112) So Krause, Wolfgang: Verteilungsprobleme der Besteuerung. Steuerlastverteilung: Ziel und Wirklichkeit; in: WWI-M 2-3/71, S. 48-60; Höhnen, Wilfried: Das Gutachten der Steuerreformkommission: Ein Beitrag zur gerechten Verteilung der Steuerlasten? In: GMH 7/71, S. 427-434, hier S. 429/430; Krause, Wolfgang: Steuerlastverteilung - Ziel und Wirklichkeit; in: GMH 7/71, S. 423-427, hier S. 425.

113) Diese Auffassung vertritt Katterle in seinen beiden bereits zitierten Beiträgen in WWI-M 2-3/71, a.a.O., S. 64, und GMH 10/71, a.a.O., S. 599.

114) Henschel, Einkommensverteilung, a.a.O., S. 715

115) Vgl. etwa die generelle Zustimmung zum Abbau der Leitwährungsrolle des US-Dollars und zur Erweiterung des sehr viel flexibleren Systems der Sonderziehungsrechte, die wörtlich so auch von Unternehmerseite hätte formuliert werden können, bei Pehl, Frühherbst, a.a.O., S. 634/635; Glastetter, Werner/ Simmert, Diethard B.: Zur währungspolitischen Diskussion in der BRD; in: GMH 12/71, S. 743-751, hier S. 751; sowie schließlich Köhler, Claus: Flexible Wechselkurse in der Bundesrepublik. Geldstromanalyse für das 2. Vierteljahr 1971; in: WWI-M 8-9/71, S. 228-233, hier S. 233; und: Höhere Devisenzuflüsse mit geringerem Liquiditätseffekt. Geldstromanalyse für das 1. Vierteljahr 1971; in: WWI-M 6/71, S. 165-169, hier S. 169. Man hatte überhaupt nichts gegen die dominante außenwirtschaftliche Position der Bundesrepublik einzuwenden (was immer diese den Arbeiterklassen anderer Länder an Schaden zufügen mochte), aber man war höchst erzürnt über die "bekanntermaßen einseitigen verteilungspolitischen Konsequenzen (der Exportförderung, C.S.) auf Kosten der Arbeitnehmer"; Glastetter/Simmert, a.a.O., S. 744.

116) Vgl. dazu unten Abschnitte 5.1.2) und 5.2.1).

117) Vgl. Pehl, Günther: Der Volkswirtschaft steht ein hartes Jahr bevor. Zum Jahresgutachten 1971/72 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung; in: GMH 1/72, S. 38-50, hier S. 48 und S. 50; ders.: Die Wirtschaft der Bundesrepublik zum Jahresbeginn 1972; in: GMH 2/72, S. 119-124, hier S. 119: Zwar bestehe "kein Anlaß, die Entwicklung zu dramatisieren", aber wenn der Staat nicht unverzüglich auf "expansiven Kurs" gehe, sei im zweiten Halbjahr 1972 mit einer Rezession zu rechnen. "Es wäre jedoch falsch, zu warten, bis die Preisindices eine befriedigende Entwicklung anzeigen." Siehe auch Hübl, Lothar: Grundsätzliche Überlegungen zu einer Strategie für die aktuelle Konjunkturpolitik; in: WSI-M 5/72, S. 127-131, hier S. 130/131, sowie Köhler, Claus: Gegensteuern wider Willen. Geldstromanalyse für das 1. Vierteljahr 1972; in: WSI-M 6/72, S. 161-165, hier S. 163.

118) Pehl, Günther: Die Wirtschaft der Bundesrepublik zum Frühherbst 1972; in: GMH 10/72, S. 652-658, hier S. 656. Bemerkenswerterweise ist dies das erste Mal seit langem, daß explizit eine bestimmte Partei genannt wird. Die Gewerkschaften bezogen sich in ihren Stellungnahmen ebenso wie die Unternehmer fast ausschließlich auf Staat und Regierung, was zum einen mit beider legitimatorischem Anspruch verknüpft war, nicht Interessen zu

vertreten, sondern am Gemeinwohl bzw. zugunsten des Prinzips sozialer Gerechtigkeit zu wirken, zum anderen aber auch impliziter Ausdruck des Unwillens war, die Parteien als 'Pförtner zur Staatsgewalt' ausdrücklich anzuerkennen und anzusprechen.

119) Pehl, Volkswirtschaft, a.a.O., S. 48: Pehl kritisiert, daß der SVR "die sozialen und gesellschaftspolitischen Probleme einer ungleichen Einkommensentwicklung und -verteilung unterbewertet... Dabei geht es hier um eine Existenzfrage der marktwirtschaftlichen - man kann auch sagen: unserer demokratischen - Ordnung".

120) Vgl. Müller, Alfred: Die Tarifbewegungen 1971; in: WSI-M 6/72, S. 183-191, hier bes. S. 186: Nach der Freigabe der Wechselkurse hätten die Gewerkschaften Rücksicht auf die neuen Gegebenheiten genommen; sowie ebenda, S. 190: Die damit verbundene binnenwirtschaftliche Abflachung der Konjunktur, besonders in den exportabhängigen Branchen, sei "nicht ohne Einfluß" auf die Tarifverhandlungen geblieben. Vgl. auch Pehl, Jahresbeginn, a.a.O., S. 121: "Diese Tarifabschlüsse beweisen erneut, wie sehr sich die Gewerkschaften für das Gemeinwohl verantwortlich fühlen."

121) Pehl, Volkswirtschaft, a.a.O., S. 50.

122) Vgl. zur Befürwortung einer an konjunkturellen Frühindikatoren wie z.B. dem Auftragseingang orientierten angebotssteuernden Politik neben der traditionellen Nachfrageregulierung keynesianischen Musters Pehl, Frühherbst, a.a.O., S. 656, sowie Hübl, Überlegungen, a.a.O., S. 129/130 und S. 131: "In einer gleichmäßigen ökonomischen Entwicklung können dann die in der konjunkturellen Strategie ausgeklammerten Probleme der Einkommens- und Vermögensverteilung unter rationalen (!) Gesichtspunkten angegangen werden und müssen nicht laufend den konjunkturellen Zufällen untergeordnet werden."

123) Simmert, Diethard B.: Zur Diskussion um die Stabilisierungspolitik in der BRD; in: GMH 12/72, S. 777-789, hier S. 787/788: Die Konsequenz der Friedman'schen Geldmengenregel besage: "Gewerkschaften, die auf Sicherung der Vollbeschäftigung bedacht sind, müssen daher auf verteilungspolitische Ziele verzichten; jeder Versuch, mit der Lohnpolitik die Einkommensverteilung zu korrigieren, führt zwangsläufig zu Arbeitslosigkeit."

124) Ebenda, S. 789

125) Henschel, Rudolf: Autonome Einkommenspolitik und Wirtschaftsplanung; in: GMH 12/72, S. 764-777, hier S. 775.

126) Glastetter, Werner: Einige Bemerkungen zu einer langfristigen Konzeption der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik; in: GMH 6/72, S. 348-358, hier S. 357.

127) Himmelmann, Gerhard: Tarifverhandlungen und Lohnfindung - Ansätze zu einer politischen Ökonomie der Lohnfindung; in: GMH 8/72, S. 473-484, hier S. 475.

128) Ebenda, S. 481

129) Ebenda, S. 483

130) Ebenda, S. 483, Hervorh.d.Verf.

131) Was die Unternehmer betrifft, bedarf diese These wohl keiner Erläuterung. Hinsichtlich der SPD liegt das Problem etwas komplizierter: Wie noch zu zeigen sein wird, gab es auch in dieser Partei Strömungen, die in die gleiche Richtung der Ausweitung staatlicher Interventionsmöglichkeiten zielten. Doch zum einen können die Bemühungen einer Partei, ihren Aktionsradius im Staatsapparat zu vergrößern, nicht umstandslos mit Zielen in eins gesetzt werden, die ein Verband mit einer derartigen Reform für sich selbst verbindet. Zum anderen hätte die Aufforderung der Gewerkschaften an die regierende SPD, den Konflikt mit den Unternehmern zu suchen, die Partei an der Regierung in schwere Probleme gestürzt.

132) Vgl. Köhler, Claus: Start zur Europäischen Währungsunion. Geldstromanalyse für das 2. Halbjahr 1972; in: WSI-M 9/72, S. 276-281, hier S. 276-281; ders.: Ein erster Schritt zur Neuordnung des internationalen Währungssystems. Geldstromanalyse für das zweite Halbjahr 1971; in: WSI-M 2-3/72, S. 54-60, hier S. 54-60; Pehl, Frühherbst, a.a.O., S. 657; ders., Jahresbeginn, a.a.O., S. 122: Pehl lobt hier das Realignment vom Dezember 1971: "Diese Verbesserung unserer Exportsituation wirkt konjunkturstablisierend."

133) An dieser Stelle kommen erneut strukturpolitische Fragen ins Spiel, die aufgrund ihrer branchenspezifischen Ausprägung für die hier interessierenden Aspekte von großer Bedeutung wären, aber - wie erwähnt - hier leider nicht ausführlich behandelt werden können. Daher seien als Beleg für diese These nur einige wenige Indikatoren an dieser Stelle genannt: Die Beschäftigtenzahlen im Bergbau waren 1960 (ohne Saarland und Westberlin) um 0,4% niedriger als 1950; 1970 betrug diese Differenz (einschließlich Saarland und Westberlin) gegenüber 1960 - 6,6%; Osterland u.a., a.a.O., Tabellenanhang, Tab. 11 und 12. In

der Nahrungs- und Genußmittelindustrie lauten die entsprechenden Zahlen + 3,4%, + 0,2%; ebenda. Die jährliche durchschnittliche Veränderung der Kapitalproduktivität (berechnet als Produktionsvolumen je Einheit des realen Bruttoanlagevermögens) lag zwischen 1953 und 1967 für die Gesamtindustrie bei + 1,2%, zwischen 1953 und 1960 bei + 0,0% und zwischen 1960 und 1967 bei - 2,5%; Sass, a.a.O., Tabellenanhang, Tab. A-29. Für die Eisen- und Stahlindustrie lauten diese Zahlen - 3,7%, - 2,4%, - 5,1%; für die Textilindustrie - 2,1%, -1,2%, - 3,2%; für die Bekleidungsindustrie - 4,1%, - 5,5%, - 3,4%; ebenda. Daraus wird sowohl die gesamtindustriell fallende Tendenz der Kapitalproduktivität deutlich als auch der überdurchschnittliche Rückgang in den genannten Branchen, wenngleich ein einzelner Indikator selbstverständlich zu wenig für die Identifikation einer Strukturkrise ist. Vgl. zu diesen Fragen insgesamt die zitierte Arbeit von Sass, a.a.O.

134) Pehl, Günther: Die Wirtschaft der Bundesrepublik im Frühjahr 1972; in: GMH 6/72, S. 389-394, hier S. 393.

135) Hübl, Überlegungen, a.a.O., S. 129; vgl. auch die im Grunde sehr milde Kritik an juristischen Einschränkungen des Streikrechts durch das Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 21.4.1971 anläßlich des Croupier-Streiks im Casino von Bad Neuenahr bei Schwegler, Lorenz: Streikrecht und Rechtsprechung. Zum politischen Charakter des sogenannten Arbeitskampfrechts nach dem Beschluß des Großen Senats des BAG vom 21.4.1971; in: GMH 5/72, S. 299-309, hier S. 303 und S. 307-309. Es blieb wieder nur bei der Forderung: "Das parlamentarische Gesetz" müsse derartige Einengungen abbauen; ebenda, S. 309. Kein Gedanke daran wurde formuliert, in welchem problematischen Zusammenhang diese Verrechtlichung des Arbeitskampfes und eine eventuelle Rückbesinnung auf autonome tarifpolitische Aktionen stehen könnten. Derartige Überlegungen standen eben noch ganz am Anfang.

136) Köhler, Claus: Scharfe kreditpolitische Eingriffe. Geldstromanalyse für das 2. Halbjahr 1972; in: WSI-M 3/73, S. 82-87, hier S. 82.

137) Pehl, Günther: Die Wirtschaft der Bundesrepublik in der Jahresmitte 1973; in: GMH 8/73, S. 507-513, hier S. 509.

138) Piecha, Manfred: Die Tarifbewegungen im 1. Halbjahr 1973. Vorläufige Ergebnisse; in: WSI-M 9/73, S. 361-365, hier S. 363; vgl. ebenso Müller, Alfred: Die Tarifbewegungen 1972; in: WSI-M 6/73, S. 246-251, hier S. 251.

139) Vgl. Pehl, Jahresmitte, a.a.O., S. 511/512; Köhler, Claus: Massive Restriktionspolitik. Geldstromanalyse für das 2. Vierteljahr 1973; in: WSI-M 9/73, S. 337-342, hier S. 341/342; sowie ders.: Kreditpolitik 1973: Dilemma und Ausweg. Geldstromanalyse für das 1. Vierteljahr 1973; in: WSI-M 6/73, S. 239-245, hier S. 245.

140) Er "kann als Resultat eines Konsenses der bestehenden wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Interessengruppen angesehen werden." "Die Theorie und Praxis der Wirtschaftspolitik ignoriert damit die Existenz und die Notwendigkeit einer Analyse der herrschenden wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Interessen und Ziele und klammert deren Beziehung zueinander aus." Feuerstack, Rainer: Der gesamtwirtschaftliche Zielkonflikt zwischen Vollbeschäftigung der Arbeitskräfte und Stabilität des Preisniveaus. Zur wirtschaftspolitischen Relevanz von Philipps-Kurven; in: WSI-M 7/73, S. 279-283, hier S. 279. Ebenda, S. 282: "Ihre (der Tarifpartner, C.S.) konsequente Ausrichtung auf eine gleichzeitige Erfüllung des Preisstabilitäts- und Vollbeschäftigungsziels ist daher unter Vernachlässigung verteilungspolitisch motivierter Einkommensansprüche ohne gegenseitige Einbußen gegenwärtig nicht möglich."

141) Seitenzahl, Rolf: Einige Bemerkungen über die mögliche zukünftige Rolle gewerkschaftlicher Tariflohnpolitik; in: WSI-M 10/73, S. 379-387, hier S. 380: "Die von den Gewerkschaften festgestellte Gefahr der Aushöhlung der Tarifhoheit vollzog sich im System der wirtschaftlichen Globalsteuerung."

142) Henschel, Rudolf: Kritik an gewerkschaftlichen Verteilungsvorstellungen; in: GMH 9/73, S. 535-542, hier S. 536/537: Die Gewerkschaften strebten die "umfassende Erhöhung des Wohlstandes der Arbeitnehmer" an, wozu eben das Kennzeichen des "Wohlstandsniveau(s) der Arbeitnehmer im Verhältnis zum Niveau anderer Gruppen und Personen" gehöre. Beabsichtigt war erstens, daß die Nicht-Löhne nicht stärker steigen als die Löhne; zweitens, daß die Steigerungsvorsprünge der anderen Gruppen von den Lohnabhängigen von diesen aufgeholt werden sollten; und drittens, daß langfristig die Arbeitnehmereinkommen stärker als die der Unternehmer steigen sollten; allerdings mit der charakteristischen Einschränkung, "so lange sich daraus für die Allgemeinheit keine Nachteile im Sinne der zuvor genannten

Wohlstandskriterien ergeben." Ebenda, S. 539.

143) Pehl, Jahresmitte, a.a.O., S. 513: Es sei ein "Ärgernis", daß im Aufschwung des Jahres 1973 die Gewinne wieder stärker als die Löhne stiegen: "Kommt es nicht zu korrigierenden tarifpolitischen Lösungen, muß für den Herbst mit schweren sozialen Konflikten gerechnet werden." Es ist allerdings erstaunlich, daß sich in den Stellungnahmen des Jahres 1973 kein einziger Kommentar zu der zweiten großen Welle spontaner Streiks findet.

144) Zur Verrechtlichung der Tarifpolitik schreibt Müller, Alfred: Grundlagen und Entwicklungstendenzen von Koalitionsfreiheit und Tarifautonomie; in: GMH 9/73, S. 542-552, hier S. 544: "Allerdings sind die wegen ihrer 'Gesetzesgläubigkeit' häufig geziehenen deutschen Gewerkschaften an einer solchen Entwicklung nicht ganz unschuldig, haben sie doch nicht selten gesetzliche Regelungen für Fragen gefordert, die tarifvertraglichen Vereinbarungen vorbehalten sind ... Es wird daher ständige Aufgabe der Gewerkschaften sein müssen, dem Tarifvertrag, der 'heute wichtigsten Form' einer echten paritätischen Mitbestimmung, bei der Regelung der Arbeitsbedingungen einen unabdingbaren Vorrang vor dem Gesetz zu sichern."

145) Vgl. ebenda, S. 544 und S. 552; sowie auch den Beitrag von Kittner, Michael: Parität im Arbeitskampf? Überlegungen zur Forderung nach dem Verbot der Aussperrung; in: GMH 2/73, S. 91-104; siehe dazu auch Seitenzahl, Bemerkungen, a.a.O., S. 387: "Eine weitere Verfestigung des zentralen, derzeit noch übermächtigen Stellenwerts tariflicher Lohnpolitik würde tatsächlich die Festigung des Status quo und letztendlich auch die Zukunftslosigkeit der Gewerkschaften schlechthin bedeuten."

146) Kittner stellt fest, daß "Qualität-des-Lebens-Forderungen" "derzeit nur geringe Mobilisierungsresonanz bei den Gewerkschaftsmitgliedern" fänden; Kittner, Michael: Ökonomische, rechtliche und strategische Aspekte gewerkschaftlicher Lohnpolitik; in: GMH 7/73, S. 400-412, hier S. 404. "Bei den übrigen in der Regel an den Staat gerichteten Forderungen wird diese Wirkung verstärkt durch die Zurückhaltung der Gewerkschaften, was Mobilisierungskampagnen gegenüber dem parlamentarischen Gesetzgeber anbelangt. Demgegenüber ist die gewerkschaftliche Lohnpolitik nach wie vor der stärkste Mobilisierungsfaktor im Bewußtsein der Mitglieder"; ebenda, S. 404.

147) Zum Problem der Notwendigkeit einer betriebsorientierten Tarifpolitik zur Durchsetzung neuer Zielvorstellungen und dem dann unvermeidlichen Konflikt mit den zentralistischen Organisationsstrukturen der Gewerkschaften vgl. Seitenzahl, Bemerkungen, a.a.O., S. 383. Siehe ähnlich auch Müller, Grundlagen, a.a.O., S. 549, der implizit das Problem des möglichen Verlustes an gewerkschaftlicher Aggregationsfähigkeit bei einer zu sehr systematisch-betrieblich aufgegliederten Tarifpolitik anspricht. Er als einziger thematisiert ganz kurz den zu erwartenden Widerstand der Arbeitgeber, die möglichst zentrale Tarifverhandlungen anstrebten; ebenda, S. 549.

148) Zur These von der Überbeschäftigung; in: WSI-M 9/73, S. 326-328, hier S. 327: Die Beschäftigung der sozialpolitisch eher anspruchslosen Ausländer führe dazu, "daß die Betriebe keine weiteren Anstrengungen unternehmen müssen, die inländische Arbeitsreserve zu beschäftigen."

149) Vgl. ebenda, S. 326-328; der Beitrag kommt zu dem Ergebnis, ein globales Vorgehen gegen die Arbeitslosigkeit könne nicht mehr von großem Nutzen sein; ebenda, S. 328.

150) Kittner, Parität, a.a.O., S. 102

151) Pehl, Günther: Zeitgemäße Konzeption zur Preisstabilisierung fehlt noch. Zum Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung; in: GMH 2/73, S. 73-82, hier S. 82: Noch fehle eine Konzeption, "die überzeugend eine relative Stabilität des Preisniveaus verspricht unter den Bedingungen unserer gesellschaftlichen Anprüche und Gegebenheiten, wozu vor allem gehören: Vollbeschäftigung, wachsende Wirtschaft (keine Preisrückgänge durch Rezessionen und Wirtschaftskrisen), Verteilungsgerechtigkeit, Tarifautonomie und Autonomie in der Preisgestaltung, Martkwirtschaft, wo immer sie sinnvoll ist, Stabilität der Demokratie (keine Arbeitslosigkeit, keine zu großen sozialen Spannungen, keine staatlichen Eingriffe in die Tarifautonomie), auf gesellschaftliche Reformen ausgerichtete Haushalte und freie außenwirtschaftliche Beziehungen (Freizügigkeit des Handels und Kapitalverkehrs, mulitnationale Unternehmen und Konzerne)." In der Tat - noch fehlte der Stein der Weisen!

152) Vgl. implizit Köhler, Restriktionspolitik, a.a.O., S. 341; sowie deutlicher Feuerstack, Zielkonflikt, a.a.O., S. 283.

153) Glastetter, Werner: Zur geldpolitischen Diskussion. Einige Überlegungen aus der Sicht der ziel- und ordnungspolitischen Gesamtbedingungen; in: WSI-M 7/73, S. 271-279, hier S. 272-277, zur Kritik des Monetarismus. Aus den bis jetzt aufgeführten Zitaten zur Einschätzung des Staates geht hervor, daß man implizit nach wie vor an der Vorstellung festhielt, den Staat für die eigenen Ziele in Anspruch nehmen zu können. Allerdings wurde auch dieses Verhältnis ein ganzes Stück entmystifiziert, wenn etwa Kittner schreibt, die von der SPD geführte Regierung könne es sich aus Gründen der Erhaltung ihrer eigenen Massenbasis nicht leisten, rein kapitalorientierte Rechtsregelungen der Tarifpolitik durchzusetzen; Kittner, Aspekte, a.a.O., S. 411/412. Dies ist fast die einzige Stellungnahme der Gewerkschaften während des gesamten Untersuchungszeitraumes, in der explizit diskutiert wird, was es für die eigene Politik bedeutete, daß eine ganz bestimmte Partei - die Sozialdemokratie - die Bundesregierung entscheidend bestimmte.

4.3) Das Ende: Der Absturz in die Krise 1974 - 1976

1) LiZ '78, a.a.O., S. 42, Tab. 3.2; das Bruttosozialprodukt in Preisen von 1970 wuchs 1974 noch um 0,4% und ging 1975 um 1,9% zurück. Für 1976 wurde dann wieder eine Zunahme um immerhin 5,3% erreicht; LiZ '80, a.a.O., S. 34, Tab. 3.2.
2) Der Preisindex für die private Lebenshaltung stieg 1974 um 6,9%, 1975 um 4,6%; LiZ '78, a.a.O., S. 26, Tab. 2.33. Daß dies nur die Spitze eines Eisberges war, zeigen folgende Zahlen: Die Industriepreise stiegen 1974 um 13,4% und 1975 um 4,7%, 1976 um 3,9%; Institut der deutschen Wirtschaft (Hg): Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland. Ausgabe 1979, Köln 1979, Tab. 59, eigene Berechnung. Die Grundstoffpreise entwickelten sich wie folgt: 1974 + 23,5%, 1975 - 0,9%, 1976 + 4,0%; ebenda. Die Preise für Investitionsgüter lagen 1974 um 9,3% höher als im Vorjahr, 1975 waren es noch 7,3%, 1976 dann nurmehr 3,4%; ebenda.
3) LiZ '78, a.a.O., S. 16, Tab. 1.26: Die Arbeitslosenzahlen (Arbeitslosenquote) entwickelten sich folgendermaßen: 1974 582.500 (2,6%), 1975 1.074.200 (4,7%), 1976 1.060.300 (4,6%). Dabei nahm langfristig auch die Dauer der Arbeitslosigkeit zu: Während im September 1973 3,1% der arbeitslosen Männer zwei Jahre und länger ohne Beschäftigung waren, fiel dieser Prozentsatz bis zum September 1974 zunächst auf 1,8%, im September 1975 lag er bei 1,7%, um dann bis zum Mai 1976 auf 4,4%, im September 1976 sogar auf 6,3% hinaufzuschnellen. Quellen: Bundesanstalt für Arbeit (Hg): Die Arbeitslosen Ende September 1973 nach ausgewählten persönlichen Merkmalen; in: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit (ANBA), Nr. 2/74, S. 111-115, hier S. 115; dies.: Strukturanalyse der Arbeitslosen. Ergebnisse der Sonderuntersuchung von Ende September 1974; in: ANBA 1/75, S. 16-85, hier S. 28; dies.: Strukturanalyse der Arbeitslosen. Ergebnisse der Sonderuntersuchung von Ende September 1975; in: ANBA Nr. 1/76, S. 1-132, hier S. 75; dies.: Strukturanalyse der Arbeitslosen von Ende Mai 1976. Sonderdruck aus: ANBA, Nr. 9/76, vom 29. September 1976, S. 895-1001, hier S. 907; dies.: Strukturanalyse der Arbeitslosen und der offenen Stellen. Vorläufige Ergebnisse der Sonderuntersuchung von Ende September 1976. Nürnberg 1976 (Masch. Schr. vervielf.), Übers. 5. Ebenso stiegen die Arbeitslosenzahlen bei bestimmten Problemgruppen besonders hoch und anhaltend, von denen hier ältere Arbeitnehmer und Ausländer im einzelnen genannt werden sollen. Ende Mai 1976 waren 24,1% mehr Deutsche in der Altersgruppe 55 bis unter 60 Jahre ohne Arbeit als zum gleichen Vorjahreszeitpunkt; ANBA 9/76, a.a.O., S. 905, Tab. 14. Die Anteile der arbeitslosen Ausländer gerade in den am leichtesten zu vermittelnden Altersklassen lagen Ende Mai 1976 deutlich über denen der gleichaltrigen Deutschen: Auf die 25- bis unter 30jährigen entfielen bei den Ausländern 20,8%, gegenüber 14,8% bei den Deutschen; für die 30- bis unter 35jährigen lauten die Zahlen 16,9% gegenüber 10,4%; für die 35- bis unter 40jährigen schließlich 15,3% gegenüber 10,9%; ANBA 9/76, a.a.O., S. 905, Tab. 14. Mit anderen Worten: Von den deutschen Lohnabhängigen fanden die älteren Arbeitslosen umso weniger noch eine neue Stelle, je länger die Arbeitslosigkeit insgesamt anhielt; bei den Ausländern wurden bei zunehmender Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt gerade die auf dem Höhepunkt ihrer Leistungsfähigkeit stehenden 25- bis 40jährigen in die Arbeitslosigkeit abgedrängt.
4) Der Anteil der Ausfuhr am Bruttosozialprodukt, der 1973 noch bei 19,4% gelegen hatte, stieg 1974 auf 23,4%, fiel dann wieder auf 21,4% (1975), um 1976 erneut auf 22,8% zu steigen; LiZ '80, a.a.O., S. 63, Tab. 5.22. Der Ausfuhrüberschuß dagegen stieg von 33,0 Mrd. DM (1973)

auf volle 50,8 Mrd. DM (1974), um dann jedoch über 37,3 Mrd. DM (1975) auf 34,5 Mrd. DM (1976) zu fallen; ebenda, S. 63, Tab. 5.23.

5) Wellmann, Burkhard: Zuchtmeister der Nation; in: ag 12/26, 1974, S. 438
6) Husmann, Jürgen: Konjunkturpolitik: Die "Weisen" warnen; in: ag 1/26, 1974, S. 12
7) Eichler, Wolfgang: Im Stil der Macht; in: ag 3/26, 1974, S. 72
8) Ebenda, S. 72
9) Husmann, Jürgen: Lohnpolitik ohne Opfer; in: ag 10/26, 1974, S. 362
10) Ders.: Anspruchsinflation: Staatsfeind Nr. 1; in: ag 12/26, 1974, S. 461-463, hier S. 463.
11) Ders., Lohnpolitik, a.a.O., S. 362; vgl. ebenso ders., Anspruchsinflation, a.a.O., S. 463.
12) Vgl. Gruhler, Wolfram: Preiskontrolle: Prämie für Schlendrian; in: ag 8/26, 1974, S. 307
13) Wellmann, Zuchtmeister, a.a.O., S. 438
14) Ebenda, S. 438; vgl. ebenso Husmann, Lohnpolitik, a.a.O., S. 362.
15) Bretschneider, Joachim: Lohnpolitik: Niedrige Lohndrift! In: ag 1/26, 1974, S. 10/11, hier S. 10/11.
16) Vgl. van Lith, Ulrich: Inflation: Lohnfortzahlung u.a. Ursachen; in: ag 14/26, 1974, S. 524-525.
17) Kador, Fritz-Jürgen: Moderne Personalpolitik: Allwettertauglich; in: ag 6/26, 1974, S. 199.
18) Ebenda, S. 199; Kador weist den Vorwurf der Ausbeutung der unter dem Druck steigender Arbeitslosenzahlen stehenden Lohnabhängigen zurück: "Es kann nun keinem Unternehmer das Recht abgesprochen werden, in Phasen rückläufiger Konjunktur seinen Betrieb nach den Maßstäben strenger Wirtschaftlichkeit zu durchleuchten und unnötige Kosten anzubauen."
19) Ebert, Reinhard: 1974: Das Jahr der Kurzarbeit; in: ag 15/26, 1974, S. 574-576, hier S. 574.
20) Ebenda, S. 574; allerdings diente sie auch noch einigen anderen Zwecken, die genauso deutlich angesprochen wurden, nämlich der "Umstellung auf neue Produkte, Erweiterung oder Einschränkung der Fertigung oder eine(r) betriebliche(n) Umorganisation, z.B. Automation..." Ebenda, S. 576. Vgl. auch ders.: Ausl. Arbeitnehmer: Keine Lückenbüßer; in: ag 5/26, 1974, S. 162-163, hier S. 162.
21) Ebenda, S. 163
22) Posth, Martin/ Haßheider, R.: Auftragsmangel: Ist die Abfindung unsozial? In: ag 23/26, 1974, S. 992.
23) Eichler, Macht, a.a.O., S. 72
24) Heinrichsbauer, Jürgen: Linie '74; in: ag 16/26, 1974, S. 582
25) Ebenda, S. 582
26) Vgl. Tembrink, Heinz: Investitionen im Ausland: Vorreiter ist der Export; in: ag 6/26, 1974, S. 203-204, hier S. 203-204. Tembrink war - angesichts seiner Position nicht verwunderlich - für den BDI tätig.
27) Schleyer, Hanns-Martin: Grundgesetz (25): Ein guter Griff; in: ag 11/26, 1974, S. 402-408, hier S. 406.
28) Sweerts-Sporek, Peter: Konjunktur: Das Vertrauen fehlt; in: ag 15/26, 1974, S. 563-564, hier S. 564. Man beachte die Zuspitzung des Arguments auf die mittelständischen Teile der BDA-Basis!
29) Ebenda, S. 563
30) Erdmann, Ernst-Gerhard: Name zu Recht; in: ag 20/26, 1974, S. 759
31) BDA-JB 1974, S. 1
32) Knevels, Peter: Tarifpolitik: Aspekte zur Halbzeit 1975; in: ag 15-16/27, 1975, S. 592-594, hier S. 592.
33) Ebenda, S. 592
34) Vgl. BDA-JB 1975, S. 21/22 sowie Knevels, Tarifpolitik, a.a.O., S. 592. Daß darin auch eine mögliche Reaktion auf ein gewerkschaftliches Bemühen um einheitliche Vorgehensweisen verborgen sein könnte, belegt der BDA-JB 1974, a.a.O., S. 2, der erstmals erwähnt, die Differenzen zwischen den einzelnen Branchenabschlüssen hätten sich verringert. Vielleicht kann dies als ein Anzeichen für ein partielles Infragestellen des Branchenökonomismus seitens der Gewerkschaften gewertet werden.
35) Schleyer, Hanns-Martin: Löhne/Investitionen: Voller Inflationsausgleich unmöglich; in: ag 20/27, 1975, S. 808-809, hier S. 808; sowie BDA-JB 1975, a.a.O., S. 8; und schließlich Knevels, Tarifpolitik, a.a.O., S. 594.

36) Schleyer, Inflationsausgleich, a.a.O., S. 808; sowie BDA-JB 1975, a.a.O., S. 8
37) Vgl. Gruhler, Wolfram: Wachstum: Es will finanziert sein; in: ag 5/27, 1975, S. 146-148, hier S. 146-148; sowie Brinkmann, Theodor: Wachstum: Der Spielraum wird enger; in: ag 7/27, 1975, S. 216-218, hier S. 216-218.
38) Schleyer, Inflationsausgleich, a.a.O., S. 808; vgl. ebenso Husmann, Jürgen: Lohnpolitik: Ziel Vollbeschäftigung; in: ag 24/27, 1975, S. 1085-1087, hier S. 1087: Die Lohnpolitik müsse ihr Hauptziel nunmehr darin sehen, "die Bedingungen für eine Zunahme des Arbeitsvolumens durch eine dauerhafte Intensivierung der unternehmerischen Investitionsfähigkeit zu verbessern."
39) Vgl. Schleyer, Hanns-Martin: Stopp der Jugendarbeitslosigkeit. Vorschläge der Arbeitgeber; in: ag 3/27, 1975, S. 68-69, hier S. 68-69; Ebert, Reinhard: Arbeitsmarkt: Problem Jugendliche; in: ag 4/27, 1975, S. 105-106, hier S. 105-106; Weber, Rolf: Arbeitsförderungsgesetz: Eher noch größere Lasten; in ag 20/27, 1975, S. 834; Herbst, Karl-Wilhelm: Die Zeiten sind vorbei; in: ag 24/27, 1975, S. 1074.
40) Ebenda, S. 1074; ebenso Weber, Arbeitsförderungsgesetz, a.a.O., S. 834.
41) Schleyer, Jugendarbeitslosigkeit, a.a.O., S. 69
42) Herbst, Zeiten, a.a.O., S. 1074
43) Schleyer, Hanns-Martin: Wir werden es schaffen! In: ag 8/27, 1975, S. 254
44) Vgl. Husmann, Jürgen: Chance, wenn ...; in: ag 4/27, 1975, S. 98; sowie Bretschneider, Joachim: DGB-Kritik an der Bundesbank; in: ag 10/27, 1975, S. 338; und BDA-JB 1975, a.a.O., S. 16.
45) Bretschneider, DGB-Kritik, a.a.O., S. 338. Dies ist die Umkehrung der früheren Kritik, die staatliche Vollbeschäftigungsgarantie habe den Gewerkschaften einen illegitimen Machtvorsprung verschafft; vgl. Husmann, Jürgen: Inflation: Verteilungspolitische Probleme; in: ag 23/27, 1975, S. 1013-1017, hier S. 1014.
46) Vgl. Ponto, Jürgen: Investitionen: Der Schlüssel zum Einbruch; in: ag 13/27, 1975, S. 523-524, hier S. 524; zur erforderlichen "Rücksicht" der Tarifpolitik auf die Exportverluste vgl. Beyfuß, Jörg: Außenhandel: Noch keine rosa Zeiten; in: ag 22/27, 1975, S. 993-995, hier S. 994; zum Legitimationsmuster 'Exporte schaffen Arbeitsplätze' siehe ders.: Außenhandel: Stabilisiert Beschäftigung; in: ag 10/27, 1975, S. 369-372, hier S. 369-371.
47) Wellmann, Burkhard: Stabilität ohne Dynamik; in: ag 18/27, 1975, S. 706
48) Hermani, Ulrich P.: Haushaltsdefizite: Kein wesentlicher Abbau in Sicht; in: ag 15-16/27, 1975, S. 624-627, hier S. 626/627.
49) Ebenda, S. 627
50) Wellmann, Stabilität, a.a.O., S. 706
51) Zur Kritik der Investitionslenkung vgl. Ponto, Investitionen, a.a.O., S. 253; zur Warnung vor der Ausweitung der Mitbestimmung siehe Gruhler, Wachstum, a.a.O., S. 148.
52) Ebenda, S. 148
53) Wellmann, Stabilität, a.a.O., S. 706
54) Ebenda, S. 706
55) Schleyer, Hanns-Martin: Die Rolle der Gewerkschaften. Aus der Sicht der Unternehmer; in: ag 18/28, 1976, S. 740-744, hier S. 740.
56) Brinkmann, Theodor: Investitionsflaute: Bremse für die Produktivität; in: ag 2/28, 1976, S. 85-87, hier S. 85.
57) Vgl. Husmann, Jürgen: DGB: Augenwischerei; in: ag 5/28, 1976, S. 170; Brinkmann, Investitionsflaute, a.a.O., S. 85/86.
58) Ders.: Unternehmenserträge 1974: Drastischer Gewinneinbruch; in: ag 4/28, 1976, S. 143-144, hier S. 144.
59) Vgl. ders.: Der Gewinn: Das unbekannte Wesen; in: ag 8/28, 1976, S. 321-323, hier S. 312-321.
60) Ebenda, S. 323
61) Bretschneider, Joachim: Konjunktur: Weitere Gewinnerholung notwendig, in: ag 21/28, 1976, S. 874-876, hier S. 874.
62) Ebenda, S. 874
63) Vgl. Pückler, Botho Graf: Brutto-Anlagevermögen: Überaltert; in: ag 14/28, 1976, S. 624/625, hier S. 624/625; Gruhler, Wolfram: Eigenkapital: Gefährlich geschrumpft; in: ag 10/28, 1976, S. 430; sowie Brinkmann, Unternehmenserträge, a.a.O., S. 143/144.
64) Wellmann, Burkhard: Kein Grund zum Defaitismus; in: ag 5/28, 1976, S. 134

65) Gruhler, Wolfram: Klein- und Mittelbetriebe: Wichtig: Ausreichende Netto-Rendite; in: ag 19/28, 1976, S. 810
66) Schleyer, Hanns-Martin: Verbandspolitik: Auch Dienst am Staat; in: ag 3/28, 1976, S. 98-99, hier S. 98
67) Husmann, Augenwischerei, a.a.O., S. 170
68) Bretschneider, Konjunktur, a.a.O., S. 874
69) Schleyer, Rolle, a.a.O., S. 740 und S. 744
70) Ders., Verbandspolitik, a.a.O., S. 99
71) Bretschneider, Konjunktur, a.a.O., S. 874
72) Vgl. Anm. 67) und 68); zur Steuerentlastung vgl. Brinkmann, Theodor/ Hof, Bernd: Investitionen: Keine Arbeitsplatz-Vernichter; in: ag 7/28, 1976, S. 296-299, hier S. 296.
73) Vgl. Ebert, Reinhard: Arbeitsplatzstruktur: Investitionsflaute erschwert Wandel; in: ag 3/28, 1976, S. 113-114, hier S. 114, der von der notwendigen Aufgabe der "Eigenzielsetzung der Bildungspolitik" spricht. Siehe auch Klause, Dieter: Weiterbildung für Arbeitslose: Nur bedingt erfolgreich; in: ag 14/28, 1976, S. 626-630, hier S. 628/630, der eine Aufstiegsförderung nur dort als gerechtfertigt ansieht, "wo ein persönliches Qualifikationsinteresse mit einem entsprechenden betrieblichen Bedarf, d.h. mit einer gesicherten beruflichen Verwertbarkeit der höheren Qualifikation zur Deckung gebracht werden kann." In die gleiche Richtung argumentiert auch Herbst, Karl-Wilhelm: Beschäftigungspolitik: Jeder ein Facharbeiter? In: ag 3/28, 1976, S. 110.
74) Lücking, Karl: Arbeitslose: Eingliederungsbeihilfe an Unternehmer; in: ag 20/28, 1976, S. 848-849, hier S. 848/849.
75) Vgl. den Beitrag von Weegemann, Ingeborg: Jugendarbeitslosigkeit: Nach der Schule auf die Straße? In: ag 3/28, 1976, S. 115-116.
76) Beispielsweise bei Gutsch, Hans W.: Freistellungen: Wichtig: Mitarbeiter informieren! In: ag 1/28, 1976, S. 33-34, hier S. 34: "Es kommt darauf an, bei den Mitarbeitern besonders Verständnis für Flexibilität zu wecken, denn Überstunden und Kurzarbeit werden in Zukunft nahe beieinanderliegen."
77) Weber, Rolf: Arbeitslose ... und doch keine Arbeitskräfte; in: ag 18/28, 1976, S. 745-746, hier S. 746: Die Tatsache, daß infolge von Betriebsstillegungen arbeitslos gewordene Arbeitnehmer leichter vermittelbar seien als entlassene Lohnabhängige verweise darauf, "daß sich ein Teil der Arbeitslosen aus solchen Arbeitnehmern rekrutiert, die wegen ihres negativen Leistungsverhaltens von der Entlassung betroffen wurden."
78) Vgl. Mager, Ernst-Günther: Aussperrung: Die Fakten; in: ag 11/28, 1976, S. 499-450, hier S. 449, der feststellt, die Aussperrung dürfe nicht verboten werden: "Die verfassungsrechtliche Garantie der Teilhabe auch der Arbeitgeber an der Tarifautonomie erfordert dieses Kampfmittel." Daß allerdings im Gegensatz zu den Gewerkschaften, die überhaupt erst durch ihren Zusammenschluß und das Streikrecht ein lohnabhängiges Widerstandspotential schaffen können, Arbeitgeber/Unternehmer per se autonome Wirtschaftssubjekte sind, wird hier selbstverständlich nicht erwähnt. Der Beitrag von Knevels, Peter: Tarifpolitik: Problem: Maßregelungsklauseln; in: ag 9/28, 1976, S. 350, dokumentiert das Bemühen um die innere Geschlossenheit der Arbeitgeber gegenüber den Gewerkschaften. Knevels kritisiert den Abschluß des Tarifvertrages, in dem die IG Metall sogenannte Maßregelungsklauseln durchsetzen konnte, d.h., die Sicherung spontan Streikender vor nachträglichen Sanktionen. Nach Knevels' Auffassung führt die Zulassung derartiger Klauseln zu einer "Aufweichung von Arbeitgeber-Positionen in Tarifverhandlungen"; sie sei infolge der dadurch bewirkten "Minderung des Solidaritätsbewußtseins auf Arbeitgeberseite" abzulehnen. Ebenda, S. 350.
79) Himmelreich, Fritz-Heinz: Probleme der Arbeitslosigkeit; in: ag 18/28, 1976, S. 730/731, hier S. 730; und Weber, Rolf: Ausländerbeschäftigung: Realistische Konzeption gesucht; in: ag 3/28, 1976, S. 123-124, hier S. 123.
80) Bretschneider, Joachim: Frühjahrsgutachten: Verteilungskampf vermeiden; in: ag 9/28, 1976, S. 362
81) Schleyer, Hanns-Martin: Neuer Stil; in: ag 2/28, 1976, S. 51
82) Wellmann, Burkhard: Walter-Raymond-Stiftung: Kolloquium: Stabilität hat Vorrang; in: ag 21/28, 1976, S. 877-880, hier S. 877
83) Wellmann, Burghard: Dienstleistungsgesellschaft: Der Traum des Fourastié; in: ag 8/28, 1976, S. 324-326.
84) Hermani, Ulrich P.: Privatisierung: Finanznot zwingt zur Einsicht; in: ag 3/28, 1976, S.

128-130

85) Brinkmann, Investitionsflaute, a.a.O., S. 87

86) Husmann, Augenwischerei, a.a.O., S. 170

87) Vgl. dazu das folgende Kapitel

88) Dieser Indikator ist am wenigsten aussagefähig, da er keine Beschäftigungsstrukturbereinigung aufweist und demzufolge der lohnabhängige Anteil am Volkseinkommen zu hoch angesetzt erscheint.

89) Quelle: LiZ '74, a.a.O., S. 19, Tab. 2.12, für die Jahre zwischen 1966 und 1970; LiZ '78, a.a.O., S. 19, Tab. 2.12, für die Jahre von 1971 bis 1975; und LiZ '80, a.a.O., S. 14, Tab. 2.12, für die Zeit von 1976 bis 1980, 1978 bis 1980 = vorläufige Zahlen. Leider lagen der Verfasserin zum Zeitpunkt des Abschlusses der Arbeit keine Zahlen für 1981 und 1982 vor; da in diesen Jahren jedoch ein erneuter tiefer Absturz in die Krise erfolgte, ist jedenfalls nicht mit einem weiteren Anstieg der Lohnquote zu rechnen. Zum Erfolg der Bremserpolitik auf der staatlichen Ebene siehe das nächste Kapitel.

90) Entfällt

91) Vgl. Pehl, Günther: Überholtes Konzept - politisch unbrauchbarer Rat. Zu den Gutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung; in: GMH 2/74, S. 73-83, hier S. 77/78; Köhler, Claus: Kreditpolitik gerät in das Schlepptau der Banken. Geldstromanalyse Frühjahr 1974; in: WSI-M 6/74, S. 207-213, hier S. 207 und S. 212; Pohl, Rüdiger: Für mehr Liquidität bei den Banken. Geldstromanalyse für den Sommer und Herbst 1974; in: WSI-M 12/74, S. 462-471, hier S. 462/463 und S. 468; und schließlich Pehl, Günther: Ohne staatliche Hilfe keine Konjunkturwende; in: GMH 12/74, S. 733-743.

92) Piecha, Manfred: Die Tarifbewegungen im Jahre 1973; in: WSI-M 3/74, S. 88-95, hier S. 89

93) Ders.: Tarifbewegungen im 1. Halbjahr 1974. Vorläufige Ergebnisse; in: WSI-M 9/74, S. 349-353, hier S. 349

94) Vgl. etwa Pehl, Konzept, a.a.O., S. 81, sowie ders., Hilfe, a.a.O., S. 740.

95) Das Scheitern einer technokratischen Konzeption. Zur Krise der Konjunkturpolitik; in: WSI-M 6/74, S. 194-198, hier S. 197; vgl. auch Piecha, Tarifbewegungen 1973, a.a.O., S. 91/92: "Die ungünstige Reallohnentwicklung bildete zweifellos den Hintergrund für die spontanen Streiks..." Und: "So verständlich die spontanen Aktionen der Belegschaften auch aus gewerkschaftlicher Sicht waren, so wenig konnten sie aber von den Gewerkschaften aus tarifrechtlichen und gewerkschaftspolitischen Gründen unterstützt werden."

96) Scheitern, a.a.O., S. 197

97) Im Gegenteil weist Pehl im Februar 1974 erfreut darauf hin, daß die Bundesrepublik international mit 1% die niedrigste Arbeitslosenquote aufwies; Pehl, Konzept, a.a.O., S. 79.

98) Vgl. Bundesvorstand des DGB: Forderungen des DGB zur Reform des Ausländerrechts. Beschluß vom 6.2.1973; in: GMH 1/74, S. 69-72, zu den in der Tat weitreichenden Forderungen nach rechtlicher und sozialer Verbesserung der Lage der angeworbenen Ausländer; bemerkenswerterweise taucht hier noch das Argument auf, das deutsche Interesse an der Anwerbung gebiete, über das "Prinzip bloßer Duldung" hinauszugehen; ebenda, S. 69. Etwas vorsichtiger wird in dieser Frage schon Richter, Heinz: DGB und Ausländerbeschäftigung; in: GMH 1/74, S. 35-40, der auf die Vereinbarung zwischen DGB und BDA hinweist, im Falle einer Gefährdung von Arbeitsplätzen durch die Ölkrise würden beide Seiten für einen totalen Anwerbestop plädieren; ebenda, S. 39/40. Daß der DGB in diesen Fragen nicht nur humanitäre Positionen zugunsten der Ausländer bezog und Interessenschutz zugunsten deutscher Arbeitsplatzinhaber betrieb, sondern zugleich ganz handfeste Organisationsinteressen verfolgte, belegt folgende Empfehlung: "Der Schulung ausländischer Vertrauensleute ist durch die Gewerkschaften besondere Aufmerksamkeit zuzuwenden. Nur geschulte Vertrauensleute können unter den ausländischen Arbeitnehmern als Multiplikatoren wirken und eine erfolgreiche Mitgliederwerbung durchführen." Bundesvorstand des DGB: Die deutschen Gewerkschaften und die ausländischen Arbeitnehmer. Beschluß vom 2.11.1971; in: GMH 1/74, S. 64-69, hier S. 67. Möglicherweise dokumentiert die Veröffentlichung dieses Beschlusses zu diesem Zeitpunkt die gewerkschaftlichen Erfahrungen aus den spontanen Streiks 1973, bei denen häufig militante Ausländer die Auseinandersetzungen forcierten und teilweise ihre deutschen Kollegen mitrissen, so etwa bei Ford in Köln. Hier mußten die Gewerkschaften stark an einer Kanalisierung und Pazifierung dieses Potentials interessiert sein; beides konnte jedoch nur im Zusammenhang mit seiner wenigstens partiellen Organisierung erfolgen, die zugleich einen Ansatzpunkt zur Bekämpfung der von den Arbeitgebern angeheizten Konkurrenz

zwischen deutschen und ausländischen Lohnabhängigen um die noch verfügbaren Arbeitsplätze bieten konnte.

99) Erstmals werden im dem Beitrag von Glastetter, Werner: Die außenwirtschaftliche Verflechtung der Bundesrepublik Deutschland - Ein Strukturproblem; in: GMH 2/74, S. 114-123, Überlegungen angestellt, wie die außenwirtschaftliche Überschußposition der Bundesrepublik "auf eine Größenordnung reduziert werden kann, die zahlungsbilanzpolitisch vertretbar erscheint"; ebenda S. 121, Hervorh.i.T. Dies geschah auf dem Hintergrund der Auffassung, das Vollbeschäftigungsziel, zu dem der Export lange Zeit erfolgreich beigetragen habe, sei nun erreicht; jetzt gehe es vielmehr darum, eine relative Unterversorgung im Inland sowie negative Verteilungswirkungen durch eine weitere ungebrochene Forcierung des Exportgeschäfts zu verhindern; ebenda, S. 119/120. Gemeint war aber keineswegs, "kurzfristige Exportdrosselungen bzw. Importforcierungen" vorzunehmen, sondern vielmehr eine "Beeinflussung künftiger Investitionsstrukturen"; ebenda, S. 121.

100) Vgl. Piehl, Ernst: Thesen zu einer betriebsnahen Strategie der Gewerkschaften gegenüber den Multinationalen Konzernen (MNK); in: GMH 3/74, S. 163-174, der zur Bildung einer international fundierten und koordinierten "Gegenmacht" der Gewerkschaften gegen die Multinationalen Konzerne aufruft; ebenda, S. 164.

101) Siehe Balduin, Siegfried: Humanisierung der Arbeit als gewerkschaftliche Aufgabe; in: GMH 3/74, S. 175-182, der zu dem Ergebnis kommt, an erster Stelle müsse hier die gewerkschaftliche Tarifpolitik aktiv werden, da der Staat meist nur bereits erkämpfte Resultate nachträglich ratifiziere; ebenda, S. 182. Siehe auch Piecha, Tarifbewegungen 1973, a.a.O., S. 93, der den in diesen Fragen außerordentlich initativ wirkenden Lohnrahmen- und Manteltarifvertrag in der Metallindustrie von Nordwürttemberg und Nordbaden als "Wegweiser in der Tarifpolitik" bezeichnet.

102) Vgl. Scheitern, a.a.O., S. 198

103) Simmert, Diethard B.: Reform der Geldpolitik - Konsequenzen für die Tarifpartner; in: WSI-M 2/74, S. 47-56, hier S. 51-55.

104) Scheitern, a.a.O., S. 198

105) Schunk, Albert: Investitionslenkung und Gewerkschaftspolitik; in: WSI-M 8/74, S. 298-309; mit 'behutsam' ist hier gemeint, daß Schunk für eine Ergänzung, nicht aber für eine alternative Ersetzung der gewerkschaftlichen Mitbestimmungspolitik auf Betriebsebene und in den Tarifauseinandersetzungen plädiert; ebenda, S. 302-304.

106) Schäfer, Claus/ Skiba, Rainer/ Tofaute, Hartmut: Probleme des Öffentlichen Dienstes. Eine Untersuchung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des Deutschen Gewerkschaftsbundes; in: WSI-M 10/74, S. 394-414, hier S. 395.

107) Vgl. Seitenzahl, Rolf: Lohnpolitische Orientierungsdaten der Bundesregierung als Sachproblem und als politisches Beeinflussungsinstrument; in: WSI-M 6/74, S. 213-224, hier bes. S. 223.

108) Scheitern, a.a.O., S. 198

109) Vgl.: Die Arbeitsmarktsituation in der gegenwärtigen Konjunktur; in: WSI-M 9/74, S. 338-340, hier S. 340; Deutscher Gewerkschaftsbund, Bundesvorstand, Abteilung Wirtschaftspolitik: Programm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit. Düsseldorf, 27.11.1974 (Masch.Schr., liegt der Verfasserin als Fotokopie vor); sowie Pehl, Hilfe, a.a.O., S. 733-743; und schließlich Neemann, Georg: Die Aufgaben sind neu, die Ziele sind die alten. Gewerkschaftliche Zielsetzungen in der Wirtschaftspolitik; in: GMH 12/74, S. 729-733, hier S. 729/730.

110) Ebenda, S. 729

111) Vorschläge des DGB für beschäftigungspolitische Sofortmaßnahmen. Dokumentation; in: WSI-M 2/75, S. 99-101, hier S. 99/100; dem stand wiederum die Erkenntnis am Jahresende gegenüber, daß die zunehmende Verschuldung der öffentlichen Hände jedenfalls auf den unteren Ebenen lähmende Ausmaße annahm; vgl. Pehl, Günther: 1975 völlig im Zeichen der Weltrezession; in: GMH 12/75, S. 769-781, hier S. 774.

112) Vorschläge des DGB, a.a.O., S. 100; Leminsky, Gerhard: Schwerpunkte einer arbeitsorientierten Beschäftigungspolitik; in: WSI-M 2/75, S. 54-63, hier S. 59 und S. 61.

113) Kohl, Heribert: Mehr Arbeitsplatzsicherheit durch mehr Bildung? Plädoyer für eine integrierte Arbeitskräfte- und Bildungsplanung; in: WSI-M 2/75, S. 72-81; Wiethold, Franziska: Jugendarbeitslosigkeit - die konjunkturellen und strukturellen Probleme aus gewerkschaftlicher Sicht; in: GMH 9/75, S. 538-550.

114) Seifert, Hartmut: Zu einigen Entwicklungstendenzen auf dem Arbeitsmarkt während der Krise 1974/75; in: WSI-M 12/75, S. 650-655, hier S. 651.
115) Ebenda, S. 654; etwas zurückhaltender, aber in die gleiche Richtung argumentiert Leminsky, a.a.O., S. 60.
116) Seifert, a.a.O., S. 654
117) Vgl. Pohl, Rüdiger: Kreditpolitik für einen Aufschwung. Geldstromanalyse für das vierte Quartal 1974; in: WSI-M 3/75, S. 120-129, hier S. 124; Pehl, Günther: Wirtschaftspolitik zwischen den DGB-Bundeskongressen 1972 und 1975. Weltwirtschaftliche Störungen waren Hauptthemen; in: GMH 4/75, S. 219-230, hier S. 229; Vorschläge des DGB, a.a.O., S. 100.
118) Vgl. Jordan, Reinhard/ Küchle, Hartmut: Strukturveränderungen in der Krise 1974/75; in: WSI-M 12/75, S. 655-662; und Küchle, Hartmut: Zur Preisentwicklung in der Wirtschaftskrise 1974/75; in: WSI-M 12/75, S. 662-668.
119) Pohl, Rüdiger: Geld- und Kreditpolitik: Warten auf den Umschwung. Geldstromanalyse für das erste Quartal 1975; in: WSI-M 6/75, S. 283-293, hier S. 285; ders.: In der stärksten Rezession der Nachkriegszeit. Geldstromanalyse für das zweite Quartal 1975; in: WSI-M 9/75, S. 454-463, hier S. 460.
120) Ders., Geld- und Kreditpolitik, a.a.O., S. 284
121) Pehl, Wirtschaftspolitik, a.a.O., S. 224
122) Ebenda, S. 225
123) Vgl. Piecha, Manfred: Die Tarifbewegungen im Jahre 1974; in: WSI-M 3/75, S. 129-138, hier S. 133; ders.: Die Tarifbewegungen im 1. Halbjahr 1975. Vorläufige Ergebnisse; in: WSI-M 9/75, S. 463-468, hier S. 464; Pehl, Weltrezession, a.a.O., S. 777/778.
124) Pfromm, Hans-Adam: Die Problematik horizontaler Verteilungskonflikte; in: WSI-M 8/75, S. 427-434, bes. S. 433; sowie Pitz, Karl H.: Zahlungsbilanzorientierte Lohnpolitik; in: WSI 8/75, S. 434-440.
125) Pehl, Weltrezession, a.a.O., S. 777
126) Seifert, a.a.O., S. 654
127) Vetter, Heinz Oskar: Gewerkschaftspolitik in schwieriger Zeit; in: GMH 4/75, S. 201-208, hier S. 205.
128) Vgl. Pfeiffer, Alois: Wirtschaftliche Entwicklung und Wirtschaftspolitik; in: GMH 12/75, S. 737-744, hier S. 743, zur Einrichtung von Wirtschafts- und Sozialräten; ebenso Katterle, Siegfried: Ökonomische und politische Aspekte zunehmender Staatstätigkeit. Zur wissenschaftlichen Diskussion und zur politischen Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland; in: WSI-M 5/75, S. 218-226, hier S. 225.
129) Vgl. Pehl, Wirtschaftspolitik, a.a.O., S. 228; siehe auch Breidenstein, Gerhard: Führt "internationale Arbeitsteilung" zu struktureller Arbeitslosigkeit? Zur Problematik von Produktionsverlagerungen aus Industrieländern in Entwicklungsländer; in: GMH 12/75, S. 760-768, hier S. 767; Breidenstein spricht sich zwar sehr für die ökonomische Integration der Entwicklungsländer aus; allerdings nur dann, wenn die daraus im Inland notwendig resultierende Schrumpfung bestimmter Branchen von einer vorausschauenden Strukturpolitik aufgefangen würde.
130) Vetter, Gewerkschaftspolitik, a.a.O., S. 207
131) Seifert, Hartmut: Arbeitslosigkeit und Arbeitsmarktpolitik 1975; in: GMH 1/76, S. 1-9, hier S. 7.
132) Ebenda, S. 8
133) Vgl. Deutscher Gewerkschaftsbund, Abteilung Wirtschaftspolitik: Maßnahmen zur Wiedergewinnung von Vollbeschäftigung. Düsseldorf, 6.4.1976, (Masch.Schr., liegt der Verfasserin in Fotokopie vor), S. 9-12; ders.: Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland. Düsseldorf, 26.11.1976 (Masch.Schr., liegt der Verfasserin als Fotokopie vor), S. 5/6.
134) DGB vom 6.4.1976, a.a.O., S. 3 und S. 11/12.
135) Ders.: Informations- und Unterrichtsmaterialien zur Wirtschaftspolitik, Beschäftigungs- und Wachstumspolitik; vom 12.8.1976. (Liegt der Verfasserin als Fotokopie vor), S. 6/7.
136) Vgl. Ausgewählte DGB-Kongreßanträge (1972 und 1975) zu Grundsatzfragen. Teil I in: GMH 4/76, S. 249-251; Teil II in: GMH 5/76, S. 312-317; sowie Vetter, Heinz Oskar: Für ein neues Grundsatzprogramm des DGB; in: GMH 4/76, S. 194-201.
137) Vgl. Seifert, Arbeitslosigkeit, a.a.O., S. 8/9; und Vietheer, Heinz: Gewerkschaften müssen Motor sein. Zum DGB-Grundsatzprogramm; in: GMH 7/76, S. 412-419, hier S. 418;

sowie schließlich Marth, Karlheinz: Stabilität durch Begrenzung wirtschaftlicher Macht; in: GMH 10/76, S. 587-596, hier S. 595/596.

138) Ebenda, S. 591

139) Ebenda, S. 587

140) Mahlein, Leonhard: Lehren aus einem Arbeitskampf. Konsequenzen für die zukünftige Gewerkschaftspolitik; in: GMH 7/76, S. 396-406, hier S. 400

141) Ebenda, S. 405

142) Ebenda, S. 406

143) Vgl. hierzu ausführlich die Analyse von: Erd, Rainer/ Müller-Jentsch, Walther: Ende der Arbeiteraristokratie? Technologische Veränderungen, Qualifikationsstruktur und Tarifbeziehungen in der Druckindustrie; in: ProKla 35, 9. Jg., 1979, Nr. 2, S. 17-47.

4.4) Zusammenfassung: Die Haltung von BDA und DGB zur Wirtschaftsentwicklung, gegenüber ihrem jeweiligen Kontrahenten, zur Wirtschaftspolitik und zu den Parteien zwischen 1966 und 1976

1) Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung, Bände 1967 bis 1974. Nr. 59, 6.6.1967, S. 508, Konzertierte Aktion (KA) vom 1.6.1967; vgl. ebenso Nr. 32, 9.3.1968, S. 255, KA vom 7.3.1968; sowie Nr. 52, 30.4.1968, S. 421, KA vom 23.4.1968; und Nr. 135, 23.10.1968, S. 1188, KA vom 18.10.1968: Dieses Bulletin verzeichnet allgemeine Einigkeit, "daß in der Bundesrepublik einer Steigerung der Binnennachfrage auch durch angemessene Lohnentwicklung eine wichtige Stabilisierungsfunktion zukomme." Ebenda, S. 1188.

2) In der KA vom 28.2.1969 kam es noch zu der gemeinschaftlichen Feststellung, daß "die Entwicklung des Preisniveaus durch andere Faktoren als durch die Tariflohnpolitik bestimmt worden sei." Nr. 28, 5.3.1969, S. 234. Aber schon im Juni 1969 kritisierten die Gewerkschaften die einseitig binnenwirtschaftliche Orientierung der Konjunkturpolitik (d.h. die unterlassene Aufwertung), während die Unternehmer auf den sich verschärfenden Wettbewerb und die dadurch der Preisentwicklung gesetzten Grenzen verwiesen, sowie auf eine zu erwartende "wachsende Kostenbelastung vor allem im Lohnbereich". Nr. 83, 25.6.1969, KA vom 20.6.1969, S. 715.

3) Nr. 143, 26.11.1969, S. 1224, KA vom 24.11.1969

4) Nr. 7, 16.1.1970, S. 66, KA vom 12.1.1970. Zu dieser Überlegung äußerten die Unternehmer bezüglich der Konjunkturrückwirkungen "Bedenken".

5) Vgl. Nr. 91, 20.6.1972, S. 91, KA vom 16.6.1972; und Nr. 141, 10.10.1972, S. 1707, KA vom 5.10.1972; sowie Nr. 60, 23.5.1973, S. 591, KA vom 18.5.1973.

6) Vgl. etwa Nr. 175, 15.12.1970, S. 1924, KA vom 10.12.1970, bei der die Gewerkschaften für eine baldige Abschaffung und Rückzahlung des Konjunkturzuschlages votierten, während sich die Unternehmer für seine unbedingte Beibehaltung aussprachen. Ein Jahr später betonten sie die Notwendigkeit der Kostenstabilisierung und der Neuordnung der internationalen Währungsbeziehungen für das Umschalten auf einen konjunkturpolitischen Kurs der Nachfragestützung. Dem hielten die Gewerkschaften nun explizit ihr volkswirtschaftliches Verteilungskonzept entgegen, d.h., sie bezogen gegenüber dem 'Sachzwang'-Argument der Kapitalseite hinsichtlich der Kostensteigerungen nun eine klare Interessenposition und verlangten, daß eine derartige konjunkturpolitische Umorientierung nicht von den nächsten Tarifabschlüssen abhängig gemacht werden dürfe; Nr. 187, 16.12.1971, S. 2035f, KA vom 10.12.1971, hier S. 2036.

7) Vgl. etwa Nr. 141, 10.10.1972, S. 1707, KA vom 5.10.1972: Die Unternehmer äußerten ihre Sorge bezüglich der Kosten- und Ertragsentwicklung, während der DGB-Vorsitzende Vetter betonte, das Jahr 1972 werde einen Gewinnanstieg bringen und sich entschieden gegen die von der Gegenseite geforderte Produktivitätsorientierung der Lohnpolitik aussprach. Im September 1973, bei einer der letzten KA-Sitzungen, sahen sich die Gewerkschaften außerstande, der optimistischen Prognose des Bundeswirtschaftsministers schon jetzt zuzustimmen, nach der sich die Unternehmer- und Arbeitnehmereinkommen in diesem Jahr in etwa parallel zueinander entwickelt hätten; vgl. Nr. 120, 28.9.1973, S. 1191, KA vom 25.9.1973.

8) Vgl. Nr. 86, 8.6.1971, S. 915/916, KA vom 4.6.1971, hier S. 916: Beide Verbandsspitzen wollten "in voller Eigenverantwortlichkeit auf Unternehmer und Gewerkschaften einwirken mit dem Ziel, daß alle Beteiligten sich nicht an den Preis- und Einkommenserwartungen des Booms orientieren, sondern an den Notwendigkeiten einer Phase der gesamtwirtschaftlichen Konsoli-

dierung." 1971 stieg der Preisindex für die Lebenshaltung um 5,1% gegenüber dem Vorjahr (1969 + 0,2%, 1970 + 3,2%); der nominale Bruttostundenverdienst der Industriearbeiter nahm im gleichen Jahr um 11,0% zu (1969 + 8,9%, 1970 + 14,8%; real 1969 + 6,7%, 1970 + 11,3%, 1971 + 5,6%); LiZ '74, a.a.O., S. 26, Tab. 2.33.

9) Wohl vor allem aus diesem Grund legten die Gewerkschaften schon im Frühjahr 1971 Wert darauf, sich ihren (tarifpolitischen) Handlungsspielraum zu erhalten; sie "unterstreichen ihre Auffassung, daß weder die Tariflöhne generell noch die Effektivlöhne im Einzelfall durch Orientierungsdaten festgelegt werden können." Nr. 33, 6.3.1971, S. 342, KA vom 4.3.1971.

10) Vgl. hierzu ausführlich Hardes, a.a.O.

11) Vgl. den Schlußteil der vorliegenden Arbeit

5.) Stellungnahmen der Bundestagsparteien CDU/CSU, SPD und FDP zur Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftspolitik 1966 bis 1976

1) Der Analyse liegen die Protokolle von folgenden dreiundzwanzig ausgewählten Sitzungen des Deutschen Bundestages während des Untersuchungszeitraumes zugrunde:

- Zweites Jahresgutachten des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung und Stellungnahme der Bundesregierung zu dem Gutachten (Drucksachen V/123, V/127); 21. Sitzung, 5. Wahlperiode, 16.2.1966. Fortsetzung der Beratung: 22. Sitzung, 17.2.1966; Verhandlungen des Deutschen Bundestages, 5. Wahlperiode 1965, Band 60, Stenographische Berichte, 1. - 24. Sitzung, 1965/66, S. 847 B - 893 D und S. 917 B - 979 C. (Im folgenden wird jeweils nur die Band-Nummer, die Jahreszahl des Bandes und die in ihm abgedruckten Sitzungen angegeben).
- Entwurf eines ... Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Drucksache V/890) - Erste Beratung - in Verbindung mit Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der wirtschaftlichen Stabilität (Drucksache V/890), Erste Beratung; 55. Sitzung, 14.9.1966, S. 2655 C - 2706 D; Fortsetzung der Ersten Beratung: 56. Sitzung, 15.9.1966, S. 2727 A - 2792 C; Band 62, 47. - 77. Sitzung.
- Beratung des Dritten Jahrsgutachtens des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung; die Stellungnahmen der Bundesregierung zum Jahresgutachten 1966 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung sowie des Sondergutachtens über die Wirtschaftslage im Frühjahr 1967 (Drucksachen V/1160, V/1313, V/1588); 106. Sitzung, Bonn, Donnerstag, den 27. April 1967, S. 4976 C - 5000 D sowie Anlagen zum Stenographischen Bericht der 106. Sitzung, Anlagen 2 - 4, S. 5001 D - 5006 B, und Anlagen zum Stenographischen Bericht der 107. Sitzung, Anlagen 2 - 5, S. 5060 A - 5069 B; Band 64, 103. - 120. Sitzung.
- Beratung der von der Bundesregierung vorgelegten Finanzplanung des Bundes 1967 bis 1971 - Drucksache V/2065 - in Verbindung mit der Entschließung des Bundesrates - Drucksache V/2084 - Beratung des von der Bundesregierung vorgelegten Zweiten Programms der Bundesregierung für besondere konjunktur- und strukturpolitische Maßnahmen 1967/68 - Drucksache V/2070 - und der Entschließung des Bundesrates gemäß § 8 Abs. 1 Satz 4 des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. Juni 1967 - Drucksache V/2085 - Erste, zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Umsatzsteuergesetzes (Mehrwertsteuer) - Drucksache V/2086 - Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über Finanzierungshilfen aus Mitteln des ERP-Sondervermögens für Investitionen im Bereich der Gemeinden (ERP-Investitionshilfegesetz) - Drucksache V/2088 - Erste, zweite und dritte Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank - Drucksache V/2089 -; 119. Sitzung, Bonn, Mittwoch, den 6. September 1967, S. 5957 A - 5987 B und S. 6000 C - 6052 D; Band 64, 1967, 103. - 120. Sitzung.
- Beratung des Jahresgutachtens 1967 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Drucksache V/2310) in Verbindung mit Beratung des von der Bundesregierung beschlossenen Jahreswirtschaftsberichts 1968 der Bundesregierung (Drucksache V/2511) und Beratung des Antrags der Fraktion der FDP betr. Konjunkturbelebung durch

steuerliche Anreize für verstärkte private Investitionen (Drucksache V/2471); 156. Sitzung, Bonn, Mittwoch, den 14. Februar 1968, S. 8033 C - 8072 D; Band 66, 1968, 146. - 168. Sitzung.

- Entwurf eines Gesetzes über umsatzsteuerliche Maßnahmen zur außenwirtschaftlichen Absicherung (CDU/CSU, SPD) (Drucksache V/3524), Erste Beratung; 197. Sitzung, Bonn, den 26. November 1968, S. 10615 B - 10642 D; Entwurf eines Gesetzes über umsatzsteuerliche Maßnahmen zur außenwirtschaftlichen Absicherung (CDU/CSU, SPD) (Drucksache V/3524); Mündlicher Bericht des Finanzausschusses (Drucksache V/3557); Bericht des Haushaltsausschusses gem. § 96 GO (Drucksache V/3559), Zweite und Dritte Beratung; 199. Sitzung, Bonn, den 28. November 1968; Band 68, 1968/69, 188. - 211. Sitzung.
- Beratung des Jahresgutachtens 1968 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Drucksache V/3550) in Verbindung mit Beratung des Jahreswirtschaftsberichts 1969 der Bundesregierung (Drucksache V/3786) und mit Beratung der Verordnung über die Bildung von Konjunkturausgleichsrücklagen durch Bund und Länder im Haushaltsjahr 1969 (Drucksache V/4358); 241. Sitzung, Bonn, Donnerstag, den 19. Juni 1969, S. 13412 B - 13449 A; Band 70, 1969, 230. - 247. Sitzung.
- Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung; 5. Sitzung, Bonn, den 28. Oktober 1969, S. 20 A - 34 A; Aussprache über die Erklärung der Bundesregierung, 6. Sitzung, Bonn, den 29. Oktober 1969, S. 37 A - 124 D; Fortsetzung der Aussprache über die Erklärung der Bundesregierung; 7. Sitzung, Bonn, den 30. Oktober 1969, S. 127 A - 241 A; Band 71, 1969/70, 1. - 30. Sitzung.
- Beratung des Jahreswirtschaftsberichts 1970 der Bundesregierung (Drucksache VI/281); 29. Sitzung, Bonn, Dienstag, den 17. Februar 1970, S. 1247 B - 1330 C; Band 71, 1969/70, 1. - 30. Sitzung.
- Große Anfrage der Fraktion der CDU/CSU betr. Wirtschafts- und Konjunkturpolitik (Drucksachen VI/1144, VI/1215); 69. Sitzung, Bonn, Mittwoch, den 7. Oktober 1970, S. 3794 C - 3849 C; Band 73, 1970, 54. - 71. Sitzung.
- Beratung des Jahresgutachtens 1970 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Drucksache VI/1470) in Verbindung mit Beratung des Jahreswirtschaftsberichts 1971 der Bundesregierung (Drucksache VI/ 1760); 95. Sitzung, Bonn, Dienstag, den 2. Februar 1971, S. 5194 B - 5266 D; Band 75, 1971, 95. - 111. Sitzung.
- Große Anfrage der Fraktion der CDU/CSU betr. finanz- und währungspolitische Absichten der Regierung - Drucksachen VI/2205, VI/2326 - in Verbindung mit Beratung des Sondergutachtens "Zur konjunktur- und währungspolitischen Lage im Mai 1971" - Drucksache VI/2230 -; 130. Sitzung, Bonn, Mittwoch, den 23. Juni 1971, S. 7499 C - 7536 C; Band 76, 1971, 112.- 133. Sitzung.
- Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung; 162. Sitzung, Bonn, Mittwoch, den 19. Januar 1972, S. 9347 D - 9372 A; Band 78, 1971/72, 153. - 170. Sitzung.
- Jahresgutachten 1971 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Drucksache VI/2847) in Verbindung mit Jahreswirtschaftsbericht 1972 der Bundesregierung (Drucksache VI/3078); 177. Sitzung, Bonn, Mittwoch, den 15. März 1972, S. 10226 B - 10261 C; und S. 10276 A - 10309 D; Band 79, 1972, 171. - 185. Sitzung.
- Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung; Aussprache über die Erklärung der Bundesregierung; 7. Sitzung, Bonn, Mittwoch, den 24. januar 1973; S. 158 A - 239 D; 9. Sitzung, Bonn, Donnerstag, den 25. Januar 1973, S. 243 A - 336 D; 10. Sitzung, Bonn, Freitag, den 26. Januar 1973, S. 339 A - 380 C; Band 81, 1972/73, 1. - 15. Sitzung.
- Beratung des Jahresgutachtens 1972 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Drucksache 7/2) in Verbindung mit Beratung des Jahreswirtschaftsberichts 1973 der Bundesregierung (Drucksache 7/225); 20. Sitzung, Bonn, Donnerstag, den 15. März 1973, S. 903 A - 941 C und S. 969 A - 1001 D; Band 83, 1973.
- Erklärung der Bundesregierung zu aktuellen Fragen der Wirtschafts- und Energiepolitik; 67. Sitzung, Bonn, Donnerstag, den 29. November 1973, S. 3908 A - 3946 C und S. 3968 D; Band 85, 1973, 62. - 71. Sitzung.
- Beratung des Jahresgutachtens 1973 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (Drucksache 7/1273) in Verbindung mit Beratung des Jahreswirtschaftsberichts 1974 der Bundesregierung (Drucksache 7/1646); 92. Sitzung, Bonn, Freitag, den 29. März 1974, S. 6177 B - 6216 D und 93. Sitzung, Bonn, Dienstag, den 2. April 1974, S. 6233 C - 6277 C; Band 87, 83. - 95. Sitzung.

- Erklärung der Bundesregierung betr. Maßnahmen zur konjunkturellen Situation in Verbindung mit Entwurf eines Gesetzes zur Förderung von Investitionen und Beschäftigung (Antrag der Fraktion der SPD,FDP) - Drucksache 7/2979 - Erste Beratung; in Verbindung mit Entwurf eines Gesetzes über Investitionszuschüsse für gemeinnützige Wohn- und Siedlungsunternehmen (Antrag der Fraktion der SPD, FDP) - Drucksache 7/2981 - Erste Beratung; in Verbindung mit Antrag der Bundesregierung betr. zusätzliche Bundesausgaben zur Förderung der Konjunktur - Drucksache 7/2978; 137. Sitzung, Bonn, Freitag, den 13. Dezember 1974, S. 9420 B - 9466 B; Band 90, 1974, 127. - 139. Sitzung.
- Jahresgutachten 1974 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung - Drucksache 7/2848 - in Verbindung mit Jahreswirtschaftsbericht 1975 der Bundesregierung - Drucksache 7/3197 - in Verbindung mit Antrag der Abg. Stücklen, Dr. Warnke, Dr. Dollinger, Dr. Zimmermann, Höcherl, Dr. h.c. Wagner (Günzburg), Schmidhuber, Ziegler, Spilker, Röhner, Dr. Althammer, Dr. Fuchs, Gierenstein, Dr. Jobst, Dr. Kunz (Weiden), Gerlach (Obernau) und Genossen betr. Änderung des Verteilungsschlüssels der Beschäftigungshilfen - Drucksache 7/3207 - ; 149. Sitzung, Bonn, Donnerstag, den 20. Februar 1975, S. 10276 D - 10320 B und S. 10340 D - 10381 C; Band 91, 1975, 140. - 153. Sitzung.
- Erklärung der Bundesregierung; Aussprache über die Erklärung der Bundesregierung in Verbindung mit Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines Gesetzes über die Feststellung eines Nachtrags zum Bundeshaushalt für das Haushaltsjahr 1975 (Nachtragshaushaltsgesetz 1975) - Drucksache 7/4001 - in Verbindung mit Beratung des Programms zur Stärkung von Bau- und anderen Investitionen - Drucksache 7/4013 - in Verbindung mit Beratung des Sondergutachtens zur konjunkturpolitischen Lage im August 1975 - Drucksache 7/3976 -; 184. Sitzung, Bonn, Mittwoch, den 17. September 1975, S. 12885 A - 12924 C und S. 12946 A - 12997 D, sowie 185. Sitzung, Bonn, Donnerstag, den 18. September 1975, S. 13009 B - 13055 D; Band 94, 1975, 175. - 185. Sitzung.
- Beratung des Jahresgutachtens 1975 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung - Drucksache 7/4326 - in Verbindung mit Beratung des Jahresberichts 1976 der Bundesregierung - Drucksache 7/4677 - in Verbindung mit Beratung des Antrags der Abgeordneten Pieroth, Dr. Burgbacher und der Fraktion der CDU/CSU betr. Förderung der betrieblichen Gewinn- und Kapitalbildung der Arbeitnehmer - Drucksache 7/3664 -; 227. Sitzung, Bonn, Donnerstag, den 11. März 1976, S. 15755 B - 15799 D und S. 15818 A - 15838 D; Band 97, 1976, 220. - 236. Sitzung.
- Abgabe einer Erklärung der Bundesregierung; 5. Sitzung, Bonn, Donnerstag, den 16. Dezember 1976, S. 31 A - 52 D; Fortsetzung der Aussprache über die Erklärung der Bundesregierung; 8. Sitzung, Bonn, Donnerstag, den 20. Januar 1977, S. 232 B - 313 D; Band 100, 1976/77, 1. - 19. Sitzung.

Im folgenden werden jeweils die Namen der Abgeordneten mit dem Datum der jeweiligen Sitzung zitiert.

Es wurde Wert darauf gelegt, möglichst Debatten im Frühjahr und Herbst jedes Jahres zu bearbeiten, um die ökonomischen Veränderungen im Zeitverlauf möglichst weitgehend zu erfassen. Für 1971 standen nur für Februar und Juni geeignete Protokolle zur Verfügung; 1972 fanden nur im Frühjahr relevante Debatten statt (Januar und März), da im Jahresverlauf das Mißtrauensvotum der Opposition und die daraufhin vorgezogenen Bundestagswahlen den gewohnten Arbeitsablauf im Parlament weitgehend lahmlegten. Für 1973 wurden außer dem wirtschaftspolitischen Teil der Regierungserklärung im Januar zwei kleinere Debatten im März und im November ausgewählt, um sowohl zum Neuaufschwung als auch zum Ausbruch der Ölpreiskrise Aussagen verwerten zu können. Schließlich fällt die Debatte zur Regierungserklärung von Bundeskanzler Schmidt nach der Wahl des Jahres 1976 in den Januar 1977; es kann aber kein Zweifel daran bestehen, daß die mit ihr verbundene wirtschaftspolitische Kontroverse sich auf das Ende des Jahres 1976 bezieht und damit noch in den Untersuchungszeitraum fällt.

Neben diesen Debatten wurden - soweit der Verfasserin zugänglich - die Parteitagsprotokolle von SPD und CDU zur Betrachtung herangezogen, um Diskussions- und Konfliktabläufe innerhalb der beiden großen Volksparteien als einen Beitrag zur Selektionsthematik aufzuzeigen. Es ergab sich, daß auf den Parteitagen der CDU im wesentlichen keine wirtschaftspolitischen Themen debattiert wurden, während die SPD mit wachsender Dauer der Regierungsführung und parallel zum steigenden ökonomischen Problemdruck immer häufiger in durchaus umfangreiche

innerparteiliche Auseinandersetzungen geriet, die selbstverständlich auch auf den Parteitagen ihren Niederschlag fanden. Die Auswertung dieser Protokolle fügt sich chronologisch in die Analyse ein; für die CDU wurden innerparteilichen Differenzen, soweit erkennbar, aus den Fraktionsstellungnahmen selbst herauskristallisiert. Das gleiche gilt für die FDP, deren innerparteiliche Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse ohnehin relativ am unkompliziertesten verlaufen sein dürften, infolge der größeren internen Homogenität dieser Partei, verglichen mit den beiden Volksparteien CDU und SPD.
Sicherlich sind die Aussagen von Rednern im Parlament und vor Parteitagen auch von der Umgebung geprägt und von den Ritualen, die bei solchen Diskussionen vorherrschen. Es läßt sich jedoch durchaus inhaltsanalytisch differenzieren zwischen wirtschaftspolitischen Inhalten, die dann mit Stellungnahmen der Verbände in deren eigenen Publikationen vergleichbar werden, und den Gesetzmäßigkeiten politischer Großveranstaltungen und des Wahlzyklus, die die Form der Reden parteispezifisch beeinflussen. Von daher erscheint es gerechtfertigt, dieses Material trotz seiner Unterschiede zu Veröffentlichungen in Verbandszeitschriften zum Vergleich heranzuziehen, zumal es - außer im Falle der SPD - keine andere, vergleichbare breite Quellenbasis zur Ermittlung wirtschaftspolitischer Auffassungen der Parteien gibt.

2) Vgl. oben, Abschnitte 2.3.1) und 2.3.2)

3) Dabei wird im Verlauf der Analyse zu prüfen sein, inwieweit die Parlamentsdebatten mehr Material für ersteren Aspekt, die Parteitagsprotokolle speziell der SPD eher Informationen über letzteren liefern. Gewiß werden in Ermangelung zusätzlicher Unterlagen für die CDU/CSU und die FDP beide Fragestellungen aus dem parlamentarisch bezogenen Untersuchungsmaterial zu beantworten sein; aber möglicherweise kann die Betrachtung wirtschaftspolitischer Parteitagsauseinandersetzungen der SPD genaueren Aufschluß über die Prozesse der Selbstverständigung einer Partei als Partei und über die Erhaltung ihrer Spielräume mehr oder weniger autonomen Handelns geben. Wenn dem so sein sollte, würde das Fehlen derartiger Kontroversen auf den CDU-Parteitagen ein Beleg für die These bedeuten, daß diese Partei, gerade weil sie keine offenen, internen Auseinandersetzungen führt, sich einer Chance der Kontrolle des Verbandseinflusses in ihren eigenen Reihen beraubt; vgl. oben Anm. 1) in diesem Kapitel sowie die Abschnitte 2.3.2) und 3.4.4).

4) Vgl. zur wirtschaftspolitischen Literatur die Anm. 2) zu Beginn des vorangegangenen Kapitels.

5) Insbesondere nach dem Kreuther Trennungsbeschluß der CSU-Fraktion und den von ihm eingeleiteten Auseinandersetzungen der Jahre seit 1976 sollte man im Grunde die Konzeption und Strategien von CDU und CSU getrennt referieren und analysieren. Es dürfte sich dabei wohl rasch zeigen, daß die CSU immer stärker auf eine Rückkehr zu ideenparteilichen Methoden ähnlich der Weimarer DNVP drängte, je krisenhafter der ökonomische Prozeß wurde. Dagegen suchten und suchen starke Kräfte innerhalb der CDU, auf dem Weg der Volkspartei zu bleiben. Die geglückte Selbsternennung des CSU-Vorsitzenden Strauß, dessen Vorstellungen sehr detailliert beschrieben werden, zum Kanzlerkandidaten beider Parteien im Jahre 1979 kann als Indikator dafür gelten, daß inzwischen die ideenparteiliche Tendenz des konservativen politischen Lagers in der Bundesrepublik weit über die Grenzen der CSU hinausreicht. Allerdings zeigt die Tatsache, daß die Union mit diesem Kandidaten die Bundestagswahl 1980 verlor, daß die Aufnahmebereitschaft der Wählerpotentiale für diese Strategie noch begrenzt und noch nicht mehrheitsverschaffend war. Die im Oktober 1982 herbeigeführte 'Wende' zur christlich-liberalen Regierung Kohl/Genscher macht vielmehr deutlich, daß (noch) eher integrative als polarisierende Verhaltensweisen auch innerhalb der Union den parteiinternen Sieg davontragen konnten. Dennoch geht die vorliegende Arbeit von einer einheitlich agierenden Union von CDU und CSU aus, da die Parlamentsdebatten mit gemeinsamen Fraktionsstellungnahmen nicht genügend Material zur Differenzierung bieten und Protokolle der CSU-Parteitage der Verfasserin nicht vorlagen. Allerdings werden sich Unterschiede zwischen den einzelnen Reden nachweisen lassen, die Flügelbildungen innerhalb der CDU/CSU belegen; diese folgten jedoch nicht immer der organisatorischen Grenze zwischen beiden Parteien und unterstützen gerade damit die oben formulierte These, daß ideenparteiliche Strömungen sich nicht auf die kleinere der beiden Schwesterparteien beschränken lassen.

5.1) Vom Scheitern des Ordo-Liberalismus zum folgenreich geglückten keynesianischen Krisenmanagement: Große Koalition, Rezession und Aufschwung (1966 - 1969)

1) Vgl. Huffschmid, Politik des Kapitals, a.a.O.
2) Vgl. Deininger, Werner: Die Stellung der Subventionen in den Wachstumszyklen unter besonderer Berücksichtigung der Wahltermine; in: Gahlen, Bernhard (Hg): Wachstumszyklen und Einkommensverteilung. Tübingen 1974, S. 238-261, hier S. 258, Tab. 4.1.
3) Bis zur Jahresmitte 1967 wurden zwei Eventualhaushalte in Höhe von insgesamt 7,8 Mrd. DM verabschiedet, die insbesondere auf strukturschwache Gebiete und die arbeitsplatzintensive und zugleich höchst konjunkturanfällige Bauindustrie zielten, aber durch die Gewährung 10%iger Sonderabschreibungen generell die Unternehmer zu Neuinvestitionen anreizen sollten. Die Bundesbank unterstützte diesen Kurs durch die Senkung des Diskontsatzes von 5% auf 3% in mehreren Schritten zwischen Januar und Mai 1967.
Sofern nichts anderes angegeben ist, stützt sich die Aufzählung wirtschaftspolitischer Maßnahmen auf den Anhang bei Goldberg/Jung, a.a.O., S. 1+ - 21+ .
4) Am 19.1.1967 beschloß die Bundesregierung Einsparungen von insgesamt 3,6 Mrd. DM durch Kürzung von Ausgaben und den Abbau von Steuervergünstigungen; vgl. Hardes, a.a.O., S. 18.
5) Vgl. dazu unten, Abschnitt 5.1.1), zur Frage eines dritten Programms.
6) Die Bundesregierung beschloß am 18.3.1969, daß die erwarteten Mehreinnahmen des laufenden Haushalts nicht ausgegeben werden sollten, und sie einigte sich gleichzeitig auf eine zusätzliche Verfügungssperre von 1,8 Mrd. DM. Neben diesen und anderen Maßnahmen war es vor allem die Hochzinspolitik der Bundesbank, die die Gelder aus dem Ausland anzog: Von April an erhöhte sie den Diskont- und den Lombardsatz immer wieder, bis sie bei 6% (Diskontsatz, September 1969) bzw. 9% (Lombardsatz, Dezember 1969) lagen.
7) Bundeswirtschaftsminister Schmücker warnte vor der "drohende(n) Gefahr:... einer Stagnation ohne Beendigung des Preisanstiegs", die aus dem Zusammentreffen von Investitionsrückgang und "einer Welle von Lohn- und Arbeitszeitforderungen" entstehen könne; Schmücker, 16.2.1966, 1. Beitrag, S. 849.
8) Balke, 17.2.1966, S. 970. Deutlicher noch wird Pohle, 16.2.1966, S. 875, der die Lohnentwicklung als wichtige Ursache der Preissteigerungen anführt: "Hierbei sind jene Lohnsteigerungen gefährlich, die über das jeweilige Produktivitätswachstum nicht der Globalrechnung, sondern der einzelnen Branche (!) hinausgehen."
9) Vgl. Luda, 17.2.1966, S. 923, sowie Burgbacher, 16.2.1966, S. 858: "Auf jeden Fall ist es notwendig, die Haushalte von Bund, Ländern und Gemeinden der Bruttosozialproduktsentwicklung anzupassen."
10) Die man allerdings nicht dramatisieren solle; vgl. Pohle, 16.2.1966, S. 874, zu der "für meine Begriffe überbetonten Frage des sogenannten Geldwertschwundes". (Soweit nichts anderes vermerkt, Hervorhebungen im Text). Bereits hier wird deutlich, wie sehr die jeweils regierende Partei bemüht war, ökonomische Probleme möglichst zu verharmlosen, um nicht über mißlungene Steuerungsversuche zusätzlich in ernste Legitimationsschwierigkeiten zu geraten.
11) Schmücker, 16.2.1966, 1. Beitrag, S. 849
12) Balke, 17.2.1966, S. 970: Balke spricht sich hier für die Produktivitätsorientierung der Lohnpolitik aus, denn: "Wir wollen hohe Reallöhne, wie kämpfen aber immer wieder im Nominallöhne. Das ist auch ein Unsinn, das liegt auch nicht im Interesse der Arbeitnehmer;" wenn "nicht mehr preisneutral(e)" Lohnforderungen durchgesetzt würden. Noch restriktiver äußerte sich Bundeskanzler Erhard, 17.2.1966, S. 929: "Natürlich, bei Preisstabilität (!) können die Löhne etwa (!) in dem Umfang des erreichten Produktivitätszuwachses steigen."
13) Vgl. Schmücker, 16.2.1966, 1. Beitrag, S. 849, der sich gegen Haushaltskürzungen in Milliardenhöhe ausspricht, weil diese "doch sehr leicht zu einer Bruchlandung führen" könnten. Siehe auch Burgbacher, 16.2.1966, S. 856 und S. 858. Die Aussage des Bundeskanzlers: "Ich bin auch nicht der Meinung, daß man aus Angst vor einer Rezession glaubt, man müsse vorsorglich oder gar unter allen Umständen einen inflationistischen Kurs steuern", zielt zwar sicherlich vor allem auf die SPD-Forderung, keine Deflationspolitik zu treiben. Sie enthält aber auch eine Spitze gegenüber Positionen, wie sie etwa von Schmücker oder Burgbacher vertreten wurden. Diese strebten gesichertes Wachstum auch deshalb an, weil es die Verhältnisse zwischen beiden Tarifparteien problemloser gestaltete, während der Kanzler nach wie vor auf generelle staatliche Zurückhaltung in Fragen der Ökonomie drängte und

Redner wie Balke und Pohle deutlicher die Interessen der Kapitalseite betonten, nicht ohne aber ihre Erfüllung als im gesamtwirtschaftlichen Interesse vernünftig darzustellen. Vgl. Erhard, 17.2.1966, S. 933.

14) Schmücker, 17.2.1966, S. 976. Ähnlich auch Burgbacher, 16.2.1966, S. 857, der "zu maßvollem Verhalten bei Löhnen und Preisen" aufruft.

15) Ebenda, S. 857

16) Balke, 17.2.1966, S. 972

17) Dagegen verwahrte sich aus begreiflichen Gründen der Kanzler energisch; Erhard, 17.2.1966, S. 934. Sein Hinweis ist bezeichnend, daß die Lohn- und Gehaltssumme der Volkswirtschaft insgesamt größer sei als das Volumen aller öffentlichen Haushalte zusammen; ebenda. Hieraus spricht das für die Haltung eines Teiles der CDU/CSU kennzeichnende Bestreben, weniger den Staat für das wirtschaftliche Geschehen verantwortlich zu machen als vielmehr die den ökonomischen Prozeß direkt gestaltenden Tarifparteien.

18) Vgl. Anm. 13) oben.

19) Vgl. Müller, 17.2.1966, S. 944, zur Sozialpartnerschaft; Erhard, 17.2.1966, S. 929, zur Konzertierten Aktion: "Hier sind Probleme angesprochen, die bisher mit Recht als unantastbar gegolten haben, z.B. die Tarifautonomie." Siehe auch Schmücker, 16.2.1966, 1. Beitrag, S. 851, und schließlich ders., 17.2.1966, S. 977.

20) Vgl. Luda, 17.2.1966, S. 921: "Die SPD ist noch immer in der Versuchung gewesen - und sie ist es bis auf den heutigen Tag - verplanen zu wollen, was wir erst in der Zukunft erwirtschaften müssen." Balke, 17.2.1966, S. 972, vertritt die Auffassung, quantifizierte Pläne zum stufenweisen Inflationsabbau umwehe "ein Hauch von Dirigismus": "Wenn der Ausführungszwang sich politisch durchsetzt, soll man dann einen Preis- und Lohnstopp einführen, soll man mit der Tarifautonomie aufhören, oder was soll dann passieren?" In die gleiche Richtung argumentiert schließlich auch Pohle, 16.2.1966, S. 876.

21) Schmücker, 17.2.1966, S. 977

22) Hier sei außer acht gelassen, daß es durchaus Staatseingriffe in die Verbändelandschaft geben könnte, die ganz gezielt gewerkschaftsschädigend ausfallen und deren Unterlassung daher im gewerkschaftlichen Sinne positive Selektion bedeuten würde.

23) Es handelte sich hierbei um den Vorläufer des Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom Juni 1967. Der Änderung des Gesetzestitels sollte die Verschiebung innerparteilicher Kräfteverhältnisse und wirtschaftspolitischer Prioritäten der verschiedenen CDU/CSU-Flügel ebenso entsprechen wie die Hereinnahme der wachstumsorientierten SPD in die Regierung.

24) Dieser Druck wurde sehr deutlich perzipiert; vgl. Barzel, 14.9.1966, S. 2677; Luda, 14.9.1966, S. 2696, sowie Schmücker, 14.9.1966, S. 2664, der das Parlament förmlich beschwört, den Entwurf rasch zu verabschieden, da die Bundesbank erst dann ihren harten Restriktionskurs lockern werde: "Darauf aber wartet die deutsche Wirtschaft." Noch deutlicher wird Strauß, 15.9.1966, S. 2777: "... der Erlaß dieses Gesetzes muß ja deshalb sehr schnell erfolgen, weil die Restriktionsmaßnahmen der Bundesbank schrittweise abgebaut werden müssen, wenn nicht Wachstumsstörungen unserer Wirtschaft auftreten sollen..."

25) Pohle, 15.9.1966, S. 2758

26) Schmücker, 14.9.1966, S. 2660; zu den verminderten Wachstumsaussichten infolge des erreichten Standes der Vollbeschäftigung - hier als "Überbeschäfttigung" apostrophiert - vgl. auch Pohle, 15.9.1966, S. 2760, der hieraus und aus den weltweiten Zahlungsbilanzproblemen Gefahren für die Geldwertstabilität entstehen sieht, sowie Strauß, 15.9.1966, S. 2771. In diesen Argumentationsgängen spiegelt sich die Erkenntnis wider, daß die künftige ökonomische Expansion sowohl durch den gesteigerten internationalen Konkurrenzdruck als auch durch die organisierten Lohnabhängigen im Inland, die jetzt über eine starke Machtposition verfügten, rascher als bisher auf ihre Grenzen stoßen würde.

27) Bundeswirtschaftsminister Schmücker stimmte der SPD nun zu, "daß die Initiative für das Handeln immer bei der Bundesregierung liegen muß; denn die Konjunktursteuerung ist eine politische Aufgabe." Schmücker, 15.9.1966, S. 2787.

28) Vgl. ders., 14.9.1966, S. 2662: "Die Konjunkturpolitik braucht ein Instrument, um das notwendige Wachstum der Investitionen beständiger und stetiger zu machen." Sie wolle aber "auf gar keinen Fall eine Einschränkung der privaten Investitionstätigkeit oder ihres Wachstums" anstreben, denn: "Die Bundesregierung kennt sehr wohl die zentrale Rolle der privaten Investitionstätigkeit für das künftige Wachstum der Wirtschaft."

29) Für Luda, 14.9.1966, S. 2696, handelt es sich bei dem zu verabschiedenden Gesetz um ein "Währungssicherungsgesetz"; Pohle, 15.9.1966, S. 2761, sieht das "Schwergewicht der Stabilisierungs- und Wachstumspolitik in der Herstellung des monetären Gleichgewichts zwischen Angebot und Nachfrage".

30) Strauß, 15.9.1966, S. 2778 f und S. 2771

31) Die Kritik Pohles, 15.9.1966, S. 2761, am Keynesianismus, der das Problem der "autonomen Marktkräfte" ignoriere und daher nicht beliebig von Depressionsphasen auf Zeiten der "Überbeschäftigung" übertragbar sei, zielt in exakt dieselbe Richtung wie die Friedman'sche Vorstellung, über eine knappgehaltene Geld- und Kreditmenge hohe Lohn- und Preissteigerungen mittels der ständigen Drohung mit der 'Alternative' Arbeitslosigkeit zu verhindern. Beide Konzeptionen reflektieren die Macht sozio-ökonomischer Verbände, jede staatliche Maßnahme durch autonome Tarifverhandlungen zu konterkarieren, ebenso wie durch die Preissetzungsautonomie der Unternehmen. Zu sehr ähnlichen Vorstellungen der FDP, vgl. unten, Abschnitt 5.1.3).

32) Vgl. Erhard, 14.9.1966, S. 2656, der "einem ausgewogenen Verhältnis" zwischen öffentlichen und privaten Investitionen das Wort redet: "Der These von einem unaufschiebbaren Nachholbedarf (an öffentlichen Investitionen, C.S.) kann nur eine relative Bedeutung zuerkannt werden; denn was wir nicht erarbeiten, können wir auch nicht ausgeben." Barzel, 14.9.1966, S. 2679, spricht ebenfalls von der notwendigen "Zurückdrängung öffentlicher Ausgaben".

33) Luda, 14.9.1966, S. 2695, und Strauß, 15.9.1966, S. 2775, problematisieren die Forderung der SPD nach lohnpolitischen Orientierungsdaten dahingehend, daß sie angesichts der realen Marktmacht der Tarifparteien wohl kaum durchgreifende Wirkungen zeitigen könnten. Schmücker, 15.9.1966, S. 2788, will die Einkommenspolitik des Staates darauf beschränken, durch die Verstetigung der Investitionszyklität und mittels eines antizyklischen Haushaltsgebarens die Lohnbewegung indirekt in Richtung auf geringere Schwankungen und Ausschläge zu beeinflussen.

34) Ders., 14.9.1966, S. 2660

35) Ebenda,: "Ich bitte jedoch darum, daß man sich dann auch mit einer globalen Auswirkung begnügt und nicht selektive Ergebnisse verlangt." Ebenso spricht sich Luda, 14.9.1966, S. 2689, gegen branchenspezifische Variationen der Abschreibungssätze aus.

36) Vgl. dazu in diesem Abschnitt unten, Anm. 65)

37) Schmücker, 14.9.1966, S. 2660

38) Vgl. ebenda, S. 2664; Schmücker spricht sich hier gegen die Aufnahme von Variationsmöglichkeiten beim Grenzausgleich der Umsatzsteuer in den Katalog konjunkturpolitischer Steuerungsinstrumente aus. Ähnlich auch Luda, 14.9.1966, S. 2694, der zu dem Schluß gelangt: "Was Fleiß und Inteligenz deutscher Arbeiter und Kaufleute auf dem Weltmarkt erreicht haben, ist ein nationaler Besitzstand..." der nicht gefährdet werden dürfe. Schon hier wird die später noch deutlicher zu zeigende Besetzung des Exportgeschäfts mit nationalistischen Ideologemen erkennbar.

39) Vgl. die vorangegangene Anmerkung sowie Burgbacher, 27.4.1967, S. 4993, gegen flexible Wechselkurse; ähnlich auch Schmidhuber, Schriftliche Erklärung zu Punkt 4 der Tagesordnung der 106. Sitzung vom 27.4.1967, Anlage 4, S. 5003, sowie Pohle, Schriftliche Erklärung zu Punkt 4 der Tagesordnung vom 27.4.1967, Anlage 5, S. 5065/66.

40) Der Sachverständigenrat hatte allerdings die Neuorientierung der Wechselkurspolitik auch als Bestandteil einer späteren Doppelstrategie zur Verhinderung einer allzu starken Konjunkturüberhitzung gefordert. Der Rat sprach sich nämlich für weitere Ankurbelungsmaßnahmen aus und verband damit die Vorstellung, durch die Wechselkurspolitik und geeignete lohnpolitische Orientierungsdaten einen überzogenen Boom nach geglücktem Aufschwung vermeiden zu können. Vgl. Luda, Schriftliche Erklärung zum Punkt 4 der Tagesordnung der 106. Sitzung vom 27.4.1967, Anlage 2, S. 5002, der feststellt, daß die Bundesregierung es zu Recht abgelehnt habe, diese beiden Maßnahmen zu ergreifen.

41) Ebenda, S. 5001

42) Ebenda, S. 5002; vgl. auch Burgbacher, 27.4.1967, S. 4994

43) Vgl. Luda, Schriftliche Erklärung zum 27.4.1967, S. 5002; Burgbacher, 27.4.1967, S. 4996; Pohle, Schriftliche Erklärung zum 27.4.1967, S. 5069, sowie nochmals Luda, Schriftliche Erklärung zu Punkt 4 der Tagesordnung vom 27.4.1967, Anlage 2 zum Stenographischen Bericht der 107. Sitzung am 28.4.1967, S. 5060.

44) Ebenda

45) Pohle, Schriftliche Erklärung zum 27.4.1967, S. 5068

46) Ebenda, Burgbacher, 27.4.1967, S. 4995, plädiert dafür, die Lohnpolitik "statt auf die Faktoren einer kurzfristigen Jahresprognose auf einen mehrjährigen Durchschnitt zu beziehen", da dann "im Interesse beider Teile eine wesentliche Stabilität in die Lohn- und Gehaltspolitik" käme. Es ist evident, daß sich derartige Strategien, die die oben vorgetragenen Überlegungen zur angestrebten Kalkulierbarkeit aller die Kapitalverwertung beeinflussender Faktoren für den Lohnsektor voll bestätigen, wenn überhaupt, so nur bei einer schwachen Arbeitsmarktposition der Gewerkschaften durchsetzen ließen. Mithin war auch dem Reformpolitiker Burgbacher, immerhin Initiator eines der bedeutsamsten Konzepte zur Vermögensbildungspolitik, entschieden nichts an einer Stärkung oder auch nur Erhaltung der gewerkschaftlichen Durchsetzungschancen gegenüber der Kapitalseite gelegen.

47) Ebenda, S. 4993; Burgbacher spricht sich dafür aus, öffentliche Defizite nicht zu verteufeln, wenn die zusätzliche Kreditaufnahme "nicht auf Konsumausgaben, sondern auf Investitionsausgaben zurückzuführen ist..." Er kritisiert zugleich das "Märchen" von der notwendigen Koppelung der öffentlichen Haushalte an die Entwicklung des Bruttosozialprodukts; ebenda, S. 4994, und erweist sich damit als dem Keynesianismus gegenüber nicht völlig ablehnend eingestellt. Die Ankurbelung der Konjunktur durch eine Steigerung der öffentlichen Nachfrage hätte selbstverständlich auch arbeitsmarktpolitische Veränderungen nach sich gezogen, so daß wohl zu Recht wieder von zwei unterschiedlichen Auffassungen innerhalb der Partei ausgegangen werden darf, die hier von Pohle und Burgbacher vertreten werden.

48) Pohle, Schriftliche Erklärung zum 27.4.1967, S. 5069

49) Ebenda, S. 5067

50) Luda, Schriftliche Erklärung zum 27.4.1967, S. 5060; Luda läßt sich die Gelegenheit nicht entgehen, dies als "Ergebnis der Stabilitätspolitik von Bundesbank und Bundesregierung in den zurückliegenden ein bis zwei Jahren" (und somit eben nicht des neuen Regierungspartners SPD) zu loben.

51) Pohle, Schriftliche Erklärung zum 27.4.1967, S. 5066

52) Kiesinger, 6.9.1967, S. 5958

53) Strauß, 6.9.1967, S. 5959: "Diese Finanzplanung soll auch dazu dienen, den Unterschied zwischen dem, was sachlich richtig, wirtschaftlich zweckmäßig und finanzpolitisch möglich ist, einerseits und dem, was politisch als möglich anerkannt wird, andererseits zu vermindern." Vgl. auch Burgbacher, 6.9.1967, S. 6011. Wie man an dem Strauß-Zitat erkennen kann, findet sich auch auf der parteipolitischen Ebene die Unterscheidung zwischen rationaler Sachzwangverfolgung und politischer Handlungsautonomie. Bei den Arbeitgebern diente dieses Argument dazu, Gewerkschaften und Staat von bestimmten Tätigkeitsfeldern fernzuhalten. Offenbar akzeptierte auch der wirtschaftspolitisch am handlungsfreudigsten eingestellte Unionsflügel um Strauß diese Aufspaltung, in der man gewiß auch einen Reflex der Ideologie der Trennung von privater ökonomischer und öffentlicher politischer Sphäre sehen kann.

54) Vgl. Kiesinger, 6.9.1867, S. 5958, sowie Strauß, 6.9.1967, S. 5961: Aufgabe der Finanzpolitik sei nicht nur die konjunkturpolitische Steuerung, sondern eben auch die Beschaffung der "für die Erfüllung der unabweisbar notwendigen Aufgaben des Staates erforderlichen Mittel". Noch deutlicher ebenda, S. 5966: "Wir sind verpflichtet, nicht alles, was wir verdienen, für den Konsum unseres Tages auszugeben, sondern den notwendigen Teil davon abzuzweigen, damit die Generation von morgen in der Welt von morgen, unter den Bedingungen von morgen und mit den Möglichkeiten von morgen ebenfalls ihre gesicherte Existenz hat." Selbstverständlich thematisiert der Bundesfinanzminister hier Generationen eines Volkes und nicht etwa bestimmte Sektionen gesellschaftlicher Interessen.

55) Hierzu sind eindeutig Altbundeskanzler Erhard und der Abgeordnete Pohle zu rechnen; vgl. oben, Anm. 31) und 32). Pohle lobt hier denn auch vor allem die "imponierende Zahl" der durchgesetzten Zuwachskürzungen bei den staatlichen Ausgaben; Pohle, 6.9.1967, S. 5981. Die Steuererhöhungen - "Gegenteil einer antizyklischen Politik" - nimmt er nur resignierend in Kauf, ebenda, S. 5984, und dem Konjunkturprogramm stimmt er jedenfalls nicht wegen der Arbeitsmarktlage zu: "... die Arbeitslosenzahl ist mit 370 000 unter 2% - weit unter der magischen Grenze..." Man sieht, daß dieser konservativste Flügel als einziger deutlich aussprach, wie wenig er an einer Stärkung der lohnabhängigen und gewerkschaftlichen Position auf dem Arbeitsmarkt interessiert war. Die Parallele zur diesbezüglichen Auffassung der BDA ist unübersehbar.

56) Wichtigster Repräsentant dieser Linie war der neue Finanzminister Strauß, der schon ein Jahr zuvor mit einer klaren Spitze gegen Ludwig Erhard darauf hingewiesen hatte, daß man angesichts neuer fiskalpolitischer und monetärer Aufgaben und Instrumente "gewisse patriarchalische Vorstellungen über Bord werfen (müsse, C.S.), nämlich die Vorstellung des pater familias: Nicht mehr ausgeben, als man einnimmt." Strauß, 15.9.1966, S. 2777. Seine Aussagen zu den künftigen Verantwortlichkeiten der Haushaltspolitik sind in Anm. 54) ausführlich zitiert worden. Zu den konkret vorgesehenen Maßnahmen äußerte er sich wie folgt: Ausgabenkürzungen seien im Aufschwung nicht mehr durchsetzbar, Kredite seien nur soweit wirtschaftspolitisch nötig und finanzpolitisch vertretbar aufgenommen worden, gegen die "einmal nicht zu vermeidende(n) Steuererhöhungen" solle man keine "übertriebene(n) Argumente" gebrauchen und "mit der Inflation (nicht, C.S.) schon in der Sprache ... beginnen." Strauß, 6.9.1967, S. 5961/62.
Zum Arbeitsmarkt, auch dies eine Form von Selektivität, gab er keine Stellungnahme ab, und als politisches Ziel der Bundesregierung formulierte er: "... die Leistungen, die unmittelbar unsere Zukunft sichern und der Erhaltung und Verbesserung der Leistungsfähigkeit einer modernen produktiven Wirtschaft dienen, in entscheidendem Maße zu verstärken und die Weichen der Finanzpolitik des Bundes in diesem Sinne ein für allemal in diese Richtung zu stellen." Ebenda, S. 5962, Hervorh.d.Verf.

57) Vgl. besonders die Anmerkungen 13), 30) und 47) in diesem Abschnitt. Zwar vertrat auch Burgbacher im September 1967 die Auffassung, "daß die Zahl unserer Arbeitslosen kein Beweis für eine krisenhafte Situation ist"; Burgbacher, 6.9.1867, S. 6012. Aber ebenso lehnt er das Argument einer bei zusätzlichen Ankurbelungsversuchen drohenden Inflation als "völlig absurd" ab; ebenda. Seine auf sozialen Ausgleich gerichtete Haltung wird besonders deutlich, wenn er die "Aufregung" über die beabsichtigte Erhebung einer Ergänzungsabgabe damit abtut, daß sie für die Spitzeneinkommen weniger bedeute als die "vorgesehenen Kürzungen bei den Kinderreichen"; ebenda, S. 6014. Aus solchen Aussagen entsteht der Eindruck, daß es auch dieser Strömung innerhalb der CDU/CSU nicht um eine gezielte Stärkung der lohnabhängigen Stellung ging, sondern eher darum, den ganz offensichtlich einseitig zugunsten der Unternehmer/Arbeitgeber wirkenden selektiven Vorstellungen des rechten Unionsflügels mit einem innerparteilichen Gegengewicht zu konfrontieren, das sowohl den Eindruck der CDU/CSU als Unternehmerpartei in der Öffentlichkeit abmildern als auch dafür sorgen sollte, daß die Union sich nicht völlig ihrer eigenen politisch-staatlichen Handlungs- (und Legitimations-)möglichkeiten beraubte.

58) Strauß, 14.2.1968, S. 8044, plädiert für eine "optimale Relation zwischen Wachstum und Stabilität" und u.a. deshalb gegen größere Neukreditaufnahmen (die im Falle zusätzlicher öffentlicher Nachfragestützung unvermeidlich gewesen wären), "damit nicht dieser leichte Weg des 'easy money' beschritten wird..." Pohle, Schriftliche Erklärung zu Punkt 9 der Tagesordnung, Anlage 3 zum Stenographischen Bericht der 165. Sitzung vom 14.2.1968, S. 8073: Pohle stimmt der Bundesregierung in ihrer Ablehnung der Wachstumsprojektion des Sachverständigenrates von 6,4% zu und stellt fest: "Der vorgeschlagene Senkrechtstart würde nicht nur die Konjunkturausschläge verstärkt haben, sondern er brächte auch unberechenbare Gefahren für die Stabilität." Vgl. ebenso Luda, Schriftliche Erklärung zu Punkt 9 der Tagesordnung vom 14.2.1968, S. 8084.

59) Bei Strauß, 14.2.1968, wird dies nur indirekt thematisiert, indem er die Aussage der Bundesbank zitiert, wonach angesichts der projektierten Arbeitslosenquote von 0,8 - 1% weitere Ankurbelungsmaßnahmen neue konjunkturelle Überhitzungsgefahren mit sich brächten. Deutlicher wird Pohle, Schriftliche Erklärung vom 14.2.1968, S. 8075, der 0,8% Arbeitslose als einen "Zustand" beschreibt, "der wahrscheinlich alle Eigenschaften und Folgen der Überbeschäftigung wieder mit sich bringen wird, wie wir sie aus den zurückliegenden Jahren kennen." Vgl. auch Luda, Schriftliche Erklärung zum 14.2.1968, S. 8085, der die These des Sachverständigenrates vom Ausscheiden von ca. 290.000 Personen aus dem Arbeitsprozeß ohne Arbeitslosenmeldung während der Reszession für überzogen hält. Einerseits sei unklar, wieviele Hausfrauen, die in der Hochkonjunktur eine "Nebenbeschäftigung" annähmen (und deshalb einen idealen Bestand der inoffiziellen industriellen Reservearmee stellen), wirklich aus dem Arbeitsleben ausschieden, und andererseits sei es "fragwürdig", "die zurückgewanderten Gastarbeiter einfach dem heimischen Potential zuzurechnen". In keinem Falle dürften 1,3 Millionen ausländischer Arbeitnehmer in Deutschland "als Normalzustand akzeptiert werden."

60) Strauß, 14.2.1968, S. 8045: Steuersenkungen seien nicht finanzierbar; ebenda, S. 8043/44, polemisiert der Bundesfinanzminister heftig gegen die Antragsbegründung, die erneut Gefahren für die Stabilität gegeben sah, und nur "törichte(s) Gerede von der Inflation" darstelle.

61) Pohle, 14.2.1968, S. 8063: "Die überwiegende Mehrheit meiner Fraktion" folge Strauß.

62) Ders., Schriftliche Erklärung zum 14.2.1968, S. 8077

63) Das Ausmaß der öffentlichen Verschuldung sei angesichts der vorgesehenen Höhe der staatlichen und der Gesamtinvestitionen "als durchaus bescheiden zu bezeichnen." Es gebe "keine mathematische, keine zahlenmäßige Grenze" der Staatsverschuldung, sondern deren möglicher Umfang "ergibt sich aus dem Verhältnis zwischen Sparprozessen, Investitionen und der Steigerung des Bruttosozialprodukts." Burgbacher, 14.2.1968, S. 8065/66.

64) Vgl. Strauß, 14.2.1968, S. 8048-8050; ebenda, S. 8046 sowie Stein, 14.2.1968, S. 8051/52.

65) An dieser Stelle erscheint noch einmal eine Bemerkung zum Problem der sogenannten Strukturkrisen angebracht. 'Strukturkrisen' sind Krisen einzelner Branchen oder ganzer volkswirtschaftlicher Sektoren bzw. geographischer Regionen, in denen - zumeist durch eine Verschärfung des internationalen Wettbewerbs oder infolge nachhaltiger Veränderungen in der Nachfragestruktur - (fast) keine rentable Kapitalverwertung mehr möglich ist. Im Zuge wachsender weltwirtschaftlicher Verflechtung sowie anhaltender binnenwirtschaftlicher Nachfrageveränderungen infolge des steigenden Lebensstandards der Verbraucher geraten immer größere Bereiche in Schwierigkeiten und reagieren darauf in der Regel mit einem Hilferuf an den Staat, dem sich zumeist auch die Gewerkschaften aus Furcht vor der endgültigen Vernichtung zahlloser Arbeitsplätze anschließen.
Wie bereits an anderer Stelle erwähnt, müßte im Grunde vor allem dieses Problem in der vorliegenden Untersuchung ausführlicher betrachtet werden, weil hier Verbände und Parteien den globalen Argumentations- und Handlungsrahmen verlassen und gezwungen sind, sich in konkrete Auseinandersetzungen um qualitativ verschiedene Interessen verwickeln zu lassen. Hier geht es nämlich nicht mehr um die Bereitstellung von Rahmenbedingungen der Waren(re)produktion insgesamt, einschließlich der Ware Arbeitskraft, sondern um den Verkauf ganz bestimmter Gebrauchswerte. Es müßte außerordentlich interessant sein, die dabei auftretenden Selektivitäts- und Legitimationsprobleme zu untersuchen, aus Platz- und Zeitgründen konnte dies jedoch in der vorliegenden Arbeit nicht geleistet werden. Diese Frage taucht lediglich bei der Behandlung der siebziger Jahre nochmals auf, als starke innerparteiliche Kräfte innerhalb der SPD das gesamte wirtschaftspolitische Konzept dieser Partei weg von der Globalsteuerung in Richtung auf eine klar interessenspezifische, selektive Struktur-, Regional- und Investitionspolitik drängen wollten. Vgl. hierzu unten die Abschnitte 5.2.1) und 5.3.1), außerdem die Einleitung der vorliegenden Arbeit und oben die Abschnitte 1.3.3) und 1.4.2).

66) Stein, 14.2.1968, S. 8053; Stein steht der Konzertierten Aktion eher skeptisch gegenüber, die zwar "manches auf einen ... bisher guten Weg gebracht" habe, aber wohl doch "erst am Anfang" ihres Wirkens stehe. Er hält ebenso wie Pohle, Schriftliche Erklärung zum 14.2.1968, S. 8074, die Idee des Sachverständigenrates, einen Rahmenpakt zwischen den Tarifparteien herbeizuführen, für unrealistisch; ebenda, S. 8052.

67) Ebenda, S. 8053. Selbstverständlich werden derartige Stellungnahmen nicht interessenspezifisch, sondern im Gewand ökonomischer Sachzwänge vorgetragen; vgl. Pohle, Schriftliche Erklärung zum 14.2.1968, S. 8076: "Es ist eine unbestreitbare konjunkturpolitische Gesetzmäßigkeit, daß im Konjunkturaufschwung die Unternehmereinkommen den unselbständigen Einkommen vorauseilen." Pohle wird wieder einmal deutlicher als andere Sprecher der Union, die es vorzogen, von Einkommen irgendwelcher Sozialgruppen erst gar nicht zu sprechen, sondern sich stattdessen auf die Kommentierung von 'Investitions- und Konsumsteigerungsprozessen' beschränkten.

68) LiZ 74, a.a.O., S. 19, Tab. 2.1.2)

69) Vgl. Kiesinger, 26.11.1968, S. 10615/616, sowie Strauß, 26.11.1968, S. 10624/625, der sich vor allem mit den Gründen für die Ablehnung der Aufwertung auseinandersetzt. Die Bundesrepublik habe "bewiesen..., daß wir unsere augenblickliche wirtschaftliche Position nicht dazu mißbrauchen wollen, uns unangemessene Vorteile zu verschaffen, sondern daß wir seit Jahren auch als Kreditgeber unsere Bereitschaft bewiesen haben, zur Ordnung der Währung in anderen Ländern beitragen zu wollen." Ebenda, S. 10623.

70) Vgl. Pohle, 26.11.1968, S. 10631, der feststellt, daß "beachtliche Kräfte" in der Unions-

fraktion "sehr starke Bedenken" gegen die Umsatzsteuermanipulation gehegt und diese nur deshalb zurückgestellt hätten, weil der Weg des Nichts-Tun "heute nicht mehr gangbar ist" und die Alternative einer DM-Aufwertung ihnen noch mehr zuwider gewesen wäre. Ähnlich auch Luda, 26.11.1968, S. 10640/641: Die getroffene Maßnahme sei "bedauerlich", müsse aber wegen der sonst drohenden Aufwertung (und da sie immerhin flexibel, d.h. aber: reversibel sei) akzeptiert werden.

71) Kiesinger, 26.11.1968, S. 10616; Strauß, 26.11.1968, S. 10625.
72) Pohle, 26.11.1968, S. 10630
73) Ebenda,: "Wir müssen unseren Beitrag zur Sanierung des Weltwährungssystems leisten. Aber wir dürfen nur solche Maßnahmen beschließen, die unsere Konjunktur nicht gefährden."
74) Mit diesen Argumenten tritt Kiesinger, 26.11.1968, S. 10616, für die - reversible - Umsatzsteueränderung ein.
75) Von diesem Aspekt legt die (offenbar auch innerparteiliche) Kontroverse um die sogenannten Altkontrakte Zeugnis ab. Hierbei ging es um die Frage, ob all jene Verträge aus der neuen Steuerregelung herausgenommen werden sollten, die vor dem Stichtag abgeschlossen, aber erst später abgewickelt werden sollten. Vgl. Schwörer, 26.11.1968, S. 10641/642; Eckhardt, 28.11.1968, S. 10720/721, sowie Strauß, 28.11.1968, S. 10730ff. Strauß dürfte sich dessen sehr wohl bewußt gewesen sein, daß eine förmliche Befreiung der Altkontrakte von der Steuersatzveränderung von Westdeutschlands Partnerländern keinesfalls akzeptiert worden wäre, die ohnehin mit dem Ausmaß des deutschen 'Entgegenkommens' höchst unzufrieden waren. Er plädierte daher für eine Verabschiedung des Gesetzesentwurfes in der vorliegenden Form und beruhigte zugleich seine um die Ertragschancen des Exports besorgten Parteifreunde: "... es lassen sich sehr wohl elastische Formulierungen treffen, mit denen man bei ein bißchen Vertrauen auf die Finanzbehörden Regelungen schafft, durch die im Falle des Gewinnverfalls, der Existenzbedrohung auch Ausnahmen möglich gemacht werden können." Strauß, 26.11.1968, S. 10627.
76) Ebenda, S. 10623: "...nein, wir haben das Weltwährungsgefüge nicht in Unordnung gebracht."
77) Vgl. ebenda sowie Pohle, 26.11.1968, S. 10630
78) Kiesinger, 26.11.1968, S. 10616: "Niemand darf und kann übersehen, daß wir damit unserer Wirtschaft ganz erhebliche Opfer zumuten."
79) Ebenda
80) Vgl. ebenda, sowie Pohle, 26.11.1968, S. 10629
81) Vgl. ebenda, S. 10629/30 sowie Luda, 26.11.1968, S. 10640
82) Ebenda, S. 10641
83) Kiesinger, 26.11.1968, S. 10615/616
84) Burgbacher, 19.6.1969, S. 13422: "Ich meine aber, ein Volk wie das der Bundesrepublik, dessen Lebensstandard vom Export unlösbar abhängt, muß mit diesem Problem (des außenwirtschaftlichen Überschusses, C.S.) leben und kann es nicht durch die Gefährdung der Exporte lösen."
85) Ebenda, S. 13426; Burgbacher verweist hier darauf, daß die Bundesrepublik nach zwei verlorenen Weltkriegen über zu wenig Auslandsvermögen verfügt, verzichtet aber auf jeden Gedanken daran, wie sehr das Streben nach internationaler Wirtschaftsmacht und militärischer Aggression in der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts miteinander verbunden waren.
86) Ebenda, S. 13425/426
87) Ebenda, S. 13425
88) Schmücker, 19.6.1969, S. 13439
89) ebenda, S. 13438; vgl. auch ebenda, S. 13439
90) Burgbacher, 19.6.1969, S. 13425
91) Ebenda, S. 13441: Der Staat sei zur Verhinderung von Arbeitslosigkeit verpflichtet. "Aber wir können dem einzelnen die persönlichen Schwierigkeiten der Anpassung zu erleichtern, jedoch niemals abnehmen." Auch Burgbacher thematisiert das Problem des Strukturwandels in einer Form, die der drohenden Überhitzung nur neue Nahrung bieten konnte. Er verlangt nämlich neben der Förderung strukturschwacher Regionen eine Zulage für Forschungsinvestitionen, die im Interesse der Produktivkraftentwicklung auch dann gewährt werden müsse, wenn sie "nicht in den Konjunkturablauf" passe; ebenda, S. 13424.
92) Ebenda, S. 13426: Vermögenspolitische Maßnahmen "sind sicherlich für den Konjunkturablauf ausgezeichnet; sie geben dem Arbeitnehmer mehr Einkommen, dieses Einkommen wird aber sozusagen konjunkturdämpfend und investitionsfördernd angelegt." Leider habe dies bisher

"eine unheilige Allianz zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden verhindert."

93) Ebenda, S. 13423; vgl. auch Schmücker, 19.6.1969, S. 13441.

94) Vgl. Schiller, 16.2.1966, S. 863; Arndt, 17.2.1966, S. 963, sowie Möller, 17.2.1966, S. 938: "Die Mitwirkung an diesem Reformwerk kann für keine Partei und für keine Fraktion vom parlamentarischen Standort abhängig sein; ob Koalition oder Opposition, es kommt auf das Werk an, es kommt auf das Ziel an." Es ist wohl seit jeher als Charakteristikum der deutschen Sozialdemokratie zu betrachten, daß sie sich stets mehr dem Staat, der 'Sache' verpflichtet fühlte als den Niederungen parteiförmigen Interessengewimmels. Hieran sollte sich jedoch im Verlauf des Untersuchungszeitraums zumindest in einigen Flügeln der Partei einiges ändern.

95) Vgl. Schiller, 17.2.1966, S. 952, sowie ders., 16.2.1966, S. 860

96) Ebenda, S. 861

97) Kurlbaum, 17.2.1966, S. 973, verlangt "eine staatliche, wirksame Wettbewerbspolitik", die dafür zu sorgen habe, "daß Preiserhöhungen, die in besonders lohnintensiven Wirtschaftszweigen mit unterdurchschnittlichem Produktivitätsfortschritt nötig sein können, ausgeglichen werden durch Preissenkungen in den Bereichen mit überdurchschnittlichem Produktivitätszuwachs und überdurchschnittlicher Kapitalintensität." In diesem Zitat wird schon die Bereitschaft der SPD erkennbar, über die globale gesamtwirtschaftliche Ebene hinaus branchenspezifisch differenziert (d.h. aber auch: jeweils bestimmten qualitativen Interessen zur Durchsetzung verhelfend) vorzugehen; gleichzeitig aber auch ihr Aufsitzen auf der unternehmerischen Produktivitätsregel der Lohnpolitik.

98) Leber, 16.2.1966, S. 888, preist die Vermögensbildung als eine Chance an, "den gerechtfertigten Anspruch des Arbeitnehmers an das Wachstum des Sozialprodukts (und, C.S.) unser eigenes Anliegen, etwas für die Sicherheit der Währung zu tun, gleichzeitig genügend Mittel für die Investitionen zur Verfügung zu stellen und damit schließlich eine Reihe anderer öffentlicher Aufgaben zu erfüllen", miteinander in Einklang zu bringen. Wurde oben der CDU-Abgeordnete Balke als BDA-Präsident identifiziert, so ist an dieser Stelle der Hinweis darauf angebracht, daß Georg Leber der damalige Vorsitzende der IG Bau, Steine, Erden war, der sowohl die extrem kooperationsfreudige Politik dieses DGB-Zweiges befördert hatte als auch in Sachen Vermögensbildungspolitik besonders intensiv engagiert war, um bewußt eine Entschärfung des Verteilungskonflikts herbeizuführen.

99) Vgl. Schiller, 16.2.1966, S. 862, sowie Arndt, 17.2.1966, S. 961: "Ich argumentiere hier nicht gegen Ausfuhrüberschüsse. Wir brauchen eine aktivere Außenhandelsbilanz, als wir sie gegenwärtig haben." Aber für Wachstum, Preisstabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht "ist es entscheidend wichtig, in welchem Tempo die deutsche Wirtschaft wieder in einen neuen Ausfuhrüberschuß hineinwächst", damit nicht "eine neue Explosion in unserer Ausfuhr" eine weitere Runde verschärfter Preissteigerungen auslöse.

100) Schiller, 16.2.1966, S. 861; vgl. auch Krips, 17.2.1966, S. 925, die der Bundesregierung vorwirft, ihre noch unterhalb der Projektionen des Sachverständigenrates liegende, für 1966 angestrebte Preissteigerungsrate bedeute ein "bewußtes Einschwenken in Richtung auf eine Deflationspolitik."

101) Leber, 16.2.1966, S. 880: Die Tatsache annähernder Parallelität von Produktivitätswachstum und Tariflohnentwicklung der letzten Jahre sei ein "Beweis dafür, daß auch von den Gewerkschaften der Wille aufgebracht worden ist, de facto und in der Praxis sich an sachlichen Gegebenheiten zu orientieren." Auch hier wird erneut die konfliktvermeidende Haltung des Gewerkschaftsführers Leber greifbar, darüber hinaus ebenso wie schon in dem Zitat des Abgeordneten Kurlbaum (Anm. 97)) jedoch auch die in der SPD offenkundig sehr stark verbreitete Produktivitätsorientierung der Lohnpolitik.

102) Schiller, 16.2.1966, S. 863: "Wir erwarten vielmehr, daß die Unternehmungen in ihrer Preispolitik sich der konzertierten Aktion anschließen. Preispolitische Zurückhaltung ist gerade bei Unternehmern mit Marktmacht und Preisführerschaft erforderlich."

103) Vgl. Leber, 16.2.1966, S. 881 ff, sowie Arndt, 17.2.1966, S. 962, der darauf hinweist, wie glücklich viele Regierungen im Ausland über Gewerkschaften wie die deutschen wären.

104) Schiller, 17.2.1966, S. 948/49

105) Vgl. ders., 16.2.1966, S. 864; Schiller nennt als Folge der Wachstumsprojektion der Bundesregierung, die keinerlei Pressteigerungsraten einrechne, die Gefahr "politische(r) Zechprellerei", wenn die Gewerkschaften nämlich auf dieser Basis Vereinbarungen über Lohnzuwächse abschlössen und es dann doch zu einem weiteren Geldwertverfall käme. "Nie-

mand von uns und niemand von den Gewerkschaften, glaube ich, hat den Wunsch, periodisch zum 'Inflationsdeppen' zu werden; das ist ganz nüchtern nachzufühlen." Ebenda, S. 865. Leber, 16.2.1966, S. 884/885, macht darauf aufmerksam, daß derartige innergewerkschaftliche Probleme "dem Staat einmal gefährlich werden (können, C.S.), wenn er in einer schlimmen Stunde darauf angewiesen ist, daß die Arbeitnehmer auf ihre Gewerkschaften hören."

106) Schiller, 17.2.1966, S. 950; die Bundesregierung hätte zum gegenwärtigen Zeitpunkt unbedingt quantifizierte Zielvorstellungen zur Preisentwicklung vorlegen müssen, "damit nämlich ... die Preiserwartungen der Bevölkerung in einem guten Sinne beeinflußt werden."

107) Vgl. zur Außenwirtschaft besonders den bereits zitierten Beitrag von Arndt, 17.2.1966, S. 960f.; vgl. Anm. 99).

108) Schiller thematisiert z.B. ganz deutlich die für die Gewerkschaften negativen verteilungspolitischen Konsequenzen der Wachstumsprojektion der Bundesregierung; Schiller, 16.2.1966, S. 865.

109) Diese Überzeugung geht u.a. aus dem damals noch völig ungebrochenen Glauben an die "magnetische Kraft von Leitlinien" hervor; Schiller, 16.2.1966, S. 865.

110) Schiller, 14.9.1966, S. 2672/73, fordert die gesetzliche Verpflichtung der Bundesregierung, den Tarifparteien eine "Orientierungs- und Entscheidungshilfe" zu geben. Ders., 15.9.1966, S. 2783: Die SPD habe sowohl in der DGB-Spitze als auch bei fast allen Einzelgewerkschaften "die Bereitschaft festgestellt, diesen Weg einer modernen, orientierenden Einkommenspolitik zu versuchen, wenn Orientierungshilfen - in grober Weise natürlich, nicht en détail - von Staats wegen gegeben werden." Vgl. ebenso Möller, 15.9.1966, S. 2754, sowie Arndt, 14.9.1966, S. 2700.

111) Ders., 2701/02: Arndt konstatiert, daß man angesichts der erreichten Vollbeschäftigung und des gegebenen Auslastungsgrades der Kapazitäten aus Gründen einer binnenwirtschaftlichen Güterversorgung keine beliebig expansive Exportentwicklung hinnehmen dürfe und daher "schon tatsächlich auf die Handelsbedingungen durchgreifen" müsse. Er schließt staatliche Maßnahmen bis hin zu einer gezielten Wechselkurspolitik nicht aus, räumt aber durchaus dabei ein, daß dies den "Warenaustausch beeinträchtigen" werde, was jedoch in "einem derartigen Fall auch gewollt, weil notwendig" sei. Vgl. auch Möller, 15.9.1966, S. 2754, und Schiller, 14.9.1966, S. 2673: Es sei eine "Frage der Ehrlichkeit", ob man so tun wolle, als ob eine nur auf die Inlandsnachfrage zielende Stabilitätspolitik wirklich erfolgreich sein könne.

112) Arndt, 14.9.1966, S. 2699

113) Ebenda, S. 2703/04: Es sei - trotz angespannter Kapitalmarktlage - an der Zeit, die Binnennachfrage durch Expansion der öffentlichen Aufträge zu stabilisieren. "Wann wollen Sie denn dagegen halten? - Wenn die Binnennachfrage völlig im Keller liegt?"

114) Schiller, 14.9.1966, S. 2699: "Solange Sie zur Geldpolitik, die bis jetzt nahezu allein das Feld regiert, nur die Finanzpolitik hinzunehmen und die Außenwirtschaft und die Einkommenspolitik nicht mit einbeziehen, können Sie nicht auf dieses Podium treten und dem deutschen Volk Stabilität und Wachstum verheißen." In puncto finanzpolitisches Instrumentarium war man sich längst mit der Regierungskoalition über die Einführung der Mittelfristigen Finanzplanung einig; Kritik übte die SPD dagegen an der Gleichgültigkeit des Entwurfs gegenüber der mangelhaften finanziellen Ausstattung der Kommunen, die "die Hauptträger der Sozial- und Grundlageninvestitionen sind, von denen nach unserer Auffassung die weitere Entwicklung der Bundesrepublik als Industrie- und Kulturnation maßgeblich abhängen wird." Möller, 15.9.1966, S. 2750/51 sowie S. 2753. Siehe auch Schiller, 15.9.1966, S. 2785.

115) Vgl. z.B. Arndt, 14.9.1966, S. 2704: "Die 3% reales Wachstum, mit denen Sie (die Bundesregierung, C.S.) jetzt herumkrabbeln, schafft die Ostzone allemal; daran denken Sie doch bitte einmal."

116) Neben den genannten wichtigsten Kritikpunkten strebte die SPD vor allem die Bindung der Regierung an eine Anhörung des Sachverständigenrates vor der Feststellung eines wirtschaftlichen Ungleichgewichts, die Errichtung eines Konjunkturrates zur Koordination des wirtschaftlichen Handelns von Bund, Ländern und Gemeinden sowie eine Verstärkung der parlamentarischen Kontrolle über die getroffenen Regierungsmaßnahmen an; Schiller, 14.9.1966, S. 2672/73, sowie Möller, 15.9.1966, S. 2754. Aus diesen Forderungen geht sowohl der sozialdemokratische Glaube an die positive Wirkung institutionalisierter wissenschaftlicher Beratung auf das regierungsamtliche Handeln hervor, als auch das

Bemühen, gegebenenfalls aus der Opposition im Parlament heraus bzw. als Trägerin diverser Landesregierungen Einfluß auf die Wirtschaftssteuerung nehmen zu können.

117) Vgl. Schiller, 14.9.1966, S. 2674; zum Staatsvertragskonzept siehe auch Jahn, 15.9.1966, S. 2730-2733. Hermsdorf, 14.9.1966, S. 2684, stellt die günstige Verhandlungsposition der SPD nicht ohne Genugtuung fest: "Ein solches Gesetz verlangt also eine entsprechende Behandlung des Partners, dessen Zustimmung man braucht, und eine sachliche Information."

118) Arndt, 14.9.1966, S. 2700

119) Schiller, 27.4.1967, S. 4981: "... alle Lohnabschlüsse liegen bewiesenermaßen im Rahmen der gemeinsam in der konzertierten Aktion erarbeiteten Orientierungsdaten". Vgl. auch ebenda, S. 4982, zur 'Zweiten Phase' der Konzertierten Aktion.

120) Vgl. ebenda, S. 4983, sowie Porzner, 27.4.1967, S. 4999, zur Preisentwicklung. Schiller, 27.4.1967, S. 4983, bescheinigt der Außenwirtschaft, sie biete derzeit "keinen Anlaß für eine aktuelle Sorge", verweist aber mahnend auf die Gefahr künftiger neuer weltwirtschaftlicher Ungleichgewichte, die der Bundesrepublik zur Last gelegt werden könnten; ebenda, S. 4979/80.

121) Schiller, 27.4.1967, S. 4979

122) Porzner, 27.4.1967, S. 4999

123) Ebenda, S. 4999

124) Ebenda, S. 4997, sowie Schiller, 27.4.1967, S. 4977

125) Ebenda, S. 4979, sowie Porzner, 27.4.1967, S. 4998

126) Schiller, 27.4.1967, S. 4984

127) Ebenda, S. 4980, sowie Porzner, 27.4.1967, S. 4998

128) Schiller, 27.4.1967, S. 4984

129) Dies wurde auch schon im Zusammenhang mit der Diskussion des Stabilitätsgesetzentwurfes so formuliert. Vgl. Schiller, 15.9.1966, S. 2785, der sich hier nämlich entschieden gegen eine rein konjunkturdämpfende Wirkung des geplanten Gesetzes ausspricht. Es gebe "erst dann ein wirklich gutes Gesetz ..., wenn es nicht nur dazu dient, die jeweilige Konjunktur herauf- oder herunterzustabilisieren, sondern wenn es auch dazu dient, ein stetiges und angemessenes Wachstum mit einer optimalen Wachstumsrate zu sichern."

130) Schiller, 6.9.1967, 1. Beitrag, S. 5967; Schiller bezeichnet 360.000 Arbeitslose als "Herausforderung für uns alle in diesem Hause". Vgl. auch seinen 2. Beitrag am selben Tag, S. 6042/43, sowie Schmidt, 6.9.1967, S. 6047, der - wenn auch verschlüsselt - den eher restriktiv eingestellten Strömungen innerhalb der CDU/CSU vorwirft, sie hätten "doch nicht ganz genug Gefühl z.B. für (ihre, C.S.) soziale Verantwortung gegenüber 360.000 Arbeitslosen oder anderen, die es noch werden könnten."

131) Vgl. Hermsdorf, 6.9.1967, S. 6003: Niemand im Parlament sei "glücklich" über die in der mehrjährigen Finanzplanung vorgesehenen Steuererhöhungen, aber die haushaltspolitische Konsolidierung sei aus konjunkturellen Gründen, wegen des erforderlichen deficit spending und aufgrund von "Auflagen durch die Bundesbank" unvermeidlich geworden. Dabei betrachtete die SPD die geplante Ergänzungsabgabe als einen "absolut notwendigen Schritt, diesen Schichten der Bevölkerung klarzumachen, daß wir in dieser Zeit auch von ihnen ein größeres Opfer verlangen müssen." Ebenda, S. 6005. Es ist in gewisser Weise schon beeindruckend, wie hier in einem Satz interessenspezifische Standpunkte - die Belastung höherer Einkommen - formuliert und durch die Bezeichnung als 'Opfer' zugleich in einem quasi gesamtgesellschaftlichen 'Leidenszusammenhang' wieder aufgehoben werden. Vgl. auch Schmidt, 6.9.1967, S. 6047: Finanzpolitische Klarheit habe man aus Verantwortung gegenüber Unternehmern, Arbeitnehmern, Konsumenten und Sparern schaffen müssen.

132) Vgl. z.B. Schiller, 6.9.1967, 1. Beitrag, S. 5967: Um den "notwendigerweise kontraktiven Maßnahmen" im Finanzplan bis 1971 zu begegnen, sei ein zweites Konjunkturprogramm unerläßlich gewesen.

133) Ebenda, S. 5967: "Wir haben vielmehr die Pflicht und die Möglichkeit, die Produktionsreserven in unserer Volkswirtschaft zu nutzen und dem wirtschaftlichen und technologischen Fortschritt neue Antriebe zu geben."

134) Ebenda, S. 5972: "Unsere eigene europäische und internationale Verantwortung verlangt auch deshalb eine rasche Überwindung der Stagnation", weil die Weltwirtschaft nur dann stabil bleiben könne, wenn besonders die Industrienationen ihre internen konjunkturellen und finanziellen Probleme möglichst rasch abbauten.

135) Ebenda, S. 5970: Kredite seien billiger als eine Rezession; hätte "sich diese Erkenntnis

schon im Herbst des alten Jahres durchgesetzt, dann wäre die Rezession sicherlich geringer gewesen und übrigens auch der Zwang zur öffentlichen Verschuldung geringer geworden."

136) Junghans, 6.9.1967, 1. Beitrag, S. 6017: "Wir wissen, daß in der Wirtschaft strukturelle Veränderungen unvermeidlich sein werden, und wir wollen der Wirtschaft bei diesen strukturellen Veränderungen durch ein wirtschaftliches Wachstum helfen. Wir wissen, daß in Zukunft soziale Investitionen mehr denn je, mehr als heute notwendig sein werden." Vgl. auch ders., 2. Beitrag, 6.9.1967, S. 6044. Auch Schiller begrüßt die Gelegenheit zur Steigerung öffentlicher Investitionen, die doch wieder "zurücktreten müssen", wenn "wir erst wieder dämpfen oder bremsen müssen ..." Schiller, 6.9.1967, 1. Beitrag, S. 5971.

137) Ebenda, S. 5971

138) Schiller, 6.9.1967, 2. Beitrag, S. 6043. Zwar formuliert Schiller hier die Wachstumsprämisse nicht explizit, aber das in Anm. 133) angeführte Zitat sowie die an gleicher Fundstelle vorgetragene Auffassung, die Bundesrepublik könne sich ungenutzte Kapazitäten und Arbeitskräfte ökonomisch nicht leisten, erlauben diesen Schluß wohl dennoch. Vgl. auch Schiller, 6.9.1967, 1. Beitrag, S. 5972.

139) Mit Ausnahme der Bemerkung von Hermsdorf, 6.9.1967, S. 6003, die finanzpolitische Misere sei "durch die absolute Tatenlosigkeit der vorausgegangenen Regierung heraufbeschworen worden ..."

140) Schiller, 6.9.1967, 1. Beitrag, S. 5969, lobt die Zustimmung sowohl des damaligen BDI-Präsidenten als auch des Vorsitzenden der "größten deutschen Gewerkschaft" zum zweiten Konjunkturprogramm als "einen gesellschaftspolitischen Gewinn erster Ordnung". Derzeit gebe es ein "Dreierbündnis zwischen Staat, Unternehmerschaft und Arbeitnehmern", das u.a. von der Konzertierten Aktion bewirkt worden sei. Diese wiederum habe - besonders im kommenden Aufschwung - eine "Bewährungsprobe für die mündige Gesellschaft" zu bestehen. Ebenda, S. 5970.

141) Sicherlich stellten die spontanen Streiks von 1969 zunächst in erster Linie ein ernstes Problem für die Gewerkschaften und weniger für die SPD dar. Aber ihre Folge, die verstärkte Konfliktorientierung der DGB-Gewerkschaften, erschwerte die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik ab 1969/70, wie noch ausführlich zu zeigen sein wird, ganz enorm.

142) Vgl. dazu theoretisch oben, Abschnitte 2.2.2) und 2.2.3)

143) Außerordentlicher Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 16. bis 18. April 1969 in der Stadthalle zu Bad Godesberg. Protokoll der Verhandlungen, Anträge. Hrsg. vom Vorstand der SPD, Bonn, o.J., S. 121.

144) Ebenda, S. 128

145) Schiller, 14.2.1968, 1. Beitrag, S. 8040: "Die Konjunkturwende ist anerkanntermaßen im letzten Jahr eingetreten."

146) Ebenda, S. 8034. Vgl. auch Ravens, 14.2.1968, S. 8055: Die Rezession sei überwunden worden durch "eine rationale Wirtschaftspolitik der Fakten und der Zahlen, für die ein sozialdemokratischer Wirtschaftsminister die Verantwortung übernommen hat."

147) Schiller, 14.2.1968, 1. Beitrag, S. 8035/36: "Die Vorstellung, es könnte jemals eine vollkommene Übereinstimmung der Einzelinteressen geben, ist sicherlich eine Utopie, und dazu noch nicht einmal eine besonders schöne." Aber es gab dennoch die "erfreulichen Erfahrungen des letzten Jahres, daß die Felder für soziale Konflikte durch rationale Information praktisch durchaus erkennbar und damit eingrenzbar wurden." Die Konzertierte Aktion sei eine "flexible Methode", um den gesellschaftlichen Gruppen "Mitwirkung an der Vorbereitung der Wirtschaftspolitik zu ermöglichen." Die letzte politische Entscheidung liege bei Parlament und Regierung, aber: "Wer ohne diese Gruppen Politik treiben will, ..., der scheitert in seiner Politik."

148) Die Bundesregierung habe die Idee des Sachverständigenrates für einen "Rahmenpakt für Expansion und Stabilität" nicht voll übernommen, weil sie "von den ökonomischen und sozialen Gegebenheiten ausgehen" müsse. Diesbezügliche Stellungnahmen der sozialen Verbände hätten gezeigt, daß das Konzept des Rates "zu hohe Anforderungen an die gesellschaftlichen Kräfte stellt." Ebenda, S. 8035.

149) Ebenda, S. 8038. Mit diesem letzten Satz bestätigt Schiller implizit die oben vorgetragenen Überlegungen zur Kalkulierbarkeit der Lohnbewegung; vgl. Kapitel 1.), Abschnitt 1.4.2) sowie Kapitel 2.), Abschnitt 2.3.2).

150) Lenders, 14.2.1968, S. 8066; vgl. auch Krips, Schriftliche Erklärung zu Punkt 9 der Tagesordnung, Anlage 4 zum Stenographischen Bericht der 156. Sitzung vom 14.2.1968, S.

8077.

151) Ravens, 14.2.1968, S. 8055

152) Lenders, 14.2.1968, S. 8067

153) Zur Kritik fehlender zusätzlicher Belebungsmaßnahmen, vgl. Krips, 14.2.1968, S. 8064; modifizierend dagegen Schiller, 14.2.1968, 1. Beitrag, S. 8037/38.

154) Zur Frage, ob und in welchem Ausmaß 1968 eine konzentrationshemmende Wettbewerbspolitik durchzuführen sei, vgl. Ravens, 14.2.1968, S. 8058; vorsichtiger dagegen Schiller, 14.2.1968, 2. Beitrag, S. 8070.

155) Die gesellschaftlichen Gruppen wurden genau einmal vom Wirtschaftsminister erwähnt, nämlich als er sich für ihr "ausgewogene(s) Urteil" über die außenwirtschaftlichen Maßnahmen der Bundesregierung bedankte; Schiller, 26.11.1968, 1. Beitrag, S. 10621.

156) Ders., 26.11.1968, 1. Beitrag, S. 10618; ebenso Möller, 26.11.1968, S. 10636: Eine DM-Aufwertung hätte "eine dauerhafte Verschlechterung unserer Wettbewerbsposition auf dem Weltmarkt hervorgerufen."

157) Ebenda, S. 10635. Möller scheut sich nicht, die westdeutsche Exportposition als materielle Leistung für die Lohnabhängigen der wichtigsten (defizitären) Handelspartner der Bundesrepublik darzustellen: "Tatsächlich muß man immer wieder daran erinnern, daß die bei uns in der Vergangenheit erreichte Preisstabilität, die zu den Exporterfolgen unserer Wirtschaft wesentlich beigetragen hat und nicht zuletzt durch Lohnverzichte der Arbeitnehmer bezahlt wurde, dem französischen, dem englischen und dem amerikanischen Arbeiter einen Teil seines Lebensstandards mitfinanziert hat." Ebenda, S. 10634. In dieser Denkweise wäre mithin die deutsche Exportoffensive als Beitrag zur internationalen Solidarität der Lohnabhängigen zu begreifen. Vgl. auch Schiller, 26.11.1968, 1. Beitrag, S. 10618 und S. 10620.

158) Möller, 26.11.1968, S. 10636

159) Ebenda, S. 10637

160) Ebenda, S. 10635; siehe auch Schiller, 26.11.1968, 1. Beitrag, S. 10612; die Steuersatzvariation sei "keine deutsche Vorleistung" gewesen.

161) Möller, 26.11.1968, S. 10633

162) Schiller, 26.11.1968, 1. Beitrag, S. 10620: "... das hätte bedeutet, daß wir die Schicksalssymphonie der vollen Anpassungsinflation intoniert hätten." D.h., daß die deutsche Exportwirtschaft ihren internationalen Preisvorsprung eingebüßt hätte, woran auch der SPD keinesfalls gelegen war. Vgl. ebenso Möller, 26.11.1968, S. 10635.

163) Schiller, 26.11.1968, 2. Beitrag, S. 10738; Möller, 26.11.1968, S. 10637, lehnt jede Ausnahmeregelung zugunsten der Altkontrakte ab, konzediert allerdings für die Landwirtschaft Sonderbedingungen, ebenda, S. 10635. Schiller revidiert im Grunde seine Ablehnung protektionistischer Eingriffe ebenfalls, wenn er die Hoffnung äußert, aus der zu erwartenden Stärkung der Binnennachfrage würden steuerliche Mittel entstehen, die zur Finanzierung "binnenwirtschaftliche(r) Übergangshilfen für besonders betroffene Wirtschaftszweige" dienen könnten; Schiller, 26.11.1968, 1. Beitrag, S. 10621.

164) Möller, 26.11.1968, S. 10633; ebenso Schiller, 26.11.1968, 1. Beitrag, S. 10617.

165) Ebenda: "Eine binnenwirtschaftliche Bremsaktion wäre völlig verfehlt, denn es besteht keine inländische Übernachfrage." Möller, 26.11.1968, S. 10637, konstatiert, daß die Bundesbank durch die getroffenen Maßnahmen "nunmehr in der Lage (ist, C.S.), an ihrer Politik des billigen Geldes festzuhalten, was im Interesse der Kapitalexporte notwendig ist." Aber - soviel muß festgehalten werden - was auch binnenwirtschaftlich nicht ohne Folgen bleiben konnte.

166) Schiller, 19.6.1969, 1. Beitrag, S. 13412: Der ökonomische Erfolg war "nicht das Kind einer bloßen Konjunkturautomatik, er ist das Ergebnis neuer Energien der Unternehmer und der Arbeitnehmer, das Ergebnis neuer politischer Programme, neuer wirtschaftlicher und politischer Kräfte, das Ergebnis eines neuen Zusammenwirkens der Politik mit den autonomen Kräften und den spontanen Kräften des Marktes." Mit einem hatte er jedenfalls ganz sicher nichts zu tun: mit irgendwelchen gesellschaftlichen Interessen! Vgl. auch Ravens, Schriftliche Erklärung zu Punkt 34 der Tagesordnung, Anlage 4 zum Stenographischen Bericht der 241. Sitzung vom 19.6.1969, S. 13474.

167) Ebenda, S. 13477: Die Konzertierte Aktion sei "Government by discussion. Die Konzertierte Aktion ist der große Versuch, in unserer pluralistischen Gesellschaft die Spannung zwischen Regierungsverantwortung und autonomen Interessen rational zu lösen." Vgl. auch

Schiller, 19.6.1969, 2. Beitrag, S. 13443, zum Vorwurf (den er selbstverständlich zurückweist), das Parlament werde durch Vorwegabsprachen der großen Gruppen untereinander und mit der Exekutive entmachtet.

168) Schiller, 19.6.1969, 1. Beitrag, S. 13413

169) Ebenda, S. 13426: Aufgrund der steigenden Lohndrift gingen die Gewerkschaften "sozusagen mit zurückversetzten Startlöchern in die kommenden Tarifverhandlungen. Um möglichst unerwünschte konjunkturelle Auswirkungen der Lohnentwicklung auszuschließen, sollten - das ist eine partielle Empfehlung, die ich hier gebe - die Tarifvertragsparteien prüfen, inwieweit sie in Zukunft einen Teil der Lohnerhöhungen in Form von vermögenswirksamen Leistungen vereinbaren können."

170) Vgl. ebenda, S. 13414; ebenso Ravens, Schriftliche Erklärung zum 19.6.1969, S. 13476.

171) Schiller, 19.6.1969, 1. Beitrag, S. 13413.

172) Ebenda, S. 13416 ff zur Kritik des allzu starren Weltwährungssystems von Bretton Woods, das zugunsten elastischerer, keinesfalls aber inflationsfördernder Integrationsmaßnahmen zwischen den unterschiedlich starken nationalen Volkswirtschaften überwunden werden müsse.

173) Vgl. ebenda, S. 13414

174) Möller, 19.6.1969, S. 13429/430

175) Vgl. Ravens, Schriftliche Erklärung zum 19.6.1969, S. 13476

176) Schiller, 19.6.1969, 1. Beitrag, S. 13416

177) Der Einsatz steuerpolitischer Disziplinierungsmittel für den Fall unerwünschter tarifpolitischer Abschlüsse war derzeit noch nicht aktuell; vgl. Schiller, 19.6.1969, 2. Beitrag, S. 13444: Eine 10%ige Anhebung der Einkommens- und Lohnsteuersätze sei "die ultima ratio, an die heute niemand denkt." Man konnte aber immerhin schon einmal damit drohen.

178) Und seien sie auch erzwungen worden wie im Falle der spontanen Streiks im Herbst 1969, die erst den Auslöser für die künftig verstärkt konfliktorische Politik der DGB-Gewerkschaften bildeten.

179) Starke, 16.2.1966, S. 869: Es bleibe "wie bisher die wichtigste Aufgabe, die Geldwertstabilität zu sichern." Dabei vertritt Starke hier die Auffassung, daß dies keineswegs nur im Interesse einzelner sozialer Schichten liege. Es sei schließlich bekannt, "daß die Stabilität von Währung und Wirtschaft und dadurch die Erhaltung des Geldwertes und der Arbeitsplätze auf lange Sicht im Interesse der breiten Schichten unseres Volkes gerade in unserer Situation vordringlich sind."

180) Menne, 16.2.1966, S. 892. Auch bei diesem Abgeordneten liegt der klassische Fall der personellen Verknüpfung von Verbände- und Parteiensystem vor: Menne war gleichzeitig stellvertretender Vorsitzender des BDI.

181) Starke, 16.2.1966, S. 869, und Menne, 16.2.1966, S. 891, sprechen von der Produktivitätsbindung der Löhne; Dahlgrün, 17.2.1966, S. 947, wehrt sich gegen die Antizipation von Inflationsraten in den Tarifverhandlungen. Dem Staat müsse dieses Verfahren allerdings bei der Steuerschätzung konzediert werden, nicht aber dem Lohnempfänger, denn der "hat das, was er in seinem Lohn- oder Gehaltszeitraum bekommt, auf der Hand." In diesen Formulierungen des damaligen Finanzministers spiegelte sich bereits die Erfahrung - die in den kommenden Jahren bitter bestätigt werden sollte -, daß der Staat als nicht primär an der gesellschaftlichen Produktion Beteiligter durch die Inflation schneller geschädigt wird als die reagibleren Organisationen von Lohnarbeit und Kapital.

182) Ebenda, S. 871

183) Ebenda, S. 868; Starke sieht in quantifizierten Lohnleitlinien eine illegitime Bedrohung der Tarifautonomie. Vgl. auch ders., 17.2.1966, S. 955/956.

184) Ders., 16.2.1966, S. 869; Menne, 16.2.1966, S. 891; Opitz, 17.2.1966, S. 928; Friderichs, 17.2.1966, S. 965.

185) Starke, 16.2.1966, S. 873

186) Auch das oben angeführte Zitat über die 'Lasten', die bei falscher Lohnpolitik 'dem Volk' aufgebürdet würden, unterstützt diesen Schluß; vgl. Anm. 182).

187) Vgl. oben, Abschnitt 2.2.2)

188) Friderichs, 17.2.1966, S. 966; Opitz, 17.2.1966, S. 928; Menne, 16.2.1966, S. 892.

189) Ebenda, S. 892; Friderichs, 17.2.1966, S. 966; Staratzke, 17.2.1966, S. 942.

190) Ebenda, S. 941/942; Starke, 17.2.1966, S. 955: "Ich halte es nach wie vor für falsch, daß eine Bundesregierung ihre politische Aufgabe darin sieht, Prozentzahlen über die wirt-

schaftliche Entwicklung bis auf Stellen hinter dem Komma verantwortlich nach außen festzustellen."

191) Dahlgrün, 17.2.1966, S. 947

192) Starke, 16.2.1966, S. 870/871

193) Starke, 14.9.1966, S. 2680 und S. 2682; Staratzke, 14.9.1966, S. 2697; Dahlgrün, 15.9.1966, S. 2741/42; Menne, 15.9.1966, S. 2764.

194) Starke, 14.9.1966, S. 2681; Starke vertritt die Auffassung, daß die Aufgabe des Stabilitätsgesetzes in der konjunkturgerechten Orientierung der öffentlichen Haushalte bestehe (d.h. in ihrer Begrenzung) und daß "eine richtig angelegte Konjunkturpolitik mit den Mitteln des Gesetzes, das wir jetzt beraten, ohnehin einen Rahmen für die Sozialpartner zieht." Ebenso Staratzke, 14.9.1966, S. 2697.

195) Menne, 15.9.1966, S. 2764; Starke, 14.9.1966, S. 2681; Staratzke, 14.9.1966, S. 2699.

196) Menne, 15.9.1966, S. 2763: "Ich bin nämlich der Meinung, daß wir keine Wirtschaftskrise haben." Ebenso Staratzke, 14.9.1966, S. 2697: "... alle wirtschaftlichen Daten" wiesen "inzwischen auf eine gute Normalisierung" hin.

197) Starke, 15.9.1966, S. 2780; allerdings verwies Menne, der in seiner zweiten Funktion als stellvertretender BDI-Präsident mit den Klagen der Export-Industrie sicher wohl vertraut war, mahnend darauf hin, daß das hohe Zinsniveau allmählich das Außenwirtschaftsgeschäft bedrohe; Menne, 15.9.1966, S. 2764.

198) Staratzke, 14.9.1966, S. 2698; ähnlich Menne, 15.9.1966, S. 2764

199) Staratzke, 14.9.1966, S. 2698; die Investitionen dürften keinesfalls gefährdet werden, denn sie "sind in unserer modernen Wirtschaft und bei unserem rasanten technischen und wirtschaftlichen Fortschritt dringend notwendig zur Rationalisierung und zur Entlastung des Arbeitsmarktes auf lange Sicht."

200) Starke, 14.9.1966, S. 2682

201) Haas, 27.4.1967, S. 4985: "Wenn aber schon, wie die Sachverständigen glauben, ein Zielkonflikt zwischen Stabilität und Wachstum besteht, sind wir der Meinung, daß dann der Geldwertstabilität die Priorität zukommen muß. Die Geldwertstabilität ist langfristig die beste Basis zur Erreichung von Vollbeschäftigung und Wirtschaftswachstum." Ähnlich auch Menne, Schriftliche Erklärung zu Punkt 4 der Tagesordnung der 106. Sitzung vom 27.4.1966, Anlage 4 zum Stenographischen Bericht der 107. Sitzung am 28.4.1967, S. 5064.

202) Ebenda, S. 5064

203) Vgl. Haas, 27.4.1967, S. 4986, und Menne, Schriftliche Erklärung zum 27.4.1967, S. 5062, der sich gegen die Forderung des Sachverständigenrates nach verstärkter Mengenkonjunktur und entsprechend härterem Wettbewerb ausspricht: "Man kann nicht die mangelnde Investitionsbereitschaft beklagen, die nur ein Ausdruck für die geringe Gewinnerwartung ist, und im gleichen Atemzug einen noch stärkeren Wettbewerb fordern."

204) Haas, 27.4.1967, S. 4985

205) Ebenda, S. 4986/87

206) Ebenda, S. 4987

207) Vgl. Menne, Schriftliche Erklärung zum 17.4.1967, S. 5056, sowie Haas, 27.4.1967, S. 4987; Haas wehrt sich nachdrücklich gegen die Auffassung, ein bißchen Inflation "sei eben der weltweite Preis, den man für die Vollbeschäftigung zahlen müsse." Nach aller historischen Erfahrung ende man mit einer solchen Haltung bei der "totale(n) Geldentwertung".

208) Ebenda, S. 4986; zur Kritik der langfristigen Finanzplanung vgl. ebenda, S. 4992. Ebenso Menne, Schriftliche Erklärung zum 27.4.1967, S. 5062: "Aus der Erfahrung aller Länder in Ost und West kann ich nur sagen: Der Staat ist nicht in der Lage, den modernen Wirtschaftsprozeß selbst zu lenken und zu leiten. Daher sollte die wirtschaftliche Tätigkeit des Staates nach wie vor in erster Linie auf die Gestaltung der Ordnungsformen der Wirtschaft gerichtet sein."

209) Vgl. ebenda, S. 5064/65, zu den künftig zu erwartenden niedrigeren Wachstumsraten.

210) Haas, 27.4.1967, S. 4986; ähnlich Menne, Schriftliche Erklärung zum 27.4.1967, S. 5056.

211) Vgl. oben, Abschnitt 3.2) sowie die Untersuchung von Döhn, a.a.O.

212) Friedrichs, 6.9.1967, S. 6005. Fridrichs fährt fort: "Ein Arbeitsloser ist nicht gleich einem Arbeitslosen. Die Arbeitslosen sind nur gleich bezüglich der Verpflichtungen, die wir alle für diese Menschen haben..." Vgl. ebenso Haas, 6.9.1967, S. 6036: "Eine wirkliche Arbeitslosigkeit ist also kaum mehr vorhanden..."

213) Friderichs, 6.9.1967, S. 6009; vgl. auch Haas, 6.9.1967, S. 6036 und S. 6038.

214) Mischnik, 6.9.1967, S. 5974.
215) Friderichs, 6.9.1967, S. 6009: "Aber eines scheint jedenfalls falsch zu sein: Auf der einen Seite kurzfristige Kredite aufzunehmen, die ja auch nicht gerade zum Haushaltsausgleich späterer Jahre beitragen, und auf der anderen Seite die Wirtschaft durch eine Ergänzungsabgabe zu belasten, die ihre endlich wiedergewonnene Bereitschaft zu weiteren Investitionen erneut dämpfen muß." Vgl. auch Emde, 6.9.1967, S. 6019/20; Emde betont als einziger Redner der FDP das Arbeitslosenproblem stärker, wohl aber vor allem, um der Regierung auch in diesem Zusammenhang ein Versagen vorwerfen zu können.
216) Friderichs, 6.9.1967, S. 6010
217) Mischnick, 6.9.1967, S. 5979; vgl. auch Staratzke, Schriftliche Erklärung zu Punkt 3 der Tagesordnung, Anlage 16 zum Stenographischen Bericht der 119. Sitzung am 6.9.1967, S. 6064/65.
218) Friderichs, 6.9.1967, S. 6009. Verbunden mit dieser Behauptung war die Kritik, mit Formeln wie der der 'sozialen Symmetrie' würden künstlich gesellschaftliche Interessengegensätze konstruiert, wo doch in Wirklichkeit nur das gemeinsame Interesse an ökonomischer Prosperität bestehe; vgl. Staratzke, Schriftliche Erklärung zum 6.9.1967, S. 6065. Mit anderen Worten: Die FDP vertrat die Auffassung, die Politik der Regierung dürfe nicht vorrangig Gruppeninteressen befriedigen bzw. konstruiere durch ein falsches Gesellschaftsbild erst selbst soziale Interessenkonflikte. Auch hierin läßt sich wieder ein Beleg für die Verwendung ideenparteilicher Verfahren der Interessenintegration durch die liberale Partei finden.
219) Staratzke, Schriftliche Erklärung zum 6.9.1967, S. 6064/65
220) Vgl. Mertes, Schriftliche Erklärung zu Punkt 9 der Tagesordnung, Anlage 8 zum Stenographischen Bericht der 156. Sitzung vom 14.2.1968, S. 8042/43.
221) Vgl. Menne, Schriftliche Erklärung zu Punkt 9 der Tagesordnung, Anlage 5 zum Stenographischen Bericht der 156. Sitzung vom 14.2.1968, S. 8080. Menne führt hier das Argument der Sicherung von Arbeitsplätzen durch 'maßvolle' Lohnforderungen an. Staratzke, 14.2.1968, S. 8042, wirft der Bundesregierung sogar vor, ihre "vorzeitige Resignation" bei dem Versuch, die Idee des Sachverständigenrates eines zweijährigen Rahmenpaktes zwischen Unternehmern und Gewerkschaften zu realisieren, könne "uns einige Punkte Sozialprodukt oder die notwendige Stabilität dieses Aufschwungs kosten."
222) Mertes, Schriftliche Erklärung zum 14.2.1968, S. 8084; vgl. auch Haas, 14.2.1968, S. 8062.
223) Der hohe Exportüberschuß wurde generell nicht für bedrohlich gehalten; vgl. Menne, Schriftliche Erklärung zum 27.4.1967, S. 5062; Friderichs, 6.9.1967, S. 6006, sowie schließlich Genscher, 28.11.1968, 2. Beitrag, S. 10735: "Wir waren doch froh, daß die Wirtschaft (während der Rezession, C.S.) in den Export gegangen ist. ... Es ist auch die Politik der Regierung gewesen ..., die unsere Wirtschaft gezwungen hat, zur Erhaltung der Arbeitsplätze in den Export zu gehen." Siehe auch Menne, 19.6.1969, S. 13420/421.
224) Mertes, 26.11.1968, S. 10638
225) Vgl. unten, Abschnitte 5.2.2) und vor allem 5.3.2)
226) Friderichs, 19.6.1969, S. 13433
227) Ebenda, S. 10431; vgl. auch Menne, 19.6.1969, S. 13420
228) Friderichs, 19.6.1969, S. 13433/434
229) Menne, 19.6.1969, S. 13421; Menne kritisiert hier dieses einkommenspolitische Gremium diesmal nicht wegen der von ihm angeblich ausgehenden Bedrohung der Tarifautonomie, sondern wegen der unzulässigen Vorformung des parlamentarischen Handlungsspielraumes durch den Einbezug verfassungsmäßig dafür nicht legitimierter Kräfte in das Zustandekommen politischen Handelns.
230) Friderichs, 19.6.1969, S. 13434
231) Ebenda, S. 13432
232) Menne, 19.6.1969, S. 13422
233) Staratzke, 14.2.1968, S. 8042

5.2) Die Vorbereitung des Scheiterns - Boom, Stagflation und das Erste Kabinett Brandt/Scheel (1969 - 1972)

1) Am 28.10.1969 verabschiedete das Kabinett den Gesetzentwurf für das Steueränderungsgesetz 1970, der die Verdopppelung des Arbeitnehmerfreibetrages und den Abbau der Ergänzungsmaßnahmen zur Einkommens- und Körperschaftssteuer vorsah; dieser Entwurf sollte aber nie Gesetz werden.
2) Vgl. Abschnitt 5.1), Anm. 3)
3) Am 7. Juli beschloß die Bundesregierung die bis zum 30.6.1971 befristete Erhebung eines 10%igen Konjunkturzuschlages auf die Lohn-, Einkommens- und Körperschaftssteuer sowie die Aussetzung der degressiven Abschreibung.
4) Bis zum März 1970 war der Diskontsatz auf 7,5% angehoben worden, im Juni kam es bereits zu einer Senkung um ein halbes Prozent, aber erst im Frühwinter wurde er auf 6% reduziert.
5) Am 9. Mai 1971 verkündete die Bundesregierung ihren gleichzeitig mit der Wechselkursfreigabe gefaßten Beschluß, zusammen mit den Ländern insgesamt 1,8 Mrd. DM an Ausgabenbeschränkungen festzulegen; die Gemeinden sollten 0,5 Mrd. DM weniger Kredite aufnehmen. Eventuelle Steuermehreinnahmen sollten in die Konjunkturausgleichsrücklage fließen, und die Verpflichtungsermächtigungen für Ausgaben von Bund und Ländern in den Folgejahren waren um 3,5 bis 5,0 Mrd. DM einzuschränken.
6) Am 1.4.1971 wurde der Diskontsatz auf 5%, zum Jahresende hin auf 4,5% gesenkt.
7) Vgl. Goldberg/Jung, a.a.O., S. 11+ /12+, sowie: Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg): Jahresbericht der Bundesregierung. Bonn, 1972, S. 199.
8) Brandt, 28.10.1969, S. 21
9) Ebenda, S. 21/22
10) Vgl. ebenda, S. 22, zu der vorsichtigen These, eventuell liege der Höhepunkt der Preisentwicklung "wegen dieses Versäumnisses (der unterlassenen Aufwertung, C.S.) sogar noch vor uns." Siehe auch ebenda, S. 24, zur angespannten Arbeitsmarktlage, die - im Verein mit anderen Faktoren - den Haushalt stark unter Druck setze. Vgl. auch ders., 29.10.1969, S. 63, und Wehner, 29.10.1969, S. 55, sowie Schiller, 29.10.1969, S. 102, zum Problem der Anpassungsinflation bei unterlassener Aufwertung. Arndt, 30.10.1969, S. 182, interpretiert schließlich auch die spontanen Streiks als Folge der Nichtaufwertung der DM.
11) Möller, 30.10.1969, S. 144
12) Brandt, 28.10.1969, S. 24
13) Ebenda, S. 22
14) Möller, 30.10.1969, S. 141; vgl. ebenso Schiller, 29.10.1969, S. 101.
15) Möller, 30.10.1969, S. 140
16) Vgl. Schiller, 30.10.1969, S. 175
17) Ebenda, S. 177: "Wir müssen das Arbeitspotential in unserer Bundesrepublik, damit wir ein bestimmtes stetiges Wachstum erreichen, erhöhen. Mit einem Schlage haben wir durch die Aufwertung das Angebot an Gastarbeitern erhöht."
18) Vgl. Junghans, 29.10.1969, S. 110, zur Kritik des Kapitalexports, der notwendige inländische Investitionen verhindere.
19) Schiller, 30.10.1969, S. 170
20) Arndt, 30.10.1969, S. 182
21) Vgl. Schiller, 17.2.1970, 1. Beitrag, S. 1253/54: Die Aufwertung habe eindeutig zur Stabilisierung der internationalen Währungslage beigetragen und habe "viele Länder von der Versuchung befreit", mit protektionistischen Maßnahmen gegen ihre Zahlungsbilanzdefizite vorzugehen. Allerdings könnten weiterführende Schritte der engen westeuropäischen ökonomischen Kooperation erst dann gewagt werden, wenn "die ökonomischen und politischen Voraussetzungen für eine gleichgewichtige wirtschaftliche Entwicklung in der Gemeinschaft ... geschaffen sind." Das Ziel engerer internationaler Verflechtung zwischen den hochindustrialisierten kapitalistischen Staaten - vor allem in Europa - teilten die Sozialdemokraten mit den Christdemokraten; sie dämpften allerdings realistischerweise die Hoffnungen, dies in absehbarer Zeit ohne inflationäre Konsequenzen für die Binnenwirtschaft erreichen zu können. Der SPD war offenbar klar, daß die Regierungen in anderen Ländern nicht ohne weiteres auf eine harte stabilitätspolitische Linie umschwenken konnten, da sie dann massive innergesellschaftliche Konflikte zu gegenwärtigen hatten. Insofern war sie zu einer pragmatischeren Politik fähig als die Union, deren nationales bzw. nationalistisches

Begründungsmuster zur Interessenintegration sie mitunter blind für die wirklichen Gegebenheiten in anderen Staaten machen konnte.

22) Vgl. Schiller, 1. Beitrag, 17.2.1970, S. 1247, sowie Junghans, 17.2.1970, S. 1268.

23) Schiller, 17.2.1970, 1. Beitrag, S. 1247, sowie Junghans, 17.2.1970, S. 1268: "Wir erleben gegenwärtig eine Preisbewegung, die nach unserer Auffassung in ihrem Ausmaß auch über das hinausgeht, was noch erträglich ist, die für uns aber insofern nicht überraschend kommt, als wir sie im letzten Sommer vorausgesagt haben."

24) Ebenda, S. 1272 und S. 1268

25) Schachtschabel, 17.2.1970, S. 1285; ebenso Junghans, 17.2.1970, S. 1272 und Schiller, 17.2.1970, 1. Beitrag, S. 1249: "Vor allem dürfen wir nicht in der schlechtesten aller Welten landen, nämlich bei Stagnation ohne Stabilität ..."

26) Ebenda, S. 1249

27) Junghans, 17.2.1970, S. 1269; Lenders, 17.2.1970, S. 1311/12, befaßt sich mit der angekündigten Novellierung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen und stellt fest, hier gehe es darum, "den Dirigismus der Großen gegenüber den Kleinen, den der Mächtigen gegenüber den Schwachen in der Wirtschaft selbst in Schranken zu halten und einen funktionsfähigen Wettbewerb zu sichern." Allerdings schränkt er diese Aussage gleich wieder ein: "Wir erkennen sehr wohl den wirtschaftlichen Sachzusammenhang (!) an, daß sich in einer wandelnden Welt beispielsweise bestimmte Zusammenfassungen von Unternehmen abspielen müssen." Vgl. auch Schiller, 17.2.1970, 1. Beitrag, S. 1252.

28) Ders., 17.2.1970, 2. Beitrag, S. 1300

29) Vgl. Schachtschabel, 17.2.1970, S. 1287: Die Globalsteuerung sei kein "zentralverwaltungswirtschaftliches System", sondern ein "richtungweisendes System", das "Unsicherheiten und damit Risiken" abbaue und dadurch "zur Erhöhung der Transparenz der Märkte" beitrage und die "Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs auch im mikroökonomischen Raum" fördere. Vgl. auch Lenders, 17.2.1970, S. 1311.

30) Ebenda, S. 1311

31) Junghans, 17.2.1970, S. 1272

32) Schiller, 17.2.1970, 1. Beitrag, S. 1250/51. Der Bundeswirtschaftsminister fährt fort: "Der Versuch, in einem Verteilungskampf aller gegen alle dennoch mehr aufteilen zu wollen, als verfügbar ist, bringt nur Beulen und blaue Flecke, aber keinen zusätzlichen gesamtwirtschaftlichen Gewinn." Ebenda, S. 1251.

33) Ebenda, S. 1251

34) Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 11. bis 14. Mai 1970 in Saarbrücken. Protokoll der Verhandlungen. Angenommene und überwiesene Anträge. Hrsg. vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Bonn, o.J.; Beitrag von Jordan, Jörg, S. 354. Daran sei Schiller allerdings nicht schuld, insoweit es in der Macht der Unternehmer liege, sich über die Preispolitik zurückzuholen, was sie tarifpolitisch zuvor konzediert hätten.

35) Vgl. Antrag 559, Protokoll '70, a.a.O., S. 1076, und Antrag 607, ebenda, S. 1080.

36) Es ist bekannt, daß im Falle der von Schiller schon bald nach Antritt der sozialliberalen Koalition geforderten Steuererhöhungen Legitimationsgesichtspunkte Vorrang vor der Notwendigkeit der Konjunktursteuerung erhielten.

37) Vgl. Schiller, 7.10.1970, 1. Beitrag, S. 3794; Junghans, 7.10.1970, S. 3811, und Lenders, 7.10.1970, S. 3849.

38) Schiller, 7.10.1970, 1. Beitrag, S. 3795/96: Im internationalen Vergleich der Preisindices stehe die Bundesrepublik außerordentlich günstig dar, aber: "Ein Ausscheren aus der internationalen Zinsentwicklung ist allerdings nicht unbegrenzt möglich", weshalb die Restriktionspolitik der Bundesbank die ihr zur Verfügung stehenden Instrumente nicht in vollem Umfang anwenden könne. Ohnehin war die Diskontpolitik dieser Institution, die bekanntlich allein dem Ziel der Geldwertstabilität verpflichtet ist, bei der SPD nicht unumstritten. Vgl. dazu Schiller, 7.10.1970, 2. Beitrag, S. 3838, und Apel, 7.10.1970, S. 3829.

39) Schiller, 7.10.1970, 1. Beitrag, S. 3795: "Geld- und Finanzpolitik können nur dann zur Stabilität führen, wenn die am Wirtschaftsprozeß Beteiligten, die einzelnen Wirtschaftler, die Unternehmer und die organisierten und autonomen Gruppen, diese Politik durch ihr eigenes preis- und lohnpolitisches Verhalten unterstützen."

40) Diese stellten "Verteilungskorrekturen" dar, "die in den letzten zwei Jahren aus einer bestimmten Entwicklung heraus, an der Sie (die CDU/CSU, C.S.) ja nicht unschuldig sind

(gemeint ist die unterlassene Aufwertung, C.S.), notwendig geworden sind." Lenders, 7.10.1970, S. 3849; vgl. auch Schiller, 7.10.1970, 1. Beitrag, S. 3795: "Die Lohn- und Gehaltsbewegung seit September vorigen Jahres hatte ihren Grund in dem legitimen Wunsch nach Deckung eines aufgestauten Nachholbedarfes. Und es ist ebenso legitim, daß die Gewerkschaften bis in die jüngste Zeit versuchen, durch neue Tariflöhne einen Teil der davongelaufenen Effektivlöhne einzufangen."

41) Ders., 7.10.1970, 2. Beitrag, S. 3839: Man wolle zunächst den Tarifabschluß in der Metallindustrie abwarten, der "hoffentlich vernünftig" ausfallen werde. "Dann werden wir sehen, ob vielleicht schon die Ergebnisse der Konzertierten Aktion ausreichen oder ob vielleicht Äußerungen oder Überlegungen der Bundesregierung erforderlich sind. So etwa möchte ich es sagen. Das ist wohl in diesem Saal deutlich verstanden worden."

42) Lenders, 7.10.1970, S. 3849; Schiller, 7.10.1970, 2. Beitrag, S. 3840, lehnt die Forderung der Opposition nach Bekanntgabe regierungsamtlicher Orientierungsdaten jetzt, vor dem eigentlichen Beginn der Tarifrunde, mit der Begründung ab, "... das ist der Vorschlaghammer, und damit wäre die ganze Sache geplatzt. Das wissen Sie ganz genau."

43) Schiller, 7.10.1970, 1. Beitrag, S. 3795: "Die Bundesregierung erwartet, daß die sich aus den gemeinsamen Erörterungen ergebende gesamtwirtschaftliche Orientierung es den Tarifparteien erleichtert, in den künftigen Lohnverhandlungen autonom (!) zu stabilitätskonformen Entscheidungen zu gelangen." Vgl. auch Lenders, 7.10.1970, S. 3849.

44) Schiller, 7.10.1970, 2. Beitrag, S. 3835: "Ich weiß nicht, was Sie mit dem Wort Unzufriedenheit meinen." Man könne bei Gesprächen in den Gewerkschaften "auch dort feststellen, daß die Männer, die für die Leute in den Betrieben zu reden haben (!), durchaus anerkennen, daß es in diesem Jahr realiter mehr gegeben hat als im vorigen Jahr."

45) Lenders, 7.10.1970, S. 3847

46) Vgl. ebenda, S. 3847; Junghans, 7.10.1970, S. 3811; sowie Schiller, 7.10.1970, 1. Beitrag, S. 3797.

47) Zander, 7.10.1970, S. 3844; Junghans, 7.10.1970, S. 3811; Schiller, 7.10.1970, 1. Beitrag, S. 3799.

48) Brandt, 2.2.1971, S. 5222; vgl. auch Schachtschnabel, 2.2.1971, S. 5228; Arndt, 2.2.1971, S. 52255; Lenders, 2.2.1971, S. 5263; Kater, 2.2.1971, S. 5240, und Junghans, 2.2.1971, S. 5214. Die Tatsache, daß kein Redner der SPD darauf verzichtete, sich mit diesem Thema zu befassen, ist ebenso charakteristisch für die zwiespältige Lage der Partei wie die Tatsache, daß ausgerechnet der Bundeswirtschaftsminister feststellte, 1970 sei ein "Jahr der Überforderung der Produktionskapazitäten und der Überbeschäftigung der Arbeitskräfte" gewesen; Schiller, 2.2.1971, 1. Beitrag, S. 5195. Schillers Rede zielte am stärksten auf die Einbindung der gesellschaftlichen Gruppen in die staatliche Wirtschaftspolitik und legte die Betonung am nachdrücklichsten auf die notwenidige Wiedererringung der Stabilität, verbunden mit dem expliziten Gebrauch der sonst nur von CDU/CSU sowie von den Arbeitgebern angewandten Formel von der 'Überbeschäftigung'.

49) Dieses Ringen um mehr Stabilität wurde gebilligt; Schiller, 2.2.1971, 1. Beitrag, S. 5195; Junghans, 2.2.1971, S. 5210, beglückwünscht den Wirtschaftsminister, "daß es ihm gelungen ist, die Bundesrepublik vom internationalen Preisgeleitzug abzukoppeln." Vgl. auch Schachtschabel, 2.2.1971, S. 5227.

50) Schiller, 2.2.1971, 1. Beitrag, S. 5197/98: "Niemand kann jetzt sagen, er habe von solchen Gefahren (geringeren Wachstums bis hin zur Gefährdung der Arbeitsplätze, C.S.) nichts gewußt." Vgl. auch ders., 2. Beitrag, S. 5244: "Dies mußte gesagt werden, weil es in diesem Jahr viel mehr als sonst in einer Phase des Übergangs, in einer Phase der Normalisierung d. Konjunktur, tatsächlich auf die autonomen Kräfte d. Wirtschaft selbst ankommt."

51) Ebenda, S. 5245: Wenn es zu einer nachhaltigen Verschlechterung der preispolitischen Lage kommen sollte, "dann würden auch bestimmte Paragraphen des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes - etwa die, die mehr am Anfang des Gesetzes stehen - unsere besondere Aufmerksamkeit wecken, und zwar immer im Rahmen unserer Marktwirtschaft."

52) Ders., 1. Beitrag, S. 5197/98

53) Vgl. Brandt, 2.2.1971, S. 5219 und S. 5223; Junghans, 2.2.1971, S. 5210; Kater, 2.2.1971, S. 5239 - 5241; Schiller, 2.2.1971, 1. Beitrag, S. 5194/95 und S. 5201.

54) Ebenda, S. 5200/01

55) Brandt, 2.2.1971, S. 5221

56) Arndt, 2.2.1971, S. 5253; Arndt fährt fort: "Das Programm der Regierung besteht darin, aus

diesem Land ein modernes Land zu machen, das sich den Aufgaben der nächsten Jahre, wenn nicht des nächsten Jahrzehnts, gewachsen zeigt." Die Nähe zur Argumentation von Strauß einige Jahre zuvor ist unverkennbar; auch hier geht es um 'Modernisierung' der Nation, nicht um die Interessen bestimmter gesellschaftlicher Gruppen von Interessenträgern, besonders konkret benennbarer Kapitalfraktionen.

57) Brandt, 2.2.1971, S. 5223; allerdings schloß er für 1971 Steuererhöhungen kategorisch aus.
58) Vgl. oben, Abschnitt 4.2.2)
59) Vgl. Schiller, 2.2.1971, 1. Beitrag, S. 5198, und Junghans, 2.2.1971, S. 5215, der sich auf die eventuell erforderliche Konjunkturankurbelung durch Investitionshaushalte bezieht, die aus der Konjunkturausgleichsrücklage fiananziert werden könnten.
60) Ebenda, S. 5215: Die SPD würde es "begrüßen, wenn die Bundesbank schon jetzt prüfte, ob zur Stabilisierung der Investitionsneigung nicht eine weitere Lockerung der geldpolitischen Restriktionen erforderlich ist." Schiller, 2.2.1971, 1. Beitrag, S. 5200: Neben der Stabilisierung der Investitionsbereitschaft und der Deckung des aufgestauten Bedarfs an kurzfristigen Krediten in der Wirtschaft sowie der Entlastung des Mittelstandes, der weniger Zugang zu den internationalen Geld- und Kreditmärkten habe, könne ein "deutliche(s) Reagieren" der Bundesbank auf die wirtschaftliche Entspannung auch eine konjunkturgerechte öffentliche Ausgabenpolitik bewirken. Allerdings bekundete der Bundeswirtschaftsminister zugleich Verständnis für die Junktimserwartung der Bundesbank, "daß die Normalisierung der Wirtschaft sich stärker auf den Bereich der Löhne und Preise erstrecken müsse." Es sollte einmal ausdrücklich registriert werden, daß auch ein sozialdemokratischer Minister die Formel von der 'Investitionsneigung' verwandte, ohne ihren Interessengehalt zu thematisieren.
61) Junghans, 2.2.1971, S. 5212
62) Schachtschabel, 2.2.1971, S. 5226
63) Ebenda, S. 5227; vgl. auch Junghans, 2.2.1971, S. 5201
64) Schiller, 2.2.1971, 1. Beitrag, S. 5201
65) Vgl. oben, Abschnitt 4.2.1)
66) Schiller, 23.6.1971, S. 7512/13 und S. 7516
67) Ebenda, S. 7516/17; das Argument übermäßig gestiegener Personalkosten ist identisch mit den entsprechenden Stellungnahmen der Unternehmerverbände und bedeutet gleichermaßen einen Schlag gegen personalintensive Reformen wie auch gegen die im öffentlichen Dienst verankerten Gewerkschaften.
68) Vgl. ebenda, S. 7513 sowie Arndt, 23.6.1971, S. 7531
69) Ebenda, S. 7232; vgl. auch Schiller, 23.6.1971, S. 7516
70) Arndt, 23.6.1971, S. 7533; vgl. auch Schiller, 23.6.1971, S. 7515.
71) Schiller, 19.1.1972, 1. Beitrag, S. 9350. Ebenda, S. 9352: "Um es ganz deutlich zu sagen: wichtiger als neue übereilte oder gar voreilige monetäre Konstruktionen in der Gemeinschaft sind Maßnahmen, um die jetzt gefundene Wechselkursstruktur auch in Europa zu verteidigen." Vgl. auch Schachtschabel, 19.1.1972, S. 9365/66.
72) Schiller, 19.1.1972, 1. Beitrag, S. 9350; vgl. auch seinen 2. Beitrag vom selben Tag, S. 9370.
73) Ebenda, S. 9371
74) Schiller, 19.1.1972, 1. Beitrag, S. 9351
75) Vgl. ders., 2. Beitrag, S. 9371: Unter anderem verlangte er die Schaffung von Sonderziehungsrechten "unabhängiger von nationalen Zahlungsbilanzentwicklungen", und er wollte den "Anteil der nationalen Devisenkomponente der Reservemedien verringern und die internationale Liquidität unter wirksamere Kontrolle als bisher bringen" sowie mittelfristig eine "Konsolidierung der in nationaler Währung gehaltenen Reserven, insbesondere der Dollarguthaben außerhalb der USA, im wesentlichen in Europa, erreichen." Ganz deutlich wird seine Überzeugung in seinem 1. Beitrag vom selben Tag, S. 9350: "Die monetäre Politik in unserer modernen Welt muß frei werden von den Zufälligkeiten des amerikanischen Zahlungsbilanzbildes oder auch von der Größe des amerikanischen Zahlungsbilanzsaldos."
76) So wurde das Realignment denn auch binnenwirtschaftlich als erster Schritt zur Wiedergewinnung fester, verläßlicher Kalkulationsgrundlagen für die Exportwirtschaft angepriesen; vgl. Schiller, 19.1.1972, 1. Beitrag, S. 9348, sowie Schachtschabel, 19.1.1972, S. 9364: "Durchaus zutreffend kann der Feststellung beigepflichtet werden, daß die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen exportorientierten Investitionsgüterindustrie eine wesentliche Er-

leichterung erfahren hat."

77) Verglichen mit den früheren Kräfteverhältnis zwischen der Bundesrepublik und dem 'Großen Bruder Amerika', wie er in den fünfziger und frühen sechziger Jahren apostrophiert worden war, klangen die Formulierungen 1971/72 immerhin weitaus selbstbewußter. Aufgrund der bevorstehenden EWG-Erweiterung sei "klar, daß dadurch auch in währungs- und handelspolitischer Hinsicht die Voraussetzungen für ergiebige und fruchtbare außenwirtschaftliche Verflechtungen zwischen der EWG und den USA gegeben sind und für beide Seiten erfolgreich realisiert werden können." Die EWG strebe einen "fairen Ausgleich (mit den USA, C.S.) im Interesse der europäischen Wirtschaft" an; Schachtschabel, 19.1.1972, S. 9366.

78) Schiller, 19.1.1972, 1. Beitrag, S. 9349: Die Bundesregierung sei über die erweiterten Bandbreiten zufrieden und halte "im weltweiten Rahmen eine gewisse Elastizität in den Wechselkursbeziehungen für notwendig, solange sich in den nationalen oder regionalen wirtschaftspolitischen Zielsetzungen und in den faktischen Abläufen keine stärkere Parallelität oder Konvergenz abzeichnet."

79) Außerordentlicher Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. 1. Teil: Steuerreform - Massenmedien - § 218. 18. bis 20. November 1971. Bonn, Beethovenhalle. Protokoll der Verhandlungen. Anlagen. Hrsg. vom Vorstand der SPD. Bonn - Bad Godesberg, o.J. Vgl. hier die Beiträger von Arndt, Rudi, S. 95; Arndt, Klaus-Dieter, S. 102 und S. 104.

80) Vgl. die Beiträge von Steffen, Joachim, ebenda, S. 152; Voigt, Karsten, S. 123/124; Wieczorek, Norbert, S. 125/126; Egert, Jürgen, S. 142.

81) Ebenda, Anträge A 25, A 26 und A 135, S. 960 und S. 1003.

82) Vgl. Brandt, 15.3.1972, S. 10275, und Junghans, 15.3.1972, S. 10243: Die SPD habe sich "nie die Stagflationstheorie der Opposition zu eigen gemacht."

83) Schiller, 15.3.1972, 1. Beitrag, S. 10227/228; vgl. auch Junghans, 15.3.1972, S. 10243.

84) Brandt, 15.3.1972, S. 10276

85) Ebenda, S. 10276; vgl. auch Schiller, 15.3.1972, 1. Beitrag, S. 10228.

86) Ebenda, S. 10227: Die Lohnquote habe inzwischen eine "nie gekannte Höhe erreicht. Die soziale Symmetrie war kein leerer Wahn." Schiller versucht hier offensichtlich, durch Rückgriff auf seine eigene Formel auch der Bundesregierung einen Anteil am Zustandekommen dieses Ergebnisses zu verschaffen, das er selbst zwar schon in früheren Reden als für die Wirtschaft nicht unbedenklich charakterisiert hatte, das aber das Legitimationspotential sozialdemokratischer Politik in den Gewerkschaften zum gegenwärtigen Zeitpunkt schwerer innenpolitischer Spannungen günstig beeinflussen sollte.

87) "... ohne Reform des Weltwährungssystems und deutliche Reduzierung des amerikanischen Zahlungsbilanzdefizits ... werden die weltweiten Inflationstendenzen nur schwer einzudämmen sein." Brandt, 15.3.1972, S. 10279. Noch deutlicher formuliert Arndt seine Kritik an den USA, deren Politik leider in letzter Zeit "nicht mehr mit der notwendigen kalkulierbaren Rationalität geführt" werde. "... bei jeder Bereitschaft, die Amerikaner wieder in den Stand zu setzen, ökonomische Führerschaft auszuüben, ist man nicht gezwungen, Schritte mitzugehen, mit denen sie anscheinend gegen ihre eigenen Interessen handeln." Es bestehe im Falle weiterer de-facto-Abwertungen des Dollars immerhin noch die Möglichkeit, daß "Europa gemeinsame Abwehrmaßnahmen ergreift..." Arndt, 15.3.1972, S. 10298.

88) Schiller, 15.3.1972, 1. Beitrag, S. 10229; vgl. auch Junghans, 15.3.1972, S. 10243.

89) Diese Erkenntnis spiegelt sich z.B. in Schillers Feststellung, daß die Diskussion in der Konzertierten Aktion über einen Stabilitätspakt gezeigt hätten, "daß die beiden Tarifvertragsparteien selber sich nicht in der Lage sehen, einen verbindlichen Pakt dieser Art mit den eigenen Gesetzen der Tarifautonomie in Einklang zu bringen." Schiller, 15.3.1972, 2. Beitrag, S. 10286.

90) Junghans, 15.3.1972, S. 10244/245

91) Ebenda, S. 10244: Die SPD stehe fest zum marktwirtschaftlichen System, und man solle doch aufhören, ihr dies andauernd mit dem Hinweis auf Positionen der Jungsozialisten abzusprechen. "Im Gegensatz zur CDU/CSU begreifen wir Sozialdemokraten Marktwirtschaft nicht als Privileg einer Gruppe. Wir stehen für eine Marktwirtschaft der Unternehmer u nd der Arbeitnehmer ein." Erneut wird das sozialdemokratische Bemühen erkennbar, die 'Interessen(gruppen)politik' der Union zu diskreditieren, sich selbst jedoch als Wahrer des Gemeinwohls darzustellen. Offenbar machte sich jedenfalls im Regierungsflügel der Partei kaum jemand Gedanken darüber, was für Konsequenzen es für die eigene Politik haben mußte, den expliziten Rückbezug auf gesellschaftliche Interessenpotentiale derart generell zu

verteufeln. Darüber hinaus wird in Formulierungen wie der hier zitierten greifbar, daß es auch der SPD um die Gleichberechtigung der Lohnabhängigen, d.h., der Besitzer der Ware Arbeitskraft, im bestehenden System ging, so, wie es oben theoretisch auch schon für die Gewerkschaften formuliert worden war, vgl. oben, Abschnitt 1.3.3)

92) Außerordentlicher Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. 12. bis 13. Oktober 1972. Dortmund, Westfalenhalle. Protokoll der Verhandlungen. Dokumentarischer Anhang. Hrsg. vom Vorstand der SPD. Bonn, o.J.; vgl. hier den Beitrag von Opel, Fritz, S. 142-144, sowie Antrag O 1, S. 347 und S. 349. Das endgültig verabschiedete Wahlprogramm enthielt dann aber doch ein Bekenntnis zur Marktwirtschaft; vgl. ebenda, S. 449 ff.

93) Schiller, 15.3.1972, 1. Beitrag, S. 10229: "Ein flottes Durchstarten mit den öffentlichen Finanzen ist nach den neuen Gegebenheiten fehl am Platze." Dagegen forderte Junghans, 15.3.1972, S. 10244, der Bundeshaushalt 1972 müsse "konjunkturstützend vollzogen" werden, denn in der SPD gebe es "keine rezessiven Gelüste".

94) Brandt, 15.3.1972, S. 10277: Der Bundeskanzler selbst stellte fest, "daß Sparsamkeit und Rationalisierung des Personalaufwands ... auch bei den öffentlichen Haushalten dringend erforderlich sind", und Schiller beantwortete seine eigene rhetorische Frage, wozu die öffentliche Verschuldung dienen solle, damit: "im Bund nur für Investitionen..." Schiller, 15.3.1872, 2. Beitrag, S. 10285. Dagegen trat Arndt, 15.3.1972, S. 10298, für Ausgabenerweiterungen bei den öffentlichen Investitionen, durchaus aber auch bei den Personalaufwendungen ein: "Wir müssen diesen Staat weiter stärken; wir können uns nicht an einer vermeintlichen Stabilitätspolitik mit Streichungen und immer neuen Streichungen beteiligen."

95) Vgl. Haas, 30.10.1969, S. 184/185, sowie Mischnick, 29.10.1969, S. 48: Die FDP sei der Auffassung, daß Stabilität und Wachstum derzeit nur gewährleistet werden könnten, "a) durch das Bremsen von preissteigernder Übernachfrage auf allen Gebieten und b) durch umfassende Maßnahmen zur Steigerung der Produktivität. "Konkret war damit die Forderung gemeint, die Bezahlung von Überstunden von der Lohnsteuer und den Sozialabgaben zu befreien und die Möglichkeiten einer Teilzeitarbeit zu fördern, "solange wir einen zusätzlichen Anreiz für Mehrarbeit brauchen." Vgl. auch Kienbaum, 30.10.1969, S. 144. Verständlich wird dieses Bemühen um eine 'Entlastung' des Arbeitsmarktes vor dem Hintergrund der Tatsache, daß vor allem der gewerbliche Mittelstand außerordentlich personalintensiv ist und demzufolge ein wesentlicher Teil der freidemokratischen Wählerbasis vom damaligen Mangel an zusätzlichen Arbeitskräften besonders betroffen war.

96) Kienbaum, 30.10.1969, S. 145/146

97) Dies geht besonders deutlich aus der These Kienbaums hervor, nach der man allerdings "nicht verschweigen (sollte, C.S.), daß wir, um diesem Ziel zu dienen", d.h., die Produktivität zu steigern, "auch eine Verstärkung unserer Angebotspotentiale ... an außerdeutschen Standorten erwarten." Ebenda, S. 146.

98) Mischnik, 29.10.1969, S. 48/49

99) Kienbaum, 17.2.1970, S. 1263

100) Mertes, 17.2.1970, S. 1283

101) Kienbaum, 17.2.1970, S. 1265: "Dort wünschen wir einerseits mehr Mobilität, damit Abbau von Abhängigkeiten der Arbeitssuchenden und der Arbeitnehmer, andererseits aber auch mit dem gleichen Gewicht die Verhinderung von Verknappungsversuchen."

102) Vgl. ebenda, S. 1265/1266, sowie Mertes, 17.2.1970, S. 1283.

103) Kienbaum, 17.2.1970, S. 1264

104) Vgl. ebenda, S. 1264, sowie Mertes, 17.2.1970, S. 1283.

105) Kienbaum, 17.2.1970, S. 1264

106) Ebenda, S. 1264

107) Ebenda, S. 1265

108) Kienbaum, 7.10.1970, S. 3918; Kienbaum spricht sich zwar gegen Steuererhöhungen aus, weist aber zugleich darauf hin, daß die Tarifparteien - verglichen mit den öffentlichen Haushalten - einen "viel bedeutsameren Einfluß" auf das Wirtschaftsgeschehen besäßen. "Daher muß auch unsere Aufmerksamkeit mehr auf ihn gerichtet sein..."

109) Ebenda, S. 3821; vgl. auch Grüner, 7.10.1970, S. 3841. Grüner ist sich der innerverbandlichen Probleme der Tarifparteien sehr wohl bewußt, wenn er feststellt, daß sie "nicht etwa im luftleeren Raum handeln", sondern "Sachzwängen und Emotionalzwängen ausgesetzt sind, denen sie sich nicht entziehen können. So bleibt es der Regierung und unserer Politik überlassen, unsererseits Daten zu setzen, die es den autonomen Tarifpartnern

unter den Voraussetzungen, die sie antreffen, dann auch erlauben, ihrer Einsicht (!) entsprechend zu handeln." Wiederum ist überhaupt keine Rede von Interessen, die diese Tarifparteien vertreten könnten.

110) Kienbaum, 7.10.1970, S. 3820

111) Zur Notwendigkeit stetiger lohn- und wirtschaftspolitischer Entwicklungen vgl. ebenda, S. 3820.

112) Kienbaum, 2.2.1971, S. 5217

113) Mertes, 2.2.1971, S. 5230

114) Ebenda, S. 5230

115) Kienbaum, 2.2.1971, S. 5216: "Unsere Vorrangziele, weitere Stabilisierung und Vorbereitung - darauf legen wir die Betonung - neuen Wachstums..." Die 'Vorbereitung neuen Wachstums' wurde dabei vorsichtig interpretiert: "Bei der Fiskalpolitik wird ein tendenziell expansives Verhalten notwendig sein." Mertes, 2.2.1971, S. 5231.

116) Kienbaum, 2.2.1971, S. 5217; Kienbaum weist mahnend darauf hin, "daß bei Überreizen der Forderungen auf der Preis- wie auf der Tarifseite im Verteilungskampf ... genügend Werkzeuge zur Verfügung stehen, um der Herausforderung einzelner Gruppen wirksam zu begegnen..." Was damit gemeint war, wird deutlich, wenn Mertes feststellt, es sei "offensichtlich, daß es weder zu hohen Preis- noch Lohnsteigerungen kommen kann, wenn nicht eine Geldmengenexpansion vorausläuft, die es ermöglicht, die höheren Preise, Löhne und Kosten zu bezahlen." Mertes, 2.2.1971, S. 5231.

117) Vgl. oben, Abschnitt 4.3.1)

118) Vgl. Mertes, 2.2.1971, S. 5231/32

119) Vgl. Kirst, 23.6.1971, S. 7522: Die autonomen Gruppen hätten einen weit stärkeren Einfluß auf die wirtschaftliche Lage als der Staat. Ebenda, S. 7525: Die FDP habe die "Zielvorstellung ..., auch den Haushalt 1972 ... ohne Steuererhöhungen auszugleichen." Ebenda, S. 7520: Kirst warnt hier "vor einem Fatalismus der Gesamtregierung und des Parlaments ...gegenüber den immer stärker wachsenden Anforderungen der Ressorts." Dies und die Feststellung, die FDP habe "nie zu denen gehört, die falsche Erwartungshorizonte hervorgerufen haben, die falsche Versprechungen gemacht haben, um die Beruhigung des Augenblicks gegen den Ärger in der Zukunft einzutauschen", ebenda, S. 7525, reflektiert die ablehnende Haltung gegenüber der Politik der Volksparteien, die den Bereich öffentlicher Interventionen zwecks Pazifierung gesellschaftlicher Konflikte durch wohlfahrtsstaatliche Maßnahmen ständig vergrößern.

120) Vgl. Kirst, 19.1.1972, S. 9366 - 9368

121) Mertes, 15.3.1972, S. 10247

122) Ebenda, S. 10248; vgl. auch Kirst, 15.3.1972, S. 10300.

123) Ebenda, S. 10303/304; wenn die Opposition die "Suggestion einer gewollten Inflation" weiter aufrechterhalte, so laste sie der Regierung eine Verantwortung an, die sie angesichts des entscheidenden Einflusses der Tarifparteien auf den Wirtschaftsablauf real gar nicht trage.

124) Mertes, 15.3.1972, S. 10249/250

125) Ebenda, S. 10249

126) Ebenda, S. 10247

127) Barzel, 29.10.1969, S. 37; vgl. auch Strauß. 30.10.1069, S. 128 und S.
134.

128) Ebenda, S. 134; vgl. auch Barzel, 29.10.1969, S. 40/41.

129) Ebenda, S. 39

130) Vgl. ebenda, S. 41, sowie Müller-Hermann, 30.10.1969, S. 181, und Strauß, 30.10.1969, S. 133.

131) Ebenda, S. 130

132) Ebenda, S. 132

133) Ebenda, S. 133: Strauß nennt folgende Gründe für die Förderung deutscher Direktinvestitionen: "Verteilung des wirtschaftlichen Risikos, wie es andere Industrieländer ebenfalls tun; besserer Konjunkturausgleich mit anderen Ländern; auch für mittlere Betriebe ist die Förderung der Auslandsinvestitionen von besonderer Bedeutung; Schaffung neuer Absatzmärkte; Sicherung von Rohstoffbasen; Überwindung von Zollschranken und anderen dirigistischen Hemmnissen; sinnvolle Verwendung, aber nicht Drosselung des deutschen Exportpotentials." Bis auf das fehlende Argument der in anderen Ländern 'günstigeren Arbeitsmarktlage und

Lohnkostenentwicklung' ist diese Position deckungsgleich mit der der Unternehmer in diesem Bereich.

134) Strauß verknüpft auch bei seiner Stellungnahme zum Problem der wachsenden Kapitalkonzentration ökonomische mit nationalen und Prestigeargumenten, wenn er feststellt, die Union sei zwar "nicht von der Großbetriebsphilosophie besessen", aber es sei zu erwarten, "daß der Druck der amerikanischen Giganten in absehbarer Zeit ... wieder zunehmen wird. Es muß zur weiteren Konzentration innerhalb Europas und in der Bundesrepublik führen, wenn ein Ausverkauf vermieden werden soll." Strauß, 30.10.1969, S. 130.

135) Ebenda, S. 134

136) Müller-Hermann, 30.10.1969, S. 180; es ist bemerkenswert, daß nicht nur die SPD, sondern auch die CDU/CSU jeden Anschein eines gewerkschaftlichen Dilemmas oder gar Versagens vermeidet. Die Schuld für das Geschehen bleibt klar auf der politischen Ebene.

137) Strauß, 30.10.1969, S. 130; dies werde verdeckt durch das schleichende Bestreben, "immer mehr Wirtschaftsbereiche mit goldenen Fesseln zu umgarnen, sie subventionsabhängig zu machen ..." Auch hier wird eine ökonomische Entwicklung - die zunehmende Intervention des Staates in krisenbedrohte oder -betroffene Regionen und Branchen - umgedeutet in eine zweifelhafte politische Absicht der die Regierung führenden Partei.

138) Strauß, 30.10.1969, S. 130

139) Höcherl, 17.2.1970, S. 1291

140) Zur These von Schillers Versagen vor der Notwendigkeit der Konjunkturdämpfung im Vorjahr, vgl. Müller-Hermann, 17.2.1970, S. 1255. Ebenda, S. 1256: Müller-Hermann gibt Schiller nun auch direkt die Schuld an den spontanen Streiks, weil er in der Konzertierten Aktion falsche Projektionsdaten vorgelegt habe.

141) Vgl. ebenda, S. 1257/1258; Höcherl, 17.2.1970, S. 1289/1290, und Stoltenberg, 17.2.1970, S. 1277.

142) Höcherl, 17.2.1970, S. 1292: Die Stabilität des Geldwertes sei die Voraussetzung für die Sicherung der "freiheitlich-wirtschaftlichen Ordnung, die wir im Wettbewerb gegen die kollektiven Kräfte der östlichen Zentralverwaltungswirtschaften einzusetzen haben."

143) Müller-Hermann, 17.2.1970, S. 1260. Außerordentlich geschickt werden hier die Begriffe 'Inflation', 'Kollektiv', 'Zentralverwaltungswirtschaft' und 'Ostblock' so miteinander verknüpft, daß die SPD dem Verdacht ausgesetzt wird, sie strebe heimlich einen Sozialismus östlicher Prägung an und lasse daher über die Geldentwertung die allmähliche Zersetzung der Marktwirtschaft geschehen. Vgl. genauso Höcherl in der vorangegangenen Anmerkung.

144) Stoltenberg, 17.2.1970, S. 1276

145) Ebenda, S. 1278

146) Vgl. Höcherl, 17.2.1970, S. 1293, der Verständnis für die gewerkschaftliche Lohnpolitik bekundet, der Regierung aber "fehlende Kontinuität und Entschiedenheit im wirtschaftlichen Handeln" vorwirft.

147) Stoltenberg, 17.2.1970, S. 1277

148) Burgbacher, 17.2.1970, S. 1314: "Es ist gar keine Frage, daß die deutsche Wirtschaft im Mittelstand und in der Industrie unterkapitalisiert ist. Es ist weiter keine Frage, daß bei sich verschärfendem internationalen Wettbewerb die Finanzierung über den Preis immer enger wird. Es ist auch keine Frage, daß wir, um die Wirksamkeit, die Effektivität, unserer Produktionskraft, der Quelle aller Sozialpolitik, zu erhalten, für eine Eigenkapitalzufuhr durch die Bürger dieses Staates zu sorgen haben." Aber selbstverständlich gebe es neben dieser wirtschafts- auch die gesellschaftspolitische Seite des Reformprojekts Vermögenspolitik, "die Beteiligung aller unselbständig Beschäftigten am Produktivkapital der Wirtschaft"; ebenda, S. 1313.

149) Katzer, 7.10.1970, S. 3832; Stoltenberg, 7.10.1970, S. 3804.

150) Es ist sicherlich kein Zufall, daß vor allem Katzer als Vertreter des sozial-reformerischen Arbeitnehmerflügels der Union, diesen Punkt besonders betonte; Katzer, 7.10.1970, S. 3832. Vgl. auch Stoltenberg, 7.10.1970, S. 3806. Es waren vor allem diese beiden Abgeordneten, Katzer und Stoltenberg, die der SPD die Vernachlässigung legitimer massenhafter gesellschaftlicher Bedürfnisse vorwarfen, während Redner wie Müller-Hermann, Höcherl und Pohle auf die angeblich geschmälerten Erträge der Wirtschaft verwiesen und den Sozialdemokraten weit aggressiver wirtschaftspolitische Inkompetenz und sozialistische Ambitionen unterstellten. Vgl. Pohle, 7.10.1970, S. 3845, sowie Höcherl, 7.10.1970,

S. 3824, zur 'Ertragskrise' der Wirtschaft. Hier deutet sich somit eine Fortsetzung der in Abschnitt 5.1.1) aufgezeigten Flügelbildung an, die allerdings jetzt von dem gemeinsamen Ziel der Wiedererlangung der Regierungsmacht überformt wurde und daher zunächst weniger deutlich in Erscheinung trat als 1966/67. Auf diese innerparteiliche Differenzierung, die in der Mitte der siebziger Jahre, auf dem Höhepunkt der Krise, noch weit greifbarer werden sollte, ist weiter unten noch näher einzugehen.

151) Stoltenberg, 7.10.1970, S. 3803; vgl. auch ebenda, S. 3808: "Wenn es jetzt konkret um die Erhöhung von Einkommen um etwa 11 bis 14% geht, dann spiegelt sich in solchen Vereinbarungen und Forderungen die Sorge um ein weiter anhaltendes Steigen der Lebenshaltungskosten und damit auch das mangelnde Vertrauen in den Stabilitätswillen der Regierung deutlich wider." Damit aber mußte sie in letzter Instanz als für die Inflation verantwortlich gelten, denn die durch den Vertrauensschwund hochgetriebenen Lohnforderungen "werden allerdings ihrerseits nicht ohne Wirkung auf die Kosten und die Preise von morgen bleiben können."

152) Ebenda, S. 3808; Stoltenberg grenzt sich hier explizit von der Auffassung des FDP-Abgeordneten Kienbaum ab, wonach das Verhalten der Tarifparteien derzeit wesentlich relevanter für den Konjunkturverlauf sei als die staatlichen Handlungsspielräume und -möglichkeiten; ebenda, S. 3805/06. Zum Vorwurf, die Regierung werden ihren Aufgaben in der Konzertierten Aktion nicht gerecht, vgl. auch Höcherl, 7.10.1970, S. 3822, und Pohle, 7.10.1970, S. 3845. Diese beiden zuletzt genannten Abgeordneten verlangten deutlicher als Stoltenberg massiven staatlichen Druck mittels des Stabilitätsgesetzes auf die Tarifparteien, im Falle Pohles sogar gezielt auf die Gewerkschaften, während Stoltenberg nach wie vor offenließ, ob Preise oder Löhne zuerst gestiegen seien und insgesamt zurückhaltender formulierte, sobald die Verbändepolitik thematisiert wurde.

153) Pohle, 7.10.1970, S. 3846. Dies stellte sicher innerhalb der Union damals eine Extremposition dar; der sozialreformerische, aber auch der infrastrukturell-expansiv orientierte Flügel hätten diese enge Begrenzung wohl nicht ohne weiteres akzeptiert.

154) Stoltenberg, 7.10.1970, S. 3806: "Wir plädieren in dieser schwer zu beurteilenden Konjunktursituation keineswegs für undifferenzierte härtere Bremsmaßnahmen, sondern für einen koordinierten Einsatz aller Instrumente, eine Diskontpolitik, die durch angemessene Maßnahmen der Regierung endlich entlastet wird, eine stabilitätsgerechte Haushaltspraxis und -planung, die ein Beispiel setzt, die Verminderung der privaten Nachfrage, die in diesem Zusammenhang vertretbar ist, aber auch nur dann, und eine Konzertierte Aktion".

155) Ebenda, S. 3806

156) Müller-Hermann, 2.2.1971, S. 5202; vgl. auch Stoltenberg, 2.2.1971, S. 5224.

157) Müller-Hermann, 2.2.1971, S. 5205; vgl. auch Breidbach, 2.2.1971, S. 5258, der feststellt, "daß die Überbeschäftigung, die vorhanden war, im Interesse einer langfristigen Vollbeschäftigung mit Preisstabilität und Wirtschaftswachstum abgebaut werden mußte."

158) Vgl. Pohle, 2.2.1971, S. 5235, sowie Müller-Hermann, 2.2.1971, S. 5203 und S. 5208.

159) Ebenda, S. 5203

160) Ebenda, S. 5205: "Die Regierung hat sich bei ihren Prognosen geirrt, mit ihren Erwartungen und Ankündigungen den Teppich der Realität verlassen und damit auch bei anderen den Eindruck erweckt, man könne den Produktivitätsfortschritt ungestraft auf die Dauer als Maßstab außer acht lassen. Damit nämlich hat die Bundesregierung den Kampf um die Verteilung des Kuchens erst so richtig angeheizt."

161) Pohle, 2.2.1971, S. 5235

162) Müller-Hermann, 2.2.1971, S. 5204

163) Ebenda, S. 5205; vgl. auch Breidbach, 2.2.1971, S. 5259.

164) Vgl. Müller-Hermann, 2.2.1971, S. 5203, und Pohle, 2.2.1971, S. 5236.

165) Ebenda, S. 5237

166) Vgl. ebenda, S. 5235, und Müller-Hermann, 2.2.1971, S. 5208, sowie Höcherl, 2.2.1971, S. 5250.

167) Vgl. oben, Abschnitt 2.2.1)

168) Vgl. oben, Abschnitt 2.3.2)

169) Müller-Hermann, 2.2.1971, S. 5205

170) Strauß, 23.6.1971, 1. Beitrag, S. 7508

171) Ebenda, S. 7504 und S. 7500. Vgl. auch ders., 23.6.1971, 2. Beitrag, S. 7530: Es habe "eine antizyklische Haushaltspolitik und eine rechtzeitige Fiskalpolitik, nämlich Steuer-

politik" gefehlt.

172) Ders., 23.6.1971, 1. Beitrag, S. 7503; Barzel, 23.6.1971, S. 7518: Barzel zitiert allerdings warnend die Befürchtung des Sachverständigenrates, es könne auch bald ein "Risikko für die Beschäftigung" drohen. Wieder, wie schon im Oktober 1970, präsentierte sich die Union als Volkspartei. Barzel übernahm - wenn auch stark in den Hintergrund abgedrängt - den Part der Vertretung lohnabhängiger Arbeitsplatzinteressen; Strauß dominierte mit der einkommens- und stabilitätspolitisch motivierten Kritik an der Regierung.

173) Strauß, 23.6.1971, 1. Beitrag, S. 7504

174) Ebenda, S. 7503/04: Strauß äußert sich in beachtlicher Klarheit über die daraus entstandenen innergewerkschaftlichen Probleme. Die Gewerkschaften gerieten unter den Druck ihrer Basis, weil der Eindruck entstehe, sie schnitten nicht das ihnen gebührende Stück "aus dem Sozialkuchen" heraus. Allerdings erwähnte er mit keinem Wort die Schwierigkeiten, die den Gewerkschaften bei allzu großer Nachgiebigkeit gegenüber restriktiven regierungsamtlichen Orientierungsdaten drohen würden.

175) Ebenda, S. 7504

176) Ebenda, S. 7505; vgl. auch Höcherl, 23.6.1971, S. 7536, der feststellt, die Regierung könne gar nicht offen sagen, zu welchem Zeitpunkt sie die Beendigung des Floatens anstrebe, da genau dadurch der erwünschte Disziplinierungseffekt auf die Tarifparteien verlorengehe.

177) Auch angesichts der in Abschnitt 5.2.1) zitierten Hoffnung der SPD, nach der Wechselkursfreigabe nun auch die Tarifparteien ebenfalls auf einen mehr stabilitätsorientierten Kurs einschwören zu können, mag die Zielrichtung dieses Arguments wirklich nicht ganz falsch gewesen sein.

178) Nur Strauß sprach bei diesem Anlaß, und er wiederholte im wesentlichen den Vorwurf, die Bundesregierung habe die Währungspolitik zur Behandlung von Versäumnissen bei der nationalen Konjunkturpolitik "mißbraucht"; Strauß, 19.1.1972, S. 9355. Schon 1969 hätte binnenwirtschaftlich gebremst werden müssen (!); stattdessen habe die Regierung durch ihren Versuch, die Außenwirtschaftspolitik als Ersatz für die interne Wirtschaftssteuerung zu verwenden, sowohl die Inflation nicht vermieden, als auch "zur Zerrüttung des internationalen Währungssystems einen verhängnisvollen Beitrag geleistet"; ebenda, S. 9355/56.

179) Vgl. Luda, 15.3.1972, S. 10289 sowie S. 10290/91; Barzel, 15.3.1972, S. 10281; Strauß, 15.3.1972, S. 10256/257.

180) Müller-Hermann, 15.3.1972, S. 10237

181) Ebenda, S. 10236; Müller-Hermann spricht von einem "Teufelskreis der Inflationspolitik": "Denn von der überproportionalen Aufblähung der öffentlichen Haushalte ist in besonderem Maße ein inflationärer Schub ausgegangen, und jetzt schlagen die Folgen der Inflation mit der Kostenexplosion wieder auf die öffentlichen Haushalte zurück." Die Bundesregierung habe "leichtfertig die Geldwertstablität verspielt", das gleiche gelte für den "Fortschritt in unserem Lande und die Sicherung unserer Zukunft". Vgl. auch Luda, 15.3.1972, S. 10290, und Strauß, 15.3.1972, S. 10253.

182) Vgl. Barzel, 15.3.1972, S. 10282, der vor allem den Rückgang öffentlicher Investitionen beklagt und damit eine Position der Unternehmerverbände übernimmt, die stets die Reduktion öffentlicher (Personal-)Ausgaben, aber die Beibehaltung oder gar Steigerung staatlicher Investitionsaufträge forderten. Vgl. auch Strauß, 15.3.1972, S. 10260.

183) Siehe ebenda, S. 10261, und Barzel, 15.3.1972, S. 10282; schließlich auch Müller-Hermann, 15.3.1972, S. 102238/239.

184) Ebenda, S. 10237

185) Ebenda, S. 10235: "Am ehesten scheint die Welt auf dem Arbeitsmarkt noch in Ordnung zu sein." Ebenso Strauß, 15.3.1972, S. 10251, der von einer "noch gesicherte(n) Vollbeschäftigung" spricht, die "mit einer anhaltenden, über das Jahr 1972 sich erstreckenden Inflation erkauft" worden sei.

186) Luda, 15.3.1972, S. 10292; offenbar strebe die Regierung mit Blick auf Neuwahlen ein Durchstarten um jeden Preis an, ungeachtet ihrer gesetzlichen Verpflichtungen, auch den Geldwert zu sichern. "Da es um die Macht geht, ist das Stabilitätsgesetz nur noch Makulatur." Vgl. auch Strauß, 15.3.1972, S. 10257, und Müller-Hermann, 15.3.1972, S. 10241.

187) Vgl. Luda, 15.3.1972, S. 10292, und Strauß, 15.3.1972, S. 10259/260.

188) Müller-Hermann, 15.3.1972, S. 10240/241

189) Ebenda, S. 10240; nicht nur der Versuch, den staatlichen Anteil am Bruttosozialprodukt

über Steueränderungen zu erhöhen, wurde abgelehnt. Auch die öffentlichen Verschuldung müsse "sich in den Grenzen halten, die durch den Kapitalbedarf der Wirtschaft auf der einen Seite und durch die Rücksichtnahme auf die Preisentwicklung auf der anderen Seite gesetzt sind." Ebenda, S. 10241; vgl. auch Strauß, 1.3.1972, S. 10253, der lapidar feststellt, der Unterschied zwischen dem Wachstum des realen (!) Bruttosozialprodukts und dem der Staatsausgaben sei eine der wesentlichen Inflationsquellen. Offenbar erhielten nun allmählich auch für den CSU-Vorsitzenden die Zurückdrängung staatlicher Ansprüche an das Sozialprodukt und die Preisstabilisierung den Vorrang vor der Beschaffung staatlicher Resourcen, jedenfalls so lange, wie die SPD die Regierung führte.

190) Müller-Hermann, 15.3.1972, S. 10239

191) Barzel, 15.3.1972, S. 10282

5.3) Verzicht und Krise - Vom Zweiten Kabinett Brandt/Scheel zur Regierung Schmidt/Genscher (1973 - 1976)

1) Vgl. hierzu und im folgenden neben Goldberg/Jung, a.a.O., S. 13+ff: Bundesministerium der Finanzen (Hg.): Finanzbericht. Die volkswirtschaftlichen Grundlagen und die wichtigsten finanzwirtschaftlichen Probleme des Haushaltsplanes der Bundesrepublik Deutschland für das Haushaltsjahr 1975. Bonn 1975, S. 215ff. 1.1.1973: Herabsetzung der Freibetragsgrenze der Bardepotspflicht für im Ausland von deutschen Unternehmern aufgenommene Kredite von DM 500.000 auf DM 50.000; 7.2.1973: Begrenzung der Rediskontkontigente auf 60%; 1.3.1973: Erhöhung der Mindestreservesätze um 15% bzw. 7,5%.

2) 3.5.1973: Diskont- und Lombardsatzerhöhungen auf 6 bzw. 7%; 31.5.1973: weitere Erhöhung auf 7 bzw. 9%.

3) 17.2.1973: Erstes Stabilitätsprogramm '73 der Bundesregierung, das u.a. die Erhebung einer befristeten Stabilitätsabgabe und die Erhöhung der Mineralölsteuer vorsah; 23.5.1973: Verabschiedung des Zweiten Stabilitätsprogramms '73 der Bundesregierung durch den Bundestag, das die zeitlich begrenzte Erhebung einer Investitionssteuer, die Aussetzung der degressiven Abschreibung, die Herabsetzung des Freibetrages bei der Stabilitätsabgabe sowie eine 10%ige Kürzung der Haushaltsmittel für Gemeinschaftsaufgaben sowie die Stillegung von Steuereinnahmen umfasste. Es ist auffällig, daß von diesen Maßnahmen in der Tat besonders die Investoren getroffen wurden. Eine allzu starke Belastung der Masseneinkommen ohne Ergänzung durch die Erhebung von Steuern und Abgaben zu Lasten der Unternehmer hätte nach den zurückhaltenden gewerkschaftlichen Tarifforderungen erhebliche Legitimationsprobleme gegenüber den Lohnabhängigen geschaffen und es zugleich den Gewerkschaftsführungen unmöglich gemacht, den Kurs der Regierung lohnpolitisch zu unterstützen.

4) Eine erneute Dollar-Krise zerstörte das mit dem Realignment vom Dezember 1971 geschaffene labile währungspolitische Gleichgewicht im Februar 1973, worauf die EG-Länder nun mit dem gemeinsamen Blockfloaten gegenüber Drittländern reagierten. Parallel dazu wurde am 14.3.1973 die DM um 3% aufgewertet, um allzu starke Spannungen zwischen den jetzt währungspolitisch enger miteinander verbundenen nationalen Volkswirtschaften zu mildern. Daß es damit nicht getan sein würde und daß gemeinsame europäische Aktionen eine kontinuierliche Höherbewertung der D-Mark erzwingen mußten, zeigte die 5,5%ige Aufwertung, die bereits am 29.6.1973 folgte.

5) Schon im Dezember 1973 nahm die Regierung ihre stabilitätspolitischen Beschlüsse vom Frühjahr im wesentlichen wieder zurück. Am 15.12.1973 kam es zu dem Beschluß, die für 1974 vorgesehene Streckung der Ausgaben für Gemeinschaftsausgaben von Bund und Ländern nicht zu realisieren. Am 19.12.1973 folgten die Aufhebung der Investitionssteuer und die Wiedereinführung der degressiven und der 7b-Abschreibung. Symptomatisch war jedoch, daß im Gegensatz zu diesen Investitionserleichterungen der bis zum 31.6.1974 befristete Konjunkturzuschlag nicht aufgehoben wurde; den privaten Verbrauch, dessen sprunghafte Entwicklung in den letzten Jahren so viele Schwierigkeiten bei der Konjunktursteuerung bereitet hatte, wollte man nicht so ohne weiteres von allen Beschränkungen befreien.
Im Februar 1974 wurden 600 Millionen DM für die wirtschaftliche, insbesondere arbeitsmarktpolitische Förderung strukturschwacher Regionen bereitgestellt, im September desselben Jahres weitere 950 Millionen DM, aber erst das 'Programm stabilitätsgerechter Aufschwung' vom Dezember 1974 nahm Dimensionen an, die dem sich verschärfenden Arbeitslosenproblem eher angemessen waren. 1,73 Milliarden DM für Bundesinvestitionen und Lohnzuschüsse für die

Einstellung Arbeitsloser sowie steuerliche Investitionsbegünstigungen, Mittelstandshilfen etc. waren in seinem Rahmen vorgesehen. Diese keineswegs massiv zu nennenden Belebungsversuche wurden von der stabilitätspolitisch motivierten kurzfristigen Begrenzung des Kreditvolumens durch den Zentralbankrat im Mai 1974 kontrastiert, die von Voten verschiedener Institutionen zugunsten einer Begrenzung des Haushaltszuwachses begleitet worden war.

6) Dafür legt die Tatsache beredtes Zeugnis ab, daß der im Juli vom Kabinett verabschiedete Haushaltsentwurf 1975 eine Steigerung der Kreditaufnahme gegenüber dem Vorjahr von mehr als 100% vorsah. Im August 1975 wurde ein Bauinvestitionsprogramm mit einem Volumen von 5,75 Milliarden DM von der Regierung beschlossen; die enorme Steigerung des Umfangs gegenüber dem Programm vom Dezember 1974 zeigt, wie belastend das Arbeitslosenproblem, damit aber auch der legitimatorische Druck auf die Regierung, nun endlich durchgreifend zu handeln, geworden war, wie stark aber als Folge davon die staatlichen Finanzen in Anspruch genommen wurden, und dies in einer Zeit zurückgehender Einnahmen. Das Waterloo des Keynesianismus war nicht mehr fern.

7) Am 6.11.1975 beschloß der Bundestag das sogenannte Haushaltsstrukturgesetz, das vor allem konsumtive Staatsausgaben begrenzte, die Arbeitslosenversicherungsbeiträge anhob sowie die Mehrwert-, Tabak- und Branntweinsteuer erhöhte. D.h., die Investitionsförderung traf mit steigenden Belastungen der Masseneinkommen durch indirekte Steuern und Abgaben zusammen und wurde durch staatlichen Leistungsverzicht besonders im Sozial- und Bildungsbereich (der als personalintensiver Sektor am härtesten von der Mittelkürzung betroffen wurde) ergänzt, der wiederum am stärksten zu Lasten der breiten Schichten der Gesellschaft ging, da die privilegierten Gruppen allemal selbst genügend Mittel beispielsweise für die Bildung und Ausbildung aufbringen können.

8) Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 1980/81: Unter Anpassungszwang. Stuttgart/Mainz 1980, Anhang, Tab. 34+,S. 275: Die Verschuldung des Bundes stieg von 17,401 Mrd. DM (1965) über 27,786 Mrd. DM (1970), 67,001 DM (1975) auf 122,755 Mrd. DM (1980, im Juni) (ab Ende 1972 einschließlich "Auftragsfinanzierung Öffa" und "Krankenhausfinanzierung", ab 1980 einschließlich Lastenausgleichsfonds).

9) Der Staatsverbrauch (in Preisen von 1970) nahm folgende Anteile am Bruttosozialprodukt ein: 17,0% (1965), 15,9% (1970), 18,4% (1975), 17,5% (1980). Der Wert des Jahres 1975 stellt den absoluten Höhepunkt der Entwicklung dar; Statistisches Bundesamt (Hg): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Fachserie 18, Reihe 1: Konten und Standardtabellen. 1980. Stuttgart/Mainz 1981, Tab. 2.5, S. 186.

10) Am 10.2.1976 wurde ein Sonderprogramm von 200 Millionen DM für Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und Bildungsförderung zugunsten jugendlicher Arbeitsloser zwischen dem Bundesministerium für Arbeit und Sozialordnung und der Bundesanstalt für Arbeit vereinbart. Zwei Tage später verabschiedete der Bundestag den von den Unternehmerverbänden seit langem geforderten steuerlichen Verlustrücktrag bis zu einer Obergrenze von 5 Millionen DM.

11) Vgl. dazu oben, Abschnitt 4.3), sowie den Schlußteil der vorliegenden Arbeit.

12) Brandt, 18.1.1973, S. 125; vgl. dazu ähnlich Möller, 24.1.1973, S. 176, der sich konkret auf die anstehende Tarifrunde im öffentlichen Dienst bezieht.

13) Brandt, 18.1.1973, S. 126: "Einem großen Teil unserer Bürger ist es klar, daß der Staat die Leistungen, die sie in wachsendem Maße von ihm erwarten, nicht mit weniger Einnahmen erbringen kann, sondern daß die finanzielle Leistungskraft der öffentlichen Hand gesichert und gestärkt werden muß." Vgl. auch Möller, 24.1.1973, S. 176: Es gebe "Steuererhöhungen dann, wenn es notwendig ist, ein Reformprogramm durchzuführen, das sich ohne Steuererhöhungen nicht realisieren läßt." Allerdings warnt Möller gleichzeitig davor, Reformpläne ohne Rücksicht auf ihre Finanzierbarkeit aufzustellen.

14) Brandt, 18.1.1973, S. 12; der Kanzler weist zugleich auf die "besondere Verantwortung" aller hin, "die in der Praxis über Preise und Kosten entscheiden, nämlich die Unternehmer, der Handel und die Tarifvertragsparteien." Und er erklärte es für "wirklichkeitsfremd ..., den öffentlichen Ausgabenetats die Hauptlast aufbürden zu wollen, wenn die Bedürfnisse der Bürger nicht Schaden leiden sollen." Dies ist die endgültige Absage an ein Kernstück der keynesianischen Steuerungskonzeption, die das Dilemma der Fiskalpolitik zwischen globaler Wirtschaftslenkung und Infrastrukturpolitik nicht klar genug erkannt hatte. Vgl. auch Möller, 24.1.1973, S. 175, der die entsprechenden Beschlüsse des sogenannten 15-Punkte-Programms der Bundesregierung vom 27.10.1972 nennt: Die Einigung mit der Bundesbank, den Geldmengenzuwachs für 1973 auf die "zu erwartende Zuwachsrate des nominalen Bruttosozial-

produkts zu reduzieren", die Vorbereitung der Novellierung des Bundesbankgesetzes, die insbesondere die Wirksamkeit der Mindestreservepolitik verstärken sollte, den Beschluß, Steuereinnahmen des Bundes zur Verringerung der Nettokreditaufnahme zu verwenden sowie mehrere Maßnahmen zur verbesserten Kontrolle und Sicherung des Wettbewerbs einschließlich der Novellierung des Kartellgesetzes. Der Aspekt der Bekämpfung des Mißbrauchs wirtschaftlicher Macht, insbesondere bei der Preisgestaltung, nahm auch in anderen Reden erheblichen Raum ein: Vgl. Brandt, 18.1.1973, S. 126, sowie Junghans, 25.1.1973, S. 275/276. Hierin dürfte sich die schmerzhafte Erfahrung spiegeln, daß das 'freie Spiel der Kräfte am Markt', nur bestimmt von Angebot und Nachfrage, angesichts des erreichten Konzentrationsgrades wichtiger Sektoren der westdeutschen Wirtschaft längst zur Illusion (bzw. zum Ideologem) geraten war.

15) Vgl. Brandt, 18.1.1973, S. 124/125, sowie Arndt, 24.1.1973, S. 192, der die Opposition auffordert, endlich das derzeit uneinlösbare Verlangen nach einer gleichzeitigen europäischen Integrations- und einer europäischen Stabilitätspolitik aufzugeben.

16) Brandts Angriff auf die 'als Reformgerede getarnten Lohnforderungen' wurde bereits in Anm. 12) zitiert; aber auch die Unternehmer kamen nicht ohne Kritik davon: Ihr Bekenntnis zur Marktwirtschaft "deckt doch oft genug den Rückzug auf das, was man den risikolosen Kapitalismus nennen möchte. ... Gemeint ist manchmal wirklich nur die Privatisierung der Gewinne und die Sozialisierung der Verluste." Brandt, 26.1.1973, S. 364.

17) Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 10. bis 14. April 1973. Stadthalle Hannover. Band I: Protokoll der Verhandlungen. Anlagen. Band II: Ohne Befassung in der Sache an den Parteivorstand überwiesene Anträge. Hrsg. vom Vorstand der SPD. Bonn, o.J. Vgl. etwa die Beiträge von Steffen, Joachim, S. 114/115; Eichel, Hans, S. 131/132; Dammeyer, Manfred, S. 310/311. Diese Delegierten befürworteten derartige Eingriffe in den Kernbereich der unternehmerischen Autonomie. (Alle Beiträge in Band I.)

18) Vgl. ebenda, z.B. Ehrenberg, Herbert, S. 187; Ehmke, Horst, S. 198/199; Osswald, Albert, S. 299; Striek, Heinz, S, 312; von Dohnanyi, Klaus, S. 316.

19) Ebenda, S. 382

20) Ebenda, S. 131/132

21) Brandt, 15.3.1973, S. 919. Der Bundeskanzler bekennt sich unzweideutig zu dieser Selektivität in der Zuweisung stabilitätspolitischer Verantwortung und der ihr entsprechenden Maßnahmen: Die zurückhaltenden "Tarifabschlüsse Anfang des Jahres sollten bewußt durch eine Stabilitätsabgabe ergänzt, um nicht zu sagen: auch honoriert werden, die nicht die breiten Schichten trifft."

22) Ehrenberg, 15.3.1973, S. 929. Ehrenberg mahnt die Unternehmer eindringlich, "zwischen kurzfristigen Vorteilen und ihren eigenen wohlverstandenen langfristigen Interessen zu unterscheiden" und kündigt gleichzeitig die Aussetzung der degressiven Abschreibung als eine mögliche Konsequenz einer falschen Entscheidung an; ebenda, S. 928/929.

23) Ebenda, S. 928: Das Blockfloaten und das Stabilitätsprogramm "werden den voraussehbaren Gewinnanstieg der deutschen Wirtschaft nicht brechen, aber sie werden den Verlauf des Anstiegs notwendigerweise abflachen. Das ist langfristig auch im Sinne einer stabilen Entwicklung des privaten Unternehmenssektors selbst. Es nimmt dem kommenden Konjunkturaufschwung einen Teil seiner Verteilungsproblematik, der ohne diese Einschränkung für die in so hohem Maße ihre gesamtwirtschaftliche Verantwortung wahrenden Gewerkschaften unerträglich würde."
Vgl. auch Brandt, 15.3.1973, S. 919

24) Ehrenberg, 15.3.1973, S. 926/927

25) Brandt, 15.3.1973, S. 919; der Kanzler lehnt eine stabilitätspolitisch motivierte unbegrenzte Kürzung öffentlicher Ausgaben ab. Ehrenberg, 15.3.1973, S. 926, stellt fest, das Aufkommen aus der Stabilitätsanleihe und die Stabilitätsabgabe gäben zusammen ein "Signal zu der notwendigen Erweiterung des Anteils der öffentlichen Investitionen am Sozialprodukt." Vgl. auch Schachtschabel, 15.3.1973, S. 971/972, sowie schließlich Rapp, 15.3.1973, S. 986.

26) Ebenda, S. 986

27) Brandt, 29.11.1973, S. 3908. Brandt stellt fest, man habe bis jetzt positive Erfahrungen mit der Einhaltung des Sonntagsfahrverbotes und den Geschwindigkeitsbegrenzungen gemacht. "Anpassungsfähigkeit und eine Bereitschaft zu einem gewissen Verzicht - diese Eigenschaften sind bei den Menschen in unserem Lande lebendig, wenn es notwendig ist, und es ist gut

zu wissen, daß es so ist." Bei der Versorgung mit Öl und Bezin habe die Wirtschaft absoluten Vorrang, damit die Arbeitsplätze nicht gefährdet würden; ebenda, S. 3909. Vgl. ebenso Ahrens, 29.11.1973, S. 3968.

28) Brandt, 29.11.1973, S. 3910. Der Kanzler übt deutliche Kritik an der derzeitigen Preispolitik der Ölkonzerne, denn mit dem Druck der OPEC-Staaten lasse sich "keinesfalls jeder Preis rechtfertigen, der im Augenblick verlangt wird." Sollte die getroffene Vereinbarung zwischen dem Wirtschaftsminister, dem Bundeskartellamt und der Mineralölwirtschaft über ein "System der Offenlegung und Prüfung" der Preisgestaltung nicht ausreichen, so behalte er sich "weitergehende Schritte vor". Vgl. zur Kritik an der unternehmerischen Ölpreispolitik auch Ehrenberg, 29.11.1973, S. 3925, und Ahrens, 29.11.1973, S. 3968.

29) Vor allem Kohle und Kernkraft sollten als Energieträger ausgebaut werden; vgl. Brandt, 29.11.1973, S. 3909/10.

30) Vgl. ebenda, S. 3910/11, sowie Ahrens, 29.11.1973, S. 3969. Einen ganz wesentlichen Aspekt dieses wohlfahrtsstaatlichen Verfahrens thematisiert Wehner, der sozialdemokratische Fraktionsvorsitzende, indem er in Zwischenrufen zu Ahrens' Beitrag immer wieder insistiert: "Also verdienen oder profitieren kann man, soviel man will. Hauptsache, den anderen wird geholfen?" Ebenda, S. 3969.

31) Vgl. ebenda, S. 3969, sowie Brandt, 29.11.1973, S. 3908.

32) Ehrenberg, 29.11.1973, S. 3926

33) Brandt, 29.11.1973, S. 3912; vgl. auch Ehrenberg, 29.11.1973, S. 3924/25.

34) Brandt, 29.11.1973, S. 3912: "Nicht jeder wird in dieser Lage s e i n e n Arbeitsplatz behalten können; aber wir wollen gemeinsam mit der Wirtschaft und den Gewerkschaften alle Anstrengungen unternehmen, damit jeder e i n e n Arbeitsplatz haben wird." Dazu war nach Brandts Auffassung durch den Anwerbestop für ausländische Lohnabhängige aus Nicht-EG-Ländern ein erster Schritt getan worden. Die bei Brandt nur angedeutete Notwendigkeit arbeitsmarktpolitischer 'Mobilität' der Lohnabhängigen fordert auch Ehrenberg, 29.11.1973, S. 3926.

35) Brandt, 29.11.1973, S. 3912, weist die Forderung der ÖTV nach 10 - 15%igen Einkommensteigerungen als unrealistisch und vor dem Hintergrund der Arbeitsplatzsicherheit im öffentlichen Dienst ungerechtfertigt zurück. Ehrenberg, 29.11.1973, S. 3926, formuliert: "Was wir brauchen, ist Bereitschaft, mit weniger privater Wohlstandssteigerung auszukommen und um so mehr die zur Verfügung stehenden Mittel auf öffentliche Investitionen, auf arbeitsplatzsichernde oder -schaffende und energiesparende Investitionen zu konzentrieren."

36) Vgl. ebenda, S. 3925, sowie Brandt, 29.11.1973, S. 3910. In dieser Frage schien es innerfraktionell einen gewissen Dissens zu geben, da außer in den erwähnten Zwischenfragen Wehners auch Ahrens das Prinzip kritisiert, durch Steuermittel Hilfen zu gewähren, an denen andere Teile der Gesellschaft verdienten, statt die unternehmerische Preispolitik zu überprüfen. Ahrens, 29.11.1973, S. 3969.

37) Vgl. unten, Abschnitt 5.3.3)

38) Vgl. Brandt, 2.4.1974, S. 6247; Ehrenberg, 29.3.1974, S. 6197, und Schmidt, 29.3.1974, S. 6207/08.

39) Ehrenberg, 29.3.1974, S. 619; Schmidt, 29.3.1974, S. 6201 und S. 6205: "Der Bund hat, abgesehen von der Bedienung der staatsnotwenigen Funktionen, die er finanzieren muß - von der Bundeswehr bis hin zur Sicherungsgruppe -, im wesentlichen die sozialpolitische Aufgabe der Umverteilung der Einkommensströme. In dem Maße, in dem die sozialliberale Koalition diese Umverteilungsfunktion ausweitet, um der sozialen Gerechtigkeit zu dienen, in dem Maße muß - spiegelbildlich - auf der anderen Seite die Investitionsquote des Bundes natürlich auch geringfügig heruntergehen. Aber sie spielt ... für die Gesamtinvestitionen in der Volkswirtschaft keine Rolle." Der Abgeordnete Reuschenbach lieferte eine klare Analyse der Oppositionsstrategie zur Frage der Schuld an der Inflation und zur Aufgabe der Haushaltspolitik: In jedem Falle trage nach Auffassung der Opposition die Regierung die Verantwortung für die Preissteigerungen, wenn nicht unmittelbar, so doch durch ihr Versagen gegenüber der Entstehung bestimmter Ursachen der Geldentwertung. "Die Förderung hysterischer Inflationsagitation stempelt die öffentliche Hand zum Krisengewinnler, der entmachtet werden muß, dem Einnahmen genommen werden müssen, und auf diese Weise wird die Schere zwischen den öffentlichen Leistungen und den Forderungen weit geöffnet. Hätte eine solche Strategie Erfolg, stünde am Ende der Offenbarungseid der öffentlichen Hand." Reuschenbach, 2.4.1974, S. 6263.

40) Vgl. Brandt, 2.4.1974, S. 6251/52
41) Ehrenberg, 29.3.1974, S. 6199
42) Ebenda, S. 6263, sowie Brandt, 2.4.1974, S. 6249
43) Ebenda, S. 6251; der Kanzler bekennt sich zur Tarifautonomie, "auch wenn etwa in bezug auf den öffentlichen Dienst gewisse Fortentwicklungen zu diskutieren sein werden. Aber wir wollen uns alle klarmachen ..., daß die Konsequenzen tarifpolitischer Entscheidungen für Kosten, Preise und Beschäftigung nun einmal nicht wegzuzaubern sind."
44) Wolfram, 2.4.1974, S. 6272
45) Schmidt, 13.12.1974, S. 9423: Durch die Antizipation zweistelliger Preissteigerungsraten, die dann nicht Realität geworden seien, "sind z.B. im Bauwesen, aber auch an der Lohnfront zum Teil Fehler gemacht worden, die sich heute auswirken, zum Teil bitter auswirken."
46) Ebenda, S. 9425; Ehrenberg, 13.12.1974, S. 9450/51.
47) Schmidt, 13.12.1974, S. 9423
48) Ebenda, S. 9427
49) Ebenda, S. 9494: "Wir hätten allenfalls kurzfristige Beschäftigung geschaffen, ohne sie langfristig sichern zu können." "Dem Interesse der arbeitenden Menschen kann nämlich langfristig nur durch eine offene und redliche d.h. notfalls auch harte Politik gedient werden", weshalb der stabilitätspolitische Kurs grundsätzlich beibehalten werden müsse. Vgl. auch Ehrenberg, 13.12.1974, S. 9448 und 9450, der die Notwenigkeit einer weiteren Geldwertstabilisierung immer wieder neben oder sogar vor der Arbeitsplatzsicherung nennt.
50) Schmidt, 13.12.1974, S. 9424: "Allerdings geben wir auch immer noch 2.300.000 ausländischen Arbeitnehmern Lohn und Brot und leisten damit einen großen Beitrag für unsere Nachbarvölker."
51) Vgl. ebenda, S. 9424, sowie Junghans, 13.12.1974, S. 9466: "Aber zwischen Arbeitslosigkeit in weiten Teilen der übrigen Welt ist dank unseres sozialen Sicherungssystems ein Unterschied wie zwischen Diät und Verhungern." Dieser Vergleich ist wohl eher zutreffend als geschmackvoll zu nennen.
52) Schmidt, 13.12.1974, S. 9426
53) Vgl. ebenda, S. 9422, sowie Junghans, 13.12.1974, S. 9465: Die Opposition solle doch nicht so tun, als ob die Bundesregierung "Befehlsgewalt über die Arbeitgeberverbände, die Gewerkschaften und nicht zuletzt auch über die Bundesbank" habe. Mitunter mag es sich anbieten, dem parlamentarischen Gegner Argumente vorzuhalten, die man im Grunde an eine ganz andere Adresse gerichtet wissen will.
54) Vgl. Apel, 20.2.1975, S. 10301/302: Bemerkenswerterweise stützt Apel seine Behauptung von der im internationalen Vergleich günstigen Lage der Bundesrepublik u.a. auf den Hinweis, daß die Bundesrepublik weniger Streiktage als England, Frankreich und Italien aufzuweisen habe "auf Grund des sozialen Friedens, (der, C.S.) wiederum Ergebnis unseres sozialen Netzes und sozialer Sicherheit" sei. Die Frage, wie lange dieser soziale Friede noch anhalten konnte, angesichts der sozialdemokratischen Form des Krisenmanagements, wurde selbstverständlich nicht gestellt. Vgl. ebenfalls Matthöfer, 20.2.1975, S. 10348/349; hier taucht wieder einmal die Kritik des Exportüberschusses auf, "der uns reale Ressourcen kostet, unseren Lebensstandard und die Möglichkeiten der Zukunftsvorsorge vermindert und die Zahlungsbilanz unserer Handelspartner belastet." Schon bald aber sollte die SPD diesem Exportgeschäft nachtrauern, als es nämlich im Verlauf des Jahres 1975 zu einem jähen Absturz der Weltkonjunktur kam.
55) Wolfram, 20.2.1975, S. 10359: "Ich würde mir wünschen, daß gerade die Unternehmensleitungen und auch die Selbständigen erkennen, daß diese Bundesregierung eine Politik auch in ihrem Sinne betreibt."
56) Vgl. Schachtschabel, 20.2.1975, S. 10370/371, sowie Haase, 20.2.1975, S. 10376.
57) Wolfram, 20.2.1975, S. 10357: "Aber ich lasse auch diejenigen nicht aus der Verantwortung und Mitverantwortung, die als autonome Gruppen und Kräfte in unserer Wirtschaft ein großes Maß an Verantwortung tragen, vielleicht ein größeres, als man leichthin und schnell der Regierung unterstellt."
58) Ebenda, S. 10359
59) Vgl. oben, Abschnitt 4.3.1), Anm. 54)
60) Apel, 20.2.1975, S. 10299/300
61) Ehrenberg, 20.2.1975, S. 10320; sein Hinweis, der Zentralbankrat solle sich möglichst nicht "allzusehr von den wissenschaftlich fragwürdigen Ideen des Milton Friedman beein-

drucken" lassen, zielt auch gegen entsprechende Konzeptionen in der FDP, die im nächsten Abschnitt zu referieren sein werden.

62) Apel, 20.2.1975, S. 10299

63) Vgl. Schmidt, 17.9.1975, 1. Beitrag, S. 12885/886; Möller, 17.9.1975, S. 12946/947; Ehrenberg, 17.9.1975, S. 12990, sowie Apel, 18.9.1975, S. 13011 und S. 13013/014. Vor allem erhoffte man sich durch die Förderung ökonomisch schwacher Staaten und der Entwicklungsländer größere Absatzmärkte und damit die Chance einer neuen Exportoffensive; vgl. Schmidt, 17.9.1975, 1. Beitrag, S. 12897, sowie Apel, 18.9.1975, S. 13019.

64) Vgl. ebenda, S. 13010/011, sowie Schmidt, 17.9.1975, 1. Beitrag, S. 12894: "Die Wirtschaft kann sicher sein, daß die Erhöhung ertragsabhängiger und ertragsunabhängiger Steuern nicht erforderlich und nicht beabsichtigt ist. Sie kann ebenso davon ausgehen, daß die öffentlichen Hände, die jetzt einen unverhältnismäßig großen Anteil der privaten Ersparnis ... kreditweise an sich ziehen, im Aufschwung mit ihrer Nachfrage an den Kreditmärkten zurückstecken werden und damit Raum entsteht für die Finanzierung von privatwirtschaftlichen Investitionen. Wir brauchen diese privatwirtschaftlichen Investitionen dringend für neue Arbeitsplätze; wir brauchen sie dringend, um international wettbewerbsfähig zu bleiben. Deswegen belasten wir den Aufschwung nicht mit einer unnötigen Hypothek."

65) Vgl. ebenda, S. 12890 und S. 12891

66) Vgl. Apel, 18.9.1975, S. 13019; Möller, 17.9.1975, S. 12946; Ehrenberg, 17.9.1975, S. 12996: Ehrenberg erinnert hier an die Aussage eines Gewerkschaftsführers, wonach die sozialliberale Koalition den sozialen Frieden in der Bundesrepublik durch ihre Reformpolitik gesichert und gefestigt habe und dies auch in der Zukunft tun könne; hierin deutet sich ein neues Begründungsmuster für bestimmte Reformen an, auf das gleich noch zurückzukommen sein wird. Vgl. schließlich hierzu auch Schmidt, 17.9.1975, 1. Beitrag, S. 12896.

67) Ebenda, S. 12896

68) Ebenda, S. 12896, sowie ders., 17.9.1975, 2. Beitrag, S. 12970: Sein Hinweis auf das historische Beispiel von 1930, als die damalige SPD die Regierung wegen der geplanten Erhöhung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung verließ, sei "mindestens zur größeren Hälfte an meine gewerkschaftlichen Freunde draußen im Lande gerichtet, die sich ein bißchen murrend empören, daß wir heute den Arbeitslosenversicherungsbeitrag erhöhen - die Linke in Deutschland (gemeint ist die SPD, C.S.) hat die Lehre daraus zu ziehen, daß man wegen solcher Fragen, wenn man Augenmaß hat, nicht eine Gesetzgebungs- und Regierungskoalition aufs Spiel setzt."

69) Ders., 1. Beitrag, S. 12891

70) Ebenda, S. 12891/892; vgl. auch Ehrenberg, 17.9.1975, S. 12995; Möller, 17.9.1975, S. 12950; sowie Apel, 18.9.1975, S. 13010.

71) Vgl. Schmidt, 17.9.1975, 1. Beitrag, S. 12895/896, und Ehrenberg, 17.9.1975, S. 12996.

72) Schmidt, 17.9.1975, 1. Beitrag, S. 12897: "Solche gesellschaftsreformerischen Vorhaben, die nicht zusätzliche finanzielle Mittel erfordern", "passen auch zukünftig durchaus in diese Zeit." Gemeint war beispielsweise die Reform der Mitbestimmung, für die der Abgeordnete Schmidt (Wattenscheid) eine Begründung lieferte, die 'auch zukünftig durchaus in diese Zeit passte': "Dabei geht es nicht nur um Ansprüche der Arbeitnehmerschaft; oder insbesondere der organisierten Arbeitnehmerschaft; dabei geht es auch darum, im Zusammenhang mit der heute zu behandelnden Thematik die Voraussetzungen schaffen zu helfen, daß unsere Wirtschaft leistungsfähig bleibt, oder, wo sie noch leistungsfähiger werden kann und muß, leistungsfähiger wird." Schmidt, (Wattenscheid), 17.9.1975, S. 12909.

73) Vgl. Schmidt, 17.9.1975, 1. Beitrag, S. 12893; Möller, 17.9.1975, S. 12948; Apel, 18.9.1975, S. 13016/017; und Ehrenberg, 17.9.1975, S. 12995/996.

74) Schmidt, 17.9.1975, 1. Beitrag, S. 12897

75) Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands vom 11. bis 15. November 1975. Rosengarten Mannheim. Protokoll der Verhandlungen. Anlagen. 2 Bände, hrsg. vom Vorstand der SPD. Bonn, o.J.; hier etwa die Beiträge von Mattiesen, Klaus, S. 90; Osswald, Albert, S. 104/105; Steffen, Joachim, S. 142; Riebschläger, Klaus, S. 143; Skarpelis-Sperk, Sigrid, S. 159/160; Mascher, Ulrike, S. 161 und S. 463; Grunenberg, Horst, S. 467/468; Klose, Hans-Ulrich, S. 170-172; Porzner, Konrad, S. 470/471; sowie Ehrenberg, Herbert, S. 472. (Alle Band I).

76) So kam es beispielsweise zu einer Diskussion um die Frage von Steuererleichterungen für Unternehmen, wobei die Einführung eines Verlustrücktrages abgelehnt wurde; vgl. ebenda,

die Beiträge von Gobrecht, Horst, S. 638/639, und Jordan, Jörg, S. 640. (Beide in Band I).

77) Vgl. z.B. ebenda, Strasser, Johano, S. 490-492; Fritzsche, Klaus, S. 497/498; Wieczorek, Norbert, S. 504/505; Jansen, Günther, S. 513; Skarpelis-Sperk, Sigrid, S. 519-521; Schinzel, Dieter, S. 522, und Weber, Ulrich, S. 529/530. (Alle in Band I). Die eben genannten Delegierten waren Befürworter dieser Bestrebungen; ganz oder teilweise gegen solche Instrumente sprachen sich beispielsweise aus: Urbaniak, Hans, S. 501; Ehrenberg, Herbert, S. 494-496; Steger, Ulrich, S. 524/525 (alle Band I).

78) Vgl. ebenda, den Beitrag von Steger, Ulrich, S. 524/525

79) Ehrenberg, 11.3.1976, S. 15771

80) Apel, 11.3.1976, S. 15795

81) Ehrenberg, 11.3.1976, S. 15772

82) Ebenda, S. 15773; vgl. auch Apel, 11.3.1976, S. 15797 und S. 15799, sowie Rosenthal, 11.3.1976, S. 15824. Mit dieser Entscheidung, (die schon auf frühere Weichenstellungen zurückging), die Pläne zur überbetrieblichen Vermögenspolitik zurückzustellen, de facto zu den Akten zu legen, und stattdessen den - von einigen Gewerkschaften wie etwa der IG Metall erbittert abgelehnten - Weg der betrieblichen Vermögensbildung zu gehen, war ein weiterer großer Stein aus dem Reform(plan)gebäude der ersten sozialliberalen Koalition herausgebrochen worden.

83) Ehrenberg, 11.3.1976, S. 15772/773

84) Lutz, 11.3.1976, S. 15829

85) Apel, 11.3.1976, S. 15973; es sei allerdings die Pflicht jeder Bundesregierung, auf die eventuell erforderlich werdende Anwendung von "Schubladenprogramme(n)" vorbereitet zu sein.

86) Schmidt, 16.12.1976, S. 33

87) Ehrenberg, 20.1.1977, S. 251; vgl. ebenso Schmidt, 16.12.1976, S. 32/33, und Westphal, 20.1.1977, S. 278.

88) Ebenda, S. 281; siehe auch Schmidt, 16.12.1976, S. 33

89) Ebenda, S. 33; vgl. auch ebenda, S. 34, sowie Ehrenberg, 20.1.1977, S. 253, und schließlich Westphal, 20.1.1977, S. 278.

90) Schmidt, 16.12.1976, S. 33; ebenso Ehrenberg, 20.1.1977, S. 253: "Ich möchte von dieser Stelle aus besonders an die Unternehmer appellieren, das Vertrauen der Bevölkerung in die Kraft der deutschen Wirtschaft zur Investition und zur beschäftigungswirksamen Expansion nicht zu enttäuschen."

91) Schmidt, 16.12.1976, S. 33

92) Ebenda, S. 38

93) Ebenda, S. 37/38; vgl. auch Westphal, 20.1.1977, S. 281; sowie Apel, 20.1.1977, S. 296.

94) Westphal, 20.1.1977, S. 281; siehe auch Apel, 20.1.1977, S. 294 und S. 296.

95) Schmidt, 16.2.1976, S. 37: "Allerdings: wer die Finanzpolitik in den Dienst ökonomischer und sozialer Stabilität stellen will, der muß die öffentlichen Haushalte als Instrument wirkungsvoller öffentlicher Leistungen erhalten und fortentwickeln. Moderne Finanz- und Haushaltspolitik beschränkt den Staat am Kapitalmarkt nicht nur auf die Lücken, die andere Nachfrager übriglassen. Das heißt: Für eine gewisse Neuverschuldung, die allerdings deutlich niedriger liegen muß als bisher, muß und wird auch bei hohem Beschäftigungsstand wiederum Platz sein." Aber: "Der Rahmen für Neues wird gering bleiben."

96) Westphal, 20.1.1977, S. 281

97) Vgl. Schmidt, 16.12.1976, S. 34/35, sowie Ehrenberg, 20.1.1977, S. 253.

98) Lambsdorff, 25.1.1973, S. 277

99) Fridrichs, 25.1.1973, S. 265

100) Ebenda, S. 265/266

101) Ebenda, S. 266; vgl. auch Lambsdorff, 25.1.1973, S. 278/279.

102) Ebenda, S. 280: Lambsdorff begrüßt es, daß keine tarifpolitischen Orientierungsdaten vorgelegt worden seien, weil diese "unter allen Umständen die Untergrenze dessen (sind, C.S.), was von den Gewerkschaften im Verständnis ihrer eigenen Aufgaben erreicht werden muß."

103) Ebenda, S. 278: "Vollbeschäftigung oder gar Arbeitsplatzgarantie kann nicht heißen, daß jemand in dem gleichen Betrieb, in dem er seine Lehre absolviert hat, auch pensioniert wird." Berufliche Mobilität der Arbeitnehmer sei unverzichtbar und erbringe auch positive "Wachstums- und Struktureffekte."

104) Mischnick, 18.1.1973, S. 151: "... den Haushalt 1973 erwarten wir in einer konjunkturgerechten Größenordnung und sind überzeugt, daß er sich ohne Steuererhöhungen ausgleichen lassen wird." Auch die Steuerreform solle "als Strukturreform nicht unter dem Aspekt der Einnahmeverbesserung stehen"; vielmehr werde sich die FDP hier "von dem Gebot der sozialen Gerechtigkeit, der Erhaltung der Leistungsbereitschaft der Wirtschaft und der Besteuerung nach Leistungsfähigkeit" sowie von dem Gesichtspunkt der Steuervereinfachung leiten lassen.

105) Friderichs, 15.3.1973, S. 904; vgl. auch Lambsdorff, 15.3.1973, S. 930/931.

106) Friderichs, 15.3.1973, S. 904

107) Ebenda, S. 906/907; vgl. auch Lambsdorff, 15.3.1973, S. 932.

108) Ebenda, S. 932. Das schon früher immer wieder vorgebrachte Argument der FDP, letzten Endes besäßen die Wirtschaftskräfte entscheidenden Einfluß auf das ökonomische Geschehen, und nicht der Staat, kehrt auch in dieser Debatte wieder, bemerkenswerterweise diesmal verknüpft mit einem Plädoyer, die Haushaltspolitik nicht gänzlich in den Dienst der Konjunktursteuerung zu stellen und insbesondere die öffentliche Kreditaufnahme nicht so attackieren wie bislang; Kirst, 15.3.1973, S. 974/975 und S. 976. Hierin könnte sich die Auffassung verbergen, Kreditaufnahmen des Staates seien eher zu begrenzen - beispielsweise durch die Bundesbank - und zudem reversibler als Steuererhöhungen, denn Kirst spricht sich zugleich für eine stabilitätspolitisch motivierte "Priorität der Geld- und Kreditpolitik" aus, die in der gegebenen Konjunkturlage nur restriktiv sein konnte. Ebenda, S. 973.

109) Friderichs, 15.3.1973, S. 907; vgl. auch Lambsdorff, 15.3.1973, S. 933.

110) Friderichs, 1.3.1973, S. 905; vgl. ebenso den in Anm. 108) zitierten Beitrag von Kirst.

111) Lambsdorff, 15.3.1973, S. 934/935: Der Abgeordnete hält es demonstrativ für ausgeschlossen, daß die Erhebung der Stabilitätsabgabe, die den Spitzensteuersatz auf 60% hinauftreibe, der "Einstieg in die Steuerreform ist", und er stellt für seine Partei kategorisch klar: "Wir werden weder der Umverteilung noch der Konfiszierung in jedweder Form zustimmen..." Zur koalitionspolitisch notwendigen Kompromißbereitschaft, vgl. ebenda, S. 933.

112) Friderichs, 29.11.1973, S. 3938: "Diese Möglichkeit (eines infolge der Ölverteuerung sogar bis auf Null reduzieren Wachstums, C.S.) muß bei allen Entscheidungen, die die Einkommensverteilung des kommenden Jahres berühren, berücksichtigt werden, da im Jahre 1974 dann kein realer Einkommenszuwachs zu verteilen ist. Nominale Ansprüche müssen sich den begrenzten realen Angebotsmöglichkeiten anpassen."

113) Lambsdorff, 29.11.1973, S. 3930

114) Vgl. ebenda, S. 3929, sowie Friderichs, 29.11.1973, S. 3936.

115) Ebenda, S. 3936: Die Bundesregierung "muß darauf achten, daß das Interesse auch und insbesondere der internationalen Konzerne am deutschen Markt erhalten bleibt; denn wir haben kein Interesse daran, die Mengen in andere Länder abfließen zu sehen." Vgl. auch Lambsdorff, 29.11.1973, S. 3929.

116) Zywietz, 29.11.1973, S. 3973

117) Lambsdorff, 29.11.1973, S. 3929

118) Ebenda, S. 3930; vgl. auch Friderichs, 29.11.1973, S. 3937.

119) Zywietz, 29.11.1973, S. 3973; sowie Lambsdorff, 29.11.1973, S. 3937.

120) Ebenda, S. 3931: Wenn die Opposition ein Arbeitsbeschaffungsprogramm fordere, so nehme sie damit eine weitere Beschleunigung der Inflation in Kauf. Im übrigen könnten derartige Maßnahmen in Anbetracht der gegenwärtigen Hochzinspolitik der Bundesbank wohl kaum finanziert werden. Es kann auch hier - wie oben schon bei der SPD - vermutet werden, daß die FDP mitunter Argumente an die Opposition adressierte, obwohl sie zugleich auch andere Instanzen, beispielsweise ihren eigenen Koalitionspartner, damit meinte.

121) Ebenda. S. 3930

122) Zur Charakterisierung der FDP als Ideenpartei, vgl. Schiller, FDP, a.a.O., sowie oben, Abschnitt 3.4.4).

123) Lambsdorff, 2.4.1974, S. 6240

124) Friderichs, 29.3.1974, S. 6179

125) Ebenda, S. 6178 und S. 6179

126) Ebenda, S. 6177; vgl. auch Vohrer, 2.4.1974, S. 6268.

127) Friderichs, 29.3.1974, S. 6180; hier bestand offenbar ein Widerspruch zwischen dem Mini-

ster und einem Teil seiner Fraktion, da Lambsdorff, 2.4.1974, S. 6234, feststellt, es sei völlig klar, daß bis zum 1.1.1975 eine Steuersenkung "insbesondere bei den kleinen und mittleren Einkommen" erreicht werden müsse. Vermutlich bezog er sich auf die geplante Steuerreform und vertrat damit besonders die Interessen der kleineren und mittleren Selbständigen, wahrscheinlich aber auch die von der CDU/CSU favorisierte Idee einer steuerpolitischen Entlastung der künftigen Tarifkonflikte durch Steuersenkungen zugunsten der Masseneinkommen auch der Lohnabhängigen. Zur Haltung der Union in dieser Frage siehe unten, Abschnitt 5.3.3).

128) Vohrer, 2.4.1974, S. 6268

129) Vgl. hierzu oben, Abschnitte 2.2.2) und 3.2).

130) Lambsdorff, 2.4.1974, S. 6241: "Wir müssen korrieren, was wir im vorigen Jahr über die strukurelle Exportlastigkeit der deutschen Industrie beklagt haben." Lambsdorff plädiert ebenso wie Friderichs für ein gemeinsames Vorgehen der westlichen Welt gegen die Inflation und für den Verzicht auf protektionistische Maßnahmen; vgl. Friderichs, 29.3.1974, S. 6182: Die Bundesrepublik insgesamt müsse zwei Prinzipien "verteidigen, von denen wir überzeugt sind, nämlich Stabilität und Freiheit".

131) Zur kategorischen Ablehnung von Preisstop oder -indexierung, vgl. ebenda, S. 6180/81 sowie Lambsdorff, 2.4.1974, S. 6236.

132) Friderichs, 29.3.1974, S. 6177

133) Ebenda, S. 6179

134) Lambsdorff, 13.12.1974, S. 9438: Die Koalitionsparteien seien "unterschiedlicher Meinung (gewesen, C.S.), nämlich in der Frage der Höhe der öffentlichen Investitionsausgaben und des Umfangs der Ausgaben."

135) Ebenda, S. 9439

136) Ebenda, S. 9446/47

137) Friderichs, 13.12.1974, S. 9462: Offenbar sei die Tatsache des abrupten Einkommenstransfers von Milliarden DM in die OPEC-Staaten nicht hinreichend zur Kenntnis genommen worden, "sonst wäre das Verhalten mehrerer Gruppen unverständlich gewesen." "Wir alle haben miteinander so getan", als ob diese enorme Summe "im Inland noch einmal verteilungspolitisch zur Verfügung stünde. Das ist einfach nicht der Fall. und daran muß man sich dann eben ausrichten."

138) Vgl. Lambsdorff, 13.12.1974, S. 9442; Lambsdorff spricht von der "Tendenzwende im Preisanstieg", die endlich erreicht worden sei. Friderichs, 13.12.1974, S. 9462: Man müsse aus konjunkturpolitischen Gründen trotz aller strukturellen Befürchtungen die "vorübergehend zu hohe außenwirtschaftliche Leistungsbilanz in Kauf nehmen."

139) Vgl. Lambsdorff, 13.12.1974, S. 9442

140) Ebenda, S. 9440; vgl. auch Friderichs, 13.12.1974, S. 9463/64.

141) Ebenda, S. 9463

142) Friderichs, 20.2.1975, 1. Beitrag, S. 10283

143) Vgl. ebenda, S. 10277/278; auch Lambsdorff, 20.2.1975, S. 10245 und S. 10347, lobt die letzten Tarifabschlüsse als konjunkturgerecht und mahnt die Unternehmer, die erfreuliche lohnpolitische Disziplin der Gewerkschaften im kommenden Aufschwung durch eine ähnliche Preispolitik zu beantworten.

144) Friderichs, 20.2.1975, 1. Beitrag, S. 10279/280

145) Ebenda, S. 10278/279; auch Lambsdorff, 20.2.1975, S. 10343, zitiert die "Kette Gewinne - Investitionen - Arbeitsplätze".

146) Friderichs, 20.2.1975, 1. Beitrag, S. 10282/283

147) Ebenda, S. 10281

148) Ebenda, S. 10282: Zwar sei die für 1974 projektierte Arbeitslosenquote überschritten worden, aber "wenn wir Gefangene unserer eigenen Projektion gewesen wären, dann hätten wir Mitte des Jahres Vollgas geben müssen mit der Folge, daß wie die Projektion bei der Arbeitslosenzahl erreicht hätten, wir aber selber die Ursachen für einen neuen Inflationstrend gelegt hätten." Ebenda, S. 10287: Friderichs spricht sich gegen die Diskussion weiterer Programme zur Konjunkturbelebung aus; man solle erst abwarten, wie das Programm vom Dezember 1974 wirke, damit die Bundesrepublik "nicht wieder in einen Inflationsstrudel der anderen Industrieländer" gerate, Vgl. auch Lambsdorff, 20.2.1975, S. 10347.

149) Wenn hier das Gesamtkapital angesprochen wird, so bleibt von dieser These unbenommen die Tatsache, daß die FDP gezielte Verbesserungen für den Mittelstand anstrebte; vgl. dazu

Friderichs, 20.2.1975, 1. Beitrag, S. 10283/384.

150) Vgl. hierzu oben, Abschnitt 1.3.3)

151) Vgl. Friderichs, 20.2.1975, 1. Beitrag, S. 10280; und Lambsdorff, 20.2.1975, S. 10343.

152) Friderichs, 20.2.1975, 2. Beitrag, S. 10379

153) Friderichs, 18.9.1975, S. 13031

154) Ebenda, S. 13032

155) Ebenda, S. 13033: Man müsse auch darüber nachdenken, ob die Anhebung der Staatsquote für den gegenwärtigen Zustand "mit ursächlich war oder nicht." Vgl. ebenso Lambsdorff, 17.9.1975, S. 12956, der von einer allgemeinen Überhöhung der Ansprüche an das Bruttosozialprodukt und die öffentlichen Hände während der vergangenen Jahre spricht. Ähnlich, bezogen auf das Entstehen der Inflation, auch Kirst, 17.9.1975, S. 12911. Hier wird wieder deutlich, daß die FDP zwar das Ideologem der 'Anspruchsinflation' mit der CDU/CSU und den Unternehmerverbänden teilte, aber die Gesellschaft im ganzen, besonders die großen Gruppen selbst, überhöhter Forderungen beschuldigte und weniger von einer direkten Verantwortung der Regierung für diesen Zustand sprach. Letzteres wohl nicht zuletzt deswegen, weil sie selbst Bestandteil der Regierung war.

156) Friderichs, 18.9.1975, S. 13037; Lambsdorff, 17.9.1975, S. 12961, plädiert sogar für einen lohnpolitischen "Rückgang oder einen Stillstand, wenn es nottut und wenn es nicht anders geht..."

157) Friderichs, 18.9.1975, S. 13041

158) Lambsdorff, 17.9.1975, S. 12961: "Dagegen ist wenig Kraut gewachsen."

159) Ebenda, S. 12957: Die Arbeitslosigkeit sei "die Folge von Inflation". Friderichs, 18.9.1975, S. 13036/037: Für einen mittelfristig wieder höheren Beschäftigungsstand "ist eine erhebliche Steigerung der privaten Investitionen ... erforderlich."

160) Ebenda, S. 13034: Die Erhöhung der Mehrwertsteuer "trifft nicht die Unternehmen, denn sie wird überwälzt, und das soll sie ja auch werden." Zum Problem, daß der Bund "an die Grenzen der Verschuldungsmöglichkeit" gerate, vgl. Kirst, 17.9.1975, S. 12912.

161) Ebenda, S. 12914

162) Friderichs, 11.3.1976, 1. Beitrag, S. 15755

163) Friderichs, 11.3.1976, 2. Beitrag, S. 15834: Die Bundesregierung habe sich gegen die Verbesserung von Abschreibungsmöglichkeiten entschieden, da sie die Auffassung vertrete, der Aufschwung werde auch ohne derartige Hilfen in Gang kommen. Zudem dürfe man jetzt nicht zu stark ankurbeln, sonst laufe man "doch sofort Gefahr, daß dies in einen neuen Verteilungskampf einmündet..."

164) Friderichs, 11.3.1976, 1. Beitrag, S. 15760: Voraussetzung für die Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung "ist aber, daß mit der falschen These aufgeräumt wird, was den Unternehmern nütze, schade den Arbeitnehmern." Die Förderung privatwirtschaftlicher Investitionen sei kein "einseitiges gesellschaftspolitisches Engagement", sondern "ergibt sich vielmehr aus den ökonomischen Funktionszusammenhängen." Kurz: "Eine mittelfristige Verbesserung der Ertragserwartungen ist aus beschäftigungspolitischen Gründen unumgänglich." Ebenda, S. 15758/759. Man beachte den völligen Verzicht auf die Erwähnung von Interessengehalten.

165) Vgl. ebenda, S. 15760/761: "Den Sozialpartnern wächst hier mit der Flankierung durch die Bundesregierung ein neuer Spielraum für tarifpolitisches Handeln und gesamtwirtschaftliche Mitverantwortung zu." Vgl. ausführlicher den 2. Beitrag von Lambsdorff, 11.3.1976, S. 15824 - 15826. Dieser Beitrag wird nur an dieser Stelle zitiert, weshalb bei den übrigen Angaben von Stellungnahmen dieses Abgeordneten die Bezeichnung als '1. Beitrag' unterbleibt.

166) Friderichs, 11.3.1976, 1. Beitrag, S. 15757/758: "Die konjunkturelle Zuversicht kann um so größer sein, je mehr die Lohnabschlüsse auf dem gesamtwirtschaftlichen Teppich bleiben, das bedeutet, angemessen sind." Die Unternehmer dürften "nicht um kurzfristiger Vorteile willen die Preise leichtfertig zu erhöhen", sondern sie müßten "auf die notwendige Ertragsverbesserung über Produktivitätsgewinne setzen und damit erneute Verteilungskonflikte vermeiden." Vgl. zur entsprechenden Interpretation des Geldmengenzieles der Bundesbank für 1976 Lambsdorff, 11.3.1976, S. 15780.

167) Ebenda, S. 15780; vgl. auch Friderichs, 11.3.1976, 1. Beitrag, S. 15760: "Ein nachhaltiger Erfolg ist hier, wenn ich von der konjunkturellen Entwicklung absehe, nur mittelfristig möglich."

168) Ebenda, S. 15760
169) Vgl. ebenda, S. 15759 und S. 15761 - 763, sowie Lambsdorff, 11.3.1976, S. 15780/781.
170) Friderichs, 20.1.1977, S. 306
171) Lambsdorff, 20.1.1977, S. 285
172) Ebenda, S. 285: "Meine These lautet: In den letzten zehn bis zwölf Jahren haben wir zuviel an marktwirtschaftlichen Einrichtungen, an marktwirtschaftlichen Funktionsabläufen demontiert, sie manipuliert, in sie eingegriffen..."
173) Friderichs, 20.1.1977, S. 307
174) Ebenda, S. 307/308. Ebenda, S. 309: Es sei doch wohl kaum "die Aufgabe der Regierung, Vorstellungen über die Verteilung des Sozialprodukts in der Zukunft hinein festzuschreiben"; in diesem Bereich entscheide der Staat nur über seinen eigenen Anteil am erwirtschafteten Mehrprodukt.
175) Lambsdorff, 20.1.1977, S. 289
176) Ebenda, S. 287
177) Ebenda, S. 290
178) Barzel, 18.1.1973, S. 138
179) Narjes, 25.1.1973, S. 269/270
180) Ebenda, S. 269; vgl. auch Strauß, 24.1.1973, S. 162: Die Regierung und die sie tragenden Parteien hätten "eine Stimmungslage geschaffen", "in der die Bereitschaft zum Klassenkampf weit über die normale und unvermeidliche soziale Auseinandersetzung hinaus in gewissen Kreisen gediehen und immer stärker gestiegen ist." Zur Verteidigung des Leistungsprinzips vgl. auch Barzel, 18.1.1973, S. 140, sowie von Weizsäcker, 24.1.1973, S. 185.
181) Strauß, 24.1.1973, S. 162
182) Ebenda, S. 164
183) Ebenda, S. 163/164; siehe auch Barzel, 18.1.1973, S. 139.
184) Narjes, 25.1.1973, S. 270
185) Ebenda, S. 272
186) Katzer, 25.1.1973, S. 289/290: In der Regierungserklärung fehle "völlig der Hinweis auf den absolut unsozialen Aspekt der inflationären Entwicklung", die besonders "die Gruppen (trifft, C.S.), die sich nicht aus eigener Kraft ... das ihnen zukommende Stück aus dem Kuchen des Bruttosozialprodukts herausschneiden können..." Ähnlich auch Barzel, 18.1.1973, S. 138. Wiederum war es kein Zufall, daß explizit auf soziale Ungerechtigkeit abzielende Vorwürfe vor allem vom Arbeitnehmerflügel des CDU/CSU vorgetragen wurden, der ansonsten innerparteilich wenig durchsetzungsfähig war.
187) Dies war selbstverständlich auch der Opposition klar; lediglich die Verantwortlichkeiten wurden vertauscht: Nicht die Verbände, sondern die SPD habe wirtschaftspolitisch versagt. Narjes, 25.1.1973, S. 268, stellt aber völlig zu Recht fest: "... ohne eine erforderliche Wirtschaftspolitik kann es auch keine erfolgreiche Gesellschafts- und Sozialpolitik geben. Jeder Zuwachs des Sozialprodukts kann nur einmal verteilt werden." Allerdings - und dies fügt er wohlweislich nicht hinzu - entscheidet nicht der Staat in erster Linie über diese Verteilung.
188) Auch die sozialdemokratische Fiskalpolitik wurde scharfer Kritik ausgesetzt: Sie sei zu expansiv und führe - im Verein mit der mißglückten Einkommenspolitik - dazu, daß die Bundesbank geld- und kreditpolitisch alleingelassen und damit überfordert werde; vgl. Strauß, 24.1.1973, S. 163 und S. 164; sowie Narjes, 25.1.1973, S. 272.
189) Narjes, 15.3.1973, S. 912: "Die Inflation ist kein Naturereignis, sie ist eine Folge fehlerhafter Wirtschaftspolitik. Sie ist bei uns auch überwiegend hausgemacht entstanden..." Vgl. ebenso Strauß, 15.3.1973, S. 923. Zum Dilemma der Gewerkschaften vgl. ebenda, S. 911, und Vogt, 15.3.1973, S. 996: Die Gewerkschaften hätten "im Vertrauen auf die Bundesregierung" maßvolle Tarifabschlüsse getätigt, die aber wohl nicht honoriert werden würden, da die Regierung kaum imstande sein werde, die stabilitätspolitischen Voraussetzungen dafür zu schaffen. Zum Vorwurf der durch die Duldung der Inflation bewußt oder unbewußt angestrebten Systemüberwindung siehe Narjes, 15.3.1973, S. 912, und Pieroth, 15.3.1973, S. 984 sowie schließlich Zeitel, 15.3.1973, S. 938.
190) Höcherl, 15.3.1973, S. 994
191) Vgl. Narjes, 15.3.1973, S. 914: "Die Bundesregierung wird ihre Ausgaben weiter beschränken müssen. Ohne Stabilitätspolitik wird es keinen nennenswerten realen Zuwachs der

öffentlichen Haushalte geben können", wobei die "Notwendigkeit differenzierter Zuwachsraten für Bund, Länder und Gemeinden" zu berücksichtigen sei. Die Konsequenzen daraus zieht Zeitel, 15.3.1973, S. 937: "Die Anpassung der öffentlichen Ausgabenerhöhung an die nominale Steigerungsrate des Sozialprodukts ist eben nicht konjunkturgerecht," Angefügt werden muß natürlich: erst die Anpassung an die reale Wachstumsrate wäre es. Und: "Wenn die Länder und Gemeinden, die den wesentlichen Teil der zukunftsweisenden Investitionen durchzuführen haben, darüber hinausgehen, muß eben die Steigerungsrate des Bundeshaushaltes unterproportional sein." Vgl. auch Höcherl, 15.3.1973, S. 994/995.

192) Vgl. Pieroth, 15.3.1973, S. 980 ff
193) Narjes, 15.3.1973, S. 912
194) Vgl. ebenda, S. 912, sowie S. 915/916; siehe auch Strauß, 15.3.1973, S. 920 ff.
195) Ebenda, S. 924
196) Was Müller-Hermann, 29.11.1973, S. 3941, wiederum teilweise der Regierung anlastet, habe sie doch die Mineralölsteuer in neun Monaten um 9 Pfennig erhöht, was die Ölförderländer schließlich nur als Herausforderung hätten betrachten können.
197) Ebenda, S. 3940; genauso Strauß, 29.11.1973, S. 3917
198) Ebenda, S. 3917
199) Ebenda, S. 3918
200) Müller-Hermann, 29.11.1973, S. 3944
201) Strauß, 29.11.1973, S. 3917/18 und S. 3921
202) Strauß, 29.3.1974, S. 6187/88; vgl. auch Stoltenberg, 29.3.1974, S. 6212; Carstens, 2.4.1974, S. 6244; Müller-Hermann, 2.4.1974, S. 6264/65; sowie schließlich Katzer, 2.4.1974, S. 6254. Diese Aufzählung von Namen, die für unterschiedliche Strömungen innerhalb der CDU/CSU stehen, belegt, daß sich die Gesamtpartei zu diesem Zeitpunkt offenbar darüber einig war, Steuersenkungen zu fordern.
203) Strauß, 29.3.1974, S. 6190
204) Stoltenberg, 29.3.1974, S. 6211
205) Vgl. Strauß, 29.3.1974, S. 6183; Carstens, 2.4.1974, S. 6242; Zeitel, 2.4.1974, S. 6274/75 und S. 6276; sowie Müller-Hermann, 2.4.1974, S. 6266.
206) Stoltenberg, 29.3.1974, S. 6214
207) Vgl. dazu oben, Abschnitt 1.1.2)
208) Stoltenberg, 29.3.1974, S. 6214
209) Ebenda, S. 6214: Die Bundesregierung, unter anderem beeinflusst von den "übersteigerten Konfliktideologien der neuen Linken" wende die einkommenspolitische Philosophie des Stabilitätsgesetzes nicht mehr in der vorgeschriebenen Form der Vorgabe von Orientierungsdaten an.
210) Selbstverständlich wird hier nicht behauptet, Strauß sei ein heimlicher Verbündeter der Gewerkschaften; er hielt sich hinsichtlich seiner Vorstellungen, was mit ihnen zu geschehen habe, sobald die CDU/CSU wieder die Bundesregierung stellen würde, lediglich bedeckt. An dieser Stelle geht es um etwas anderes: Politiker wie Stoltenberg verkörperten eine Strömung innerhalb der Union, die es mit der konservativen Ideologie vom 'starken Staat' und der unter allen Umständen zu wahrenden staatlichen Autorität und Souveränität sozusagen ernst meinten. Gegenüber solchen 'Staatspolitikern', die auf eine lange Tradition speziell in der deutschen Geschichte zurückblicken können, war und ist Strauß ein ausgeprägter Parteipolitiker, dem es vor jeder Idee oder Ideologie darum ging und geht, seiner Organisation Zugang zum politischen Entscheidungszentrum zu verschaffen, weil sie nur dann Zutritt zu den Selektions- und Legitimationsquellen materieller Leistung, aber auch staatlicher Repression, erlangen konnte und kann.
211) Vgl. Strauß, 29.3.1974, S. 6184/85 und S. 6187/88, sowie Müller-Hermann, 2.4.1974, S. 6264/65.
212) Strauß, 29.3.1974, S. 6185
213) Zeitel, 2.4.1974, S. 6276
214) Strauß, 29.3.1974, S. 6183: "Die Regierung hat das Kunststück fertiggebracht, nicht nur das Schwungrad der Investitionen zu bremsen und damit den Motor der deutschen Wirtschaftsentwicklung in seiner Leistungsfähigkeit zu beeinträchtigen, sie hat auch das Vertrauen weiter Bevölkerungskreise schlechterdings zerstört." "Die Regierung hat einen Kostendruck geschaffen, bei dem ... weder die Dämpfung, noch die Steigerung der Nachfrage noch entscheidenden Einfluß auf das Ausmaß und auf die Dauer der Inflation nehmen

können."

215) Zeitel, 2.4.1974, S. 6277

216) Vgl. Strauß, 29.3.1974, S. 6194; Stoltenberg, 29.3.1974, S. 6215, sowie Katzer, 2.4.1974, S. 6253.

217) Strauß, 13.12.1974, S. 9435

218) Ebenda, S. 9430

219) Ebenda, S. 9431

220) Ebenda, S. 9436/37

221) Ebenda, S. 9437: Strauß fordert folgende, allerdings nicht gleichzeitig durchzuführende Maßnahmen: Die Anhebung der degressiven Abschreibungssätze auf das Zweieinhalbfache der linearen; die Anpassung der Steuer- an die Handelsbilanz, um die Besteuerung der sogenannten inflationären Scheingewinne zu vermeiden; sowie die Einführung des Lifo-Verfahrens für die Vorratsvermögen und eines ein-, besser noch zweijährigen Verlustrücktrages.

222) Blüm, 13.12.1974, S. 9455

223) Ebenda, S. 9455; die Investitionszulage kritisiert er ebenso wie Strauß, weil sie in erster Linie Großunternehmen begünstige, deren langfristige Investitionsplanung von der Krise nicht durchkreuzt werde und die daher ohne Not Steuergelder einnehmen könnten und würden, während die Mittelstandsunternehmen, die echte Hilfe benötigten, kaum die Kraft für Neuinvestitionen aufbrächten. Ebenda, S. 9456, vgl. auch Strauß, 13.12.1974, S. 9436.

224) Blüm, 13.12.1974, S. 9456/57

225) Ebenda, S. 9458

226) Vgl. Strauß, 20.2.1975, S. 10291 und S. 10294/295; Köhler, 20.2.1975, S. 10353/354; und Warnke, 20.2.1975, S. 10373/374.

227) Stoltenberg, 20.2.1975, S. 10310

228) Köhler, 20.2.1975, S. 10351; vgl. auch Narjes, 20.2.1975, S. 10362, zum Argument der "Lohnkostenexplosion" der letzten Jahre.

229) Stoltenberg, 20.2.1975, S. 10307; vgl. ebenso Strauß, 20.2.1975, S. 10294: Die Bundesrepublik befinde sich "nicht nur in einer materiellen, sondern auch in einer psychologischen Krise ... Die Überforderung des Sozialprodukts auf allen Gebieten, sowohl bei privater Nachfrage am Anfang als auch durch eine übernormale Steigerung des Staatsverbrauchs, hat zu diesem Zustand geführt." Vgl. auch Köhler, 20.2.1975, S. 10354.

230) Vgl. Strauß, 20.2.1975, S. 10294/295; sowie Stoltenberg, 20.2.1975, S. 10310: Das Bundesfinanzministerium müsse "an Verordnungen, an Programme und gegebenenfalls auch an einzelne gesetzliche Bestimmungen heran. Daran führt kein Weg vorbei..."

231) Vgl. Narjes, 20.2.1975, S. 10360: Programme wie der Orientierungsrahmen '85 der SPD wirkten negativ auf die Investitionsbereitschaft der Unternehmer, da sie - gewollt oder ungewollt - auf "ein(en) kollektivistisch(en) Staat mit einer kollektivistischen Gesellschaft" zielten.

232) Strauß, 20.2.1975, S. 10291, beschränkt sich darauf, die Projektion des Jahreswirtschaftsberichts zur Entwicklung der Arbeitslosenzahlen für kaum realisierbar zu halten; Stoltenberg, 20.2.1975, S. 10304, verweist auf die im internationalen Vergleich ungünstige westdeutsche Arbeitsmarktsituation; Narjes, 20.2.1975, S. 10360, wirft der Bundesrepublik lediglich vor, sie ignoriere den strukturellen Aspekt der Arbeitslosigkeit; Köhler, 20.2.1975, S. 10351, bezeichnet die gegenwärtig vorhandenen Arbeitslosen und Kurzarbeiter als "Opfer", die für die Erkenntnis gebracht worden seien, daß Inflation und Vollbeschäftigung miteinander unvereinbar seien. Außer dem Wunsch der Opposition, "daß sich in diesem Lande die Beschäftigungsverhältnisse schnell und durchgreifend wieder ändern", hat aber auch er nichts Konkretes beizutragen; ebenda, S. 10352. Warnke schließlich attackiert die Importpolitik der Regierung, die in einigen strukturschwachen Sektoren bis zur "bewußte(n) und gewollte(n) Vernichtung von Arbeitsplätzen" geführt habe; Warnke, 20.2.1975, S. 10372.

233) Soweit dazu überhaupt Stellungnahmen abgegeben wurden, erteilten die Redner den tarifpolitischen Bewegungen der letzten Zeit ein vorsichtiges Lob; vgl. Strauß, 20.2.1975, S. 10292; Köhler, 20.2.1975, S. 10354.

234) Strauß, 20.2.1975, S. 10287; ebenso Narjes, 20.2.1975, S. 10362/363.

235) Ebenda, S. 10364/365

236) Ebenda, S. 10365

237) Ebenda, S. 10366: Ziel der Europäischen Gemeinschaft sei es doch, "durch Verschmelzung der europäischen Teilmärkte zu einem großen Binnenmarkt zu kommen, in dem jedem Produzenten der Zugang zu allen Teilmärkten so unverbrüchlich garantiert ist, daß er bei seinen Investitionen ohne Einschränkung darauf vertrauen sollte."
238) Lediglich "unsere Interessen in der Ölkrise" wurden erwähnt, die man bei einer konsequenteren Politik der europäischen Integration hätte "nachhaltiger geltend machen können..." Ebenda, S. 10366.
239) Ebenda, S. 10365: In die Weltwirtschaftspolitik sei "zunehmend ein irrationales, ein emotionales Element" hineingekommen: "Phantastische Umverteilungsforderungen ohne konstruktiven Gehalt" "verfälschten die Erwartungshorizonte..."
240) Vgl. z.B. Anm. 182), 205) und 226) in diesem Abschnitt.
241) Carstens, 17.9.1975, S. 12903; vgl. aber Gaddum, 18.9.1975, S. 13045: Wenn es weniger öffentliche Investitionen geben sollte, so bedeute dies "im Grunde genommen auch ein Zurücknehmen... sozialer Leistungen des Staates".
242) Vgl. Carstens, 17.9.1975, S. 12901; Kohl, 17.9.1975, S. 12918; Dollinger, 17.9.1975, S. 12962.
243) Zur Kritik steigender öffentlicher Personal- und sinkender Investitionsausgaben vgl. Barzel, 17.9.1975, S. 12984; Carstens, 17.9.1975, S. 12900/901; Gaddum, 18.9.1975, S. 13044/045.
244) Vgl. Carstens, 17.9.1975, S. 12900: Carstens nennt den Zustand der öffentlichen Haushalte eine "Finanzkrise", die "die zwangsläufige Folge der falschen sozialistischen Zielvorstellung (ist, C.S.), daß nämlich je mehr der Staat mache, dies desto besser für die Bevölkerung sei." Ebenso Kohl, 17.9.1975, S. 12916; und Doldinger, 17.9.1975, S. 12964/965.
245) Kohl, 17.9.1975, S. 12975, S. 12921: Es führe "kein Weg an einer drastischen Zurücknahme der Ausgaben" vorbei. Vgl. Anm. 243) in diesem Abschnitt.
246) Dollinger, 17.9.1975, S. 12966
247) Ebenda, S. 12966
248) Vgl. Katzer, 17.9.1975, S. 13022/023 und S. 13024. Katzer kritisiert z.B. die vorgesehenen Streichungen im Haushaltsbereich des Bundesministeriums für Forschung und Technologie, die die lebensnotwendigen "Zukunftsinvestitionen" gefährdeten; ebenda, S. 13023.
249) Stoltenberg, 11.3.1976, S. 15783
250) Vgl. ebenda, S. 15784/785 sowie S. 15788; Müller-Hermann, 11.3.1976, S. 15765/766 und S. 15768; Narjes, 11.3.1976, S. 15826/827.
251) Müller-Hermann, 11.3.1976, S. 15765: Der Kanzler wolle "das Problem der Massenarbeitslosigkeit sehr verharmlosen." Siehe auch ebenda, S. 15766, sowie Stoltenberg, 11.3.1976, S. 15784/785, sowie Narjes, 11.3.1976, S. 15827.
252) Stoltenberg, 11.3.1976, S. 15786
253) Ebenda, S. 15788
254) Narjes, 11.3.1976, S. 15827
255) Ebenda, S. 15828/829
256) Wieder darf man in diesen Abgeordneten wohl Anhänger eines Verbändegesetzes erblicken; vgl. in diesem Abschnitt, Anm. 207).
257) Narjes, 11.3.1976, S. 15827; Stoltenberg, 11.3.1976, S. 15788/789; Pieroth, 11.3.1976, S. 15818 ff, besonders S. 15818/819.
258) Katzer, 20.1.1977, S. 234, sucht Kapital aus der wachsenden gewerkschaftlichen Kritik an der Form des sozialliberalen Krisenmanagements zu schlagen: "Nun haben endlich ... in dieser zentralen Frage unserer Wirtschaftsordnung (der Arbeitslosigkeit, C.S.) auch die Gewerkschaften ihre lange Zeit geübte Zurückhaltung gegenüber der Bundesregierung aufgegeben. Die deutschen Gewerkschaften können und wollen nicht länger eine Politik mitverantworten, die an den fundamentalen Interessen der Arbeitnehmer vorbeigeht."
259) Stoltenberg, 20.1.1977, S. 270/271
260) Dollinger, 20.1.1977, S. 313
261) Biedenkopf, 20.1.1977, S. 299
262) Ebenda, S. 299
263) Ebenda, S. 300: "Das ist nicht im Interesse der Bürger, weil der Rechtsschutz der Bürger und ihre Möglichkeit, durch den Stimmzettel als Souverän mitzuwirken, bei der Verlagerung politischer Verantwortung auf die Gruppen nachhaltig beeinträchtigt wird, und es liegt

auch nicht im Interesse der Verwirklichung demokratischer Kontrolle."

264) Ebenda, S. 299

265) Ebenda, S. 305; vgl. auch ebenda, S. 303/304.

5.4) Zusammenfassung: Die Haltung der Parteien zur Witschaftsentwicklung, zum Verbändesystem und zur Wirtschaftspolitik 1966 - 1976

1) Vgl. hierzu ausführlich: Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft und Art. 109 Grundgesetz. Kommentar unter besonderer Berücksichtigung der Entstehungsgeschichte, hg. von Alex Möller, Hannover 1968

2) Die Neue Gesellschaft, Hrsg. von Otto Brenner, Fritz Erler, Waldemar von Knoeringen, Carlo Schmid, Carl Schumacher, Herbert Wehner. Bonn, 1966 - 1973

3) Vgl. ebenda, Jahrgang 1973: Von 37 analysierten Beiträgen befaßten sich mindestens 7 ganz oder überwiegend mit Wachstumsfragen, 3 mit der Investitionslenkungsdebatte und 3 mit der Kontroverse Wettbewerb/Planung. Berücksichtigt man die Tatsache, daß weitere 3 Beiträge der Internationalisierung von Wirtschaft und Wirtschaftspolitik und 6 dem Problem der ausländischen Lohnabhängigen in der Bundesrepublik galten, so zeigt sich, daß diese fünf, allesamt auf langfristige Entwicklungstrends gerichteten Themen nahezu zwei Drittel aller Stellungnahmen umfaßten und damit wohl als eindeutige innerparteiliche Diskussionsschwerpunkte gelten dürften.

4) Vgl. die Anm. 5) und 6) zu Beginn des Abschnitts 5.3).

5) Vgl. oben, Abschnitt 4.3.2)

6) § 1, Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft, a.a.O.

7) Bedau, Klaus-Dietrich: Das Einkommen sozialer Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland 1970 bis 1978. Empirische Darstellung und Analyse der Einkommensverteilung und -umverteilung; in: WSI-M, 12/1979, S. 638 ff, hier S. 639, Übersicht 1, eigene Berechnung.

8) Zum Zeitpunkt der Abfassung der vorliegenden Arbeit war Stoltenberg Finanzminister im Kabinett Kohl/Genscher (Herbst/Winter 1982/83) und verfügte damit über entscheidenden Einfluß auf das materielle Reservoir, das den Staat zu Eingriffen beispielsweise in die Tarifpolitik (über Steuersatzvariationen) und in die Beschäftigungspolitik befähigte. Bundeskanzler Kohl hatte sich in Oppositionszeiten möglichst selten zu Wirtschaftsfragen geäußert; die Behauptung wird hier - unzulässierweise ohne weiteren Nachweis, aber wohl dennoch vertretbar - aufgestellt, daß auch und gerade dieser Politiker stark harmonistischen Vorstellungen anhing und anhängt.

6.) Ausblick, Synthese und Schluß

1) Das Bruttosozialprodukt in Preisen von 1970 wuchs nach +5,3% (1976) um +2,8% (1977) (LiZ '80, a.a.O., S. 34, Tab. 3.2), +3,6% (1978) und +4,4% (1979); Statistisches Bundesamt (Hg): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Fachserie 18, Reihe 1: Konten und Standardtabellen. 1980. Stuttgart/Mainz 1981, S. 6, Tab. 1.

2) Ebenda, S. 6, Tab. 1: 1980 +1,8%, 1981 -0,3%; auch für 1982 muß mit einem absoluten Rückgang des Sozialproduktes gerechnet werden.

3) Die Arbeitslosenzahlen entwickelten sich wie folgt: 1.030.000 (1977); 993.000 (1978); 876.000 (1979); 889.000 (1980); 1.272.000 (1981); ebenda, S. 82, Tab. 2.29, 1979 - 1981 vorläufige Zahlen. Im Winter 1982/83 wurde dann die Zwei-Millionen-Grenze erreicht.

4) Vgl. etwa den Fall Arbed-Saarstahl im Winter 1982/83; zur Staatsverschuldung vgl. Abschnitt 5.3), Anm. 8).

5) LiZ '80, a.a.O., S. 19, Tab. 2.33: Der Preisindex für die private Lebenshaltung stieg 1977 um 3,5%, 1978 +2,5%, 1979 +3,9%, 1980 +5,3%. Zwar ist auch hier eine erneute Verschärfung des Problems mit dem Beginn des zweiten großen Krisenschubes 1980/81 deutlich erkennbar, aber gerade in diesem Bereich vermag ein Blick auf die internationale Lage die richtigen Dimensionen herzustellen. Bei der Betrachtung der internationalen Verbraucherpreisentwicklung zwischen 1970 und 1980 liegt die Bundesrepublik mit einer durchschnittlichen jährlichen Veränderung von +5,1% an zweiter Stelle hinter der Schweiz, während vergleichbare Industrienationen wie die USA (+7,8%), Frankreich (+9,7%), Großbritannien (+13,7%) und Italien (+13,8%) in den mittleren bis unteren Rängen plaziert sind; ebenda, S. 17, Tab.

2.31.

6) Vgl. die Arbeiten von: Brumlop, Eva/Rosenbaum, Wolf: "Humanisierung der Arbeitsbedingungen" durch gewerkschaftliche Tarifpolitik; in: Bergmann, Beiträge, a.a.O., S. 264-297; Watkinson, Christof/ Hildebrandt, Eckart/ Funke, Hajo: "Nicht weniger wert sein". Bedrohung des Besitzstandes und Interessen der Metaller am Absicherungstarifvertrag; in: ProKla, 35, 9. Jg., 1979, Nr. 2, S. 3-16; sowie: Jacobi, Otto/ Müller-Jentsch, Walther/ Schmidt, Eberhardt (Hg): Arbeiterinteressen gegen Sozialpartnerschaft. Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1978/79. Berlin 1978. S. 216-219.

7) Vgl. dieselben (Hg): Moderne Zeiten - alte Rezepte. Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1980/81. Berlin 1980, S. 196/197.

8) Vgl. Jacobi, Otto: Gewerkschaftliche Lohnpolitik unter dem Druck antikeynesianischer Wirtschaftspolitik; in: Bergmann, Beiträge, a.a.O., S. 326-362, hier S. 347-351.

9) Altvater/Hoffmann/Semmler, a.a.O., S. 332-335

10) Dombois, Rainer: Stammarbeiter und Krisenbetroffenheit. Fallanalysen zur Differenzierung der Krisenbetroffenheit angelernter Arbeiter; in; ProKla 36, 9. Jg., 1979, Nr. 3, S. 161-187.

11) Esser, Josef/ Fach, Wolfgang/ Väth, Werner: Strukturelle Arbeitslosigkeit und politisches Konfliktpotential; in: ProKla 31, 8. Jg., 1978, Nr. 2, S. 115-137.

12) Vgl. Jacobi, Otto/ Müller-Jentsch, Walther/ Schmidt, Eberhardt (Hg): Arbeitskampf um Arbeitszeit. Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1979/80. Berlin 1979, S. 205/206.

13) Vgl. hierzu Esser/Fach/Väth, a.a.O., S. 117-119

14) Damit soll nicht die oben aufgestellte These zurückgenommen werden, die Volksparteien suchten gerade möglichst viele und sozial heterogene Interessenpotentiale aus den verschiedenen Konfliktbereichen der Gesellschaft in sich selbst zusammenzufassen. Vielmehr geht es hier daum, daß der spezifische Akzent verschiedener Parteipolitiken, historisch-traditionell vermittelt und in der Betonung eines je besonderen Wählerkerns abgesichert, entweder mehr der lohnabhängigen oder mehr der unternehmerischen Seite zuneigt. Dies ist nichts anderes als ein Hinweis darauf, daß es immerhin konservative und sozialdemokratische Volksparteien gibt, die eben keine inhaltlich identische Politik betreiben.

15) Vgl. oben, Abschnitt 2.3.1).

Literaturliste

A.) Quellen

der arbeitgeber. Zeitschrift des Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. 1966 - 1976. (Alle hier aufgeführten Periodika und Protokolle wurden auf breiter Basis ausgewertet; daher erfolgt die genaue Zitierung nur im Text.)

Bulletin des Presse. und Informationsamtes der Bundesregierung der Bundesregierung. 1967 - 1974. (Berichterstattung über die Sitzung der Konzertierten Aktion)

Jahresbericht der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände. 1966-76

Christlich Demokratische Union Deutschlands, Bundesgeschäftsstelle (Hg): 14. CDU-Bundesparteitag. Bonn, 21. bis 23. März 1966. Niederschrift, Bonn, o.J.

Dies.: 16. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Niederschrift. Berlin, 4. - 7. November 1968, o.J., Band I

Dies.: 18. CDU-Parteitag. Düsseldorf, 25.-27. Januar 1971, Niederschrift. Bonn, o.J.

Dies.: 19. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Niederschrift. Saarbrücken, 4.-5. Oktober 1971, Bonn, o.J.

Dies.:20. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Wiesbaden, 9.-11. Oktober 1972. Bonn, o.J.

Dies.:21. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Niederschrift. Bonn, 12. Juni 1973. Bonn, o.J.

Dies.:22. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Niederschrift. Hamburg, 18.-20. November 1973. Bonn, o.J.

Dies.:23. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Niederschrift. Mannheim, 23.-25. Juni 1975. Bonn, o.J.

Dies.:24. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Niederschrift. Hannover, 24.-26. Mai 1976. Bonn, o.J.

Dies.: Grundsatzprogramm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Beschlossen vom 26. Bundesparteitag Ludwigshafen 23.-25. Oktober 1978. Bonn, o.J.

CSU-Landesleitung (Hg): Grundsatzprogramm der Christlich Sozialen Union. München 1976

Flach, Karl-Hermann/ Maihofer, Werner/ Scheel, Walter: Die Freiburger Thesen der Liberalen. Reinbek 1972

Freie Demokratische Partei: Bundessatzung; abgedr. in: Kaack, Heino: Zur Geschichte und Programmatik der Freien Demokratischen Partei. Grundriß und Materialien. Meisenheim a. Glan 1976 (Studien zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland, hg. v. H. Kaack, Bd. 18), S. 61-71

Die Neue Gesellschaft. Hrsg, von Otto Brenner, Fritz Erler, Waldemar von Knoeringen, E.W. Meyer, Carlo Schmid, Carl Schumacher, Herbert Wehner. 1966 - 1973.

Deutscher Gewerkschaftbund; Abteilung Wirtschaftspolitik: Informations- und Unterrichtsmaterialien zur Wirtschaftspolitik: Beschäftigungs- und Wachstumspolitik; vom 12.8.1976. Masch. Schr. Düsseldorf 1976

Ders.: Informations- und Unterrichtsmaterialien zur Wirtschaftspolitik: Konjunkturpolitik; vom 11.8.1976. Masch.Schr. Düsseldorf 1976

Ders.: Maßnahmen zur Wiedergewinnung von Vollbeschäftigung; vom 6.4.1974. Masch.Schr., Düsseldorf 1974

Ders.:Programm zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit; vom 27.11.1974. Masch.Schr., Düsseldorf 1974

Ders.: Überblick über die wirtschaftliche Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland; vom 26.11.1976. Masch.Schr., Düsseldorf 1976

Das Grundsatzprogramm des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Beschlossen auf dem Außerordentlichen Gewerkschaftskongreß in Düsseldorf am 21. und 22. November 1963. Abgedr. in: Die Quelle. Funktionärszeitschrift des Deutschen Gewerkschaftsbundes, Nr. 12/1963, S. 575 ff

Gewerkschaftliche Monatshefte.Hg. vom Deutschen Gewerkschaftsbund. 1966 - 1976

Organisationsstatut der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, beschlossen am 18. Dezember 1971, abgedr. in: Flechtheim, Ossip K. (Hg): Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland. Hamburg 1973, S. 353-367

Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Vom 17. bis 21. März 1968 in Nürnberg. Protokoll der Verhandlungen. Angenommene und überwiesene Anträge. Hg. vom Vorstand der SPD. Bonn, o.J.

Außerordentlicher Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Vom 16. bis 18. April 1969 in der Stadthalle zu Bad Godesberg. Protokoll der Verhandlungen. Anträge. Hg. v. Vorstand der SPD. Bonn, o.J.

Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Vom 11. bis 14. Mai 1970 in Saarbrücken. Protokoll der Verhandlungen. Angenommene und überwiesene Anträge. Hg. v. Vorstand der SPD. Bonn, o.J.

Außerordentlicher Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Vom 18. bis 20. November 1971. Bonn, Beethovenhalle. Teil I: Steuerreform - Massenmedien - § 218. Protokoll der Verhandlungen. Anlagen. Hg. v. Vorstand der SPD. Bonn - Bad Godesberg, o.J.

Außerordentlicher Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. 12. bis 13. Oktober 1972. Dortmund, Westfalenhalle. Protokoll der Verhandlungen. Dokumentarischer Anhang. Hg. v. Vorstand der SPD, Bonn, o.J.

Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Vom 10. bis 14. April 1973. Stadthalle Hannover. 2 Bände, hg. v. Vorstand der SPD. Bonn, o.J.

Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Vom 11. bis 15. November 1975. Rosengarten, Mannheim. Protokoll der Verhandlungen. Anlagen. 2 Bände, hg. v. Vorstand der SPD. Bonn, o.J.

Statut der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Abgedr. in: Pütz, Helmuth: Die CDU. Entwicklung, Aufbau und Politik der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Düsseldorf, 2. erw. Aufl., 1976 (Ämter und Organisationen der Bundesrepublik Deutschland, 30), S. 155-167

Der mißbrauchte Tarifstreit. Radikale Agitation, dargestellt am Beispiel des Arbeitskampfes in der Druckindustrie im April 1973. Köln 1973

Tonbandprotokoll (autorisiert) des Interviews der Verfasserin mit dem früheren Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, Dr. Wolfgang Eichler, am 6.6.1978 in Murnau/Staffelsee

Verhandlungen des Deutschen Bundestages. 5.-8. Wahlperiode. 1965-1976. Band 60-100 Stenographische Berichte. 1965-1976/77

Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit (Hg): Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen vom Außerordentlichen Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands in Bad Godesberg vom 13. bis 15. November 1959. Bonn, o.J.

WSI-Mitteilungen (ehemals WWI-Mitteilungen). Zeitschrift des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des Deutschen Gewerkschaftsbundes GmbH (ehemals Wirtschaftswissenschaftliches Institut der Gewerkschaften GmbH). 1966 - 1975

B.) Literatur

Abendroth, Wolfgang: Innerparteiliche und innerverbandliche Demokratie als Voraussetzung der politischen Demokratie; in: PVS, 5. Jg., 1964, S. 307-338

Abromeit, Heidrun: Der Führungsanspruch der Wirtschaft gegenüber der Politik. Ergebnisse einer Inhaltsanalyse; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 11/81, S. 19-39

Dies.: Staat und Wirtschaft. Zum Staatsverständnis der Wirtschaftsöffentlichkeit in der Bundesrepublik. Frankfurt/New York 1981

Dies.: Zum Verhältnis von Staat und Wirtschaft im gegenwärtigen Kapitalismus; in: PVS 12. Jg., 1976, H. 1, S. 2-22

Adorno, Theodor W.: Erziehung nach Auschwitz; in: ders.: Erziehung zur Mündigkeit. Frankfurt, 4. Aufl. 1975, S. 88-104

Agnoli, Johannes: Wahlkampf und Sozialer Konflikt; in: Narr, Wolf-Dieter (Hg.): Auf dem Weg zum Einparteienstaat. Wolfgang Abendroth anläßlich seines 70. Geburtstages gewidmet. Opladen 1977, S. 213-241

Alemann, Ulrich von: Liberaler Korporatismus? Die Diskussion in der FDP um ein Verbändegesetz; in: ders./ Heinze, Rolf G. (Hg): Verbände und Staat. Vom Pluralismus zum Korporatismus. Analysen, Positionen, Dokumente. Opladen 1979 (im folgenden zitiert als: v. Alemann/ Heinze 1979), S. 118-138

Ders.: Neokorporatismus. Frankfurt/New York 1981

Ders.: Stabilität und Gleichgewicht als Theoreme der Parteien- und Parlamentarismustheorie; in: PVS 11. Jg., 1975, H. 1., S. 3-28

Ders./ Heinze, Rolf G.: Kooperativer Staat und Korporatismus: Dimensionen der Neo-Korporatismusdiskussion; in: von Alemann, Neokorporatismus, 1981, S. 43-61

Ders./ Heinze, Rolf G.: Parteien, Staat und Verbände - die aktuelle Diskussion um eine Kontrolle der Verbände in der Bundesrepublik; in: dies., 1979, S. 115-117

Ders./ Heinze, Rolf G.: Verbände und Staat. Vom Pluralismus zum Korporatismus. Analysen, Positionen, Dokumente. Opladen 1979

Ders./ Heinze, Rolf G.: Auf dem Weg zum liberalen Ständestaat? Einführung in die Korporatismusdiskussion; in: dies., 1979, S. 38-49

Ders./ Heinze, Rolf G.: Verbändepolitik und Verbändeforschung in der Bundesrepublik; in: dies., 1979, S. 12-37

Almond, Gabriel A.: Interessengruppen und politischer Prozeß; in: Doeker, G. (Hg): Vergleichende Analyse politischer Systeme. Comparative Politics. Freiburg 1971, S. 77-88

Altvater, Elmar/ Brandes, Volkhard/ Reiche, Jochen (Hg): Handbuch 3. Inflation - Akkumulation - Krise, I. Inflation und Reproduktion des Kapitals. Frankfurt 1976

Ders./ Brandes, Volkhard/ Reiche, Jochen (Hg): Handbuch 3. Inflation - Akkumulation - Krise, II. Internationale und nationale Bedingungen von Inflation und Krise. Frankfurt 1976.

Ders./ Hoffmann, Jürgen/ Semmler, Willi: Vom Wirtschaftswunder zur Wirtschaftskrise. Ökonomie und Politik in der Bundesrepublik. Berlin 1979

Autorenkollektiv: Marxistische Gewerkschaftstheorie. Eine Einführung. Westberlin 1976

Balbus, Isaac D.: Das Interessenkonzept in pluralistischer und marxistischer Analyse. Ein kritischer Vergleich; in: Interesse und Gesellschaft. Definitionen, Kontroversen, Perspektiven. Hg. von Peter Massing und Peter Reichel, München 1977 (im folgenden zitiert als: Interesse und Gesellschaft), S. 193-206

Baur, Georg Friedrich: Die Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft. Versuch einer ordnungspolitischen Standortbestimmung. St. Gallen (Diss.) 1979

Bedau, Klaus-Dietrich: Das Einkommen sozialer Gruppen in der Bundesrepublik Deutschland 1970 bis 1978. Empirische Darstellung und Analyse der Einkommensverteilung und -umverteilung; in: WSI-Mitteilungen, 12/1979, S. 638 ff

Beier, Gerhard: Einheitsgewerkschaft. Zur Geschichte eines organisatorischen Prinzips der deutschen Arbeiterbewegung; in: Archiv für Sozialgeschichte, XIII. Band, 1973, S. 207-242

Ders.: Elemente einer Theorie der gewerkschaftlichen Entwicklung. Autonomie, Funktion, Struktur und Aktion; in: Gewerkschaftliche Politik: Reform aus Solidarität. Zum 60. Geburtstag von Heinz O. Vetter. Hg. von Ulrich Borsdorf, Hans O. Hemmer, Gerhard Leminsky und Heinz Markmann. Köln 1977, S. 191-218

Beiträge zur allgemeinen Parteienlehre. Zur Theorie, Typologie und Vergleichung politischer Parteien. Darmstadt 1969 (Wege der Forschung, 106) Hg. v. Gilbert Ziebura.

Berger, Manfred: Parteiidentifikation in der Bundesrepublik; in: PVS, 9. Jg. 1973, H. 2, S. 215-225

Bergmann, Joachim: Organisationsinterne Prozesse in kooperativen Gewerkschaften; in: Leviathan, 1973, S. 242-253

Ders. (Hg.): Beiträge zur Soziologie der Gewerkschaften. Frankfurt 1979 (im folgenden zitiert als: Bergmann, 1979)

Ders.: Organisationsstruktur und innergewerkschaftliche Demokratie; in: ders., 1979, S. 210-239

Ders./ Jacobi, Otto/ Müller - Jentsch, Walther: Gewerkschaften in der Bundesrepublik. Gewerkschaftliche Lohnpolitik zwischen Mitgliederinteressen und ökonomischen Systemzwängen. Frankfurt/Köln 1974 (Studienreihe des Instituts für Sozialforschung, Frankfurt a.M., Bd. 1)

Betriebsverfassungsgesetz 1972 vom 15. Januar 1972; abgedr. in: Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (Hg): Mitbestimmung - Mitbestimmungs-Gesetz - Montan-Mitbestimmung - Betriebsverfassung. Bonn, 1976, S. 151-252

Beyme, Klaus von: Interessengruppen in der Demokratie. München 1969

Ders.: Parteien in westlichen Demokratien. München 1982

Ders.: Parteien und Gewerkschaften in vergleichender Perspektive; in: Gewerkschaftliche Monatshefte, 25. Jg., H. 4 / 1974, S. 217-224

Bierbaum, Christiane / Bischoff, Joachim / Eppenstein, David / Herkommer, Sebastian / Maldaner, Karlheinz / Martin, Arnhild: Ende der Illusionen? Bewußtseinsänderungen in der Wirtschaftskrise. Frankfurt/Köln 1977 (Studien zur Gesellschaftstheorie)

Blaich, Fritz: Staat und Verbände in Deutschland zwischen 1871 und 1945. Wiesbaden 1979 (Wissenschaftliche Paperbacks, 14, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, hg. v. Hans Pohl)

Blanke, Bernhard/ Jürgens, Ulrich / Kastendiek, Hans: Kritik der politischen Wissenschaft - Analysen von Politik und Ökonomie in der bürgerlichen Gesellschaft. 2 Bände. Frankfurt / New York 1975.

Blanke, Burkhard: Verbände in der Parteiendiskussion. Zu Fragen des Verhältnisses von Parteien und Verbänden in der Bundesrepublik Deutschland; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 8/77, S. 45-54

Blechschmidt, Aike / Hoffmann, Gerhard / v.d. Marwitz, Reinhard: Die inflationäre Struktur des Kapitalismus. Das Zusammenwirken von Konzentration, Weltmarktentwicklung und Staatsintervention am Beispiel der BRD. Lampertheim 1974

Böckenförde, Ernst-Wolfgang: Die politische Funktion wirtschaftlich-sozialer Verbände und Interessenträger in der sozialstaatlichen Demokratie. Ein Beitrag zum Problem der "Regierbarkeit"; in: Der Staat, 15 (4), 1976, S. 457-483

Böhret, Carl: Aktionen gegen die "kalte Sozialisierung" 1926 - 1930. Ein Beitrag zum Wirken ökonomischer Einflußverbände in der Weimarer Republik. Berlin 1966 (Schriften zur Wirtschafts- und Sozialgeschichte, 3)

Bolz, Wolfgang Eberhard: Elitenselektion in Verbänden, Hamburg (Diss.) 1976

Brand, Karl-Werner / Honolka, Harro: Lebenswelt und Wahlentscheidung. Eine explorative Studie zur Bundestagswahl 1980 mit Hilfe von Bekannteninterviews; in: PVS, 22. Jg., 1981, H.3, S. 305-326

Brauns, Hans Jochen u.a.: SPD in der Krise. Die deutsche Sozialdemokratie seit 1945. Frankfurt 1976

Braunthal, Gerard: The federation of German industry in politics. Ithaca/N.Y. 1965

Ders.: Wirtschaft und Politik. Der Bundesverband der Deutschen Industrie; in: Interessenverbände in Deutschland. Hg. von Heinz Josef Varain. Köln 1973, S. 277-294

Brumlop, Eva/ Rosenbaum, Wolf: "Humanisierung der Arbeitsbedingungen" durch gewerkschaftliche Tarifpolitik; in: Bergmann, 1979, S. 264-297

Buchhaas, Dorothee: Die Volkspartei. Programmatische Entwicklung der CDU 1950 - 1973. Düsseldorf 1981 (Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, 68)

Buchholz, Edwin: Die Wirtschaftsverbände in der Wirtschaftsgesellschaft. Eine Analyse ihres Ordnungs- und Selbsthilfesystems als Beitrag zu einer Theorie der Wirtschaftsverbände. Tübingen 1969 (Tübinger Wirtschaftswissenschaftliche Abhandlungen, Band 6)

Statistisches Bundesamt (Hg): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen. Fachserie 18, Reihe 1: Konten und Standardtabellen. 1980. Stuttgart/Mainz 1981

Bundesanstalt für Arbeit: Stukturanalyse der Arbeitslosen und der offenen Stellen. Vorläufige Ergebnisse der Sonderuntersuchung von Ende September 1976. Nürnberg, Masch. Schr., 1976

Dies.: Strukturanalyse der Arbeitslosen von Ende Mai 1976; Sonderdruck aus: Amtliche Nachrichten der Bundesanstalt für Arbeit (ANBA), Nr. 9/76, vom 29. September 1976

Dies.:Strukturanalyse der Arbeitslosen. Ergebnisse der Sonderuntersuchung von Ende September 1975; in: ANBA 1/76, S. 1-132

Dies.:Strukturanalyse der Arbeitslosen. Ergebnisse der Sonderuntersuchung von Ende September 1974; in: ANBA 1/75, S. 16-85

Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (Hg): Mitbestimmung. Mitbestimmungsgesetz - Montan-Mitbestimmung - Betriebsverfassung. Bonn 1976

Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen: Bericht der Bundesregierung und Materialien zur Lage der Nation. 1971. Bonn 1971

Bundesminster der Finanzen (Hg): Finanzbericht. Die volkswirtschaftlichen Grundlagen und die wichtigsten finanzwirtschaftlichen Probleme des Haushaltsplanes der Bundesrepublik Deutschland für das Haushaltsjahr 1975. Bonn 1975

Bundesminister für Wirtschaft, Referat Presse und Information (Hg): Leistung in Zahlen. Jahrgänge 1974, 1975, 1976, 1978, 1980

Butterwegge, Christoph: SPD und Staat heute. Ein Beitrag zur Staatstheorie und zur Geschichte des westlichen Sozialdemokratie. Berlin (West) 1979

Conert, Hansgeorg: Gewerkschaften heute: Ordnungsfaktor oder Gegenmacht? Funktion und Strategie der Gewerkschaften im Spätkapitalismus. Offenbach, 5. Aufl., 1973 (Reihe Betrieb und Gewerkschaften, hg. v. Sozialistischen Büro)

Crusius, Reihard/ Wilke, Manfred: Elemente einer Theorie der Gewerkschaften im Spätkapitalismus. Berlin 1971 (Schriftenreihe Kritische Gewerkschaftspolitik)

Deichmann, Carl: Die "Input"-Funktion politischer Parteien - Unterrichtsbeispiel zur Systemtheorie (Sekundarstufe II); in: Gegenwartskunde, 24 (2), 1975, S. 177-192

Deininger, Werner: Die Stellung der Subventionen in den Wachstumszyklen unter besonderer Berücksichtigung der Wahltermine; in: Gahlen, Bernhard (Hg): Wachstumszyklen und Einkommensverteilung. Tübingen 1974, S. 238-261

Demele, Ottwald: Die Rolle großer Konzerne im Inflationsprozeß. Zur Diskussion um Preissteigerungen in der Krise; in: Probleme des Klassenkampfes (ProKla), 6. Jg., 1976, Nr. 4, S. 127-153

Deppe, Frank u.a. (Hg): Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Köln 1977 (im folgenden zitiert als: Deppe, 1977)

Ders.: Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) 1949 - 1965; in: ders., 1977, S. 320-409

Ders.: Autonomie und Integration. Materialien zur Gewerkschaftsanalyse. Marburg 1979 (Schriftenreihe für Sozialgeschichte und Arbeiterbewegung, Band 9)

Ders./ Gerstung, Käthe/ Roßmann, Wittich/ Weiß, Gerhard: Aktuelle Probleme der Gewerkschaftsbewegung heute (1966 - 1976); in: Deppe, 1977, S. 410-468

Deppe, Rainer/ Herding, Richard/ Hoß, Dietrich: Zum Verhältnis von Sozialdemokratischer Partei und Gewerkschaften in der Klasssenbewegung; in: Bergmann 1979, S. 183-209

Diederich, Nils: Zur Mitgliederstruktur von CDU und SPD; in: Dittberner, Jürgen/ Ebbighausen, Rolf (Hg): Parteiensystem in der Legitimationskrise. Studien und Materialien zur Soziologie der Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen 1973 (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenchaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Band 24), (im folgenden zitiert als: Dittberner/Ebbighausen, 1973), S. 35-55

Dittberner, Jürgen: Zur Entwicklung des Parteiensystems zwischen 1949 und 1961; in: Staritz, Dietrich (Hg): Das Parteiensystem der Bundesrepublik. Geschichte - Entstehung - Entwicklung. Eine Einführung. Opladen 1976, (im folgenden zitiert als: Staritz, 1976), S. 129-156

Ders./ Ebbighausen, Rolf (Hg): Parteiensystem in der Legitimationskrise. Studien und Materialien zur Soziologie der Parteien in der Bundesrepublik Deutschland. Opladen 1973 (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Band 24)

Döhn, Lothar: Politik und Interesse. Die Interessenstruktur der Deutschen Volkspartei. Meisenheim a. Glan, 1970 (Marburger Abhandlungen zur Politischen Wissenschaft, hg. v. Wolfgang Abendroth, Band 16)

Doeker, G. (Hg): Vergleichende Analyse politischer Systeme. Comparative Politics. Freiburg 1971

Dombois, Rainer: Stammarbeiter und Krisenbetroffenheit. Fallanalysen zur Differenzierung der Krisenbetroffenheit angelernter Arbeiter; in: ProKla, 36. 9. Jg., 1979, H. 3, S. 161-187

Dorn, Wolfram/ Hofmann, Harald (Hg): Geschichte des deutschen Liberalismus. 2. erw. Aufl., Bonn 1976

Drabek, Josef: Zur Entwicklung des Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialisten in der SPD 1946 - 1977; in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 10/1978, 26. Jg., S. 867-877

Ebbighausen, Rolf: Legitimationskrise der Parteiendemokratie und Forschungssituation der Parteiensoziologie; in: Dittberner/ Ebbighausen, 1973, S. 13-32

Ehmke, Horst: "Staat" und "Gesellschaft" als verfassungstheoretisches Problem; in: Doeker 1971, S. 241-269

Ehrlich, Stanislaw: Die Macht der Minderheit. Die Einflußgruppen in der politischen Struktur des Kapitalismus. Europäische Perspektiven. Wien/Frankfurt/Zürich 1962

Eickhof, Norbert: Eine Theorie der Gewerkschaftsentwicklung. Tübingen 1973

Elsner, L.: Fremdarbeiterpolitik in Westdeutschland. 1970

Erd, Rainer: Verrechtlichte Gewerkschaftspolitik. Bedingungen ihrer Entwicklung und Veränderung; in: Bergmann, 1979, S. 143-182

Ders.: Müller-Jentsch, Walther: Ende der Arbeiteraristokratie? Technologische Veränderungen, Qualifikationsstruktur und Tarifbeziehungen in der Druckindustrie; in: ProKla, 35, 9. Jg., 1979, Nr. 2, S. 17-47

Erdmann, Manfred: Die verfassungspolitische Funktion der Wirtschaftsverbände in Deutschland 1815-1871. Berlin/München 1968 (Sozialwissenschaftliche Abhandlungen, Heft 12)

Esenwein-Rothe, Ingeborg: Die Wirtschaftsverbände von 1933 - 1945. Berlin/München 1965 (Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Band 37)

Esser, Josef/ Fach, Wolfgang: Korporatistische Krisenregulierung im "Modell Deutschland"; in: v. Alemann, 1981, S. 158-179

Ders./ Fach, Wolfgang/ Väth, Werner: Strukturelle Arbeitslosigkeit und politisches Konfliktpotential. Die Krise der saarländischen Stahlindustrie; in: ProKla 31, 8. Jg., 1978, Nr. 2, S. 115-137

Everke, Karl Friedrich: Zur Funktionsgeschichte der politischen Parteien. Baden-Baden 1974

Fenner, Christian: Das Parteiensystem seit 1969 - Normalisierung und Polarisierung; in: Staritz, 1976, S. 194-214

Fenske, Hans: Strukturprobleme der deutschen Parteiengeschichte. Wahlrecht und Parteiensystem vom Vormärz bis heute. Frankfurt 1974

Ferber, Christian von: Interesse und Gesellschaft; in: Interesse und Gesellschaft, S. 234-248

Feuerstack, Rainer u.a.: Wirtschaftspolitische Ziele und gesellschaftliche Gruppen in der marktwirtschaftlichen Ordnung der Bundesrepublik Deutschland; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 28/73, S. 3-23

Fjodorow, Rafael P.: Die anonyme Macht. Rolle der Unternehmerverbände in der BRD. Frankfurt 1976

Flechtheim, Ossip K. (Hg): Die Parteien der Bundesrepublik Deutschland. Hamburg 1973

Freyberg, Jutta v. u a. (Hg): Geschichte der deutschen Sozialdemokratie. 1863 - 1975. Köln 1975 (im folgenden zitiert als: von Freyberg, 1975)

Dies./ Hebel-Kunze, Bärbel: Die deutsche Sozialdemokratie in der Zeit des Faschismus; in: dies., 1975, S. 180-241

Fülberth, Georg: Die Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung von den Anfängen bis 1973; in: Deppe, 1977, S. 15-31

Ders.: Exkurs: Probleme der Gewerkschaften in der Theorie von Karl Marx und Friedrich Engels; in: Deppe, 1977, S. 32-43

Ders.: Die deutsche Sozialdemokratie im Ersten Weltkrieg 1914 - 1918; in: von Freyberg, 1975, S. 51-64

Ders.: Vom Reformismusstreit bis zum Ausbruch des Ersten Weltkrieges; in: von Freyberg, 1975, S. 37-50

Funke, Hajo/ Zeuner, Bodo: Profit aus der Angst. Ökonomie und "Psychologie" in der Wahlkampfstrategie der CDU/CSU; in: ProKla 38, 10. Jg., 1980, Nr. 1, S. 3-21

Gahlen, Bernhard (Hg): Wachstumszyklen und Einkommensverteilung. Tübingen 1974

Gerfin, Harald: Funktionswandel der Tarifverträge; in: Hugo Sinzheimer Gedächtnisveranstaltung zum 100. Geburtstag. Köln/Frankfurt 1973, S. 23-59

Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft und Art. 109 Grundgesetz. Kommentar unter besonderer Berücksichtigung der Entstehungsgeschichte. Hg. von Alex Möller. Hannover 1968

Gewerkschaften und Klassenkampf. Kritisches Jahrbuch '72. Hg. von Otto Jacobi, Walther Müller-Jentsch, Eberhard Schmidt. Frankfurt 1972

Gießen, Karl-Heinz: Die Gewerkschaften im Prozeß der Volks- und Staatswillensbildung. Berlin 1976

Gimbel, Hans-Dieter: Sozialistengesetz und "große Depression". Die deutsche Gewerkschaftsbewegung von der Wirtschaftskrise 1873 bis zum Kölner Parteitag der deutschen Sozialdemokratie 1893; in: Deppe, 1977, S. 44-61

Glaser, Hermann: Politische Psychologie und psychoanalytische Soziologie. Überlegungen zur Übertragung Freudscher Kategorien auf Gesellschaftsanalyse und Gesellschaftskritik; in: Aus Politik und Zeitgeschichte. B. 28/76, S. 31-47

Goldberg, Jörg /Jung, Heinz: Wirtschaftskrise und Wirtschaftspolitik. Zu den Beziehungen zwischen Wirtschaftsentwicklung und Wirtschaftspolitik in der BRD in der Periode 1966/67 bis 1975/76. Frankfurt 1976

Greven, Michael Th.: Parteien und politische Herrschaft. Zur Interdependenz von innerparteilicher Ordnung und Demokratie in der BRD. Meisenheim a. Glan 1977 (Studien zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland, hg. v. Heino Kaack, Band 8)

Groser, Manfred: Pluralismus Korporatismus und Neue Politische Ökonomie; in: von Alemann, 1981, S. 117-134

Günther, Klaus: Sozialdemokratie und Demokratie 1946 - 1966. Die SPD und das Problem der Verschränkung innerparteilicher und bundesrepublikanischer Demokratie. Bonn 1979 (Forschungsinstitut der Friedrich-Ebert-Stiftung, Reihe: Politik- und Gesellschaftsgeschichte, hg. von Kurt Klotzbach, Band 6)

Habermas, Jürgen: Legitimationsprobleme im modernen Staat; in: PVS, Sonderheft 7/76: Legitimationsprobleme politischer Systeme, hg. v. Peter Graf Kielmansegg, S. 39-61

Ders.: Theorie und Praxis. Frankfurt, 3. Aufl., Frankfurt 1974

Hack, Lothar/ Krause, Wulf/ Schmidt, Ute/ Wachutka, Werner: Klassenlage und Interessenorientierung; in: Sozialstruktur und politisches System. Hg. von Urs Jaeggi. Köln 1976, S. 197-221

Hättich, Manfred: Parteien als Kommunikationskanäle; in: Zur Theorie der politischen Kommunikation. Hg. von Wolfgang R. Langenbucher. München 1974, S. 123-131

Hardes, Heinz-Dieter: Einkommenspolitik in der BRD. Stabilität und Gruppeninteressen. Der Fall Konzertierte Aktion. Frankfurt 1974

Harrer, Jürgen: Die Sozialdemokratie in Novemberrevolution und Weimarer Republik 1918/1933; in: von Freyberg, 1975, S. 65-179

Hartmann, Jürgen: Parteienforschung. Darmstadt 1979 (Erträge der Forschung, Band 126)

Hartwich, Hans-Hermann: Arbeitsmarkt, Verbände und Staat 1918 - 1933. Die öffentliche Bindung unternehmerischer Funktionen in der Weimarer Republik. Berlin 1967 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin, Band 23).

Ders.: Gewerkschaften und Parteien. Die aktuellen Probleme im Licht politikwissenschaftlicher Untersuchungen und Konzeptionen; in: Gewerkschaftliche Monatshefte, Jg. 25, 1974, H. 4, S. 225 ff

Heinz, Margarete: Über das politische Bewußtsein von Frauen in der Bundesrepublik. München 1971

Heinze, Rolf G.: Verbändepolitik und "Neokorporatismus". Zur politischen Soziologie organisierter Interessen. Opladen 1981 (Studien zur Sozialwissenschaft, BAnd 46)

Henning, Friedrich: Frühgeschichte des deutschen Liberalismus; in: Dorn, Wolfram/ Hofmann, Harald (Hg): Geschichte des deutschen Liberalismus, 2. erw. Aufl., Bonn 1976, S. 25-67

Herkommer, Sebastian: Gesellschaftsbild und politisches Bewußtsein. Gegen affirmative und defensive Sozialforschung; in: Argument, Sonderband zum 10. Jahrgang, 50, S. 208-222

Ders./ Bischoff, Joachim/ Lohauß, Peter/ Maldaner, Karlheinz/ Steinfeld, Friedrich: Gesellschaftsbewußtsein und Gewerkschaften. Arbeitsbedingungen, Lebensverhältnisse, Bewußtseinsänderungen und gewerkschaftliche Strategie von 1945 bis 1979. Hamburg 1979

Herzog, Dietrich: Politische Karrieren. Selektion und Professionalisierung politischer Führungsgruppen. Opladen 1975 (Schriften des Zentralinstituts für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin, Band 25)

Himmelmann, Gerhard: Bedürfnisse - Interessen - Politik. Ansätze einer verteilungs- und interessentheoretischen Analyse der Gesellschaft; in: Gegenwartskunde, Jg. 25, 1976, H. 1, S. 105-134

Hirsch, Joachim: Staatsapparat und Reproduktion des Kapitals. Projekt Wissenschaftsplanung 2. Frankfurt 1974

Hoffmann, Jürgen: Einheitsgewerkschaft der "korporatistische Blockbildung"? Probleme einer solidarischen Interessenvertretungspolitik in der ökonomischen Krise der Bundesrepublik; in: ProKla 43, 11. Jg., 1981, Nr. 2, S. 6-26

Ders./ Semmler, Willi: Ökonomische Krise, Massenarbeitslosigkeit und Globalsteuerung. Zu einem Dilemma staatlicher Regulierungstätigkeit; in: Bürgerlicher Staat und politische Legitimation. Hg. von Rolf Ebbighausen. Frankfurt 1976, S. 339-379

Holzer, Horst: Frühkindliche Entwicklung und politisches Verhalten der Erwachsenen. Thesen zu einigen sozio-psychischen Schwierigkeiten, selbstbestimmt und selbstbestimmend zu handeln; in: Politische Studien (München), 21 (193), Sept./Okt. 1970, S. 576-591

Hondrich, Karl-Otto: Die Ideologien von Interessenverbänden. Eine strukturell-funktionale Analyse öffentlicher Äußerungen des Bundesverbandes der Deutschen Industrie, der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände und des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Berlin 1963

Horn, Klaus/ Schülein, Johann August: Politpsychologische Bemerkungen zur Legitimationskrise; in: PVS 17 (Sonderheft), 1976, S. 123-178

Hübner, Emil: Partizipation im Parteienstaat. Bürgerbeteiligung in Parteien und Wahlen. München 1976.

Hübner, Kurt/ Moraal, Dick: Zwischen Verbändegesetz und "Konzentrierter Aktion". Korporatistische Restruktuierungsversuche des Verhältnisses von Staat - Kapital - Gewerkschaften in der Bundesrepublik, I; in: ProKla, 38, 10. Jg., 1980, Nr. 1, S. 41-61

Huffschmid, Jörg: Die Politik des Kapitals. Frankfurt 1969

Ders./ Schui, Herbert: Gesellschaft im Konkurs? Handbuch zur Wirtschaftskrise 1973 - 1976. Köln 1976

Huppert, Walter: Industrieverbände. Organisation und Aufgaben. Probleme und neue Entwicklungen. Berlin 1973 (Untersuchungen über Gruppen und Verbände, 12)

Institut der deutschen Wirtschaft (Hg): Zahlen zur wirtschaftlichen Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland. Ausgabe 1979. Köln 1979

Interesse und Gesellschaft. Definitionen, Kontroversen, Perspektiven. Hg.v. Peter Massing und Peter Reichel. München 1977

Interessenverbände in Deutschland. Hg. v. Heinz Josef Varain. Köln 1973

Jacobi, Otto: Gewerkschaftliche Lohnpolitik unter dem Druck antikeynesianischer Wirtschaftspolitik; in: Bergmann, 1979, S. 326-362

Ders./ Schmidt, Eberhard/ Müller-Jentsch, Walther (Hg): Arbeitskampf um Arbeitszeit. Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1979/80. Berlin 1979

Ders./ Schmidt, Eberhard/ Müller-Jentsch, Walther (Hg): Moderne Zeiten - alte Rezepte. Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1980/81. Berlin 1980

Ders./ Müller-Jentsch, Walther/ Schmidt, Eberhard (Hg): Arbeiterinteressen gegen Sozialpartnerschaft. Kritisches Gewerkschaftsjahrbuch 1978/79. Berlin 1978

Jäger, Michael: Sozialliberaler Korporatismus: Die Zukunft des "Modell Deutschland"; in: ProKla 41, 10. Jg., 1980, Nr. 4, S. 131-143

Jäger, Wolfgang: Innerparteiliche Demokratie und Repräsentation; in: Partei und System. Eine kritische Einführung in die Parteienforschung. Hg. v. Wolfgang Jäger. Stuttgart/Berlin /Köln/Mainz 1973 (im folgenden zitiert als: Partei und System), S. 108-151

Jaeggi, Urs: Kapital und Arbeit in der Bundesrepublik. Frankfurt 1973

Jahrbuch der öffentlichen Meinung. 1968 - 1973. Hg. v. Elisabeth Noelle-Neumann und Erich Peter Neumann. Allensbach/Bonn 1974

Jaide, Walter: Jugend und Politik heute. Soziale und politische Einstellungen und Verhaltensweisen im Spiegel neuerer Untersuchungen in der Bundesrepublik Deutschland; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 39-40/76, S. 3-24

Juling, Peter: Programmatische Entwicklung der FDP 1946 bis 1969. Einführung und Dokumente. Meisenheim 1977 (Studien zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland. hg. v. Heino Kaack, Band 19)

Kaack, Heino: Die Basis der Parteien: Struktur und Funktion der Ortsvereine; in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 2 (1), März 1971, S. 23-38

Ders.: Zur Geschichte und Programmatik der Freien Demokratischen Partei. Grundriß und Materialien. Meisenheim a. Glan 1976 (Studien zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland, hg. v. Heino Kaack, Band 18)

Kaase, Max: Bedingungen unkonventionellen politischen Verhaltens in der Bundesrepublik Deutschland; in: PVS, 17 (Sonderheft 7), 1976, S. 176-216

Ders.: Demokratische Einstellungen in der Bundesrepublik Deutschland; in: Sozialwissenschaftliches Jahrbuch für Politik, 2, 1971, S. 119-326

Kaelble, Hartmut: Industrielle Interessenpolitik in der Wilhelminischen Gesellschaft. Centralverband Deutscher Industrieller 1895 - 1914. Berlin 1967 (Veröffentlichungen der Historischen Kommission zu Berlin beim Friedrich-Meinecke-Institut der Freien Universtät Berlin, 27)

Kaste, Hermann/ Raschke, Joachim: Zur Politik der Volkspartei; in: Narr, Wolf-Dieter (Hg): Auf dem Weg zum Einparteienstaat. Wolfgang Abendroth anläßlich seines 70. Geburtstages gewidmet. Opladen 1977, S. 26-74

Kastendiek, Hans: Neokorporatismus? Thesen und Analyse-Konzepte in der westdeutschen Diskussion und in der internationalen "corporatism"-Debatte; in: ProKla 38, 10. Jg., 1980, Nr. 1, S. 81-106

Ders.: Die Selbstblockierung der Korporatismus-Diskussion: Teilproblematisierungen der gesellschaftlichen Politikorganisation und gesellschaftspolitische Entproblematisierung korporativer Strukturen und Strategien; in: von Alemann, 1981, S. 92-116

Katzenstein, Robert: Zur Frage des tendenziellen Falls der Profitrate; in: Schleifstein, Josef u.a. (Hg): Beiträge zur "Stamokap"-Debatte. Köln 1973, S. 37-48

Key, V.O.: Wesen und Funktion der Parteien; in: Beiträge zur allgemeinen Parteienlehre. Zur Theorie, Typologie und Vergleichung politischer Parteien. Hg. v. Gilbert Ziebura. Darmstadt 1969 (Wege der Forschung, 106), S. 174-212

Kinder, Hermann / Hilgemann, Werner: dtv-Atlas zur Weltgeschichte. Karten und chronologischer Abriß. Band 2: Von der Französischen Revolution bis zur Gegenwart. München. 8. Aufl., 1973

Kirchheimer, Otto: Der Wandel des westeuropäischen Parteiensystems; in: Beiträge zur allgemeinen Parteienlehre. Zur Theorie, Typologie und Vergleichung politischer Parteien. Hg. v. Gilbert Ziebura. Darmstadt 1969 (Wege der Forschung, 106) S. 341-374

Klingemann, H.D.: Issue-Kompetenz und Wahlentscheidung - Die Einstellung zu wertbezogenen politischen Problemen im Zeitvergleich; in: PVS, 14 (2), Mai 1973, S. 227-256

Klotzbach, Kurt: Parteien und Gesellschaft. Zu Tendenzen und Problemen der Parteienforschung nach 1945; in: Archiv für Sozialgeschichte, XIII (1973), S. 1-21

Knorr, Heribert: Der parlamentarische Entscheidungsprozeß während der Großen Koalition 1966 bis 1969. Struktur und Einfluß der Koalitionsfraktion und ihr Verhältnis zur Regierung der Großen Koalition. Meisenheim a. Glan, 1975

Kock, Heinz/ Leifert, Eduard/ Schmid, Alfons/ Stirnberg, Ludwig: Konzepte der Konjunktursteuerung. Von der globalen zur strukturellen Orientierung.

Koehne, Rainer: Das Selbstbild deutscher Unternehmer. Legitimation und Leitbild einer Institution. Berlin 1977 (Beiträge zur Verhaltensforschung, 20)

Köser, Helmut: Parteien und Verbände in westlichen Demokratien; in: Partei und System, S. 182-209

Ders.: Empirische Parteienforschung - Versuch einer systematischen Bestandsaufnahme; in: Partei und System. S. 28-58

Kotthoff, Hermann: Zum Verhältnis von Betriebsrat und Gewerkschaft. Ergebnisse einer empirischen Untersuchung; in: Bergmann, 1979, S. 298-325

Kremendahl, Hans: Pluralismustheorie in Deutschland. Entstehung, Kritik, Perspektiven. Leverkusen 1977

Kress, Gisela/ Senghaas, Dieter (Hg): Politikwissenschaft. Eine Einführung in ihre Probleme. Frankfurt 1972

Krüger, Hartmut: Interessenpolitik und Gemeinwohlfindung in der Demokratie. München 1976

Kudera, Werner u.a.: Gesellschaftliches und politisches Bewußtsein von Arbeitern. Abschlußbericht. Nürnberg 1976 (Sonderforschungsbereich Sozialisations- und Kommunikationsforschung - SFB 22 - der Universität Erlangen-Nürnberg)

Leckebusch, Roswitha: Entstehung und Wandlungen der Zielsetzungen, der Struktur und der Wirkungen von Arbeitgeberverbänden. Berlin 1966 (Untersuchungen über Gruppen und Verbände, Band 3)

Lederer, Kathrin/ Mackensen, Rainer: Gesellschaftliche Bedürfnislagen. Möglichkeiten und Grenzen ihrer wissenschaftlichen Bestimmung. Göttingen 1975 (Kommission für wirtschaftlichen und sozialen Wandel, 92)

Lehmbruch, Gerhard: Wandlungen der Interessenpolitik im liberalen Korporatismus; in: von Alemann/Heinze, 1979, S. 50-71

Leminsky, Gerhard: Zum Grundsatzprogramm '81 des Deutschen Gewerkschaftsbundes; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 25/81, S. 15-29

Ders./ Otto, Bernd: Politik und Programmatik des DGB. Köln 1974

Lenk, Kurt: Soziologie der Parteien; in: Mück, J. (Hg): Politische Soziologie. Wiesbaden 1973 (Bad Wildunger Beiträge zur Gemeinschaftskunde, Band 6), S. 185-197

Lepsius, M. Rainer: Parteiensystem und Sozialstruktur: zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft; in: Ritter, Gerhard A. (Hg): Die deutschen Parteien vor 1918, Köln 1973, S. 56-80

Lipset, Seymour Martin: Parteiensystem und Repräsentation sozialer Gruppen; in: Beiträge zur allgemeinen Parteienlehre. Zur Theorie, Typologie und Vergleichung politischer Parteien. Hg. von Gilbert Ziebura. Darmstadt 1969 (Wege der Forschung, 106), S. 431-476

Mandel, Ernest: Der Spätkapitalismus. Versuch einer marxistischen Erklärung. Frankfurt, 3. Aufl., 1974

Massing, Peter: Anthropologische Überlegungen zur Struktur des Interesses; in: Interesse und Gesellschaft, S. 211-223

Massing, Otwin: Parteien und Verbände als Faktoren des politischen Prozesses; in: Kress, Gisela/ Senghaas, Dieter (Hg): Politikwissenschaft. Eine Einführung in ihre Probleme. Frankfurt 1972, S. 277-313

Matthöfer, Hans (Hg): Bürgerbeteiligung und Bürgerinitiativen. Legitimation und Partizipation in der Demokratie angesichts gesellschaftlicher Konfliktsituationen. Wiss. Redaktion: O. Rammstedt. Villingen 1977 (Argumente in der Energiediskussion, Band 3)

Mayer, Evelies: Theorien zum Funktionswandel der Gewerkschaften. Frankfurt 1973

Meißner, Werner/ Unterseher, Lutz: Verteilungskampf und Stabilitätspolitik. Bedingungen der Tarifauseinandersetzung. Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1972

Meyer, Arnim: Parteiaktivitäten und Einstellungen von CDU- und SPD-Mitgliedern; in: Dittberner/Ebbighausen, 1973, S. 56-81

Mielke, Siegfried: Der Hansa-Bund für Gewerbe, Handel und Industrie 1909 - 1914. Der gescheiterte Versuch einer antifeudalen Sammlungspolitik. Göttingen 1976 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 17)

Mintzel, Alf: Gesellschaft, Staat und Parteiorganisation. Ein analytisches Stenogramm der Entwicklung Bayerns und der CSU; in: Narr, Wolf-Dieter (Hg): Auf dem Weg zum Einparteienstaat. Wolfgang Abendroth anläßlich seines 70. Geburtstages gewidmet. Opladen 1977, S. 173-212

Ders.: Zur Entwicklung des Parteiensystems zwischen 1961 und 1966; in: Staritz, 1976, S. 157-173

Ders.: Besatzungspolitik und Entwicklung der bürgerlichen Parteien in den Westzonen (1945 - 1949); in: Staritz, 1976, S. 73-89

Mirow, Jürgen: Entpolitisierung oder Integration? Zur Entwicklung des politischen Bewußtseins in der Bundesrepublik Deutschland im Vergleich zu anderen Staaten; in: Zeitschrift für Politik, 23 (1) April 1976, S. 41-63

Müchler, Günter: CDU/CSU. Das schwierige Bündnis. München 1976 (Politik und politische Bildung)

Mück, J. (Hg): Politische Soziologie. Wiesbaden 1973 (Bad Wildunger Beiträge zur Gemeinschaftskunde, Band 6)

Mühleisen, Hans-Otto: Theoretische Ansätze der Parteienforschung. Eine exemplarische Literaturübersicht; in: Partei und System, S. 9-27

Ders.: Organisationstheorie und Parteienforschung; in: Partei und System, S. 59-89

Müller-Jentsch, Walther: Streiks und Streikbewegung in der Bundesrepublik 1950 - 1978; in: Bergmann, 1979, S. 21-71

Ders.: Neue Konfliktpotentiale und institutionelle Stabilität; in: PVS, 20. Jg., 3/1979, S. 268-279

Müller-Vogg, Hugo: Public Relations für die Soziale Marktwirtschaft. Die Öffentlichkeitsarbeit der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände, des Bundesverbandes der Deutschen Industrie und des Instituts der Deutschen Wirtschaft zwischen 1966 und 1974. München 1979 (Minerva-Fachserie, Wirtschafts- und Sozialwissenschaften)

Narr, Wolf-Dieter (Hg): Auf dem Weg zum Einparteienstaat. Wolfgang Abendroth anläßlich seines 70. Geburtstages gewidmet. Opladen 1977

Ders./ Naschold. Frieder: Theorie der Demokratie. Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1971 (Narr-Naschold, Einführung in die moderne politische Theorie, Band III)

Ders./ Scheer, Hermann/ Spöri, Dieter: SPD - Staatspartei oder Reformpartei. München 1976

Neumann, Karl: Konjunktur und Konjunkturpolitik. Möglichkeiten und Grenzen der Konjunkturpolitik. 2. unveränd. Aufl., Frankfurt 1975 (Theorie und Praxis der Gewerkschaften. Themenkreis Wirtschaftspolitik, 1)

Neumann, Sigmund: Die Parteien der Weimarer Republik. Neudruck, Stuttgart 1965

Nickel, Walter: Zum Verhältnis von Arbeiterschaft und Gewerkschaft. Eine soziologische Untersuchung über die qualitative Struktur der Mitglieder und des Mitgliederpotentials der Gewerkschaften in der Bundesrepublik Deutschland. Köln, 2. Aufl., 1974 (Schriftenreihe Stiftung Mitbestimmung - Hans-Böckler-Gesellschaft, Band 5)

Nipperdey, Thomas: Grundprobleme der deutschen Parteiengeschichte im 19. Jahrhundert; in: Ritter, Gerhard A. (Hg): Die deutschen Parteien vor 1918. Köln 1973, S. 32-55

Ders.: Die Organisation der bürgerlichen Parteien in Deutschland; in: Ritter, Gerhard A. (Hg): Die deutschen Parteien vor 1918. Köln 1973, S. 100-119

Nocken, Ulrich: Korporatistische Theorien und Strukturen in der deutschen Geschichte des 19. und frühen 20. Jahrhunderts; in: von Alemann, 1981, S. 17-39

Offe, Claus: Politische Herrschaft und Klassenstrukturen. Zur Analyse spätkapitalistischer Gesellschaftssysteme; in: Kress, Gisela/ Senghaas, Dieter (Hg): Politikwissenschaft. Eine Einführung in ihre Probleme. Frankfurt 1972, S. 135-184

Ders.: Die Institutionalisierung des Verbandseinflusses - eine ordnungspolitische Zwickmühle; in: von Alemann/Heinze, 1979, S. 72-91

Olson, jr., Mancur: Die Logik des kollektiven Handelns. Kollektivgüter und die Theorie der Gruppen: Tübingen 1968 (Die Einheit der Gesellschaftswissenschaften, 10)

Opitz, Reinhard: Der deutsche Sozialliberalismus 1917 - 1933. Köln 1973

Osterland, Martin u.a.: Materialien zur Lebens- und Arbeitssituation der Industriearbeiter in der BRD. Frankfurt, 5. Aufl., 1973 (Studienreihe des Soziologischen Forschungsinstituts Göttingen)

Pappi, Franz Urban: Parteiensystem und Sozialstruktur in der Bundesrepublik; in: PVS 14 (2), Mai 1973, S. 191-213

Partei und System. Eine kritische Einführung in die Parteienforschung. Hg. von Wolfgang Jäger. Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1973

Pawelka, Peter: Politische Sozialisation. Wiesbaden 1977 (Systematische Politikwissenschaft, 4)

Petersen, Siegfried: Bürgerliche "Politische Wissenschaft" und Zeitgeschichtsschreibung. Zur bürgerlichen Parteienlehre und -darstellung in der BRD; in: Zeitschrift für Geschichtswissenschaft, 24 (7), 1976, S. 749-760

Pfromm, Hans-Adam: Solidarische Lohnpolitik. Zur wirtschaftlichen und sozialen Problematik tariflicher Lohnstrukturnivellierung. Köln/Frankfurt 1978

Pohl, Kurt/ Werther, Frauke: Die freien Gewerkschaften im Ersten Weltkrieg; in: Deppe, 1977, S. 94-145

Gewerkschaftliche Politik: Reform aus Solidarität. Zum 60. Geburtstag von Heinz O. Vetter. Hg. v. Ulrich Borsdorf, Hans O. Hemmer, Gerhard Leminsky und Heinz Markmann. Köln 1977

Popp, Klaus: Öffentliche Aufgaben der Gewerkschaften und innerverbandliche Willensbildung. Berlin 1975 (Schriften zum Sozial- und Arbeitsrecht, Band 20) (Konstanz, Phil.Diss., 1974)

Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hg): Jahresbericht der Bundesregierung 1972. Bonn, 1972

Preuße, Detlev: Gruppenbildungen und innerparteiliche Demokratie. Am Beispiel der Hamburger CDU. Königstein 1981

Pridham, Geoffrey: Christian Democray in Western Germany. The CDU/CSU in government and opposition, 1945 - 1976. London 1977

Pross, Helge/ Boetticher, Karl W.: Manager des Kapitalismus. Untersuchung über leitende Angestellte in Großunternehmen. Frankfurt 1971

Pütz, Helmuth: Die CDU. Entwicklung, Aufbau und Politik der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. Düsseldorf, 2. Aufl., 1976 (Erw. Aufl., Ämter und Organisationen der Bundesrepublik Deutschland, 30)

Puhle, Hans-Jürgen: Radikalisierung und Wandel des deutschen Konservatismus vor dem ersten Weltkrieg; in: Ritter, Gerhard A. (Hg): Die deutschen Parteien vor 1918. Köln 1973, S. 165-186

Raehlmann, Irene: Der Interessenstreit zwischen dem Deutschen Gewerkschaftsbund und der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände um die Ausweitung der qualifizierten Mitbestimmung. Eine ideologiekritische Untersuchung. Köln 1975 (Schriftenreihe Stiftung Mitbestimmung - Hans-Böckler-Gesellschaft, Band 6)

Rammstedt, Otthein/ Rönsch, Horst-Dieter: Darstellung und Kritik der gegenwärtigen Legitimationsforschung; in: Matthöfer, Hans (Hg): Bürgerbeteiligung und Bürgerinitiativen. Legitimation und Partizipation in der Demokratie angesichts gesellschaftlicher Konfliktsituationen. Wiss. Redaktion: O. Rammstedt. Villingen 1977 (Argumente in der Energiediskussion, Band 3), S. 91-157

Rampelt, Jörg: Zur Organisations- und Entscheidungsstruktur in westdeutschen Unternehmerverbänden. Ein Literaturbericht. Berlin 1979 (Discussion Papers, Internat. Institut für Management und Verwaltung, 79, 111)

Raschke, Joachim: Organisierter Konflikt in westeuropäischen Parteien. Vergleichende Analyse parteiinterner Oppositionsgruppen. Opladen 1977 (Studien zur Sozialwissenschaft, Band 37)

Raschke, Peter: Vereine und Verbände. Zur Organisation von Interessen in der Bundesrepublik Deutschland. München 1978 (Politisches Verhalten, Band 5)

Rattinger, Hans: Auswirkungen der Arbeitsmarktlage auf das Ergebnis der Bundestagswahl 1976; in: PVS 20. Jg., 1979, H. 1, S. 51-70

Ders./ Puschner, Walter: Ökonomie und Politik in der Bundesrepublik. Wirtschaftslage und Wahlverhalten 1953 - 1980; in: PVS, 22. Jg., 1981, H. 3, S. 264-286

Reichel, Peter: Anmerkungen zur Sozialgeschichte des Interesses; in: Interesse und Gesellschaft, S. 52-67

Richter, Jörg (Hg): Klassenkampf von oben? Oder: Angstmacher von rechts. Reinbek 1973

Ritter, Gerhard A. (Hg): Die deutschen Parteien vor 1918. Köln 1973

Ders.: Arbeiterbewegung, Parteien und Parlamentarismus. Aufsätze zur deutschen Sozial- und Verfassungsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Göttingen 1976 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Band 23)

Ders.: Die sozialdemokratische Arbeiterbewegung Deutschlands bis zum Ersten Weltkrieg; in: Ders., Arbeiterbewegung, Parteien und Parlamentarismus. Aufsätze zur deutschen Sozial- und Verfassungsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Göttingen 1976 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Band 23), S. 21-54

Ders./ Tenfelde, Klaus: Der Durchbruch der Freien Gewerkschaften Deutschlands zur Massenbewegung im letzten Viertel des 19. Jahrhunderts; in: Ders.: Arbeiterbewegung, Parteien und Parlamentarismus. Aufsätze zur deutschen Sozial- und Verfassungsgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts. Göttingen 1976 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Band 23), S. 55-101

Robak, Brigitte: Industriezweigstruktur und übertarifliche Entlohnung. Berlin/München 1978 (Volkswirtschaftliche Schriften, 271)

Rowold, Manfred: Im Schatten der Macht. Zur Oppositionsrolle der nicht-etablierten Parteien in der Bundesrepublik. Düsseldorf 1974 (Bonner Schriften zur Politik und Zeitgeschichte, 9)

Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Jahresgutachten 1971/72: Währung, Geldwert, Wettbewerb-Entscheidungen für morgen. Stuttgart 1971

Ders.: Unter Anpassungszwang. Jahresgutachten 1980/81. Stuttgart/Mainz 1980

Sarcinelli, Ulrich: Das Staatsverständnis der SPD. Ein Beitrag zur Analyse des sozialdemokratischen Staatsverständnisses auf der Grundlage der SPD-Programm- und Grundsatzdiskussion in den Jahren 1969 bis 1975. Meisenheim a. Glan 1979 (Studien zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland, hg. v. Heino Kaack, Band 24)

Sass, Peter: Die Untersuchung der Profitraten-Unterschiede zwischen den westdeutschen Industriebranchen nach dem 2. Weltkrieg. Tübingen 1975 (Veröffentlichungen der Hochschule für Wirtschaft und Politik, Hamburg)

Schacht, Konrad/ Unterseher, Lutz: Das Tarifverhandlungssystem der Bundesrepublik; in: Meißner, Werner/ Unterseher, Lutz: Verteilungskampf und Stabilitätspolitik. Bedingungen der Tarifauseinandersetzung. Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1972, S. 79-118

Scharpf, Fritz W.: Einführung: Politischer Immobilismus und ökonomische Krise; in: Ders.: Politischer Immobilismus und ökonomische Krise. Aufsätze zu den politischen Restriktionen der Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik. Kronberg/Ts. 1977 (Monographien Praktische Sozialwissenschaft), S. 1-18

Ders.: Krisenpolitik; in: Ders.: Politischer Immobilismus und ökonomische Krise. Aufsätze zu den politischen Restriktionen der Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik. Kronberg/Ts. 1977 (Monographien Praktische Sozialwissenschaft), S. 19-38

Scheer, Hermann: Die nachgeholte Parteibildung und die politische Säkularisierung der CDU. Kommentierte Materialien zur "alten" und zur "neuen" CDU; in: Narr, Wolf-Dieter (Hg): Auf dem Weg zum Einparteienstaat. Wolfgang Abendroth anläßlich seines 70. Geburtstages gewidmet. Opladen 1977, S. 149-172

Schiller, Theo: Bürgerinitiativen und die Funktionskrise der Volkspartei; in: Bernd Guggenberger/ Udo Kempf (Hg): Bürgerinitiativen und repräsentatives System. Opladen 1978, S. 188-208

Ders.: Wird die F.D.P. eine Partei? In: Narr, Wolf-Dieter (Hg): Auf dem Weg zum Einparteienstaat. Wolfgang Abendroth anläßlich seines 70. Geburtstages gewidmet. Opladen 1977, S. 122-148

Schleifstein, Josef u.a. (Hg): Beiträge zur "Stamokap"-Debatte. Köln 1973

Schmidt, Jutta/ Seichter, Wolfgang: Die deutsche Gewerkschaftsbewegung von der Mitte der neunziger Jahre des 19. Jahrhunderts bis zum Ersten Weltkrieg; in: Deppe, 1977, S. 62-93

Schmidt, Werner: Der Wandel der Unternehmerfunktionen in der Bundesrepublik Deutschland unter dem Einfluß der Konzertierten Aktion. Berlin 1974 (Volkswirtschaftliche Schriften, 213)

Schmitter, Philippe C.: Interessenvermittlung und Regierbarkeit; in: von Alemann/Heinze, 1979, S. 92-114

Ders.: Neokorporatismus: Überlegungen zur bisherigen Theorie und zur weiteren Praxis; in: von Alemann, 1981, S. 62-79

Schmölders, Günther: Das Selbstbild der Verbände. Empirische Erhebung über die Verhaltensweisen der Verbände in ihrer Bedeutung für die wirtschaftspolitische Willensbildung in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin 1965

Schmollinger, Horst/ Staritz, Dietrich: Zur Entwicklung der Arbeiterparteien in den Westzonen (1945 - 1949); in: Staritz, 1976, S. 109-126

Ders./ Stöss, Richard: Sozialstruktur und Parteiensystem; in: Staritz, 1976, S. 217-234

Schneider, Michael: Das Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB. Zur gewerkschaftlichen Politik in der Endphase der Weimarer Republik. Bonn - Bad Godesberg 1975 (Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, 120)

Schnepf, G./ Tschirner, W.: Wirtschaftserwartungen im Zeitverlauf; in: Transfer 2 (1977), 2. Aufl., Opladen 1977, S. 57 ff

Schönbach, Klaus: Wahlprogramme und Wählermeinung 1976; in: Wahlsoziologie heute. Analysen aus Anlaß der Bundestagswahl 1976. Im Auftrage der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaften hg. v. Max Kaase. PVS Sonderheft 2/3, Opladen 1977), S. 360-407

Schönhoven, Klaus: Expansion und Konzentration. Studien zur Entwicklung der Freien Gewerkschaften im Wilhelminischen Deutschland 1890 bis 1914. Stuttgart 1980 (Industrielle Welt, Schriftenreihe des Arbeitskreises für moderne Sozialgeschichte, 30)

Schulz, Gerhard: Über Entstehung und Formen von Interessengruppen in Deutschland seit Beginn der Industrialisierung; in: Interessenverbände in Deutschland, S. 25-54

Schumann, Michael: Am Beispiel der Septemberstreiks. Anfang der Rekonstruktion der Arbeiterklasse? Eine empirische Untersuchung. Frankfurt 1971

See, Hans: Volkspartei im Klassenstaat oder: Das Dilemma der innerparteilichen Demokratie. Reinbek 1972

Segal, David R./ Knoke, David: Auswirkungen von sozialer Schichtung, sozialer Mobilität und Statuskonsistenz auf die Infrastruktur des Parteienwesens in der Bundesrepublik Deutschland; in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 26. Jg., H. 2/74, S. 371-387

Seibt, Peter: Parlamentsparteien und Politik 1975 - 1979; in: Roth, Reinhold/ Seibt, Peter (Hg): Etablierte Parteien im Wahlkampf. Studien zur Bremer Bürgerschaftswahl 1975. Meisenheim a. Glan, 1979, (Studien zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland, hg. v. Heino Kaack, Band 23), S. 359-376

Seifert, Christfried: Die deutsche Gewerkschaftsbewegung in der Weimarer Republik; in: Deppe, 1977, S. 146-210

Seitenzahl, Rolf: Gewerkschaften zwischen Kooperation und Konflikt. Von einer quantitativen Tariflohnpolitik zur umfassenden Verteilungspolitik. Köln/Frankfurt 1976

Šik, Ota. Ökonomische Interessen; in: Interesse und Gesellschaft, S. 224-234

Simon, Walther: Personelle, institutionelle und sachliche Aspekte der Verflechtung von Unternehmerverbänden und Staat; in: Blätter für deutsche und internationale Politik, 2/1975, S. 138-157

Ders.: Macht und Herrschaft der Unternehmerverbände. BDI, BDA und DITH im ökonomischen und politischen System der BRD. Köln 1976

Hugo Sinzheimer Gedächtnisveranstaltung zum 100. Geburtstag. Köln/Frankfurt 1977

Sohn, Karl-Heinz: Berufsverband und Industriegewerkschaft. Organisationsprinzipien der deutschen Gewerkschaften. Köln 1964

Sonnenborn, Hans-Peter: Die Einstellung von Interessenverbänden zur Stabilisierungspolitik. Dargestellt am Beispiel des Bundesverbandes der Deutschen Industrie. Frankfurt/Bern/ Cirencester (U.K.) 1980

Sozialstruktur und politisches System. Hg. v. Urs Jaeggi. Köln 1976

Bürgerlicher Staat und politische Legitimation. Hg. v. Rolf Ebbighausen. Frankfurt 1976

Stammer, Otto/ Weingart, Peter, unter Mitarbeit von Hans-Helmut Lenke: Politische Soziologie. München 1972 (Grundfragen der Soziologie, 14)

Staritz, Dietrich (Hg): Das Parteiensystem der Bundesrepublik. Geschichte - Entstehung - Entwicklung. Eine Einführung. Opladen 1976

Steinberg, Rudolf: Interessenverbände als Kommunikationskanäle; in: Zur Theorie der politischen Kommunikation. Hg. v. Wolfgang Langenbucher. München 1974, S. 132-146

Ders.: Pluralismus und öffentliches Interesse als Problem der amerikanischen und deutschen Verbandslehre; in: Archiv des öffentlichen Rechts, Band 96, 1971, H. 4, S. 465-505

Stephan, Werner: 100 Jahre liberale Parteien; in: Dorn, Wolfram/ Hofmann, Harald (Hg): Geschichte des deutschen Liberalismus. 2. erw. Aufl., Bonn, 1976, S. 68-193

Stöss, Richard: Vorbemerkung, zu: Staritz, 1976, S. 13-17

Ders.: Von der Weimarer Republik zur Bundesrepublik. Bruch und Kontinuität im deutschen Parteiensystem; in: Staritz, 1976, S. 64-69

Ders.: Entstehung und Entwicklung des deutschen Parteiensystems bis 1933; in: Staritz, 1976, S. 21-46

Stolleis, Michael: Gemeinwohl und Minimalkonsens. Öffentliche und private Interessen in der Demokratie; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 3/78, S. 37-45

Streeck, Wolfgang: Gewerkschaftliche Organisationsprobleme in der sozialstaatlichen Demokratie. Kronberg 1981 (Sozialwissenschaft und Praxis, Buchreihe des Wissenschaftszentrums Berlin, Band 7)

Ders.: Gewerkschaftsorganisation und industrielle Beziehungen. Einige Stabilitätsprobleme industriegewerkschaftlicher Interessenvertretung und ihre Lösung im westdeutschen System der industriellen Beziehungen; in: PVS, 20. Jg., 1979, H. 3, S. 241-257

Ders.: Gewerkschaften als Mitgliederverbände. Probleme gewerkschaftlicher Mitgliederrekrutierung; in: Bergmann, 1979, S. 72-110

Das Dilemma der Organisation. Tarifverbände zwischen Interessenvertretung und Stabilitätspolitik; in: Meißner, Werner/ Unterseher, Lutz (Hg): Verteilungskampf und Stabilitätspolitik. Bedingungen der Tarifauseinandersetzung. Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1972, S.

130-167

Streeck, Sylvia/ Streeck, Wolfgang: Parteiensystem und Status quo. Drei Studien zum innerparteilichen Konflikt. Frankfurt 1972

Streiffeler, Friedhelm: Politische Psychologie: Geschichte und Themen der Theorie politischen Verhaltens. Hamburg 1975

Teschner, Eckart: Zentralisierte Lohnpolitik und betriebliche Lohnbildung; in: Gewerkschaften und Klassenkampf. Kritisches Jahrbuch '72. Hg. von Otto Jacobi, Walther Müller-Jentsch und Eberhard Schmidt. Frankfurt 1972, S. 134-144

Teubner, Gunther: Organisationsdemokratie und Verbandsverfassung. Rechtsmodelle für politisch relevante Verbände. Tübingen 1978 (Tübinger Rechtswissenschaftliche Abhandlungen, 47)

Zur Theorie der politischen Kommunikation. Hg. von Wolfgang Langenbucher. München 1974

Tönnesmann, Wolfgang: Verbandsrecht als Ordnungspolitik: Die CDU-Debatte um Verbandskontrolle; in: von Alemann/ Heinze, 1979, S. 139-153

Ullmann, Hans-Peter: Der Bund der Industriellen. Organisation, Einfluß und Politik klein- und mittelbetrieblicher Industrieller im Deutschen Kaiserreich 1895 - 1914. Göttingen 1976 (Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, 21)

Varain, Heinz-Josef: Einleitung zu: Interessenverbände in Deutschland, S. 11-24

Ders.: Parteien und Verbände. Eine Studie über ihren Aufbau, ihre Verflechtung und ihr Wirken in Schleswig-Holstein 1945 - 1958. Köln/Opladen 1964 (Staat und Politik, 7)

Veen, Hans-Joachim: Opposition im Bundestag. Ihre Funktionen, institutionellen Handlungsbedingungen und das Verhalten der CDU/CSU-Fraktion in der 6. Wahlperiode 1969 - 1972. Bonn 1976, hg. v. d. Bundeszentrale für politische Bildung (Sozialwissenschaftliche Studien zur Politik, Band 8)

Voss, Rüdiger von: Kooperation und Konfrontation der sozialen Mächte. Zum politischen Verhalten der Wirtschaftsverbände in der Demokratie. Eine Stellungnahme zu der Arbeit von H. Abromeit; in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B. 11/81, S. 40-54

Watkinson, Christof/ Hildebrandt, Eckart/ Funke, Hajo: "Nicht weniger wert sein". Bedrohung des Besitzstandes und Interessen der Metaller am Absicherungstarifvertrag; in: ProKla 35, 9. Jg., 1979, Nr. 2, S. 3-16

Weber, Hermann: Einleitung zu: Ossip K. Flechtheim: Die KPD in der Weimarer Republik. 3. unveränd. Aufl., Frankfurt 1973, S. 5-68

Weber, Jürgen: Die Interessengruppen im politischen System der Bundesrepublik Deutschland. Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1977

Weiß-Hartmann, Anne/ Hecker, Wolfgang: Die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung 1945 - 1949; in: Deppe, 1977, S. 272-319

Weitbrecht, Hansjörg: Effektivität und Legitimität der Tarifautonomie. Eine soziologische Untersuchung am Beispiel der deutschen Metallindustrie. Berlin 1969 (Volkswirtschaftliche Schriften, 133)

Wiesendahl, Elmar: Parteien und Demokratie. Eine soziologische Analyse paradigmatischer Ansätze der Parteienforschung. Opladen 1980 (Sozialwissenschaftliche Studien, 18)

Wiesenthal, Helmut: Die Konzertierte Aktion im Gesundheitswesen: Ein korporatistische Verhandlungssystem der Sozialpolitik; in: von Alemann, 1981, S. 180-205

Witjes, Claus Winfried: Gewerkschaftliche Führungsgruppen. Eine empirische Untersuchung zum Sozialprofil, zur Selektion und Zirkulation sowie zur Machtstellung westdeutscher Gewerkschaftsführungen. Berlin 1976 (Soziologische Schriften, Band 18)

Zeuner, Bodo: Das Parteiensystem in der Großen Koalition (1966 - 1969); in: Staritz, 1976, S. 174-193

Ders.: Verbandsforschung und Pluralismustheorie. Etatozentrische Fehlorientierungen politologischer Empirie und Theorie; in: Leviathan, Zeitschrift für Sozialwissenschaft, Jg. 4, 1976, H. 2, S. 137-177

Zoll, Rainer: Der Doppelcharakter der Gewerkschaften. Zur Aktualität der Marxschen Gewerkschaftstheorie. Frankfurt 1976

Zülch, Rüdiger: Von der FDP zur F.D.P. Die dritte Kraft im deutschen Parteiensystem. Einholz 1972